Lutz Maeke

DDR und PLO

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben
vom
Institut für Zeitgeschichte

Band 92

Lutz Maeke

DDR und PLO

Die Palästinapolitik des SED-Staates

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-054789-4
e-ISBN (PDF) 978-3-11-055010-8
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-054815-0
ISSN 2192-0761

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
A Cip catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://portal.dnb.de abrufbar.

© 2017 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Titelbild: Jassir Arafat am 30. August 1982 beim Verlassen der Residenz des libanesischen Ministerpräsidenten in Beirut, wenige Stunden vor Abzug seiner Einheiten aus dem Libanon – dem Ende des gut zwei Monate zuvor begonnenen Krieges zwischen Israel und der PLO (Mitte: Arafat; links vor Arafat: Walid Junblatt, Anführer der Drusen des Libanon; rechts neben Arafat: Nabih Birri, Anführer der schiitischen Amal-Miliz des Libanon; hinter Birri: George Hawi, Generalsekretär der Kommunistischen Partei des Libanon); Foto: Dr. Leena Saraste, mit herzlichem Dank für die Abbildungsgenehmigung
Einbandgestaltung: hauser lacour
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

♾ Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort IX

Einleitung 1

A. Palästina- und PLO-Politik der DDR 1949–1972

I. Der Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen, das Entstehen der Fatah und die Anfänge der ostdeutschen Palästinapolitik 17
Islamistische Bewegungen und die Palästinafrage (19) – Die Gründung der Fatah (25) – Die Anfänge der ostdeutschen Palästinapolitik (30)

II. Die Haltung der DDR zur PLO-Gründung 1964 und die Politik Walter Ulbrichts bis 1967 36
Von Ahmad Hilmi Abd al Baqi zu Ahmad Shuqairi (36) – Die Gründung der PLO (42) – Die Anfänge der ostdeutschen PLO-Politik (46)

III. Ost-Berlin und die neue PLO unter Führung Jassir Arafats 1968/69 . 60

1. Der Junikrieg 1967 und der Aufstieg der Fatah 61
Ost-Berlin und die Fatah 1968 (67) – Die neue Struktur der PLO als Herausforderung (70)

2. Der Maßnahmenplan des Politbüros für die Beziehungen der DDR mit der „Palästinensischen Widerstandsbewegung“ 1970 75
Die „progressive“ Einflussnahme auf die Widerstandsbewegung der Palästinenser (76) – Die Bonner „Bemühungen“ um die Palästinenser aus Sicht der SED (81) – Die Fatah und das neue Nahostkonzept aus Sicht der Bundesregierung (87) – Arafats Funktionär in Ost-Berlin (94)

3. Von Arafats erstem Besuch in Ost-Berlin 1971 bis zur offiziellen Anerkennung der PLO durch die SED 1973 98
Die Moskauer „Empfehlung“ (101) – Die Kooperation der SED mit Arafat 1971/72 (107) – Die Libanonkrise 1973 und Arafats zweiter Besuch in der DDR (111)

B. Palästina- und PLO-Politik der DDR 1973–1978

I. Arafat bei den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten 117

1. Die Substanz der SED-Vereinbarung mit der PLO 124
Die offizielle PLO-Unterstützung und die Forderungen der „progressiven“ Palästinenser (125) – Die „operativen Interessen“ der DDR-Staatssicherheit (130)

2. Die palästinensische Vertretung in der DDR und ihr Status: Ein deutsch-deutscher Vergleich 137
Honeckers „Akkreditierung“ der PLO (137) – Nabil Koulailat: Die PLO/Fatah in Ost-Berlin (141) – Abdallah Frangi: Die PLO/Fatah in Bonn (146)

II. Die Ost- und die Westpolitik der PLO 1973–1975 150

1. Arafats „back channel“ und die Neuausrichtung der EG-Nahostpolitik 1973/74 151
Die Folgen des Jom-Kippur-Krieges (154) – Arafat in Ost-Berlin: Die Forderungen der SED im Sommer 1974 (159)

2. Der innerarabische Durchbruch der Palästinensischen Befreiungsorganisation und ihre Anerkennung durch die Vereinten Nationen 161
Bonn und die palästinensische Selbstbestimmung (163) – Ost-Berlin und die palästinensische Selbstbestimmung (168)

3. Arafats Deutschlandpolitiken 1974/75 170
Die Bundesregierung und die „Gemäßigten um Arafat“ (171) – Das zweite SED-Abkommen mit der PLO (179)

III. Libanon und Syrien 1976–1978 183

1. Das antipalästinensische Eingreifen Syriens im Libanon und die Entscheidung der DDR: Assad oder Arafat? 191
Kein „Ständiges Büro“ der PLO in Ost-Berlin (191) – Die abgelehnte Bitte Arafats (193) – Waffen für Syrien – Empfehlungen für die PLO (197)

2. Arafats Politik nach der Kapitulation der PLO 1976/77 204
Engagement im Westen – Eklat in Moskau (204) – Honeckers prosyrische Initiative (208) – Nahostpolitische Veränderungen 1977 (210)

3. Neue Festlegungen: Die PLO- und die Syrienpolitik Ost-Berlins 1978 213
Konzepte für die Beziehungen zwischen der SED und der PLO (213) – Vorwürfe und Misstrauen: Die „Verhandlungen“ der SED mit Jassir Arafat (221) – Hafiz al Assad in Ost-Berlin (226)

C. Palästina- und PLO-Politik der DDR 1979–1990

I. Die Westpolitik Jassir Arafats und die Interventionen der DDR 235

1. Die Intervention des MfS 241
Die Festlegungen Erich Mielkes (244) – Arafats doppelte Deutschlandpolitik (248)

2. Die Intervention der SED 253
Propalästinensische Initiativen der EG 1979 und das Treffen Arafat-Kreisky-Brandt (253) – Honeckers Reaktion auf Arafats Empfang in Wien und die EG-Deklaration von Venedig (259) – Die Separatbeziehungen der SED (264)

3. Arafats Taktieren gegenüber Honecker 270
Gesten und Pragmatismus Arafats (272)

II. Der Bruch mit Arafat 1982/83: Die DDR und Syrien im Kampf gegen die „jordanische Option“ . . . 281

1. Die Vereinbarungen mit der PLO im März 1982 281
Arafats Gespräch mit Honecker und die „Gemeinsame Kommission DDR-PLO“ (290)

2. Der Libanon 1982/83 295
Die Intervention Israels und der Abzug Arafats (299) – Der Beginn der radikalen Anti-Fatah-Politik Syriens und der Musa-Salah-Putsch (310) – Die syrische Belagerung von Tripoli (319)

3. Die Firma ZIBADO 329
„Händler" und der Bereich Kommerzielle Koordinierung (332) – Die Achse Damaskus-Teheran und die Geschäfte der DDR (339)

4. Die Middle East Export & Import Company 348
Ein PLO-Archiv in Ost-Berlin: Objekt „Zwinger" und die Geschäfte mit Arafat (349) – Die Fatah und die Muslimbrüder: ein bekanntes Problem (358)

III. Die Konfrontation mit Arafat 1984–1986 362

1. Die 17. palästinensische Nationalversammlung und das Hussain-Arafat-Abkommen 376
Der Boykott (376) – Arafat und Hussain: Der Verrat am palästinensischen Volk (380) – Alternativen zum Vorsitzenden (385)

2. Der Anschlag auf die West-Berliner Diskothek „La Belle" 390
Assads Botschafter in Ost-Berlin als Ziel: Arafat beauftragt „Orient" (390) – Arafats „jordanische Option" als Ziel: Das MfS beauftragt „Alba" (400) – Arafat auf dem XI. Parteitag der SED (421)

IV. DDR und PLO 1986–1990:
Ost-Berlin zwischen Washington, Jerusalem und Arafat 428

1. Die US-Politik Honeckers nach dem Anschlag auf „La Belle" . . . 434
Amerikanische Warnungen und gefordertes Intervenieren (435) – Der geplante Synagogenanschlag 1987: „Händler" blockiert die Meistbegünstigung (440)

2. Ost-Berlins Beitrag für den Staat Palästina:
Die DDR und Arafat zwischen 1987 und 1989 449
Arafats Bitten (450) – Honecker und Arafat 1988 (454) – Die Ursachen mangelnder Unterstützung „Palästinas" (458)

3. Die DDR, Israel und die PLO nach dem Mauerfall 466
Beziehungen mit Israel trotz palästinensischer Botschaft? (466) – Arafat bereitet die PLO auf die deutsche Einheit vor (472) – Neue Herausforderungen für Arafat (476)

Schlussbetrachtung 479

Glossar 497

Abkürzungen 506

Quellen- und Literaturverzeichnis 515

Personenregister 545

Vorwort

Dieses Buch ist das Ergebnis eines 2002 begonnenen Forschungsprozesses. Geschrieben habe ich es in den Jahren 2012 und 2013. Die Arbeit wurde von der Fakultät für Geschichte, Kunst und Orientwissenschaften der Universität Leipzig als Dissertation angenommen, die Verteidigung fand im Mai 2015 statt. Für die Druckfassung ist das ursprüngliche Manuskript im Umfang gekürzt und zugleich um neu erschienene Literatur ergänzt worden. Außerdem konnte ich für die vorliegende Fassung Aktenbestände, deren Schutzfrist im Jahr 2017 abgelaufen ist, berücksichtigen.

Viele Menschen haben mich, wie es anders kaum sein könnte, während der Genese dieser Studie begleitet und unterstützt; Spuren hat jeder hinterlassen. Auch wenn an dieser Stelle nicht allen gedankt werden kann, so müssen einige Namen erwähnt werden. Zuerst gilt dies für Professor Dr. Hermann Wentker. Ich danke ihm für seinen Vertrauensvorschuss in dieses Projekt und für sein großes Interesse, für seine Unterstützung und nicht zuletzt für seinen Zuspruch. Er war Doktorvater im besten Sinne. Danken möchte ich zudem Professor Dr. Günther Heydemann, der als Zweitgutachter der Dissertation fungiert und mir zugleich mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat. Der Wissenschaftliche Beirat des Instituts für Zeitgeschichte hat sich für die Aufnahme meiner Dissertation in die Reihe „Studien zur Zeitgeschichte“ ausgesprochen. Ein wissenschaftlich-publizistischer Abschluss dieses Projektes, den ich mir besser nicht hätte wünschen können. Für die Unterstützung seitens des Instituts, dem ich mich bereits als assoziierter Doktorrand verbunden fühlen durfte, danke ich ausdrücklich Professor Dr. Andreas Wirsching, Professor Dr. Magnus Brechtken und Professor Dr. Elke Seefried.

Entscheidende Impulse erfahren hat meine Arbeit nicht allein durch Forschungs- und Studienaufenthalte, etwa in Israel und in Ägypten, sondern auch durch die wissenschaftliche Debatte. So konnte ich Paper und einzelne Aspekte auf der GSA-Tagung 2011 in den USA sowie in den Kolloquien von Professor Dr. Robert S. Wistrich und Professor Dr. Moshe Zimmermann an der Hebrew University of Jerusalem vorstellen. Dank schulde ich nicht zuletzt in diesem Zusammenhang auch der FAZIT-Stiftung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, deren Stipendiat ich war und die mir stets zusätzlich Reisekostenzuschüsse gewährte. Mein Dank gilt auch dem DAAD, der mir noch vor Aufnahme des eigentlichen Promotionsstudiums wichtige Aufenthalte im Ausland ermöglicht hat. Seit nunmehr zehn Jahren darf ich mich glücklich schätzen, die außerordentlich interessierte und kritische wissenschaftliche Wegbegleitung von Dr. Bernd Rother in Anspruch nehmen zu dürfen, wofür ich ihm sehr danke. Etwas länger zurück datiert meine Freundschaft mit Dr. Solongo Wandan. Übersetzungen gegengelesen und bei diesen Arbeiten unterstützt haben mich Dina, Noha und Khalid – vielen Dank. Mein herzlicher Dank für ihre stets geduldige formal-kritische Begleitung gilt nicht minder Birgit Pieplow LL.M.

Ohne die hervorragende Unterstützung einer Vielzahl von Archiven und Bibliotheken hätte ich meine Arbeit in diesem Umfang nicht durchführen können. An erster Stelle zu danken ist hierbei der Stasi-Unterlagenbehörde. Ebenfalls gro-

DOI 10.1515/9783110550108-202

ßen Dank für die mir zuteilgewordene Hilfe schulde ich dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts sowie dem Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde, in Koblenz sowie in Freiburg im Breisgau. Danken möchte ich auch dem Israelischen Staatsarchiv sowie der Israelischen Nationalbibliothek, dem Archiv des finnischen Außenministeriums und dem Österreichischen Staatsarchiv. Ein besonderer Dank gebührt der Portigon AG, die einen nicht unerheblichen Betrag aufgewandt hat, um die Einsicht in Unterlagen der ehemaligen DDR-Außenhandelsbank AG zu ermöglichen. Für Auskünfte und erteilte Akteneinsicht danke ich ferner dem Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, der Generalstaatsanwaltschaft Berlin sowie der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth. Dr. Ilse Dorothee Pautsch und Dr. Matthias Peter bin ich dankbar für die Unterstützung in Bezug auf die Einsicht in Unterlagen des Bestandes B 150.

Durch ihre gründliche Arbeit haben sich um das endgültige Manuskript Dr. Petra Weber und Angelika Reizle M.A. verdient gemacht; dies gilt ebenfalls für die hervorragende und präzise Arbeit des Verlages De Gruyter Oldenbourg. Hierfür danke ich sehr.

Dieses Buch widme ich einem Augenblick – und Personen.

Berlin im Sommer 2017

Einleitung

Ein ganz gewöhnlicher Terrorist, skrupellos, heimtückisch, grausam – das war Jassir Arafat 1973 nach Meinung des SED-Politbüros. Erich Honecker hatte es angeblich mit niederträchtigen Schurken, nicht mit Freunden, zu tun. Denn die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) war keine unterstützungswürdige „progressive", antiimperialistische Kraft. Arafat befehligte als Vorsitzender der PLO vielmehr hinterhältige, ruchlose, gefährliche Verbrecher. Und diese fanatisierten und verblendeten palästinensischen Kriminellen verfolgten einen perfiden Plan: Terror gegen die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die Ende Juli 1973 in Ost-Berlin beginnen sollten. Nachdem Palästinenser bereits im Herbst 1972 während der Olympischen Spiele in München Mitglieder der israelischen Mannschaft getötet hatten, wollte die PLO nun im Sommer 1973 die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit mit einer neuen „Aktion" während des größten kommunistischen Jugend- und Studentenfestivals erlangen[1]. Honecker sah angesichts dieser Lage keinen anderen Ausweg, als sich dem Terror zu beugen. Er billigte geheime Absprachen mit der PLO-Führung und erklärte sich bereit, Jassir Arafat offiziell während der Weltfestspiele als Ehrengast zu empfangen. Außerdem sagte er der Palästinensischen Befreiungsorganisation den Abschluss einer Vereinbarung mit der SED zu und gestattete der PLO, in Ost-Berlin ein Büro zu eröffnen[2]. Bis heute ist diese Darstellung mehrheitlich unwidersprochen und gilt als die Antwort auf die Frage, wie es dazu kam, dass die SED im Sommer 1973 offizielle Beziehungen mit Arafats PLO herstellte. Eine verblüffende und zugleich irritierende Erkenntnis: Nicht hehre Prinzipien und antiimperialistische Ideale standen am Anfang, vielmehr handelte Honecker aus Angst und kapitulierte vor der palästinensischen Bedrohung[3].

Aber wie sind dann die Bilder Arafats während der Weltfestspiele zu bewerten? Die vielen Fotos, die den lachenden PLO-Vorsitzenden zeigen, begleitet von Erich Honecker, Kindern und internationalen Gästen, umgeben von Hunderten Besuchern? War das alles nur Schein, das Resultat einer Erpressung? Und dies 17 Jahre lang bis 1990? Befand sich die DDR in Geiselhaft der PLO? War die tiefe Freundschaft zwischen Honecker und Arafat, die noch lange nach dem Ende der DDR bestanden haben soll, als Erich Honecker bereits im chilenischen Exil lebte, nur vorgetäuscht[4]? Hat es die große ostdeutsche Solidarität zugunsten der Palästinenser nie gegeben? War der substanzielle politische Rückhalt für Arafat aus Ost-

[1] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1447, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 08. 05. 1973, Bl. 5.

[2] Vgl. ebd.; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1456, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 03. 07. 1973, Bl. 1 f., 51–54.

[3] Vgl. Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 332 f.; Polkehn, DDR, S. 36; Bengtson-Krallert, DDR, S. 155–159; Timm, Davidstern, S. 264, 275 f. Zu einem anderen Urteil kommt Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 155–164.

[4] Vgl. Sascha Langenbach: Die Geschichte einer Männerfreundschaft, in: Berliner Kurier, 18. 12. 2011, S. 19; Frangi, Gesandte, S. 251; ders., Solidarität, S. 91 f.; Wolffsohn, Deutschland-Akte, S. 266.

DOI 10.1515/9783110550108-001

Berlin nur eine Utopie? Im Grunde ist solch eine Sicht unvorstellbar, wenn man bedenkt, wie aufwendig und wie selbstverständlich das SED-Regime seit Beginn der 1970er Jahre Jassir Arafat als die charismatische Führungsfigur des palästinensischen Befreiungskampfes in Szene setzte und ihn ikonenhaft stilisierte. Er galt als Revolutionär und als unumstrittener Anführer der Palästinenser. Die PLO war seine ihm treu ergebene Organisation. Niemand hinterfragte die Autorität Arafats; nur Israel wollte die PLO zerstören und den Vorsitzenden des palästinensischen Exekutivkomitees umbringen, so die Lesart ostdeutscher Propaganda.

Die DDR suggerierte über Jahrzehnte hinweg, sie sei ein enges, besonderes Bündnis mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Führung Jassir Arafats eingegangen, das auf gemeinsamen Werten und geteilten politischen Überzeugungen beruhte. Ost-Berlin war demnach ein gefragter und einflussreicher Partner der PLO, der früh uneingeschränkt für die legitimen Rechte der Palästinenser, ihre Selbstbestimmung und ihren eigenen Staat an der Seite Israels eintrat. Geradezu absurd war in dieser Weltsicht die Vorstellung, die PLO könne auf die politische Unterstützung der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten freiwillig verzichten wollen. Surreal erschien eine Lösung der Palästinafrage unter Ausschluss des kommunistischen Lagers. Widersinnig mutete der Gedanke an, Arafat setze die Interessen des Kreml im Nahostkonflikt leichtfertig aufs Spiel. Daher erscheint die ostdeutsche Angst vor den palästinensischen Terroristen um Jassir Arafat genauso unglaubwürdig wie die These, dass sie 1973 das Motiv der SED für die offizielle Aufnahme ihrer Beziehung mit der PLO gewesen sein soll[5].

Auch andere Merkwürdigkeiten stehen im Widerspruch zu dem, was man bisher über das ostdeutsch-palästinensische Verhältnis zu wissen glaubt. Wie ist zum Beispiel das unschickliche Prozedere bei der Verleihung einer der höchsten zivilen Auszeichnungen der DDR, des „Großen Sterns der Völkerfreundschaft", an Jassir Arafat zu bewerten? Wider Erwarten ließ Honecker Arafat erst im Oktober 1989 ehren[6]. Die Vorsitzenden anderer, eng mit der DDR verbundener Befreiungsorganisationen, aber auch der Staatschef Libyens, der syrische Präsident, selbst der Präsident des World Jewish Congress, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde West-Berlins und Nelson Mandela, die Symbolgestalt der südafrikanischen Antiapartheitsbewegung, hatten den „Großen Stern der Völkerfreundschaft" mitunter zehn Jahre vor Arafat erhalten[7]. Merkwürdig war nicht nur der (fast zu späte) lediglich vier Wochen vor dem Fall der Mauer liegende Zeitpunkt,

[5] Vgl. Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 155–164.

[6] Vgl. ADN: Großer Stern der Völkerfreundschaft an Yasser Arafat überreicht, in: ND, 09. 10. 1989, S. 9. Vgl. auch Polkehn, DDR, S. 39.

[7] Zu den genannten Auszeichnungen vgl. ADN: Neue Etappe der Zusammenarbeit wird eingeleitet, in: ND, 28. 06. 1978, S. 3; ADN: Hohe Auszeichnungen verliehen, in: ND, 02. 10. 1978, S. 1; Großer Stern der Völkerfreundschaft für den afrikanischen Staatsmann, in: ND, 18. 09. 1980, S. 1; Großer Stern der Völkerfreundschaft für den afrikanischen Staatsmann, in: ND, 13. 10. 1981, S. 1; Herzliches Willkommen Erich Honeckers für Robert Mugabe in Berlin, in: ND, 25. 05. 1983, S. 1; ADN: Erich Honecker empfing den Präsidenten des ANC, in: ND, 11. 11. 1987, S. 1; ADN: Begegnung zwischen Erich Honecker und Edgar Miles Bronfman, in: ND, 18. 10. 1988, S. 1; Orden „Stern der Völkerfreundschaft" in Gold, in: ND, 09. 11. 1988, S. 2; Gratulationen aus aller Welt für Nelson Mandela, in: ND, 19. 07. 1988, S. 1.

an dem man Arafat würdigte, sondern auch das ostdeutsche Protokoll. Anders als es sonst üblich gewesen war, überreichte nicht Erich Honecker Jassir Arafat seinen Orden, sondern Horst Sindermann, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates und Präsident der Volkskammer der DDR[8]. Mit Sindermann trat nicht der zweit-, sondern der dritthöchste Repräsentant des SED-Staates Arafat gegenüber. Ausgerechnet von Jassir Arafat, dem langjährigen Verbündeten der DDR, gibt es kein Bild, das ihn gemeinsam mit Erich Honecker zeigt, wie er aus dessen Händen den „Großen Stern der Völkerfreundschaft" entgegennimmt. Bei allen anderen für Ost-Berlin wichtigen Vorsitzenden von Befreiungsorganisationen ist dies hingegen der Fall. Auch erhielten alle Präsidenten der strategischen arabischen Partnerländer, mit Ausnahme des Irak, diesen Orden persönlich von Honecker[9]. Warum war es bei Arafat anders und warum erwähnte das „Neue Deutschland" seine Auszeichnung mit nur wenigen Sätzen auf Seite neun, während man derartige Ereignisse ansonsten doch stets ausführlich, unter einer großen Überschrift und bebildert auf dem Titelblatt verkündet hatte[10]?

Erstaunlich ist zudem, dass in keinem einzigen von maßgeblichen Funktionären der PLO weder vor noch nach 1990 veröffentlichten Buch auf die Bedeutung der DDR eingegangen wird[11]. Salah Khalafs Werk „Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser" wurde in deutscher Übersetzung ab 1979 auch nicht in Ost-Berlin, in Dresden oder in Leipzig, sondern in Düsseldorf verlegt[12]. Khalaf war einer der engsten Vertrauten Arafats. Warum erschien seine Arbeit nicht in der DDR und weshalb vernachlässigte er Honecker und den SED-Staat? Abdallah Frangi, der abgesehen von einer nur wenige Monate währenden Unterbrechung zwischen 1968 und 2005 als Arafats Bevollmächtigter in der Bundesrepublik arbeitete, stellte 1982 sein Buch mit dem Titel „PLO und Palästina. Ver-

[8] Vgl. ADN: Großer Stern der Völkerfreundschaft an Yasser Arafat überreicht, in: ND, 09. 10. 1989, S. 9. Zur ursprünglich vorgesehenen Ehrung durch Honecker vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2340, Anlage 9 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 08. 08. 1989, Bl. 7, 59.

[9] Außer dem bereits genannten libyschen Staatsführer sowie dem syrischen Präsidenten verlieh die DDR 1965 auch dem ägyptischen Präsident Gamal Abd al Nassir sowie 1979 bzw. 1981 den Präsidenten des Südjemen, Abd al Fatah Ismail u. Ali Nassir Muhammad den „Großen Stern der Völkerfreundschaft", vgl. Armin Craim: Völkerfreundschaft, in: ND, 26. 02. 1965, S. 3; Hochgeachteter Staatsmann, in: ND, 16. 11. 1979, S. 2; Hohe Auszeichnung der DDR an den arabischen Staatsmann verliehen, in: ND, 06. 11. 1981, S. 1.

[10] Vgl. ADN: Großer Stern der Völkerfreundschaft an Yasser Arafat überreicht, in: ND, 09. 10. 1989, S. 9; ADN: Neue Etappe der Zusammenarbeit wird eingeleitet, in: ND, 28. 06. 1978, S. 1, 3; ADN: Hohe Auszeichnungen verliehen, in: ND, 02. 10. 1978, S. 1; Großer Stern der Völkerfreundschaft für den afrikanischen Staatsmann, in: ND, 18. 09. 1980, S. 1; Großer Stern der Völkerfreundschaft für den afrikanischen Staatsmann, in: ND, 13. 10. 1981, S. 1; Herzliches Willkommen Erich Honeckers für Robert Mugabe in Berlin, in: ND, 25. 05. 1983, S. 1; ADN: Erich Honecker empfing den Präsidenten des ANC, in: ND, 11. 11. 1987, S. 1; ADN: Begegnung zwischen Erich Honecker und Edgar Miles Bronfman, in: ND, 18. 10. 1988, S. 1; Orden „Stern der Völkerfreundschaft" in Gold, in: ND, 09. 11. 1988, S. 1f.; Gratulationen aus aller Welt für Nelson Mandela, in: ND, 19. 07. 1988, S. 1.

[11] Vgl. Abbas, Channels; Frangi, PLO und Palästina; Hout, My Life; Khalaf, Heimat; Khalidi, Siege; Sharif, Arafat; Habache, Révolutionnaires.

[12] Vgl. Khalaf, Heimat.

gangenheit und Gegenwart" vor[13]. Auch er sparte in dieser in Frankfurt am Main erschienenen und nur in der Bundesrepublik erhältlichen Darstellung die DDR aus. Ist dieses Schweigen nicht bemerkenswert in Anbetracht der politischen Leistungen Ost-Berlins? Noch bemerkenswerter ist allerdings, dass keiner der drei zwischen 1973 und 1990 in der DDR tätigen Repräsentanten der Palästinensischen Befreiungsorganisation ein Buch über die ostdeutsche Politik publizierte und der Öffentlichkeit Einblicke in das Verhältnis Honeckers zu Arafat oder Arafats zu Honecker gewährte. Auch ist keiner der drei Namen dieser PLO-Vertreter – Nabil Koulailat, Issam Kamal und Daud Barakat – annähernd so bekannt wie der Abdallah Frangis. Hätte man es nicht viel eher von den palästinensischen Gesandten oder gar den Botschaftern Arafats in Ost-Berlin erwartet, dass sie Bücher schrieben und ihre Eindrücke über Deutschland schilderten als von Abdallah Frangi, dem angeblich in Bonn so ungern gesehenen und gemiedenen Mann der PLO?

„Das erste PLO-Büro in Europa, ein Informationsbüro, wurde 1968 in Frankfurt am Main eröffnet", so Abdallah Frangi, zugleich damaliger Leiter dieses Büros[14]. Weiter schreibt er: „Die BRD war ein offenes Land, und hier hatten wir unsere Präsenz schon viele Jahre, bevor wir die Kontakte zur DDR aufgenommen oder überhaupt nur daran gedacht haben."[15] Bedeutet dies, die PLO arbeitete, lange bevor sie nur daran dachte, mit der DDR zu sprechen, in der Bundesrepublik, weil der westdeutsche Staat im Gegensatz zum ostdeutschen ein „offenes Land" war? Wenn die PLO, bevor sie in die DDR kam, bereits in der Bundesrepublik politisch präsent war, gab es dann ab 1973 Zusammenhänge der ost- und der westdeutschen Politik Jassir Arafats? Und wie verhielt sich Ost-Berlin zu den Bonner Kontakten der Palästinenser? Seit Langem ist zudem bekannt, wie engagiert sich westeuropäische Staaten, allen voran Frankreich, Österreich, Spanien sowie Griechenland und nicht zuletzt die Sozialistische Internationale, in den 1970er und 1980er Jahren für Jassir Arafat einsetzten. Welche Rolle spielte deren PLO-Politik für die DDR? Honeckers Propaganda hob stets vehement die Exklusivität des Ostens im Umgang mit der Organisation Arafats hervor und bestritt den aufrichtigen Willen des Westens an einer propalästinensischen Lösung des Nahostkonfliktes. Ohnehin leugnete die SED, dass sich die Palästinenser mit ernsthafter Absicht um die Unterstützung der „imperialistisch-kapitalistischen" Regierungen bemühten.

Nicht übersehen sollte man zudem, dass Jassir Arafat im Oktober 1990 zwar einer der dienstältesten arabischen Verbündeten Ost-Berlins war und mit insgesamt drei SED-Generalsekretären und vier ostdeutschen Ministerpräsidenten beziehungsweise Vorsitzenden des Ministerrates zusammengearbeitet hatte, er 1969 allerdings nicht zum ersten, sondern zum dritten Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation gewählt worden war. Die 1964 gegründete PLO und die DDR verband also auch eine Geschichte jenseits der Person Arafats, die zudem viele Jahre, bevor es 1973 zum Entschluss kam,

[13] Vgl. Frangi, PLO und Palästina.
[14] Vgl. ders., Solidarität, S. 93.
[15] So ebd.

offizielle Kontakte zwischen der SED und der PLO herzustellen, begonnen hatte. Wie gestaltete sich das ostdeutsch-palästinensische Verhältnis in der Zeit zwischen 1964 und 1969, einem Abschnitt der DDR-Außenpolitik, in der das SED-Regime um seine internationale Anerkennung kämpfte und diese gerade im Nahen Osten erringen wollte? Die nicht bestehenden diplomatischen Kontakte zum jüdischen Staat sowie eine von der DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik verweigerte Kompensation und Restitution zugunsten jüdischer Opfer des Holocaust zählten bekanntlich zu den wichtigsten politischen Instrumenten des Ost-Berliner Anerkennungskampfes im arabischen Raum – neben dem Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, wie es Walter Ulbricht im März 1965 in Ägypten bekräftigte. Aber nutzte Ulbricht der palästinensische Faktor tatsächlich? Und welche Politik betrieb die DDR in der Palästinafrage vor Gründung der PLO?

Wie relevant das Thema der ostdeutschen PLO-Politik ist und dass deren Folgen bis in die Gegenwart reichen, zeigen die in dieser Untersuchung neu gewonnenen Erkenntnisse zum Hintergrund des Bombenanschlags auf die West-Berliner Diskothek „La Belle“ im April 1986 ebenso wie zahlreiche weitere neue Befunde zu terroristischen Verbrechen. Auch stellten Beschäftigte der ehemaligen Ost-Berliner PLO-Botschaft bis vor Kurzem noch das Gros der Angehörigen der Palästinensischen Mission in der Bundesrepublik. Sie hielten sich seit dem Ende der 1960er Jahre in der DDR auf und waren mitunter als Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit verpflichtet[16]. Die Wirkung der ostdeutschen Beziehungen zu Jassir Arafat auf die Entwicklung der PLO endete zwar 1990. Aber vergegenwärtigt man sich die wenig später zwischen Israel und der PLO vereinbarten Prinzipien, wird rasch deutlich, dass alle implementierten Formeln eines Regelungsmechanismus des israelisch-palästinensischen Konfliktes nicht neu waren, sondern eine lange Vorgeschichte hatten. Obwohl bis heute noch immer kein Frieden zwischen Israelis und Palästinensern erreicht ist, hinterließ auch die DDR-Politik ihre Spuren. Und so bleibt zu untersuchen, wie Ost-Berlin in den 1970er und 1980er Jahren versuchte, die Anerkennung Israels innerpalästinensisch durchzusetzen und welchen Anteil die SED daran hatte, Jassir Arafat auf politische Kompromisse vorzubereiten. Welchen Beitrag leistete Erich Honecker für die Domestizierung der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die seit jeher eine Voraussetzung für Friedensverhandlungen war? Wie wurde Arafat vor radikalen innerpalästinensischen und innerarabischen Feinden geschützt, die jede Einigung mit Israel strikt ablehnten?

Fast 30 Jahre nach dem Ende der DDR ist diese Arbeit die erste, die diese Fragen fundiert beantwortet. Sie ist national wie international die erste wissenschaftliche Gesamtdarstellung der ostdeutsch-palästinensischen Beziehungen. Ihr Anspruch ist es, hinter die Fassade der SED-Propaganda zu schauen und die Substanz der PLO- und Palästinapolitik der DDR offenzulegen. Was waren ihre Ziele und Mittel, was waren ihre Bedingungen und was waren ihre Ergebnisse? Für wie wichtig hielt Ost-Berlin das Verhältnis zur PLO, wie nachhaltig kooperierte die

[16] Zum IM „Adel“ bzw. IM „Cunhal“ vgl. BStU, MfS, AIM, 43/91, Bd. 1/1 u. 2/2.

DDR mit den drei Vorsitzenden des palästinensischen Exekutivkomitees zwischen 1964 und 1990 und von welchen Faktoren wurde die Haltung des SED-Regimes gegenüber der PLO bestimmt? Welche Wirkung hinterließ die DDR mit ihrer PLO- und Palästinapolitik beziehungsweise umgekehrt: Welche Bedeutung besaß sie für die Deutsche Demokratische Republik innen- wie außenpolitisch?

Methodisch und argumentativ liegen dieser Arbeit drei Prämissen zugrunde: Zum Ersten wird die ostdeutsche Politik ausgehend von der Heterogenität der PLO analysiert. Die Palästinensische Befreiungsorganisation war eine aus unterschiedlichen Gruppen bestehende Formation, wobei keines ihrer Mitglieder seine Autonomie aufgab und sich einem einheitlichen PLO-Kommando unterwarf. Ab Ende der 1960er Jahre existierten Dutzende palästinensische Verbände, die zwar formal der PLO angehörten, aber von eigenen Vorsitzenden geführt wurden und eigene Mitglieder besaßen. Jede der Gruppierungen bekannte sich zu einem eigenen Grundsatzdokument. Mit Ausnahme der rigorosen Ablehnung Israels vertraten diese Programme jeweils ganz verschiedene politische Konzepte: „Die einzelnen Mitgliedsorganisationen der PLO sind in ihrer politischen Zielsetzung und Struktur sehr unterschiedlich. Dies führte immer wieder zu schwierigen und belastenden Auseinandersetzungen. Unter den Palästinensern findet man Sozialisten, Kommunisten und Konservative, Menschen, die religiös empfinden, und andere, die weniger religiös sind. Die große Mehrheit der Palästinenser bekennt sich zum Islam, aber mehr als 20 Prozent sind Christen", betont Hans-Jürgen Wischnewski, der westdeutsche Nahostkenner, in seiner Autobiografie zu Recht[17]. Die „konservativste" palästinensische Gruppe war bis Ende der 1980er Jahre die sogenannte Fatah, die von Jassir Arafat 1958/59 gegründet worden war und erst 1968 Mitglied der Palästinensischen Befreiungsorganisation wurde. Die Fatah übernahm ab diesem Zeitpunkt die Kontrolle über die Gremien der PLO und sie bestimmt bis heute deren Politik. Neben der Fatah existierten Ende der 1960er Jahre unter anderem die Demokratische Front (DFLP) sowie die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), die Saiqa, die Ansar und Strukturen der palästinensischen Kommunisten. Diese Organisationen bekannten sich viel entschiedener zum sozialistisch-sowjetischen Lager und zu marxistisch-leninistischen Prinzipien als die Fatah.

Der Ansatz dieser Studie ist es, nicht nur zu untersuchen, wie Ost-Berlin *die* PLO unterstützte, sondern, mit welchen Teilen inner- und außerhalb der PLO die DDR konkret zusammenarbeitete, vor allem ab 1968/69. Seitdem die Fatah *die* PLO führte und deren „Regierung" stellte, existierte stets eine große innerpalästinensische Opposition zu Arafat und der Fatah. Denn die Fatah plädierte für einen palästinensischen Nationalismus ohne einseitiges Bekenntnis zum sowjetisch-sozialistischen Lager und ohne marxistisch-leninistische Gesinnung. Ausschließlich Arafats Fatah war es, die seit 1968 begann, Büros in westeuropäischen Hauptstädten zu eröffnen. Und nur sie unterhielt von allen palästinensischen Organisationen die engsten Kontakte zu Saudi-Arabien, den Monarchien am Golf, Jordanien

[17] Vgl. Wischnewski, Leidenschaft, S. 159f.

und Ägypten – also zu Ländern, die spätestens ab Anfang der 1970er Jahre für die Sowjetunion und die Ostblockstaaten als „reaktionär" galten. Eine Darstellung der PLO-Politik der DDR ab Ende der 1960er Jahre muss daher beides erforschen: die offiziellen Beziehungen zur Führung der PLO um Arafat *und* die ostdeutschen Kontakte mit der Fatah-Opposition. Nur das erlaubt Rückschlüsse auf die Haltung und Loyalität der SED gegenüber der gewählten Führung der PLO. Mit anderen Worten: Es ist zu klären, inwiefern die DDR in die innerpalästinensischen Machtkämpfe eingriff, sie Jassir Arafat stärkte oder aber die Stellung der Fatah schwächte.

Die Beziehung zwischen Ost-Berlin und der Fatah ausgehend von der Heterogenität der PLO zu rekonstruieren, ist eine Voraussetzung, um das Verhältnis der DDR zu Arafat und der PLO darstellen zu können. Dies wird in dieser Arbeit auch für den Zeitraum vor Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation 1964 erfolgen, um zu fragen, ob und wie die SED mit der 1958/59 entstandenen Fatah kooperierte und wie Walter Ulbricht dazu stand, als Jassir Arafat letztlich 1968/69 die PLO übernahm. Fürchtete sich das SED-Regime vor der Fatah oder vor dem Terror der PLO? Verbreitete die Fatah in Ost-Berlin Angst und Schrecken, weil sie sich nicht moskauhörig in eine Abhängigkeit begeben wollte? Galt die Fatah als gefährlich, weil sie, wie Frangi erklärt, „lange" bevor sie in die DDR kam, schon die Arbeit in der Bundesrepublik aufgenommen hatte und politisch „konservative" Ansichten und keine rein „progressiv-antiimperialistischen" vertrat? Antworten hierauf findet diese Studie, indem sie die Beziehung der DDR zur Fatah mit der ostdeutschen Unterstützung der Fatah-Opposition kontrastiert. War die SED nach 1968/69 bereit, nicht nur der Fatah-geführten PLO zu helfen, kam dies einer Einflussnahme zugunsten der Gegner Jassir Arafats gleich.

Die zweite dieser Arbeit zugrunde liegende Prämisse lautet, dass die PLO- und Palästinapolitik des SED-Staates in die Nahost- und Außenpolitik der DDR als Ganzes einzubetten ist und im Vergleich mit der Syrienpolitik, der Israelpolitik und auch den Kontakten zu anderen nationalen Befreiungsorganisationen betrachtet werden muss. Letzteres ist notwendig, um beispielsweise die Summe der finanziellen Solidaritätsleistungen für die PLO richtig einordnen zu können. Erst im Vergleich wird deutlich, ob der PLO signifikant mehr oder signifikant weniger Mittel als anderen Akteuren bereitgestellt wurden. Wich die Größe des palästinensischen Studentenkontingents von der des African National Congress, der South West Africa People's Organization oder der Zimbabwe African People's Union ab? Nahm die SED besonders viele verwundete Palästinenser zur Behandlung in der DDR auf? Auch hier gilt es zu beachten, ob Ost-Berlin neben einer offiziellen PLO-Solidarität *separat* Unterstützung, etwa für die DFLP, die PFLP oder weitere prosozialistische Gruppen leistete. Selbstverständlich ist dabei von besonderem Interesse, was seitens der SED oder der ostdeutschen Regierung unterlassen wurde, um die Führung der PLO gegenüber ihrer inner- oder außerpalästinensischen Opposition zu stabilisieren.

Die Beziehungen zur PLO mit der Syrienpolitik der DDR zu kontextualisieren, ist unerlässlich. Schon seit ihrer Gründung war die Palästinensische Befreiungsorganisation von anderen arabischen Staaten abhängig. Das heißt zugleich, dass es stets zu Machtkämpfen zwischen der PLO-Führung und den arabischen Regie-

rungen kam. Mit der unter Kontrolle der Fatah stehenden PLO verstärkten sich diese Konflikte ab 1969, wobei insbesondere die Konfrontation zwischen dem syrischen Präsidenten Hafiz al Assad und Jassir Arafat respektive der Fatah ab Mitte der 1970er Jahre die Entwicklung der PLO prägte. Die von Damaskus mit großer Brutalität geführte Auseinandersetzung, die zumeist im Libanon ausgetragen wurde, 1975 begann und erst gut 20 Jahre später von beiden Seiten für beendet erklärt wurde, kulminierte in den 1980er Jahren.

Assads entschiedenes Vorgehen gegen Arafat verlangte Honecker eine Entscheidung ab. Formal war die DDR zwar mit Syrien und der PLO eng verbündet. Eine neutrale Position zwischen beiden Seiten schien aber kaum möglich, da das syrische Regime seit 1977/78 zu einem der engsten, nach der israelisch-ägyptischen Verständigung und mit Ausbruch des Iran-Irak-Krieges 1979/80 zum wichtigsten Partner der DDR im Nahen Osten aufgerückt war. Damaskus und Ost-Berlin hatten bereits seit Mitte der 1970er Jahre enge politische, wirtschaftliche und auch militärische Beziehungen aufgebaut, die nun kontinuierlich weiter verstärkt wurden. Eine Unterstützung Assads durch Honecker in einer Phase, als Damaskus gleichzeitig mit Arafat um die Vorherrschaft in der Palästinensischen Befreiungsorganisation kämpfte, hätte sich negativ auf die PLO/Fatah auswirken müssen. Eine Syrien kritisierende oder sanktionierende Politik hätte wiederum große wirtschaftliche und politische Nachteile für die DDR mit sich gebracht. Um zu klären, wie Honecker diese Situation löste und wie die ostdeutsche Haltung gegenüber dem Assad-Regime in den 1970er und 1980er Jahren die PLO-Politik beeinflusste, wird in dieser Arbeit die Syrienpolitik der DDR zwischen 1975/76 und 1990 ausführlich erörtert und mit Blick auf ihre Konsequenzen für Jassir Arafat reflektiert und analysiert.

Das Verhältnis zu Israel ist ein weiterer Aspekt der DDR-Nahostpolitik, der bei der Darstellung der ostdeutschen Beziehung mit der PLO berücksichtigt werden muss. Die „Solidarität" mit den Palästinensern und der Antizionismus gehörten zur antifaschistischen Staatsräson und waren somit Kernbestandteil der Herrschaftslegitimation des SED-Regimes und seines nationalen Selbstverständnisses. Auch wenn bis zum Ende der DDR keine direkten diplomatischen Beziehungen mit Israel bestanden, beeinflusste die Unterstützung der PLO die Prinzipien der Anerkennung der Sicherheit und territorialen Integrität aller Staaten des Nahen Ostens, auch der Israels, die man stets hervorhob. Von Interesse ist dabei, inwiefern die DDR durch die propalästinensische Haltung gegen diese Deklarationen verstieß, in welchem Maße die PLO-Politik gezielt eingesetzt wurde, um israelische Interessen zu gefährden, oder ob Ost-Berlin mäßigend auf die antiisraelische Gewalt, den Terror und die Vernichtungsrhetorik der Palästinenser einwirkte. Förderte die DDR also gemäßigte oder begünstigte sie radikale palästinensische Kräfte? Und welche Schlussfolgerungen sind daraus mit Blick auf die Israelpolitik der DDR zu ziehen? Insbesondere ist jene Phase zu beschreiben, in der sich die Ost-Berliner Regierung ab Herbst 1989 auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel vorbereitete – trotz bestehender Kontakte mit der PLO. Blockierte Arafat diesen proisraelischen Schritt? Welche Vorstellungen und Forderungen adressierte die DDR zugunsten der Palästinenser an Israel und wie glaubte Ost-Berlin, eine PLO- und eine Israelpolitik zur gleichen Zeit führen zu können?

Die dritte Prämisse dieser Untersuchung ist das Konzept der doppelten Deutschlandpolitik Jassir Arafats. Wie das einleitende Zitat Abdallah Frangis zeigt, trifft es keineswegs zu, dass die PLO unter ihrer neuen Fatah-Führung ab Ende der 1960er Jahre ausschließlich die Unterstützung Moskaus suchte und zuerst im östlichen deutschen Teilstaat politisch Fuß fasste. Daher soll in dieser Arbeit kontinuierlich die ost- und die westdeutsche PLO-Politik nach 1968/69 vergleichend bewertet werden. Dies geschieht aus der Perspektive der PLO respektive Jassir Arafats auf das geteilte Deutschland. Erst wenn Arafats doppelte Deutschlandpolitik, die er bis zum Ende der DDR 1990 betrieb, vergleichend untersucht wird, werden deren Schnittmengen und wechselseitige Abhängigkeiten erkennbar. Beantworten lässt sich hiervon ausgehend auch die Frage, welches Gewicht die Bundesrepublik und die DDR aus Sicht Arafats besaßen. Wer war für ihn der zuverlässigere Partner: Bonn oder Ost-Berlin?

Alle drei skizzierten Prämissen tragen dazu bei, dass diese außenpolitische Detailstudie ihren Untersuchungsgegenstand im Hinblick auf die von Hermann Wentker beschriebenen Bedingungsfaktoren des internationalen Handelns der DDR verorten kann: die Sowjetunion, die Bundesrepublik und die ostdeutsche Innenpolitik[18]. Nahm der SED-Staat tatsächlich seit den 1960er Jahren eine „Vorreiterrolle" ein und arbeitete er aktiver mit den Palästinensern zusammen als die übrigen sozialistischen Länder und die Sowjetunion[19]? Warum riskierte Erich Honecker für sein Bündnis mit Jassir Arafat die direkte Konfrontation mit Moskau[20]? Überwand die DDR in dieser Teilfrage wirklich die von Wentker benannten engen Grenzen ihrer Außenpolitik[21]? Und welche Rolle spielte die Bundesrepublik für die PLO- und Palästinapolitik der DDR vor und nach der internationalen Anerkennung des SED-Regimes? Welche innenpolitischen Sachzwänge und Erfordernisse beeinflussten die ostdeutschen Beziehungen mit der PLO?

Die Grundlage dieser historischen Arbeit bilden die Befunde eines ausgiebigen Quellenstudiums. Für diese Untersuchung wurden Dokumente im Bundesarchiv sowie in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik im Bundesarchiv, im Bundesarchiv-Militärarchiv und im Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) eingesehen. Weitere wichtige Unterlagen konnten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, den Landesarchiven Berlin sowie Nordrhein-Westfalen, den Universitätsarchiven Bonn, Freiberg, Leipzig und Stuttgart, im Archiv der sozialen Demokratie, im Handelsregister des Amtsgerichtes Berlin-Charlottenburg, der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth, der Generalstaatsanwaltschaft Berlin, im Ar-

[18] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 1–18, 69–187, 211–475, 555–567; ders., RDA, S. 25–29.
[19] So die These bei Timm, Davidstern, S. 269 f.
[20] So die Aussage ehemaliger ostdeutscher Diplomaten, vgl. Robbe, DDR, S. 563–573; Winter, DDR, S. 84 f.
[21] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 1–18, 27–36, 69–86, 121–127, 367–475, 555–567; ders., Außenpolitik, S. 409; ders., RDA, S. 45.

chiv des „Fördervereins Tradition Ostseeschifffahrt e. V." Rostock, im Deutschen Rundfunkarchiv Potsdam-Babelsberg, im Archiv der Portigon AG in Düsseldorf, vormals West LB AG, sowie bei den Berliner Verkehrsbetrieben ausgewertet werden. Darüber hinaus sind Quellen des israelischen und des österreichischen Staatsarchivs sowie des Archivs des finnischen Außenministeriums gesichtet worden. Allein im Bundesarchiv in Berlin erstreckte sich die Recherche auf über 30 Einzelbestände, von den Akten des Büros Honeckers über die diverser Ministerien, der Generalstaatsanwaltschaft, der Staatsbank, der Kammer für Außenhandel, des Bereiches Kommerzielle Koordinierung sowie der Plankommission bis hin zu den Hinterlassenschaften des Solidaritätskomitees, des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Nationalrates der Nationalen Front und des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes. Im Bundesarchiv sowie im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts wurden insgesamt etwa 1500 Akten eingesehen. Beim BStU waren es rund 5000 Akten mit circa einer halben Million Blatt, die untersucht werden konnten[22].

Keine der bisherigen deutschen oder internationalen Forschungsarbeiten über die ostdeutsche PLO- und Palästinapolitik ist derart quellenfundiert, zumal es ohnehin an ausführlichen Darstellungen mangelt. Die zwischen sieben und zehn Seiten starken Aufsätze von Ziad Mouna und Klaus Polkehn, die 1995 beziehungsweise 1999 erschienen, sind bisher die einzigen Publikationen, die dezidiert die PLO- und Palästinapolitik der DDR beleuchten[23]. Sowohl bei Polkehn als auch bei Mouna basiert die Argumentation auf ihren persönlichen Erinnerungen und beruflichen wie privaten Erfahrungen[24]. Die Arbeiten von Jeffrey Herf, Stefan Meining, Angelika Timm und Michael Wolffsohn gehen im Rahmen der Darstellung des ostdeutsch-israelischen beziehungsweise ostdeutsch-jüdischen Verhältnisses in einzelnen Kapiteln auf die PLO- und Palästinapolitik der DDR ein[25]. Keiner dieser Beiträge legt allerdings eine konsistente Gesamtdarstellung der PLO- und Palästinapolitik vor oder spürt jenseits der propagierten absoluten Einigkeit und Harmonie zwischen Ost-Berlin und Jassir Arafat Kontroversen und politischen Konflikten nach. Die PLO-Politik der DDR wird dort zudem homogen dargestellt, ohne zu beachten, dass der SED-Staat durch separate Unterstützung gezielt Einfluss auf innerpalästinensische Machtkämpfe nahm. Diese undifferenzierte Herangehensweise wirkt sich insbesondere auch deshalb problematisch aus, weil in keiner der Veröffentlichungen auf den syrisch-palästinensischen

[22] So die Auskunft der Archive bzw. des BStU im Jahr 2014 bzw. 2016.

[23] Vgl. Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 97–107; Polkehn, DDR, S. 32–39.

[24] Klaus Polkehn war langjähriger stellv. Chefredakteur der ostdeutschen Wochenzeitung „Wochenpost". Er veröffentlichte bereits vor 1990 Traktate über den Zionismus u. den Nahostkonflikt, vgl. Polkehn, Aufschwung; ders., Zionism; ders., Wochenpost. Ziad Mouna ist ein ehemaliger palästinensischer Student, der in der DDR auch als Funktionär der Fatah arbeitete, vgl. BStU, MfS, ZAIG, 2634, Information, 31. 01. 1977, Bl. 7; BStU, MfS, ZAIG, 3021, Anlage 2 zur Auskunftsübersicht, 30. 04. 1979, Bl. 24.

[25] Vgl. Herf, Undeclared Wars; ders., Israel; ders., Divided Memory, S. 123–145; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 307–311, 332–344; Timm, Davidstern, S. 269–292; Wolffsohn, Deutschland-Akte, S. 161–166. Vgl. insgesamt auch Bengtson-Krallert, DDR, der keine kohärente Analyse vorlegt.

Konflikt eingegangen wird[26]. Leider ist dies ebenso bei Berichten ehemaliger ostdeutscher Funktionäre oder Diplomaten der Fall, die ohnehin sehr einseitig argumentieren[27]. Bei Polkehn ist die von ihm beanspruchte Objektivität und Wissenschaftlichkeit seiner Arbeiten nicht allein aufgrund seiner persönlichen Funktion in der DDR in Zweifel zu ziehen, sondern auch aufgrund der inoffiziellen Tätigkeit für die Staatssicherheit[28].

Die internationale Forschung vernachlässigt die Konfrontation zwischen Assad und Arafat keineswegs. Anders als es im deutschsprachigen Bereich der Fall ist, besteht international seit den 1980er Jahren Konsens, dass die sowjetisch-palästinensischen Beziehungen, insbesondere das Verhältnis zwischen Jassir Arafat und dem Kreml, durch das syrische Vorgehen gegen die Palästinenser sowie aufgrund Arafats politischer Forderung nach mehr sowjetischer Unterstützung massiv belastet wurden. Während die deutschen Veröffentlichungen zumeist eine spannungsfreie Beziehung zwischen der DDR und der PLO respektive Arafat, dem SED-Regime und damit auch der Sowjetunion konstatieren, erklärte Galia Golan bereits 1980 das Bündnis zwischen der KPdSU und Arafat zur „Uneasy Alliance“[29]. Außer Golan berücksichtigten in den 1980er Jahren weitere namhafte internationale Wissenschaftler diesen syrisch-palästinensischen Konflikt und wiesen nach, dass er die sowjetischen Interessen negativ beeinflusste[30]. Hervorzuheben sind die von Baruch A. Hazan 1978 veröffentlichten Forschungsergebnisse, weil Hazan Unterschieden im sowjetisch-sozialistisch-palästinensischen Verhältnis nachgeht und aufzeigen kann, dass es zwischen einzelnen sozialistischen Staaten signifikante Differenzen im Umgang mit der PLO gab[31]. Galia Golan und Roland Dannreuther haben die sowjetisch-palästinensischen Beziehungen insgesamt ausführlich und überzeugend dargestellt, wenn auch die ostdeutsche Facette der sowjetisch-sozialistischen PLO-Politik von ihnen nicht gezielt herausgearbeitet wurde[32].

[26] Vgl. hierzu insb. die Argumentation bei Herf, Undeclared Wars, sowie ders., Israel. Vgl. ebs. Bengtson-Krallert, DDR.

[27] Vgl. Bator, Begegnung mit Arafat; ders., DDR, S. 267–273; Odermann, Wellen, S. 32–44; Polkehn, DDR, S. 32–39; ders., Wochenpost, S. 168 f.; Reichardt, Solidarität, S. 82–84; Robbe, DDR, S. 551–601; Winter, DDR, S. 83–86.

[28] Klaus Polkehn verpflichtete sich 1963 unter dem Decknamen „Hans“ als IM des MfS. Akten des BStU zeigen, dass die Staatssicherheit Veröffentlichungen über den Zionismus bei ihrer Quelle „Hans“ beauftragte, vgl. BStU, MfS, HA XX, 7903. Zu den IM-Unterlagen vgl. BStU, MfS, A, 101/78, Bd. 2/1, 2/2, 2/3 u. 2/4.

[29] Vgl. Golan, Uneasy Alliance. Die im Herbst 1983 in der Bundesrepublik veröffentliche Abhandlung von Linde, Andropow-Assad-Arafat, S. 1–37, ist insofern hervorzuheben, als sie eine der wenigen wissenschaftlichen Arbeiten ist, die den Konflikt zwischen Assad u. Arafat in Bezug auf das Verhältnis Syriens u. der PLO/Fatah mit dem Kreml thematisiert. Massimiliano Trentin beschreibt die Syrienpolitik der DDR, ohne die PLO- und Palästinapolitik Ost-Berlins zu berücksichtigen, vgl. Trentin, Syrie; ders., Solidarity. Vgl. ebs. Bengtson-Krallert, DDR.

[30] Vgl. Becker, PLO; Cobban, Palestinian Liberation Organisation; Ma'oz/Yaniv, On a Short Leash; Rubin, Arab States; Schueftan, Palestinians; Freedman, Soviet Union; ders., Moscow.

[31] Vgl. Hazan, Involvement by Proxy, S. 321–346.

[32] Vgl. Dannreuther, Soviet Union; Golan, Sinai, S. 143–163; dies., Moscow and the PLO, S. 121–140; dies., Uneasy Alliance; dies., Syria and the Soviet Union, S. 777–801; dies., Soviet Union and the PLO.

Wichtig bei der Bewertung des ostdeutsch-syrischen Verhältnisses, das wiederum unerlässlich für die Darstellung der Beziehung Ost-Berlins zur Palästinensischen Befreiungsorganisation ab 1975/76 ist, sind die zum Teil älteren, aber auch sehr aktuellen Arbeiten zur syrischen Außenpolitik unter Hafiz al Assad von Raymond A. Hinnebusch, Raphaël Lefèvre, Volker Perthes und Barry Rubin[33].

Um die ostdeutsche PLO- und Palästinapolitik und die Entscheidungen der DDR kontextualisieren zu können, zieht diese Arbeit Standardwerke über den Nahostkonflikt, die Entwicklung der PLO und ihrer internationalen Beziehungen heran, etwa den Band von Mark Tessler und die Bücher von Russell J. Gainsborough, Gudrun Krämer, Gabriel Ben-Dor, Helena Cobban, Maija Lähteenmäki, Moshe Ma'oz und Avraham Sela, Jamal R. Nassar, Barry Rubin sowie Yezid Sayigh[34]. Zusätzlich berücksichtigt werden die relevanten Arafat-Biografien[35] beziehungsweise wichtige Autobiografien und Memoiren[36].

Neben dieser Grundlagenliteratur über die Geschichte der PLO, des Nahostkonfliktes und der syrischen Politik beziehungsweise die sowjetisch-palästinensischen Beziehungen ist für diese Untersuchung vor allem die Forschung über die westdeutsche PLO- und Palästinapolitik von Belang. Kinan Jaeger veröffentlichte dazu 1997 den bislang kompaktesten Band[37]. Außerdem thematisieren weitere wichtige Studien über die bundesdeutsche Nahost- und Israelpolitik diesen palästinensischen Aspekt[38]. Auch wenn keine dieser Arbeiten vergleichend auf die Rolle der ostdeutschen Beziehungen eingeht, so bieten doch insbesondere die Darstellungen der westdeutsch-palästinensischen sicherheitspolitischen Beziehungen sowie des Verhältnisses zwischen terroristischen Gruppen der Palästinenser und links- wie rechtsextremistischen Vereinigungen der Bundesrepublik entscheidende Ansatzpunkte, um – ausgehend von den Ergebnissen dieser Studie – die Zusammenhänge der ost- und westdeutschen Politik der PLO/Fatah und einzelner palästinensischer Gruppen aufzuzeigen. Zu erwähnen sind hier primär die Untersuchungen von Tim Geiger, Matthias Dahlke und Thomas Riegler, die

[33] Vgl. Hinnebusch, Syria; ders., State and Islamism, S. 199–214; ders., Revisionist Dreams, S. 374–409; ders., Foreign Policy of Syria, S. 141–165; Lefèvre, Ashes of Hama; ders., Armed Struggle; ders., Hama and Beyond, S. 3–28; Perthes, Bourgeoisie and the Baath; ders., Political Economy; ders., Syrian Economy in the 1980s, S. 37–58; Rubin, Lebanon; ders., Syria.

[34] Vgl. Tessler, Conflict; Gainsborough, Conflict; Krämer, Geschichte Palästinas; Ben-Dor, Sovereignty; Cobban, Palestinian Liberation Organisation; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization; Sela/Ma'oz, PLO; Nassar, Palestine Liberation Organization; Rubin, Arab States; ders., Revolution; Sayigh, Struggle.

[35] So Aburish, Arafat; Gowers/Walker, Myth; Hart, Arafat; Kapeliouk, Arafat; Pisano, Arafat; Rubin/Rubin, Arafat; Rubinstein, Arafat; Saint-Prot, Arafat.

[36] Vgl. Abbas, Channels; Brandt, Erinnerungen; Daoud, Palestine; François-Poncet, Quai d'Orsay; Frangi, Gesandte; Genscher, Erinnerungen; Habache, Révolutionnaires; Hout, My Life; Khalaf, Heimat; Kissinger, Years of Renewal; ders., Years of Upheaval; Kreisky, Im Strom; ders., Mensch im Mittelpunkt; Meroz, Mission; Primakov, Arabs; Primor, Botschafter; Salem, Violence; Sharif, Arafat; Sharon, Warrior; Védrine, Mitterrand; Wischnewski, Leidenschaft.

[37] Vgl. Jaeger, Quadratur.

[38] Vgl. Buettner, Even-Handedness, S. 115–159; Fink, Ostpolitik, S. 182–205; Müllenmeister, Nahostpolitik; Perthes, Beziehungen, S. 99–109; Weingardt, Nahostpolitik.

sich konzentriert mit sicherheitspolitischen Fragen der westdeutsch-palästinensischen sowie österreichisch-palästinensischen Beziehungen befassen[39]. Wolfgang Kraushaars Arbeiten rücken die Verbindungen zwischen westdeutschen terroristischen Vereinigungen, vor allem des linksextremistischen Spektrums, und palästinensischen Gruppen in den Fokus[40]. Darüber hinaus geben die von Rainer Fromm 1998 präsentierten Befunde wichtige Einblicke in das enge Verhältnis zwischen der PLO/Fatah und bundesdeutschen Rechtsextremisten, die für die Beurteilung der ostdeutschen Politik der PLO und der Beziehung zwischen der Palästinensischen Befreiungsorganisation und der DDR wertvoll sind[41].

Verschiedene Interviews und Zeitzeugengespräche boten dem Verfasser die Möglichkeit, einzelne Fragen detailliert mit ehemaligen politischen Entscheidern der DDR, Funktionären der PLO/Fatah und Verantwortlichen in der Bundesrepublik vertiefend zu erörtern. Außer den Gesprächen mit Achim Reichardt[42], dem ehemaligen Generalsekretär des ostdeutschen Solidaritätskomitees, war vor allem der Austausch mit der Witwe des ersten PLO-Vertreters in der DDR und dessen Sohn, Frau Om El-Seoud Koulailat und Herrn Ziad Koulailat, von großer Bedeutung und regte zudem auch zu vielen neuen, weiterführenden Überlegungen an[43]. Sehr hilfreich war es darüber hinaus, die gesamte Fragestellung mit Abdallah Frangi erörtern zu können[44]. Dies trifft ebenso zu auf die geführten Interviews mit dem ehemaligen Bundesminister des Inneren sowie Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, sowie auf das Gespräch mit Heinz-Dieter Winter, dem ehemaligen stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Leiter der Abteilung Naher und Mittlerer Osten im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und ostdeutschen Botschafter in Syrien sowie Jordanien[45]. Trotz wiederholter Anfrage waren mehrere Personen leider nicht zu einem Interview bereit, so unter anderem der ehemalige Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow, der letzte Generalsekretär der SED, Egon Krenz, sowie Daud Barakat, der zwischen Frühjahr und Herbst 1990 amtierende Botschafter des Staates Palästina in der DDR.

Die Darstellung der ostdeutschen PLO- und Palästinapolitik ist nachfolgend in drei Kapitel gegliedert. Teil A behandelt den Zeitraum von 1949 bis 1972/73, Teil B von 1973 bis 1978 und Teil C von 1979 bis 1990. Etwa ein Drittel der gesamten Arbeit betrachtet somit das Verhältnis der DDR zu Palästina und der PLO unter Walter Ulbricht, zwei Drittel widmen sich der PLO- und Palästinapolitik in der

[39] Vgl. Geiger, Anti-Terrorismus-Diplomatie; Dahlke, Transnationaler Terrorismus; ders., Wischnewski-Protokoll; Riegler, Fadenkreuz; ders., Spinnennetz; ders., Attentat; ders., Geben und Nehmen.
[40] Vgl. Kraushaar, Kampf; ders., RAF; ders., Antizionismus; ders., Bombe.
[41] Vgl. Fromm, Wehrsportgruppe Hoffmann.
[42] Mit Achim Reichardt konnten zwei Gespräche geführt werden: am 26. 04. 2012 sowie am 25. 07. 2013.
[43] Das Gespräch mit Familie Koulailat fand am 05. 11. 2013 statt.
[44] Das Gespräch mit Abdallah Frangi fand am 03. 09. 2012 statt.
[45] Die Interviews mit Hans-Dietrich Genscher wurden am 16. 02. sowie am 27. 11. 2012 geführt. Das Gespräch mit Herrn Winter fand am 25. 07. 2013 statt.

Ära Honecker, gefolgt von einem kürzeren, letzten Abschnitt, der die Zeit zwischen dem Mauerfall und der deutschen Wiedervereinigung untersucht. Einen Großteil des Umfangs der gesamten Studie nehmen die 1980er Jahre ein, denn in diesem Jahrzehnt betrieb die DDR ihre PLO- und Palästinapolitik am aktivsten.

Dass die Jahre 1973 beziehungsweise 1979 als Zäsur gewählt wurden, hat verschiedene Ursachen. Den ersten Einschnitt im ostdeutsch-palästinensischen Verhältnis markiert der Beginn der offiziellen Beziehungen zwischen der SED und der PLO Anfang August 1973. Die während der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten geschlossene Vereinbarung erkannte erstmals die PLO und ihren Führungsanspruch innerhalb der palästinensischen Widerstandsbewegung sowie Jassir Arafat als Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO an. Der Zäsurcharakter von 1978/79 ergibt sich aus innen- wie außenpolitischen Momenten. Zunächst stehen diese Jahre in den Internationalen Beziehungen quasi synonym für den Beginn der Revolution im Iran, den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und den Abschluss des Camp-David-Prozesses, der zum ersten Mal zu einem Friedensvertrag zwischen Israel und einem arabischen Staat führte. Alle drei Ereignisse waren für die ostdeutsche Nahost- und Palästinapolitik direkt oder indirekt entscheidend im Hinblick auf den Umgang mit der PLO und Jassir Arafat in der folgenden Dekade.

Die Camp-David-Beschlüsse beeinflussten beispielsweise die Syrienpolitik der DDR maßgeblich, die seit dem ersten Staatsbesuch Assads in Ost-Berlin Ende 1978 als eine strategische Allianz zelebriert wurde. Dies hatte Folgen für das Verhältnis Honeckers zur PLO während des Konfliktes zwischen Assad und Arafat. Hinzu kamen die parallel zu verzeichnenden politischen Durchbrüche der Palästinensischen Befreiungsorganisation im Westen, die das Jahr 1979 zu einem Wendepunkt der ostdeutsch-palästinensischen Beziehungen werden ließen. Arafats Treffen mit dem österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky und dem Präsidenten der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, Anfang Juli 1979 in Wien, war der bis dahin größte diplomatische Erfolg der PLO in Westeuropa. Bereits seit Januar 1979 war es zu einer umfassenden, auch damals öffentlich bekannt gewordenen Kooperation zwischen der PLO/Fatah und dem Bundeskriminalamt gekommen. Beide Ereignisse veränderten die Haltung der DDR gegenüber Arafat nachhaltig.

Galten die ostdeutsch-palästinensischen Beziehungen bislang als Terra incognita, so erschließt diese Studie jenen Teil der DDR-Geschichte nicht nur, sondern widerlegt zugleich viele bisher als unstreitig geltende Befunde der PLO- und Palästinapolitik der DDR. Das Faszinierende beim Erkunden bisher unerforschter Gebiete besteht nicht allein darin, dass man plötzlich mit ungewohnten Perspektiven konfrontiert wird. Faszinierend ist vielmehr, wie radikal Wissenschaft abverlangen kann, Einsichten und Erkenntnisse zu revidieren.

Formale Hinweise

Im Zusammenhang mit den Aktenrecherchen für diese Untersuchung wurden Verpflichtungserklärungen zum Schutz der Persönlichkeitsrechte Dritter abgegeben. Diese verlangen unter anderem, Anonymisierungen vorzunehmen. So sind Personennamen dann lediglich mit dem jeweiligen Anfangsbuchstaben des Vor- und des Zunamens genannt, wenn dies erforderlich war[46]. Handelt es sich bei Personen um ehemalige Inoffizielle Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, wird von einer Anonymisierung ihres Namens abgesehen. Unternehmen, die keine fiktiven Firmenbezeichnungen trugen und zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Arbeit noch im In- oder Ausland existierten, werden, falls das Anonymisierungsgebot Anwendung finden muss, anstatt mit einem Buchstaben mit einer Zahl verschlüsselt. Es heißt also nicht Firma A., sondern Firma 1.

Arabisch-, finnisch-, hebräisch- oder persischsprachige Originale werden grundsätzlich auf Deutsch zitiert. Dass es sich um eine fremdsprachige Vorlage handelt, wird in den Fußnoten kenntlich gemacht. Einzelne auf Arabisch oder Persisch wiedergegebene Wörter oder Wortgruppen werden sowohl transkribiert als auch in Originalschreibweise angeführt und ins Deutsche übersetzt[47]. Zitate und Titel auf Englisch, Französisch oder Spanisch werden in der Regel nicht übersetzt. Fremdsprachige Personen- oder Städtenamen sind grundsätzlich auf Deutsch in ihrer gebräuchlichen Schreibweise wiedergegeben[48]. Bei zitierten Inhalten deutscher Forschungsliteratur oder deutscher Quellen wird einheitlich die neue deutsche Rechtschreibung verwandt. Im Anhang der Arbeit befindet sich ein Glossar der wichtigsten palästinensischen und nichtpalästinensischen Gruppierungen, die im Verlauf der Darstellung genannt werden.

Es bleibt gesondert hervorzuheben, dass diese Untersuchung, obwohl sie von Ost-Berlin als Teil der DDR und Jerusalem als Hauptstadt Israels spricht, weder die international nichtanerkannte Stellung Jerusalems als Hauptstadt Israels noch

[46] Um Verwechslungen auszuschließen, wird in Einzelfällen der Nachname einer Person mit dem ersten u. dem zweiten Buchstaben angegeben. So bei T. Sa., der nicht identisch ist mit dem ebenfalls vorkommenden T. S.

[47] Die Transkription arabischer Wörter ins Deutsche folgt nach Wehr, Arabisches Wörterbuch; die Transkription persischer Wörter ins Deutsche folgt nach Junker/Alavi, Persisch-Deutsches Wörterbuch.

[48] Auch wenn nichtdeutsche Personen- o. Ortsnamen nicht transkribiert werden, sind bei Übersetzungen arabischsprachiger Ausdrücke Angleichungen im Deutschen vorgenommen worden und bleibt die Vokalisierung des Arabischen unberücksichtigt; es heißt etwa einheitlich Muhammad, Muslimbruderschaft, Hizballah u. Jassir – soweit keine abweichende Form aus einem Original zu übernehmen war. Aufgrund der besseren Lesbarkeit werden identische Buchstaben auch doppelt benutzt, wenn sie aufeinander folgen, etwa bei Assad, Muhammad, Nassir o. Hassan, obwohl dies vom arabischen Original abweicht. Ob im Deutschen ein arabischer Buchstabe mit S/s o. Z/z bzw. K/k o. Q/q wiedergegeben wird, richtet sich nach dem arabischen Originalbuchstaben u. der Transkription gemäß ISO-Standard. Auf Wunsch von Frau Om El-Seoud Koulailat wird ihr Name entgegen der Regel geschrieben.

DOI 10.1515/9783110550108-002

den nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Wiedervereinigung Deutschlands in Berlin gültigen Sonderstatus der Vier Mächte in Abrede stellt.

A. Palästina- und PLO-Politik der DDR 1949–1972

I. Der Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen, das Entstehen der Fatah und die Anfänge der ostdeutschen Palästinapolitik

Am 2. April 1947 gab die Regierung Großbritanniens bekannt, nach rund 25 Jahren die seinerzeit durch den Völkerbund ratifizierte Mandatsverwaltung in Palästina beenden zu wollen. London bat die Vereinten Nationen (VN) nach Artikel 10 der VN-Charta „to make recommendations […] concerning the future government of Palestine", woraufhin in der Generalversammlung eine Debatte über diese Frage begann[1]. Die letztlich am 29. November 1947 verabschiedete Resolution 181 sah mit Ausnahme Jerusalems, wo ein Sonderstatus gelten sollte, die Teilung des britischen Mandatsterritoriums in einen jüdischen und in einen arabischen Staat vor. Das Vereinigte Königreich war gemäß diesem Beschluss der VN angehalten, seine Verwaltung in Palästina so schnell wie möglich, spätestens jedoch bis August 1948 zu beenden. Sowohl der jüdische als auch der arabische Staat hatten umgehend einen sogenannten Provisional Council of Government einzurichten. Dieser sollte dafür Sorge tragen, dass nach Abzug der britischen Truppen bis Dezember 1948 in beiden Teilstaaten eine verfassunggebende Versammlung gewählt wurde[2].

Die arabischen Regierungen sowie die in Palästina lebenden Araber erkannten allerdings weder den im Mai 1948 im Einklang mit Resolution 181 der Generalversammlung gegründeten jüdischen Staat an noch akzeptierten sie den Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen. Sie vertraten die Ansicht, dass das gesamte Gebiet arabisch sei und nach Beendigung des britischen Mandates nur ein einziger Staat gebildet werden könne – jedoch kein palästinensischer. Die drei angrenzenden Nachbarländer Ägypten, Jordanien und Syrien erhoben einen eigenen Anspruch auf Palästina; die dort lebende arabische Bevölkerung wurde nicht als selbstständige nationale Einheit betrachtet[3]. Konsens bestand aufseiten der Ara-

[1] So UN A/286, Letter from the United Kingdom Delegation to the UN Addressed to the UN, 02. 04. 1947. Vgl. auch Krämer, Geschichte Palästinas, S. 192–195, 357 f.; Gainsborough, Conflict, S. 27–37; Tessler, Conflict, S. 258 f.; Louis, Britain, S. 26 f.

[2] In beiden Staaten u. in Jerusalem sollte zudem eine Zollunion gelten. Darüber hinaus waren gemeinsame Postverwaltungen, Schnellstraßen, Häfen u. Flughäfen vorgesehen; außerdem war eine gemeinsame Währung einzuführen. Frauen durften gemäß Resolution 181 an den Wahlen der verfassunggebenden Versammlungen teilnehmen u. auch kandidieren, vgl. UN A/RES/II/181 A, B, Resolution, 29. 11. 1947.

[3] Vgl. Krämer, Geschichte Palästinas, S. 359 f.; Tessler, Conflict, S. 263–276; Sayigh, Struggle, S. 3, 10–16, 35–41; Ben-Dor, Sovereignty, S. 143–153; Schueftan, Palestinians, S. 130–132; Ma'oz/Sela, PLO, S. 99 f. Zionistische Extremisten lehnten es ebenso ab, den Staat Israel lediglich in einem Teil Palästinas aufzubauen. Sie behaupteten zudem, nur Jerusalem könne dessen rechtmäßige Hauptstadt sein. Auch einzelne Strömungen des ortho-

DOI 10.1515/9783110550108-003

ber lediglich darüber, dass der jüdische Staat gewaltsam bekämpft werden musste. Der erste Krieg gegen Israel, unmittelbar nach dessen Unabhängigkeitserklärung im Mai 1948, führte allerdings zu dessen territorialer Vergrößerung und zur Niederlage der Armeen Ägyptens, Jordaniens, des Libanon, Syriens und des Irak – unterstützt von Saudi-Arabien. Nichtsdestotrotz reklamierten die arabischen Regierungen weiterhin für sich den Anspruch, die Interessen aller in Palästina lebenden Menschen zu vertreten[4].

Gut ein Jahrzehnt später veränderte sich die Situation insofern grundlegend, als erstmals eine politische Formierung Gestalt annahm, die als palästinensische Gruppe für die Befreiung Palästinas kämpfen wollte. Sie gründete sich entweder 1958 oder 1959 und gab sich den Namen Fatah, das rückwärtsgelesene Akronym des arabischen Ausdrucks *ḥarakāt al-taḥrīr al-filasṭīnīya* (حَركة التحرير الفلسطينية), „Bewegung der Befreiung Palästinas“[5]. Die Fatah war sowohl die erste palästinensische Organisation nach 1945, die einen eigenen Nationalstaat anstrebte als auch die erste, die zum direkten gewaltsamen Kampf gegen Israel aufrief. Ihr Entstehen war für die weitere Herausbildung einer palästinensischen Identität daher eine Zäsur[6]. Die späteren Gründungsmitglieder der Fatah prägte nicht allein die Erfahrung der militärischen und politischen Niederlage Ägyptens sowie der arabischen Staaten von 1948 und von 1956 nach Ausbruch des Suezkonfliktes[7]. Ein zweites Moment war die Bedeutung islamistischer Bewegungen, die sich der

doxen Judentums sprachen einem weltlichen „Staat der Juden“ jede Legitimität ab; sie weigerten sich, die Souveränität u. Autorität Israels anzuerkennen. Der innergesellschaftlich gesuchte Konsens mit dem orthodoxen Judentum war eine der Ursachen dafür, dass darauf verzichtet wurde, eine geschriebene Verfassung auszuarbeiten, vgl. Cohen, Israel, S. 23–27, 111–113, 131; Kretzmer, Occupation of Justice, S. 13f.

4 1949 schlossen Israel sowie Ägypten, der Libanon, Jordanien u. Syrien Waffenstillstandsabkommen. Auch wenn sich die arabischen Regierungen in diesen u. auch auf den 1949/50 folgenden Konferenzen dazu bereit erklärt hatten, einen Gesamtfrieden in der Region gemeinsam mit Israel anzustreben, blieben diese Deklarationen wirkungslos. Während der unter Leitung der VN geführten Gespräche Anfang der 1950er Jahre vertraten die arabischen Regierungen „Palästina“ u. repräsentierten die palästinensisch-arabische Bevölkerung, vgl. UN S/1949/1264/Corr.1, Armistice Agreement between Egypt and Israel, 11. 03. 1949; UN S/1949/1296, Armistice Agreement between Lebanon and Israel, 23. 03. 1949; UN S/1949/1302/Rev.1, Armistice Agreement between the Hashemite Jordan Kingdom and Israel, 03. 04. 1949; UN S/1949/1353, Armistice Agreement between Israel and Syria, 20. 07. 1949; UN A/RES/III/194, Resolution, 11. 12. 1948; Gainsborough, Conflict, S. 43–56; Tessler, Conflict, S. 273–276; Krämer, Geschichte Palästinas, S. 375f.; Smith, Conflict, S. 199–201; Shlaim, Collusion, S. 231–244, 386–425, 461–490; Sayigh, Struggle, S. 20–23, 37–41.

5 Vgl. Kurz, Fatah, S. 16; Shemesh, Entity, S. 35; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 52; Gowers/Walker, Myth, S. 27–30; Khalaf, Heimat, S. 52f.; Sayigh, Struggle, S. 71, 84; Smith, Conflict, S. 271; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 46; Bröning, Parties, S. 57–60; Karmon, Coalitions, S. 235; Alexander, Secular Terrorism, S. 1. Das Wort *fāṯḥ* (فَتـح) wird im Arabischen im Kontext von „Sieger“ u. „Eroberer“, aber auch von „Beginn“ u. „Öffnung“, im Sinne von „in etwas eintreten“, gebraucht, vgl. Wehr, Arabisches Wörterbuch, S. 940.

6 Vgl. Kurz, Fatah, S. 2f., 16–23; Weingardt, Nahostpolitik, S. 71; Sayigh, Struggle, S. 19f., 88–92; Ben-Dor, Sovereignty, S. 153f.

7 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 65–80; Ben-Dor, Sovereignty, S. 148–154; Schueftan, Palestinians, S. 130–132.

palästinensischen Flüchtlinge im (seit Anfang 1957 wieder) unter ägyptischer Kontrolle stehenden Gazastreifen beziehungsweise in dem von Jordanien ab 1950 verwalteten Westjordanland annahmen. Die beiden wichtigsten Organisationen waren die 1952 entstandene „Partei der Befreiung" und die Muslimbruderschaft[8]. Um deren Bedeutung für die Fatah zu begreifen, müssen verschiedene Aspekte der Entwicklung Palästinas in den gut 30 Jahren vor 1958/59 betrachtet werden.

Islamistische Bewegungen und die Palästinafrage

Die Organisation der Muslimbrüder, 1928 von Hassan al Banna im ägyptischen Ismailia gegründet, war eine islamistische Bewegung, die sich um soziale Belange der Muslime kümmerte, sie religiös ausbildete und gleichzeitig gegen die säkular-nationalstaatliche Herrschaft der arabischen Regierungen eintrat[9]. Aufgrund ihrer längeren Geschichte verfügte sie im Gegensatz zur Partei der Befreiung über den größeren Einfluss. Zutreffend resümiert Beverley Milton-Edwards: „By the early 1950s it was increasingly clear that the brotherhood was seeking a dominant role in the politics of the Gaza Strip. The brotherhood functioned during this period as an important and primary stepping stone for many politically active young men who saw the organization as the only one representing shared values and ideals."[10] Marion Boulby hebt hervor: „In the 1950s […] the growth of Palestinian nationalism would become a key component in the development of Jordanian Islamist cohesion and political consciousness."[11]

Tatsächlich erfolgte die erste wirkliche Vertretung palästinensischer Interessen nach dem Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen und dem Entstehen Israels 1947/48 durch islamistische Organisationen[12]. Zu Recht stellen unter anderem Amal Jamal und Ziad Abu-Amr fest, dass die Religion der meisten Palästinenser der Islam war und dieser Glaube bereits Ende der 1940er Jahre und nicht erst ab Mitte der 1970er Jahre bei der Mobilisierung der Palästinenser für den Kampf gegen Israel von Bedeutung war[13]. Dies traf aber auch schon in den 1920er und

[8] Vgl. Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 1; Awaisi, Muslim Brothers, S. ix, 1–8; Bar, Muslim Brotherhood, S. 5–27; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 64; Karmon, Coalitions, S. 235f.; Barghouti, Islamist Movements, S. 148, 164f.; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 19–58, 121–128; Cohen, West Bank, S. 144f., 209–212; Sayigh, Struggle, S. 46–53; Tal, Radical Islam, S. 16f., 176, 187; Halverson, Sunni Islam, S. 3; Lefèvre, Ashes of Hama, S. 3, 12–27.

[9] Vgl. Krämer, Banna, S. 25–30; Lia, Muslim Brothers, S. 35–39; Zollner, Muslim Brotherhood, S. 10; Awaisi, Muslim Brothers, S. 225–234; Carré/Seurat, Frères musulmans, S. 17–20, 36–39, 84–93; Croitoru, Hamas, S. 12–20; Harris, Egypt, S. 149–151, 163f.; Maréchal, Muslim Brothers, S. 15–22; Tal, Radical Islam, S. 16f., 20–23; Halverson, Sunni Islam, S. 3; Murtaza, Muslimbruderschaft, S. 37–45.

[10] So Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 45f.

[11] So Boulby, Kings of Jordan, S. 17.

[12] Vgl. Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 121–132; Awaisi, Muslim Brothers, S. 2, 150f.; Sayigh, Struggle, S. 49; Barghouti, Islamist Movements, S. 164f. Nichtsdestotrotz war, wie u. a. Smith, Conflict, S. 1, festhält, der Nahostkonflikt primär von säkularer u. nicht religiös-fundamentalistischer Art.

[13] Vgl. Jamal, Palestinian National Movement, S. 104f.; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. xvi.

1930er Jahren zu, als die antijüdische Konfrontation in Palästina von Amin al Hussaini, dem Mufti Jerusalems, geleitet wurde[14]. Hassan al Banna unterstützte Hussaini ab spätestens 1936 und hatte bereits 1928 den ersten Kontakt hergestellt. In der Folge half die ägyptische Muslimbruderschaft dem Mufti, den ab April 1936 zunächst in Streiks und dann in Gewalt Ausdruck findenden arabischen Protest gegen die jüdische Besiedlung sowie die britische Kolonialmacht des Mandatsgebietes zu organisieren[15]. Wie Gudrun Krämer betont, wurde der Konflikt in Palästina ab Ende 1937, nachdem Hussaini Jerusalem verlassen musste und in Syrien und dem Libanon lebte, ohne ein einheitliches Kommando von den unterschiedlichen, lokal agierenden Abteilungen fortgesetzt[16]. In diesem Sinne stellten die von der Bruderschaft Bannas entsandten Gruppen eine der Optionen dar, die es Hussaini ermöglichten, auf diesen Konflikt Einfluss zu nehmen, bis Großbritannien Anfang 1939 die Ausschreitungen beendete[17].

Amin al Hussaini, der 1939 aus Beirut nach Rom und anschließend nach Berlin geflohen war, hielt sich ab Juni 1946 vor allem in Kairo auf, da Amman es ihm noch immer verwehrte, in das Westjordanland einzureisen[18]. Zwischen 1939 und dem Frühjahr 1945 war Hussaini die Schlüsselfigur der arabischsprachigen antisemitischen Propaganda des NS-Regimes im Nahen Osten und der praktischen Teilhabe von Muslimen am Kampf des nationalsozialistischen Deutschlands gegen den „jüdisch-kommunistischen Bolschewismus“ und die „anglo-amerikanisch-jüdische Herrschaft“ gewesen[19]. Die ägyptischen Muslimbrüder hatten ab 1941 zu denen gehört, die Hussainis Unterstützung für Hitler gutgeheißen hatten. Anders als die Regierung Ägyptens brach Banna die Beziehungen mit Deutschland 1939 nicht ab[20]. Ursache des Erfolges der Muslimbruderschaft in Ägypten ab

[14] Vgl. Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 79; dies./Farrell, Hamas, S. 31f.; Awaisi, Muslim Brothers, S. 21–33; Croitoru, Hamas, S. 18–32; Beeri, Leadership, S. 452–455; Elpeleg, Mufti, S. 204; Hart, Arafat, S. 67f.; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 47f.; Smith, Conflict, S. 129–140. Zur Rolle Hussainis u. der Auseinandersetzung zwischen 1936 u. 1939 vgl. Schulze, Islamischer Internationalismus, S. 93f.; Tessler, Conflict, S. 230–246; Krämer, Geschichte Palästinas, S. 308–341; Schechtman, Mufti, S. 44–60; Nowar, Trans-Jordan, S. 189–226; Pearlman, Mufti, S. 13–24; Herf, Jewish Enemy, S. 158–198, 243f.

[15] Vgl. Awaisi, Muslim Brothers, S. 28–45, 68–125; Gershoni, Muslim Brothers, S. 367–388; Krämer, Banna, S. 48–50; dies., Geschichte Palästinas, S. 316–318; Carré/Seurat, Frères musulmans, S. 31, 208; Lia, Muslim Brothers, S. 154f., 236–247; Murtaza, Muslimbruderschaft, S. 100–102; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 1; Bar, Muslim Brotherhood, S. 9; Milton-Edwards/Farrell, Hamas, S. 32; Sayigh, Struggle, S. 2, 7f.; Croitoru, Hamas, S. 18–32; Lia, Muslim Brothers, S. 154–156, 236–247.

[16] Vgl. Krämer, Geschichte Palästinas, S. 332; Shlaim, Collusion, S. 70; Saint-Prot, Arafat, S. 53f.; Pearlman, Mufti, S. 24; Smith, Conflict, S. 173; Sayigh, Struggle, S. 8; Schechtman, Mufti, S. 61f.; Tessler, Conflict, S. 232.

[17] Vgl. Gershoni, Muslim Brothers, S. 367, 377–388; Krämer, Geschichte Palästinas, S. 341; Nowar, Trans-Jordan, S. 224–226; Croitoru, Hamas, S. 33.

[18] Vgl. Krämer, Geschichte Palästinas, S. 334, 361f.; dies., Banna, S. 77f.; Elpeleg, Mufti, S. 201–215; Shlaim, Collusion, S. 40; Smith, Conflict, S. 181; Awaisi, Muslim Brothers, S. 187–191; Pearlman, Mufti, S. 7f., 40–42; Schechtman, Mufti, S. 61–64, 116–119, 167–190; Herf, Nazi Propaganda, S. 8, 74–76, 232f., 241; Furlonge, Palestine, S. 150.

[19] Vgl. Pearlman, Mufti, S. 42–66; Schechtman, Mufti, S. 76–152; Herf, Nazi Propaganda, S. 8, 37f., 55, 90–157, 172–201, 232, 261; ders., Hitlers Dschihad, S. 259–286.

[20] Vgl. Herf, Nazi Propaganda, S. 37, 96, 264; Awaisi, Muslim Brothers, S. 68–101.

Mitte der 1930er Jahre war – so urteilen maßgebliche Arbeiten sowohl der älteren wie jüngeren Forschung – unter anderem Hassan al Bannas gemeinsam mit Amin al Hussaini vertretene Idee des Kampfes gegen die britische Herrschaft und die jüdische Besiedlung Palästinas – des für den Islam so wichtigen Territoriums[21]. Die Vorstellung, dass „die Juden" nach Macht strebten, überdauerte sowohl bei Amin al Hussaini als auch Hassan al Banna die Zeit des „Dritten Reiches", wobei dies nicht nur die antisemitische, sondern gleichfalls die antikommunistische Ausprägung ihres Denkens betraf[22].

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verstärkte Hassan al Banna das Engagement in Palästina und baute im Westjordanland gemeinsam mit Amin al Hussaini bis 1947/48 mehr als 25 unter Kontrolle der ägyptischen Muslimbruderschaft stehende Gruppen auf. Sie wurden von Jerusalem aus durch die Familie Hussaini geführt. Dieser palästinensische Ableger gehörte zu den ersten Neugründungen der Muslimbruderschaft außerhalb Ägyptens[23]. Für Amin al Hussaini war die vorangetriebene politische Mobilisierung in Palästina zu diesem Zeitpunkt noch wichtiger als Mitte der 1930er Jahre, da – unabhängig davon, dass es ihm nach wie vor nicht möglich war, sich im Westjordanland aufzuhalten – Banna die Strukturen dort signifikant ausgebaut hatte[24]. Der westlich des Jordans sowie im Gazastreifen herausgebildete Arm der Muslimbrüder konstituierte mit seinen 25 Unterorganisationen ab spätestens Anfang 1946 eine eigene palästinensische Muslimbruderschaft. Um 1947 sollen ihr zwischen 12 000 und 20 000 Mitglieder angehört haben[25]. Damit existierten Ende der 1940er Jahre mindestens drei nach ägyptischem Vorbild aufgebaute Bruderschaften: die palästinensische, die syrische und die transjordanische[26].

[21] Vgl. Krämer, Banna, S. 45–65; Gershoni, Muslim Brothers, S. 367–390; Herf, Nazi Propaganda, S. 96 f.; Awaisi, Approach, S. 232–244; Maréchal, Muslim Brothers, S. 25; Harris, Egypt, S. 159, 179–181; Cohen, West Bank, S. 206–208; Croitoru, Hamas, S. 18–34. Die Muslimbruderschaft soll zwischen 1932 u. 1938 in Ägypten von 15 auf mehr als 300 lokale Abteilungen angewachsen sein, vgl. Carré/Seurat, Frères musulmans, S. 21.

[22] Vgl. Herf, Nazi Propaganda, S. 244, 251 f., 265; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 122. Vgl. auch die Essays Hussainis in: Elpeleg, Mufti.

[23] Vgl. Awaisi, Muslim Brothers, S. 151–155; Cohen, West Bank, S. 144; Schulze, Islamischer Internationalismus, S. 105; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 23–26; Bar, Muslim Brotherhood, S. 9, 13; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 2 f.; Croitoru, Hamas, S. 32 f.; Sayigh, Struggle, S. 50; Murtaza, Muslimbruderschaft, S. 103 f.; Milton-Edwards/Farrell, Hamas, S. 32; Bröning, Parties, S. 16; Lia, Muslim Brothers, S. 155; Lefèvre, Ashes of Hama, S. 3, 12–27.

[24] Vgl. Cohen, West Bank, S. 145–148; Krämer, Banna, S. 77 f.; Elpeleg, Mufti, S. 210–215; Smith, Conflict, S. 181; Awaisi, Muslim Brothers, S. 189, Maddy-Weitzman, Chafing at the Bit, S. 184–191.

[25] Vgl. Bar, Muslim Brotherhood, S. 9; Schulze, Islamischer Internationalismus, S. 105; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 26; Sayigh, Struggle, S. 50; Awaisi, Muslim Brothers, S. 155, 190 f.; Croitoru, Hamas, S. 33; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 3.

[26] Hinzu kamen auch Muslimbruderschaften im Sudan, im Libanon sowie in Marokko. Saudi-Arabien, Irak, Tunesien u. Algerien verboten die Muslimbruderschaft, vgl. Schulze, Islamischer Internationalismus, S. 105; Boulby, Kings of Jordan, S. 3; Lia, Muslim Brothers, S. 35–39, 154 f., 236–247; Bar, Muslim Brotherhood, S. 10; Cohen, West Bank, S. 144 f.; Awaisi, Muslim Brothers, S. 143–153; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 24.

Letztere hatte sich zeitgleich zu der von Amin al Hussaini und der ägyptischen Bruderschaft im Westjordanland organisierten Abteilung östlich des Jordans etabliert, das heißt im Staat Transjordanien, der nach der Abgabe der Regierungsverantwortung durch Großbritannien im Juni 1946 gegründet worden war[27]. Das Besondere im Hinblick auf die Entwicklung der Muslimbruderschaften zwischen 1945 und 1948 in der East und West Bank, also der östlich und westlich des Jordan zwischen dem See Genezareth und dem Toten Meer gelegenen Gebiete, war das Entstehen separater Organisationen. Während im westlichen Teil, inklusive Jerusalems sowie des Gazastreifens, die palästinensische Muslimbruderschaft Gestalt annahm, bildete sich in Transjordanien ab 1945 eine Abteilung heraus, die vom Emir, dem späteren jordanischen König Abdallah, unterstützt wurde, weil sie ihm loyal ergeben war und auch im Konflikt mit Amin al Hussaini nicht gegen Amman optierte[28].

Das haschimitische Herrscherhaus versuchte außerdem, die legal zugelassene Muslimbruderschaft als Ausweis seines islamischen Denkens und Handelns zu präsentieren. Es fand in ihr einen Verbündeten, um die zunehmend erstarkende kommunistische Opposition zu delegitimieren, die die Bruderschaft ebenfalls entschieden bekämpfte, weil sie atheistische Überzeugungen propagierte[29]. Das bedeutet: Die Beziehungen zwischen der palästinensischen und der transjordanischen Muslimbruderschaft wurden von politischen Konflikten bestimmt, die auf Amin al Hussaini zurückgingen und einer Kooperation beider Vereinigungen im Wege standen. Dezidiert palästinensische Themen spielten für die transjordanische Bruderschaft insofern keine Rolle, als sie den von König Abdallah reklamierten Anspruch auf Palästina nicht unmittelbar infrage stellte. Sie wollte zwar nationale Rechte der Palästinenser nur in der *'umma* (أُمَّة), der Gemeinschaft aller Muslime, die ohne nationale Grenzen zusammenlebten und von islamischen Gelehrten regiert wurden, verwirklichen, strebte dieses Ziel jedoch langfristig an[30]. Demgegenüber verweist Shmuel Bar auf das charakteristische Merkmal der palästinensischen Muslimbruderschaft der West Bank und des Gazastreifens, die einen auf die palästinensische Sicht zentrierten Ansatz verfolgte, der sich von den

[27] Vgl. ebd., S. 27; Cohen, West Bank, S. 144 f.; Tal, Radical Islam, S. 167, 187; Awaisi, Muslim Brothers, S. 148–150. Zur Gründung Transjordaniens u. zur Rolle Großbritanniens vgl. Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 19; Nowar, Trans-Jordan, S. 1–73; ders., Hashemite Kingdom of Jordan, S. 21–47, 161–212; Teitelbaum, Rise and Fall, S. 152–166; Bar, Muslim Brotherhood, S. 6, 13.

[28] Vgl. ebd., S. 6–16; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 23–32; Barghouti, Islamist Movements, S. 164; Boulby, Kings of Jordan, S. 46 f.; Nowar, Jordanian-Israeli War, S. 406 f.; Cohen, West Bank, S. 144–148; Sayigh, Struggle, S. 51 f.; Tal, Radical Islam, S. 187, 203; Schueftan, Palestinians, S. 130.

[29] Vgl. Bar, Muslim Brotherhood, S. 5–27; Tal, Radical Islam, S. 187–203; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 28. Zur KP Jordaniens vgl. Cohen, West Bank, S. 27–34. Die Haschimiten beanspruchten für sich, in Verwandtschaft u. Nachkommenschaft zum Propheten Muhammad zu stehen. Sie legitimierten ihre Herrschaft maßgeblich durch diesen islamischen Bezug, vgl. Susser, Hashemites, S. 1; Teitelbaum, Rise and Fall, S. 2, 9.

[30] Vgl. Bar, Muslim Brotherhood, S. 6–16, 29; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 23–26; Krämer, Geschichte Palästinas, S. 361; Boulby, Kings of Jordan, S. 47; Barghouti, Islamist Movements, S. 165. Zum Umma-Konzept der Muslimbruderschaft vgl. auch Awaisi, Approach, S. 227–232.

transnationalen, islamischen Konzepten der anderen Bruderschaften unterschied[31].

Im ersten arabischen Krieg gegen Israel 1948 stellten die ägyptische sowie die syrische Muslimbruderschaft Schätzungen zufolge bis zu 1000 Mann[32]. Der militärische Kampf gegen den Zionismus war aber noch nicht ihr primäres Ziel, auch wenn die Befreiung Palästinas bereits damals als „Heiliger Krieg" verstanden wurde[33]. Bevor die Auseinandersetzung mit dem Staat der Juden tatsächlich – ohne Teilhabe nationaler arabischer Regierungen – als bewaffneter *ǧihād* (جهاد) ausgetragen werden sollte, galt es gemäß der Überzeugung der Muslimbrüder, die Gesellschaft religiös-islamisch zu bilden[34].

Die arabische Niederlage 1948/49 veränderte die Rahmenbedingungen für die Arbeit der ägyptischen, transjordanischen und palästinensischen Muslimbruderschaft fundamental. Hinsichtlich der östlich und westlich des Jordans entstandenen Organisationen war dies hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass König Abdallah das Westjordanland und Ost-Jerusalem bis Anfang 1949 besetzt und im April 1950 annektiert hatte. In der Folge gründete sich das heutige Haschimitische Königreich Jordanien[35]. Dass Abdallah nun das zentrale Territorium Palästinas beherrschte, isolierte Amman noch weiter innerhalb der arabischen Gemeinschaft, die den König bereits wegen seiner Sondierungen mit Israel des Verrats bezichtigte[36]. Zudem verstärkte dieser Schritt die Rivalität Ammans mit Ägypten und Saudi-Arabien und stellte Jordanien vor neue innenpolitische Probleme: „The state's absorption of a Palestinian population created a major hurdle in the Hashemite quest for political legitimacy and in the foregoing of a Jordanian national identity."[37] Jordaniens Bevölkerung verdreifachte sich aufgrund der in der West Bank lebenden palästinensischen Flüchtlinge[38]. Wie Boulby zutreffend bemerkt, bestand die Absicht Abdallahs darin, die Palästinenser als jordanische Staatsbürger zu integrieren. Es war nicht vorgesehen, eine eigenständige, palästinensische Nation aufzubauen[39]. Die Muslimbruderschaft konnte hierbei eine stabilisierende Funktion erfüllen, da sie sich um die sozialen und politischen Belange der paläs-

[31] Vgl. Bar, Muslim Brotherhood, S. 10.
[32] Vgl. Khazendar, Palestine Question, S. 135f.; Bar, Muslim Brotherhood, S. 11; Murtaza, Muslimbruderschaft, S. 104f.; Krämer, Banna, S. 77f.; Harris, Egypt, S. 184.
[33] Vgl. Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 23f.; Croitoru, Hamas, S. 28–36; Awaisi, Muslim Brothers, S. 10–16, 123–137; ders., Approach, S. 235–241.
[34] Vgl. ebd., S. 236–241; ders., Muslim Brothers, S. 135–137, 208f.; Gershoni, Muslim Brothers, S. 383f.; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 121f.; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 23; Tal, Radical Islam, S. 22; Halverson, Sunni Islam, S. 98f.
[35] Vgl. Tessler, Conflict, S. 276f.; Nowar, Jordanian-Israeli War, S. 337–356; Shlaim, Collusion, S. 231–244, 393–425, 558f.; Sayigh, Struggle, S. 15f.; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 22; Boulby, Kings of Jordan, S. 5, 13; Gandolfo, Palestinians, S. 2f.
[36] Zu den israelisch-jordanischen Kontakten vgl. Rubin, Arab States, S. 205–215; Shlaim, Collusion, S. 122–154, 205–286, 534–597, 613–622; Gandolfo, Palestinians, S. 10f., 42–47.
[37] So Boulby, Kings of Jordan, S. 4f., 13. Vgl. auch Maddy-Weitzman, Chafing at the Bit, S. 191f.; Tessler, Conflict, S. 278.
[38] Vgl. Boulby, Kings of Jordan, S. 14; Nowar, Jordanian-Israeli War, S. 367; Sayigh, Struggle, S. 41f.
[39] Vgl. ebd.; Boulby, Kings of Jordan, S. 14f., 22; Friedlander, Autonomy, S. 203; Gandolfo, Palestinians, S. 10f., 42–47.

tinensischen Flüchtlinge bemühte – dies aber eben nicht gegen offizielle Interessen, sondern mit Billigung der Regierung tat[40]. Durch diese kontrollierte Existenz einer islamistischen Vereinigung, die die liberale Einstellung Ammans gegenüber islamischen Werten dokumentieren sollte, konnte Jordanien auch entschiedener gegen andere religiös-fundamentalistische Gruppierungen innenpolitisch vorgehen, vor allem gegen die verbotene, aber dennoch immer stärkeren Rückhalt genießende Partei der Befreiung[41].

Wichtig war dabei, dass König Abdallah nicht nur Transjordanien und das Westjordanland zusammenschloss, sondern auch die transjordanische und die palästinensische Bruderschaft vereinte. Mit Beginn der Besetzung der West Bank 1948 verschmolzen beide Zweige zu einer neuen, gesamtjordanischen Organisation – die ihre monarchiefreundlichen Überzeugungen beibehielt[42]. Im Gegensatz zur Partei der Befreiung kandidierte die Bruderschaft auch bei Parlamentswahlen und galt ab Ende 1953 nicht mehr nur als eine Wohlfahrtsgesellschaft, sondern als „allgemeines umfassendes islamisches Komitee", das seinen „Handlungsspielraum in den gesetzlichen Schranken vom rein sozialen auf den politischen Bereich ausdehnen" konnte, so Denis Engelleder[43]. Während der Krise in Jordanien zwischen 1954 und 1956, die mit der Niederschlagung von Streiks und Protesten sowie der Festnahme Oppositioneller endete, wich die Bruderschaft nicht von ihrer loyalen Haltung gegenüber dem König ab und gehörte zu den wenigen politischen Vereinigungen im Land, die nicht verboten wurden[44]. Amman untersagte allerdings bereits 1950, neue Organisationen der Bruderschaft im Westjordanland zu gründen. Man fürchtete, die Muslimbrüder könnten unter den dortigen palästinensischen Flüchtlingen noch mehr Anhänger rekrutieren. Dann hätten allerdings die weniger regierungstreuen Vertreter der West Bank innerhalb der gesamtjordanischen Muslimbruderschaft ein Übergewicht gegenüber den alten, die „loyale Opposition" stellenden Eliten der transjordanischen Bruderschaft der East Bank erlangt[45]. Bis Anfang der 1950er Jahre ging die Zahl der Mitglieder der vormals mehrere Zehntausend Personen umfassenden palästinensischen Bruderschaft der

[40] Vgl. Bar, Muslim Brotherhood, S. 16–24; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 4; Boulby, Kings of Jordan, S. 37–40; Tal, Radical Islam, S. 187, 191, 203; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 27; Sayigh, Struggle, S. 51 f.; Cohen, West Bank, S. 145 f., 166–169.

[41] Vgl. Tal, Radical Islam, S. 176, 187; Bar, Muslim Brotherhood, S. 5 f., 18–24; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 50–55; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 4; Boulby, Kings of Jordan, S. 38, 51–65; Milton-Edwards, Islamist Movement, S. 124–126.

[42] Vgl. Bar, Muslim Brotherhood, S. 7, 12–24; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 4–8; Boulby, Kings of Jordan, S. 51 f.; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 31; Barghouti, Islamist Movements, S. 164. In den von Israel 1948/49 besetzten Gebieten des Westjordanlandes wurde die Muslimbruderschaft aufgelöst, vgl. Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 33.

[43] So ebd., S. 38. Vgl. auch Boulby, Kings of Jordan, S. 53; Tal, Radical Islam, S. 189–191; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 69 f.; Barghouti, Islamist Movements, S. 164 f.; Bar, Muslim Brotherhood, S. 14, 19.

[44] Vgl. Cohen, West Bank, S. 149–151; Boulby, Kings of Jordan, S. 20–22, 39, 52–65; Bar, Muslim Brotherhood, S. 20–28; Tal, Radical Islam, S. 187, 191 f.; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 38–46.

[45] Vgl. Cohen, West Bank, S. 148; Bar, Muslim Brotherhood, S. 6, 15 f.; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 6.

West Bank auf weit unter 1000 zurück, was Engelleder unter anderem mit einer einsetzenden Abwanderung nach Ägypten im Anschluss an die Intervention Abdallahs im Westjordanland begründet[46].

Die Kooperation zwischen Banna und Hussaini endete, nachdem die palästinensische und die transjordanische Bruderschaft vereinigt worden waren. Denn Amin al Hussaini verlor dadurch die Kontrolle über die Muslimbruderschaften des Westjordanlandes sowie Jerusalems[47]. In Ägypten sah sich die islamistische Bewegung Bannas zudem immer stärkerer staatlicher Repression ausgesetzt, nachdem sie bereits Ende des Jahres 1948, noch unter Herrschaft König Faruqs, verboten worden war[48]. Die ägyptischen Muslimbrüder hatten ab Mitte der 1930er Jahre massiv an Unterstützung gewonnen. Sie zählten zu Beginn der 1950er Jahre rund eine halbe Million Mitglieder. Bis 1955 soll sich diese Zahl annähernd verdreifacht haben[49]. Trotz des Verbotes der Bruderschaften 1948 sowie der Anfang 1949 erfolgten Ermordung Hassan al Bannas und der fast zweijährigen Suche nach einem Nachfolger behauptete sich die Muslimbruderschaft in Ägypten[50]. Sie wurde aber von dem 1952 an die Macht gelangten neuen Präsidenten Gamal Abd al Nassir als Gefahr für seinen national-säkularen Führungsanspruch wahrgenommen und ab spätestens 1954 exzessiv verfolgt[51]. Auch wenn diese verschärfte Repression die Tätigkeit der Bruderschaft im Land stark einschränkte und viele führende Anhänger zwang, ins Exil zu gehen, konzentrierte sich die Bruderschaft auch danach auf die Arbeit in Ägypten sowie im Gazastreifen[52].

Die Gründung der Fatah

Für die Fatah waren diese Entwicklungen in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Die Organisation entstand 1958/59 auf Initiative von Jassir Arafat, Salah Khalaf

[46] Vgl. Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 22, 31. Vgl. auch Teitelbaum, Pilgrimage Politics, S. 65–84; Maddy-Weitzman, Chafing at the Bit, S. 184–191; Podeh, Age-Old Rivalry, S. 85–108.

[47] Vgl. Bar, Muslim Brotherhood, S. 13–16; Elpeleg, Mufti, S. 214f.; Barghouti, Islamist Movements, S. 164f.

[48] Vgl. Murtaza, Muslimbruderschaft, S. 104f.; Krämer, Banna, S. 29; Maréchal, Muslim Brothers, S. 26; Tal, Radical Islam, S. 23f.; Halverson, Sunni Islam, S. 101.

[49] Vgl. Awaisi, Muslim Brothers, S. 135; Carré/Seurat, Frères musulmans, S. 21; Maréchal, Muslim Brothers, S. 23–27; Gershoni, Muslim Brothers, S. 369, 382; Lia, Muslim Brothers, S. 256; Murtaza, Muslimbruderschaft, S. 45, 103; Krämer, Banna, S. 45–57, 69; Harris, Egypt, S. 159; Zollner, Muslim Brotherhood, S. 10; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 23.

[50] Vgl. Zollner, Muslim Brotherhood, S. 14–22; Murtaza, Muslimbruderschaft, S. 104–116; Tal, Radical Islam, S. 23f.; Krämer, Banna, S. 66–79; Croitoru, Hamas, S. 37–42; Harris, Egypt, S. 185–188; Halverson, Sunni Islam, S. 84f., 100–103.

[51] Vgl. Zollner, Muslim Brotherhood, S. 25–31; Cohen, West Bank, S. 152f.; Harris, Egypt, S. 195–199, 213–225; Carré/Seurat, Frères musulmans, S. 52–75; Tal, Radical Islam, S. 24f., 35–37; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 46–51, 64f.

[52] Vgl. Zollner, Muslim Brotherhood, S. 36–43; Krämer, Banna, S. 55–57; Maréchal, Muslim Brothers, S. 27–37; Harris, Egypt, S. 209–211; Murtaza, Muslimbruderschaft, S. 136–138, 162–170; Tal, Radical Islam, S. 24f., 35–37; Halverson, Sunni Islam, S. 103; Croitoru, Hamas, S. 37–42.

und Khalil al Wazir[53]. Wenig später traten ihr auch Faruq al Qaddumi, die Brüder Khalid und Hani al Hassan sowie Mahmud Abbas bei[54]. Arafat, Khalaf und Wazir kannten sich seit mehreren Jahren, vor allem über den von Arafat zwischen 1952 und 1957 in Ägypten aufgebauten und von ihm geführten Verband palästinensischer Studenten[55]. Außerdem wurden alle drei ähnlich sozialisiert. Sie teilten die Erfahrung des Exils und die Werte der Muslimbruderschaft, der sich sowohl Salah Khalaf als auch Khalil al Wazir am Ende der 1940er Jahre angeschlossen hatten[56]. Von Jassir Arafat ist eine längerfristige Mitgliedschaft nicht belegt, jedoch von seinem Vater[57]. Auch wenn nicht feststeht, ob sich Arafat dauerhaft in dieser islamistischen Organisation einbrachte, geht die Forschung davon aus, dass auch er ihr zumindest bis zur Gründung der Fatah angehörte; in jedem Fall unterhielt Arafat aus Überzeugung auch nach 1958/59 noch Kontakte zur Muslimbruderschaft[58].

Jassir Arafat wurde 1929 in Kairo geboren, sein Vater war ein Händler, der aus dem Gazastreifen stammte[59]. Mütterlicherseits war Arafat mit Amin al Hussaini verwandt[60]. Nach dem Tod der Mutter zog die Familie 1933 nach Jerusalem; Arafat erlebte dort als Kind den Aufstand gegen die jüdischen Siedler und die britischen Truppen mit. Ab 1937 befand sich die Familie wieder in Kairo, wo Arafat nach Rückkehr Amin al Hussainis im Juni 1946 für diesen arbeitete[61]. Wie

[53] Vgl. Kurz, Fatah, S. 23–30; Alexander, Secular Terrorism, S. 1; Aburish, Arafat, S. 30–38; Hart, Arafat, S. 121, 127; Rubinstein, Arafat, S. 63; Sayigh, Struggle, S. 84; Weingardt, Nahostpolitik, S. 71; Karmon, Coalitions, S. 235; Quandt, Nationalism, S. 83.

[54] Vgl. Rubinstein, Arafat, S. 63; Kurz, Fatah, S. 31; Sayigh, Struggle, S. 80–87; Hart, Arafat, S. 121, 127, 154.

[55] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 81–83; Frangi, PLO und Palästina, S. 131; Kurz, Fatah, S. 29; Karmon, Coalitions, S. 235; Rubin/Rubin, Arafat, S. 20; Bröning, Parties, S. 68f.

[56] Vgl. Aburish, Arafat, S. 30–49, 57; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. xv, 28; Kapeliouk, Arafat, S. 45–49; Rubinstein, Arafat, S. 34; Kurz, Fatah, S. 29f.; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 46f.; Frisch, Hamas, S. 89; Karmon, Coalitions, S. 235; Croitoru, Hamas, S. 40f.; Hart, Arafat, S. 34; Jamal, Palestinian National Movement, S. 104; Sayigh, Struggle, S. 80–87; Khazendar, Palestine Question, S. 136; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 45; dies./Farrell, Hamas, S. 35. Bei Khalaf, Heimat, S. 42, heißt es: „Wie Yasser [Arafat] war auch ich [Khalaf] keiner politischen Partei beigetreten, obwohl ich starke Sympathien für die Muslimbrüder hegte."

[57] Vgl. Aburish, Arafat, S. 39f.; Gowers/Walker, Myth, S. 15; Alexander, Secular Terrorism, S. 13; Hart, Arafat, S. 75; Becker, PLO, S. 41; Chamberlin, Offensive, S. 14f.; Jamal, Palestinian National Movement, S. 104.

[58] Vgl. ebd.; Gowers/Walker, Myth, S. 15, 23; Primakov, Arabs, S. 222; Aburish, Arafat, S. 30–40; Kapeliouk, Arafat, S. 15–18, 27; Sayigh, Struggle, S. 81; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 46; Quandt, Nationalism, S. 83; Khazendar, Palestine Question, S. 136; Karmon, Coalitions, S. 235, 272; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 89; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. xv, 28, 47–49.

[59] Vgl. Rubinstein, Arafat, S. 24f.; Gowers/Walker, Myth, S. 12; Aburish, Arafat, S. 17–19; Kapeliouk, Arafat, S. 25f.; Rubin/Rubin, Arafat, S. 12; Hart, Arafat, S. 67f.; Becker, PLO, S. 41; Beeri, Leadership, S. 456; Bröning, Parties, S. 68f.

[60] Vgl. Aburish, Arafat, S. 17f.; Gowers/Walker, Myth, S. 85; Kapeliouk, Arafat, S. 25; Becker, PLO, S. 41; Sayigh, Struggle, S. 81; Beeri, Leadership, S. 456.

[61] Vgl. Aburish, Arafat, S. 22–31; Saint-Prot, Arafat, S. 65f.; Hart, Arafat, S. 69–72; Livingstone/Halevy, PLO, S. 64; Rubinstein, Arafat, S. 31, 36; Rubin/Rubin, Arafat, S. 14; Gowers/Walker, Myth, S. 13f.; Kapeliouk, Arafat, S. 26–28, 38–40; Pisano, Arafat, S. 64–68.

Saïd Aburish, Amnon Kapeliouk und Charles Saint-Prot schildern, unterstützte Jassir Arafat auch während des Krieges ab Mai 1948 von Gaza aus die gegen Israel kämpfenden arabischen Verbände im Auftrag Hussainis; unter Leitung der Muslimbruderschaft war Arafat in den Gazastreifen gereist und hatte bereits in Kairo mit ihr zusammengearbeitet[62]. Ende 1949 nahm Jassir Arafat in der ägyptischen Hauptstadt gemeinsam mit Salah Khalaf sein Studium auf[63]. Beide betrachteten die Gründung Israels und die unmittelbar vorangegangene militärische Niederlage als Versagen der arabischen Staaten. Khalaf und Arafat schlussfolgerten, dass man nicht auf die Hilfe der ägyptischen, syrischen, irakischen oder jordanischen Regierungen hoffen durfte, sondern die Palästinenser mobilisiert werden mussten[64].

Die von Arafat 1952 gegründete Studentenorganisation war die Vorläuferin der späteren Fatah. Mit dieser frühen Arbeit sammelte man nicht nur politische Erfahrung und knüpfte erste Kontakte im In- und Ausland, sondern formulierte bereits eine palästinensisch-nationale Programmatik, die eine junge Generation der Palästinenser ansprechen sollte[65]. Abdallah Frangi schreibt: „Die Studentenvereinigung war die erste palästinensische Organisation, die den Palästinensern die Gelegenheit gab zu einem Dialog zwischen den verschiedenen politischen Strömungen und Parteien über das Schicksal des palästinensischen Volkes."[66] Arafats Studentenverband arbeitete mit der ägyptischen Muslimbruderschaft im Gazastreifen zusammen und zählte zu den Organisationen, die die palästinensischen Flüchtlinge islamisch ausbildeten[67]. Berührungspunkte mit den Islamisten Ägyptens hatten sich für Jassir Arafat aber nicht erst um 1952 ergeben, sondern schon mehrere Jahre zuvor, aufgrund der Kontakte zwischen ihm und Amin al Hussaini ab 1946 und dem zeitgleich stattfindenden Aufbau der palästinensischen Bruderschaft im Westjordanland sowie im Gazastreifen. Viele der späteren Gründungsmitglieder der Fatah lebten damals noch dort und waren teilweise bereits als Muslimbrüder tätig[68].

Die Verbindungen mit der islamistischen Bruderschaft sowie Amin al Hussaini in Kairo ab Ende der 1940er Jahre und die in Kindheit und Jugend erfahrene reli-

[62] Vgl. Aburish, Arafat, S. 30–33; Kapeliouk, Arafat, S. 38f.; Hart, Arafat, S. 71–75; Rubinstein, Arafat, S. 31; Saint-Prot, Arafat, S. 65f.

[63] Jassir Arafat studierte Ingenieurwesen, vgl. Beeri, Leadership, S. 456; Rubinstein, Arafat, S. 26f., 63; Livingstone/Halevy, PLO, S. 64f.; Hart, Arafat, S. 83, 113; Rubin/Rubin, Arafat, S. 19f.; Sayigh, Struggle, S. 81.

[64] Vgl. Rubin/Rubin, Arafat, S. 19f.; Gowers/Walker, Myth, S. 14–16; Kurz, Fatah, S. 23; Pearlman, Palestinian National Movement, S. 128; Pisano, Arafat, S. 101–104.

[65] Vgl. Bröning, Parties, S. 69; Aburish, Arafat, S. 38–44; Kapeliouk, Arafat, S. 45–47; Livingstone/Halevy, PLO, S. 64f.; Beeri, Leadership, S. 457; Sayigh, Struggle, S. 80–87; Hart, Arafat, S. 89f.; Karmon, Coalitions, S. 235f.; Quandt, Nationalism, S. 83.

[66] So Frangi, PLO und Palästina, S. 131.

[67] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 80f.; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 8; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 34f., 46f.; Kapeliouk, Arafat, S. 45; Bröning, Parties, S. 68f.

[68] Vgl. Aburish, Arafat, S. 30–39; Karmon, Coalitions, S. 235; Hart, Arafat, S. 71–76. Ob Arafat, Wazir o. Khalaf auch den ab 1939/40 gegründeten paramilitärischen Jugendorganisationen der Muslimbrüder angehörten, die um 1945 mehr als 20 000 Mitglieder umfasst haben sollen, ist unbekannt. Zu diesen Organisationen vgl. Murtaza, Muslimbruderschaft, S. 86f.; Lia, Muslim Brothers, S. 247–256.

giöse Erziehung waren für das Denken und politische Handeln Arafats prägend[69]. Die Fatah entstand 1958/59 zwar als palästinensisch-nationale Bewegung, aber zu Recht spricht Denis Engelleder von der Fatah als einem „Spross des islamistischen Lagers“[70]. Denn die Führungspersönlichkeiten der Fatah hatten lange Jahre im Gazastreifen, dem Westjordanland und Jerusalem mit den Muslimbrüdern zusammengearbeitet. Die seinerzeit aufgebauten Netzwerke sowie die erhaltene Unterstützung wirkten als ein konstitutives Element der Fatah, auch wenn diese sich als säkular verstand – nicht zuletzt deshalb, um sich von den Bruderschaften abzugrenzen[71].

Dass Jassir Arafat ein viel engeres Verhältnis zur ägyptischen als zur transjordanischen Bruderschaft herstellte, resultierte nicht allein aus Arafats Präsenz in Kairo, wo er studierte. Ursachen waren vielmehr die Kooperation zwischen Amin al Hussaini und Hassan al Banna sowie die Zuständigkeit der ägyptischen Muslimbruderschaft für die im Aufbau befindliche palästinensische Organisation in Gaza und der West Bank. Außerdem hatte König Abdallah im Gegensatz zur Partei der Befreiung davon abgesehen, die jordanische Muslimbruderschaft zu verbieten[72]. Die Regimenähe der transjordanischen Bruderschaft war ein weiterer wichtiger Grund dafür, dass sich der spätere Kern der Fatah ab 1948 – als die vormals von Hussaini und Banna geleitete palästinensische Abteilung der Muslimbrüder von der transjordanischen Organisation übernommen wurde – nicht nur räumlich von der neu gebildeten jordanischen Bruderschaft distanzierte und die Zusammenarbeit mit der weitaus regierungskritischeren ägyptischen Muslimbruderschaft suchte. Arafat, Khalaf und Wazir warfen den jordanischen Muslimbrüdern vor, eine antipalästinensische Haltung einzunehmen, und verurteilten, dass die Muslimbruderschaft in Jordanien weder 1956/57 von der Regierung abrückte, als sie die Opposition im Land angriff, noch die nationalen Ziele der Palästinenser unterstützte[73].

Im Jahr 1957 befanden sich Arafat und Khalaf in Kuwait und Katar. Die ab 1954 verschärfte ägyptische Verfolgung und der Suezkonflikt 1956 mit der anschließenden israelischen Besetzung des Gazastreifens hatten sie dazu bewegt, nach Abschluss ihres Studiums Kairo zu verlassen[74]. Sie hielten aber nicht nur die

[69] Vgl. Aburish, Arafat, S. 32; Beeri, Leadership, S. 456; Pisano, Arafat, S. 42–79; Kapeliouk, Arafat, S. 15–27; Hart, Arafat, S. 33 f., 75 f., 84.

[70] So Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 135.

[71] Vgl. ebd., S. 46 f., 122 f., 135; Cohen, West Bank, S. 208; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 54; Shemesh, Entity, S. 154; Aburish, Arafat, S. 32 f., 58–77; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. xv, 28; Sayigh, Palestinians, S. 127–129; ders., Struggle, S. 86, 90; Kurz, Fatah, S. 29–33; Maréchal, Muslim Brothers, S. 30; Jensen, Hamas, S. 17. Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 99, hebt hervor, dass die Fatah von kommunistischen arabischen Parteien gerade aufgrund ihrer Bezüge zur Muslimbruderschaft angegriffen u. diffamiert worden sei. Zur ideologischen Ausrichtung der Fatah vgl. auch Alexander, Secular Terrorism, S. 5–7; Quandt, Nationalism, S. 89, 96–99, 107.

[72] Vgl. Boulby, Kings of Jordan, S. 3, 37–39; Bar, Muslim Brotherhood, S. 10–21; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 27–35.

[73] Vgl. Boulby, Kings of Jordan, S. 20 f., 39.

[74] Vgl. Aburish, Arafat, S. 49 f.; Rubinstein, Arafat, S. 26 f., 63; Hart, Arafat, S. 113; Kapeliouk, Arafat, S. 50 f.; Sayigh, Struggle, S. 84; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 7 f.; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 47–54; Bröning, Parties, S. 69 f.; Smith, Conflict, S. 271.

Verbindung mit der Muslimbruderschaft Ägyptens, sondern blieben stark beeinflusst von islamischen Werten, die kommunistische Anschauungen als ungeeignet für die Lösung der Probleme der Palästinenser und den Aufbau einer Gesellschaftsordnung nach der „Befreiung" Palästinas vom Zionismus erscheinen ließen. Denn die Doktrin der Fatah wehrte sich – wie die der Muslimbrüder – gegen atheistische Vorstellungen[75]. Dies hinderte die Fatah aber nicht, realpolitischer Zweckmäßigkeit Rechnung zu tragen und eine Ideologie zu formulieren, die den antiimperialistischen Kampf propagierte. Denn auch die arabisch-israelische Auseinandersetzung wurde von der Ost-West-Konfrontation bestimmt[76].

Im Nachgang der Suezkrise und der kurz bevorstehenden Proklamation der haschimitischen irakisch-jordanischen Allianz schlossen sich im Februar 1958 Ägypten und Syrien zur „Vereinigten Arabischen Republik" zusammen. Dieser Schritt änderte nicht zuletzt Nassirs Zugang zur Palästinafrage und vor allem die bis dahin den Palästinensern im Gazastreifen, den Kairo seit März 1957 nach zweijähriger israelischer Besetzung wieder verwaltete, gewährte politische Unterstützung[77]. Der ägyptische Präsident beabsichtigte, die palästinensischen Flüchtlinge dem Einfluss der Muslimbruderschaft zu entziehen und sie gegenüber Saudi-Arabien und Jordanien stärker zu instrumentalisieren. Erst diese Entscheidung Nassirs ließ die eigenständige palästinensische Identität innerhalb des damaligen arabischen Staatengefüges stärker Kontur annehmen[78]. So befasste sich im März 1959 die Liga der arabischen Staaten auf Antrag der Vereinigten Arabischen Republik zum ersten Mal mit Fragen einer „Palestinian entity", „a historical turning point in the Egyptian path to a solution of the Palestinian problem"[79]. Bis dahin hatte die Palästinafrage innerarabisch niemals als ein nationales – wie es der Begriff der sogenannten Entität suggerierte –, sondern lediglich als ein humanitäres Problem gegolten[80].

Arafat erkannte die Bedeutung der von Ägypten 1958/59 eingeleiteten politischen Maßnahmen zugunsten der Palästinenser. Die Fatah entstand in dieser

[75] Vgl. Sayigh, Palestinians, S. 128; ders., Struggle, S. 84–86; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 89; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. xv; Boulby, Kings of Jordan, S. 93; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 46f., 135; Karmon, Coalitions, S. 235; Quandt, Nationalism, S. 83, 89.

[76] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 88–92; ders., Palestinians, S. 125–129, 153f.; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 216.

[77] Vgl. Shemesh, Entity, S. 1–7; Golan, Uneasy Alliance, S. 6; Aburish, Arafat, S. 63–67; Kapeliouk, Arafat, S. 51–54; Pearlman, Palestinian National Movement, S. 129; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 53f.; Weingardt, Nahostpolitik, S. 69; Schueftan, Palestinians, S. 130–132; Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 69; Sayigh, Struggle, S. 27–29.

[78] Vgl. Shemesh, Entity, S. 1–7; ders., Founding, S. 105–121; Pearlman, Palestinian National Movement, S. 128–133; Sayigh, Struggle, S. 75–78; Dann, Hussein, S. 78–95, 102–113; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 53; Kurz, Fatah, S. 28f.; Schueftan, Palestinians, S. 130–132.

[79] So Shemesh, Founding, S. 105, 107. Vgl. auch ders., Entity, S. 1; Dann, Hussein, S. 108–113; Pearlman, Palestinian National Movement, S. 129; Kurz, Fatah, S. 17, 28f.; Golan, Uneasy Alliance, S. 6.

[80] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 35–57, 92–96; Shemesh, Entity, S. 1–20; ders., Founding, S. 105–119, 126–128; Ma'oz/Sela, PLO, S. 99f.; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 110–118; Harkabi, Covenant, S. 27–33.

Zeit. Arafat, Khalaf und Wazir antworteten mit ihrer Organisation auf die versuchte ägyptische Vereinnahmung des Palästinaproblems[81]. Das Ziel der Fatah war ein Staat von Christen, Muslimen und Juden in ganz Palästina, der in seinen Entscheidungen gegenüber den Nachbarländern Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon souverän war und den eine palästinensisch-arabische Mehrheit regierte[82]. Die Palästinenser sollten emanzipiert werden von Ansprüchen der arabischen Staaten – ohne dabei religiösen Weltanschauungen programmatisch Vorrang vor nationalen Zielen einzuräumen[83]. Arafats Fatah propagierte einen dritten Weg zwischen der panarabisch-nationalen Ideologie Nassirs und den islamistischen Vorstellungen der Muslimbrüder, die die Palästinenser zunächst islamisch bilden und auf ihren Kampf gegen Israel vorbereiten wollten; nach dem „Heiligen Krieg" sollte, angeführt von islamischen Gelehrten, die Grundlage für die Umma geschaffen werden[84]. Das Programm der Fatah hingegen erkannte weder den Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen an noch einen arabischen Kampf um Palästina, der nicht dem palästinensischen Nationalismus diente, der also nicht die Voraussetzungen schuf, dass sich die Palästinenser selbstbestimmt verwirklichen konnten[85]. Die panarabische Vorstellung Nassirs und das Umma-Konzept der Muslimbrüder bestritten zwar auch die Legitimität Israels, aber eine souveräne palästinensische Nation war nur für die Fatah ein erklärtes Ziel.

Die Anfänge der ostdeutschen Palästinapolitik

Die Partei- und Staatsführung in Ost-Berlin nahm von den Entwicklungen der Palästinafrage in den 1950er Jahren offenbar nur begrenzt Notiz und legte in Bezug auf den nationalen Befreiungskampf der arabischen Völker ihr Hauptaugenmerk auf den Algerienkonflikt[86]. Anhand von Quellen lässt sich nicht belegen, dass die DDR in dieser Zeit die palästinensische Flüchtlingsproblematik oder das

[81] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 87–94; Weingardt, Nahostpolitik, S. 71; Chamberlin, Offensive, S. 15.

[82] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 87–89; ders., Palestinians, S. 127f.; Kapeliouk, Arafat, S. 51–55; Quandt, Nationalism, S. 89, 96–99, 107. Vgl. auch Art. 12 u. 13 des Fatah-Grundsatzdokumentes in: Alexander, Secular Terrorism, S. 6.

[83] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 87–91, 100–107; Aburish, Arafat, S. 58f., 69–77; Karmon, Coalitions, S. 235–237; Kurz, Fatah, S. 23–33.

[84] Vgl. Aburish, Arafat, S. 58f., 69–77; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 23–26; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 216; Barghouti, Islamist Movements, S. 165; Azzam, Egypt, S. 111; Khazendar, Palestine Question, S. 138–140; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 121–123; Awaisi, Muslim Brothers, S. 2–16; Murtaza, Muslimbruderschaft, S. 58–74.

[85] Vgl. Alexander, Secular Terrorism, S. 5f.; Sayigh, Struggle, S. 87–94.

[86] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 176f. Vgl. auch die Aussagen der FDGB-Deklaration vom 02. 01. 1958: ADN: FDGB mit Arabern solidarisch, in: ND, 03. 01. 1958, S. 1. Auch in einem „Grundkonzept der arabischsprachigen Auslandspropaganda" wurde noch im Oktober 1962 nicht das Palästinaproblem, sondern allein der algerische Befreiungskampf zum „Zentrum der revolutionären Bewegung im arabischen Raum" erklärt, vgl. DRA, Karton: „Arabische Redaktion; frühe Unterlagen; Übergeben von Heinz Odermann", Entwurf der Richtlinien für die Auslandspropaganda im arabischen Programm, 15. 10. 1962.

Entstehen eines arabischen Teilstaates gemäß der VN-Resolution 181 ausführlich thematisiert hätte. Auch die ersten separaten palästinensischen Bestrebungen der Fatah fanden in Ost-Berlin keine Aufmerksamkeit[87]. In Regierungserklärungen und Stellungnahmen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) sprach man bis Anfang der 1960er Jahre auch nicht von Palästinensern oder palästinensischen Arabern. Aus diesem Grund wurde etwa auch die Gründung der „reaktionären" Föderation zwischen den haschimitischen Monarchien in Amman und Bagdad 1958 kommentiert, ohne palästinensische Rechte einzufordern[88].

Wie Murielle Asseburg und Dov Ronen hervorheben, war das heute bekannte palästinensisch-nationale Selbstverständnis das Ergebnis eines Entwicklungsprozesses. Der Anspruch auf Selbstbestimmung eines palästinensischen Volkes bildete sich erst infolge der Auseinandersetzung mit Israel und den arabischen Staaten heraus[89]. Auch wenn es daher keineswegs ungewöhnlich war, dass die DDR in den 1950er Jahren keine Palästinapolitik betrieb, die auf die Gründung eines palästinensischen Staates zielte, und die bundesdeutsche Außenpolitik in dieser Zeit nationale Rechte der Palästinenser ebenso vernachlässigte, nahm Bonn im Gegensatz zu Ost-Berlin bereits 1952 seine regelmäßigen Zahlungen an das drei Jahre zuvor gegründete palästinensische Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, die UNRWA, auf[90]. Die Höhe der westdeutschen UNRWA-Leistungen belief sich in den folgenden zehn Jahren auf eine Summe zwischen 6,5 und 9 Millionen DM[91]. Zum Vergleich: Ost-Berlin lieferte zum ersten und einzigen Mal im Juni 1989 Medikamente und Lebensmittel im Wert von rund 80 000 Mark an die UNRWA[92]. Die DDR ignorierte in den 1950er Jahren aber nicht nur das Flüchtlingshilfswerk der VN, sondern sah auch davon ab, signifikante Hilfen zugunsten der Palästinenser über die Liga der arabischen Staaten oder einzelne arabische Länder bereitstellen zu lassen.

In einem der ersten Dokumente des MfAA, das die Palästinafrage erörterte, hob die Ost-Berliner Regierung im Juli 1958 hervor, dass alle Schritte in Bezug auf dieses Problem ausschließlich im Einklang mit den Beschlüssen der Vereinten

[87] Die früheste MfAA-Akte mit Aufzeichnungen zur ostdeutschen Palästinapolitik enthält nur zwei Dokumente mit insgesamt 16 Blatt, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 12.740, „Palästinafrage; Juni 1958 – Mai 1962". Auch Schwanitz, Israel-Bild, S. 63–73, geht in seiner Darstellung über die Nahostpolitik des SED-Staates zwischen 1946 u. 1970 ebenfalls nicht näher auf die Fatah, die Muslimbruderschaft o. die ägyptische Palästinapolitik ein. Auch Polkehn, DDR, S. 32–39, beginnt seine Abhandlung praktisch 1964 u. lässt damit die Sozialisierung u. Prägung der Fatah-Politiker u. die Entwicklung der Fatah unberücksichtigt.

[88] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 12.610, Regierungserklärungen über die Verurteilung der Aggression im Nahen Osten 1956–1958; PA-AA, Bestand MfAA, A 12.663, Lage im Nahen Osten und die Beziehungen der DDR zu den arabischen Staaten 1961; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.678, Vereinigung des Irak und Jordaniens zur Arabischen Föderation 1958.

[89] Vgl. Ronen, Self-Determination, S. 86–89; Asseburg, Selbstbestimmung, S. 88.

[90] Vgl. Defrates, UNRWA, S. 125. Zur Gründung der UNRWA vgl. UN A/RES/IV/302, Resolution, 08. 12. 1949.

[91] Vgl. Defrates, UNRWA, S. 125.

[92] Vgl. BArch, DZ 8/605, Bericht, Juni 1989; BArch, DZ 8/605, Direktive, 24. 02. 1988.

Nationen erfolgen könnten[93]. Differenziert und keineswegs pauschal antiisraelisch gingen die DDR-Diplomaten auf die Ergebnisse des Krieges von 1948/49 ein. So hieß es, die Grenzen des arabischen sowie des jüdischen Staates in Palästina würden weiterhin durch die Resolution 181 von 1947 und nicht von den Waffenstillstandsresolutionen bestimmt. Israel sowie die arabischen Länder, vor allem Jordanien und Ägypten, hätten – so das MfAA – die von ihnen 1948 eroberten Gebiete unrechtmäßig annektiert. Insofern verstießen beide Seiten, Israel *und* die arabischen Staaten, gegen den Willen der Vereinten Nationen, indem sie das Territorium des in Resolution 181 beschriebenen arabischen Teilstaates besetzt hielten. Bemerkenswert waren neben dieser richtigen, ausgewogenen Wertung des Papiers von 1958 die Empfehlungen, die das Ministerium in Bezug auf die Politik gegenüber Ägypten und dem von Amin al Hussaini kontrollierten „All Palestine Government" aussprach[94].

Diese sogenannte Regierung Palästinas entstand 1948 im Kontext des ersten arabischen Krieges gegen Israel. Sie wurde durch das 1945 von der Liga der arabischen Staaten wiederbelebte „Arab Higher Committee" (AHC) eingesetzt. Das AHC existierte seit Mitte der 1930er Jahre, wobei es bereits seinerzeit von Amin al Hussaini geführt wurde[95]. Weil an der Spitze dieses „All Palestine Government" Hussaini stand, wurde es von Jordanien entschieden abgelehnt. Nach der von König Abdallah 1950 vollzogenen Annexion des Westjordanlandes und trotz der Entfernung Amin al Hussainis aus dem Amt des Mufti Jerusalems durch Jordanien im Dezember 1948 befürchtete Amman, Hussaini und das „All Palestine Government" könnten die in der West Bank und Ost-Jerusalem lebenden Palästinenser radikalisieren. Die von Saudi-Arabien und Ägypten indirekt über Hussaini versuchte Instrumentalisierung des Palästinaproblems zum Nachteil Jordaniens war eine der Hauptursachen des innerarabischen Dissenses über das AHC beziehungsweise das „All Palestine Government"[96].

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten meinte im Juli 1958, dass eine das „All Palestine Government" unterstützende Haltung oder sogar die Anerkennung dieser „Regierung" vonseiten der DDR negative Folgen mit sich bringe. Denn weder Ägypten noch die anderen arabischen Staaten hätten ihr Verhältnis zu dieser sogenannten Regierung geklärt. Mit so offensiven Maßnahmen wie einer Anerkennung würde sich die DDR also mitten in ein innerarabisch kontrovers diskutiertes Terrain manövrieren und ein hohes außenpolitisches Risiko eingehen, ohne jede Aussicht auf einen angemessenen Vorteil[97]. In möglichen

[93] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 12.740, Bericht, 03. 07. 1958, Bl. 12–16.
[94] So ebd., Bl. 12f.
[95] Vgl. Tessler, Conflict, S. 275; Elpeleg, Mufti, S. 215–222; Shlaim, Collusion, S. 7. Zum AHC u. dem bereits in den 1930er Jahren von Amin al Hussaini proklamierten Komitee vgl. Sayigh, Struggle, S. 6–16, 48–51; Krämer, Geschichte Palästinas, S. 359–362; Schechtman, Mufti, S. 230–243, 280–282; Herf, Nazi Propaganda, S. 240.
[96] Vgl. Maddy-Weitzman, Chafing at the Bit, S. 183–191; Tessler, Conflict, S. 275–277; Shlaim, Collusion, S. 40, 551f.; Rubin, Arab States, S. 171; Krämer, Geschichte Palästinas, S. 361f.; Schulze, Islamischer Internationalismus, S. 110f.; Khader, Ligue, S. 322–324; Sayigh, Struggle, S. 14–16; Elpeleg, Mufti, S. 201–222; Schechtman, Mufti, S. 201–203, 230–243, 280–282; Schueftan, Palestinians, S. 130, 132.
[97] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 12.740, Bericht, 03. 07. 1958, Bl. 15f.

Gesprächen mit Vertretern der „Palästina-Regierung" sei deshalb, so das MfAA weiter, „darauf hinzuweisen, dass wir [die DDR] die UN-Beschlüsse unterstützen, dass wir aber die Palästinafrage als eine innere Angelegenheit der arabischen Staaten ansehen, dass ein Großteil des Teils von Palästina, der von der UN zum arabischen Staat erklärt worden war, sich in der Verwaltung arabischer Staaten befindet"[98]. Insgesamt empfahl das von Minister Lothar Bolz geführte MfAA 1958, dass die ostdeutsche Regierung in der Palästinafrage die sich innerarabisch herauskristallisierende Position unterstützen sollte, insofern diese im Einklang mit den Resolutionen der VN stand, was nur heißen konnte, dass sie auch bereit war, die Existenz eines jüdischen Staates im ehemaligen britischen Mandatsgebiet Palästina anzuerkennen.

Als Anfang der 1960er Jahre die beiden Vertretungsbüros des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Kairo und in Damaskus begannen, regelmäßig Bericht über die Liga der arabischen Staaten zu erstatten, gaben die Mitarbeiter die Inhalte der im Rat der Liga geführten Debatten über palästinensische Themen wieder. Dabei unterstützten sie jedoch die bekannte Meinung des MfAA[99]. Aus diesem Grund blieben auch erste Überlegungen, inwiefern die Aufnahme von palästinensischen Studenten in die DDR zu Beginn der 1960er Jahre politisch nützlich sein könnte, ohne Konsequenzen[100]. Die Berichte der Vertretungen in Ägypten und Syrien machten zudem deutlich, dass die Politik der arabischen Staatengemeinschaft gegenüber dem SED-Regime weiterhin von einer kommunismusfeindlichen Grundeinstellung und der diplomatischen Nichtanerkennung Ost-Berlins geprägt wurde[101]. Das widerlegt die Annahme, die aktive Palästinapolitik der DDR sei eine quasi natürliche Konstante der ostdeutschen Außenpolitik seit den 1950er Jahren gewesen und die Solidarität zugunsten der Palästinenser habe schon früh begonnen. Denn die DDR war in den ersten zehn Jahren nach ihrer Gründung nicht bereit, sich politisch oder materiell nachhaltig in der Palästinafrage zu engagieren[102].

Dass sich das MfAA im Juli 1958 überhaupt veranlasst sah, Eckpunkte in der Palästinafrage zu formulieren, ging möglicherweise auf das vorschnelle Handeln des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) zurück. Der FDGB und der Internationale Bund der Arabischen Gewerkschaften hatten am 2. Januar 1958,

[98] So ebd., Bl. 16.

[99] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.819, Bericht der Vertretung Kairo an das MfAA, o. D., ca. März 1960, Bl. 155–157; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.820, Bericht der Vertretung Kairo an das MfAA, 03. 01. 1962, Bl. 194–195a; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.820, Bericht der Vertretung Kairo an das MfAA, 13. 08. 1962, Bl. 103–106.

[100] Timm, Davidstern, S. 270, zitiert zwar zutreffend die Überlegungen des MfAA in Bezug auf palästinensische Studenten, verkennt aber, dass keine Palästinenser zum Studium aufgenommen wurden.

[101] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.819, Schreiben des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten an das MfAA, 07. 10. 1961, Bl. 50–52; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.819, Dossier, 20. 04. 1960, Bl. 147–152. Vgl. ebs. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 170–176; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 283; Schulze, Islamischer Internationalismus, S. 181–265, 418–426.

[102] Vgl. die ambivalente Darstellung bei Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 101; Polkehn, DDR, S. 32–38; Timm, Davidstern, S. 269 f.

gut sechs Monate vor dem späteren MfAA-Dokument, in Ost-Berlin eine „Gemeinsame Erklärung" unterzeichnet[103]. Darin hieß es: „Der FDGB erklärt, dass er den Kampf der arabischen Völker, insbesondere um die Wiederherstellung der legitimen Rechte der palästinensischen Araber und den Kampf des algerischen Volkes unterstützen wird. Auf der anderen Seite wird der Internationale Bund der Arabischen Gewerkschaften das deutsche Volk in seinem gerechten Kampf für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu einem demokratischen, antiimperialistischen Staat unterstützen."[104]

Dieses Kommuniqué zählt zu den ersten öffentlichen Stellungnahmen einer Organisation der DDR zugunsten der „legitimen Rechte" von „palästinensischen Araber[n]"[105]. Auch wenn aus Sicht des FDGB die Palästinenser kein Volk waren, ging die Forderung dieser Erklärung weit über das hinaus, was das MfAA fünf Monate später als bindende politische Linie der DDR vorgab. Eine Aussage wie die des FDGB im Januar sollte nach Meinung des Ministeriums im Juli gerade vermieden werden. Andernfalls hätte Ost-Berlin konkretisieren müssen, wen es zu den palästinensischen Arabern zählte und welcher Natur deren legitime Rechte waren. Implizierten diese Rechte separate nationale Ambitionen oder unterlagen palästinensische Araber der Souveränität anderer arabischer Regierungen? Wer repräsentierte die palästinensischen Araber und vertrat sie politisch? Welche Legitimation besaß das „All Palestine Government"?

Der spätere Beschluss des MfAA zeigt, dass die DDR 1958 nicht gewillt war, Antworten auf diese Fragen zu geben. Ost-Berlin beabsichtigte, sich aus dem innerarabischen Klärungsprozess der Palästinafrage herauszuhalten, auch wenn man sich potenzieller Vorteile einer gegen Israel betriebenen Politik bewusst war. Die Meinung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes war insofern eine Ausnahme und das Bekenntnis des FDGB zu „legitimen Rechten" von „palästinensischen Araber[n]" sollte vorerst nicht offizielle Politik der DDR werden. Soweit die Quellenlage dies erkennen lässt, war die Stellungnahme des FDGB auch nicht partei- oder regierungsoffiziell abgestimmt worden. Hätte die DDR im Januar 1958 wirklich eine Initiative zugunsten palästinensischer Rechte ergreifen wollen, wäre dies zu erwarten gewesen. Zudem wiederholte die ostdeutsche Gewerkschaftsvertretung ihre Auffassung nicht und verwendete keine ähnlichen Formulierungen in späteren außenpolitischen Papieren[106]. Auch die im Herbst 1958 unter Vorsitz des Ministers für Bauwesen der DDR gegründete „Deutsch-Arabische Gesellschaft" unterstützte in ihrer Satzung und in ihren offiziellen Verlautbarungen nicht die Rechte palästinensischer Araber[107]. All dies spricht nicht zuletzt für

[103] Vgl. ADN: FDGB mit Arabern solidarisch, in: ND, 03. 01. 1958, S. 1.
[104] So ebd.
[105] Vgl. Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 101; Kupper, Tätigkeit, S. 130, betont, dass diese Erklärung zugleich die erste Stellungnahme des FDGB u. des Arabischen Gewerkschaftsbundes war.
[106] Vgl. SAPMO-BArch, DY 34/16739, Sekretariatsvorlage des FDGB, 09. 02. 1959.
[107] Vgl. SAPMO-BArch, DY 34/18246, Arbeitsplan der DAG, 02. 02. 1959; SAPMO-BArch, DY 34/18246, Kommuniqué der DAG, 23. 03. 1959; SAPMO-BArch, DY 34/18246, Gedächtnisprotokoll, 29. 10. 1959; Deutsch-Arabische Gesellschaft in der DDR gegründet, in: ND, 11. 10. 1958, S. 2; Grußschreiben Otto Grotewohls, in: ND, 11. 10. 1958, S. 2.

das Argument, dass die Regierung der DDR im Sommer 1958 außenpolitische Missverständnisse im Nachgang der FDGB-Erklärung verhindern wollte. Das MfAA formulierte den grundsätzlichen ostdeutschen Standpunkt in der Palästinafrage, indem es sie zu einer „inneren Angelegenheit" der Araber erklärte und forderte, die VN-Resolutionen, insbesondere der Teilungsbeschluss Palästinas, müssten arabischerseits anerkannt werden.

II. Die Haltung der DDR zur PLO-Gründung 1964 und die Politik Walter Ulbrichts bis 1967

Die 1958 vom MfAA umrissenen Prinzipien in der Palästinapolitik veränderte auch die erste offizielle Stellungnahme Ost-Berlins zur dieser Thematik sechs Jahre später nicht. Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, schrieb am 5. September 1964 in seinem „Grußtelegramm" an die „Zweite Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter": „Die Regierung und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik halten eine Lösung des Palästinaproblems auf der Grundlage der Beschlüsse der UNO für dringend erforderlich."[108] Auch wenn diese Erklärung lediglich wiederholte, was das MfAA 1958 festgeschrieben hatte, waren Ulbrichts Worte aufgrund des Zeitpunktes bemerkenswert. Als die erste Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter neun Monate zuvor, im Januar 1964, in Kairo getagt hatte, war aus Ost-Berlin keine Grußbotschaft abgesandt worden, obwohl dieses Treffen für eine „Lösung des Palästinaproblems" viel wichtiger war. Denn die erste Konferenz beschloss auf ägyptische Initiative, dem „représentant arabe pour la Palestine" bei der Liga der arabischen Staaten ein Mandat zu erteilen, um eine eigenständige politische Organisation der Palästinenser aufzubauen[109].

Von Ahmad Hilmi Abd al Baqi zu Ahmad Shuqairi

Das Amt des „représentant arabe pour la Palestine" im Rat der Liga der arabischen Staaten existierte seit deren Gründung 1945 und war im Herbst 1963 mit dem Präsident Nassir loyal ergebenen Ahmad Shuqairi neu besetzt worden[110]. Shuqairi besaß wie sein Vorgänger, Ahmad Hilmi Abd al Baqi, der diese Funktion seit Anfang der 1950er Jahre bis zu seinem Tod Ende Juni 1963 ausgeübt hatte, kein Stimmrecht, war also nicht souveränes Mitglied der arabischen Staatenvertretung, sondern trat lediglich als Beobachter in den Sitzungen des Ligarates auf[111]. Die Berufung Shuqairis zeigte aber, dass Ägypten die Liga benutzen wollte, um eine partielle Aufwertung der Palästinenser zu erreichen, wobei nach wie vor

[108] So Grußadresse, in: Staatsverlag der DDR, Dokumente, Bd. XII, S. 591. Vgl. auch Polkehn, DDR, S. 32f.; ADN: Gruß an arabisches Gipfeltreffen, in: ND, 05. 09. 1964, S. 1. Timm, Davidstern, S. 269, verweist in diesem Sinn zu Unrecht auf eine mutmaßlich erst Ende der 1960er Jahre von der Führung der DDR offiziell gezeigte „Sympathie und Unterstützung" für den Befreiungskampf „des arabischen Volkes von Palästina".

[109] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 95; Shemesh, Entity, S. 37; Selim, Nonstate Actor, S. 261f.; Cairo Arab Summit Conference, Januar 1964, in: Fraser, Middle East, S. 98f.

[110] Vgl. Khader, Ligue, S. 323; Boutros-Ghali, Ligue, S. 34f.; Salmon, Proclamation, S. 51; Dann, Hussein, S. 140; Beeri, Leadership, S. 454; Emig, Liga, S. 34–38; Shemesh, Founding, S. 119.

[111] Vgl. ebd., S. 118f.; Boutros-Ghali, Ligue, S. 34–46; Khader, Ligue, S. 322f.; Emig, Liga, S. 34–41; Salmon, Proclamation, S. 51; Dann, Hussein, S. 140; Beeri, Leadership, S. 454. Vgl. auch die Angaben der Ständigen Beobachtermission des Staates Palästina bei den VN unter www.un.int/wcm/content/site/palestine/cache/offonce/pid/12004 (02. 06. 2013).

DOI 10.1515/9783110550108-004

kein unabhängiger palästinensischer Staat das Ziel war[112]. Da Shuqairi Ende 1963 unmittelbar nach seiner Demission als Repräsentant Saudi-Arabiens bei den Vereinten Nationen von Nassir nominiert worden war und er sowohl Palästina bei der Liga der arabischen Staaten als auch auf der bevorstehenden Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York vertreten sollte, kam die Einsetzung Shuqairis zudem einem ägyptischen Erfolg über den innerarabischen Hauptrivalen der antihaschimitischen Allianz gleich: Riad[113].

Ahmad Shuqairis Berufung war eine Zäsur. Denn seit 1945 hatten diverse Komitees unter der Ägide der Liga der arabischen Staaten, unter der Dominanz Ägyptens oder geführt als private Vereinigungen die Interessen der palästinensischen Araber vertreten. Neben dem „All Palestine Government" war die von Musa al Alami geleitete sogenannte Arab Development Society (ADS), die ursprünglich 1945 durch die Liga der arabischen Staaten ins Leben gerufen worden war, aber ab 1947 in Konkurrenz zu ihr stand, bis in die 1960er Jahre eine der wichtigsten dieser Institutionen[114]. Die ADS finanzierte vor allem humanitäre Projekte in Palästina, half, die palästinensischen Flüchtlinge zu versorgen, eröffnete aber auch Büros in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten[115]. Ab Herbst 1963 war nun Shuqairi zum ersten Mal von allen Mitgliedern der Liga – auch Jordaniens – mit Vollmachten auf der Ebene der Vereinten Nationen betraut worden. Der Prozess, der bis Januar 1964 zu Shuqairis Auftrag, eine politische Vertretung der Palästinenser zu gründen, führte, hatte mithin Monate zuvor begonnen, als er Nachfolger des verstorbenen Ahmad Hilmi Abd al Baqi wurde[116].

Anfang November 1963 nahm Shuqairi schließlich als Leiter einer „Palestine Arab Delegation" an der Vollversammlung der Vereinten Nationen teil und sprach vor dem Special Political Committee im Rahmen der Debatte über den Bericht der UNRWA[117]. Anders als bei den unter Leitung der Vereinten Nationen 1949/50 abgehaltenen Konferenzen, an denen auch palästinensische Abordnungen teilgenommen hatten, war Shuqairis Delegation 1964 die erste seit Gründung der VN, die vor der Generalversammlung anstelle arabischer Regierungen zur Frage Paläs-

[112] Vgl. Shemesh, Founding, S. 118f.

[113] Vgl. ebd.; Maddy-Weitzman, Chafing at the Bit, S. 183–193; Dann, Hussein, S. 140; Beeri, Leadership, S. 454; Smith, Conflict, S. 270. Ahmad Shuqairi fungierte seit 1958 als Vertreter Saudi-Arabiens bei den VN. Zuvor war er in dieser Funktion für Syrien tätig gewesen, vgl. UN A/CONF.13/C.1/SR.51–55, UN Conference on the Law of Sea, 18. 04. 1958, paras. 25–29; UN S/1952/2502, Letter from the Representative of Israel Addressed to the President of the Security Council, 29. 01. 1952; UN A/7/PV.406, PCC-Report, 18. 12. 1952, paras. 78–88; UN A/SPC/SR.399, UNRWA-Report, 05. 11. 1963, para. 6; Arab Aide to Push Palestinian Cause, in: NYT, 13. 10. 1963, S. A27; Gowers/Walker, Myth, S. 39. Zu der v. a. von Kairo u. Riad angeführten antihaschimitischen Front vgl. Teitelbaum, Rise and Fall, S. 1–10, 37–125; Nowar, Jordanian-Israeli War, S. 406f.; Schulze, Islamischer Internationalismus, S. 5, 68–86, 125–136.

[114] Vgl. Furlonge, Palestine, S. 137–139, 150; Khader, Ligue, S. 322.

[115] Vgl. ebd.; Furlonge, Palestine, S. 139, 167–186, 200–211.

[116] Vgl. Shemesh, Founding, S. 118f.; Schechtman, Mufti, S. 280–282; Beeri, Leadership, S. 454f.

[117] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 96f.; UN A/SPC/90, UNRWA-Report, 06. 11. 1963; UN A/18/PV.1269, SPC-Report, 03. 12. 1963, para. 2.

tinas gehört wurde und hierfür durch einen Beschluss der Liga der arabischen Staaten legitimiert war[118]. Shuqairi betonte in seiner Rede vor dem Special Political Committee: „In accordance with the principles and objectives of the Charter [der Vereinten Nationen], the people of Palestine must be represented during the consideration of the problem since they were the principal party in the matter, […]. It had been alleged at the 398th meeting that this group [die von Shuqairi angeführte palästinensische Delegation] represented no one. In fact it represented the people of Palestine and should be right take its place at the United Nations as a sovereign member. […] The people of Palestine took a very serious view of the matter. They could not wait indefinitely. […] Palestine could be the scene of a liberation movement by the people of Palestine and no one should be surprised if that happened."[119]

Die Vertretung des MfAA in Kairo informierte das Ministerium in Ost-Berlin im Dezember 1963 über die politischen Konsequenzen des Auftretens der palästinensischen Delegation vor den Vereinten Nationen. Ihnen sei mitgeteilt worden, so die Diplomaten, dass Shuqairi nach Rückkehr aus New York mit ägyptischen Stellen „ein Projekt entworfen" habe, über das aktuell beraten werde: „Innerhalb der nächsten 7 Wochen und nach Beendigung der Konsultationen mit den arabischen Regierungen soll bekannt gegeben werden, welche Länder Palästina unterstützen und welche die Interessen Palästinas verletzen."[120] Weiter hieß es: „Unsererseits muss überlegt werden, wie wir uns verhalten. Nach der Tagung der arabischen Liga wurde deutlich, dass das Interesse besteht, die Palästina-Delegation [im Rat der Liga der arabischen Staaten unter Vorsitz Shuqairis] international anerkennen zu lassen. […] Es wird für zweckmäßig gehalten, schrittweise Verbindung aufzunehmen und auf der Grundlage des UNO-Beschlusses [gemeint ist die 1963 verabschiedete Resolution 1912 der Generalversammlung] die Rückführung der Palästina-Flüchtlinge zu unterstützen. Damit nützen wir unseren Beziehungen zur VAR, legen uns fest gegenüber Israel [im MfAA wurde zwischen „uns" und „fest" handschriftlich das Wort „nicht" eingefügt] und schaden nicht den Beziehungen mit den anderen arabischen Ländern. […] Möglicherweise könnte zu einem späteren Zeitpunkt die Deutsch-Arabische Gesellschaft eine Einladung zu einen Besuch Shukeiris in der DDR aussprechen, um ihm die Möglichkeit zu geben, seine Ansichten in der DDR selbst darzulegen und den Standpunkt der Regierung der DDR kennenzulernen."[121] Es erfolgte keine Reaktion des MfAA. Sie blieb auch aus, als tatsächlich im Januar 1964 die erste Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter Shuqairi den Auftrag erteilte, eine selbst-

[118] Vgl. UN A/SPC/89, Letter from the Permanent Representatives of Algeria, Iraq, Jordan, Kuwait, Lebanon, Libya, Morocco, Saudi-Arabia, Sudan, Syria, Tunisia, the United Arab Emirates and Yemen Addressed to the Chairman of the SPC, 31. 10. 1963. Zur Teilnahme palästinensischer Vertreter an den VN-Konferenzen vgl. Shlaim, Collusion, S. 386–425, 461–490.

[119] So UN A/SPC/SR.399, UNRWA-Report, 05. 11. 1963, paras. 3, 14. Vgl. ebs. Shuqairis Ausführungen in: UN A/SPC/90, UNRWA-Report, 06. 11. 1963.

[120] So PA-AA, Bestand MfAA, A 13.820, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 09. 12. 1963, Bl. 41.

[121] So ebd. Zur Resolution 1912 vgl. UN A/RES/XVIII/1912, Resolution, 03. 12. 1963.

ständige Organisation der Palästinenser zu gründen, um das im Herbst 1963 entworfene „Projekt" zu beginnen.

Mitte Februar 1964 trafen sich erstmals Ost-Berliner Diplomaten mit einem Mitarbeiter des „représentant arabe pour la Palestine" bei der Liga der arabischen Staaten in Kairo und bekräftigten in ihrem im Anschluss an das Gespräch verfassten Bericht an das Ministerium die bereits im Dezember 1963 vorgebrachte Meinung. Sie plädierten außerdem dafür, den Vertreter Palästinas bei der Liga der arabischen Staaten offiziell in der DDR zu empfangen[122]. Der Direktor des palästinensischen Vertretungsbüros bei der Liga habe signalisiert, dass eine ausgesprochene Einladung sicher angenommen werde. Ein Besuch könne, so die Mitarbeiter des MfAA in Kairo, die Chancen erhöhen, später eine Mission der Liga der arabischen Staaten in Ost-Berlin zu eröffnen[123]. Unerwähnt blieb, dass die Liga eine Aufwertung der DDR mehrheitlich weiterhin ablehnte. Nichtsdestotrotz wurde erneut deutlich, dass die Diplomaten vor Ort auf eine offensive Reaktion des Ministeriums drängten. Die Vertretung in Ägypten erhielt aber auch jetzt keine Weisung[124].

Am 19. April 1964 stellte man in einem neuen Schreiben aus Kairo ernüchtert fest, dass vier Wochen vor dem geplanten Gründungskongress der PLO „noch keine Einladung, weder an uns noch an die sozialistischen Staaten" ergangen sei[125]. Zwei Tage später reagierte nun die Nahostabteilung des MfAA und teilte dem Presseressort des Hauses mit, dass entschieden worden sei, „zur Konferenz der arabischen Staaten über das Palästinaproblem, die am 28. Mai in Jerusalem (jordanischer Teil) [Ost-Jerusalem] mit dem Ziel der Konstituierung einer Palästina-Körperschaft beginnen soll, einen Journalisten als Beobachter zu entsenden. Wir bekunden damit unser Interesse an der Lösung des Palästinaproblems und an der Politik der arabischen Staaten allgemein. Aufgabe des Journalisten wäre es, den Konferenzverlauf exakt zu verfolgen und einzuschätzen. Es ist in diesem Zusammenhang notwendig, darauf hinzuweisen, dass es nicht zweckmäßig erscheint, das Palästinaproblem ausführlich in der DDR-Presse zu behandeln. Die Teilnahme an dem Kongress muss als Ausgangspunkt zur Lösung anderer wesentlicher Aufgaben dienen."[126] Zu ihnen zählte das Ministerium die „intensive" Nutzung von „Informationsgesprächen" mit jordanischen Persönlichkeiten[127]. Weiter

[122] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.820, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 17. 02. 1964, Bl. 26f. Der Generalsekretär der Liga hatte Ende August 1963 erstmals, gleichwohl privat, die DDR bereist, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 12.765, Bericht, o. D., ca. September 1963, Bl. 1–14; ADN: Generalsekretär Hassouna in Berlin, in: ND, 15. 08. 1963, S. 1; ADN: Hassouna beim Staatsrat, in: ND, 17. 08. 1963, S. 1; ADN: Abdel Khalek Hassouna sprach mit Willi Stoph, in: ND, 18. 08. 1963, S. 1.

[123] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.820, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 17. 02. 1964, Bl. 25–27.

[124] Auch während des Besuches des Generalsekretärs der Liga der arabischen Staaten in der DDR wurde die palästinensische Thematik nicht behandelt, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 12.765, Bericht, o. D., ca. September 1963, Bl. 1–14.

[125] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 19. 04. 1964, Bl. 1.

[126] So PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben der 3. AEA an Abt. Presse, 21. 04. 1964, Bl. 3.

[127] So ebd.

hieß es: „Wir hoffen, dass wir dadurch bestimmte Hinweise und Anregungen für die zukünftige Gestaltung unserer Beziehungen zu Jordanien erhalten werden."[128] Unmissverständlich brachte die Nahostabteilung des MfAA damit zum Ausdruck, dass in Ost-Berlin kein Interesse an der „Palästina-Körperschaft" bestand, sondern versucht werden sollte, die Anwesenheit eines ostdeutschen Journalisten auf dem Gründungskongress der PLO für die „wesentlichen" politischen Aufgaben zu nutzen; etwa die Beziehungen der DDR mit Jordanien zu vertiefen. Da König Hussain den ägyptischen Vorschlag, eine palästinensische Befreiungsorganisation ins Leben zu rufen, nur widerwillig unterstützte, war der Erfolg dieser Überlegung zweifelhaft[129].

Es fand sich aber auch kein Pressevertreter, der dem Vorschlag des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten hätte Folge leisten können. Nachdem sich das MfAA am 29. April 1964 an den Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN) gewandt und „empfohlen" hatte, den ADN-Korrespondenten in Kairo zum Gründungskongress der PLO zu delegieren, antwortete der stellvertretende Generaldirektor des ADN, dass er „nach eingehender Überlegung" bitte, davon abzusehen, einen Journalisten zu entsenden, da sich der einzige infrage kommende Mitarbeiter ab Anfang Mai im Urlaub befinde[130]. Erst jetzt entschied das Ministerium, einen Angehörigen seiner Kairener Mission nach Ost-Jerusalem zu entsenden. In einer Weisung umriss man den Handlungsspielraum dieses Abgesandten eindeutig und schrieb, in Gesprächen sei eine Stellungnahme zum Palästinaproblem zu vermeiden, wobei ergänzt wurde: „Sollten Stellungnahmen unumgänglich sein, dann müsste darauf hingewiesen werden, dass die DDR, ausgehend von den Prinzipien ihrer Außenpolitik, für die friedliche Lösung von Grenzstreitigkeiten und für die Einhaltung der entsprechenden Palästina-UNO-Beschlüsse eintritt."[131]

Rund drei Wochen später trafen am 20. Mai 1964 in Kairo zum ersten Mal Vertreter der ostdeutschen Regierung Ahmad Shuqairi[132]. Entgegen der ausdrücklichen Betonung im späteren Bericht an das MfAA war dies aber nicht die „erste Begegnung von Repräsentanten der DDR mit einem Vertreter der Palästina-Organisation", denn diese Organisation wurde erst später gegründet[133]. Am 20. Mai trat Shuqairi noch in seiner Funktion als Vertreter Palästinas bei der Liga der arabischen Staaten auf. Zu Beginn des Gespräches erklärte Shuqairi, „dass er einen derartigen Kontakt von ganzem Herzen begrüß[e]. Er führte weiter aus, dass die

[128] So ebd.

[129] Zur jordanischen Haltung vgl. Dann, Hussein, S. 139–141; Shemesh, Founding, S. 113–119, 126–129; Sayigh, Struggle, S. 96–100. Nach der Ermordung König Abdallahs 1951 folgte ihm zunächst sein Sohn Talal und 1952 sein Enkel Hussain auf den Thron. Vgl. Habib Hussein, Père et Fils, S. 19f., 116f., 145–160; Satloff, From Abdullah to Hussein.

[130] Vgl. BArch, DC 900/3852, Schreiben des MfAA an den ADN, 29. 04. 1964; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des ADN an das MfAA, 30. 04. 1964, Bl. 7; BArch, DC 900/3852, Ausbildungsplan, 15. 04. 1964.

[131] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des MfAA an die Vertretung Kairo, 06. 05. 1964, Bl. 9.

[132] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 25. 05. 1964, Bl. 11–13. Vgl. auch Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 307.

[133] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 25. 05. 1964, Bl. 11.

Palästina-Vertretungskörperschaft ein großes Interesse habe, Kontakte zu allen befreundeten Ländern und Staaten herzustellen, da sie in weitgehendstem Maße deren moralische und materielle Unterstützung in ihrem Kampf um die Rechte des Volkes von Palästina benötigen würde."[134] Unumwunden erklärte einer der beiden MfAA-Mitarbeiter anschließend, dass er „den Auftrag" habe, „an der Eröffnung des Kongresses der Palästina-Organisation in Jerusalem als Vertreter der DDR teilzunehmen"; man wolle Shuqairis Meinung zu dieser „Absicht" erfragen[135]. Erwartungsgemäß erhielt der Repräsentant der DDR in Kairo als Antwort, er sei „selbstverständlich […] jederzeit herzlich willkommen" und eingeladen, „an der Eröffnung des Kongresses" teilzunehmen[136].

Shuqairi habe, so der Bericht, versichert, sich persönlich beim jordanischen König einsetzen zu wollen, um die Frage des ausstehenden Visums für den ostdeutschen Kongressbeobachter zu klären[137]. Darüber hinaus habe Shuqairi den Mitarbeitern des MfAA „zu verstehen gegeben", dass er die DDR besuchen wolle und interessiert sei, Palästinenser an der Militärakademie der DDR ausbilden zu lassen; „ohne weiter darauf einzugehen" habe man dies lediglich „zur Kenntnis" genommen[138]. Die Vertreter des MfAA verabschiedeten sich von Shuqairi „mit den besten Wünschen für das Gelingen der bevorstehenden Gespräche mit N.C. Chruschtschow"[139].

Abgesehen davon, dass laut Nachweis des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR die ersten beiden palästinensischen Studenten erst zwei Jahre später aufgenommen wurden, der erste Besuch des Vorsitzenden der PLO in Ost-Berlin mehr als sieben Jahre nach diesem Gespräch stattfand und die erste offizielle Begegnung zwischen ihm und dem Generalsekretär der KPdSU sogar mehr als 13 Jahre auf sich warten ließ, existiert kein Beleg dafür, dass ein Diplomat des MfAA als Beobachter am Gründungskongress der PLO oder auch nur an dessen Eröffnungszeremonie teilnahm[140]. Offensichtlich verweigerte Jordanien – einer der vehementesten antikommunistischen arabischen Staaten – ein Visum[141].

134 So ebd.
135 So ebd., Bl. 11f.
136 So ebd.
137 Vgl. ebd., Bl. 12.
138 So ebd., Bl. 12f.
139 Vgl. ebd., Bl. 13.
140 Gemäß DDR-Statistiken wurden die Palästinenser S. al T. sowie I. H. im Wintersemester 1966/67 an den Universitäten Leipzig u. an der Bergakademie Freiberg in den Fächern Humanmedizin bzw. Geophysik immatrikuliert, vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, B 1544/3d, Übersicht der Sondermaßnahmen, o. D. Wie Goren, Soviet Union and Terrorism, S. 137, hervorhebt, stellten die Sowjetunion sowie alle anderen sozialistischen Staaten den ersten Kontakt mit Palästinensern über die Aufnahme von Studierenden her.
141 Shemesh, Founding, S. 129, macht auf die restriktiven jordanischen Sicherheitsbestimmungen während des Gründungskongresses der PLO in Ost-Jerusalem aufmerksam, die auch die Visavergabe betraf. Kapeliouk, Arafat, S. 65, u. Dann, Hussein, S. 141, führen darüber hinaus an, dass Jordanien gezielt über die ausgestellten Visa Einfluss auf die Zusammensetzung des ersten Nationalkongresses der Palästinenser nahm. Dies könnte auch Beobachterplätze von Personen betroffen haben, die aus den sozialistischen Staaten kamen, also aus den von Jordanien politisch sehr kritisch bewerteten Ländern.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten musste Shuqairi bitten, die Einreisemodalitäten mit den für Ost-Jerusalem spätestens seit dem Annexionsbeschluss des Parlamentes in Amman 1950 zuständigen jordanischen Verantwortlichen zu klären, weil die DDR keine diplomatischen Beziehungen mit dem Haschimitischen Königreich Jordanien unterhielt[142]. Der Verlauf des Gespräches mit Shuqairi macht außer dieser Tatsache noch deutlich, dass die palästinensische Seite ursprünglich nicht die Absicht hatte, ostdeutsche Gäste auf dem Gründungskongress der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu begrüßen, sondern der SED-Staat sich sieben Tage vor Beginn dieser Konferenz eine von ihm selbst ausgesprochene Einladung förmlich bestätigen lassen wollte.

Die Gründung der PLO

Die Palästinensische Befreiungsorganisation, auf Arabisch *munāzzamā al-taḥrīr al-filasṭīnīya* (منظمة التحرير الفلسطينية) wurde von der ersten palästinensischen Nationalversammlung gegründet. Sie tagte – wie von den arabischen Königen und Staatsoberhäuptern gewünscht – Ende Mai 1964 in Ost-Jerusalem[143]. Dieser ersten Nationalversammlung gehörten zwar über 400 Palästinenser unterschiedlicher Gesellschaftsschichten an, aber sie waren nicht gewählt, sondern unter machtpolitischen Gesichtspunkten entsandt; Flüchtlinge machten einen marginalen Anteil aus[144]. Der Gründungskongress der PLO verlieh der Nationalversammlung das Recht, Organe der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu konstituieren und aufzulösen[145]. Außerdem sollte die Nationalversammlung zukünftig die Aufgabe eines Parlamentes erfüllen, wobei die Mitglieder auch später niemals frei und geheim von Palästinensern gewählt, sondern delegiert wurden, um die notwendigen politischen Mehrheiten zu sichern[146]. In der Regel sollte eine Nationalversammlung alle ein bis drei Jahre einberufen werden und die politischen Vorlagen billigen, das Budget bestätigen und nach wenigen Tagen wieder auseinandertreten[147]. Jede Nationalversammlung bestellte dabei ein Exekutivkomitee, das

[142] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 172–176, 276–281; Kupper, Tätigkeit, S. 30–52.

[143] Vgl. Shemesh, Entity, S. 35, 42; Tessler, Conflict, S. 374; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 20; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 54–60; Sayigh, Struggle, S. 97; Selim, Nonstate Actor, S. 262; Becker, PLO, S. 39. Zum arabischen Ausdruck vgl. Wehr, Arabisches Wörterbuch, S. 1290.

[144] Dabei spielte auch der Proporz zwischen Delegierten aus dem Westjordanland u. dem Gazastreifen eine machtpolitische Rolle, vgl. Shemesh, Founding, S. 122–124; ders., Entity, S. 35, 42, 160; Sayigh, Struggle, S. 97–99; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 20; Selim, Nonstate Actor, S. 262; Becker, PLO, S. 39; Sybesma-Knol, Observers, S. 271 f.

[145] Vgl. Selim, Nonstate Actor, S. 271.

[146] Vgl. Harkabi, Covenant, S. 92; Sayigh, Struggle, S. 98–100; Selim, Nonstate Actor, S. 271 f.; Shemesh, Entity, S. 42; ders., Founding, S. 124 f.

[147] Vgl. Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 50; Sayigh, Struggle, S. 60, 98; Sybesma-Knol, Observers, S. 272 f. Die unterschiedlichen Zeitintervalle ergaben sich entsprechend der Entwicklung der politischen Lage. Zu den einzelnen Sitzungen bis 1988 vgl. Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 55–67.

seinen Vorsitzenden wählte, der die politischen Entscheidungen traf und die Posten innerhalb der Befreiungsorganisation verteilte[148].

Das Exekutivkomitee war die „Regierung" der Palästinensischen Befreiungsorganisation und umfasste zehn bis 15 Ressorts. Es arbeitete, anders als die Nationalversammlung, permanent[149]. Dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees unterstand zugleich die Palästinensische Befreiungsarmee (PLA)[150]. Die PLA gliederte sich in drei bis vier Brigaden mit jeweils rund 5000 Mann und fungierte als offizielle Armee der PLO; vorgesehen war zudem, dass jährlich mehrere Tausend Palästinenser eine militärische Ausbildung in dieser „Armee" erhielten[151]. Die Einheiten der PLA waren auch mit schweren Waffen, wie Artillerie und Panzern, ausgestattet[152]. Stationiert wurde die eng in die Strukturen der jeweiligen nationalen Streitkräfte eingebundene „Befreiungsarmee" der Palästinenser jedoch in Jordanien, Ägypten, Irak und Syrien. Daher kommandierten die Brigaden der PLA auch die Verteidigungsministerien in Amman, Kairo, Bagdad und Damaskus; das palästinensische Exekutivkomitee besaß keine echte Befehlsgewalt über sie[153].

Das Grundsatzdokument, das die Organe der PLO sowie ihre Ziele und Aufgaben beschrieb, war die im Mai 1964 verabschiedete Charta[154]. Sie definierte die

148 Vgl. Selim, Nonstate Actor, S. 272f.; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 51f.; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 60f.; Sybesma-Knol, Observers, S. 273. Vgl. auch die Angaben der Ständigen Beobachtermission des Staates Palästina bei den VN unter www.palestineun.org/about-palestine/palestine-liberation-organization (25. 08. 2013).

149 Vgl. ebd.; Selim, Nonstate Actor, S. 272f., 284f.; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 51f.; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 60f.; Sybesma-Knol, Observers, S. 273. Die siebte palästinensische Nationalversammlung etablierte mit dem Zentralkomitee (ZK) im Mai 1970 ein zusätzliches Organ der PLO, das zwischen der palästinensischen Nationalversammlung u. dem Exekutivkomitee stand. Das ZK umfasste rd. 60 Mitglieder u. sollte das Exekutivkomitee beraten. Machtpolitisch hatte es die Aufgabe, einen hinreichenden Einfluss auf die Entscheidungen des Vorsitzenden u. des Exekutivkomitees auszuüben, um das Kontrollvakuum, das durch den nicht ständig tagenden legislativen Teil der Befreiungsorganisation gegenüber der „Regierung" entstand, so klein wie möglich zu halten. Da das ZK keine sanktionierenden Mittel besaß und nur mit Zustimmung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees gebildet werden konnte, war diese regulierende Funktion nur begrenzt möglich. In formaler Hinsicht konstituierte sich das ZK sowohl aus Delegierten der Gruppen, die in der palästinensischen Nationalversammlung repräsentiert waren als auch aus Personen aller sonstigen, dort nicht vertretenen palästinensischen Formationen, vgl. Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 61; Selim, Nonstate Actor, S. 272. Vgl. auch die Angaben der Ständigen Beobachtermission des Staates Palästina bei den VN, die die Gründung des ZK auf das Jahr 1973 datiert, www.palestineun.org/about-palestine/palestine-liberation-organization (25. 08. 2013).

150 Vgl. Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 51f., 68; Sayigh, Struggle, S. 98; Bar-Haim, Palestine Liberation Army, S. 173f., 182; Frisch, Palestinian Military, S. 52–68.

151 Vgl. ebd., S. 52–56, 65; Sayigh, Struggle, S. 112f.; Selim, Nonstate Actor, S. 269; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 60f.; Bar-Haim, Palestine Liberation Army, S. 175–179.

152 Vgl. ebd., S. 181f.; Selim, Nonstate Actor, S. 269f.

153 Vgl. ebd.; Tessler, Conflict, S. 375; Frisch, Palestinian Military, S. 58–68; Bar-Haim, Palestine Liberation Army, S. 175–183; Sayigh, Struggle, S. 112–119; Shemesh, Entity, S. 244f.

154 Zur Charta vgl. Palestine National Covenant, 1964, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 139–144.

gewaltsame Auseinandersetzung mit Israel als nationalen Befreiungskampf des palästinensischen Volkes um seine Selbstbestimmung, ohne aber hervorzuheben, dass am Ende ein palästinensischer Staat entstehen sollte[155]. Außerdem proklamierte die Charta nicht, dass nur die PLO für die Palästinenser Entscheidungen treffen konnte. Die Palästinensische Befreiungsorganisation verzichtete ausdrücklich darauf, die politische Entwicklung in Gebieten zu beeinflussen, die andere arabische Staaten kontrollierten[156]. Dies widersprach allerdings dem in der Charta entwickelten Konzept der totalen Repräsentation, der zufolge jeder Palästinenser von Geburt an Mitglied der PLO war und jede palästinensische Gruppe angehalten wurde, sich der Palästinensischen Befreiungsorganisation anzuschließen[157].

Der Konflikt zwischen der PLO und den bestehenden arabischen Regierungen um die Zuständigkeit für den palästinensischen „Befreiungskampf" kam nicht allein hier zum Ausdruck. Er beherrschte vielmehr den gesamten Prozess der Gründung der PLO, denn sie war „keine Erfindung der Palästinenser, sondern von Nasser", wie Abdallah Frangi in seiner Autobiografie schreibt[158]. Das massive ägyptische Einwirken auf die Palästinensische Befreiungsorganisation war dafür verantwortlich, dass sie in den Anfangsjahren innerarabisch und innerpalästinensisch ohne wirkliche Macht blieb[159]. Das war die Absicht des ägyptischen Präsidenten. Nassir ging es nicht darum, eine Konkurrentin aufzubauen, sondern die PLO sollte in seine gesamtarabische Politik integriert werden und Forderungen der Palästinenser kanalisieren[160]. Ägypten versuchte sich damit einen besseren Stand in der innerarabischen Auseinandersetzung – nicht zuletzt nach dem Ende der syrisch-ägyptischen Allianz 1961 – zu verschaffen und durch das fortgesetzte politische Engagement zugunsten der Palästinenser islamistischen Vereinigungen, wie den Muslimbrüdern oder der Partei der Befreiung und neuen Gruppen, etwa der Fatah, entgegenzutreten[161]. 1963 existierten immerhin bereits rund 40 verschiede-

[155] Zu den Aussagen über die Selbstbestimmung des Volkes von Palästina u. zur Nichtfestlegung auf einen eigenen Staat vgl. Palestine National Covenant, 1964, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 139–144. Sayigh, Struggle, S. 98, u. Harkabi, Covenant, S. 27f., erklären berechtigt, dass in der ersten PLO-Charta „national" nicht mit dem gebräuchlichen arabischen Wort ausgedrückt wurde, sondern auf den Wortstamm von Heimat zurückging. Damit wollte man bewusst hervorheben, dass die nationalen Ambitionen der Palästinenser Teil der arabischen Gesamtinteressen waren.

[156] Vgl. Art. 24 der PLO-Charta von 1964, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 144; Ben-Dor, Sovereignty, S. 149–152; Shemesh, Founding, S. 122–125; Harkabi, Covenant, S. 27f.

[157] Vgl. Art. 5 u. 11 der PLO-Charta von 1964, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 140f. Vgl. auch Shemesh, Founding, S. 123; ders., Entity, S. 41.

[158] Vgl. Frangi, Gesandte, S. 148.

[159] Vgl. Ma'oz/Sela, PLO, S. 99f.; Tessler, Conflict, S. 373–375; Shemesh, Entity, S. 41, 81; ders., Founding, S. 122f.; Frangi, PLO und Palästina, S. 136–138; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 75; Gowers/Walker, Myth, S. 39; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 195–197; Sayigh, Struggle, S. 98–100; Quandt, Nationalism, S. 67f.

[160] Vgl. Frangi, PLO und Palästina, S. 138; Ma'oz/Sela, PLO, S. 99f.; Pearlman, Palestinian National Movement, S. 129; Quandt, Nationalism, S. 67f.; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 19–21; Shemesh, Entity, S. 37; Kerr, Arab Cold War, S. 133f.

[161] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 31f., 78–80, 94; Selim, Nonstate Actor, S. 261f.; Shemesh, Entity, S. 35–37; ders., Founding, S. 106–119; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 19f.; Smith, Conflict, S. 270; Pearlman, Palestinian National Movement, S. 129; Frangi,

ne palästinensische Organisationen, die zwischen zwei und 400 Mitgliedern stark gewesen sein sollen und die eine Mitsprache und Anerkennung einforderten[162].

Die PLO war insofern von allen arabischen Staaten gewollt, als sie eine politische Vertretung schuf, die im Gegensatz zu einer von Palästinensern eigenständig konstituierten Befreiungsorganisation beeinflusst und kontrolliert werden konnte[163]. Eine selbstständige PLO war auch nicht im Interesse Jordaniens, das zum damaligen Zeitpunkt die meisten palästinensischen Araber auf seinem Territorium aufnehmen musste und zudem um eine Verbesserung seines Verhältnisses zu Ägypten bemüht war – auch deshalb stimmte Amman der Idee einer Palästinensischen Befreiungsorganisation zu, und der Beschluss auf der ersten Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter fiel einmütig. De facto wurde die PLO 1964 per Order arabischer Staaten geschaffen und es entstand aus politischen Erwägungen eine Befreiungsorganisation für ein Volk, das zum damaligen Zeitpunkt von keiner arabischen Regierung anerkannt wurde und dessen Dasein in der internationalen Gemeinschaft insgesamt strittig war[164].

Hatte bereits das Prozedere der Einberufung der ersten palästinensischen Nationalversammlung von 1964 die Autorität des von ihr gewählten Exekutivkomitees und dessen ersten Vorsitzenden, Ahmad Shuqairi, beschädigt, weil er als ein von Ägyptens Gnaden ernannter und nicht von der Mehrheit der Palästinenser gewollter „Präsident" erschien, so wurden die Konflikte zwischen den arabischen Regierungen und der PLO-Führung unmittelbar im Anschluss an den Kongress deutlich[165]. Im September 1964 reichte Shuqairi auf der zweiten Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter – an der er erstmals offiziell teilgenommen und deren Gipfelkommuniqué die Palästinensische Befreiungsorganisation ausdrücklich gewürdigt hatte – seinen Rücktritt als Vorsitzender des Exekutivkomitees der PLO ein, da kein Konsens gefunden werden konnte, ob Jordanien und der Libanon verpflichtet waren, palästinensische Einheiten militärisch auszubilden. Die beabsichtigte Amtsniederlegung Shuqairis wurde ebenso wie eine zweite Ende 1965 von den arabischen Staats- und Regierungschefs nicht angenommen[166].

Gesandte, S. 149; Hinnebusch, Syria, S. 42 f.; Ma'oz/Sela, PLO, S. 99 f.; Kerr, Arab Cold War, S. 134.

162 Vgl. Shemesh, Entity, S. 35; ders., Founding, S. 120.

163 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 96–100; Smith, Conflict, S. 270; Pearlman, Palestinian National Movement, S. 129; Quandt, Nationalism, S. 53; Shemesh, Founding, S. 126–135; ders., Entity, S. 37–41.

164 Vgl. Shemesh, Founding, S. 121–129, 136; ders., Entity, S. 35–40; Sayigh, Struggle, S. 95–99; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 19, 30, 53 f.; Quandt, Nationalism, S. 67 f., 76–78, 88–93; Chamberlin, Offensive, S. 15; Becker, PLO, S. 35, 39; Tessler, Conflict, S. 373–375, 423; Ben-Dor, Sovereignty, S. 149–152; Selim, Nonstate Actor, S. 263; Harkabi, Covenant, S. 33–36.

165 Vgl. Tessler, Conflict, S. 423; Shemesh, Entity, S. 40; ders., Founding, S. 122; Quandt, Nationalism, S. 68; Dann, Hussein, S. 146–151.

166 Vgl. Shukairy Resigns In Rift Over Palestine, in: NYT, 22. 09. 1965, S. A2:2; UN S/1964/6003, Letter from the Permanent Representatives of Algeria, Iraq, Jordan, Kuwait, Lebanon, Libya, Morocco, Saudi-Arabia, Sudan, Syria, Tunisia, the United Arab Emirates and Yemen to the UN Addressed to the Secretary-General, 08. 10. 1964.

Die Anfänge der ostdeutschen PLO-Politik

Im Einklang mit der Ende April 1964 vonseiten des MfAA dargelegten Auffassung, dass es „nicht zweckmäßig" sei, das Palästinaproblem zu thematisieren, berichteten die Medien der DDR nicht über die neue nationale Befreiungsorganisation der Palästinenser und Ost-Berlin gab auch sonst keine Stellungnahme dazu ab[167]. Auch Moskau verhielt sich sehr zurückhaltend gegenüber der PLO und konnte keinen Nutzen darin erkennen, sie öffentlich zu erwähnen[168]. Schon in der Weisung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an die Vertretung in Kairo für den Gründungskongress der Palästinensischen Befreiungsorganisation hatte es geheißen, jede politische Aussage in der Palästinafrage habe zu unterbleiben. Erst wenn sich eine Stellungnahme nicht vermeiden lasse, sei zu erklären, dass die DDR für die friedliche Lösung von „Grenzstreitigkeiten" eintrete und das palästinensische Problem im Übrigen als einen im Rahmen der Beschlüsse der Vereinten Nationen zu lösenden Konflikt betrachte[169].

Diese Formulierung war identisch mit dem Wortlaut von Walter Ulbrichts Grußtelegramm an die zweite Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter Anfang September 1964. Obwohl die PLO zu diesem Zeitpunkt bereits seit Monaten existierte und auch Teilnehmerin dieses zweiten arabischen Gipfels war, ignorierte Ulbricht sie[170]. Er betonte stattdessen, die DDR halte eine Regelung des Nahostkonfliktes ausschließlich für legitim, wenn sie im Einklang mit den VN-Resolutionen stehe. Ulbricht verlangte also die Gründung eines jüdischen und eines arabischen Staates im ehemaligen britischen Mandatsgebiet und billigte den palästinensischen Arabern noch immer nicht den Status eines eigenständigen politischen Akteurs zu; sie wurden wie in allen bis dahin verabschiedeten Dokumenten der Vereinten Nationen als Flüchtlinge betrachtet[171]. Die Regierung der DDR hielt es außerdem, so Walter Ulbricht, für dringend erforderlich, die verfassunggebende Versammlung über den Weg des „Provisional Council of Government" zu konstituieren, denn nur er durfte die politische Ordnung des

[167] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben der 3. AEA an Abt. Presse, 21. 04. 1964, Bl. 3; Timm, Davidstern, S. 269 f.; Polkehn, DDR, S. 33; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 102; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 307.

[168] Vgl. Golan, Uneasy Alliance, S. 5–9; dies., Soviet Union and the PLO, S. 1; Dannreuther, Soviet Union, S. 27–33. Vgl. auch Timm, Davidstern, S. 269.

[169] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des MfAA an die Vertretung Kairo, 06. 05. 1964, Bl. 9 f.

[170] Vgl. UN S/1964/6003, Letter from the Permanent Representatives of Algeria, Iraq, Jordan, Kuwait, Lebanon, Libya, Morocco, Saudi-Arabia, Sudan, Syria, Tunisia, the United Arab Emirates and Yemen to the UN Addressed to the Secretary-General, 08. 10. 1964; Shukairy Resigns In Rift Over Palestine, in: NYT, 22. 09. 1965, S. A2:2.

[171] Vgl. UN A/RES/III/194, Resolution, 11. 12. 1948; UN A/RES/III/212, Resolution, 19. 11. 1948; UN A/RES/IV/302, Resolution, 08. 12. 1949; UN A/5624, SPC-Report, 27. 11. 1963; UN A/RES/XVIII/1912, Resolution, 03. 12. 1963. Ein Status von Palästinensern über den von Flüchtlingen hinaus sowie die Forderung nach einem eigenen palästinensischen Staat wurden in VN-Dokumenten erst 1969/70 erwähnt, vgl. UN A/RES/XXIV/2535, UNRWA-Report, 10. 12. 1969; UN A/RES/XXV/2649, Resolution, 30. 11. 1970; UN A/RES/XXV/2672, Resolution, 08. 12. 1970; UN A/RES/XXVI/2787, Resolution, 06. 12. 1971.

zweiten Teilstaates laut VN festlegen; dieser neu gegründete arabische Staat hatte den jüdischen Teilstaat und den Sonderstatus Jerusalems zu akzeptieren.

Dies alles widersprach der arabischen Position, den vereinbarten Gipfelbeschlüssen der zweiten Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter und den selbstformulierten Zielen der PLO. Folglich konnte die Meinung Ulbrichts unter den Adressaten des „Grußtelegramms" weder auf Zustimmung stoßen noch die offensichtlich erhoffte politische Unterstützung zugunsten der DDR mobilisieren. Zumal sich Ost-Berlin – im Sinne des Wortlautes von Ulbricht – gegen einen *palästinensisch*-arabisch geprägten Teilstaat an der Seite Israels oder gar eine „Palestinian entity" in ganz Palästina aussprach. Der PLO kam keinerlei politische Bedeutung zu.

Aber auch wenn sich Walter Ulbricht im September 1964 nicht offiziell zur Palästinensischen Befreiungsorganisation äußerte, die DDR außerdem nicht am Kongress in Jerusalem teilnahm und die SED ab dem Frühjahr 1964 keinen Kontakt mit Shuqairi suchte, beobachteten die Mitarbeiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Ägypten die Entwicklung der PLO. Sie kamen ein Jahr nach deren Gründung zu eindeutigen Urteilen. Im Februar 1965 hielt ein Bericht aus Kairo fest, die PLO habe in „den ersten Monaten ihres Bestehens kaum Aktivität gezeigt"[172]. Die politischen Ergebnisse Ahmad Shuqairis seien „verhältnismäßig mager"; „wieder einmal" werde deutlich, dass „die Mehrheit der arabischen Länder nur zögerlich an die gemeinsamen Beschlüsse herangeh[e]"; deren Umsetzung erfolge „schleppend" und „die meisten arabischen Staaten, mit Ausnahme der Vereinigten Arabischen Republik, Algerien und des Irak, [verhielten] sich verhältnismäßig passiv" gegenüber der PLO[173]. „Ein weiterer Faktor, der die Entwicklung der PLO hemmt", seien, so hieß es weiter, „die unterschiedlichen ideologischen und politischen Strömungen innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung. Dabei darf die Rolle des ehemaligen Muftis von Jerusalem [Amin al Hussaini], der zwar immer mehr an Bedeutung verloren hat, nicht unterschätzt werden."[174]

Die ostdeutsche Vertretung in Ägypten gab damit die politische Situation der Palästinensischen Befreiungsorganisation zutreffend wieder. Die Ausrichtung und Formierung der PLO war Anfang 1965 weitgehend ungeklärt und Shuqairis Macht hing völlig von den arabischen Staaten ab. Nicht die Unterstützung der palästinensischen Öffentlichkeit legitimierte die PLO, sondern der Wille Ägyptens[175]. Und so rieten die Mitarbeiter des MfAA in Kairo im Februar 1965 von einer offensiven Stellungnahme der DDR ab. Auf der anderen Seite hieß es zugleich, die Palästinensische Befreiungsorganisation werde in absehbarer Zeit „an Bedeutung gewinnen", und der SED-Staat müsse zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen in Erwägung ziehen. Aus diesem Grund votierte die Ost-Berliner Vertretung in Kairo dafür, zumindest über das Afro-Asiatische Solidaritätskomitee

[172] So PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 11. 02. 1965, Bl. 24.
[173] So ebd., Bl. 26.
[174] So ebd.
[175] Vgl. Shemesh, Entity, S. 40–44; ders., Founding, S. 121–129; Quandt, Nationalism, S. 68, 76–78, 88–93; Sayigh, Struggle, S. 96–98; Selim, Nonstate Actor, S. 263f.

(AASK) intensiver mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation zusammenzuarbeiten[176]. Auch wenn das AASK bereits 1961 eine erste Delegation in den von Ägypten verwalteten Gazastreifen entsandt hatte, waren anschließend keine signifikanten Hilfslieferungen zugunsten der Palästinenser auf den Weg gebracht worden[177].

Das Afro-Asiatische Solidaritätskomitee der DDR war die Instanz, die, finanziert durch eingeworbene Spenden der Bevölkerung, unter Kontrolle der SED mehrheitlich die gesamten Solidaritätsmaßnahmen mit dem Ausland koordinierte. So verteilte es die kostenlos bereitgestellten materiellen Hilfen für Befreiungsbewegungen und Entwicklungsländer und nahm die Vergabe der Studienplätze an diese Partner vor[178]. Auch im Fall der PLO sollte mit der Beauftragung des AASK suggeriert werden, dass nicht die DDR offiziell mit Ahmad Shuqairi kooperierte, sondern Teile der ostdeutschen Gesellschaft aus privatem Interesse die PLO unterstützten – obwohl das „Neue Deutschland" bis Mitte der 1960er Jahre noch keine Informationen über sie publiziert hatte. Der Kreml überließ die frühen Beziehungen mit den Palästinensern ebenfalls dem sowjetischen AASK, um partei- oder regierungsoffizielle Kontakte auszuschließen[179].

Das MfAA reagierte auch im Februar 1965 nicht unmittelbar auf den Bericht über die PLO aus Kairo. Ob Walter Ulbricht ihn gelesen hat, ist nicht bekannt. Zumindest ignorierte die wenige Wochen später, Anfang März 1965, von ihm abgegebene zweite offizielle Stellungnahme der DDR zur Palästinafrage die Palästinensische Befreiungsorganisation erneut. Ulbrichts Aussagen in Bezug auf die Palästinenser waren hingegen umso weitreichender – und dies vor dem Hintergrund einer deutsch-deutschen Zäsur. Mit dem Besuch des Ost-Berliner Staatsratsvorsitzenden in der ägyptischen Hauptstadt geriet die außen- und deutschlandpolitische Konzeption Bonns in Gefahr zu scheitern: Die bekannt gewordenen Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel hatten die Reaktion Nassirs in Form der Einladung Ulbrichts herausgefordert[180]. Der Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung drohte durch die internationale Anerkennung des SED-Regimes unterminiert zu werden. Bonn kündigte allen Staaten, für den Fall, dass diese mit der Bundesrepublik offizielle Beziehungen unterhielten und solche

[176] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 11. 02. 1965, Bl. 26.

[177] Zum Aufenthalt des AASK in Gaza vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Bericht, o. D., ca. Juli 1965, Bl. 29.

[178] Zur Rolle u. Funktion des AASK vgl. Reichardt, Solidarität, S. 29–36, 92–123.

[179] Vgl. Dannreuther, Soviet Union, S. 27, 30; Timm, Davidstern, S. 274; Golan, Uneasy Alliance, S. 11; dies., Soviet Union and the PLO, S. 1 f.

[180] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 276–282; ders., Außenpolitik, S. 394–396; Jelinek, Deutschland und Israel, S. 404–413, 457, 464; Kilian, Hallstein-Doktrin, S. 13–30, 119–133, 147–150; Das Gupta, Ulbricht am Nil, S. 111–129; Seelbach, Beziehungen, S. 88–113, 122–135; Perthes, Beziehungen, S. 100 f.; llichmann, DDR, S. 204 f.; Timm, Davidstern, S. 171, 184–188; Troche, Ulbricht, S. 39–44; Kielmansegg, Land, S. 200; Kupper, Tätigkeit, S. 15–19, 21–29, 54–57; Weingardt, Nahostpolitik, S. 115–125, 147–154; Blasius, Völkerfreundschaft, S. 747, 753–775; Hansen, Katastrophe, S. 692–748; Buettner, Even-Handedness, S. 127–134. Vgl. auch Deutsche Kernphysiker in Israel, in: FR, 26. 10. 1964, S. 1; Defence Aid to Israel From Germany, in: The Times, 30. 10. 1964, S. 8.

gleichzeitig mit der DDR aufnehmen wollten, Sanktionen bis hin zum Abbruch der diplomatischen Kontakte an. In welch nötigende, politisch ansehensschädigende und handlungshindernde Automatismen dies führen konnte, erlebte die Regierung Ludwig Erhards nun – wie die Forschung bereits ausführlich dargestellt hat – im Frühjahr 1965[181].

Walter Ulbricht wollte diese Situation so gut es ging ausnutzen, und so stellte er, um im Kampf gegen die „Hallstein-Doktrin" einen großen Sieg zu erringen, Israel und die Palästinenser als die beiden zentralen Elemente in den Mittelpunkt seiner Politik[182]. In dem Anfang März 1965 veröffentlichten Kommuniqué des Besuches „bekundete" er im Namen der DDR, dass das SED-Regime den gemäß Resolution 181 gegründeten jüdischen Staat als eine „gegen die Rechte des arabischen Volkes und dessen Kampf für die Befreiung und Fortschritt gerichtete Speerspitze" betrachte, die „der Imperialismus geschaffen" habe[183]. Zugleich machte Ulbricht deutlich, dass die Ost-Berliner Regierung die Palästinenser für ein Volk hielt: „Die DDR […] anerkennt alle Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich seines unveräußerlichen Rechtes auf Selbstbestimmung."[184] Walter Ulbricht revidierte mit diesem Satz wesentliche, seit 1958 vonseiten des MfAA aufgestellte und bis dahin unverändert beibehaltene Grundsätze der ostdeutschen Palästinapolitik. Er hatte zudem nicht nur die Souveränität Israels und die Selbstbestimmung des jüdischen Volkes unerwähnt gelassen, sondern auch einen innerarabischen Konsens infrage gestellt, als er von einem „Volk" der Palästinenser sprach, das Träger des Selbstbestimmungsrechtes sein sollte.

Offenkundig glaubte Ulbricht, dass gerade Ägypten, das sich als Anwalt der Palästinenser verstand und Gründer wie Protegé der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Ahmad Shuqairi war, eine solche Verpflichtungserklärung zugunsten des palästinensischen Volkes honorieren werde[185]. Dabei verkannte er,

[181] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 279–282; ders., Außenpolitik, S. 394–396; Weingardt, Nahostpolitik, S. 106–114, 147–154; Kilian, Hallstein-Doktrin, S. 13–30, 119–150; Das Gupta, Ulbricht am Nil, S. 111–129; Troche, Ulbricht, S. 11–22, 40–44; Seelbach, Beziehungen, S. 88–98, 106–135; Görtemaker, Bundesrepublik Deutschland, S. 409–413; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 283–287; Buettner, Even-Handedness, S. 127–135; Jelinek, Deutschland und Israel, S. 368–371, 404–413, 457–461; Haftendorn, Außenpolitik, S. 138–155; Kupper, Tätigkeit, S. 15–29, 54–57; End, Außenpolitik, S. 35–44; Blasius, Völkerfreundschaft, S. 758–775; Perthes, Beziehungen, S. 100f.

[182] Vgl. Troche, Ulbricht, S. 38–42; Jelinek, Deutschland und Israel, S. 368–371, 457–461; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 286f.; Illichmann, DDR, S. 198–209; Timm, Davidstern, S. 184–191; Robbe, DDR, S. 567–569.

[183] Vgl. Gemeinsame Erklärung, in: Staatsverlag der DDR, Dokumente, Bd. XIII, S. 855; Timm, Davidstern, S. 186.

[184] So die Gemeinsame Erklärung, in: Staatsverlag der DDR, Dokumente, Bd. XIII, S. 855. Vgl. ebs. Timm, Davidstern, S. 186f. Hans-Dietrich Genschers Aussage, „Deutschland" sei 1974 das erste europäische Land gewesen, das öffentlich für ein Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eingetreten sei, indem die Bundesrepublik diesen Ausdruck in einer Rede vor den VN gebrauchte, ist insofern unzutreffend, als es Ulbricht – für den zweiten deutschen Staat – bereits 1965 tat, vgl. Genscher, Erinnerungen, S. 219.

[185] Vgl. Timm, Davidstern, S. 186f.; dies., Middle East Policy, S. 254; Troche, Ulbricht, S. 42–55. Ehemalige DDR-Diplomaten behaupten, Ulbricht sei die antiisraelische Aussage ägyptischerseits „aufgezwungen" worden und dies sei keine „DDR-Formel" gewe-

dass die Forderung nach dem „Selbstbestimmungsrecht des arabischen Volkes von Palästina" nicht die uneingeschränkte Zustimmung unter den arabischen Regierungen hervorrief, sondern provokativ wirkte. Die Frage, wie viel politische Macht *die* palästinensischen Araber in Gestalt *der* PLO besaßen und ob sie einen eigenen, palästinensischen Staat erstreben durften – denn die Selbstbestimmung eines Volkes impliziert zwingend einen territorialen Anspruch –, betraf innenpolitische Belange Jordaniens, Syriens, des Libanon und Ägyptens ganz unmittelbar[186]. Vor diesen Risiken einer antiisraelischen propalästinensischen Politik warnte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten 1958, als es um eine eventuelle Anerkennung des „All Palestine Government" ging. Im März 1965 waren nach Aussagen ehemaliger Diplomaten der DDR weder die scharfe antiisraelische Rhetorik noch das „Bekunden" für die palästinensische Selbstbestimmung, wie sie das ostdeutsch-ägyptische Kommuniqué zum Ausdruck brachte, im Vorfeld mit dem MfAA abgestimmt worden; das Ministerium hätte beides zudem nicht befürwortet[187].

Nichtsdestotrotz war im Frühjahr 1965 den von Walter Ulbricht vorgegebenen neuen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR hatte die seit 1958 nie vonseiten des MfAA definierten „legitimen Rechte" der „palästinensischen Araber" maximal ausgelegt und einem palästinensischen Volk sein Selbstbestimmungsrecht und damit ein Recht auf einen eigenen Staat zugesprochen. Man konnte nicht mehr hinter diese offizielle Deklaration zurück, auch wenn das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten sowie die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen es vor der Ägyptenreise Ulbrichts nicht für erforderlich gehalten hatten, das Selbstbestimmungsrecht eines palästinensischen Volkes anzuerkennen.

Aber mehr noch: Ulbrichts Formel musste Ahmad Shuqairi direkt ansprechen, denn die PLO kämpfte für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes[188]. Ost-Berlin war daher im Nachgang der Erklärung von Kairo mit der Frage konfrontiert, welche Konsequenzen das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes für die PLO-Politik der DDR besaß. Shuqairi ging offensichtlich davon aus, dass Ulbricht eine engere Beziehung mit seiner Organisation eingehen wollte. Das lässt sich zumindest den Berichten der MfAA-Vertretungen in Ägypten und Algerien über ihre Kontakte mit PLO-Funktionären im Mai 1965 entnehmen[189]. In Reaktion auf diese Gespräche legte noch der kurz darauf als

sen. Das MfAA bezeichnete Israel allerdings in internen Dokumenten bereits 1962 als ein „Werkzeug, mit dessen Hilfe die imperialistischen Mächte versuchen, die Spannungen im Nahen und Mittleren Osten aufrechtzuerhalten", so PA-AA, Bestand MfAA, A 12.608, Konzeption, 25. 01. 1962, Bl. 24. Vgl. auch PA-AA, Bestand MfAA, ZR 5881/90, Bericht, 03. 02. 1966; Robbe, DDR, S. 567–569; Winter, Bemerkungen, S. 156f.

186 Vgl. Shemesh, Entity, S. 37; ders., Founding, S. 121–135; Ma'oz/Sela, PLO, S. 99–101. Zum Selbstbestimmungsrecht vgl. Ipsen, Völkerrecht, S. 316–377; Klein, Selbstbestimmungsrecht, S. 43.

187 Vgl. Robbe, DDR, S. 565–567; Timm, Davidstern, S. 186–188.

188 Vgl. The Palestine National Covenant, 1964, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 139–144.

189 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben der 3. AEA an das MfAA, 10. 05. 1965, Bl. 31.

Minister für Auswärtige Angelegenheiten ausscheidende Lothar Bolz fest, dass es fortan diesen Auslandsvertretungen gestattet sein sollte, Persönlichkeiten der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu treffen[190]. Offen blieb zunächst allerdings nach wie vor, auf welche Weise die materielle Unterstützung der PLO erfolgen sollte: Entweder man belieferte sie direkt oder nahm den Umweg über die Liga der arabischen Staaten. Die DDR entschied sich in dieser frühen Phase für Letzteres[191]. Das MfAA hatte alle „materiellen Wünsche" Shuqairis an den Sekretär für Sicherheit des ZK der SED zu übermitteln, der zum damaligen Zeitpunkt Erich Honecker hieß[192].

Nach Ulbrichts Erklärung vom März 1965 war die DDR jedoch nicht bereit, die praktische Politik so zu betreiben, wie es die verbalen Verpflichtungen des Staatsratsvorsitzenden suggerierten. Obwohl Walter Ulbricht in Kairo eine weitreichende Aussage getroffen hatte und sich die Intensität der ostdeutschen PLO- und Palästinapolitik danach qualitativ veränderte, ist für die ersten Jahre nach 1965 zu konstatieren, dass die DDR mit ihrer Politik nicht verbindlich für das von der ostdeutschen Regierung formal anerkannte Recht auf Selbstbestimmung einstand, die PLO nicht entschieden unterstützte und zudem versuchte, in der Palästinafrage zurück in die politischen Bahnen der sozialistischen Gemeinschaft zu gelangen, die Ulbricht verlassen hatte. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten vertrat ab 1965 keine offensive, unter Umständen sogar von den sozialistischen Staaten abweichende und demonstrativ propalästinensische Position. Vielmehr bemühte es sich, die politischen Verpflichtungen, die sich aus dem Kommuniqué Ulbrichts ergeben konnten, zu begrenzen. Nach der Stellungnahme Ulbrichts Anfang März 1965 tat sich das MfAA schwer, eine international akzeptable und somit den Interessen des SED-Regimes um Glaubwürdigkeit und Renommee dienliche PLO- und Palästinapolitik zu entwerfen. Polkehn und Mouna umschreiben diese Haltung mit „zögerlich" oder „höflich-reserviert"[193].

Ab dem Frühjahr 1965 wurden die Palästinenser weder substanzieller unterstützt noch intensivierte die DDR die inoffiziellen Kontakte mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation – offizielle Beziehungen waren ohnehin nicht vorgesehen. Ulbricht erlaubte auch keine PLO-Vertretung in Ost-Berlin, genauso wenig wie er Shuqairi oder einen anderen palästinensischen Funktionär empfing[194]. Auch die ersten Solidaritätslieferungen der DDR Mitte der 1960er Jahre zugunsten der Palästinenser beschränkten sich vorerst auf insgesamt drei gebrauchte Autos und mehrere Hundert Decken und Schuhe[195]. Laut amtlichen

[190] Vgl. ebd. Eine gegenteilige Darstellung bei Timm, Davidstern, S. 270. Nachfolger von Lothar Bolz wurde im Juni 1965 Otto Winzer, vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 44.

[191] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Bericht des MfAA für das AASK, o. D., ca. Oktober 1968, Bl. 300; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben der 3. AEA an das MfAA, 10. 05. 1965, Bl. 31.

[192] Vgl. ebd. Vgl. ebs. Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 319.

[193] Vgl. Polkehn, DDR, S. 33; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 102.

[194] Vgl. ebd.; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 307; Polkehn, DDR, S. 33.

[195] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Bericht, o. D., ca. Juli 1965, Bl. 28; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des DRK an das MfAA, 10. 02. 1966, Bl. 92 f.

Statistiken nahm der SED-Staat 1966 zum ersten Mal zwei Palästinenser als Studenten auf[196].

Die Akten des MfAA zeigen, dass sich Ost-Berlin im Nachgang der Ulbricht-Formel frühzeitig der Linie des Kreml in Bezug auf die Palästinenser vergewisserte und keine Schritte unternehmen wollte, die den Eindruck entstehen lassen konnten, die DDR entscheide anders als die sozialistischen Staaten oder die Sowjetunion. So erkundigte sich beispielsweise das MfAA im August 1965 in Moskau, wie es auf die Bitte der PLO, in der DDR ein Büro eröffnen zu dürfen, reagieren solle[197]. Selbst die Diplomaten in Kairo rieten im Sommer 1966 von einer Anerkennung der PLO ab und sprachen sich dagegen aus, die Palästinahilfe des AASK und anderer „gesellschaftlicher Organisationen" der DDR auf ein signifikantes Niveau anzuheben[198]. Gefragt war nach Meinung der MfAA-Vertretung in Ägypten zudem eine mit den sozialistischen Staaten sowie dem Kreml abgestimmte, einheitliche Politik und kein ambitioniertes Engagement der DDR[199]. Diese Stellungnahmen widersprechen der These Angelika Timms, wonach das SED-Regime seit 1963 eine dezidiert propalästinensische Überzeugung vertreten und auch eine vermeintliche Vorreiterrolle innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft eingenommen haben soll[200].

Auch im Wissen um die innerarabischen Kontroversen und eine mögliche internationale Diskreditierung sei man in Ost-Berlin – so Timm – ab 1965 bei der propalästinensischen Haltung geblieben, „die offensichtlich nicht nur interessenbedingt war, sondern der auch ein gewisses politisches Sendungsbewusstsein zugrunde lag. Da die Palästinafrage international als Schlüssel zur Lösung des Nahostkonfliktes galt, war zudem nicht auszuschließen, dass eine Unterstützung der PLO die Chance in sich barg, auf das Geschehen in der Region politisch Einfluss zu nehmen."[201] Timm schlussfolgert dies, obwohl sie sich auf den MfAA-Bericht aus Kairo vom 23. August 1966 beruft, in dem es ausdrücklich heißt, die ostdeutsch-palästinensischen Beziehungen seien so zu gestalten, dass ausgeschlossen werden könne, dass „die DDR politisch in die Lösung der Palästinafrage einbe-

196 Vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, B 1544/3d, Übersicht der Sondermaßnahmen, o. D. Gemäß Statistiken des Herder-Instituts Leipzig, das die Vorbereitungskurse in Deutsch für ausländische Studierende in der DDR anbot, unterrichtete man zwischen 1958 und 1964 insgesamt neun Personen, zu denen man als Geburtsort „Palästina" vermerkte. Der genannten erstmaligen Aufnahme von Palästinensern 1966 widerspricht dies insofern nicht, als durch Zusätze wie „Palästina/Jordanien" o. „Palästina/Syrien" deutlich gemacht wurde, dass man diese ersten Studenten nicht dezidiert als Palästinenser ansah. Folglich war deren Ausbildung Teil der Jordanien u. Syrien gewährten Unterstützung u. wurde seitens ostdeutscher Offizieller nicht als originär propalästinensische Solidarität verstanden, vgl. UAL, Studentenkartei des Herder-Instituts.

197 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 24. 08. 1965, Bl. 36.

198 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.665, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 23. 08. 1966, Bl. 48–52.

199 So ebd., Bl. 47 f.

200 So Timm, Davidstern, S. 269 f.

201 So ebd., S. 271.

zogen" werde[202]. Bereits diese Aussage, die Timm nicht zitiert, steht im Widerspruch zu der von ihr behaupteten Politik Walter Ulbrichts, die angeblich sendungsbewusst versuchte, mithilfe der PLO Einfluss auf den Nahostkonflikt zu nehmen. Auch der weitere Duktus dieser Quelle vom 23. August 1966 macht deutlich, dass die Regierung der DDR nicht gewillt war, eine prononciert propalästinensische Politik zu betreiben und damit die Avantgarde der sozialistischen Gemeinschaft zu bilden. Im Gegenteil: Die Diplomaten des MfAA drangen auf ein konsistentes sozialistisches Vorgehen, ohne eine eventuelle Sonderrolle der DDR.

Hätte Ulbricht eine solche politische Pionierarbeit leisten können, wenn der Kreml die PLO nicht beachtete und auch die Palästinenser nicht aufwerten wollte, wie dies die internationale Forschung darlegt? Die Sowjetunion ignorierte die PLO seit deren Gründung 1964, weil man sie für politisch zu schwach und als extremistisch einschätzte[203]. Außerdem waren Moskau die palästinensischen Kontakte zum innerkommunistischen chinesischen Rivalen suspekt[204]. Ahmad Shuqairi, der seit 1964 amtierende Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, wurde indes von der sowjetischen Seite durchaus geschätzt. Ein Vermerk der ostdeutschen Vertretung in Kairo hielt schon Ende September 1963 fest, Shuqairi sei dem Kreml aufgrund seiner Tätigkeit für Saudi-Arabien bei den Vereinten Nationen seit Jahren bekannt und habe bereits 1962 mit Nikita Chruschtschow sprechen können: „El Choukeiri [Ahmad Shuqairi] befand sich 1962 in der Sowjetunion und hatte eine fünfstündige Aussprache mit Chruschtschow. Von Vertretern der sowjetischen Botschaft in Kairo wird er als eine ernst zu nehmende, sehr klar denkende Persönlichkeit geschildert."[205]

Dass Walter Ulbrichts Vorstoß für die palästinensische Selbstbestimmung 1965 nicht nur in den arabischen Hauptstädten verhallte, sondern auch von Moskau sowie den übrigen sozialistischen Ländern nicht aufgegriffen wurde, spricht dafür, dass die Sowjetunion die PLO nicht offensiv unterstützen wollte. Es muss folglich auch als Indiz gewertet werden, dass Walter Ulbricht im März 1965 aus nationalem Interesse weiter gegangen war, als es der Kreml befürwortete oder willkommen hieß. Dass Ulbricht seine Forderung nach palästinensischer Selbstbestimmung vorab mit der Sowjetunion abstimmte, ist unwahrscheinlich. Zudem

[202] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.665, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 23. 08. 1966, Bl. 51. Vgl. auch Timm, Davidstern, S. 271.

[203] Vgl. Golan, Soviet Union and the PLO, S. 1; dies., Moscow and the PLO, S. 121; dies., Uneasy Alliance, S. 6–8, 26–30; Dannreuther, Soviet Union, S. 30–33; Timm, Davidstern, S. 269.

[204] Vgl. Selim, Nonstate Actor, S. 293 f.; Harris, PLO, S. 123–139, 147 f.; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 307 f.; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 222; Golan, Uneasy Alliance, S. 6; dies., Soviet Union and the PLO, S. 1; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 168. Im März 1965 eröffnete in China eines der ersten PLO-Büros außerhalb des Nahen Ostens. Ein Jahr zuvor hatte die Führung in Peking den Fatah-Vorsitzenden Arafat erstmals offiziell empfangen, vgl. Sayigh, Palestinians, S. 128; Kapeliouk, Arafat, S. 59; Hart, Arafat, S. 157; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 165; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Bericht der Botschaft Peking an das AA, 27. 12. 1976.

[205] So PA-AA, Bestand MfAA, A 13.820, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 24. 09. 1963, Bl. 88 f.

hätte auch aus Sicht des Kreml die international diplomatisch nicht anerkannte DDR nur eine geringe Chance besessen, sich erfolgreich als „Vorreiterin" sowjetisch-sozialistischer Politik zu bewähren[206].

Nicht stichhaltig ist zudem das Argument, Ost-Berlin habe in den ersten Jahren nach Gründung der PLO aus Protest gegen deren extremistische antiisraelische Haltung lediglich gegenüber Shuqairis Organisation eine „ambivalente" Politik verfolgt; die legitimen Interessen der Palästinenser seien von der DDR hingegen nach 1965 immer engagierter unterstützt worden[207]. Diese These ist deshalb nicht überzeugend, weil Walter Ulbricht bis zum Zeitpunkt seiner Erklärung Anfang März 1965 – als die PLO schon annähernd ein Jahr existierte – keine fundierte Solidaritätshilfe für die Palästinenser und palästinensischen Flüchtlinge bewilligt hatte. Ulbricht hätte die Palästinenser aber unterstützen können, ohne in Verruf zu geraten, mit der PLO zu kollaborieren und sich die Ziele ihrer Charta zu eigen zu machen. Die UNRWA wäre ein geeigneter Adressat gewesen. Die DDR entschied sich jedoch gegen das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen und wollte stattdessen das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes stärken, indem sie die (wenigen) Mittel über die Liga der arabischen Staaten an die PLO lieferte. Die Umgehung der VN war ein bewusster politischer Schritt, denn die Palästinensische Befreiungsorganisation beziehungsweise die Liga der arabischen Staaten verteilte die Flüchtlingsunterstützung nach anderen Kriterien als die Vereinten Nationen. Die VN bei der praktischen materiellen Unterstützung der Palästinenser außen vor zu lassen, widersprach der prinzipiellen Haltung zur Konfliktlösung im Nahen Osten, in deren Mittelpunkt angeblich die Vereinten Nationen und ihre Beschlüsse standen.

Im Gegensatz zur PLO hielt das SED-Regime in den 1960er Jahren mit dem African National Congress (ANC), der South West Africa People's Organization (SWAPO) und der South West Africa National Union politische Beratungen in der DDR ab, zahlte den Gästen Flug- und Übernachtungskosten und ließ es zu, dass der Kampf des ANC auf Pressekonferenzen öffentlich in Ost-Berlin thematisiert wurde[208]. Außerdem erhielt der ANC bis 1966 über 750 000 Mark an Solidaritätshilfe und allein im Jahr 1962 fünf Studienplätze[209]. Der Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde übergab man in den Jahren zwischen 1960 und 1965 Solidaritätsgüter im Wert von rund 300 000 Mark[210]. Die PLO- bezie-

[206] Zu dem unter außenpolitischen Gesichtspunkten zu wertenden Verhältnis zwischen Ost-Berlin u. Moskau in den 1960er Jahren vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 211–233.

[207] Vgl. Timm, Davidstern, S. 269–271; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 102, 105; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 307; Polkehn, DDR, S. 32–35.

[208] Vgl. ADN: Patrioten Südafrikas danken DDR, in: ND, 07. 12. 1963, S. 5; Afrika durch Militärkomplott bedroht, in: ND, 16. 09. 1964, S. 1; Carla Wurdak: Weltjugend Sitz über Faschistenregime Südafrikas zu Gericht, in: ND, 24. 09. 1964, S. 7; BArch, DZ 8/33, Übernachtungs- und Flugkosten des ANC 1963; BArch, DZ 8/167, Vermerk, 26. 05. 1975. Vgl. auch Troche, Ulbricht, S. 30f.; Schleicher, SWAPO, S. 118.

[209] Vgl. BArch, DZ 8/165, Vermerk, 07. 09. 1966; BArch, DZ 8/165, Schreiben des ANC an das AASK, 25. 11. 1962.

[210] Vgl. BArch, DZ 8/164, Solidarität mit der PAIGC, o. D.

hungsweise Palästinahilfe fiel in dieser Zeit finanziell signifikant geringer aus und weder Shuqairi noch seine Mitarbeiter waren ähnlich stark in der DDR präsent wie die Vertreter der anderen Befreiungsorganisationen[211]. Die Ursachen, die erklären helfen, weshalb der SED-Staat mit dem ANC oder auch der SWAPO zur selben Zeit unbefangener als mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation umging, hatten mit Israel, dem palästinensischen Kampf gegen den Zionismus oder der Moskauer Politik nichts zu tun. Relevant für die Entscheidung der DDR, bis 1967 hinter den Möglichkeiten der solidarischen Unterstützung der Palästinenser zurück zu bleiben und nur begrenzte, inoffizielle Beziehungen mit Ahmad Shuqairi aufzubauen, waren vielmehr zwei Besonderheiten der Befreiungsorganisation der Palästinenser: ihr fehlendes marxistisch-leninistisches, klassenmäßiges Bewusstsein und Fragen der Religiosität.

Für den Marxismus-Leninismus galt die nationale Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als Teil des weltrevolutionären Prozesses hin zum klassenlosen kommunistischen Endzustand der Gesellschaft[212]. Die „nationale Befreiungsbewegung" gehörte, neben dem „sozialistischen Weltsystem" und der „revolutionären Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern", zu den drei „revolutionären Hauptströmungen", die den Sieg über den Kapitalismus herbeiführen konnten: „Diese Haltung basierte auf den Lehren der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus. Karl Marx und Friedrich Engels widmeten dem Befreiungskampf der Völker in den kolonialen und halbkolonialen Ländern große Aufmerksamkeit. Sie enthüllten das Wesen der nationalen und kolonialen Frage und wiesen die gesetzmäßig begründete Interessen- und Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse in den sogenannten Mutterländern und der unterjochten Völker in den Kolonien nach."[213]

Unter Lenin wurde der sich vollziehende Entkolonialisierungsprozess nach dem Ersten Weltkrieg weiter in die ideologische Weltsicht des Kommunismus inkorporiert, die als Leitlinie vorgab, dass die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht allein durch den Kampf des Proletariats und der werktätigen Massen gegen die Bourgeoisie in den europäischen Nationen stattfinden konnte, sondern eine „Kampfgemeinschaft" mit den um Unabhängigkeit strebenden „nationalen Befreiungsbewegungen der unentwickelten, rückständigen und unterdrückten Nationen" entstehen musste[214]. In diesem Sinne galt die Unterstützung nationaler Befreiungsorganisationen als eine revolutionäre Pflicht und erhielt den Rang eines politisch-ideologischen Gebotes[215].

[211] Zu den ersten Solidaritätsleistungen der DDR vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Bericht, o. D., ca. Juli 1965, Bl. 28; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des DRK an das MfAA, 10. 02. 1966, Bl. 92 f.

[212] Vgl. Langer, Lenin, S. 37 f.; Bachmann, UdSSR, S. 30; Lamm/Kupper, DDR, S. 28–36; Troche, Ulbricht, S. 25–27; Schleicher, SWAPO, S. 116; Winzer, Außenpolitik, S. 34 f.

[213] So Langer, Lenin, S. 37. Vgl. auch Lenin, Bericht, S. 228–232; ders., Thesen, S. 132–138; Liberal-Demokratische Partei, Befreiungsbewegungen, S. 5; Schleicher, SWAPO, S. 116.

[214] Vgl. Lenin, Karikatur, S. 25, 53; ders., Taktik der KPR, S. 505. Vgl. ebs. Bachmann, UdSSR, S. 27–35; Lamm/Kupper, DDR, S. 28 f.

[215] Seit 1968 wurde dieses Gebot in jeder DDR-Verfassung hervorgehoben, vgl. Troche, Ulbricht, S. 26; Lamm/Kupper, DDR, S. 28–38. Vgl. auch Brunner, DDR „transnational", S. 64–80.

In einem Aufsatz wurde in der außenpolitischen Fachzeitschrift der DDR 1980 der Zusammenhang zwischen Leninismus und nationalen Befreiungsbewegungen besprochen[216]. Die dort vertretene These, Lenin habe eine Massenbewegung gegen nationale Unterdrückung und Kolonialismus per se als eine „national-revolutionäre Befreiungsbewegung" definiert, ist insofern falsch, als Lenin keine Automatismen aufzeigte[217]. Er erklärte es vielmehr zur Aufgabe der proletarischen Partei, die Befreiungsbewegungen zu ihrem revolutionären Zweck hinzuführen. Dabei stand für Lenin fest, dass jede dieser „Bewegungen" in ihrem Kern „bürgerlich-demokratisch" war[218]. Sie wurde erst dann zu einer „revolutionären" Kraft, wenn sie sich einer Umerziehung durch die proletarische Partei unterzog[219]. Falls eine solche Umerziehung verweigert wurde, „entlarvte" sich die nationale Befreiungsbewegung als reformistisch-bourgeois. Das Tätigwerden einer proletarischen Partei wiederum setzte allerdings voraus, dass sich die Befreiungsbewegung – im Bewusstsein ihrer praktischen Begrenztheit wie vorbestimmten Aufgabe – bereitfand, diesen Entwicklungsprozess zu vollziehen.

Die Palästinensische Befreiungsorganisation verweigerte sich der von Lenin proklamierten ideologisch-gesetzmäßigen Aufgabe. Im Gegensatz beispielsweise zur SWAPO verbot die PLO-Charta jede Umerziehung und Einflussnahme während des Kampfes und verpflichtete sich auf keine politische Ideologie, auch nicht auf eine Aussage zum politischen System nach der „Befreiung": „Doctrines whether political, social or economic, shall not distract the people of Palestine from primary duty of liberating their homeland. All Palestinians constitute a national front and work with all their feelings and spiritual and material potentialities to free their homeland. […] Palestinians have three mottos: National Unity, National Mobilization, and Liberation. Once liberation is completed, the people of Palestine will choose for its public life whatever political, economic or social system they want."[220]

Hinzu kam die klassenmäßige Zusammensetzung der PLO. Wie Lenin erklärte, war eine revolutionär-proletarische Befreiungsbewegung von Beginn an nicht zu erwarten. Die Träger dieser Bewegung, die Lenin lediglich als „Vertreter" bezeichnete, charakterisierte er nur insoweit, als er deren Bereitschaft einer proletarischen Umerziehung zum Kriterium ihrer Fortschrittlichkeit machte. Allein die Bourgeoisie, so Lenin, war die Klasse, die eine revolutionäre Entwicklung in keiner Weise erlauben würde[221].

Als das Afro-Asiatische Solidaritätskomitee der DDR 1965 zum zweiten Mal den Gazastreifen besuchte, lautete das Fazit, dass der „enorme Kontrast" zwischen

[216] Vgl. Langer, Lenin, S. 37–48.
[217] Vgl. ebd., S. 39.
[218] Vgl. Lenin, Bericht, S. 229f.
[219] Vgl. ebd. Vgl. auch Liberal-Demokratische Partei, Befreiungsbewegungen, S. 20f.; Golan, Uneasy Alliance, S. 16.
[220] So Art. 9 u. 10 der PLO-Charta von 1964, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 141. Vgl. auch Frisch, Palestinian Military, S. 5f. Vgl. im Gegensatz dazu die sozialistisch-kommunistischen Festlegungen der SWAPO: Ansprenger, SWAPO, S. 180–203.
[221] Vgl. Lenin, Bericht, S. 229f. Vgl. auch Liberal-Demokratische Partei, Befreiungsbewegungen, S. 16f.

dem „Elend in den Flüchtlingslagern und dem Wohlstand des Bürgertums“ unverändert groß sei[222]. Und weiter schrieb das AASK: „Farouk Hussaini ist als führendes Mitglied der PLO gleichzeitig der juristische Berater des Generalgouverneurs und besitzt zusammen mit seinem Bruder eine Plantage von über 50 Hektar mit 6000 Citrusbäumen. Er beschäftigt 15 Landarbeiter. Das ist für die dortigen Verhältnisse ein Großgrundbesitzer.“[223] Sowohl der Einfluss des Bürgertums als auch der der Großgrundbesitzer war für eine junge Befreiungsbewegung weder ungewöhnlich noch hinderlich – solange genügend Potenzial im „demokratischen Kleinbürgertum“ vorhanden war, das sich „aktivieren“ ließ, um die „tiefgreifenden Reformen“ einzuleiten und eine „immer konsequentere antiimperialistische Position“ der Befreiungsbewegung zu festigen, denn die Bourgeoisie und das Großbürgertum widersetzten sich jedweden antikapitalistischen Maßnahmen[224].

Die PLO entsprach jedoch nicht den Grundsätzen, die Lenin für Befreiungsbewegungen aufgestellt hatte. Die Forschung konstatiert zur sozialen Zusammensetzung der PLO: „During the first five years of its existence, the PLO was dominated by traditional Palestinian elements, especially local notables, businessmen, bankers and mayors.“[225] Bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation waren die „kleinbürgerlichen Potenziale“ gering und zudem wurden die „bürgerlich-bourgeoisen“ Repräsentanten von außen beeinflusst. Die Palästinenser hatten ihre Befreiungsorganisation nicht selbst aufgebaut, sondern mithilfe der arabischen Staaten erhalten, deren gesellschaftlich-politisches System – im Duktus der DDR – „vollkommen reaktionär pro-imperialistisch“ beziehungsweise sogar „mittelalterlich-feudalistisch“ war[226]. In keinem der arabischen Länder dominierte eine proletarische Partei oder die Arbeiterklasse und auch das Kleinbürgertum war schwach[227]. Der ANC galt hingegen als „fortschrittlich“. Ihn beherrschten andere klassenmäßige Kräfte, auf seine Gremien nahmen nicht 13 Staaten Einfluss, zu denen auch und maßgeblich Länder wie die Golfemirate oder Saudi-Arabien gehörten, die den Kommunismus kategorisch ablehnten, weil er atheistisch war. Im Gegensatz zur PLO war der ANC als nationale Befreiungsorganisation unter ideologischen Gesichtspunkten aus Perspektive der SED vorbildhaft[228].

[222] So PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Bericht, o. D., ca. Juli 1965, Bl. 29.
[223] So ebd.
[224] Vgl. Liberal-Demokratische Partei, Befreiungsbewegungen, S. 17f.
[225] So Selim, Nonstate Actor, S. 262, 267.
[226] Bereits die „Richtlinien für die Auslandspropaganda im arabischen Programm“ von „Radio Berlin International“ hoben im Oktober 1962 hervor: „Es gilt, die nationalen Besonderheiten des Sendegebietes zu studieren, die entsprechend der Vielzahl der arabischen Länder sehr vielschichtig sind; sie reichen von unabhängigen Nationalstaaten mit einem antiimperialistischen Charakter (Algerien) über abhängige Staaten mit einem vollkommen reaktionären und pro-imperialistischen Regime (Jordanien) bis zum Typ des vom Imperialismus ausgehaltenen mittelalterlichen Feudalstaates (Saudiarabien)“, so DRA, Karton: „Arabische Redaktion; frühe Unterlagen; Übergeben von Heinz Odermann“, Entwurf der Richtlinien für die Auslandspropaganda im arabischen Programm, 15. 10. 1962.
[227] Vgl. Laqueur, Soviet Union, S. 297–318.
[228] Zum ANC vgl. Solidaritätskomitee, African National Congress, S. 5–9; Ansprenger, African National Congress, S. 7–65. Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 102,

Für das Ost-Berliner Regime kam zu diesen sozial-strukturellen Fragen bei der PLO eine quasi spirituelle Herausforderung hinzu, denn für den Marxismus-Leninismus war die nationale Befreiungsbewegung prinzipiell areligiös[229]. Nassir hingegen wusste, dass er in einer muslimisch-arabischen Gesellschaft keine säkular-atheistische Befreiungsorganisation gründen konnte. Daher verfolgte die PLO zwar weltliche Ziele, blieb aber islamisch geprägt. Ihr Gründungsaufruf begann mit den Worten: „In the name of God, the Magnificent, the Compassionate, believing in the right of the Palestinian Arab people […] depending upon God the Almighty and in the name of the First Arab Palestine Congress held in the city of Jerusalem this day on the 16th of Muharram of the year 1384."[230] Nicht allein die Angabe gemäß islamischem Kalender oder die Proklamation der PLO im ersten Monat des islamischen Jahres war symbolisch, sondern auch, dass die Charta dieser neuen Organisation in der drittheiligsten Stadt der Muslime verabschiedet worden war[231]. Auch jenes Grundsatzdokument hob eingangs einen Gottesbezug hervor: „In the name of the Almighty, the Magnificent, the most Merciful."[232] Weiter hieß es, alle Palästinenser hätten „with all their feelings and spiritual […] potentialities" für die Befreiung Palästinas zu arbeiten[233]. Zudem gelte es „to move forward on the path of holy war until complete and final victory has been attained"[234]. Gemäß Artikel 10 sollten lediglich keine säkularen Ideologien das Volk von Palästina von seinem vorbestimmten Weg der Befreiung der Heimat abbringen; religiös-islamische Anschauungen wurden ausdrücklich gebilligt[235]. Zu einem Zeitpunkt, als im Nahen Osten noch immer die Muslimbruderschaft existierte, zielte die Gründung der PLO zudem darauf ab, den Einfluss der Islamisten auf die Palästinenser zu schwächen. Auch deshalb negierte Nassir die islamische Komponente bei Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation nicht. Als Vertreterin der politischen Interessen der Palästinenser artikulierte die PLO die der Mehrheit der Bevölkerung vertrauten islamischen Überzeugungen; in diesem Sinne war die Fatah – neben der PLO – eine zusätzliche Konkurrentin der Bruderschaft[236].

Nachdem die ostdeutsche Vertretung in Kairo die Übersetzung der PLO-Charta nach Ost-Berlin weitergereicht hatte, strich das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten mehrere Passagen des Textes an[237]. Am deutlichsten wurden nicht diejenigen hervorgehoben, die den „rassistischen, expansionistischen, ag-

erklärt die Zurückhaltung der DDR gegenüber der PLO in den ersten Jahren nach 1964 ausschließlich mit ideologischen Motiven.

229 Vgl. Lenin, Bericht, S. 228–232; ders., Thesen, S. 132–138; Langer, Lenin, S. 37–48.

230 So Statement of Proclamation of the Organisation, Mai 1964, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 138. Vgl. auch Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 79 f.

231 Zur Bedeutung Jerusalems vgl. Tessler, Conflict, S. 316 f.; Nowar, Jordanian-Israeli War, S. 91.

232 So Palestine National Covenant, 1964, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 139.

233 So Art. 9 der PLO-Charta von 1964, in: ebd., S. 141.

234 So Palestine National Covenant, 1964, in: ebd., S. 139.

235 Vgl. Art. 10 der PLO-Charta von 1964, in: ebd., S. 141.

236 Vgl. Boulby, Kings of Jordan, S. 90–93; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 122 f.

237 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Nationalcharta für Palästina, o. D., Bl. 14–21.

gressiven und faschistischen" Zionismus verurteilten, die „Illegalität" Israels behaupteten oder die verpflichtende Bekämpfung seiner Existenz festschrieben, sondern besonders markant herausgestellt wurde Artikel 15[238]. Dieser lautete: „The liberation of Palestine, from a spiritual viewpoint, prepares for the Holy Land an atmosphere of tranquillity and peace, in which all the Holy Places will be safeguarded, and the free worship and visit to all will be guaranteed, […]. For all this the Palestinian people look forward to the support of all the spiritual forces in the world."[239] Derartige religiöse Bekenntnisse hielt keine der anderen Befreiungsorganisationen, mit der die DDR zum damaligen Zeitpunkt zu tun hatte, in ihren Grundsatzdokumenten fest[240].

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund jener Besonderheiten der PLO konzentrierte sich die DDR im Kampf um die eigene Anerkennung im Nahen Osten ab Mitte der 1960er Jahre auf eine scharfe antiisraelische und antizionistische Propaganda, Wirtschaftshilfen für die bestehenden arabischen Staaten und vermied es, unmissverständlich gegenüber Ägypten, Syrien und Jordanien zu fordern, nunmehr endlich das legitime Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung zu achten und die militärische Besetzung von Gebieten des Westjordanlandes und des Gazastreifens zu beenden, damit dort ein palästinensischer Teilstaat im Sinne der Resolution 181 entstehen konnte, der von den Arabern genauso wie von den Israelis zu respektieren sei. Die antizionistische Nahostpolitik der DDR war zwar einseitig proarabisch, nicht allerdings propalästinensisch im Sinne, dass der SED-Staat in den 1960er Jahren bereit gewesen wäre, auf Kosten seiner Beziehungen mit arabischen Staaten nationale palästinensische Rechte einzufordern. Israel und die „herrschenden Kreise" des jüdischen Staates zu stigmatisieren war ein geeignetes Mittel, um die innerarabischen Kontroversen in der Palästinafrage zu überdecken und die anscheinend so eindeutige Schwarz-Weiß-Dichotomie zwischen den israelischen Tätern und den arabischen Opfern im Nahen Osten aufrechtzuerhalten[241].

238 Vgl. ebd., Bl. 17.

239 So Art. 15 der PLO-Charta von 1964, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 142.

240 Ansprenger, African National Congress, Anhang, S. 6, betont, dass im Grundsatzdokument des ANC neben Grundrechten, wie der Meinungs- u. Religionsfreiheit, auch die Freiheit zur Predigt u. das Abhalten des Gottesdienstes garantiert wurden. Vgl. auch Westad, Global Cold War, S. 95f.

241 Vgl. Illichmann, DDR, S. 133–214; Timm, Schuld, S. 140–145; dies., Davidstern, S. 127–146, 171–184, 236–241; Haury, Antisemitismus, S. 25–159, 292–455; ders., Antizionismus, S. 148–166; Wolffsohn, Deutschland-Akte, S. 177–205; Keßler, SED, S. 52–147; Mertens, Antizionismus, S. 139–145; Schwanitz, Israel-Bild, S. 638–653. Vgl. auch Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 278–287.

III. Ost-Berlin und die neue PLO unter Führung Jassir Arafats 1968/69

Der Junikrieg von 1967 veränderte die politische Situation im Nahen Osten grundlegend. Israel verteidigte sich nicht nur erfolgreich gegen die arabischen Armeen, sondern besetzte den Gazastreifen, den Sinai, das Westjordanland, den Golan und Ost-Jerusalem[242]. Für den jüdischen Staat bedeutete dies, dass rund 20 Jahre nach der Unabhängigkeit zum ersten Mal von keinem seiner Nachbarländer mehr eine unmittelbare Gefahr ausging und die israelische Regierung politisch sowie strategisch wichtige Gebiete hielt[243]. Das syrische Golangebirge erlaubt Artilleriebeschuss bis nach Damaskus. Es speist den See Genezareth, sichert folglich die Wasserversorgung des in südliche Richtung weiterfließenden Jordan und die des gesamten nördlichen Teils von Israel sowie des Westjordanlandes bis an das Tote Meer[244]. Die israelische Kontrolle des ägyptischen Sinai nahm Kairo die Option, seine Streitkräfte an der südwestlichen Grenze Israels zu konzentrieren. Außerdem verteidigte die Regierung unter Ministerpräsident Levi Eshkol den israelischen Seezugang über den Hafen von Eilat zum Golf von Aqaba, somit zum Roten Meer und letztlich zum Indischen Ozean[245]. Die ägyptische Blockade der östlich an die Sinaihalbinsel angrenzenden Seestraße von Tiran, der Einfahrt des Hafens von Eilat, galt als eigentlicher Kriegsgrund des Konfliktes 1967[246]. Israel verwaltete nach dem sogenannten Sechstagekrieg auch die ganze Stadt Jerusalem, kontrollierte alle Territorien, auf denen der in Resolution 181 vorgesehene arabische Teilstaat zu gründen gewesen wäre, und verfügte damit über ein Gebiet, das in der Thora als „Land Israel" oder „Erez Israel" beschrieben wird, das gemäß religiös-historischer Tradierung große Bedeutung besitzt[247].

Die bis dahin ungekannte militärische und politische Macht veränderte die israelische Gesellschaft und spaltete sie bereits 1967 in zwei Gruppen. Die eine wollte die Situation als Chance nutzen und aus der Position der Stärke heraus eine Anerkennung des jüdischen Staates durch Verhandlungen um die Rückgabe von Territorien mit den arabischen Nachbarn erreichen. Die andere vertrat die Meinung, es sei notwendig, Israel zu konsolidieren und die Gebiete nicht zu räu-

[242] Vgl. Tessler, Conflict, S. 399–405; Gainsborough, Conflict, S. 126–140; Stein, Diplomacy, S. 50–52; Segev, 1967.

[243] Anders als im Fall des Golan, der vor Juni 1967 zu Syrien gehörte, war die durch Jordanien seit 1950 im Westjordanland ausgeübte Souveränität international nicht anerkannt. Auch die ägyptische Kontrolle des Gazastreifens beruhte auf Besatzungsrecht, vgl. Rostow, Occupations, S. 214 f.; Friedlander, Autonomy, S. 203; Gazit, Fools, S. 18 f.; Gainsborough, Conflict, S. 126–140; Tessler, Conflict, S. 399–405; Benvenisti, Occupation, S. 204 f.

[244] Vgl. Rabil, Embattled Neighbours, S. 169 f., 186; Tessler, Conflict, S. 404 f.

[245] Vgl. Shalom, War Experience, S. 76 f.; Gainsborough, Conflict, S. 136; Tessler, Conflict, S. 399–401; Weingardt, Nahostpolitik, S. 184.

[246] Vgl. Tessler, Conflict, S. 392–394; Gainsborough, Conflict, S. 130; Shalom, War Experience, S. 76 f.; Hahn, Six Day War, S. 18–26; Kretzmer, Occupation of Justice, S. 4 f.; Laqueur, Nahost, S. 105–108.

[247] Vgl. Tessler, Conflict, S. 401 f., 411 f. Zur Bedeutung „Erez Israel" vgl. u. a. ebd., S. 7–16; Krämer, Geschichte Palästinas, S. 16–20.

DOI 10.1515/9783110550108-005

men[248]. Zu Letzteren gehörten diejenigen, die schon 1948 einen Anspruch Israels, in den Grenzen des biblischen „Landes Israel" zu existieren, als legitim betrachtet hatten, unbenommen der internationalen Normen und der Tatsache, dass Israel als demokratischer Rechtsstaat der Juden gegründet worden war und weder die Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948 noch eine ernst zu nehmende politische Partei in Israel bis Juni 1967 einen territorialen Anspruch auf „Erez Israel" erhob[249]. Zehn Tage nach den Kämpfen 1967 schlugen die arabischen Regierungen das Angebot eines vollständigen israelischen Rückzuges aus den neu eroberten Gebieten bei gleichzeitiger Anerkennung des jüdischen Staates aus[250]. De facto und de jure übt Israel seit dem 5. Juni 1967 in den während des Sechstagekrieges eroberten Territorien ein militärisches Besatzungsregime aus, wobei unerheblich war und ist, dass es sich seinerzeit nicht um einen israelischen Aggressions- oder Angriffskrieg handelte und diese fremden Gebiete nicht erobert wurden, um sie zu annektieren[251].

1. Der Junikrieg 1967 und der Aufstieg der Fatah

Die territorialen Verluste und die militärische Überlegenheit Israels führten 1967 aufseiten der arabischen Staaten und der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu einer tiefen Krise der Glaubwürdigkeit ihres Anspruches, den Rechten der Palästinenser Ausdruck zu verleihen und Palästina zurückerobern zu können[252]. Neben den Regierungen in Damaskus, Amman und Kairo sowie Ahmad Shuqairis PLO waren die Palästinenser besonders von den Ergebnissen des Junikrieges betroffen. Zum einen hatte die Zahl der Flüchtlinge weiter zugenommen, zum anderen kontrollierte Israel die entscheidenden Gebiete. Und schließlich stand nun fest, dass die arabischen Staaten Palästina weder verteidigen noch „befreien"

[248] Vgl. Kretzmer, Occupation of Justice, S. 6f.; Tessler, Conflict, S. 468–472; Avineri, Political Ideologies, S. 208; Gazit, Fools, S. 6–9; Segev, 1967, S. 506–536, 650–670; Olmert, Short Cuts, S. 31–35.

[249] Die israelische Unabhängigkeitserklärung erkannte den Teilungsbeschluss der VN vom 29. 11. 1947 an u. erhob keinen Anspruch darauf, das geografische Gebiet „Erez Israels" einzunehmen, vgl. Declaration of the Establishment of the State of Israel, 14. 05. 1948, in: Fraser, Middle East, S. 66–68; Avineri, Political Ideologies, S. 197–200; Tessler, Conflict, S. 284–290; Kretzmer, Occupation of Justice, S. 6f.; Smith, Conflict, S. 221; Olmert, Short Cuts, S. 31–35; Gazit, Fools, S. 7f.

[250] Vgl. ebd., S. xix, 6f.; Rubin, Revolution, S. 13; Tessler, Conflict, S. 409f.; Arab League Summit Conference Resolutions, 01. 09. 1967, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 454f.

[251] In Ost-Jerusalem wurde im Juni 1967 reguläres israelisches Recht eingeführt. Von der Knesset wurde die gesamte Stadt Jerusalem 1980 zur Hauptstadt Israels erklärt, vgl. Kretzmer, Occupation of Justice, S. 1–102, 121–148, 165–198; ders., Belligerent Occupation, S. 209–236; Benvenisti, Occupation, S. 68–106, 204–248; Frowein, Belligerent Occupation, S. 2–16; Gazit, Fools, S. 8–24; Dinstein, Legal Status, S. 37–49; Rostow, Occupations, S. 220; Segev, 1967, S. 549–563.

[252] Vgl. Jamal, Palestinian National Movement, S. 14f.; Khalidi, 1967 War, S. 264–274; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 55; Tessler, Conflict, S. 399–405; Quandt, Nationalism, S. 52.

konnten. Diese Niederlage von 1967 diskreditierte Syrien, Ägypten, Jordanien und die PLO[253]. Deren Schwäche war allerdings für die Fatah von Vorteil. Während nach 1967 die Konzepte der arabischen Staaten zur „Befreiung" Palästinas delegitimiert wurden, entwickelte das der Fatah durch den Ausgang des Junikrieges eine neue Dynamik; Arafats Gruppe generierte ihre Glaubwürdigkeit aus der Niederlage der Araber[254].

Die Fatah war 1967 noch kein Mitglied der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Sie hatte seit deren Gründung einen Beitritt verweigert, weil man Shuqairi als einen vom Willen arabischer Regierungen abhängigen Vorsitzenden betrachtete. Außerdem bekannte sich die palästinensische Nationalcharta von 1964 nicht ausdrücklich zum gewaltsamen Kampf, den die Fatah ausschließlich anwenden wollte, um Palästina zu „befreien". Daher entschied sich Arafats Fatah gegen die PLO und ging separat und offensiv, seit 1965 auch terroristisch, gegen Israel vor[255]. Es gab keine Absprachen, wie von Mahmud Abbas behauptet; die Fatah war nicht der militärische Arm der PLO[256]. Das Gegenteil trifft zu. Arafat wurde ab 1964 maßgeblich von Damaskus unterstützt. Diese Hilfe für die Fatah umfasste neben der Ausbildung und Ausrüstung ihrer Angehörigen auch die Eröffnung eines der ersten Büros in einer arabischen Hauptstadt Ende 1965[257]. Insbesondere unter der nach 1966 gefestigten Herrschaft der syrischen Baath-Partei, die bereits drei Jahre zuvor an die Macht gelangt war, versuchte Syrien, mit der Fatah auf die palästinensischen Pläne Ägyptens Einfluss zu nehmen[258]. Außerdem sollten die Fatah-Angriffe auf Israel, die Syrien nur von jordanischem Territorium aus duldete, Gegenmaßnahmen der

253 Vgl. Tessler, Conflict, S. 399–425; Jabber, Palestinian Resistance, S. 180–185; Pearlman, Palestinian National Movement, S. 137–140; Jamal, Palestinian National Movement, S. 14f., 20–27; Kerr, Arab Cold War, S. 135; Habache, Révolutionnaires, S. 67–69; Shemesh, Entity, S. 90.

254 Vgl. Tessler, Conflict, S. 424–427; Jabber, Palestinian Resistance, S. 173–180; Kurz, Fatah, S. 44–47; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 53f.; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 76f.; Karmon, Coalitions, S. 252–254; Weingardt, Nahostpolitik, S. 186f.; Sayigh, Struggle, S. 147f., 155; Quandt, Nationalism, S. 52–56.

255 Vgl. Kurz, Fatah, S. 31–39; Kerr, Arab Cold War, S. 134; Kapeliouk, Arafat, S. 73–79; Jabber, Palestinian Resistance, S. 160–173; Sayigh, Struggle, S. 100f., 120f.; Shemesh, Entity, S. 55, 80, 94. Vertreter der Fatah hatten auch weder am vorbereitenden Gipfel der Ersten Konferenz der arabischen Könige u. Staatsoberhäupter noch am späteren Gründungskongress der PLO teilgenommen. Lediglich Khalil al Wazir wurde im Mai 1964 als Beobachter nach Ost-Jerusalem entsandt, vgl. Primakov, Arabs, S. 224f.

256 Vgl. Abbas, Channels, S. 11.

257 Vgl. Kapeliouk, Arafat, S. 67f.; Olson, Ba'th, S. 111f.; Hinnebusch, Syria, S. 57; Hart, Arafat, S. 169f.; Jabber, Palestinian Resistance, S. 160; Smith, Conflict, S. 272f.; Pearlman, Palestinian National Movement, S. 129–132; Primakov, Arabs, S. 224f.; Shemesh, Entity, S. 65, 112f.; Kurz, Fatah, S. 33–42; Weinberger, Intervention, S. 118f.; Sayigh, Struggle, S. 103–107, 126f.; Dawn, Foreign Policy of Syria, S. 168; Rubin/Rubin, Arafat, S. 32f.; Ma'oz/Yaniv, On a Short Leash, S. 191; Rubin, Revolution, S. 10; Bröning, Parties, S. 58.

258 Vgl. Primakov, Arabs, S. 225; Becker, PLO, S. 41; Hart, Arafat, S. 197–200; Tessler, Conflict, S. 376; Smith, Conflict, S. 271; Pearlman, Palestinian National Movement, S. 129–133; Jabber, Palestinian Resistance, S. 160; Rubin/Rubin, Arafat, S. 32; Khalidi, 1967 War, S. 275f.; Rubin, Revolution, S. 11; Sayigh, Struggle, S. 103f.

israelischen Armee in Jordanien provozieren, um damit das Regime König Hussains zu destabilisieren[259].

Die Fatah vertrat im Gegensatz zur PLO ein nationales Ziel und forderte die Befreiung Palästinas, um einen Staat der Christen, Juden und Muslime auf dem gesamten palästinensischen Boden zu errichten. Jerusalem sollte seine Hauptstadt sein und alle Bewohner dieses Staates gleiche Rechte besitzen, ohne jede Diskriminierung und Verfolgung[260]. In ihrem Gründungsdokument erklärte die Fatah ihren palästinensisch-nationalen Führungsanspruch mit der „unabhängigen Identität" des palästinensisch-arabischen Volkes: „The Palestinian people have an independent identity. They are the sole authority that decides their own destiny, and they have complete sovereignty on all their lands. […] Palestine National Liberation Movement FATEH, is an independent national revolutionary movement representing the revolutionary vanguard of the Palestinian people."[261] Arafats Organisation leugnete das Anrecht arabischer Regierungen auf das ehemalige britische Mandatsgebiet Palästina. In der Nationalcharta der Palästinensischen Befreiungsorganisation stand weder, dass man einen Staat forderte noch dass die PLO in allen palästinensischen Gebieten ihre Autorität auszuüben suchte. Wie die Organisation Shuqairis sah auch die Fatah im Zionismus eine „rassistische, koloniale und aggressive" Ideologie, einen „natürlichen Verbündeten" des Kolonialismus und Imperialismus im Nahen Osten[262]. Unverhohlen rief sie dazu auf, dass der Zionismus zu vernichten sei: „Complete liberation of Palestine, and eradication of Zionist economic, political, military and cultural existence."[263] Arafat führte im Unterschied zu Shuqairi auch den Befreiungskampf um Palästina aktiv. Seit 1964/65 war das gewaltsame Vorgehen gegen Israel der Schwerpunkt der Fatah-Aktivität. Obwohl man wusste, dass es nicht gelingen konnte, die israelische Armee zu besiegen, wollte die Fatah die Gesellschaft Israels verängstigen und dem Land einen möglichst großen wirtschaftlichen Schaden zufügen, sei es durch immer höhere Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit oder finanzielle Verluste durch ausbleibende Touristen[264].

Der von der Fatah erhobene Anspruch, nicht wie die PLO gescheitert zu sein, sondern schon immer um Palästina gekämpft zu haben, viel enger als die Palästinensische Befreiungsorganisation mit dem palästinensischen Volk verbunden zu sein und ein palästinensisch-nationales Programm aufgestellt zu haben, schien

[259] Vgl. ebd.; Jabber, Palestinian Resistance, S. 167–173; Rubin, Revolution, S. 11; Smith, Conflict, S. 273; Pearlman, Palestinian National Movement, S. 135f.; Olson, Ba'th, S. 112; Shemesh, Entity, S. 66; Dawn, Foreign Policy of Syria, S. 168.

[260] Vgl. Art. 13 des Fatah-Grundsatzdokumentes, in: Alexander, Secular Terrorism, S. 6; Kurz, Fatah, S. 23, 31–38; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 80–84; Sayigh, Struggle, S. 104–136, 155–157; Frangi, PLO und Palästina, 132–136; Alexander, Secular Terrorism, S. 5f.; Quandt, Nationalism, S. 96–99, 107.

[261] So Art. 2 u. 10 des Fatah-Grundsatzdokumentes, in: Alexander, Secular Terrorism, S. 5f.

[262] So Art. 7 u. 8 des Fatah-Grundsatzdokumentes, in: ebd., S. 6.

[263] So Art. 12 des Fatah-Grundsatzdokumentes, in: ebd.

[264] Vgl. Kurz, Fatah, S. 37f., 45–51; Sayigh, Struggle, S. 210–214; Shemesh, Entity, S. 55; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 83; Rubin, Truth, S. 4; Rubin/Rubin, Arafat, S. 41.

sich nach dem Sechstagekrieg 1967 durch die anscheinenden Erfolge des von Arafat propagierten militärischen Kampfes zu bestätigen[265]. „The dramatic rise of the guerrilla movement", so Sayigh bezogen auf die Zeit ab Sommer 1967, „created a new myth: […] Armed struggle was the source of political legitimacy and national identity, the new substance of the ‚imagined community' of the Palestinians."[266]

Ab Mitte 1967, mit dem Ende der Kämpfe zwischen Israel und den Nachbarstaaten, verstärkte die Fatah ihre terroristischen Überfälle. Allein zwischen September und Dezember 1967 war Arafats Organisation im besetzten Westjordanland für mehr als 60 Anschläge verantwortlich, zumeist gegen zivile Ziele[267]. Die israelischen Vergeltungsangriffe führten dazu, dass in diesen vier Monaten über 200 Menschen starben und annähernd 1000 verdächtige Personen festgenommen wurden[268]. Das Vertrauen der Palästinenser in Arafat und die Fatah wuchs, nachdem der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im November 1967 in Resolution 242 die Palästinenser nicht als politische Partei, sondern lediglich als Flüchtlinge anerkannt und nur davon gesprochen hatte, Israel müsse Gebiete, die im Juni 1967 erobert worden waren, räumen, ohne dass dies eindeutig alle 1967 besetzten Territorien meinte[269]. Die Fatah, die bereits zuvor massiven Zulauf erhalten hatte, wurde als Garant wahrgenommen, der verhinderte, dass die Palästinenser in diesem Konflikt übergangen wurden[270]. Ägypten erkannte die Schwäche der alten PLO und versuchte, den Einfluss der Fatah auf die Palästinenser zu kontrollieren. Im Dezember 1967 entfernte Nassir zunächst Shuqairi als Vorsitzenden des Exekutivkomitees. Zu seinem Nachfolger wurde Jahia Hammuda gewählt[271].

Diese Neubesetzung war auch eine Folge der sich Ende 1967 abzeichnenden politischen Aufspaltung der palästinensischen Bewegung. Mit der PFLP, der „Volksfront zur Befreiung Palästinas", entstand eine mitgliederstarke neue Organisation. Sie vereinigte drei kleinere Gruppen in sich und verstand sich als Korrektiv zur Fatah[272]. Ihr Auftreten bekräftigte, dass es unter den Palästinensern eine relevante Opposition zur Fatah gab, wobei sich Arafats Gruppierung und die

[265] Vgl. Pearlman, Palestinian National Movement, S. 141–144; Kurz, Fatah, S. 47–51; Jabber, Palestinian Resistance, S. 172–180; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 54; Shemesh, Entity, S. 161; Sayigh, Struggle, S. 120f.; Frangi, PLO und Palästina, S. 139f., 149–151.

[266] So Sayigh, Struggle, S. 195. Vgl. auch Kerr, Arab Cold War, S. 138; Jabber, Palestinian Resistance, S. 173–180.

[267] Vgl. Kurz, Fatah, S. 47f.; Rubin/Rubin, Arafat, S. 39.

[268] Vgl. ebd.

[269] Vgl. UN S/RES/242 (1967), Resolution, 22. 11. 1967; Tessler, Conflict, S. 418–421; Filiu, France, S. 261; Smith, Conflict, S. 305f.; Stein, Diplomacy, S. 54–56.

[270] Vgl. Pearlman, Palestinian National Movement, S. 141–144; Kurz, Fatah, S. 45–47, 57f.; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 54f.; Sayigh, Struggle, S. 155, 195–198; Jabber, Palestinian Resistance, S. 176–180.

[271] Vgl. Kurz, Fatah, S. 57; Shemesh, Entity, S. 92; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 54.

[272] Vgl. Habache, Révolutionnaires, S. 70f.; Popular Front for the Liberation of Palestine: Platform (1969), in: Laqueur/Rubin, Israel-Arab Reader, S. 139–142; Smith, Conflict, S. 309; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 86–90; Quandt, Nationalism, S. 60–63, 108f.; Karmon, Coalitions, S. 237–239, 253; Shemesh, Entity, S. 154; Kerr, Arab Cold

PFLP in ihren Zielen einig waren, Letztere jedoch andere politische Ideen vertrat. Die Volksfront zur Befreiung Palästinas gab sich ein marxistisch-leninistisches Programm[273]. Sie sah die ausschließlich gewaltsame Auseinandersetzung in allen Teilen der Welt als legitim an und unterschied auch nicht danach, ob ein Israeli oder ein Franzose Opfer eines terroristischen Überfalls wurden, denn nach Auffassung der PFLP gab es keine unpolitischen Beteiligten im weltweiten Klassenkampf. Aus ihrer Sicht war jeder Partei, entweder Imperialist oder Kommunist[274]. Deshalb konnte die „Befreiung" Palästinas auch nicht allein in Israel und den besetzten Gebieten erkämpft werden, so wie es die Fatah vorsah. Die PFLP begann unmittelbar nach ihrer Gründung, Verbindungen mit anderen terroristischen Gruppen zu suchen, auch der westdeutschen RAF, und war zwischen 1968 und 1970 international für schwere Sprengstoffanschläge und Flugzeugentführungen verantwortlich[275].

Bis Ende 1967 wurde die Palästinensische Befreiungsorganisation immer weiter an den Rand gedrängt und geriet in Gefahr, vollständig an Bedeutung zu verlieren. Auch die Absetzung Shuqairis als Vorsitzender des Exekutivkomitees reichte nicht aus, um diese Krise der PLO zu beenden. Nassir entschied sich deshalb, auf die Fatah zuzugehen und die Palästinensische Befreiungsorganisation unter ihrer Führung neu auszurichten. Dieser Prozess begann im April 1968 mit den Gesprächen zwischen dem ägyptischen Präsidenten und Jassir Arafat und setzte sich mit der Neuformulierung der Nationalcharta im Juli 1968 fort[276]. Die vierte palästinensische Nationalversammlung beschloss, mit der Mehrheit der von Nassir gebilligten Vertreter der Fatah, das Grundsatzdokument der PLO von 1964 abzuändern[277].

Für die neue Charta der Palästinensischen Befreiungsorganisation ergänzte man zahlreiche Artikel im Sinne der Programmatik der Fatah. So hieß es nun unter anderem, dass Guerillataktik und Terrorismus den „Nukleus des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes" bilden sollten und dass ausschließlich der militärische Kampf zum Ziel der Befreiung Palästinas führe: „Armed struggle is the only way to liberate Palestine and is therefore a strategy and not tactics."[278]

War, S. 143; Bröning, Parties, S. 97 f.; Jamal, Palestinian National Movement, S. 19; Alexander, Secular Terrorism, S. 33.

[273] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 232 f.; Bröning, Parties, S. 97–100; Karmon, Coalitions, S. 237–239, 253; Quandt, Nationalism, S. 85–90, 99–109; Smith, Conflict, S. 309. Zum Inhalt der PFLP-Charta vgl. Popular Front for the Liberation of Palestine: Platform (1969), in: Laqueur/Rubin, Israel-Arab Reader, S. 139–142.

[274] Vgl. ebd.; Sayigh, Struggle, S. 232–235; Shemesh, Entity, S. 154; Merari/Elad, Terrorism, S. 15–21; Karmon, Coalitions, S. 237–243; Bröning, Parties, S. 97–99.

[275] Vgl. ebd., S. 99; Merari/Elad, Terrorism, S. 15–21, 130 f.; Sayigh, Struggle, S. 196–213, 230–235; Kraushaar, Kampf, S. 28–38; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 828–861; Daase, RAF, S. 908–925.

[276] Vgl. Tessler, Conflict, S. 427–429; Kapeliouk, Arafat, S. 99–102; Shemesh, Entity, S. 104, 157; Quandt, Nationalism, S. 57–70, 108 f., 115–117.

[277] Vgl. Quandt, Nationalism, S. 57 f.; Tessler, Conflict, S. 427–429; Harkabi, Covenant, S. 28–98; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 55; Kurz, Fatah, S. 58; Shemesh, Entity, S. 175; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 61 f.; Frangi, PLO und Palästina, S. 156–158.

[278] So Art. 9 u. 10 der PLO-Charta von 1968, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 146.

Dieser „Kampf" erfolgte angeblich im Einklang mit den Statuten der Vereinten Nationen als Selbstverteidigung des palästinensischen Volkes[279]. Der Teilungsbeschluss von 1947 sowie die Gründung des Staates Israel 1948 waren gemäß Artikel 19 „null and void", „because it was contrary to the wish of the people of Palestine and its natural right to its homeland, and contradicts the principles embodied in the Charter of the United Nations, the first of which it the right of self-determination."[280] Israel und seinen Bürgern wurde in der palästinensischen Charta von 1968 ein Selbstbestimmungsrecht aufgrund des vermeintlichen Wesens des Zionismus aberkannt: „Zionism is a political movement organically related to world imperialism and hostile to all movements and progress in the world. It is a racist and fanatical movement in its formation; aggressive, expansionist and colonialist in its aims; and fascist and Nazi in its means. Israel is a tool of the Zionist movement and a human and geographical base for world imperialism. It is a concentration and jumping-off point for imperialism in the heart of the Arab homeland, to strike at the hopes of the Arab nation for liberation, unity and progress."[281] Darüber hinaus wurden Menschen jüdischen Glaubens, die vor der zionistischen Einwanderung der 1930er Jahre in Palästina gelebt hatten, als Palästinenser betrachtet, wobei Juden aus Sicht der neuen Fatah-geführten PLO nicht als ein eigenes Volk galten[282].

Im Gegensatz zur Charta von 1964 hob das neue PLO-Dokument hervor, dass es ein palästinensisches Volk mit dem alleinigen Anspruch auf das ehemalige britische Mandatsgebiet Palästina gab, dieses Volk in Palästina und im Exil lebte, von der Palästinensischen Befreiungsorganisation geführt und repräsentiert wurde und die PLO eine eigene Armee, Flagge und Hymne sowie ein eigenes „militärisches Konzept" besaß[283]. Es hieß zudem: „The Palestine Liberation Organization, which represents the forces of the Palestine revolution, is responsible for the movement of the Palestine Arab people in its struggle to restore its homeland, liberate it, return to it and exercise the self-determination in it. This responsibility extends to all military, political and financial matters, and all else that the Palestine issue requires in the Arab and international spheres."[284]

Die von Arafats Fatah kontrollierte PLO betonte folglich viel verbindlicher als bis dahin geschehen, dass die Palästinensische Befreiungsorganisation den zu gründenden Nationalstaat der Palästinenser christlicher, jüdischer sowie islamischer Konfession in ganz Palästina regieren werde und dass sie gleichberechtigt neben den anderen arabischen Staaten kämpfe. Die arabischen Regierungen er-

[279] Vgl. Art. 18 der PLO-Charta von 1968, in: ebd., S. 148.
[280] So Art. 19 der PLO-Charta von 1968, in: ebd.
[281] So Art. 22 der PLO-Charta von 1968, in: ebd., S. 149. Vgl. auch Harkabi, Covenant, S. 88–90.
[282] Vgl. Art. 6 u. 20 der PLO-Charta von 1968, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 145, 148; Harkabi, Covenant, S. 28–30, 42–50, 78–80.
[283] Vgl. Palestine National Covenant, 1968, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 145–151. Harkabi, Covenant, S. 27 f., betont zu Recht, dass der geänderte Wortlaut in der Charta 1968 die neue Ambition nach größerer nationaler Eigenständigkeit gegenüber der gesamtarabischen Politik deutlich machte.
[284] So Art. 25 u. 26 der PLO-Charta von 1968, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 150.

kannten aber nicht an, dass die PLO tatsächlich die alleinige Legitimität besaß, die Interessen der Palästinenser wahrzunehmen, auch wenn man diesen Anspruch nicht mehr vollständig bestreiten konnte wie vor 1967/68. Denn die PLO erlangte nach dem Junikrieg 1967 und der von Kairo geduldeten inhaltlichen Neuausrichtung durch die Fatah innerarabisch ein viel größeres politisches Gewicht[285]. Präsident Nassir beließ es jedoch nicht nur bei der Ergänzung der Charta durch die Fatah im Sommer 1968, sondern reiste gemeinsam mit Jassir Arafat kurz darauf nach Moskau. Nassir wollte den Anführer der Fatah und nicht Hammuda, den damals noch amtierenden Vorsitzenden der PLO, im Kreml vorstellen[286]. Arafat traf erstmals einen Sekretär der KPdSU[287]. Die Absicht Ägyptens war es, die Sowjetunion auf die Bedeutung des politischen Wandels innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation hinzuweisen und gleichzeitig zu versuchen, mehr politische und materielle Hilfe für die neue PLO zu erhalten, denn das sowjetisch-palästinensische Verhältnis war noch immer ausgesprochen distanziert[288].

Ost-Berlin und die Fatah 1968

Die DDR hielt den politischen Aufstieg der Fatah für gefährlich. Im September 1968 beurteilte die Ost-Berliner Vertretung in Ägypten daher die Zukunft der palästinensischen Befreiungsbewegung pessimistisch. Eine einheitliche, zumal prosozialistische Orientierung war nicht abzusehen. Die PLO erschien unter ihrem damaligen Vorsitzenden Hammuda gemäßigter als die Fatah und bot zugleich weniger große Einflussmöglichkeiten „reaktionärer" arabischer Staaten als Arafats Organisation, die mit Hammuda „energisch" um die Macht in der PLO kämpfte; zudem fühlten sich die ostdeutschen Funktionäre Hammuda auch persönlich verbunden, denn er sprach Deutsch und hatte drei Jahre in der DDR als Dolmetscher gearbeitet[289].

[285] Vgl. Tessler, Conflict, S. 422–444; Jabber, Palestinian Resistance, S. 173–180; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 54f.; Sayigh, Struggle, S. 155, 195–198; Pearlman, Palestinian National Movement, S. 141–144; Kurz, Fatah, S. 45–47, 57f.; Ma'oz/Sela, PLO, S. 101–109.

[286] Vgl. Rubin/Rubin, Arafat, S. 43; Golan, Soviet Union and the PLO, S. 1; dies., Uneasy Alliance, S. 8f.; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 221; Primakov, Arabs, S. 227; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 308f.

[287] Vgl. Primakov, Arabs, S. 227; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 308. Der Vertraute Arafats, Abu Daud, erklärt in seinen Memoiren, Arafat habe in Moskau keinen Vertreter des Staats- oder des Parteiapparates sprechen können, sondern: „Tout au plus avait-il rencontré un apparatchik du comité soviétique de Solidarité afro-asiatique et celui-ci s'était surtout attaché à lui rappeler que l'URSS avait voté le partage de la Palestine en 1947, qu'elle reconnaissait Israël même si les relations diplomatiques étaient rompues depuis la guerre de 1967, et enfin que Moscou ne voyait pas de solution possible au Proche-Orient en dehors de cadre de la résolution 242", so Daoud, Palestine, S. 234.

[288] Vgl. Sayigh, Palestinians, S. 128; Dannreuther, Soviet Union, S. 30–33; Golan, Uneasy Alliance, S. 26–30; dies., Soviet Union and the PLO, S. 1f., 22; Selim, Nonstate Actor, S. 292.

[289] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 08. 09. 1968, Bl. 289–292. Vgl. auch Polkehn, DDR, S. 34.

Noch Anfang des Jahres 1969 war das SED-Regime der Meinung, die Fatah werde jede politische Lösung der Palästinafrage ablehnen und kooperiere eng mit „reaktionären" arabischen Staaten. Deshalb hielt die DDR einen größeren Einfluss der Fatah auf die Palästinensische Befreiungsorganisation für sehr nachteilig. Denn ein von der Fatah kontrolliertes Exekutivkomitee führte aus Sicht Ost-Berlins zu einer radikaleren, stärker von der „Bourgeoisie" geprägten und nationalistischeren Gesamtausrichtung der PLO. Beherrschte Arafats Gruppe die Befreiungsorganisation der Palästinenser, erhöhte dies die Gefahr, dass die „reaktionären Geldgeber" in Saudi-Arabien, die „islamischen Organisationen" sowie Muslimbrüder und die „imperialistischen Geheimorganisationen", die angeblich alle hinter der Fatah standen, versuchen könnten, nach einiger Zeit die PLO zu spalten, um deren „progressive" Teile zu entmachten[290].

Dass sich die Palästinensische Befreiungsorganisation und Arafats Fatah unversöhnlich gegenüberstanden, war der ostdeutschen Seite nicht neu. Bereits im Sommer 1965 legte die Vertretung des MfAA in Kairo einen Bericht vor, in dem es hieß, es gebe eine von „palästinensischen Nationalisten geführte militärische Geheimorganisation", die sich „in letzter Zeit stark gefestigt und vergrößert" habe[291]. Diese Organisation werde „von extremen Nationalisten beherrscht", deren „Endziel […] die völlige Liquidierung des Staates Israel" sei. Das habe einer „ihrer Führer" in einem Gespräch in Kairo gegenüber der DDR-Vertretung erklärt. Man kam zu dem Schluss, dass diese Geheimorganisation in ihrer „Tätigkeit dem Palästinakonzept Ägyptens widerspricht. […] Sie fügt der PLO und Ägypten und der arabisch-revolutionären Befreiungsbewegung durch ihr Handeln Schaden zu"[292]. Die Situation, dass es seit 1964 eine offizielle Palästinensische Befreiungsorganisation und eine gegen sie gerichtete „Geheimorganisation" gab, war für das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten offenkundig irrelevant, denn es sprach der Fatah keine Bedeutung zu und unterhielt auch keinen Kontakt mit der „Geheimorganisation" Arafats. Dass mit der „Geheimorganisation" die Fatah gemeint war, zeigt ein weiterer Bericht vom September 1968[293].

Weil die DDR es versäumte, die Fatah politisch ernst zu nehmen – gleich ob man ihre ideologischen Prämissen teilte oder nicht –, verlor Ost-Berlin die Entwicklung der Fatah aus dem Blick und schätzte auch 1968 die Rolle Arafats und der Fatah falsch ein. Die Frage, ob man eine von der Fatah geführte Palästinensische Befreiungsorganisation wollte oder nicht, war im Grunde schon entschieden, als das MfAA im September 1968 in Kairo mit dem formal Noch-Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO sprach. Damals stand bereits fest, dass die Fatah die Palästinensische Befreiungsorganisation führen sollte, denn Arafat und nicht

[290] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Schreiben der Vertretung Damaskus an das AASK, 22. 12. 1968, Bl. 284 f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/859, Mitteilung des Friedensrates aus Wien, 01. 08. 1968, Bl. 39; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 13. 02. 1969, Bl. 163–166.

[291] So PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 24. 08. 1965, Bl. 36.

[292] So ebd., Bl. 37 f.

[293] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 08. 09. 1968, Bl. 290.

Hammuda hatte Nassir im Juli 1968 in den Kreml begleitet. Die DDR verpasste also sowohl die Entwicklung und den Aufstieg der Fatah bis 1967 als auch den Moment, in dem Ägypten Jassir Arafat die Übernahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation gestattete. Moskau informierte Ulbricht nicht über die Reise Nassirs und Arafats oder den Inhalt der Gespräche.

Als Jassir Arafat schließlich im Februar 1969 den Machtkampf mit Jahia Hammuda zu seinen Gunsten entschied und zum dritten Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation gewählt wurde, war die DDR mit der Situation konfrontiert, die in Ost-Berlin noch wenige Wochen zuvor als eine der schlechtesten Optionen für die weitere Entwicklung der PLO gegolten hatte. Als Antwort auf die Wahl Arafats 1969 und nicht zuletzt vor dem Hintergrund der zeitgleich verstärkten Aktivität Ulbrichts im arabischen Raum fertigte das MfAA Ende März 1969 ein Papier mit dem Titel: „Die Haltung der DDR zur palästinensischen Widerstandsbewegung" an[294]. Das Ministerium betonte: „Die palästinensischen Widerstandsorganisationen stellen gegenwärtig vor allem einen bedeutenden politischen Faktor im Nahen Osten dar. […] Die verstärkten Aktivitäten der palästinensischen Widerstandsorganisationen sind Ausdruck eines gewachsenen nationalen Selbstbewusstseins des arabischen Volkes von Palästina. Die Organisationen betrachten sich als rechtmäßige Vertreter des arabischen palästinensischen Volkes. Sie sehen die Palästinafrage als eine Sache an, die in erster Linie die Palästinenser selbst angeht und zu deren Lösung die arabischen Staaten durch umfassende Hilfe beitragen können bzw. müssen. Jegliche ‚Vormundschaft' der arabischen Staaten über die palästinensische Bewegung sowie jede Verknüpfung der Palästinafrage mit anderen nahöstlichen Problemen lehnen sie ab. Diese Haltung isoliert den Kampf des arabischen palästinensischen Volkes von der gesamtarabischen nationalen und sozialen Befreiungsbewegung und stellt die Palästinafrage über die Gesamtinteressen des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker. Die Ursache dafür liegt hauptsächlich in einer falschen Einschätzung der objektiven Bedingungen des Kampfes der arabischen Völker gegen Imperialismus und Reaktion in der gegenwärtigen Etappe."[295]

Nichtsdestotrotz, so das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten im März 1969 weiter, sollte „im Interesse der maximalen Nutzung aller sich bietenden Möglichkeiten" versucht werden, „die Position der DDR im arabischen Raum weiter zu festigen"; aus diesem Grund müsse sich Ost-Berlin „um feste politische Kontakte zur palästinensischen Widerstandsorganisation, insbesondere zur PLO bemühen. […] Die politisch-moralische Unterstützung der palästinensischen Organisationen seitens der DDR muss in einer solchen Weise erfolgen, die eine Identifizierung der DDR mit den nationalistischen Forderungen bzw. manchen z. T. terroristischen Aktionen der Palästinenser ausschließt."[296] Empfohlen wurde

[294] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.665, Grundlagenpapier, 28. 03. 1969, Bl. 20–37. Vgl. auch Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 286 f.; ders., Außenpolitik, S. 394 f.; Kupper, Tätigkeit, S. 30–52; Troche, Ulbricht, S. 74–77; Perthes, Beziehungen, S. 101.

[295] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.665, Grundlagenpapier, 28. 03. 1969, Bl. 23 f.

[296] So ebd., Bl. 33 f. Im Original der Quelle wurde der Zusatz „der palästinensischen Organisationen" erst nachträglich per handschriftlicher Ergänzung eingefügt. Ursprünglich stand dieser Ausdruck im Singular, meinte also ausschließlich die PLO, vgl. ebd., Bl. 34.

daher, den „ständige[n] politische[n] Kontakt zur PLO" herzustellen, aber lediglich auf der Ebene des AASK und „anderer gesellschaftlicher Organisationen" der DDR[297]. Sechs Monate später hatten sich diese Überlegungen konkretisiert und wurden im Oktober 1969 in einem neuen Dokument der Leitung des MfAA präsentiert, das Außenminister Otto Winzer bestätigte[298]. Erstmals wurde eine Summe materieller Solidarität in Höhe von 750 000 Mark genannt, die man im Jahr 1970 den „palästinensischen Organisationen" – nicht allein *der* PLO – bereitstellen wollte[299].

Die neue Struktur der PLO als Herausforderung

Mit dieser im Herbst 1969 vom Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR bestätigten Konzeption gingen auch detailliertere Analysen der Auslandsvertretungen über die verschiedenen palästinensischen Gruppen und die politischen Lager innerhalb der PLO einher. Die Botschaft in Damaskus gab im November 1969 einen Überblick zu insgesamt 19 Organisationen, kam allerdings zu keinen befriedigenden Ergebnissen[300]. In Bezug auf die Fatah wurde Bekanntes bestätigt: Sie sei von „palästinensischen Mitgliedern der Moslembruderschaft, u. a. […] Yassir Arafat […] gegründet [worden]. […] Die Mitglieder [setzten] sich gemeinsam aus Vertretern der Moslembruderschaft, der Bewegung der islamischen Befreiung (nationalistisch-chauvinistische Positionen) [und] aus ehemaligen Kommunisten, mit prochinesischen Einstellungen" zusammen[301]. Zudem erläuterten die Mitarbeiter des MfAA in Damaskus: „Einen großen Anteil an der Finanzierung der Organisation stellen reaktionäre Kräfte in Kuwait und Saudi-Arabien. […] Neben der offiziell bekannten Leitung soll außerdem eine geheime Leitung existieren, die effektiv alle militärischen Aktionen leitet und aus Mitgliedern der Moslembruderschaft […] und fanatischen Mitgliedern der Moslembruderschaft besteht. […] Wie bereits die personelle Zusammensetzung der Führungsspitze zeigt, bestehen enge Kontakte zur VR China. […] Arafat und die Fatah gehen von einem klassenindifferenten Pan-Arabismus aus, auf Grund dessen sie auch die Unterstützung der arabischen reaktionären Kräfte findet."[302]

Die PFLP, die marxistisch-leninistische Volksfront zur Befreiung Palästinas, habe, so fuhr der Bericht fort, „Vorbehalte gegenüber der sowjetischen Haltung und den sozialistischen Ländern. […] Aufgrund der Forderung nach Aktions-

297 So ebd.
298 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.665, Entwurf einer Vorlage, 06. 10. 1969, Bl. 6–15.
299 Vgl. ebd., Bl. 15.
300 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Bericht der Botschaft Damaskus an das MfAA, 12. 11. 1969, Bl. 243–259.
301 So ebd., Bl. 245.
302 So ebd., Bl. 244–246, 249. Die Fatah erhielt bis 1990 jährlich rd. 125 Mio. US-Dollar von Saudi-Arabien u. den Golfstaaten, wobei Jassir Arafat allein die Verfügungsgewalt über diese Gelder besaß, vgl. Alexander, Secular Terrorism, S. 20f. Selim, Nonstate Actor, S. 269, gibt die Summe des Gesamtetats der PLO pro Jahr mit 500 Mio. US-Dollar an. 1969/70 soll er laut Selbstauskunft der palästinensischen Nationalversammlung rd. 4 Mio. US-Dollar betragen haben, vgl. ebd.

freiheit führte die Organisation in den letzten beiden Jahren Aktionen durch, die zivile und militärische Objekte innerhalb der besetzten Gebiete und in Europa zum Ziel hatten."[303] Aufgelistet wurden zutreffend mehrere Dutzend Bombenanschläge der PFLP, unter anderem auf Supermärkte in Tel Aviv, die Universität von Jerusalem, die israelischen Botschaften in Bonn und Den Haag sowie die Büros der israelischen Fluggesellschaft El Al in Brüssel und Athen[304]. Auch über die PFLP-GC, die sich Ende der 1960er Jahre von der Volksfront losgesagt hatte, fällte die MfAA-Vertretung in Syrien ein negatives Urteil: „Insgesamt muss die Gruppe als eine rechtsgerichtete Organisation eingeschätzt werden, die abenteuerliche und nationalistische Ideen verfolgt und keinerlei politisches Programm besitzt."[305]

Selbst der sogenannten Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas, der DFLP, ebenfalls eine Ende der 1960er Jahre gegründete Abspaltung von der PFLP, sprach man jede Bedeutung ab, obwohl sie den Konflikt mit Israel ausdrücklich auf Grundlage klassenmäßiger, marxistisch-leninistischer Prinzipien lösen wollte[306]. In einem Vermerk über das erste Treffen mit dem Vorsitzenden der Demokratischen Front, Naif Hawatma, das im September 1969 in Kairo auf Wunsch der DFLP zustande kam, hielt das MfAA fest: „Die von den Vertretern der DFLP gesuchte Kontaktaufnahme soll offensichtlich dazu dienen, durch eine Zusammenarbeit mit sozialistischen Staaten die DFLP innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung aufzuwerten. Nach hier vorliegenden Informationen besitzt die DFLP enge Verbindungen zu Peking. Die Gesprächspartner vermieden es allerdings peinlich, sich eindeutig zur Politik der Mao-Clique zu äußern. Aus dem Gespräch ergab sich, dass die Vertreter der DFLP über Kenntnisse des Marxismus-Leninismus verfügen und diese zur Begründung ihrer Position heranziehen – jedoch offenbart z. B. ihre These von der ‚Freiheit der Kritik' ihre im wesentlichen kleinbürgerlich-nationalistische Grundhaltung […] Trotz der Verkündung marxistischer Auffassungen sollte vorerst gegenüber der DFLP Zurückhaltung geübt werden."[307] Laut Verteiler erhielten diesen Vermerk der Minister für Auswärtige Angelegenheiten und das ZK der SED[308]. In einer handschriftlichen Notiz wurde Anfang 1970 vermerkt: „DFLP […] trotzkistisch-abenteuerliche Gruppe. Losung: ‚Alle Macht den Räten'."[309]

[303] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Bericht der Botschaft Damaskus an das MfAA, 12. 11. 1969, Bl. 254 f.

[304] Vgl. ebd., Bl. 253. Vgl. auch Merari/Elad, Terrorism, S. 108, 130 f.; Sayigh, Struggle, S. 234.

[305] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Bericht der Botschaft Damaskus an das MfAA, 12. 11. 1969, Bl. 251. Zur PFLP-GC vgl. Sayigh, Struggle, S. 229 f.; Bröning, Parties, S. 99; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 93; Alexander, Secular Terrorism, S. 41–43.

[306] In den ersten Jahren bezeichnete sich die DFLP als „Popular Democratic Front for the Liberation of Palestine", abgekürzt PDFLP, vgl. Sayigh, Struggle, S. 230 f.; Shemesh, Entity, S. 154; Quandt, Nationalism, S. 63 f., 89 f., 99 f.; Becker, PLO, S. 71 f.; Bröning, Parties, S. 173 f.; Karmon, Coalitions, S. 243; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 91 f.

[307] So PA-AA, Bestand MfAA, B 5.622, Schreiben der Botschaft Kairo an das MfAA, 15. 09. 1969.

[308] Vgl. ebd.

[309] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Notizen, o. D., Bl. 226 f.

Als einzige palästinensische Organisation schätzte die Vertretung der DDR in Damaskus 1969 lediglich die Saiqa positiv ein[310]. Sie fand aber unter den Palästinensern fast keinen Rückhalt. Damaskus gründete sie im Dezember 1968, nachdem die Fatah keine Chance mehr bot, gegen Nassir vorzugehen und das ägyptische Verhältnis zur PLO zu beeinflussen[311]. Deshalb formierte man die Saiqa und war insofern erfolgreich, als drei ihrer Vertreter im 1969 von Jassir Arafat geführten zehnköpfigen palästinensischen Exekutivkomitee vertreten waren – neben sieben Fatah-Mitgliedern beziehungsweise Fatah-Sympathisanten[312].

Die Informationen der Auslandsvertretungen, die 1969 nach Ost-Berlin weitergereicht wurden, beschrieben die Situation innerhalb der Fatah-geführten PLO zutreffend. Die Palästinensische Befreiungsorganisation unter Jassir Arafat war von außen betrachtet konkurrenzlos, denn es gab nur diese eine nationale Befreiungsorganisation des palästinensischen Volkes. Im Innern jedoch war sie viel uneinheitlicher als in den Jahren zuvor. Es konkurrierten nun unterschiedliche Gruppen um Macht und Einfluss[313]. Die Folge dieser Vielfalt waren klassische Koalitions- und Mehrheitskonflikte, die sich jedoch bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation anders auswirkten als Flügelkämpfe im ANC, der SWAPO, der FRELIMO oder der MPLA.

Auch wenn es in Zimbabwe die ZAPU und die ZANU, in Südafrika den ANC und den PAC, in Südwestafrika die SWAPO und die SWANU, in Moçambique die FRELIMO und die RENAMO sowie in Angola die MPLA und die FNLA gab und die DDR sich entscheiden musste, welche der Gruppen sie jeweils als rechtmäßige Vertreterin eines Volkes anerkennen und unterstützen wollte, so war doch *der* ANC, *die* SWAPO, *die* FRELIMO oder *die* MPLA eine einzige Befreiungsorganisation[314]. Bei der PLO war dies nicht der Fall. Es gab niemals die „PLO", denn der Vorsitzende der PLO führte keine einheitliche Formation. Er stand vielmehr einem Bündnis vor und war in Personalunion Vorsitzender einer Teil-Gruppe der PLO. *Die* Palästinensische Befreiungsorganisation war folglich die Summe einzelner Organisationen, wobei ihr zumeist nie alle palästinensischen Gruppierungen angehörten[315]. Außerdem gab es zwar ein Exekutivkomitee der PLO, das von

[310] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Bericht der Botschaft Damaskus an das MfAA, 12. 11. 1969, Bl. 255.

[311] Vgl. Ma'oz/Yaniv, On a Short Leash, S. 195; Weinberger, Intervention, S. 120; Smith, Conflict, S. 316; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 94; Shemesh, Entity, S. 114; Jabber, Palestinian Resistance, S. 194.

[312] Vgl. ebd.; Tessler, Conflict, S. 429; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 61.

[313] Vgl. Quandt, Nationalism, S. 85–112; Golan, Uneasy Alliance, S. 150–152; dies., Soviet Union and the PLO, S. 15–19; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 48–51; Dannreuther, Soviet Union, S. 3; Wischnewski, Leidenschaft, S. 159 f.

[314] Vgl. Solidaritätskomitee, African National Congress, S. 5–9, 21; Vertretung der SWAPO in der DDR, 25. Jahrestag, S. 16–23; Ansprenger, SWAPO, S. 66–80, 103–111, 152–170; Schleicher, SWAPO, S. 117 f.

[315] Vgl. Sayigh, Struggle, S. vii–xii, 92–119, 574–589; ders., Palestinians, S. 142–154; Selim, Nonstate Actor, S. 271–276. Auch wenn es in Bezug auf den ANC o. die SWAPO unterschiedliche politische Flügel gab, waren der ANC u. die SWAPO als Organisation in sich homogen, vergleichbar mit der Fatah, der DFLP o. der PFLP, nicht aber mit der PLO, vgl. Ansprenger, African National Congress, S. 7–65; ders., SWAPO, S. 107–111, 152–170.

einem Vorsitzenden geführt wurde, aber jedes Mitglied der Palästinensischen Befreiungsorganisation, also die DFLP, die PFLP, die Fatah, die Saiqa und die PFLP-GC, besaß selbst auch ein Exekutiv- beziehungsweise Zentralkomitee, eigene Vorsitzende, eigene Mitglieder, eigene Grundsatzdokumente, eigene militärische Verbände sowie eigene politische Abteilungen, die Kontakte mit dem Ausland pflegten. Und jede der Gruppen unterhielt in arabischen Hauptstädten eigene Büros, delegierte eigene Studenten ins Ausland und verfügte über einen eigenen Etat. Obwohl es nur eine Palästinensische Befreiungsorganisation gab, existierte folglich eine immanente Konkurrenz und die PLO war stets gefährdet, zu zerfallen. In der Folge eines solchen Auseinanderbrechens wäre mindestens eine weitere palästinensische Befreiungsorganisation entstanden, die neben der von der Fatah-geführten PLO existiert hätte[316].

Dem Begriff „Befreiungsorganisation", wie ihn unter anderem die Vereinten Nationen definierten beziehungsweise wie ihn auch die DDR verwendete, entsprach allein die PLO, nicht hingegen die DFLP, die Fatah oder die PFLP[317]. Die Unterscheidung zwischen der Palästinensischen Befreiungsorganisation und ihren Teilen führte jedoch unter anderem zu der in sich widersprüchlichen Behauptung, dass man differenzieren müsse zwischen „einzelnen unkontrollierbaren palästinensischen Elementen, die Terrorakte begingen einerseits und andererseits der PLO. […] Die PLO habe mit Terrorakten einzelner Palästinenser überhaupt nichts zu tun, sie distanziere sich sogar von ihnen."[318] Das bedeutet, *die* PLO war nicht verantwortlich für einen von der Fatah, der PFLP oder der DFLP verübten terroristischen Überfall, aber gleichzeitig beanspruchten die Fatah, die PFLP und die DFLP, *die* PLO zu konstituieren und sie nach außen und innen zu repräsentieren, um als nationale Befreiungsbewegung Palästinas zu gelten – ohne dass sie bereit gewesen wären, ihre Selbstständigkeit aufzugeben und sich tatsächlich unter einer organisatorisch, politisch und militärisch einheitlichen Struktur zusammenzufinden[319].

[316] Vgl. Bröning, Parties, S. 57–60, 97–104, 173–176; Selim, Nonstate Actor, S. 271–276. Zu den Strukturen der einzelnen Organisationen vgl. auch Alexander, Secular Terrorism, S. 6 f., 33–47; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 80–96.

[317] Vgl. u. a. UN A/RES/XXIX/3210, Resolution, 14. 10. 1974; UN A/RES/XXIX/3236, Resolution, 22. 11. 1974; UN A/RES/XXIX/3237, Resolution, 22. 11. 1974.

[318] So Abdallah Frangi 1976: PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 08. 07. 1976.

[319] Das MfNV stellte 1976 fest, dass *die* PLO keine einheitliche militärische Gliederung besaß, sondern ihre Teilfraktionen eigene Kommandoeinheiten unterhielten, die nicht zentral befehligt, ausgerüstet o. ausgebildet wurden. Eine auch von Ost-Berlin verlangte Anerkennung *der* PLO als rechtmäßig kriegführende Partei schloss diese Tatsache allerdings praktisch aus. Denn auch die in den Zusatzprotokollen I u. II der Genfer Konvention aufgestellten Grundsätze des bewaffneten Konfliktes rechtfertigten nur solche Mittel des Kampfes, die dieselben Normen beachteten, die in klassischen zwischenstaatlichen Kriegen galten, also etwa eine Zurechnungsfähigkeit für das Handeln militärischer Einheiten gegeben war. Ungeachtet grundsätzlicher Kontroversen um die Gewaltanwendung im Befreiungskampf nationaler Unabhängigkeitsbewegungen sowie der juristischen Bewertung des Verhältnisses zwischen Israel u. den im Juni 1967 besetzten Gebieten, ist in Bezug auf die PLO ihre im Gegensatz zur SWAPO o. dem ANC inhomogene Struktur insofern hervorzuheben, als diese die Anerkennung *der* PLO als rechtmäßig kriegführende Partei nicht erlaubte. Die Ausnahme hätte in der PLA be-

Eine der wichtigsten Neuerungen ab 1968/69 war allerdings, dass die PLO ausdrücklich erklärte, sie allein führe die Palästinenser rechtmäßig an. Anders als unter Shuqairi und Hammuda, als die PLO *nicht* für die Interessen der palästinensischen Bevölkerung, die in anderen arabischen Staaten lebte, zuständig sein wollte, hieß es in der von der Fatah ergänzten Charta von 1968, die PLO vertrete jeden Palästinenser in- und außerhalb Palästinas. Im Umkehrschluss war damit ein Palästinenser in Syrien, in Ägypten oder in Jordanien nicht der jeweiligen Regierung zur Loyalität verpflichtet, sondern der Palästinensischen Befreiungsorganisation[320]. Die Frage der Rechtmäßigkeit dieser beanspruchten alleinigen Interessenvertretung von Palästinensern in arabischen Staaten ließ neue Konfliktsituationen zwischen der PLO und den jeweiligen arabischen Regierungen entstehen. Denn was konnte es für die Innenpolitik eines Landes bedeuten, wenn die PLO beabsichtigte, in mehrheitlich von Palästinensern bewohnten Gebieten oder in den Flüchtlingslagern eine eigene Kontrolle und Macht, unabhängig von der regulären staatlichen Autorität und Souveränität, aufzubauen?

Die heterogene Struktur der PLO in Verbindung mit dem von Arafat reklamierten Anspruch, für alle Palästinenser zuständig zu sein, musste arabische Regierungen herausfordern, vor allem die des Libanon, Jordaniens, Syriens sowie Ägyptens. Denn diese Länder waren innenpolitisch sowohl durch die Anzahl der palästinensischen Flüchtlinge als auch durch die Präsenz palästinensischer Kämpfer von einem Zerfall ihrer Autorität bedroht. Dies führte dazu, dass diese Staaten versuchten, direkt oder indirekt auf die Gruppen innerhalb der PLO Einfluss zu nehmen. Die Abhängigkeit der Palästinenser bedingte wiederum, dass alle palästinensischen Organisationen mit den arabischen Regierungen zusammenarbeiteten[321].

standen, die als offizielle Streitkraft der PLO konzipiert war. Die PLA wurde aber weder durch den SED-Staat unterstützt, um ihre politische wie sicherheitspolitische Funktion als Armee Palästinas zu fördern, noch befehligte das Exekutivkomitee der PLO die PLA, da deren Brigaden in Syrien, Ägypten, Jordanien u. dem Irak stationiert waren. Dass Honecker sich entschied, nicht die PLA als Armee der PLO zu unterstützen, lief der völkerrechtlichen Argumentation der DDR zuwider, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1891/86, Bericht, 27. 01. 1976; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 5881/90, Bericht, 03. 02. 1966; Protocol Additional to the Geneva Conventions (Protocol I), 08. 06. 1977, in: Haupt/Haumer/Fischer, International Humanitarian Law, S. 503–590, Protocol Additional to the Geneva Conventions (Protocol II), 08. 06. 1977, Art. 1–28, in: ebd., S. 591–603; Ipsen, Völkerrecht, S. 1208–1210; Sassòli, Armed Groups, S. 9–13; Rubin, Combatancy, S. 168–185; Tomuschat, Insurgent Movements, S. 573–591; Clapham, Non-State Actors, S. 271–287; Arend/Beck, Use of Force, S. 168–173; Oeter, Terrorism, S. 450–479; Daase, Wandel, S. 135–152; Saul, Defining Terrorism, S. 76–82; Sandoz/Swinarski/Zimmermann, Geneva Convention, S. 389, 409, 506, 1447.

320 Vgl. Art. 1–3, 8, 25–27 der PLO-Charta 1968, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 145 f., 150.

321 Die palästinensische Abhängigkeit von arabischen Staaten zeigt sich bereits daran, dass ein Palästinenser keinen palästinensischen Pass besaß, sondern ein syrisches, ägyptisches, irakisches, jordanisches, algerisches, marokkanisches, jemenitisches, libysches, kuwaitisches, saudi-arabisches, tunesisches o. libanesisches Dokument bzw. eine in einem dieser Länder ausgestellte Identitätsbescheinigung als Staatenloser. Vgl. insgesamt Sayigh, Struggle, S. 188–261; ders., Palestinians, S. 153 f.; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 195–197, 202; Shemesh, Founding, S. 126–130; Quandt, Nationalism, S. 76–78, 88–93; Jabber, Palestinian Resistance, S. 186–198; Nassar, Palestine Liberation

2. Der Maßnahmenplan des Politbüros für die Beziehungen der DDR mit der „Palästinensischen Widerstandsbewegung" 1970

Da die DDR bereits die „nationalistische" Zielstellung sowie die uneinheitliche Struktur der PLO unter Ahmad Shuqairi als hinderlich für eine Vertiefung der Beziehungen mit ihr ansah, hätte die Übernahme der PLO durch die Fatah und Jassir Arafats Vorsitz im Exekutivkomitee jeden Kontakt mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation unwahrscheinlicher machen müssen. Die Informationen, die 1968/69 aus den Auslandsvertretungen in Ost-Berlin über die neue PLO eingingen, hoben alle hervor, es gebe nun eine noch extremere Ablehnung Israels und eine viel heterogenere Zusammensetzung als zuvor. Die DDR beurteilte zudem die Mehrzahl der linken, prosozialistischen palästinensischen Gruppen als pseudomarxistisch[322]. Das wichtigste Mitglied der PLO war aus Sicht der SED aber besonders problematisch: Arafats Fatah bestand aus ehemaligen Kommunisten, Mitgliedern der Muslimbruderschaft sowie Islamisten mit „nationalchauvinistischen Ansichten" und unterhielt sehr gute Beziehungen mit China. Außerdem traf die Fatah keine Aussage über den „Klassencharakter" des zukünftigen palästinensischen Staates und bekannte sich damit im Gegensatz zu vielen anderen palästinensischen Organisationen auch nicht explizit zum Sozialismus[323]. Die Fatah wurde darüber hinaus spätestens seit Ende der 1960er Jahre durch antikommunistisch-„reaktionäre" Monarchien am Golf und von Saudi-Arabien finanziert[324].

Trotz dieser Lage hatte der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR im Oktober 1969 entschieden, dass ausgewählten „palästinensischen Widerstandsorganisationen" *und* der PLO ab 1970 Solidaritätshilfen im Wert von 750 000 Mark zu übergeben waren und Ost-Berlin neue, politische Kontakte mit Teilen der palästinensischen Widerstandsbewegung aufbauen sollte[325]. Dieses MfAA-Papier vom Oktober 1969 war allerdings noch kein endgültiger Beschluss. Erst der „Maßnahmenplan für die Entwicklung der Beziehungen der DDR zur Palästi-

Organization, S. 115–118; Ben-Dor, Sovereignty, S. 143–153; Schueftan, Palestinians, S. 130–132.

322 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Notizen, o. D., Bl. 226–237; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Bericht der Botschaft Damaskus an das MfAA, 12. 11. 1969, Bl. 243–259; PA-AA, Bestand MfAA, B 5.622, Schreiben der Botschaft Kairo an das MfAA, 15. 09. 1969.

323 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Bericht der Botschaft Damaskus an das MfAA, 12. 11. 1969, Bl. 244–249; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 13. 02. 1969, Bl. 163–167.

324 Vgl. Alexander, Secular Terrorism, S. 20f.; Selim, Nonstate Actor, S. 269; Jabber, Palestinian Resistance, S. 187f. Vgl. auch PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Bericht der Botschaft Damaskus an das MfAA, 12. 11. 1969, Bl. 244–249; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 13. 02. 1969, Bl. 163–167.

325 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.665, Entwurf einer Vorlage, 06. 10. 1969, Bl. 6–15; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Bericht der Botschaft Damaskus an das MfAA, 12. 11. 1969, Bl. 244–249; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 13. 02. 1969, Bl. 163–167.

nensischen Widerstandsbewegung", den das Politbüro der SED Ende April 1970 verabschiedete, beendete die Entscheidungsfindung über die neue ostdeutsche PLO- und Palästinapolitik nach der Wahl Jassir Arafats zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees[326]. Erstmals seit 1949 hatte die SED nun eine offizielle Festlegung zur Außenpolitik der DDR in der Palästinafrage respektive den Beziehungen zu palästinensischen Gruppierungen getroffen. Das Politbüro orientierte sich an den Vorgaben des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten.

Die „progressive" Einflussnahme auf die Widerstandsbewegung der Palästinenser

Die SED entschied am 28. April 1970 nicht, dass die DDR mit *der* PLO vertiefende Kontakte herstellen sollte. Denn unter der palästinensischen Widerstandsbewegung verstand die Ost-Berliner Parteiführung die Gesamtheit aller palästinensischen Gruppen. Expressis verbis tauchte die PLO nur an einer Stelle des Politbürodokumentes auf, nämlich als eine mögliche Eröffnung von Agitationsbüros der PLO sowie „anderer palästinensischer Organisationen" ausdrücklich abgelehnt wurde. Für die SED-Führung stand die PLO als „Befreiungsfront" semantisch wie politisch gleichrangig neben „anderen palästinensischen Organisationen"[327]. Ulbricht differenzierte bewusst. Er betonte beispielsweise nicht, dass „insbesondere" oder „vorrangig" mit *der* Palästinensischen Befreiungsorganisation Beziehungen gefestigt werden sollten. Denn die SED wollte die bestehenden politischen Verhältnisse innerhalb der palästinensischen Widerstandsbewegung nicht fördern, sondern sie verändern. Der „Klassenstandpunkt" der „Befreiungsfront" der Palästinenser, den die Fatah maßgeblich prägte, weil sie die stärkste aller Gruppen war, wurde als so problematisch befunden, dass die SED das Ziel vorgab, „revolutionär progressive" Kräfte anzuleiten, um die „Elemente mit nationalistischer, linksextremistischer oder bürgerlich-reaktionärer Grundhaltung" immer weiter „zurückzudrängen"[328].

Angelika Timm beachtet bei ihrer Einschätzung nicht den exakten Kontext der Quelle und gibt den Inhalt des Maßnahmenplans falsch wieder. Die DDR wollte

[326] Zum Maßnahmenplan vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1281, Anlage 10 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 28. 04. 1970, Bl. 160–162; Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 470; Timm, Davidstern, S. 271; Polkehn, DDR, S. 34f.; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 309f.

[327] Die Feststellung bei Storkmann, Solidarität, S. 7, die DDR habe „konsequent" nur von Befreiungsbewegungen gesprochen und diese seien per se als progressiv charakterisiert worden, ist insofern ebenso zu undifferenziert. Sehr wohl arbeitete die DDR auch mit dem Terminus der Befreiungsorganisation. Sie war gleichsam die von Ost-Berlin anerkannte, legitime Repräsentantin einer Befreiungsbewegung, u. die Bewegung die Gesamtheit aller Kräfte eines gegen seine Unterdrückung kämpfenden Volkes. Nur die anerkannte Befreiungsorganisation war im Sinne der SED-Ideologie progressiv. Innerhalb der Befreiungsbewegung gab es durchaus auch „reaktionäre" Teile. Die Aufgabe war es, die antiimperialistischen Kräfte an die Spitze der Bewegung zu führen u. dabei die ihnen entgegenstehenden Kräfte zu bezwingen.

[328] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1281, Anlage 10 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 28. 04. 1970, Bl. 160–162.

nicht „mit der PLO“ auf das „Geschehen in der Region“ Einfluss nehmen, um nationalistische und extremistische Tendenzen zurückzudrängen, sondern sie wollte *in* der palästinensischen Widerstandsbewegung und nicht zuletzt auch *in* der PLO ideologisch „reaktionäre“ Kräfte bekämpfen[329]. Der Beschluss des Politbüros der SED zielte nicht auf die exklusive Unterstützung der PLO, sondern versuchte vielmehr der quantitativen und qualitativen Heterogenität palästinensischer Organisationen, die nach 1967 entstanden waren, Rechnung zu tragen. Dabei ging es nicht darum, ausschließlich mit der Führung der PLO – also der Fatah – zu sprechen, sondern um die Einflussnahme auf die palästinensische Widerstandsbewegung gemäß den diagnostizierten ideologischen Problemen. Das Budget des AASK von 500 000 Mark sollte als Finanzierungsgrundlage für die Unterstützung der „progressiven“ Kräfte der palästinensischen Widerstandsbewegung eingesetzt werden. Dieses Kapital kam insofern nicht *der* PLO/Fatah, sondern den „fortschrittlichen“ Gruppen zugute[330].

Außerdem – und auch hier stimmte das Politbüro dem MfAA-Papier zu – bekannte sich die SED nicht zu einer nationalen Befreiungsorganisation der Palästinenser, sondern wollte die antiimperialistischen Teile der palästinensischen Widerstandsbewegung anleiten, um sie zu einer „Abteilung“ des arabischen Klassenkampfes zu formen. Die SED-Führung wollte weder eine nationale Befreiungsorganisation der Palästinenser unterstützen noch durfte die palästinensische Widerstandsbewegung gegen sogenannte fortschrittliche arabische Regierungen opponieren oder den Beziehungen der DDR mit arabischen Staaten im Weg stehen. Die Palästinenser sollten sich stattdessen in ein vermeintlich einheitliches arabisches Palästinakonzept integrieren. Sie hatten sich den Interessen der arabischen Länder zu beugen, obwohl – und dies war ein Widerspruch – das Politbüro alle bis dahin getroffenen relevanten Beschlüsse der Regierung der DDR „zu den Rechten des arabischen Volkes von Palästina“ als eine „Grundlage“ des Maßnahmenplans bezeichnete, also auch das von Walter Ulbricht im März 1965 anerkannte Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Nach Meinung des Politbüros gab es somit zwar ein palästinensisches Volk, aber Jassir Arafat war trotz seiner Funktion als Vorsitzender des Exekutivkomitees der PLO nicht als dessen allein rechtmäßiger Vertreter anerkannt. Insofern kämpfte die PLO in den Augen der SED-Führung auch nicht als autonome Formation für einen eigenen Staat, den die arabischen Regierungen ablehnten.

Stefan Meining erkennt im Maßnahmenplan der SED ein pauschales Bekenntnis des Politbüros zur Fatah-geführten PLO, das auf ein Signal aus dem Kreml zurückgegangen sei, ausgesandt nach dem ersten eigenständigen Aufenthalt Jassir Arafats in Moskau im Februar 1970[331]. Auch wenn das Konzept der Ost-Berliner Parteispitze im Frühjahr 1970 gerade nicht auf die PLO fokussiert war, spricht für

[329] Vgl. Timm, Davidstern, S. 271.

[330] Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 310, vernachlässigt den Wortlaut des Maßnahmenplans, wenn er behauptet, „die PLO“ sei Empfänger der festgelegten Solidarität im Gegenwert von 500 000 Mark gewesen.

[331] Vgl. ebd., S. 309f. Vgl. ebs. Polkehn, DDR, S. 34f., der den Maßnahmenplan gleichsetzt mit einer ostdeutschen Unterstützung „der palästinensischen Führung“.

Meinings Befund, die SED sei einer Aufforderung der KPdSU gefolgt, dass Walter Ulbricht prinzipiell mit dem Maßnahmenplan nur festlegte, was zuvor die Sowjetunion beschlossen hatte: Moskau förderte die „Widerstandsbewegung" der Palästinenser, die sich in den gesamtarabischen Kampf gegen Israel einordnen musste. Die KPdSU erkannte also ebenfalls nicht die PLO als alleinige rechtmäßige Repräsentantin des palästinensischen Volkes an[332]. Das MfAA hatte bereits im Oktober 1969 betont: „Laut Auskunft des sowjetischen Botschafters in Beirut hat die UdSSR auf ihrer Botschafterkonferenz am 19. 8. 1969 in Moskau ihre Haltung zur palästinensischen Widerstandsbewegung überprüft und beschlossen, Kontakte zu einzelnen Führern der Widerstandsorganisationen aufzunehmen und verstärkte Hilfe (auch Waffenlieferungen) zu gewähren."[333]

Die Sowjetunion differenzierte so wie die DDR zwischen der PLO und den Widerstandsorganisationen der Palästinenser, also beispielsweise der Fatah, der PFLP, der DFLP und der Saiqa, wobei man gerade nicht *die* PLO förderte, sondern separaten Kontakt zu den „Führern" der diversen Organisationen der palästinensischen Befreiungsbewegung aufnehmen wollte. Die sowjetische Seite wies schon im Herbst 1969 explizit darauf hin, dass „es zurzeit eine ganze Reihe selbstständiger politischer Organisationen der palästinensischen Befreiungsbewegung gebe (man spreche davon, dass 10, 15 ja sogar 80 derartiger Organisationen existieren) und jede versuche, sich als Vertreterin der gesamten Bewegung auszugeben"[334]. Es gehe darum, so schrieb die DDR-Botschaft aus Moskau, „dass eine einheitliche Bewegung auf der Grundlage einer einheitlichen Plattform entsteht. Wenn Arafat nach Moskau eingeladen wurde, so geschah dies unter diesem Gesichtspunkt und aus der Kenntnis, dass er an der Spitze der einflussreichsten Organisation der Bewegung steht."[335]

Arafat war also im Februar 1970 als Fatah-Vorsitzender in den Kreml eingeladen worden, weil die Fatah die mächtigste Organisation der gesamten Bewegung war und nicht, weil Moskau Arafat als „Präsidenten" der PLO anerkannte. Die Sowjetunion wollte die verschiedenen palästinensischen Widerstandsorganisationen in einer „fortschrittlichen Plattform" vereinen, die allerdings keine nationale palästinensische Befreiungsorganisation werden sollte, weil 1970 weder die KPdSU noch die arabischen Regierungen die Gründung eines unabhängigen arabischen Staates der Palästinenser – das Ziel der Fatah sowie der PLO-Charta – unterstützten. Vielmehr galt es, eine „progressive Bewegung" zu formen, die sich den „antiimperialistischen Interessen" der bestehenden arabischen Länder und der UdSSR unterordnete anstatt konfrontativ und fordernd aufzutreten[336].

[332] Der Kreml erkannte die PLO erst 1978 als die allein rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes an, vgl. Golan, Soviet Union and the PLO, S. 22–24; dies., Uneasy Alliance, S. 14.

[333] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.665, Entwurf einer Vorlage, 06. 10. 1969, Bl. 12.

[334] So PA-AA, Bestand MfAA, C 312/73, Bericht der Botschaft Moskau an das MfAA, 25. 02. 1970, Bl. 5.

[335] So ebd.

[336] Vgl. Golan, Uneasy Alliance, S. 27 f.; dies., Soviet Union and the PLO, S. 1–4, 22; Dannreuther, Soviet Union, S. 41–47.

Anfang März 1970 wurde offenbar, wie die Sowjetunion sich diesen Prozess vorstellte, als sie eine eigene „antiimperialistische" palästinensische Widerstandsorganisation innerhalb der palästinensischen Widerstandsbewegung gründete: die Ansar[337]. Sie entstand offiziell auf Beschluss der Kommunistischen Parteien Jordaniens, Syriens, des Libanon und des Irak. Der koordinierende Einfluss der KPdSU war allerdings unverkennbar[338]. Damit existierten gemäß der ideologischen Wahrnehmung der SED zwei progressive Gruppen: die Saiqa, die von der syrischen Regierung kontrolliert wurde, nicht von der syrischen Kommunistischen Partei, und die neu gegründete, von Kommunisten geführte Ansar. Diese blieb – ähnlich der Saiqa – ohne palästinensische Unterstützung und damit im Wesentlichen bedeutungslos. Die Mitgliedschaft in der PLO wurde ihr aufgrund der sowjetischen Einflussnahme verweigert[339]. „In fact the group neither gained respectability among the Palestinians nor achieved much in realm of resistance."[340]

Walter Ulbricht wiederum hatte bereits im Januar 1970 deutlich gemacht, wie der spätere Beschluss des Politbüros der SED umgesetzt werden sollte. Vier Monate vor dem Maßnahmenplan genehmigte er der Saiqa, der prosyrischen Teilgruppe der PLO, Waffen und Munition zu liefern[341]. Diese Unterstützung – eine der ersten bekannten größeren „nichtzivilen" Leistungen der DDR an eine palästinensische Gruppierung – kam somit ausdrücklich nicht *der* PLO und auch nicht der Fatah, der DFLP oder der PFLP zugute. Schon im Januar 1970 entsprach die bürokratische Verfahrensweise dem im April parteioffiziell festgelegten Verfahren. Der Minister für Nationale Verteidigung der DDR schrieb dem Vorsitzenden des Ministerrates Mitte Januar 1970: „Am 15. 1. 1970 habe ich auf Weisung des 1. Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, Genossen W. Ulbricht, ein Gespräch mit dem Leiter des Militärbüros der Saika-Organisation über Fragen der Unterstützung der syrischen Befreiungsbewegung seitens der DDR im Kampf gegen den israelischen Imperialismus geführt. […] Ich bitte, über die Hilfeleistung durch kostenlose Lieferung den Beschluss des Ministerrates herbeizuführen und Finanzen bereitzustellen."[342] Angeboten wurden demnach unter anderem 3000 Maschinenpistolen, 10 000 Handgranaten und 5,5 Millionen Schuss Munition[343]. Der ostdeutsche Verteidigungsminister betonte ausdrücklich, was man sich von dieser Hilfe versprach: „Der hohe angemeldete Bedarf an Schützen-

337 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 248 f.; Golan, Uneasy Alliance, S. 12; dies., Soviet Union and the PLO, S. 1 f., 16; Freedman, Moscow, S. 45.

338 Vgl. ebd.; Sayigh, Struggle, S. 248–251; Golan, Uneasy Alliance, S. 12; dies., Soviet Union and the PLO, S. 1 f., 16; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 310.

339 Vgl. Golan, Uneasy Alliance, S. 12; dies., Moscow and the PLO, S. 123; Freedman, Moscow, S. 45.

340 So Golan, Uneasy Alliance, S. 12.

341 Vgl. BArch, DVW 1/115538, Schreiben des MfNV an Willi Stoph, 19. 01. 1970, Bl. 1.

342 So ebd.

343 Vgl. ebd. Die „Bedarfsliste" der Saiqa umfasste 20 000 Gewehre, 1000 Maschinengewehre, etwa 2000 Panzerfäuste, gut 300 Granatwerfer, 200 Flak-MG, 120 000 Handgranaten, Sprengstoff verschiedener Art u. Infrarot-Aufklärungsgeräte, vgl. BArch, DVW 1/115538, Anhang zum Schreiben der Abt. Internationale Verbindungen des MfNV an den Chef des Hauptstabes, 28. 04. 1970, Bl. 42.

waffen erklärt sich aus der erhöhten Bedeutung, die der Saika-Organisation von der syrischen Baath-Partei beigemessen wird. […] Die Organisation wird […] in der Lage sein, eine wichtige Rolle zugunsten der progressiven arabischen Staaten bei der innenpolitischen Krisensituation in Jordanien zu spielen. Es ist zu vermuten, dass die in der Bedarfsliste aufgeführten Schützenwaffen vor allem für diese Milizorganisation vorgesehen sind. […] Nach Meinung des Militärattachés der Botschaft der DDR in der SAR sollte die Saika-Organisation im Rahmen der guten Beziehungen zwischen der DDR und der SAR sowie zwischen der SED und der syrischen Baath-Partei weiterhin unterstützt werden."[344]

Ulbricht half somit während der im Verlauf des Jahres 1970 eskalierenden Gewalt gegen Arafat und die einzelnen palästinensischen Gruppen nicht der PLO, sondern nur dem „progressivsten" Teil der palästinensischen Widerstandsbewegung[345]. Mit anderen Worten: Ost-Berlin wollte den Einfluss Syriens auf die Palästinensische Befreiungsorganisation und die gesamte Bewegung stärken, die „bourgeoise" Fatah-Position unterminieren und zur Destabilisierung des „reaktionären" Jordaniens beitragen. Die Kooperation mit der Ansar erfolgte nach einem ähnlichen Muster. Nachdem Moskau die Gruppe gegründet hatte, erklärte der Militärattaché der DDR in Syrien: „Für die sozialistischen Staaten ergibt sich meines Erachtens die Notwendigkeit, die Partisanenstreitkräfte politisch, moralisch und materiell direkt zu unterstützen, wobei ein Abbruch der Hilfe für die […] PLO, die zurzeit noch über die stärksten Potenzen des Widerstandskampfes verfügt, vermieden werden sollte. […] Am 8. 3. 1970 hat sich der Chef der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas, Hawatmeh, an den Botschafter gewandt, nachdem zuvor ein solches Gespräch mit unserem Botschaftsrat in Kairo stattgefunden hat, um u. a. die Lieferung von Waffen und die militärische Ausbildung von Kadern in der DDR zu erbitten, wozu der Botschafter die Weiterleitung dieser und anderer Bitten und Vorschläge zugesagt hat."[346]

Die PLO, so der ostdeutsche Militärattaché, verfügte im Frühjahr 1970 „noch" über die „stärksten Potenzen des Widerstandskampfes". Aber er sprach sich dafür aus, dringend die kommunistische Ansar zu unterstützen. Die „Hilfe" für Arafat sei zwar vorerst nicht abzubrechen, aber „politisch, moralisch und materiell" opportun war aus Sicht des Militärattachés, die antiimperialistisch-fortschrittlichen Kräfte des palästinensischen Widerstandes zu fördern. Es war nicht das Ziel, eine kommunistische Parallel-PLO aufzubauen, sondern es ging darum, die „bürgerlichen" Einflüsse der Fatah durch mehr Unterstützung für noch schwache progressive Gruppen zu bekämpfen. Exakt auf diese „fortschrittliche" Umgestaltung der PLO zielte der Inhalt des Maßnahmenplans des SED-Politbüros. Insofern kann er keineswegs als eine Unterstützung der PLO und Jassir Arafats bewertet werden.

[344] So ebd., Bl. 37.

[345] Zu den Kämpfen in Jordanien vgl. Sayigh, Struggle, S. 262–281; Tessler, Conflict, S. 456–464.

[346] So BArch, DVW 1/115538, Schreiben des Militärattachés in Syrien an das MfNV, 01. 04. 1970, Bl. 39. Vgl. auch Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 310f.

Die Bonner „Bemühungen" um die Palästinenser aus Sicht der SED

Beachtung verdient, dass das Politbüro im April 1970 ein Motiv für die Verabschiedung des Maßnahmenplans explizit hervorhob: Die SED-Führung sah sich veranlasst, „Bemühungen der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik, Einfluss auf die palästinensischen Widerstandsorganisationen zu nehmen, entgegenzuwirken"[347]. Insofern gingen entscheidende Impulse für die Palästinapolitik der SED im April 1970 von der Haltung Bonns aus. Klaus Polkehn, Angelika Timm und Stefan Meining ignorieren in ihren Darstellungen diesen westdeutschen Aspekt des Maßnahmenplans, obwohl er ausdrücklich in einer Quelle genannt wird, auf die auch sie sich berufen[348]. Zweierlei machte es im April 1970 für das Politbüro erforderlich, den westdeutschen „Bemühungen" um die Palästinenser zu begegnen: die eigenen diplomatischen Erfolge im arabischen Raum und die von Bonn neu ausgerichtete Nahostpolitik.

Anfang des Jahres 1970 unterhielt die DDR zum ersten Mal seit 1949 mit sechs Staaten offizielle bilaterale Beziehungen, die keine befreundeten sozialistischen Länder waren: Kambodscha, Irak, Sudan, Syrien, Südjemen und Ägypten[349]. 1969 war es Ulbricht gelungen, die fast 20 Jahre andauernde Periode der internationalen Nichtanerkennung des SED-Regimes zu beenden[350]. Dieser Erfolg hatte allerdings nichts mit der Arafat-geführten PLO oder den nach 1967 neu entstandenen palästinensischen Gruppen zu tun. Die Umbrüche und unübersichtlichen Entwicklungen in der Palästinensischen Befreiungsorganisation verhinderten auch nach dem Sechstagekrieg, dass die DDR die PLO direkt im Anerkennungskampf für ihre Interessen nutzen konnte. Ost-Berlin verhielt sich ihr gegenüber distanziert. „Das Ministerium [für Auswärtige Angelegenheiten] hält in der gegenwärtigen Situation enge, regelmäßige Kontakte zu palästinensischen Organisationen nicht für zweckmäßig und hat die Vertretungen im arabischen Raum angewiesen, diesbezüglich keine Initiative zu ergreifen. Bei Unterstützungssendungen soll auf die politische und materielle Solidarität der DDR gegenüber den von der israelischen Aggression betroffenen Staaten verwiesen werden, die auch den Palästinensern zugute kommt", so das MfAA in einer Stellungnahme an das ZK der SED im November 1967[351]. Waffenlieferungen an die PLO lehnte man 1967 ab[352].

[347] So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1281, Anlage 10 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 28. 04. 1970, Bl. 161.

[348] Vgl. Polkehn, DDR, S. 34f.; Timm, Davidstern, S. 271; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 309f.

[349] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 286f.; ders., Außenpolitik, S. 394f.; Kielmansegg, Land, S. 202; Kupper, Tätigkeit, S. 66–78; Troche, Ulbricht, S. 74.

[350] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 286f.; ders., Außenpolitik, S. 394f.; Kupper, Tätigkeit, S. 30–52; Troche, Ulbricht, S. 74–77; Perthes, Beziehungen, S. 101.

[351] So SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/859, Schreiben des MfAA an die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 14. 11. 1967, Bl. 17. Vgl. auch Polkehn, DDR, S. 33. Vgl. auch die Kritik des Arabischen Gewerkschaftsbundes an der mangelnden Unterstützung der DDR: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/859, Vermerk, 15. 03. 1968, Bl. 29–37.

[352] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.665, Schreiben des MfAA an Erich Honecker, 17. 08. 1967, Bl. 61. Storkmann, Solidarität, S. 245–256, erklärt, die DDR habe die FRELIMO erstmals 1967 militärisch unterstützt.

Nichtsdestotrotz spielten die Palästinenser als ideologische Projektionsfläche des Opfers einer imperialistisch-zionistischen Aggression im Juni 1967 und danach eine große Rolle für die ostdeutsche Propaganda im Kampf um die eigene Anerkennung. Während des Junikrieges 1967 hatten die verbalen Stellungnahmen gegen Israel an Schärfe wesentlich zugenommen und trugen erstmals seit dem Vorgehen gegen Paul Merker 1952 wieder antisemitische Züge[353]. Diese im Unterschied zu den anderen sozialistischen Staaten augenfällige Radikalität gegenüber dem jüdischen Staat war nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass die DDR 1967 als Zeichen ihrer Ablehnung der israelischen Politik die politischen Beziehungen nicht abbrechen konnte, so wie Moskau und andere sozialistische Staaten; denn offizielle Kontakte zu Israel bestanden nicht[354].

Ab 1967 hatte Ulbricht auch viel mehr solidarische Hilfe für die Palästinenser bereitstellen lassen als in den Vorjahren. Im Vergleich zu den Leistungen für Südafrika oder zugunsten anderer Befreiungsorganisationen wandte man bei den Palästinensern rund das Zehnfache auf. Zwischen 1967 und 1969 wurden Mittel im Wert von etwa sieben Millionen Mark an die Liga der arabischen Staaten beziehungsweise die ägyptische und die syrische Regierung ausgezahlt[355]. Die aufgestockte „Palästinasolidarität" war Teil der von Ost-Berlin nach 1967 begonnenen präzedenzlosen Nahostinitiative, mit der man nun endlich die Anerkennung der arabischen Regierungen erzwingen und aus eigener Kraft versuchen wollte, mit politischem Druck und hoher Entwicklungshilfe zu einem Austausch von Botschaftern mit den arabischen Staaten zu gelangen. Diese Maßnahmen konzentrierten sich vor allem auf Ägypten[356]. Die diplomatischen Durchbrüche des SED-Staates im Nahen Osten waren 1969 aber nicht primär ein Erfolg eigener Leistung, sondern standen im Zusammenhang mit „dem Bedürfnis der nahöstlichen Staaten, sich enger an die Sowjetunion anzulehnen" und der sich daraus ergebenden sowjetischen Einflussnahme „zugunsten ihres ostdeutschen Klientenstaates"[357]. Trotz aller propalästinensischer verbaler Schärfe und umfassender Finanzhilfen zugunsten der Flüchtlinge waren diese Zahlungen für die diplomatischen Anerkennungen der DDR 1969 nicht unmittelbar von Bedeutung.

[353] Vgl. Wiesenthal, Sprache, S. 12–20. Vgl. auch Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 299 f., 305 f.; Timm, Antisemitism, S. 9–14; dies., Davidstern, S. 116–126, 217–223; Herf, Divided Memory, S. 108–169; ders., Undeclared Wars, S. 51–59; Troche, Ulbricht, S. 64–66; Degras, Neues Deutschland, S. 114–136.

[354] Vgl. Illichmann, DDR, S. 197–214; Timm, Davidstern, S. 208–222. Zur sowjetischen Entscheidung des Abbruchs u. zu den Anfang der 1990er Jahre wiederaufgenommenen Beziehungen vgl. Primakov, Arabs, S. 259, 284–296.

[355] Vgl. BArch, DZ 8/177, Bericht, 28. 10. 1971; BArch, DZ 8/177, Vorlage, 06. 11. 1969. Der ANC erhielt zwischen 1961 u. 1967 Solidaritätsmittel in Höhe von 850 000 Mark, vgl. BArch, DZ 8/33, Überblick über die finanzielle u. materielle Unterstützung für den ANC, o. D. Die PAIGC wurde zwischen 1960 u. 1968 mit Leistungen im Wert von etwa 700 000 Mark unterstützt, vgl. BArch, DZ 8/164, Solidarität für PAIGC, o. D., ca. 1968; End, Außenpolitik, S. 128.

[356] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 278–287; Troche, Ulbricht, S. 53, 71–84; Lamm/Kupper, DDR, S. 56 f., 154–170; End, Außenpolitik, S. 128 f.; Kupper, Tätigkeit, S. 57–66; Storkmann, Solidarität, S. 204–209.

[357] So Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 287. Vgl. auch ders., Außenpolitik, S. 394–396; Troche, Ulbricht, S. 50 f.; Hafez, Systempolitik, S. 82 f.

Die außenpolitischen Erfolge Ost-Berlins gelangen, als in Bonn die sozialliberale Regierung Brandt/Scheel die Große Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger abgelöst hatte[358]. Am 21. Oktober 1969 wurde Willy Brandt zum vierten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland ernannt. Seine erste Regierungserklärung machte deutlich, dass die neue Bundesregierung einen Wechsel in der Außen- und Deutschlandpolitik vollziehen wollte. Die „Neue Ostpolitik" war Regierungsauftrag[359]. Auch wenn im Herbst 1969 erstmals ein Bundeskanzler von der DDR als einem zweiten deutschen Staat gesprochen hatte, war dies keine völkerrechtliche Anerkennung des SED-Regimes. Gerade weil eine solche vollständige Anerkennung der DDR nicht Absicht der Bundesregierung war, galt es, rasch zu handeln. Noch standen Abkommen aus, die nicht nur das besondere Verhältnis beider deutscher Staaten zueinander, sondern auch die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion sowie Polen und der Tschechoslowakei regelten; bekam die DDR aber vor Abschluss dieser von der Bundesrepublik angestrebten Verhandlungen von der internationalen Gemeinschaft Legitimität in Form weiterer Anerkennungen zugesprochen, erschwerte dies die von Bonn verfolgte Konzeption[360]. „Die Gefahr einer Kettenreaktion", also weiterer diplomatischer Erfolge Ost-Berlins, war daher 1969 offensichtlich[361].

Die westdeutschen humanitären „Bemühungen" gegenüber den Palästinensern, die das SED-Politbüro Anfang 1970 hervorhob, hatten tatsächlich einen großen Umfang und waren zugleich politisch gegen die DDR gerichtet: Die Bundesrepublik zahlte 1969 die erste Rate eines 1967 beschlossenen 50-Millionen-Sonderfonds für das palästinensische Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen in Höhe von 11,6 Millionen DM aus[362]. Bis 1972 folgten jährlich zwischen 11,5 und 11,7 Millionen DM[363]. Zusätzlich nahm die Bundesrepublik ab 1969 ihre regelmäßigen, regulären Beitragszahlungen an die UNRWA in Höhe von rund drei

[358] Vgl. Schmidt, Willy Brandts Ost- und Deutschlandpolitik, S. 187–200; Kielmansegg, Land, S. 202; Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 276–330, 350–362; Görtemaker, Bundesrepublik Deutschland, S. 538–540; Bender, Deutschlands Wiederkehr, S. 136–151; ders., Neue Ostpolitik, S. 133–163.

[359] Vgl. Schmidt, Willy Brandts Ost- und Deutschlandpolitik, S. 200–223; Lorenz, Brandt, S. 155–167; Conze, Sicherheit, S. 425–446; Bender, Neue Ostpolitik, S. 140–144, 161–173; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 24–27; Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 319–323, 350 f.; ders., Außenpolitik, S. 396 f.; Troche, Ulbricht, S. 85–87; Kielmansegg, Land, S. 200–204; Görtemaker, Bundesrepublik Deutschland, S. 538–540; End, Außenpolitik, S. 68–72.

[360] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 350 f.; ders., RDA, S. 36 f.; Schmidt, Willy Brandts Ost- und Deutschlandpolitik, S. 187–223; Kielmansegg, Land, S. 197–204; Conze, Sicherheit, S. 446–453; Görtemaker, Bundesrepublik Deutschland, S. 538–540; Bender, Neue Ostpolitik, S. 118–154, 161–199; ders., Deutschlands Wiederkehr, S. 145–173; Lamm/Kupper, DDR, S. 58–60; Kilian, Hallstein-Doktrin, S. 347–352; End, Außenpolitik, S. 68–72; Das Gupta, Ulbricht am Nil, S. 131–133.

[361] Vgl. Kielmansegg, Land, S. 202; Görtemaker, Bundesrepublik Deutschland, S. 538–540; Troche, Ulbricht, S. 78 f.; Kilian, Hallstein-Doktrin, S. 347–352; Schmidt, Willy Brandts Ost- und Deutschlandpolitik, S. 199 f.; Bender, Neue Ostpolitik, S. 163–174.

[362] Vgl. Defrates, UNRWA, S. 125; Kilian, Hallstein-Doktrin, S. 159.

[363] Vgl. Defrates, UNRWA, S. 125.

Millionen US-Dollar pro Jahr auf[364]. In den vier Jahren zwischen 1969 und 1972 ergab sich somit eine jährliche Summe westdeutscher UNRWA-Hilfe von annähernd 13 Millionen DM. Bis 1972 stellte die Bundesregierung damit insgesamt circa 60 Millionen DM zur Verfügung. Wie signifikant diese Ausgaben angestiegen waren, zeigt ein Vergleich: Zwischen 1952 und 1968 hatte Bonn der UNRWA insgesamt lediglich 30 Millionen DM gezahlt[365].

Die Absicht, die die Bundesregierung mit der 1969 deutlich gesteigerten UNRWA-Hilfe verfolgte, war in doppelter Hinsicht deutschlandpolitisch motiviert, auch wenn es um den Nahen Osten und die Palästinenser ging. Die noch von Kiesinger geführte Koalition, der Willy Brandt als Außenminister angehörte, wollte durch die Mittel zugunsten der UNRWA ein proarabisches Zeichen setzen; die Mitglieder der Arabischen Liga sollten ihre vollen diplomatischen Beziehungen wiederherstellen. Alle arabischen Staaten, außer Marokko, Tunesien und Libyen, hatten Bonn 1965 mit dem Abbruch der bilateralen Kontakte abgestraft, als Bundeskanzler Erhard im Zusammenhang mit dem Ulbricht-Besuch in Kairo bekannt gegeben hatte, dass die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen mit Israel aufnehmen werde[366]. Zugleich sollte mit der UNRWA-Hilfe 1969 die fortschreitende Anerkennung der DDR aufgehalten oder zumindest verlangsamt werden. Die Bundesregierung versuchte 1969/70, die eigene außenpolitische Stärke im Nahen Osten zurückzuerlangen und weitere Anerkennungserfolge der DDR zu unterbinden, um – nach den ersten diplomatischen Durchbrüchen Ost-Berlins – die politische Lage zugunsten Bonns zu stabilisieren. Diese Strategie bot Schutz davor, nicht von einer Entwicklung überholt zu werden, die erst später, unter westdeutschen Vorzeichen eintreten sollte: der bundesdeutschen Anerkennung eines zweiten deutschen Staates[367].

Schon 1967 hieß es aufseiten der Bundesregierung über die UNRWA-Sonderhilfen, sie seien konzipiert, „um dem politischen Vordringen Ost-Berlins im Nahen Osten entgegenzuwirken und die Voraussetzungen für die Wiederherstellung unserer eigenen Position zu schaffen“[368]. In Vorbereitung eines Sprechzettels für den damaligen Bundesaußenminister Brandt hielt das Auswärtige Amt im Januar 1967 fest: „Seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehung im Mai 1965 ist unsere politische Position in der arabischen Welt stark gefährdet. Die SBZ nutzt unsere Abwesenheit zum Ausbau ihrer eigenen Position aus. […] Sie setzt dabei

364 Vgl. die OECD-Angaben unter http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TABLE2A (24. 07. 2012).

365 Vgl. Defrates, UNRWA, S. 125; Jelinek, Deutschland und Israel, S. 366f.; Buettner, Even-Handedness, S. 129.

366 Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 278–287; Kilian, Hallstein-Doktrin, S. 141–147, 159; Görtemaker, Bundesrepublik Deutschland, S. 409–413; Troche, Ulbricht, S. 80–84; Seelbach, Beziehungen, S. 136–141, 162; Perthes, Beziehungen, S. 101; Weingardt, Nahostpolitik, S. 154–159; Jelinek, Deutschland und Israel, S. 457–463; Hansen, Katastrophe, S. 762–766; Ben-Natan, Chuzpe, S. 117–132.

367 Vgl. Schmidt, Willy Brandts Ost- und Deutschlandpolitik, S. 187–200; Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 350f.; Troche, Ulbricht, S. 69–74; Kielmansegg, Land, S. 191–208; Bender, Deutschlands Wiederkehr, S. 145–173; ders., Neue Ostpolitik, S. 163–173.

368 So PA-AA, Bestand B 150, Bd. 105, Vermerk, 17. 08. 1967, Bl. 6222.

erhebliche Mittel für Wirtschaftshilfen ein. […] Wenn wir in nächster Zeit diplomatische Beziehungen zu osteuropäischen Staaten aufnehmen werden, so wird die SBZ diesen Schritt zu einer weiteren Verstärkung ihrer Aktivitäten ausnutzen, um ihre These von der Existenz zweier deutscher Staaten durchzusetzen. […] Ohne unsere volle Präsenz in der arabischen Welt durch Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen wird es uns schwer fallen, derartigen Bestrebungen entgegenzutreten. Angesichts der sehr angespannten Haushaltslage und auch aus allgemein politischen Gründen ist es uns nicht möglich, große Mittel an Kapitalhilfen einzusetzen. Ein besserer und billigerer Weg ist die vorgeschlagene Sonderhilfe von 50 Millionen DM für die Palästinaflüchtlinge. Hierfür müssen im Haushalt 1967 lediglich 10 Millionen DM bereitgestellt werden, während für die übrigen 40 Millionen DM eine Bindungsermächtigung, verteilt auf die Jahre 1968–71, ausreicht."[369]

Noch deutlicher hob das Referat Naher Osten und Nordafrika des Auswärtigen Amts die politische Funktion der UNRWA-Zahlungen in einer Vorlage vom 18. Januar 1967 an Staatssekretär Klaus Schütz hervor: „Wenn wir [die Bundesrepublik] […] die Flüchtlingshilfe [für die UNRWA] endgültig ablehnen, und im Frühjahr Israel wiederum ein hoher Betrag an Wirtschaftshilfe gewährt wird (was mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Fall ist), würden die Araber unvermeidlich zur Überzeugung kommen, dass unsere Nahostpolitik auch künftig einseitig auf Israel ausgerichtet sein soll. Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen wäre dann auf absehbare Zeit nicht zu erreichen."[370] Als die Bundesregierung im Januar 1967 dem Vorschlag des Auswärtigen Amts zustimmte und den UNRWA-Fonds beschloss, vermerkte Bundesaußenminister Brandt: „Im Bundeskabinett wurde grundsätzliches Einvernehmen festgestellt, die vorgeschlagene Sonderhilfe für Palästinaflüchtlinge zu leisten. Ich habe bestätigt, dass es sich um Mittel für das Ausbildungs- und Gesundheitswesen handeln wird. […] Vertraulich wurde auch festgehalten, dass Zahlungen erst geleistet werden sollen, wenn die diplomatischen Beziehungen mit den arabischen Staaten tatsächlich wieder aufgenommen werden. Es wurde festgelegt, dass eine Veröffentlichung hierüber nicht erfolgen soll."[371]

Diese humanitären Leistungen Bonns erleichterten nach Meinung des Auswärtigen Amts die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit den arabischen Ländern; zugleich konnte dem „weiteren Vordringen Ost-Berlins" begegnet werden, wie es das Auswärtige Amt formulierte. Die 50 Millionen DM an die UNRWA waren der kostengünstigere Weg im Vergleich zu einer Kapital- und Wirtschaftshilfe für die einzelnen arabischen Staaten, wie sie die Bundesrepublik vor 1965 geleistet hatte. Besonders Ägypten hatte es verstanden, sich politisches Wohlverhalten großzügig honorieren zu lassen[372]. Das Auswärtige Amt wollte Anfang 1967 einen Versuch unternehmen, den palästinensischen Faktor stärker

[369] So PA-AA, Bestand B 150, Bd. 95, Aufzeichnungen für den Politischen Direktor, 16. 01. 1967, Bl. 532 f.
[370] So PA-AA, Bestand B 150, Bd. 95, Vorlage, 18. 01. 1967, Bl. 635.
[371] So PA-AA, Bestand B 150, Bd. 95, Vermerk, 26. 01. 1967, Bl. 917.
[372] Vgl. Kleßmann, Zwei Staaten, S. 444 f.; Kilian, Hallstein-Doktrin, S. 104–119; Jelinek, Deutschland und Israel, S. 369 f.; Perthes, Beziehungen, S. 100 f.

zu instrumentalisieren, um die politisch-diplomatische Stellung Bonns im Nahen Osten wieder zu festigen und Walter Ulbricht entgegenzutreten. Nichts anderes tat die Bundesregierung dann 1969, als sie entschied, trotz der nicht wieder aufgenommenen Beziehungen zu den arabischen Staaten, einen signifikanten Betrag für die Versorgung der palästinensischen Flüchtlinge an die VN zu überweisen, um damit der eigenen Wiederanerkennung im arabischen Raum zu nützen und der Position des SED-Regimes zu schaden. Diese Maximen hatten auch 1969 uneingeschränkte Gültigkeit, als die DDR erstmals von arabischen Staaten anerkannt worden war – im Grunde besaß die westdeutsche Hilfe zugunsten der UNRWA nun noch mehr Bedeutung für die Deutschlandpolitik Bonns.

Walter Ulbricht bemerkte diese Gefahren, die von den westdeutschen UNRWA-Mitteln ausgehen sollten. Vor dem Hintergrund der ersten, 1969 beschlossenen 11,5 Millionen DM an die UNRWA ist es auch erklärbar, dass sich die DDR im Maßnahmenplan Anfang 1970 ebenso zu einer regelmäßigen palästinensischen Flüchtlingshilfe in Höhe von einer Million Mark verpflichtete. Dies war bislang in keinem Papier explizit vorgeschlagen worden. Weder das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten sah dies vor – auch wenn es auf die humanitäre Komponente der westdeutschen Politik verwies –, noch ging es auf sowjetische Blaupausen zurück. Die Parteiführung um Ulbricht wollte folglich mit ihrer Reaktion auf die humanitären „Bemühungen" der Bundesrepublik verhindern, dass Bonn seine noch beschädigte diplomatische Stellung im Nahen Osten verbessern konnte und die Bundesrepublik tatsächlich den Prozess der Anerkennung der DDR im arabischen Raum verlangsamte oder gar aufhielt[373]. Auch die SED richtete ihre Maßnahmen in der Palästinapolitik an einem Kosten-Nutzen-Verhältnis aus: Eine Gesamtaufwendung zugunsten der Palästinenser in Höhe von 1,5 Millionen Mark – die Verdopplung des ursprünglich vom MfAA im Oktober 1969 vorgeschlagenen Betrages ostdeutscher Solidarität für palästinensische Organisationen – war in der Summe kostengünstiger als die Kapitalhilfen für verschiedene arabische Staaten[374]. 1969/70 wollten Ost-Berlin und Bonn die Bedeutung der Palästinafrage nutzen, um jeweils der Gegenseite zu schaden.

[373] Nachdem Algerien vorerst als letzter arabischer Staat im Mai 1970 offizielle Beziehungen zur DDR hergestellt hatte, dauerte es über zwei Jahre, bis Tunesien diesem Schritt als nächstes arabisches Land folgte, vgl. Kupper, Tätigkeit, S. 78; Diplomatische Beziehungen DVR Algerien-DDR vereinbart, in: ND, 21. 05. 1970, S. 1; Tunesien und Zypern stellen diplomatische Beziehungen mit DDR her, in: ND, 17. 12. 1972, S. 1. Jelinek, Deutschland und Israel, S. 366f., erklärt, die Bundesrepublik habe seit den 1950er Jahren versucht, mit der UNRWA-Hilfe die arabische Haltung gegenüber der DDR zu beeinflussen, d. h., Bonn wollte mit diesen Geldern negative Auswirkungen des bundesdeutsch-israelischen Verhältnisses kompensieren.

[374] Die Festlegung des Politbüros im April 1970, die Summe von 500 000 Mark auszuzahlen, entsprach nicht der Senkung des vom MfAA sechs Monate zuvor mit 750 000 Mark kalkulierten Betrages, sondern zusammen mit der Flüchtlingsunterstützung der faktischen Verdopplung des im Oktober 1969 ursprünglich mit einer dreiviertel Mio. Mark veranschlagten Budgets der Palästinasolidarität, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1281, Anlage 10 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 28. 04. 1970, Bl. 161; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.665, Entwurf einer Vorlage, 06. 10. 1969, Bl. 15.

Dass eine plötzliche Welle der diplomatischen Anerkennung des SED-Regimes Anfang der 1970er Jahre noch ausblieb, hatte hauptsächlich drei Ursachen: Zum einen war die DDR wirtschaftlich erschöpft und konnte weitere Erfolge mittels geleisteter Kapitalhilfen für arabische Staaten nicht mehr erkaufen[375]. Zum anderen sahen die westlichen Bündnispartner davon ab, die Bundesregierung während der Vertragsverhandlungen mit Moskau und Warschau zu schwächen, indem sie die DDR diplomatisch aufwerteten[376]. Zum Dritten wollte auch Moskau Brandts Politik nicht unterminieren: „Es war gerade die *Bonner* Anerkennung des mitteleuropäischen Status quo, auf die man in Moskau und Warschau […] Wert legte."[377] Das heißt, Ulbrichts kurzfristige Ziele des Maßnahmenplans – weitere politische Erfolge der DDR im Nahen Osten zu erreichen und die Wiederanerkennung der Bundesrepublik zu verhindern – scheiterten an geringen finanziellen Mitteln und Moskaus Willen, zu einem Vertragsabschluss mit Bonn zu kommen, der einen internationalen Durchbruch der DDR nur zu westdeutschen Bedingungen zuließ[378].

Die Fatah und das neue Nahostkonzept aus Sicht der Bundesregierung

Das Auswärtige Amt wandte sich zufällig fast am gleichen Tag, als die SED-Führung ihren Maßnahmenplan Ende April 1970 beschloss, mit Drahterlass an die Vertretungen in Amman, Beirut, Damaskus und Kairo und erteilte die Weisung, über die palästinensischen Widerstandsorganisationen zu berichten[379]. Zur Begründung hieß es, die Bundesregierung befasse sich mit einem neuen Grundsatzpapier in dieser Frage, denn, so die Bonner Zentrale erläuternd: „Die militärische, vor allem aber politische Bewertung der palästinensischen Widerstandsorganisation hat seit Ende des Junikrieges 1967 ständig zugenommen. […] Auch in den westlichen Hauptstädten schenkt man der palästinensischen Organisation zunehmend Bedeutung und stellt sie bei den politischen Erwägungen in Rechnung. Es wird gebeten, dem Auswärtigen Amt bis Ende Mai [1970] einen umfassenden Bericht über die Widerstandsorganisationen und ihre Bedeutung aus dortiger Sicht vorzulegen."[380]

Die 42-seitige Antwort aus Jordanien enthielt mehrere, interessante Wertungen und analysierte die politische Lage präzise[381]. Mit Blick auf den Besuch Arafats im Februar 1970 in Moskau hieß es: „Arafat soll nicht leichten Herzens, sondern nur in Erfüllung einer für notwendig erachteten Pflicht nach Moskau gereist sein.

[375] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 287; ders., Außenpolitik, S. 397 f.; Kielmansegg, Land, S. 202.
[376] Vgl. ebd., S. 202 f.
[377] So ebd., S. 202 (Hervorhebung im Original).
[378] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 319–363.
[379] Vgl. PA-AA, Bestand B 36, Bd. 402, Weisung des AA an die Vertretungen Amman, Beirut, Damaskus u. Kairo, 21. 04. 1970, Bl. 306.
[380] So ebd.
[381] Vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 402, Bericht der Vertretung Amman an das AA, 21. 05. 1970, Bl. 312–353.

Der heruntergespielte Empfang und die fehlenden protokollarischen Ehren sollen neben den fehlenden Gesprächspartnern der ersten politischen Garnitur seine Unzufriedenheit noch gesteigert haben. Über positive Ergebnisse ist bisher nichts bekannt geworden. Alle Gesprächspartner hüllen sich bei derartigen Fragen in tiefes Schweigen. […] Anders als zur Sowjetunion, entwickeln sich die Beziehungen mit Rotchina gut, intensiv und erfolgreich für die Fedayin [palästinensische Kämpfer]. Peking liefert sowohl an Fatah als auch an die ideologisch näherstehenden Gruppen Waffen und Ausrüstungsgegenstände verschiedener Art und bildet militärische Kader aus."[382] Die Meinung der palästinensischen Öffentlichkeit über die westdeutsche Nahostpolitik gaben die Bonner Diplomaten in Amman wie folgt wieder: „Die Einstellung zur Bundesrepublik schwankt entsprechend der ideologischen Ausrichtung und den persönlichen Erfahrungen der führenden Männer [der palästinensischen Organisationen]. Alle Gruppen verlangen eine zumindest absolut neutrale Haltung der Bundesrepublik zum Nahostkonflikt und verurteilen die frühere deutsche Begünstigung Israels. Der Regierung Brandt wird allgemein größeres Vertrauen entgegengesetzt, von ihr erwartet man, dass sie die verkündete Neutralität in ihrer Nahostpolitik auf längere Sicht zur Geltung bringen wird. Unter diesen allgemeinen Voraussetzungen ist die Fatah durchaus an Kontakten interessiert."[383]

Die von der westdeutschen Vertretung in Jordanien Ende Mai 1970 akzentuierte Erwartung der arabischen Seite, dass die neue Bundesregierung Brandt/Scheel ab Herbst 1969 eine weniger israelzentrierte Politik im Nahen Osten praktizieren werde, bezog sich auf das neben der Ost- und Deutschlandpolitik zweite zentrale außenpolitische Konzept des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers, das „Konzept der Ausgewogenheit"[384]. Völlig zu Recht unterstreicht Carole Fink: „Willy Brandt's election as chancellor in the fall of 1969 […] was generally acknowledged by friend and foe as a major event in postwar German history. Israel, however, recognized the danger of the new SPD-FDP coalition. Closely linked to its announced *Ost-* and *Westpolitik* was a *Nahostpolitik* dictated by economic realities. Bonn's rivalry with the GDR in the Arab world and the shifting sentiments of the German public pointed to an even more pronounced neutrality in the Arab-Israeli conflict."[385] In der ersten Regierungserklärung Willy Brandts vom Oktober 1969 – sechs Monate vor dem Politbürobeschluss und zeitgleich mit der MfAA-Ministervorlage – fehlte eine Betonung der speziellen Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel. In Jerusalem wurde dies sehr aufmerksam zur Kenntnis genommen[386]. Als Egon Bahr, einer der engsten Vertrauten Brandts und maßgeblicher Gestalter der „Neuen Ostpolitik", im November 1969 mit dem israelischen Botschafter in Bonn sprach, erklärte er, dass das Verhältnis zwischen beiden Staaten auf dem Weg sei, „normal" zu werden. Die Bundesregierung, die im Gegen-

[382] So ebd., Bl. 324 f.
[383] So ebd., Bl. 326.
[384] Vgl. Fink, Ostpolitik, S. 184–193; Buettner, Even-Handedness, S. 142–146; Weingardt, Nahostpolitik, S. 198–201; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 68–71.
[385] So Fink, Ostpolitik, S. 187 (Hervorhebung im Original).
[386] Vgl. ebd.; Ben-Natan, Chuzpe, S. 180–183; Buettner, Even-Handedness, S. 142; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 69 f.

satz zu all ihren Vorgängerregierungen ohne biografische Belastungen durch das „Dritte Reich" und ohne ein Gefühl kollektiver Schuld handele, betreibe eine Politik im Bewusstsein einer kollektiven Verantwortung[387].

Diese langfristige, strategisch ausgerichtete Veränderung der bundesdeutschen Nahostpolitik nahm die Führung in der DDR im April 1970 offensichtlich als eigentliche Gefahr ihrer Interessen im Nahen Osten wahr. Die UNRWA-Hilfe gehörte seit 1967 tatsächlich zu den wichtigsten Elementen der neuen, ausgewogeneren Politik des damaligen Bundesaußenministers und seit 1969 amtierenden Bundeskanzlers Willy Brandt. Bonn bemühte sich mit mehr finanziellen Mitteln um die Palästinenser *und* war gleichzeitig im Begriff, das Dilemma zu lösen, von dem der politische Erfolg und die Attraktivität der DDR im Nahen Osten seit den 1950er Jahren bis dahin in starkem Maße abhängig gewesen war: den arabischen Strafmaßnahmen für proisraelische oder projüdische Bekenntnisse Bonns. Trotz offizieller Beziehungen mit Israel, der im Luxemburger Abkommen geregelten Kompensation und Restitution sowie der von Bonn anerkannten besonderen Verantwortung für die Sicherheit des jüdischen Staates wollte Brandt sich aus der politischen Umklammerung Israels befreien[388]. Er versuchte, gegenüber den arabischen Staaten die Interessen der Bundesrepublik stärker zur Geltung zu bringen und den israelischen Druck auf die westdeutsche Politik im Nahen Osten zu minimieren[389].

Die mit den UNRWA-Geldern angestrebte Wiederaufnahme der westdeutschen Beziehungen mit den arabischen Ländern kam nur einem ersten Schritt gleich. Der Politbürobeschluss der SED sollte insofern nicht nur kurzfristigen Interessen nützen, um mit propalästinensischen Maßnahmen weitere Schritte der Anerkennung im Nahen Osten selbstbestimmt gehen zu können. Ulbricht legte mit dem Maßnahmenplan vielmehr Richtlinien der zukünftigen Politik der anerkannten DDR fest: Die Palästinafrage und die Palästinenser – nicht in erster Linie Arafat und die Machtstellung der Fatah – sollten instrumentalisiert werden, um dem SED-Staat nach seinen diplomatischen Erfolgen im Nahen Osten Gesicht und Profil zu verleihen und sich der Brandt'schen „Politik der Ausgewogenheit" so konkurrenzfähig wie möglich entgegenzustellen.

Die Verteilung des 1,5 Millionen Mark hohen Budgets des SED-Maßnahmenplans zeigt, dass die Parteiführung den politischen Schwerpunkt ihres ersten amtlichen Palästinakonzeptes auf humanitäre Fragen legte. Zwei Drittel der Gesamtausgaben, eine Million Mark, sollten jährlich für die Flüchtlingsunterstützung

[387] Vgl. ebd., S. 68–71; Fink, Ostpolitik, S. 187; Weingardt, Nahostpolitik, S. 198.

[388] Zum Luxemburger Abkommen vgl. BGBl., 1953, II, Nr. 5, Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel, 10. 09. 1952, S. 37 f.; BGBl., 1953, II, Nr. 5, Protokoll Nr. 2, 10. 09. 1952, S. 94–96; Hockerts, Entschädigung, S. 40–44; Shafir, Wiedergutmachung, S. 198–203; Goschler, Schuld, S. 159–175; Jaschinski-Rombeck, Schuldenabkommen, S. 270–289; Jelinek, Deutschland und Israel, S. 121–126, 136–248, 319–322; Zweig, Reparations, S. 26–43; Weingardt, Nahostpolitik, S. 77–92; Gall, Abs, S. 172, 195; Hansen, Katastrophe, S. 161–269, 340; Claims Conference, History, www.claimscon.org/about/history/ (10. 06. 2013).

[389] Vgl. Buettner, Even-Handedness, S. 142; Jaeger, Quadratur, S. 57; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 68–75; Fink, Ostpolitik, S. 184–193.

aufgewandt werden, das übrige Drittel, 500 000 Mark, stand für die „antiimperialistische" Erziehung der palästinensischen Widerstandsorganisationen zur Verfügung. Die SED entschied also, weder *die* PLO noch einzelne Gruppen, etwa die Saiqa, die Ansar, die DFLP oder die PFLP, mit einer Million Mark zu finanzieren, sondern den Großteil der Mittel im politischen Interesse für die Flüchtlinge zu verwenden. Möglicherweise waren die direkten westdeutschen Zahlungen an die UNRWA auch ein Grund, weshalb es die DDR ablehnte, die Arbeit des VN-Flüchtlingshilfswerkes in Palästina zu unterstützen. Denn hätte man dies getan, wäre die Höhe der gezahlten Beträge öffentlich bekannt geworden, was wiederum den direkten Vergleich mit der Bundesrepublik erlaubt hätte und damit gerade die nicht gewollte Situation eingetreten wäre, dass die finanziell potentere deutsche Palästinahilfe mit der politisch wichtigeren gleichgesetzt worden wäre. Die Bundesrepublik zahlte allein zwischen 1969 und 1971 annähernd 35 Millionen DM an die UNRWA – Geld, das mehrheitlich der Palästinahilfe der VN zugute kam. Die DDR stellte im gleichen Zeitraum arabischen Regierungen zwei Millionen Mark für die Unterstützung der palästinensischen Flüchtlinge zur Verfügung[390].

Als gefährlich schätzte das SED-Politbüro aber nicht allein die ausgewogenere Nahostpolitik der Bundesregierung Brandt/Scheel oder das westdeutsche „Bemühen" um die Palästinenser an sich ein. Vielmehr verstärkte erst die innerpalästinensische Machtstellung der Fatah die Konkurrenz mit Bonn in der PLO- und Palästinapolitik. Die Vertretung der Bundesrepublik in Amman machte in ihrem Bericht im Mai 1970 auf eine wichtige Facette der ost- und westdeutsch-palästinensischen Beziehungen aufmerksam: „Die Führung [der PLO, also die Fatah] ist zum größten Teil durch jetzige und ehemalige Studenten in der Bundesrepublik gut über deutsche Vorgänge informiert. Sie ist lebhaft interessiert an Kontakten mit deutschen Journalisten. […] Die Volksfront [PFLP] macht aus ihrer Ablehnung der Bundesregierung wegen deren angeblicher Unterstützung Israels keinen Hehl und beschimpft sie als imperialistische Unterstützerin des Zionismus. […] Die DDR scheint in letzter Zeit die Fedayin als Tätigkeitsfeld entdeckt zu haben. Feste Beziehungen zu ihr bestehen von keiner Gruppe. […] Die Ausbildung zahlreicher Palästinenser in der Bundesrepublik und das Fehlen von in Mitteldeutschland ausgebildeten Studenten wirkte sich auf die Verteilung der Sympathien und die Kontaktbereitschaft noch zuungunsten der DDR aus."[391] Zugleich warnte man: „Die Fatah wird, um nicht den Argwohn der anderen zu wecken oder als Verräter an der gemeinsamen Sache gebrandmarkt zu werden, ihre Kontakte zu westeuropäischen Regierungen und Institutionen noch vorsichtiger gestalten."[392] Die westdeutsche Botschaft in Jordanien glaubte jedoch, dass die Kenntnis „deutscher Verhältnisse", die die Fatah besaß, die Beziehung zwischen Bonn und der

[390] Vgl. die Angaben der OECD unter http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TABLE2A (24. 07. 2012); Defrates, UNRWA, S. 125; BArch, DZ 8/177, Bericht, 28. 10. 1971.

[391] So PA-AA, Bestand B 36, Bd. 402, Bericht der Vertretung Amman an das AA, 21. 05. 1970, Bl. 326 f.

[392] So ebd., Bl. 318.

PLO positiv beeinflussen könne. Denn anders als die DFLP oder die PFLP sei die Fatah „durchaus an Kontakten interessiert“[393].

In der Bundesrepublik lebten, wie der Bericht der Bonner Diplomaten in Amman im Mai 1970 zu Recht betonte, Anfang der 1970er Jahre bei Weitem mehr Palästinenser als in der DDR, vor allem Arbeiter, aber auch Studenten. Für sie war es leichter, in den Westen Deutschlands zu gelangen als in den Osten, zumal mit dem SED-Regime bis 1969 keine arabische Regierung diplomatische Beziehungen unterhielt und damit auch keine Möglichkeit bestand, einen Aufenthalt dort, etwa zum Studium, auf einem formal-bürokratischen Weg vorzubereiten[394]. Bereits als sich die Palästinensische Befreiungsorganisation noch unter Vorsitz Ahmad Shuqairis im Sommer 1965 zum ersten Mal an die ostdeutsche Regierung wandte, um in Erfahrung zu bringen, ob man „in Berlin“ ein Büro eröffnen könne, erklärte die PLO: „Das Büro solle dazu beitragen, das Verhältnis Westdeutschlands zu Israel näher zu untersuchen, Verbindung mit den in Westdeutschland lebenden Palästinensern aufzunehmen und das Palästinaproblem in der DDR darzulegen.“[395] Damit verwies auch die palästinensische Seite darauf, dass es im SED-Staat wenige Palästinenser gab, denn Kontakte sollten mit den „in Westdeutschland lebenden Palästinensern“ gesucht werden. In der DDR hielten sich zwischen 1966 und 1970 lediglich 22 palästinensische Studenten auf[396].

In der Bundesrepublik studierten seit den 1950er Jahren mehr als 1000 Palästinenser und eine noch höhere Zahl hatte dort Arbeit gefunden[397]. Die meisten jungen Palästinenser, die in den westdeutschen Staat kamen, waren Angehörige

[393] So ebd., Bl. 326.

[394] So Abdallah Frangi im Gespräch am 03. 09. 2012. Vgl. auch ders., Solidarität, S. 93.

[395] So PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 24. 08. 1965, Bl. 36.

[396] Vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, B 1544/3d, Übersicht der Sondermaßnahmen, o. D.; BArch, DZ 8/177, Bericht, 28. 10. 1971. Gemäß Statistiken des Herder-Instituts Leipzig belegten dort zwischen 1966 u. 1970 lediglich 17 Palästinenser einen der für Ausländer ohne Deutschkenntnisse vor Studienbeginn obligatorischen Sprachkurse, vgl. UAL, Studentenkartei des Herder-Instituts.

[397] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 87; Hart, Arafat, S. 154; Gowers/Walker, Myth, S. 35; Frangi, Solidarität, S. 93. So auch Frangi im Gespräch am 03. 09. 2012. Die PLO/Fatah erklärte, dass Ende der 1960er Jahre mehr als 3000 Studenten u. 65 000 Arbeiter in der Bundesrepublik lebten, vgl. Pacepa, Red Horizons, S. 29. Kraushaar, Kampf, S. 550, beruft sich auf Statistiken, wonach sich 1972 35 000 Palästinenser in der Bundesrepublik aufhielten, davon 15 000 Studenten u. 25 000 Arbeiter. „Le Monde“ erklärte 1972, in der Bundesrepublik hätten 3 Mio. Palästinenser studiert, vgl. Jean Wetz: Une surveillance stricte sur plus de 50 000 Arabes, in: Le Monde, 19. 10. 1972, S. 6. Die Universitäten Bonn, Frankfurt a. M., Hamburg, Heidelberg, Köln, Stuttgart sowie die FU Berlin u. das Statistische Bundesamt erklärten auf Anfrage, sie besäßen keine Angaben über Studierende, die „Palästinenser“ bzw. „Palästina“ auswiesen, sondern Palästinenser seien in ihren Statistiken vielmehr entweder als Staatenlose o. unter einzelnen arabischen Ländern bzw. unter Israel erfasst. Eine exakte Übersicht der palästinensischen Studenten in der Bundesrepublik konnte insofern für diese Untersuchung nicht ermittelt werden. Gleichwohl ist es auch anhand der von Universitäten mitgeteilten Angaben plausibel, von weit mehr als 1000 Palästinensern auszugehen, die seit den 1950er Jahren bis Anfang der 1970er Jahre in der Bundesrepublik studiert hatten, vgl. UASt, 17/772, Auslandsstelle des Deutschen Bundesstudentenringes, Studium, S. 4–14; Antworten der FU Berlin u. der Universitäten Bonn, Frankfurt a. M., Hamburg, Heidelberg, Köln u. Stuttgart im Jahr 2013.

der Fatah und organisierten sich maßgeblich in dem von der Fatah geführten palästinensischen Studentenverband, den Arafat zwischen 1952 und 1957 geleitet hatte[398]. Viele Mitglieder und Funktionäre dieses Studentenverbandes, die in der Bundesrepublik ausgebildet worden waren, bekleideten später wichtige Ämter in der PLO. Sie firmierten unter der Bezeichnung „deutsche Bande" oder die „deutsche Gruppe" und berieten Arafat in Fragen, die Deutschland betrafen[399]. Zu ihnen gehörte auch Abdallah Frangi, der langjährige PLO-/Fatah-Vertreter in der Bundesrepublik. Er schreibt darüber in seiner Autobiografie: „Arafat pflegte uns spöttisch, aber keineswegs unfreundlich, die ‚deutsche Bande' zu nennen, mich und die anderen Mitglieder des Zentralkomitees von al Fatah, die wie ich in Deutschland [gemeint ist die Bundesrepublik] studiert hatten. Wir besaßen ein Gespür für die Stimmung in Deutschland und Europa. Wir hatten das politische Handwerk in Deutschland erlernt, deutsche Politiker waren unsere Vorbilder oder Mentoren gewesen, und auch nachdem wir in Schlüsselpositionen aufgerückt waren, behielten wir unseren deutschen Stil bei."[400]

Die Generaldirektion Palästinas in der Bundesrepublik erklärte noch im Jahr 2010: „Die erste PLO-Vertretung in Europa wurde im September 1970 in Bonn eröffnet. Das Büro war in der ersten Zeit inoffiziell und stützte sich auf die General-Union Palästinensischer Studenten und Arbeiter in Europa. Seine Aufgabe konzentrierte sich auf Presse- und Informationsarbeit."[401] Diese Interessenvertretung Arafats in Bonn war allerdings schon zwei Jahre früher entstanden. Abdallah Frangi leitete seit 1968 in der damaligen Bundeshauptstadt das „erste PLO-Büro in Europa" und war dort aktiv, um politisch für die soeben von der Fatah übernommene PLO zu arbeiten[402]. In einem Interview antwortete Frangi auf die Frage: „Wie war denn ihr ganz persönlicher Diplomatenstatus als Gesandter für Palästina in Deutschland?": „Eigentlich sehr einfach und doch sehr schwer. Nach der Vertreibung der Palästinenser 1948 [aus] Palästina haben einige arabische Staaten uns unterstützt, und die Arabische Liga hat Büros geöffnet in allen europäischen Staaten [gemeint sind westeuropäische, nichtsozialistische Länder], darunter Deutschland [die Bundesrepublik]. Und in diesen Büros haben wir die Möglichkeit gehabt, einen Vertreter zu schicken, und ich war der Vertreter in

398 In der Bundesrepublik waren die Brüder Hani u. Khalid al Hassan für die Studenten der PLO/Fatah verantwortlich, vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 35; Aburish, Arafat, S. 59, 89; Hart, Arafat, S. 154; Kapeliouk, Arafat, S. 62; Pacepa, Red Horizons, S. 29; Sayigh, Struggle, S. 87. So auch Frangi im Gespräch am 03. 09. 2012.

399 Zu diesen Funktionären zählten außer Abdallah Frangi auch Khalid u. Hani al Hassan, Atif Bsisu, Muhammad Hijazi, Hajal Abd al Hamid, Amin al Hindi, A. al M. J. u. Nabil Koulailat, vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 35; Sayigh, Struggle, S. 87; Pacepa, Red Horizons, S. 20f., 29; Alexander, Secular Terrorism, S. 18; Kurz, Fatah, S. 31; Kraushaar, Kampf, S. 267–272, 300–303, 550; Frangi, PLO und Palästina, S. 134f. So auch Frau Koulailat im Gespräch am 05. 11. 2013 sowie Abdallah Frangi im Gespräch am 03. 09. 2012. Vgl. auch BStU, MfS, HA II, 27357, Bericht, 05. 11. 1982, Bl. 8f.

400 So Frangi, Gesandte, S. 14; ders., PLO und Palästina, S. 134f.; Kraushaar, Kampf, S. 268, 300–303.

401 So unter www.palaestina.org/generaldelegation/generaldelegation_/generaldelegation.php (28. 09. 2010).

402 Vgl. Frangi, Solidarität, S. 93.

diesem Büro, der die Sache Palästinas in Deutschland vertrat und meine Bezeichnung hieß damals: ‚Der PLO-Vertreter bei der Liga der arabischen Staaten, Büro Bonn'. Und ich habe meine Anwesenheit dort ausgenutzt, um Kontakte direkt bei den Empfängern, zum Beispiel mit den deutschen Politikern zu machen, mit den deutschen Parteien zu machen, mit den deutschen NGOs und Institutionen zu machen, und ich habe immer Rücksicht darauf genommen, Rücksicht auf die deutsche Geschichte. Und dass ich nicht so mit diesem Temperament [auftrete], das wir im arabischen Raum einfach haben – dass man laut schreit und mit Fäusten diskutiert –, sondern ganz sachlich, ganz nüchtern. Und ich glaube, damit habe ich Palästina sehr gut gedient."[403] Frangi unterstreicht weiter: „Als ich am 28. 11. 1962 nach Deutschland kam, wollte ich unbedingt Medizin studieren und war entschlossen, als Arzt in meine Heimat zurückzukehren. Aber es kam ganz anders. Hier in Deutschland hat mich die Politik eingeholt. So fern von der Heimat, in einem so gastfreundlichen, freien und demokratischen Land, konnte ich mich frei äußern, gedanklich austauschen und politisch entfalten. In Deutschland wurde ich von der Studentenbewegung der 60er Jahre geprägt. Engagierte junge Menschen, die sich für eine gerechte Gesellschaft, für Freiheit und gegen Krieg einsetzten. Ich war beeindruckt."[404]

Spätestens seit den Hinweisen der Vertretung des MfAA in Kairo im Februar 1969, Arafat beabsichtige, von der Fatah geführte „halbdiplomatische Vertretungen" der PLO in „Paris, London, Rom, Bonn, Brüssel und Genf" einzurichten, beobachtete die DDR aufmerksam, ob solche Büros in Westeuropa oder der Bundesrepublik tatsächlich ihre Arbeit aufnahmen[405]. Dass es schon 1969 für das MfAA einen Unterschied machte, ob eine solche Vertretung der PLO/Fatah in Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien beziehungsweise der Schweiz entstand oder aber in der Bundesrepublik, lässt die Unterstreichung erkennen, mit der „Bonn" hervorgehoben wurde. Ganz gleich, ob die westdeutsche Regierung Arafat bewusst unterstützte oder nicht, galt: Wenn sich das bundesdeutsch-palästinensische Verhältnis weiterentwickelte, musste das SED-Regime darauf reagieren. Es durfte nicht der Eindruck entstehen, Ost-Berlin sei weniger attraktiv und engagiert – zumal mit der Fatah die Gruppe der Palästinenser die Macht über die PLO besaß, die die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik im Vergleich zu allen anderen palästinensischen Organisationen am besten kannte. Denn führende Funktionäre der Fatah hatten dort gearbeitet beziehungsweise gelebt und Arafats Fatah war in der Bundesrepublik noch immer personell sehr gut aufgestellt: „Es gab [1968] in Deutschland 24 Filialen der Generalunion Palästinensischer Arbeiter und Studenten, das heißt, wir hatten viele Studenten an den meisten Universitäten und Hunderte Arbeiter in vielen Städten wie Stuttgart, Hamburg und Frankfurt am Main", so Abdallah Frangi[406].

[403] So Frangi im Interview am 28. 10. 2011, www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1590855/ (30. 10. 2011).
[404] So Frangi, Dankrede anlässlich der Verleihung des Erich-Maria-Remarque-Friedenspreises, 15. 11. 2013, www.al-frangi.de/de/dankrede.html (09. 01. 2014).
[405] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 13. 02. 1969, Bl. 166 (Hervorhebung im Original).
[406] Vgl. Frangi, Solidarität, S. 93.

Arafats Funktionär in Ost-Berlin

Arafat, der Frangi 1968 beauftragt hatte, in Bonn ein Büro der PLO einzurichten, wollte erst zwei Jahre später auch im anderen Teil Deutschlands eine solche Vertretung aufbauen. Im April 1970 entsandte er einen Funktionär namens I. A. nach Ost-Berlin[407]. In einem ersten Vermerk des AASK vom 9. April 1970 über ein Gespräch mit A. heißt es: „Er [I. A.] sei ein Vertreter der Al Fatah, könne aber auch als Vertreter der PLO betrachtet werden, da beides nahezu identisch sei. Die anderen Befreiungsorganisationen […] und auch die Kommunisten wissen angeblich von seiner Mission und seien einverstanden. […] Er versuchte zu erreichen, als offizieller Vertreter der PLO in Berlin akzeptiert zu werden. […] Er sei zuständig für alle arabischen Studenten und Praktikanten."[408] A. plane, so das AASK, unter anderem „Auftritte an Universitäten und in Fabriken" sowie Filmvorführungen und Ausstellungen in der DDR; die abschließende Wertung lautete, man habe den „Eindruck, die Regierung der PLO will Beziehungen zur Regierung der DDR"[409].

Obwohl A. sich im April 1970 bereits in der DDR vorgestellt hatte, schloss die SED-Führung im Maßnahmenplan ein Büro der Palästinensischen Befreiungsorganisation ausdrücklich aus. Anfang September 1970 bestätigte die Politische Abteilung der PLO dem MfAA sogar per amtlicher Note, dass I. A. als der „offizielle Sprecher der Palästinensischen Befreiungsorganisation in die Deutsche Demokratische Republik delegiert" worden sei[410]. Auch wenn Ulbricht daraufhin Mitte Oktober 1970 entschied, dass das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten den PLO-Gesandten I. A. als Journalisten akkreditieren sollte, lehnte er A. als „offiziellen Sprecher" der PLO in der DDR ab. Nur das Afro-Asiatische Solidaritätskomitee sollte den inoffiziellen Kontakt zu diesem nicht von der DDR eingeladenen Funktionär der Fatah aufrechthalten[411]. Die Anmeldung A.s bei der Presseabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten sei, so hielt es Anfang November 1970 der seinerzeit im MfAA für die arabischen Staaten verantwortliche Abteilungsleiter Karl-Heinz Lugenheim in einem Vermerk fest, der beste Schutz, um „den zu erwartenden Versuchen [A.s], sich als Sprecher der PLO zu betätigen, wirksam entgegentreten" zu können[412]. In der Vorlage für das Sekretariat des ZK der SED, mit der das MfAA am 28. Oktober 1970 die Akkreditierungen von I. A. beantragte, hob das Ministerium nochmals aus-

[407] Die Entsendung A.s als Gesandter Arafats in die DDR sowie seine beabsichtigte Funktion als Vertreter der PLO bestätigte Frau Koulailat im Gespräch am 05. 11. 2013. Zu A. vgl. auch Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 470. Der ehemalige IM „Hans" alias Klaus Polkehn schreibt, A. habe „eine Art Büro" geführt u. sei „natürlich" alles andere als ein Journalist gewesen, so Polkehn, DDR, S. 35. Vgl. ebs. die Berichte des IM „Hans", der im Auftrag des MfS Kontakt zu A. unterhielt in: BStU, MfS, A, 101/78, Bd. 2/1 u. 2/2.

[408] So BArch, DZ 8/177, Vermerk, 09. 04. 1970.

[409] So ebd. Vgl. auch Polkehn, DDR, S. 35.

[410] So BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 1, Note der PLO, 01. 09. 1970, Bl. 50.

[411] Vgl. BArch, DZ 8/177, Vermerk, o. D., ca. November 1970. Vgl. auch Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 470; Polkehn, DDR, S. 35.

[412] So BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 1, Stellungnahme, 06. 11. 1970, Bl. 63.

drücklich hervor, dass mit diesem Akt „keinerlei Rechte, z. B. die eines offiziellen Vertreters der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in der DDR, verbunden" seien[413].

Die Beziehungen zwischen ostdeutschen Stellen und dem „Journalisten" I. A. waren in der Folge von eben jenen befürchteten Konflikten um seine Anerkennung als offizieller Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation in der DDR gekennzeichnet. Das Afro-Asiatische Solidaritätskomitee und A. standen sich rasch unversöhnlich gegenüber und waren zerstritten. Eine freundschaftliche Zusammenarbeit beider Seiten lässt sich anhand der Quellen nicht belegen, obwohl das AASK jährlich zwischen 40 000 und 50 000 Mark an Unterstützung für A. leistete[414]. In einem Vermerk des Komitees vom November oder Dezember 1970 hieß es beispielsweise: „Das AASK hat mehrere Versuche von [A.], sich in die Rolle eines Vertreters der PLO zu spielen, zurückgewiesen. Ihm ist wiederholt erklärt worden, dass er sich in der DDR nur als Journalist befindet. [A.] hatte u. a. Briefkopfbogen, die ihn als Vertreter der PLO auswiesen, drucken lassen. Erst auf unseren Protest hin hat er dies unterlassen. […] [A.] war früher Mitglied einer faschistischen Organisation, die sich im 2. Weltkrieg gebildet hatte."[415] Im Frühjahr 1971 stellte man fest: „Am 19. 2. 1971 wurde ihm [I. A.] der Beschluss des ZK mündlich erläutert, d. h. es wurde Herrn [A.] dargelegt, dass er als Journalist akkreditiert wird. Das AASK nahm darüber hinaus zur Kenntnis, dass er Beziehungen zur PLO unterhält. Zwischen dem AASK […] und Herrn [A.] fanden mehrere Gespräche statt. Ihr Hauptinhalt war von dem Bemühen [A.s] getragen, über seine Funktion als Journalist hinaus, als direkter Vertreter der PLO in der DDR durch das AASK und andere Institutionen anerkannt zu werden. So forderte er vom AASK Rechenschaft über alle gegenüber der PLO laufenden Aktionen. Er erklärte, dass die DDR s. E. zu wenig unternehmen würde und versuchte, seine Vorstellungen über eine umfangreichere Hilfe gegenüber dem AASK durchzusetzen. Die Forderungen [A.s] wurden vom AASK zurückgewiesen. Er wurde […] wiederholt auf seinen Status als Journalist verwiesen. Das AASK gab [A.] weiterhin zu verstehen, dass die Beziehungen zwischen dem AASK und der Leitung der PLO direkt (über die AV der DDR Damaskus) unterhalten würden, und die DDR wie in der Vergangenheit so auch heute sowohl politisch, moralisch als auch materiell entsprechend ihren Möglichkeiten alles tue."[416]

Jassir Arafat machte dem AASK im Sommer 1970 deutlich, für wie respektlos er den Umgang mit I. A. durch ostdeutsche Stellen hielt, indem er das AASK düpierte. Arafat ließ das erste Treffen mit dem per Politbürobeschluss der SED vom 28. April als offizielle Instanz zur Gestaltung der ostdeutsch-palästinensischen

413 So BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 1, Vorlage, 28. 10. 1970, Bl. 61.
414 Zur Höhe der Ausgaben, darunter der Mietzuschuss für seine 4-Zimmer-Wohnung, die Übernahme der Telefonkosten u. ein Honorar von 16 800 Mark jährlich, vgl. BArch, DZ 8/177, Finanzielle und materielle Zuwendungen 1971, o. D.; BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 1, Information, 01. 12. 1972, Bl. 71.
415 So BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 1, Bericht, o. D., Bl. 65 f.
416 So BArch, DZ 8/177, Vermerk, o. D., ca. November 1970.

Beziehungen vorgesehenen Partner ausfallen. Weil es im Anschluss keine weitere Reaktion Arafats gab und die AASK-Delegation, die sich Mitte 1970 erstmals nach Verabschiedung des Maßnahmenplans im Nahen Osten aufhielt, nicht um einen neuen Termin bitten wollte, entschieden die ostdeutschen Gäste, auf ein Treffen mit Arafat zu verzichten. Gesprochen hatten sie hingegen mit der DFLP und der PFLP. Da beide Gruppen nicht nur kooperativer aufgetreten waren als Arafat, sondern auch als politisch zuverlässiger erschienen, erklärte das AASK, nur die Demokratische Front und die Volksfront zur Befreiung Palästinas verdienten es, von der DDR materiell gefördert zu werden[417]. Im abschließenden Bericht des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees hieß es: „Das Ergebnis der Reise wurde inzwischen mit allen Interessenten ausgewertet und die ersten Maßnahmen zur Verwirklichung der Schlussfolgerungen eingeleitet. Dazu gehören: 1. Der PFLP und DFLP werden je eine Sendung von Medikamenten im Wert von je 20 000 Mark zur Verfügung gestellt. […] 2. Die DFLP erhält 3 Plätze zur Heilbehandlung für Verwundete."[418] Das AASK entschied somit, nur der PFLP und der DFLP Mittel zur Verfügung zu stellen. Letztere erhielt noch zusätzlich drei Plätze zur medizinischen Versorgung Verwundeter in der DDR.

Die Skepsis und die teils offene Ablehnung des SED-Regimes gegenüber der Fatah beziehungsweise dem Aufstieg der Fatah zur Führungsgruppe der PLO manifestierte sich in den Inhalten und Absichten des Maßnahmenplans, in Ulbrichts Entscheidung der Akkreditierung des inoffiziellen PLO-Vertreters, in den Schlussfolgerungen des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees, das im Juni 1970 erstmals mit den palästinensischen Gruppen im Nahen Osten Gespräche führte, und nicht zuletzt in dem konfliktbehafteten Verhältnis zwischen I. A. und dem AASK. In Ost-Berlin war man sich von Beginn an bewusst, dass – unabhängig von der Frage einer sicheren Existenz Israels – die von der Fatah vertretenen politisch-ideologischen Ziele mit den eigenen Anschauungen schwer vereinbar waren. Die einflussreichste Gruppe der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die 1968 die PLO-Charta veränderte, aus deren Reihen 1969 der dritte Vorsitzende des Exekutivkomitees gewählt wurde und deren Mitglieder zentrale Positionen in der PLO besetzten, galt für die SED als der „bürgerlichste" und „reaktionärste" Teil der gesamten palästinensischen Widerstandsbewegung.

Auch Arafat fühlte sich zur Bundesrepublik hingezogen, nicht zum SED-Staat. Abdallah Frangi arbeitete seit 1968 in Bonn und Frankfurt am Main für die PLO/Fatah. In die DDR hatte Arafat bis zum Eintreffen von I. A. keinen Funktionär entsandt. Palästinensische Studenten galt es dort zur damaligen Zeit ohnehin kaum zu betreuen. Im Westen hingegen organisierten sich Hunderte Palästinenser in den Fatah-dominierten Vereinen „Generalunion Palästinensischer Arbeiter" sowie „Generalunion Palästinensischer Studenten". An westdeutschen Universitäten studierten die späteren Führungskräfte der PLO/Fatah. Mit der Ablehnung von I. A. zeigte Ost-Berlin eine kritischere Haltung gegenüber den

[417] Vgl. BArch, DZ 8/177, Vermerk der Botschaft Damaskus, 29. 07. 1970.
[418] So BArch, DZ 8/177, Schreiben des AASK an die Botschaft Damaskus, Juni 1970.

Palästinensern als Bonn, denn dort wurde Frangi seit Jahren geduldet. Zwar gab Ulbricht zwischen 1967 und 1970 erste materielle Leistungen aus der DDR direkt an die palästinensische Widerstandsbewegung. Aber nicht die PLO/Fatah erhielt diese Hilfe, sondern zielgerichtet nur bestimmte Gruppen – die Art und die Höhe der Unterstützung richtete sich nach der vonseiten der SED konstatierten „antiimperialistischen" Ausrichtung der jeweiligen Organisation. Im Einklang mit dem Anliegen des Maßnahmenplans half die DDR primär den „fortschrittlichsten" Teilen der palästinensischen Widerstandsbewegung, wie der DFLP, der PFLP, der Saiqa und der Ansar. Bereits Ende der 1960er Jahre stellte man auch Waffen und Munition bereit. Aber auch hier belieferte Ost-Berlin nicht die PLO, sondern bedachte stattdessen prosozialistische Gruppierungen. Die meisten Rüstungsgüter, auch wenn der Anteil militärischer Hilfe insgesamt niedrig war, erhielten die Saiqa und die Ansar.

Diese „nichtzivile" Unterstützung lässt auch das Argument an Überzeugungskraft verlieren, das SED-Regime sei deshalb nach dem Ende des Sechstagekrieges weiterhin in der PLO- und Palästinapolitik zurückhaltend geblieben und habe mit palästinensischen Organisationen oder der PLO keine offiziellen oder verstärkten inoffiziellen Beziehungen gesucht, weil die Palästinenser ab 1967/68 noch radikaler zum Kampf gegen Israel aufgerufen hätten[419]. Die Unterstützung palästinensischer Gruppen mit militärischen Gütern widerlegt die Aussagen des Maßnahmenplans der SED, man werde keine sogenannten nationalistischen Konzepte der palästinensischen Widerstandsbewegung befördern, also auch keinen palästinensischen Terrorismus und keine Politik, die den jüdischen Staat im Sinne der Resolution 181 nicht anerkannte. Die Praxis zeigte, dass dieser vermeintliche Grundsatz durch politische Opportunität eingeschränkt werden konnte. VN-Resolutionen und die Sicherheit sowie die territoriale Integrität des jüdischen Staates spielten für Ulbricht eine sekundäre Rolle, als er entschied, Waffen und Munition an palästinensische Gruppen liefern zu lassen, selbst wenn der Umfang und die Art dieser Leistungen für Israel nicht existenzbedrohend waren. Das einzige politische Kriterium der SED bei diesen Entscheidungen war, dass solche „nichtzivile Hilfe" in die nach parteioffizieller Meinung „richtigen" Hände gelangte und nur diejenigen Organisationen bedacht wurden, die die besten Chancen für eine antiimperialistische Entwicklung der gesamten palästinensischen Widerstandsbewegung boten. Ulbricht umging die von der Fatah beherrschte PLO, weil er die ostdeutsche Politik breit aufstellen wollte und nicht beabsichtigte, die von der Fatah dominierten innerpalästinensischen Machtverhältnisse zu stabilisieren. Aus diesem Grund trifft es nur auf den ersten Blick zu, dass man gegenüber der PLO Distanz wahrte. Denn unbenommen der fehlenden Unterstützung Arafats half die DDR ab Ende der 1960er Jahre mit ziviler und nichtziviler „Solidarität" einzelnen, als „fortschrittlich" angesehenen palästinensischen Widerstandsorganisationen. Dieses Vorgehen entsprach dem des Kreml[420].

[419] Zur Aussage u. Darstellung einer „zögerlichen" Politik der DDR vgl. Timm, Davidstern, S. 269–274, sowie Polkehn, DDR, S. 33 f.

[420] Vgl. Golan, Uneasy Alliance, S. 6–12, 26–31; Dannreuther, Soviet Union, S. 33–43.

3. Von Arafats erstem Besuch in Ost-Berlin 1971 bis zur offiziellen Anerkennung der PLO durch die SED 1973

Als Jassir Arafat im Februar 1970 zum ersten Mal allein mit einer PLO-Delegation nach Moskau gereist war, um Gespräche mit der KPdSU zu führen, musste er seinen Aufenthalt vorzeitig beenden, denn in Jordanien kam es zu schweren Gefechten[421]. Die Kämpfer der palästinensischen Organisationen hatten ihre Stellung im haschimitischen Königreich seit 1968/69 so weit gefestigt, dass sie in weiten Teilen des Landes praktisch eine eigene Hoheitsgewalt ausübten[422]. Die Regierung in Amman versuchte, diese zunehmend als Bedrohung der inneren Stabilität und Sicherheit Jordaniens verstandene Präsenz zurückzudrängen. Die Lage eskalierte im September 1970. Nach Auseinandersetzungen mit mehreren Tausend Toten waren die PLO/Fatah und die einzelnen Organisationen gezwungen, in den Libanon auszuweichen. Sie zogen dort vor allem in den Süden, nah an die israelische Grenze, um ihre Angriffe auf Israel fortsetzen zu können[423]. Jordanien war das erste arabische Land, das die innenpolitische Gefahr einer Destabilisierung, verursacht durch das eigenständige Handeln der PLO beziehungsweise palästinensischer Gruppen, mit Gewalt beendete[424]. Die Fatah reagierte mit der Gründung des sogenannten Schwarzen September, einer Organisation, die terroristische Attentate und Anschläge auf jordanische Politiker und westliche Ziele weltweit ausführte, unter anderem 1971 auf den jordanischen Ministerpräsidenten sowie den jordanischen Botschafter in London, 1972 auf die israelischen Sportler während der Olympischen Sommerspiele in München und 1973 auf die amerikanische Botschaft im Sudan[425].

Moskau und Ost-Berlin blieben während der jordanisch-palästinensischen Auseinandersetzung 1970 passiv[426]. Augenfällig war vor allem die weitgehende

421 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 246–248; Golan, Uneasy Alliance, S. 11; Dannreuther, Soviet Union, S. 30, 49; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 223.

422 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 243–246; Habib, Hussein, S. 45 f.; Ashton, Cold War, S. 198–201; Kapeliouk, Arafat, S. 118–124; Kurz, Fatah, S. 51–63; Jabber, Palestinian Resistance, S. 195–198; Chamberlin, Offensive, S. 108–116.

423 Vgl. Norton, Amal, S. 204–206; Nir, Berri, S. 166 f.; Gerges, Lebanon, S. 91–93; Smith, Conflict, S. 315; Tessler, Conflict, S. 462 f.; Zittrain Eisenberg, From Benign to Malign, S. 18–20; Quandt, Nationalism, S. 124–133; Kapeliouk, Arafat, S. 126; Habib, Hussein, S. 47; Kerr, Arab Cold War, S. 150; Boulby, Kings of Jordan, S. 25; Jabber, Palestinian Resistance, S. 204–215; Gandolfo, Palestinians, S. 33–35. Die Gesamtzahl der Opfer des Konfliktes in Jordanien 1970 ist nicht bekannt. Sayigh bietet die mit hoher Wahrscheinlichkeit belastbarsten Angaben. Demnach wurden zwischen 3000 u. 5000 Personen getötet, darunter ca. 400 Kämpfer der Fatah u. zwischen 1500 u. 3500 Zivilisten, zumeist Palästinenser, vgl. Sayigh, Struggle, S. 267.

424 Vgl. Habib, Hussein, S. 45 f.; Tessler, Conflict, S. 456–462; Smith, Conflict, S. 314–316; Ashton, Cold War, S. 198–201; Ma'oz/Sela, PLO, S. 108 f.; Gandolfo, Palestinians, S. 33–35; Chamberlin, Offensive, S. 108–114.

425 Den „Schwarzen September" leitete mutmaßlich Salah Khalaf. Die Gruppierung wurde Ende 1973 aufgelöst, vgl. Alexander, Secular Terrorism, S. 2 f.; Rubin, Revolution, S. 37 f.; Rubin/Rubin, Arafat, S. 66 f.; Tessler, Conflict, S. 463 f.; Karmon, Coalitions, S. 243–245; Sayigh, Struggle, S. 307–311; Khalaf, Heimat, S. 143; Daoud, Palestine, S. 569–647; Kurz, Fatah, S. 68–71; Riegler, Spinnennetz, S. 582 f.; ders., Attentat, S. 946 f.

426 Vgl. Golan, Soviet Union and the PLO, S. 2; Hart, Arafat, S. 319 f.

Vernachlässigung dieser Krise in den ostdeutschen Medien[427]. Arafats Gesandter in der DDR forderte ausdrücklich mehr Engagement, wie das AASK vermerkte[428]. Der SED-Staat zog es jedoch aus politischer Zweckmäßigkeit vor, keine Informationen über die Auseinandersetzung zwischen Jordanien und den Palästinensern zu verbreiten. Klaus Polkehn stellt zutreffend fest: „Die DDR drückte sich in der Öffentlichkeit stets dann um eine klare Position zur Palästinaproblematik herum, wenn es um Konflikte zwischen den Palästinensern und arabischen Regimen ging. Man konnte und wollte nicht arabische Regierungen verprellen, zu denen man Beziehungen auf hoher Ebene suchte, man konnte oder wollte aber auch nicht eine Befreiungsbewegung desavouieren. Also wählte man sehr oft die Flucht ins Schweigen."[429] Ulbricht belieferte 1970 lediglich die prosyrische Saiqa mit Waffen, allerdings nur bis zum Herbst, als sich in Syrien die Machtverhältnisse änderten[430]. Im Zuge der jordanischen Krise fand im November 1970 in Damaskus ein Militärputsch statt. Verteidigungsminister Hafiz al Assad verweigerte dem Präsidenten den Befehl, weiterhin mit syrischen Einheiten die Kämpfe der Palästinenser gegen die jordanische Armee zu unterstützen[431]. Neben der Auseinandersetzung in Jordanien und dem Tod des ägyptischen Präsidenten Nassir im März 1971 war dieser Putsch Assads das dritte wichtige politische Ereignis zu Beginn der 1970er Jahre im Nahen Osten[432].

Für Arafat galt es nach dem Machtwechsel in Syrien, die Beziehungen zu Assad zu verbessern. Damaskus war seit 1968 gegen die Fatah vorgegangen und hatte vor allem aufgrund deren Rivalität mit der PFLP-GC/PFLP Einfluss zu nehmen vermocht. Die anfängliche Unterstützung der Fatah war in Gegnerschaft und Ver-

427 Vgl. auch Polkehn, DDR, S. 35.

428 Vgl. BArch, DZ 8/177, Vermerk, o. D., ca. November 1970.

429 So Polkehn, DDR, S. 35. Vgl. ebs. ders., Wochenpost, S. 168. Heinz Odermann, langjähriger Mitarbeiter von „Radio Berlin International", erklärt: „Es ist sicherlich ein Grund der hohen Resonanz des Arabischen Programms, dass nie eine Frage der Hörerinnen und Hörer unbeantwortet blieb. Manche Fragen waren schwierig zu beantworten, wie zum Beispiel die Frage nach der arabischen Einheit, weil auch hier die außenpolitische Opportunität hineingriff und überhaupt das einzige Einheitliche der arabischen Welt ihre Uneinigkeit ist. […] Vor der Arabischen Redaktion standen mehrere politisch und publizistisch schwer zu bewältigende Probleme. […] Dazu kamen Probleme, die es in der täglichen Arbeit mitunter kompliziert machten, ihnen den richtigen Platz im Programm zuzuweisen. Übersehen werden durfte kein Problem, das in den arabischen Ländern bekannt war. Außenpolitische Opportunität verlangte zuweilen, das eine oder andere, von der Redaktion als wichtig angesehene Thema ins Archiv zu geben", so Odermann, Wellen, S. 193, 195.

430 Vgl. BArch, DVW 1/115538, Schreiben des MfNV an Willi Stoph, 19. 01. 1970, Bl. 1.

431 Vgl. Freedman, Moscow, S. 46; Ma'oz/Yaniv, On a Short Leash, S. 195f.; Dawn, Foreign Policy of Syria, S. 169f.; Hinnebusch, Syria, S. 60; Rubin, Revolution, S. 36; Sayigh, Struggle, S. 263–265; Rabil, Terror, S. 28–33. Syrien intervenierte zunächst mit mehreren Brigaden u. bekämpfte Einheiten der jordanischen Armee. Der Irak griff weder in die jordanisch-syrischen noch jordanisch-palästinensischen Kämpfe ein, obwohl 20 000 irakische Soldaten in Jordanien stationiert waren, vgl. Ashton, Cold War, S. 199–201; Kerr, Arab Cold War, S. 149; Sayigh, Struggle, S. 264f.

432 Vgl. Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 118; Sayigh, Struggle, S. 267; Rubin/Rubin, Arafat, S. 53; Shemesh, Entity, S. 182.

folgung umgeschlagen, seit Arafats Gruppe die PLO führte[433]. Dass Assad im Herbst 1970 den Befehl zum Eingreifen gegen Jordanien nicht ausführte, zeigte bereits, dass er keine vorbehaltlos positive Einstellung zu Jassir Arafat besaß. Syrien betrachtete sowohl den palästinensischen „Befreiungskampf" als auch die Entwicklung im Libanon, in den die PLO nach 1970 flüchtete, als Angelegenheit von nationalem Interesse[434]. Daher kooperierte Assad – der zu Beginn der syrischen Zusammenarbeit mit der Fatah 1963/64 für deren Unterstützung verantwortlich gewesen war – nur solange mit Arafat, wie dieser sich seinen Forderungen unterwarf. Die PLO/Fatah und das Assad-Regime standen damit im Grunde immer im Konflikt miteinander[435].

Frangi betont in seiner Autobiografie zu Recht, dass die Periode zwischen 1970 und 1973 die erste wirkliche Zerreißprobe für die PLO war[436]. Arafat konzentrierte sich ab Anfang des Jahres 1971 darauf, die innerpalästinensischen Konflikte zu beenden und alle Gruppen in die PLO zu integrieren[437]. Dies gelang im März 1971 auf der achten palästinensischen Nationalversammlung, der ersten nach den Kämpfen in Jordanien. Nahezu alle wichtigen palästinensischen Gruppen nahmen an diesem Treffen teil, und Arafat konnte gleichzeitig die Stellung der Fatah im Exekutivkomitee ausbauen, auch wenn dort nach 1971 die DFLP und die PFLP vertreten waren[438]. Außerdem gab sich diese palästinensische Nationalversammlung betont „progressiv" und charakterisierte die Palästinafrage erstmals dezidiert als Teil des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus, vor allem gegen die Vereinigten Staaten[439].

Arafats zweite Einladung nach Moskau, im Oktober 1971, hing nicht unmittelbar mit diesen Beschlüssen zusammen. Sie war aber ein deutliches Zeichen der Sowjetunion, dass die KPdSU enger mit der PLO unter Arafat zusammenarbeiten wollte[440]. Gerade vor dem Hintergrund der neuen Staatsführung in Syrien und in Ägypten sowie der innerpalästinensisch fragilen politischen Situation hielt der Kreml ein weiteres Treffen mit Jassir Arafat für geboten. Arafat aber zeigte sich selbstbewusst. Seine Delegation umfasste nicht, wie dies von sowjetischer Seite gefordert wurde, alle Teilgruppen des neuen Exekutivkomitees, sondern nur An-

[433] Vgl. Hinnebusch, Revisionist Dreams, S. 381; Ma'oz/Yaniv, On a Short Leash, S. 191 f.; Hart, Arafat, S. 201–215; Shemesh, Entity, S. 120.

[434] Vgl. Avi-Ran, Involvement, S. 9; Weinberger, Intervention, S. 112; Hinnebusch, Revisionist Dreams, S. 380 f.; Rabil, Terror, S. 1–28; Smith, Conflict, S. 316; Sayigh, Struggle, S. 289–291, 675; Zittrain Eisenberg, From Benign to Malign, S. 21; Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 63–68, 91–102.

[435] Vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 49; Smith, Conflict, S. 316; Shemesh, Entity, S. 65, 319; Sayigh, Struggle, S. 105, 675; Hinnebusch, Foreign Policy of Syria, S. 147–156; ders., Revisionist Dreams, S. 379–383; Rubin, Revolution, S. 50; Ma'oz/Yaniv, On a Short Leash, S. 191–196.

[436] Vgl. Frangi, Gesandte, S. 156.

[437] Vgl. Kurz, Fatah, S. 60–63, 74 f.; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 61 f.; Quandt, Nationalism, S. 130 f.

[438] Vgl. ebd., S. 133–140; Shemesh, Entity, S. 163; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 62.

[439] Vgl. Golan, Uneasy Alliance, S. 33, 36.

[440] Vgl. Dannreuther, Soviet Union, S. 49 f.; Karmon, Coalitions, S. 254.

gehörige der Fatah, der Saiqa und der Ansar[441]. Die DFLP und die PFLP schloss Arafat trotz der erst wenige Monate zurückliegenden Gipfelbeschlüsse der achten palästinensischen Nationalversammlung aus. Das Fehlen der Volksfront und der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas begründete Arafat mit der „Selbstisolierung dieser Gruppen, die die Strategie und Taktik des Kampfes nicht verstehen würden"[442].

Die Moskauer „Empfehlung"

Für die ostdeutsche PLO-Politik war dieses zweite Treffen zwischen der KPdSU und Jassir Arafat wegweisend. Noch vor Ankunft der palästinensischen Delegation in Moskau instruierte die sowjetische Führung die DDR, sich auf einen Anschlussbesuch Arafats vorzubereiten. Mit „Blitztelegramm" übermittelte die Ost-Berliner Botschaft in Moskau am 15. Oktober 1971 – drei Tage vor Arafats Eintreffen in der Sowjetunion – einen Situationsbericht sowie die politischen Ratschläge der KPdSU: „Innerhalb der palästinensischen Widerstandsbewegung geht eine scharfe Abgrenzung der Kräfte vor sich und eine Umwertung der Grundposition in Bezug auf die Strategie und Taktik des Kampfes. […] Die Zukunft gehört den ‚Gemäßigten' unter Arafat, denn – so wird eingeschätzt, ‚die passen in den Rahmen'. Die Situation entwickelt sich so, dass Palästina als Staat früher oder später entstehen wird. Deshalb versuchen alle Seiten, die Chinesen, die US-Amerikaner u. a., sich die gewünschten Ausgangspositionen zu schaffen, in dem sie mit Arafat arbeiten. […] Unter diesen Umständen ist die Einladung an Arafat, in die SU zu kommen, zu sehen. […] Der Wunsch der SU, alle Teile einzubeziehen, und Habache und Hawatmeh [PFLP- und DFLP-Vorsitzender] in die Delegation aufzunehmen, ist von Arafat kategorisch abgelehnt worden. […] Die sowjetischen Genossen werden wie bisher der Arafat-Gruppe politisch-moralische Hilfe und im Wesentlichen symbolische Unterstützung geben. Das wird über das Rote Kreuz, die Gewerkschaften und andere Wege (einige leichte Waffen) erfolgen. […] Der Gesprächspartner im ZK der KPdSU empfahl, die Einladung an Arafat persönlich noch in Beirut auszusprechen."[443]

Als Jassir Arafat am 29. Oktober 1971 zum ersten Mal Ost-Berlin aufsuchte und ein neues Kapitel der Beziehungen zwischen der DDR und der PLO begann, geschah dies mithin nicht auf Initiative des SED-Staates, sondern aufgrund einer Moskauer Empfehlung[444]. Die Sowjetunion setzte die DDR gezielt als Mittel der

[441] Vgl. die Darstellung in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/859, Telegramm der Botschaft Moskau an das MfAA, 15. 10. 1971, Bl. 103; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Redeentwurf, o. D., ca. November 1971, Bl. 167 f.; Golan, Uneasy Alliance, S. 13; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 160 f.

[442] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Redeentwurf, o. D., ca. November 1971, Bl. 168.

[443] So SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/859, Telegramm der Botschaft Moskau an das MfAA, 15. 10. 1971, Bl. 101.

[444] Die Vorlage für den Sekretariatsbeschluss des ZK für die Einladung wurde am 21. 10. 1971 gefertigt, vgl. BArch, DZ 8/177, Vorlage, 21. 10. 1971. Vgl. auch die Darstellung und Argumentation bei Hazan, Involvement by Proxy, S. 321–325, 340, der für die ersten Jahre ab 1970 v. a. Bulgarien u. die DDR als die sozialistischen Staaten aus-

eigenen PLO-Politik ein, da man nach den Ereignissen in Jordanien und den Veränderungen im Nahen Osten intensivere Beziehungen mit Arafat aufbauen wollte, allerdings nicht im direkten Kontakt mit der PLO, sondern über Stellvertreter[445]. Auch der im Frühjahr 1971 vollzogene Wechsel an der Spitze des SED-Staates von Walter Ulbricht zu Erich Honecker bedingte keine unmittelbare Veränderung der PLO- und Palästinapolitik.

Aufzeichnungen des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees über diesen ersten Besuch Arafats in der DDR geben Einblick in den Diskussionsprozess innerhalb der PLO. So habe es zunächst „Meinungsverschiedenheiten" gegeben, ob ein Besuch in Ost-Berlin, im Anschluss an die Gespräche in Moskau, „nützlich und von Bedeutung sei"[446]. Während die Mehrheit der palästinensischen Delegation sofort aus der sowjetischen Hauptstadt in den Nahen Osten zurückreisen wollte, habe letztlich der Verantwortliche der PLO für die Beziehungen mit den sozialistischen Solidaritätskomitees die Zustimmung für einen Aufenthalt in der DDR erreicht; Arafat habe erklärt, sich dort aber „nur einen Tag" aufhalten zu wollen[447]. Laut dem Bericht des AASK erhielt 1971 somit nicht nur die SED überraschend von der KPdSU die Empfehlung, an den Vorsitzenden des palästinensischen Exekutivkomitees die erste offizielle Einladung auszusprechen, sondern auch Jassir Arafat hatte einen Aufenthalt in der DDR im Nachgang seiner Gespräche in Moskau nicht geplant[448].

Am 30. Oktober 1971, einen Tag nach Arafats Ankunft in Ost-Berlin, landete der sowjetische Partei- und Staatschef Leonid Breschnew in Schönefeld und begann seinen dreitägigen Staatsbesuch. Breschnew hatte sich während Arafats vorheriger Visite nicht in Moskau, sondern in Paris aufgehalten[449]. Jassir Arafat und die neun weiteren PLO-Mitglieder blieben bis zum 2. November 1971 in der DDR, einen Tag länger als Breschnew[450]. Eine Begegnung zwischen ihm und Arafat fand, soweit bekannt, nicht statt. Auch zu einem Treffen mit Erich Honecker kam es nicht. Aufgrund der medialen Aufmerksamkeit für den sowjetischen Gast erlangte der Besuch der PLO auch keinerlei Publizität[451].

macht, die im Interesse Moskaus mit der PLO zusammenarbeiten sollten, im Gegensatz zu Polen, Ungarn u. der ČSSR. Hazan vernachlässigt allerdings nationale Motive des zutreffend erkannten „involvement by proxy" der einzelnen sozialistischen Länder anstelle der Sowjetunion. Bei jenen Kontakten mit der PLO reicht es nicht aus, lediglich zu schlussfolgern: „What we see […] are not the German [DDR] or the Hungarian attitudes towards the PLO. Rather, these represent two or three different Soviet attitudes – by proxy – designed to keep various options open for the USSR to follow in the near future", denn die sozialistischen Länder verfolgten – wie das Regieren der SED auf die westdeutschen Nahostinitiativen 1970 zeigt – mit ihrer PLO-Politik auch nationale Interessen.

445 Vgl. Hazan, Involvement by Proxy, S. 321–325; Dannreuther, Soviet Union, S. 49–51.

446 So BArch, DZ 8/177, Information, 04. 11. 1971.

447 Vgl. ebd.

448 Vgl. auch Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 156f.

449 Zur Berichterstattung über den Aufenthalt Breschnews in Frankreich bzw. der DDR vgl. ND, 26. 10. bis 02. 11. 1971.

450 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Bericht, 11. 11. 1971, Bl. 63.

451 Über den Aufenthalt der PLO-Delegation erschien in der ostdeutschen Presse keine Meldung.

Dennoch gab die Führung des Kreml Arafat mit diesem Aufenthalt in Ost-Berlin etwas Wichtiges zu verstehen. Denn deutlich wurde, wie die sowjetische Seite ihr Verhältnis zur PLO gestalten wollte. Die Aussagen der zitierten Quelle des AASK lassen es plausibel erscheinen, dass Arafat erst im Wissen um die Anwesenheit Breschnews in Ost-Berlin entschied, dass seine Delegation „einen Tag" – den Ankunftstag Breschnews – bleiben sollte. Das bedeutet, dass er vor Abflug aus Moskau annahm oder man ihm signalisiert hatte, dass in der DDR ein erstes Gespräch mit Breschnew zustande kommen könnte. Auch die Entscheidung der palästinensischen Delegation, parallel zur Anwesenheit Breschnews fünf Tage in Ost-Berlin zu bleiben, wäre somit von der Annahme bestimmt worden, die Chance für ein Gespräch zu wahren. Mit der Arafat empfohlenen Reise in die DDR demonstrierte die KPdSU der PLO in jedem Fall deutlich, wie sie beabsichtigte, die engeren Beziehungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu führen: die sozialistischen Länder sollten stellvertretend handeln[452].

Die Delegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation wurde in der DDR offiziell vom Afro-Asiatischen Solidaritätskomitee betreut; auch die KPdSU hatte in Moskau lediglich diese „gesellschaftliche Organisation" in Erscheinung treten lassen[453]. Arafat traf während seines ersten Besuches in Ost-Berlin Vertreter des AASK, der Nationalen Front sowie Hermann Axen, den ZK-Sekretär für Internationale Verbindungen. Dessen Funktion kannte Arafat aber nicht, denn alle seine Gesprächspartner „wurden als Mitglieder des Präsidiums des AASK vorgestellt"[454]. Offensichtlich wollte die SED dieser ersten PLO-Delegation nicht das Gefühl zu großer Aufmerksamkeit vermitteln. Außer dem Besuch des Armeemuseums, der Volkspolizei und einer „Kampfgruppe der Arbeiterklasse", diversen Einzelvorträgen sowie einer Dampferfahrt und einem „Abschlusscocktail" standen politische Fragen auf der Agenda dieser ersten ostdeutsch-palästinensischen Spitzengespräche in der DDR[455]. Ziel der SED war unter anderem, einen besseren Überblick über die innere Struktur und Situation der PLO zu erhalten, etwa über die „Stärke der

[452] Hazan, Involvement by Proxy, S. 328, urteilt pointiert: „At a time when the PLO was not officially recognized as the sole legitimate representative of the Palestinians, even by the Arab world, and when its image was much more one of a brutal terrorist organization than a political-military movement of national liberation, the USSR – unable to forecast future developments in the PLO's status – did not wish to close off any possibility. Consequently, while a portion of its satellites maintained at that time an accepted low-key relationship with the PLO, Bulgaria and the GDR developed – and openly demonstrated – a new pattern of relationship, namely visible material and political support […]."

[453] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Redeentwurf, o. D., ca. November 1971, Bl. 167 f.; BArch, DZ 8/177, Konzeption für den Besuch der PLO-Delegation, o. D., ca. Oktober 1971. Vgl. auch Dannreuther, Soviet Union, S. 27; Timm, Davidstern, S. 274; Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 156 f.

[454] So BArch, DZ 8/177, Konzeption für den Besuch der PLO-Delegation, o. D., ca. Oktober 1971. Vgl. auch die unzutreffende Kommentierung bei Timm, Davidstern, S. 274, die suggeriert, das ZK der SED sei während der ersten Gespräche 1971 auch als solches offiziell gegenüber der PLO in Erscheinung getreten.

[455] Vgl. BArch, DZ 8/177, Konzeption für den Besuch der PLO-Delegation, o. D., ca. Oktober 1971.

Milizen […] und Kommandoorganisationen der PLO", den „Stand der Auseinandersetzung in der Fatah und in der PLO"; weitere Fragen schlossen sich an: „Auf wen stützt sich Arafat? Welche Position nehmen Habasch [Vorsitzender der PFLP] und Hawatmeh [Vorsitzender der DFLP] ein? Stimmt es, dass sich der sogenannte linke Flügel der Fatah unter Abu Ayad [alias Salah Khalaf] den Positionen von Habasch nähert? […] Welches Ziel hat die militärische Ausbildung der palästinensischen Arbeiter? Welche Vorstellungen gibt es zum palästinensischen Staat?"[456] Außerdem galt das ostdeutsche Interesse den internationalen Kontakten der PLO, vor allem dem Verhältnis zu arabischen Staaten, beispielsweise dem Libanon und Jordanien, und den Beziehungen zu China sowie der Bundesrepublik[457].

In der Vorlage des „Gesprächskonzeptes" für Hermann Axen erläuterte das MfAA, das Ziel müsse sein, Einfluss auf die „politische Umformierung der palästinensischen Widerstandsbewegung zu einem stabilen Bestandteil der antiimperialistischen Bewegung der arabischen Völker auf progressiver Grundlage zu nehmen. […] Die Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse und der Werktätigen der DDR in ihrem Kampf um die Befreiung von der imperialistischen Klassenherrschaft sowie um die Verteidigung der nationalen und souveränen Rechte ihres sozialistischen Staates haben uns gelehrt: […] Die Wahl der Kampfform entsprechend der konkreten Bedingung unter Beachtung der Wahrung der Einheit des politischen, ideologischen, ökonomischen und militärischen Kampfes [zu gebrauchen]."[458] Für das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten stand fest: „Dieser Kampf, in dem auch dem arabischen Volk von Palästina ein bedeutungsvoller Platz zukommt, sollte bei Beachtung aller seiner Formen konsequent und beharrlich weitergeführt werden, um die im Kräfteverhältnis erzielten Erfolge weiter zu stärken."[459]

So wie die KPdSU bereits die neue, rein realpolitisch motivierte Fokussierung auf Arafat mit einer „Mäßigung" der PLO zu verbrämen suchte, gelangte auch die SED zu der Überzeugung: „Das erste offizielle Gespräch zwischen der Delegation der palästinensischen Widerstandsbewegung und Vertretern des AASK bestätigt die Information der sowjetischen Genossen, wonach in der Palästinensischen Widerstandsbewegung eine neue Situation entstanden ist. […] Es gibt deutliche Anzeichen eines Umdenkens, das sich in einer großen Berücksichtigung der politischen Grundlagen des Widerstandskampfes und in einer gewissen realistischen Beurteilung der gegenwärtigen Situation zeigt."[460] Eine solche Bewertung stand klar im Widerspruch zu den Aussagen Arafats. So hatte dieser laut Mitschriften des ZK und des AASK offen erklärt, sein politisches Ziel sei „der Einheitsstaat von Christen, Mohammedanern und Juden. […] Als Weg, um das Ziel zu erreichen, wurde ausschließlich der bewaffnete Kampf dargelegt."[461] „Es wurde da-

[456] So SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/859, Vorlage, 21. 10. 1971, Bl. 49; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Redeentwurf, o. D., ca. November 1971, Bl. 172.
[457] So SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/859, Vorlage, 21. 10. 1971, Bl. 49.
[458] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Konzeption, o. D., Bl. 87–90.
[459] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Gesprächshinweise, o. D., ca. Oktober 1971, Bl. 112 (Hervorhebung im Original).
[460] So BArch, DZ 8/177, Konzeption, o. D., ca. Oktober 1971. Vgl. auch Timm, Davidstern, S. 274f.
[461] So SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/859, Information, 02. 11. 1971, Bl. 58f.

von gesprochen", so fuhr man fort, „dass Israel kein Staat für alle Juden sei, sondern nur für die Juden, die mit dem Imperialismus verbunden sind."[462] Eine „Mäßigung", ein „Umdenken" oder eine „große Berücksichtigung der politischen Grundlagen des Widerstandskampfes", wie von ostdeutscher Seite konstatiert, ließ sich diesen Aussagen nicht entnehmen. Die ausschließlich bewaffnete Auseinandersetzung mit Israel und die Gründung des säkularen Einheitsstaates der Juden, Christen und Muslime war das klassische Fatah-Konzept für Gesamtpalästina – „code words for the destruction of Israel"[463].

Bemerkenswert ist jedoch, dass selbst das ZK der SED keine Anzeichen dafür sah, dass der Kampf der PLO gegen Israel „gemäßigter" geführt werde. Arafats Denken sei, so hieß es, allgemein geprägt von „engen nationalistischen Vorstellungen", herrührend „aus der jahrzehntelangen Isolierung von weltpolitischen Problemen"[464]. „Die sogenannte Palästinafrage", so analysierte das ZK weiter, werde aufseiten Arafats „noch immer von der Gesamtentwicklung im nahöstlichen Raum isoliert, der wahre Charakter des Imperialismus und seine Methoden ungenügend durchschaut und der Rolle der sozialistischen Länder und besonders der Sowjetunion im antiimperialistischen Kampf […] noch nicht in notwendigem Maße Rechnung getragen, die Bedeutung der Widerstandsbewegung und ihre Stärke wird nach wie vor politisch und auch militärisch überschätzt."[465] Kritisch wurde zudem bemerkt: „Nach wie vor halten die Führungskräfte der palästinensischen Widerstandsbewegung an einseitigen kleinbürgerlich-nationalistischen Grundpositionen fest. So wird […] der bewaffnete Kampf überbetont und der Zusammenhang des Widerstandskampfes mit dem weltweiten antiimperialistischen Kampf erst in Ansätzen erkannt."[466]

Die SED zog über Arafats ersten Besuch in der DDR dennoch folgendes Fazit: „Der Aufenthalt der Delegation und seine Ergebnisse können insgesamt als positiv eingeschätzt werden. […] Die ausgesprochen aufgeschlossene und freundschaftliche Atmosphäre ermöglichte durch diesen ersten Besuch einer Delegation der PLO in der DDR, die gegenseitigen Standpunkte näher kennenzulernen und zugleich eine Grundlage für die weitere Entwicklung der Beziehungen zu schaffen."[467] Das MfAA ergänzte, von nun an seien „Kontakte zur palästinensischen Widerstandsbewegung, *vorrangig* zur PLO, […] zu nutzen, um die Position im arabischen Raum weiter zu festigen, die Politik der DDR darzulegen sowie insbesondere durch Vermittlung von Erfahrungen der DDR einen Beitrag zur Vertiefung des antiimperialistischen Gehaltes der Grundkonzeption der palästinensischen Widerstandsbewegung sowie zum ideologischen Reifeprozess ihrer Führungskräfte zu leisten."[468] Das Afro-Asiatische Solidaritätskomitee sollte – so die Empfehlung des Ost-Berliner ZK – die Zusammenarbeit mit der PLO und den

462 So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Information, 11. 11. 1971, Bl. 65.
463 So Kissinger, Years of Upheaval, S. 628.
464 So SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/859, Information, 02. 11. 1971, Bl. 62.
465 So ebd., Bl. 61 f.
466 So SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/859, Information, 30. 11. 1971, Bl. 80 f.
467 So ebd., Bl. 80.
468 So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Redeentwurf, o. D., ca. November 1971, Bl. 170 (Hervorhebung eingefügt).

einzelnen Gruppen fortsetzen; außerdem hatte das AASK ein Konzept zu entwerfen, wie in geeigneter Weise verstärkte politische und materielle Hilfe geleistet werden konnte[469]. Die SED gestattete Arafat jedoch weiterhin nicht, ein Büro der PLO in der DDR zu eröffnen[470]. Die Argumentation des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees, die darlegte, weshalb eine solche Vertretung abgelehnt wurde, war unmissverständlich formuliert: „[Es ist] nicht ratsam, ausgerechnet in der DDR eine Institution zu etablieren, die oppositionelle und teilweise abenteuerliche ultralinke Gruppierungen in Westeuropa und der BRD anleitet. Das könnte sich als ein Hemmnis erweisen in unserem Kampf, die friedliche Koexistenz zwischen der BRD und der DDR zu erzwingen."[471]

Auch wenn Jassir Arafat im Oktober 1971 in Ost-Berlin erklärt hatte, dass es sein Ziel sei, Israel und den Zionismus vollständig zu beseitigen, waren für die SED sowie das AASK seine „Darlegungen im Ganzen politisch seriös und ließen ein größeres Verstehen der Gesamtzusammenhänge des antiimperialistischen Kampfes im Nahen Osten und im Weltmaßstab erkennen"[472]. Bei Auswertung der Akten entsteht insgesamt der Eindruck, als ob dieses Urteil bereits parteioffiziell feststand, noch bevor Arafat überhaupt erstmals ostdeutschen Boden betrat. Die Führung der SED ging offenbar davon aus, dass die Palästinensische Befreiungsorganisation und Jassir Arafat sich gewandelt hatten, weil dies der sowjetischen Meinung entsprach. Unbenommen jedweder inhaltlicher Aussage Arafats und der gut anderthalb Jahre alten Vorgabe des Maßnahmenplans des Politbüros, keine „nationalistische[n] Konzeptionen der palästinensischen Widerstandsorganisationen, die eine Liquidierung des Staates Israels beinhalten", zu unterstützen, war Honecker Ende Oktober 1971 bereit, eine aktivere PLO-Politik zu beginnen, weil Moskau signalisiert hatte, dass dies im sozialistischen Interesse lag[473]. Und wenn es notwendig war, mit den Palästinensern zu arbeiten, dann musste die PLO gemäßigt sein, denn „nationalistische Konzeptionen" lehnte das SED-Regime weiterhin ab[474].

Die DDR behielt aber auch nach dem ersten Gespräch mit Arafat in Ost-Berlin im November 1971 drei Konstanten ihrer bisherigen Politik gegenüber der Palästinensischen Befreiungsorganisation bei: Zum einen erkannte man, so wie die arabischen Staaten und die Sowjetunion, die PLO nicht als nationale Befreiungsorganisation der Palästinenser an, sondern betrachtete sie als Teil des arabischen Kampfes gegen „Imperialismus" und „Zionismus" und damit als den arabischen Staaten untergeordnet. Zum anderen arbeitete man weiterhin an der „progressiven" Umgestaltung der palästinensischen Widerstandsbewegung, jetzt „vorrangig" – wie es hieß – mit der PLO unter dem gewählten Vorsitzenden des Exekutivkomitees Jassir Arafat[475]. Dies bedeutete aber keinerlei Veränderung im

469 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/859, Information, 30. 11. 1971, Bl. 83.
470 So ebd.
471 So BArch, DZ 8/177, Vermerk, 15. 11. 1971.
472 So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Information, 04. 11. 1971, Bl. 76.
473 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1281, Anlage 10 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 28. 04. 1970, Bl. 160.
474 Vgl. auch Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 156f.
475 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Redeentwurf, o. D., ca. November 1971, Bl. 170.

Hinblick auf die Bewertung der Fatah. Nach wie vor galten nur die DFLP, die Ansar, die Saiqa und die PFLP als die „fortschrittlich-antiimperialistischen" Kräfte innerhalb der palästinensischen Widerstandsbewegung. Zum Dritten ging die Entscheidung der SED, engere Kontakte zu Arafat aufzubauen, zwar auf eine Initiative der KPdSU zurück, aber Honecker und das ZK agierten keineswegs ohne ein nationales Interesse[476]. Die Fragen des Zentralkomitees der SED an die palästinensische Delegation zeigen, dass man – wie im Fall des Maßnahmenplans und der palästinensischen Flüchtlingshilfe – im November 1971 wiederum die westdeutsche Politik zu einem Kriterium der eigenen Kontakte mit Arafat und der PLO machte. Das SED-Regime nahm die Bundesrepublik als Akteurin wahr und zeigte Jassir Arafat, dass man sich dafür interessierte, wie er und die Palästinensische Befreiungsorganisation zu Bonn standen[477].

Die Kooperation der SED mit Arafat 1971/72

Nur sechs Monate nach Arafats erstem Besuch in Ost-Berlin unterbreitete das Afro-Asiatische Solidaritätskomitee der DDR ihm im April 1972 einen Vorschlag zur zukünftigen Zusammenarbeit. Erstmals richtete es dieses Angebot direkt an Arafat beziehungsweise die PLO[478]. Im Vergleich zum Maßnahmenplan reduzierte das AASK allerdings das Budget für Hilfsleistungen von 1,5 Millionen Mark auf 900 000 Mark; es war geplant, jährlich Solidaritätsgüter im Wert von 500 000 Mark bereitzustellen, ergänzt um eine Flüchtlingshilfe in Höhe von 400 000 Mark[479]. Außerdem schlug das AASK vor, Studiendelegationen auszutauschen, Seminare abzuhalten und auf wissenschaftlichem Gebiet eine engere Zusammenarbeit zwischen der Universität Leipzig und dem „Forschungszentrum der PLO in Beirut" zu vereinbaren[480]. Mündlich ergänzte man, das AASK denke „insbesondere daran, mit Yasser Arafat selbst" Beziehungen aufzunehmen[481]. Arafat erwiderte darauf, die „zuständigen Genossen" der PLO würden die Angebote des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees prüfen, im Allgemeinen entsprächen diese „Vorstellungen ihren Wünschen"[482]. Die für Juni 1972 geplante Unterzeichnung des Abkommens kam nicht zustande – möglicherweise aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen Gruppen und der libanesischen Armee[483].

Im Herbst 1972 schloss das SED-Regime allerdings Abkommen mit zwei anderen Befreiungsorganisationen, dem ANC und der Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde (PAIGC). Diese Vereinbarungen sahen eine ähn-

476 Zu einem anderen Urteil kommt Hazan, Involvement by Proxy, S. 340.
477 Vgl. Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 156–160.
478 Vgl. BArch, DZ 8/177, Vermerk, 08. 04. 1972.
479 Vgl. ebd.
480 Vgl. ebd.
481 So ebd.
482 So ebd.
483 Zu den Kämpfen Mitte 1972 im Libanon vgl. Sayigh, Struggle, S. 312; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Schreiben der Handelsvertretung Beirut an das MfAA, 17. 07. 1972, Bl. 149.

liche wissenschaftliche Kooperation sowie einen Studien- und Delegationsaustausch vor, wie das AASK ihn auch Arafat vorschlug – nur trat im Fall des ANC und der PAIGC das Zentralkomitee der SED als Vertragspartner in Erscheinung[484]. Mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation wollte Ost-Berlin 1972 kein Parteiabkommen abschließen. Das Afro-Asiatische Solidaritätskomitee sollte lediglich eine erste Vereinbarung mit der PLO eingehen, wobei Honecker zugleich erstmals die palästinensische Befreiungsbewegung nicht mehr in der Breite unterstützen wollte, sondern sich auf das Exekutivkomitee unter Kontrolle der Fatah konzentrierte. Zuvor hatte man den umgekehrten Weg eingeschlagen: Durch eine „progressive" Einflussnahme auf alle Gruppen des palästinensischen Widerstandes außer der Fatah war versucht worden, deren Bedeutung für die Befreiungsbewegung der Palästinenser zu schwächen. Seit Arafats erstem Besuch in Ost-Berlin jedoch orientierte sich Honecker stärker an ihm und der Institution „PLO", auch wenn Arafat zunächst nur mit dem AASK und nicht der SED zusammenarbeiten sollte. 1972 hatte die DDR auch der von Jassir Arafat geführten Gesamtorganisation PLO und nicht einzelnen palästinensischen Gruppen erstmals direkt Waffen geliefert[485].

Hervorzuheben ist, dass die Beziehung des ZK der SED zum ANC sowie der PAIGC 1972 politisch betrachtet zwar höher eingestuft wurde als der vorgesehene AASK-Kontakt zur PLO, man hingegen die Palästinenser finanziell deutlich bevorteilte. Laut Statistiken des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees wandte die DDR zwischen 1970 und 1972 insgesamt 3,4 Millionen Mark für die palästinensische Flüchtlingshilfe und die Finanzierung der diversen palästinensischen Organisationen auf; seit 1967 summierte sich der Betrag auf insgesamt rund 10,5 Millionen Mark[486]. Damit hatten die Palästinenser seit 1967/68 im Vergleich mit dem ANC, der PAIGC oder der SWAPO ein Vielfaches an ostdeutschen Leistungen erhalten. 1972 beispielsweise bekamen die FRELIMO und SWAPO zusammen nur rund 150 000 Mark[487]. Im selben Jahr betrug der Gegenwert der ostdeutschen finanziellen Unterstützung zugunsten palästinensischer Gruppen aber mindestens 500 000 Mark, zuzüglich der Flüchtlingshilfe insgesamt 1,5 Millionen Mark[488]. Der ANC wiederum erhielt 1972 650 000 Mark[489]. Die Solidaritätsausgaben unter dem Oberbegriff „Palästina" waren also seit 1967 sehr hoch, während

[484] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/145, Vereinbarung zwischen dem ZK der SED u. dem Obersten Kampfrat der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei Guineas u. der Kapverdischen Inseln, 31. 10. 1972, Bl. 1–3; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/147, Vereinbarung zwischen dem ZK der SED u. dem Exekutivkomitee des ANC, 09. 11. 1972, Bl. 65 f.

[485] Vgl. BArch, DZ 8/177, Note der PLO, o. D., ca. Januar 1973. Vgl. auch Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 158 f.

[486] Vgl. BArch, DZ 8/177, Bericht, 28. 10. 1971; BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984.

[487] Vgl. BArch, DZ 8/163, Übersicht der Sendungen FRELIMO, August 1972; BArch, DZ 8/552, Einschätzung über Solidaritätsleistungen gegenüber SWAPO-Namibia, 23. 01. 1984.

[488] Vgl. BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984.

[489] Vgl. BArch, DZ 8/33, Überblick über die finanzielle u. materielle Unterstützung für den ANC, o. D.

die politischen Beziehungen mit der PLO oder palästinensischen Organisationen weitaus niedriger eingestuft wurden[490].

Für die akademische Ausbildung von Palästinensern in der DDR besaß der vom Afro-Asiatischen Solidaritätskomitee vorgeschlagene direkte Kontakt mit der PLO 1972 noch keine Bedeutung. Ost-Berlin stellte ein Kontingent von fünf Studienplätzen – die Hälfte der im Maßnahmenplan 1970 vorgesehenen Stellen – der Liga der arabischen Staaten zur Verfügung. Irrtümlich hatte das AASK im Februar 1972 gegenüber Arafat noch von sechs Studienplätzen gesprochen, die der PLO direkt angeboten werden sollten[491]. Vonseiten der DDR-Botschaft in Kairo hieß es Ende Februar 1972 aber ausdrücklich: „Wie auch in den beiden vorangegangenen Jahren wurde auch jetzt wieder deutlich, dass die Liga der arabischen Staaten bei der Studentenentsendung nur eine Mittlerrolle spielt. Die eigentlich entsendende Stelle ist die PLO, mit der jedoch unsererseits keine direkten Verhandlungen geführt werden; das geschieht durch die Arabische Liga."[492] Im Oktober 1972 hielten sich insgesamt 38 Studenten der Palästinensischen Befreiungsorganisation in der DDR auf[493]. Diese Anzahl stieg Anfang 1973 unerwartet stark an. Nach dem palästinensischen Terroranschlag während der Olympischen Sommerspiele von München im September 1972, der auf die Fatah zurückging, wies die Bundesregierung etwa 100 Palästinenser aus, die Mehrzahl von ihnen Studenten[494]. Die beiden Vereine „Generalunion Palästinensischer Arbeiter" und „Generalunion der Palästinensischen Studenten" wurden verboten und der Leiter des inoffiziellen PLO-Büros in Bonn, Abdallah Frangi, aufgrund einer unterstellten Tatbeteiligung ausgewiesen[495].

[490] Die Bundesrepublik zahlte zwischen 1969 u. 1972 rd. 10 Mio. US-Dollar an UNRWA, vgl. Angaben der OECD unter http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TABLE2A (24. 07. 2012).

[491] Vgl. BArch, DZ 8/177, Vermerk, 08. 04. 1972.

[492] So BArch, DR 3/2. Schicht, B 1444/5, Schreiben der Botschaft Kairo an das MfHF, 28. 02. 1972.

[493] Vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, B 1544/3d, Übersicht der Sondermaßnahmen, o. D. Demnach kamen 1970 sieben Studenten in die DDR u. 1971 acht, in beiden Fällen wurden weniger als die vorgesehenen zehn Plätze vergeben. Folglich bot entweder die DDR weniger Studienmöglichkeiten an als vereinbart o. die Liga der arabischen Staaten/PLO nutzte das Kontingent nicht aus.

[494] Vgl. Jaeger, Quadratur, S. 44f.; Dahlke, Transnationaler Terrorismus, S. 308; Herf, Undeclared Wars, S. 175; Jean Wetz: Bonn interdit deux organisations palestiniennes en Allemagne, in: Le Monde, 06. 10. 1972, S. 1; Interview mit dem Vorsitzenden der Generalunion Palästinensischer Studenten in der Bundesrepublik, in: Der Spiegel, 43/1972, S. 102; Brutale Töchter, in: Der Spiegel, 43/1972, S. 98–100. „Le Monde" gab an, 50 Personen, zumeist Studenten, seien ausgewiesen worden, vgl. AFP: Le gouvernement expulse dix dirigeants des deux organisations palestiniennes interdites, in: Le Monde, 07. 10. 1972, S. 2. Kraushaar, Kampf, S. 557, u. Frangi, Gesandte, S. 165, nennen eine Zahl von über 300 ausgewiesenen Personen. Im „Neuen Deutschland" wurde keine genaue Zahl angegeben, sondern nur von „einer Gruppe" aufgenommener palästinensischer Studenten gesprochen, vgl. ADN: Palästinensische Studenten in der DDR eingetroffen, in: ND, 15. 01. 1973, S. 1.

[495] Vgl. Kraushaar, Kampf, S. 554; Jaeger, Quadratur, S. 44f.; Weingardt, Nahostpolitik, S. 221; Dahlke, Transnationaler Terrorismus, S. 308. Vgl. auch Jean Wetz: Bonn interdit deux organisations palestiniennes en Allemagne, in: Le Monde, 06. 10. 1972, S. 1; Bru-

Am 9. Oktober 1972 wandte sich die „Abteilung Erziehung und Kultur" der PLO an den Botschafter der DDR in Syrien: „Ich habe die Ehre, Ihnen, Exzellenz, darzulegen, dass eine Reihe unserer Söhne, palästinensische Studenten, die an westdeutschen Universitäten studierten, in jüngster Zeit, wie Sie wissen, einer nazistischen Terroraktion seitens der mit den Kräften des Imperialismus und Weltzionismus zusammenarbeitenden westdeutschen Behörden ausgesetzt waren, die zu ihrer Verweisung von den Universitäten und zu ihrer Ausweisung aus Westdeutschland führte. Dadurch ist ihre Zukunft bedroht"; die PLO bitte daher die „befreundete" DDR, alle ausgewiesenen Studenten aufzunehmen und ihnen die Fortsetzung ihres Studiums zu ermöglichen[496]. Abdallah Frangi schreibt: „Arafat hatte die Idee, die DDR um die Aufnahme der ausgewiesenen Studenten zu bitten – und tatsächlich, die DDR übernahm alle dreihundertdreißig Abgeschobenen. Welch ein Verlust für die Bundesrepublik! Diese Menschen wären die besten Botschafter Westdeutschlands in der arabischen Welt geworden."[497]

In der Tat war es Arafat, der die DDR darum bat, aus der Bundesrepublik ausgewiesene Palästinenser aufzunehmen, die wegen eines terroristischen Anschlags, den die Fatah verübt hatte, das Land verlassen mussten. Denn die ostdeutsche Befassung mit einer westdeutschen, antipalästinensischen Aktion passte sehr gut in Arafats deutschlandpolitisches Konzept. Er hatte die deutschen Besonderheiten erkannt und verstand es, mit diesem deutsch-deutschen Gegensatz Politik zu seinen Gunsten zu betreiben. Mit der Bitte um Aufnahme palästinensischer Studenten untergrub Arafat die nach dem Ausgang des Anschlags von München und den als ungerechtfertigt und diskriminierend wahrgenommenen Ausweisungen von Palästinensern massiv beschädigte Reputation der Bundesrepublik bei den Arabern zusätzlich, da er Ost-Berlin aufwertete. Ihm war bewusst, dass es außerordentlich nützlich für die DDR war, als arabisch-palästinensischer Freund und als das bessere Deutschland zu gelten. Gleichzeitig stand die Bundesregierung unter Zugzwang. Wollte sie die SED-Kontakte der PLO abschwächen, musste sie um die Palästinenser werben. Arafat versuchte 1972 sich die Gegensätze dieses durch die Blöcke des Ost-West-Konfliktes getrennten Landes in der Mitte Europas für die west- und ostdeutsche Politik der PLO zunutze zu machen. Die DDR war für ihn bereits zu diesem Zeitpunkt ein Mittel, um seine Kontakte mit Moskau zu verbessern und um die bundesdeutsche Palästinapolitik zu beeinflussen.

Obwohl Honecker Jassir Arafat nicht von sich aus angeboten hatte, die aus der Bundesrepublik ausgewiesenen palästinensischen Studenten in der DDR aufzunehmen, reagierte Ost-Berlin positiv auf das Ersuchen der PLO, aber mit bürokratischer Routine[498]. Am 25. Oktober 1972 konstituierte sich auf Beschluss des Ministerrates eine „zeitweilige interministerielle Kommission", bestehend aus

tale Töchter, in: Der Spiegel, 43/1972, S. 98–100; Interview mit dem Vorsitzenden der Generalunion Palästinensischer Studenten in der Bundesrepublik, in: Der Spiegel, 43/1972, S. 102.

496 So BArch, DR 3/2. Schicht, B 1544/3d, Schreiben der PLO an die Botschaft Damaskus, 09. 10. 1972.

497 So Frangi, Gesandte, S. 165.

498 Vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, B 1544/3d, Schreiben des MfHF an das MfAA, 19. 10. 1972. Vgl. auch Polkehn, DDR, S. 36.

Mitgliedern des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen und des MfAA, überwacht durch die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen[499]. Aufgrund unvollständiger Bewerbungsunterlagen, lückenhafter Nachweise und fehlender Zeugnisse konnte die endgültige Bewilligung zur Aufnahme von 29 Palästinensern, zumeist Angehöriger der Fatah, erst Mitte Dezember 1972 erteilt werden. Arafat hatte 35 Bewerber benannt – etwa ein Zehntel der von Abdallah Frangi behaupteten 330 Personen[500]. Auch befanden sich unter ihnen, vermutlich ohne Wissen amtlicher DDR-Stellen, nicht nur integre, potenziell verlorengegangene Botschafter der Bundesrepublik in der arabischen Welt. So gelangte beispielsweise ein Student in die DDR, der etwa ein Jahr zuvor einen palästinensischen Informanten des Bundesamts für Verfassungsschutz und vier Jordanier in Köln-Brühl erschossen hatte[501]. Mitte Januar 1973 trafen gut zwei Dutzend der im Herbst 1972 aus der Bundesrepublik ausgewiesenen Palästinenser in Ost-Berlin ein. Der DDR-Botschafter im Libanon schrieb dazu an den Minister für Hoch- und Fachschulwesen: „Zum Abschluss möchte ich den herzlichen Dank des palästinensischen Partners mit persönlichen Dankesgrüßen von Jassir Arafat an der Spitze, und zuletzt auch meinen Dank, für die trotz anfänglicher Schwierigkeiten kurzfristige und gewissenhafte Bearbeitung, übermitteln.“[502]

Die Libanonkrise 1973 und Arafats zweiter Besuch in der DDR

Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der PLO veränderten sich, nachdem es im Frühjahr 1973 im Libanon zu Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den palästinensischen Gruppen kam[503]. Die libanesische Armee bekämpfte die Palästinenser und ging gegen die Flüchtlingslager vor, weil Arafats Einheiten die innenpolitische Stabilität des Landes gefährdeten und damit gegen das 1969 geschlossene Abkommen von Kairo verstießen. Außerdem provozierten die andauernden palästinensischen Überfälle auf den jüdischen Staat militärische Vergeltungsschläge Israels, die wiederum die Souveränität des Libanon verletzten und die Krise zusätzlich verschärften[504]. Wie die österreichische Botschaft in

[499] Vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, B 1544/3d, Schreiben des MfHF an das MfAA, 17. 11. 1972.

[500] Vgl. ebd.; BArch, DR 3/2. Schicht, B 1544/3d, Schreiben des MfHF an die Handelsvertretung Beirut, 14. 12. 1972.

[501] Laut Aktenlage verfügte das MfS erst 1979 über Erkenntnisse zur mutmaßlichen Täterschaft dieser Person, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 17508, Auskunftsbericht, 14. 11. 1979, Bl. 87 f.; BArch, DR 3/2. Schicht, B 1544/3d, Übersicht der Sondermaßnahmen, o. D. Vgl. auch Unser Mann, in: Der Spiegel, 8/1972, S. 70–72.

[502] So BArch, DR 3/2. Schicht, B 1544/3d, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfHF, 29. 12. 1972. Vgl. auch ADN: Palästinensische Studenten in der DDR eingetroffen, in: ND, 15. 01. 1973, S. 1.

[503] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 313–317; Gowers/Walker, Myth, S. 147 f.; Golan, Uneasy Alliance, S. 31; Pogany, Peacekeeping, S. 55 f.; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 160 f.; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 17–20.

[504] Vgl. Smith, Conflict, S. 310; Norton, Amal, S. 204–206; Nir, Berri, S. 166 f.; Pogany, Peacekeeping, S. 42, 55 f.; Sayigh, Struggle, S. 315–317; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 17–23, 59–66. Zum Abkommen von Kairo vgl. Cairo Agreement, 03. 11. 1969, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 456 f.

Beirut zutreffend erkannte, war die Lage aber auch entscheidend durch Damaskus beeinflusst: „Mit zunehmendem Abstand vom bisherigen Höhepunkt der Ereignisse treten immer mehr Anzeichen zutage, dass es sich bei den Kämpfen im Libanon nicht so sehr um eine Auseinandersetzung zwischen Armee und palästinensischen Guerillas gehandelt hat, sondern vielmehr um einen offenbar von Syrien aus inspirierten Umsturzversuch linksgerichteter Elemente. Durch die überaus feste Haltung des Staatspräsidenten und das rasche Eingreifen der Armee […] konnte der Umsturzversuch vereitelt werden. Bei der ganzen Aktion ist offensichtlich dem Planungsstab in Damaskus eine große Fehleinschätzung der allgemeinen politischen Lage im Libanon unterlaufen. Der erwartete allgemeine Aufruhr der vorwiegend muselmannischen parlamentarischen Linksopposition und damit der Ausbruch eines neuerlichen Religionskrieges zwischen Christen und Moslems ist trotz ausgiebiger Versuche […] ausgeblieben."[505]

Moskau hatte großes Interesse, nach den Kämpfen im Libanon Arafat zu protegieren, denn die Palästinensische Befreiungsorganisation sollte als politischer Einflussfaktor nicht verloren gehen. Nachdem im Mai 1973 die Auseinandersetzungen zwischen den Palästinensern und der libanesischen Armee vorerst beendet werden konnten, entschied die Sowjetunion, Arafat stärker als bisher zu unterstützen[506]. Dies war auch eine Reaktion auf die politische Niederlage der Sowjetunion in Ägypten. Im Sommer 1972 hatte Präsident Muhammad Anwar as Sadat angekündigt, dass die mehr als 15 000 sowjetischen Soldaten sukzessive das Land verlassen würden. Damit verlor der Kreml seinen strategisch wichtigen Partner im Nahen Osten[507]. Neben dem weiterhin bestehenden engen sowjetisch-irakischen Verhältnis, das aber keinen wirklich nachhaltigen Einfluss auf den Nahostkonflikt bot, kamen dem Assad-Regime und der angeschlagenen PLO Arafats noch größere Bedeutung für die sowjetischen Nahostinteressen zu[508].

Die Haltung der DDR hing zu Beginn des Jahres 1973 von dieser sowjetischen Perzeption ab. Gleichzeitig musste Honecker zu diesem Zeitpunkt Antworten auf

[505] So AdR, BMfaA, Sektion II-pol 2065, Libanon 3 GZ 38734-6/73, Bericht der Botschaft Beirut an das BMfaA, 23. 05. 1973.

[506] Vgl. Golan, Uneasy Alliance, S. 31; Pogany, Peacekeeping, S. 55 f.; Dannreuther, Soviet Union, S. 49–51; Chamberlin, Offensive, S. 177 f. Zu dem am 17. 05. 1973 zwischen der PLO u. der libanesischen Regierung neu geschlossenen Abkommen vgl. Melkart Agreement, 17. 05. 1973, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 457–460.

[507] Vgl. Ginor/Remez, Origins, S. 136–157; Golan, Cold War, S. 64; Israelyan, Inside the Kremlin, S. 56.

[508] Vgl. Golan, Cold War, S. 63–66; dies., Syria and the Soviet Union, S. 777–779; Dannreuther, Soviet Union, S. 68; Freedman, Soviet Union, S. 147; Kreutz, Russia, S. 50; Shemesh, Soviet-Iraqi Relations, S. 57–96, 111–133; Dawisha, Soviet Foreign Policy, S. 63–73. Im Juli 1972, als Präsident Assad erstmals im Kreml empfangen wurde, erklärte der syrische Botschafter in Moskau seinem österreichischen Kollegen: „Die Beziehungen zwischen Syrien und der Sowjetunion [befinden] sich auf einem ausgezeichneten mittleren Niveau. Sie wären nicht ganz hoch oben, sodass der Abschluss eines Freundschaftsvertrages nicht notwendig sei. […] die syrische Regierung wäre nicht so dumm, einen solchen Vertrag abzuschließen", so AdR, BMfaA, Sektion II-pol 1918, Syrien 1 GZ 160.529-6/72, Schreiben der Botschaft Moskau an das BMfaA, 17. 07. 1972.

die westdeutsche Politik der „Ausgewogenheit" finden, da es der Bundesrepublik gelang, schrittweise ihre diplomatischen Beziehungen mit den arabischen Ländern wiederaufzunehmen[509]. Das SED-Regime war gefordert, die eigene Position von der Bonns abzugrenzen. Da die DDR wirtschaftlich zu schwach war, um eine Konkurrenzsituation mit der Bundesrepublik zu bestehen, galt es, aus der proarabisch-antizionistischen Überzeugung Ost-Berlins politisches Kapital zu schlagen[510]. So hatten sich die Berichte des MfAA in Bezug auf die Palästinensische Befreiungsorganisation ab 1972 im Ton gewandelt und deuteten an, dass der SED-Staat die Beziehung mit der PLO vertiefen wollte. Jassir Arafat und die PLO/Fatah wurden als Kern der palästinensischen Befreiungsbewegung begriffen. Sie schienen nun eine „fortschrittlich-antiimperialistische" Ausrichtung des Widerstandes der Palästinenser zu garantieren. Die Machtverhältnisse innerhalb des Exekutivkomitees der PLO, der Einfluss der Fatah, die Stellung von DFLP und PFLP sowie die ideologischen Ansichten der einzelnen Teile hatten sich allerdings nicht verändert. Für diese Neubewertung der Rolle der PLO/Fatah waren vielmehr die libanesisch-palästinensische Konfrontation, der Verlust Ägyptens als strategischer Bezugspunkt der sowjetisch-sozialistischen Nahostpolitik im Sommer 1972 und die Suche der DDR nach einer neuen Abgrenzungsstrategie im Nahen Osten entscheidend[511].

Ende Januar 1973 erklärte die ostdeutsche Botschaft in Beirut: „Da Arafat sich immer stärker zu einem echten revolutionären Führer der palästinensischen Widerstandsbewegung entwickelt, gerät er logischerweise in einen stärkeren Gegensatz selbst zu solchen Staaten wie der Arabischen Republik Ägypten und Syrien, die nach wie vor bestrebt sind, der PLO ihr eigenes Konzept aufzuzwingen. […] Die sowjetische Botschaft informiert, dass angesichts dieser Lage in der PLO die Sowjetunion eine Reihe von Hilfsaktionen eingeleitet hat. […] Sollte die libanesische Regierung ihren Kampf gegen die PLO im Libanon weiter verschärfen, muss mit ernsten Auseinandersetzungen und einer Konfrontation gerechnet werden. […] Arafat orientiert gegenwärtig auf eine weitere Stärkung der Fatah als Kern der PLO. […] Damit will Arafat seine Stellung insgesamt und auch gegenüber Syrien festigen. In jüngster Zeit zeichnet sich immer stärker ab, dass nach den Reisen von Dr. Habasch und Hawatmeh in die Sowjetunion diese Organisationen immer mehr dazu übergehen, die Position Arafats in der PLO zu unterstützen. Für die Stärkung der progressiven Kräfte in der PLO ist das von großer Bedeutung."[512]

Schon im Juli 1972 meldete die Ost-Berliner Handelsvertretung aus dem Libanon über die innenpolitische Lage: „Die gegenwärtig herrschenden Kreise [betrei-

[509] Vgl. Fink, Ostpolitik, S. 184–189; Buettner, Even-Handedness, S. 141–144; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 67–70, 83–88; Wischnewski, Leidenschaft, S. 140–150.

[510] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 350–362, 410–417; Kleßmann, Zwei Staaten, S. 446f.; Haftendorn, Außenpolitik, S. 161–172; Troche, Ulbricht, S. 105. Vgl. auch PA-AA, Bestand MfAA, C 1.308/75, Schreiben der Handelsvertretung Beirut an das MfAA, 23. 03. 1972, Bl. 27–29.

[511] Vgl. auch Golan, Cold War, S. 64–66.

[512] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Bericht der Botschaft Beirut an das MfAA, 26. 01. 1973, Bl. 146–148.

ben] in Abstimmung mit den USA und Saudi-Arabien eine Politik der Zersetzung […] und Aufspaltung der Widerstandsbewegung."[513] Im Libanon stünden sich „30 000 bewaffnete Palästinenser und 8–10 000 libanesische Soldaten" gegenüber[514]. Weiter hieß es, im Rahmen der „Konsultationsgespräche über die palästinensische Widerstandsbewegung" habe die sowjetische Botschaft in Beirut mitgeteilt, dass es das Ziel der libanesischen Regierung sei, sich „des Problems der palästinensischen Widerstandsbewegung zu entledigen"[515]. Hierfür finde „eine gewisse Koordinierung zwischen Israel und der libanesischen Regierung mithilfe der USA statt"[516]. Arafat befinde sich deshalb in einer schwierigen Lage, „da Saudi-Arabien ihn nur noch in Maßen" unterstütze, er aber „verstärkte Hilfe von anderen Ländern, auch von sozialistischen Staaten" erwarte[517].

Der zweite Besuch Jassir Arafats in der DDR fand Mitte Februar 1973 statt, als sich im Libanon die innenpolitische Krise verschärfte und die palästinensischen Gruppen beziehungsweise die PLO Gefahr liefen, wie bereits in Jordanien 1970, militärisch bekämpft und verdrängt zu werden. Die Sowjetunion musste ihre politische Zurückweisung in Ägypten kompensieren und die DDR eine Strategie entwickeln, wie man in der Nahostpolitik die eigenen Interessen gegen die Bundesrepublik durchsetzen konnte[518]. Jassir Arafat und die Abordnung der PLO wurden auch 1973 offiziell vom Afro-Asiatischen Solidaritätskomitee eingeladen, das zeitgleich in „Solidaritätskomitee der DDR" umbenannt wurde[519]. Das wichtige Treffen von Arafat und Axen war nicht von Beginn an vorgesehen, sondern wurde erst zwei Tage nach Eintreffen der Palästinenser vom Sekretariat des Zentralkomitees genehmigt[520]. Die Gespräche mit Arafat und den Mitgliedern seiner Delegation, die nach Bulgarien die DDR als zweites sozialistisches Land aufsuchten, machten deutlich, dass der SED-Staat interessiert war, die politischen Beziehungen mit der PLO weiterzuentwickeln, auch wenn keine unmittelbare Aufwertung der Kontakte oder eine Parteibeziehung zwischen der SED und der PLO beabsichtigt waren[521]. Das ZK der SED wollte im Februar 1973 die Palästinensische Befreiungsorganisation unter Vorsitz Arafats fördern. Dabei hatte Ost-Berlin zugleich syrische Interventionen zu verhindern. So war beispielsweise bekannt, dass „die materiellen Solidaritätsgüter der DDR, die an die PLO über Syrien geschickt werden, nicht an Arafat übergeben [wurden]. Arafat ist darüber nicht informiert (1972 Waren im Wert von fast 1 Mio. Mark)"[522].

[513] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Bericht der Handelsvertretung Beirut an das MfAA, 17. 07. 1972, Bl. 149.
[514] So ebd.
[515] So ebd.
[516] So ebd.
[517] So ebd.
[518] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 172–176, 278–287.
[519] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Information, 28. 03. 1973, Bl. 43. Zur Umbenennung vgl. Reichardt, Solidarität, S. 48f.
[520] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/1974, Protokoll, 19. 02. 1973, Bl. 1.
[521] Vgl. auch die Wertung bei Hazan, Involvement by Proxy, S. 326f.
[522] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Information, 28. 03. 1973, Bl. 46. Über die Inhalte u. Ergebnisse des Treffens mit Arafat erfolgte keine öffentliche Berichterstattung. Die

Die SED zog ihre Schlussfolgerungen über die Gespräche mit Arafat erst Ende März 1973 und fasste sie in fünf Punkten zusammen[523]. Als wichtigste politische Schritte beschloss sie, sich über das weitere Vorgehen mit dem AASK der UdSSR zu beraten, durch das Solidaritätskomitee der DDR eine „politische Konzeption zur weiteren Verstärkung der ideologischen Arbeit mit der PLO" ausarbeiten zu lassen und „im II. Quartal 1973" eine Delegation des Solidaritätskomitees nach Damaskus oder nach Beirut zu entsenden, um „die politische Diskussion" mit der PLO fortsetzen zu können[524].

Im Frühjahr 1973 beabsichtigte Erich Honecker folglich noch keine Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation vonseiten der SED oder der DDR in den darauffolgenden Monaten. Eine Veränderung in den Beziehungen mit der PLO schien sich jedoch abzuzeichnen. In Bulgarien, dem sozialistischen Land, das die palästinensische Delegation Anfang 1973 vor der DDR besucht hatte, war Arafat schon vom Generalsekretär der bulgarischen KP empfangen worden, während Honecker ihn nur mit Axen und dem AASK sprechen ließ. Bulgarien, das damals engere Beziehungen mit der PLO als die DDR unterhielt, war im Frühjahr 1973 offenkundig bereit, in seinem Verhältnis zur Palästinensischen Befreiungsorganisation einen Schritt weiter zu gehen und eine Anerkennung seitens der KP auszusprechen[525].

Das ostdeutsche Solidaritätskomitee hatte einen Tag vor dem Eintreffen Arafats im Februar 1973 in Ost-Berlin ein weiteres Konzept mit dem Titel „Arbeitsvereinbarung zwischen dem AASK der DDR und der PLO für das Jahr 1973" vorgelegt[526]. Dieses Papier modifizierte das Angebot an Arafat vom April 1972, das nie praktisch umgesetzt worden war. Dieses zweite Dokument des Solidaritätskomitees vom Februar 1973 wurde Jassir Arafat aber nicht präsentiert. Darin festgelegt worden war zum Beispiel, dass die DDR der PLO – also nicht mehr den einzelnen palästinensischen Gruppen – eine Million Mark jährlich an finanzieller Unterstützung gewährte und zehn Heilbehandlungen, zehn Ausbildungsplätze und fünf Studienplätze zur Verfügung stellte. Außerdem war zweimal im Jahr ein Austausch von Delegationen zwischen der PLO und dem Solidaritätskomitee, die gemeinsame Erarbeitung von Propagandamaterial sowie die jährlich einmal in der DDR organisierte „Woche der Solidarität mit dem palästinensischen Volk" vorgesehen[527]. Im Vergleich zu den Abkommen mit dem ANC und der PAIGC, die ähnliche Festlegungen trafen, war die Vereinbarung mit der PLO, die nach wie vor nicht das ZK der SED, sondern lediglich das Solidaritätskomitee schließen

Ankunft u. Abreise der PLO-Delegation wurde jeweils nur kurz vermeldet, vgl. ADN: Yasser Arafat bei Ankunft in Berlin herzlich begrüßt, in: ND, 18. 02. 1973, S. 2; ADN: Delegation der PLO beendete Besuch unserer Republik, in: ND, 23. 02. 1973, S. 2.

523 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Information, 28. 03. 1973, Bl. 46f.

524 So ebd.

525 Vgl. Hazan, Involvement by Proxy, S. 326f.

526 Vgl. BArch, DZ 8/177, Arbeitsvereinbarung zwischen dem AASK u. der PLO, 16. 02. 1973.

527 Vgl. ebd.

sollte, mit viel höheren finanziellen Zuwendungen verbunden[528]. Der ANC erhielt 1973 nur 755 000 Mark[529].

Man hatte in Ost-Berlin im Februar 1973 zwar einen neuen Entwurf für das erste Abkommen zwischen dem Solidaritätskomitee und der PLO ausgearbeitet, der unter anderem Mittel in Höhe von einer Million Mark vorsah, aber dieses Konzept wurde verworfen und nicht mit Arafat besprochen. So existierte nach wie vor keine offizielle ostdeutsche Vereinbarung mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation – weder zwischen dem Solidaritätskomitee und der PLO (oder einzelnen ihrer Teil-Organisationen) noch in Form eines Parteiabkommens. Im Nachgang der Gespräche mit Jassir Arafat im Februar 1973 wertete die SED diesen Besuch vier Wochen lang aus und kam Ende März 1973 zu der Schlussfolgerung, sich mit der KPdSU über das weitere Vorgehen abstimmen zu wollen[530].

In den wenigen darauffolgenden Wochen veränderten sich die ostdeutsch-palästinensischen Beziehungen grundlegend. Anfang Mai 1973 begann ein Prozess, an dessen Ende die offizielle Einladung Arafats als Ehrengast der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der SED und der Palästinensischen Befreiungsorganisation sowie die Eröffnung des ersten PLO-Büros im sowjetischen Machtbereich standen[531].

[528] Vgl. ebd.; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/145, Vereinbarung zwischen dem ZK der SED u. dem Obersten Kampfrat der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei Guineas u. der Kapverdischen Inseln, 31. 10. 1972, Bl. 1–3; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/147, Vereinbarung zwischen dem ZK der SED u. dem Exekutivkomitee des ANC Südafrikas, 09. 11. 1972, Bl. 65 f.

[529] Vgl. BArch, DZ 8/33, Überblick über die finanzielle u. materielle Unterstützung für den ANC, o. D.

[530] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Information, 28. 03. 1973, Bl. 46 f.

[531] Zum Verweis auf diese erstmaligen Abschlüsse vgl. u. a. Hazan, Involvement by Proxy, S. 327; Timm, Claims, S. 170; dies., Davidstern, S. 275 f.; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 102.

B. Palästina- und PLO-Politik der DDR 1973–1978

I. Arafat bei den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten

Das Politbüro der SED beauftragte am 8. Mai 1973 sein Mitglied Gerhard Grüneberg, zugleich ZK-Sekretär für Landwirtschaft, nach Beirut zu fliegen, mit Jassir Arafat eine „Zusammenkunft herbeizuführen und mit ihm zu vereinbaren, dass Aktionen gegen die Weltfestspiele in Berlin verhindert werden“[1]. Grüneberg reiste am 23. Juni in den Libanon und kehrte am 26. Juni in die DDR zurück[2]. Sechs Tage später erstattete er dem Politbüro Bericht, das daraufhin entschied: „Die Zusammenarbeit mit […] der PLO ist zielstrebig weiterzuentwickeln. Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen zu realisieren: a) Yassir Arafat wird als Ehrengast des ZK der SED zu den X. Weltfestspielen eingeladen; b) Mit der PLO wird eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit in den Jahren 1973/74 abgeschlossen. In die Vereinbarung ist die Errichtung eines Büros der PLO in Berlin aufzunehmen.“[3] Des Weiteren war beabsichtigt, 50 palästinensische Waisenkinder in der DDR aufzunehmen und der PLO Tausende Maschinenpistolen und 500 „schwere Sprengsätze“ zu übergeben[4].

Gemäß der Aktenlage begab sich also Grüneberg Ende Juni 1973 nach Beirut, um dort Jassir Arafat anzubieten, als Ehrengast der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten nach Ost-Berlin zu kommen, ein Parteiabkommen mit der SED zu unterzeichnen und ein Büro der PLO zu eröffnen. Dadurch sollte, folgt man den Protokollen des Politbüros, ein palästinensischer Terroranschlag auf das Festival verhindert werden. Für die Zusage sicherer Weltfestspiele war es überdies nötig, der PLO/Fatah Maschinenpistolen und Sprengstoff zu schenken[5]. Diese Darstellung der ostdeutschen Parteiführung, die vorgibt, man habe im Sommer 1973 nur deshalb offizielle Beziehungen mit der PLO aufgenommen, um dadurch die Gefahr eines Anschlags in der DDR abzuwenden, ist jedoch aus mehreren Gründen unglaubhaft.

Arafat bei den Weltfestspielen: Moskaus Interessen

Zunächst kam Grünebergs Mission im Juni 1973 keineswegs außerplanmäßig zustande. Der Termin dieser Reise in den Libanon war vielmehr seit Langem be-

[1] So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1447, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 08. 05. 1973, Bl. 5.
[2] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1456, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 03. 07. 1973, Bl. 2.
[3] So ebd., Bl. 1 f., 51.
[4] Vgl. ebd., Bl. 51, 53 f.
[5] Vgl. Polkehn, DDR, S. 36; Timm, Davidstern, S. 264, 275 f.; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 332 f. Vgl. auch Bengtson-Krallert, DDR, S. 155–159. Vgl. demgegenüber Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 155–164.

DOI 10.1515/9783110550108-006

kannt. Denn im März 1973 hatte die SED nach den Gesprächen mit Arafat in Ost-Berlin beschlossen, die „politische Diskussion" mit der PLO im Libanon oder in Syrien „im II. Quartal" 1973 fortzusetzen[6]. Seitens der PLO oder einer palästinensischen Gruppe gab es außerdem kein Motiv für eine Gewalttat in einem sozialistischen Land oder gar gegen die Weltfestspiele der Jugend und Studenten. Die DDR unterhielt mit allen relevanten palästinensischen Organisationen seit Jahren Kontakte, belieferte sie sogar seit spätestens 1970 mit Waffen und nahm im Januar 1973 – symbolisch nach dem palästinensischen Anschlag während der Olympischen Sommerspiele in München 1972 – 29 der aus der Bundesrepublik ausgewiesenen Palästinenser auf. Auch die für die sogenannte Terrorismusabwehr der DDR zuständige Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) erklärte, die PLO sowie einzelne Gruppen hätten im Vorfeld der Weltfestspiele garantiert, dass „keine Aktionen der Palästinenser während des Festivals zu erwarten seien"[7]. Warum reiste außerdem der ZK-Sekretär für Landwirtschaft gemeinsam mit Funktionären des Solidaritätskomitees nach Beirut und nicht Erich Mielke oder ein hochrangiger Mitarbeiter des MfS, wenn angeblich eine so akute terroristische Bedrohung die Sicherheit der X. Weltfestspiele gefährdete[8]?

Selbst wenn man annähme, dieses kommunistische Jugend- und Studententreffen sei als Anschlagsziel potenziell ähnlich hoch gefährdet gewesen wie die Olympiade, gab es doch zwischen beiden Ereignissen einen wichtigen Unterschied: Anders als in München 1972 beteiligten sich die Palästinenser an den Weltfestspielen[9]. Warum sollte die PLO oder eine palästinensische Gruppe ein Festival terroristisch angreifen, wenn dort die Palästinenser mit einer Delegation vertreten waren, um die „antiimperialistische" Verbundenheit im Kampf gegen den Zionismus zu propagieren? Dass die Palästinenser teilnehmen würden, stand lange vor Grünebergs Abflug nach Beirut Ende Juni 1973 fest.

Der vonseiten der DDR nicht anerkannte Gesandte Arafats in Ost-Berlin, der „Journalist" I. A., bereitete spätestens ab Januar 1973 den Auftritt der Palästinenser bei den X. Weltfestspielen als dafür Verantwortlicher der PLO/Fatah vor[10]. Eine solche Beteiligung war nichts Ungewöhnliches, denn eine palästinensische Delegation hatte auch die IX. kommunistischen Weltfestspiele 1968 in Sofia besucht[11]. Ende Februar 1973, zum Zeitpunkt des zweiten Treffens der SED mit

[6] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Information, 28. 03. 1973, Bl. 46 f.

[7] So BStU, MfS, HA XXII, 19952, Vermerk, 20. 09. 1973, Bl. 1. Zum Hintergrund der 1972 in Reaktion auf den Anschlag von München neu formierten „Terrorabwehr" des MfS vgl. Wunschik, Hauptabteilung XXII, S. 7 f.; ders., Terrorismus. Das MfS definierte Terrorismus als ein „Wesensmerkmal des Imperialismus und der aggressiven Politik imperialistischer Staaten", vgl. Suckut, Wörterbuch, S. 364 f. Vgl. auch Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 158 f.

[8] Laut Darstellung von I. A. führte Grüneberg im Juni 1973 eine offizielle SED-Delegation an, der auch ein Vertreter des AASK angehörte, vgl. BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 2, Bericht des IM „Hans", 16. 07. 1973, Bl. 149.

[9] Vgl. ebs. die Argumentation von I. A. in: BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 1, Bericht IM „Inge", 04. 05. 1973, Bl. 157.

[10] Vgl. BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 1, Bericht, 06. 03. 1973, Bl. 106–108; BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 1, Information, 22. 02. 1973, Bl. 101.

[11] Vgl. ebd.

Jassir Arafat in Ost-Berlin, ging der „Journalist" I. A. davon aus, dass etwa 150 Palästinenser zu den X. Weltfestspielen anreisen würden. Nach Darstellung A.s wollten sie sich an den sportlichen Wettkämpfen beteiligen und palästinensische Folklore präsentieren. Außerdem druckte A. bereits Informationsbroschüren über den palästinensischen Kampf gegen Israel, die während des Festivals verteilt werden sollten[12]. Überraschend ist nach Auswertung der Quellen der Befund, dass I. A. die Teilnahme der palästinensischen Abordnung an den X. Weltfestspielen allein organisierte, ohne ostdeutsche Mithilfe[13]. Eine Einladung Arafats war weder vonseiten der Palästinenser gefordert worden noch hatte Ost-Berlin einen solchen Schritt angeboten. A. bereitete bis Anfang Juni 1973, als er die DDR verließ, um für die folgenden sechs Wochen in Damaskus und Beirut die letzten Details zu klären, einen palästinensischen Beitrag für die X. Weltfestspiele ähnlich dem von 1968 in Bulgarien vor[14].

Als Grüneberg Ende Juni 1973 im Libanon eintraf und Arafat die Nachricht übermittelte, dass der SED-Staat die Palästinensische Befreiungsorganisation anlässlich der Weltfestspiele der Jugend und Studenten offiziell anerkennen wolle, folgte er Richtlinien des Kreml und keiner Initiative der PLO-Führung oder Honeckers. Moskau hatte ein grundsätzliches Interesse, Arafat nach der Gewalt gegen die Palästinenser und die PLO im Libanon im Frühjahr 1973 verstärkt zu unterstützen. Denn die Konsequenzen einer Passivität nach dem im Mai 1973 erreichten Waffenstillstand hätten einen Zerfall der Palästinensischen Befreiungsorganisation begünstigt. Für die KPdSU galt es aber, diesen nichtstaatlichen Akteur als neuen, dauerhaften Faktor einer Nahostregelung zu etablieren und gleichzeitig zu kontrollieren, vor allem im Nachgang des politischen Disputs mit Ägypten seit Sommer 1972[15]. Dabei reichte es aus, dass die sowjetische Parteispitze symbolisch zeigte, dass sie Arafat und die Palästinensische Befreiungsorganisation für legitim hielt, beispielsweise durch die Eröffnung eines Büros der PLO und den Abschluss eines Parteiabkommens im Machtbereich des Kreml. Die kommunistischen Weltfestspiele der Jugend und Studenten boten darüber hinaus den idealen Rahmen, um einen so sensiblen Politikwechsel gegenüber einer des internationalen Terrorismus beschuldigten Befreiungsbewegung zu vollziehen[16]. Auch wenn Bulgarien seit Anfang der 1970er Jahre engere Beziehungen mit der PLO pflegte als die

[12] Vgl. ebd.

[13] Gemäß inoffiziell durch das MfS beschaffter Erkenntnisse bemühte sich A. u. a. auch ohne offizielle Hilfe um private Unterkünfte für die palästinensische Delegation während der Weltfestspiele. Ende Juni 1973 vermerkte die Staatssicherheit: „Es liegen Hinweise vor, dass [A.] vermutet, dass er vom MfS kontrolliert wird. Er testete in dieser Richtung einen weiblichen IM", so BStU, MfS, AIM, 3448/78, Bd. 2/5, Auftrag der AG AF, 29. 06. 1973, o. P.; BStU, MfS, A, 101/78, Bd. 2/2, Treffbericht, 30. 04. 1973, Bl. 229.

[14] Zur Ausreise A.s vgl. BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 2, Information, 19. 07. 1973, Bl. 90; BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 1, Vermerk, 29. 06. 1973, Bl. 221.

[15] Vgl. Golan, Cold War, S. 64; dies., Uneasy Alliance, S. 13f.; dies., Soviet Union and the PLO, S. 2; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 223f.; Dannreuther, Soviet Union, S. 49–51, 68; Freedman, Soviet Union, S. 147.

[16] Zur Bedeutung der Weltfestspiele vgl. Ohse, Jugend, S. 339–356; Wesenberg, Kontrolle, S. 5–38; dies., X. Weltfestspiele, S. 651–659; Hazan, Involvement by Proxy, S. 322–328; Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 1065–1067.

DDR, war die SED gefordert, offizielle Kontakte mit Arafat herzustellen, nicht die KP in Sofia, denn die Weltfestspiele fanden 1973 in Ost-Berlin statt[17].

Die Reise Gerhard Grünebergs in den Libanon, die vom 23. bis zum 26. Juni 1973 stattfand, muss zudem vor dem Hintergrund der Ergebnisse der zeitgleich abgehaltenen sowjetisch-amerikanischen Spitzengespräche bewertet werden. Leonid Breschnew traf am 23. Juni 1973 mit dem amerikanischen Präsidenten Richard Nixon und seinem sicherheitspolitischen Berater Henry Kissinger zusammen. Kissinger erinnert sich wie folgt: „Brezhnev wanted to settle the Middle East conflict that summer [1973] and the terms he proposed were the Arabs' demands. […] He wanted to bulldoze us into solving his dilemmas without paying any price. At a minimum he sought to build a record for shifting the onus of a deadlock onto us and to prevent a further erosion of the Soviet position in the Arab world."[18] Gemäß dem von Kissinger angefertigten Protokoll über das Gespräch zwischen Nixon und Breschnew am Abend des 23. Juni 1973 ergeben sich im Vergleich zu der in seinen Memoiren festgehaltenen Darstellung zwar nur geringfügige, dafür aber politisch umso bedeutendere Unterschiede.

So benannte Breschnew – laut Kissingers Protokoll vom 23. Juni 1973 – vier Prinzipien einer gemeinsamen Nahostlösung: „(1) Guarantees for Israel and the other states. […] (2) We [die Sowjetunion] can ensure by the guarantees that there is no confrontation from the occupied territories. (3) Israeli withdrawal from Arab territories. (4) There will be unobstructed passage for all through the straits [gemeint sind der Golf von Aqaba, der Suezkanal, zwischen Port Said und Suez, sowie der Golf von Suez]"; Breschnew sprach weder von einem vollständigen israelischen Rückzug aus allen von Israel besetzten arabischen Gebieten noch ging er auf die Palästinenser ein oder erwähnte die PLO[19]. Er schien vielmehr Nixon für sich einnehmen zu wollen und gebrauchte deshalb konsensfähige Worte. Breschnew wiederholte seine Prinzipien mehrfach und fasste sie immer wie folgt zusammen: „withdrawal of Israeli troops, recognition of boundaries, free passage of ships, and guarantees"[20]. Schenkt man diesen Aufzeichnungen Glauben, dann vertrat Breschnew nicht per se die arabische Position und er beharrte auch nicht darauf, sie zu implementieren, wie Kissinger in seinen Memoiren behauptet[21].

[17] Unmittelbar nach dem Besuch Arafats Ende Juli 1973 kommentierte die bundesdeutsche Presse mit Verweis auf „Ostblockdiplomaten" die Einladung der PLO nach Ost-Berlin im Sinne einer „Patenrolle, die die DDR für das gesamte sozialistische Lager" übernehme u. die Sowjetunion habe die DDR ausgewählt, weil sie selbst mögliche „diplomatische Verwicklungen vermeiden wolle", so Willi Kinnigkeit: PLO in Ostberlin. Die DDR übernahm „Patenrolle" für die militanten Palästinenser, in: SZ, 28. 09. 1973, S. 4. Vgl. auch Hazan, Involvement by Proxy, S. 321–329, 336–340.

[18] So Kissinger, Years of Upheaval, S. 297 f. Obwohl nicht bekannt ist, an welchem Tag Grüneberg Arafat sprach, ist es wahrscheinlich, dass Arafat die am 24. 06. 1973 veröffentlichten Inhalte des amerikanisch-sowjetischen Kommuniqués kannte, bevor er Grüneberg traf. Zum Besuch Breschnews vgl. Kissinger, Years of Upheaval, S. 296–299; Dok. 3 in: Burr, October War; Nixon-Brezhnev Communique on Talks, in: WP, 26. 06. 1973, S. C4.

[19] Vgl. Dok. 3 in: Burr, October War; Kissinger, Years of Upheaval, S. 297 f.

[20] So Dok. 3 in: Burr, October War.

[21] Zum Memorandum vgl. ebd. Zur Darstellung in den Memoiren vgl. Kissinger, Years of Upheaval, S. 297 f.

In dem am 24. Juni 1973 veröffentlichten Kommuniqué sprachen die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten erstmals gemeinsam von „legitimen Interessen" der „palästinensischen Bevölkerung", die im Prozess einer Konfliktregelung im Nahen Osten gebührend zu berücksichtigen seien: „The parties expressed their deep concern with the situation in the Middle East and exchanged opinions regarding ways of reaching a Middle East settlement. Each of the parties set forth its position on this problem. Both parties agreed to continue to exert their efforts to promote the quickest possible settlement in the Middle East. This settlement should be in accordance with the interests of all states in the area, be consistent with their independence and sovereignty and should take into due account the legitimate interests of the Palestinian people."[22] Anders als die arabischen Staaten es forderten, betonten das Weiße Haus und der Kreml zwar lediglich legitime *Interessen* der Palästinenser, nicht hingegen die legitimen *Rechte* des palästinensischen Volkes. Aber im Gegensatz zu den von Breschnew am 23. Juni gegenüber Nixon und Kissinger formulierten Prinzipien fanden die Palästinenser nun immerhin Eingang in eine offizielle amerikanisch-sowjetische Stellungnahme zum Nahen Osten[23]. Wiederum abweichend von Kissingers Behauptung in seinen Memoiren, dass Breschnew am 23. Juni erklärt habe, „final peace would depend on a subsequent negotiation with the Palestinians", waren die Palästinenser, soweit das offizielle Gesprächsprotokoll vom 23. Juni als glaubwürdig gelten kann, kein Gegenstand der Gespräche, sondern wurden zum ersten Mal im Kommuniqué vom 24. Juni erwähnt[24]. In jenem gemeinsamen Dokument fehlte indes jede explizite Bezugnahme auf Israel beziehungsweise die Forderung nach einem Rückzug israelischer Truppen aus besetzten arabischen Gebieten – beides hatte Breschnew am 23. Juni gegenüber Nixon und Kissinger noch als prinzipielle Voraussetzung für eine Konfliktlösung bezeichnet.

Ob Leonid Breschnew bewusst taktisch agierte und das Bekenntnis zu den „legitimen Interessen" der Palästinenser Aufnahme in das gemeinsame Kommuniqué fand, damit er auf die Prinzipien „israelischer Rückzug" und „Frage der Grenzen" verzichtete, ist anhand der Quellen nicht nachweisbar. Fest steht jedoch, dass die sowjetische Seite mit dem Erscheinen Jassir Arafats Ende Juli 1973 in Ost-Berlin über bessere Voraussetzungen als die USA verfügte, um den auch von Washington gut vier Wochen zuvor anerkannten „legitimen Interessen" der Palästinenser Geltung zu verschaffen. Als Nixon dem Kommuniqué mit Breschnew am 24. Juni zustimmte, war der Kreml im Begriff, den selbsternannten rechtmäßigen Vertreter der legitimen palästinensischen Interessen aufzuwerten: Arafats PLO. Die Neuausrichtung der sozialistisch-sowjetischen PLO-Politik fand damals aber noch im Geheimen statt und nur Breschnew wusste von ihr. Diese neue Qualität der Beziehung der sozialistisch-sowjetischen Seite mit der PLO sollte nicht zuletzt die Stärke der USA, der eine Schlüsselfunktion im Nahostkonflikt zukam, brechen. Mit Abschluss der Vereinbarung zwischen der SED und Arafats PLO schien Breschnew erreicht zu haben, was Kissinger eigentlich

[22] So Nixon-Brezhnev Communique on Talks, in: WP, 26. 06. 1973, S. C4.
[23] Vgl. Sayigh, Palestinians, S. 130f.; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 161.
[24] Vgl. Dok. 3 in: Burr, October War; Kissinger, Years of Upheaval, S. 297.

verhindern wollte: „to bulldoze us into solving his dilemmas without paying any price“[25].

Arafat bei den Weltfestspielen: Honeckers Interessen

Die DDR trat 1973 aber nicht nur als Platzhalter Moskaus auf, sondern zog aus dem Bekenntnis zu Arafat eigene Vorteile. In einer Phase zwischen der Ratifizierung des Grundlagenvertrages und vor dem Beitritt in die Vereinten Nationen waren die während der X. Weltfestspiele getroffenen Festlegungen mit der PLO nicht nur symbolträchtig, sondern politisch weitreichend. Honecker traf damit eine außenpolitische Grundsatzentscheidung, unbenommen, ob vom Kreml intendiert oder nicht: Das SED-Regime legte sich darauf fest, dass es als ein international anerkannter Staat seiner antiisraelischen, proarabischen und propalästinensischen Gesinnung durch Beziehungen mit der PLO Ausdruck verleihen und sich über die PLO-Politik von der Bundesrepublik im Nahen Osten abgrenzen wollte[26]. Außerdem bedeutete die Aufwertung der Palästinensischen Befreiungsorganisation im August 1973, dass eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Israel zu diesem Zeitpunkt praktisch ausgeschlossen war. Darüber hinaus musste dieser Schritt die seit Ende 1972 von der Conference on Jewish Material Claims Against Germany mit ostdeutschen Verantwortlichen geführten Gespräche über eine geforderte Unterstützung der jüdischen Opfer nationalsozialistischer Verbrechen tangieren[27].

Als Jassir Arafat zum ersten Mal in der DDR empfangen worden war, hatte sich das israelische Außenministerium mit den Folgen der internationalen Anerkennung der DDR befasst. Am 24. Oktober 1971, fünf Tage vor dem Eintreffen Arafats in Ost-Berlin, schrieb Johanan Meroz, stellvertretender Staatssekretär der israelischen Regierung, in einem Brief an die Botschaft in Bonn, dass „die Tatsache des sich verändernden internationalen Status der DDR ein neues Kapitel in der Balance von Europa“ bedeuten würde; und zog den Schluss: „Wenn wir auch

[25] So ebd., S. 298.

[26] Zur DDR-Außenpolitik in der Phase vor u. nach dem VN-Beitritt vgl. Wentker, Doppelter UN-Beitritt, S. 235–258; ders., Außenpolitik in engen Grenzen, S. 410–412, 442–444. Das BVerfG entschied am 31. 07. 1973, während der Feierlichkeiten der Weltfestspiele in Ost-Berlin, dass der Grundlagenvertrag mit dem Grundgesetz vereinbar war, vgl. BVerfGE, Nr. 1, Beschluss, 31. 07. 1973, Bd. 36, S. 1–36. Vgl. ebs. Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 155–164.

[27] Zu den 1972/73 begonnenen Sondierungen vgl. Timm, Claims, S. 95–98; Große, Amerikapolitik, S. 127, 130; Wolffsohn, Deutschland-Akte, S. 276–278; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 370–381; Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 162–164. Zu den finanziellen Forderungen vgl. ISA/RG 93/MFA/6737/20, Vermerk des WJC, Januar 1973 (hebräischsprachiges Original); Hockerts, Entschädigung, S. 8–26, 31, 40–44; Shafir, Wiedergutmachung, S. 198–203; Goschler, Schuld, S. 159–175; Weingardt, Nahostpolitik, S. 77–92; Gall, Abs, S. 172, 195; Hansen, Katastrophe, S. 161–230, 268 f., 340; Jaschinski-Rombeck, Schuldenabkommen, S. 270–289; Jelinek, Deutschland und Israel, S. 121–216, 242–248, 319–322; Zweig, Reparations, S. 26–43; Timm, Davidstern, S. 129–133; dies., Claims, S. 78–84, 88 f., 170; dies., Verhandlungen, S. 14 f.; Haury, Antisemitismus, S. 293–398.

die äußerst wichtige Stellung, die Ostdeutschland schon heute aufgrund seiner politisch-wirtschaftlichen Stärke im Ostblock hat und die Rolle, die die DDR nicht zuletzt auch im Westen spielt, in Betracht ziehen, wird der Moment der breiten Anerkennung Ostdeutschlands einen allgemeinen Wendepunkt in der europäischen und allgemeinen Politik darstellen. In der Vergangenheit waren wir in allem, was mit der DDR zusammenhing, automatisch aus verschiedenen Interessen ein Partner Westdeutschlands. Es ist klar, dass dieser Zustand so nicht weiterfortbestehen wird."[28] Der israelische Botschafter in Bonn antwortete Meroz am 23. November: „Moskau hat seinen vollen Einfluss und Druck dafür aufgebracht, dass Ostdeutschland aufhört, die sowjetische Politik zu unterminieren. Die DDR musste gegenüber der Bundesrepublik Abstriche machen, um zu einer Regelung zwischen den beiden deutschen Staaten und West-Berlin zu kommen. Beide deutsche Staaten werden sich in absehbarer Zukunft in einigen arabischen Staaten in Konkurrenz miteinander wiederfinden. Dies verpflichtet die kalte ostdeutsche Logik dazu, dass sie die arabische Sache vollständig auf das Extremste gegen uns unterstützen werden."[29]

Klar und nüchtern schätzte die israelische Botschaft in Bonn ein, dass der SED-Staat nach dem Erreichen seiner internationalen Anerkennung aufgrund seiner wirtschaftlichen und finanzpolitischen Schwäche die antiisraelische Position in extenso gebrauchen musste, um ein eigenes außenpolitisches Profil im Nahen Osten behalten beziehungsweise weiterentwickeln zu können. Die Anerkennung der PLO seitens der SED war im Sommer 1973 für die zukünftig noch dezidierter notwendige Instrumentalisierung des proarabischen Standpunktes von entscheidender Bedeutung für die DDR, denn sie bot die Option, sich von Bonn abheben zu können. Indem Honecker nicht länger die humanitäre Ebene des Palästinaproblems in den Fokus rückte, sondern demonstrativ die politische, eröffnete dies zugleich die Chance, sich aus einer finanziellen Konkurrenz mit Bonn zu befreien, nachdem die Bundesrepublik ihre Beziehungen zu den arabischen Staaten wiederhergestellt hatte[30]. Diese Abgrenzungsfunktion der PLO-Beziehung ab dem Zeitpunkt des internationalen Durchbruches des Ost-Berliner Regimes und der westdeutschen Anerkennung des zweiten deutschen Staates ist aus nationaler Sicht Honeckers unter allen Motiven, die für diesen Paradigmenwechsel der PLO-Politik im Sommer 1973 gesprochen hatten, dasjenige gewesen, das den größten politischen Vorteil für die Außen-, Deutschland- und Nahostpolitik der DDR versprach: Nicht die humanitäre Hilfe zugunsten palästinensischer Flüchtlinge sollte

[28] So ISA/RG 130/MFA/4572/26, Schreiben des Außenministeriums an die Botschaft Bonn, 24. 10. 1971 (hebräischsprachiges Original).

[29] So ISA/RG 130/MFA/4572/28, Schreiben der Botschaft Bonn an das Außenministerium, 23. 11. 1971 (hebräischsprachiges Original).

[30] Vgl. Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 160–164. Zur Wiederaufnahme der Beziehungen vgl. Wischnewski, Leidenschaft, S. 140–150. Zur damaligen bundesdeutschen Haltung gegenüber der PLO vgl. Jaeger, Quadratur, S. 49–60, 239; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 98–103. Im März 1973 hatte der westdeutsche Botschafter in Beirut in einem Interview die bundesdeutsche UNRWA-Hilfe von 3,3 Mio. DM ausgiebig erläutert u. zusätzliche Zahlungen von 50 Mio. DM angekündigt, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 1.308/75, „The Daily Star", 18. 03. 1973, Bl. 122.

genutzt werden, sondern die Palästinensische Befreiungsorganisation – die die Bundesrepublik nicht in gleicher Weise aufwerten konnte wie die DDR.

Honecker setzte die PLO gezielt als ein Mittel der außenpolitischen Strategie ein, denn mit der offiziellen Einladung Arafats 1973 anlässlich des größten kommunistischen Festivals der Jugend und Studenten konnte man sich von der Bundesrepublik abgrenzen. Damit versuchte er zugleich, die Legitimation der SED-Herrschaft zu festigen. Nachdem der Grundlagenvertrag die deutsch-deutschen Verhältnisse regelte, stand die DDR vor einer Herausforderung: Jede Öffnung und Normalisierung, wie sie die Bundesrepublik nun erhoffte, vergrößerte die Gefahr einer Erosion ideologischer und politischer Unterschiede und drohte die Macht der Partei zu untergraben[31]. Die Unterstützung des Kampfes der Palästinenser gegen den Zionismus sollte auch das Selbstbild eines unvorbelasteten, antifaschistischen, sozialistischen Staates, der als Gegenentwurf zur Bundesrepublik galt, stärken und Zustimmung im Inneren erzeugen[32]. Grundlegende Aspekte der deutsch-deutschen Kontrastgeschichte zwischen 1949 und 1990 in Bezug auf den Umgang mit deutscher Schuld am Holocaust und die Frage nach deutscher Verantwortung gegenüber Juden und dem jüdischen Staat fanden in zwei Ereignissen ihren Ausdruck: Im Juni 1973 besuchte erstmals ein Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland den Staat Israel, und der Staatsratsvorsitzende der Deutschen Demokratischen Republik eröffnete wenige Wochen danach Beziehungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation[33].

1. Die Substanz der SED-Vereinbarung mit der PLO

Die Aufnahme offizieller Kontakte zwischen der SED und der PLO legte im Sommer 1973 die Koordinaten der ostdeutsch-palästinensischen Beziehungen neu fest. Die Solidarität für das Volk von Palästina fand – laut dem Parteiabkommen – ihren Ausdruck in der Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Zudem erkannte die SED die PLO als die rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Damit verlieh Honecker dem Selbst-

[31] Vgl. Bender, Neue Ostpolitik, S. 248–254; Haftendorn, Außenpolitik, S. 161–164; Conze, Sicherheit, S. 452; Kielmansegg, Land, S. 520–529; Kregel, Außenpolitik, S. 55–63, 81–90; Wentker, RDA, S. 36–38; Görtemaker, Bundesrepublik Deutschland, S. 716f. Vgl. ebs. Sywottek, Herausforderung, S. 151–163; Knabe, West-Arbeit, S. 89–100; Wentker, Doppelter UN-Beitritt, S. 238–240, 256–258.

[32] Vgl. Illichmann, DDR, S. 133–197, 319–344; Herf, Divided Memory, S. 106–200, 373–394; Muschik, SED, S. 256–258; Timm, Ideology, S. 186–200; Haury, Antisemitismus, S. 387–465; Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 155–162. Zur antifaschistischen Selbstlegitimation des SED-Regimes vgl. Wentker, Staatsräson, S. 145–152; Conze, Sicherheit, S. 446–452, 756–761; Münkler, Antifaschismus, S. 79–98.

[33] Zur Reise Brandts nach Israel vgl. Merseburger, Brandt, S. 682–684; Fink, Ostpolitik S. 199f.; Jaeger, Quadratur, S. 51f. Die besondere politische Dimension der PLO beschrieb der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde West-Berlins, Heinz Galinski, in seinem Brief an Erich Honecker im September 1973, vgl. ISA/RG 93/MFA/2735/12, Schreiben Heinz Galinskis an die israelische Botschaft Bonn, 21. 09. 1973; Galinski bedauert feindselige Haltung der „DDR" gegen Israel, in: Die Welt, 22./23. 09. 1973, S. 5.

verständnis der PLO Legitimität[34]. Von Sommer 1973 an wollte darüber hinaus die SED die Fatah-geführte Palästinensische Befreiungsorganisation insgesamt fördern. Es ging nicht mehr um Kontakte des Solidaritätskomitees, einzelne Widerstandsgruppen oder um eine finanzielle Unterstützung der palästinensischen Flüchtlinge. Die Gesamtsumme ostdeutscher Solidarität von einer Million Mark sollte in materiellen Sachwerten an die PLO ausgezahlt werden, nicht inbegriffen die militärischen Güter sowie die immateriellen Kosten für die akademische und berufliche Ausbildung von Palästinensern.

Der am 2. August 1973 unterzeichnete Text stellte eine ergänzte Version dar. Am 27. Juli, dem Tag vor Arafats Ankunft in Ost-Berlin, hatte das ZK der SED dessen erste Fassung beschlossen[35]. Im Unterschied zum endgültigen Abkommen fehlte hier die Zusage einer Solidaritätsleistung in Höhe von einer Million Mark[36]. Außerdem war die Anzahl der medizinischen Behandlungen noch mit zehn Plätzen exakt festgeschrieben worden[37]. Aufgrund von Gerhard Grünebergs Erläuterungen vom 28. Juli wird deutlich, dass Arafat die erste ZK-Version vorgelegt bekam, aber nicht mit allen Punkten einverstanden war und die späteren Veränderungen auf Bitten der Palästinenser zurückzuführen waren[38]. Die finale SED-Vereinbarung mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation war folglich erst zwischen dem 28. Juli und dem 1. August 1973 entstanden. Die Summe der Solidaritätsleistungen war neu aufgenommen worden; vage blieb jedoch zugleich die Aussage von „einer Anzahl" kostenloser Heilbehandlungen, die sowohl mehr als auch weniger als zehn bedeuten konnte. Wie viele akademische und berufliche Ausbildungsplätze die DDR den Palästinensern zur Verfügung stellen wollte, wurde im Abkommen letztlich nicht festgehalten[39].

Die offizielle PLO-Unterstützung und die Forderungen der „progressiven" Palästinenser

Die SED ging 1973 mit Jassir Arafat keine gewöhnliche Parteibeziehung ein. Die Besonderheiten des Abkommens mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation

[34] Vgl. die Bestimmungen des Abkommens in: BStU, MfS, HA II, 18652, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, 02. 08. 1973, Bl. 548. Vgl. auch Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 333 f.

[35] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/2037, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, o. D., Bl. 8 f.

[36] Vgl. ebd. Anders als im letztlich unterzeichneten Abkommen, das „den Zionismus" ausdrücklich als gemeinsamen Feind benannte, findet sich dieser Ausdruck in der ersten Vorlage nicht, vgl. BStU, MfS, HA II, 18652, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, 02. 08. 1973, Bl. 548; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/2037, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, o. D., Bl. 8.

[37] Vgl. ebd., Bl. 9.

[38] Für Grünebergs Aussagen vgl. SAPMO-BArch, DY 30/25807, Niederschrift, 28. 07. 1973.

[39] Zwischen 1974 u. 1978 waren es insgesamt rd. 20 Plätze jährlich, vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, 4063, Statistik über die Verteilung des Kontingents ausländischer Studierender, Studienjahr 1975/76, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4063, Übersicht über die Vergabe der Studienplätze 1976, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4063, Statistik über das Studentenkontingent 1976/77, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4063, Übersicht über die Aufteilung des Kontingentes ausländischer Studierender 1977/78, o. D.

werden im Vergleich zu anderen derartigen Abschlüssen deutlich. So trug etwa das PLO-Dokument den Titel: „Vereinbarung zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Palästinensischen Befreiungsorganisation"; vermieden wurde die Überschrift „Vereinbarung zwischen dem *Zentralkomitee* der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und dem *Exekutivkomitee* der Palästinensischen Befreiungsorganisation"[40]. Im Fall des ANC und der PAIGC beispielsweise schloss das ZK der SED jedoch eine Vereinbarung mit dem Quasi-ZK des Partners[41]. Bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation geschah dies nicht, denn *die* PLO war nicht ein homogener Akteur, so wie *der* ANC oder *die* PAIGC. Die exekutiven und legislativen Organe der PLO setzten sich vielmehr aus unterschiedlichen Teilen der palästinensischen Widerstandsbewegung zusammen; nirgendwo waren alle Gruppen der Palästinenser vertreten. Die Breite des politischen Spektrums der Teil-Organisationen reichte auch 1973, so resümierte es das Ministerium für Staatssicherheit selbst, „von ultralinks und maoistisch bis reaktionär-arabisch", wobei immerhin, so das MfS, „einzelne Führungsmitglieder" der Fatah, des mächtigsten Mitgliedes der PLO, im Begriff gewesen sein sollen, sich dem Marxismus-Leninismus „anzunähern"[42]. Arafats Fatah, so die Staatssicherheit, sei aber auch weiter, „stark vom Islam beeinflusst" – ein Merkmal, das keiner anderen palästinensischen Gruppe attestiert wurde[43].

Wenn die SED erklärte, sie schließe eine Vereinbarung mit *der* PLO, aber nicht mit *dem Exekutivkomitee* der PLO, so weist dies zunächst darauf hin, dass Honecker in der Zusammenarbeit mit den Palästinensern nicht ausschließlich auf die „Regierung" der PLO festgelegt sein wollte. Denn dieses Kabinett existierte lediglich in Form der Fatah und war nicht *die* PLO, da nicht jede der diversen palästinensischen Gruppen dort einen Sitz innehatte. Und selbst wenn DFLP und PFLP vertreten waren, konnten sie keine wirkungsvolle Opposition gegen die Fatah-Mehrheit ausüben. Die Ost-Berliner Parteiführung schränkte den Adressaten der SED-Unterstützung insofern nicht auf „das Exekutivkomitee der PLO" ein und besaß damit – wie bereits seit dem 1970 verabschiedeten Maßnahmenplan – die Möglichkeit, alle Teile der palästinensischen Widerstandsbewegung, die Abgeordnete in der palästinensischen Nationalversammlung stellten, zu fördern. Diese Differenzierung erlaubte es der SED, auch Delegationen von Gruppen zu empfangen, die nicht dem Exekutivkomitee angehörten, um auszuschließen, dass die „bourgeois-islamische" Fatah die Beziehung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit *der* PLO monopolisierte[44].

[40] Vgl. BStU, MfS, HA II, 18652, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, 02. 08. 1973, Bl. 548 (Hervorhebungen eingefügt).

[41] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/145, Vereinbarung zwischen dem ZK der SED u. dem Obersten Kampfrat der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei Guineas und der Kapverdischen Inseln, 31. 10. 1972, Bl. 1; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/147, Vereinbarung zwischen dem ZK der SED u. dem Exekutivkomitee des ANC Südafrikas, 09. 11. 1972, Bl. 65.

[42] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19952, Bericht, 20. 09. 1973, Bl. 1.

[43] Vgl. ebd.

[44] Golan, Soviet Union and the PLO, S. 16f., u. dies., Uneasy Alliance, S. 150f., verweist darauf, dass auch die Sowjetunion ihre PLO-Politik seit 1973 zwar äußerlich betrachtet

Dies bedeutete jedoch zugleich, dass Erich Honecker in der Realität Position gegenüber jeder einzelnen Gruppe im innerpalästinensischen, von den arabischen Staaten und Israel beeinflussten Machtkampf vor allem zwischen der Fatah, der DFLP, der PFLP und der Saiqa innerhalb *der* PLO beziehen musste. Weil *die* PLO keine monolithische Struktur besaß, gewannen auch banale Fragen, etwa welcher palästinensischen Organisation ein Gesprächspartner angehörte, welche palästinensische Gruppe in einer offizielle Besuchsdelegation *der* PLO vertreten war oder ob beispielsweise die Fatah oder die DFLP ihre Publikationen in der DDR verbreiten durfte, eine wesentliche politische Bedeutung. Insofern war es ein Paradox der Vereinbarung mit der PLO, dass die durch die SED propagandistisch herausgestellte Unmittelbarkeit der Beziehungen mit *der* PLO in dieser Form nicht festgelegt werden konnte und die politisch-diplomatische Aufwertung im Grunde allein Arafats Fatah zugutekam. Gleichgültig, wie die SED diese Vereinbarung benannte, in der Praxis existierte weder *die* PLO als eine einheitliche Organisation noch konnte mit irgendeiner anderen ihrer Institutionen als dem Exekutivkomitee zusammengearbeitet werden – wollte man einen Eklat vermeiden.

Im politischen Alltag mit Jassir Arafat ab dem Sommer 1973 manifestierte sich diese Problematik auf unterschiedliche Weise. So bezahlte und belieferte Ost-Berlin zum Beispiel nur *die* PLO. Konkreter Empfänger von Lieferungen aus der DDR war eine der zuständigen Abteilungen der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Beispielsweise wurden Materialien in Rostock verschifft und in den Bestimmungshäfen von dieser Abteilung nach Zahlung einer Abgabe an die Hafenbehörde des jeweiligen arabischen Gastlandes entgegengenommen. Hinter den PLO-Einrichtungen stand ausnahmslos Arafats Fatah, denn sie kontrollierte die Posten innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation und damit die Mittelverteilung an die PLO. Die Verfügungsgewalt der Fatah über die Solidaritätsgüter, inklusive der Waffenlieferungen, der Ausbildungs-, Studenten-, Kinder- und Krankenkontingente, hatte zur Konsequenz, dass sie sich bei deren Vergabe im Vergleich zu anderen Gruppen begünstigte.

Bereits 1974 forderten deshalb sowohl die DFLP als auch die PFLP – trotz ihrer Zugehörigkeit zum Exekutivkomitee der PLO –, man möge zu ihnen eigenständige Parteibeziehungen aufbauen und endlich auch ihnen gezielte Unterstützung gewähren, inklusive Waffen und Munition, denn alles, was die DDR liefere, käme ausschließlich der Fatah zugute und damit der falschen Seite[45]. Die DFLP verwies darauf, nur sie sei der „Garant für die Vertiefung der Beziehungen der PLO mit den sozialistischen Staaten“[46]. Knapp ein Jahr nach dem Abschluss des SED-Abkommens verlangte die Demokratische Front, eine Delegation des DFLP-Politbüros müsse in der DDR zum Meinungsaustausch empfangen werden[47]. Weiter hieß es im Vermerk des Solidaritätskomitees: „Auf meine Antwort, dass ich diesen

am „Nicht-Marxisten und Nationalisten Arafat“ ausrichtete, aber zugleich um eine stetige Verbesserung der Kontakte mit der DFLP bemüht war. Vgl. auch Primakov, Arabs, S. 240.

[45] Zur Forderung der PFLP vgl. BArch, DZ 8/178, Information, 11. 02. 1974. Zu den Aussagen der DFLP vgl. BArch, DZ 8/178, Vermerk, 11. 12. 1974.

[46] So ebd.

[47] Vgl. ebd.

Vorschlag der Leitung unseres Komitees zur Beratung und Entscheidung vorlegen werde, es aber im Übrigen eine Vereinbarung mit der PLO gebe, wonach wir die Beziehungen ausschließlich über das Exekutivkomitee der PLO realisieren, erwiderte er [der Vertreter der DFLP] sinngemäß: Diese Vereinbarung werde von der DFLP im Interesse der Wahrung des Zusammenhalts der PLO respektiert. Dennoch wäre es für uns sicherlich nützlich, eine Einschätzung der Kräfte innerhalb der PLO zu erhalten, um nicht von Entwicklungen unangenehm überrascht zu werden. […] In diesem Zusammenhang bezeichnete er Yasser Arafat als Vertreter der nationalen palästinensischen Bourgeoisie."[48]

Im September 1975 führte der Vorsitzende der PFLP gegenüber dem ZK der SED aus: „Arafat sagt immer, dass er taktieren muss. […] Jede Revolution muss Verhandlungen und Kompromisse eingehen. Wir anerkennen die Bedeutung der Kompromisse. Aber Lenin sagte schon, dass man zwischen Kompromissen und Kompromissen unterscheiden muss. […] Wir schätzen alle Formen der Unterstützung der DDR für die PLO sehr hoch ein, auch wenn die Volksfront davon nichts erhielt. Unser Ziel ist die maximale Festigung der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern. […] Es gibt Widersprüche innerhalb der PLO. Es gibt in der PLO rechte und linke Kräfte, […] in der PLO sind verschiedene Klassen vertreten. […] Die DDR unterstützt ungewollt die rechten Kräfte in der PLO. Arafat selbst steht in der Mitte, aber seine Stützen sind die rechten Kräfte. Alles, was von der DDR an die PLO geliefert wird, wird von Arafat persönlich verteilt."[49] Wie konnte die SED „progressiven" Tendenzen stärker Geltung verschaffen, ohne gleichzeitig den Vorsitzenden des Exekutivkomitees zu beschädigen, der in Personalunion der Gruppe der PLO angehörte, die am „bürgerlichsten" war, aber zugleich die Palästinensische Befreiungsorganisation kontrollierte[50]?

Auch wenn Honecker *die* PLO zum Adressaten der SED-Unterstützung erklärte, schloss er 1973 eigenständige Parteibeziehungen mit separaten Teilgruppen der PLO zunächst kategorisch aus. Denn diese hätten unwillkürlich vom Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation als Affront betrachtet werden müssen. Die SED begegnete den Forderungen der DFLP und PFLP sowie den wahrgenommenen ideologisch-politischen Problemen der Fatah ab der offiziellen Aufnahme von Parteibeziehungen 1973 insgesamt mit einem Arafat-zentrierten Ansatz. War die Fatah, die Arafat mit gegründet hatte und der er vorstand, ideologisch weiterhin höchst suspekt und eine Gefahr für den progressiven Entwicklungsweg der PLO, so stand die Glaubwürdigkeit Arafats in dieser Zeit niemals infrage. Fast schien es, als ob er nach Meinung Honeckers und der Ost-Berliner Führung keine Bedeutung für die Ausrichtung der Fatah besessen habe. Arafat nahm in den Bewertungen der DDR immer eine

[48] So ebd. Vgl. auch BArch, DZ 8/178, Vermerk, 18. 03. 1975.

[49] So BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 25. 09. 1975, Bl. 410, 416f.

[50] Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 106, erklärt, die DDR habe „special relations" mit der DFLP u. den palästinensischen Kommunisten entwickelt, aber gleichzeitig angeblich niemals Arafats Führungsanspruch infrage gestellt. Dannreuther, Soviet Union, S. 3, stellt fest: „There was need to develop relations with the PLO as a collective body on the one hand, and with the independent factions which constituted the major power blocs within the PLO in many different levels on the other."

Sonderstellung ein. Auch wenn man die Fatah insgesamt als stark religiös, „bourgeois“ und antikommunistisch einschätzte und sie aus Sicht der SED in einen dominanten, „reaktionären“ und einen deutlich weniger einflussreichen linken Flügel ohne gefestigte marxistisch-leninistische Anschauungen gespalten war, so betrachtete die SED Arafat als den Mittler zwischen der politischen Rechten und der Linken der Fatah. Arafat galt als „ein überzeugter palästinensischer Nationalist“, der, so die Einschätzung des MfAA, „trotz seiner kleinbürgerlich-nationalistischen ideologischen Grundhaltung eine progressive, antiimperialistische Grundhaltung bewahrt [habe]. […] Sein konsequentes Eintreten für die palästinensische Sache, sein realistisches, aber von Flexibilität und pragmatischen Erwägungen getragenes Herangehen an die Lösung komplizierter Aufgaben, hat ihn zu einem anerkannten und vor allem akzeptierten Führer der PLO werden lassen. […] Arafat versteht es sehr gut, die sich oft divergierenden Anschauungen zwischen den einzelnen Organisationen und Gruppierungen innerhalb der PLO auszubalancieren. Seine taktische Linie ist nicht immer leicht erkennbar.“[51]

Die SED schätzte nur wenige Funktionäre der Fatah in ideologischer Hinsicht ähnlich wie Arafat ein, der als „progressiv“ denkender, „kleinbürgerlicher“ Nationalist galt. Nur Salah Khalaf und Faruq al Qaddumi zählte sie noch zu dieser Gruppe. Qaddumi hielt die SED für einen „progressive[n] Vertreter der palästinensischen Bourgeoisie. […] Seine Grundhaltung wird ideologisch vom palästinensischen Nationalismus bestimmt. Sie ist progressiv und antiimperialistisch.“[52] Die Brüder Khalid und Hani al Hassan, Hajal Abd al Hamid, Amin al Hindi, Ali Hassan Salama und Khalil al Wazir – allesamt maßgebliche Fatah-Mitglieder, die einen deutlich engeren Bezug zu Westeuropa, der Bundesrepublik beziehungsweise „reaktionären“ arabischen Staaten und islamistischen Organisationen hatten – beurteilte die Parteiführung in Ost-Berlin hingegen deutlich zurückhaltender[53]. Mit dieser widersprüchlichen Kategorisierung versuchte die SED, den Umgang mit der PLO zu erleichtern und die wahrgenommene charismatische Ausstrahlungskraft Arafats zu nutzen. Zugleich sollte jene ideologische Hilfskonstruktion erklären, was im Sinne Lenins nicht existierte: die von einer „reaktionären“ Gruppe geführte nationale Befreiungsorganisation.

Interessanterweise gehörte die Botschaft in Beirut, also die diplomatische Vertretung der DDR in dem arabischen Land, das für die PLO und die einzelnen palästinensischen Organisationen seit 1970 zum wichtigsten Stützpunkt geworden

[51] So PA-AA, Bestand MfAA, B 5.625, Einschätzung, o. D., ca. 1976.

[52] So ebd.

[53] Die Brüder Khalid u. Hani al Hassen sowie Hajal Abd al Hamid u. Amin al Hindi gehörten als ehemalige Studenten, die in der Bundesrepublik ausgebildet worden waren, zur „deutschen Gruppe“. Wazir bzw. Salama sollten als Verbindungspersonen der Fatah die Kontakte zu islamistischen Organisationen u. den Vereinigten Staaten aufrechterhalten, vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 35; Sayigh, Struggle, S. 87; Pacepa, Red Horizons, S. 29; Hart, Arafat, S. 154, 248 f.; Kraushaar, Kampf, S. 268, 300–303; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 70 f.; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 111 f.; Rubin, Revolution, S. 39; Aburish, Arafat, S. 224; David Ignatius: P.L.O. Operative, in: WSJ, 10. 02. 1983, S. 1 f.; Diskrete Art, in: Der Spiegel, 11/1983, S. 145 f.; Frangi, Gesandte, S. 213; ders., PLO und Palästina, S. 134 f.; Isabel Kershner: Amin al-Hindi, Former Palestinian Intelligence Chief, Dies at 70, in: NYT, 18. 08. 2010, S. A25. So auch Frangi im Gespräch am 03. 09. 2012.

war, frühzeitig zu den entschiedenen Befürwortern separater Kontakte mit den „progressiv-antiimperialistischen" Teilen der Palästinensischen Befreiungsorganisation, da Arafat „zu sehr laviere"[54]. Das ZK der SED rügte diese Meinung im Sommer 1975 mit der Begründung, „diese Dinge [würden] seitens der Botschaft der DDR im Libanon falsch eingeschätzt" und einer solchen Beurteilung müsse daher „entgegengewirkt" werden[55]. Nichtsdestotrotz suchte die SED in den ersten Jahren nach Abschluss des Abkommens mit der PLO das politische Gespräch mit der DFLP und der PFLP – nicht mit der Fatah. Funktionäre von Arafats Fatah wurden in Ost-Berlin lediglich in ihrer Funktion als Repräsentanten der PLO empfangen; bis 1990 ließ die DDR nur einen einzigen Aufenthalt einer Delegation der Fatah zu[56].

Auch Arafat wurde niemals als Vorsitzender seiner Teil-Organisation der PLO, sondern nur als Vorsitzender des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation begrüßt, Faruq al Qaddumi nur als „Außenminister", Khalil al Wazir als „Verteidigungsminister", Salah Khalaf als „Geheimdienstminister" der PLO. Die DDR sprach nicht mit der Fatah, sondern konsultierte Arafats Vertraute in deren amtlicher PLO-Funktion. Gleichzeitig versuchte die SED, im Gespräch mit der DFLP und PFLP die stets betonte „Einheit" der PLO zu wahren und zu verhindern, dass die Demokratische Front und die Volksfront zur Befreiung Palästinas entweder von sich aus die Palästinensische Befreiungsorganisation verließen oder ausgeschlossen wurden. Denn dies hätte das Entstehen einer Gegen-PLO zur Folge gehabt und das wiederum hätte bedeutet, dass Arafat mit der alten PLO eine Organisation kontrollierte, die, anders als die neue PLO, noch weniger „antiimperialistisch" ausgerichtet gewesen wäre, da diese PLO dann tatsächlich identisch mit der Fatah gewesen wäre. So verlegte sich die DDR im Nachgang der SED-Vereinbarung mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation auf den Standpunkt, den linken Flügel der Fatah als maßgeblich zu betrachten, Arafat als Vorsitzenden des Exekutivkomitees zu stabilisieren und die „Einheit" der PLO zu festigen. Oder anders formuliert: Ost-Berlin wollte verhindern, dass die DFLP oder PFLP die Palästinensische Befreiungsorganisation oder ihre „Regierung" verließ oder Arafat stürzte.

Die „operativen Interessen" der DDR-Staatssicherheit

Erich Honecker hatte zu akzeptieren, dass in der DDR nicht *die* PLO agierte, sondern diverse palästinensische Gruppen in Erscheinung traten. Das Ministerium für Staatssicherheit konstatierte im Oktober 1973, man habe bislang fünf solcher

[54] So BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 25. 06. 1975, Bl. 456. Selbst aus Aufzeichnungen des ADN Anfang November 1971 geht nicht nur hervor, dass die DDR-Vertretung in Beirut enge Kontakte zur PFLP unterhielt, sondern auch der ADN mit seinem Büro vor Ort separat u. vertrauensvoll mit dem „Pressedienst" der PFLP kooperierte, vgl. BArch, DC 900/1329, Bericht, 03. 11. 1971.

[55] Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 25. 06. 1975, Bl. 456.

[56] Vgl. BArch, DZ 8/178, Vermerk, 12. 08. 1976. Die Sowjetunion empfing im September 1977 zum ersten Mal offiziell eine Fatah-Delegation, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.670, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 24. 07. 1978, Bl. 24.

Organisationen – die Fatah, die DFLP, die PFLP, die Saiqa und die PFLP-GC – ausgemacht; jede von ihnen hatte aufgrund studentischer Unterstützer ein breites personelles Netzwerk errichtet und verfügte über umfassende Kontakte nach West-Berlin, in die Bundesrepublik und die beiden sozialistischen Nachbarstaaten[57]. Knapp 18 Monate später hielt das MfS fest: „Es wird eingeschätzt, dass bereits die Nachrichtendienste der einzelnen Organisationen der PLO (Al-Fatah, Al-Saiqa, Al-Ansar, PFLP, DFLP, […] General-Command [PFLP-GC]) auf dem Gebiet der DDR wirken und unter den Studenten und Praktikanten entsprechende Informanten haben. Eine einheitliche Leitung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit durch den geplanten Einsatz eines Mitarbeiters des Sicherheitsdienstes der PLO in der DDR ist damit nicht zu erwarten, sondern würde weitere Spannungen mit sich bringen."[58]

Wenige Wochen darauf verfasste die Hauptabteilung II des MfS einen „Bericht über die Aktivitäten des palästinensischen Geheimdienstes Jihaz Al-Rasd (Amt/Organ für Aufklärung) auf dem Territorium der DDR"[59]. Darin erklärte die Staatssicherheit zutreffend, der Al-Rasd sei ein Geheimdienst der Fatah, wäre aber in sich gespalten und würde von „der irakischen Seite stark beeinflusst […], [um] konspirativ gegen die von der Al-Fatah vertretene Politik der Arafat-Linie vorzugehen"[60]. In den jeweiligen Ländern – auch in der DDR – sei dieser sogenannte Al-Rasd durch einen „Residenten" vertreten, der wiederum eine Vielzahl an Mittlern und Werbern koordiniere, die ihrerseits ausschließlich palästinensische Studenten als Informanten führten[61]. Die Hauptabteilung II fuhr fort, es seien „Aktivitäten des Jihaz Al-Rasd, personifiziert durch ‚Resident' bekannt [geworden], die sich gegen das Ansehen der DDR und gegen den Repräsentanten der PLO in der DDR sowie gegen die PLO insgesamt richten. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, dass ‚Resident' innerhalb des Jihaz Al-Rasd der Gruppe zugehörig ist, die mit der irakischen Linie sympathisiert und er seine nachrichtendienstliche Tätigkeit dieser Linie unterordnet. Es ist nicht ausgeschlossen, dass er direkt für den irakischen Geheimdienst oder eine andere, der jetzigen Politik der PLO-Führung entgegenstehende, Organisation arbeitet. […] Des Weiteren wurde bekannt, dass das ZK der Fatah ‚Resident' ausgeschlossen hat. Die konkreten Gründe hierfür sind nicht bekannt, aber es ist nicht ausgeschlossen, dass dies auf eigenen Wunsch […] oder aufgrund der Zusammenarbeit mit dem MfS erfolgte."[62]

Diese „gegen das Ansehen der DDR und gegen den Repräsentanten der PLO in der DDR" gerichteten Aktivitäten standen unter anderem in Zusammenhang mit der Zugehörigkeit des Ost-Berliner Al-Rasd-Residenten zur erwähnten West-Berliner Gruppe, die wiederum einen Mord an einem Palästinenser plante, der Kenntnis von terroristischen Anschlägen und anderweitigen Straftaten besaß,

[57] Vgl. BStU, MfS, ZAIG, 14707, Bericht, Oktober 1973, Bl. 57–63. Zu den Strukturen vgl. BStU, MfS, ZAIG, 14707, Bericht, 30. 04. 1973, Bl. 119–136.
[58] So BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 24. 04. 1975, Bl. 514.
[59] Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 05. 08. 1975, Bl. 442.
[60] So ebd.
[61] Vgl. ebd., Bl. 442–445. Vgl. auch die Werbung des IM „Ahmad" in: BStU, MfS, AIM, 9326/80, Bd. 1/1 u. 2/2.
[62] So BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 05. 08. 1975, Bl. 446.

durch die Hauptabteilung XX des MfS „übergeworben" werden sollte und gerade deshalb – aus palästinensischer Sicht – zu „liquidieren" war[63]. Außerdem sei „Resident" dafür verantwortlich, dass die palästinensischen Studenten in der DDR den Ost-Berliner PLO-Vertreter mehrheitlich ablehnten und „gegen ihn eingestellt" seien[64].

Das Fazit der Staatssicherheit im Sommer 1975 lautete, dass es nicht ausreichte, eine Vereinbarung mit *der* PLO zu schließen oder mit Arafat als Vorsitzenden des Exekutivkomitees zu sprechen, da es Organisationen gab, auf die er keinen Einfluss nehmen konnte, die aber von der DDR aus terroristische Gewalttaten im „Operationsgebiet", also in der Bundesrepublik und West-Berlin, planten[65]. Und auch die Fatah ging, wie jede andere palästinensische Gruppe, selbstständig vor und arbeitete, ohne sich mit einer ostdeutschen Stelle zu koordinieren[66]. Jenseits der SED-Vereinbarung mit der PLO gab es also Netzwerke von Palästinensern, die unabhängig voneinander existierten und gegeneinander vorgingen. Sie wurden nicht vom Ost-Berliner PLO-Büro oder dem palästinensischen Exekutivkomitee kontrolliert, ganz im Gegenteil. Ihr Handeln folgte der Leitung der jeweiligen Organisation. Die arabischen Staaten beförderten nicht nur die Konflikte in der PLO, sondern insbesondere die Fatah war Versuchen ausgesetzt, ihre politischen Flügel weiter auseinanderzudividieren, um Arafats Macht insgesamt einzuschränken[67]. All diese innerpalästinensischen und arabisch-palästinensischen Dynamiken traten auch in der DDR auf. Deshalb musste das Ministerium für Staatssicherheit von Beginn an – trotz der propagierten freundschaftlichen Verbundenheit und „antiimperialistischen" Kampfgemeinschaft zwischen der PLO und der SED – regulierend einschreiten[68].

Der erste hochrangige Politiker der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der nach Arafat die DDR aufsuchte, war der Vorsitzende der PFLP, George Habache. Er wurde im Februar 1974 vom ZK der SED, vom Solidaritätskomitee und vom Auslandsgeheimdienst der DDR empfangen[69]. Zum damaligen Zeitpunkt galt Habache, neben Wadih Haddad, dem Anführer der 1973 entstandenen PFLP-SO, als Hauptverantwortlicher für schwere Gewaltverbrechen, die im Namen seiner Organisation unter anderem in Westeuropa, der Bundesrepublik und Israel

[63] So ebd., Bl. 447 f.
[64] So ebd., Bl. 448. Zur Person des PLO-Vertreters in der DDR siehe S. 141–145.
[65] Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 05. 08. 1975, Bl. 442–449.
[66] Vgl. ebd.
[67] Vgl. Rubin, Revolution, S. 124 f.; Ma'oz/Sela, PLO, S. 99 f.; Ma'oz/Yaniv, On a Short Leash, S. 191–202; Kurz, Fatah, S. 79–90. Im Januar 1976 hatte das MfS mind. 83 Palästinenser sowie Staatsbürger diverser arabischer Länder in einer Übersicht mit dem Titel: „Personen, die im Zusammenhang mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation, ihr nahestehenden Organisationen bzw. von ihnen durchgeführten terroristischen Aktionen bekannt wurden" erfasst. Gespeichert wurden neben persönlichen Angaben weitere Erkenntnisse, sodass dieses Dokument Grundlage der Fahndung u. Gefährdungseinschätzung gewesen ist, vgl. BStU, MfS, HA II, 32879, Übersicht, Januar 1976, Bl. 3–24.
[68] Vgl. Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 333 f.
[69] Vgl. BStU, MfS, HA PS, 1255, Bericht, 28. 02. 1974, Bl. 21–36; BArch, DZ 8/178, Information, 11. 02. 1974; BArch, DZ 8/178, Programm zum Aufenthalt der Delegation der PLO, 14. 02. 1974; BStU, MfS, HA II, 18652, Bericht, 18. 02. 1974, Bl. 514–520.

verübt worden waren[70]. Aber nicht nur Habache forderte in Ost-Berlin direkte Beziehungen zum ZK der SED, auch das Ministerium für Staatssicherheit wollte – gerade weil die PFLP eine der aktivsten terroristischen palästinensischen Vereinigungen der Zeit war – den Kontakt zu ihm herstellen[71].

Das Interesse des MfS an einer Kooperation rührte vor allem daher, dass die PFLP Anfang der 1970er Jahre in Ost- und West-Berlin ein weitläufiges Netzwerk aufgebaut hatte. Die Existenz dieser Zelle ließ Erich Mielke eine inoffiziell-nachrichtendienstliche Verbindung zum Vorsitzenden dieser palästinensischen Organisation suchen, denn die Mitglieder, Unterstützer und Sympathisanten der PFLP, die bis zum Ende des SED-Staates in Berlin agierten, lebten im Westen und Osten der Stadt, trafen und koordinierten sich allerdings zumeist östlich der Mauer[72]. Das Reisen innerhalb Berlins war für sie wie für jeden Ausländer beziehungsweise Bürger des westlichen Teils der Stadt möglich. Gemäß der Vier-Mächte-Verantwortung für ganz Berlin waren bei Ein- oder Ausreise von oder nach Westen an den innerstädtischen Sektorengrenzen keine regulären Grenzkontrollen vorgesehen, zumal Staatenlose oder ausländische Bürger erst ab dem 1. Januar 1977 ein Einreisevisum benötigten, wenn sie aus West- nach Ost-Berlin gelangen wollten[73]. Ob das Gespräch der HV A mit Habache einen Einfluss auf die Intensität der Arbeit der PFLP in Berlin hatte, ist im Detail schwierig nachzuvollziehen. Zumindest beabsichtigte die Zelle im März 1974 – wenige Tage nach dem Besuch Habaches –, Tanklager in West-Berlin zur Explosion zu bringen[74].

Hinter der Fassade der offiziellen PLO-Politik Honeckers verbargen sich mithin zwei veritable Gefahren: die von palästinensischen Gruppen in Ost-Berlin geplanten antiwestlichen Gewalttaten sowie das öffentlich wahrnehmbare Ausbrechen von Machtkämpfen, hauptsächlich ausgetragen zwischen der Fatah, der PFLP, der DFLP, der PFLP-GC und der Saiqa, beeinflusst von Syrien, Irak, Saudi-Arabien, Libyen und Israel. Aus diesem Grund war das Ministerium für Staatssicherheit auch die maßgeblich gestaltende, koordinierende und umsetzende Instanz der nichtöffentlichen PLO-Politik des SED-Staates. Diese Ebene der ostdeutsch-palästinensischen Beziehungen blieb hingegen sowohl der Bevölkerung der DDR als auch amtlichen Stellen – mit Ausnahme des MfS – zumeist verborgen.

[70] Vgl. Merari/Elad, Terrorism, S. 15–21; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 835–870, 894–898; Sayigh, Struggle, S. 213–215, 230–234, 256–258, 305; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 88–90; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 140–147.

[71] Vgl. BStU, MfS, HA II, 18652, Bericht, 18. 02. 1974, Bl. 514–520. Zur PFLP vgl. Merari/Elad, Terrorism, S. 21–36.

[72] Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 2/1, Bericht des IM „Alfredo", 16. 12. 1974, Bl. 109 f.; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht des IM „Mischa", 19. 03. 1976, Bl. 301; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 18. 08. 1975, Bl. 431–437; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht des IM „Ahmad", 01. 03. 1976, Bl. 302; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht des IM „Mischa", 10. 12. 1975, Bl. 375; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 24. 04. 1975, Bl. 511–514; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 01. 05. 1975, Bl. 495 f.; BStU, MfS, ZAIG, 14707, Schreiben der HA II an Bruno Beater, 02. 05. 1973, Bl. 117.

[73] U. a. war es deshalb möglich, auf dem DDR-Flughafen Berlin-Schönefeld in die Stadt einzureisen u. mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach West-Berlin weiterzufahren, vgl. Hendry/Wood, Legal Status, S. 56–173, 236–248, 281–308; Wettig, Statusprobleme, S. 2–37; Schiedermair, Status Berlins, S. 4–18; Alisch, Insel, S. 219–221, 245–281.

[74] Vgl. BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 1, Operativ-Information, 18. 05. 1979, Bl. 54.

Für Erich Mielke bedeutete dies eine zusätzliche Herausforderung bei der Bekämpfung von Spionage. Die Abwehr der „Feindtätigkeit" einreisender Bürger anderer Länder, beispielsweise in Form der „politisch-ideologischen Diversion", der versuchten „Schädigung der Volkswirtschaft" oder des Aufbaus von „Stützpunkten" unter der Bevölkerung, zählte im Selbstverständnis der Staatssicherheit zum Kernbereich des ihr von der Partei übertragenen Kampfauftrages[75]. Insbesondere nach der Regelung der deutsch-deutschen Beziehungen und der internationalen Anerkennung der DDR gehörte es zur „Abwehrarbeit" der zuständigen Hauptabteilung II des MfS, akkreditierte westliche Korrespondenten, Diplomaten und Vertreter ausländischer Firmen, die sich im Land aufhielten, zu überwachen; dies galt ebenso für ausländische Studenten, Gastarbeiter und anderweitig kurz oder mittelfristig in der DDR lebende Personen[76].

In Bezug auf die Palästinenser und arabischen Staatsbürger musste aber nicht allein eine ideologische „Diversion" in der DDR-Gesellschaft verhindert, sondern auch eine politische Konfrontation und Auseinandersetzung verfeindeter Lager, sowohl palästinensisch-palästinensischer als auch arabisch-arabischer sowie palästinensisch-arabischer Art, vereitelt werden. Für das MfS stand dabei zumeist fest, dass ein erheblicher Anteil der einreisenden Palästinenser geheimdienstlich arbeitete[77]. Zugleich rekrutierte die Hauptabteilung II sowie der Auslandsgeheimdienst der DDR aus dem Kreis der Araber, die zwischen Ost- und West-Berlin pendelten, neue Quellen für die Spionage und „operative Arbeit" des MfS[78]. Bekanntschaften zwischen Arabern in Ost- und West-Berlin hatten in der Mehrzahl banale Hintergründe. Beispielsweise gab es für einen gläubigen Muslim in der DDR keine Möglichkeit, eine Moschee aufzusuchen. Daher reisten entweder täglich oder an Freitagen im Osten Berlins lebende Muslime in den Westen und nahmen an den Gottesdiensten der dortigen islamischen Gemeinden teil[79].

Die Maßnahmen der Hauptabteilung II, die auf die Verhinderung öffentlich wahrnehmbarer Auseinandersetzungen zwischen Arabern und Palästinensern sowie des Schmuggels, der Spionage, der „Stützpunktbildung" oder anderweitiger „Feindtätigkeit" von Palästinensern zielten, waren von der übergeordneten parteioffiziellen Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf diktiert. Denn aufgrund der Freundschaft zwischen der DDR und der PLO wurden kriminelle Handlungen anders geahndet als bei ostdeutschen Bürgern. Oftmals verfolgte man sie weniger streng oder duldete sie, wobei die Entscheidung, was man duldete oder nicht duldete, das Ergebnis einer einzelfallbezogenen Abwägung war.

[75] Vgl. Labrenz-Weiß, Hauptabteilung II, S. 3f. Vgl. auch dies., Feindliche Zentren, S. 189–201; Gieseke, Stasi, S. 232–238. Zu den Begriffen vgl. Suckut, Wörterbuch, S. 303f., 358.

[76] Vgl. Gieseke, Stasi, S. 86–94, 232–238; Labrenz-Weiß, Hauptabteilung II, S. 5f., 13f., 20–22, 48–62, 70f.

[77] Vgl. u. a. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 05. 08. 1975, Bl. 444–449.

[78] Zur „West-Arbeit" des MfS bzw. der IM-Arbeit der HA II u. der HV A vgl. Labrenz-Weiß, Hauptabteilung II, S. 6–30, 64–69; Gieseke, Stasi, S. 209–247; Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A; Knabe, West-Arbeit.

[79] Vgl. dazu u. a. die Ausführungen des MAH im Zusammenhang mit dem angestrebten Verkauf von 600 Studienplätzen an die Islamische Republik Iran 1984 in: SAPMO-BArch, DY 3023/1001, Vorlage, 13. 06. 1984, Bl. 287.

Diese hing davon ab, ob „operative Interessen" der Staatssicherheit für oder gegen ein Intervenieren sprachen[80]. Das Einschreiten des MfS stellte immer einen politisch sensiblen Vorgang dar, der implizierte, dass man in innerpalästinensischen und innerarabischen Auseinandersetzungen Position bezog. Um das politisch nicht gewollte, offensive Intervenieren zu vermeiden, musste das MfS die palästinensisch-arabische Szene in der DDR beziehungsweise Berlin massiv mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) aufklären. Mielkes Ministerium erhielt dadurch authentische Informationen und sicherte sich zugleich Einflussmöglichkeiten auf den Prozess der Entscheidungsfindung innerhalb der einzelnen Gruppen.

Das MfS betonte noch im Oktober 1988: „Für uns, auf der Ausländer-Linie […], ist die IM-Arbeit Lebens- und Existenzfrage, es gibt für uns keine Alternative zur IM-Arbeit."[81] Eine Aktennotiz, die ebenfalls vom Oktober des Jahres 1988 stammt, verdeutlicht hingegen das Problem des MfS bei der Arbeit mit palästinensischen Inoffiziellen Mitarbeitern in den 1970er und 1980er Jahren. Die offizielle Verbindungsperson zwischen der Botschaft der PLO und dem MfS erklärte der Hauptabteilung II: „Die Gewinnung von Palästinensern für eine inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS ist vonseiten der PLO nicht erwünscht, was aber nicht heißt, dass Einwände gegen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbeamten des MfS und der PLO geltend gemacht werden."[82] Die Staatssicherheit ging also auf dem Territorium der DDR gegen Palästinenser vor, arbeitete dabei jedoch zumeist inoffiziell und nicht offensiv und rekrutierte IM ohne Zustimmung der PLO/Fatah.

Am Beispiel der PFLP-Zelle kann man die besondere Gefahr der palästinensisch-arabischen Szene für die Spionageabwehr der Hauptabteilung II, die von Mitgliedern anderer Befreiungsorganisationen, wie beispielsweise den Studenten des ANC oder der SWAPO, nicht ausging, nachvollziehen: Erich Mielke ließ die PFLP exakt beobachten und die erkannten Strukturen durch IM oder „operative Maßnahmen" unterwandern[83]. Das Verhindern von geplanten Straftaten, die Ein-

[80] Zur Funktion des Rechts im Kommunismus sowie zum Selbstbild des MfS u. seiner strafprozessualen Sonderstellung vgl. Marxen, Recht, S. 17 f.; Böckenförde, Rechtsauffassung, S. 15, 20–38, 52, 85, 89; Wunschik, Terrorismus; GBl., 1968, I, Nr. 2, Strafprozessordnung (StPO) der DDR, 12. 01. 1968, S. 49–96.

[81] So BStU, MfS, HA II, 18682, Vortrag, 13./14. 10. 1988, Bl. 390.

[82] So BStU, MfS, HA II, 18682, Vermerk, 11. 11. 1988, Bl. 182 (Hervorhebung im Original).

[83] Das MfS warb u. a. im Oktober 1974 gezielt den Palästinenser Ahmad Hazam an, der fortan als IM „Alfredo" über die von der PFLP-Zelle geplanten Fluchten von DDR-Bürgern berichtete. Hazam gehörte in der Folge zu den wertvollsten Quellen des MfS in der gesamten palästinensisch-arabischen Szene Ost- u. West-Berlins. Für „Alfredo" wandte die Staatssicherheit bis 1989 Mittel in Höhe von rd. 300 000 Mark auf. Dies entspricht durchschnittlich mind. 1300 Mark pro Monat, vgl. dazu die Belege u. Quittungen in: BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 3/1. Vgl. auch BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 1/1, Vermerk, 21. 10. 1974, Bl. 7. Das MfS verfügte außerdem ab September 1974 mit IM „Wolf" über eine weitere Top-Quelle im Umfeld der PFLP. Die IM-Akten dieses Informanten, der ebenfalls bis 1989 geführt wurde, sind 1989 in weiten Teilen vernichtet worden. Berichte von „Wolf", die Auskunft über seinen Wert als IM geben, sind allerdings in Zweitablagen erhalten. Zum Beginn der Aktenführung vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5618/91, Bd. 1/1, Datumsangabe des Beginns „05. 09. 1974" laut Stempel auf dem Einband. Zum Gesamtumfang vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5618/91, Bd. 1/1, 1/2, 2/1, 2/2, 2/3 u. 2/4.

leitung einer Strafverfolgung und das Durchsetzen von DDR-Recht unterblieb vonseiten des MfS allerdings zumeist – außer wenn es aus politischen Gründen gewollt und eine Diskreditierung der DDR auszuschließen war beziehungsweise der „staatsfeindliche Menschenschmuggel" sowie erkannte größere Devisenvergehen unterbunden werden mussten[84]. In diesen Fällen verhängte die Staatssicherheit Einreisesperren gegen bestimmte Personen und zeigte mit derartigen Maßnahmen, dass Gruppen, beispielsweise die PFLP, die „Solidarität" der DDR missbraucht hatten. Wollte die PFLP oder eine andere palästinensische Organisation allerdings in Ost-Berlin präsent sein und sich damit praktisch auch leicht Zugang nach West-Berlin verschaffen, war sie mindestens auf eine Duldung und passive Unterstützung seitens der Staatssicherheit angewiesen. Um aber geduldet zu werden, war den Interessen der SED Rechnung zu tragen, gleichgültig, ob es um „Ausschleusungen", innerpalästinensische Kämpfe oder terroristische Anschläge ging, die im Westen ausgeführt, aber im Osten geplant wurden. Grundsätzlich galt die noch Ende 1988 gültige Regel: „Uns [das Ministerium für Staatssicherheit] interessiert nicht der Schmuggel an sich – die unter Ausländern in der Tat vertretene Form von Straftaten –, sondern die Nutzung solcher Taten/Personen im begründeten Fall für unsere Zielstellungen und Hauptaufgaben."[85]

Trotz der im Vergleich zum ANC und der PAIGC problematischeren Struktur der Palästinensischen Befreiungsorganisation sah die SED-Vereinbarung mit der PLO finanzielle Unterstützung in einem ungewöhnlich großen Umfang vor. Und nur im Falle der PLO wurde seitens der SED schriftlich garantiert, „nichtzivile Güter" zu liefern. 1973/74 erhielt die Palästinensische Befreiungsorganisation mit rund 8,5 Millionen Mark sogar deutlich mehr als die vereinbarten zwei Millionen[86]. Der ANC wurde im selben Jahr mit nur einer Million Mark gefördert, die SWAPO mit rund 650 000 Mark[87]. Damit erhielt die PLO erneut wesentlich mehr Solidaritätsleistungen als andere Befreiungsorganisationen, mit denen klarere und festere politische Kontakte bestanden. Waffen und Munition stellte die DDR auch dem ANC, der PAIGC oder der FRELIMO zur Verfügung, jedoch ohne dies explizit in Abkommen festzuhalten[88].

[84] Anlässlich staatlicher Feiertage, größerer Veranstaltungen o. von Parteitagen ging das MfS in der Regel gegen erkannte Straftäter, die Staatsangehörige arabischer Länder bzw. Palästinenser waren, vor. Ansonsten duldete die Staatssicherheit u. a. die Einreise mit gefälschten Pässen, Waffen u. Munition. Außerdem ließ es das MfS bewusst zu, dass unrechtmäßig diplomatische Dokumente verwandt u. Immunität beansprucht wurde, vgl. BStU, MfS, ZAIG, 14707, Schreiben der HA II an Bruno Beater, 02. 05. 1973, Bl. 117; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 12. 02. 1976, Bl. 308 f. Vgl. auch Wunschik, Terrorismus; Gieseke, Stasi, S. 245 f.; Schroeder/Staadt, Feindwärts der Mauer.

[85] So BStU, MfS, HA II, 18682, Vortrag, 13./14. 10. 1988, Bl. 374.

[86] Vgl. BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984; BArch, DZ 8/33, Bericht, 18. 09. 1973.

[87] Vgl. BArch, DZ 8/552, Einschätzung über Solidaritätsleistungen gegenüber SWAPO-Namibia, 23. 01. 1984; BArch, DZ 8/33, Überblick über die finanzielle u. materielle Unterstützung für den ANC, o. D.

[88] Storkmann, Solidarität, S. 81, gibt an, die FRELIMO habe 1974 „nichtzivile Güter" im Wert von 2,5 Mio. Mark erhalten. Zu den Abkommen vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/145, Vereinbarung zwischen dem ZK der SED u. dem Obersten Kampfrat der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei Guineas u. der Kapverdischen Inseln, 31. 10. 1972,

2. Die palästinensische Vertretung in der DDR und ihr Status: Ein deutsch-deutscher Vergleich

Einer der wichtigsten Unterschiede zwischen der mit der PLO geschlossenen Vereinbarung und den Anfang der 1970er Jahre von der SED unterzeichneten Parteiabkommen mit dem ANC und der PAIGC bestand darin, dass Arafat zugestanden wurde, ein Büro in Ost-Berlin zu eröffnen. Bis 1978 war die PLO die einzige Befreiungsorganisation, die eine solche Vertretung in der DDR unterhalten durfte[89]. Die von Honecker gebilligte Funktion dieses Büros war zugleich Ausdruck des Dilemmas der SED-Politik: Auf der einen Seite sollte die Repräsentanz das feste, einheitliche und unerschütterliche Bild *der* PLO symbolisieren, die die uneingeschränkte, bedingungslose Unterstützung genoss. Auf der anderen Seite reglementierte die Partei- und Staatsführung der DDR sehr genau, was diese Vertretung durfte und was ihr verboten war. Ost-Berlin bemühte sich auf diese Weise zu verhindern, dass die erkannten innerpalästinensischen und palästinensisch-arabischen Konflikte öffentlich eskalierten: „Im Interesse des Sicherheitsbedürfnisses der DDR ergibt sich aus der Existenz der PLO-Vertretung in Berlin die Notwendigkeit, die von der PLO ausgehenden Aktivitäten, die sowohl den inneren Bereich der DDR betreffen, als auch im Ausland wirksam werden, unter dem Gesichtspunkt unter Kontrolle zu halten, dass aus den Aktivitäten der PLO-Vertretung keine politischen oder sachlichen Schäden nationalen oder internationalen Charakters für die DDR oder andere sozialistische Staaten entstehen. Dabei ist besonders darauf zu achten, dass die Tätigkeit der PLO-Vertretung im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen verläuft und alle Abweichungen rechtzeitig festgestellt werden", so hielt es das MfS im Herbst 1973 fest[90]. Die Besonderheiten der PLO machten auch in Bezug auf deren Büro in der DDR Anpassungen erforderlich. Das betraf zunächst seinen Status.

Honeckers „Akkreditierung" der PLO

Im Februar 1975 gab das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten dem japanischen Botschafter in der DDR die von ihm erbetenen Informationen über die Ost-Berliner PLO-Vertretung[91]. Die ostdeutschen Diplomaten erklärten, „dass

Bl. 1–3; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/147, Vereinbarung zwischen dem ZK der SED u. dem Exekutivkomitee des ANC Südafrikas, 09. 11. 1972, Bl. 65 f.

[89] Zu den späteren Vertretungen der SWAPO, des ANC u. der ZAPU vgl. Erklärung des Solidaritätskomitees der DDR: Verbundenheit mit dem Kampf des Volkes von Simbabwe, in: ND, 17. 03. 1978, S. 6; Vertretung der SWAPO in unserer Republik eröffnet, in: ND, 14./15. 10. 1978, S. 1; ANC eröffnet Vertretung in der Hauptstadt, in: ND, 21. 11. 1978, S. 1; Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 467; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1729, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 06. 06. 1978, Bl. 13; BArch, DZ 8/216, Schreiben des Solidaritätskomitees an das Dienstleistungsamt für ausländische Vertretungen, 27. 06. 1978; BArch, DZ 8/212, Schreiben des Solidaritätskomitees an das Dienstleistungsamt für ausländische Vertretungen, 22. 02. 1978.

[90] So BStU, MfS, ZAIG, 14707, Bericht, o. D., ca. Oktober 1973, Bl. 95. Vgl. auch Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 333 f.

[91] So PA-AA, Bestand MfAA, B 5.623, Vermerk, 07. 02. 1975.

1973 noch keine Kontakte zwischen der Regierung der DDR und der PLO bestanden. Es gebe auch keinen Wortlaut einer Vereinbarung. Bei der Vereinbarung handele es sich um ein ‚Gentleman-agreement' [sic!]. Auch später wurde keine Vereinbarung auf Regierungsebene abgeschlossen. Das Büro sei dem Nationalrat der Nationalen Front zugeordnet. Eine Akkreditierung gebe es nicht. Der Nationalrat werde jedoch bei personellen Veränderungen konsultiert. Eventuelle Einladungen u. a. Aktivitäten werden über diese Institution realisiert. Das Büro, das nur aus einem Palästinenser bestehe, sehe als eine seiner Hauptaufgaben die Betreuung der in der DDR lebenden Palästinenser an. Konsularische Aufgaben habe das Büro nicht."[92]

Das MfAA gab der japanischen Regierung somit zu verstehen, dass Arafats Büro in Ost-Berlin keinerlei offizielle politische Bedeutung besaß. De jure existierte es auf exakt derselben Grundlage wie jedes andere halbdiplomatische Büro der Palästinensischen Befreiungsorganisation zur damaligen Zeit in Westeuropa[93]. Da 1973 kein Regierungsabkommen zwischen der DDR und der PLO unterzeichnet worden war, sondern lediglich die SED eine Parteibeziehung vereinbart hatte, waren diesem Büro keine Sonderrechte zuerkannt worden. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und der PLO-Vertreter standen auch nicht in offiziellem Kontakt. Diese Rechtsauffassung hatte zur Folge, dass selbst die Gespräche mit Angehörigen der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die im Ausland stattfanden, meist von den Parteisekretären und nicht den Mitarbeitern eines Ministeriums der DDR geführt wurden und bis März 1978 kein Botschafter offizielle Beziehungen mit einem Funktionär der PLO unterhielt[94]. Jenseits der schwarz-weiß gehaltenen Freundschafts- und Solidaritätsadressen differenzierte Honecker sehr wohl – und zwar penibel – die Art und Weise des politischen Zugangs zur PLO und des Umgangs mit ihr. Er versuchte, eine außenpolitisch-diplomatische Bedeutung des Büros zu kaschieren, obwohl in der Propaganda die vollständige und uneingeschränkte ostdeutsche Solidarität mit der PLO nie in Zweifel gezogen wurde.

Laut dem Politbürobeschluss vom 4. September 1973 war auch nicht die SED offiziell für die Vertretung Arafats verantwortlich. Sie war vielmehr, wie es das

[92] So ebd.

[93] Zu den bis Mitte der 1970er Jahre u. a. in Genf, London, Madrid, Rom, Paris, Bonn, Stockholm u. Brüssel eröffneten PLO-Büros vgl. AdR, BMfaA, Sektion II-pol 17, GZ 88.19.14/41-II/77, Schreiben der Botschaft Brüssel an das BMfaA, 11. 05. 1977; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 24. 05. 1976; UMA, 7D2, Lähi-idän kysymys, Note des PLO-Büros Stockholm, 01. 12. 1975; François-Poncet, Quai d'Orsay, S. 183; Rondot, France, S. 92; Terrenoire, De Gaulle, S. 104; Angaben der Diplomatischen Mission Palästinas in Spanien, www.embajadadepalestina.es (28. 01. 2013). Vgl. auch Frangi in: www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1590855/ (30. 10. 2011).

[94] Im Vermerk über das erste Treffen des stellv. Leiters der Politischen Abteilung der PLO, Said Kamal, mit einem DDR-Botschafter, am 14. 03. 1978, fast fünf Jahre nachdem die PLO in Ost-Berlin ein Büro eröffnen durfte u. – protokollarisch korrekt – drei Tage nach Unterzeichnung der ersten Vereinbarung zwischen dem MfAA u. dem Exekutivkomitee der PLO, heißt es: „Kamal begrüßte das Zusammentreffen mit dem Botschafter der DDR und brachte sein Interesse an einem regelmäßigen Gedankenaustausch zum Ausdruck", so PA-AA, Bestand MfAA, B 5.622, Schreiben der Botschaft Kairo an das MfAA, 16. 03. 1978.

MfAA gegenüber dem japanischen Botschafter ausdrückte, dem Nationalrat „zugeordnet", wobei die Arbeit des Nationalrates direkt von der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED angeleitet wurde[95]. Der Nationalrat der Nationalen Front war formal eine unabhängige, tatsächlich aber der SED unterstehende Organisation, deren Hauptzweck in der politisch-ideologischen Mobilisierung der Gesellschaft und der Wahlvorbereitung bestand; er nahm also klassisch innenpolitische und keine außenpolitischen Aufgaben wahr[96]. In einem Vermerk des Nationalrates über die durch das ZK erteilten „Hinweise" zur Tätigkeit des PLO-Büros heißt es: „Ziel der Errichtung des Büros [der PLO] ist es, dass die Arbeit des Büros nur auf die DDR beschränkt wird. In erster Linie soll mit den in der DDR anwesenden palästinensischen Studenten gearbeitet werden. […] Es erfolgt keine offizielle Akkreditierung mit einer Beglaubigung. Ein Besuch beim Gen. Kirchhoff [Werner Kirchhoff, Vizepräsident des Nationalrates der Nationalen Front] gilt gleichzeitig als Akkreditierung des Büros. Die Zusammenarbeit mit dem Büro hat streng vertraulich zu erfolgen und nur möglichst wenige Personen sollen in die Arbeit einbezogen werden. […] Alle Kontakte, die das Büro betreffen, wie z. B. Gesprächsvermittlung, Übermittlung von Einladungen etc. erfolgen über den Nationalrat in enger Absprache mit der Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der SED. Diese Absprache erfolgt auch bei den kleinsten Details der Zusammenarbeit, wie z. B. der Beschaffung von Möbeln, Krankenhausbesuchen etc."[97]

Mit der Involvierung des Nationalrates sorgte das Politbüro dafür, dass eine Instanz zwischen der PLO und anderen ostdeutschen Stellen vorgeschaltet wurde. Damit nahm Honecker Arafats Vertretung in Ost-Berlin jeden amtlich-protokollarisch möglichen Rang, nachdem dieses Büro bereits weder staatlicherseits noch durch die Partei anerkannt worden war. Selbst die sogenannte Akkreditierung der Palästinensischen Befreiungsorganisation beim Nationalrat der Nationalen Front wurde nicht von dessen Präsidenten, sondern seinem Stellvertreter vorgenommen, wie das MfAA der japanischen Regierung erklärte.

Dem Nationalrat unterstanden formal in Bezug auf die Beziehungen mit der PLO beispielsweise das Solidaritätskomitee, der FDGB, das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, das Ministerium für Gesundheitswesen und das Ministerium für Außenhandel[98]. Nicht allein die PLO, sondern auch die beteiligten ostdeutschen Partner umgingen jedoch den Nationalrat. Dessen Fazit war nach rund 18 Monaten eindeutig: „Die Erfahrung der letzten 1½ Jahre haben ergeben, dass der Nationalrat der Nationalen Front bei dem gegenwärtigen Stand der Zusammenarbeit nicht in der Lage ist, den zuständigen Stellen einen ausreichenden Überblick über die Zusammenarbeit zwischen dem PLO-Büro und den staat-

[95] So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1466, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 04. 09. 1973, Bl. 28.

[96] Zum Hintergrund des Nationalrates der Nationalen Front vgl. Autorenkollektiv, Organisationen in der DDR, S. 126–133; Henkel, Staatspartei, S. 104–113; Herbst/Ranke/Winkler, DDR, S. 722–729.

[97] So SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 2721, Vermerk, 18. 09. 1973. Vgl. auch Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 333.

[98] Vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 2721, Vermerk, 14. 02. 1975.

lichen und gesellschaftlichen Gremien sowie über auftretende Probleme zu geben."[99] Offensichtlich achtete nur das MfAA darauf, keine Regierungskontakte mit der PLO zu pflegen. Andere Ministerien waren im Umgang mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation weniger streng. Gleichwohl bedeutete der direkte Verkehr zwischen dem PLO-Büro und einzelnen Akteuren in der DDR keine Statuserhöhung und regierungsseitige Anerkennung der Vertretung Arafats, denn die SED legte Wert darauf, die Funktion des Nationalrates bis 1978 unverändert beizubehalten[100].

Aber auch das ZK führte mit dem Büro der Palästinensischen Befreiungsorganisation keine kontinuierlichen Beratungen und Konsultationen durch oder verlieh der gemeinsamen politischen Arbeit Impulse. Die SED kooperierte in politischen Fragen weder selbst noch über den Nationalrat mit dem Repräsentanten der PLO in Ost-Berlin. Aus diesem Grund beschränkten sich die Kontakte, die die DDR ab Sommer 1973 mit der Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation unterhielt, auf rein administrative Fragen. Zu klären waren etwa die Übergabe und Verwendung der Solidaritätshilfen. Auch bezahlte der Nationalrat die Kosten des PLO-Büros, jährlich rund 250 000 Mark, und nahm die „Eingaben und Wünsche" des Stellvertreters Jassir Arafats in der DDR entgegen[101]. Diese Anliegen wurden vom Nationalrat sämtlich in einem Heft protokolliert und bezogen sich ebenfalls ausschließlich auf organisatorische Dinge. Zwischen dem 22. April 1974 und dem 21. März 1978 summierten sich diese Anliegen auf insgesamt 74 und damit auf weniger als 1,5 „Wünsche" pro Monat, oder anders gesagt: Der offiziell von der SED benannte Ansprechpartner der PLO hielt alle sechs bis acht Wochen Gespräche mit Arafats Büroleiter in Ost-Berlin ab, um Verwaltungsfragen zu klären[102].

Dass das Personal der PLO-Vertretung bis 1975 praktisch nur aus einem Palästinenser bestand und bis 1978 maximal drei Mitarbeiter dort beschäftigt waren, macht zudem deutlich, dass eine umfassende politische Arbeit mit der Parteiführung der SED ebenso wie eine öffentliche Darstellung und Diskussion der palästinensischen Anliegen in der DDR schwer möglich war. Auch Arafat beschränkte mit der Entsendung nur eines Mitarbeiters seinerseits das Maß der von ihm gesuchten politischen Kooperation[103].

[99] So ebd.

[100] Für die Büros der SWAPO, ZANU u. des ANC war ab 1978 das Solidaritätskomitee zuständig; somit ging man hier anders als bei der PLO vor, für die seit 1973 der Nationalrat der Nationalen Front Verantwortung trug, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1729, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 06. 06. 1978, Bl. 13; BArch, DZ 8/216, Schreiben des Solidaritätskomitees an das Dienstleistungsamt für ausländische Vertretungen, 27. 06. 1978; BArch, DZ 8/212, Schreiben des Solidaritätskomitees an das Dienstleistungsamt für ausländische Vertretungen, 22. 02. 1978.

[101] Vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 2721, Vermerk, 25. 11. 1975.

[102] Vgl. die Unterlagen in: SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 2721.

[103] Auf Beschluss des Sekretariates des ZK durfte ab Februar 1975 ein zweiter palästinensischer Mitarbeiter seine Tätigkeit aufnehmen, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/2263, Protokoll der Sitzung des Sekretariates des ZK der SED, 03. 02. 1975, Bl. 3.

Nabil Koulailat: Die PLO/Fatah in Ost-Berlin

Wie der seit 1970 in der DDR lebende Gesandte Arafats, I. A., dem IM „Hans" alias Klaus Polkehn 1973 erklärte, sei es „der Wunsch" der ostdeutschen Seite gewesen, dieses Büro nicht mit ihm zu besetzen, weil er „die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der PLO ungünstig beeinflusst" habe[104]. Dies habe Gerhard Grüneberg im Juni 1973 in Beirut Jassir Arafat so deutlich mitgeteilt und Arafat habe „den Wunsch der Parteidelegation ohne große Diskussion akzeptiert, weil er der Meinung [gewesen] sei, es habe wenig Sinn mit der DDR über Personalfragen zu streiten"[105]. Zugleich habe sich Arafat mit Erfolg dem Ansinnen der Delegation um Grüneberg entzogen, die einen palästinensischen Studenten der DFLP aus Leipzig als potenziellen Leiter des neuen PLO-Büros „gepriesen" hätten[106]. Tatsächlich übernahm dieses Amt nicht A. oder ein Vertreter der DFLP, sondern Nabil Koulailat. Er war wie I. A. Mitglied der Fatah und gehörte zur „deutschen Gruppe" – so wie andere wichtige, hohe Funktionäre der Fatah. Bis 1990 hat nur die Fatah die Mitarbeiter der Vertretung, späterhin der Botschaft der PLO in der DDR, gestellt[107].

Koulailat hatte seit 1959 in Österreich und in der Bundesrepublik gelebt und von 1961 bis 1969 an der Universität in Gießen studiert; Arafat bestätigte das der SED persönlich[108]. Vorgestellt wurde Koulailat 1973 weder im „Neuen Deutschland" noch in der außenpolitischen Zeitschrift „horizont"[109]. Obwohl er diesen westdeutschen Hintergrund besaß, sollte Koulailat dem ostdeutschen Büro der PLO vorstehen und *die* Palästinensische Befreiungsorganisation in der DDR repräsentieren. Ein bekennender Marxist-Leninist war Nabil Koulailat nicht. Ihr Mann habe sich stets, so Frau Koulailat, „ehrlich und authentisch" gegenüber der SED als Nicht-Marxist bekannt und auf die Frage „Bist du Kommunist?" geantwortet „Ich bin PLO", denn er habe allein die nationale palästinensische Idee der Fatah und Jassir Arafats vertreten und keine andere politische Ideologie[110].

[104] So BStU, MfS, AOP, 16340/76, Bd. 2, Bericht des IM „Hans", 16. 07. 1973, Bl. 149.
[105] So ebd.
[106] So ebd.
[107] So der Befund nach Auswertung der Unterlagen u. die Feststellung von Frau Om El-Seoud Koulailat sowie ihrem Sohn im Gespräch am 05. 11. 2013.
[108] Vgl. BArch, DZ 8/177, Vermerk, 09. 08. 1973. Frau Koulailat erklärte am 05. 11. 2013, sie selbst habe die Nachricht der Berufung Nabil Koulailats zum Repräsentanten der PLO in der DDR von ihrem Mann nach dessen Rückkehr von den Weltfestspielen erfahren u. im Vorfeld nichts davon gewusst. Nabil Koulailat promovierte nach Angaben seiner Familie nach seinem ersten Abschluss in Gießen als Diplom-Agraringenieur. Koulailat war seit 1968 Mitglied der Fatah u. von 1969 bis 1974 stellv. Vorsitzender der GUPS, zuständig für Internationale Beziehungen. Polkehn, DDR, S. 37, urteilt, die Besetzung Koulailats sei im Sommer 1973 ein Zeichen dafür gewesen, wie viel „Gewicht" die PLO ihren Kontakten mit der DDR beigemessen habe – ohne zu berücksichtigen o. zu erwähnen, dass Koulailat vor 1973 nur in der Bundesrepublik u. nicht der DDR gelebt u. gearbeitet hatte.
[109] Vgl. die jeweilige Berichterstattung in beiden Medien, August bis Dezember 1973.
[110] Frau Koulailat betonte am 05. 11. 2013 ferner, dass ihr Mann seit Anfang der 1960er Jahre sehr gute Kontakte zu verschiedenen politischen Akteuren in Frankreich, in der Bundesrepublik, in der Schweiz u. in Österreich hatte. Es sei zudem ihr Eindruck gewe-

Man müsse, so der älteste Sohn Nabil Koulailats im Gespräch, den Schritt der PLO/Fatah hin zur Eröffnung des Büros in Ost-Berlin 1973 realpolitisch nüchtern sehen. So wie es auch die Vereinigten Staaten trotz diametral unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Ordnungen und des Kalten Krieges als notwendig erachtet hätten, in Moskau diplomatisch vertreten zu sein und mit dem Kreml Kontakte über eine Botschaft zu pflegen, habe sein Vater mit dem sozialistisch regierten Teil Deutschlands gesprochen. Er habe dies aus Zweckmäßigkeit, gewillt, das für die PLO politisch Beste zu erreichen, getan. Und das sei letztlich das Ziel der Diplomatie: trotz unterschiedlicher Interessen und Meinungen miteinander zu reden[111]. Ganz ausdrücklich, so Frau Koulailat, sei es der Auftrag ihres Mannes gewesen, in Ost-Berlin zu versuchen, in Kontakt mit Vertretern beziehungsweise Botschaftern westlicher Staaten zu kommen, die nach der Anerkennung der DDR auch dort arbeiteten[112].

Bezeichnenderweise stand von Beginn an die Überwachung und Kontrolle der von der Fatah-geführten Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation und nicht die Zusammenarbeit und Kooperation mit Arafats Repräsentanten im Vordergrund. Das Ministerium für Staatssicherheit war insofern die maßgeblich verantwortliche Instanz für die PLO, nicht der Nationalrat[113]. Das MfS arbeitete auch nicht mit dem Nationalrat zusammen[114]. Erich Mielke hatte zu gewährleisten, dass Koulailat nur tat, was ihm erlaubt wurde, und keinerlei innerpalästinensische oder innerarabische Auseinandersetzungen auftraten. Bereits zur Büroeröffnung hatte die Staatssicherheit „zum eigenen Schutz" des Vertreters Arafats und seiner Familie eine vollständige Überwachung der Räume der Vertretung mittels Mikrofon und Kamera installiert[115]. Außerdem wurde die „spezifische Post- und Paketzollfahndung eingeleitet" und die ihm zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte, etwa die Sekretärin, der Fahrer und der Hausmeister, als IM geführt[116]. Darüber hinaus setzte Mielke „im peripheren Bereich" Koulailats mehrere zusätzliche Inoffizielle Mitarbeiter beziehungsweise sogenannte Offiziere im

sen, dass es innerhalb des ZK der SED bzw. den ostdeutschen Ministerien u. sogenannten gesellschaftlichen Organisationen der DDR sehr starke Gruppen gegeben habe, die ein größeres Engagement gefordert hätten, um gegen die innerpalästinensische Machtstellung der Fatah vorzugehen. Viele der in Ost-Berlin mit palästinensischen Themen betrauten Verantwortlichen seien gegenüber den politischen Überzeugungen der Fatah außerordentlich kritisch eingestellt gewesen.

111 So Ziad Koulailat im Gespräch am 05. 11. 2013.

112 So Frau Om El-Seoud Koulailat am 05. 11. 2013.

113 Vgl. auch Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 333 f.

114 Vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 2721, Vermerk, 14. 02. 1975.

115 Vgl. BStU, MfS, HA II, 18652, Vermerk, 17. 04. 1974, Bl. 260; BStU, MfS, HA II, 18652, Vermerk, 05. 02. 1974, Bl. 262.

116 Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 24. 04. 1975, Bl. 510. 1975 verfassten palästinensische Studenten einen Brief an Jassir Arafat, in dem es – trotz der tatsächlichen gesundheitlichen Probleme Koulailats durchaus metaphorisch zu verstehen – hieß: „Nabil Kouleilat ist seit längerer Zeit auf beiden Augen fast blind. Er kann nicht lesen und schlecht sehen und allein keinen Pkw fahren. […] Aus diesem Grund haben die im PLO-Büro tätigen deutschen Angestellten, sein Sekretär und die Sekretärin, die Geschäfte von Nabil übernommen und er muss machen, was die Deutschen wollen", so BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 16. 02. 1976, Bl. 307.

besonderen Einsatz ein – so den persönliche Referenten und „5 IM (Araber […]) zur Aufklärung von Aktivitäten von Palästinensern in der DDR und im Operationsgebiet“[117]. Insgesamt verfügte die Staatssicherheit damit über mehr als ein Dutzend Quellen, um das Büro Arafats in Ost-Berlin beobachten zu können – das lediglich von einem Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation geleitet wurde.[118] Koulailat selbst verpflichtete sich im April 1974, in Abstimmung mit dem ZK der SED und mutmaßlich nach Rücksprache mit der PLO/Fatah, unter dem Decknamen „Patriot“ zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS[119].

Seitens der Staatssicherheit hieß es nach den ersten zwölf Monaten der Zusammenarbeit mit Koulailat, dass „im Wesentlichen eine Übersicht über die offiziellen und zum Teil inoffiziellen Aktivitäten des ‚Patriot‘ bestehen. So konnte festgestellt werden, dass ‚Patriot‘ den […] offiziellen Aufgaben des Büros der PLO in der DDR mit unterschiedlicher Intensität nachkommt. Während er Verhandlungen mit Institutionen der DDR auf kommerzieller Ebene korrekt und zielstrebig führt, zeigt sich, dass er in der Einflussnahme auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung der palästinensischen Studenten und Praktikanten in der DDR wenig Initiative zeigt.“[120] Eine „Auswirkung der Inaktivität des ‚Patriot‘ zur genannten Aufgabenstellung“ sei, so die Staatssicherheit weiter, dass „sich eine Spaltung der Studentenbewegung der PLO in der DDR vollzog[en] [habe]. Die Spaltung und die Bemühungen zur Ablösung von ‚Patriot‘ beruhen auf den unterschiedlichsten politischen Strömungen innerhalb der PLO […]. Entgegen den festgelegten Aufgaben des ‚Patriot‘ entwickelt[e] er im Unterschied zu obengenanntem Sachverhalt große Aktivitäten bei Kontaktaufnahmen von Palästinensern aus der BRD und West-Berlin zum Büro der PLO in der DDR. […] Des Weiteren organisiert[e] ‚Patriot‘ […] den Zeitungsvertrieb der offiziellen PLO-Presse in der BRD und West-Berlin. Weiterhin wurde durch die eingeleiteten operativen Sicherungsmaßnahmen bekannt, dass ‚Patriot‘ operativ interessante Kontakte zu Palästinensern in der DDR und im Operationsgebiet unterhält und Zusammenkünfte dieser Personen konspiriert.“[121]

Die erkannte „Spaltung der Studentenbewegung der PLO“ in der DDR wurde Anfang Januar 1977 zu einem innenpolitischen Problem, als mehrere Dutzend palästinensische Studenten Koulailats Büro besetzten und „Mordabsichten äußerten, falls der Leiter des Büros […] nicht unverzüglich von seiner Funktion abgelöst“ werde, da sie ihn nicht als PLO-, sondern nur als Fatah-Vertreter ansahen und Koulailat eine höchst unglaubwürdige und korrupte Arbeitsweise vorwarfen[122].

[117] So BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 24. 04. 1975, Bl. 510.
[118] Der Leiter des Mitte der 1970er Jahre in Moskau eröffneten PLO-Büros klagte im November 1980 gegenüber finnischen Diplomaten, der Kreml erlaube es lediglich fünf Palästinensern, in dieser Vertretung zu arbeiten – während man der PLO 16 sowjetische Bürger als Mitarbeiter quasi aufgezwungen habe, vgl. UMA, 7D2, Lähi-idän kysymys, Vermerk, 20. 11. 1980 (finnischsprachiges Original).
[119] Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 24. 04. 1975, Bl. 509.
[120] So ebd., Bl. 510.
[121] So ebd., Bl. 511.
[122] Vgl. BStU, MfS, ZAIG, 2634, Information, 31. 01. 1977, Bl. 7.

Die SED reagierte auf diese Besetzung rigoros und wies neun beteiligte Palästinenser umgehend aus, darunter mehrere Personen, die bereits 1972 die Bundesrepublik hatten verlassen müssen und danach von der DDR aufgenommen worden waren[123]. Der Konflikt zwischen den palästinensischen Studenten und Koulailat machte zugleich das Dilemma der PLO-Politik Honeckers deutlich, denn die Vertretung *der* Palästinensischen Befreiungsorganisation in Ost-Berlin wurde von den Palästinensern in der DDR als rein Fatah-geführt angesehen. Studenten der DFLP oder der PFLP warfen Koulailat vor, er sei nicht gewillt, auch sie zu unterstützen oder eine Politik für alle politischen Kräfte der Palästinenser zu betreiben. Weder die SED noch die Fatah konnte verhindern, dass Mitglieder unterschiedlicher palästinensischer Gruppen einreisten. Zwar wurde das Kontingent, das man *der* PLO anbot – zwischen 1974 und 1978 waren das insgesamt 107 Studienplätze –, fast ausschließlich von der Fatah beansprucht[124]. Die absolute Zahl palästinensischer Studenten lag aber deutlich höher. Denn unter den von Syrien, dem Irak, Ägypten, dem Südjemen, Algerien und Libyen in die DDR Delegierten befand sich auch eine Vielzahl Palästinenser, wobei eine exakte statistische Erfassung ihres Anteils nicht existiert[125]. Dennoch bleibt festzuhalten, dass mehr Palästinenser in der DDR studierten als das offiziell zugelassene PLO-Kontingent; diese Personen gehörten jedoch nicht der Fatah an, sondern waren politisch zumeist in Gruppen wie der DFLP, der PFLP, der Saiqa, der PKP oder der PFLP-GC organisiert[126].

Dies verweist zugleich auf eine zweite Ursache des gewaltsamen Protestes von Palästinensern gegen das PLO-Büro Anfang 1977. Denn das Eindringen in die Vertretung Koulailats war nicht nur Ausdruck des Widerstandes gegen die politische Linie der Fatah, sondern hing auch mit der von der SED übertragenen Zuständigkeit des Büros für *die* palästinensischen Studenten zusammen. Die DDR hatte damit eine juristische Grauzone und vor allem eine politische Konfliktstelle geschaffen. Unbenommen der innerpalästinensischen Rivalität zwischen Angehörigen der verschiedenen Gruppen war nämlich ein Fatah-, DFLP-, PFLP- oder

[123] Vgl. ebd., Bl. 5f.

[124] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 5938/90, Statistik über die Bereitstellung von Studienplätzen für die PLO 1975–1981, o. D. Gemäß Übersichten des Herder-Instituts wurden zwischen 1974 u. 1978 lediglich 20 Palästinenser in Deutsch unterrichtet, um sie auf ihr Studium vorzubereiten, vgl. UAL, Studentenkartei des Herder-Instituts. Zur Monopolisierung dieses Kontingentes durch die Fatah vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, B 1544/3d, Aktennotiz, 03. 10. 1973; BStU, MfS, AIM, 4875/86, Bd. 2/1, Treffbericht KP „Abu Firas", 14. 07. 1977, Bl. 11–16; BStU, MfS, AIM, 4875/86, Bd. 1/1, Treffergebnisse IM „Achim", 02. 07. 1980, Bl. 310f.

[125] Vgl. dazu insgesamt die Akten in: BArch, DR 3/2. Schicht, 4063; BArch, DR 3/2. Schicht, 4067, Bd. 1 u. 2; BArch, DR 3/2. Schicht, 4068, Bd. 2, Statistik, 08. 12. 1989; BArch, DR 3/2. Schicht, 4068, Bd. 2, Statistik über Studenten aus arabischen Ländern 1988/89, o. D.; Statistiken über Studenten aus Syrien, dem Irak, Ägypten, dem Südjemen, Algerien, Jordanien, dem Libanon, Libyen, Marokko, Israel, Palästina, Tunesien u. Saudi-Arabien, 1956 bis 1990, in: UAL, Studentenkartei des Herder-Instituts.

[126] Beispielsweise hatte auch die Frau des PFLP-Vorsitzenden in der DDR studiert, vgl. Habache, Révolutionnaires, S. 165. Dass die Anzahl der palästinensischen Studenten in der DDR höher als das von der DDR bewilligte PLO-Kontingent war u. dass diese Palästinenser anderen Fraktionen als der Fatah angehörten, bestätigte auch Frau Koulailat im Gespräch am 05. 11. 2013.

Saiqa-Mitglied formal Staatsbürger eines bestimmten arabischen Landes. Dessen diplomatische Vertretung in der DDR war damit zugleich für das betreffende PLO-Mitglied verantwortlich. Staatenlose Palästinenser konnten sich zumeist an die Botschaft des Landes wenden, das ihnen ihr Identitätsdokument ausgestellt hatte[127].

Die Einrichtung dieses Büros wirft die maßgebliche Frage auf, ob die SED eigenständig mit dem Vertreter Arafats in der DDR verkehrte oder sowjetischen Direktiven folgte. Es konnten bislang keine Quellen gefunden werden, die auf Letzteres hinweisen. Auch ist unbekannt, ob und in welchem Umfang die sowjetische Seite mit Nabil Koulailat in Ost-Berlin zusammenarbeitete[128]. Die Festlegungen der SED, wer mit diesem Büro wann was zu tun hatte, sowie die zugelassene Dysfunktion des Nationalrates wären ohne sowjetische Kenntnis und Billigung in dieser Form sicherlich nicht möglich gewesen. Es hat unter Umständen mehr als nur marginale Bedeutung, dass die erste Repräsentanz der PLO im kommunistischen Ostblock zwischen 1973 und 1978 in Berlin-Karlshorst untergebracht wurde. Erst danach zog sie nach Berlin-Pankow um[129].

Der dieser ersten PLO-Mission im sowjetisch-sozialistischen Machtbereich vonseiten der DDR eingeräumte Status resultierte aus den selbstdiagnostizierten Konflikten und erkannten Problemen innerhalb der Befreiungsorganisation der Palästinenser[130]. Die SED beschränkte den protokollarischen Rang der Vertretung der PLO auf einen symbolischen Wert und überwachte Nabil Koulailat streng. Trotz dieser Maßnahmen und der weitgehend administrativen Rolle Koulailats besaß das Ost-Berliner PLO-Büro für Arafat aber eine große Bedeutung. Denn es war das erste seiner Art innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft und wurde selbstständig durch die Palästinensische Befreiungsorganisation geführt. Zudem unterstand es nicht der Botschaft eines arabischen Landes oder der Liga der arabischen Staaten, so wie dies zwischen 1968 und 1972 in der Bundesrepublik der Fall gewesen war[131]. Die Liga war in der DDR offiziell nicht diplomatisch vertreten[132]. Diese praktische Autonomie Koulailats war ein wichtiger Bestandteil der von Moskau gewollten Betonung der Selbstständigkeit Arafats, auch wenn das Büro in Karlshorst keinen relevanten diplomatisch-politischen Rang besaß.

[127] Dass das PLO-Büro, wie vom MfAA dem Botschafter Japans erklärt, keine konsularischen Aufgaben besaß, widersprach der im Politbürobeschluss 1973 sowie vom ZK formulierten Funktion, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, B 5.623, Vermerk, 07. 02. 1975; SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 2721, Vermerk, 18. 09. 1973.

[128] Frau Koulailat betonte im Gespräch am 05. 11. 2013, es habe zwischen dem Büro der PLO u. sowjetischen Stellen in Berlin-Karlshorst keinerlei Kontakt bestanden.

[129] Bis Mitte November 1975 befand sich das PLO-Büro in der Liepnitzstraße, im Anschluss bis Ende März 1977 in der Üderseestraße u. danach bis 1990 im Schönholzer Weg, vgl. die Mietverträge in: SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 6055.

[130] BArch, DZ 8/177, Vermerk, 15. 11. 1971.

[131] Vgl. Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 333. So auch Frau Om El-Seoud Koulailat u. ihr Sohn im Gespräch am 05. 11. 2013.

[132] In den CD-Listen des MfAA ist eine solche Mission nicht verzeichnet. Ob die westdeutsche Vertretung der Liga Aufgaben in Bezug auf die DDR u. Ost-Berlin wahrnahm o. ob es eine gesonderte Repräsentanz in West-Berlin gab, die dies hätte tun können, ist nicht bekannt.

Abdallah Frangi: Die PLO/Fatah in Bonn

Als Erich Honecker Jassir Arafat im Herbst 1973 gestattete, Nabil Koulailat offiziell nach Ost-Berlin zu entsenden, war die PLO politisch in der Bundesrepublik nicht vertreten. Weniger als ein Jahr nach den Bonner Sanktionen im Zuge des Anschlags von München konnte die Palästinensische Befreiungsorganisation somit ihre institutionelle Präsenz in Deutschland wiederherstellen, allerdings erstmals seit 1968 nur im östlichen Teilstaat. Diese Situation dauerte aber nur wenige Monate an. Bereits Anfang 1974 kehrte Abdallah Frangi in die Bundesrepublik zurück und erreichte 1975 durch den von ihm angestrengten gerichtlichen Entscheid, dass seine Ausweisungsverfügung von 1972 für ungültig befunden wurde[133]. Am 25. September 1975 gründete er gemeinsam mit zwei weiteren Personen die „Informationsstelle Palästina e. V."[134]. Im Vermerk an den Bundesaußenminister hieß es dazu im Mai 1976 vonseiten des Auswärtigen Amts: „Die Eintragung der ‚Informationsstelle Palästina' in das Vereinsregister konnte von der Bundesregierung oder anderen staatlichen Behörden nicht verhindert werden. […] Entscheidend ist, dass diese Stelle keinen offiziellen oder offiziösen Status genießt. Die hinter dem Büro stehende PLO ist sich offensichtlich auch bewusst, dass keine Änderung der Haltung der Bundesregierung zu erwarten ist. Sie hat – anders als beispielsweise in London – auch davon Abstand genommen, die Bezeichnung ‚PLO' in irgendeiner Form in Erscheinung treten zu lassen."[135]

Zwei Wochen nach der Gründung der Informationsstelle Palästina e. V. trafen sich Abdallah Frangi und der Unterabteilungsleiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Walter Jesser, der im Anschluss an das Gespräch festhielt: „Auf meine Vorhaltung, warum er das AA nicht von der Eröffnung der Informationsstelle vorher unterrichtet habe, entgegnete Frangi, er habe vor einiger Zeit mit Herrn Dr. Böcker [Leiter des Referates 310, Naher Osten] […] über die Gründung eines palästinensischen Vereins gesprochen. Ich verwies darauf, dass es in jenem Gespräch nur um Vereine zur Betreuung der Palästinenser gegangen sei, nicht um eine ‚Informationsstelle'."[136] Über dieses von Frangi erwähnte vorangegangene Gespräch mit Referatsleiter Alfons Böcker, das wiederum zwei Wochen vor der Vereinsgründung stattfand, vermerkte man im Amt: „Frangi erklärte, er

[133] Laut Erkenntnissen des MfS lebte Frangi spätestens ab Frühjahr 1974 wieder in der Bundesrepublik, vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 02. 02. 1975, Bl. 570. In der Begründung des Urteils des VG Darmstadt vom 07. 05. 1975 heißt es u. a.: „Dass das angeführte Verhalten des Klägers etwa zur Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geführt oder die Sicherheit der BRD gefährdet hätte […] ist bereits deshalb zu verneinen, weil die al Fatah in ihrer Zielstellung nicht gegen die BRD gerichtet noch dort bislang sicherheitsrechtlich in Erscheinung getreten ist", so PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Abschrift des Urteils, 07. 05. 1975.

[134] Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 24. 05. 1976; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Abschrift des Vereinsregisters, 25. 09. 1975. Die Hinweise bei Dahlke, Wischnewski-Protokoll, S. 214, sowie bei Benedek, Anerkennung, S. 850, dass diese „Informationsstelle" 1978 bzw. 1976 zugelassen worden sein soll, sind insofern unzutreffend.

[135] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 24. 05. 1976.

[136] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 09. 10. 1975.

wolle sich nunmehr wegen der Gründung eines ‚Büros zur Betreuung der Palästinenser' an einen Anwalt wenden. Ich [Böcker] erwiderte ihm, dass wir in der Vergangenheit nicht von einem Büro zur Betreuung der Palästinenser, sondern von Vereinen gesprochen hätten, die sich den Angelegenheiten der Palästinenser annehmen sollten. Ich riet ihm erneut, sich eines Anwalts zu bedienen, da nur dieser in der Lage sei, die komplizierten Rechtsfragen des Ausländerrechts und des Vereinsrechts zu klären."[137] Zusammenfassend hieß es: „Wir müssen darauf achten, dass Frangi sich an die Bedingungen und Auflagen hält. Es ist nicht ganz auszuschließen, dass er unter der Hand ein Büro aufmacht, um uns vor vollendete Tatsachen zu stellen."[138] Diese Situation trat am 25. September 1975 ein. Ohne die „Bedingungen und Auflagen" zu verletzen, mit denen das Auswärtige Amt Frangis politische Arbeit und Anwesenheit zu regeln suchte, aber ohne vorherige Abstimmung, konfrontierte Abdallah Frangi die Bundesregierung mit einer vereinsrechtlichen Lösung für das neue Büro der PLO/Fatah[139].

Sieht man vom Propagandaeffekt ab, der suggerierte, die Palästinensische Befreiungsorganisation sei von der DDR im Sommer 1973 anerkannt worden und habe seither über ein amtlich anerkanntes Büro in Ost-Berlin verfügt, hatte die PLO-Vertretung in der DDR ab dem Zeitpunkt der Vereinsgründung der „Informationsstelle Palästina e. V." gegenüber der Bonner Einrichtung keinerlei statusbedingte Vorteile. Frangi und Koulailat hielten sich de jure auf derselben Grundlage – nämlich als Privatpersonen – in ihrem jeweiligen Gastland auf. Die Einrichtungen, die sie leiteten, waren weder in dem einen noch dem anderen Fall mehr als eine inoffizielle Mission der PLO/Fatah; allerdings wurden deren Unterhaltskosten in Ost-Berlin Arafat erstattet[140]. Angesichts der Situation, dass Frangi sich um das bemühte, was Koulailat angeblich schon erreicht hatte – die offizielle Anerkennung seines Gastlandes –, ist es bemerkenswert, auf welche protokollarischen Sachzwänge Honecker achtete, und wie substanzlos der politische Dialog mit dem Büroleiter der PLO in der DDR geführt wurde[141].

Personell bestand die Bonner Mission schon 1975 aus zehn Mitarbeitern, darunter fünf Palästinensern[142]. Frangi unterhielt in der Bundesrepublik Kontakte mit Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, Organisationen und der Bundesregierung, vor allem mit dem Auswärtigen Amt[143]. Sie reichten in diesem Ministerium vom zuständigen Referatsleiter über die Abteilungsleiterebene bis hin zum Staatsminister; gemäß dem bundesdeutschen Protokoll konnten auch Botschafter des

[137] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 11. 09. 1975.
[138] So ebd.
[139] Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 09. 10. 1975. Vgl. dazu die indirekte Bestätigung gemäß den Aussagen des Referates 310 in: PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 11. 09. 1975.
[140] Vgl. auch Polkehn, DDR, S. 37, der allerdings irrtümlich erklärt, das Büro sei 1973 beim Solidaritätskomitee akkreditiert worden.
[141] Das erste Treffen zwischen Nabil Koulailat u. dem Nationalrat kam zum großen Bedauern Koulailats erst Mitte November 1973 zustande, vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 2721, Vermerk, 19. 11. 1973.
[142] Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 09. 10. 1975.
[143] So Abdallah Frangi im Interview am 28. 10. 2011, www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1590855/ (30. 10. 2011).

Amts Vertreter der PLO lange vor 1978 empfangen[144]. Staatsminister Wischnewski setzte sich 1975 persönlich dafür ein, dass die von Abdallah Frangi beantragte Freigabe von 1972 beschlagnahmten persönlichen Gegenständen durch das hessische Justizministerium bewilligt wurde[145]. Das Magazin „Der Spiegel" erklärte 1979 über die Kontakte Frangis: „Seit drei Jahren arbeitet Abdallah Frangi in einem kargen Büro bei der ‚Informationsstelle Palästina' als Arafats Mann in der Bonner Kaiserstraße. Der 38-jährige PLO-Lobbyist mit dem algerischen Diplomatenpass, der offiziell unter dem Dach der Arabischen Liga residiert, betreibt sein Geschäft trotz aller Tarnung völlig unbefangen: Von Walter Scheel über Helmut Schmidt bis zu Willy Brandt und Hans-Dietrich Genscher hat Frangi die Bonner Polit-Creme auf Cocktail-Partys kennengelernt."[146]

„Arafats Mann in der Bonner Kaiserstraße" arbeitete freier und selbstständiger als sein Pendant in Berlin-Karlshorst. Frangi konnte nach Eröffnung der „Informationsstelle" in Bonn ab Mitte der 1970er Jahre alte Verbindungen wiederherstellen, neue Kontakte knüpfen und plante die politische Arbeit für die PLO/Fatah in der Bundesrepublik. Während er um die Unterstützung Bonns warb, wurde er rasch öffentlich als die „Stimme der Fatah" in der Bundesrepublik wahrgenommen und verfügte über eine große Bekanntheit und mediale Präsenz[147]. Das kann man von Nabil Koulailat nicht behaupten. Sein öffentliches Auftreten beschränkte sich nach 1973 auf zugelassene Termine. Seine Gespräche mit dem Nationalrat der Nationalen Front der DDR galten der Planung und Logistik der Solidaritätslieferungen, der Krankenkontingente, der Studentenaufnahme sowie der Kinderbetreuung. Paradoxerweise verhielt sich die Arbeitsweise der Bonner PLO-Vertretung so, wie die des Büros der PLO in Ost-Berlin gemäß dem Wortlaut der SED-Vereinbarung hätte sein sollen.

Erklären lässt sich das westdeutsche Maß an Kooperation und Duldung Frangis damit, dass die Bundesregierung die Fatah für die wichtigste Gruppe der PLO hielt und einen anderen politischen Zugang zu ihr besaß als die SED. Die „deut-

144 Vgl. die Darstellungen der Botschaften in Damaskus u. Beirut sowie des AA ab Ende der 1960er Jahre u. den Umgang zwischen dem westdeutschen Botschafter im Libanon mit Shafiq al Hut in: PA-AA, Bestand B 150, Bd. 198, Bericht der Vertretung Amman an das AA, 09. 03. 1970, Bl. 1625 f.; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 277, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 03. 04. 1973, Bl. 2140–2142; AAPD, 1973, Dok. 98, Botschaftsrat Nowak, Beirut, an das AA, 07. 04. 1973, S. 470–473; AAPD, 1975, Dok. 62, Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Lahn, 26. 03. 1975, S. 304–307; ISA/RG 93/MFA/2735/14, Schreiben der Botschaft Bonn an das Außenministerium, 30. 09. 1975 (hebräischsprachiges Original). Zu Frangis Kontakten im AA vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 11. 09. 1975; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 09. 10. 1975; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 24. 05. 1976.

145 Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Schreiben des Büros des Staatsministers an den Leiter des Referates 310, 03. 11. 1975; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 21. 11. 1975; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk, 19. 08. 1975.

146 So Nuschelige Kontakte, in: Der Spiegel, 48/1979, S. 39. Hans-Dietrich Genscher erklärte im Gespräch am 16. 02. 2012, er habe „bald" nach dem VN-Beschluss 1974 Treffen mit Frangi abgehalten, allerdings nur in seinem FDP-Büro.

147 Vgl. Kirchbach/Rad, Stimme, www.wdr5.de/av/audioerlebtegeschichtenabdallahfrangi100-audioplayer.html (20. 11. 2013). Vgl. auch Nuschelige Kontakte, in: Der Spiegel, 48/1979, S. 37–39.

sche Gruppe" der PLO/Fatah hatte in der Bundesrepublik studiert und Frangi vertrat keine marxistisch-leninistischen Ansichten[148]. War es für Bonn *die* Fatah, nicht in erster Linie *die* PLO, mit der man über Frangi in Verbindung stand, verhielt es sich für die SED umgekehrt: Die DDR versuchte, mit ihrer PLO-Politik den Einfluss der Fatah zugunsten der DFLP und der PFLP zu minimieren. Denn die von Arafat begründete palästinensische Gruppe galt – und das machte sie im Westen wiederum so interessant – als eine antikommunistische Organisation, die von Personen geführt wurde, die vielfältige Bezüge zu westlichen Staaten sowie „reaktionären" arabischen Regimen unterhielten und deren Wirtschaftspolitik sich sehr stark an kapitalistischen Maßstäben orientierte.

Bereits im Februar 1975 vermerkte das MfS, dass Koulailat Kontakte zu in der Bundesrepublik „illegal existierenden" palästinensischen Vereinen unterhalte und im Juni 1974 Unterstützung für Abdallah Frangi geleistet habe[149]. Unter anderem habe er Möbel nach Bonn geschickt, um beim Wiederaufbau des dortigen PLO-Büros zu helfen[150]. Koulailat und Frangi kannten sich seit dem Studium des Ost-Berliner PLO-Vertreters in Westdeutschland und waren eng befreundet[151]. Die logistische Unterstützung zwischen PLO-Ost und PLO-West lässt erkennen, wie wichtig die in beiden Fällen der Fatah zugehörige Leitung des jeweiligen Büros für die tagtägliche Arbeit war. Dass Koulailat, wie die Staatssicherheit nach rund 18 Monaten feststellte, seine Präsenz in Ost-Berlin für Tätigkeiten in der Bundesrepublik und West-Berlin ausnutzte, entsprach der Funktion, die Arafat für ihn vorgesehen hatte[152]. Damit steht die Kooperation von Frangi und Koulailat zugleich exemplarisch für Arafats doppelte Deutschlandpolitik.

[148] Nachdem im Herbst 1976 in Bonn bekannt geworden war, dass Frangi sich mit dem Vorsitzenden der DKP getroffen u. ein Interview mit der Zeitung dieser Partei geführt hatte, vermerkte das AA, „Herr Frangi sollte auf die negativen Auswirkungen seines Tuns hingewiesen werden", so in: PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Schreiben des BMI an das AA, 06. 09. 1976. Zum anschließenden Inhalt des Gespräches mit Frangi hielt Unterabteilungsleiter Jesser fest: „Ich habe ihm [Frangi] den guten Rat gegeben, seine Kontakte mit linksextremistischen politischen Gruppierungen aufzugeben. Ich könne mir vorstellen, dass es eher in der politischen Zielstellung der palästinensischen Sache liege, wenn er sich um die in der Bundesrepublik etablierten Kräfte bemühe. Abdallah Frangi erklärte, dass er dies einsehe und dass er sich ‚bessern' wolle", so in: PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 26. 11. 1976.

[149] Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 02. 02. 1975, Bl. 570.

[150] Vgl. ebd., Bl. 571. So auch Frau Om El-Seoud Koulailat im Gespräch am 05. 11. 2013.

[151] So Frau Koulailat u. Sohn im Gespräch am 05. 11. 2013.

[152] Frau Koulailat betonte zudem, ihr Mann sei bewusst aufgrund seiner Aufenthalte in Österreich u. der Bundesrepublik, seines Studiums in Gießen sowie seiner Deutschkenntnisse von Arafat als erster Leiter des PLO-Büros in Ost-Berlin ausgewählt worden. Arafat habe eine Kooperation zwischen Koulailat u. Frangi, die ein enges Vertrauensverhältnis verband, gewollt, da Arafat die Deutschlandpolitik als Einheit konzipierte u. begriff.

II. Die Ost- und die Westpolitik der PLO 1973–1975

Auch wenn der SED-Staat die PLO im August 1973 nicht als die einzig rechtmäßige Vertreterin der Palästinenser anerkannte, war die politisch-diplomatische Aufwertung durch ein europäisches Land, ein Mitglied des Warschauer Paktes zumal, in ihrer Außenwirkung für Jassir Arafat nicht nur gegenüber Israel, Westeuropa oder den Vereinigten Staaten wichtig. Sie verlieh ihm auch Rückendeckung in seiner Auseinandersetzung mit den arabischen Staaten[153]. Unter Ausschluss der PLO durfte kein arabischer Staat Entscheidungen über die Entwicklung Palästinas treffen, und ohne die PLO war keine Regelung des Nahostkonfliktes möglich – das waren Arafats Prämissen. Die Palästinensische Befreiungsorganisation sollte ein neuer, unverzichtbarer Akteur werden. Im Interesse Moskaus half die DDR durch den Abschluss des Parteiabkommens mit der PLO, Arafats Führungsrolle nach den Kämpfen gegen die Palästinenser im Libanon im Frühjahr 1973 politisch zu stabilisieren.

Als Jassir Arafat im August 1973 entschied, dass die PLO engere Beziehungen mit der Sowjetunion eingehen sollte und er die erste Vereinbarung mit einer kommunistischen Partei im Machtbereich des Kreml unterzeichnete, war dieser Schritt nicht nur innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation respektive Fatah umstritten, sondern auch antikommunistische arabische Länder, wie Saudi-Arabien, vor allem aber Syrien, lehnten ihn ab. Präsident Assad war zur gleichen Zeit bestrebt, mit Ägypten und Jordanien zu kooperieren, ohne die PLO zu berücksichtigen[154]. Mitte September 1973 meldete die Botschaft der DDR aus Damaskus, es werde in „Vorbereitung und Durchführung des Kairoer Gipfeltreffens (Sadat, Assad, Hussein)" das „Bestreben" der syrischen Regierung deutlich, die PLO „gegenüber Jordanien zu neutralisieren, sie als Störfaktor auszuschalten. Aus verschiedenen Quellen wurde bekannt, dass Ägypten und Syrien aktiv bemüht waren und sind, den Einfluss Arafats in der PLO abzubauen."[155] Die syrische Presse habe, so hieß es außerdem, Arafats Aufenthalt in Ost-Berlin während der X. Weltfestspiele nur kurz erwähnt „und einseitig die Aktivitäten der syrischen Delegation auf dem Festival hervor[ge]hoben […]. In diesem Zusammenhang wurde auch die unterzeichnete Vereinbarung mit der PLO einschließlich der Eröffnung eines PLO-Büros in Berlin als Fakt gemeldet, jedoch nicht kommentiert."[156]

153 Vgl. Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 333.
154 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 351f.; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 142f.; Selim, Nonstate Actor, S. 299.
155 So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.601, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 18. 09. 1973, Bl. 60.
156 So ebd., Bl. 58.

DOI 10.1515/9783110550108-007

1. Arafats „back channel“ und die Neuausrichtung der EG-Nahostpolitik 1973/74

Weil für Jassir Arafat von Beginn an feststand, dass sich die PLO nicht in die einseitige Abhängigkeit Moskaus begeben durfte und er die im Nachgang zu seiner Vereinbarung mit der SED hauptsächlich von Syrien und Saudi-Arabien vorgebrachte Kritik an diesem vermeintlich prokommunistischen Schritt voraussah, kontaktierte er im selben Moment, als er Honecker zugesagt hatte, anlässlich der X. Weltfestspiele nach Ost-Berlin zu reisen, die Regierung der Vereinigten Staaten – wobei die PLO/Fatah bereits seit 1969 mit Washington in Verbindung stand[157]. Henry Kissinger schreibt in seinen Memoiren: „In late July [1973], our Ambassador to Iran, Richard Helms, […] informed me that one of his aides had been approached by a close associate of PLO leader Yasir Arafat. Arafat was reported to be interested in a dialogue with the United States, which would be based on two premises: that ‚Israel is here and stay‘; and that Jordan should be the home for a Palestinian state (in other words, that Hussain [der jordanische König] must be overthrown). The PLO also wanted clarification on certain questions: What did we understand by ‚Palestinian interests‘ in the Brezhnev-Nixon communiqué [vom 24. Juni 1973]? How did we intend to peruse them? How committed were we to the continued existence of the Kingdom of Jordan?“[158]

Kissinger entschied sich, nachdem Jordanien und Israel informiert worden waren, für Gespräche mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Am 5. August 1973 – drei Tage, nachdem Arafat eine Vereinbarung mit der SED geschlossen hatte – sandte die amerikanische Regierung „a nothing message“ an die PLO, die am 13. August beantwortet wurde und in deren Folge der stellvertretende Direktor des amerikanischen Auslandsnachrichtendienstes zum Gesandten für die Gespräche mit Arafat ernannt wurde[159]. Den Vereinigten Staaten einen politischen Dialog anzubieten und unmittelbar danach nach Ost-Berlin aufzubrechen, sich dort als Genossen zu bezeichnen, die amerikanische Außenpolitik als Gefahr für die Menschheit zu verdammen und ein Abkommen mit einer kommunistischen Partei zu unterzeichnen – dies ist Sinnbild des politischen Denkens und Handelns Jassir Arafats: „Für Arafat zählten die Erfordernisse des Augenblicks, nicht die Wahrheit von gestern. […] So machte er Politik. Egal aus welcher Richtung der Ball kam, er fiel fast immer dort zu Boden, wo Arafat ihn haben wollte.“[160]

Es ist insofern nicht falsch, wenn der „Direktor des Vereinigten Palästinensischen Informationswesens“ gegenüber der DDR-Botschaft in Syrien erklärte, dass

[157] Zu den 1969 etablierten Beziehungen zwischen der Fatah und dem amerikanischen Auslandsnachrichtendienst vgl. Bird, Spy, S. 83–85, 147–155; Taylor, Terror, S. 42–44.

[158] So Kissinger, Years of Upheaval, S. 626.

[159] Vgl. ebd., S. 626 f.; Aburish, Arafat, S. 204, 212; Hart, Arafat, S. 397 f.; David Ignatius: P.L.O. Operative, in: WSJ, 10. 02. 1983, S. 1 f.; Diskrete Art, in: Der Spiegel, 11/1983, S. 145 f. Der von 1973 bis 1977 amtierende US-Botschafter im Iran, Richard Helms, arbeitete zwischen 1966 u. 1973 als Direktor der CIA, vgl. Christopher Marquis: Ex-C.I.A. Chief Dies at 89, in: NYT, 24. 10. 2002, S. B9. Laut Aburish, Arafat, S. 204, sandte die PLO respektive Arafat im August 1973 vier Nachrichten an Kissinger.

[160] So Frangi, Gesandte, S. 252, 254.

Arafat sich „nach längerer Auseinandersetzung klar und offen für die Festigung der Beziehungen zur UdSSR und zur sozialistischen Staatengemeinschaft entschieden habe, da er erkannt habe, dass eine nationale Befreiungsbewegung ohne dieses Bündnis machtlos" sei[161]. Denn Macht gewann Arafat nicht nur aus der direkten Unterstützung durch die Sowjetunion, sondern auch, weil er dieses östliche Bündnis als Option gebrauchen konnte[162]. Er konnte das Kapital der Beziehungen mit der SED/DDR beziehungsweise KPdSU/Sowjetunion dort einsetzen, wo man eine östlich kontrollierte PLO verhindern wollte. Der dafür zu zahlende Preis wurde größer, je deutlicher sich die Gefahr einer „progressiv"-kommunistischen Dominanz der Palästinensischen Befreiungsorganisation abzeichnete.

Die Ost- und die West-Politik Jassir Arafats bedingten sich wechselseitig: Arafat war in der Lage, über Beziehungen mit der Sowjetunion die Kontrolle über die Palästinensische Befreiungsorganisation, die in ihren politischen Anschauungen von prosozialistischen bis hin zu prokapitalistischen Meinungen variierte, zu festigen und durch die politische Unterstützung einzelner sozialistischer Staaten sowie des Kreml zugleich das selbstständige innerarabische Profil der PLO zu schärfen, auch wenn die KPdSU 1973 öffentlich noch nicht von einem palästinensischen Staat sprach[163]. Dabei musste er sorgfältig abwägen, um nicht von der Sowjetunion dominiert oder von denjenigen Kräften beschädigt zu werden, die nicht wollten, dass Kommunisten die Palästinenser beeinflussten. Im Grunde versuchte Arafat zu kopieren, was der syrische Präsident zur Staatsräson erhoben hatte: gleichzeitig eine prosowjetisch-sozialistische und eine prowestlich-kapitalistische Außenpolitik zu betreiben. Die Herausforderung bestand dabei nicht darin, die jeweiligen Kontakte parallel herzustellen, sondern ihre Intensität richtig zu dosieren[164]. Und Arafat wusste um seine Verwundbarkeit und dass er taktieren musste. Denn eine einseitige Abhängigkeit von Moskau oder dem Westen ließen ihn manövrierunfähig werden. Er konnte aus finanziellen und politischen Gründen weder auf die proamerikanisch orientierten arabischen Regierungen und die westeuropäischen Staaten noch auf die UdSSR und die sozialistische Seite vollständig verzichten, solange der politische Stand der PLO nicht hinreichend gefestigt war[165]. Die Sowjetunion war dabei für Arafat ein Partner, den er in sein Kalkül einbezog wie jeden anderen auch[166].

Ab 1973 war die Balance der politischen Gewichte zwischen dem bekundeten antiimperialistischen, antizionistischen und antikolonialen Kampfbündnis auf

[161] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.601, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 18. 09. 1973, Bl. 58–60.

[162] Vgl. Sayigh, Palestinians, S. 131–133; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 216.

[163] Vgl. Dannreuther, Soviet Union, S. 48, 59; Golan, Soviet Union and the PLO, S. 1–4; dies., Uneasy Alliance, S. 6, 30–33, 55; Rubin/Rubin, Arafat, S. 59 f.; Sayigh, Palestinians, S. 125–150.

[164] Vgl. Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 216; Hinnebusch, Revisionist Dreams, S. 386 f.; ders., Foreign Policy of Syria, S. 141; Freedman, Soviet Union, S. 141. Vgl. demgegenüber Seale, Syria, S. 48–72.

[165] Vgl. Sayigh, Palestinians, S. 131–133, 153 f.

[166] So pointiert ebd., S. 153. Vgl. auch Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 216; Golan, Cold War, S. 61.

der einen und den geheimen Kontakten zu den USA auf der anderen Seite nicht nur wichtig, um den rechten Flügel der Fatah und die hinter diesem stehenden Monarchien am Golf sowie Saudi-Arabien zu beruhigen. Vielmehr sicherten diese beidseitigen Kontakte Arafat politische Attraktivität – sowohl im Westen als auch im Osten. Im Westen galt ausschließlich die Fatah als potenzieller Partner, der jede kommunistisch-sozialistische Einflussnahme auf die übrigen marxistisch-leninistisch, antiwestlich und antiamerikanisch ausgerichteten PLO-Teile bremste. Arafat stilisierte sich zu demjenigen, dem der Westen es zu verdanken hatte, dass Moskau die Palästinensische Befreiungsorganisation nicht in eine linksextremistische Marionette umfunktionieren konnte[167].

Gleichzeitig ließ Arafat inoffiziell gegenüber westlichen Politikern bereits Anfang der 1970er Jahre wissen, er halte die Vernichtung Israels für praktisch undurchführbar und propagiere sie letztlich nur, um die PLO nach innen zu stabilisieren; es gehe ihm mithin um einen palästinensischen Staat, der nicht Gesamtpalästina umfasse, aber auch nicht von Amman kontrolliert werde[168]. Weder die Fatah noch irgendeine andere palästinensische Gruppe distanzierte sich in dieser Zeit allerdings öffentlich vom bewaffneten Kampf gegen Israel. Sie hörten auch nicht auf, terroristische Gewalttaten gegen Israel und seine Bürger zu planen und auszuführen[169]. Kissinger erkannte Ende Juli 1973 aber, was Jassir Arafat ihm anbot: Die PLO sollte keine sowjetisch kontrollierte Organisation werden. Moskau wiederum war sich offenbar frühzeitig bewusst, dass der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO in realpolitischen Kategorien dachte. Der seit den 1970er Jahren maßgebliche russische Nahostexperte, Jewgeni Primakow, erklärt, die Fatah sei nie ein antiwestliches Bündnis gewesen – im Gegensatz zur DFLP und der PFLP –, und Moskau habe von diesen ersten US-Kontakten Arafats 1973 gewusst[170]. Trotzdem habe man das Gespräch mit ihm gesucht: „It didn't matter how many meetings we held with ideologically more congenial groups, such as the PFLP and the DFLP. Nothing was as important as forging solid ties with the Fatah leadership.“[171] Denn der Osten sah in Arafats Person die Instanz, die ver-

[167] Vgl. Rubin/Rubin, Arafat, S. 28–30, 44–46; Hart, Arafat, S. 398 f. Vgl. hierzu auch die bereits zu Beginn der 1970er Jahre geführten Gespräche zwischen der Schweiz und der PLO/Fatah in: Gyr, Schweizer Terrorjahre, sowie Schweizerische Eidgenossenschaft, Schlussbericht, www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/43938.pdf (07. 03. 2017). Vgl. insgesamt auch die Darstellung von Geiger, Anti-Terrorismus-Diplomatie.

[168] Die westdeutsche Vertretung in Amman meldete Anfang März 1970, der ihr bekannte palästinensische Journalist Ibrahim al Shanti, welcher „ausgezeichnete Kontakte“ zum Führungskreis der Fatah unterhalte, habe erklärt: „Entgegen der offiziellen Propaganda mache sich Arafat mit engsten Mitarbeitern Gedanken um politische Loesung des Nahostkonfliktes, er, Shanti, moechte mit Wissen Arafats diese Gedankengaenge einem hochgestellten deutschen Politiker in allernaechster Zeit vortragen. […] Auf Basis des UN-Teilungsplans von 1947 sei Gruendung eines palaestinensischen Staates neben weiterbestehendem Staat Israel vorgesehen“, so PA-AA, Bestand B 150, Bd. 198, Bericht der Vertretung Amman an das AA, 09. 03. 1970, Bl. 1625 f.

[169] Vgl. Merari/Elad, Terrorism, S. 22–64, 130–142; Rubin/Rubin, Arafat, S. 57–61, 68; Sayigh, Struggle, S. 306–312; Smith, Conflict, S. 328 f.

[170] Vgl. Primakov, Arabs, S. 225, 237.

[171] So ebd., S. 240; Golan, Uneasy Alliance, S. 150 f.; dies., Moscow and the PLO, S. 123; dies., Soviet Union and the PLO, S. 15–19.

hinderte, dass die PLO insgesamt zerbrach und damit ein zentraler Einflussfaktor verloren ging – was einem westlich-amerikanisch-israelischen Erfolg bei der Lösung der Palästinafrage gleichgekommen wäre[172].

Die Folgen des Jom-Kippur-Krieges

Die Neuausrichtung der sowjetisch-sozialistischen Politik der PLO/Fatah, bei gleichzeitiger Aufwertung ihrer US-Kontakte, erfolgte im Sommer 1973, wenige Monate vor Ausbruch des sogenannten Jom-Kippur-Krieges, den ein militärischer Überfall Syriens und Ägyptens auf Israel am 6. Oktober 1973 auslöste und den Israel erneut zu seinen Gunsten entschied[173]. Anders als 1967 bestand das Ergebnis nicht in einer Ausweitung und Besetzung von Territorien. Die amerikanische Regierung konnte nach dem Ende der Kämpfe vielmehr erstmals vertragliche Abmachungen zwischen Syrien, Ägypten und Israel erreichen[174]. Zum anderen vollzog die Europäische Gemeinschaft (EG) im Zuge des durch die Araber während des Krieges verhängten Ölembargos einen grundlegenden Wandel in ihrer Nahost- und Palästinapolitik[175]. Die Erklärung vom 6. November 1973 war die erste gemeinsame Stellungnahme der EG, die betonte, dass der arabisch-israelische Konflikt vor dem Hintergrund von vier Prinzipien gelöst werden müsse: „1. The inadmissibility of the acquisition of territory by force. 2. The need for Israel to end the territorial occupation, which it has maintained since the conflict of 1967. 3. Respect for the sovereignty, territorial integrity and independence of every State in the area and their right to live in peace within secure and recognized boundaries. 4. Recognition that in the establishment of a just and lasting peace account must be taken of the legitimate rights of the Palestinians."[176]

Mit der Anerkennung der „legitimen Rechte der Palästinenser" als Voraussetzung für eine dauerhafte Friedensregelung griff die Europäische Gemeinschaft eine von den arabischen Staaten erhobene Forderung auf[177]. Es ging dabei weder um die PLO noch um eine konkrete, von der europäischen Seite dargelegte Rolle dieser Rechte während des Prozesses der Konfliktlösung, „but the word ‚Palestinians' was the most important element of the statement"[178]. Das Zustandekommen der Erklärung vom 6. November 1973 war unzweifelhaft durch die

[172] Vgl. Primakov, Arabs, S. 240–244; Golan, Uneasy Alliance, S. 26–35, 141 f., 150–165; dies., Moscow and the PLO, S. 121 f.

[173] Es kämpften die Streitkräfte Ägyptens, Syriens, des Irak, Marokkos, Kuwaits u. Algeriens gegen die israelische Armee, vgl. Stein, Diplomacy, S. 71–96; Tessler, Conflict, S. 474 f.; Gainsborough, Conflict, S. 180–189.

[174] Vgl. ebd., S. 180–189, 209; Tessler, Conflict, S. 474–480; Smith, Conflict, S. 324 f.; Stein, Diplomacy, S. 71–186; Quandt, Peace Process, S. 183–242.

[175] Vgl. Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 28 f.; Möckli, EC-Nine, S. 81 f.; Miller, PLO Factor, S. 130 f.; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 73; Jaeger, Quadratur, S. 56; Buettner, Even-Handedness, S. 145; Perthes, Beziehungen, S. 102 f. Vgl. insgesamt auch Graf, Öl und Souveränität, S. 93–122, 260–269.

[176] So Statement by The European Community Foreign Ministers, 06. 11. 1973, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 14.

[177] Vgl. Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 31; Möckli, EC-Nine, S. 81.

[178] So Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 31.

Ölkrise, das heißt die arabische Sanktionierung einer als proisraelisch wahrgenommenen Haltung der Westeuropäer während des Jom-Kippur-Krieges, beeinflusst[179]. Dieses Papier der EG stellte – geprägt von einer französischen Handschrift – das fortan gültige außenpolitische Grundlagendokument der westeuropäischen Nahostpolitik dar. Neben dem KSZE-Prozess entstand damit das zweite gemeinsame Handlungsfeld der sogenannten Europäischen Politischen Zusammenarbeit[180].

Israel reagierte angesichts der erkennbar wirtschaftlichen Motive der EG-Staaten in seiner Stellungnahme zu dem vollzogenen Paradigmenwechsel in scharfer Form. Die Regierung Meir warf der Europäischen Gemeinschaft vor, sie betreibe einen Ausverkauf von Prinzipien zur Sicherung des eigenen Ölimports. Als besonders enttäuschend bewertete Israel die bundesdeutsche Meinung, weil man sich nicht nur dem arabischen, sondern vor allem dem französischen Diktat innerhalb der EG gebeugt habe[181]. Der Jom-Kippur-Krieg führte aber auch deshalb zu einer krisenhaften Entwicklung der Beziehungen Bonns mit Jerusalem, weil die Bundesregierung gemäß ihrer neutralen Haltung zwar während der Kämpfe den über westdeutsche Häfen geleiteten amerikanischen Nachschub für Israel duldete, aber ab dem Zeitpunkt der Waffenstillstandsresolution 338 des VN-Sicherheitsrates vom 22. Oktober die Einstellung dieser Unterstützung forderte und durchsetzte[182]. Seit Beginn der „Politik der Ausgewogenheit“, der die neutrale Haltung während des Jom-Kippur-Krieges entsprach, betrieb Bonn die veränderte Nahostpolitik in einem gemeinsamen europäischen Rahmen. Die Zahlungen für die UNRWA oder anderweitige humanitäre Hilfen waren auf nationaler Ebene ein ergänzendes Mittel. Politisch-offiziell agierte die Bundesregierung im arabisch-israelischen Konflikt nicht eigenständig, sondern versuchte

[179] Vgl. Miller, PLO Factor, S. 131 f.; Buettner, Even-Handedness, S. 145; Fink, Ostpolitik, S. 202 f.; Möckli, EC-Nine, S. 80–84; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 112; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 29; Perthes, Beziehungen, S. 102 f.; Kissinger, Years of Upheaval, S. 717. Vgl. insgesamt auch Graf, Öl und Souveränität, S. 260–263.

[180] Vgl. Weingardt, Nahostpolitik, S. 204 f.; Möckli, EC-Nine, S. 78; Buettner, Even-Handedness, S. 143–147. Vgl. auch die Ausführungen des damaligen Politischen Direktors des AA: Well, Nahost-Politik, S. 119–128.

[181] Vgl. Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 72 f.; Fink, Ostpolitik, S. 203; Miller, PLO Factor, S. 131; Greilsammer/Weiler, European Political Cooperation, S. 134–136. In einem Brief an den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, erklärte der israelische Botschafter in Bonn im November 1973: „Was für eine Art von Gemeinsamkeit ist es, wenn ein oder zwei der Mitglieder mit dem Zusammenbruch drohen, falls die anderen sich nicht auf Vordermann bringen lassen, in einer Sache, die in allererster Linie doch gerade das Land betrifft, das auf ein wahrhaft in sich gefestigtes Europa hofft und nicht, wie es die Araber wollen, ein gefügiges Europa. Abgesehen davon, dass wir die Betroffenen sind, kann dieses Kitten und Kleben mich nur traurig stimmen“, so ISA/RG 93/MFA/2733/2, Schreiben des israelischen Botschafters an Herbert Wehner, 23. 11. 1973.

[182] Trotz Resolution 338 endeten die militärischen Auseinandersetzungen erst im Zuge der Resolution 340, vgl. UN S/RES/338 (1973), Resolution, 22. 10. 1973; UN S/RES/340 (1973), Resolution, 25. 10. 1973; Kissinger, Years of Upheaval, S. 707–717; Stein, Diplomacy, S. 89–96; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 74; Fink, Ostpolitik, S. 202 f.; Jaeger, Quadratur, S. 55; Möckli, EC-Nine, S. 83. Vgl. ebs. Dok. 81 in: Burr, October War; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 291, Vermerk, 25. 10. 1973, Bl. 6771–6775.

gerade das Dilemma zwischen Moral und Realpolitik in der Europäisierung aufzulösen[183].

Zu den politischen Folgen der Novembererklärung von 1973 gehörte der Anfang 1974 von der Europäischen Gemeinschaft initiierte sogenannte Europäisch-Arabische Dialog (EAD), der regelmäßige Konsultationen zwischen der EG und den Mitgliedern der Liga der arabischen Staaten ermöglichen sollte. Der EAD wurde offiziell von der Liga im Dezember 1973 auf der Ratssitzung der EG in Kopenhagen angeboten[184]. Auch hier bekräftigte das Abschlussdokument, dass die Palästinenser im Rahmen einer Gesamtlösung des Nahostkonfliktes ihren Platz finden sollten[185]. Der EAD war eine Institution, die ausdrücklich weder politische Ziele verfolgen wollte noch eine Beteiligung der Palästinensischen Befreiungsorganisation vorsah, jedoch beides nicht umgehen konnte. Die Westeuropäer machten zwar „von vornherein klar, dass der Dialog […] vor allem nicht die Bemühungen um eine nahöstliche Friedensregelung stören dürfe, dass der Konflikt also nicht ein Tagesordnungspunkt des Dialoges sei"; jedoch konnte sich diese neue Nahostpolitik der EG nach dem Novemberkrieg von 1973 im allgemeinen Kontext der internationalen Entwicklung rund um die Frage der Verhandlungsmechanismen zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten nicht als apolitisch gerieren, wenn die legitimen Rechte der Palästinenser so exponiert betont wurden[186]. Friedemann Buettner hebt hervor: „Germany as well as other Europeans, used the EAD, too, as a forum and an instrument for the incremental steps with which they moved towards a ‚more balanced' – or as the Arabs saw it: ‚less biased' – stance."[187]

So kam es auch im April 1974 während eines Treffens zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und dem Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten, Mahmud Riad, zu einem nicht intendierten, „längeren Gespräch [Brandts] mit dem Vertreter Palästinas bei der Arabischen Liga"[188]. Die Reisen des Bundeskanzlers nach Algier und Kairo galten der beabsichtigten Werbung für den EAD und sollten die ihm von den westeuropäischen Regierungen beigemessene Bedeutung unterstreichen[189]. Der spätere Repräsentant der Palästinensischen Befreiungsorganisation innerhalb der Delegation der Liga der arabischen Staaten für den Euro-Arabischen Dialog, Ahmad Sidqi al Dajani, beschreibt den Annäherungs- und Konsultationsprozess zwischen der Liga/PLO und der EG[190]. Sowohl die Novembererklärung als auch der EAD erreichten das unmittelbar gewollte Ziel. Die israel-

[183] Vgl. Buettner, Even-Handedness, S. 143–146; Weingardt, Nahostpolitik, S. 274f.; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 71–75, 104–131; Fink, Ostpolitik, S. 202–205.
[184] Vgl. Buettner, Even-Handedness, S. 147; Khader, Conflict, S. 167f.; Miller, PLO Factor, S. 132f.; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 114f.; Perthes, Beziehungen, S. 102.
[185] Vgl. Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 33; Khader, Conflict, S. 167.
[186] Vgl. Weingardt, Nahostpolitik, S. 107; Buettner, Even-Handedness, S. 146f.; Miller, PLO Factor, S. 132f.; Jaeger, Quadratur, S. 59f.; Khader, Conflict, S. 169f. Zu den Absichten der bundesdeutschen EAD-Politik vgl. ebs. Well, Nahost-Politik, S. 121.
[187] So Buettner, Even-Handedness, S. 146f. Vgl. ebs. Dajani, Euro-Arab Dialogue, S. 93f.
[188] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Bericht der Botschaft Kairo an das AA, 06. 06. 1975.
[189] Vgl. Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 35; Fink, Ostpolitik, S. 203f.
[190] Vgl. Dajani, Euro-Arab Dialogue, S. 81–96. Vgl. auch Miller, PLO Factor, S. 133; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 114–122.

kritische Haltung und gleichzeitige politische Verwendung für die Rechte der Palästinenser konnten die westeuropäische Reputation bei den arabischen Staaten verbessern, auch ohne dass die Palästinensische Befreiungsorganisation direkt involviert wurde[191].

Die Nahostinitiativen der Europäischen Gemeinschaft widersprachen den politischen Vorstellungen in Washington[192]. Kissinger, seit Ende September 1973 US-Außenminister, und die Europäische Gemeinschaft stritten vor allem über die Rolle der Palästinenser[193]. Im Gegensatz zu Westeuropa wollte der amerikanische Außenminister Verhandlungsergebnisse zwischen Ägypten, Syrien, Jordanien und Israel herbeiführen, wobei die Palästinenser nur als „Flüchtlinge“ galten und Kissinger die PLO nicht beachtete[194]. Gerade deshalb waren die im August 1973 eröffneten Gespräche mit Arafat wichtig. Auf diese Weise konnte Washington eine Beruhigung des allgemeinen Umfeldes der Verhandlungen erreichen, indem der PLO signalisiert wurde, auch ihre Stimme werde gehört. Das erste Treffen zwischen dem Vizedirektor des amerikanischen Auslandsnachrichtendienstes und der Palästinensischen Befreiungsorganisation fand noch im November 1973 statt. Ein zweiter Kontakt folgte im März 1974[195]. Beide Male erreichte Kissinger sein Ziel: „to gain time and to prevent radical assaults in the early peace process“[196]. Mit „peace process“ waren die Sondierungen gemeint, die bis September 1975 zum ersten und zweiten Sinai-Abkommen sowie zur Golan-Vereinbarung führten[197]. Dass sich Ägypten auf amerikanische Vermittlung stützte, um Anfang 1974 eine erste vorläufige Regelung mit der israelischen Armee zu treffen, konnte seit dem Machtverlust Moskaus am Nil im Sommer 1972 nicht überraschen[198]. Dass aber auch Damaskus Kissinger nutzte, um nach dem Ende des Jom-Kippur-Krieges einen Waffenstillstand rund um den Golan zu erreichen, war für Washington ein wichtiger Erfolg und für Moskau ein politischer Rückschlag[199]. Breschnew gelang es nicht, durch die umfassende mili-

[191] Vgl. Buettner, Even-Handedness, S. 147 f.; Weingardt, Nahostpolitik, S. 208–211; Fink, Ostpolitik, S. 202–205; Kissinger, Years of Upheaval, S. 879.
[192] Vgl. ebd., S. 701–719; Allen/Hauri, Dialogue, S. 93, 96.
[193] Vgl. Kissinger, Years of Upheaval, S. 701–719, 899 f., 1138 f.; Greilsammer/Weiler, European Political Cooperation, S. 131–140; Well, Nahost-Politik, S. 121.
[194] Vgl. Kissinger, Years of Upheaval, S. 624–629, 750–853, 935–973, 1032–1110; ders., Years of Renewal, S. 368–384.
[195] Vgl. ebd., S. 355–384; ders., Years of Upheaval, S. 628 f., 1036; Hart, Arafat, S. 398–401.
[196] So Kissinger, Years of Upheaval, S. 629.
[197] Vgl. ebd., S. 629–666, 750–853, 935–973, 1032–1110; ders., Years of Renewal, S. 348–384, 422–459; Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 26–43; Quandt, Peace Process, S. 183–200, 229–242; Stein, Diplomacy, S. 97–186; Smith, Conflict, S. 324 f.; Sheehan, Step by Step, S. 4 f., 32–67.
[198] Vgl. Kissinger, Years of Upheaval, S. 632–648, 750–853; Quandt, Peace Process, S. 183–200; Gainsborough, Conflict, S. 209; Tessler, Conflict, S. 479 f.
[199] Vgl. Golan, Syria and the Soviet Union, S. 780–785; Kissinger, Years of Upheaval, S. 935–973, 1032–1110; Quandt, Peace Process, S. 202–215; Stein, Diplomacy, S. 97–186; Rabil, Terror, S. 49–60.

tärische Unterstützung, die die Sowjetunion während des Novemberkrieges bereitgestellt hatte, Syrien in seine Abhängigkeit zu bringen[200].

Kissingers Vermittlung erreichte bis Mitte 1974 nur Erfolge, weil weder der ägyptische noch der syrische Präsident daran glaubten, dass es ohne die Vereinigten Staaten möglich sei, Israel zu den notwendigen Kompromissen zu drängen. Der amerikanische Außenminister wollte mit separaten Abkommen zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten zu einer Lösung des Nahostkonfliktes gelangen[201]. Die Sowjetunion musste diesem Engagement entgegentreten und gleichzeitig auf eine umfassende Regelung im sogenannten Genfer Format hinwirken, das heißt einer Konferenz unter amerikanisch-sowjetischem Vorsitz und der Teilnahme Israels sowie der arabischen Staaten[202]. Amerikaner und Israelis lehnten eine Beteiligung der PLO an einer Genfer Konferenz ab und auch die Sowjetunion stimmte lediglich zu, dass das palästinensische Problem während eines solchen Gipfels in den Kategorien der Resolution 242 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 22. November 1967 beziehungsweise der Resolution 338 vom 22. Oktober 1973 behandelt würde. Damit war ausgeschlossen, dass die Palästinenser eine eigene politische Rolle spielen konnten. Denn Resolution 242 sah die Klärung der palästinensischen Flüchtlingsfrage vor; Resolution 338 bekräftigte diese Absicht und mahnte deren zügige Umsetzung an[203]. Beide VN-Dokumente sahen weder eine eigene politische Repräsentanz noch eine nationale Identität der Palästinenser vor. Die PLO bestand allerdings auf souveränen palästinensischen Rechten und Arafat wollte nicht von einer anderen arabischen Delegation in Genf vertreten werden. Er forderte von Moskau stattdessen eine neue Initiative im Sicherheitsrat zugunsten nationaler Rechte der Palästinenser[204].

[200] Vgl. Golan, Syria and the Soviet Union, S. 800; Israelyan, Inside the Kremlin, S. 56–61. 1973 stieg der sowjetische Rüstungsexport nach Syrien erstmals im Vergleich zu den Vorjahren signifikant an u. belief sich mutmaßlich auf einen Gegenwert von mehreren Mrd. US-Dollar, vgl. IISS, Military Balance 1971–72, S. 70; dass., Military Balance 1972–1973, S. 77.

[201] Vgl. Kissinger, Years of Renewal, S. 348–384; ders., Years of Upheaval, S. 629–666, 750–853, 935–973, 1032–1110; Quandt, Peace Process, S. 183–242.

[202] Vgl. Kissinger, Years of Upheaval, S. 747–759; Kurz, Fatah, S. 79; Golan, Soviet Union and the PLO, S. 10–15.

[203] Vgl. UN S/RES/242 (1967), Resolution, 22. 11. 1967; UN S/RES/338 (1973), Resolution, 22. 10. 1973.

[204] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 319f., 333; Tessler, Conflict, S. 433, 480; Stein, Diplomacy, S. 54–56; Kissinger, Years of Upheaval, S. 747–759; Golan, Soviet Union and the PLO, S. 10–15; dies., Uneasy Alliance, S. 72; Sayigh, Palestinians, S. 132f.; Halliday, Middle East, S. 25. Abbas, Channels, S. 19f., schreibt: „On every visit by an official Palestinian delegation to Moscow, Andrei Gromyko [langjähriger sowjetischer Außenminister] would say to its members: ‚You have no solution, if you do not accept Resolution 242 and 338. You are holding a card in your hand that is like a valuable cheque, but you have to play it at the right time. If you leave it too late it will lose its value. Please let us handle this cheque for you and we will talk it through with the Americans, Europeans and Israelis, and maybe we can find a solution for you‘. The answer was always: ‚We cannot accept the resolution‘. […] Certain Palestinian factions used to boast of the relationship with the Soviets, who they regarded as the symbols of progress and socialism, the supporters of oppressed peoples and the backbone of international liberation move-

Arafat in Ost-Berlin: Die Forderungen der SED im Sommer 1974

Arafats erster Aufenthalt in der DDR fast exakt ein Jahr nach Unterzeichnung der Vereinbarung mit der SED 1973 muss auf ihn politisch außerordentlich ernüchternd gewirkt haben. Anders als es das Ost-Berliner Politbüro noch zwei Tage vor seiner Ankunft empfohlen hatte, fand Erich Honecker urlaubsbedingt keine Zeit für ein Gespräch[205]. Man kann diese Abwesenheit Honeckers als bewusste Entscheidung deuten, denn die Parteispitze hatte sich vor Ankunft der PLO-Delegation laut dem Protokoll der Sitzung auf Folgendes verständigt: „In Übereinstimmung mit dem Verlauf des Besuches der Delegation der PLO in der UdSSR ist zu prüfen, ob während des Aufenthaltes in der DDR die Delegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation vom amtierenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR empfangen werden sollte.“[206] Da weder Erich Honecker noch der Außenminister mit Arafat sprachen, ist zu schlussfolgern, dass Ost-Berlin keinen Hinweis erhielt, dass der Verlauf des vorangegangenen Termins in Moskau eine solche Aufwartung rechtfertigte.

Gerhard Grüneberg, Arafats offizieller Gesprächspartner im August 1974, verlangte von der PLO im Namen der SED die Anerkennung der VN-Resolution 242. Mit Blick auf die Problematik einer Teilnahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation an einer Genfer Konferenz erklärte er zudem, dass die PLO sich dazu selbst einladen müsse, da dieser Schritt „von den USA, Israel und Jordanien sicherlich nicht“ erfolgen werde[207]. Jedoch müsse, so Grüneberg weiter, die Frage des palästinensischen Staates im Mittelpunkt der Gespräche in Genf stehen[208]. Da dieser Aspekt in der bisherigen Resolution 242 nicht festgehalten wäre, die Dokumente der Vereinten Nationen jedoch die Grundlage von Verhandlungen im Genfer Format seien, „wäre es vielleicht gut“, so Grüneberg, wenn sich die PLO darum bemühen würde, arabische Staaten zu finden, die einen Antrag für eine neue Resolution der Generalversammlung stellen könnten, die dann 1975 beschlussfähig wäre[209]. Das gesamte Konstrukt, das man Arafat hier präsentierte, war in sich widersprüchlich und zeugte von einem hohen Maß an Unkenntnis der nahostpolitischen Realität. Grüneberg blendete auch das Dilemma der PLO-Politik aus.

Jassir Arafat konnte aus zwei Gründen auf Resolution 242 nicht eingehen. Zum ersten hätte er andernfalls die Legitimität der PLO ad absurdum geführt, denn dieses VN-Dokument verneinte die politische Selbstständigkeit der Palästinenser

ments. Many, if not most, of these factions adopted Marxism in order to identify with the Soviets and they used to invent a kind of alliance with them about which they boasted on every occasion. The Soviets were the last to know of such a relationship because the only point of contact between us was the issue of the Middle East, and even on this subject there was no common ground because they approached the problem through Resolution 242 which we had rejected.“

205 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV/2/3/2185, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 05. 08. 1974, Bl. 13.

206 So ebd., Bl. 15.

207 So SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Vermerk, 09. 08. 1974.

208 Vgl. ebd.

209 So ebd.

und deren Recht auf einen eigenen Staat[210]. Laut Grünebergs Aussagen war nicht nur von Israel, den Vereinigten Staaten und Jordanien nicht zu erwarten, dass sie die PLO zu einer Genfer Konferenz einluden. Auch die Sowjetunion tat dies nicht, denn Voraussetzung wäre eine Anerkennung der Resolution 242 durch Arafat gewesen. Wenn Grüneberg erklärte, Arafat solle über die Generalversammlung den Abschluss einer neuen Resolution mit einem politischen Kern anstrengen, dann unterstrich dies nur ein weiteres Mal, dass Moskau im Sicherheitsrat der VN auf keine neue Resolution dringen würde, bei der den Palästinensern eine andere Rolle zukäme als in Resolution 242. Die neue Sicherheitsratsresolution mit einer entsprechenden palästinensischen Aufwertung war wiederum die von der PLO gestellte Bedingung ihrer Teilnahmebereitschaft an Verhandlungen. Gerhard Grüneberg ließ Jassir Arafat also wissen, dass Moskau keine Veranlassung sah, der PLO entgegenzukommen und neue Rahmenbedingungen für Genf zu schaffen. Gefordert wurde von Arafat vielmehr etwas, das für ihn nur inakzeptabel sein konnte. Grünebergs Hinweis auf die mögliche Resolution der Generalversammlung stellte zudem nur eine Scheinlösung dar, denn allein ein Beschluss des Sicherheitsrates bot die Gewähr dafür, bindende, allseitig akzeptierte und damit substanzielle Ergebnisse zu erreichen.

Das Problem bestand aber nicht nur in einer Vernachlässigung der Palästinenser als politischem Akteur in Resolution 242 und der fehlenden Bereitschaft Moskaus, die von Arafat verlangte neue Resolution im Sicherheitsrat einzubringen. Denn unbeantwortet war darüber hinaus die Frage einer Anerkennung Israels seitens der Palästinensischen Befreiungsorganisation, das heißt einer Akzeptierung des Teilungsbeschlusses Palästinas von 1947. Die PLO konnte an keiner Genfer Konferenz teilnehmen, nicht nur weil eine Resolution fehlte, in der von einem palästinensischen Volk gesprochen wurde, sondern auch weil Arafat zur damaligen Zeit nicht in der Lage war, die Anerkennung des jüdischen Staates – die Grundlage jeder Verhandlungslösung sein musste – innerpalästinensisch durchzusetzen. Zudem herrschte auch innerarabisch weiterhin kein Konsens darüber, dass ein souveräner palästinensischer Staat unter Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu bilden war[211].

Nach dem Jom-Kippur-Krieg ergab sich daher für Arafat eine schwierige politische Konstellation. Die bloße Idee, eine Lösung anzustreben, die nicht von der Vernichtung Israels ausging, führte noch im September 1974 zur Blockade des Exekutivkomitees, indem die PFLP das Gremium verließ[212]. Bereits der Delegationsreise der PLO nach Moskau und Ost-Berlin im August 1974 war die PFLP aus Protest am Führungsstil Arafats ferngeblieben[213]. Grüneberg stellte gegenüber Arafat hinsichtlich der Haltung der PFLP fest: „Die Gefahr der Spaltung besteht stärker innerhalb dieser 3 Gruppen [Fatah, DFLP und PFLP], als zwischen diesen

[210] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 333; Tessler, Conflict, S. 433; Golan, Soviet Union and the PLO, S. 10–15.

[211] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 333–356.

[212] Vgl. Statement by the PFLP, 26. 09. 1974, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 312–317; Sayigh, Struggle, S. 333–339; Kurz, Fatah, S. 79–81.

[213] Vgl. George Habash, Interview, 03. 08. 1974, in: Laqueur/Rubin, Israel-Arab Reader, S. 166 f.; Kurz, Fatah, S. 81.

3 Gruppen und dem Rest der PLO. Sie würden das Schicksal aller Spalter erleben, die von der PLO ausgeschlossen wurden und heute längst vergessen sind. Das beste Beispiel dafür ist Shukairy [Ahmad Shuqairi]."[214] Der DDR-Botschafter in Beirut kam fast zeitgleich zu einer anderen Auffassung. Er schrieb dem MfAA am 14. August 1974: „Vieles spricht dafür, dass Habache seine Drohung [der Gründung einer zweiten palästinensischen Befreiungsorganisation] verwirklicht, spätestens, wenn die PLO ihre Teilnahme an der Genfer Konferenz erklärt. […] In den Lagern im Süden Libanons sowie in der palästinensischen Jugend sind die politischen Losungen von Habache stärker verbreitet und vertreten als die PLO es einschätzt."[215]

Ein Jahr nach dem Abschluss der Vereinbarung zwischen der SED und der Palästinensischen Befreiungsorganisation stand Letztere vor großen Herausforderungen. Die Führung der DDR verharmloste augenscheinlich die inneren Dynamiken der PLO und unterbreitete Arafat keine praktikablen Lösungsvorschläge. Dabei war die Phase zwischen Sommer und Herbst 1974 ein wichtiger Abschnitt in der Entwicklung der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Arafat hatte spätestens im August 1974 erkannt, dass die Vereinigten Staaten Fakten ohne ihn schafften, die Sowjetunion weiterhin offiziell nicht Partei zugunsten der nationalen Rechte der Palästinenser ergriff und die arabischen Staaten nach dem vorangegangenen Konflikt mit Israel Friedensvereinbarungen auf Kosten seiner Organisationen schlossen. Er selbst war innerpalästinensisch mit der PFLP und PFLP-GC konfrontiert, die im Falle von politischen Kompromissen eine „Rettungsfront" proklamieren wollten, um sich zu legitimen Vertretern des palästinensischen Volkes zu erklären[216].

2. Der innerarabische Durchbruch der Palästinensischen Befreiungsorganisation und ihre Anerkennung durch die Vereinten Nationen

In dieser widersprüchlichen Situation erreichte Jassir Arafat, dass die Palästinensische Befreiungsorganisation innerarabisch als alleinige und rechtmäßige Vertreterin der Palästinenser anerkannt wurde. Die Liga der arabischen Staaten wertete sie Ende Oktober 1974 offiziell zur „sole legitimate representative of the Palestinian people" auf[217]. Jordanien stimmte dem Beschluss der Liga zu, obwohl Amman die PLO nur als legitime, nicht hingegen als allein legitime Vertreterin der Palästinenser anerkannte. Nichtsdestotrotz markiert diese Entscheidung König Hussains „a watershed decision in the struggle between the Jordanian entity and

[214] So SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Vermerk, 09. 08. 1974.
[215] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.669, Bericht der Botschaft Beirut an das MfAA, 14. 08. 1974, Bl. 47.
[216] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 333–356; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 94–98.
[217] Vgl. Shemesh, Entity, S. 307–316; Rubin, Revolution, S. 47; Sayigh, Struggle, S. 344; Tessler, Conflict, S. 484f.; Arab League Summit Conference Communique, 29. 10. 1974, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 464f.

the Palestinian entity. […] little left to Jordanian stand on determining the future of West Bank."[218] Dass die Palästinensische Befreiungsorganisation ihren Anspruch auf das Westjordanland durchsetzen konnte, ließ Kissingers Pläne scheitern, zu einem israelisch-jordanischen Vertrag zu gelangen, und machte die „jordanische Option" – die Übernahme des Westjordanlandes durch Hussain unter Ausschluss der PLO – zunichte[219]. Erstmals überhaupt hatten die Mitglieder der arabischen Staatengemeinschaft formal der Palästinensischen Befreiungsorganisation die alleinige Legitimität im Hinblick auf den Kampf des palästinensischen Volkes um seinen Staat zugesprochen: „Fifteen years after Egypt's 1959 initiative and ten years after the establishment of the PLO, the new Palestinian national movement scored its most impressive achievement in the Arab world and subsequently in the international arena."[220]

Jassir Arafat überzeugte die Moskauer Führung im August 1974 davon, dass nicht Genf das Ziel war, sondern der Kreml endlich die PLO anerkennen müsse, denn die KPdSU vollzog kurz darauf eine Wende ihrer bisherigen Politik: Im September 1974 betonte sie, die Palästinenser besäßen „nationale Rechte" sowie ein Recht, eine „eigene Staatlichkeit" aufzubauen[221]. „Moscow crossed the political Rubicon: it fully committed itself to a Palestinian state and the right of the PLO to be the legitimate representative."[222] Die Sowjetunion setzte ihre ganze Autorität ein, um auch die PFLP und die DFLP auf die neue Linie festzulegen, die vorsah, dass dieser palästinensische Staat im Gazastreifen und dem Westjordanland zu errichten war. Er sollte damit neben Israel existieren[223]. Der Kreml entschied sich für diese Lösung, denn Moskau besaß nach dem Sommer 1974 ein Interesse daran, den amerikanischen Fortschritten bei der Lösung des Nahostkonfliktes mit einer Aufwertung der Palästinenser zu begegnen – ohne die gesamte Thematik der Resolution 242 und der Genfer Konferenz strapazieren zu müssen. Arafat wiederum wusste, dass die syrischen und ägyptischen Abkommen mit den USA den Weg für eine Anerkennung der PLO durch die Liga der arabischen Staaten öffneten. Denn gerade Damaskus wollte nach Abschluss der Golan-Vereinbarung weitere, separate amerikanische Sondervermittlungen in Jordanien mithilfe der PLO verhindern und unterstützte Arafat deshalb politisch[224].

Noch bevor die Liga der arabischen Staaten am 28. Oktober 1974 die PLO zur „sole legitimate representative of the Palestinian people" erklärte, beantragte Syrien mit Resolutionsentwurf A/L.736 am 14. Oktober 1974 die Teilnahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation an den Sitzungen der bevorstehenden

[218] So Shemesh, Entity, S. 306–316. Vgl. auch Hart, Arafat, S. 405.
[219] Vgl. Kissinger, Years of Renewal, S. 382–384; ders., Years of Upheaval, S. 624–629, 655f., 786f., 847f., 976–978; Kapeliouk, Arafat, S. 150f.; Smith, Conflict, S. 328; Shemesh, Entity, S. 306–309; Sheehan, Step by Step, S. 44–49; Hart, Arafat, S. 405.
[220] So Shemesh, Entity, S. 316. Vgl. auch Tessler, Conflict, S. 483–485.
[221] Vgl. Golan, Soviet Union and the PLO, S. 3f.; dies., Uneasy Alliance, S. 55; Dannreuther, Soviet Union, S. 59; Kurz, Fatah, S. 81f.
[222] So Dannreuther, Soviet Union, S. 48.
[223] Vgl. Golan, Uneasy Alliance, S. 53; Sayigh, Struggle, S. 344f.
[224] Vgl. ebd.; Golan, Moscow and the PLO, S. 121; Hinnebusch, Revisionist Dreams, S. 395; Shemesh, Entity, S. 306f.

Generalversammlung[225]. Diese Vorlage wurde mit 105 Stimmen, bei vier Ablehnungen und 20 Enthaltungen angenommen[226]. Sie bildete als Resolution 3210 die Grundlage für die spätere Einladung Arafats, vor der Generalversammlung zu sprechen, und für den der PLO gewährten Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen[227]. Unter anderem stimmten Frankreich, Irland und Italien als EG-Mitglieder sowie Finnland, Norwegen und Schweden für den syrischen Resolutionsentwurf[228].

Die DDR war über die bevorstehende Aufnahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation als Beobachterin in die Vereinten Nationen nicht informiert. Arafat erwähnte im August 1974 gegenüber Gerhard Grüneberg auch nicht, welche Entscheidungen im Kreml getroffen worden waren. Moskau sah ebenfalls davon ab, die SED zu unterrichten. Offenbar erweckte die KPdSU sogar den Eindruck, der Verlauf des Treffens mit Arafat sei nicht zufriedenstellend gewesen, woraufhin weder Honecker noch Außenminister Winzer Jassir Arafat empfingen, obwohl die Regierung in Moskau mit ihm kurz zuvor erstmals offiziell gesprochen hatte und sie nun einen palästinensischen Staat forderte – anders als die DDR[229].

Bonn und die palästinensische Selbstbestimmung

Mit der Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation durch die Vereinten Nationen begann für Arafat die internationale politische Arbeit, die nicht im Osten stattfand, sondern im Westen. Roland Dannreuther irrt in seinem Urteil: „Unlike Egypt and Syria the PLO was not in a position to flirt with the US and was far more dependent on Soviet patronage. The SU enjoyed exclusive relations with the PLO, which mirrored the US-relations with Israel."[230] Es bestanden keine exklusiven Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der PLO, sondern auch die Vereinigten Staaten besaßen Kontakte zu Arafat. Viel wichtiger als die Dichotomie zwischen Washington und Moskau war allerdings die Rolle der Europäischen Gemeinschaft. Die Debatte in der Generalversammlung 1974 offenbarte die Chancen der mit der Deklaration vom November 1973 festgeschriebenen westeuropäischen Politik, die Arafat gegenüber Moskau und Washington nutzen konnte. Dabei spielten zwei Länder eine besondere Rolle: Frankreich als Vetomacht des Sicherheitsrates und die Bundesrepublik Deutschland, die aufgrund

[225] Vgl. UN A/RES/XXIX/3210, Resolution, 14. 10. 1974.
[226] Vgl. UN A/29/PV.2268, Procès-Verbal, 14. 10. 1974, para. 75.
[227] Vgl. UN A/RES/XXIX/3210, Resolution, 14. 10. 1974; UN A/RES/XXIX/3237, Resolution, 22. 11. 1974. Vgl. auch Gowers/Walker, Myth, S. 126; Miller, PLO Factor, S. 132; Mißling, Status Palästinas, S. 148f.; Wilson, Use of Force, S. 119f. Zu der mit Gaststatus erfolgten Teilnahme von PLO-Vertretern an Sitzungen des SPC seit 1965 vgl. Sybesma-Knol, Observers, S. 274–277.
[228] Vgl. UN A/29/PV.2268, Procès-Verbal, 14. 10. 1974, para. 75; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 35; Miller, PLO Factor, S. 132.
[229] Vgl. Golan, Uneasy Alliance, S. 14.
[230] So Dannreuther, Soviet Union, S. 66. Zur Arbeit der PLO als Beobachterin bei den VN in den ersten Jahren nach 1974 vgl. Sybesma-Knol, Observers, S. 277–294.

ihrer historischen Verantwortung gegenüber Israel in der Gestaltung der Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Nahen Osten eine zentrale Rolle einnahm.

Der Ständige Vertreter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen, Rüdiger von Wechmar, erklärte im Oktober 1974 zur syrischen Vorlage A/L.736: „The delegation of the Federal Republic of Germany recognizes that the Palestinian question is of crucial importance to an over-all solution of the Middle East problem. […] We therefore consider it useful and important to hear the points of view of the PLO regarding this matter. However, we abstained from voting in favour of draft resolution A/L.736 and Add. 1 and 2 for two principal reasons: first, because that draft resolution did not conform to a long-established United Nations practice concerning the participation of non-governmental delegations in the debates of the General Assembly; and, secondly, because we did not consider ourselves competent to judge to what degree the PLO represents the people of Palestine. I should like to add that under no circumstances will our vote prejudice our position concerning the debate on the question of substance, which will open in a few weeks."[231]

Hervorzuheben, es sei „useful and important to hear the points of view of the PLO", entsprach der bis dahin weitreichendsten politischen Anerkennung der PLO vonseiten der Bundesrepublik[232]. Auch waren die beiden vorgebrachten Argumente für eine Stimmenthaltung in keiner Form wertende, sondern rein formale Überlegungen. Bonn hatte zwar gegen eine Einladung Arafats nach New York votiert, aber von Wechmar begründete diesen Entschluss weder mit den Zielen der PLO-Charta noch den von palästinensischen Gruppen verübten Terroranschlägen. Ein Verweis auf Israel oder eine Betonung der Rechte aller Staaten in der Region fehlte in seiner Stellungnahme ebenso. Besonders das zweite Argument für eine Enthaltung der Stimme verlor nach dem 28. Oktober 1974 an Gewicht, denn mit der Bestätigung der Liga der arabischen Staaten hatte die PLO entscheidend an Legitimität gewonnen[233]. Im Unterschied zur DDR und zur Sowjetunion brachte die Bundesrepublik im Oktober zwar noch nicht zum Ausdruck, dass die Palästinenser ein Selbstbestimmungsrecht besaßen – ein Begriff, der in der Folge zentrale Bedeutung erlangte –, aber implizit erkannte Bonn an, dass es ein palästinensisches Volk gab[234]. Für die Bundesregierung stand gemäß den Ausführungen von Wechmars zu Entwurf A/L.736 nicht die Existenz eines palästinensischen Volkes, sondern lediglich dessen Repräsentation durch die PLO infrage. Im Vergleich zum Inhalt der EG-Deklaration von 1973 hatte sie ihre Terminologie damit nur um eine Nuance geändert, diese beinhaltete aber eine wichtige Konsequenz. Anders als die Formel „legitime Rechte" von „Palästinensern", führte der Ausdruck „palästinensisches Volk" zwangsläufig zum Begriff der „Selbstbestimmung", der auch das Recht auf einen eigenen Staat umfasste[235].

[231] So UN A/29/PV.2268, Procès-Verbal, 14. 10. 1974, paras. 128–130.
[232] Vgl. Jaeger, Quadratur, S. 62–67, vernachlässigt diese Stellungnahme zugunsten der PLO.
[233] Vgl. Wilson, Use of Force, S. 145.
[234] Zu den Stellungnahmen der DDR bzw. der SU vgl. UN A/29/PV.2268, Procès-Verbal, 14. 10. 1974, paras. 1–20.
[235] Vgl. Klein, Selbstbestimmungsrecht, S. 43; Ipsen, Völkerrecht, S. 316–377; Müller, 2+4-Vertrag, S. 93–117; Delbrück, Selbstbestimmungsrecht, S. 6–8; Cot/Pellet, Charte, S. 40.

Ende Oktober 1974 wandte sich der israelische Außenminister Jigal Allon per Telegramm an seinen westdeutschen Amtskollegen, um angesichts der bevorstehenden Debatte der Generalversammlung die israelische Meinung über die palästinensische Problematik und die PLO darzulegen[236]. Hans-Dietrich Genscher antwortete am 11. November 1974: „Die Bundesrepublik vertritt mit ihren europäischen Partnern die Haltung, dass bei der Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens die legitimen Rechte der Palästinenser berücksichtigt werden müssen. […] In der […] Frage einer Anerkennung der PLO als Vertreterin der Palästinenser wird die Bundesregierung stets darauf bedacht sein, dass sich alle ihre Rechtshandlungen in Übereinstimmung mit den Regeln des internationalen Rechts befinden. Darüber hinaus wird sie ihre Entscheidungen daran ausrichten, ob sie einem Frieden dienlich sind."[237] Genscher vermied einerseits den Ausdruck „palästinensisches Volk" und sprach stattdessen von den 1973 durch die EG anerkannten „legitimen Rechten der Palästinenser", verklausulierte andererseits aber die westdeutsche Haltung zur PLO sehr diplomatisch. In jedem Fall nutzte er eine Woche vor der zweiten Stellungnahme der Bundesrepublik in der Generalversammlung der Vereinten Nationen nicht die Gelegenheit, Israel darüber zu informieren, dass die Bundesregierung von nun an sehr wohl ein „Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes" und die dazugehörige territoriale „unabhängige Autorität" anerkannte.

Am 19. November 1974 betonte der Ständige Vertreter Bonns bei den Vereinten Nationen: „Today, we are all aware of the essential role the fate of the Palestinian people plays in a solution of the conflict. For too long this problem has been looked upon merely as a humanitarian question of providing relief for refugees. On the basis of this awareness we can now express the hope that a settlement will be reached which is acceptable to all. In our opinion, it will hardly be helpful to indulge any longer in historic arguments concerning the development in the Middle East. The inexpediency of this kind of argumentation becomes apparent if one realizes that it can go on indefinitely and lead to the most varied conclusions depending on how far one goes back into history. We support the Palestinian people's right to self-determination. For us Germans, with our own bitter experience, this is indeed only natural. […] As a consequence of the right to self-determination, we recognize the right of the Palestinian people to decide itself whether to establish an independent authority on the territory vacated by Israel […] or whether to choose another solution."[238]

Der Ständige Vertreter der Bundesrepublik bei den VN gab in diesem Sinne 1974 den Inhalt der im November des Vorjahres verabschiedeten EG-Deklaration unzutreffend wieder, als er feststellte, die EG habe darin Rechte des palästinensischen Volkes anerkannt. Denn es wurde nur allgemein von legitimen Rechten gesprochen, ohne diese zu konkretisieren o. die Palästinenser als Volk zu qualifizieren, vgl. Statement by The European Community Foreign Ministers, 06. 11. 1973, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 14.

236 Vgl. ISA/RG 93/MFA/2733/7, Telegramm des israelischen Außenministers an den stellv. Ministerpräsidenten u. stellv. Außenminister, 29. 10. 1974 (hebräischsprachiges Original).

237 So ISA/RG 93/MFA/2733/7, Schreiben des Bundesaußenministers an den israelischen Außenminister, 11. 11. 1974.

238 So UN A/29/PV.2291, Procès-Verbal, 19. 11. 1974, paras. 4–12.

Die Bundesregierung bekannte sich damit zum Recht eines palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung in einem unabhängigen Territorium, das 1967 von Israel erobert worden war und das es nun zu räumen galt – auch dann, wenn die Palästinenser sich qua ihres Selbstbestimmungsrechtes für eine „andere Lösung" als die einer „unabhängigen Autorität" in diesen Gebieten aussprachen. Eine solche „andere Lösung" konnte alles umfassen, von der Proklamation eines souveränen National- bis hin zum jordanisch-palästinensischen Bundesstaat. Rund ein Jahr nach Aufnahme der Bundesrepublik in die Vereinten Nationen wählte also die Regierung Schmidt/Genscher dieses Forum, um eine Grundsatzerklärung zur Nahostpolitik abzugeben[239]. Auch wenn Bonn gegen den Antrag votierte, der PLO Beobachterstatus zu gewähren, und sich bei Resolution 3236 der Stimme enthielt, in der unter anderem das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, aber auch die Rechtmäßigkeit zur Anwendung *aller* Mittel, um dieses Recht durchzusetzen, betont wurde, war der in der Generalversammlungsdebatte 1974 umrissene neue Standpunkt zum palästinensischen Volk eine Zäsur[240].

In Israel stieß dieser Politikwechsel auf entschiedene Ablehnung. Besonders groß war das Unverständnis jedoch, weil die Bundesregierung mit der deutschen Geschichte argumentierte und die „bittere Erfahrung" der Deutschen mit der Selbstbestimmung anführte. Das israelische Außenministerium wies den Botschafter in Bonn an, der Bundesregierung darzulegen, man bewerte das Auftreten des westdeutschen Ständigen Vertreters vor der Vollversammlung als „kontraproduktiv"[241]. Außerdem gelte es Folgendes deutlich zu machen: „Die Rede hat die Grundbedingungen, ohne die dieser Konflikt nicht zu verstehen ist, außer Acht gelassen. […] Es ist unverständlich, dass die Erwähnung einer ‚historischen Lehre' aus dem Munde eines deutschen Botschafters kommen kann. Die historische Lehre ist, dass wenn Israel sich nicht selbst verteidigt, niemand an seiner statt aufstehen wird, um dies zu tun. Wir sind erstaunt, dass es nicht für wichtig befunden wurde, mit einem Wort die terroristischen Angriffe auf Israel zu verurteilen."[242]

Ließen bereits die Worte Rüdiger von Wechmars im Herbst 1974 vor der Generalversammlung der VN erkennen, dass die Bundesregierung gegenüber der PLO und der palästinensischen Frage keine prinzipiell ablehnende Meinung vertrat, musste für Arafat auch nach den Stellungnahmen Frankreichs zur Nahostpolitik klar werden, dass die Europäische Gemeinschaft die palästinensische Selbstbestimmung unterstützte – so wie Arafat dies in seiner Rede vor den Vereinten Nationen 1974 gefordert hatte. Die EG suchte einen engeren Kontakt mit der PLO, ohne dass die Bundesrepublik dem im Weg stand[243]. Valéry Giscard d'Estaing

[239] Vgl. Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 68 f., 76, 122 f. Weingardt, Nahostpolitik, S. 201 f., verweist zutreffend auf die bereits in der Regierungserklärung Brandts 1969 entsprechend den Beschlüssen der VN veränderte deutsche Sprachregelung zugunsten einer ausgewogenen Nahostposition.

[240] Vgl. Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 76. Zur VN-Resolution 3236 vgl. UN A/RES/XXIX/3236, Resolution, 22. 11. 1974.

[241] Vgl. ISA/RG 130/MFA/6817/12, Schreiben des Außenministeriums an die Botschaft Bonn, 21. 11. 1974 (hebräischsprachiges Original).

[242] So ebd.

[243] Vgl. Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 76. Zur Rede Arafats vor den VN vgl. Speech by Yasser Arafat to the UN GA, 13. 11. 1974, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 317–333.

habe, so Jean François-Poncet, der unter Giscard d'Estaing zunächst das Amt des Staatssekretärs im französischen Außenministerium, später das des Direktors des Élysée-Palastes sowie anschließend das des Außenministers bekleidete, bereits kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten im Mai 1974 entschieden, dass Paris Beziehungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation herstellen müsse. Dieser Maßgabe sei man sowohl mit dem Gespräch zwischen Jassir Arafat und Außenminister Jean Sauvagnargues, das Ende Oktober 1974 als erstes seiner Art zwischen dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO und einem westlichen Spitzenpolitiker in Beirut stattfand (bei dem sich Sauvagnargues uneingeschränkt zum palästinensischen Recht auf Selbstbestimmung bekannte), als auch mit der Eröffnung einer palästinensischen Vertretung in der französischen Hauptstadt Ende 1974 gefolgt[244].

Vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen hob Frankreichs Botschafter im November 1974 diese neue französische Haltung hervor, verwies auf das Treffen Arafat-Sauvagnargues und unterstrich: „The most authoritative voices in my country have been among the first to recognize the Palestinian reality. On 24 October last, Mr. Giscard d'Estaing, President of France, stated: ‚The key to the problem is the understanding that there can be no durable peace in the Middle East if there is no just settlement of the Palestinian question. Once the international community has recognized the existence of a Palestinian people, what is the natural aspiration of this people? It is to have a homeland'."[245]

Mit der Feststellung, dass es den Palästinensern anheimgestellt sei, „whether to establish an independent authority on the territory vacated by Israel […] or whether to choose another solution", ging die Bundesregierung verbal über die französischen Aussagen und den gemeinsamen EG-Standpunkt hinaus[246]. Bonn machte deutlicher als Paris, dass dieses nationale palästinensische Heimatland eine staatsähnliche Form, zumindest unabhängige Autorität, mithin souveräne Verwaltungs- und Regierungsstrukturen, besitzen konnte – falls die Palästinenser dies so entschieden. Damit kam die Bundesrepublik sprachlich der sowjetischen und ostdeutschen Erklärung nahe, der zufolge dem palästinensischen Volk ein unabhängiger Staat zustand[247]. Die DDR veränderte ihre Terminologie bis zum 15. November 1974 von „restoration of its lawful national rights", so Erich

[244] Der französische Außenminister erklärte im Anschluss an seine Begegnung mit Arafat zudem, er habe einen außerordentlich positiven Eindruck gewonnen; Arafat sei gemäßigt u. ein echter Staatsmann, vgl. Maurice Delarue: Le rencontre avec M. Arafat dominera la visite de M. Sauvagnargues au Liban, in: Le Monde, 20./21. 10. 1974, S. 1; Les Israéliens s'indignent de l'entretien entre MM. Sauvagnargues et Arafat, in: Le Monde, 22. 10. 1974, S. 1; L'O.L.P. devrait renoncer à toute action terroriste déclare le ministre des affaires étrangères, in: Le Monde, 23. 10. 1974, S. 3. Vgl. auch François-Poncet, Quai d'Orsay, S. 183; Ben-Natan, Chuzpe, S. 248–250; Kapeliouk, Arafat, S. 152 f.; Rondot, France, S. 91 f.; Navon, From Kippur to Oslo, S. 24.

[245] So UN A/29/PV.2292, Procès-Verbal, 22. 11. 1974, paras. 84 f. Vgl. auch ebd., paras. 83–98; Sebbane, Mendès France, S. 166.

[246] Zum Zitat vgl. UN A/29/PV.2291, Procès-Verbal, 19. 11. 1974, para. 10.

[247] Frankreich bekräftigte dies erstmals 1980, vgl. Rondot, France, S. 91–94. Zur sowjetischen Aussage bzw. der DDR-Formulierung vgl. UN A/29/PV.2268, Procès-Verbal, 14. 10. 1974, para. 11; UN A/29/PV.2287, Procès-Verbal, 15. 11. 1974, para. 164.

Honecker Ende Oktober, in: „Nobody can dispute the lawful right of the Palestinian Arabs to statehood."[248] Die Bundesrepublik konkretisierte 1974 – wie zuvor schon Frankreich – den politischen Gehalt der EG-Erklärung vom November 1973 insofern, als Bonn mit der Forderung nach Selbstbestimmung die Art der legitimen Rechte der Palästinenser festschrieb[249].

Ost-Berlin und die palästinensische Selbstbestimmung

Auch die DDR argumentierte 1974 mit der palästinensischen Selbstbestimmung, allerdings auf besondere Weise: Das palästinensische Volk besitze nicht nur abstrakt ein Selbstbestimmungsrecht – das hatte Walter Ulbricht bereits neun Jahre zuvor erklärt –, sondern die Selbstbestimmung der Palästinenser finde ihren Ausdruck in der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Mit anderen Worten: Wenn es die PLO gab, dann musste auch ein palästinensisches Volk existieren, das rechtmäßig um seine Selbstbestimmung kämpfte und zwar mithilfe der PLO[250]. Honecker versuchte mit dieser Formel vor der Vollversammlung in New York 1974 dem Eindruck zu begegnen, zwischen ost- und westdeutschem Politikansatz im Hinblick auf das palästinensische Volk gäbe es keine elementaren Unterschiede, da beide, die DDR und die Bundesrepublik, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkannten. Indem der SED-Staat die Palästinensische Befreiungsorganisation zur rechtmäßigen Instanz der Verwirklichung der palästinensischen Selbstbestimmung erhob, sollte Bonns Politik diffamiert werden. Denn ohne die PLO anzuerkennen, konnte man in der Logik der DDR nicht glaubhaft für die palästinensische Selbstbestimmung eintreten. Somit waren die Versuche der Bundesrepublik nur scheinheilige Attitüde, da sie im Gegensatz zur DDR die PLO politisch nicht anerkannte. Folglich war aus Sicht Honeckers das bundesdeutsche Einstehen für die Palästinenser diskreditiert, hingegen die prinzipielle Haltung des SED-Regimes bekräftigt – obwohl bekanntlich nicht die DDR, sondern die SED das Abkommen mit der PLO 1973 geschlossen hatte und weder die ostdeutsche Regierung noch die Partei das Ost-Berliner Büro Arafats akkreditierte.

[248] So UN A/29/PV.2287, Procès-Verbal, 15. 11. 1974, para. 164. Vgl. auch ebd., para. 153; Hazan, Involvement by Proxy, S. 333 f.

[249] Hans-Dietrich Genschers Feststellung, es sei „Deutschland", im Sinne der Bundesrepublik, gewesen, das vor den VN 1974 als erster westlicher Staat die palästinensische Selbstbestimmung anerkannte, ist – ungeachtet der bereits dargestellten Situation im Hinblick auf Ulbrichts Erklärung im März 1965 – insofern unzutreffend, als der französische Außenminister bereits mehrere Wochen zuvor, Ende Oktober 1974, gegenüber Arafat das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser hervorgehoben hatte, vgl. L'O.L.P. devrait renoncer à toute action terroriste déclare le ministre des affaires étrangères, in: Le Monde, 23. 10. 1974, S. 3. Zur bundesdeutschen Haltung vgl. Genscher, Erinnerungen, S. 219; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 76, 95 f.; Jaeger, Quadratur, S. 56–64.

[250] Der Vertreter der DDR bei den VN erwähnte im November 1974 das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung während seiner ausführlichen Erläuterungen nur ein einziges Mal im folgenden Kontext: „By placing the question of Palestine on its agenda at this session *and by inviting the PLO to take part in the discussion of the item*, the United Nations has in fact recognized that the question of Palestine is not a problem of refugees, *but one concerning the right of that people to exercise self-determination*", so UN A/29/PV.2287, Procès-Verbal, 15. 11. 1974, para. 154 (Hervorhebungen eingefügt).

Mit der Forderung nach Selbstbestimmung gerieten die Palästinafrage und die PLO 1974 erneut in das Zentrum der deutsch-deutschen Auseinandersetzung. Aus bundesdeutscher Sicht war das Selbstbestimmungsrecht ein universelles Prinzip, das jedem Volk zustand, auch dem palästinensischen[251]. Der historische Bezug, die Betonung einer besonders bitteren deutschen Erfahrung mit der Selbstbestimmung, die die Bundesregierung vor den Vereinten Nationen hervorhob, rekurrierte auf die politische Wirklichkeit im geteilten Deutschland und der geteilten Stadt Berlin. Dem deutschen Volk war die uneingeschränkte Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes nicht möglich. Nur der in der Bundesrepublik sowie in West-Berlin lebende Teil des Staatsvolkes konnte sich in freier Selbstbestimmung eine demokratisch-rechtsstaatliche Gestalt geben. Die Voraussetzungen politisch offenzuhalten beziehungsweise herzustellen, die garantierten, dass eine Wiedervereinigung Deutschlands möglich war, wenn der ostdeutsche Teil des Staatsvolkes sich zu irgendeinem Zeitpunkt frei artikuliert und für einen gesamtdeutschen Staat votiert haben würde, erhob das Grundgesetz bekanntlich zum dauerhaften Verfassungsgebot jeder Bundesregierung[252]. Damit implizierte das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen aus Sicht Bonns zugleich, dass die Bundesregierung mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges aktiv an einer Lösung der deutschen Frage arbeitete[253].

Für die DDR war das Selbststimmungsrecht hingegen eine Norm des antikolonialen Kampfes, die es erlaubte, Gewalt anzuwenden – ohne gegen das in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegte Gebot der friedlichen Konfliktregelung zu verstoßen. Der bewaffnete Kampf um Selbstbestimmung und gegen sogenannte rassistische, koloniale oder imperialistische Fremdherrschaft war in diesem Sinne legitim[254]. In Bezug auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu einem sozialistischen Staat besaß das Recht auf Selbstbestimmung insofern keine Bedeutung mehr, als man nach den deutsch-deutschen Verträgen

[251] Die Bundesregierung berief sich auf die in Art. 1 Abs. 2 VN-Charta niedergelegte Bedeutung des Selbstbestimmungsrechtes, vgl. Ipsen, Völkerrecht, S. 316–377; Cot/Pellet, Charte, S. 40; Ress, Selbstbestimmungsrecht, S. 587–589; Müller, 2+4-Vertrag, S. 93–117.

[252] Vgl. Wengler, Offenheit, S. 514–520; Möller, Zwei deutsche Staaten, S. 21–33; Klein, Selbstbestimmungsrecht, S. 64–67, 79f., 87, 93f.; Tomuschat, Staatsvolk, S. 992–1003; Starck, Grundgesetz, S. 13, 25f.; Dreier, Artikel 146, S. 1808f.; BGBl., 1973, II, Nr. 25, Schreiben der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der DDR, 21. 12. 1972, S. 425; BVerfGE, Nr. 7, Beschluss, 21. 10. 1987, Bd. 77, S. 137–170; BVerfGE, Nr. 1, Beschluss, 31. 07. 1973, Bd. 36, S. 1–36.

[253] Vgl. Müller, 2+4-Vertrag, S. 47–51; ders., Ende des Krieges, S. 525f.; Klein, Selbstbestimmungsrecht, S. 44, 50, 79f.; Küsters, Integrationsfriede, S. 801–870; Dreier, Artikel 146, S. 1813; Wengler, Offenheit, S. 514–520; Tomuschat, Staatsvolk, S. 992–1003; BVerfGE, Nr. 1, Beschluss, 31. 07. 1973, Bd. 36, S. 1–36.

[254] Vgl. die Argumentation in: PA-AA, Bestand MfAA, ZR 5881/90, Bericht, 03. 02. 1966; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Anlage zur Konzeption, o. D., ca. November 1971, Bl. 100f.; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Bericht, 28. 10. 1971, Bl. 210f.; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1891/86, Bericht, 27. 01. 1976. Vgl. auch Arbeitsgemeinschaft, Völkerrecht Teil 1, S. 123f., 136f., 270–276; UN A/29/PV.2287, Procès-Verbal, 15. 11. 1974, para. 166; Meissner, Selbstbestimmungsrecht, S. 89–106; Klein, Befreiungskämpfe, S. 623–651; Bachmann, UdSSR, S. 31–33; Herdegen, Völkerrecht, S. 237–271; Ipsen, Völkerrecht, S. 334–337, 1056–1094; Wilson, Use of Force, S. 48–65, 72–104.

nicht mehr von einer einheitlichen deutschen Nation ausging[255]. Das „Staatsvolk der sozialistischen DDR" und das „der imperialistischen BRD" besaßen jeweils ein Selbstbestimmungsrecht: „Das Volk der DDR und das Volk der BRD besitzen unabhängig voneinander ihr – allerdings auf sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Entwicklungsstufe verwirklichtes – Selbstbestimmungsrecht mit allen sich daraus völkerrechtlich ergebenden Rechten und Pflichten. Beide Staatsvölker treten infolgedessen auch international unabhängig voneinander als zwei selbstständige Rechtssubjekte auf."[256]

Die Argumentation der DDR, nach der das palästinensische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung besaß, weil die PLO existierte, wollte aber nicht nur einen elementaren Unterschied der ostdeutschen Palästinapolitik gegenüber der westdeutschen betonen, sondern zielte auch auf eine bestimmte juristische Konsequenz ab. Das SED-Regime versuchte, im Einklang mit der sowjetischen Auffassung, die Rechtsfähigkeit der Palästinensischen Befreiungsorganisation herzustellen, indem sie ihr zusprach, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser legitim auszuüben. Gleichzeitig behauptete die DDR, die Anerkennung der PLO als rechtmäßige Repräsentantin des palästinensischen Volkes ginge einher mit einer legalen Anwendung bewaffneter Gewalt im „Befreiungskampf"[257]. Wurde die PLO nicht lediglich zur Vertretung von Aufständischen erklärt, konnte Arafat unterstützt und internationale Hilfe zugunsten der PLO gefordert werden. Denn nach internationalem Recht begab sich ein Staat nicht in die Position eines Neutralen – dem die Unterstützung jenseits humanitärer Hilfe verwehrt gewesen wäre beziehungsweise der sich dem Vorwurf ausgesetzt hätte, Terrorismus anstatt Befreiungskampf zu begünstigen –, wenn er die PLO als legitime Befreiungsorganisation der Palästinenser und als Akteurin eines rechtmäßigen Befreiungskampfes anerkannte anstatt lediglich als kriegführende Partei Aufständischer[258].

3. Arafats Deutschlandpolitiken 1974/75

Für Arafats PLO kam der Status als Beobachterin bei den Vereinten Nationen einem wichtigen politischen Durchbruch gleich und entsprach der fast maximal möglichen Aufwertung der Palästinensischen Befreiungsorganisation durch die VN. In jedem Fall war auf der Generalversammlung 1974 deutlich geworden, dass

[255] Vgl. Arbeitsgemeinschaft, Völkerrecht Teil 1, S. 273 f. Vgl. auch Möller, Zwei deutsche Staaten, S. 30–32; Bender, Neue Ostpolitik, S. 248–254; Kielmansegg, Land, S. 525–528; Kregel, Außenpolitik, S. 81–90; Wentker, Staatsräson, S. 155.

[256] So Arbeitsgemeinschaft, Völkerrecht Teil 1, S. 272 f., 313–316.

[257] Vgl. Klein, Befreiungskämpfe, S. 640–652; Tomuschat, Befreiungsbewegungen, S. 69; Higgins, Use of Force, S. 85; Wilson, Use of Force, S. 91–105, 117, 145 f.; UN A/29/PV.2287, Procès-Verbal, 15. 11. 1974, paras. 154, 166.

[258] Vgl. Klein, Befreiungskämpfe, S. 634–652; Wilson, Use of Force, S. 91, 101–104, 117, 120. Tomuschat, Befreiungsbewegungen, S. 69, ergänzt diesbezüglich: „Während mit der Anerkennung von Aufständischen amtlich Notiz von einer faktischen Machtlage genommen wird, geht es hier umgekehrt darum, eine faktische – und nach herkömmlichem Verständnis auch rechtlich abgesicherte – Machtlage unter Berufung auf den Rechtstitel des Selbstbestimmungsrechtes in Frage zu stellen und zu illegalisieren."

ein palästinensisches Volk existierte und dieses Volk einen eigenen Staat beanspruchte[259]. Bei der Bewertung dieses der Palästinensischen Befreiungsorganisation zugesprochenen Privilegs, in den VN vertreten zu sein, gilt es zwei Dinge hervorzuheben: Zunächst ging in formaler Hinsicht der der PLO zugesprochene Rang über die bis dahin geübte Praxis hinaus, denn die Palästinensische Befreiungsorganisation konnte ständig an Sitzungen der Generalversammlung teilnehmen und wurde dort zu allen Themen gehört. Üblicherweise bedeutete der Beobachterstatus nicht, dass man permanent einen Sitz im Plenum der VN-Mitglieder erhielt, dies war nur in den Unterorganisationen der Fall[260]. Außerdem blieb eine Anhörung von Beobachtern vor der Generalversammlung auf Beiträge zu den Diskussionen beschränkt, die einen Bezug zu dem betreffenden Beobachter hatten[261]. Die PLO hingegen konnte sowohl zum Nahostkonflikt als auch zu allen weiteren Themen der Debatte in einer Generalversammlung gehört werden. Der SWAPO wurde ein entsprechendes Recht erst 1976 gewährt[262].

Wichtiger war aber, zum Zweiten, dass mit der Anerkennung, die einzig rechtmäßige Vertreterin eines um seine Befreiung kämpfenden Volkes zu sein, der PLO durch die Vereinten Nationen nicht wie der SWAPO oder dem ANC Legitimität gegenüber einer rivalisierenden Befreiungsorganisation desselben Volkes zugesprochen wurde, sondern die PLO sich als eigenständige Kraft von den arabischen Staaten, insbesondere Syrien, Saudi-Arabien, Ägypten und Jordanien, absetzte[263].

Die Bundesregierung und die „Gemäßigten um Arafat"

Kurz nach dem Ende der Vollversammlung in New York sprach im Dezember 1974 mit Gerhard Schröder zum ersten Mal ein hoher westdeutscher Politiker mit

[259] Vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 126; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 92, 98; Tessler, Conflict, S. 483–485; Wilson, Use of Force, S. 74. Die Generalversammlung der VN erklärte am 29. 11. 2012 „the State of Palestine" zum „non-member observer State", aber: „without prejudice to the acquired rights, privileges and role of the Palestine Liberation Organization in the United Nations as the representative of the Palestinian people, in accordance with the relevant resolutions and practice." Obwohl dem Staat Palästina nicht die Vollmitgliedschaft in den VN zukam u. weder die PLO noch die PNA als De-jure-Regierung Palästinas anerkannt wurde, ist die Verabschiedung dieser Resolution insofern die maximal mögliche Anerkennung der PLO durch die VN, als der nächste Schritt nur die einem existierenden Staat vorbehaltene Aufnahme wäre, vgl. UN A/RES/67/19, Resolution, 29. 11. 2012; Tomuschat, Befreiungsbewegungen, S. 65, 110–112; Mißling, Status Palästinas, S. 148–150.

[260] Vgl. Klein, Befreiungskämpfe, S. 622; Green, Double Standards, S. 143; Sybesma-Knol, Observers, S. 30–36; Wilson, Use of Force, S. 119; Tomuschat, Befreiungsbewegungen, S. 65–70. Zum Status der PLO seit 1974 vgl. UN A/RES/XXIX/3237, Resolution, 22. 11. 1974.

[261] Vgl. Klein, Befreiungskämpfe, S. 622 f.; Sybesma-Knol, Observers, S. 36–44; Wilson, Use of Force, S. 119.

[262] Vgl. ebd.; Klein, Befreiungskämpfe, S. 619–623. Sybesma-Knol, Observers, S. 285–287, führt aus, dass trotz dieser formalen Statusunterschiede der PLO die palästinensische Delegation in der Praxis keine von anderen Beobachtern abweichenden Privilegien zugestanden bekam.

[263] Vgl. Shemesh, Entity, S. 296–315. Zu den anderen Befreiungsorganisationen vgl. Tomuschat, Befreiungsbewegungen, S. 65 f.; Ansprenger, SWAPO, S. 77–80, 103 f., 152–170.

Jassir Arafat. Obwohl das Auswärtige Amt der israelischen Regierung versicherte, nichts mit dieser „privaten Initiative" des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages und ehemaligen Bundesaußenministers zu tun zu haben, passte sie ausgesprochen gut ins allgemeine Bild der soeben anerkannten palästinensischen Selbstbestimmung. Für Israel und auch die PLO trat abermals ganz klar zutage, dass Bonn eine Annäherung und politische Aufwertung Arafats plante[264]. Die westdeutsche Botschaft in Damaskus meldete Anfang Januar 1975: „Das Zusammentreffen zwischen Herrn Dr. Schröder, MdB, und Yassir Arafat hat für Kontakte zwischen der Botschaft und den Palästinensern außerordentlich günstige Voraussetzungen geschaffen, die hier in Damaskus genutzt werden sollten."[265] Die Politische Abteilung der PLO signalisierte im Januar 1975 in Beirut und Damaskus ihren Wunsch „nach einem geregelten Kontakt mit der Bundesrepublik"[266].

Im Auswärtigen Amt fertigte das Nahostreferat am 2. Januar 1975 eine Vorlage zum Thema: „[Das] Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur PLO" an[267]. Mit diesem Entwurf legte sich Bonn erstmals offiziell darauf fest, dass es angesichts bestimmter Entwicklungen in der PLO dort „gemäßigte Kräfte" zu unterstützen gelte und ein politischer Aufwertungsprozess der Palästinensischen Befreiungsorganisation durch die Bundesrepublik mittelfristig unabwendbar sei[268]. Die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt könne, so das Auswärtige Amt, mit einer positiven Haltung gegenüber der PLO möglicherweise sogar gesamteuropäische Wege der Anerkennung Arafats „ebnen"; sicher schien der energiepolitische Bonus einer neuen „positiven" propalästinensischen Haltung[269]. Zumal damit auch dem Einfluss der Sowjetunion auf die PLO „entgegengetreten" werden konnte – eine Formulierung, die fast wörtlich im SED-Maßnahmenplan vom April 1970 stand, nur mit umgekehrten Vorzeichen[270].

Abdallah Frangi brachte die Situation im Februar 1975 bei seinem Gespräch mit westdeutschen Diplomaten der Botschaft in Beirut auf folgenden Nenner: „Frangi berichtete, dass er wegen der Haltung der Bundesregierung gegenüber der PLO starkem Druck vonseiten Arafats und der übrigen PLO-Führung ausgesetzt gewesen sei. Man verstehe nicht, warum die Bundesregierung nach den ermutigenden Zeichen, die die Rede Wechmars [Ständiger Vertreter der Bundesrepublik bei den VN] und das Treffen Schröder-Arafat gesetzt hätten, seit einigen Monaten eine unfreundliche Haltung gegenüber der PLO einnehme. […] Frangi

[264] Vgl. Jaeger, Quadratur, S. 64–69; Greilsammer/Weiler, European Political Cooperation, S. 136 f.; Kapeliouk, Arafat, S. 153; Bonn an der Klagemauer, in: Der Spiegel, 52/1974, S. 18.

[265] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Schreiben der Botschaft Damaskus an das AA, 04. 01. 1975.

[266] So AAPD, 1975, Dok. 29, Aufzeichnungen des Ministerialdirigenten Jesser, 17. 02. 1975, S. 163.

[267] Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vorlage, 02. 01. 1975. Dieser Entwurf war Grundlage des Mitte Februar erstellten Konzeptes, vgl. dazu AAPD, 1975, Dok. 29, Aufzeichnungen des Ministerialdirigenten Jesser, 17. 02. 1975, S. 159–164.

[268] Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vorlage, 02. 01. 1975.

[269] So ebd.

[270] Vgl. ebd.

unterstrich, dass die PLO dem EAD keine Steine in den Weg legen wolle und nicht auf einer besonderen Identifizierung der PLO bestehe. […] Arafat sei mit der Teilnahme innerhalb der arabischen Gruppe einverstanden."[271]

In der Tat bremste Bonn Anfang Februar 1975 mit Rücksicht auf die „amerikanischen Friedensbemühungen in Nahost, die in ein besonders empfindliches Stadium eingetreten" waren, sodass „politische Störungen unter allen Umständen vermieden werden" mussten, die direkte Verbindungsaufnahme zwischen dem Auswärtigen Amt und der PLO in Beirut, Damaskus, Amman und Kairo[272]. Dennoch gingen die Überlegungen zur Neuausrichtung der PLO-Beziehungen weiter. Vier Tage nach der Weisung der Zentrale, die amerikanischen Bemühungen nicht zu stören, antwortete die Botschaft im Libanon: „Arafat, und mit ihm die gemäßigte Mehrheit der PLO, ist grundsätzlich bereit, sich mit der Existenz Israels abzufinden. […] Um seine gemäßigte Position durchhalten zu können, braucht Arafat wie Sadat Erfolge. Er kann nur sehr zurückhaltend operieren, da er andernfalls Gefahr läuft, von radikalen Kräften überrannt zu werden."[273] Im März hieß es dann in einem weiteren Bericht aus Beirut, der später als Vorlage an den Staatssekretär und den Minister weitergereicht wurde, es habe „vereinzelt" schon auf Botschafterebene Kontakt zu Arafats Funktionären gegeben, aber es müsse nun eine „Neuakzentuierung" im Verhältnis zur PLO/Fatah erfolgen: „Es kann nicht in unserem Interesse liegen, hinter einer solchen Entwicklung zurückzubleiben. Wir sollten uns vielmehr der sich verändernden Situation rechtzeitig und allmählich anpassen. Dies könnte durch eine maßvolle, aber nicht zu ängstliche Intensivierung von Kontakten mit PLO-Vertretern und ferner in der Weise geschehen, dass in öffentlichen Erklärungen zur PLO-Frage die Akzente etwas anders gesetzt werden als bisher, ohne jedoch die ‚Anerkennungsgrenze' zu überschreiten."[274]

Ab Mitte des Jahres 1975 gingen die EG und die Bundesregierung dazu über, angesichts diagnostizierter Rückschläge der Kissinger-Mission im Nahen Osten neue Konzepte auszuarbeiten. Dazu fertigte das Politische Komitee der EPZ im Juni ein Arbeitspapier an, dem kein zu den US-Vorstellungen komplementärer, sondern diametraler Ansatz zugrunde lag. Hauptstreitpunkt war nach wie vor das amerikanische Modell einer schrittweisen Verhandlungslösung ohne eigenständige palästinensische Berücksichtigung. Das ungewollte öffentliche Bekanntwerden dieser Überlegungen belastete die bereits angespannten Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten sowie Israel zusätzlich. Der Brief, den Bundesaußenminister Genscher seinem Amtskollegen Ende Juni 1975 nach Jerusalem sandte, zeugte von der selbstbewussten westeuropäi-

[271] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 26. 02. 1975.
[272] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Weisung des AA an die Botschaften Beirut, Amman, Damaskus u. Kairo, 07. 02. 1975.
[273] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 11. 02. 1975.
[274] So AAPD, 1975, Dok. 62, Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Lahn, 26. 03. 1975, S. 307.

schen Skepsis und Ablehnung der bisherigen Verhandlungsstrategie Israels und der USA bei gleichzeitigem Wissen um die Grenzen des eigenen Handelns[275].

Henry Kissinger hatte seine Vermittlungen aufgrund der amerikanisch-israelischen Differenzen über die Inhalte des Sinai-II-Abkommens, die Kissinger als „tense phase in American-Israeli relations" beschrieb, unterbrochen[276]. „Israeli actions had imposed on us a risk to our entire Middle East strategy making reassessment unavoidable. […] For a sake of a few miles in the desert a hundred miles from its borders, Israel was threatening to unravel an American stake in the Middle East painfully husbanded for nearly five years. To prevent this outcome, our last resort was to put forward our preferred solution and impose it on Israel by the threat of economic pressure and diplomatic isolation, thereby threatening its very existence."[277] Im Juni 1975 fand während des Aufenthaltes des israelischen Ministerpräsidenten Jitzhak Rabin in der Bundesrepublik eines der entscheidenden Treffen statt, mit denen Kissinger letztlich bis Ende August 1975 die israelische und ägyptische Zustimmung zum zweiten Abkommen erreichte[278].

Zeitgleich mit den EG-Beratungen über das neue Arbeitspapier wies das Auswärtige Amt am 18. Juni 1975 – mit ausdrücklicher Zustimmung des Bundesministers – die Botschaften in Beirut, Kairo und Damaskus an, „maßvolle Kontakte zu Vertretern der PLO zu knüpfen oder auszubauen. Bei diesen Kontakten ist Publizität zu vermeiden. Es sollte auch nicht der Eindruck entstehen, wir wollten damit eine besondere Initiative ergreifen. Es geht dabei vielmehr darum, laufende, nichtöffentliche Kontakte herzustellen, die im Laufe der Zeit zu einem sachlichen Gedankenaustausch führen können. Wir beabsichtigen damit, besser auf den Meinungsbildungsprozess in der PLO einwirken und unsere Sicherheit erhöhen zu können."[279] Damit legalisierte Bonn die ohnehin bereits existierenden Verbindungen zu palästinensischen Funktionären der Fatah in diesen drei arabischen Hauptstädten und übersetzte die seit Januar 1975 in Konzeptform zirkulierten Gedanken einer veränderten PLO-Politik in eine konkrete Weisung. Die Bundesregierung wollte nicht den Kontakt auf mittlerer Führungsebene oder mit allen palästinensischen Gruppen herstellen, sondern Einfluss auf die sogenannten Gemäßigten um Arafat in der Fatah nehmen, so wie die Politische Abteilung es bereits Anfang des Jahres 1975 formuliert hatte.

Im Einklang mit diesen Absichten stand auch das Treffen zwischen dem Staatsminister des Auswärtigen Amts, Karl Moersch, und Shafiq al Hut, das Ende August 1975, wenige Tage vor Abschluss des Sinai-II-Abkommens, zustande kam. Hut, der Repräsentant der PLO/Fatah im Libanon, galt als einer der exponiertesten palästinensischen Intellektuellen. Er war Vertrauter Arafats, befreundet mit Faruq al Qaddumi und langjähriges Mitglied des Exekutivkomitees sowie des

[275] Vgl. ISA/A 43/7069/3, Personal Message from the Federal Minister to Minister Yigal Allon, 30. 06. 1975.
[276] Vgl. Kissinger, Years of Renewal, S. 424, vgl. auch ebd., S. 422–459.
[277] So ebd., S. 428.
[278] Vgl. ebd., S. 449.
[279] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Weisung des AA an die Botschaften Beirut, Damaskus u. Kairo, 18. 06. 1975. Zur Billigung des Ministers vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 19. 11. 1976.

Nationalrates der PLO[280]. Trotz anderslautender persönlicher Beteuerung Hans-Dietrich Genschers gegenüber dem israelischen Außenminister, das Treffen mit Hut sei nur „aus Irrtum organisiert worden", war auch dieser Schritt mit dem Minister abgestimmt und intendiert erfolgt[281]. Klaus Kinkel, enger Mitarbeiter Genschers und zum damaligen Zeitpunkt verantwortlich für den Leitungsstab des Auswärtigen Amts, versicherte dem israelischen Botschafter in Bonn jedoch ebenfalls inständig, man müsse dieses Treffen als eine „Panne" bewerten[282].

Amerikaner und Israelis reagierten auf die Begegnung zwischen Moersch und Arafats Statthalter im Libanon gleichermaßen ablehnend. Besonders enttäuscht zeigte man sich aber in Jerusalem, weil Hans-Dietrich Genscher in seinem Brief vom 30. Juni 1975 noch eine engere Konsultation in politischen Fragen versprochen hatte. Harsch erklärte der Politische Direktor des israelischen Außenministeriums dem einbestellten deutschen Botschafter: „Ihr kennt unsere Sensibilität zum Thema PLO. Genscher hat selbst […] gesagt, dass eine vorherige Beratung zwischen euch und uns bei allen Themen, die uns beiden wichtig sind, erfolgen wird, und dass keine Kontakte mit der PLO eröffnet werden. Es wäre in diesem Fall sehr passend gewesen, sich zu beraten. Wir befinden uns in Mitten schicksalsträchtiger Verhandlungen. Der Minister versteht nicht, wie die deutsche Regierung im Endstadium dieser Verhandlungen einen solchen Schritt unternehmen kann. Wenn es das Ziel der PLO ist, diese Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, dann verschafft man damit dem Terrorismus einen besseren Stand. Der Zeitpunkt des Treffens ist ein schwerwiegender Zwischenfall. Die Antworten, die wir bisher auf unsere Fragen erhalten haben, erklären nicht, was geschehen ist."[283]

Glaubte die Bundesrepublik bereits im Januar 1975, „gemäßigte Kräfte" um Arafat erkannt zu haben, so bestätigte das Gespräch Karl Moerschs mit Shafiq al Hut diese Annahme. In der rund anderthalbstündigen Unterredung sagte Hut gemäß Aufzeichnung des Auswärtigen Amts, die PLO „erbitte nunmehr die *deutsche* Unterstützung, für einen palästinensischen Staat"[284]. Die Forderung der Bundesrepublik nach Anerkennung Israels durch die PLO „irritiere" die Palästinenser, denn „unter Berücksichtigung des Kräfteverhältnisses sei es seltsam, vom Schwächeren die Anerkennung des Stärkeren zu verlangen. […] Die PLO versucht, die nüchterne, unabhängige und glaubwürdige politische Vertretung der Palästinenser darzustellen, ohne in rechte oder linke Extreme zu verfallen. […] Die PLO möchte die Verbindung zu allen Staaten verbessern. Sie ist weder in der

[280] Zu Shafiq al Hut vgl. Hout, My Life, S. 1–48.

[281] Vgl. ISA/A 43/374/8, Vermerk, 25. 09. 1975 (hebräischsprachiges Original). Hans-Dietrich Genscher erklärte im Gespräch am 16. 02. 2012, dass Karl Moersch, FDP-Politiker u. Staatsminister des AA, niemals eigenmächtig in der Frage eines Treffens mit der PLO vorgegangen wäre u. die politischen Ansichten Moerschs weitgehend seinen eigenen entsprachen.

[282] Vgl. ISA/RG 93/MFA/2735/14, Schreiben der Botschaft Bonn an das Außenministerium, 08. 10. 1975 (hebräischsprachiges Original).

[283] So ISA/A 43/374/8, Schreiben des Politischen Direktors an die Botschaft Bonn, 01. 09. 1975 (hebräischsprachiges Original).

[284] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk der Botschaft Beirut, 29. 08. 1975 (Hervorhebung eingefügt). Vgl. auch AAPD, 1975, Dok. 258, Ministerialdirigent Jesser an das AA, 31. 08. 1975, S. 1208–1210.

Tasche eines der arabischen Regimes noch der Vereinigten Staaten oder der UdSSR, und ist entschlossen, unabhängig zu sein. Mit der eigenen Opposition wird sie selber fertig. Die PLO wünscht ihre Beziehungen auch zur Bundesrepublik zu entwickeln. Die PLO ist der Meinung, dass die Bundesregierung nach der Israel geleisteten Wiedergutmachung auch den Palästinensern etwas schuldet. […] Die deutsche Formel von den ‚legitimen Rechten' der Palästinenser sei […] zu vage. Welche Art von Selbstbestimmung gesteht man den Palästinensern zu? Die Ausübung der Selbstbestimmung unter israelischer Besatzung?"[285] Moersch erwiderte Hut, man „habe Verständnis für die Haltung der PLO, über die Zukunft der Palästinenser überwiegend selbst und nicht in Funktion der Interessen arabischer oder anderer Staaten […] Entscheidungen zu suchen. […] Aufgrund bestimmter Ereignisse in Deutschland werde die PLO auch heute noch mit der Forderung ihrer Extremisten identifiziert, vor allem von der Opposition. […] [Er] danke für die Erläuterungen, […] die beim Bestreben der Bundesregierung zum Abbau von Emotionen hilfreich sein werden."[286]

Im Nachgang des Kontaktes mit Shafiq al Hut trafen sich im September 1975 in Bonn der westdeutsche Botschafter aus Beirut und der israelische Botschafter in der Bundesrepublik. Ersterer berichtete über das Zustandekommen und über den Verlauf des Treffens mit Hut. Im israelischen Vermerk steht dazu: „Er [der Botschafter] hat einen sehr persönlichen, engen Kontakt mit Shafiq al Hut. Er entstand vor dem Hintergrund der Deutschen Schule Beirut, […] in der al Hut im Elternrat aktiv war. Der Botschafter hat sich einen Eindruck von der Persönlichkeit Huts gemacht, den er als Gemäßigten darstellt, und nach dessen Meinung es sich für uns lohnen würde, Kontakte mit ihm zu suchen […], und wenn wir sie [die gemäßigten Palästinenser respektive die Fatah] noch mit einer Geste ermuntern könnten, würden wir herausfinden, dass hinter Deklarationen, die sehr extrem sind, sich ein Wille versteckt, auf einen realistischen Dialog einzugehen. […] Das Treffen Moersch-Hut war von vornherein geplant. Es sollte erst im Hotel stattfinden, aber um es geheim zu halten, wurde beschlossen, es in die Residenz [des Botschafters] zu verlegen. Er, der Botschafter, sei der Initiator gewesen."[287] Kurz darauf übergab das Auswärtige Amt der israelischen Botschaft in Bonn einen Teil des Berichtes zum Treffen mit Hut. Dazu vermerkte die israelische Seite: „Das Vorlegen eines Teils aus dem Bericht des Botschafters soll uns davon überzeugen, dass wir uns mit den ‚gemäßigten Kreisen' innerhalb der PLO austauschen sollten."[288]

Ähnlich äußerte sich das Auswärtige Amt auch gegenüber österreichischen Diplomaten. Über die Inhalte eines Gespräches mit dem Leiter des Nahostreferates

[285] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk der Botschaft Beirut, 29. 08. 1975 (Hervorhebung im Original). Vgl. auch AAPD, 1975, Dok. 258, Ministerialdirigent Jesser an das AA, 31. 08. 1975, S. 1206–1210.

[286] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk der Botschaft Beirut, 29. 08. 1975. Vgl. auch AAPD, 1975, Dok. 258, Ministerialdirigent Jesser an das AA, 31. 08. 1975, S. 1210.

[287] So ISA/RG 93/MFA/2735/14, Schreiben der Botschaft Bonn an das Außenministerium, 30. 09. 1975 (hebräischsprachiges Original).

[288] So ISA/RG 93/MFA/2735/14, Schreiben der Botschaft Bonn an das Außenministerium, 24. 12. 1975 (hebräischsprachiges Original).

meldete man im Februar 1976 nach Wien: „Die deutsche Position geht erheblich über die gemeinsame Haltung der Neun [Mitglieder der EG] […] hinaus, da nicht nur das Recht auf nationale Identität, sondern Selbstbestimmung in den Begriff der legitimen Rechte eingeschlossen ist. Unter Selbstbestimmung wird deutscherseits dabei das Recht auf Etablierung einer staatlichen Autorität auf dem Gebiet verstanden, das Israel im Zuge einer Friedensregelung räumt. Dabei müsse man zwischen Palästinensern und der PLO unterscheiden. […] Arafat wird im Auswärtigen Amt als noch am ehesten vernünftiger Mann bezeichnet, der Gewähr für eine konstruktive Politik bieten könnte und außerdem kein Linksradikaler sei. […] Die zunehmende ‚Hoffähigkeit' der PLO führt nach deutscher Ansicht zu einer wachsenden Isolierung Israels. Die Zeit scheint derzeit zugunsten der PLO zu arbeiten."[289]

Das Hauptaugenmerk der Fatah lag ab dem Herbst 1974 auf dem Westen. Shafiq al Hut hatte gegenüber der Bundesregierung erklärt, die PLO/Fatah wolle engere, dauerhafte und gefestigte Kontakte mit Bonn. Dieses politische Interesse der Palästinensischen Befreiungsorganisation beruhte auf Gegenseitigkeit. Das Treffen mit Hut Ende August 1975 war die logische Konsequenz der im Herbst 1974 vor den Vereinten Nationen skizzierten neuen Eckpunkte der bundesdeutschen PLO- und Palästinapolitik. Die Bundesregierung hatte seither ihre politischen Beziehungen mit der PLO/Fatah auf eine andere Stufe gehoben, und Arafat besaß ab Mitte des Jahres 1975 auch wieder eine geduldete politische Repräsentanz in Bonn. In London sowie Stockholm bestanden ebenfalls solche Büros, seit 1974 bereits eines in Paris sowie in Madrid[290]. In Brüssel, dem politischen Zentrum der Europäischen Gemeinschaft, eröffnete es im Herbst 1975[291]. Das Bemühen der Palästinensischen Befreiungsorganisation um derartige Einrichtungen war Mitte der 1970er Jahre jedoch nicht nur auf die Bundesrepublik, Westeuropa oder Länder wie Pakistan und Malaysia beschränkt[292]. Arafat konzentrierte die politische Arbeit nach der Aufnahme der PLO als Beobachterin bei den Vereinten Nationen vielmehr ganz bewusst auf VN-Städte.

[289] So AdR, BMfaA, Sektion II-pol 25, GZ 88.19.10/9-II 1/76, Schreiben der Botschaft Bonn an das BMfaA, 10. 02. 1976.

[290] Vgl. die Angaben der Diplomatischen Mission Palästinas in Spanien unter www.embajadadepalestina.es (28. 01. 2013); François-Poncet, Quai d'Orsay, S. 183; Ben-Natan, Chuzpe, S. 248. Rondot, France, S. 92, beruft sich hingegen auf eine Eröffnung des PLO-Büros in Paris im Oktober 1975. Terrenoire, De Gaulle, S. 104, gibt 1972 als Jahr der Eröffnung einer palästinensischen Vertretung in Paris an. Das im Dezember 1975 in Stockholm eröffnete Büro der PLO war nach eigener Darstellung auch für Norwegen u. Finnland zuständig, vgl. UMA, 7D2, Lähi-idän kysymys, Note des PLO-Büros Stockholm, 01. 12. 1975; UMA, 7D2, Lähi-idän kysymys, Note des PLO-Büros Stockholm, 08. 03. 1978; UMA, 7D2, Lähi-idän kysymys, Schreiben des Politischen Direktors an den PLO-Vertreter in der UdSSR, 07. 10. 1981.

[291] Vgl. AdR, BMfaA, Sektion II-pol 17, GZ 88.19.14/41-II/77, Schreiben der Botschaft Brüssel an das BMfaA, 11. 05. 1977; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 24. 05. 1976; Benedek, Anerkennung, S. 850.

[292] 1975 eröffnete die PLO Büros in Islamabad u. Kuala Lumpur, vgl. UMA, 7D2, Lähi-idän kysymys, Bericht des Nahostreferates an den Minister, November 1981 (finnischsprachiges Original).

Im Gegensatz zu Moskau existierte ab dem Jahr 1975 am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York – wie unter anderem auch am VN-Standort Genf – eine Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation[293]. Das amerikanische PLO-Büro war allerdings nicht gänzlich neu, sondern ging auf die seit Mitte der 1960er Jahre in den Vereinigten Staaten bestehenden Einrichtungen zurück, die zum Teil der syrischen Botschaft angeschlossen gewesen waren[294]. Ab 1975 hielt sich der bisherige PLO-Vertreter in den USA, Zuhdi Tarazi, nun allerdings in seiner offiziellen Funktion bei den VN in New York auf[295]. In Wien, der dritten Stadt der Vereinten Nationen, versuchte Arafat zeitgleich eine Repräsentanz einzurichten: „Am 13. Februar 1975 wurde der bei der damals tagenden UN-Konferenz […] anwesende Vertreter der PLO, Herr Tarazi, über Weisung des Herrn Bundesministers von Gesandten Weidinger empfangen. Herr Tarazi brachte dabei den Wunsch der PLO, in Wien eine Art Informationsbüro zu eröffnen, zum Ausdruck. Ein weiteres Ziel der PLO sei dann die Errichtung einer Beobachtermission bei den hier ansässigen UN-Organisationen. Auf die Frage, ob es die PLO begrüßen würde, wenn ihr die Errichtung einer Beobachtermission seitens der österreichischen Regierung schon jetzt ermöglicht werden könnte, hat Herr Tarazi seine Äußerungen etwas modifiziert und erklärt, dass seine Organisation besonderen Wert auf die Herstellung einer formellen Verbindung zur österreichischen Bundesregierung lege.“[296]

Israel und die USA machten Westeuropa die Aufwertung der PLO zum Vorwurf: „Any attempt now to play into the Russian strategy that is focusing everything on the Palestinian issue is a support of the Russian policy that has suffered a set-back as a result of the Interim Agreement. This is the way that I see it“, so tadelte der israelische Ministerpräsident Rabin Hans-Dietrich Genscher im November 1975[297]. Dabei unterstützte die Europäische Gemeinschaft nicht Moskau,

[293] Vgl. UMA, 7D2, Lähi-idän kysymys, Note des Beobachterbüros der PLO Genf, 05. 12. 1975; Stern, Bureau, S. 168 f.; Gyr, Schweizer Terrorjahre, S. 135–140, 147 f.; Jean-Christophe Bouvet: Une cinquantaine d'intellectuels, in: Le Monde, 19. 10. 1972, S. 6.

[294] Die PLO unterhielt bereits 1965 ein Büro in Washington u. ab 1966 auch in New York, vgl. Stern, Bureau, S. 169; Bernhard Gwertzman: Palestinians Preparing to Open Office in Washington, in: NYT, 20. 11. 1976, S. A6; Sam Roberts: Shutting the Door on the P.L.O. In New York, in: NYT, 18. 01. 1988, S. B1. Berechtigt könnte man die von Musa al Alamis „Arab Development Society“ Ende der 1940er Jahre in den USA eingerichteten Niederlassungen als die ersten politischen Vertretungen der Palästinenser – selbstverständlich aber nicht der PLO – in den USA betrachten, vgl. Furlonge, Palestine, S. 137–139.

[295] Zuhdi Tarazi erhielt gemäß „Headquarters Agreement“ ein ausschließlich für den VN-Sitz in New York beschränktes Visum. Da bei der Errichtung einer Beobachtermission bei den VN nicht die Zustimmung der US-Behörden eingeholt werden musste, war eine Intervention gegen eine palästinensische Vertretung für die amerikanische Regierung praktisch nicht möglich. Klagen jüdischer Verbände gegen das State Department, die eine Schließung des PLO-Büros erreichen wollten, blieben ohne Erfolg, vgl. Stern, Bureau, S. 168 f.; UN A/RES/II/169 A, B, Resolution, 31. 10. 1947; AdR, BMfaA, Sektion II-pol 2342, GZ 88.19.12/59-II 4/75, Schreiben der Vertretung New York an das BMfaA, 26. 05. 1975.

[296] So ebd. Vgl. auch Benedek, Anerkennung, S. 850.

[297] So ISA/RG 130/MFA/6819/12, Meeting between Yitzhak Rabin and Hans-Dietrich Genscher, 28. 11. 1975. Vgl. auch AAPD, 1975, Dok. 360, Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Ministerpräsidenten Rabin, 28. 11. 1975, S. 1708–1711.

sondern verhalf der PLO/Fatah zu einem besseren Stand im Westen und schadete somit den Interessen des Kreml, denn Arafat und die Fatah wurden politisch unabhängiger vom Osten. Obwohl Washington Mitte der 1970er Jahre noch nicht bereit war, die Palästinensische Befreiungsorganisation aufzuwerten, so erkannten doch auch die Vereinigten Staaten 1975 die „Anzeichen, dass gewisse gemäßigte Kreise der PLO sich mit einer Koexistenz zwischen einem Palästinenserstaat und Israel abfinden könnten“[298].

Das zweite SED-Abkommen mit der PLO

Mit der DDR erfolgte vonseiten der PLO/Fatah im selben Zeitraum keine inhaltliche Abstimmung und Arafat suchte auch keine politische Konsultation. Als erster hochrangiger PLO-Funktionär kam Faruq al Qaddumi, Leiter der Politischen Abteilung, am 28. November 1975, fast 15 Monate nach dem letzten Aufenthalt Jassir Arafats, nach Ost-Berlin[299]. Die SED wertete im Nachgang: „Die PLO misst dem politisch-diplomatischen Kampf erhöhte Bedeutung bei. […] Der Realismus bezüglich einer möglichen Anerkennung Israels als Staat ist weiter gewachsen. […] Es ist zunehmend die Erkenntnis über den Klassencharakter der Auseinandersetzungen im Nahen Osten festzustellen, obwohl diese noch bürgerlich-nationalistisch beschränkt ist. […] Die Unterstützung der sich um Arafat gruppierenden Kräfte in der PLO hat sich als richtig erwiesen. […] Die Erkenntnis, dass ein künftiger Palästinastaat sich nur als progressiver Staat mit sozialistischer Orientierung entwickeln kann, wird bereits ausgesprochen.“[300]

Zu dieser Einschätzung kam die SED, als die PLO/Fatah ihre Vertretungen in Bonn, Paris, Stockholm und Brüssel eröffnete und sich, unter maßgeblicher Initiative Qaddumis, um ein weiteres Büro in Wien bemühte[301]. Weniger als zehn Wochen zuvor hatte Shafiq al Hut – wie Qaddumi Mitglied der Fatah und der Politischen Abteilung der PLO – gegenüber Staatsminister Moersch, was den Grad der „Fortschrittlichkeit“ eines palästinensischen Staates betraf, eine ganz andere Auffassung vertreten[302]. Außerdem forderte die Politische Abteilung der PLO seit Anfang September 1975 „ein ‚privates‘ Informationsgespräch mit einem der Staatsminister oder der Staatssekretäre des Auswärtigen Amts.“[303] Die westdeutsche Botschaft Beirut meldete parallel: „Die PLO ist, soweit erkennbar, an diesen ‚unvoreingenommen Gesprächen‘ ebenfalls interessiert, zumal sie von sozialistischen Staaten überlaufen wird. Die von jener Seite gegebene verbale Unter-

[298] So der Bericht der österreichischen Botschaft Tel Aviv an den Minister, 25. 11. 1975, in: Steininger/Agstner, Israel, S. 260.
[299] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Information, 28. 11. 1975, Bl. 25–29. Vgl. auch ADN: Offizielle Gespräche mit einer Abordnung der PLO, in: ND, 29. 11. 1975, S. 2.
[300] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.678, Information, 28. 11. 1975, Bl. 25.
[301] Vgl. AdR, BMfaA, Sektion II-pol 2342, GZ 88.19.12/134-II 4/75, Schreiben der Botschaft Budapest an das BMfaA, 09. 12. 1975; Benedek, Anerkennung, S. 850.
[302] Zum Treffen zwischen Karl Moersch u. Shafiq al Hut vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Vermerk der Botschaft Beirut, 29. 08. 1975; AAPD, 1975, Dok. 258, Ministerialdirigent Jesser an das AA, 31. 08. 1975, S. 1206–1210.
[303] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 15. 09. 1975.

stützung wird – allerdings je nach Couleur des PLO-Gesprächspartners – mit großen Abstrichen bewertet. […] Vorschlag zum nächsten Schritt: Treffen Botschafter Farouk Khaddoumi und/oder Arafat."[304]

Frappierend ist allerdings, wie stark sich die ost- und die westdeutsche Beurteilung der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Führung der Fatah 1975/76 ähnelte. Arafat und die ihn umgebenden PLO-Eliten galten in Bonn und in Ost-Berlin als „realistisch und gemäßigt". Dies kommt nicht nur in dem zitierten Vermerk des MfAA über das Treffen mit Qaddumi im November 1975 zum Ausdruck. Auch in einer Vorlage des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten für Erich Honecker hieß es drei Monate später: „Die PLO ist politisch und sozial sehr heterogen zusammengesetzt. Es gibt sowohl starke progressive Kräfte, die Potenzen für den Kampf um sozialen Fortschritt entwickeln, […] als auch einen rechten Flügel, der sich auf bourgeoise Kräfte inner- und außerhalb der PLO stützt und durch extremistische Kräfte verstärkt wird. […] Arafat zählt zu den gemäßigten und realistisch denkenden Führungskräften der PLO. Als ein zu Kompromissen neigender Politiker ist er für die Repräsentanten aller arabischen Staaten akzeptabel. […] Bei gleicher Zielstellung zeigen sich einige Staaten der EG, vor allem Frankreich, aber auch Japan, Schweden, Österreich, realistischer und flexibler. Obwohl die BRD die Anerkennung der PLO bislang öffentlich mit der Begründung ablehnt, zuvor müsse die PLO die Existenz Israels anerkennen, hat sie mit dem Treffen Schröder/Arafat Voraussetzungen für die Entwicklung der Beziehungen geschaffen."[305]

Die DDR nahm den Westkurs der Fatah und die veränderten politischen Kontakte der Bundesrepublik zur PLO wahr. Das MfAA konstatierte im Nachgang eines fast 14 Monate zurückliegenden Treffens zwischen Gerhard Schröder und Jassir Arafat, dass damit „Voraussetzungen" für die Entwicklung der westdeutsch-palästinensischen Beziehungen geschaffen wurden. Man sah Arafats Handeln aber noch nicht als potenziell gefährlich für die eigenen Interessen an. Der Vergleich zwischen der Qualität der Kontakte zum PLO-Büro in Ost-Berlin und dem Maß der Intensität, mit der sich Bonn und Arafat zwischen 1974 und 1975 annäherten, lässt es bemerkenswert erscheinen, dass die SED Arafats Linie nicht misstrauischer begegnete. Angesichts der fehlenden lenkenden, leitenden und konsultierenden politischen Zusammenarbeit in den ersten Jahren der Beziehungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation dürfte die Konkurrenz mit Bonn der Grund dafür gewesen sein, dass Honecker das Nachfolgeabkommen mit der PLO für die Jahre 1976/77 finanziell deutlich verbesserte und seinen politischen Kern stärkte, um so möglicherweise eine Abschwächung der Westkontakte Arafats zu erreichen.

Auch wenn dieses am 1. Dezember 1975 unterzeichnete neue Dokument noch immer den Titel „Vereinbarung zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Palästinensischen Befreiungsorganisation" trug, hieß es

[304] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.755, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 29. 09. 1975.

[305] So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1891/86, Schreiben des MfAA an Erich Honecker, 27. 02. 1976.

darin nun, dass das *ZK der SED* ab 1976 jährlich *eine* Delegation des *Exekutivkomitees der PLO* „zu politischen Konsultationen über aktuelle international und beiderseits interessierende Fragen in die DDR" einladen werde[306]. Damit richtete sich die offizielle PLO-Politik inhaltlich stärker am Fatah-geführten Exekutivkomitee aus. Explizit hervorgehoben wurde außerdem: „Die SED und die PLO laden gegenseitig Delegationen zu Parteitagen, Konferenzen, Seminaren und offiziellen Feierlichkeiten ein. […] Die SED und die PLO tauschen regelmäßig Informationen, Dokumentationen und Publikationen aus, die zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses beitragen und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Seiten fördern. […] Die SED und die PLO fördern den Austausch von Delegationen zwischen den Gewerkschaften, den Bauern-, Frauen- und Jugendverbänden beider Seiten sowie die Ausbildung von Kadern der PLO an den Schulen der Massenorganisationen der DDR."[307] Auf der Ebene der praktischen Solidaritätsleistungen stieg das Gesamtvolumen der materiellen Unterstützung außerdem von einer auf fünf Millionen Mark an, ausgenommen „nichtzivile Güter", die nach wie vor zusätzlich, gemäß gesonderter Vereinbarung, bereitgestellt wurden[308]. Die Anzahl der kostenlosen Heilbehandlungen wurde auf 50 pro Jahr festgesetzt, zudem konnten nun jährlich 80 Kinder während des Sommers die DDR besuchen, 30 mehr als 1973/74; hingegen wurden nur noch sieben Ausbildungsstellen angeboten[309]. Neu, aber nicht ungewöhnlich für eine Parteivereinbarung mit einer Befreiungsorganisation, war das Angebot von vier Urlaubsplätzen für Funktionäre der PLO[310].

Dies alles konnte jedoch nicht über das nach wie vor bestehende politisch-ideologische Sonderverhältnis zwischen der SED und der PLO hinwegtäuschen. Denn die Ost-Berliner Parteiführung befand das marxistisch-leninistische Entwicklungsniveau der FRELIMO und des PAIGC höher als das der PLO, unabhängig davon, dass die FRELIMO beispielsweise seit 1975 keine nationale Unabhängigkeitsbewegung mehr war, sondern die Regierungspartei des Staates Moçambique[311]. Nur wenige Wochen nach Unterzeichnung der neuen PLO-Vereinbarung im Dezember 1975 beschloss Honecker die „Maßnahmen zur weiteren Gestaltung der Beziehungen der SED zur Befreiungsfront von Moçambique (FRELIMO)."[312] Darin hieß es unter anderem: „In Zusammenarbeit mit dem Institut für Gesellschaftswissenschaften, der Parteihochschule und dem Institut für Marxismus-Leninismus ist zu prüfen, welche marxistisch-leninistischen Literatur- und Lehrmaterialien in portugiesischer Sprache bereitgestellt werden können."[313] Außerdem ging es um einen „zeitweiligen Einsatz von 3–4 Gesellschaftswissenschaftlern in

[306] So SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/20/309, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, 01. 12. 1975, Bl. 1.
[307] So ebd., Bl. 1–3.
[308] Vgl. ebd., Bl. 2.
[309] Vgl. ebd.
[310] Vgl. ebd.
[311] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 466.
[312] So SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.115/15, Anlage 18 zum Protokoll der Sitzung der Außenpolitischen Kommission, 18. 02. 1976, Bl. 60f.
[313] So ebd., Bl. 61.

der VR Moçambique, die an Ort und Stelle […] die ideologische Arbeit der FRELIMO, speziell der Parteischule und die Arbeit der Massenmedien" unterstützen sollten[314].

Die SED ging mit der PLO/Fatah bis 1990 keine Vereinbarung über marxistisch-leninistische Lehrmaterialien auf Arabisch oder ein Abkommen ein, das den Einsatz von ostdeutschen Parteifunktionären zur ideologischen Schulung der Palästinenser „an Ort und Stelle" im Libanon, im Südjemen, in Syrien, Libyen, Jordanien, Marokko, Tunesien, Algerien oder in Ägypten regelte. Auch arbeitete die PLO nicht mit dem Institut für Gesellschaftswissenschaften, der SED-Parteihochschule oder dem Institut für Marxismus-Leninismus zusammen. Im Vergleich zu den Beziehungen mit anderen Befreiungsorganisationen blieb das zwischen der SED und PLO/Fatah bestehende Verhältnis auch nach 1975/76 weitgehend frei von marxistisch-leninistischer Ideologisierung. Dieser Umstand kann nicht hinreichend damit erklärt werden, dass die PLO noch nicht anerkannte Regierung eines Staates war und damit auch keine Parteihochschulen in ihrem eigenen Land aufbauen konnte. Die marxistisch-leninistische Anleitung der FRELIMO oder PAIGC begann nicht erst mit der Unabhängigkeit der jeweiligen Staaten, sondern war bereits im Vorfeld viel intensiver[315].

Die Palästinensische Befreiungsorganisation – respektive die Fatah – wollte eine solche Form der Beziehung mit der DDR nicht, weil sie ideologisch kein sozialistisches Konzept vertrat, so ist in Anbetracht ihrer programmatischen Ausrichtung und in Kenntnis der Aktenbestände zu schlussfolgern. Ost-Berlin wiederum hielt Mitte der 1970er Jahre Fragen einer marxistisch-leninistischen Festigung der Fatah-geführten PLO offenbar weiterhin bewusst aus der offiziellen Ebene der Beziehungen heraus. Für die SED stand fest, dass jede diesbezügliche Provokation Arafats auszuschließen war, und deshalb auch eine konkrete separate politische Förderung von „antiimperialistisch-progressiveren" Gruppen wie der PFLP oder der DFLP zu unterbleiben hatte[316].

[314] So ebd.

[315] Mit der SWAPO arbeitete die DDR seit spätestens Mitte der 1970er Jahre auf ideologisch-politischem Gebiet eng zusammen, vgl. Schleicher, SWAPO, S. 122–126.

[316] Sayigh, Palestinians, S. 145–152, umschreibt die sowjetische Politik gegenüber der DFLP ab 1975, mit der Moskau versuchte, die politische Ausrichtung der PLO zu beeinflussen, mit dem Bild des trojanischen Pferdes.

III. Libanon und Syrien 1976–1978

Mit Abschluss der zweiten Vereinbarung zwischen der SED und der Palästinensischen Befreiungsorganisation im Dezember 1975 schien es um die ostdeutschen Beziehungen zu Jassir Arafat weitaus besser bestellt zu sein als um die sowjetisch-palästinensischen Kontakte. Die weiterhin nicht eröffnete PLO-Vertretung in der UdSSR galt noch immer als Gradmesser des Klimas zwischen Moskau und Arafat. In einem österreichischen Vermerk hieß es Anfang Dezember 1975: „Arafats Freundschaftsbesuch in der Sowjetunion hat sich diesmal auf fünf Tage beschränkt. Völlig ungeklärt ist auch, warum die seit zwei Jahren schwebende Frage der Eröffnung eines PLO-Büros in Moskau, von der allgemein angenommen wurde, dass sie diesmal positiv geregelt würde, offen geblieben ist. Jedenfalls scheint beim Besuch Arafats für beide Seiten nicht alles nach Wunsch gelaufen zu sein, das Kommuniqué enthält, außer der freundschaftlichen Atmosphäre und Konsensbekundungen, nichts Neues."[317] Auch Ende 1975 war noch keine Einigung zwischen der PLO und der KPdSU herbeigeführt, die eine – bereits von Arafat im August 1974 gegenüber Grüneberg angekündigte und dann von sowjetischer Seite im Oktober 1974 vor der Generalversammlung erwähnte – „repräsentative Vertretung" der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Moskau ermöglichte[318]. Mit Beginn des Jahres 1976 kam zu dem Disput um die offizielle Haltung der PLO zu Resolution 242 ein neuer, gewichtigerer Streitpunkt hinzu: Syrien.

Syrien, der Kreml und die DDR seit dem Jom-Kippur-Krieg

Leonid Breschnew wollte nach 1974 verhindern, dass sich die syrisch-amerikanischen Beziehungen festigten und positiv weiterentwickelten. Der Kreml konnte es sich strategisch nicht erlauben, Syrien zu vernachlässigen. Assad verstand es jedoch, das von Kissinger vermittelte Truppenentflechtungsabkommen über den Golan und die von Damaskus fortgesetzte US-Politik gewinnbringend für eine massive sowjetische Wiederaufrüstung und umfassende sozialistische Kapitalhilfen einzusetzen[319]. 1974/75 summierte sich der Gegenwert syrischer Rüstungs-

[317] So AdR, BMfaA, Sektion II-pol 2342, GZ 88.19.12/134-II, Bericht der Botschaft Moskau an das BMfaA, 03. 12. 1975. Zum Besuch Arafats im Mai 1975 in Moskau hielt das AA fest: „Der jüngste Sowjetunionbesuch einer PLO-Delegation unter Arafat hat, soweit die veröffentlichte Abschlusserklärung und Informationen dies erkennen lassen, sachlich keine großen Fortschritte gebracht und den vielerorts erwarteten Durchbruch nicht erzielt. […] Die immer noch ausstehende Eröffnung des zugesagten PLO-Büros in Moskau bleibt unerwähnt", so PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Bericht der Botschaft Moskau an das AA, 08. 05. 1975.

[318] Arafat erklärte gegenüber Grüneberg im August 1974: „Wir werden in den nächsten Tagen unser Büro in Moskau eröffnen", so SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Vermerk, 09. 08. 1974. Der sowjetische VN-Botschafter bestätigte Mitte Oktober 1974 vor der GV, dass man sich während des Aufenthaltes Arafats im August in Moskau, mit der PLO auf die Eröffnung eines Büros verständigt habe, vgl. UN A/29/PV.2268, Procès-Verbal, 14. 10. 1974, para. 16.

[319] Vgl. Freedman, Soviet Union, S. 148–150; Golan, Syria and the Soviet Union, S. 782–794, 801 f.

DOI 10.1515/9783110550108-008

importe aus der Sowjetunion sehr wahrscheinlich auf den höchsten Betrag bis zum Jahr 1991[320].

Im völkerrechtlichen Sinn hatte sich die DDR an dem vorangegangenen militärischen Konflikt beteiligt: Die Nationale Volksarmee war in Kompaniestärke damit befasst, ab Mitte Oktober 1973 Waffen, Munition, Panzer und Flugzeuge im Gesamtwert von rund 85 Millionen Mark nach Syrien zu transportieren und dort an die Armee Assads zu übergeben[321]. Noch im März 1974 entschied das SED-Politbüro – offensichtlich im Glauben, es habe mit dieser „Waffenbrüderschaft" einen Neuanfang in den bilateralen Beziehungen erreicht –, den syrischen Präsidenten zum ersten Staatsbesuch in die DDR einzuladen[322]. Mit Abschluss des auf Vermittlung der USA zustande gekommenen sogenannten Entflechtungsabkommens zwischen den israelischen und syrischen Truppen im Golan-Gebirge erschien nun aber eine Aufwartung Hafiz al Assads in Ost-Berlin höchst inopportun. Nicht zuletzt nach der 1974 erfolgten ersten Reise eines syrischen Emissärs nach Washington wurde Assads Besuch der DDR auf unbestimmte Zeit verschoben[323].

Nichtsdestotrotz war die DDR, wie die Sowjetunion, in der Lage, mit Syrien neue Militärabkommen und Wirtschaftsverträge abzuschließen, unter anderem im April 1975 ein langfristiges Handelsabkommen, ein Abkommen zur Regelung

[320] Vgl. SIPRI, TIV of Arms Exports to Syria, www.sipri.org/databases/armstransfers/background (16. 06. 2012); Golan, Syria and the Soviet Union, S. 779–782. Perthes, Political Economy, S. 25–31, gibt die Höhe des Waffenimportes zwischen 1970 u. 1978 mit jährlich 570 Mio. US-Dollar an.

[321] Durch seinen Angriff auf Israel im Oktober 1973 befand sich Syrien nicht in der Rolle eines sich selbst verteidigenden Landes, dem unter Art. 55 VN-Charta hätte Beistand gewährt werden können. Die DDR war auch nicht neutral in diesem Konflikt: „Der neutrale Status endet mit der Beteiligung eines Staates am bewaffneten Konflikt. […] Die massive militärische Unterstützung hebt den neutralen Status auf", so Herdegen, Völkerrecht, S. 426. Die Parteinahme der DDR war auch dann noch gegeben, als die NVA ab dem 29. 10. 1973, also nach den am 22. 10. bzw. 25. 10. 1973 verabschiedeten VN-Resolutionen 338 u. 340, die per Schiff transportierte Militärtechnik in Tartus entlud, da der Waffenstillstand nicht den Kriegszustand zwischen Syrien u. Israel beendete, vgl. Ipsen, Völkerrecht, S. 1244f.; UN S/RES/338 (1973), Resolution, 22. 10. 1973; UN S/RES/340 (1973), Resolution, 25. 10. 1973; BArch, DVW 1/114483, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 13. 10. 1973, Bl. 170; BArch, DVW 1/114483, Schreiben des MfNV an Hermann Axen, 01. 11. 1973, Bl. 190f.; BArch, VA-01/32899, Aktennotiz, o. D., ca. 15. 10. 1973, Bl. 230; BArch, VA-01/32899, Aufgabenstellung, 16. 10. 1973, Bl. 23f.; BArch, VA-01/32899, Bericht, 17. 10. 1973, Bl. 1; BArch, VA-01/32899, Kurzinformation, o. D., Bl. 288f.; BArch, VA-01/32899, Bericht, 22. 10. 1973, Bl. 36; BArch, VA-01/32899, Informationsbericht, 04. 11. 1973, Bl. 218; Meining, Geheimoperation Aleppo; ders., Kommunistische Judenpolitik, S. 328; Storkmann, Solidarität, S. 60–62, 587.

[322] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1494, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 12. 03. 1974, Bl. 8f. Die Einladung des syrischen Präsidenten war das politisch wichtigste Ergebnis der Reisen Grünebergs als „Sonderbevollmächtigter der Partei- und Staatsführung" im März 1974 nach Syrien, Ägypten u. in den Irak, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1494, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 12. 03. 1974, Bl. 8f.

[323] Im Juni 1974 besuchte US-Präsident Nixon Damaskus, im August desselben Jahres folgte der Besuch des syrischen Außenministers in Washington, vgl. Golan, Syria and the Soviet Union, S. 785; Rabil, Terror, S. 60–64; Kissinger, Years of Upheaval, S. 1044.

des Zahlungsverkehrs und ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit[324]. Damit wurden zum Teil alte Dokumente der 1960er Jahre reaktiviert und andere neu vereinbart[325]. Vorgesehen waren Erleichterungen im bilateralen Handel sowie die ostdeutsche Zusage eines fünfjährigen Regierungskredites in Höhe von 72 Millionen US-Dollar zu 2,5 Prozent Zinsen[326]. Der SED-Staat verpflichtete sich somit, Syrien bis 1980 Waren aus dem Bereich Elektrotechnik und Anlagenbau im Gesamtvolumen von mehr als 70 Millionen US-Dollar zu einem sehr niedrigen Zinssatz zu liefern[327]. Der DDR-Export war bereits zwischen 1973 und 1975 von 67 Millionen auf 123 Millionen Valutamark und der Import im selben Zeitraum von 15 Millionen auf 90 Millionen Valutamark gestiegen[328].

Dass sich die Beziehung mit dem Assad-Regime dauerhaft verbessern sollte, wurde aber nicht nur an den wirtschaftlichen Zahlen sichtbar, sondern auch daran, dass nach vorangegangenen Gesprächen Außenminister Oskar Fischers in Damaskus das Politbüro der SED am 6. Januar 1976 beschloss, der seit 1974 offene Besuchstermin des syrischen Präsidenten sei noch im Laufe des kaum eine Woche alten Jahres „zu realisieren“[329]. Er fand allerdings letztlich auch 1976 nicht statt, denn als Syrien mit Truppen der Palästinensischen Befreiungsarmee im Libanon intervenierte, um gegen die linken Oppositionsgruppen und Arafats PLO vorzugehen, änderten sich die Rahmenbedingungen des Verhältnisses zwischen Moskau/Ost-Berlin und Damaskus, beziehungsweise Syrien und der PLO, schlag-

[324] Vgl. BArch, DL 2/17338, Teil 2, Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, 10. 04. 1975; BArch, DL 2/17338, Teil 2, Langfristiges Handelsabkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR, 10. 04. 1975; BArch, DL 2/17338, Teil 2, Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen beiden Staaten, 10. 04. 1975.

[325] Zu den ursprünglichen Abkommen vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Vereinbarung zwischen der DAHB u. der Banque Central de Syrie, 23. 07. 1969; BArch, DL 2/17338, Teil 1, Kreditabkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR, 23. 07. 1969; BArch, DL 2/17338, Teil 1, Kreditabkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR, 17. 10. 1965; BArch, DL 2/17338, Teil 1, Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der DDR u. der Regierung der SAR, 17. 10. 1965; BArch, DL 2/17338, Teil 1, Abkommen über die Entwicklung wissenschaftlich-technischer Beziehungen zwischen der DDR u. der Regierung der SAR, 02. 08. 1965.

[326] Vgl. BArch, DL 2/17338, Teil 2, Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, 10. 04. 1975; BArch, DL 2/17338, Teil 2, Langfristiges Handelsabkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR, 10. 04. 1975.

[327] Vgl. BArch, DL 2/17338, Teil 2, Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, 10. 04. 1975.

[328] Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Auskunft SAR 1978, Bl. 441.

[329] So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1597, Anlage 5 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 06. 01. 1976, Bl. 36. Vgl. auch Wolfgang Fink: Außenminister der DDR in Syrien herzlich empfangen, in: ND, 06. 12. 1975, S. 2. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1597, Anlage 5 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 06. 01. 1976, Bl. 37.

artig: „The Soviet Union, observing its Arab policy in shambles as two of its clients – Syria and the PLO – were at each other's throats."[330]

Der Ausbruch des Bürgerkrieges im Libanon und die Intervention Syriens

Mitte April 1975 brach im Libanon Gewalt von ungekannter Intensität aus. In einer ersten Phase der Kämpfe zwischen April 1975 und Oktober 1976 starben etwa 30 000 Menschen, die Anzahl der innerlibanesischen Flüchtlinge betrug mehr als eine halbe Million[331]. Auslöser dieses bis Anfang der 1990er Jahre andauernden Bürgerkrieges, in dem nach Angaben der VN sowie des IKRK zwischen 150 000 und 200 000 Menschen getötet wurden, war das von Unbekannten verübte Attentat auf den politischen Anführer der Christen im Libanon, Pierre Gamail, am 13. April 1975[332]. Auch wenn Gamail unverletzt blieb, ließ die darauffolgende Vergeltung christlicher Milizen die seit Monaten gewachsene Feindschaft zwischen den die Regierung stellenden christlich-maronitischen, auch als Phalangisten bezeichneten Teilen der libanesischen Gesellschaft, und den muslimischen, mehrheitlich sunnitischen aber auch schiitischen sowie drusischen Religionsgruppen, unkontrolliert eskalieren[333].

Die Lage im Libanon war auch durch die Präsenz der PLO und die fortwährenden israelischen Angriffe auf libanesisches Staatsgebiet, die als Vergeltung für vorangegangene palästinensische terroristische Angriffe auf oder in Israel erfolgten, äußerst fragil[334]. Die politische Instabilität und die intra-religiösen Konflikte wurden aber auch durch die Einflussnahme der arabischen Staaten sowie Israels auf die jeweiligen Religionsgruppen im Land befördert. Riad sowie die Golfemirate beispielsweise unterstützten die Sunniten und Israel ab spätestens Anfang 1976 die Christen. Syrien wiederum stärkte schiitische Kräfte, da das Regime Assads der schiitisch-alawitischen Minderheit angehörte und sowohl die Herrschaft in Syrien als auch der von Damaskus im Libanon gewünschte Einfluss von dieser schiitischen Komponente maßgeblich abhingen[335]. Die beanspruchte Führungs-

[330] So Kissinger, Years of Renewal, S. 1043.

[331] Vgl. Smith, Conflict, S. 347; Sayigh, Struggle, S. 361–409; Khalidi, Lebanon, S. 104; Weinberger, Intervention, S. 135f.

[332] Vgl. Smith, Conflict, S. 347f.; Zittrain Eisenberg, From Benign to Malign, S. 20; Pogany, Peacekeeping, S. 67; Avi-Ran, Involvement, S. 19; Sayigh, Struggle, S. 361. Nach Angaben der VN starben im libanesischen Bürgerkrieg zwischen 1975 u. 1990 mind. 120 000 Menschen, vgl. UN A/HRC/3/2, HRC-Report, 15. 03. 2006, S. 18. Das IKRK geht davon aus, dass in diesen Kämpfen 200 000 Personen getötet wurden, vgl. ICRC, Lebanon, S. 12. Der IWF erklärte 1995, der Libanon habe zwischen 1975 u. 1993 materielle Schäden von mind. 25 Mrd. US-Dollar erlitten, vgl. Eken/Cashin/Erbas/Martelino/Mazarei, Lebanon, S. 3–8.

[333] Vgl. Weinberger, Intervention, S. 135f.; Pogany, Peacekeeping, S. 67; Zittrain Eisenberg, From Benign to Malign, S. 20; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 24–27.

[334] Vgl. Khalidi, Lebanon, S. 124; Sayigh, Struggle, S. 358f.

[335] Vgl. Nir, Berri, S. 3–16, 168–171; Kramer, Alawis, S. 237, 246f., 251; Berti, Beirut, S. 15; Avi-Ran, Involvement, S. 9; Spyer, Israel, S. 199; Smith, Conflict, S. 349. Die Alawiten waren eine Ende des 9. Jh. von den Schiiten abgespaltene Gruppe, die erst ab Ende des 19. Jh. als Alawiten bezeichnet werden. Der Schiismus u. vor allem maßgebliche schiiti-

rolle im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Libanon rechtfertigte Syrien durch die seit Hunderten von Jahren gewachsenen Bezüge und die eigene Vorstellung eines großsyrischen Reiches, das spätestens Anfang des 20. Jahrhunderts geteilt worden war[336]. So unterstand das osmanische Großsyrien, das die heutigen Staaten Syrien, Libanon, Israel und Jordanien sowie Teile der Türkei, des Irak und das von Israel besetzte Westjordanland umfasste, nach dem Ersten Weltkrieg keiner einheitlichen Souveränität mehr, sondern gemäß Beschluss des Völkerbundes nach 1920 französischer und britischer Mandatshoheit[337]. Während Großbritannien die südlichen Teile beanspruchte, also das Gebiet Palästinas, Jordaniens und des Irak, trennte Frankreich als selbstwahrgenommene Schutzmacht des christlichen Katholizismus die vormals eigenständige christliche Provinz rund um Beirut vom Rest Großsyriens ab und gab diesem Gebiet weitere muslimische Territorien im Norden und Westen hinzu, um eine gewisse politische Stabilität der neuen Provinz Großlibanon zu erreichen. Auch danach blieb diese Einheit aber mehrheitlich christlich geprägt. Aus der Provinz Großlibanon ging 1946 die heutige Republik Libanon hervor[338].

Syrien wurde aus selbstständigen Gebieten, wie dem der Drusen und dem der Alawiten sowie den Territorien um Aleppo und Damaskus, gebildet[339]. Beide Länder, Syrien und der Libanon, stellten bereits unter französischer Mandatsherrschaft eine Wirtschaftseinheit dar. Insbesondere für Damaskus waren die Verbindung mit Beirut und der Zugang zum Mittelmeer von entscheidender Bedeutung und beeinflussten die außenpolitischen Interessen nachhaltig[340]. Unter Präsident Hafiz al Assad verstärkten sich die großsyrischen Ambitionen zur Wiederherstellung des ursprünglichen osmanischen Syriens weiter. Allerdings plante er keine territoriale Vereinigung beider Länder. Für Assad war der Libanon vielmehr, vor allem nach 1973, Einflussfaktor auf Israel, die Palästinenser sowie Jordanien und in Konsequenz auch auf die sunnitische Hauptmacht Saudi-Arabien[341].

sche Geistliche des Libanon haben die Echtheit der Zugehörigkeit der Alawiten zum schiitischen Islam in Abrede gestellt, vgl. Kramer, Alawis, S. 238–252; Friedman, Nusayri Alawis, S. 5f., 43, 67; Olson, Ba'th, S. 65f.

336 Vgl. Avi-Ran, Involvement, S. 3–6; Kandil, Syrian Foreign Policy, S. 422f.; Zittrain Eisenberg, From Benign to Malign, S. 10–12; Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 15, 53–63; Weinberger, Intervention, S. 33–46; Nir, Berri, S. 3–16.

337 Vgl. Weinberger, Intervention, S. 31–36, 44–47, 59; Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 53–58; Pogany, Peacekeeping, S. 39f.; Avi-Ran, Involvement, S. 4f.

338 Vgl. Weinberger, Intervention, S. 41–47; Harris, Lebanon, S. 15f.; Olmert, Shi'is, S. 189–193; Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 58, 91f.; Pogany, Peacekeeping, S. 39f.; Dawn, Foreign Policy of Syria, S. 162f.; Zittrain Eisenberg, From Benign to Malign, S. 11; Nir, Lebanese Shi'a, S. 177.

339 Vgl. Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 61; Kramer, Alawis, S. 239f.; Pogany, Peacekeeping, S. 40; Dawn, Foreign Policy of Syria, S. 163f.; Avi-Ran, Involvement, S. 4f.; Rabil, Terror, S. 1–16.

340 Vgl. Weinberger, Intervention, S. 51, 53; Berti, Beirut, S. 17. Syrien nahm erst 2008 volle diplomatische Beziehungen mit dem Libanon auf, vgl. Nir, Berri, S. 174; AP: Syria and Lebanon Set Up Formal Ties, in: NYT, 14. 10. 2008, S. A14.

341 Vgl. Hinnebusch, Syria, S. 149–156; ders., Revisionist Dreams, S. 382; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 71f.; Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 100–102, 162–165; Berti, Beirut, S. 61–72; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 134–142.

Nach den im April 1975 ausgebrochenen Kämpfen versuchte Assad zunächst mithilfe der Saiqa die Gruppen der sogenannten Nationalen Widerstandsbewegung des Libanon zu unterstützen[342]. Neben den Drusen Kamal Junblatts waren die beiden kommunistischen Parteien des Libanon, die von Irak kontrollierte Baath-Gruppe des Landes sowie eine von Syrien beeinflusste Partei Teil dieser Bewegung[343]. Die PLO blieb ihr fern, denn Arafat wollte eine Involvierung in die Auseinandersetzungen vermeiden[344]. Nach Abschluss des ägyptisch-israelischen Sinai-II-Abkommens vom 1. September 1975 griff Syrien aktiv in den Bürgerkrieg im Libanon ein und erreichte am 20. September eine Feuerpause. Assad wollte verhindern, dass die innerlibanesischen Kämpfe dem Einfluss Syriens im Libanon schaden konnten, ganz besonders nachdem er erkannt hatte, dass Ägypten auf dem Weg zu einer US-vermittelten Anerkennung Israels war und damit aus einer potenziellen Koalition gegen den jüdischen Staat ausschied. Ihm fehlte somit ein weiterer Kriegspartner, da Jordanien ebenfalls nicht infrage kam. Die baldige Rückeroberung des Golan war folglich unwahrscheinlicher geworden[345]. Israel konnte zudem nach dem zweiten Abkommen über den Sinai signifikante Truppenteile im Süden des Landes abziehen und an seine Nordgrenzen verlegen. Präsident Assad versuchte, diese neue sicherheitspolitische Bedrohung durch größeren Einfluss auf die libanesische Innenpolitik zu kompensieren[346].

Neben den Vermittlungsbemühungen im Libanon im Herbst 1975 war auch die PLO ein Element der Politik Assads. Damaskus war bestrebt, sich international als Anwalt der Palästinenser darzustellen und gleichzeitig zu verhindern, dass Arafat durch seine ägyptischen Verbindungen auf Washington zuging. Aus diesem Grund verband man syrischerseits die Zustimmung zum nächsten, ab Dezember 1975 beginnenden, sechsmonatigen UNDOF-Mandat auf dem Golan mit der Forderung nach Teilnahme der PLO an den Sitzungen des Sicherheitsrates der VN im Januar 1976[347]. Tatsächlich gelang es Syrien, mit Sicherheitsratsresolution 381 vom 30. November 1975 seine Forderung durchzusetzen[348]; auch die Vereinigten Staaten hatten nicht gegen die Formulierung gestimmt, der zufolge alle einschlägigen VN-Resolutionen zur Frage Palästinas in der anstehenden Sicherheitsratssitzung berücksichtigt werden sollten. Damit wurde die PLO entsprechend den Resolutio-

[342] Vgl. Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 102; Hinnebusch, Revisionist Dreams, S. 397; Avi-Ran, Involvement, S. 19; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 83f.

[343] Vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 146f.; Badran, Militia Wars, S. 42f.; Khalidi, Lebanon, S. 76f.; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 26f.; Sayigh, Struggle, S. 362f.

[344] Vgl. ebd., S. 373f.; Pogany, Peacekeeping, S. 69–72; Weinberger, Intervention, S. 179.

[345] Vgl. Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 78–80; Khalidi, Lebanon, S. 49; Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 162–165; Hinnebusch, Foreign Policy of Syria, S. 155f.; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 140f.

[346] Vgl. Hinnebusch, Foreign Policy of Syria, S. 155; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 78–80.

[347] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 378; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 139–141; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 79f.; Hinnebusch, Revisionist Dreams, S. 380f.; Sybesma-Knol, Observers, S. 288f.; UN S/1975/11883, Add. 1, UNDOF-Report, 28. 11. 1975. Die UNDOF-Mission sah einen Einsatz von über 1000 Soldaten vor u. ging auf VN-Resolution 350, zurück, vgl. UN S/RES/350 (1974), Resolution, 31. 05. 1974.

[348] Vgl. UN S/RES/381 (1975), Resolution, 30. 11. 1975.

nen der Generalversammlung seit 1974 als anerkannte Vertreterin des palästinensischen Volkes betrachtet[349]. Obwohl damit noch keine Einladung an die PLO als zu hörender Partei im Sicherheitsrat – ein lediglich Staaten vorbehaltenes Privileg – ausgesprochen worden war, galt es als sicher, dass dieser formale Akt stattfinden werde, denn ein Veto gegen Fragen der Geschäftsordnung des VN-Sicherheitsrates gab es nicht[350]. Die „New York Times" kommentierte Resolution 381 als Schritt hin zur Einbeziehung der Palästinensischen Befreiungsorganisation in die nahostpolitischen Gespräche des Jahres 1976 und als eine von der amerikanischen Regierung erstmals vollzogene „virtual recognition" der PLO[351]. Israel lehnte eine solche Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation, wie sie der Sicherheitsrat faktisch gebilligt hatte, entschieden ab und warf Washington vor, „a sort of backhanded recognition" Arafats durchsetzen zu wollen[352].

Im Libanon erwies sich zeitgleich der von Syrien Ende September 1975 vermittelte Waffenstillstand als brüchig. Bereits wenige Wochen nach dessen Abschluss hatten in Beirut die Auseinandersetzungen zwischen den christlichen Verbänden auf der einen und muslimischen sowie drusischen auf der anderen Seite zugenommen. Die unmittelbar nach der Sicherheitsratsresolution 381 im Dezember 1975 verstärkten israelischen Angriffe auf den Libanon begünstigten eine sich weiter zuspitzende innenpolitische Lage[353]. Am 6. Dezember 1975 brachen schließlich heftige neue Kämpfe aus[354]. Die österreichische Botschaft vermerkte: „Infolge der Ermordung von fünf jungen Phalangisten in einem Bergort kam es vorgestern Vormittag zu dem bisher bösartigsten und blutigsten Gewaltausbruch. Innerhalb weniger Stunden wurden in Beirut an die 600 Personen entführt, wovon mindestens 100 an Ort und Stelle niedergemacht wurden. […] In der Stadt liegen noch überall Leichen umher, […] selbst 200 m von der Botschaft entfernt lag über 36 Stunden eine männliche Leiche. Der Hauptgrund hierfür ist, dass weder Zivilpersonen noch die Polizei es wagen, sich den Leichen zu nähern, um nicht selbst erschossen zu werden. Dies lässt erahnen, wie tiefgehend die Erbitterung und der Hass bei den Bewaffneten auf beiden Seiten ist."[355]

Mit Beginn dieser Auseinandersetzungen Anfang Dezember 1975 veränderte sich für Syrien die politisch-strategische Bewertung der Libanonkrise. Es wurde

[349] Vgl. u. a. UN A/RES/XXIX/3210, Resolution, 14. 10. 1974; UN A/RES/XXIX/3236, Resolution, 22. 11. 1974; UN A/RES/XXIX/3237, Resolution, 22. 11. 1974. Vgl. auch Sybesma-Knol, Observers, S. 288 f.; Paul Hofmann: U.N. Council Invites P.L.O. to a Session, in: NYT, 05. 12. 1975, S. A1.

[350] Vgl. die „Provisional Rules of Procedure of the Security Council" in der 1976 gültigen Fassung: UN S/96/Rev.5, Provisional Rules of Procedure of the Security Council, 31. 01. 1969. Vgl. auch Sybesma-Knol, Observers, S. 288–291; Paul Hofmann: U.N. Council Invites P.L.O. to a Session, in: NYT, 05. 12. 1975, S. A1.

[351] So Paul Hofmann: U.N. Golan Force Renewed again, in: NYT, 01. 12. 1975, S. A1.

[352] So ebd.

[353] Vgl. Khalidi, Lebanon, S. 49. Allein am 02. 12. 1975 starben bei einem Luftangriff fast 60 Menschen, vgl. James M. Markham: Israeli Jets Hit Palestinian Sites in Lebanon, in: NYT, 03. 12. 1975, S. A1.

[354] Vgl. Khalidi, Lebanon, S. 50.

[355] So AdR, BMfaA, Sektion II-pol 2347, GZ 123.03.01/49-II 4/75, Schreiben der Botschaft Beirut an das BMfaA, 09. 12. 1975.

jetzt immer wahrscheinlicher, dass sich der Libanon in einen christlichen Nord- und einen muslimischen Südstaat spalten würde und Israel oder andere arabische Staaten in den Konflikt eingriffen, indem sie Soldaten in das westliche Nachbarland Syriens entsandten. Jedes dieser Szenarien bedeutete einen Verlust von syrischem Einfluss sowie eine mögliche israelische Militärpräsenz weniger als 40 Kilometer von Damaskus entfernt[356]. Assad entschied daher, gemeinsam mit der Regierung des Libanon deren Opposition – das heißt auch Arafat – zu bekämpfen, allerdings noch nicht mit eigenen syrischen Truppen[357]. Am 19. Januar 1976 rückten zunächst mehrere Tausend Soldaten der in Syrien stationierten Palästinensischen Befreiungsarmee in den Libanon vor[358]. Diese Einheiten der PLA waren nicht dafür vorgesehen, die PLO und die linken libanesischen Gruppen zu verstärken, sondern Assad wollte die christliche Regierung stabilisieren, „and […] cut down the Palestinians in size"[359].

Diese Kurswendung gegen die PLO fand während der von Syrien nur Wochen zuvor verlangten Teilnahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation an den Sitzungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen statt. Faruq al Qaddumi konnte am 12. Januar 1976 erstmals als Vertreter der PLO am Tisch des wichtigsten Gremiums der VN Platz nehmen und zum Tagesordnungspunkt „Die Situation im Nahen und Mittleren Osten" sprechen[360]. Qaddumi verfolgte die Debatten gut eine Woche, bevor er am 21. Januar New York verließ, denn die neue syrische Offensive im Libanon zwang ihn zur Rückkehr[361]. Angesichts des Eingreifens Syriens und der Belagerung von Tall Zaatar, einem der größten palästinensischen Flüchtlingslager der UNRWA, das im südöstlichen, christlich kontrollierten Stadtteil Beiruts lag und mehr als 30 000 Menschen versorgte, entschied Arafat, dass die PLO gegen die christlichen Milizen und syrischen Einheiten der Palästinensischen Befreiungsarmee kämpfen sollte[362].

[356] Vgl. Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 102; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 80–83, 126–138; Berti, Beirut, S. 19f.; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 72; Hinnebusch, Syria, S. 155f.; ders., Revisionist Dreams, S. 397f.; Sayigh, Struggle, S. 371f.; Weinberger, Intervention, S. 135f.; Rabil, Embattled Neighbours, S. 51; Gowers/Walker, Myth, S. 155, 160.

[357] Vgl. Hinnebusch, Revisionist Dreams, S. 397; Avi-Ran, Involvement, S. 27f.; Sayigh, Struggle, S. 371f.; Rubin, Revolution, S. 50; Rabil, Embattled Neighbours, S. 54; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.768, Bericht der Botschaft Damaskus an das AA, 10. 11. 1976. Wie Smith, Conflict, S. 349, herausstellt, verband Syrien u. Israel das Interesse, im Libanon mithilfe der Christen Einfluss auf die Innenpolitik zu nehmen.

[358] Vgl. Weinberger, Intervention, S. 139; Avi-Ran, Involvement, S. 19f.; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 84–86; Sayigh, Struggle, S. 376f.; Bar-Haim, Palestine Liberation Army, S. 173f.; Eric Pace: Syria Says Military Rule Would Peril Lebanon Unity, in: NYT, 20. 01. 1976, S. A3.

[359] So Khalidi, Lebanon, S. 81; vgl. auch Bar-Haim, Palestine Liberation Army, S. 173f.

[360] Vgl. UN S/PV.1870, Procès-Verbal, 12. 01. 1976, paras. 121, 138–189.

[361] Zur Anwesenheit Qaddumis im VN-SR vom 13. 01. bis 21. 01. 1976 vgl. UN S/PV.1871, Procès-Verbal, 13. 01. 1976, para. 1; UN S/PV.1877, Procès-Verbal, 21. 01. 1976, para. 1; UN S/PV.1878, Procès-Verbal, 22. 01. 1976, para. 1.

[362] Vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 155, 160; Pogany, Peacekeeping, S. 72; Sayigh, Struggle, S. 372–375; Weinberger, Intervention, S. 178f.

1. Das antipalästinensische Eingreifen Syriens im Libanon und die Entscheidung der DDR: Assad oder Arafat?

Syriens Intervention im Libanon fand unmittelbar nach dem Besuch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR in Damaskus statt. Anfang Januar 1976 wertete die SED das Verhältnis zwischen Syrien und der PLO noch als eng. Deshalb wollte die DDR nicht nur Assad einladen, sondern auch dem PLO-Büro in Ost-Berlin einen diplomatischen Status gewähren – unabhängig davon, dass im Nachfolgeabkommen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation ein solcher Schritt Anfang Dezember 1975 nicht erwogen worden war. In einer Vorlage für die Außenpolitische Kommission beim Politbüro des ZK der SED hieß es am 27. Januar 1976: „Der Status des PLO-Büros ist unter Berücksichtigung der politischen Entwicklung schrittweise zu erhöhen. Dazu werden folgende Maßnahmen durchgeführt: […] Umbenennung des Büros der PLO in ‚Ständiges Büro der Palästinensischen Befreiungsorganisation in der Deutschen Demokratischen Republik'. […] Einräumen von Privilegien und Immunitäten für den Leiter und seinen Stellvertreter in gleichem Umfang wie sie dem diplomatischen Personal der Vertretungen anderer Staaten gewährt werden (Recht auf Flaggenführung und Führung von CD-Zeichen, Diplomatenausweis)."[363] Diese Vorlage wurde am 9. Februar 1976 von der Parteiführung beraten, aber nicht beschlossen[364].

Kein „Ständiges Büro" der PLO in Ost-Berlin

Bis zum 27. Februar 1976 entstand ein neuer Text, dem Honecker am 7. März zustimmte – ohne dass dieser Entwurf auf der Agenda des zwei Tage später tagenden Politbüros stand oder einen substanziellen politischen Inhalt besaß; auch von einer diplomatischen Aufwertung der PLO-Vertretung in der DDR war in dem Papier nicht mehr die Rede[365]. In Ost-Berlin war folglich im Januar 1976 geplant, den Status des Büros der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu erhöhen. Aber aus einer konzeptionellen Vorlage, die dieser palästinensischen Repräsentanz erstmals diplomatische Rechte zuerkannte und eine quasi regierungsoffizielle Anerkennung verlieh, wurde letztendlich infolge der „Berücksichtigung der politischen Entwicklung" im Libanon im Februar 1976 ein allgemein gehaltener Bericht über die ostdeutschen Beziehungen mit der PLO. Das SED-Regime entschied sich gegen eine politisch-diplomatische Unterstützung Jassir Arafats[366].

[363] So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1891/86, Vorlage, 27. 01. 1976; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 3523/82, Hausmitteilung der Protokollabteilung des MfAA an die Abteilung Naher und Mittlerer Osten, 06. 02. 1976.

[364] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.115/15, Protokoll der Sitzung der Außenpolitischen Kommission, 17. 02. 1976, Bl. 3.

[365] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1891/86, Schreiben des MfAA an Erich Honecker, 27. 02. 1976; ebd. das Signum Honeckers vom 07. 03. 1976. Zur Nichtberatung im Politbüro am 09. 03. 1976 vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1607, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 09. 03. 1976, Bl. 1–63.

[366] Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 334f., lässt in diesem Sinne unberücksichtigt, dass die im Januar 1976 beschlossene Statuserhöhung nicht wirksam wurde, son-

Die Passivität und verweigerte Unterstützung gegenüber der PLO in deren Auseinandersetzungen mit Syrien behielt Honecker bei, trotz der sich verschärfenden Lage im Libanon[367]. Seit April 1976 griff Syrien nicht mehr nur indirekt über die Saiqa und die PLA ein, sondern hatte eine Seeblockade gegen den Libanon verhängt und war bereits mit regulären Streitkräften vorgerückt[368]. Am 19. Mai 1976 verlangte Arafat, formal Oberkommandierender der Palästinensischen Befreiungsarmee, den sofortigen Abzug der von Syrien befehligten Einheiten der PLA[369]. Anlass dieses Appells waren die vorangegangenen schweren Gefechte in Beirut[370].

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen besuchte am 16. Mai 1976 eine palästinensische Delegation den IX. Parteitag der SED in Ost-Berlin[371]. Im Einklang mit den im Dezember 1975 neu festgelegten Bestimmungen des SED-Abkommens mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation nahm diese Abordnung zum ersten Mal an einer derartigen Parteiveranstaltung teil. Außer dem Büroleiter Nabil Koulailat gehörten ihr jedoch keine weiteren Politiker der Fatah an und auch hohe Führungsmitglieder der PLO fehlten[372]. Dem ostdeutschen Solidaritätskomitee wurde allerdings auch von ideologisch nahestehenden Palästinensern ein alarmierender Bericht vorgetragen: „Das Ziel Syriens sei klar: ein schwacher Libanon, um auch die PLO im Libanon zu beherrschen. Offensichtlich wolle sich Syrien gegenüber den USA Trumpfkarten sichern. Die PLO sei bemüht, die negativen Entwicklungen abzuschwächen und nicht noch mehr zuzuspitzen. Es sei Pflicht der natürlichen Verbündeten Syriens […] es von seinem gefährlichen Weg abzubringen."[373] Diese Aussagen waren, zumal in Anbetracht der von Arafat zeitgleich öffentlich abgegebenen Erklärung, die syrischen Truppen der Palästinensi-

dern die DDR in dieser Situation der verschärften Konfrontation zwischen Arafat u. Assad das Gegenteil einer angeblich „unumstößlichen Haltung im israelisch-palästinensischen Konflikt" bezeugte. Die Entscheidung Honeckers stellte keinen „Erfolg" für den Vorsitzenden der PLO dar.

367 Den syrisch-palästinensischen Konflikt im Libanon 1975/76 vernachlässigend u. die Zeit der ostdeutschen PLO-Politik zwischen 1974 u. 1980 auf knapp einer Seite resümierend gelangt Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 334f., zu der Feststellung, dass sich ab 1974/75 „allmählich zwischen Jasser Arafat und Erich Honecker ein Vertrauensverhältnis" entwickelt habe, denn dies belegten, so Meining weiter, „die zahlreichen Grußbotschaften zwischen den beiden Politikern". Auch Bengtson-Krallert, DDR, blendet den syrisch-palästinensischen Konflikt aus.

368 Vgl. Avi-Ran, Involvement, S. 27; Sayigh, Struggle, S. 384f.; Lawson, Intervention, S. 452, 471.

369 Vgl. Weinberger, Intervention, S. 206. Bar-Haim, Palestine Liberation Army, S. 173f., urteilt diesbezüglich, die Konfrontation zwischen PLO und PLA sei ein innerpalästinensischer Bürgerkrieg gewesen.

370 Vgl. Weinberger, Intervention, S. 205f.; Sayigh, Struggle, S. 388–390; Pogany, Peacekeeping, S. 74.

371 Vgl. Zahlreiche ausländische Gäste zum IX. Parteitag der SED eingetroffen, in: ND, 17. 05. 1976, S. 1.

372 Die PLO-Delegation führte Jassir Abd Rabbu an, Funktionär der DFLP, vgl. Zahlreiche ausländische Gäste zum IX. Parteitag der SED eingetroffen, in: ND, 17. 05. 1976, S. 1.

373 So BArch, DZ 8/178, Vermerk, 20. 05. 1976.

schen Befreiungsarmee hätten sich umgehend zurückzuziehen, eine an die DDR gerichtete Aufforderung.

Was die syrische beziehungsweise palästinensische Delegation vor den versammelten Mitgliedern der SED erklärte, war aber von noch größerer politischer Brisanz. Der Gesandte der syrischen Baath-Partei sagte: „Die blutigen Ereignisse im Libanon haben das Ziel, das Sinai-II-Abkommen zu verschleiern, das revolutionäre Syrien abzulenken und die arabische Solidarität zu erschüttern."[374] Arafats Vertreter hingegen betonte: „Die Vorgänge im Libanon können nicht getrennt werden vom Plan des Imperialismus, des Zionismus und der arabischen Reaktion. Dort führt unsere palästinensische Revolution gemeinsam mit der nationalen und progressiven libanesischen Bewegung seit mehr als einem Jahr einen erbitterten Kampf zur Selbstverteidigung gegen die rechten und faschistischen Kräfte, die für die Durchführung dieses Plans die Rolle eines Brückenkopfes zur Zerschlagung unserer Revolution und der progressiven libanesischen Bewegung spielen. Die libanesischen Massen haben sich unter Führung ihrer progressiven Bewegung an die Seite unserer Revolution gestellt in ihrem Kampf für die Durchsetzung der demokratischen Forderungen zur Reformierung des politischen Systems. Wir werden mit aller Kraft an diesem Bündnis […] gegen alle Formen des Drucks und der Drohungen und gegen ausländische Einmischung festhalten."[375]

Während Syrien die PLO beschuldigte, sie unterstütze im Libanon amerikanische und israelische Interessen, und Arafat vorwarf, er wolle die arabische Solidarität „erschüttern" und das revolutionäre Syrien „ablenken", gab die Palästinensische Befreiungsorganisation allein „rechten und faschistischen Kräften" die Schuld an dem mehr als zwölf Monate andauernden Kampf gegen die Palästinenser und die „fortschrittlichen Kräfte" im Libanon. Die „arabische Reaktion" sei, so der Redner der PLO, neben Imperialismus und Zionismus, dritte Partei in dieser Konfrontation, deren Ziel in der „Zerschlagung" der palästinensischen Revolution und dem Ende des Bündnisses zwischen den Palästinensern und den „fortschrittlichen libanesischen Kräften" bestehe. Die Delegierten der PLO erklärten also auf einem SED-Parteitag in Ost-Berlin der anwesenden syrischen Baath-Partei, dass Präsident Assad im Libanon eine „faschistische Politik" betreibe und die „fortschrittlichen Kräfte" sowie die Palästinensische Befreiungsorganisation „zerschlagen" wolle. Bizarrer hätte sich die Auseinandersetzung zwischen Arafat und Syrien kaum darstellen können. Dennoch spendeten die versammelten SED-Mitglieder dieses Parteitages jeder der beiden „Grußadressen" gleichermaßen „lang anhaltenden, starken Beifall"[376].

Die abgelehnte Bitte Arafats

Etwa zwei Wochen später, am 1. Juni 1976, marschierte die syrische Armee auf Bitten der christlichen Regierung mit mehreren Tausend Mann in den Libanon

[374] Rede von Fahmi el Youssoufi, in: ND, 22./23. 05. 1976, S. 13.
[375] Rede von Yasser Abed Rabbo, in: ND, 22./23. 05. 1976, S. 14.
[376] Vgl. Rede von Fahmi el Youssoufi, in: ND, 22./23. 05. 1976, S. 13; Rede von Yasser Abed Rabbo, in: ND, 22./23. 05. 1976, S. 14.

ein[377]. Noch immer hatte sich die innenpolitische Lage nicht zugunsten der Christen entwickelt. Zudem schien weiterhin ein israelisches Eingreifen, eine Teilung des Libanon und auch eine Truppenpräsenz arabischer oder sogar französischer Streitkräfte möglich[378]. Im Februar 1976 hatte darüber hinaus die Muslimbruderschaft in den sunnitischen Teilen Syriens Aufstände organisiert, um gegen das syrische Vorgehen im Nachbarland und die alawitische Herrschaft des Assad-Regimes zu protestieren[379]. Damit verschärfte sich nun auch die innenpolitische Lage in Syrien durch den Konflikt zwischen der sunnitischen Mehrheit der Syrer und der sie regierenden schiitisch-alawitischen Minderheit[380]. Assad wusste um diese Gefahren. Seit seinem Coup im November 1970 stand zum ersten Mal kein sunnitischer Muslim an der Spitze Syriens und der Baath-Partei[381].

Traditionell gehörte das gewerbetreibende städtische Bürgertum dem sunnitischen Islam an. Es zählte seit den 1963 unter der Baath-Partei eingeleiteten und ab 1966 intensivierten Verstaatlichungen und ordnungspolitischen Maßnahmen zu den Verlierern[382]. Um Konfrontationen zwischen der säkularen Baath-Partei und islamischen Gruppen beziehungsweise eine Auseinandersetzung mit dem städtischen Bürgertum zu verhindern, hatte Assad in den ersten Jahren seiner Herrschaft, insbesondere nach seiner im März 1971 erfolgten Wahl zum Präsidenten, versucht, die Legitimität der neuen Regierung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu erhöhen[383]. Obwohl sich dadurch eine Assad gewogene, weil von ihm begünstigte und damit zugleich abhängige Gruppe erfolgreicher sunnitischer Unternehmer herausbildete, war die 1976/77 aufgetretene innenpolitische Krise – wie Raphaël Lefèvre und Raymond Hinnebusch unterstreichen – Ergebnis des Zusammenwirkens der islamischen Opposition und der Sunniten, die sich wirtschaftspolitisch diskriminiert fühlten: „Behind the bitterness felt by Sunnis towards the Baathist regime lay a more profound socioeconomic resentment which

[377] Vgl. Weinberger, Intervention, S. 209; Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 104; Sayigh, Struggle, S. 392–394; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 85f.; Pogany, Peacekeeping, S. 74. Ein solches Eingreifen stellte keinen Verstoß gegen das Interventionsverbot dar, da es auf Einladung der libanesischen Regierung erfolgte, vgl. Ipsen, Völkerrecht, S. 1073–1075; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 95f.

[378] Vgl. Weinberger, Intervention, S. 135, 177–209; Sayigh, Struggle, S. 390f.; Rabil, Embattled Neighbours, S. 53.

[379] Vgl. Lefèvre, Ashes of Hama, S. 52–54, 72f.; Weinberger, Intervention, S. 79; Rabinovich, Prism, S. 184; Hinnebusch, State and Islamism, S. 204f.; Khatib, Islamic Revivalism, S. 71f.; Kandil, Syrian Foreign Policy, S. 424.

[380] Vgl. Hinnebusch, State and Islamism, S. 205; Khatib, Islamic Revivalism, S. 48–50, 60–63; Lefèvre, Ashes of Hama, S. 72; Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 102.

[381] Vgl. Kramer, Alawis, S. 242–245; Lefèvre, Ashes of Hama, S. 46f., 69; Khatib, Islamic Revivalism, S. 54, 70; Carré/Seurat, Frères musulmans, S. 133f.; Weinberger, Intervention, S. 70f.; Olson, Ba'th, S. 121.

[382] Vgl. Lefèvre, Ashes of Hama, S. 49–58; Khatib, Islamic Revivalism, S. 59–64; Hinnebusch, State and Islamism, S. 204f., 211; Olson, Ba'th, S. 107–109; Dawn, Foreign Policy of Syria, S. 161–163, 171; Perthes, Political Economy, S. 41; ders., Bourgeoisie and the Baath.

[383] Vgl. Khatib, Islamic Revivalism, S. 53–67, 94–98; Hinnebusch, Foreign Policy of Syria, S. 141–150; ders., State and Islamism, S. 199–204, 211–213; Rabil, Terror, S. 28–33; Perthes, Bourgeoisie and the Baath.

widened the social base of the Islamic opposition."[384] Präsident Assad stellte sich somit eine Gemengelage dar, die ein entschiedenes Handeln sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik erforderlich machte. Die Aufstände der Muslimbrüder in Syrien wurden niedergeschlagen und gleichzeitig ein massiver Streitkräfteeinsatz im Libanon vorbereitet[385].

Zum Zeitpunkt des syrischen Einmarsches in den Libanon befand sich der sowjetische Ministerpräsident Alexej Kossygin in Damaskus. Er wurde von seinen Gesprächspartnern aber nicht über das am 1. Juni 1976 geplante militärische Eingreifen informiert. Dieser Affront führte dazu, dass sich das ohnehin gestörte politische Verhältnis zwischen Damaskus und Moskau weiter verschlechterte[386]. Es zeigte sich zudem, dass der Einfluss des Kreml auf Assad Grenzen kannte[387]. Zum Besuch des syrischen Außenministers in Moskau, der vier Wochen nach der Düpierung Kossygins erfolgte, schrieb das Auswärtige Amt, er sei „in kühler Atmosphäre" verlaufen, ohne begleitende Meldungen in der Presse und ohne dass sich beide Seiten auf ein Kommuniqué hätten verständigen können[388]. Erst am 9. Juni 1976 erreichte die Liga der arabischen Staaten schließlich eine Begrenzung der syrischen Bodenoffensive und das Mandat einer 2500 Soldaten zählenden „Arab League Force"[389]. Eine Sicherung des Waffenstillstandes war allein aufgrund des geringen Umfanges dieser Eingreiftruppe nicht möglich. Syrien und syrisch kontrollierte Einheiten inklusive der Saiqa und der PLA umfassten rund 30 000 Mann, die der PLO 10 000 bis 15 000[390]. Die DDR akkreditierte am gleichen Tag, dem 9. Juni 1976, den neuen syrischen Botschafter in Ost-Berlin[391]. Die internationale Presse zitierte damals bereits Arafats Anschuldigung, Assad sabotiere den Friedensplan der Liga der arabischen Staaten[392].

Knapp zwei Wochen später, am 22. Juni 1976, begann mit der erneuten Belagerung von Tall Zaatar die für Arafat entscheidende Phase der Auseinandersetzung mit Assad. Anders als im Frühjahr wurde das Flüchtlingslager nun für Monate

[384] So Lefèvre, Ashes of Hama, S. 49; vgl. auch ebd., S. 49–53; Khatib, Islamic Revivalism, S. 54–64, 94–96; Hinnebusch, State and Islamism , S. 199–213; Perthes, Political Economy, S. 149, 254 f.

[385] Vgl. Lefèvre, Ashes of Hama, S. 54–58, 72–75; Rabinovich, Prism, S. 184; Hinnebusch, State and Islamism, S. 204 f.; Khatib, Islamic Revivalism, S. 71 f.

[386] Vgl. Weinberger, Intervention, S. 310; Freedman, Soviet Union, S. 156; Golan, Syria and the Soviet Union, S. 796. Der israelische Verteidigungsminister Peres erklärte österreichischen Diplomaten im Juni 1976 diesbezüglich: „Die SU hat sich schrecklich blamiert. Das war ein ‚terrible snub'", so der Bericht der österreichischen Botschaft Tel Aviv an den Minister, 18. 06. 1976, in: Steininger/Agstner, Israel, S. 307.

[387] Vgl. Freedman, Soviet Union, S. 156; Golan, Syria and the Soviet Union, S. 796.

[388] Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.768, Bericht der Botschaft Moskau an das AA, 09. 07. 1976. Vgl. auch Golan, Syria and the Soviet Union, S. 798.

[389] Vgl. Weinberger, Intervention, S. 217; Pogany, Peacekeeping, S. vi, 74; Gowers/Walker, Myth, S. 161; Sayigh, Struggle, S. 394; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 278–282.

[390] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 381, 385–391; Weinberger, Intervention, S. 182, 209; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 27 f., 278–310.

[391] Vgl. ADN: Syriens Botschafter übergab sein Beglaubigungsschreiben, in: ND, 10. 06. 1976, S. 2.

[392] Vgl. L'O.L.P. accuse Damas de saboter le plan de paix de la Ligue arabe, in: Le Monde, 12. 06. 1976, S. 3.

von jeder Versorgung abgeschnitten. Am 12. August 1976 stürmten es schließlich christliche Milizen, töteten etwa 1000 Menschen und zerstörten das Lager vollständig[393]. Insgesamt starben bei der Belagerung von Tall Zaatar zwischen Juni und August 1976 mehr als 3000 Palästinenser[394]. Während Moskau im Juli angesichts der Lage rund um dieses Flüchtlingslager und der anhaltenden syrischen Bekämpfung Arafats intervenierte und Assad drängte, seine militärische Präsenz im Libanon zu beenden, die Kämpfe gegen die PLO einzustellen, und die Waffenlieferungen für die syrische Armee unterbrach, verhielt sich die DDR, auch wenn sie keinerlei politische Stellungnahmen zugunsten Assads abgab, prosyrisch – trotz direkter Bitten Jassir Arafats um Unterstützung[395].

Noch am 11. August 1976, einen Tag vor der Einnahme von Tall Zaatar, schickte Arafat den Generalsekretär der Fatah, Abu Sharrar, als seinen Emissär in die DDR[396]. In den Stunden des 12. August, in denen die Palästinenser das Flüchtlingslager aufgaben, empfing das Solidaritätskomitee zum ersten und einzigen Mal offiziell die Fatah zu politischen Gesprächen. Sharrar erklärte: „Das Lager Tall Zaatar könne sich nicht mehr lange halten. Sein Fall werde zu einem Symbol der palästinensischen Revolution werden. […] Die Intervention Syriens im Libanon habe begonnen, als 82% des Territoriums von der PLO und den progressiven libanesischen Kräften kontrolliert wurden. […] Wie stark der Widerstand innerhalb der syrischen Armee gegen das Vorgehen im Libanon sei, beweise u. a., dass ca. 50% der auf das Lager Tall Zaatar niedergegangenen Bomben nicht explodiert seien [zurückgehend auf den aus Opposition zum Beschuss nicht aktivierten Detonationsmechanismus der Granaten] […] Er [Abu Sharrar] verwies darauf, dass die Hilfen der DDR, die in einer entsprechenden Vereinbarung fixiert seien, sehr wertvoll seien, in der gegenwärtigen Situation jedoch nicht mehr ausreichten, z. B. wären in den nächsten Tagen für ca. 32 000 Bewohner von Tall Zaatar Unterkünfte zu schaffen."[397] Arafat bitte die DDR daher, so der Fatah-Generalsekretär, Flugzeuge und Schiffe mit zusätzlichem Material zu entsenden: „Yasser Arafat sei auch damit einverstanden, wenn für die Lieferungen dringend benötigter Güter, wie Lebensmittel, Bekleidung, Medizin, Wasserpumpen etc., Schiffe gechartert wür-

393 Vgl. Weinberger, Intervention, S. 218–222, 255; Sayigh, Struggle, S. 395–401.

394 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 401; Report of the Commission of Inquiry into the Events at the Refugee Camps in Beirut, 8 February 1983, in: State of Israel, Israel's Foreign Relations, www.mfa.gov.il/MFA (13. 06. 2012).

395 Zur sowjetischen Reaktion vgl. Weinberger, Intervention, S. 310; Golan, Syria and the Soviet Union, S. 798 f. Moskau verringerte den syrischen Rüstungsexport 1976 signifikant, etwa um zwei Drittel, vgl. SIPRI, TIV of Arms Exports to Syria, www.sipri.org/databases/armstransfers/background (16. 06. 2012). Zwischen Juni u. September 1976 wurde Ost-Berlin von mind. vier weiteren, zusätzlich zu den bereits empfangenen hochrangigen palästinensischen Delegationen über die Lage im Libanon informiert, vgl. BArch, DZ 8/178, Programm zum Aufenthalt der Delegation der DFLP, 26. 06. 1976; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfAA, 04. 07. 1976, Bl. 71–73; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Notizen der Botschaft Kairo, 04. 08. 1976, Bl. 57 f.; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 20. 09. 1976, Bl. 52 f.

396 Vgl. BArch, DZ 8/178, Vermerk, 12. 08. 1976.

397 So ebd.

den. Die Bezahlung der Charterverträge würde die PLO übernehmen"; der Mitarbeiter des Solidaritätskomitees sagte „eine Prüfung der Bitte" zu[398].

Eine Reaktion der SED auf Sharrars überbrachte „Bitte" ist nicht bekannt. Insgesamt stellte die DDR der PLO 1976 zivile Solidaritätsgüter im Wert von 18 Millionen Mark zur Verfügung, die höchste jährliche Hilfsleistung bis 1990[399]. Der Vergleich mit der Quote des Exportes nach Syrien relativiert diese Unterstützung allerdings und zeigt, wie parteiisch die DDR tatsächlich war. Das SED-Regime steigerte den Handel mit Damaskus 1976 um ein Vielfaches, obwohl man um die massive syrische Gewalt gegen die Palästinenser im Libanon wusste. Den 18 Millionen Mark an PLO-Solidarität standen 1976 Umsätze des Syrienexportes in Höhe von 182,4 Millionen Valutamark gegenüber[400]. Die ostdeutsche Güterausfuhr nach Syrien hatte sich zwischen 1975 und 1976 um mehr als 60 Millionen Valutamark gesteigert[401]. Dass die Hilfe aus Ost-Berlin die Palästinenser zumeist nicht erreichte, war zudem in der DDR bekannt. Die Lieferungen an Arafat kamen entweder in libanesischen oder in syrischen Häfen an, und Damaskus kontrollierte spätestens seit März 1976 auch im Libanon den Seeweg. Obwohl Syrien die ostdeutschen Hilfsgüter, die für die Palästinenser bestimmt waren, einbehielt, unternahm Honecker nichts und forderte Assad nicht auf, die beschlagnahmten Waren auszuhändigen[402].

Waffen für Syrien – Empfehlungen für die PLO

Im Gegensatz zur Sowjetunion ergriff die DDR in Syrien auch nicht politisch für Arafat Partei. Lediglich am 13. August 1976, einen Tag nach dem Aufenthalt des Generalsekretärs der Fatah in Ost-Berlin und der Einnahme von Tall Zaatar, vermerkte Erich Honecker auf einem Schreiben des Verteidigungsministers, der erklärte, Syrien wünsche, 20 Ausbilder in die DDR zu entsenden: „Wir haben gegenwärtig kein Interesse an einer Vertiefung der Beziehungen zu Syrien. Sie [die syri-

398 So ebd.

399 Vgl. BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 103.

400 Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Auskunft SAR 1978, Bl. 441. Gemäß den Unterlagen der DAHB exportierte die DDR allein zwischen 1975 u. 1977 kontinuierlich Elektrotechnik, wie Transformatoren und Generatoren, im Gesamtwert von über 50 Mio. Mark, vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8619. Im Februar 1976 wurde zudem ein Vertrag über den Bau einer neuen Transformatorenwerkstatt in Syrien abgeschlossen, vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8621, Vertrag zwischen dem Elektrotechnik Import Export und der Public Establishment of Electrification, 04. 02. 1979.

401 Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Auskunft SAR 1978, Bl. 441.

402 Bruno Beater, stellv. Minister für Staatssicherheit, hielt am 04. 11. 1976 fest, Nabil Koulailat habe erklärt: „Die DDR hat uns viele Güter geschickt, Lebensmittel, Kleidung usw. teilweise über Syrien. Die meisten dieser Güter wurden privat beschlagnahmt von Syrern, Offizieren und Vertretern der Saika. Vor Monaten wurde vom FDGB eine Sendung mit Naturalien geschickt, für die PLO. Assad hat sich geweigert, diese an die PLO zu verteilen. Er hat erklärt, die PLO gibt sie nur den Moslems und nicht den Christen", so BStU, MfS, HA II, 18652, Schreiben der HA II an Bruno Beater, 04. 11. 1976, Bl. 226. Zur syrischen Seeblockade vgl. Avi-Ran, Involvement, S. 27.

sche Regierung] kämpft gegen die PLO."[403] Honecker betonte zwar, dass es kein Interesse an einer „Vertiefung" der Kontakte gab, aber trotz der Kämpfe gegen Arafat und im Gegensatz zu Moskau hatte er bis dahin alle Exportverträge gegenüber Damaskus erfüllt, auch die militärischen.

Mit Schreiben vom 27. Oktober 1976 erklärte Verteidigungsminister Heinz Hoffmann: „Werter Genosse Honecker! Ich muss mich heute in einer für mich schwer zu entscheidenden Frage an dich wenden. Wie dir bekannt ist, haben wir auf dem Gebiet der militärischen Lieferung schon seit Jahren bestimmte feste Beziehungen mit der Republik Syrien. Im Wesentlichen betreffen diese Beziehungen auf militärischem Gebiet die Instandsetzung von Triebwerken der MiG-Serie sowie die Lieferung von Maschinenpistolen. Für das Jahr 1976 sind all diese vertraglich festgelegten Verpflichtungen bereits abgegolten bzw. im Prozess der Lieferung. Für das Jahr 1977 und im weiteren werden zurzeit von syrischer Seite Vertragsverhandlungen angestrebt, die wiederum im Wesentlichen Reparaturen von Triebwerken und Flugzeugzellen sowie die Lieferung von Maschinenpistolen, letztere in größeren Mengen, beinhalten. Mein Stellvertreter für Technik und Bewaffnung […] hat in meinem Auftrag bei seinen Partnern in Moskau vorgefühlt, wie die sowjetischen Genossen sich gegenüber der Republik Syrien verhalten. Nach Aussagen dieser kompetenten Genossen hat die Sowjetunion seit ca. 3 Monaten [Ende Juli 1976] alle Lieferungen an die Republik Syrien eingestellt, da sich, wie dir bekannt ist, die Politik der syrischen Republik gegen die fortschrittlichen Kräfte im arabischen Raum richtet. Ich würde glauben, dass auch wir unter den derzeitigen Bedingungen keine Aktivitäten gegenüber der Syrischen Republik unternehmen und auch keine Lieferungen vorsehen."[404] Mit „Einverstanden, EH" zeichnete Honecker diesen Brief am 28. Oktober 1976 ab[405]. Er entschied also an jenem Tag, dass ab dem Folgejahr ein Exportverbot für Rüstungsgüter nach Syrien greifen sollte.

Zu den „für das Jahr 1976 abgegoltenen vertraglich festgelegten Verpflichtungen", die Verteidigungsminister Hoffmann erwähnte, gehörten allein Maschinenpistolen im Wert von mindestens 25 Millionen Valutamark[406]. Ost-Berlin belieferte Damaskus also während des syrischen Vorgehens gegen Arafat mit mehreren Zehntausend automatischen Waffen im Wert von mehreren Millionen DM – während eine „nichtzivile" Unterstützung der PLO für diesen Zeitraum nicht bekannt ist[407]. Im August 1976, auf dem Höhepunkt der Kämpfe rund um

[403] So BArch, DVW 1/114487, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 11. 08. 1976, Bl. 10.
[404] So BArch, DVW 1/114487, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 27. 10. 1976, Bl. 84.
[405] Der Vermerk Honeckers ebd.
[406] Vgl. BStU, MfS, HA XVIII, 11344, Plan der Liefermöglichkeiten 1978/79, o. D., Bl. 296; BArch, DO 1/11685, Anlage 3 zum Protokoll, 30. 05. 1975, Bl. 42.
[407] Im „Plan der Liefermöglichkeiten" wurden 1978 in Bezug auf die PLO keinerlei Angaben über gelieferte Waren zwischen 1975 u. 1977 verzeichnet. Anderweitige Belege fehlen ebenso. Nabil Koulailat erklärte dem MfS allerdings im November 1976, dass die PLO Sonderzahlungen an syrische Hafenbehörden zu entrichten habe, um per Schiff gelieferte Waffen aus syrischen Häfen auslösen zu können. Aus diesem Kontext geht aber nicht hervor, dass Koulailat sich auf Waffen aus der DDR bezog. Zudem verhinderten 1976 die syrischen Blockaden sowie die politischen Interessen Assads, dass Arafat derartige Lieferungen selbst gegen Zahlung einer Gebühr erhielt, vgl. BStU, MfS,

Tall Zaatar, kam es auf Zypern zu einem Zwischenfall, als 3000 Maschinenpistolen aus der DDR, die ausdrücklich für Syrien deklariert waren, mutmaßlich von der Fatah vorzeitig im Hafen von Larnaka gelöscht und zwei Drittel der Waffen entnommen wurden. Nur 900 Maschinenpistolen erreichten Latakia, den syrischen Bestimmungshafen[408]. Arafat holte sich offenbar den Anteil, von dem er meinte, dass er ihm zustand, den er aber offiziell von der DDR nicht erhielt. Die Schiffe, die der Fatah-Generalsekretär im Namen der PLO Mitte August 1976 erbat, fuhren nach Syrien.

Eine Woche vor der Korrespondenz zwischen Verteidigungsminister Heinz Hoffmann und Erich Honecker vom 27. Oktober 1976 hatte die Liga der arabischen Staaten das vorläufige Ende der syrisch-palästinensischen Konfrontation verkündet[409]. Nach einer weiteren Offensive Assads konnten sich die Mitglieder der Liga am 21. Oktober auf eine substanzielle Eingreif- und Beobachtermission von rund 30 000 Mann verständigen. Vor allem Saudi-Arabien brachte sein Gewicht gegen Syrien ein[410]. Dennoch zeigte die personelle Zusammensetzung der sogenannten Arab Deterrence Force die realen Machtverhältnisse, denn lediglich weitere 5000 Soldaten aus Libyen, Saudi-Arabien, Kuwait und dem Südjemen kamen hinzu[411]. 25 000 der 30 000 Angehörigen dieser „Arab Deterrence Force" stellte Syrien mit seinen bereits im Libanon befindlichen Truppen[412].

Die Niederlage Arafats hatte am 21. Oktober 1976 stattgefunden, als die Liga der arabischen Staaten einen Waffenstillstand erreichte. Hoffmanns Schreiben an Erich Honecker vom 27. Oktober war insofern bitterer Hohn. Ost-Berlin hatte von einem Waffenembargo gegen Syrien – anders als Moskau – keinen Gebrauch gemacht, als es noch Wirkung auf den Konflikt zwischen Assad und Arafat hätte zeigen können. Denn die ostdeutschen Waffenlieferungen an Syrien sollten erst 1977 eingestellt werden; beschlossen wurde dies, als der syrisch-palästinensische Krieg im Libanon seit sechs Tagen entschieden war.

HA XVIII, 11344, Plan der Liefermöglichkeiten 1978/79, o. D., Bl. 296; BStU, MfS, HA II, 18652, Schreiben der HA II an Bruno Beater, 04. 11. 1976, Bl. 226. Frau Koulailat bestätigte im Gespräch am 05. 11. 2013, dass der PLO 1976 keine o. nur sehr wenige Waffen vonseiten der DDR bereitgestellt wurden. Die Hilfe habe in einem erhöhten Kontingent von medizinischen Behandlungsplätzen bestanden, was angesichts der Syrien gelieferten Waffen faktisch bedeutete, dass Ost-Berlin versuchte, palästinensische Verletzte zu kurieren, an deren Verwundungen man Mitschuld trug. Wie Storkmann, Solidarität, S. 64, 394, anführt, gewährte die DDR 1975 der FRELIMO eine militärische Ausbildung von 50 Kämpfern u. der MPLA eine „Soforthilfe" von 10 000 Maschinenpistolen, 10 Mio. Schuss Munition u. 10 000 Handgranaten – auch dies im Gegensatz zur PLO, an die eine solche Hilfe nicht geleistet wurde.

408 Vgl. BArch, DVW 1/114487, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 04. 10. 1976, Bl. 60 f.

409 Vgl. Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 105; Weinberger, Intervention, S. 228; Pogany, Peacekeeping, S. vi, 83; Sayigh, Struggle, S. 407 f.

410 Vgl. Berti, Beirut, S. 61–63; Pogany, Peacekeeping, S. 83, 111, 114; Weinberger, Intervention, S. 222–228; Kapeliouk, Arafat, S. 164; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 261–272; Sayigh, Struggle, S. 408.

411 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 408; Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 105 f.; Pogany, Peacekeeping, S. 109 f.; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 360–372.

412 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 408; Pogany, Peacekeeping, S. 109 f.; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 345–358.

Dass die DDR – wie Verteidigungsminister Hoffmann schrieb – bis Oktober 1976 gewartet haben soll, um mehr als zehn Monate nach Beginn der schweren Gefechte im Libanon in Moskau „vorzufühlen", ob Waffenlieferungen nach Syrien politisch statthaft seien, ist unglaubhaft. Nicht nur „Le Monde" hatte bereits im Sommer 1976 berichtet, dass Leonid Breschnew in einem Brief an Präsident Assad ein Ende der Kämpfe forderte[413]. Auch die Botschaft der DDR meldete am 25. August 1976 aus Damaskus, Präsident Assad habe in den vorangegangenen Wochen wiederholt öffentlich „antisozialistische Gedanken" vertreten: „Der sowjetische Botschafter in der SAR hat seit dem 11. 7. 1976, als er die Botschaft des Generalsekretärs der KPdSU, Gen. Breschnew, übergab, keine Gespräche mehr mit dem Präsidenten der SAR Hafez Assad geführt."[414] Schon wenige Tage nach dem syrischen Einmarsch in den Libanon berichtete der ostdeutsche Botschafter in Moskau über seine Konsultationen mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium: „Die syrische Intervention bedeutet zweifellos eine Stärkung der rechten nationalistischen Kräfte. Sie nutzt dem Westen und vor allem Israel. […] Präsident Assad beging mit der Intervention im Libanon einen großen Fehler."[415]

Die Botschaft der DDR in Damaskus betonte Anfang September 1976 wiederum, der Konflikt im Libanon trage, „angesichts der Präsenz der PLO und deren Einbeziehungen in die militärischen Auseinandersetzungen sowie der aktiven Rolle der SAR zu den Geschehnissen im Libanon, den Charakter einer Auseinandersetzung zwischen der arabisch-nationalen Befreiungsbewegung und der arabischen Reaktion"[416]. Das Ziel der „arabischen Reaktion" bestehe, „in Einvernehmen mit den USA, in der Entfachung und Schürung des Bürgerkrieges, um sowohl eine Veränderung des politischen Status quo im Libanon zugunsten der progressiven Kräfte zu verhindern als auch die PLO als ein Haupthindernis zur Verwirklichung der Ziele der imperialistischen Nahoststrategie empfindlich zu schwächen. Die SAR sah und sieht […] die für sie günstige Möglichkeit, bestimmten Einfluss auf die Gestaltung des innerlibanesischen Kräfteverhältnisses und die PLO zu nehmen und damit die Verwirklichung der ehrgeizigen Hegemonialpläne […] zu beschleunigen. […] Die PLO wurde im Ergebnis der Kämpfe geschwächt. […] Die Fortsetzung des militärischen Kampfes führt bei der gegenwärtigen Kräftekonstellation zu einer weiteren Schwächung der Position der PLO/progressiven Kräfte. […] Die Störung des Verhältnisses SAR/PLO, die tiefe Krise des gegen-

[413] „Le Monde" zitierte Ende Juli 1976 aus einem Brief Breschnews an Assad, dessen Authentizität von Moskau nicht bestritten wurde: „Nous exhortons la direction syrienne à prendre toutes ses dispositions pour mettre un terme aux opérations militaires menées contre la résistance et le mouvement national libanais. Le premier pas dans cette direction devrait être l'arrêt immédiat des combats. Vous pouvez y contribuer en retirant vos forces du Liban", so in: Le message adressé le 11 juillet par M. Brejnev à la Syrie, in: Le Monde, 20. 07. 1976, S. 6. Vgl. auch Weinberger, Intervention, S. 311; Golan, Syria and the Soviet Union, S. 799; Dannreuther, Soviet Union, S. 79; Avi-Ran, Involvement, S. 57.

[414] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.601, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 25. 08. 1976, Bl. 46.

[415] So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/7243, Information, 25. 06. 1976.

[416] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.626, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 06. 09. 1976, Bl. 89.

seitigen Vertrauens, die zunehmende Uneinigkeit im Lager der progressiven arabischen Kräfte sowie die Vertiefung des politischen Differenzierungsprozesses im arabischen Raum machen eine umfassende Lösung des Nahostkonfliktes in absehbarer Zeit unmöglich."[417] Die DDR lieferte also bis Ende 1976 Waffen nach Syrien, obwohl Ost-Berlin von den Moskauer Entscheidungen im Juli 1976 frühzeitig wusste und das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten die Regierung in Damaskus spätestens seit August 1976 zu den „reaktionären arabischen Kräften" zählte.

Im Vergleich zum sowjetischen Rüstungsexport nach Syrien im Wert von rund 400 Millionen US-Dollar, die der Kreml Assad zwischen Januar und Juli 1976 bereitgestellt hatte, nahm sich Honeckers „Hilfe" mit einem Umfang von mehr als 20 Millionen Valutamark unbedeutend aus. Bezogen auf die Gesamtbilanz der DDR war der Betrag aber durchaus relevant. Gemäß der Aufstellung des MfS belief sich der Anteil für Syrien im „Plan der Liefermöglichkeiten der DDR von militär-technischer Ausrüstung für befreundete Entwicklungsländer und progressive nationale Befreiungsorganisationen" sowohl 1975 als auch 1976 auf rund die Hälfte der gesamten Ausgaben[418]. Offenkundig wollte lediglich Moskau ab dem Sommer 1976 den Waffenexport einstellen, ließ aber weiterhin zu, dass sozialistische Staaten Assad unterstützten, um einen totalen Bruch mit dessen Regime auszuschließen, denn die Sowjetunion war, unbenommen des Krieges gegen die PLO im Libanon, auf Syrien als strategischen Verbündeten angewiesen. Zugleich musste aber verhindert werden, dass Assad die Palästinensische Befreiungsorganisation schwächte und sie vollständig unter syrische Kontrolle brachte, weil er damit den Interessen des Kreml schaden konnte[419].

Eine der aussagekräftigsten Quellen zur ostdeutschen PLO-Politik der Jahre 1975/76 ist nicht Hoffmanns Brief an Honecker vom 27. Oktober 1976, sondern eine frühere Aufzeichnung des MfAA. Noch während der letzten syrischen Offensive im Libanon trafen sich am 5. Oktober 1976 der palästinensische Funktionär Abu Salah und der DDR-Botschafter in Beirut, wobei Salah unumwunden feststellte: „Die PLO fühle sich bedroht, […] ihr drohe physische Gefahr. […] Die PLO habe den Eindruck, dass sie ohne eine ernsthafte politische Deckung durch ihre Verbündeten im Ausland kämpfen müsse. […] Die Genossen der PLO legen Wert darauf, angesichts der Gefahr ihrer Liquidierung, zu wissen, was wir [die DDR] ihnen für ihr künftiges Verhalten raten. […] Wörtlich sagte Abu Saleh: ‚Wenn die Genossen der Meinung sind, dass in der syrischen ‚Initiative' kein Blutbad für uns vorgesehen ist, dann wären wir an einer baldigen Information darüber sehr interessiert'. […] Die Erklärungen in der ‚Prawda' seien positiv, reichten aber nicht aus. ‚Wenn keine Antwort gegeben wird, werden wir wissen, was zu tun

417 So ebd., Bl. 89f., 92, 95.

418 Vgl. BStU, MfS, HA XVIII, 11344, Plan der Liefermöglichkeiten 1978/79, o. D., Bl. 296.

419 Vgl. Golan, Syria and the Soviet Union, S. 794–801; Sayigh, Palestinians, S. 139; Avi-Ran, Involvement, S. 55f. Die Aussage von Avi-Ran, ebd., S. 57, die SU habe gegenüber Syrien kein Waffenembargo verhängt, wäre angesichts der fortgesetzten ostdeutschen Belieferung zutreffend, in dem Sinne, dass sozialistische Länder Damaskus weiterhin versorgen konnten.

ist. Wir werden bis zum Tode kämpfen, eine Kapitulation jedoch ablehnen'. […] Gen. Abu Saleh verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass in verschiedenen Kreisen der PLO zunehmende Enttäuschung über die Position der SU und der sozialistischen Staaten festzustellen sei."[420] Der Botschafter der DDR entgegnete Salah daraufhin laut seines Berichtes: „Das Kräfteverhältnis im arabischen Raum sei gegenwärtig zuungunsten der antiimperialistischen Kräfte. […] Das Fehlen einer potenziellen antiimperialistischen Kraft in dieser Region setze auch der Unterstützung der PLO und der NPB [National-Progressive Bewegung] Grenzen. Aus diesen Gründen liege es im gemeinsamen Interesse, wenn die PLO und die NPB nicht in einen unglücklichen militärischen Kampf geopfert werden. Es sei notwendig, diese Kräfte zu erhalten. Ausgehend davon sei die DDR der Meinung, dass die erste und wichtigste Aufgabe in der Herbeiführung eines Waffenstillstandes besteh[e], selbst wenn dieser mit großen Zugeständnissen seitens der PLO und der NPB bezahlt werden müsste. Die Fortsetzung des militärischen Kampfes sei nur dann sinnvoll, wenn am Ende ein Sieg möglich wäre. Diese Möglichkeit sähe ich aber zurzeit nicht."[421]

Angesichts der Tatsache, dass Honecker während des gesamten Jahres 1976 die „vertraglichen Rüstungsverpflichtungen" der DDR gegenüber Syrien erfüllte, war es umso bezeichnender, dass er der PLO, trotz deren Bitten und in Kenntnis der Lage im Libanon, noch Anfang Oktober 1976 keine politische oder materielle Unterstützung gewährte. Abu Salah betonte ausdrücklich: „Die Genossen der PLO legen Wert darauf, angesichts der Gefahr ihrer Liquidierung, zu wissen, was wir ihnen für ihr künftiges Verhalten raten."[422] Der Botschafter Ost-Berlins empfahl daraufhin die Kapitulation der PLO sowie die der fortschrittlichen Kräfte im Libanon, auch wenn diese mit „großen Zugeständnissen" gegenüber Syrien verbunden seien würde.[423] Denn die Palästinensische Befreiungsorganisation sowie Jassir Arafat konnten nicht auf die Unterstützung Honeckers hoffen. Sie hatten sich Assad zu ergeben.

Die Politik der SED während des Konfliktes im Libanon 1975/76 musste Arafat verdeutlichen, dass für die DDR – und für den Kreml – Assad wichtiger war als er. Jede propalästinensische Solidarität und beteuerte Verbundenheit mit dem palästinensischen Kampf besaß einen zweifelhaften Wert, wenn die PLO zwar Delegationen zu Parteitagen der SED entsenden konnte, aber gleichzeitig zu akzeptieren hatte, dass ostdeutsche Waffen an die syrische Regierung geliefert wurden, während Damaskus Arafat angriff, aber den Palästinensern keine militärische Unterstützung zuteil wurde. Auch wenn sich das SED-Regime im syrisch-palästinensischen Konflikt 1975/76 offiziell als neutral verstand, bevorzugte Honecker Syrien und billigte indirekt das Vorgehen von Assad[424]. Nabil Koulailat, der Vertreter der PLO in Ost-Berlin, habe, so seine Frau, gegenüber allen ostdeutschen Stellen an-

[420] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Vermerk der Botschaft Beirut, 05. 10. 1976, Bl. 47–51.
[421] So ebd., Bl. 50 f.
[422] So ebd., Bl. 49.
[423] Vgl. ebd., Bl. 50 f.
[424] Vgl. die gegenteilige Argumentation bei Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 102. Vgl. auch Herf, Undeclared Wars, S. 370–372.

gesichts der Kämpfe im Libanon energisch protestiert und die Politik gegenüber Syrien angeprangert. Er habe nicht nur vor einer Unterstützung des Regimes in Damaskus gewarnt, sondern stets mehr Hilfe für die Palästinenser gefordert[425].

Öffentlich wurden die Kämpfe im Libanon in der DDR als „imperialistische" Verschwörung dargestellt und Syrien nicht als maßgebliche Konfliktpartei benannt[426]. Ostdeutsche Medien berichteten während des gesamten Jahres 1976 kaum über die syrisch-palästinensische Dimension dieser Auseinandersetzung[427]. Als das Flüchtlingslager Tall Zaatar nach über 50 Tagen Belagerung eingenommen wurde, publizierte man in der DDR die Sprachregelung der „Prawda"[428]. Eine direkte Kritik an der syrischen Haltung wurde selbst dann nicht geübt, als Moskau im Sommer 1976 Assad persönlich für das Blutvergießen im Libanon verantwortlich machte[429]. Die wichtigste Entscheidung Honeckers zugunsten Arafats war daher der Verzicht auf die Einladung Assads zum Staatsbesuch. Gleichzeitig wurde aber auch der Status der PLO-Vertretung in Ost-Berlin nicht angehoben, obwohl die Liga der arabischen Staaten am 6. September 1976, demonstrativ während der Kämpfe im Libanon, die PLO, wie es in der Mitteilung des Rates der Liga hieß, als 21. Vollmitglied – „membre à part entière" – aufnahm und sie zur Repräsentantin „Palästinas" erklärte[430].

Der Vertrauensbruch zwischen Hafiz al Assad und Jassir Arafat, der bis Anfang der 1990er Jahre nicht überwunden wurde, resultierte letztlich aus der Krise im Libanon 1975/76. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO erkannte, dass die KPdSU, auch wenn sie die syrische Politik gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation für falsch hielt, zögerte und Assad nicht entschieden Einhalt bot. Trotz der Forderungen Breschnews gegenüber Assad erreichte Damaskus seine militärischen Ziele im Libanon, während die Sowjetunion die PLO 1976 nur mit rhetorischer und symbolischer Solidarität unterstützte. So eröffnete beispiels-

[425] So Frau Om El-Seoud Koulailat im Gespräch am 05. 11. 2013.

[426] Vgl. ADN: UdSSR und Syrien fordern umfassende Nahostlösung, in: ND, 05./06. 06. 1976, S. 1; ADN: Arabische Liga entsendet Friedenstruppe in den Libanon, in: ND, 11. 06. 1976, S. 6; ADN: Eine friedliche Lösung im Libanon ist dringlich, in: ND, 21./22. 08. 1976, S. 7; Autorenkollektiv, Geschichte der Araber, S. 488–490. Nabil Koulailat lehnte im Sommer 1976 ein Interview mit dem DDR-Rundfunk vehement ab, nachdem man von ihm verlangt habe, prosyrische Stellungnahmen abzugeben, so Frau Koulailat am 05. 11. 2013.

[427] Vgl. die einzigen längeren Artikel über den Konflikt im Libanon, die 1976 erschienen: ADN: Arabische Liga entsendet Friedenstruppe nach Libanon, in: ND, 11. 06. 1976, S. 6; ADN: Tall Zaatar: Phalangisten morden Frauen und Kinder, in: ND, 09. 08. 1976, S. 6; ADN: Eine friedliche Lösung in Libanon ist dringlich, in: ND, 21./22. 08. 1976, S. 7.

[428] Vgl. ebd.

[429] Vgl. „Le sang coule encore plus abondamment" après l'intervention syrienne déclare l'agence TASS, in: Le Monde, 11. 06. 1976, S. 2.

[430] Vgl. Jean-Pierre Péroncel-Hugoz: L'O.L.P. devient le vingt et unième membre de la Ligue arabe, in: Le Monde, 08. 09. 1976, S. 5; Emig, Liga, S. 189; Toffolo, Arab League, S. 9; Khader, Ligue, S. 324; Salmon, Proclamation, S. 2; Benedek, Anerkennung, S. 850; Rubin, Revolution, S. 47. Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 99, verweist darauf, dass die Mitgliedschaft praktisch erst ab dem Zeitpunkt der Proklamation des Staates Palästina 1988 wirksam werden konnte, was insofern strittig ist, als eine Mitgliedschaft grundsätzlich das Existieren eines palästinensischen Staates voraussetzt, der weder 1976 noch 1988 bestand.

weise im Sommer 1976 das Arafat seit Jahren versprochene Büro in Moskau[431]. In Anbetracht der für die Palästinenser verheerenden Auseinandersetzung mit Syrien und der sowjetisch-sozialistischen Position konnte sich für Jassir Arafat die Notwendigkeit seiner Westpolitik nur bestätigen[432].

2. Arafats Politik nach der Kapitulation der PLO 1976/77

Seit September 1976 befand sich Faruq al Qaddumi, der Leiter der Politischen Abteilung der PLO, im Anschluss an den Besuch der Generalversammlung in New York, auf „Europareise", wie es das Auswärtige Amt bezeichnete, und bemühte sich in Rom, in Paris und in Wien um politische Unterstützung[433]. In Österreich sprach Qaddumi im Oktober mit dem Außenminister und dem Bundeskanzler: „Zur Lage im Libanon erklärte Kaddoumi, dass Syrien die Absicht habe, den Libanon zu annektieren. Syrien habe den Libanon stets als Teil Syriens betrachtet. Syrien strebe nunmehr den Zusammenschluss Syriens, Jordaniens, Libanons und eines Teils von Palästina an. Kaddoumi beschuldigte Syrien, im Libanon gegen den falschen Gegner zu kämpfen und qualifizierte die syrische Intervention als ‚faschistisch'."[434] Wenige Monate nach Qaddumis Gesprächen in Österreich – Bundeskanzler Bruno Kreisky hatte sich bereits im März 1974 erstmals inoffiziell mit Arafat getroffen – eröffnete im März 1977 in Wien die Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die an die Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung angebunden war[435].

Engagement im Westen – Eklat in Moskau

Said Kamal, stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung der PLO, traf Ende September 1976 in New York den Leiter des Nahostreferates des Auswärtigen

[431] Vgl. Golan, Uneasy Alliance, S. 14; dies., Syria and the Soviet Union, S. 794–801; Freedman, Soviet Union, S. 156–158; Sharif, Arafat, S. 110–112; Avi-Ran, Involvement, S. 31–33; Dawn, Foreign Policy of Syria, S. 172; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 224. Neben dem Moskauer Büro öffnete im September 1976 auch in Prag eine PLO-Vertretung, die ursprünglich bereits im Mai 1975 zugesagt worden war. Die PLO/Fatah unterhielt damit, ein Jahr nach Einweihung des ersten Büros im sozialistischen Machtbereich in Ost-Berlin, bis Ende 1976 in weiteren fünf Hauptstädten sozialistisch-sowjetischer Staaten Repräsentanzen: in Sofia, in Warschau, in Budapest, in Prag u. in Moskau selbst, vgl. AdR, BMfaA, Sektion II-pol 26, GZ 88.19.12/328-II/76, Schreiben der Botschaft Prag an das BMfaA, 27. 09. 1976; UMA, 7D2, Lähi-idän kysymys, Bericht des Nahostreferates an den Minister, November 1978 (finnischsprachiges Original); Hazan, Involvement by Proxy, S. 330; Angaben des Außenministeriums der Tschechischen Republik, 29. 08. 2014; Angaben des Ministeriums für Auswärtige Beziehungen u. Außenwirtschaft von Ungarn, 03. 09. 2014; Angaben des Polnischen Instituts für Internationale Beziehungen, 04. 09. 2014.

[432] Vgl. Ma'oz/Yaniv, On a Short Leash, S. 201.

[433] Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 28. 10. 1976.

[434] Vgl. AdR, BMfaA, Sektion II-pol 26, GZ 88.19.12/334-II/76, Vermerk, 11. 10. 1976.

[435] Vgl. AdR, BMfaA, Sektion II-pol 17, GZ 88.19.198-II/77, Vermerk, o. D. Vgl. auch Benedek, Anerkennung, S. 850; Riegler, Fadenkreuz, S. 75; Kreisky, Im Strom, S. 328.

Amts und erklärte: „Angesichts Libanons sei die PLO-Führung derzeit ziemlich ratlos. […] Man strebe generell einen engeren Kontakt zu Westeuropa an, um auf diese Weise deutlich zu machen, dass man nicht sowjetabhängig sein wolle."[436] Deshalb bat Kamal um den Empfang Qaddumis durch Bundesaußenminister Genscher; Qaddumi „warte nur auf ein Signal aus Bonn, um dort die Libanonkrise und PLO-Politik zu erörtern", so Said Kamal weiter[437]. Ein vorgeschlagener Termin mit Staatsminister Wischnewski kam aber vorerst nicht zustande und auch Bundesaußenminister Genscher traf nicht mit Qaddumi zusammen, der allerdings im Herbst 1976 außer mit dem österreichischen auch mit dem französischen und dem italienischen Außenminister Gespräche führte[438]. Im Dezember 1976 setzten Kamal und die westdeutsche Botschaft in Kairo ihre Planungen fort, ein Treffen Qaddumis mit Genscher oder maßgeblichen Verantwortlichen der Bundesregierung vorzubereiten[439]. 1976/77 intensivierte das Auswärtige Amt das Verhältnis zu Dajani, dem Vertreter Arafats innerhalb des Europäisch-Arabischen Dialogs, und begründete im Herbst 1976 die Befürwortung eines möglichen Gespräches zwischen Qaddumi und der Leitung des Amts wie folgt: „Eine Alternative zur PLO, als Vertretung des palästinensischen Volkes, ist nicht in Sicht. […] Im Hinblick auf das erforderliche Wohlwollen des arabischen Lagers im Zusammenhang mit unserer Geiselnahme-Initiative, wäre ein als inoffiziell zu bezeichnender Kontakt zur PLO auf höherer Ebene nützlich."[440]

Mit der „Geiselnahme-Initiative" verfolgte Außenminister Genscher seit 1976 im Rahmen der Vereinten Nationen die Absicht, eine allgemeingültige Konvention zur Bekämpfung und staatlichen Sanktionierung von Geiselnahmen zu verabschieden. Dass seitens des Auswärtigen Amts ein diesbezügliches „Wohlwollen" der PLO hervorgehoben wurde, macht deutlich, dass Bonn sich einer besonderen sicherheitspolitischen Zwiespältigkeit bewusst war: Einerseits zielte die sogenannte Geiselnahmekonvention zu großen Teilen auf den palästinensischen Terrorismus ab, war aber andererseits gerade deshalb heikel. Denn ein „Wohlwollen des arabischen Lagers" war nicht nur im Hinblick auf eine Zustimmung in der Generalversammlung nötig. Vielmehr musste das Auswärtige Amt den Forderungen der Palästinenser in ihrem „Kampf" um Selbstbestimmung entgegenkommen, um die Beziehungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Führung der Fatah nicht zu gefährden. Die von der PLO/Fatah und den palästinensischen Gruppen reklamierte Unterscheidung zwischen Befreiungskampf und Terrorismus war somit in der Konvention zu beachten[441].

[436] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Bericht, 22. 09. 1976.
[437] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 28. 10. 1976. Vgl. auch PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Bericht, 22. 09. 1976.
[438] Vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Bericht der Botschaft Kairo an das AA, 15. 12. 1976.
[439] Vgl. ebd.
[440] So PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Vermerk, 28. 10. 1976. Vgl. auch Dajani, Euro-Arab Dialogue, S. 93 f.
[441] Grundsätzlich fand die Konvention nur für Unterzeichnerstaaten Anwendung. Sie trat 1983, nach Beitritt des 22. Staates, in Kraft. Die DDR ratifizierte die Konvention 1988, vgl. UN A/RES/34/146, Resolution, 17. 12. 1979; UN A/RES/31/103, Resolution, 15. 12.

Zugleich versprach sich die Bundesregierung 1976/77 von direkten Kontakten mit der Fatah sicherheitspolitische Vorteile[442]. Diese boten Arafat wiederum – für entsprechende antiterroristische Verpflichtungen der Fatah – einen Gewinn in Form einer wachsenden Bereitschaft zur diplomatischen Aufwertung der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Arafats Politik, mit der er versuchte, die Unterstützung westlicher Regierungen zu erlangen, basierte auf einer simplen Devise: Allein die Fatah garantierte, dass sich die Palästinensische Befreiungsorganisation gemäßigt und westlich, nicht aber linksextremistisch und moskauhörig entwickelte. Die Bundesregierung ging bei der Sondierung über eine Sicherheitspartnerschaft, die Arafat ihr im November 1977 vorschlug, ausschließlich von der Annahme aus, die Fatah sei in der Lage, radikale linke palästinensische Gruppen zu bremsen und deren Verbindungen zu linksterroristischen westdeutschen Organisationen zu kontrollieren[443].

Arafat unterrichtete 1977 in der DDR niemanden von diesen sicherheitspolitischen Kontakten mit der Bundesregierung. Er schlug auch nicht Honecker eine Kooperation bei der Terrorismusbekämpfung vor, sondern Bundeskanzler Schmidt. Der „Außenminister" der Palästinensischen Befreiungsorganisation bereiste in der wichtigen Phase zwischen Herbst 1976 und Sommer 1977 auch weiterhin nur westliche Hauptstädte und kam nicht nach Ost-Berlin. Abgesehen von der Parteitagsdelegation im Mai 1976, der kein ranghohes Mitglied des Exekutivkomitees angehört hatte, gab es bis Ende 1977 keinerlei Beratung oder Konsultation zwischen der SED und der PLO/Fatah, weder in der DDR noch im Ausland. Laut dem geltenden SED-Abkommen sollte 1976/77 jeweils *eine* Delegation des Exekutivkomitees eingeladen werden. Die DDR zog sich jedoch nicht vollständig aus den politischen Gesprächen mit der PLO zurück, sondern führte sie mit der DFLP – während Arafat und das Exekutivkomitee keinerlei Kontakt zu

1976; United Nations Treaty Series, Vol. 1316, Nr. 21931, International Convention against the Taking of Hostages, 201–211; Hailbronner, International Terrorism, S. 171; Kausch, Übereinkommen gegen Geiselnahmen, S. 77–82; Platz, Internationale Konvention, S. 276–303; Trapp, State Responsibility, S. 108–115.

442 Vgl. Dahlke, Transnationaler Terrorismus, S. 305–312; ders., Wischnewski-Protokoll, S. 201–212; Jeanne Rubner: Geheimdiplomatie mit der PLO, in: SZ, 07. 04. 2009, S. 6. Anfang Juli 1976 wies das AA die Botschaft in Kairo an, der PLO/Fatah dafür zu danken, dass man während der Kämpfe 1975/76 im Libanon die westdeutsche Botschaft in Beirut schützte, vgl. PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Schreiben des AA an die Botschaft Kairo, 07. 07. 1976.

443 Vgl. Dahlke, Wischnewski-Protokoll, S. 209–214; ders., Transnationaler Terrorismus, S. 310–314; Schenk, Chef, S. 340–342; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 900–902. Ali Hassan Salama, der 1977 der Bundesregierung in Wien im Namen Arafats dieses Angebot unterbreitete, hatte gemäß Aufzeichnungen des Auswärtigen Amts bereits im Juli 1970 in Amman in einem der ersten Treffen mit westdeutschen Regierungsmitarbeitern festgestellt: „Die Fatah habe mit Marxismus-Leninismus nichts zu tun. Sie betrachte alle Fragen unter dem Gesichtspunkt ihres Kampfzieles. Die Bundesrepublik könne sie nicht unter ihre Freunde zählen wie die kommunistischen Staaten. Sie sähe aber die Bundesrepublik auch nicht als Feind an. Es liege in unserem [dem westdeutschen] Interesse, mit Fatah Beziehungen herzustellen, denn wir würden in Zukunft nicht um Fatah herumkommen", so PA-AA, Bestand B 150, Bd. 206, Bericht der Vertretung Amman an das AA, 01. 07. 1970, Bl. 4375–4378.

Honecker suchten. Dass die SED diese „progressivste" Gruppe der palästinensischen Widerstandsbewegung fördern wollte, zeigte sich auch daran, dass man den Generalsekretär der DFLP im November 1977 nach Ost-Berlin eingeladen hatte[444]. Offensichtlich im Gegensatz zur PLO/Fatah kritisierte die DFLP die sozialistische Syrienpolitik der Jahre 1975/76 nicht, sondern informierte die SED vielmehr über die neuen Initiativen des prowestlichen Kurses der Fatah[445].

Das Verhältnis zwischen der PLO und der Sowjetunion war 1977 ähnlich angespannt und belastet wie die ostdeutschen Beziehungen zu Arafat, auch wenn der PLO-Vorsitzende Anfang April 1977 nach Moskau flog und zum ersten Mal auch den Partei- und Staatschef der UdSSR sprechen konnte[446]. Im weiteren Verlauf dieses Besuches kam es allerdings zum Eklat und zur vorzeitigen Abreise Arafats[447]. Der Streitpunkt zwischen ihm und Außenminister Andrej Gromyko war die palästinensische Haltung in Bezug auf die Resolution des VN-Sicherheitsrates 242[448]. Die KPdSU drängte Arafat, seine Zustimmung dazu zu geben, dass eine Genfer Konferenz einberufen wurde, ohne dass die bisherige Conditio sine qua non einer Teilnahme der PLO erfüllt sein musste: die politische Befassung mit den nationalen Rechten der Palästinenser. Daraufhin bekräftigte Arafat, er sei nur dann bereit, an einer Genfer Konferenz teilzunehmen, wenn im Vorfeld eine neue Resolution verabschiedet würde, „die neben den Elementen der Resolution 242 die Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes auf Rückkehr in die Heimat und auf Selbstbestimmung umfasse"[449]. Arafat schlug somit vor, dass die PLO den Staat Israel anerkenne, wenn sichergestellt sei, dass ausgehend von einer neuen VN-Resolution die nationalen Rechte der Palästinenser in den zukünftigen Verhandlungen berücksichtigt würden. Der Kreml lehnte eine solche neue Resolution jedoch ab, woraufhin Arafat Moskau verließ[450].

Der stellvertretende Leiter der Politischen Abteilung der PLO erklärte zum Disput zwischen Gromyko und Arafat Ende April 1977 bei Gesprächen in Wien: „Unzutreffend sei, dass die PLO einem sowjetischen Vorschlag zugestimmt hätte,

444 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.669, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfAA, 22. 09. 1977, Bl. 18–22; BArch, DZ 8/178, Programm für den Aufenthalt einer Delegation der DFLP, 26. 06. 1976; BArch, DZ 8/178, Programm für den Aufenthalt des Generalsekretärs der DFLP, o. D., ca. November 1977. Sayigh, Palestinians, S. 144–152, betont, dass auch die Sowjetunion ab 1975/76, ausgehend von der Libanonkrise, „a special relationship" zur DFLP entwickelte u. sie fortan mehr politische u. materielle Hilfe erhielt.

445 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.669, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfAA, 22. 09. 1977, Bl. 18–22.

446 Vgl. Golan, Uneasy Alliance, S. 72, 79 f.; Sayigh, Palestinians, S. 139. Vgl. auch AdR, BMfaA, Sektion II-pol 17, GZ 88.19.14/38-II/77, Schreiben der Botschaft Moskau an das BMfaA, 13. 04. 1977.

447 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1669/03, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 27. 09. 1977.

448 Vgl. ebd. Zur Kontroverse zwischen dem Kreml u. Arafat um VN-Resolution 242 vgl. Sayigh, Palestinians, S. 132 f.; Halliday, Middle East, S. 25; Abbas, Channels, S. 19 f.; Golan, Soviet Union and the PLO, S. 10–15; dies., Uneasy Alliance, S. 63–87.

449 So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1669/03, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 27. 09. 1977.

450 Vgl. ebd.

demzufolge die Genfer Konferenz auch ohne die Palästinenser einberufen werden könnte, sofern nur sichergestellt sei, dass die Frage der Teilnahme der Palästinenser sofort behandelt und für die Palästinenser positiv entschieden würde. […] Den Beteuerungen Gromykos, dass in einem solchen Fall die Palästinenser nur für ‚10 Minuten' von den Verhandlungen ausgeschlossen seien, begegne die PLO mit Misstrauen. Aus diesen 10 Minuten könnten leicht 1–2 Jahre werden, in denen andere Probleme behandelt, die Frage der Grenzen geregelt und die Palästinenser von der Gestaltung ihres Schicksals ausgeschlossen [seien]."[451]

Honeckers prosyrische Initiative

Das SED-Regime musste im Nachgang des Libanonkonfliktes, als sich Assad durchgesetzt hatte und sich die Beziehungen zu Arafat auf einem Tiefpunkt befanden, konstatieren, dass die PLO substanziell geschwächt war. Zwar nahm die Staats- und Parteiführung in Ost-Berlin aufmerksam wahr, dass der Konflikt mit Syrien zu einer Rechtsausrichtung der PLO geführt hatte, Honecker bewilligte jedoch keine substanziellen Hilfslieferungen zugunsten Arafats. Er konsultierte auch nicht die PLO-Führung[452]. Die Palästinensische Befreiungsorganisation erhielt im Jahr 1977 eine ostdeutsche Solidaritätshilfe im Gegenwert von nur noch 2,9 Millionen Mark, 2,1 Millionen weniger als die vertraglich festgelegten fünf Millionen[453]. Auch eine Statuserhöhung des PLO-Büros, die 1977 hätte nachgeholt werden können, oder eine demonstrative Einladung Arafats in die DDR fand nicht statt.

Mit Blick auf die Vertretung Koulailats blieb die Nichterhöhung möglicherweise auch deshalb aus, weil die syrisch-palästinensischen Kämpfe im Libanon für Honecker zu innenpolitischen Problemen geführt hatten. Denn die Besetzung der Büroräume der PLO-Vertretung im Januar 1977 war auch Folge der unter den diversen Gruppen palästinensischer Studenten ausgetragenen Kontroverse um den von Arafat und von Syrien verfolgten Kurs[454]. Hätte man den Status des Büros in dieser spannungsträchtigen Zeit aufgewertet, wäre dies unter den Palästinensern in der DDR, die Koulailat vorwarfen, er arbeite nur für die Interessen der Fatah und stehe für Arafats falsche Politik, als eine Parteinahme der Regierung der DDR zugunsten der Fatah wahrgenommen worden. Syrien hätte einen solchen Schritt außerdem als eine nachträgliche antisyrische Stellungnahme gewertet. Honecker wollte aber gerade nicht Syrien provozieren oder verurteilen und blieb daher in seiner Beziehung mit Arafat auf Distanz.

[451] So AdR, BMfaA, Sektion II-pol 17, GZ 88.19.14/41-II/77, Schreiben der Botschaft Kairo an das BMfaA, 28. 04. 1977.

[452] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.670, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 06. 01. 1977, Bl. 68; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.552, Jahresbericht der Botschaft Beirut 1976, 14. 12. 1976, Bl. 109–112.

[453] Vgl. BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984.

[454] Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 02. 02. 1975, Bl. 570–572; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 16. 02. 1976, Bl. 307; BStU, MfS, HA II, 18656, Erkenntnisse, o. D., ca. März 1976, Bl. 279–297; BStU, MfS, ZAIG, 2634, Information, 31. 01. 1977, Bl. 5–9; BStU, MfS, ZAIG, 2634, Information, 11. 01. 1977, Bl. 1–4.

Anders verhielt sich das ZK der SED im Hinblick auf das Regime Assads. Entwickelte Honecker gegenüber der PLO/Fatah keine besondere Initiative, um verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, war dies bei Syrien nicht der Fall. Obwohl Ost-Berlin 1975/76 kein Embargo gegen Damaskus verhängt hatte, sah sich die DDR kritischen Vorwürfen ausgesetzt. Nach einhelliger syrischer Meinung hätte Honecker mehr tun müssen, als die bestehenden Verträge zu erfüllen. Als der DDR-Botschafter im März 1977 aus Damaskus verabschiedet wurde, hieß es laut dessen Bericht in Damaszener Regierungs- und Parlamentskreisen, „es seien Wölkchen am Himmel über den Beziehungen" zur DDR aufgetaucht, und Syrien sei „erfreut, dass der gewisse und zeitweise Stillstand in den Beziehungen mit den sozialistischen Ländern überwunden" sei[455].

Der Botschafter erklärte daraufhin: „Meinungsverschiedenheiten, auch zwischen befreundeten Ländern, können durchaus entstehen und leicht gelöst werden, wenn das gemeinsame Ziel der Kampf gegen Imperialismus und für den Fortschritt die Grundlagen dafür bilden. Was die Libanonkrise betrifft, so habe es tatsächlich im vergangenen Jahr darüber unterschiedliche Haltungen gegeben, mit welchen Kräften und Mitteln diese Krise gelöst werden soll. Ich hielt es für dringend erforderlich, der weiterhin anzutreffenden Meinung, dass es die sozialistischen Staaten sind, ‚die etwas gutzumachen haben', konstruktiv und sachlich entgegenzuwirken."[456] Der syrische Außenminister hatte dem Botschafter der DDR schon im November 1976 mitgeteilt: „Die UdSSR hat in verschiedener Weise die Politik der SAR angegriffen, u. a. durch die Briefe des Generalsekretärs der KPdSU L. I. Breschnew an Präsidenten Assad und andere arabische Politiker. Die SAR-Führung hat darauf kein einziges Wort erwidert, weil sie weiß, dass jedes solche Wort vom Imperialismus und Zionismus, d. h. von ihren Feinden, missbraucht worden wäre. Die SAR-Führung wird nicht so handeln wie der ägyptische Präsident Sadat. Die Beziehungen der SAR zur UdSSR sind strategischer Art. Die syrische Führung hofft deshalb, dass die UdSSR die Initiative ergreift, um die Beziehungen zu verbessern."[457]

Auch wenn Honecker die Waffenexporte nach Damaskus 1977 wie vorgesehen auf zwei Millionen Valutamark absenkte, aktivierte er zugleich den Nationalrat, um eine „Vertiefung der Beziehungen" zu Syrien zu erreichen[458]. Der Weg über den Nationalrat bot den Vorteil, das Terrain für offizielle Schritte zunächst sondieren und gegenüber Arafat erklären zu können, man sei auf der Ebene des Partei- und Staatsapparates gegenüber Assad nicht bereit, engere Kontakte aufzu-

455 So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.601, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 17. 03. 1977, Bl. 29 f.

456 So ebd.

457 So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.601, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 22. 11. 1976, Bl. 49.

458 Vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 3356a, Schreiben der Botschaft Damaskus an den Nationalrat der Nationalen Front, 20. 01. 1977. Der sowjetische Rüstungsexport nach Syrien verdoppelte sich 1977 im Vergleich zum Vorjahr, lag aber im Gesamtwert noch unter einer Mrd. US-Dollar, vgl. SIPRI, TIV of Arms Exports to Syria, www.sipri.org/databases/armstransfers/background (16. 06. 2012); IISS, Military Balance 1976–1977, S. 94; dass., Military Balance 1977–1978, S. 98.

nehmen. Denn lediglich eine ostdeutsche „gesellschaftliche" Organisation trat in Erscheinung. Allerdings achteten die Verantwortlichen bereits darauf, strittige Fragen auszuklammern, etwa die Person Arafats und die Rolle der Palästinensischen Befreiungsorganisation. In der „Gesprächskonzeption" des Nationalrates für die Einladung des syrischen Handwerkerverbandes wurde zwar das Recht der Palästinenser auf einen Staat betont, aber nirgendwo traf man eine Aussage, die hervorhob, was seit Jahren zum Standardrepertoire der ostdeutschen Rhetorik gehörte: dass die PLO die einzig legitime Vertreterin der Palästinenser und allein Jassir Arafat der rechtmäßige Anführer der PLO war[459].

Indem die SED jede Erwähnung der Palästinensischen Befreiungsorganisation und ihres Vorsitzenden vermied, wurde deutlich, wie stark die DDR ihr außenpolitisches Handeln am syrischen Primat ausrichtete. Honecker setzte sich nicht dafür ein, die PLO im Innern zu konsolidieren, um einen größeren politischen Einfluss auf die Ausrichtung der Palästinensischen Befreiungsorganisation nehmen zu können, die aus Sicht Ost-Berlins „reaktionärer" geworden war, weil sie sich politisch stärker am Westen, Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien orientierte. Riad war neben der ägyptischen und jordanischen Regierung die Instanz, die Gesprächskanäle zwischen Arafat und Washington eröffnen konnte[460]. Die Botschaft der DDR im Libanon stellte Ende September 1977 fest: „Der seit Monaten durch palästinensische Wissenschaftler, bourgeoise Kräfte und rechte Politiker vorbereitete und geförderte Prozess der Annäherung und des Ausgleichs mit den USA soll jetzt offenbar durch die PLO-Führung offiziell durchgeführt werden. Dieser Scheidepunkt kristallisiert die politischen Standpunkte der einzelnen Gruppen und Kräfte stärker heraus und macht den Differenzierungsprozess deutlicher. […] U. E. kann man einschätzen, dass der gemeinsame und koordinierte Druck der reaktionären Kräfte auf Arafat zu dem Ergebnis geführt hat, dass Arafat gegenwärtig der Auffassung ist, die Rechte des palästinensischen Volkes mithilfe der USA erreichen zu können."[461]

Nahostpolitische Veränderungen 1977

Im Nahen Osten waren bis zum Ende des Sommers 1977 drei wesentliche Veränderungen eingetreten. Zum einen hatte der amerikanische Präsident Carter im Frühjahr 1977 mehrfach erklärt, Israel müsse sich in die Grenzen vom 4. Juni 1967 zurückziehen und den Palästinensern stehe ein Recht auf ein „homeland" zu[462].

[459] Vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 3356a, Konzeption für den Aufenthalt der Delegation des Allgemeinen Verbandes der Handwerksgenossenschaften der SAR, o. D.

[460] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 410–423.

[461] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.669, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfAA, 22. 09. 1977, Bl. 22.

[462] Vgl. Statement on Palestinian Rights, 04. 01. 1978, in: Laqueur/Rubin, Israel-Arab Reader, S. 220f.; President Jimmy Carter on Middle East Peace, 16. 03. 1977, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 69–71; Press Conference with President Carter, 12. 05. 1977, in: State of Israel, Israel's Foreign Relations, www.mfa.gov.il/MFA (30. 03. 2013). Vgl. auch Sayigh, Palestinians, S. 135; Stein, Diplomacy, S. 214–218; Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 58–62; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 132–134.

Zum anderen hatte auch die Europäische Gemeinschaft mit ihrer Londoner Deklaration vom Juni 1977 den palästinensischen Anspruch auf ein „Heimatland" bekräftigt. Die von der EG bereits seit November 1973 anerkannten „legitimen Rechte der Palästinenser" müssten die volle Entfaltung der palästinensischen Identität garantieren, damit sie in einem eigenen Land selbstbestimmt leben könnten[463]. Dies war insofern neu, als bis dahin lediglich einzelne Mitgliedsstaaten der EG Aussagen im Hinblick auf die territorialen Rechte der Palästinenser getroffen hatten, es aber noch keinen verbindlichen Standpunkt insgesamt gab[464]. Die Europäische Gemeinschaft widersprach mit ihrer neuen Deklaration der seit Mai 1977 erstmals in Israel regierenden konservativen Likud-Partei unter Vorsitz Menachem Begins. Der Amtsantritt Begins als israelischer Ministerpräsident stellte die dritte wichtige nahostpolitische Veränderung Ende 1977 dar[465].

Begin war, wie auch später Ägypten, gegen einen neu zu bildenden arabisch-palästinensischen Staat zwischen Israel und Jordanien und sprach lediglich von einer Autonomie der Araber in Gaza sowie – laut religiöser Terminologie Begins – in Judäa und Samaria. Mit Judäa und Samaria meinte er im Wesentlichen das Westjordanland[466]. Israelische Siedlungen sollten dort weiterhin entstehen können, denn Jerusalem hätte die Souveränität über diese Gebiete behalten[467]. So sahen es die von Begin in der Knesset Ende Dezember 1977 umrissenen Vorstellungen seiner Regierung zur Lösung des Palästinaproblems zehn Jahre nach der israelischen Besetzung der West Bank, des Golan, Ost-Jerusalems sowie des Gazastreifens vor[468].

Die Reise des ägyptischen Präsidenten Sadat nach Israel am 19. November 1977 und seine Rede vor dem israelischen Parlament, in der er die Bereitschaft Ägyptens zur Anerkennung des jüdischen Staates und einer vertraglich festgelegten,

[463] Vgl. Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 36–40.

[464] Vgl. Allen/Hauri, Dialogue, S. 93–97; Miller, PLO Factor, S. 130–134; Jaeger, Quadratur, S. 83.

[465] Vgl. Tessler, Conflict, S. 499–506; Torgovnik, Likud, S. 7–22; Sharkansky/Radian, Domestic Policy, S. 56–62.

[466] „Judäa" umfasst die Teile des Westjordanlandes, die sich südlich von Jerusalem bis zur Negev-Wüste erstrecken. „Samaria" entspricht in etwa den Gebieten nördlich von Jerusalem bis an den See Genezareth, vgl. Tessler, Conflict, S. 401; Smith, Conflict, S. 302 f.; Krämer, Geschichte Palästinas, S. 19 f.; Stein, Diplomacy, S. 233–240; Friedlander, Autonomy, S. 209.

[467] Vgl. Autonomy Plan for the West Bank and Gaza Strip, December 28, 1977, in: Laqueur/Rubin, Israel-Arab Reader, S. 218 f.; Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 87–100; Stein, Diplomacy, S. 233–240. Zum Status der seit Juni 1967 besetzten Gebiete des Westjordanlandes u. zum militärischen Besatzungsrecht vgl. Kretzmer, Occupation of Justice; ders., Belligerent Occupation, S. 209–236; Benvenisti, Occupation, S. 68–106, 204–248; Dinstein, Legal Status, S. 37–49; Frowein, Belligerent Occupation, S. 2–16; Gazit, Fools, S. 8–24; Ministerial Committee on Settlement Affairs, Status of Building in Judea and Samaria; Rostow, Occupations; Segev, 1967, S. 549–563; Ma'oz, Ottoman Reform, S. 158–163; Stein, Land Question, S. 3–28; Drori, Settlements, S. 44–80; Levi, Local Government, S. 103–122; Geneva Convention (IV), 12. 08. 1949, in: Haupt/Haumer/Fischer, International Humanitarian Law, S. 303–374, vgl. insb. Art. 49, ebd., S. 323. Vgl. ebs. UN S/RES/2334 (2016), Resolution, 23. 12. 2016.

[468] Zum Inhalt des Plans einer Autonomie vgl. Autonomy Plan for the West Bank and Gaza Strip, 28. 12. 1977, in: Laqueur/Rubin, Israel-Arab Reader, S. 218–220; Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 76–78.

bilateralen Friedenslösung erklärte, bedeuteten, dass Kairo aus einer antiisraelischen Front ausschied[469]. Innerarabisch reagierte man auf Sadats Initiative deshalb mit der politisch-diplomatischen Isolierung Ägyptens, seinem Ausschluss aus der Liga der arabischen Staaten, der erstmaligen Wahl eines nichtägyptischen Generalsekretärs und der späteren Verlegung des offiziellen Sitzes der Liga von Kairo nach Tunis[470]. Die PLO, Syrien, Libyen, Algerien und der Südjemen proklamierten in Reaktion auf Sadats Besuch in Jerusalem die „Front der Zurückweisung und Standhaftigkeit"; sie negierten die VN-Resolutionen 242 sowie 338 und erklärten, den Staat Israel nicht anzuerkennen. Zudem sollte jeder Verrat im Kampf gegen das „zionistische Gebilde" gerächt werden[471].

Sadat hatte mit seiner Rede Abstand genommen von der Lösung des palästinensischen Problems in Form eines selbstständigen, palästinensischen Staates. Dies wiederum brachte für Arafat die Gefahr mit sich, dass Ägypten Entscheidungen traf, die die Rechte der Palästinenser ohne ihr Zutun festlegten. Zwischen Israel und einem arabischen Staat sollte nun ein bilateraler Friedensvertrag geschlossen werden, ohne dass die Palästinenser beteiligt wurden[472]. Arafat und Assad waren durch die gemeinsamen Interessen einer Anti-Sadat-Front vorerst politisch versöhnt. Für die PLO war die syrische Unterstützung nun von großer Bedeutung, nicht zuletzt weil Damaskus mit 25 000 Soldaten weiterhin die Innenpolitik des Libanon kontrollieren und beeinflussen konnte[473].

Sadats Rede vor der Knesset vereinfachte es für die DDR, ihre Politik nach der Libanonkrise wieder in Einklang mit dem klassisch-dichotomen Feindbild einer einheitlichen antiisraelischen, antiimperialistischen Front hier und eines Lagers der Reaktion dort, bestehend aus Israel, den USA und Ägypten, zu bringen. Man überdeckte damit die Konflikte zwischen Syrien und der PLO. Das SED-Regime setzte sich umgehend für eine Belebung der Kontakte sowohl zur PLO als auch zu Syrien ein, wobei Präsident Assad aber bevorzugt wurde. Die Regierung in Damaskus stand nach der Entscheidung Sadats im Mittelpunkt der sowjetisch-sozialistischen Nahostpolitik, da sie eines der letzten arabischen Länder kontrollierte, das wirklich Einfluss auf die Lösung des Nahostkonfliktes besaß und gleichzeitig Moskaus „Hilfen" zuließ. Syrien wurde ab 1978, nachdem Kissinger versucht hatte, die während des libanesischen Bürgerkrieges entstandenen Konflikte zwischen Breschnew und Assad zu nutzen, eine beispiellose sowjetische Wirtschafts- und Kapitalhilfe gewährt[474].

[469] Vgl. Quandt, Peace Process, S. 270–282; Tessler, Conflict, S. 507–510; Stein, Diplomacy, S. 229–253; Sayigh, Struggle, S. 424. Zur Rede Sadats vgl. Statement to the Israeli Knesset by President Sadat, 20. 11. 1977, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 136–146.

[470] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 424; Ipsen, Völkerrecht, S. 300; Dawn, Foreign Policy of Syria, S. 173; Emig, Liga, S. 200–218. Der Beschluss über die Rückverlegung des offiziellen Sitzes der Liga wurde 1990 gefasst.

[471] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 424 f.; Dawn, Foreign Policy of Syria, S. 173.

[472] Vgl. Tessler, Conflict, S. 507–512.

[473] Vgl. Avi-Ran, Involvement, S. 58, 77; Sayigh, Struggle, S. 424; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 71–73.

[474] Der sowjetische Rüstungsexport verdoppelte sich zwischen 1978 u. 1979 und betrug mutmaßlich über eine Mrd. US-Dollar, vgl. SIPRI, TIV of Arms Exports to Syria, www.sipri.org/databases/armstransfers/background (16. 06. 2012); IISS, Military Balance

3. Neue Festlegungen: Die PLO- und die Syrienpolitik Ost-Berlins 1978

Noch im Dezember 1977 entsandte Erich Honecker eine Delegation unter Leitung des Ministers für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau, Günther Kleiber, nach Damaskus. Trotz der noch mehrere Jahre gültigen Vereinbarungen bot die DDR Syrien neue Wirtschaftsabkommen und Kredite an[475]. Präsident Assad begleitete diese ersten Regierungskontakte mit der DDR persönlich und empfing Kleiber zu einem Gespräch, bei dem dieser eine Botschaft Honeckers übergab, deren Inhalt nicht bekannt ist[476]. Darauf folgte Anfang März 1978 die Mission Paul Verners, des damaligen ZK-Sekretärs für Sicherheit, nach Damaskus[477]. Verner lud Assad in die DDR ein, wie es das Politbüro am 12. März 1974 beschlossen hatte: „Wir würden es sehr begrüßen, wenn Präsident Assad in diesem Jahr der vor einiger Zeit ausgesprochenen Einladung zu einem Besuch in der DDR Folge leisten könnte“[478]. Assad erwiderte darauf laut Verners Bericht „Dank und Gruß; er erklärte, dass er sich darauf freue, bald die DDR besuchen zu können. Er bezeichnete den Besuch des Genossen Paul Verner zu diesem Zeitpunkt als einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung der Beziehungen. Er brachte seine Freude über den Besuch zum Ausdruck, da er seit 1974 wieder der erste Besuch einer Delegation der SED auf hohem Niveau sei.“[479] Der syrische Präsident betonte ausdrücklich: „Syrien sei mit der DDR, so wie die DDR mit Syrien sei.“[480]

Konzepte für die Beziehungen zwischen der SED und der PLO

Verner traf am 1. März 1978 in Damaskus nicht nur Präsident Assad, sondern auch Jassir Arafat. Ihm teilte er „das Einverständnis“ der SED für den Besuch einer PLO-Delegation in der DDR Anfang März 1978 mit[481]. Dieser Aufenthalt Arafats in Ost-Berlin war sein erster seit 1975. Hinter ihm lag die bis dahin

1978–1979, S. 105; Efrat, Military-Economic Dimension, S. 211–243; Freedman, Soviet Union, S. 159 f.; Perthes, Political Economy, S. 31 f. Für Kissingers Darstellung vgl. Kissinger, Years of Renewal, S. 1049–1055.

475 Vgl. ADN: DDR-Delegation in Syrien zu Beratungen eingetroffen, in: ND, 05. 12. 1977, S. 2; ADN: Botschaft Erich Honeckers an Syriens Präsident übergeben, in: ND, 07. 12. 1977, S. 4. Zu den damals noch bestehenden Verträgen vgl. BArch, DL 2/17338, Teil 2, Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, 10. 04. 1975; BArch, DL 2/17338, Teil 2, Langfristiges Handelsabkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR, 10. 04. 1975; BArch, DL 2/17338, Teil 2, Protokoll zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, 24. 11. 1974.

476 Vgl. BArch, DL 2/17338, Teil 2, Niederschrift, 07. 12. 1977.

477 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/122, Vermerk, 01. 03. 1978, Bl. 101–105. Vgl. auch DDR-Delegation zu Besuch in Damaskus eingetroffen, in: ND, 28. 02. 1978, S. 1.

478 So SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/122, Vermerk 01. 03. 1978, Bl. 101 f.

479 So ebd., Bl. 102.

480 So ebd.

481 So ebd.

schwierigste politische Phase der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Am 28. Februar 1978 hatte die SED-Führung nicht allein die von Verner überbrachte Einladung Arafats beschlossen, sondern auch über die Aufwertung des Büros Nabil Koulailats entschieden. Im Vorfeld konnte die Politische Abteilung der Palästinensischen Befreiungsorganisation erstmals zwei Papiere einreichen. Zum einen schlug sie ein neues, drittes SED-Abkommen vor und zum anderen erklärte sie, wie sie sich den zukünftigen Status ihrer Repräsentanz in der DDR vorstellte. Beide Entwürfe waren den Unterlagen der Politbürositzung vom 28. Februar 1978 als Anhang 1 und 2 beigefügt[482].

Als sich Paul Verner am 1. März mit Jassir Arafat traf, ging er nicht auf inhaltliche Fragen und die SED-Meinung zu beiden Vorlagen der PLO ein. Verner konnte dies auch nicht tun, da Honecker erst einen Tag nach diesem Gespräch entschied, was mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation tatsächlich vereinbart werden sollte. Der ostdeutsche Partei- und Staatschef persönlich veränderte am 2. März die im Politbüro gebilligten Vorlagen und hielt auf dem Deckblatt fest: „Einverstanden mit Berücksichtigung der mit Genossen Rabenhorst (IV [ZK-Abteilung Internationale Verbindungen]) besprochenen Änderungen Anlage 1+2, EH 2/3 [2. März 1978]."[483] Diese „Änderungen" Honeckers sind anhand seiner Hervorhebungen beziehungsweise Streichungen nachvollziehbar. Der Vergleich zwischen dem Wortlaut der beiden Vorlagen Arafats, dem dritten unterzeichneten SED-Abkommen und der später gewährten Statuserhöhung des Büros der PLO lässt erkennen, welche palästinensischen Vorgaben Honecker verhindern wollte.

In Arafats Konzept des neuen Parteiabkommens hieß es erstmals im Titel: „Vereinbarung zwischen dem Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation und dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands"[484]. Dieser gesamte Ausdruck wurde von Honecker unterstrichen und am Rand mit einem Fragezeichen versehen[485]. Arafat wollte verstärkte und direkte Kontakte zwischen dem ZK und dem Exekutivkomitee; Honecker sollte ausschließlich mit der Fatah-geführten Regierung unter seiner Präsidentschaft zusammenarbeiten und nicht mit „der PLO", denn dann konnte die DDR gezielt das innerpalästinensische Machtmonopol der Fatah umgehen und deren Opposition fördern. Die Höhe der künftigen Solidaritätsleistung im neuen Abkommen mit der SED ließ die Politische Abteilung der PLO offen. Sie vermerkte zudem, dass die „nichtzivile Unterstützung" weiterhin außerhalb des Solidaritätsbudgets gesondert vereinbart werden sollte[486].

Im PLO-Entwurf über ein „Protokoll zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Palästinensischen Befreiungsorganisation" hieß es unter anderem: „Die Vertretung [der PLO in Ost-Berlin] übt ihre Tätigkeit in einer Form aus, die mit den für das diplomatische Korps in der Deutschen Demokra-

[482] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Vorlage, 28. 02. 1978, Bl. 158–168.
[483] So ebd., Bl. 158.
[484] Zum Dok. vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Anlage 1 zur Vorlage, 28. 02. 1978, Bl. 161–163.
[485] Vgl. ebd., Bl. 161.
[486] So ebd., Bl. 162.

tischen Republik gültigen Gesetzen übereinstimmt, sie mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik ein. Ebenfalls verpflichtet sie sich, die ihr gehörenden Räumlichkeiten nicht in einer Form zu benutzen, die dem Völkerrecht zuwiderläuft oder zu Zwecken, die den in diesem bilateralen Abkommen definierten Aufgaben widersprechen. […] Die Vertretung wird bei der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands akkreditiert. Sie führt ihre täglichen Arbeiten über das Solidaritätskomitee und in Zusammenarbeit mit ihm durch."[487] Die Aufgabe ihres Büros sollte nach Vorstellung der Politischen Abteilung der PLO darin bestehen, „das Exekutivkomitee der PLO in der DDR" zu vertreten sowie die direkte Verbindungsaufnahme mit dem Außenministerium und der SED sicherzustellen[488]. Koulailat und alle anderen Mitarbeiter sollten von der Partei akkreditiert werden und eine „Identitätskarte" sowie einen Diplomatenausweis des MfAA erhalten, was Honecker wiederum hervorhob[489]. Darüber hinaus unterstrich er in zwei Sätzen deutlich jeweils ein Wort: „Der Mitarbeiter [der PLO-Vertretung] hat das Recht, an Solidaritätsveranstaltungen zum Palästinaproblem und zu Themen der gemeinsamen Ziele und Probleme, die von den deutschen gesellschaftlichen Organisationen durchgeführt werden, teilzunehmen und zu sprechen. […] Die Vertretung hat das Recht, Empfänge und Veranstaltungen durchzuführen, zu denen in Zusammenarbeit mit dem deutschen Solidaritätskomitee Vertreter des deutschen gesellschaftlichen Lebens eingeladen werden."[490] Diese „deutschen" Bezüge hielt Honecker augenscheinlich für unpassend. In der zu vage formulierten Art konnten dies auch Einladungen und Kontakte westdeutscher Vertreter bedeuten, mithin eine gesamtdeutsche PLO-Politik, zusammengeführt in Ost-Berlin, wodurch wiederum der Anschein erweckt werden konnte, als ob es zwischen west- und ostdeutscher Palästinapolitik keine Unterschiede gebe.

Das Politbüro der SED war zunächst bei seinem Beschluss zum neuen Status der PLO-Vertretung der Vorlage des ZK gefolgt und hatte am 28. Februar 1978 entschieden, dass nicht die SED – so Arafats Vorschlag – die akkreditierende Stelle sein sollte, sondern das Solidaritätskomitee; seit August 1973 hatte der Nationalrat der Nationalen Front diese Funktion wahrgenommen. Auch Honecker stimmte dieser neuen Regelung zu: „Das Büro der PLO in der DDR erhält den Status einer ‚Vertretung der PLO in der DDR' und wird beim Präsidenten des Solidaritätskomitees akkreditiert. Der Generalsekretär des Solidaritätskomitees wird bevollmächtigt, in Abstimmung mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, mit der PLO eine Vereinbarung über den Status der Vertretung zu unterzeichnen. Der Status der Vertretung wird weitgehend dem einer diplomatischen Vertretung angeglichen."[491] Damit ging Honecker hinter die von der PLO/Fatah geforderte Akkreditierung durch die SED zurück. Vernachlässigt wur-

[487] So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Anlage 2 zur Vorlage, 28. 02. 1978, Bl. 164–168.
[488] So ebd., Bl. 165, 167.
[489] Vgl. ebd., Bl. 167 f.
[490] So ebd., Bl. 167.
[491] So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Vorlage, 28. 02. 1978, Bl. 158 f.

de Ende Februar 1978 auch die vom ZK und MfAA im Januar 1976 vorgeschlagene Lösung eines „Ständigen Büros der Palästinensischen Befreiungsorganisation in der Deutschen Demokratischen Republik"; der Leiter und der Stellvertreter dieses „Ständigen Büros" wurden seinerzeit noch unmittelbar durch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten akkreditiert[492].

Eine Woche nach dem Politbürobeschluss wurde diese Statusveränderung jedoch verworfen. Gerhard Grüneberg ließ Erich Honecker in einem Brief, datiert auf den 7. März 1978, wissen, dass er und Hermann Axen „zu der Meinung gelangt [seien], dass die Akkreditierung beim Präsidenten des Solidaritätskomitees keine echte Erhöhung des Status der PLO in der DDR bedeuten würde. Genosse Axen hat daher in Abstimmung mit dem MfAA vorgeschlagen, den Vertreter der PLO künftig beim Außenminister der DDR zu akkreditieren. Bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens sollte der Präsident des Solidaritätskomitees anwesend sein. Ich bitte um Zustimmung und Entscheidung."[493]

Grüneberg und Axen war also bewusst geworden, dass die geplante „Akkreditierung" der PLO beim Solidaritätskomitee eine unglückliche Situation hätte entstehen lassen. Denn spätestens Anfang Februar 1978 war beschlossen worden, dass zukünftig neben der Palästinensischen Befreiungsorganisation auch die ZAPU, die SWAPO und der ANC mit einem Büro in Ost-Berlin präsent sein durften – welches vom Solidaritätskomitee zu führen war und einen diplomatischen Status erhalten sollte[494]. Die Vertretung der ZAPU öffnete nach Arafats Besuch im März 1978 anlässlich des internationalen „Tages der Solidarität mit dem Volk von Simbabwe", die Einrichtungen der SWAPO sowie die des ANC wurden schließlich Mitte Oktober beziehungsweise Ende November 1978 zugelassen[495]. Hätte man nun bei der PLO die ursprünglich vorgesehene Zuständigkeit des Solidaritätskomitees beibehalten, wären die neuen Büros des ANC, der SWAPO und der ZAPU dem der PLO protokollarisch gleichgestellt gewesen. Axen und Grüneberg hielten die Übergabe des Beglaubigungsschreibens an den PLO-Vertreter durch den Außenminister offenbar für angezeigt, um eine gewollte diplomatische Aufwertung formal „realisieren" zu können, nachdem die neuen Büros der anderen Befreiungsorganisationen denselben Status zugesprochen bekommen hatten, der bei der PLO – die seit 1973 in Ost-Berlin präsent war – als Erhöhung gelten sollte.

Das am 11. März 1978 zwischen dem Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten geschlossene Abkommen bedeutete, dass der PLO-Vertretung ab diesem Zeitpunkt

[492] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1891/86, Vorlage, 27. 01. 1976.

[493] So SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Schreiben Gerhard Grünebergs an Erich Honecker, 07. 03. 1978.

[494] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 467; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1729, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 06. 06. 1978, Bl. 13; BArch, DZ 8/216, Schreiben des Solidaritätskomitees an das Dienstleistungsamt für ausländische Vertretungen, 27. 06. 1978; BArch, DZ 8/212, Schreiben des Solidaritätskomitees an das Dienstleistungsamt für ausländische Vertretungen, 22. 02. 1978.

[495] Vgl. ADN: Wirksame Unterstützung der sozialistischen Länder, in: ND, 17. 03. 1978, S. 6; Vertretung der SWAPO in unserer Republik eröffnet, in: ND, 14./15. 10. 1978, S. 1; ANC eröffnet Vertretung in der Hauptstadt, in: ND, 21. 11. 1978, S. 1.

ein diplomatischer Status zuerkannt wurde und ihr Leiter sowie dessen Stellvertreter bestimmte Vorrechte genossen[496]. So erhielten sie Diplomatenausweise des MfAA, ihre Person, die Diensträume und schriftliche Korrespondenz waren unverletzlich, sie durften CD-Kennzeichen führen und besaßen ein Flaggenrecht[497]. Zudem wurde festgelegt, dass Koulailat in der DDR das Exekutivkomitee repräsentierte[498]. Arafat erreichte damit erstmals eine direkte ostdeutsche Festlegung auf das Exekutivkomitee – allerdings nicht parteioffiziell, sondern staatlicherseits. Die diplomatische Aufwertung, die Honecker zuließ, bezog sich außerdem auch nur auf die PLO als Organisation und nicht auf eine Anerkennung des Staates Palästina oder eine Umbenennung der Vertretung in eine Botschaft des Staates Palästina[499]. Erneut achtete Honecker auf die Feinheiten seiner Politik. Und auch wenn Grüneberg sagte, der Repräsentant Arafats in Ost-Berlin sei „Botschafter in spe", ernannte man ihn tatsächlich erst vier Jahre später zum Botschafter. Im Jahr 1978 wurde dies ganz bewusst noch unterlassen[500]. Die SED gestand der palästinensischen Vertretung beispielsweise auch kein Chiffrierrecht zu[501]. Koulailats neue diplomatische Immunität wurde außerdem missachtet, denn sie hielt das Ministerium für Staatssicherheit nicht davon ab, die Residenz und die Räume des PLO-Büros weiterhin abzuhören und Koulailats Arbeit in jeder Hinsicht zu überwachen[502]. Anders als von Arafat gefordert, arbeiteten in den folgenden Jahren auch nur zwei, ab 1978 bis zu sechs Angehörige der PLO/Fatah in der DDR[503].

[496] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1965/95, Vereinbarung zwischen dem MfAA u. dem Exekutivkomitee der PLO, 11. 03. 1978; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 3523/82, Vermerk, 09. 03. 1982. Vgl. auch Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 471; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 103.

[497] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1965/95, Vereinbarung zwischen dem MfAA u. dem Exekutivkomitee der PLO, 11. 03. 1978; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 3523/82, Vermerk, 09. 03. 1982. Vgl. auch Beziehungen SED-PLO weiter vertieft, in: ND, 13. 03. 1978, S. 2.

[498] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1965/95, Vereinbarung zwischen dem MfAA u. dem Exekutivkomitee der PLO, 11. 03. 1978.

[499] Die PLO-Repräsentanz in Ost-Berlin wurde erst vier Jahre später per Beschluss des Politbüros zu einer Botschaft erklärt, ohne dass eine staatliche Anerkennung Palästinas folgte, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1937, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 16. 03. 1982, Bl. 13 f. Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 471; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 104.

[500] Zur Ernennung vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 471; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 104. Indem das SED-Regime erst viel später sowohl die Ost-Berliner Vertretung der PLO in eine Botschaft umbenannte als auch den Repräsentanten Arafats in der DDR als Botschafter anerkannte, machte die DDR implizit deutlich, dass bis zum jeweiligen Zeitpunkt dieser Aufwertung das Büro keine Botschaft gewesen war u. dessen Leiter keine diplomatischen Rechte genossen hatte. Zu Grünebergs Aussagen vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Niederschrift, 10. 03. 1978.

[501] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1965/95, Vereinbarung zwischen dem MfAA u. dem Exekutivkomitee der PLO, 11. 03. 1978.

[502] So führte das MfS auch nach 1978 IM, die in der PLO-Vertretung arbeiteten, und auch die 1974 begonnene Überwachung, etwa des Telefons sowie der Post, wurde nicht gestoppt.

[503] Neben Nabil Koulailat waren später auch Ahmad Maghari alias Abu Ashraf, Abd al Manam al Amuri alias Abd al Hadi Abu Shark u. Abdallah Hijazi an der Ost-Berliner Vertretung der PLO beschäftigt. Hijazi arbeitete ab Anfang der 1980er Jahre bis 1989 als IM „Adel" bzw. IM „Cunhal" für das MfS und fungierte mindestens bis 1982 zu-

Diese von Honecker 1978 gewährte Akkreditierung der PLO hatten einzelne westeuropäische Staaten Arafat zudem bereits mehrere Jahre früher zugestanden. Zum Beispiel besaß die Brüsseler Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation einen quasidiplomatischen Status und auch Spanien verfügte im März 1977, dass mit der Eröffnung des PLO-Büros in Madrid diplomatische Rechte wirksam wurden. Spanien unterhielt zum damaligen Zeitpunkt keine offiziellen Beziehungen zu Israel[504]. Das Abkommen über den Status der Vertretung Arafats wurde im Mai 1977 auch zwischen dem spanischen Außenministerium und dem Exekutivkomitee abgeschlossen und Jassir Arafat hisste während der Eröffnungszeremonie in Anwesenheit des Madrider Außenministers die palästinensische Flagge[505]. Der wesentliche Unterschied zwischen der MfAA-Akkreditierung und dem Status quo ante bestand 1978 darin, dass nun ein Kontakt zum Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, das heißt zur Regierung der DDR, den man zuvor ausdrücklich nicht erlaubt hatte, zugelassen wurde.

Am 14. März 1978, drei Tage nach Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem Exekutivkomitee und dem MfAA, traf sich in Kairo der Botschafter der DDR zum ersten Mal in offizieller Form mit dem stellvertretenden Leiter der Politischen Abteilung der PLO[506]. In der Bundesrepublik war ein solcher Vorgang seit Jahren üblich. Noch im Februar 1978 sprach in New York beispielsweise der Ständige Vertreter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen, von Wechmar, mit dem PLO-Beobachter Tarazi[507]. Die protokollarische Aufwertung war somit kein Alleinstellungsmerkmal des SED-Regimes, da die PLO/Fatah im Westen Europas teilweise einen mindestens ebenso hohen oder bereits höheren Status besaß als in der östlichen Staatengemeinschaft, wenngleich zwischen den einzelnen Ländern, beispielsweise der Bundesrepublik und Spanien, große Unterschiede im offiziellen Umgang mit der PLO zu verzeichnen waren[508]. Im Vergleich zu den übrigen

gleich als Leiter des PLO-Büros in Budapest, vgl. UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Joint Communiqué, 04. 02. 1982; BStU, MfS, HA II, 365/2, Note der PLO, 06. 06. 1977, Bl. 163; BStU, MfS, HA II, 365/1, Vermerk, 18. 10. 1979, Bl. 260 f.; BStU, MfS, HA II, 365/1, Vermerk, 05. 12. 1980, Bl. 286; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1727/95, Note der PLO, 06. 12. 1982; BStU, MfS, HA II, 29367, Bericht, 03. 08. 1978, Bl. 51; BStU, MfS, AIM, 43/91, Bd. 1/1, Beschluss, 07. 05. 1980, Bl. 110–112; BStU, MfS, AIM, 43/91, Bd. 1/1, Beschluss, 03. 07. 1981, Bl. 122–124; BStU, MfS, AIM, 43/91, Bd. 1/1, Bd. 2/2, Treffbericht IMB „Cunhal", 13. 03. 1989, Bl. 144.

504 Vgl. España reconoce oficialmente a la OLP, in: El País, 10. 03. 1977, S. 10; Ramon Vilaro: „Status" casi diplomático de la OLP, en Bruselas, in: El País, 17. 11. 1976, S. 3; Navon, From Kippur to Oslo, S. 26.

505 Vgl. die Aussagen der Diplomatischen Mission Palästinas in Spanien, www.embajadadepalestina.es (28. 01. 2013).

506 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, B 5.622, Schreiben der Botschaft Kairo an das MfAA, 16. 03. 1978. Vgl. auch Beziehungen zwischen SED und PLO weiter vertieft, in: ND, 13. 03. 1978, S. 1 f.

507 Vgl. Nuschelige Kontakte, in: Der Spiegel, 48/1979, S. 39; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 198, Bericht der Vertretung Amman an das AA, 09. 03. 1970, Bl. 1625 f.; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 277, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 03. 04. 1973, Bl. 2140–2142; AAPD, 1973, Dok. 98, Botschaftsrat Nowak an das AA, 07. 04. 1973, S. 470–473; AAPD, 1975, Dok. 62, Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Lahn, 26. 03. 1975, S. 307.

508 Vgl. die gegenteiligen Behauptungen bei Bator, Begegnung mit Arafat, S. 3 f.

sozialistischen Staaten war die DDR dennoch eines der ersten Länder, das der PLO diplomatische Rechte einräumte[509].

Bemerkenswert in Bezug auf die neue, ostdeutsche Akkreditierung Nabil Koulailats in Form eines Vertrages zwischen dem Exekutivkomitee der PLO und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist allerdings, dass dieser Schritt 1978 ursprünglich nicht geplant war. Selbst als Honecker die Idee einer Statuserhöhung der Palästinensischen Befreiungsorganisation über das Solidaritätskomitee fallen gelassen hatte und sich zu einem direkten Abkommen mit dem MfAA entschloss, verzichtete er darauf, diese Aufwertung mit einer demonstrativen Geste öffentlich bekannt zu machen, beispielsweise in Form eines Termins zwischen Außenminister Oskar Fischer und Jassir Arafat. In dem, was Honecker festlegte, und der Art, wie er es präsentierte, wird deutlich, dass die DDR nicht alle denkbaren Optionen ausschöpfte, um mit Verve ein deutliches politisches Bekenntnis zugunsten Arafats PLO abzulegen[510].

Der veränderte Status der Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Ost-Berlin war zwar ein Erfolg für Jassir Arafat, der auch seine Position gegenüber Syrien festigte. Aber insgesamt zeigt der Prozess, der letztlich zu dem Abkommen mit dem MfAA führte, dass es nicht Honeckers Absicht war, die Fatah politisch zu unterstützen und zu signalisieren, dass die DDR und die SED ab sofort auf einer neuen Stufe mit der PLO zusammenarbeiten wollten. Das war aber der Wunsch Arafats. Die Politische Abteilung der PLO versuchte, mit den beiden Vorlagen, die der SED Anfang 1978 übergeben worden waren, eine nachhaltige politische Aufwertung in den Beziehungen mit Honecker zu erreichen, um

509 Die Volksrepublik Ungarn wertete als erstes sozialistisches Land die palästinensische Vertretung in Budapest im Februar 1982 zu einer diplomatischen Mission auf. Polen vollzog diesen Schritt im Juli 1982. Die ČSSR hatte das PLO-Büro in Prag zwar bereits im März 1981 zu einer „Ständigen Vertretung" erklärt, dieser aber erst im Februar 1983 diplomatischen Status zuerkannt. Die sowjetische Führung hatte im Herbst 1981 angekündigt, das Moskauer Büro der PLO diplomatisch aufwerten zu wollen, dies im Anschluss aber nicht getan. Der dortige PLO-Vertreter wurde erst im Mai 1984 als „außerordentlich bevollmächtigter Repräsentent" der PLO akkreditiert, stand aber weiterhin lediglich einer „Repräsentanz" der PLO in der UdSSR vor, vgl. UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Note des PLO-Büros Moskau, 16. 05. 1984; UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Joint Communiqué, 04. 02. 1982; UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Note des Außenministeriums der ČSSR, 22. 03. 1983; Felix Bayon: Próxima apertura de una embajada de la OLP en Moscú, in: El País, 31. 07. 1981, S. 3; La URSS otorga rango diplomático a la oficina de la OLP en Moscú, in: El País, 21. 10. 1981, S. 4; Angaben des Ministeriums für Auswärtige Beziehungen u. Außenwirtschaft von Ungarn, 03. 09. 2014; Angaben des Außenministeriums der Tschechischen Republik, 29. 08. 2014; Angaben des Polnischen Instituts für Internationale Beziehungen, 04. 09. 2014.

510 Im „Neuen Deutschland" wurde darauf verzichtet, den veränderten Status der PLO-Vertretung zu erwähnen, vgl. Freundschaftliches Treffen zwischen Erich Honecker und Yasser Arafat, in: ND, 11./12. 03. 1978, S. 1 f.; Beziehungen SED-PLO weiter vertieft, in: ND, 13. 03. 1978, S. 1 f.; Gemeinsame Pressemitteilung, in: ND, 13. 03. 1978, S. 6. Als im März 1978 die palästinensische Flagge vor der Ost-Berliner PLO-Vertretung gehisst wurde, war weder der Außenminister noch ein anderer Vertreter der Regierung der DDR anwesend. In Madrid weihte der spanische Außenminister mit Arafat gemeinsam die Mission der PLO ein, vgl. die Angaben der Diplomatischen Mission Palästinas in Spanien, www.embajadadepalestina.es (28. 01. 2013); Bator, Begegnung mit Arafat, S. 3 f.; Beziehungen SED-PLO weiter vertieft, in: ND, 13. 03. 1978, S. 1 f.

sich im Nachgang der libanesischen Krise einen besseren Stand gegenüber Präsident Assad zu erarbeiten. Denn je höher die Ebene, auf der Arafat seine weiteren Kontakte mit Ost-Berlin anbinden konnte, desto schwieriger – weil politisch kostspieliger – würde es für die DDR, syrisches Vorgehen gegen die Fatah zu dulden.

Auf die praktische Kooperation zwischen der DDR und der Palästinensischen Befreiungsorganisation wirkten sich zudem die neuen Festlegungen des Parteiabkommens aus. Und auch diese Korrekturen können anhand seiner Anmerkungen auf Erich Honecker zurückgeführt werden. Im dritten SED-Abkommen mit der PLO strich Honecker zunächst ebenfalls die von Arafat vorgeschlagene Verbindung zwischen dem ZK der SED und dem Exekutivkomitee der PLO[511]. Die Partei wollte nicht ausschließlich die von der Fatah kontrollierte „Regierung" der PLO unterstützen, obwohl das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, als es Koulailat akkreditierte, zum ersten Mal eine Vereinbarung mit dem palästinensischen Exekutivkomitee unter Kontrolle der Fatah geschlossen hatte. Trotz der anscheinend wachsenden diplomatischen Bedeutung der PLO blieb die SED bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Fatah. Außerdem wurde der Gegenwert der „Solidarität" für die Palästinensische Befreiungsorganisation von fünf auf vier Millionen Mark reduziert[512]. Die tatsächlich der PLO ausgezahlten Mittel waren 1978 niedriger und sie erhielt, erstmals seit 15 Jahren, auch eine geringere Unterstützung als andere Befreiungsorganisationen. Die Leistungen beliefen sich auf lediglich 1,8 Millionen Mark; weniger als die Hälfte der ohnehin um eine Million Mark gekürzten Summe[513]. Der SWAPO stellte Ost-Berlin zur selben Zeit eine Solidaritätshilfe im Wert von 3,5 Millionen Mark und dem ANC von 2,7 Millionen Mark bereit[514]. Bis 1990 erhielt die PLO weniger Geld als andere Befreiungsorganisationen[515].

Die Klausel über die Lieferung „nichtziviler Hilfe", die die Politische Abteilung der PLO in ihrem Entwurf berücksichtigt hatte, wurde im neuen Parteiabkommen erstmals seit 1973 gestrichen[516]. Gerhard Grüneberg erklärte Arafat im Gespräch: „Wir haben diesmal den nichtzivilen Bereich aus dieser Vereinbarung herausgenommen. Das muss man verstehen. Das hat nichts in dieser Vereinba-

511 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/20/309, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, 11. 03. 1978, Bl. 4–7.

512 Vgl. ebd., Bl. 5.

513 Vgl. BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984.

514 Vgl. BArch, DZ 8/215, Übersicht der Solidaritätsleistung für die PLO 1978 u. 1979, o. D.; BArch, DZ 8/552, Einschätzung über Solidaritätsleistungen gegenüber SWAPO-Namibia, 23. 01. 1984; BArch, DZ 8/216, Urkunde über geleistete Solidarität zugunsten des ANC, Februar 1979. Polkehn, DDR, S. 37, beruft sich bei seiner Darstellung der DDR-Solidarität gegenüber der PLO zwischen 1973 u. 1979 auf die theoretisch vereinbarten Summen. Mit Blick auf die Jahre ab 1979 heißt es bei ihm lediglich: „In den folgenden Jahren dürfte der Umfang [der Solidaritätsleistungen] ähnlich gewesen sein."

515 Vgl. BArch, DZ 8/552, Übersicht, 16. 12. 1988; BArch, DZ 8/552, Bericht über die solidarische Unterstützung für die Befreiungsbewegungen ANC u. SWAPO 1987, 11. 11. 1987; BArch, DZ 8/552, Einschätzung über Solidaritätsleistungen gegenüber SWAPO-Namibia, 23. 01. 1984; SAPMO-BArch, DY 3023/990, Bericht über den Einsatz der Mittel 1980, o. D., ca. Oktober 1980, Bl. 14 f.; Schleicher, SWAPO, S. 122–126.

516 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Anlage 1 zur Vorlage, 28. 02. 1978, Bl. 162.

rung zu suchen. Wir werden unsere Verpflichtungen erfüllen."[517] In Anbetracht der Ereignisse des Jahres 1976 sollte diese Garantie Arafat zumindest misstrauisch gemacht haben. Es sind auch keine wirklich umfangreichen militärischen Lieferungen aus der DDR an die PLO in den Folgejahren bekannt. Die SWAPO erhielt im Gegensatz zur PLO beispielsweise im Mai 1978 Waffen im Wert von 1,7 Millionen Mark und im November, wiederum auf direkte Weisung Honeckers, Minen, Handgranaten, Maschinenpistolen, Munition und Funkgeräte im Wert von 1,4 Millionen Mark[518]. Damit bezog sie allein an militärischen Gütern fast 1,5 Millionen Mark mehr als die Palästinensische Befreiungsorganisation im Jahr 1978 insgesamt an ziviler Solidarität erhielt. Neben der SWAPO belieferte die DDR im Sommer 1978 auch die POLISARIO, eine Befreiungsorganisation in der westlichen Sahara. Man schenkte ihr sogar neun Millionen Schuss Munition, 6000 Waffen und 120 Tonnen Schützenminen für mindestens 2,5 Millionen Mark[519].

Die Reduzierung der Solidaritätsleistungen an die PLO um eine Million Mark, das Streichen konkreter „nichtziviler Hilfen" und die Gewährung von nur drei anstatt fünf Mitarbeitern zeigt, wie bewusst Honecker 1978 Entscheidungen traf. Wenn Grüneberg erklärte, die DDR messe „der PLO als der Avantgarde der arabischen Befreiungsbewegung große Bedeutung bei", die Übereinstimmung mit der PLO sei „so absolut", das Verhältnis zwischen Erich Honecker und Jassir Arafat „so herzlich" und die DDR deshalb „zur weiteren Vertiefung der gegenseitigen solidarischen Unterstützung bereit", so widersprach jede der nicht bewilligten Forderungen seiner Darstellung[520].

Vorwürfe und Misstrauen: Die „Verhandlungen" der SED mit Jassir Arafat

Die Gespräche mit Arafat wurden 1978 nicht wie bisher als „Beratungen" ausgewiesen, sondern als „Verhandlungen"[521]. Dieser Wechsel des Begriffes war nicht belanglos, denn Harmonie und Vertrauen waren in dieser Beziehung verlorengegangen. Arafat erklärte Grüneberg unmissverständlich: „Wir haben uns lange Zeit nicht mehr getroffen. […] Wir wollen unseren Genossen in der DDR auch ganz ehrlich sagen, dass unsere Verpflichtungen – vor allem nach dem Krieg im Libanon – ganz ungeheuer angewachsen sind, dass wir ganz große Verpflichtungen vor uns sehen. Wir sind zum Beispiel verantwortlich für unsere Märtyrer, für unsere Gefallenen. Unser Budget für 1978 umfasst 7 764 000 irakische Dinar oder 25 Millionen [US-]Dollar. Vor dem libanesischen Krieg haben wir nicht einmal ein Viertel dieser Summe gebraucht, um unseren Verpflichtungen nachzukommen."[522]

[517] So SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Niederschrift, 10. 03. 1978.
[518] Vgl. BArch, DVW 1/114488, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 04. 01. 1978, Bl. 5; BArch, DVW 1/115505, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 31. 10. 1978, Bl. 115. Vgl. auch Schleicher, SWAPO, S. 125.
[519] Vgl. BArch, DVW 1/114488, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 28. 02. 1978, Bl. 89; BArch, DVW 1/114488, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 01. 06. 1978, Bl. 212.
[520] Zu den Zitaten vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Niederschrift, 10. 03. 1978.
[521] Vgl. ebd.
[522] So ebd.

Mit „Verpflichtungen" für „Märtyrer" nach dem „Krieg im Libanon" meinte Arafat die zu leistende finanzielle Unterstützung für palästinensische Familien, deren Angehörige zwischen 1975 und 1976 für die PLO gegen Syrien und die christlichen Milizen gekämpft hatten und getötet worden waren. Arafat kam damit unverhohlen auf die ostdeutsche Verantwortung für die Höhe dieser Verpflichtungen zu sprechen. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation erklärte seinem offiziellen Gesprächspartner der SED, dass drei Viertel aller insgesamt seit den 1960er Jahren getöteten PLO-Kämpfer 1975/76 im Libanon während der Konfrontation mit den Christen, den Einheiten der syrischen PLA und der Armee Hafiz al Assads ums Leben gekommen waren – in einem Konflikt, bei dem die DDR prosyrisch agiert hatte.

Grüneberg antwortete Arafat auf dessen offensichtlichen Vorwurf der Mitschuld Ost-Berlins an der Zahl der durch Syrien getöteten Palästinenser: „Wir haben schon in der Phase, als die ganze Situation im Nahen Osten begann [1975], alle Register gezogen, die wir ziehen konnten. Wir haben Genossen Arafat erzählt, wie wir unsere Botschafter zusammengenommen und ihnen ganz klare Direktiven gegeben haben, wie die Position der PLO und der progressiven Kräfte im arabischen Raum zu unterstützen ist. Mitglieder des Politbüros sind in die verschiedensten Regionen gefahren. Euch ist bekannt, dass wir im Irak waren […] und in Syrien. […] Dabei vertreten wir eure Politik, auch in anderen Ländern, und sagen, was notwendig ist. Wir warten nicht, bis man uns bittet. Dazu sind unsere Positionen zu einheitlich, und außerdem wissen wir, was diese Frage bedeutet. […] Das Beste ist, dass wir uns immer aufrichtig die Meinung gesagt und unseren Standpunkt dargelegt haben ohne Hintertüren. Ihr habt uns immer aufrichtig und ehrlich informiert, und wir hatten niemals das Gefühl, das kann ich offen sagen, dass wir in irgendeiner Weise nicht informiert waren, sondern wir hatten immer das Gefühl der Ehrlichkeit. Das macht uns in unserem gemeinsamen Kampf so sicher."[523]

Dass die Regierung der DDR „nicht warte", bis sie gebeten werde, sondern „in anderen Ländern" von sich aus die Interessen der Palästinensischen Befreiungsorganisation vertrete, da die Überzeugungen Arafats und Honeckers „zu einheitlich" seien, entsprach nicht der im Libanon 1976 von Honecker durchgesetzten Politik. Richtig war allerdings, dass Arafat und andere Funktionäre der PLO/Fatah die Parteiführung in Ost-Berlin darüber informiert hatten, was Syrien im Libanon tat. Dies führte aber nicht zu einer ostdeutschen Unterstützung der PLO gegenüber Syrien. Es bewirkte noch nicht einmal eine Nichtunterstützung Assads, denn Waffen lieferte die DDR 1976 auch weiterhin nach Damaskus.

An Faruq al Qaddumi gerichtet, fragte Gerhard Grüneberg im März 1978: „Ich glaube, damit haben die Gespräche ihren Abschluss gefunden. Ist der Außenminister zufrieden?", Qaddumi antwortete darauf: „Ja, aber wir haben noch keine Regierung!", woraufhin Grüneberg entgegnete: „Ob ihr jetzt schon eine Regierung habt oder nicht, das ist völlig uninteressant. Wichtig ist, dass ihr einen neuen Weg geht, und damit die Politik der USA und einem Sadat entgegenwirkt."[524]

[523] So ebd.
[524] So ebd.

Einen „neuen Weg" sollte die PLO nach Auffassung der SED ab Frühjahr 1978 gehen. Aber auf welchem falschen Weg befand sich Arafat? War der alte Weg für die DDR der nach Westen? Und warum ließ sich Qaddumi nicht als Außenminister bezeichnen, obwohl er unter diesem Titel nach New York, Paris, Madrid, Wien und Rom reiste? Die Zwischentöne der Gespräche mit der palästinensischen Delegation ließen im März 1978 erkennen, dass eine Veränderung im Verhältnis zwischen der PLO/Fatah und der DDR stattgefunden hatte. Die Fassade der freundschaftlichen Verbundenheit, solidarischen Kampfgemeinschaft, des ostdeutsch-palästinensischen Bündnisses gegen Zionismus und Imperialismus, die 1975/76 im Libanonkonflikt tiefe Risse erhalten hatte, wies nun bereits deutliche Schäden auf. In dem Maße, wie Arafat seine Westkontakte stabilisierte und sich zugleich der Abstand zur sowjetisch-sozialistischen Seite unter politisch-ideologischen Aspekten immer weiter vergrößerte, rückte Ost-Berlin von seiner Loyalität gegenüber Arafat ab. Trotz der ihm zugebilligten Glaubwürdigkeit war man in der DDR nicht darüber unterrichtet worden, was Jassir Arafat und die Fatah im Westen Europas besprachen. Gerade deshalb ging der SED-Staat zurückhaltender mit ihm um, denn man erkannte immer deutlicher, dass eine Fatah-Führung der PLO nicht nur mittel- und langfristig nicht den Interessen der sozialistischen Seite nützte, sondern dass die Fatah ihre Politik von allein nicht korrigierte.

In Vorbereitung des Treffens mit der PLO-Delegation 1978 hatte die SED auch sogenannte „Zusatzfragen zu den Informationen des Genossen Arafat" formuliert – vorausahnend, welche ausweichenden und unverfänglichen Antworten Jassir Arafat auf die regulären Fragen zu den strittigen Themen geben würde oder zu welchen Aspekten er schweigen wollte. Die „Zusatzfragen" zielten vor allem auf die Westpolitik der Fatah ab. Ganz besonders wichtig war der SED, auf die Sozialistische Internationale (SI) sowie die Kontakte Arafats mit Bruno Kreisky und Willy Brandt, dem damaligen Präsidenten der SI, einzugehen[525]. „Stellvertretend für den USA-Imperialismus versucht die Sozialistische Internationale unter Führung von Brandt und Kreisky in der arabischen Welt größeren Einfluss zu gewinnen und insbesondere die revolutionären Kräfte auf einen Kurs ähnlich dem von Sadat zu bringen. Gibt es solche Versuche auch gegenüber der PLO?", so lautete eine der vorbereiteten „Zusatzfragen" an Arafat[526]. Eindeutig ließ die DDR hier ihre Zweifel an der Loyalität und dem Klassenbewusstsein der PLO-Führung erkennen und gab Arafat so Anfang 1978 deutlich zu verstehen, dass man die Westkontakte der Palästinensischen Befreiungsorganisation missbilligte und zugleich unterstellte, der Vorsitzende des Exekutivkomitees wisse nicht um die Gefahren seiner Politik. Auch wenn die Antwort Arafats auf diese „Zusatzfrage" in den Akten nicht gefunden werden konnte – wahrheitsgemäß hätte er mit Ja antworten müssen. Denn neben der EG war Österreichs Regierung von besonderem Interesse für die Fatah.

Nicht erst seit der Eröffnung des Wiener Büros der PLO Anfang 1977 war bekannt, dass die Palästinenser in Bundeskanzler Bruno Kreisky einen engagierten

[525] Zur SI u. zu Brandt vgl. Rother, Sozialdemokratischer Internationalismus, S. 287–332; Lorenz, Brandt, S. 195–201.
[526] Zur Frage vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Zusatzfragen, o. D.

Verfechter ihrer Interessen gefunden hatten. Als einer der einflussreichsten Politiker innerhalb der Sozialistischen Internationale zielte seine Politik darauf ab, Arafat im Westen als einen Partner für Friedensverhandlungen aufzuwerten[527]. Da die Sadat-Offensive zunächst jede mögliche positive Entwicklung der amerikanischen Haltung, die den Aussagen Carters 1977/78 hätte entnommen werden können, für die Palästinenser beendete, wurde die Haltung der westeuropäischen Staaten für die PLO/Fatah umso wichtiger. Die EG und die einzelnen Mitgliedstaaten verstanden unter dem Terminus „Heimatland" durchaus einen zu schaffenden souveränen Staat, also keine „Autonomie" im Sinne einer von Jordanien oder Israel kontrollierten Verwaltung[528]. Kreisky, als Bundeskanzler des Nicht-EG-Mitgliedes Österreich und Politiker der SI, vertrat ebenfalls diesen politischen Kurs. Die DDR verfolgte dessen Rolle sowie die der SI, der auch die israelische Arbeiterpartei angehörte, offenbar sehr genau, und Arafat hatte im März 1978 über dieses Verhältnis Rechenschaft abzulegen.

Die Frage nach der Sozialistischen Internationale und den Kontakten der PLO/Fatah zu Willy Brandt und Bruno Kreisky stand eventuell in Verbindung mit dem Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Ost-Berlin, der wenige Tage nach Arafats Abreise stattfand[529]. In der Gesprächsempfehlung des MfAA hieß es konträr zu der an Arafat gerichteten Frage: „Die Bemühungen von Dr. Kreisky als österreichischer Staatsmann um die Entspannung und Normalisierung der Lage in Europa sowie um die friedliche Lösung internationaler Konflikte finden in der DDR gebührende Achtung und Würdigung."[530] Am 9. März 1978 hatte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten dem Politbüro deshalb vorgeschlagen, Kreisky den „Großen Stern der Völkerfreundschaft" zu verleihen[531]. Auf dieser Vorlage wurde handschriftlich vermerkt, dass das Politbüro am 14. März entschieden habe, dass die Auszeichnung Kreiskys „gestrichen" werde[532].

Diese plötzliche Absage kann mit Arafats Besuch und der Palästinapolitik des österreichischen Bundeskanzlers erklärt werden: Die SED zog ihre Entscheidung zurück, weil sich in Ost-Berlin der Eindruck verstärkt hatte, Kreisky und die SI seien für Arafat politisch wichtig. Arafats Antwort auf die Frage, ob die Sozialistische Internationale versuche, die PLO „auf einen Kurs ähnlich dem von Sadat zu

[527] Vgl. Kreisky, Im Strom, S. 307–347; ders., Mensch im Mittelpunkt, S. 189–207; Rathkolb, Paradoxe Republik, S. 281–283; Krech, Nahostpolitik, S. 26–30; Riegler, Fadenkreuz, S. 53–55, 71–77, 86–97. Zur Nahostpolitik der SI u. der Rolle Kreiskys vgl. auch Merseburger, Brandt, S. 757 f.; Dahlke, Transnationaler Terrorismus, S. 167–182. Dahlke, ebd., S. 314, gibt den Zeitpunkt der Eröffnung der Wiener PLO-Vertretung mit Oktober 1978 an.

[528] Vgl. Miller, PLO Factor, S. 134 f.; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 36–40; dies., European Political Cooperation, S. 137–141.

[529] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 3.756, Empfehlungen, 31. 03. 1978, Bl. 13–16; PA-AA, Bestand MfAA, C 3.756, Programm für den offiziellen Besuch des Bundeskanzlers der Republik Österreich, März 1978, Bl. 56–97. Vgl. auch Österreichs Bundeskanzler trifft heute in der DDR ein, in: ND, 30. 03. 1978; Gemeinsames Kommuniqué, in: ND, 01. 04. 1978, S. 2; Gespräche waren sinnvoll, substanziell, informativ, in: ND, 03. 04. 1978, S. 2.

[530] So PA-AA, Bestand MfAA, C 3.756, Empfehlungen, 31. 03. 1978, Bl. 13.

[531] So PA-AA, Bestand MfAA, C 3.756, Vorlage, 09. 03. 1978, Bl. 21 f.

[532] So ebd., Bl. 18, 21.

bringen", schien die SED nicht überzeugt zu haben. Das Politbüro wollte Kreisky nicht als Staatsmann auszeichnen, weil damit indirekt auch dessen Verdienste um die PLO gewürdigt worden wären. Zwischen der Abreise Arafats und der Entscheidung der SED-Führung, Kreisky doch nicht eine der höchsten zivilen Auszeichnungen der DDR zu verleihen, lagen drei Tage. Genug Zeit, die außenpolitische Wirkung dieses Ordens zu überdenken. Wollte Honecker tatsächlich signalisieren, Arafats Westpolitik finde in Ost-Berlin Zustimmung? Denn immerhin hätte Jassir Arafat im Nachgang die SED fragen können, weshalb Bruno Kreisky den „Großen Stern der Völkerfreundschaft" erhielt, aber dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO erklärt werde, Kreisky und die SI seien Handlanger des USA-Imperialismus und aus diesem Grund dürfe die Palästinensische Befreiungsorganisation sich nicht blenden lassen von deren politischen Angeboten.

Aber auch die österreichischen Gäste, so hielt das MfAA fest, versuchten während des Besuches den Eindruck zu vermeiden, man vertrete eine gemeinsame Position gegenüber der Palästinensischen Befreiungsorganisation. „Die österreichische Seite wandte sich gegen jede Erwähnung der PLO", so steht es unter anderem im Bericht über die „Kommuniqué-Verhandlungen" mit der Delegation Kreiskys[533]. Dies könnte zwei Gründe gehabt haben. Österreich wollte womöglich angesichts des jüngsten palästinensischen Terroranschlags in Israel nicht Stellung zur PLO nehmen. Am 12. März 1978 hatten mehrere Terroristen der Fatah in der nordisraelischen Stadt Haifa einen Bus gestürmt, mehr als 30 Menschen, darunter 18 Kinder, ermordet und über 70 Personen verletzt[534]. Die israelische Armee begann daraufhin eine in das südliche Territorium des Libanon hineinreichende militärische Operation gegen Stellungen palästinensischer Verbände[535]. Arafat wollte mit dem Anschlag verdeutlichen, dass für Israel kein Frieden entstehen konnte, wenn man seine Organisation politisch vernachlässigte. Er versuchte, die Annäherung zwischen Begin und Sadat zu unterminieren, indem er die israelische Reaktion in Form des Einmarsches in den Süden des Libanon provozierte. Das militärische Vorgehen gegen die PLO sollte die ägyptische, proisraelische Haltung delegitimieren, und damit den Bruch zwischen Kairo und Jerusalem herbeiführ-

533 So PA-AA, Bestand MfAA, C 3.756, Bericht, 20. 03. 1978, Bl. 28. Vgl. auch Gemeinsames Kommuniqué, in: ND, 01. 04. 1978, S. 2.

534 Vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 179; Kapeliouk, Arafat, S. 180; Rubin, Revolution, S. 55; Sayigh, Struggle, S. 426; Catignani, Counter-Insurgency, S. 70; Kaufman, Litani to Beirut, S. 29; Rabil, Embattled Neighbours, S. 58; Moshe Briliant: Fatah Admits Raid, in: NYT, 12. 03. 1978, S. A1; Frisch, Palestinian Military, S. 64; Reuters: PA cancels ceremony honoring leader of 1978 terror attack in Israel, in: Haaretz, 10. 03. 2010, www.haaretz.com/misc/article/pa-cancels-ceremon78-terror-attack-in-israel1.264556?trailingPath=2. 169%2C2.216%2C (12. 03. 2010).

535 Vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 179f.; Sharon, Warrior, S. 425f.; Catignani, Counter-Insurgency, S. 70f.; Kaufman, Litani to Beirut, S. 29; Sayigh, Struggle, S. 426f. Die am 14. 03. 1978 eingeleitete militärische Operation der israelischen Armee wurde sechs Tage später mit dem von den VN vermittelten Waffenstillstand beendet. Die VN-Resolution 425, die einen vollständigen israelischen Rückzug aus dem Süden des Libanon forderte, schuf gleichzeitig die Voraussetzungen der UNIFIL, die den Abzug überwachen sollte u. im Anschluss Sicherheit u. Stabilität in diesem Gebiet gewährleisten musste, vgl. Kaufman, Litani to Beirut, S. 29; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 436–455; Sayigh, Struggle, S. 427; Kurz, Fatah, S. 90f.; UN S/RES/425 (1978), Resolution, 19. 03. 1978.

ren[536]. Kreisky vermied in der DDR also eventuell in Anbetracht des Attentats von Haifa, die PLO direkt zu erwähnen, da mit dieser Tat ein Ansehensverlust für die Palästinensische Befreiungsorganisation und damit auch für Kreiskys propalästinensische Politik einherging.

Es ist aber auch denkbar, dass Kreisky den Eindruck vermeiden wollte, dass die DDR und Österreich mit Blick auf die PLO eine gemeinsame Überzeugung verband, und er deshalb in einem ostdeutsch-österreichischen Kommuniqué keine Aussage über die Palästinensische Befreiungsorganisation akzeptierte. Wien wollte Arafat prowestlich beeinflussen, ihm also eine Alternative zur sowjetisch-sozialistischen Partnerschaft bieten und der PLO politische Glaubwürdigkeit verleihen – indem man die Fatah unterstützte[537]. Bliebe man auf der Ebene der Symbolik, ließe sich aus der Entscheidung über die Vergabe des „Großen Sterns der Völkerfreundschaft" 1978 in Bezug auf die drei Personen Arafat, Kreisky und Assad eine politische Aussage ableiten, denn Kreisky und Arafat verband, dass sie nicht ausgezeichnet wurden. Nur Assad erhielt während seines Staatsbesuches vom 1. bis zum 4. Oktober 1978 den „Großen Stern der Völkerfreundschaft" der DDR[538]. Die Geste der sozialistischen Freundschaft wurde Arafat mit Rücksicht auf Assad verweigert, um die Bedeutung Syriens für die DDR noch stärker zu betonen. Kreisky wiederum wurde die Auszeichnung aus dem gleichen Grund aberkannt, aus dem Arafat nicht einfach nach Assad geehrt wurde: der Annäherung der PLO unter Ägide der Fatah an die Sozialistische Internationale. Aber warum entschied sich Honecker 1978 gegen eine umfassende diplomatische Anerkennung der PLO? Warum erhielt die Palästinensische Befreiungsorganisation von der SED eine Million Mark weniger? Warum entfernte Honecker eine entsprechende Klausel über „nichtzivile" Hilfe aus dem neuen Parteiabkommen mit Jassir Arafat?

Hafiz al Assad in Ost-Berlin

Beantworten lassen sich diese Fragen vor dem Hintergrund des Aufenthaltes Hafiz al Assads in der DDR. Der Besuch des syrischen Präsidenten – viereinhalb Jahre nach dem Politbürobeschluss – glich im Herbst 1978 einer politischen Manifestation[539]. Die Krise des Jahres 1976 war vergessen, die antipalästinensische Politik Assads im Libanon spielte keine Rolle mehr. Die SED tat so, als hätte es die gegen Arafat gerichtete Offensive nie gegeben. Vielmehr erklärte Honecker: „Dieser, Ihr erster Besuch in unserem Land, erfüllt uns mit besonderer Freude. Er ist ein Höhepunkt der traditionsreichen Freundschaft zwischen den Völkern der Deutschen Demokratischen Republik und der Syrischen Arabischen Republik. Die Freundschaft hat sich in guten wie in schweren Tagen bewährt, sie ist erprobt und stabil.

536 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 426; Smith, Conflict, S. 350.

537 Vgl. Kreisky, Im Strom, S. 307–347; ders., Mensch im Mittelpunkt, S. 189–207; Krech, Nahostpolitik, S. 26–30; Riegler, Fadenkreuz, S. 53–55, 71–97; Rathkolb, Paradoxe Republik, S. 281–283.

538 Vgl. ADN: Hohe Auszeichnungen verliehen, in: ND, 02. 10. 1978, S. 1.

539 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1531/03, Vorlage des MfAA für das Politbüro des ZK der SED, o. D., ca. September 1978. Zur Berichterstattung vgl. ND, 02. 10. bis 05. 10. 1978.

[…] Der heldenhafte Freiheitskampf des syrischen Volkes […] [hat] die hervorragende Rolle der arabischen nationalen Befreiungsbewegung weithin geprägt."[540] „Geprägt" hatte Assad die PLO 1976 zweifellos stark. Aber für Arafat war mit dem syrischen Einfluss die schwerste militärische Niederlage in der bisherigen Entwicklung der Palästinensischen Befreiungsorganisation einhergegangen[541].

Der Generalsekretär des ZK der SED und Staatsratsvorsitzende der DDR machte während des Besuches Assads auch deutlich, an welchen Konstanten er die Nahostpolitik zukünftig ausrichten wollte: „Die Haltung der Deutschen Demokratischen Republik zur Lösung der Probleme im Nahen Osten bleibt klar und konsequent. Wir sind für solche komplexe und demokratische Lösungen, die helfen, die wirklichen Ursachen des Konfliktes zu beseitigen und die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu legen. Dies erfordert, die israelischen Truppen aus allen 1967 besetzten arabischen Gebieten abzuziehen, die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich des Rechtes auf Bildung eines eigenen unabhängigen Staates, zu gewährleisten sowie die zuverlässig garantierte Sicherheit aller Staaten im Nahen Osten zu verwirklichen. Wir sind fest davon überzeugt, dass eine solch umfassende Regelung nur unter Mitwirkung aller interessierter Seiten, darunter der Palästinensischen Befreiungsorganisation, erreicht werden kann. […] Die Deutsche Demokratische Republik schätzt die prinzipielle Position hoch ein, die die Syrische Arabische Republik und Sie persönlich, Genosse Hafez al Assad, im Ringen um einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten beziehen."[542]

Auch wenn Erich Honecker betonte, die DDR trete selbstverständlich für die Rechte des palästinensischen Volkes ein, war die PLO nur eine von mehreren „interessierten Seiten" – und nicht die alleinige, rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes[543]. Liest man Honeckers Worte genau, dann fällt auf, dass Syrien seiner Ansicht nach in palästinensischen Fragen berechtigt auf einer Mitsprache bestehen durfte. Assad wurde von Honecker geradezu aufgefordert, „erzieherisch" auf die Palästinensische Befreiungsorganisation einzuwirken. Nur auf diese Weise konnten die „wirklichen Ursachen" des Konfliktes beseitigt und die komplexen, vor allem „demokratischen Lösungen" erreicht werden. Honecker machte mit der Nichterwähnung der ausdrücklich alleinigen Zuständigkeit der PLO für die Palästinenser deutlich, dass die DDR Damaskus in Fragen, die die Palästinensische Befreiungsorganisation betrafen, ein Anrecht einräumte, Dinge mitzuentscheiden. Denn Assad verfolgte nach Meinung Honeckers ausschließlich antiimperialistisch-demokratische Ziele. Es schien, als ob Ost-Berlin die syrische Intervention im Libanon von 1976 im Nachhinein für rechtmäßig erklärte und zugleich zum Ausdruck brachte, dass die DDR auch für die Zukunft hoffte, Syrien werde Einfluss auf die politische Linie Arafats nehmen.

[540] So Toast von Erich Honecker, in: ND, 02. 10. 1978, S. 3 f.
[541] Vgl. Tessler, Conflict, S. 495 f.; Sayigh, Struggle, S. 403–414.
[542] So Toast von Erich Honecker, in: ND, 02. 10. 1978, S. 3 f.
[543] In einer „Empfehlung für die Gespräche des Genossen Erich Honecker mit dem syrischen Präsidenten" vom 26. 09. 1978 sprach sich Außenminister Fischer dagegen aus, dass Honecker die PLO wörtlich in Gegenwart Assads erwähnte, vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Empfehlungen, 26. 09. 1978, Bl. 407–411.

Die Anfang Oktober 1978 mit Syrien abgeschlossenen Verträge waren der politischen Bedeutung Assads entsprechend umfangreich. Sie beinhalteten unter anderem zwei wichtige Dokumente: eine „Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Syrischen Arabischen Republik über die Entwicklung der wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit" sowie ein „Langfristiges Abkommen über die Prinzipien der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit"[544]. Die „Vereinbarung" und das „Abkommen" galt es dabei, so die Direktive des Ministers für Außenhandel an die Deutsche Außenhandelsbank AG, die für die Zahlungsmodalitäten beider Verträge zuständig war, strikt voneinander zu trennen, nicht zuletzt weil sich die Konditionen unterschieden[545].

In der „Vereinbarung" verpflichtete sich die DDR, Syrien bis 1990 Güter in einem nicht exakt festgehaltenen Gegenwert aus den Bereichen „Baustoffindustrie, Elektrotechnik, Metallurgie, Eisenbahnwesen, Textilindustrie, Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, Erdölförderung, Gewinnung und Verarbeitung mineralischer Rohstoffe und andere im gegenseitigen Interesse liegende Gebiete" – das heißt auch der Rüstung – zu verkaufen und zugleich mit Regierungskrediten zu 4,5 Prozent Zinsen gegenzufinanzieren[546]. Nach Auskunft des damaligen Ersten Stellvertreters des Ministers für Außenhandel der DDR, Gerhard Beil, beliefen sich diese geplanten Exportgeschäfte auf ein Gesamtvolumen von rund einer halben Milliarde Valutamark[547]. Beil hielt im Anschluss an die Gespräche mit Präsident Assad fest: „Die durch die syrische Seite massiert vorgetragenen Forderungen auf Gewährung weiterer Regierungskredite (12 Jahre Laufzeit/2,5% Zinsen) bis 1990 einschließlich der vollen Kreditierung aller Devisenaufwendungen […] und die 100%ige Rückzahlung der Kredite und Zinsen mit syrischen Landesprodukten (ohne Erdöl) konnte verhindert werden."[548]

[544] Zu den Dokumenten vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Langfristiges Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Prinzipien der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, 08. 06. 1978; Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der wirtschaftlichen u. industriellen Zusammenarbeit, 08. 06. 1978.

[545] Vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Schreiben des MAH an die DAHB, o. D. Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 3023/997, Bericht Günther Kleibers an Erich Honecker, 16. 06. 1978, Bl. 76 f.

[546] Vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Langfristiges Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Prinzipien der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, 08. 06. 1978; Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der wirtschaftlichen u. industriellen Zusammenarbeit, 08. 06. 1978.

[547] Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Information Gerhard Beils an Erich Honecker, 03. 10. 1978, Bl. 397 f.

[548] So ebd. Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Schreiben Gerhard Beils an Erich Honecker, 01. 10. 1978, Bl. 402.

Das „Abkommen" beinhaltete einen ersten, auf fünf Jahre beschränkten Wirtschaftskredit über 100 Millionen US-Dollar[549]. Anders als die DDR es ursprünglich durchsetzen wollte, betrug der Zinssatz auch hier nicht sechs, sondern lediglich 2,5 Prozent[550]. Bereits im Juni 1978 vermerkte die in Damaskus anwesende ostdeutsche Verhandlungsdelegation unter Leitung Günther Kleibers: „Die mit der syrischen Seite geführten Verhandlungen waren von Beginn an äußerst kompliziert und schwierig. Von der syrischen Seite wurde jede Vereinbarung zu konkreten Objekten von extremen Forderungen hinsichtlich günstiger Kreditbedingungen abhängig gemacht. Da die DDR-Delegation prinzipiell nicht bereit war, von der Verhandlungsdirektive abzuweichen, kam es mehrfach zu längeren Unterbrechungen der Verhandlungen und zur Verhärtung der Standpunkte."[551] Um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen und den für Oktober 1978 geplanten Besuch Assads nicht zu gefährden, habe er, Kleiber, „nach intensiven Beratungen mit den Genossen der Botschaft" eine „Kompromisslösung" finden müssen[552]. Kleibers Zugeständnis war letztlich der Zinssatz von 2,5 Prozent. Günter Mittag, der verantwortliche ZK-Sekretär für Wirtschaft, schrieb daraufhin an Erich Honecker: „Genosse Kleiber hat eigenmächtig die bestätigte Grundlinie für die Verhandlungen verändert, was zu politischem und ökonomischem Schaden für die DDR führen kann. Die vereinbarten Bedingungen für die Kreditgewährung gegenüber der Syrischen Arabischen Republik weichen in Größenordnungen von mit anderen Ländern vereinbarten Bedingungen ab, sodass für uns Abfluss von Nationaleinkommen eintritt."[553]

Wenn Gerhard Beil im Nachgang des Besuches von Präsident Assad feststellte, die DDR habe ungünstige Kreditbedingungen „verhindert", hatte er also nur insofern Recht, als die „Vereinbarung" eine Zinshöhe der ungenannten Kreditsumme bis 1990 von 4,5 Prozent, das „Abkommen" aber lediglich von 2,5 Prozent festschrieb. Weder das eine noch das andere Ergebnis entsprach den ursprünglich geforderten sechs Prozent. Derartig niedrige Zinssätze hatte Beil noch wenige

549 Vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Langfristiges Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über Prinzipien der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, 08. 06. 1978.

550 Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/997, Bericht Günther Kleibers an Erich Honecker, 16. 06. 1978, Bl. 79.

551 So ebd., Bl. 73–82. Zu beiden während der Reise Kleibers im Juni 1978 in Damaskus verhandelten Dokumenten vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Langfristiges Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Prinzipien der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, 08. 06. 1978; Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der wirtschaftlichen u. industriellen Zusammenarbeit, 08. 06. 1978; ADN: DDR-Regierungsdelegation in Damaskus eingetroffen, in: ND, 05. 06. 1978, S. 1; ADN: Freundschaftliches Gespräch mit dem Präsidenten Syriens, in: ND, 09. 06. 1978, S. 1.

552 So SAPMO-BArch, DY 3023/997, Bericht Günther Kleibers an Erich Honecker, 16. 06. 1978, Bl. 75.

553 So SAPMO-BArch, DY 3023/997, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 14. 06. 1978, Bl. 85.

Tage vor der Unterschrift Assads entschieden abgelehnt. So legte er Honecker am 1. Oktober 1978 dar: „Syrien will Konditionen wie bisher: Das würde bedeuten, über das bisher bereits zur Verfügung gestellte Volumen von ca. 500 Mio. VM mit einer Laufzeit zwischen 10–12 Jahren und einen Zinssatz von 2–4,5% nochmals ein gleiches Volumen in Höhe von 500 Mio. VM mit einem gleich niedrigen Zinssatz zur Verfügung zu stellen. Da die DDR gegenwärtig beim Import Zinsen in Höhe von ca. 8–9% akzeptieren muss, bedeutet das, der syrischen Seite finanzielle Bedingungen einzuräumen, die die DDR ca. 250 Mio. VM kosten würden."[554] Trotz dieser Rechnung wurden die von Syrien gewünschten Konditionen de facto in Vertragsform gegossen, sodass die DDR mindestens 250 Millionen Valutamark verlor[555]. Oder anders formuliert: Hafiz al Assad ließ sich seine Freundschaft von Erich Honecker teuer bezahlen. Wie Ost-Berlin später außerdem feststellen musste, beglich Syrien nur einen geringen Teil der Forderungen, auch bedingt durch die sich ab 1987 verschärfende Wirtschaftskrise[556]. Im Sommer 1989 schuldete Damaskus der DDR, maßgeblich aufgrund der Vereinbarungen vom Oktober 1978, zwischen 500 und 900 Millionen Valutamark[557]. „Die DDR benötigt aus politischen wie auch ökonomischen Gründen diese finanziellen Mittel, denn sie steht wie die SAR in einem harten Kampf in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus", so Ministerpräsident Willi Stoph in einem Brief an seinen syrischen Amtskollegen Ende Juli 1989[558].

In einer „Auskunft Syrische Arabische Republik" vom Oktober 1978, deren Verfasser entweder das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten oder das ZK der SED war, hob man hervor: „Die politisch-ideologischen Auffassungen der syrischen Führung werden weitestgehend von der kleinbürgerlich-nationalistischen Ideologie der Baath-Partei, vor allem dem arabischen Nationalismus (Panarabismus), bestimmt. […] Die Baath-Ideologie ist durch idealistische, undialektische Positionen gekennzeichnet. Dieser Standpunkt verhindert die reale Beurteilung innerer und internationaler Klassenauseinandersetzungen und die richtige Einordnung der sich in den Entwicklungsländern vollziehenden Prozesse in die weltweite Systemauseinandersetzung. Infolge des gewachsenen Einflusses bürgerlicher Klassenkräfte in Syrien kommt es zu einer zunehmenden bourgeois-reaktionären Ausprägung des Nationalismus. Er verbreitert die Basis für die Einwirkung anderer Formen der bürgerlichen Ideologie, insbesondere auch sozial-demokratischen Gedankenguts. Obwohl die Baath-Partei in der Vergangenheit ideologisch weniger religiös orientiert war, zeigt sich seit einigen Jahren auch in Syrien eine Beschleunigung des sogenannten ‚Islamisierungsprozesses'. […] Die Syrische

554 So SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Schreiben Gerhard Beils an Erich Honecker, 01. 10. 1978, Bl. 402.
555 Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/997, Vermerk, 17. 12. 1982, Bl. 70.
556 Vgl. Perthes, Syrian Economy in the 1980s, S. 39–52; Kandil, Syrian Foreign Policy, S. 427 f.
557 Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1011, Vorlage, 08. 08. 1988, Bl. 69; BArch, DC 20/4916, Schreiben Willi Stophs an den syrischen Ministerpräsidenten, 27. 07. 1989, Bl. 3. Die sowjetischen Forderungen beliefen sich auf 12 Mrd. US-Dollar, vgl. Kandil, Syrian Foreign Policy, S. 433.
558 So BArch, DC 20/4916, Schreiben Willi Stophs an den syrischen Ministerpräsidenten, 27. 07. 1989, Bl. 3.

Kommunistische Partei steht fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus. Durch die Aufnahme als Mitglied der nationalen Fortschrittlichen Front erhielt sie formell die Legalität. […] Die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit der Baath-Partei gestaltet sich immer schwieriger."[559]

Trotz aller inszenierten Propaganda stellte die DDR ihre Beziehung mit Syrien 1978 also nicht nur unter sehr ungünstigen finanziellen Konditionen für den SED-Staat auf eine neue Grundlage, sondern ging auch nicht von einer politisch-ideologischen Verbundenheit mit den Machthabern in Syrien aus. Honecker handelte vielmehr angesichts einer sich abzeichnenden amerikanischen Friedenslösung zwischen Ägypten und Israel aus Zweckmäßigkeit. Er bemühte sich dabei weitaus stärker um Assad als um Arafat und die PLO/Fatah. Obwohl die Bewertung des syrischen Präsidenten durch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten das Gegenteil geboten hätte, erkannte die SED in Syrien den wichtigeren und stärkeren Partner[560]. Aus diesem Grund wurden die Vorgaben Assads auch nicht einfach durchgestrichen und abgeändert wie die Vorschläge der Politischen Abteilung der PLO. Bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation konnte Ost-Berlin das Budget der „Solidarität" um eine Million Mark kürzen. Bei Syrien legte die andere Seite fest, wie viel ihr zustand, wobei für die DDR selbst ein „Abfluss von Nationaleinkommen" in Höhe von 250 Millionen Valutamark zu akzeptieren war.

Quasi sinnbildlich für die politische Parteinahme der SED-Führung gab Minister Günther Kleiber in Damaskus im Juni 1978 den syrischen Konditionen statt, als Jassir Arafat parallel „anlässlich der ‚Woche der Solidarität mit dem Kampf der antiimperialistischen Kräfte im Nahen Osten' in der DDR […] weilte" und Honecker das „enge Bündnis des Volkes der DDR und des arabisch-palästinensischen Volkes im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion" zur Schau stellen ließ[561]. Jedoch folgten diesen Worten keine vergleichbaren substanziellen Taten. Das SED-Regime war nicht bereit, seine Interessen gegenüber Assad zugunsten Arafats zurückzustellen. Es war auch der syrische Präsident, der 1978 den „Großen Stern der Völkerfreundschaft" erhielt, nicht der Vorsitzende des

559 So SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Auskunft SAR 1978, Bl. 424, 426, 428.

560 In einem 1978 vor den Gesprächen mit Assad gefertigten Bericht hieß es: „Seine [Assads] ideologische Position des kleinbürgerlichen Nationalismus widerspiegelt sich in der pragmatischen Politik der syrischen Führung. […] Sozial-reformistisches Gedankengut kommt in seiner Haltung zum Klassenkampf zum Ausdruck. […] Auch antikommunistische Tendenzen kommen zum Vorschein", so PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1624/03, Charakteristik des syrischen Präsidenten, o. D., ca. 1978. Vgl. insgesamt auch die detaillierten Berichte zum Vorgehen Assads gegen die syrische KP in: PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2746/89.

561 Vgl. ADN: Treffen Erich Honeckers mit Yasser Arafat, in: ND, 08. 06. 1978, S. 1; DDR solidarisch an der Seite des palästinensischen Volkes, in: ND, 07. 06. 1978, S. 1; Christa Drechsel: Wir stehen in einer Front gegen den Imperialismus, in: ND, 07. 06. 1978, S. 3. Vgl. auch Arafats Eintragung im Gästebuch der Redaktion des „Rundfunks Berlin International" vom 08. 06. 1978, in DRA, Karton: „Arabische Redaktion; frühe Unterlagen; Übergeben von Heinz Odermann", Gästebuch, Eintr. 55, 08. 06. 1978. Vgl. ebs. DDR und Syrien schlossen Wirtschaftsvereinbarungen, in: ND, 10./11. 06. 1978, S. 2; Pressemitteilung über die Tagung des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses, in: ND, 10./11. 06. 1978, S. 6.

Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Der Besuch Assads wurde über drei Tage hinweg zelebriert. Bei Arafat entschloss sich die SED für eine zurückhaltende mediale Darstellung. Honecker empfing Arafat nur wenige Minuten und verzichtete auf einen gemeinsamen öffentlichen Auftritt[562]. Er achtete darauf, dass dem Fatah-kontrollierten Exekutivkomitee der PLO die Anerkennung seitens der SED verwehrt wurde[563]. Im Sommer 1976 hatte Assads antipalästinensische Intervention mit 12 000 Soldaten im Libanon die Akkreditierung seines neuen Botschafters in Ost-Berlin weder verhindert noch verzögert. Demgegenüber machte es 1978 bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation noch einen Unterschied, ob der Minister für Auswärtige Angelegenheiten den „Vertreter der PLO" oder den „Leiter des Ständigen Büros der PLO" förmlich beglaubigte[564].

In Anbetracht des Kontrastes zwischen den Besuchen von Jassir Arafat und Hafiz al Assad wird augenfällig, dass Honecker Syrien uneingeschränkt und nachhaltig unterstützte, während die Beziehungen mit der PLO Reglementierungen und Budgetkürzungen unterlagen. Grund dafür war nicht eine als Gefahr erkannte internationale Diskreditierung der DDR durch terroristische Praktiken der Palästinensischen Befreiungsorganisation, sondern die Westpolitik Arafats und der gleichzeitige Konflikt zwischen Syrien und der PLO. 1977/78 begann ein Prozess, der die ostdeutsche Haltung gegenüber Arafat in der Konsequenz zweiteilte in die Aufrechterhaltung der Kontakte mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation und den Versuch einer an den syrischen Interessen orientierten Korrektur des Kurses der Fatah. Den Dissens, die Spannungen und Probleme im Verhältnis zur PLO kaschierte die DDR 1978 nach außen noch mit einer anscheinend ständig wachsenden Verbundenheit und engen Koordinierung. Betrachtet man die von Honecker getroffenen Entscheidungen aber genauer, sind die Konflikte und Reibungen offensichtlich. Sein Verhältnis zu Arafat verbesserte sich Ende der 1970er Jahre nicht, sondern die politische Dominanz der Fatah innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation wurde in Ost-Berlin immer ablehnender betrachtet. Grüneberg forderte Arafat im Namen des ZK auf, „neue Wege" einzuschlagen, und die materiellen Leistungen zugunsten der PLO/Fatah nahmen ab. Jassir Arafat musste erkennen, dass Syrien mittel- bis langfristig zum „Schlüsselstaat" der DDR-Nahostpolitik aufgerückt war[565].

[562] Honecker u. Arafat trafen sich am 10. 03. 1978 zu einem Gespräch am Rande der von Grüneberg geleiteten Verhandlungen mit der PLO, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Niederschrift, 10. 03. 1978; Freundschaftliches Treffen zwischen Erich Honecker und Yasser Arafat, in: ND, 11. 03. 1978, S. 1.

[563] Vgl. die handschriftlich vorgenommenen Streichungen Honeckers in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Anlage 1, Bl. 161.

[564] Vgl. die Festlegungen u. Abwägungen in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Anlage 2, Bl. 167 f.; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2137, Vorlage, 28. 02. 1978, Bl. 158 f.; SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/89, Schreiben Gerhard Grünebergs an Erich Honecker, 07. 03. 1978; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1965/95, Vereinbarung zwischen dem MfAA u. dem Exekutivkomitee der PLO, 11. 03. 1978.

[565] So die Botschaft der DDR in Damaskus erstmals im April 1980, vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 3356a, Bericht der Botschaft Damaskus an das MfAA, 03. 04. 1980.

Auch als Nabil Koulailat, der erste offizielle Vertreter der PLO in Ost-Berlin, im Herbst 1979 verabschiedet wurde, bemühten sich weder die SED noch die DDR zu verhehlen, dass die Beziehung mit ihm während seiner rund sechsjährigen Tätigkeit von Konflikten und politisch-ideologischen Reibungen geprägt gewesen war. Zu Koulailat hatte lediglich ein rein geschäftsmäßiges Verhältnis bestanden. Zwar erhielt er im Anschluss an seine Abberufung den „Stern der Völkerfreundschaft" der DDR – allerdings lediglich in Silber, der niedrigsten aller möglichen Stufen[566]. Und obwohl Gerhard Grüneberg Koulailat 1978 als „Botschafter in spe" bezeichnet hatte, nachdem man ihm bestimmte diplomatische Vorrechte zuerkannt hatte, verzichtete Erich Honecker darauf, die Verleihung 1979 in seiner Funktion als Vorsitzender des Staatsrates durchzuführen und dieses Ereignis entsprechend inszenieren zu lassen. Nabil Koulailat nahm den „Stern der Völkerfreundschaft" in Silber nicht in der DDR entgegen, sondern im Libanon, aus den Händen des ostdeutschen Botschafters[567]. Assads Statthalter, der von Juni 1976 bis September 1981 in Ost-Berlin auf Posten gewesen war, wurde hingegen mit dem „Stern der Völkerfreundschaft" in Gold geehrt, den Honecker persönlich vergab[568]. Wenn also das „Neue Deutschland" erklärte, Koulailat habe diese „hohe Auszeichnung" in „Würdigung seiner Verdienste um die Festigung der Freundschaft zwischen dem Volk der DDR und dem palästinensischen Volk" verliehen bekommen und wenn man ihm den „Stern der Völkerfreundschaft" in Silber und nicht in Gold überreichte, so charakterisierte dies den Stand der tatsächlichen Kontakte mit ihm treffend.

Dass zwischen 1977 und 1980 eine Periode des Übergangs im ostdeutsch-palästinensischen Verhältnis begonnen hatte, in deren Verlauf die SED die Fatah-Kontrolle der PLO immer kritischer bewertete und offensiver auftrat, um einen falschen Kurs zu korrigieren, wird nicht nur am Umgang mit Koulailat Ende 1979 ersichtlich. Auch die mit der DFLP und der PFLP, nicht mit der Fatah, geführten Konsultationen sowie die sinkende Solidaritätsleistung zugunsten der PLO/Fatah, bei gleichzeitiger gezielter separater Förderung von „progressiven Potenzen" in-

[566] Das SED-Regime vergab den „Stern der Völkerfreundschaft" in drei sogenannten Stufen: als „Stern der Völkerfreundschaft" in Silber, als „Stern der Völkerfreundschaft" in Gold und als „Großer Stern der Völkerfreundschaft", vgl. Tautz, Orden, S. 117f. Zur Auszeichnung Nabil Koulailats vgl. ADN: Hohe DDR-Auszeichnung für Politiker der PLO, in: ND, 17. 10. 1979, S. 5.

[567] Vgl. ADN: Hohe DDR-Auszeichnung für Politiker der PLO, in: ND, 17. 10. 1979, S. 5. Familie Koulailat reiste, nach Angaben von Frau Om El-Seoud Koulailat u. Ziad Koulailat am 05. 11. 2013, 1979 nach Beirut zurück. Ziad Koulailat besuchte dort in der Folge die von westdeutschen Stellen unterhaltene „Deutsche Schule". Nabil Koulailat war im Libanon in der Politischen Abteilung der PLO tätig. Die Familie zog 1986 wieder in die DDR u. lebte in Karl-Marx-Stadt. Auftrag Koulailats in der DDR sei es nach dieser Rückkehr gewesen, auf ausdrückliche Order Arafats hin mit westeuropäischen u. internationalen Friedensaktivisten u. Initiativen Verbindungen herzustellen, u. a. in der Schweiz. Nach 1986 bestanden keinerlei Beziehungen zur offiziellen Vertretung der PLO in Ost-Berlin. Familie Koulailat reiste 1995 wieder nach Gaza u. kehrte 2006 zurück nach Deutschland. Nabil Koulailat arbeitete in Gaza als stellv. Außenminister für die PNA. Er starb im Jahr 2012.

[568] Vgl. ADN: Abschiedsbesuch des syrischen Botschafters, in: ND, 29. 09. 1981, S. 1.

nerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation, verdeutlichen diese Entwicklung[569]. Die DDR war bereit, gegen den politischen Kurs Arafats anzukämpfen. Das Ministerium für Staatssicherheit griff im Frühjahr 1979 als erste ostdeutsche Institution in die westdeutsch-palästinensischen Beziehungen ein.

[569] Ziad Koulailat betonte im Gespräch am 05. 11. 2013, er habe sehr gut in Erinnerung behalten, dass während seiner Aufenthalte in Ferienlagern der DDR aus ideologischen Gründen, wie einem marxistisch-leninistischen Bekenntnis, eine Präferenz für die Kinder u. Jugendlichen deutlich spürbar gewesen sei, die von der DFLP u. der PFLP entsandt worden waren, nicht wie er von der Fatah. Ausgehend von den Quellenrecherchen kann dieser persönliche Eindruck Herrn Koulailats bestätigt werden.

C. Palästina- und PLO-Politik der DDR 1979–1990

I. Die Westpolitik Jassir Arafats und die Interventionen der DDR

Ende Januar 1979 wurde in Beirut Ali Hassan Salama durch eine Autobombe getötet[1]. Salama war der Verantwortliche der PLO/Fatah für die von Arafat bereits 1969 initiierten Gespräche mit der amerikanischen Regierung gewesen, die über palästinensische Wissenschaftler in den USA beziehungsweise saudische und ägyptische Mediatoren sowie die CIA geführt wurden[2]. Die Umstände dieses Attentats auf Salama, einen der Hauptschuldigen des terroristischen Überfalls der Fatah auf die israelische Olympiamannschaft 1972, begründeten rasch den Verdacht, Sicherheitsdienste Israels seien für dessen Tötung verantwortlich und die israelische Regierung habe nach den am 17. September 1978 erreichten sogenannten Camp-David-Beschlüssen auf diese Weise demonstrativ die Verbindung zwischen Washington und der PLO/Fatah kappen wollen[3].

Ministerpräsident Begin und Präsident Sadat hatten in den USA politisch-diplomatische Durchbrüche erzielt. Mit Ägypten erkannte erstmals ein arabisches Land den jüdischen Staat an und zugleich verständigten sich Sadat und Begin über die politische Zukunft des 1967 eroberten Gazastreifens und des Westjordanlandes. So war vorgesehen, dass die Palästinenser in den besetzten Gebieten einen Administrativrat wählen konnten, dem für die Dauer von fünf Jahren Autonomie gewährt werden sollte[4]. Eine Konkretisierung dieser vorgeschlagenen Autonomie erfolgte nicht, jedoch sah der Camp-David-Prozess vor, dass – orientiert am Konzept des „self-government" – nach Ablauf der Interimsphase der endgültige Status des Westjordanlandes festgelegt sowie im Gazastreifen das bestehende Regime militärischer Besatzung beendet wurde[5]. Zwischen Israel und Jordanien sollte

[1] Vgl. Reputed Planner of Munich Raid Killed in Beirut, in: NYT, 23. 01. 1979, S. A1 f.; John Vinocur: Bonn Said to Try to Prevent a Feared Palestinian Raid, in: NYT, 24. 04. 1979, S. A5.

[2] Vgl. Rubin, Revolution, S. 39; Aburish, Arafat, S. 224; Frangi, Gesandte, S. 213; Livingstone/Halevy, PLO, S. 109 f.; Bird, Spy, S. 83–85, 126–162, 207–221; Taylor, Terror, S. 41–43; Dietl, Agentin, S. 236–252; David Ignatius: P.L.O. Operative, in: WSJ, 10. 02. 1983, S. 1 f.; Diskrete Art, in: Der Spiegel, 11/1983, S. 145 f.

[3] Vgl. Seale, Abu Nidal, S. 167 f.; Alexander, Secular Terrorism, S. 16; Taylor, Terror, S. 46–48; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 900; Bird, Spy, S. 207–221; Eine von vierzehn, in: Der Spiegel, 17/1979, S. 26, 28; David Ignatius: P.L.O. Operative, in: WSJ, 10. 02. 1983, S. 1 f.

[4] Vgl. Tessler, Conflict, S. 511 f., 518–529; Gainsborough, Conflict, S. 214–216; Smith, Conflict, S. 353–355; Camp David Accords, 17. 09. 1978, in: State of Israel, Israel's Foreign Relations, www.mfa.gov.il/MFA (25. 06. 2012).

[5] Vgl. ebd.; Rede des israelischen Außenministers vor den VN, 27. 09. 1979, in: UN A/34/PV.12, Procès-Verbal, 27. 09. 1979, para. 185; ISA/RG 130/MFA/6868/7, Meeting between the US-President and the Prime Minister of Israel, 11. 03. 1979; Benvenisti, Occupation, S. 208; Kretzmer, Occupation of Justice, S. 40, 82.

DOI 10.1515/9783110550108-009

aber in keinem Fall ein neuer, palästinensischer Staat entstehen, sondern lediglich eine Form administrativer Eigenständigkeit unter jordanischer oder israelischer Souveränität zugelassen werden[6]. Die PLO war nicht als politische Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt und besaß in diesen gesamten Überlegungen keinerlei Funktion. Aus diesen Gründen hätte eine israelisch motivierte Tötung Salamas signalisiert, dass die amerikanische Seite derartige Beziehungen nicht mehr unterhalten musste. Denn die Palästinensische Befreiungsorganisation war für die zukünftige Gestaltung des Nahen Ostens irrelevant, zumal auch die amerikanische Regierung in Camp David der Lösung der Palästinafrage unter Ausschluss der PLO zugestimmt hatte[7].

Die Bundesregierung und die EG widersprachen einer palästinensischen Autonomie – dem Ansatz von Camp David zur Lösung der Palästinafrage – und insistierten auf einer nationalen Lösung[8]. Bundesaußenminister Genscher erklärte in seiner Eigenschaft als amtierender Sprecher der Europäischen Gemeinschaft wenige Tage nach dem Erreichen der Beschlüsse von Camp David im September 1978 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen: „We uphold the view that a peace settlement in the Middle East will be possible only if the legitimate right of Palestinian people to give expression to its national identity is translated into fact. This would take into account the need for a homeland for the Palestinian people."[9]

Die EG betrachtete dieser Stellungnahme zufolge den Camp-David-Prozess nur dann als erfolgversprechend, wenn die nationalen Rechte der Palästinenser gebührend berücksichtigt wurden. Israel, Ägypten und die USA hatten folglich anzuerkennen, dass den Palästinensern territoriale Souveränität in ihrem eigenen „Heimatland" zustand. Anders als Israel, das sie als jordanische Staatsbürger betrachtete, sah die EG sie als eigenständiges Volk an. Zudem sollten „alle" beteiligten Parteien an Friedensverhandlungen teilnehmen. Indem Genscher vor den VN weder auf die Foren der in Camp David vorgesehenen palästinensischen Repräsentation einging noch ausdrücklich eine Aussage gegen Jassir Arafats PLO traf, sprach er sich für die Teilnahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation an jenem neuen von ihm skizzierten Friedensprozess aus[10]. Auch wenn sowohl die EG als

[6] Vgl. Camp David Accords, 17. 09. 1978, in: State of Israel, Israel's Foreign Relations, www.mfa.gov.il/MFA (25. 06. 2012); ISA/RG 130/MFA/6868/7, Meeting between the US-President and the Prime Minister of Israel, 11. 03. 1979; ISA/RG 130/MFA/6868/7, Meeting between the US-President and the Prime Minister of Israel and the Entire Cabinet, 12. 03. 1979; Rede des israelischen Außenministers vor den VN, 27. 09. 1979, in: UN A/34/PV.12, Procès-Verbal, 27. 09. 1979, paras. 183–194; Sharon, Warrior, S. 406; Gainsborough, Conflict, S. 214–216; Tessler, Conflict, S. 518–529.

[7] Vgl. Camp David Accords, 17. 09. 1978, in: State of Israel, Israel's Foreign Relations, www.mfa.gov.il/MFA (25. 06. 2012); Rede des israelischen Außenministers vor den VN, 27. 09. 1979, in: UN A/34/PV.12, Procès-Verbal, 27. 09. 1979, para. 183; ISA/RG 130/MFA/6868/7, Meeting between the US-President and the Prime Minister of Israel, 11. 03. 1979; Sharon, Warrior, S. 406; Tessler, Conflict, S. 518–529; David Ignatius: P.L.O. Operative, in: WSJ, 10. 02. 1983, S. 1f.

[8] Vgl. Jaeger, Quadratur, S. 92; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 128–132.

[9] So UN A/33/PV.8, Procès-Verbal, 26. 09. 1978, para. 170.

[10] Vgl. ebd., paras. 167–170; Miller, PLO Factor, S. 134–136; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 40–43; dies., European Political Cooperation, S. 137–142; Khader, Conflict, S. 170–172; Jaeger, Quadratur, S. 92; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 128–132.

auch die Parteien von Camp David betonten, sie alle strebten ein „comprehensive settlement" an, war die westeuropäische Haltung mit der ägyptischen, israelischen und amerikanischen Position nicht kompatibel. Die Camp-David-Beschlüsse verneinten einen unabhängigen souveränen palästinensischen Staat. Außerdem wurde die PLO nicht als Vertreterin der palästinensischen Araber akzeptiert[11]. Die Konzepte der Europäischen Gemeinschaft widersprachen der amerikanisch vermittelten Nahostlösung folglich in zwei Punkten: in Bezug auf die national eigenständige palästinensische Entwicklung und eine Involvierung der PLO[12].

Das Attentat auf Salama und die Fatah-Kontakte des BKA

Vor diesem Hintergrund war es bemerkenswert, dass am Ort des Attentats auf Salama – der zudem drei Jahre zuvor Gesprächspartner Hans-Jürgen Wischnewskis gewesen war und ihm in Arafats Namen eine Sicherheitskooperation angeboten hatte – Spuren gefunden wurden, die in die Bundesrepublik führten: Als Tatverdächtige wurde eine Frau gesucht, die seit August 1975 in Wiesbaden beziehungsweise in Köln gewohnt haben sollte[13]. Die Bonner Regierung entschied Ende Januar 1979, den Eindruck zu widerlegen, sie stehe in Verbindung mit dem Anschlag auf Salama in Beirut und die mutmaßliche Attentäterin habe tatsächlich in den Städten des Dienstsitzes des Bundeskriminalamts sowie des Bundesamts für Verfassungsschutz gelebt[14]. Der Bundesinnenminister wies das BKA an, die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Köln, die gegen die beschuldigte Frau bereits ein Verfahren wegen des Verdachts der Beteiligung an einem Sprengstoffverbrechen eingeleitet hatte, zu unterstützen[15]. Im Zusammenhang

[11] Vgl. Camp David Accords, 17. 09. 1978, in: State of Israel, Israel's Foreign Relations, www.mfa.gov.il/MFA (25. 06. 2012). Gainsborough, Conflict, S. 214–216; Tessler, Conflict, S. 518–529; Sharon, Warrior, S. 406. Vgl. auch Rede des israelischen Außenministers vor den VN, 27. 09. 1979, in: UN A/34/PV.12, Procès-Verbal, 27. 09. 1979, paras. 181–194; ISA/RG 130/MFA/6868/7, Meeting between the US-President and the Prime Minister of Israel, 11. 03. 1979.

[12] Vgl. Miller, PLO Factor, S. 134–136; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 40–43; dies., European Political Cooperation, S. 137–142; Khader, Conflict, S. 170–172; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 128–132.

[13] Vgl. LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 410, Schreiben des Polizeipräsidenten von Köln an das BKA, 09. 02. 1979; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 410, Aufenthaltsanzeige eines Ausländers, 19. 10. 1975; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Bericht des BKA, 28. 06. 1979, Bl. 49; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 411, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 21. 02. 1979, Bl. 1170 f.; Geiger, Anti-Terrorismus-Diplomatie, S. 281 f.; Follath, Auge Davids, S. 241 f.; Dietl, Agentin, S. 106–120, 232–236, 262–284. Vgl. auch Riegler, Fadenkreuz, S. 80 f.; Eine von vierzehn, in: Der Spiegel, 17/1979, S. 26–28.

[14] Vgl. Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 900 f.; Geiger, Anti-Terrorismus-Diplomatie, S. 281 f.; Follath, Auge Davids, S. 241 f.; Dietl, Agentin, S. 289–292; Riegler, Fadenkreuz, S. 80 f.; Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 136 f.; Eine von vierzehn, in: Der Spiegel, 17/1979, S. 28.

[15] Vgl. LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Vermerk der Polizei Köln, 20. 02. 1979, Bl. 34. Das Ermittlungsverfahren 121 Js 32/79 wurde am 04. 11. 1982 eingestellt, vgl. LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Verfügung der Staatsanwaltschaft Köln, 04. 11. 1982, Bl. 72.

mit diesem Ermittlungsauftrag kam es zu „Arbeitskontakten" zwischen der sogenannten Fatah-Sicherheit und dem Bundesministerium des Innern, vertreten durch das BKA, deren Ziel es war, gemeinsam die Umstände der Tötung Salamas aufzuklären[16]. In einer Weisung des Auswärtigen Amts an die Botschaft in Tel Aviv hieß es dazu: „Einige Beamte des BKA führten im Februar 1979 Gespräche mit PLO-Vertretern in Beirut, um den Verdacht auf deutsche Mittäterschaft (angeblich [anonymisiert] aus Köln) bei Ermordung Ali Hassan Salamahs (22. 1. 1979) auszuräumen."[17]

Die im Februar 1979 begonnenen „Arbeitskontakte" des Bundeskriminalamts mit der PLO/Fatah setzten sich im März und Juli fort, wobei der Präsident und der Vizepräsident des BKA persönlich involviert waren[18]. Nach dem bereits 1977 mit Staatsminister Wischnewski in Wien abgehaltenen Treffen, dem 1976 im libanesischen Bürgerkrieg durch Arafat den westdeutschen Diplomaten und der Bonner Botschaft in Beirut gewährten Schutz sowie den seit Anfang der 1970er Jahre bestehenden punktuellen sicherheitspolitischen Kontakten zwischen der Bundesregierung und der PLO/Fatah stellte diese neue BKA-Kooperation 1979 eine weitere Facette der westdeutsch-palästinensischen sicherheitspolitischen Beziehungen dar[19]. Die Fatah-Sicherheit, Adressat der Unterstützung des Bundeskriminalamts, war allerdings nicht nur mit der Aufklärung des Falles Salama betraut, sondern selbst für die Planung und Ausführung terroristischer Gewalt verantwortlich und unter anderem in den Anschlag auf die Olympischen Sommerspiele 1972 in München, die amerikanische Botschaft in Khartum 1973

[16] Vgl. AAPD, 1979, Dok. 125, Botschafter von Pachelbel-Gehag an das AA, 04. 05. 1979, S. 566; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 411, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 21. 02. 1979, Bl. 1170 f.; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Vermerk des BKA, 28. 03. 1979, Bl. 19–24; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Bericht des BKA, 28. 06. 1979, Bl. 47–64; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 900 f.; Geiger, Anti-Terrorismus-Diplomatie, S. 281 f.; Eine von vierzehn, in: Der Spiegel, 17/1979, S. 26, 28; John Vinocur: Bonn Said to Try to Prevent a Feared Palestinian Raid, in: NYT, 24. 04. 1979, S. A5; David Ignatius: P.L.O. Operative, in: WSJ, 10. 02. 1983, S. 1; Riegler, Fadenkreuz, S. 80 f.; Dietl, Agentin, S. 289–292.

[17] So PA-AA, Bestand B 150, Bd. 415, Weisung des AA an die Botschaft Tel Aviv, 25. 04. 1979, Bl. 2582.

[18] Vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 426, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 01. 09. 1979, Bl. 6363; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 426, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 01. 09. 1979, Bl. 6341; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 425, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 24. 08. 1979, Bl. 6136; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Bericht des BKA, 12. 06. 1979, Bl. 145–148; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Vermerk des BKA, 28. 03. 1979, Bl. 19–24; Schenk, Chef, S. 340–342; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 900 f.

[19] Vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 274, Weisung des AA an die Botschaft Beirut, 28. 02. 1973, Bl. 1391; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 277, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 03. 04. 1973, Bl. 2140–2142; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 286, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 06. 08. 1973, Bl. 4994–4996; AAPD, 1973, Dok. 98, Botschaftsrat Nowak an das AA, 07. 04. 1973, S. 470–473; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Schreiben des AA an die Botschaft Kairo, 07. 07. 1976; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 900–902; Schenk, Chef, S. 340 f. Zu diesen vor allem über Wischnewski seit 1969/70 geführten Beziehungen mit der Fatah/PLO vgl. auch Wischnewski, Leidenschaft, S. 127–138. Vgl. insgesamt auch Geiger, Anti-Terrorismus-Diplomatie.

und die Ermordung von über 30 Menschen in einem Bus in Haifa 1978 involviert[20].

Jede der diversen palästinensischen Organisationen verfügte über mindestens eine Abteilung, deren Aufgabe darin bestand, Anschlagsziele aufzuklären, „Aktionen" durchzuführen, Kontakte mit den verschiedenen arabischen Geheimdiensten zu unterhalten und gleichzeitig die eigene palästinensische Gruppe vor Infiltrierung durch andere palästinensische Organisationen sowie arabische, israelische, amerikanische, westeuropäische, sowjetische und sozialistische Nachrichtendienste zu schützen[21]. Darüber hinaus existierten zwischen der Fatah, der DFLP, der PFLP, der PFLP-GC, der PLF und international agierenden terroristischen Vereinigungen zum Teil weitreichende Verbindungen[22]. Arafats Fatah unterschied sich dabei von den anderen palästinensischen Gruppen durch zwei Besonderheiten: Zum einen kooperierte sie nicht nur mit Linksextremisten, sondern auch mit rechtsextremistischen Personen und Organisationen, die aus antisemitischer Überzeugung gegen Israel und Juden kämpften[23]. Über die in den 1970er und 1980er Jahren in Berlin tätige PFLP-/PFLP-GC-Zelle berichtete das MfS zwar auch, dass sich in deren Reihen ein führendes Mitglied befände, das „äußerst brutal" sei, „faschistische Ansichten" vertrete und auf dem rechten Oberarm ein „tätowiertes Abbild Hitlers" trage[24]. Aber die DFLP, die PFLP und die PFLP-GC standen neonazistischen Personen nicht derart nahe wie die Fatah, obwohl auch die PFLP und die PFLP-GC solche Mitglieder duldeten[25]. Bei Arafats

[20] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 306–312, 426; Alexander, Secular Terrorism, S. 1–18.

[21] Vgl. Alexander, Secular Terrorism; Livingstone/Halevy, PLO; Merari/Elad, Terrorism.

[22] Zu den Beziehungen zwischen palästinensischen Organisationen, internationalen Terroristen u. bundesdeutschen Linksextremisten, vgl. Karmon, Coalitions, S. 249–273; Kraushaar, Kampf; ders., Bombe; ders., Tupamaros West-Berlin, S. 512–530; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 828–904; Wunschik, Bewegung 2. Juni, S. 531–559; Wunderle, Die Roten Brigaden, S. 782–808; Igel, Terrorismus-Lügen, S. 77–90.

[23] Vgl. etwa die Kooperation der Fatah mit dem westdeutschen Rechtsradikalen Willi Pohl alias Willi Voss sowie U. A. seit Ende der 1960er Jahre: Daoud, Palestine, S. 571–584; Löwenthal, PLO und Neo-Nazis; Felix Bohr/Gunther Latsch/Klaus Wiegrefe: Braune Hilfe, in: Der Spiegel, 25/2012, S. 32–35; Analyse gewechselt, in: Der Spiegel, 41/1985, S. 48; Neonazis in Nahost, in: Der Spiegel, 27/1981, S. 29–32; Kraushaar, Kampf, S. 86–122, 252f., 363–370, 485–495, 687; Rubin, Anti-Zionism, S. 11; Rubin/Rubin, Arafat, S. 105; Fromm, Wehrsportgruppe Hoffmann, S. 442–462; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Urteil, S. 51–62, 130f., 155, 195, 272, 293; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XX, Schlussvortrag der Staatsanwaltschaft, 07. 05. 1986, S. 1–9; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XX, 1 AR 305/83, Anklageschrift, 03. 06. 1983, S. 3–8; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XIV, Vermerk des LKA Bayern, 30. 11. 1982, Bl. 3148–3155, 3177–3179, 3185, 3192; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. X, Vermerk des LKA Baden-Württemberg, 30. 07. 1981, Bl. 3479–3481, 3490f.; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. X, Vermerk des LKA Bayern, 02. 07. 1981, Bl. 3222, 3268; BStU, MfS, HA XXII, 1457, Auskunftsbericht, 30. 07. 1981, Bl. 3f. Vgl. auch Karmon, Coalitions, S. 272f.

[24] Die Person trug die Aliasnamen Abu Tarek sowie Shaker Salamah, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, Operativ-Information, 04. 03. 1986, Bl. 77.

[25] Vgl. Rubin, Anti-Zionism, S. 11.

Organisation waren die Kontakte zu Rechtsradikalen früh ausgeprägt und erreichten ein ganz anderes Niveau[26].

Das zweite Unterscheidungsmerkmal der Fatah gegenüber den anderen palästinensischen Gruppen war, dass sie über eine elaborierte Struktur an sogenannten Sicherheitsabteilungen und ein gut ausgestattetes personelles Netzwerk verfügte. Man kann die diversen „Organe" schematisch grob in einen zivilen inneren und einen militärischen sowie einen zivilen äußeren Dienst gliedern; alle drei Bereiche unterstanden Arafats direkter Weisung[27]. Salah Khalaf, Amin al Hindi, Hajal Abd al Hamid, Khalil al Wazir, Hani und Khalid al Hassan, Said al Mazin, Abu Daud, Muhammad Hijazi und Atif Bsisu gehörten in den 1970er und 1980er Jahren zu den wichtigsten Führungspersonen der „Sicherheit" der Fatah, wobei die Aufgaben zwischen den beiden nach außen wirkenden Abteilungen nicht klar voneinander abgrenzbar waren. Eine gewisse Sonderstellung nahm die „Gruppe 17" ein, die den Schutz Arafats gewährleistete, aber auch gezielt Anschläge und Attentate außerhalb der zivilen und militärischen Fatah-Sicherheit ausführte. Bis 1979 leitete Ali Hassan Salama die „Gruppe 17", nach dessen Tod Hajal Abd al Hamid[28].

Auch die PLO verfügte über einen zivilen und einen militärischen „Geheimdienst". Beide wurden allerdings ausschließlich von der Fatah kontrolliert, ohne dass andere Mitglieder der Palästinensischen Befreiungsorganisation dort personell vertreten gewesen wären[29]. Die militärische Sicherheit der PLO verantwortete Khalil al Wazir[30]. Diese Abteilung existierte unabhängig von der Palästinensischen Befreiungsarmee, die unter dem Kommando Syriens, Ägyptens, des Irak und Jordaniens stand. Salah Khalaf, der nach Arafat zu den wichtigsten Funktionären der PLO/Fatah zählte, leitete die „Vereinigte Sicherheit der Palästinensischen Befreiungsorganisation"[31]. Arafats engste Vertraute – zum Großteil ehemalige Studenten aus der Bundesrepublik –, wie Hajal Abd al Hamid, Amin al Hindi, Hani und Khalid al Hassan, Muhammad Hijazi und Atif Bsisu, arbeiteten dabei in Schlüsselpositionen sowohl der Fatah- als auch der PLO-Dienste, die stets Arafats Befehl unterstanden[32].

[26] Willi Voss alias Willi Pohl alias E. W. Pless erklärte bereits 1981 in einem ZDF-Interview, er habe die Fatah im Sommer 1972 dabei unterstützt, ihren Anschlag auf die Olympischen Spiele vorzubereiten, vgl. Löwenthal: PLO und Neo-Nazis Hand in Hand, in: ZDF-Magazin, 21. 10. 1981. Vgl. ebs. Felix Bohr/Gunther Latsch/Klaus Wiegrefe: Braune Hilfe, in: Der Spiegel, 25/2012, S. 32–35. Zum 1973 von der Fatah geplanten u. von österreichischen Rechtsextremisten unterstützten Attentat auf ein von jüdischen Emigranten aus der SU in Österreich bewohntes Heim vgl. Riegler, Fadenkreuz, S. 113–125; ders., Spinnennetz, S. 589–601. Vgl. auch Karmon, Coalitions, S. 249–273.

[27] Vgl. Alexander, Secular Terrorism, S. 7–18; Livingstone/Halevy, PLO, S. 106–124.

[28] Vgl. ebd., S. 108–110; Alexander, Secular Terrorism, S. 10–18; Sayigh, Struggle, S. 311; BStU, MfS, HA XXII, 18613, Operativ-Information, 10. 04. 1987, Bl. 48–51; BStU, MfS, HA II, 27357, Bericht, 05. 11. 1982, Bl. 8 f.

[29] Vgl. Livingstone/Halevy, PLO, S. 106–121.

[30] Vgl. ebd.

[31] Vgl. ebd.

[32] Vgl. ebd.; Alexander, Secular Terrorism, S. 13, 16, 18; Frangi, PLO und Palästina, S. 134 f.; Sayigh, Struggle, S. 454–462; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 26. 06. 1979, Bl. 243–246.

1. Die Intervention des MfS

Ende Juni 1979 lud Erich Mielke eine Delegation der PLO-Sicherheit zu sich ein[33]. Dabei ging es ihm zum einen um die seit Januar 1979 entwickelten Beziehungen zwischen der Fatah und dem Bundeskriminalamt und zum anderen um die von den Fatah-Funktionären Said al Mazin, Abu Daud und Amin al Hindi im März und April 1979 in Ost-Berlin abgehaltenen Treffen mit Ilich Ramirez Sanchez, dem international gesuchten Terroristen „Carlos"[34]. Über keine dieser Verbindungen wurde die DDR durch Arafat informiert. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte aber auch ohne eine Unterrichtung frühzeitig Kenntnis von den Gesprächen mit Ramirez erlangt[35]. Die Abteilungen des MfS meldeten Mielke, dass Daud und Mazin versucht hatten, unbemerkt mit gefälschten Pässen einzureisen, um im Auftrag von Salah Khalaf mithilfe der „anarcho-terroristischen Gruppe" des Ramirez „den Präsidenten der Arabischen Republik Ägypten, Sadat, während seines BRD-Aufenthaltes zu liquidieren"[36]. Außerdem unterhielten angeblich der PLO-Vertreter in der DDR, Nabil Koulailat, sowie irakische Diplomaten und diverse, dem MfS bekannte, in Berlin lebende Palästinenser seit Februar 1979 ebenfalls Kontakte zu Ramirez Sanchez und den Mitgliedern seiner Gruppe[37]. Die Staatssicherheit überwachte all diese Treffen und protokollierte jede verfügbare Information[38]. Aus den Unterlagen des MfS geht unter anderem hervor, dass im Mai 1979 mehrere Personen in West-Berlin und in der Bundesrepublik festgenommen wurden, die Anschläge auf die israelische Botschaft in Bonn, die Jüdische Gemeinde in West-Berlin sowie ein West-Berliner Tanklager geplant haben sollen; alle Verdächtigen standen in Verbindung mit der PLO-/Fatah-Sicherheit, der terroristischen Organisation „Carlos" und der PFLP[39].

[33] Vgl. Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 136–139. Riegler, Attentat, S. 950, beruft sich auf eine polnische Nachricht, der zufolge Khalaf um den Termin bat.

[34] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Gesprächskonzeption, Juni 1979, Bl. 205–207; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 26. 06. 1979, Bl. 183; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 21. 08. 1979, Bl. 141–146; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Einschätzung, o. D., Bl. 231–237.

[35] Vgl. u. a. BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 1, Operativ-Information, 09. 04. 1979, Bl. 15; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 8, Beobachtungsberichte, 28. 03. bis 08. 04. 1979, Bl. 5–45.

[36] So BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 1, Information, 11. 04. 1979, Bl. 17, 19. Vgl. auch die von Riegler, Attentat, S. 948–959, beschriebenen Anschlagspläne der PLO auf Sadat. Dass Wunschik, Hauptabteilung XXII, S. 47 f., behauptete, das MfS habe „immer wieder" keine Kenntnis über einreisende palästinensische Terroristen gehabt, da diese gefälschte Pässe verwendet hätten, erscheint gerade im Zusammenhang mit dem Vorgehen Mielkes Anfang 1979 als nicht stichhaltig. Auch wenn möglicherweise einzelne solcher Personen unbemerkt in die DDR gelangten, zeigen die ausgewerteten Unterlagen insgesamt, wie detailliert das MfS im Bilde war.

[37] Vgl. BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 8, Beobachtungsberichte, 28. 03. bis 08. 04. 1979, Bl. 5–45; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 8, Beobachtungsberichte, Juni u. Juli 1979, Bl. 267–301; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 8, Bericht, 10. 05. 1979, Bl. 47–53; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Einschätzung, o. D., Bl. 231–237; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Hinweise, o. D., ca. Juni 1979, Bl. 212–215.

[38] Vgl. u. a. ebd.; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 8, Beobachtungsberichte, 28. 03. bis 08. 04. 1979, Bl. 5–45.

[39] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 17508, Operativ-Information, 21. 05. 1979, Bl. 60–66. Vgl. auch Dietl, Agentin, S. 292 f.

Im Frühjahr 1979 arbeitete Arafat in Beirut folglich mit dem Bundeskriminalamt zusammen, während teilweise dieselben Personen, die in diese bundesdeutschen Kontakte eingebunden waren, in der DDR terroristische Gewaltakte in und gegen die Bundesrepublik beziehungsweise West-Berlin vorbereiteten. Arafat kooperierte aber nicht nur mit bundesdeutschen Behörden, während er parallel Anschläge vorbereiten ließ, die westdeutsche Sicherheitsinteressen gefährdeten, sondern versuchte zudem seine Absichten in Ost-Berlin zu verheimlichen. Die Palästinensische Befreiungsorganisation bat auch nicht Erich Honecker oder Erich Mielke um Unterstützung bei der Aufklärung des Attentats auf Salama, sondern das BKA. Die ostdeutsche Seite war für Arafat nur von indirektem Interesse, um konkrete terroristische Absichten zu verabreden, ohne dass von der PLO/Fatah zunächst eine direkte Verbindung zum SED-Staat gesucht worden wäre.

Laut einem Vermerk des Auslandsgeheimdienstes der DDR unterbreitete der verantwortliche PLO-Funktionär Said al Mazin der ostdeutschen Botschaft in Beirut erst im April 1979 – zwei Monate nach Beginn der Gespräche mit dem Bundeskriminalamt und Ramirez Sanchez –, abgestimmt mit Khalaf und Arafat, den Vorschlag, „eine umfassendere, offizielle Zusammenarbeit mit strategischem Charakter in allen politischen und Sicherheitsfragen" zwischen dem MfS und der PLO-Sicherheit einzugehen[40]. Arafat und Khalaf informierten Mielke auch jetzt noch nicht konkret über die laufenden BKA-Kontakte und die beabsichtigten Pläne mit Ramirez. Sie versuchten aber, die Initiative zu ergreifen, um zu verhindern, dass die Entscheidung zugunsten des BKA langfristig Nachteile für die Beziehungen mit Honecker haben würde. Arafat wollte die politische Balance wiederherstellen und die ostdeutsche Seite beruhigen. Mazin unterstrich daher, die PLO-Sicherheit wisse, aus welchem Teil Deutschlands sie wirklich Hilfe erwarten könne und man sei daher insbesondere an der „Durchführung von Lehrgängen auf dem Gebiet der allseitigen Sicherheit, Ausbildung an Handfeuerwaffen, Einsatz von Sprengkörpern, Durchführung von Sonderaktionen, […] Bereitstellung von Handfeuerwaffen und Sprengkörpern und Hilfe bei der Beförderung nach Westeuropa" interessiert[41].

Anfang Mai 1979 ließ Arafat das MfS zum ersten Mal über die Zusammenarbeit der PLO-/Fatah mit dem Bundeskriminalamt unterrichten. Im Gespräch mit der HV A im Libanon marginalisierte aber wiederum Said al Mazin die Tragweite dieses Verhältnisses. Er behauptete sogar, die Verbindung mit dem BKA sei „ohne Wissen und Zustimmung Arafats" zustande gekommen und „Arafat sei der Ansicht, dass das BKA, wie insgesamt die BRD, die PLO niemals unterstützen werde. Die Kontakte seien schädlich, da sie das Misstrauen der progressiven Kräfte hervorriefen"[42]. Wie Abdallah Frangi gegenüber dem Auswärtigen Amt in anderem Zusammenhang versicherte, war die Kooperation mit dem Bundeskriminalamt 1979 ausdrücklich durch Jassir Arafat, Salah Khalaf, Khalil al Wazir und

[40] So BStU, MfS, HA XXII, 18613, Vermerk, 26. 04. 1979, Bl. 534. Vgl. auch Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 901; Dietl, Agentin, S. 290.
[41] So BStU, MfS, HA XXII, 18613, Vermerk, 26. 04. 1979, Bl. 535.
[42] So BStU, MfS, HA XXII, 18613, Vermerk, 08. 05. 1979, Bl. 161 f.

Hajal Abd al Hamid legitimiert worden[43]. Nach Darstellung des Magazins „Der Spiegel", die durch Akten des Bundeskriminalamts bestätigt wird, erhielt das BKA von der Fatah einen umfassenden Einblick in die palästinensische Ermittlung im Fall Salama. Westdeutsche Beamte besichtigten nicht nur gemeinsam mit der PLO-/Fatah-Sicherheit den Tatort in Beirut, sondern brachten auch mehrere Asservate nach Wiesbaden, um sie in aufwendigen Verfahren kriminaltechnisch untersuchen zu lassen[44]. „Der Spiegel" schrieb: „Ob die spärlichen Reste von Sprengstoff, Autowrack und Zündschnüren […] das Geheimnis [der Täterschaft des Attentats auf Salama] jemals gerichtsverwertbar aufhellen, [ist unklar]. Die technische Hilfe aber, die das BKA liefert, weist auf die Qualität der neuen Beziehungen hin. ‚Wir müssen schauen', so ein Top-Fahnder unverblümt, ‚dass wir die PLO auf unsere Seite bringen'."[45] Dass eine so weitreichende Entscheidung zugunsten einer Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt – wie es die PLO/Fatah gegenüber der HV A vorgab – ohne die Kenntnis Arafats hätte getroffen werden können, musste auch für Mielke unglaubwürdig erscheinen. Umso unbefriedigender war daher, dass die DDR-Führung im Mai 1979 über diesen gesam-

[43] Vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 430, Vermerk, 25. 10. 1979, Bl. 8205. Vgl. auch AAPD, 1979, Dok. 308, Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hille, 25. 10. 1979, S. 1559, sowie die Aussagen bei Schenk, Chef, S. 340, dort heißt es, die Reisen der BKA-Beamten in den Libanon seien 1979 von Frangi vorbereitet worden, u. Arafat habe sich persönlich für die Sicherheit der Mitarbeiter des BKA „verbürgt". Vgl. auch Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 900f.

[44] Zu diesen Gegenständen zählten u. a. Fahrzeugteile des Autos Salamas u. des Wagens, in dem sich der Sprengsatz des Attentats befunden hatte, außerdem die in einem Beiruter Hotelzimmer sichergestellten Kosmetikartikel der mutmaßlichen Täterin sowie Wäschestücke, die das BKA untersuchte, um die Blutgruppe der Trägerin zu ermitteln. Im Ergebnis sollte ein Abgleich mit den in der Wiesbadener Wohnung gesicherten Spuren der Beschuldigten des Ermittlungsverfahrens 121 Js 32/79 ermöglicht werden, vgl. LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Bericht des BKA, 28. 06. 1979, Bl. 62; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Bericht des BKA, 12. 07. 1979, Bl. 145–148; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Bericht des BKA, 19. 03. 1979, Bl. 23–40; LAV NRW, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 125, Nr. 409, Vermerk des BKA, 28. 03. 1979, Bl. 19–24; Eine von vierzehn, in: Der Spiegel, 17/1979, S. 28. Ausweislich der Akten des AA übergab das BKA im Zuge der Kontakte mit der PLO/Fatah im Herbst 1979 Mitarbeitern Arafats diverses Material, u. a. Funkausrüstung, u. erhielt die für ballistische Untersuchungen erbetene osteuropäische Pistolenmunition, vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 470, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 04. 01. 1980, Bl. 39.

[45] Eine von vierzehn, in: Der Spiegel, 17/1979, S. 28. Gemäß der Darstellung der Botschaft Beirut sprachen das Auswärtige Amt u. die PLO über Möglichkeiten, Anfang 1979 in der Bundesrepublik festgenommene u. inhaftierte Kämpfer der Fatah rasch in den Nahen Osten abzuschieben: „Er [Amin al Hindi] sagte nur, dass eine baldige Freilassung den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der PLO sehr förderlich sein würde", so AAPD, 1979, Dok. 125, Botschafter von Pachelbel-Gehag an das AA, 04. 05. 1979, S. 565. Das BKA erlaubte zudem im Herbst 1979 die Einreise von Hajal Abd al Hamid, dem Nachfolger des im Januar 1979 getöteten Ali Hassan Salama. Hamid durfte in Süddeutschland in Haft befindliche Palästinenser besuchen, vgl. AAPD, 1979, Dok. 308, Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hille, 25. 10. 1979, S. 1557–1560; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 429, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 15. 10. 1979, Bl. 7714; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 429, Vorlage, 23. 10. 1979, Bl. 8112–8117. Vgl. auch Schenk, Chef, S. 341; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 902; Dietl, Agentin, S. 298.

ten Sachverhalt noch immer keinerlei Erkenntnisse besaß. Mielke intervenierte deshalb wenige Wochen später und lud Ende Juni 1979 die besagte Delegation der PLO-Sicherheit nach Ost-Berlin ein.

Die Festlegungen Erich Mielkes

Das MfS formulierte seine Fragen zu diesem Treffen vorab präzise: „Mit welchen Kräften außerhalb des palästinensischen Widerstandes, insbesondere auch mit Personen aus der BRD und West-Berlin, arbeitet die PLO bzw. PLO-Sicherheit zusammen? Besteht Übersicht über derartige Kräfte, deren Aktivität, Herkunft und Zuverlässigkeit? […] Welche Stellung nimmt die PLO zur Gruppierung um den internationalen Terroristen ‚Carlos' ein?"[46] Angesichts der zu diesem Zeitpunkt seit vier Monaten bestehenden BKA-Verbindungen wollte Erich Mielke dezidiert wissen: „Welche Forderungen werden seitens der BRD-Organe gegenüber der PLO erhoben? Ergeben sich daraus für die Sicherheitsinteressen der PLO bzw. auch der DDR Konsequenzen?"[47]

In einem Konzept mit dem Titel „Einige politische Grundgedanken für die Gesprächsführung" legte die Abteilung XXII, zuständig für die sogenannte Terrorismusbekämpfung der DDR, im Vorfeld der Gespräche mit der PLO-Sicherheit authentisch das Selbstverständnis des MfS in Bezug auf die Beihilfe und Mittäterschaft bei der Vorbereitung und Ausführung terroristischer Gewalt offen: Für die Staatssicherheit qualifizierten nicht Ziel oder Mittel eine Handlung als Terror – der auch im Verständnis der SED als illegitim galt –, sondern das Maß der im Vorfeld stattgefundenen Absprachen. Terrorismus war nach ostdeutscher Meinung dann Befreiungskampf, wenn das MfS von einer Tat wusste und in die Pläne eingebunden war. Die „Möglichkeiten der Durchreise und des zeitweiligen Aufenthaltes im Zusammenhang mit der Planung und Durchführung von Aktionen in imperialistischen Staaten", das heißt, die „Möglichkeiten der Unterstützung […] durch die DDR […] für die Verwirklichung der […] angestrebten Zielstellungen", bestanden nur dann, „wenn mit den Sicherheitsorganen der DDR entsprechende Vereinbarungen getroffen [wurden] und eine Kompromittierung bzw. Diskreditierung der DDR in diesem Zusammenhang ausgeschlossen" war. Nur selbstständig geplante Handlungen fielen folglich in die Kategorie der „extremistischen bzw. terroristischen Linie des palästinensischen Befreiungskampfes"[48].

Die zulässige Praxis ab Sommer 1979 sollte ausschließlich gemeinsam abgesprochenes Vorgehen sein. Mielke wollte Arafats Pläne kontrollieren, um dadurch die „unmittelbare Unterstützung der PLO in ihrem Befreiungskampf" gewährleisten zu können[49]. Die „Duldung bzw. die großzügige Behandlung von

[46] So BStU, MfS, HA XXII, 5487, Gesprächskonzeption, Juni 1979, Bl. 205.
[47] So ebd., Bl. 207.
[48] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Schreiben, Juni 1979, Bl. 194–200. Vgl. insgesamt auch die Darstellung bei Riegler, Geben und Nehmen, insb. S. 301–307.
[49] Die von Wunschik, Hauptabteilung XXII, S. 21, getroffene Feststellung, deren Aufgabe sei die Aufklärung terroristischer Organisationen gewesen, ist in diesem Sinne nur zutreffend, wenn nicht das Verhindern terroristischer Gewalt, sondern deren Beeinflussung als Motiv dieser Aufklärung verstanden wird.

Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeiten und der dadurch oft notwendigen regulierenden Eingriffe des MfS in übliche Verfahrensweisen anderer DDR-Organe und Einrichtungen" hing davon ab, ob die Palästinensische Befreiungsorganisation mit der ostdeutschen Staatssicherheit kooperierte oder ihre Handlungen konspirierte. Die MfS-Abteilung für Terrorismusbekämpfung beschrieb damit nichts anderes als einen Handlungskodex amtlicher Täterschaft, der aus politischer Opportunität Gesetzesnormen der DDR aufhob und eine Symbiose zwischen staatlicher Autorität und international organisierter Kriminalität regulieren sollte[50].

Das Ministerium für Staatssicherheit legte den Funktionären der PLO/Fatah Amin al Hindi, Said al Mazin und Atef Bsisu die neuen Regeln für die Arbeit der PLO-Sicherheit vier Tage lang, zwischen dem 22. und dem 25. Juni 1979, dar. Hindi, Mazin und Bsisu versprachen Mielke letztlich, die Kooperation mit Ramirez zu beenden, führten allerdings nur vage aus, welcher Art die BKA-Beziehung der Fatah war[51]. Der Hinweis, das Bundeskriminalamt habe versucht, die PLO zu einem Anschlag auf die Olympischen Spiele 1980 in der Sowjetunion zu bewegen, konnte in der Logik des MfS keine neue Erkenntnis sein[52]. Andere und vor allem zutreffende Angaben über die Beziehungen mit westdeutschen Sicherheitsdiensten machte die palästinensische Delegation aber nicht. Dass diese Kontakte mit dem BKA nach Meinung Erich Mielkes in jedem Fall zügig zu beenden waren, daran ließ das MfS keinen Zweifel. Erstmals wurde eine „mündliche Rahmenvereinbarung" über die zukünftige Kooperation zwischen dem MfS und der Palästinensischen Befreiungsorganisation abgeschlossen, die einen verstärkten Informationsaustausch, eine vorherige „Avisierung" aller von der Abteilung Salah Khalafs zur Einreise in die DDR vorgesehenen Personen, die Abstimmung „gemeinsamer operativer Maßnahmen", die Zusage einer Sonderlieferung an Waffen und Munition, die Spezialausbildung von Mitarbeitern der PLO-Sicherheit in der DDR sowie die Etablierung von Verbindungspersonen, den sogenannten Ständigen Mitarbeitern, in Ost-Berlin und in Beirut vorsah[53].

Dieser „Ständige Mitarbeiter der PLO-Sicherheit in der DDR" sollte ohne Kontakt mit der offiziellen Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation

[50] Vgl. Marxen, Recht, S. 17 f.; Trapp, State Responsibility, S. 9, 24–34, 66–75; Hailbronner, International Terrorism, S. 169; Hartman, Staatliche Beteiligung, S. 102–121; Banteks/Nash, International Criminal Law, S. 219; Wunschik, Terrorismus. Vgl. auch Riegler, Geben und Nehmen, insb. S. 301–307.

[51] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vermerk, 23. 06. 1979, Bl. 216–228; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Programm der HV A, 22. 06. 1979, Bl. 239–242.

[52] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vermerk, 23. 06. 1979, Bl. 219.

[53] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 185–188; Rubin, Revolution, S. 39. Vgl. auch Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 136–141, sowie die Abkommen, die zwischen Rumänien u. der PLO/Fatah bereits seit Ende der 1960er Jahre existiert haben sollen: Dan Morgan: Romanian Army Rankled by Interference, in: WP, 24. 12. 1989, S. A24; Pacepa, Red Horizons, S. 15–20. Undifferenziert und ohne die BKA-Kontakte Arafats bzw. die Anti-Fatah-Politik der DDR zu beachten, stellt Jeffrey Herf in seinen 2014 bzw. 2016 publizierten Arbeiten die 1979 begonnene Kooperation zwischen dem MfS und der PLO-Sicherheit dar, vgl. Herf, Israel, S. 154–156; ders., Undeclared Wars, S. 352–354.

arbeiten[54]. Seine „Aufgabenstellung" umfasste, laut Niederschrift des MfS, alle Maßnahmen des „operativen Zusammenwirkens zwischen den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit und der Vereinigten PLO-Sicherheit, die auf bzw. vom Territorium der DDR zu realisieren sind"[55]. Sie bedeutete auch die „vorbeugende Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung subversiver Pläne und Absichten sowie anderer die staatliche Ordnung und Sicherheit der DDR beeinträchtigende Aktivitäten" und die „Schaffung von Positionen und Einflussmöglichkeiten unter palästinensischen Bürgern zur Erfüllung von operativen Aufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit"[56]. Es war das MfS, das die Forderung aufstellte, Arafat habe in Zukunft seine geheimdienstlichen „Aktionen" über die Verbindungsperson in Ost-Berlin vorzubereiten. Laut einer späteren Aktennotiz der Abteilung XXII wurde dieses Verlangen jedoch als Bitte der PLO dargestellt – um den Eindruck zu vermeiden, man habe Arafat auf etwas festlegen müssen[57]. In diesem Sinne war es auch die PLO-Sicherheit, die an die DDR herantrat, um gefährlichen ideologisch-politischen Unklarheiten in ihren Reihen entgegenzuwirken, weil sie akuten Handlungsbedarf erkannte und es die „subversiven Versuche" des Bundeskriminalamts zu bekämpfen galt[58].

Die – wie es offiziell hieß – „mündlich" getroffene Vereinbarung zwischen dem MfS und der „Vereinigten Sicherheit" der Palästinensischen Befreiungsorganisation verfügte 1979 außerdem die Eröffnung eines sogenannten Archivs: „Durch das MfS erfolgt die Beratung und Unterstützung für die Einrichtung eines Archivs der PLO-Sicherheit. Seitens der PLO besteht die Bereitschaft, bei Notwendigkeit dieses Archiv auch dem MfS nutzbar zu machen. Durch das MfS wird geprüft, wo und in welcher Form in der DDR Räumlichkeiten für die sichere Aufbewahrung von durch die PLO zur Auslagerung vorgesehener wichtiger Dokumente bereitgestellt werden können. […] Der Personenkreis, der von einem eventuell in dieser Form einzurichtenden Archiv Kenntnis erhält, wird auf max. 3–4 Personen beschränkt. Das PLO-Büro in Berlin erhält keine Kenntnis davon."[59]

Als Leiter dieses Archivs sollte der „Ständige Mitarbeiter" der Sicherheitsabteilung Khalafs in der DDR fungieren[60]. Der gemeinsam verwaltete Aktenbestand

[54] So BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 187. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vermerk, o. D., ca. August 1979, Bl. 181.

[55] So BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 01. 04. 1980, Bl. 67.

[56] So ebd., Bl. 67 f.

[57] Vgl. BStU, MfS, Sek. Neiber, 937, Bericht, 22. 08. 1979, Bl. 3–12; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 01. 04. 1980, Bl. 67–69; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 29. 02. 1980, Bl. 70–77; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 187; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Gesprächskonzeption, 21. 07. 1979, Bl. 201–204.

[58] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, PLO-Programmvorschläge für einen Operativlehrgang, o. D., Bl. 173–179.

[59] So BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 187.

[60] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vorlage, 05. 12. 1979, Bl. 128–133; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vorlage, o. D., Bl. 135–138. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 01. 04. 1980, Bl. 67–69; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 29. 02. 1980, Bl. 70–77.

enthielt Informationen über personelle Strukturen der Fatah sowie anderer palästinensischer Organisationen in der DDR, West-Berlin sowie der Bundesrepublik und das logistisch-methodische Vorgehen der PLO-/Fatah-Sicherheit[61]. Das MfS konnte mit derartigen Quellen eigene Bewertungen über die palästinensisch-arabische Szene, die Zugehörigkeit von Personen zu den diversen palästinensischen Gruppen, ihrer Verbindung mit arabischen oder westlichen Nachrichtendiensten sowie ihrer Zusammenarbeit mit der organisierten Kriminalität viel besser fundieren beziehungsweise ergänzen. Die politische Wirkung dieses Archivs sowie der gesamten „mündlichen Rahmenvereinbarung" mit der PLO bestand für das MfS aber darin, dass nach Absprachen wie im Frühjahr 1979 selbstständige Kontakte Arafats mit dem BKA oder Ramirez Sanchez unmöglich wurden, wollte die PLO/Fatah nicht den offenen Bruch mit dem MfS riskieren.

Das Vorgehen Ost-Berlins im Juni 1979 erscheint daher wie eine Rüge und disziplinierende Maßnahme, um der Fatah zu verstehen zu geben, dass der SED-Staat nicht passives Objekt ihrer Politik war und Arafats Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt nur taktischer Natur sein durfte. Die beabsichtigte Ausbildung von Mitarbeitern der PLO-Sicherheit in der DDR, der Austausch von Verbindungspersonen und die Einrichtung des Archivs sollten die autonome „operative Tätigkeit" der PLO/Fatah verhindern. Denn es gab nichts, das eine Beziehung mit dem BKA rechtfertigte – außer sie diente der „Abschöpfung des Gegners". Auch mit „Carlos" konnte Arafat zusammenarbeiten, aber nur unter konspirativer Kontrolle des MfS. Die Beschlüsse des Sommers 1979 zeigen zudem, dass es Mielke darum ging, mit der PLO/Fatah geheimdienstlich gegen den Westen vorzugehen, „Aktionen" abzustimmen, und dazu alle über DDR-Territorium ein- beziehungsweise weiterreisenden Mitarbeiter der PLO-/Fatah-Sicherheit im Vorfeld „avisiert" zu bekommen, also Zugriff und Einfluss auf die Planungen Khalafs und Arafats zu erhalten, die sich auf den Westen konzentrierten[62].

Jassir Arafat war entweder vorab nicht darüber informiert, was die ostdeutsche Seite im Juni 1979 konkret besprechen und vereinbaren wollte, oder die DDR traf die Personalauswahl der PLO-Delegation, denn es war außergewöhnlich, dass zu dem Termin nicht der „Geheimdienstminister" Salah Khalaf anreiste, sondern Funktionäre in die DDR kamen, die Ämter auf der mittleren Führungsebene der PLO-Sicherheit bekleideten. Ein Treffen mit Erich Mielke fand nicht statt. Da im Gespräch mit dem MfS ausgeführt wurde, dass es „der Wunsch" Khalafs sei, bis zum 6. Juli 1979 die DDR zu besuchen, diese neue Vereinbarung aber laut Vermerk der Abteilung XXII „mit dem Datum ihres Abschlusses (25. 6. 1979) in Kraft" trat, könnte man berechtigt vermuten, dass Honecker und Mielke bewusst die Spitze

[61] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 185–188; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vorlage, 05. 12. 1979, Bl. 128–133; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vorlage, o. D., Bl. 135–138; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 01. 04. 1980, Bl. 67–69; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 29. 02. 1980, Bl. 70–77.

[62] Das Urteil von Wolffsohn, Deutschland-Akte, S. 263 f., dass das MfS gegenüber *der* PLO extrem misstrauisch gewesen sei u. man Arafat seit 1979 darauf festgelegt habe, nicht von ostdeutschem Territorium aus gegen die Bundesrepublik oder West-Berlin vorzugehen, ist insofern unzutreffend.

der PLO-Sicherheit umgingen[63]. Die Fragen, weshalb Khalaf nicht gemeinsam mit Mazin, Hindi und Bsisu nach Ost-Berlin kam und warum der gesamte Aufenthalt nicht in den zehn Tagen bis zum 6. Juli stattfand, sind anhand der Quellen nicht plausibel zu beantworten – es sei denn, man würde unterstellen, dass die SED von vornherein keinen Wert auf die Anwesenheit des Leiters der PLO-Sicherheit legte, weil Mielke mit gespielter Bescheidenheit und verletztem Stolz umso deutlicher auf seine Macht aufmerksam machen wollte. Die DDR verzichtete auf das Zeremonielle, denn wichtig war allein das Ergebnis. Damit entstand aber zugleich das protokollarisch-politische Paradox, dass eine derart grundlegende und erstmals vollzogene Abmachung in einem so sensiblen wie wichtigen Bereich seltsam unprätentiös und unter dem Eindruck eines einseitig gewollten Oktroi in Kraft trat. Khalaf und die PLO-Führung konnten nach Rückkehr von Mazin, Hindi und Bsisu nur ein demonstratives ostdeutsches Missfallen erkennen.

Arafats doppelte Deutschlandpolitik

Im Vergleich zu der Ende 1977 von der Fatah der Bundesregierung vorgeschlagenen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit sowie zu der im Januar 1979 von ihr praktisch vollzogenen Kooperation mit dem BKA wird deutlich, wie wenig Interesse Arafat an einem Kontakt zum MfS besaß. Die PLO/Fatah ging auf die Bundesrepublik aktiv zu, während sie Jahre später ostdeutschen Vorgaben Folge leisten musste[64]. Arafat bot Bonn an, gemeinsam den Terrorismus zu bekämpfen und dafür auch „Dokumente" der PLO zu nutzen. Ost-Berlin hingegen musste zwei Jahre später intervenieren, um eine unerwünschte Selbstständigkeit der PLO/Fatah in der DDR, die zugleich auf eine Beeinträchtigung westdeutscher Sicherheitsinteressen abzielte, unter Androhung von Sanktionen zu unterbinden[65]. Matthias Dahlke urteilt, dass hinter Arafats Absichten, der Bundesrepublik im November 1977 eine Sicherheitsvereinbarung anzubieten – deren konkrete Folgen mit Ausnahme der Ermittlungen im Fall Salama weitgehend unbekannt sind – der Wunsch „nach einer vertiefende[n] Kooperation der PLO mit der Bundesrepublik" stand: „Die PLO-Vertreter machten ohne Umschweife deutlich, dass die Bundesrepublik ‚als stärkstes Land in Westeuropa' für sie den Schlüssel zur internationalen Anerkennung darstellte."[66]

[63] Zur Darlegung dieses „Wunsches" vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 26. 06. 1979, Bl. 182.

[64] Vgl. Dahlke, Wischnewski-Protokoll, S. 208.

[65] Im November 1977 erklärte Ali Hassan Salama während seines Treffens mit Hans-Jürgen Wischnewski: „Die PLO-Sicherheitsorgane hätten alle erforderlichen Unterlagen, um für die Zukunft Terrorakte [gegen die Bundesrepublik] weitgehend unmöglich zu machen", zitiert nach Dahlke, Wischnewski-Protokoll, S. 210. Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 901, erklärt, Arafat habe 1979 „offensichtlich" versucht, seine BKA-Kontakte als Druckmittel gegenüber der DDR einzusetzen, um mehr Unterstützung zu erhalten; ohne auf die Vereinbarung u. die Gespräche im Juni 1979 einzugehen, heißt es ebd., S. 902, wiederum, die MfS-Kontakte der PLO-Sicherheit seien 1979 angesichts der parallelen BKA-Beziehung kaum mehr als ein „seltsamer Zufall" gewesen.

[66] So Dahlke, Wischnewski-Protokoll, S. 209. Vgl. auch ders., Transnationaler Terrorismus, S. 314f.

Der Abschluss der „mündlichen Rahmenvereinbarung PLO-MfS“ hatte 1979 hingegen nichts mit einer von Arafat erkannten politischen Attraktivität oder „Schlüsselstellung“ des SED-Staates zu tun. Nachdem 1978 eine halbdiplomatische Lösung für die PLO-Vertretung gefunden worden war und außerdem, wie es ausdrücklich im begleitenden Vermerk über das erste Kulturabkommen hieß, die weitere Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation „in immer stärkerem Maße über die zentralen Staatsorgane realisiert“ werden sollte, stellte diese erste durch das Ministerium für Staatssicherheit mit der PLO geschlossene Vereinbarung einen folgerichtigen und konsequenten Schritt dar. Nichtsdestotrotz zielte die Bereitschaft zur Unterstützung der PLO-Sicherheit seitens des MfS auf nichts anderes als eine Loyalitätsprüfung der PLO/Fatah, zumal diese Vereinbarung mit der Staatssicherheit 1979 allein aufgrund der Kontakte Arafats mit dem BKA und Ramirez Sanchez zustande kam[67].

Neben der Kooperation mit der Gruppe „Carlos“ und dem Bundeskriminalamt unterhielt Arafat 1979/80 auch enge Beziehungen zu westdeutschen Rechtsextremisten, vor allem der „Wehrsportgruppe Hoffmann“[68]. Laut Erkenntnissen des MfS vom Juli 1981 gewährte die PLO/Fatah darüber hinaus dem 1979 nach dreijähriger Haftzeit entlassenen westdeutschen Rechtsradikalen U. A. eine regelmäßige hohe Kapitalhilfe, unter anderem damit A. in der Bundesrepublik weiterhin sein Geschäft zum Export gebrauchter Fahrzeuge nach Syrien und in den Libanon betreiben konnte[69]. Diese finanziellen Leistungen waren laut Aussage von Arafats Funktionären gegenüber der Abteilung XXII des MfS eine „materielle Unterstützung, um seine [A.s] Verdienste abzugelten“[70]. Die Honorierung sei auch während der Haftzeit A.s zwischen 1976 und 1979 gewährt worden[71]. Die Förderung neonazistischer Strukturen in der Bundesrepublik seitens der Fatah bedeutete auch, dass Arafat sich einer etwaigen Absprache mit dem MfS zu entziehen suchte. In den Verhandlungen im Juni 1979 legte die PLO diesen „operativen Kontakt“ zu U. A. nicht offen, obwohl eine der Fragen lautete: „Mit welchen Kräften außerhalb des palästinensischen Widerstandes, insbesondere auch mit Personen aus der BRD und West-Berlin, arbeitet die PLO bzw. PLO-Sicherheit zusammen?“[72]

[67] Zum Kulturabkommen vgl. BArch, DC 20/I-4/85185, Vorlage, 21. 03. 1979, Bl. 103.

[68] Zur Unterstützung der Anfang 1980 in der Bundesrepublik verbotenen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ im Libanon durch die Fatah vgl. Fromm, Wehrsportgruppe Hoffmann, S. 455–463; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Urteil, S. 50–62, 79–83, 631–635; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XIV, Vermerk des LKA Bayern, 30. 11. 1982, Bl. 3148–3155, 3177–3179, 3185, 3192; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XX, Schlussvortrag der Staatsanwaltschaft, 07. 05. 1986, S. 1–9; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 10. 07. 1981, Bl. 64–66; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Information, 19. 04. 1983, Bl. 27 f.; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Bericht, 02. 03. 1983, Bl. 167–170; Neonazis: „Thors Hammer“ im Libanon, in: Der Spiegel, 4/1981, S. 66–78; Neonazis in Nahost, in: Der Spiegel, 27/1981, S. 29–32; Dr. Schreck und die Neonazis, in: Der Spiegel, 37/1981, S. 59, 61, 63, 66.

[69] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 1457, Auskunftsbericht, 30. 07. 1981, Bl. 3 f.; BStU, MfS, AOPK, 25579/91, Ordner, Bericht, 09. 03. 1980, Bl. 164 f.

[70] So BStU, MfS, HA XXII, 1457, Auskunftsbericht, 30. 07. 1981, Bl. 3 f.

[71] So ebd., Bl. 4.

[72] So BStU, MfS, HA XXII, 5487, Gesprächskonzeption, Juni 1979, Bl. 205.

Ob das MfS bis Sommer 1981 tatsächlich über die Hilfe der Fatah zugunsten der „Wehrsportgruppe Hoffmann" und den Kontakt Arafats zu A. in der Bundesrepublik sowie die gewährte Unterstützung in den 1970er Jahren keine Kenntnis besaß, ist nicht festzustellen[73]. Die Funktionäre, die zeitgleich im Auftrag Arafats sowohl mit dem BKA, „Carlos", westdeutschen Rechtsradikalen und dem MfS verhandelten, waren aber in jedem Fall dieselben: Salah Khalaf, Said al Mazin, Amin al Hindi und Atif Bsisu, das heißt die PLO-/Fatah-Sicherheit[74]. Dies bedeutet zugleich, dass die vermeintliche BKA-Unterstützung Arafats durch die parallele

[73] Maßgeblich würde dies davon abhängen, ob das MfS U. A. tatsächlich erst 1981 als Informanten anwarb o. ob A. schon vor seiner Festnahme 1976 als Quelle geführt wurde. Entgegen der Annahme, die etwa Igel, Terrorismus-Lügen, S. 291, vertritt, zeigen MfS-Akten, dass A. bereits Anfang des Jahres 1980 – also zeitgleich mit der von ihm vermittelten Ausreise von Mitgliedern der „Wehrsportgruppe Hoffmann" in den Libanon – „Treffgespräche" mit dem MfS in Ost-Berlin abhielt, vgl. BStU, MfS, AOPK, 25579/91, Ordner, Bericht, 09. 03. 1980, Bl. 164 f.; BStU, MfS, AOPK, 25579/91, Ordner, Suchauftrag, 10. 03. 1980, Bl. 6; BStU, MfS, AOPK, 25579/91, Ordner, Suchauftrag, 09. 04. 1980, Bl. 39; BStU, MfS, AOPK, 25579/91, Ordner, BND-Dossier, 05. 02. 1981, Bl. 175–179; BStU, MfS, AOPK, 25579/91, Ordner, Notiz, o. D., Bl. 203. Darüber hinaus wäre ebenso von Bedeutung, ob der Rechtsradikale O. H. tatsächlich erst 1982 als IM des MfS verpflichtet wurde. Laut Darstellung des MfS war 1980 eine Kontaktierung mit der Absicht der Werbung seitens der DDR-Staatssicherheit vorgesehen, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 722/1, Kurzauskunft, 23. 06. 1981, Bl. 200–203; BStU, MfS, AOPK, 7896/91, Bd. 2, Information, 27. 12. 1978, Bl. 29; BStU, MfS, AOPK, 7896/91, Bd. 1, Übersichtsbogen, 20. 09. 1982, Bl. 4; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Bericht, 02. 03. 1983, Bl. 167–170. Vgl. auch Igel, Terrorismus-Lügen, S. 259–262. Relevant wäre außerdem, ob die Fatah-Funktionäre Muhammad u. Abdallah Hijazi, die beide seit Anfang der 1970er Jahre in der DDR lebten, bereits in dieser Zeit als Informanten des MfS tätig waren. Muhammad Hijazi verließ die DDR Ende der 1970er Jahre. Er war ab 1979/80 der verantwortliche Funktionär der PLO/Fatah, der im Libanon mit den Mitgliedern der „Wehrsportgruppe Hoffmann" arbeitete. Er verpflichtete sich unter dem Decknamen „Ibrahim" als IM des MfS u. berichtete spätestens ab Anfang des Jahres 1985, vgl. BStU, MfS, AIM, 25278/91, Überprüfung, 10. 10. 1988, Bl. 1; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 03. 04. 1986, Bl. 174; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 11, Bericht, 14. 01. 1985, Bl. 182; UAF, Matrikelverzeichnis Ausländer ab 1945, Eintr. 11 unter „Ägypten 2", o. D. Zum IM „Cunhal" alias Abdallah Hijazi vgl. BStU, MfS, AIM, 43/91, Bd. 1/1, Vorschlag zur Kontaktaufnahme, 07. 05. 1980, Bl. 110–112; BStU, MfS, AIM, 43/91, Bd. 1/1, Auszeichnung, 07. 10. 1988, Bl. 255; BStU, MfS, AIM, 43/91, Bd. 1/1, Plan zur Aufrechterhaltung der Verbindung, 20. 01. 1983, Bl. 186–189; BStU, MfS, AIM, 43/91, Bd. 2/1, Treffbericht, 05. 08. 1982, Bl. 3–5. Das MfAA wies seinen Botschafter in Beirut Anfang April 1981 an, vor Ort Näheres über die Kooperation zwischen der Fatah und der „Wehrsportgruppe Hoffmann" in Erfahrung zu bringen, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2116/87, Schreiben des MfAA an die Botschaft Beirut, 06. 04. 1981.

[74] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 1457, Auskunftsbericht, 30. 07. 1981, Bl. 3 f.; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Angaben zu den Delegationsmitgliedern, Bl. 243–246; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Programm der HV A, 22. 06. 1979, Bl. 239–242; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 470, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 04. 01. 1980, Bl. 39–42; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 899–902. Vgl. auch LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Urteil, S. 51–62, 130 f., 155, 195, 272, 293; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XX, Schlussvortrag der Staatsanwaltschaft, 07. 05. 1986, S. 1–9; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XII, Vermerk des LKA Baden-Württemberg, 22. 06. 1981, Bl. 4085, 4089; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. X, Vermerk des LKA Bayern, 17. 03. 1982, Bl. 3339 f. Bsisu war bereits 1972 in der Bundesrepublik die Kontaktperson zwischen der Fatah u. Willi Pohl in Vorbereitung des Anschlags auf die israelische Olympiamannschaft in München, vgl. Daoud, Palestine, S. 571.

Begünstigung westdeutscher Rechtsextremisten diskreditiert und disqualifiziert wurde. Der ermittlungstaktische Ansatz, die Aufenthaltsorte westdeutscher Straftäter im Nahen Osten mithilfe der PLO/Fatah oder verschiedener arabischer Regierungen, 1978/79 unter anderem die libysche und die irakische, ausfindig zu machen, führte – auch wenn die Inhalte konkreter Absprachen geheim sind – mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Erfolgen[75]. Aber so wie Arafat gegenüber dem MfS nur bruchstückhaft seine Pläne darlegte und bewusst nur ausgewählte Informationen preisgab, hörte die Fatah nicht auf, Straftaten vorzubereiten, die sich gegen westliche Ziele richteten. Zudem verübten innerpalästinensische Rivalen der Fatah gerade gezielt im Westen terroristische Anschläge und Attentate, um die Pro-Arafat-Politik der westeuropäischen Regierungen zu beenden[76].

Die Strategie hinter der doppelten Deutschlandpolitik Arafats kann exemplarisch anhand der Vorgänge des Jahres 1979 nachvollzogen werden: Das, was Arafat im Osten konspirativ oder offiziell planen konnte, stand mit den Interessen Arafats am Westen in Verbindung und war insofern Teil seiner Westpolitik. In diesem Sinne bildeten für ihn der östliche und der westliche Teil Deutschlands eine funktionale Einheit. Er setzte dabei einmal auf eine sicherheitspolitische Kooperation und Selbstdarstellung als gemäßigter Politiker, der über im Westen dringend gesuchten Einfluss auf radikale palästinensische Kräfte, deren Verbindungen mit der organisierten Kriminalität und anderen terroristischen Gruppierungen verfügte, um eine Annäherung und politische Unterstützung der PLO durch einzelne Staaten Westeuropas, vor allem auch der Bundesrepublik, zu erreichen. Und gleichzeitig arbeitete Arafat im Hintergrund an einer Bedrohung eben dieser Länder und kooperierte mit Kriminellen und terroristischen Vereinigungen rechter und linker politischer Überzeugung, um den Wert und die Notwendigkeit seiner vermeintlich mäßigenden Rolle umso nachdrücklicher aufzeigen zu können[77]. Der DDR kam insofern eine wichtige Funktion zu, als die PLO/Fatah Terrorismus, den der Westen gerade mit Arafats Hilfe bekämpfen wollte, dank der im Osten existenten Netzwerke und Kontakte vorbereiten konnte – ohne dass Honecker hierbei zwingend aktiv Unterstützung leisten musste[78].

[75] Vgl. Riegler, Fadenkreuz, S. 80 f.; Dahlke, Transnationaler Terrorismus, S. 305–315; Szatkowski, Libyen, S. 53–66; Skelton-Robinson, Linksterrorismus, S. 896–903; Schenk, Chef, S. 340–342; Conze, Sicherheit, S. 472–486; Reinhard Müller/Stephan Löwenstein: Deutsche Hilfe für Libyen schon 1979, in: FAZ, 14. 04. 2008, S. 1, 3; Reinhard Müller: Weshalb Gaddafi die RAF für geisteskrank hielt, in: FAZ, 14. 04. 2008, S. 3; Reinhard Müller: „Ein interessanter Mann mit Aura", in: FAZ, 16. 04. 2008, S. 4; Interview mit Egon Bahr, in: FAZ, 09. 07. 2009, S. 4; Papier vom Konditor, in: Der Spiegel, 8/1980, S. 36–41.

[76] Vgl. v. a. die Ergebnisse Rieglers in Bezug auf Österreich: Riegler, Fadenkreuz, insb. S. 19–51, 113–125, 279–293, 473 f.

[77] Zum Konzept Arafats, die Fatah als „gemäßigt" darzustellen u. gleichzeitig antiwestlichen Terrorismus zu planen, vgl. Rubin/Rubin, Arafat, S. 44–75. Im Urteil des LG Nürnberg-Fürth im Verfahren gegen Karl-Heinz Hoffmann stellte man 1987 fest: „Wenn die Kammer die Position des Geheimdienstes um Abu Ijad [alias Salah Khalaf] im Vergleich zu anderen palästinensischen Gruppen als eine gemäßigte bezeichnet hat, so folgt das zunächst aus ihrer unmittelbaren Unterstellung unter Jassir Arafat", so LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Urteil, S. 851.

[78] Nabil Koulailat, der Kontakte mit Palästinensern in der Bundesrepublik u. West-Berlin unterhielt u. auch Mitglieder der Gruppe „Carlos" traf, hielt sich z. B. in Ost-Berlin auf,

Jassir Arafat nahm außerdem keine personelle Abgrenzung in der Zuständigkeit einzelner Funktionäre der PLO/Fatah zwischen der DDR und der Bundesrepublik vor. Sowohl Amin al Hindi als auch Atif Bsisu, Hajal Abd al Hamid und Said al Mazin arbeiteten und sprachen parallel mit dem MfS und dem BKA. Sie alle hatten zudem in der Bundesrepublik studiert. Hindi und Bsisu standen darüber hinaus gemeinsam einer Unterabteilung der PLO-/Fatah-Sicherheit vor, die sich mit Deutschland insgesamt befasste. In bisherigen Untersuchungen und Berichten wird diese Gruppe als „Atif/Amin" erwähnt[79]. Hindi, Mazin und Bsisu traten aber nicht nur als offizielle Ansprechpartner für ost- und westdeutsche Ministerien in Erscheinung, sondern waren auch mit der Vorbereitung von „Aktionen" mit ost- und westdeutschen Bezügen betraut[80]. Von Bsisu wurde 2008 bekannt, dass er langjähriger Informant des Bundesamts für Verfassungsschutz war[81].

Arafat musste seine doppelte Deutschlandpolitik stets gut ausbalancieren und im Osten glaubhaft versichern, auf der richtigen Seite zu stehen. Insofern war beispielsweise die Gruppe „Carlos" Mittel der Westpolitik Arafats und zugleich ein Erich Mielke präsentiertes Alibi. Das MfS wiederum versuchte mit der „mündlichen Rahmenvereinbarung" Arafat auf seine Bündnisverpflichtungen hinzuweisen und auszuschließen, dass weiterhin ohne Teilhabe oder Kontrolle des MfS durch die PLO/Fatah in der DDR Anschläge im Westen geplant und dadurch ostdeutsche Interessen verletzt oder gefährdet wurden. Honecker wollte nicht, dass Arafat den SED-Staat als passives Objekt benutzte, sondern er wollte die Palästinensische Befreiungsorganisation im Klassenkampf führen. Die sicherheitspolitische Ebene der DDR-Beziehungen zur PLO nahm 1979 eine neue Qualität an, nachdem Arafat ohne Konsultation des MfS Treffen mit internationalen Terroristen in Ost-Berlin abhalten ließ.

weil er als „Botschafter in spe" zum Symbol einer vermeintlich vorbehaltlosen politischen Anerkennung der PLO stilisiert werden sollte. Angehörige des Fatah-Sicherheitsdienstes u. „Residenten" kamen zum Studium in die DDR, u. die sich grundsätzlich aus dem von den westlichen Alliierten in Berlin aufrechterhaltenen Status der Stadt ergebenden Rechte, wie ein ungehinderter Reiseverkehr von Ost- nach West-Berlin, galten für arabische u. palästinensische Staatsangehörige gleichermaßen. Vgl. dazu auch Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 136–145.

[79] Vgl. dazu u. a. BTg-Drs. 12/7600, S. 209; Analyse gewechselt, in: Der Spiegel, 41/1985, S. 48.

[80] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 1457, Auskunftsbericht, 30. 07. 1981, Bl. 3 f.; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Angaben zu den Delegationsmitgliedern, Bl. 243–246; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Programm der HV A 22. 06. 1979, Bl. 239–242; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 470, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 04. 01. 1980, Bl. 39–42; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Urteil, S. 51–62, 130 f., 155, 195, 272, 293; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XX, Schlussvortrag der Staatsanwaltschaft, 07. 05. 1986, S. 1–9; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. XII, Vermerk des LKA Baden-Württemberg, 22. 06. 1981, Bl. 4085, 4089; LG Nürnberg-Fürth, Gz 3 Ks 340 Js 40387/81, Bd. X, Vermerk des LKA Bayern, 17. 03. 1982, Bl. 3339 f.

[81] Vgl. Josef Hufelschulte/Thomas Tumovec: Der geheime Kanal, in: Focus, 17/2008, S. 48, 50.

2. Die Intervention der SED

Auch jenseits der nicht öffentlich dargestellten Zusammenarbeit zwischen dem Bundeskriminalamt und Arafats Fatah entwickelten sich bis Mitte des Jahres 1979 die regulären Beziehungen der PLO/Fatah mit Westeuropa und der Bundesrepublik positiv. Die westdeutsch-israelischen Kontakte erlebten hingegen einen diplomatischen „Tiefpunkt" und „Krisensommer", der vielfältige Ursachen hatte[82]. Das Verhältnis zwischen Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Begin war zu diesem Zeitpunkt bereits zerrüttet. Die Frage der politischen Aufwertung der Palästinenser stellte somit einen weiteren Streitpunkt in einer für Israel elementaren Frage dar und trug in keiner Weise zur Verbesserung der deutsch-israelischen Regierungsbeziehungen bei[83]. Die Europäische Gemeinschaft begann im Frühjahr 1979 damit, eine neue nahostpolitische Deklaration zu formulieren. Frankreich und die Bundesrepublik waren sich bereits im Mai 1979 einig, dass die Bekräftigung des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser die zentrale Kategorie des zukünftigen gemeinsamen Standpunktes sein sollte[84]. Für Bundesaußenminister Genscher galt ein solcher Schritt als „überfällig und notwendig"[85]. Nachdem die Bundesrepublik bereits im November 1974 unter deutschlandpolitischen Gesichtspunkten das universelle Völkerrechtsprinzip der Selbstbestimmung vor der Generalsversammlung der Vereinten Nationen betont hatte, versprach sich der Bundesaußenminister 1979 von einer gemeinsamen EG-Anerkennung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes nicht zuletzt auch „Vorteile für die eigene Position" in Bezug auf die Bevölkerung in der DDR[86].

Propalästinensische Initiativen der EG 1979 und das Treffen Arafat-Kreisky-Brandt

Die nationalen Motive der Bundesregierung für eine Befürwortung einer neuen Erklärung der Europäischen Gemeinschaft waren allerdings insofern sekundär, als die Bundesrepublik mit dem Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser in der Lage war, eine israelkritischere und somit zugleich stärker proarabische Haltung einzunehmen – ohne sich moralisch angreifbar zu machen. Stieß die Forderung nach „nationalen Rechten" und einem „palästinensischen Heimatland" auf die kategorische Ablehnung Israels, so verhielt es sich mit dem Begriff der palästinensischen Selbstbestimmung zwar nicht anders. Mit dem Selbstbestimmungsrecht zu argumentieren, verschaffte aber die diplomatisch bessere Position. Die EG begann unter deutscher und französischer Führung damit, ihr Eintreten für die nationale palästinensische Selbstverwirklichung – die der in

[82] Zu den Zitaten vgl. Meroz, Mission, S. 79, 83. Vgl. auch Buettner, Even-Handedness, S. 151–153; Soell, Schmidt, S. 832–836; Jaeger, Quadratur, S. 107.
[83] Vgl. Weingardt, Nahostpolitik, S. 291; Soell, Schmidt, S. 832–836.
[84] Vgl. Allen/Hauri, Dialogue, S. 98 f.; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 41–44. Vgl. auch die zeitgenössische Kommentierung: Bonner Passepartout, in: Der Spiegel, 24/1979, S. 30 f.
[85] So Hans-Dietrich Genscher im Gespräch am 16. 02. 2012.
[86] So ebenfalls Hans-Dietrich Genscher am 16. 02. 2012.

Camp David vereinbarten Autonomielösung diametral entgegenstand – in ein auf den ersten Blick weniger kontroverses Format zu kleiden, das allerdings auf den zweiten Blick noch verbindlicher war als jede Aussage zugunsten eines „palästinensischen Heimatlandes". Denn ein von der Europäischen Gemeinschaft anerkanntes Volk der Palästinenser konnte in freier Selbstbestimmung über die eigene Entwicklung entscheiden und einen Staat beanspruchen[87].

Hans-Dietrich Genscher konzentrierte sich aber nicht nur auf eine rhetorische EG-Nahostinitiative, die auch den ins Stocken geratenen Europäisch-Arabischen Dialog beleben sollte, sondern es ging ihm um eine weitere Annäherung an Arafat und die PLO/Fatah[88]. Die westeuropäischen Konzepte der Selbstbestimmung verlangten die Involvierung der Palästinensischen Befreiungsorganisation als Verhandlungspartei in eine Gesamtlösung des Nahostkonfliktes[89]. Parallel zu der mit Frankreich sondierten neuen Haltung der EG begann der Bundestagsabgeordnete und außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Jürgen Möllemann, Verbindungen mit Jassir Arafat aufzunehmen, die nicht als seine private Initiative, sondern als ein mit dem Vorsitzenden der Freien Demokratischen Partei und Bundesaußenminister Genscher abgestimmtes Vorgehen verstanden wurden. Gerade weil dahinter die Intention Genschers zu erkennen war, fand das im August 1979 in Beirut abgehaltene Treffen zwischen Arafat und Möllemann so große Beachtung[90].

Abgesehen von den Kontakten mit westlichen Regierungsvertretern fokussierte sich die PLO/Fatah seit Ende März 1979 politisch auf die SI. Trotz harscher antiwestlicher Rhetorik suchte Jassir Arafat unmittelbar nach dem Erreichen der Beschlüsse von Camp David diplomatischen Rückhalt namentlich bei der Sozialistischen Internationale[91]. Arafat musste erkennen, dass Washington Anfang 1979 unbedingt zu Erfolgen kommen wollte – und zugleich stärker von Israel abhängig geworden war. Auch der israelische Außenminister Moshe Dayan stellte Anfang März 1979 gegenüber den Vizedirektoren seines Ministeriums fest, der bevorstehende Aufenthalt des amerikanischen Präsidenten in Israel sei eine Chance, um politische Zugeständnisse kurz vor der geplanten Abstimmung der Knesset über den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag zu erreichen. Dayan verwies darauf, dass ein positives Votum des israelischen Parlamentes für die Vereinigten Staaten eine „politische Notwendigkeit von elementarer Bedeutung" sei, gelte es für Präsident Carter doch alles daran zu setzen, den politischen Verlust Teherans zu kompensieren[92]. Der Iran war bis zu der 1979 begonnenen

[87] Vgl. Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 40–44; Miller, PLO Factor, S. 135 f.; Jaeger, Quadratur, S. 92.

[88] Vgl. ebd., S. 103 f.; Dajani, Euro-Arab Dialogue, S. 97 f.; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 103.

[89] Vgl. Allen/Hauri, Dialogue, S. 93 f.

[90] Vgl. Weingardt, Nahostpolitik, S. 285; Jaeger, Quadratur, S. 101–103. Möllemann u. Arafat verstanden sich „auf Anhieb", so Frangi, Gesandte, S. 227. Vgl. auch Ein wenig weinerlich, in: Der Spiegel, 34/1979, S. 22–24; Bonner Passepartout, in: Der Spiegel, 24/1979, S. 31.

[91] Vgl. Frangi, Solidarität, S. 95; Rother/Schmidt, Über Europa hinaus, S. 51–53. Zum Abschluss des Camp-David-Abkommens vgl. u. a. Tessler, Conflict, S. 511–513.

[92] So ISA/RG 130/MFA/6915/4, Protokoll des Treffens der stellv. Generaldirektoren mit dem Minister, 07. 03. 1979 (hebräischsprachiges Original); Smith, Conflict, S. 356.

Revolution der engste Verbündete der Vereinigten Staaten in der Region gewesen[93].

Das Weiße Haus drängte Anfang 1979 darauf, die im Herbst 1978 von Begin und Sadat in Camp David erzielten Beschlüsse zügig ratifizieren zu lassen, um die Verhandlungen insgesamt erfolgreich abschließen zu können, wobei Carter ohne die Zustimmung der Knesset kein Durchbruch gelang. Israel würde den Moment außenpolitischer Schwäche der USA nach dem Sturz des proamerikanischen Regimes in Teheran nutzen. Als ein von den Vereinigten Staaten umworbener Partner war die israelische Regierung imstande, neue Bedingungen zu stellen. Die PLO konnte also nur verlieren[94]. Allein zügige substanzielle politische Unterstützung half Arafat in dieser Lage, die Stellung der PLO aufzuwerten und sie nicht als irrelevanten Faktor des Nahostkonfliktes erscheinen zu lassen, ohne den sich Ägypten, Israel, Jordanien und die USA verständigen konnten. Um dies zu erreichen, konzentrierte er sich nicht auf die osteuropäischen Staaten, sondern bemühte sich, politisches Kapital in Westeuropa und durch die SI zu gewinnen[95].

Issam Sartawi, der Verantwortliche Arafats für die Beziehungen zur Sozialistischen Internationale, traf am 31. März 1979, zehn Tage nach Zustimmung der Knesset zum Camp-David-Abkommen, Hans-Jürgen Wischnewski und Willy Brandt, den Vorsitzenden der SI[96]. Brandt war Sartawi 1977 zum ersten Mal begegnet[97]. Er verwies ihm gegenüber auf die bereits Ende September 1978 auf Antrag der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei in der SI begonnene Erörterung der Frage eines Beobachterstatus für die PLO bei der Sozialistischen Internationale[98]. Gegen diesen Schritt drohte die israelische Arbeiterpartei ihr Veto an, woraufhin Bruno Kreisky zu bedenken gab, dass es „doch recht nützlich" für Willy Brandt als Präsident der SI wäre, durch „Informationen von führender Stelle genau zu prüfen", wie es sich mit der Forderung der Vernichtung Israels seitens der

[93] Vgl. Gasiorowski, Shah, S. 85–129; Hiro, Longest War, S. 36; Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 121–143; Westad, Global Cold War, S. 289–295; Lesch, 1979, S. 30–33. Die Vereinigten Staaten hatten zwischen 1975 u. 1978 militärische Güter an den Iran geliefert, deren Gegenwert rd. das Dreifache der an Israel verkauften Rüstungsartikel betrug, vgl. IISS, Military Balance 1972–1973, S. 77; dass., Military Balance 1973–1974, S. 82; dass., Military Balance 1974–1975, S. 89; dass., Military Balance 1975–1976, S. 90; dass., Military Balance 1976–1977, S. 94; dass., Military Balance 1978–1979, S. 37, 105; SIPRI, TIV of Arms Exports to Iran, www.sipri.org/databases/armstransfers/background (22. 04. 2013); ebd., TIV of Arms Exports to Israel, www.sipri.org/databases/armstransfers/background (22. 04. 2013); Cordesman, Military Forces, S. 55–72; Gasiorowski, Shah, S. 109–121.

[94] Vgl. Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 83–107, 171–188; Tessler, Conflict, S. 511–529; Quandt, Peace Process, S. 310–321; Lesch, 1979, S. 44f.

[95] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 484f.; Riegler, Fadenkreuz, S. 389–391.

[96] Vgl. Rother/Schmidt, Über Europa hinaus, S. 53; Wischnewski, Leidenschaft, S. 162; Riegler, Fadenkreuz, S. 389–391. Zur Rolle Sartawis vgl. u. a. auch Becker, PLO, S. 174f.; Kraushaar, Kampf, S. 280–294, 604–633.

[97] Vgl. Rother/Schmidt, Über Europa hinaus, S. 53.

[98] Vgl. ebd., S. 52; Rother, Sozialdemokratischer Internationalismus, S. 323. Frangi, Solidarität, S. 95, betont, der Auftrag Sartawis sei gewesen, der PLO einen „Platz in der internationalen sozialistischen Familie" zu sichern.

PLO verhalte[99]. Im Kontext dieses Sondierungsauftrages des SI-Büros machte Brandt im Gespräch mit Sartawi im März 1979 deutlich, dass es seine Absicht sei, Arafat zu treffen[100]. Sartawi wiederum griff die offenbar bereits von Arafat Kreisky mitgeteilte Idee einer „Gesprächsrunde" auf, die mit verschiedenen Teilnehmern, unter anderem Brandt, Arafat und Kreisky, Anfang Mai 1979 in Wien zusammenkommen sollte, ohne dass dies tatsächlich geschah[101].

Das von Sartawi umrissene Angebot bildete allerdings in Verbindung mit dem Brandt'schen SI-Büro-Auftrag, die PLO-Position bezüglich der Existenz Israels kennenzulernen, die Grundlage für die am 7. und 8. Juli 1979 in Wien abgehaltenen Treffen zwischen Jassir Arafat, Bruno Kreisky und Willy Brandt[102]. Diese öffentliche Bestätigung und Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Arafat durch die SI und einen so renommierten, für seine proisraelische Haltung bekannten Politiker wie Willy Brandt war für die PLO gleichbedeutend mit dem „politischen Durchbruch im Westen", wie es ein Funktionär der Palästinensischen Befreiungsorganisation im Gespräch mit ostdeutschen Diplomaten formulierte[103]. Arafat hatte erreicht, dass die PLO und die Palästinenser, trotz der für sie negativen Beschlüsse von Camp David, Beachtung als Partei im Nahostkonflikt fanden[104].

Wichtig war zudem, dass Jimmy Carter Ende März 1979 die mit Israel beschlossenen Abmachungen von Camp David insofern veränderte, als Washington die schon 1977 vorgebrachte Kritik an Begins Siedlungspolitik wiederholte – und dies nicht mehr nur in bilateralen Gesprächen. Carter verurteilte das Vorgehen Jerusalems in den besetzten Gebieten öffentlich und forderte ein israelisches Um-

[99] So Bruno Kreisky im Interview mit dem Magazin „Der Spiegel", in: Der Spiegel, 29/1979, S. 86. Vgl. auch Rother, Sozialdemokratischer Internationalismus, S. 323; Rother/Schmidt, Über Europa hinaus, S. 52f. Eine PLO-Delegation nahm erstmals 1989 mit dem offiziellen Status eines Beobachters an einem SI-Kongress teil, auch wenn Funktionäre Arafats bereits seit spätestens 1983 inoffiziell alle Kongresse der Sozialistischen Internationale besucht hatten, so Rother, Sozialdemokratischer Internationalismus, S. 324.

[100] Vgl. ebd., S. 323; Rother/Schmidt, Über Europa hinaus, S. 53; Riegler, Fadenkreuz, S. 391; Interview mit Issam Sartawi, in: Der Spiegel, 48/1979, S. 40f.

[101] Vgl. Rother/Schmidt, Über Europa hinaus, S. 53.

[102] Vgl. Kreisky, Im Strom, S. 331; Rother, Sozialdemokratischer Internationalismus, S. 323; Rother/Schmidt, Über Europa hinaus, S. 53; Jaeger, Quadratur, S. 97–100; Krech, Nahostpolitik, S. 26f.; Riegler, Fadenkreuz, S. 391. Wie Benedek, Anerkennung, S. 851, zu Recht betont, erfolgte die Einladung Arafats in die österreichische Hauptstadt seitens Bruno Kreiskys quasi privat, auch wenn Gespräche im Bundeskanzleramt stattfanden. Issam Sartawi erklärte im Nachgang der Gespräche in Wien: „Auf die Idee, auch Willy Brandt zu treffen und ihn mit Arafat zusammenzubringen, kam ich sehr leicht. Denn Brandt ist für uns und die Welt eine Persönlichkeit von hohem Rang. Ihn im Namen der PLO zu treffen, ist bereits ein Sieg für das palästinensische Volk", so im Interview mit Issam Sartawi, in: Der Spiegel, 48/1979, S. 40f.

[103] So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.675, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfAA, 16. 07. 1979, Bl. 7. Vgl. auch Frangi, Gesandte, S. 219; Merseburger, Brandt, S. 756f.; Kreisky, Im Strom, S. 331.

[104] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 484; Krech, Nahostpolitik, S. 28–30; Riegler, Fadenkreuz, S. 391; Kreisky, Im Strom, S. 331.

denken in Bezug auf die palästinensischen Rechte[105]. Das Ende Juli 1979, kurz nach dem Treffen von Wien, abgehaltene „private Gespräch" des amerikanischen Botschafters bei den Vereinten Nationen, Andrew Young, mit dem VN-Beobachter der PLO, Zuhdi Tarazi, das zum Rücktritt Youngs führte, wurde daher von der israelischen Regierung als gravierender Vorgang bewertet. Man sah darin den Versuch, Druck auf Ministerpräsident Begin auszuüben, um Israel vom Bau weiterer Siedlungen in den besetzten Gebieten abzuhalten[106].

Insofern lief das Treffen zwischen Kreisky, Brandt und Arafat den Interessen des Weißen Hauses auch nicht zuwider – im Gegenteil. Angesichts der von Carter zunehmend konfrontativ vorgebrachten Meinung, die ihm in Jerusalem 1979 durch den zuständigen israelischen Minister Sharon angekündigte jüdische Besiedelung der besetzten Gebiete bis zum Jahr 2009 im Umfang von einer bis zwei Millionen Menschen sei außerordentlich hinderlich für den Friedensprozess, hatte Washington keinen Grund, die Vorgänge in Wien mit Missfallen zu betrachten[107]. Issam Sartawi hatte schon im November 1977, kurz nach Carters Bemerkungen über ein palästinensisches „homeland", Bruno Kreisky und später auch Hans-Jürgen Wischnewski erklärt: „Eine Anerkennung der PLO durch Westeuropa, ausgelöst durch eine bundesdeutsche Fürsprache werde auch die USA positiv beeinflussen. […] Präsident Jimmy Carter sei den Palästinensern bisher am weitesten entgegengekommen, habe sich aber noch immer nicht für einen Palästinenserstaat ausgesprochen."[108] Jetzt, Mitte 1979, war es noch wichtiger geworden, die westeuropäischen Beziehungen und die SI für eine Beeinflussung der US-Haltung zu nutzen[109].

Im Gespräch mit Staatsminister Wischnewski, der zugleich auch der Kontaktmann Willy Brandts sowie der SPD und der SI war, trug Sartawi der Bundesregierung Ende März 1979, nach Shafiq al Hut 1975, Said Kamal 1976 und Ali Hassan Salama 1977 als mindestens vierter Funktionär, den „Wunsch" der PLO nach geregelten und engen politischen Beziehungen vor[110]. Im Nachgang zum Wiener Treffen erklärte Sartawi: „Die beiden [Willy Brandt und Bruno Kreisky] haben auch ausdrücklich die Legitimität der PLO anerkannt, als Vertreterin des palästinensischen Volkes zu sprechen. Brandt und Kreisky trafen sich mit Arafat in dessen Eigenschaft als Vorsitzender der PLO. Das ist für uns de facto und de jure

[105] Vgl. ISA/RG 130/MFA/6868/7, Meeting between the US-President and the Prime Minister of Israel, 11. 03. 1979; Stein, Diplomacy, S. 214–218, 255 f.; Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 100–107.

[106] Vgl. ebd., S. 100–106; Quandt, Peace Process, S. 326–328; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 238; Becker, PLO, S. 170; Bernhard Gwertzman: Young Resigns Post at U.N. in Furor Over P.L.O. Talks, in: NYT, 16. 08. 1979, S. A1.

[107] Vgl. Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 233–235; Riegler, Fadenkreuz, S. 391 f. Zur Aussage Sharons vgl. ISA/RG 130/MFA/6868/7, Meeting between the US-President and the Prime Minister of Israel, 11. 03. 1979; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 234; Sharon, Warrior, S. 355–371.

[108] Zitiert nach Dahlke, Wischnewski-Protokoll, S. 210.

[109] Vgl. Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 233–235; Riegler, Fadenkreuz, S. 391 f.

[110] Vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 424, Vermerk, 09. 08. 1979, Bl. 5715 f. Vgl. auch Riegler, Fadenkreuz, S. 391.

Anerkennung der Legitimität der PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes. Der FDP-Vorsitzende und Außenminister Genscher dagegen lehnt die Anerkennung der PLO strikt ab, solange die PLO nicht die Existenzberechtigung Israels anerkenne. Sein Parteifreund Möllemann war bei Arafat, aber Genscher distanzierte sich gänzlich von ihm. Wir verurteilen seine Position."[111] Die Bundesregierung konnte Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation so lange nicht zu offiziellen Gesprächen einladen, wie Arafat im Namen der PLO nicht den Staat Israel anerkannt hatte[112]. Die Initiative Möllemanns gegenüber Arafat, die offenbar im Kontext des Wiener Dreiergipfels Anfang Juli 1979 forciert worden war, bot dem Bundesaußenminister daher eine willkommene Chance. Ähnlich wie der FDP-Politiker und Staatsminister Moersch 1975 versuchte Möllemann vier Jahre später, die nichtamtlichen Beziehungen zur PLO/Fatah auszubauen[113]. Genscher war bewusst, dass es für Arafat viel wichtiger war, zu wissen, dass ihm eine politische Unterstützung durch Bonn im Rahmen der EG gewährt wurde, als offiziell durch den Bundesaußenminister empfangen zu werden[114].

Die Involvierung Möllemanns kann auch als parteipolitischer Versuch Genschers gelesen werden, FDP-eigene Kanäle zu Arafat respektive der Fatah auszubauen, die unabhängig von den bisher sozialdemokratisch dominierten Beziehungen eingesetzt werden sollten. In einem unmittelbar nach der Reise Möllemanns in den Libanon, Anfang August 1979, verfassten Vermerk der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts wurde die SPD-FDP-Konstellation insofern deutlich, als es hieß, Wischnewski, der zu diesem Zeitpunkt bereits für Helmut Schmidt im Bundeskanzleramt arbeitete, habe nach seiner Unterredung mit Issam Sartawi im März 1979 das Auswärtige Amt gebeten zu prüfen, ob dem Palästinensischen Roten Halbmond zwei Krankenwagen „als Geste unsererseits" geschenkt werden könnten[115]. Wischnewski sei, so setzte man fort, derjenige sozialdemokratische Politiker, der Sartawi bereits mehrfach gesprochen und der wahrscheinlich auch mehrere Treffen dieses Unterhändlers Arafats mit dem SPD-Präsidium vermittelt habe[116]. Das von den Freien Demokraten geführte Auswärtige Amt vermerkte nun, der FDP-Politiker und Vorsitzende des Unterausschusses Humanitäre Hilfe des Bundestages Möllemann müsste in „jedem Fall vor Durchführung der Spende [der zwei Krankenwagen] befasst werden"[117].

Aus dem Kontext dieses Vermerkes geht hervor, dass Genscher die ab 1978/79 intensivierte bundesdeutsche PLO-Politik stärker unter innen- und parteipolitischen Aspekten gewichtete und der inoffizielle Kontakt Möllemanns zu Arafat ihn unabhängiger vom Handeln des SPD-Politikers Wischnewski machen sollte.

[111] So im Interview mit Issam Sartawi, in: Der Spiegel, 48/1979, S. 44f.
[112] Vgl. Jaeger, Quadratur, S. 52–60, 239; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 98–103. So auch Hans-Dietrich Genscher im Gespräch am 16. 02. 2012.
[113] Vgl. Jaeger, Quadratur, S. 101–104. So auch Hans-Dietrich Genscher im Gespräch am 16. 02. 2012.
[114] So Hans-Dietrich Genscher im Gespräch am 16. 02. u. 27. 11. 2012.
[115] So PA-AA, Bestand B 150, Bd. 424, Vermerk, 09. 08. 1979, Bl. 5716f. Zum Wechsel Wischnewskis ins Bundeskanzleramt vgl. Wischnewski, Leidenschaft, S. 188.
[116] Vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 424, Vermerk, 09. 08. 1979, Bl. 5715f.
[117] So ebd., Bl. 5717.

Genscher bemühte sich um Informationen aus erster Hand. Es ging dabei nicht um die operative Arbeit, die Auslandsvertretungen in ihren Treffen mit PLO-Vertretern erledigten, sondern um eine Urteilsbildung durch Vernetzung mit der Führung um Jassir Arafat – und zwar durch enge Vertraute Genschers. Bis dahin war es unzweifelhaft die SPD, die von allen Parteien des Bundestages die besten Kontakte mit der Fatah unterhielt, die immer wieder auch für die Arbeit der seit 1966 fortwährend unter sozialdemokratischer Beteiligung oder Führung tätigen Bundesregierung außen- und sicherheitspolitisch wichtig gewesen waren[118]. Zumal, wie Weingardt hervorhebt, Willy Brandts Treffen mit Arafat im Juli 1979 zwar im Kontext der SI stand, aber zugleich auch in Personalunion durch den SPD-Vorsitzenden wahrgenommen wurde[119]. Dem Politiker Genscher, der den Freien Demokraten vorstand, ging es um Alternativen außerhalb sozialdemokratisch monopolisierter Kanäle zur Fatah, möglicherweise nicht zuletzt, um das innenpolitische Profil der FDP unter den stärker proarabisch orientierten Kreisen der Wirtschaft knapp ein Jahr vor der Bundestagswahl zu schärfen.

Honeckers Reaktion auf Arafats Empfang in Wien und die EG-Deklaration von Venedig

Anfang Juli 1979 stand die Antwort auf eine Frage fest, mit der Jassir Arafat schon im März 1978 in Ost-Berlin konfrontiert worden war: „Stellvertretend für den USA-Imperialismus", so dozierte seinerzeit die SED, versuche die SI unter Führung von Brandt und Kreisky, „die revolutionären Kräfte auf einen Kurs ähnlich dem von Sadat zu bringen. Gibt es solche Versuche auch gegenüber der PLO?"[120] Egal wie Arafat im Sommer 1979 geantwortet hätte, wäre er erneut nach seinen Kontakten zu Kreisky und Brandt gefragt worden: Für Mielke und Honecker wurde es nach dem Treffen von Wien zur Gewissheit, dass Arafat sie über seinen politischen Westkurs nicht unterrichtet hatte. Noch im Juni 1979 hatte die SED Auskunft erbeten, als wenige Tage vor dem Treffen Arafat-Kreisky-Brandt die „mündliche Rahmenvereinbarung" mit der DDR-Staatssicherheit abgeschlossen worden war[121]. Während der Verhandlungen mit dem MfS wurden die parallelen Bemühungen Sartawis aber in keiner Form von den Palästinensern angesprochen[122]. Die Reaktionen des SED-Regimes auf das Treffen von Wien waren entsprechend deutlich.

Ende August 1979 bestellte das MfS den Leiter der PLO-Sicherheit, Salah Khalaf, in die DDR ein. Dass es sich bei diesem „Besuch" Khalafs um eine Einbestellung handelte, zeigte sich daran, dass Honecker nicht auf Khalafs Wunsch eingegangen war, die DDR „bis zum 7. Juli" zu besuchen[123]. Ob die SED Khalaf nicht

[118] Er sei 1974 bereits als „unser Mann", im Sinne der Partei SPD, in das von den Liberalen geführte Auswärtige Amt delegiert worden, so Wischnewski, Leidenschaft, S. 177.
[119] Vgl. Weingardt, Nahostpolitik, S. 285.
[120] So SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2. 023/89, Zusatzfragen, o. D.
[121] So BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 185–187.
[122] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 26. 06. 1979, Bl. 182–184.
[123] Vgl. ebd., Bl. 183; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 21. 08. 1979, Bl. 141–146; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Arbeitskonzept, 16. 08. 1979, Bl. 149f.

einlud oder ein vereinbartes Treffen angesichts der zeitgleichen Begegnung zwischen Arafat, Kreisky und Brandt wieder absagte, ist unbekannt. Khalafs Kommen im August war aber in jedem Fall nicht mehr auf den ursprünglich geäußerten „Wunsch" zurückzuführen. Außerdem gab es auch keinen konkreten anderweitigen Anlass. Die im Juni vereinbarte Sicherheitspartnerschaft war bereits in Kraft. Khalafs Aufenthalt in Ost-Berlin Ende August 1979 muss daher vor dem Hintergrund des Treffens zwischen Kreisky, Brandt und Arafat sowie des Gespräches zwischen Jürgen Möllemann und Jassir Arafat betrachtet werden. Honecker erkannte Handlungsbedarf, um bereits im Juni besprochene Fragen nochmals deutlicher erörtern zu lassen, diesmal allerdings nicht auf der Ebene der Abteilungsleiter der PLO-Sicherheit, sondern des „Ministers"[124].

Mielke legte Khalaf – wenn auch nicht wörtlich, so in der Sache unmissverständlich – dar, dass Arafat seine Westpolitik zu ändern habe, weil die DDR mit der gezeigten Kooperationsbereitschaft der Fatah nicht einverstanden sei und weder Information erhalte noch konsultiert werde[125]. Khalaf versuchte, durch Beschwichtigungen und nachträgliche Beteuerungen der ideologischen Standfestigkeit Arafats eine Belastung der Beziehungen zu verhindern[126]. Er war insofern erfolgreich, als die DDR noch davon absah, entschiedene Schritte gegen Arafat einzuleiten. Das MfS kam in einer internen Analyse jedoch zu dem Schluss, dass „subjektive Forderungen, teilweise illusorisches Wunschdenken und deklaratives Darstellen sowie insgesamt oberflächliche unanalytische Wertungen" die Potenziale der „operativen Zusammenarbeit" mit der PLO-Sicherheit „reduzierten"[127]. Weiter hieß es: „Es gelingt [der PLO/Fatah] nicht, einzelne Aspekte und Aktionen (z. B. seitens der Sozialistischen Internationale gegenüber der PLO) in den Gesamtrahmen der Entwicklungen in der Region einzuordnen. […] Von insgesamt kleinbürgerlichen Klassenpositionen aus werden innen- und außenpolitische Bestrebungen imperialistischer und arabischer Staaten, deren strategisches und taktisches Vorgehen bewertet."[128]

Jassir Arafat erzielte im Verlauf des Jahres 1979 neue politische Erfolge im Westen. Vor den Vereinten Nationen erklärte Irland stellvertretend für die EG Ende September: „It is essential that there be respect for the legitimate rights of the Palestinian people. These include the right to a homeland and the right, through its representatives, to play its full part in the negotiation of a comprehensive

[124] „Zielstellung" des Treffens mit Salah Khalaf war gemäß Aussage des MfS, die „Bestätigung der im Juni 1979 getroffenen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit MfS-PLO/Sicherheit durch Abu Ayad [alias Salah Khalaf]", außerdem sollten die „Gesprächsergebnisse Möllemann-Arafat" in Erfahrung gebracht werde, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Arbeitskonzeption, 16. 08. 1979, Bl. 149; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Konzept, o. D., ca. August 1979, Bl. 153. Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 106, stellt fest, mehrere Mitglieder der ostdeutschen Staats- u. Parteiführung hätten nach dem Treffen von Wien „displeasure" u. „uneasiness" zum Ausdruck gebracht, da sie diesen Schritt Arafats offenkundig ablehnten.

[125] So BStU, MfS, Sek. Neiber, 937, Bericht, 23. 08. 1979, Bl. 3–6.

[126] So ebd., Bl. 7–11.

[127] So BStU, MfS, HA XXII, 18613, Wertung, 08. 08. 1979, Bl. 128.

[128] So ebd., Bl. 128 f.

settlement. Security Council resolutions 242 (1967) and 338 (1973) […] taken as a whole, set the essential framework for a peace settlement. In the view of the nine countries it is necessary that they be accepted by all those involved – including the Palestine Liberation Organization – as the basis for negotiation of a comprehensive settlement in which all the parties will play their full part."[129] Die Europäische Gemeinschaft bekannte sich damit im Herbst 1979 zum ersten Mal ausdrücklich dazu, die Palästinensische Befreiungsorganisation als Verhandlungspartnerin anzuerkennen, sobald diese die Resolutionen 242 und 338 akzeptierte[130].

Anfang 1980 intensivierte Arafat die EG-Kontakte der PLO/Fatah und fand vor allem in Paris und Bonn die notwendige Unterstützung. Der französische Präsident griff im März 1980 offiziell die bundesdeutsche Terminologie des palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes auf[131]. Außerdem wiederholte Giscard d'Estaing die vor den Vereinten Nationen geforderte Teilnahme „aller Parteien des Konfliktes" an Verhandlungen, also auch die der PLO als Vertreterin der Palästinenser[132]. Khalid al Hassan, enger Vertrauter Arafats, ehemaliger Student aus der Bundesrepublik und einer der wichtigsten Funktionäre der PLO/Fatah, sprach am 19. April 1980 in Straßburg vor den mehr als 300 Mitgliedern der Parliamentary Association for Euro-Arab Cooperation[133]. Vier Tage später verabschiedete die Europäische Gemeinschaft ein gemeinsames Dokument, das eine für die PLO vorteilhafte Neuformulierung der Sicherheitsratsresolution 242 forderte[134]. Israel verurteilte diese Schritte und lehnte jede politische Aufwertung der Palästinensischen Befreiungsorganisation entschieden ab[135].

Nichtsdestotrotz erkannte die Europäische Gemeinschaft zehn Tage später, am 13. Juni 1980, mit ihrer Deklaration von Venedig an, dass das palästinensische Selbstbestimmungsrecht und die Teilnahme der PLO an Verhandlungen für die Lösung des Nahostkonfliktes unerlässlich seien[136]. Sieben Jahre nach der ersten Erklärung der Europäischen Gemeinschaft, in der den Palästinensern „legitime Rechte" zugesprochen worden waren, forderte man nun einen palästinensischen Staat sowie eine Beteiligung der PLO als einer Repräsentantin der Palästinenser – wenn auch nicht als der einzigen oder ausschließlichen – an Verhandlungen über eine Konfliktlösung. Die EG wies Jassir Arafat damit eine wichtige politische

[129] So UN A/34/PV.8, Procès-Verbal, 25. 09. 1979, paras. 27 f.

[130] Vgl. Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 40 f.; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 96, 125; Les succès de M. Arafat en Europe, in: Le Monde, 15. 09. 1979, S. 1.

[131] Vgl. Rondot, France, S. 93 f.; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 44 f.; dies., European Political Cooperation, S. 141 f.; Miller, PLO Factor, S. 136; Benedek, Anerkennung, S. 851.

[132] Vgl. Rondot, France, S. 93 f.; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 44 f.; Miller, PLO Factor, S. 136.

[133] Vgl. Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 233; Kurz, Fatah, S. 94.

[134] Vgl. Greilsammer/Weiler, European Political Cooperation, S. 142.

[135] Vgl. dies., Dilemma, S. 46 f.; Foreign Ministry Statement on the Council of Europe Resolution, 24. 04. 1980, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1979–1980, S. 241. Vgl. auch ISA/RG 130/MFA/6916/4, Telegramm des Außenministeriums an die Botschaft Washington, 07. 09. 1979; Excerpts from Statement in the Knesset by Prime Minister Begin, 02. 06. 1980, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1979–1980, S. 267–269.

[136] Vgl. Resolution of the Heads of Government and Ministers of Foreign Affairs of the European Council, 13. 06. 1980, in: ebd., S. 275 f.; Weingardt, Nahostpolitik, S. 272 f.; Jaeger, Quadratur, S. 119–124.

Rolle zu, ohne die Palästinensische Befreiungsorganisation unmittelbar anzuerkennen[137]. Die Regierung Israels nannte die Deklaration von Venedig eine „Schande" für Europa[138].

Bundesaußenminister Genscher war neben seinem französischen Amtskollegen maßgeblich an der Ausarbeitung der Deklaration von Venedig beteiligt[139]. Mit ihr fanden die seit Mai 1979 in der Europäischen Gemeinschaft zirkulierenden Überlegungen über eine Neufestlegung der Position gegenüber der PLO und den Palästinensern ihren Abschluss. Dass es mehr als ein Jahr gedauert hatte, bis die EG eine gemeinsame Haltung fand, die die Forderungen nach Beteiligung der PLO und der palästinensischen Selbstbestimmung umfasste, lag auch an der massiven israelischen Opposition[140]. Ganz besonders der Bundesregierung warf Jerusalem vor, aus einer „positiven Passivität in eine negative Aktivität" innerhalb der EG übergegangen zu sein, wie der Politische Direktor des israelischen Außenministeriums im September 1979 in einem Vermerk an seinen Minister schrieb[141]. Weiter hieß es, mit dem Terminus des Selbstbestimmungsrechtes seien „neue Elemente nach Prinzipien von Genscher" eingeführt worden, die „eine scharfe Wende in der Stellung der Neun zur Konsequenz haben, deren Folgen nicht nur für die EG-Länder, sondern auch weit darüber hinaus für den ganzen Kontinent schwerwiegend sein werden. Meiner Meinung nach ist die Stellung von Deutschland der wichtigste und bedeutungsvollste Faktor in der gegenwärtigen politischen Konstellation."[142] Dieser Vermerk diente der Vorbereitung Dayans auf seinen anschließenden Besuch in Bonn, der nach Auskunft des damaligen israelischen Botschafters in der Bundesrepublik, Johanan Meroz, nicht nur die „völlige Beziehungslosigkeit" zu Hans-Dietrich Genscher offenbarte, sondern auch die „sachlichen Gegensätze auch auf persönlicher Ebene […] verschärfte"[143].

Dayan wies im Herbst 1979 eindringlich darauf hin, dass Israel die Forderung nach palästinensischer Selbstbestimmung in Anbetracht des begonnenen Camp-David-Prozesses für inakzeptabel halte. Darüber hinaus ließ er keinen Zweifel, dass Israel gerade die westdeutsche Unterstützung der neuen EG-Deklaration besonders enttäusche. Der israelische Außenminister erhob den Vorwurf, nur Bundeskanzler

[137] Vgl. François-Poncet, Quai d'Orsay, S. 184; Buettner, Even-Handedness, S. 146f.; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 47–49, 104f.; Weingardt, Nahostpolitik, S. 272f.; Miller, PLO Factor, S. 137; Müllenmeister, Nahostpolitik, S. 78, 130; Perthes, Beziehungen, S. 104.

[138] Vgl. Le Figaro: Interview with Prime Minister Begin, 14. 06. 1980, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1979–1980, S. 276; Excerpts from Statement in the Knesset by Foreign Minister Shamir, 19. 06. 1980, in: ebd., S. 282; Cabinet Communiqué, 15. 06. 1980, in: ebd., S. 276f.

[139] Vgl. Genscher, Erinnerungen, S. 219. So auch Hans-Dietrich Genscher im Gespräch am 27. 11. 2012.

[140] Vgl. Greilsammer/Weiler, European Political Cooperation, S. 141f., Buettner, Even-Handedness, S. 150–152.

[141] So ISA/RG 130/MFA/6916/4, Schreiben des Politischen Direktors des Außenministeriums an den Außenminister, 06. 09. 1979 (hebräischsprachiges Original).

[142] So ebd.

[143] So Meroz, Mission, S. 79, vgl. auch ebd., S. 118f.; Jaeger, Quadratur, S. 101–108; Soell, Schmidt, S. 832–836.

Schmidt und Außenminister Genscher hätten dazu beigetragen, dass der Begriff der palästinensischen Selbstbestimmung politisch ein solches Gewicht erlangen konnte[144]. Weder Israel noch Ägypten würden, so Dayan, ein Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennen, da „der Ausdruck der Selbstbestimmung in Nahost und in der Welt eine klare Bedeutung hat. Er impliziert das Recht, einen Staat zu fordern. In Camp David gibt es keine Andeutung einer Selbstbestimmung. Es ist eine Formulierung, die diejenigen stärkt, die Camp David ablehnen."[145] Ferner erklärte Dayan: „And of course, the question of self-determination was discussed there [in Camp David]. And it has been agreed to avoid the expression ‚self-determination' in order to avoid the Palestinian state, and President Sadat signed it."[146] Bundesaußenminister und Bundeskanzler erwiderten Dayan sinngemäß dasselbe: „Als Deutsche ist unsere Situation anders, weil wir ein Problem mit der Selbstbestimmung der Ostdeutschen haben, und deshalb können wir die Selbstbestimmung nicht ignorieren, wenn es sich um Andere handelt."[147]

Israel und die Bundesregierung einigten sich im September 1979 auf eine Formel, die besagte, dass Bonn den Terminus eines palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes nur noch mit dem Verweis gebrauchen würde, dass die Ausübung dieses Rechtes an die Zustimmung aller beteiligten Seiten des Nahostkonfliktes gebunden sei. So konnte Israel von einem Veto Gebrauch machen, um die Verwirklichung palästinensischer Selbstbestimmung zu verhindern[148]. Diese Kondition besaß im Weiteren keine politische Bedeutung, denn das vonseiten der Bundesregierung als universelles Prinzip verstandene Recht auf Selbstbestimmung wäre ad absurdum geführt worden, hätte man es von der Zustimmung Dritter abhängig gemacht[149]. Johanan Meroz schrieb im Rückblick: „Mit der Erklärung von Venedig im Frühjahr 1980 war er [Bundesaußenminister Genscher] endgültig umgefallen, auch wenn er weiterhin die Illusion – um nicht zu sagen: Irreführ-

144 Vgl. ISA/RG 130/MFA/6916/4, Address by Foreign Minister Dayan, 10. 09. 1979. Vgl. auch Buettner, Even-Handedness, S. 150–152; Jaeger, Quadratur, S. 104–108.

145 So ISA/RG 130/MFA/6916/4, Protokoll des Treffens von Außenminister Dayan mit Hans-Dietrich Genscher u. Andreas Meyer-Landrut, 10. 09. 1979 (hebräischsprachiges Original). Vgl. auch AAPD, 1979, Dok. 260, Gespräch des Bundesaußenministers mit dem israelischen Außenminister Dayan, 09. 09. 1979, S. 1289–1293.

146 So ISA/RG 130/MFA/6916/4, Address by Foreign Minister Dayan, 10. 09. 1979.

147 So Hans-Dietrich Genscher, vgl. ISA/RG 130/MFA/6916/4, Protokoll des Treffens von Außenminister Dayan mit Hans-Dietrich Genscher u. Andreas Meyer-Landrut, 10. 09. 1979 (hebräischsprachiges Original). Bundeskanzler Schmidt sagte Dayan: „Ich als Deutscher, in dessen Volk 16 Millionen Leuten das Recht für Selbstbestimmung verneint wird, kann schwer Anderen das Recht auf Bestimmung entziehen", so ISA/RG 130/MFA/6916/4, Protokoll des Treffens von Außenminister Dayan mit Bundeskanzler Schmidt, 10. 09. 1979 (hebräischsprachiges Original). Vgl. auch AAPD, 1979, Dok. 261, Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem israelischen Außenminister Dayan, 10. 09. 1979, S. 1295 f.; Perthes, Beziehungen, S. 103 f.

148 Vgl. ISA/RG 130/MFA/6916/4, Aktennotiz, 10. 09. 1979 (hebräischsprachiges Original); ISA/RG 130/MFA/6916/4, Protokoll des Treffens von Außenminister Dayan mit Hans-Dietrich Genscher u. Andreas Meyer-Landrut, 10. 09. 1979 (hebräischsprachiges Original); Buettner, Even-Handedness, S. 152; Jaeger, Quadratur, S. 108.

149 Vgl. auch Weingardt, Nahostpolitik, S. 283. Ipsen, Völkerrecht, S. 349, betont: „Der Akt der Selbstbestimmung muss als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechtes von äußerer Einwirkung frei sein."

rung – des Kompromisses aufrechterhielt. In den Hauptfragen, die von Bedeutung waren – Palästinenser und palästinensische Selbstbestimmung, Jerusalem, Zukunft der Gebiete westlich des Jordans […] –, ging die Bundesregierung zusehends auf arabische Forderungen ein."[150]

Die Deklaration von Venedig verhalf Jassir Arafat zu einem weiteren wichtigen Erfolg im Westen[151]. Nun besaß die PLO die politische Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft, die im Gegensatz zu den Vereinbarungen von Camp David forderte, dass die Palästinenser in freier Selbstbestimmung einen eigenen palästinensischen Staat gründen durften – ein Ergebnis von zentraler Bedeutung, gerade weil die PLO damit nicht auf den Kreml als alleinigen Verbündeten angewiesen war[152]. Die Regierung in Wien hatte bereits drei Monate zuvor, im März 1980, als erste in Westeuropa volle diplomatische Beziehungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation hergestellt, die der PLO in der DDR noch verweigert worden waren[153].

Die Separatbeziehungen der SED

Für die ostdeutsch-palästinensischen Beziehungen stellte die Erklärung von Venedig insofern eine Zäsur dar, als die Ost-Berliner Parteiführung nach deren Veröffentlichung erkannte, dass die bisherige Ausgestaltung des Verhältnisses zur PLO/Fatah revidiert werden musste. Am 7. Juli 1980 lud die SED eine Delegation der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas unter Leitung ihres Vorsitzenden, Naif Hawatma, in die DDR ein[154]. Die Kosten dieser Reise trug die Partei, die offiziell einladende wie verantwortliche Stelle war allerdings das Solidaritätskomitee[155]. Hermann Axen, ZK-Sekretär für Internationale Verbindungen, sollte Hawatma auf Beschluss der SED zu einem „internen Informationsgespräch" empfangen[156]. Dieses Treffen fand schließlich am 14. Juli 1980 statt[157]. Das Solidaritätskomitee hielt fest: „Genosse Hermann Axen begrüßte die Delegation [der DFLP] und brachte seine Freude über das Treffen zum Ausdruck. Er übermittelte die Grüße des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, und der Parteiführung. Danach verwies er darauf, dass der Genosse Trappen [stellvertretender Leiter der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen] bereits 2 Tage zuvor die Gründe über den internen Charakter des Gesprächs dargelegt habe. Das beeinträchtigt jedoch nicht die Freundschaft, die zwischen unserer Partei und der Organisation [gemeint ist die DFLP] bestehe. Die Beziehungen würden folglich unter Leitung des Solidaritätskomitees abgewickelt, dessen Präsident gleichzeitig

150 So Meroz, Mission, S. 82.
151 Vgl. Weingardt, Nahostpolitik, S. 272–274.
152 Vgl. Allen/Hauri, Dialogue, S. 99–104; Greilsammer/Weiler, European Political Cooperation, S. 144–146. So auch Hans-Dietrich Genscher im Gespräch am 16. 02. 2012.
153 Vgl. Krech, Nahostpolitik, S. 28; Riegler, Fadenkreuz, S. 76.
154 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/3090, Protokoll der Sitzung des Sekretariates des ZK der SED, 07. 07. 1980, Bl. 13.
155 Vgl. ebd.
156 So ebd.
157 Vgl. BArch, DZ 8/246, Vermerk, 14. 07. 1980.

Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission des ZK der SED sei. Es handelt sich also um eine Rollenverteilung. […] In diesem Zusammenhang stellte Genosse Axen fest, dass nunmehr offizielle Beziehungen zwischen der SED und der DFLP eröffnet werden, sie jedoch formell über das Solidaritätskomitee der DDR verwirklicht werden. […] Hawatmeh betonte seine Freude über die Aufnahme offizieller Beziehungen und erklärte, dass in Verbindung damit eine verstärkte Solidarität mit dem ‚marxistischen Flügel der PLO' geübt werden sollte. Das bedeutet: jährliche Besuche, materielle Hilfe, Ausbildung von Kadern u. a. […] Mit der von Genossen Axen vorgeschlagenen Form der Abwicklung der Beziehungen über das Solidaritätskomitee sei er einverstanden."[158]

Diese von Axen dargelegte Auffassung hieß nichts anderes als dass Honecker die seit 1973 bestehende klassische PLO-Politik der DDR beenden wollte. Die SED gab den seit damals gültigen Grundsatz auf, nicht auf die innerpalästinensische Rivalität einzelner Gruppen mit der Fatah aktiv Einfluss zu nehmen. Wie zu Beginn der PLO- und Palästinapolitik, als nicht die DDR oder die SED, sondern das AASK mit palästinensischen Organisationen arbeiten sollte, war es von nun an Aufgabe des Solidaritätskomitees, die offiziellen Beziehungen zwischen der SED und der DFLP, später auch die mit der PFLP, der Saiqa und der PKP, aufzubauen und zu entwickeln. Dass mit Achim Reichardt Anfang 1981 der DDR-Botschafter aus Beirut zum neuen Generalsekretär des Solidaritätskomitees ernannt werden sollte, war von großem Vorteil für die von der SED dem Solidaritätskomitee zugedachte neue Aufgabe. Reichardt kannte die Vorsitzenden sowie die wichtigen Funktionäre der DFLP, der Saiqa, der PKP und der PFLP aus seiner Zeit im Libanon sehr gut[159]. Er selbst gehörte zu denjenigen, die seit geraumer Zeit eine Veränderung der PLO-Politik Ost-Berlins gefordert hatten. Reichardt plädierte nachdrücklich dafür, nicht länger einen auf die Fatah zentrierten Ansatz zu verfolgen, weil die DDR damit indirekt diejenigen palästinensischen Gruppen vernachlässigte, die aus politischer Sicht wichtiger als die Fatah waren. Wollte man eine weitere Rechtsausrichtung der PLO verhindern, dann mussten die DFLP und die PFLP gestärkt werden[160]. Die im Sommer 1980 initiierten separaten Parteibeziehungen mit den „progressivsten" Teilen der PLO sollten nun dazu dienen, die bestehenden innerpalästinensischen Kräfteverhältnisse planmäßig umzugestalten und gegen die „bürgerliche" Dominanz der Fatah innerhalb der PLO vorzugehen. Im Bericht des Solidaritätskomitees über das Treffen mit Hawatma hieß es im Juli 1980 wörtlich: „Das Ziel des Delegationsbesuches lag für beide Seiten in der Absicht, die Beziehungen zur DFLP, als einer linken, marxistisch-leninistischen Positionen sehr angenäherten Teilorganisation der PLO, zu vertiefen, […] die DDR-

[158] So ebd.

[159] Vgl. Reichardt, Solidarität, S. 54–56; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1667/03, Schreiben der Botschaft Beirut an die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 21. 09. 1978. Achim Reichardt kehrte Ende 1981 in die DDR zurück u. bereitete sich auf seine neue Tätigkeit im Solidaritätskomitee vor, vgl. Reichardt, Solidarität, S. 56 f.

[160] Reichhardt sprach sich seit Herbst 1978 gegenüber dem ZK der SED klar für die gezielte Förderung der „antiimperialistischen" PLO-Teile, v. a. der DFLP, aus, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1667/03, Schreiben der Botschaft Beirut an die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 21. 09. 1978.

Seite strebte den Ausbau dieser Beziehungen vor allem unter dem Aspekt der Stärkung des linken progressiven Flügels der PLO [an]."[161]

Auch wenn Ost-Berlin bereits seit 1973 Emissäre der DFLP und der PFLP öfter zu politischen Konsultationen empfangen hatte als Delegationen der PLO/Fatah, hatte Honecker stets von der Aufnahme separater Parteibeziehungen mit Teilen der Palästinensischen Befreiungsorganisation abgesehen. Das SED-Regime sondierte erst Anfang des Jahres 1980, wie die ostdeutsche PLO-Politik insgesamt neu gestaltet werden konnte, um nicht länger die antiimperialistischen Kräfte zu benachteiligen und die „bourgeoisen" zu fördern – wenn Letztere erfolgreich im Westen reüssierten[162]. Erst im Sommer 1980 – nachdem die Europäische Gemeinschaft sich geschlossen zu Arafat bekannt hatte – reagierte Honecker. Denn er konnte die von der Fatah ausgehende politische Gefahr nicht mehr ignorieren. In Konsequenz dieses Eingeständnisses schuf die SED die Voraussetzungen, in einem kontinuierlichen Prozess politisch wie materiell gegen die Fatah innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation vorgehen zu können.

Klaus Polkehn verkennt die Bedeutung der 1980 initiierten separaten Beziehungen der SED mit der DFLP und der PFLP, wenn er erklärt: „Die PLO-Führung wurde ‚protokollgemäß', sozusagen von Staats wegen, empfangen. Aber es gab gleichermaßen Beziehungen mit Teilorganisationen, insbesondere zur Volksfront (PFLP) und zur Demokratischen Front (DFLP). George Habache und Nayef Hawatmeh weilten des Öfteren als Gäste des Solidaritätskomitees in der DDR. Auch die Mitglieder von PFLP und DFLP kamen in den Genuss von Solidaritätsleistungen, insbesondere Studienplätzen. Es entsprach durchaus der politischen Grundhaltung wie auch einem gewissen politischen Harmoniebedürfnis, wenn die DDR-Vertreter bei Diskussionen sich immer wieder für die palästinensische Einheit unter dem Dach der PLO stark machten und versuchten, zwischen den palästinensischen Gruppierungen zu vermitteln."[163] Ein solches Urteil blendet aus, dass es Honecker geboten schien, in den innerpalästinensischen Machtkämpfen Partei zu ergreifen und separate Unterstützung für die Fatah-Opposition zu leisten, weil er mit der Politik der Führung der PLO nicht zufrieden war. Das Intervenieren des ZK der SED 1980 zeugt somit weniger von einem ostdeutschen „Harmoniebedürfnis" als vielmehr von einem Konflikt sowie dem Verlangen, den Westkurs Jassir Arafats und der Fatah zu revidieren, nachdem die Europäische Gemeinschaft faktisch die PLO anerkannt hatte.

[161] So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1667/03, Bericht des Solidaritätskomitees an das MfAA, 18. 11. 1980.

[162] Zur Frequenz der Besuche von DFLP- bzw. PFLP-Gesandtschaften in der DDR vgl. die Unterlagen in: PA-AA, Bestand MfAA, ZR 3529/82; BArch, DZ 8/602, Informationsmappe PLO, o. D. Anfang 1980 berichtete die DDR-Botschaft Damaskus: „In letzter Zeit haben faktisch alle Teilorganisationen der PLO, so die DFLP, die Saiqa, PFLP-GC u. a. ihren Druck wegen der Aufnahme direkter Beziehungen verstärkt. Übereinstimmend erheben sie den Vorwurf, dass die Solidaritätshilfe der DDR nur der Fatah zugutekomme. […] Ich [der Botschafter] will in Erfahrung bringen, welche Beziehungen seitens der SU, Bulgarien u. a. sozialistischen Staaten mit den Teilorganisationen über Damaskus gepflegt werden", so BArch, DZ 8/245, Schreiben der Botschaft Damaskus an das MfAA, 24. 01. 1980.

[163] So Polkehn, DDR, S. 38. Ähnlich unkritisch urteilt auch Herf, Undeclared Wars, S. 364–366.

Zwischen 1980 und Ende 1981 wurden in Ost-Berlin – neben dem offiziellen Vertreter der PLO – auch „Botschafter" der DFLP, der PFLP, der Saiqa und der palästinensischen Kommunisten zugelassen, die ab Anfang 1982 gezielt mit dem Solidaritätskomitee und der SED Alternativlösungen für die Fatah-Regierung der PLO vorbereiteten[164]. Diese Repräsentanten der „fortschrittlichen" palästinensischen Gruppen lebten seit langer Zeit in der DDR und waren zumeist Studenten[165]. Einen amtlicherseits akkreditierten Vertreter der Fatah gab es nicht. Aber wie aus einem Bericht der Staatssicherheit Anfang 1982 hervorgeht, hatte Arafat, unabhängig von einer offiziellen Einwilligung, ebenfalls einen Vertreter vor Ort, der in der DDR die Mitglieder der Fatah betreute: den niedergelassenen Arzt I. J.[166] In einem Vermerk des MfS hieß es, J. könne in seiner politischen Gesinnung „als konsequenter Antikommunist" bezeichnet werden, der es „ausgezeichnet versteht, sich mithilfe seines sehr guten Wissens um die Klassiker des Marxismus/Leninismus zu tarnen"; I. J. „wäre fähig, überall den Eindruck zu hinterlassen, dass er Kommunist sei. Die Quellen schätzen ein, dass diese Tarnung Teil seines politischen Auftrages sein könnte."[167]

Die SED gewährte gemäß der über das Solidaritätskomitee zu gestaltenden Parteibeziehungen mit der DFLP und der PFLP erstmals seit Abschluss des Abkommens mit der PLO im Jahr 1973 eigenständige Solidaritätsleistungen für Mitglieder der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Ab 1980/81 durften die „progressiven" Kräfte der PLO auch jeweils fünf Studenten delegieren, zehn Facharbeiter in der DDR ausbilden lassen und – im Gegensatz zur Fatah – sogar 20 Mitglieder an die Parteihochschule entsenden[168]. Die Lieferung von Waffen war zwar offiziell nicht Inhalt der separaten Parteikontakte, fand in der Praxis allerdings später sehr wohl statt. Die „antiimperialistische" Fatah-Opposition wurde in den Folgejahren von der SED auch mit „nichtzivilen" Mitteln unterstützt[169]. Moskau hatte bereits seit Sommer 1979 eine solche Neuausrichtung der PLO-Po-

[164] Die Einladung des PFLP-Vorsitzenden erfolgte Anfang 1981, vgl. BArch, DZ 8/246, Schreiben des Solidaritätskomitees an die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 06. 04. 1981. Zum Aufenthalt des Saiqa-Botschafters vgl. BStU, MfS, HA II, 28049, Information, o. D., ca. Juni 1983, Bl. 1.

[165] Der DFLP-Parteisekretär gehörte etwa der südjemenitischen Botschaft in Ost-Berlin an, vgl. BArch, DZ 8/246, Schreiben des DFLP-Sekretärs an das Solidaritätskomitee, 07. 02. 1983.

[166] Vgl. BStU, MfS, HA II, 28772, Einschätzung, 24. 08. 1982, Bl. 13.

[167] So ebd.

[168] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1667/03, Bericht des Solidaritätskomitees an das MfAA, 18. 11. 1980. Anderweitige Aktennotizen der 1980er Jahre zeigen, dass sich die Studenten der diversen palästinensischen Fraktionen auch in separaten Verbänden in der DDR organisierten. Zur Fatah u. der antikommunistischen Haltung ihres Verbandes vgl. BStU, MfS, HA II, 28772, Information, 08. 02. 1985, Bl. 27f. Die PFLP erhielt 1981/82 aus der DDR Waren im Gesamtwert von rd. 250 000 Mark, u. a. sechs bis sieben Ausbildungsplätze, Uniformstoffe, Zelte u. Medikamente, vgl. BArch, DZ 8/246, Beschluss, 12. 08. 1981.

[169] Axen sagte Hawatma im Juli 1980: „Die nichtzivile Lieferung erfolgt, wenn erforderlich, nur an die PLO", so BArch, DZ 8/246, Vermerk, 14. 07. 1980. 1983 bedankte sich die PFLP beim Solidaritätskomitee für die erhaltenen Waffen, vgl. BArch, DZ 8/245, Vermerk, 19. 05. 1983.

litik in Form materieller Hilfen für die DFLP und die PFLP vorgenommen[170]. Das ZK in Ost-Berlin folgte im Sommer 1980 dem Kurswechsel des Kreml.

Während die SED neue Beziehungen mit Teilen der PLO herstellte, verringerte Honecker die Unterstützung, die er *der* PLO – das heißt also faktisch *der* Fatah – gewährte. 1979 begann Ost-Berlin, den Eigenanteil Arafats bei den bisher kostenlos zur Verfügung gestellten Leistungen zu reduzieren. Insgesamt erhielt die PLO/Fatah zwischen 1978 und 1980 „solidarische" Unterstützung im Wert von rund sechs Millionen Mark – die Hälfte der laut geltendem SED-Abkommen vereinbarten Höhe[171]. Die Bundesrepublik zahlte der UNRWA im selben Zeitraum über 30 Millionen DM[172]. 1979 ließ Honecker Waren für rund 2,6 Millionen Mark an Arafat liefern; die SWAPO bezog hingegen Güter für 6,1 Millionen und der ANC sowie die ZAPU für jeweils fünf Millionen Mark[173]. 1978 und 1980 war das Verhältnis der entsprechenden Leistungen für die einzelnen Befreiungsorganisationen in etwa gleich, das heißt, Arafats PLO bekam nur die Hälfte der sonst gezahlten Summen[174].

Aussagekräftig war zudem die Höhe der DDR-Hilfe im „nichtzivilen" Bereich. Gemäß einer „Übersicht über durchgeführte Unterstützungsmaßnahmen für Länder im afro-arabischen Raum (Leistungen des MdI, Stand 1. 10. 1979)" erhielt die PLO/Fatah – als einziges von 13 „Ländern" – von insgesamt 114,3 Millionen Mark nichts, möglicherweise gerade weil Arafat in diesem Jahr die fachliche Nähe des Bundeskriminalamts suchte[175]. Die SWAPO unterstützte man ab 1980 hinge-

[170] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 485 f. Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 335, stellt – ohne dies auf die DDR zu übertragen – zutreffend fest, dass die Sowjetunion politische Beziehungen mit der DFLP u. der PFLP unterhielt, um Arafat zu „disziplinieren". Auch Bengtson-Krallert, DDR, bietet keine adäquate Darstellung.

[171] Vgl. BArch, DZ 8/215, Übersicht der Solidaritätsleistung für die PLO 1978/79, o. D.; SAPMO-BArch, DY 3023/990, Bericht, o. D., ca. Oktober 1980, Bl. 14 f. Zwischen 1967 u. 1980 wandte die DDR rd. 50 Mio. Mark an Solidaritätsleistungen für die PLO u. die palästinensischen Gruppen auf, vgl. BArch, DZ 8/177, Bericht, 28. 10. 1971; BArch, DZ 8/215, Übersicht der Solidaritätsleistung für die PLO 1978/79, o. D.; BArch, DZ 8/33, Übersicht, 18. 09. 1973; BArch, DZ 8/163, Übersicht, Juni 1971; BArch, DZ 8/177, Vorlage, 06. 11. 1969; SAPMO-BArch, DY 3023/990, Bericht, o. D., ca. Oktober 1980, Bl. 14 f.; BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984. Die Bundesrepublik zahlte im selben Zeitraum ca. 140 Mio. DM an die UNRWA, vgl. die OECD-Angaben, http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TABLE2A (24. 07. 2012); Defrates, UNRWA, S. 125.

[172] Vgl. die OECD-Angaben, http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TABLE2A (24. 07. 2012).

[173] Vgl. BArch, DZ 8/215, Übersicht der Solidaritätsleistung für die PLO 1978/79, o. D.; BArch, DZ 8/552, Einschätzung über Solidaritätsleistungen gegenüber SWAPO-Namibia, 23. 01. 1984; BArch, DZ 8/216, Urkunde über geleistete Solidarität zugunsten des ANC, Februar 1979; BArch, DZ 8/212, Urkunde über geleistete Solidarität zugunsten der ZAPU, Februar 1979.

[174] Vgl. BArch, DZ 8/552, Übersicht, 16. 12. 1988; BArch, DZ 8/552, Bericht, 11. 11. 1987; BArch, DZ 8/552, Einschätzung über Solidaritätsleistungen gegenüber SWAPO-Namibia, 23. 01. 1984; SAPMO-BArch, DY 3023/990, Bericht, o. D., ca. Oktober 1980, Bl. 14 f.; Schleicher, SWAPO, S. 122–126.

[175] Vgl. BStU, MfS, HA VII, 5012, Übersicht, 01. 10. 1979, Bl. 4. Relevante Lieferungen der NVA sind in diesem Zeitraum nicht bekannt. Hingegen ist belegt, dass der ANC u. die ZAPU im Sommer 1979 mind. 1000 Waffen u. 250 000 Schuss Munition erhielten, vgl.

gen mit Militärhilfe zwischen einer und drei Millionen Mark pro Jahr[176]. Die „Direktive für die Verhandlungen des Kulturabkommens und des Kulturarbeitsplans für die Jahre 1980 und 1981 mit der PLO" hielt darüber hinaus fest: „Bei der Patientenbehandlung ist davon auszugehen, dass die DDR auf ihre Kosten jährlich 50 Patienten aufnimmt. Dem gewünschten Zusatz, dass frühere Patienten zur Komplettierung einer bereits begonnenen Behandlung zusätzlich anreisen, kann nicht zugestimmt werden. Sie können nur im Rahmen dieser 50 Personen anreisen. Gleichfalls kann der Wunsch nach Mitreise von Familienangehörigen bei Kindern oder gelähmten Personen nicht gewährt werden bzw. nur dann, wenn das Exekutivkomitee der PLO die Reise- und Aufenthaltskosten übernimmt."[177]

Auch hinsichtlich der akademischen Ausbildung überarbeitete Ost-Berlin die bestehenden Bedingungen für Arafat, mit der Folge einer ab 1980 deutlich höheren Kostenbeteiligung der Palästinensischen Befreiungsorganisation – also der Fatah. Der Botschafter der DDR im Libanon erklärte dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, er könne diese neue Planung „im Prinzip" bestätigen, wolle aber auf einen Aspekt hinweisen: „Eine Hauptfrage wird seitens der PLO jedoch zuerst aufgeworfen werden, die Frage der Finanzierung. Der Entwurf bedeutet für die PLO eine deutliche Verschlechterung der Bedingungen für die Zusammenarbeit mit der DDR. […] Bisher wurden für die PLO seitens des Solidaritätskomitees der DDR fast alle Kosten, einschließlich Reisekosten übernommen."[178] Auch die von Arafat erbetene Aufstockung des Studentenkontingentes wurde Anfang 1980 abgelehnt. Der Palästinensischen Befreiungsorganisation standen 30 von 833 Plätzen für Neuzulassungen im Ausländerstudium zu – eine Zahl, die bis 1989 mit Ausnahme eines Jahres konstant blieb und der ausschließlichen Vergabe an die Fatah unterlag[179]. Allein die Kommunistische Partei Israels delegierte hingegen in den 1980er Jahren insgesamt 452 Studenten in die DDR[180]. Arafat konnte bis 1990 aber nur 310 Personen ausbilden lassen[181].

BArch, DVW 1/115548, Schreiben des MfNV an die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 02. 05. 1979, Bl. 124.

176 Vgl. Schleicher, SWAPO, S. 125.

177 So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 5938/90, Direktive, Mai 1979.

178 So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 5938/90, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfAA, 22. 10. 1979.

179 Vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, 4064, Schreiben des MfAA an das MfHF, 04. 07. 1989; BArch, DR 3/2. Schicht, 4064, Statistik über Neuzulassungen im Studienjahr 1990/91, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4018, Teil 1, Schreiben des MfHF an die Botschaft Tunis, 17. 02. 1988. Das Herder-Institut Leipzig bildete zwischen 1978/79 u. 1989/90 konstant jährlich nur ein bis zwei Palästinenser in Deutsch aus. Dies war ein mit dem ANC, der SWAPO o. ZAPU vergleichbares Niveau. Allein Moçambique bzw. die FRELIMO konnten zwischen 1961 u. 1990 180 Personen delegieren, vgl. UAL, Studentenkartei des Herder-Instituts.

180 Vgl. die Statistiken in: BArch, DR 3/2. Schicht, 4067, Teile 1 u. 2.

181 Vgl. die Statistiken in: BArch, DR 3/2. Schicht, 4016, Teile 1 u. 2; BArch, DR 3/2. Schicht, 4064, Statistiken über Studienplatzaufenthalte 1984/85, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4063, Statistiken über die Planungen der Studienplatzvergabe 1980/81, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4064, Statistik über Neuzulassungen im Studienjahr 1990/91, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4064, Schreiben des MfAA an das MfHF, 04. 07. 1989; BArch, DR 3/2. Schicht, 4018, Teil 1, Schreiben des MfHF an die Botschaft Tunis,

Für die Jahre 1983 bis 1987 liegen Vergleichszahlen zum ANC sowie der SWAPO vor, aus denen hervorgeht, dass die 30 PLO-Stellen deutlich unterhalb der offiziellen Kontingente dieser anderen Befreiungsorganisationen lagen. Gemäß den Angaben des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen studierten zum Beispiel 1987 jeweils rund 60 SWAPO- und ANC-Mitglieder in der DDR[182].

Obwohl weiterhin nur eine palästinensische Studentenvertretung, die Generalunion palästinensischer Studierender in der DDR, zugelassen und anerkannt wurde, bewilligte Honecker ab 1980, neben dem Kontingent des Solidaritätskomitees für die PLO/Fatah, gezielt Studienplätze für die innerpalästinensische Opposition, nämlich die DFLP, die PFLP, die Saiqa und später die PKP[183]. Das Verhältnis zwischen den der PLO/Fatah und den der anderen genannten palästinensischen Gruppen angebotenen Stellen für die akademische oder berufliche Ausbildung war 1987 ausgeglichen. Würde man die Plätze der PLO/Fatah, der DFLP, der PFLP und der PKP addieren, wäre diese Summe in etwa so groß wie das Kontingent des ANC. Tatsächlich bildete die DDR aber indirekt mehr Palästinenser als Angehörige des ANC aus – achtete aber darauf, dass die Fatah benachteiligt wurde. Denn auch in den 1980er Jahren reisten zusätzliche Studenten der DFLP, der PFLP, der Saiqa oder der PKP als südjemenitische, jordanische, irakische, syrische, algerische oder libysche Bürger in die DDR ein[184].

3. Arafats Taktieren gegenüber Honecker

Zwischen 1978 und 1980 schwand nicht nur das Verständnis Erich Honeckers für die prowestliche Politik Arafats rapide, sondern die wachsende Entfremdung zwischen der PLO/Fatah und Ost-Berlin fand auch Ausdruck in der geringen Höhe der ostdeutschen materiellen Solidarität[185]. Dass viel weniger Unterstützungsleis-

17. 02. 1988; BArch, DR 3/2. Schicht, 4018, Teil 1, Schreiben des MfHF an die PLO-Botschaft Ost-Berlin, 06. 06. 1988; BArch, DR 3/2. Schicht, 4018, Teil 1, Note der PLO, 24. 05. 1988; BArch, DR 3/2. Schicht, 4018a, Teil 1, Schreiben des MfHF an die Botschaft Tunis, 13. 02. 1987; BArch, DR 3/2. Schicht, 4059a, Information zur Neuaufnahme ausländischer Studenten 1983/84, o. D.

[182] Vgl. die „Statistik über Hilfsleistungen für Studenten aus Entwicklungsländern an Universitäten, Hoch- und Fachschulen im Studienjahr", Jahre 1982 bis 1986 in: BArch, DR 3/2. Schicht, 4070a. Vgl. auch BArch, DZ 8/552, Bericht, 11. 11. 1987.

[183] Vgl. BStU, MfS, HA XX, 2597, Bericht, 04. 01. 1985, Bl. 1–3; BStU, MfS, HA XX, 2074, Bericht, 18. 11. 1983, Bl. 12f.; BStU, MfS, HA XX, 2074, Information, 17. 01. 1986, Bl. 291. Vgl. auch Polkehn, DDR, S. 38.

[184] Vgl. BStU, MfS, HA XX, 2597, Bericht, 04. 01. 1985, Bl. 1; BStU, MfS, HA XX, 2074, Information, 17. 01. 1986, Bl. 291; BArch, DR 3/2. Schicht, 4068, Teil 2, Statistik über Studenten an Universitäten u. Hochschulen, 08. 12. 1989; BArch, DR 3/2. Schicht, 4068, Teil 2, Statistik über Studenten aus arabischen Ländern 1988/89, o. D.

[185] Auch der Nationalrat der Nationalen Front, der mithalf, die Solidaritätsgelder der Bevölkerung zu sammeln, erwähnte die PLO in einer Übersicht der Empfänger solcher Hilfen für das Jahr 1980 nicht. Stattdessen wurden lediglich Vietnam, Afghanistan, Äthiopien, Angola, Moçambique, Südjemen, die SWAPO, der ANC u. die FRELIMO aufgeführt, vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 6066e, Argumentation, o. D., ca. Januar 1980. Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 3023/990, Bericht, o. D., ca. Oktober 1980, Bl. 14f.;

tungen aus der DDR bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation ankamen, konnte angesichts der parallelen Erfolge im Westen bei Arafat nur den Eindruck bekräftigen, dass die SED seine Politik im Westen ablehnte. Möglicherweise verzögerte sich deshalb auch der Abschluss des vierten Nachfolgeabkommens zwischen der SED und der PLO bis September 1980[186]. Ursprünglich war laut Politbürobeschluss die Unterzeichnung des neuen Vertrages für Anfang Mai 1980 geplant[187]. Weshalb dieser Termin nicht eingehalten wurde, ist unbekannt. Während dieser Monate bereitete die Europäische Gemeinschaft die Deklaration von Venedig vor und die SED plante die neuen, separaten Beziehungen mit der Demokratischen Front sowie der Volksfront zur Befreiung Palästinas. Insofern könnte ein Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen und dem Aufschieben des neuen Parteiabkommens mit Arafat bestehen. Bemerkenswert war ferner, dass in der letztlich geschlossenen Vereinbarung zum ersten Mal die Höhe an materieller Solidarität zugunsten Arafats PLO nicht beziffert wurde[188]. Entsprechende Passagen zur „nichtzivilen" Hilfe, die bereits 1978 entfallen waren, blieben weiterhin außen vor. Im neuen Vertrag fanden sich auch keine Angaben mehr über die Anzahl der in der DDR betreuten palästinensischen Kinder[189]. Erich Honecker sah zudem davon ab, politisch substanzielle Veränderungen durchzusetzen, beispielsweise indem nun ausschließlich das Exekutivkomitee der PLO vertragschließende Partei geworden wäre[190].

Erstmals seit 1973 reiste auch nicht Arafat selbst an, um dieses neue Abkommen zu unterzeichnen, sondern Faruq al Qaddumi kam nach Ost-Berlin[191]. Der Vielzahl von Aspekten, die darauf hinwiesen, wie belastet das Verhältnis zwischen Honecker und Arafat war, stand jedoch die demonstrativ-vorbehaltlose Hilfe für *die* PLO entgegen, die man Qaddumi entgegenbringen wollte. Bereits in der Einladung des Politbüros vom Mai 1980 hieß es, dass der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR die offiziellen Gespräche führen und Qaddumi „wie ein Außenminister behandelt" werden sollte[192]. Aber auch diese protokollarische Festlegung konnte weder darüber hinwegtäuschen, dass sich die Inhalte des neu vereinbarten Abkommens für Arafat nach 1978 zum zweiten Mal in Folge verschlechtert hatten noch wurde Qaddumi öffentlich in der DDR als „Außenminister" präsentiert – obwohl das MfAA die Vertretung der PLO bereits 1978 akkredi-

SAPMO-BArch, DY 3023/990, Bericht, o. D., ca. Dezember 1980, Bl. 20 f.; SAPMO-BArch, DY 3023/994, Bericht, o. D., ca. November 1981, Bl. 122 f.

186 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/20/309, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, 08. 09. 1980, Bl. 15–17.

187 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1834, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 22. 04. 1980, Bl. 14.

188 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/20/309, Vereinbarung zwischen der SED u. der PLO, 08. 09. 1980, Bl. 15–17.

189 Vgl. ebd.

190 Vgl. ebd.

191 Vgl. ADN: Palästinensischer Politiker zu Besuch in unserer Republik, in: ND, 08. 09. 1980, S. 1; ADN: Fest an der Seite des Volkes von Palästina, in: ND, 09. 09. 1980, S. 7.

192 So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1834, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 22. 04. 1980, Bl. 14.

tiert hatte[193]. Ab 1980 entschloss sich Erich Honecker, mehr als bisher in die fortschrittliche Entwicklung der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu investieren und die DFLP, PFLP, Saiqa und PKP aufzuwerten, auch wenn dies Konflikte mit der Fatah heraufbeschwor.

Gesten und Pragmatismus Arafats

Jassir Arafat bemühte sich 1980, die Beziehungen mit Ost-Berlin zu entspannen. So zeigte sich etwa die PLO-/Fatah-Sicherheit im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem MfS, die der im Sommer 1979 abgeschlossenen Rahmenvereinbarung folgte, engagiert. Trotz der Tatsache, dass das PLO-Archiv vorläufig nicht öffnete und zudem zwischen Arafat und Mielke kein Konsens über die Personalie der palästinensischen „Verbindungsperson" gefunden werden konnte, wollte die Fatah dem MfS beweisen, dass sie fest an der Seite der DDR stand[194]. Schon im Februar 1980 informierte Said al Mazin alias Abu Hisham die MfS-Abteilung XXII „über Absichten der PLO, Anschläge gegen Personen und Einrichtungen der BRD, Personen und Einrichtungen Israels in der BRD und Palästinenser in der BRD, die als Verräter entlarvt wurden, durchzuführen. Als Begründung wurde angeführt, dass die BRD als ein feindliches Land angesehen wird und die feindliche Tätigkeit Israels in der BRD gegen die PLO solche terroristischen Angriffe rechtfertigt. Die PLO möchte jedoch keine Aktivitäten durchführen, die nicht auch im Interesse der DDR liegen. Daher warf Abu Hisham nachfolgende Fragen auf: Ist die DDR an vorgenannten Aktionen in der BRD gegenwärtig interessiert? Können der PLO Informationen über Personen und Objekte in der BRD

[193] Faruq al Qaddumi wurde offiziell als „Repräsentant der PLO" bzw. „Leiter der politischen Abteilung des Exekutivkomitees der PLO" u. nicht als der Außenminister der PLO empfangen. Aus diesem Grund wurde auch das Nachfolgeabkommen mit der PLO nicht durch die Regierung der DDR, sondern weiterhin durch die SED geschlossen. Zwar hatte Außenminister Fischer Qaddumi eingeladen, im Gegensatz zu Axen u. Honecker traf Fischer jedoch keinerlei Absprachen o. Festlegungen mit der palästinensischen Seite. Wie aus einem Entwurf des Besuchsprogrammes hervorgeht, das als offizielle Grundlage der Pressearbeit für den Empfang der PLO-Delegation in der DDR diente, sollte der bevorstehende Termin erst am Vorabend des Eintreffens Qaddumis bekannt gegeben werden. Zudem unterstrich man: „Dies ist der erste offizielle Besuch Genossen Kaddoumis als Leiter der politischen Abteilung der PLO auf Einladung Außenminister Fischers in der DDR. Es wird vorrausichtlich kein Kommunique, sondern nur eine Abschlussmeldung geben." Die Diskrepanz zwischen dem Stellenwert des Anlasses u. der Tatsache, dass kein gemeinsames Kommuniqué, sondern lediglich eine Abschlussmeldung veröffentlicht werden sollte, zeigt, dass Ost-Berlin weder diplomatisch-regierungsamtliche Festlegungen zugunsten der PLO noch eine politische Unterstützung der Politik der Fatah, als der Führungspartei der PLO, zum Ausdruck bringen wollte, vgl. Farouk al-Kaddoumi im ZK der SED empfangen, in: ND, 09. 09. 1980, S. 1; BArch, DR 6/700, Vorläufiges Besuchsprogramm, 04. 09. 1980.

[194] Hauptstreitpunkt in Bezug auf die Stellenbesetzung der „Verbindungsperson" war die Forderung der PLO, hierfür einen Palästinenser auszuwählen, der 1973 als einer der aus der Bundesrepublik im Herbst 1972 ausgewiesenen Studenten in die DDR gekommen war u. nach Erkenntnissen des MfS als Tatverdächtiger eines Fünffachmordes in Köln im Jahr 1972 galt, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 17508, Auskunftsbericht, 14. 11. 1979, Bl. 87 f.; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vorlage, 05. 12. 1979, Bl. 131.

zur Durchführung von Aktionen übergeben werden? Gestattet die DDR die Durchschleusung von Waffen in die BRD und West-Berlin?“[195] Die Antwort des MfS lautete, man mische sich nicht „in die inneren Angelegenheiten der PLO ein. Das betrifft auch Entscheidungen über bestimmte Aktionen. Informationen über bestimmte Personen wurden der ‚Vereinigten PLO-Sicherheit‘ übergeben. Weitergehende Hinweise sind nicht vorhanden. […] Auf Wunsch Abu Hishams wurde vereinbart, dieses Problem nochmals zu diskutieren und über den üblichen Weg eine Antwort zu übermitteln.“[196] Die HV A übergab Mazin später die nachgefragte Ausrüstung: Sprengstoff und sogenannte Schiffssprengpatronen[197].

Im Oktober 1980 kam es schließlich zu einer ersten nachweisbaren „operativen Zusammenarbeit“ zwischen der PLO-Sicherheit und dem MfS, die auf die Rahmenvereinbarung von 1979 zurückging: Die Fatah nahm in Beirut zwei Bundesbürger gefangen und sperrte sie mehrere Tage ein[198]. Mit Beginn der zweiten Woche erfolgten, wie die Männer später gegenüber dem Auswärtigen Amt angaben, „Verhöre“ nur noch mit verbundenen Augen und wurden von „sächselnden Deutschen“ durchgeführt, wobei die festgehaltenen Männer, so der Bericht des Auswärtigen Amts, „aufgrund ihrer Erfahrungen in DDR-Gefängnissen mit Sicherheit feststellen konnten, dass es sich bei den Verhörenden um Angehörige des DDR-Staatssicherheitsdienstes gehandelt habe“[199]. Einer der beiden Deutschen konkretisierte dies noch. Er sei sicher, dass es sich um denselben MfS-Mitarbeiter gehandelt habe, der ihn acht Jahre zuvor in Cottbus nach seiner versuchten „Republikflucht“ und vor dem Freikauf durch die Bundesrepublik „verhört“ habe[200]. Beide Männer kamen nach „energischem Protest“ des Auswärtigen Amts gegenüber der Fatah frei[201]. Die Involvierung des MfS war die Replik Arafats auf das Zulassen von Mitarbeitern israelischer Sicherheitsdienste an Vernehmungen palästinensischer Häftlinge in der Bundesrepublik und zugleich der Versuch einer Loyalitätsbekundung an die Adresse Mielkes[202]. Die Bonner Diplomaten in Bei-

[195] So BStU, MfS, HA XXII, 17508, Bericht, 04. 02. 1980, Bl. 40.
[196] So ebd., Bl. 41.
[197] Vgl. BStU, MfS, BCD, 2802, Beleg, 11. 04. 1980, Bl. 67. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 18613, Information, 30. 05. 1980, Bl. 462; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vermerk, o. D., ca. August 1979, Bl. 181.
[198] Vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 489, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 17. 10. 1980, Bl. 7023 f.; PA-AA, Bestand B 150, Bd. 489, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 21. 10. 1980, Bl. 7079–7081.
[199] So PA-AA, Bestand B 150, Bd. 489, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 17. 10. 1980, Bl. 7023 f.
[200] So ebd.
[201] So PA-AA, Bestand B 150, Bd. 489, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 21. 10. 1980, Bl. 7079–7081.
[202] Vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 429, Schreiben, 23. 10. 1979, Bl. 8112–8117. Gemäß der im Juni 1979 geschlossenen Vereinbarung zwischen der PLO-Sicherheit u. dem MfS waren gemeinsame „operative Maßnahmen“ bei „entsprechender politischer Notwendigkeit“ Teil der Kooperation. Das MfS schulte die PLO zudem im Zuge dieser Vereinbarung in „Vernehmung: Mittel und Methoden“, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 185; BStU, MfS, HA XXII, 5487, PLO-Programmvorschläge für einen Operativlehrgang, o. D., Bl. 176. Vgl. auch Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 139.

rut empfahlen in ihrem Bericht an das Auswärtige Amt, gegenüber der Fatah mit Bedacht auf diesen Vorfall zu reagieren, denn es sei nicht im bundesdeutschen Interesse, „Konsequenzen zu ziehen, da die DDR möglicherweise sogar provozieren wollte oder aber [Konsequenzen] dankbar quittieren würde“[203].

Dass die Staatssicherheit eine Ergebenheitsadresse Arafats erwartete, signalisierte man Salah Khalaf Ende Juli 1980 während seines vierzehntägigen „Urlaubsaufenthaltes“ in der DDR. Khalaf sah sich sehr kritischen Fragen ausgesetzt. Die Abteilung XXII wollte zum Thema „Kontakte von BRD-Behörden (BMI, BKA, u. a.) [mit der] Fatah“ etwa wissen: „Wurden seitens der Fatah Verbindlichkeiten eingegangen? Welche neuen Kontakte und Verhandlungen sind beabsichtigt? Wie wird seitens der PLO bzw. ‚Fatah‘ der Charakter und Zielstellung von westlichen Publikationen eingeschätzt, die trotz palästinensischer Dementierung wiederholt von einer engen Kooperation zwischen BKA und PLO, z. B. in koordinierten Fahndungsmaßnahmen berichteten? Ergeben sich daraus sowohl für die Sicherheitsinteressen der PLO als auch der DDR Konsequenzen? […] Hinweisen zufolge liegen dem BKA […] in letzter Zeit zunehmend Vorabinformationen über angebliche in Westeuropa geplante Aktionen von Gruppen der palästinensischen Befreiungsbewegung bzw. arabischen Ländern sowie entsprechende detaillierte Angaben zur Reisebewegung von Angehörigen angeblicher Kommandounternehmen vor.“[204]

Unabhängig von der im Herbst 1980 gezeigten geheimdienstlichen Loyalität gegenüber dem MfS legte auch Arafat am 29. Dezember 1980 im persönlichen Gespräch mit Honecker seine Gedanken dar[205]. Protokolle oder anderweitige Aufzeichnungen über dieses Treffen konnten bisher nicht gefunden werden. Nicht zuletzt weil Mitschriften fehlen und das Politbüro rückwirkend Honeckers Termin mit Arafat zustimmte, wird deutlich, dass Arafat Ende Dezember 1980 dringend mit Honecker sprechen wollte und sein Aufenthalt in Hast und Eile, ohne lange Vorankündigung und politische Gesprächskonzeption zustande kam. Offiziell suchte er Ost-Berlin aus medizinischen Gründen auf[206]. Arafat gab also einen Anlass vor, der es sehr unwahrscheinlich machte, dass Honecker ihn abwies. Obwohl der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO noch im September 1980 darauf verzichtet hatte, die neue Vereinbarung mit der SED persönlich in der DDR zu unterzeichnen und die Reibungen und Spannungen im ostdeutsch-palästinensischen Verhältnis seit Sommer 1980 zugenommen hatten, wollte Arafat angesichts der politischen Entwicklung im Nahen Osten die Verstimmungen mit der DDR nicht weiter anwachsen lassen.

[203] So PA-AA, Bestand B 150, Bd. 489, Bericht der Botschaft Beirut an das AA, 21. 10. 1980, Bl. 7079–7081.

[204] So BStU, MfS, HA XXII, 5487, Anhalte für die Gesprächskonzeption, o. D., Bl. 119. Zum Aufenthalt Khalafs vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 17. 06. 1980, Bl. 92 f.

[205] Vgl. ADN: Palästinafrage ist das Kernstück zur Lösung der Lage im Nahen Osten, in: ND, 30. 12. 1980, S. 1.

[206] Vgl. BStU, MfS, HA PS, 5091, Ärztlicher Bericht, 29. 12. 1980, Bl. 119 f.; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1874, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 13. 01. 1981, Bl. 26.

Nach Ausbruch des Iran-Irak-Krieges im September 1980 befand sich die PLO in einer schwierigen Position. Arafat stand zwischen dem schiitisch-alawitischen, arabischen Syrien, das dem schiitisch-persischen Iran half und gleichzeitig nach wie vor den Libanon – die wichtigste operative Basis der Palästinenser in der Region – kontrollierte, und dem sunnitischen Saudi-Arabien, das die PLO/Fatah finanzierte und den sunnitisch-muslimischen Irak gegen das Regime Ajatollah Khomeinis unterstützte[207]. Die PLO-Führung entschied sich zunächst, nicht gegen Assad zu opponieren, da man auf die Einflussnahme Syriens im Libanon angewiesen war. Der diesbezüglich wichtige Beschluss fiel Ende November 1980, als Arafat ankündigte, die Konferenz von Amman, die von sunnitisch-arabischer Seite organisiert wurde, um dem Irak demonstrativ Beistand zu gewähren, nicht zu besuchen[208]. Arafat wollte ursprünglich an diesem Gipfel teilnehmen. Er unterlies dies aber, nachdem der syrische Präsident erklärt hatte, er erwarte von der PLO einen Boykott des Treffens – so stellte es jedenfalls Jassir Arafat Gerhard Grüneberg dar, der sich Ende November 1980 in politischer Mission in Damaskus aufhielt[209].

Aussagekräftig im Hinblick auf Honeckers politische Präferenz waren die von der SED festgelegten Inhalte der Reise Grünebergs. Dieser überbrachte nicht Arafat eine persönliche Botschaft Honeckers, sondern Assad. Grüneberg ließ den Vorsitzenden des palästinensischen Exekutivkomitees lediglich wissen, dass die PLO nach Meinung des ostdeutschen ZK „einer schweren Zeit" entgegengehe, weil Arafat in die innerarabischen Konflikte verwickelt wurde und ganz besonders weil die syrisch-palästinensische Konfrontation erneut virulent werden könne[210]. Grüneberg gab Arafat zu verstehen, dass die PLO angesichts dieser Lage keine andere Wahl habe, als sich mit Syrien zu verbünden. Die Beziehungen zwischen Ost-Berlin und Damaskus hatten sich im Vergleich zum Verhältnis zwischen Arafat und Honecker seit 1978 viel besser entwickelt[211]. Deshalb sprach auch Grüneberg im Auftrag des ZK der SED zuerst mit dem Staatspräsidenten Syriens, dann mit den Kommunistischen Parteien, anschließend mit politisch links stehenden Oppositionsgruppen, danach mit der Regierungspartei Syriens – ebenfalls ein deutliches Zeichen an Assad, dass die DDR die politisch-ideologische Zusammenarbeit für verbesserungswürdig hielt – und erst zuletzt mit Jassir Arafat[212].

Syrien spaltete im Zuge des Iran-Irak-Krieges die Liga der arabischen Staaten, indem Assad mit Libyen eine Front gegen die sunnitischen Staaten und die ägyptisch-jordanisch geführte proirakische Allianz aufbaute[213]. Freedman stellt heraus, dass der Abschluss des ersten syrisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages im Oktober 1980 Assads Position stärkte und insofern auch eine Stellungnahme

[207] Vgl. Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 71–74, 87–103; Sayigh, Struggle, S. 502 f.
[208] Vgl. ebd.; Habib, Hussein, S. 69–71, 83–85; Goodarzi, Syria and Iran, S. 38–42.
[209] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/90, Vermerk, 24. 11. 1980.
[210] So ebd.
[211] Vgl. ebd. Der DDR-Export belief sich zwischen 1978 u. 1980 auf einen Wert von rd. 800 Mio. VM, vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/997, Vorlage, 17. 12. 1982, Bl. 91 f.
[212] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023/90, Vermerk, 24. 11. 1980.
[213] Vgl. Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 87–105; Goodarzi, Syria and Iran, S. 11 f., 18–29, 38–45; Dawn, Foreign Policy of Syria, S. 173; Habib, Hussein, S. 65, 69–75, 84 f., 110.

Moskaus dem Irak gegenüber war[214]. Dieses Abkommen bedeutete, dass Syrien sich auf die Sowjetunion festlegte, nachdem Assad von den Vereinigten Staaten bei der Lösung des Nahostkonfliktes ausgeschlossen worden war[215]. Erst dieser Verlust der amerikanischen Option erlaubte es der Sowjetunion – vor dem Hintergrund der Intervention in Afghanistan im Dezember 1979 und deren außen- und nahostpolitischen Folgewirkungen –, die Einflusssphäre im Nahen Osten vertraglich zu konsolidieren. Ein Verrat Syriens, wie 1972 durch Ägypten begangen, stand jetzt nicht zu befürchten. Assad war auf Moskau angewiesen, auch wenn er sich ein hohes Maß an Autonomie seines Handelns bewahrte[216]. Damaskus wurde mit dem Abkommen zum vertraglich gebundenen, strategischen Partner der sowjetischen Nahostpolitik. Dieser Tatsache trug auch Honecker Rechnung, denn das Ziel der Mission Grünebergs war es, Assad die bedingungslose Solidarität der DDR zu versichern und Arafat auf einen prosyrischen Kurs zu bringen.

Für Jassir Arafat hieß dies, dass er so viel politische Unterstützung wie möglich durch die sozialistischen Staaten generieren musste. Um eine ähnliche Situation wie 1976 im Libanon auszuschließen, galt es, sich erfolgreicher innerhalb der Bündnisbeziehungen zwischen der Sowjetunion, DDR und Syrien zu profilieren. Wenn Assad wusste, dass Moskau und Ost-Berlin Arafat nicht eindeutig unterstützten, konnte er ohne politische Gefahr seine Vorstellungen innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation durchsetzen. Das Streben Arafats, angesichts der veränderten Kräftekonstellation Spielraum zu gewinnen und sich vor allem Rückendeckung gegenüber Assad zu sichern, war daher auch der Hauptgrund für das Treffen im Dezember 1980 mit Erich Honecker: Arafat suchte den Kontakt mit ihm, da die Grüneberg-Mission wenige Wochen zuvor erneut deutlich gemacht hatte, dass die Beziehungen zwischen Damaskus und Ost-Berlin hervorragend waren – während das neue SED-Abkommen deutliche Nachteile für die PLO/Fatah mit sich brachte. Arafat sah, dass sich die Konstanten der bisherigen Zusammenarbeit zu seinem Nachteil verschoben hatten. Er versuchte daher, Honecker zu versichern, dass die PLO/Fatah auf der Seite der DDR stehe und die SED nicht in vollem Umfang von den im Juli initiierten separaten Kontakten zur DFLP und zur PFLP Gebrauch machen musste. Tatsächlich entschloss sich Honecker, die Abstimmung zwischen dem Solidaritätskomitee beziehungsweise dem ZK der SED und den jeweiligen Parteisekretären der DFLP und PFLP in der DDR erst nach dem Sommer 1982 zielgerichtet zu beginnen.

Im Nachgang der Gespräche mit Grüneberg und Honecker versuchte Arafat, das Verhältnis zwischen der PLO und Syrien zu festigen. Erstmals fand im April 1981 eine Versammlung des Palästinensischen Nationalrates in Damaskus statt[217].

[214] Vgl. Freedman, Soviet Union, S. 164. Zu den sowjetisch-irakischen Beziehungen in den 1980er Jahren vgl. Shemesh, Soviet-Iraqi Relations, S. 181–234.

[215] Vgl. Hinnebusch, Revisionist Dreams, S. 387, 402; Rabil, Terror, S. 65–69.

[216] Vgl. Freedman, Moscow, S. 71–80, 92f.; Hinnebusch, Revisionist Dreams, S. 387. Zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan vgl. Westad, Global Cold War, S. 299–330; Lesch, 1979, S. 45–56, 94–103.

[217] Zur 15. palästinensischen Nationalversammlung vgl. Political Statement, 21. 04. 1981, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 350–356; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 65; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 108f.

Assad und Arafat versicherten sich ihrer gegenseitigen, uneingeschränkten Unterstützung[218]. Syrien hatte die PLO in den vorangegangenen Kämpfen im Libanon gegen christliche Verbände und die israelische Armee teilweise unterstützt, war aber, als Israel die palästinensischen Stellungen angriff, passiv geblieben. Zwar hatte Assad ein Interesse, diese Konflikte weiter zu verschärfen, er scheute aber die direkte militärische Konfrontation mit Israel und wollte vielmehr die durch die Vergeltungsmaßnahmen hervorgerufenen innerpalästinensischen Verwerfungen nutzen, um der Saiqa mehr Einfluss gegenüber der Fatah zu verschaffen und die Stellung Arafats innerhalb der PLO zu schwächen[219].

Israel hatte im Zuge der Auseinandersetzungen im Südlibanon erstmals seit 1973 syrische Helikopter abgeschossen, woraufhin Assad eine stillschweigende Vereinbarung mit dem jüdischen Staat aufkündigte und Flugabwehrraketen in den Libanon verlegte[220]. Ministerpräsident Begin bestand nach wie vor darauf, das libanesische Territorium mit Flugzeugen aufzuklären und Luftangriffe auf palästinensische Stellungen zu fliegen, um vorangegangene Überfälle auf israelisches Staatsgebiet zu vergelten[221]. Diese israelischen Interventionen wiederum waren die Ursache, weshalb die christlichen Verbände und die Schiiten im Süden gegen die Präsenz palästinensischer Gruppen auftraten[222]. Da sich die innenpolitische Lage im Libanon dramatisch verschlechterte, entsandte der seit Januar 1981 amtierende amerikanische Präsident Ronald Reagan US-Botschafter Phillip Habib in die Region, um eine Verhandlungslösung zu erreichen[223]. Nachdem die PLO im Juli mehr Angriffe verübt hatte und Israel umso stärker zurückschlug, erreichte Habib am 24. Juli 1981 eine Feuerpause im Südlibanon[224].

Das Auswärtige Amt fertigte drei Tage später einen Vermerk für Bundesaußenminister Genscher an, in dem es hieß: „Die PLO hat einen Punktsieg zu verzeichnen. Intern und nach außen hat sie durch passables Abschneiden gegen Israel, das indessen nicht alle Machtmittel einsetzte, ihre Legitimationsansprüche untermauert und beweisen können, dass sie als nahöstlicher Faktor nicht ignoriert werden kann. Sie ist einer Anerkennung als kriegführende Partei nahegekommen. Arafat erwartet folglich […], dass die USA ihre Haltung ihr gegenüber an diesem ‚Wendepunkt' revidieren. […] Arafat wird das Image erhöhter Respektabilität zu fördern trachten. Begin muss sich dementsprechend von Peres [Shimon Peres war zum damaligen Zeitpunkt Oppositionsführer in der Knesset] vorhalten lassen, der PLO durch seine Libanonpolitik zum Punktsieg verholfen zu haben. Rabin hatte zuvor erklärt, dass die Palästinenser als politischer Faktor nicht mehr durch Krieg zu eliminieren seien. […] Die USA erzielten einen Vermittlungserfolg, den

[218] Vgl. Political Statement, 21. 04. 1981, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 360.
[219] Vgl. Ma'oz/Yaniv, On a Short Leash, S. 202; Hinnebusch, Revisionist Dreams, S. 397 f.
[220] Vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 189; Inbar, Israel's National Security, S. 19; Sharon, Warrior, S. 428 f.
[221] Vgl. Boykin, Peacemaker, S. 45 f.
[222] Vgl. Nir, Berri, S. 30–33, 168–171; Gambill, Islamist Groups, S. 132; Boykin, Peacemaker, S. 45 f.
[223] Vgl. ebd., S. 45; Gowers/Walker, Myth, S. 189; Catignani, Counter-Insurgency, S. 70 f.
[224] Vgl. Boykin, Peacemaker, S. 45 f.; Sharon, Warrior, S. 430–436; Sayigh, Struggle, S. 503–507.

sie der diskreten Verhandlungsführung Habibs, den Exzessen Begins, flankierender Hilfe der VN und Saudi-Arabiens und wohl auch dem Streben Arafats nach Anerkennung gleichermaßen verdanken. […] [Es] hat sich erneut die ausschlaggebende Rolle der USA in Nahost erwiesen, während die Sowjets diesmal völlig aus dem Spiel blieben."[225]

Reagans Engagement und der Erfolg Habibs waren tatsächlich überraschend. Gerade der neue republikanische Präsident, der als einer der ersten seiner Partei mit den Stimmen der in Amerika lebenden jüdischen Bürger in dieses Amt gewählt worden war, rang Israel im Sommer 1981 politische Zugeständnisse ab. Dies geschah zudem vor dem Hintergrund der seit April 1981 angespannten bilateralen Beziehungen zwischen Washington und Jerusalem infolge der Lieferung von AWACS-Aufklärungsflugzeugen an Saudi-Arabien durch die USA[226]. Unerwartet kam deshalb aber nicht nur Habibs Erfolg in Israel, sondern bereits seine vom Präsidenten eingesetzte Mission als solche, denn sie schloss auch indirekt geführte Gespräche mit der PLO ein. Dies kam einer Revision zuvor von Reagan aufgestellter Grundsätze gleich[227]. Richtig bewertete das Auswärtige Amt zudem, dass die Sowjetunion in der Auseinandersetzung im Sommer 1981 keine Rolle spielte. Ausschließlich der amerikanische Einfluss war von Bedeutung, auch in Syrien[228].

Ost-Berlin reagierte auf diese Entwicklung und lud Mitte November 1981 fast zeitgleich eine syrische und eine palästinensische Militärdelegation in die DDR ein[229]. Nicht Khalil al Wazir, der „Verteidigungsminister" der PLO, erhielt jedoch von Erich Honecker als Anerkennung für die Standhaftigkeit im Libanon den „Kampforden in Gold", sondern der syrische Verteidigungsminister[230]. Die PLO-Delegation, die „insbesondere [an] Luna-M-Raketen, […] weitreichenden Waffen der Landstreitkräfte, Waffen zur Abwehr von Seezielen [und] Unterstützung [beim] Kauf von Raketen aus der Sowjetunion" interessiert war, bekam von ostdeutscher Seite zunächst nichts[231]. Auch später sagte die DDR die Bereitstellung einer „kostenlosen Solidaritätslieferung der NVA" erst für den September 1982 zu; die Übergabe sollte im Rahmen der Reise des Verteidigungsministers nach Syrien

[225] So AAPD, 1981, Dok. 219, Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrates I. Klasse Fiedler, 27. 07. 1981, S. 1174–1176.

[226] Vgl. Laham, Rubicon, S. 1–30; Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 222–226; Avi-Ran, Involvement, S. 120; Spiegel, Conflict, S. 407–411; Smith, Conflict, S. 357; Kurz, Fatah, S. 100f.

[227] Vgl. u. a. die noch 1979 von Jeane J. Kirkpatrick, der außenpolitischen Beraterin Reagans sowie ersten US-Botschafterin bei den VN, vorgebrachte Kritik an der Politik Carters: dies., Dictatorship, S. 23, 41. Vgl. auch Kurz, Fatah, S. 100.

[228] Vgl. ebd., S. 100f.; Boykin, Peacemaker, S. 45f.

[229] Vgl. ADN: Erich Honecker empfing Militärdelegation Syriens, in: ND, 11. 11. 1981, S. 1; ADN: Erich Honecker empfing Militärdelegation der PLO, in: ND, 18. 11. 1981, S. 1.

[230] Vgl. BArch, VA-01/42467, Abschlussbericht, 16. 11. 1981, Bl. 9; BArch, VA-01/42456, Abschlussbericht, 26. 11. 1981, Bl. 4–8.

[231] Vgl. ebd., Bl. 7. Wie Sayigh, Struggle, S. 510, ausführt, bereiste Wazir zwischen Oktober 1981 u. April 1982 14 arabische bzw. nichtarabische Länder, um Rüstungsgüter zu beschaffen, wobei Moskau die Lieferung von Waren im Wert von 50 Mio. US-Dollar zugesagt haben soll.

erfolgen[232]. Welche Waffen die DDR der PLO zu schenken beabsichtigte, ist unbekannt, da in den Akten die entsprechende Anlage fehlt[233]. Allerdings ist nicht davon auszugehen, dass Honecker Raketen des Typs Luna-M liefern ließ[234]. Das Ministerium für Nationale Verteidigung bot der PLO/Fatah wenige Monate später an, Waffen und Munition kaufen zu können[235]. Auch von diesem Angebot wurde ausweislich der gesichteten Quellen kein Gebrauch gemacht. Das SED-Regime unterstützte Syrien stärker und nicht nur symbolisch in Form eines Ordens – obwohl immer deutlicher wurde, dass Assad im Fall von israelischen Angriffen auf die PLO Arafat im Libanon nicht helfen würde. So betrug das Verhältnis zwischen syrischen Offizieren und Kämpfern Arafats, die Honecker ab 1982 in der DDR ausbilden ließ, etwa zehn zu eins[236].

Die Entscheidungen Ost-Berlins waren im November 1981 identisch mit denen des Kreml. Die Militärdelegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation hatte unmittelbar vor ihrem Aufenthalt in der DDR die Sowjetunion besucht. Die KPdSU gab der Abordnung der PLO während der Gespräche zu verstehen, dass von Arafat erwartet werde, die Achse Sowjetunion-Syrien zu stärken. Zudem ließ der Kreml erkennen, dass Moskau nicht zugunsten der PLO intervenieren werde, wenn aufgrund von Provokationen entlang der israelischen Grenze zum Libanon eine Gegenreaktion erfolgen sollte. Und in jedem Fall würden alle sowjetischen Waffen an die PLO nur über syrische Stellen ausgeliefert. Assad konnte sie also auch einbehalten[237]. 1980/81 summierte sich der sowjetische Rüstungsexport nach Syrien auf den höchsten Gesamtwert seit 1973 und belief sich auf mehrere Milliarden US-Dollar[238].

Anfang des Jahres 1981 konstatierte Günter Gaus, der Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin: „Aus Verlautbarungen der DDR in letzter Zeit und besonders aus einem Nahost-Informationsgespräch der Ständigen Vertretung im MfAA am 9. 12. 1980 lässt sich entnehmen, dass die DDR dem Knäuel der Konflikte und Koalitionen in Nahost zunehmend verunsichert gegenübersteht und entspre-

232 So BArch, VA-01/42456, Abschlussbericht, o. D., ca. April 1982, Bl. 13.
233 Vgl. ebd.
234 Da die DDR dem Irak 1982 keine Raketen dieses Typs zur Verfügung stellte, ist nicht davon auszugehen, dass Arafat derartige Waffensysteme erhielt, vgl. BStU, MfS, HA XVIII, 8664, Information, 22. 11. 1982, Bl. 3.
235 So BArch, VA-01/42456, Abschlussbericht, o. D., ca. April 1982, Bl. 13f.
236 Vgl. BArch, DVW 1/54345, Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. dem Exekutivkomitee der PLO über die Ausbildung von Militärkadern, 19. 04. 1982. Statistiken, wie jene bei Storkmann, Solidarität, ab S. 599, die undifferenziert von „PLO“ sprechen, müssen kritisch bewertet werden. „PLO“ meint die von der Fatah u. von Arafat geführte Organisation u. nicht die gesamte materielle u. finanzielle Unterstützung, ziviler wie militärischer Art, die das SED-Regime Palästinensern bereitstellte. Die ostdeutsche Unterstützung der innerpalästinensischen Anti-Fatah-Opposition ist nicht unter „PLO“ erfasst worden. Um die Größenordnung dieser DDR-Hilfe bilanzieren zu können, muss man – wie in dieser Untersuchung getan – die ostdeutsche Politik gegenüber sehr vielen in- u. außerhalb der PLO stehenden Akteuren beachten, insb. die prosyrischen Leistungen.
237 Vgl. Dannreuther, Soviet Union, S. 116.
238 Vgl. IISS, Military Balance 1980–1981, S. 104; SIPRI, TIV of Arms Exports to Syria, www.sipri.org/databases/armstransfers/background (16. 06. 2012).

chend vorsichtig taktiert. […] Die PLO ist für die Nahostpolitik der DDR wohl nach wie vor der solideste Stützpunkt. […] Insgesamt scheinen die Kontakte in jüngster Zeit etwas weniger intensiv zu sein; man hat den Eindruck solider eingefahrener Beziehungen ohne besonders motivierende Höhepunkte. Auch in der hiesigen täglichen Praxis ‚tätiger Solidarität' gehören die Freundschaftsgesten zur PLO […] zur vertrauten, deswegen aber nicht unbedingt geliebten Übung."[239] Die abnehmende Intensität der ostdeutschen Beziehung mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die Gaus hier hervorhob, ging nicht auf einen „soliden", routinierten, veralltäglichten Umgang mit Jassir Arafat zurück, sondern hatte konkrete politische Ursachen: die Westorientierung der PLO/Fatah bei gleichzeitiger fehlender Information und ausbleibenden Konsultationen der DDR[240]. Bei Honecker verstärkte dies seine bereits Mitte der 1970er Jahre gezeigte prosyrische Tendenz. Das ostdeutsche Verhältnis zur Arafat-geführten PLO wurde ab 1978/79 immer mehr von den Interessen des SED-Regimes an Syrien dominiert. Damaskus war der tatsächlich „solideste Stützpunkt" dieser Nahostpolitik. Das Verhältnis zwischen der DDR und Jassir Arafat verschlechterte sich bis Anfang des Jahres 1982 weiter. Die PLO erhielt 1981 lediglich zwei Millionen Mark an Solidaritätsmitteln, der ANC demgegenüber mehr als drei Millionen und die SWAPO fünf Millionen[241].

[239] So PA-AA, Zwischenarchiv, 132.442, Bericht der Ständigen Vertretung Ost-Berlin an das AA, 02. 01. 1981.

[240] Vgl. auch die von Dannreuther, Soviet Union, S. 114, mit Blick auf die sowjetische PLO-Politik getroffene Feststellung, der Kreml sei ab 1981 zunehmend davon überzeugt gewesen, dass die Loyalität Arafats verlorengegangen sei.

[241] Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/994, Statistik über den Einsatz der Mittel 1981, o. D., ca. November 1981, Bl. 122.

II. Der Bruch mit Arafat 1982/83: Die DDR und Syrien im Kampf gegen die „jordanische Option"

Als Jassir Arafat am 9. März 1982 in der DDR eintraf, um mit Erich Honecker über die ostdeutsch-palästinensischen Beziehungen zu sprechen, lag sein letzter offizieller Besuch fast auf den Tag genau vier Jahre zurück[242]. In diesen 48 Monaten hatte sich das politische Verhältnis zwischen Westeuropa und der PLO grundsätzlich verändert, und mit dem Abkommen von Camp David waren die Bedingungen eines Regelungsmechanismus des Nahostkonfliktes revidiert worden. Die Initiativen der Sozialistischen Internationale, der Europäischen Gemeinschaft und einzelner westeuropäischer Staaten – auch der von Präsident Reagan 1981 im Libanon vermittelte Waffenstillstand – trugen dazu bei, dass die Palästinensische Befreiungsorganisation als ein politisch relevanter Akteur wahrgenommen wurde[243].

1. Die Vereinbarungen mit der PLO im März 1982

Anders als 1978 entschied Honecker im März 1982, dass die Vertretung der PLO in Ost-Berlin den Status einer Botschaft erhielt[244]. Das bedeutete aber nicht, dass die DDR einen Staat Palästina anerkannte oder – dem im August 1979 vereinbarten türkischen Beispiel folgend – der Botschafter der DDR in Beirut zugleich als Vertreter des SED-Staates bei der PLO akkreditiert worden wäre[245]. Möglicherweise war das symbolische Zugeständnis der SED von der weiteren diplomatischen Aufwertung Arafats im Westen beeinflusst, denn nur wenige Monate zuvor hatte Griechenland die staatliche Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation beschlossen, nachdem Österreich als erstes westeuropäisches Land schon im März 1980 Beziehungen auf Regierungsebene zur PLO hergestellt hatte und sie als die rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannte[246]. Das Besondere im griechischen Fall war, dass das Land unter Ministerpräsident Andreas Papandreou als einziges Mitglied der EG keinen israelischen Bot-

[242] Der letzte offizielle Besuch einer PLO-Delegation unter Leitung Arafats in der DDR hatte Anfang März 1978 stattgefunden.

[243] Vgl. Kurz, Fatah, S. 100 f.; Goren, Soviet Union and Terrorism, S. 132.

[244] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1937, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 16. 02. 1982, Bl. 13 f. Vgl. auch Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 471; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 104.

[245] Die Anerkennung des Staates erfolgte erst 1988, nachdem die PLO die Unabhängigkeit „Palästinas" proklamiert hatte. Dies bedeutet aber zugleich, dass die DDR 1982 darauf verzichtet hatte, mit der Akkreditierung einer Botschaft der PLO eine territoriale Anerkennung auszusprechen, obwohl dies auch vor 1988 möglich gewesen wäre. Zum Abkommen zwischen der Türkei u. der PLO vgl. Benedek, Anerkennung, S. 850.

[246] Vgl. ebd., S. 841–857; Rathkolb, Paradoxe Republik, S. 282 f.; Krech, Nahostpolitik, S. 28; Riegler, Fadenkreuz, S. 76; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 106; Buettner, Even-Handedness, S. 149.

DOI 10.1515/9783110550108-010

schafter duldete und damit die Palästinensische Befreiungsorganisation und Israel in Athen zwar de jure auf ähnlichem Niveau vertreten waren, de facto allerdings die Palästinenser einen höheren Rang einnahmen[247]. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten hielt in einer Information für die Partei- und Staatsführung der DDR selbst fest: „Die Anerkennung der PLO durch Griechenland ist die direkte Fortsetzung der griechischen Nahostpolitik, die in ihren Grundpositionen der der sozialistischen Staatengemeinschaft nahekommt."[248] Indem Honecker im März 1982 der Vertretung der PLO in Ost-Berlin den Rang einer Botschaft zusprach, wollte er möglicherweise die sozialistische Politik als keineswegs weniger engagiert darstellen, damit die propagandistisch behaupteten prinzipiell verschiedenen „Grundpositionen" im Nahostkonflikt zwischen Ost und West nicht verlorengingen[249].

Bemerkenswert war jedoch zugleich ein wichtiges Detail, das nicht zuletzt den Diplomaten des MfAA in Beirut aufgefallen war. Wenige Wochen nach Arafats Empfang in Ost-Berlin und der seinerzeit vollzogenen Statuserhöhung des PLO-Büros wandten sie sich an das Ministerium und baten um „endgültige Klarstellung" in einer prinzipiellen Angelegenheit. So wollte die DDR-Botschaft im Libanon wissen, wie es zu deuten sei, dass Honecker die Palästinensische Befreiungsorganisation in jüngster Zeit mehrfach demonstrativ nur noch als „legitime Vertreterin" des palästinensischen Volkes bezeichne – ohne das Wort „einzig" zu gebrauchen[250]. Tatsächlich war mit der diplomatischen Aufwertung der PLO-Vertretung im März 1982 eine politische Herabwürdigung Arafats einhergegangen. Auch wenn die Palästinensische Befreiungsorganisation unter Leitung der Fatah nun eine „Botschaft" in Ost-Berlin besaß, hatte Honecker sie in offiziellen Erklärungen nicht als die einzig legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes anerkannt. Zumindest Syrien besaß, wie bereits 1978 von der SED-Führung herausgestellt, ein Recht, für die Belange der Palästinenser Partei zu ergreifen[251].

Neben Regelungen rund um die neue Botschaft der PLO in Ost-Berlin verfügte Erich Honecker, dass ab März 1982 die DDR regierungsoffizielle Vereinbarungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation unterzeichnete. Folglich unterlagen die Beziehungen künftig keinen Abkommen mehr zwischen der SED und der PLO, sondern gewöhnlichen, bilateralen Verträgen. Dies bedeutete zwar einerseits einen Statusgewinn für die PLO, hieß andererseits aber zugleich, dass die Palästinensische Befreiungsorganisation ab diesem Zeitpunkt keinen Anspruch

[247] Vgl. Navon, From Kippur to Oslo, S. 25 f.; Buettner, Even-Handedness, S. 149; AFP: L'O.L.P. disposera a Athènes d'une représentation diplomatique analogue a celle d'Israël, in: Le Monde, 18. 12. 1981, S. 10; Greece Grants Diplomatic Status to P.L.O. Office, in: NYT, 17. 12. 1981, S. A6.

[248] So BArch, DN 11/6398, Information des MfAA, 23. 12. 1981.

[249] Die DDR folgte mit der Entscheidung einer Aufwertung der PLO-Vertretung zudem dem Beispiel Ungarns, das dem Büro der PLO im Februar 1982 diplomatischen Status verliehen hatte, vgl. Angaben des Ministeriums für Auswärtige Beziehungen u. Außenwirtschaft von Ungarn, 03. 09. 2014.

[250] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2116/87, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfAA, 04. 05. 1982.

[251] Vgl. Toast von Erich Honecker, in: ND, 02. 10. 1978, S. 3 f.; Toast von Erich Honecker, in: ND, 10. 03. 1982, S. 3.

mehr auf jährlich festgesetzte Solidaritätslieferungen hatte, ausgenommen die akademische Ausbildung. Auch die Subventionierung der PLO-Vertretung durch das ostdeutsche Dienstleistungsamt entfiel[252]. Noch im März 1982 unterzeichneten die Regierung der DDR und das Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation das „Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit“[253]. Das Exekutivkomitee wurde nun Geschäftspartner und Kunde Ost-Berlins, obwohl es nicht direkt in Erscheinung trat, sondern in Form von zu benennenden „natürlichen und juristischen Personen“, also privaten Firmenvertretern und Handelsniederlassungen[254]. Diese schlossen, stellvertretend für das Exekutivkomitee der PLO, Verträge mit ostdeutschen Betrieben „zu Weltmarktpreisen“ in „konvertierbaren Devisen“ ab[255].

1982 existierten im Internationalen Handelszentrum (IHZ) an der Friedrichstraße bereits seit Jahren zwei solcher Unternehmen: die Niederlassungen der Firmen 1 und 2[256]. Ihre Geschäfte waren illegaler wie legaler Art und beide Häuser arbeiteten auf Provisionsbasis. Ihr Gewinn ergab sich damit aus der Höhe der vereinbarten Beteiligung am umgesetzten Vertragswert abzüglich eigener Kosten[257]. Das Ministerium für Staatssicherheit hielt fest, dass die Firmen 1 und 2 in der Bundesrepublik oder West-Berlin gestohlene Fahrzeuge und Autoersatzteile exsowie importierten und darüber hinaus illegale Devisen-, Gold-, Edelmetall- oder Edelsteingeschäfte betrieben. Hinzu kam der legale Verkauf von Maschinen, Glas

252 Vgl. dazu die letzte nachweisbare Aufstellung über Sach- u. Bürokosten in: BStU, MfS, HA II, 365/1, Schreiben des MfAA an die PLO-Vertretung, 23. 01. 1980, Bl. 292.

253 Vgl. BArch, DL 2/17320, Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der Regierung der DDR u. dem Exekutivkomitee der PLO, 15. 03. 1982.

254 Vgl. ebd.

255 So ebd.

256 Firma 1 erhielt im März 1979 die Genehmigung, ein Vertretungsbüro im IHZ zu eröffnen. Der Inhaber der Firma war H. A., ein syrischer Geschäftsmann aus Aleppo. Das Ost-Berliner Büro von Firma 1 leitete zunächst A. al M. J.; er beschäftigte vier weitere Mitarbeiter. Anfang September 1979 gründete J. Firma 2. Das Unternehmen 2 gehörte als Tochtergesellschaft zu einer Gesellschaft mit Stammsitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Das neue IHZ-Büro des Hauses 2 unter Leitung von J. wurde Mitte Januar 1980 akkreditiert u. beschäftigte zunächst zwei, ab Dezember 1980 sieben Mitarbeiter. Nach Ausscheiden des J. aus Unternehmen 1 leitete T. S. die Niederlassung von Firma 1 im IHZ, vgl. BArch, DL 2/6478, Information, 01. 11. 1978; BArch, DL 2/6478, Schreiben, 09. 10. 1978; BArch, DL 2/6478, Genehmigung, 06. 03. 1979; BArch, DL 2/6478, Schreiben, 06. 03. 1979; BStU, MfS, HA XXII, 17121, Auskunftsbericht, 23. 11. 1979, Bl. 27; BArch, DL 2/6479, Genehmigung, 16. 01. 1980; BArch, DL 2/6479, Ergänzung zur Genehmigung, 10. 12. 1980.

257 Die Provisionsrate lag zwischen 2 u. 15 Prozent. Ob dieser Wert umso niedriger lag, je höher der Vertragswert war, o. ob die DDR Sonderregelungen bezüglich der Provision, abhängig von der vermittelten Sache, gewährte, ist nicht bekannt. Es ist daher im Grunde nicht möglich, aus einer dreiprozentigen Provision zu schlussfolgern, der Wert des Vertrages sei dementsprechend niedriger als bei einer zehnprozentigen Rate gewesen. Im Bereich des illegalen Waffenhandels galt zudem die Bestimmung, dass Provisionen mündlich, ebenso wie alle Vertragsbestimmungen, festzulegen waren, u. dass keinerlei schriftliche Unterlagen, außer interne Handakten, existieren durften, vgl. BArch, DL 210/210, Information, 24. 09. 1991. Vgl. auch BStU, MfS, HA II, 26617, Vermerk, 03. 01. 1989, Bl. 154.

und Alkohol[258]. Beide IHZ-Niederlassungen unterhielten umfangreiche Kontakte zu westdeutschen Betrieben, da Geschäftsführer und Mitarbeiter vormals zumeist in der Bundesrepublik und West-Berlin gelebt und gearbeitet hatten beziehungsweise noch dort lebten[259]. Außerdem verband die Firmen 1 und 2, dass sie eine Tochtergesellschaft von Unternehmen waren, deren Stammsitz sich in den Vereinigten Arabischen Emiraten oder in Syrien befand[260]. In der DDR stand sowohl Niederlassung 1 als auch 2 bereits 1979/80 in Kontakt zur Fatah- beziehungsweise zur PLO-Sicherheit. Laut Erkenntnissen des MfS trafen sich Mitarbeiter beider Unternehmen mit führenden Funktionären der Fatah, nahmen Aufträge an und führten sie aus[261]. Des Weiteren unterhielt Firma 2 auch enge Verbindungen zur terroristischen Gruppierung „Carlos". Zentrale Kontaktperson war dabei T. Sa., ein Mitarbeiter von A. al M. J., der gemeinsam mit diesem bis Ende 1979 für Unternehmen 1 gearbeitet hatte und dann Firma 2 mit aufbaute. Mutmaßlich über die Vermittlungsrolle des Sa. unterstützte Firma 2 ab 1980 die illegalen Handelsgeschäfte der Gruppierung „Carlos"[262].

[258] Vgl. BArch, DL 200/378, Vermerk, 09. 01. 1981; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 11, Information, 27. 02. 1981, Bl. 141; BStU, MfS, Abt. X, 205, Bericht, 02. 04. 1980, Bl. 26f. Vgl. auch die Darstellung des IM „Phillip" in: BStU, MfS, AIM, 12782/82, Bd. 2/1 u. 2/2. Firma 2 exportierte 1980/81 auch Stahl nach Saudi-Arabien u. ostdeutsches Bier in die Bundesrepublik, vgl. BArch, DL 2/6479, Tätigkeitsbericht, 23. 04. 1982; BArch, DL 2/6479, Geschäftsaufstellung zum 15. 08. 1980, o. D., ca. September 1980. Firma 1 handelte in Ost-Berlin legal u. a. mit „Uhren, zum Teil Sondermotiv zum PLO-Jahrestag", Autozubehör u. Traktoren, vgl. BArch, DL 2/6478, Schreiben, 17. 10. 1980.

[259] A. al M. J. arbeitete bereits in den 1970er Jahren für die in der Nähe von Hannover tätige „[1]-Export-Import GmbH". Diese Firma bemühte sich seit 1977 um geschäftliche Beziehungen zur DDR, vgl. BStU, MfS, AG BKK, 1117, Schreiben, 11. 05. 1977, Bl. 47; BArch, DL 2/6478, Visitenkarten der Firma [1]-Export-Import GmbH; BArch, DL 2/6478, Schreiben, 09. 10. 1978; BArch, DL 2/6478, Schreiben, 24. 09. 1979; BArch, DL 2/6478, Information, 01. 11. 1978; BArch, DL 2/6478, Schreiben, 17. 10. 1980; BStU, MfS, HA XVIII, 8624, Bericht, 09. 02. 1980, Bl. 1–3.

[260] Vgl. BArch, DL 2/6478, Information, 01. 11. 1978; BArch, DL 2/6478, Schreiben, 09. 10. 1978; BArch, DL 2/6478, Genehmigung, 06. 03. 1979; BArch, DL 2/6479, Genehmigung, 16. 01. 1980. Gesellschaft 2 stand in keiner Verbindung zum Geschäftsführer von Firma 1.

[261] Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 2/9, Information, 15. 09. 1980, Bl. 414–417; BStU, MfS, HA II, 29167, Lochkarte, 08. 10. 1979, Bl. 60f.; BStU, MfS, HA XXII, 18607/3, Eröffnungsbericht zur OPK „Pat", 31. 08. 1981, Bl. 20; BStU, MfS, AIM, 12782/82, Bd. 2/1, Treffergebnis IM „Phillip", 23. 07. 1979, Bl. 220–222; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 10, Zeugenvernehmungsprotokoll, o. D., Bl. 123, 174; BStU, MfS, Abt. X, 205, Notiz, o. D., Bl. 30; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vermerk, 10. 03. 1980, Bl. 126; BStU, MfS, HA XXII, 18613, Vermerk, 13. 11. 1981, Bl. 116.

[262] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19685, Blattkatalog, o. D., Bl. 32; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Operativ-Information, 21. 05. 1979, Bl. 60–66; BStU, MfS, HA II, 4698, Einschätzung, 01. 02. 1985, Bl. 15f.; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 11, Information, 02. 03. 1981, Bl. 147f.; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 11, Information, 27. 02. 1981, Bl. 141; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 1, Operativ-Information, 09. 05. 1977, Bl. 44f.; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 1, Operativ-Information, 11. 05. 1979, Bl. 50; BStU, MfS, HA II, 365/1, Bericht, 08. 12. 1979, Bl. 24f.; BStU, MfS, HA II, 365/1, Vermerk, 08. 12. 1979, Bl. 30; BStU, MfS, Abt. X, 205, Bericht, 11. 05. 1979, Bl. 4; BStU, MfS, Abt. X, 205, Inhaltsverzeichnis, Bl. 2; BStU, MfS, Abt. X, 205, Bericht, 25. 01. 1980, Bl. 19f.; BStU, MfS, Abt. X, 205, Information, 11. 02. 1980, Bl. 93. Vgl. auch die Darstellung des IM „Phillip" in: BStU, MfS, AIM, 12782/82, Bd. 2/1 u. 2/2.

Dass die Fatah sich auch über private Unternehmen finanzierte, ist bekannt. Arafats Organisation profitierte davon sowohl direkt als auch indirekt: Sie beschaffte sich Waren, ohne selbst in Erscheinung treten zu müssen, und war zugleich am Gewinn der entsprechenden Firmen beteiligt; außerdem nahm die PLO Gelder aus den Steuer- und Abgabenleistungen ein, die diese Gesellschaften in den jeweiligen arabischen Ländern, in denen sie ihren Stammsitz hatten, zahlen mussten[263]. Die Häuser 1 und 2 waren die von Arafat in Ost-Berlin etablierte Schnittstelle mit der organisierten Kriminalität, über die die PLO/Fatah aus illegalen wie legalen Geschäften Einnahmen erzielte sowie Embargowaren und Waffen bezog[264]. Nach Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens mit der DDR 1982 waren diese beiden Niederlassungen 1 und 2 im IHZ aber auch dafür verantwortlich, den zivilen und militärischen Außenhandel der DDR mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu führen – unabhängig von ihren parallel betriebenen legalen sowie illegalen Geschäften.

Das bedeutete zugleich, dass die Jahresbilanzen der Firmen 1 und 2 ab 1978 mit den amtlichen Leistungen von Ministerien oder „gesellschaftlichen Organisationen" der DDR zugunsten Arafats addiert werden müssen, um eine Gesamtaussage über die gewährte ostdeutsche Unterstützung für die PLO/Fatah treffen zu können. Für die Jahre zwischen 1979 und 1981 heißt das konkret: Die IHZ-Büros der Unternehmen 1 und 2 erwirtschafteten gemeinsam einen Umsatz in zweistelliger Millionenhöhe in US-Dollar. Im Vergleich zu der parallel ausgezahlten kostenlosen Hilfe der DDR für Arafat im Wert von rund acht Millionen Mark erzielte Honecker auf diese Weise vor Abschluss des Abkommens 1982 bereits, bedingt durch die Höhe an vermittelten Geschäften sowie Zins-, Steuer und Mieteinahmen, einen Gewinn, der die Solidaritätsausgaben um ein Vielfaches übertraf[265]. Dabei waren

[263] Neben direkter finanzieller Hilfe vor allem aus den Golf-Emiraten sowie aus Saudi-Arabien erwirtschaftete die PLO/Fatah Einnahmen über die Anfang der 1970er Jahre gegründete Organisation SAMAD, die offiziell Kindern u. Hinterbliebenen von getöteten PLO-Kämpfern finanzielle Unterstützung, Ausbildung u. Anstellung bieten sollte. SAMAD produzierte aber auch Artikel u. vertrieb palästinensische Produkte. Die Organisation unterstand praktisch der Fatah. Der Name SAMAD rekurriert auf das Arabische *ṣamad* (صمد), „sich zuwenden", ist zugleich aber auch im Kontext von „immerwährend", „beständig" und „göttlich" zu verstehen, vgl. Wehr, Arabisches Wörterbuch, S. 726f. Zur Organisation vgl. die Angaben der Ständigen Beobachtermission des Staates Palästina bei den VN, www.un.int/wcm/content/site/palestine/cache/offonce/pid/12351 (11. 07. 2014); Livingstone/Halevy, PLO, S. 164–184; Frangi, PLO und Palästina, S. 216–219; Rubin, Revolution, S. 52. Zu den geschäftlichen Kontakten zwischen der Fatah u. der organisierten Kriminalität vgl. auch die 1971 durch das LKA Hessen ermittelten Erkenntnisse in: PA-AA, Bestand B 36, Bd. 403, Bericht des LKA Hessen, 12. 05. 1971, Bl. 34–37.

[264] Die Verschmelzung zwischen legaler u. illegaler Tätigkeit sowie die Struktur der Geschäftsmodelle der Fatah können anhand der MfS-Unterlagen über die diversen Firmen nachvollzogen werden, vgl. u. a. BStU, MfS, HA XXII, 18613, Vermerk, 13. 11. 1981, Bl. 116; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 11, Information, 27. 02. 1981, Bl. 141; BStU, MfS, Abt. X, 205, Bericht, 17. 12. 1979, Bl. 10.

[265] Die Firmen 1 u. 2 wiesen in den Jahren 1980/81 Umsätze von insgesamt rd. 30 Mio. US-Dollar aus, wobei unklar ist, wie hoch der tatsächliche Warenwert gewesen ist, vgl. BArch, DL 2/6479, Tätigkeitsbericht, 23. 04. 1982; BArch, DL 2/6479, Geschäftsaufstellung zum 15. 08. 1980, o. D., ca. September 1980; BArch, DL 2/6478, Vermerk, 24. 06. 1981; BArch, DL 2/6478, Schreiben, 17. 10. 1980.

diese gehandelten Güter weder alle direkt für die Fatah bestimmt noch wurde der gesamte Gewinn abgegeben. Indirekt profitierte Arafat allerdings, wie bereits erwähnt, aufgrund der Steuer- und Abgabenleistungen in Kuwait oder den Vereinigten Arabischen Emiraten von dieser Geschäftstätigkeit. Für die Beziehung zwischen der DDR und der PLO/Fatah bedeutet dies, dass Arafat ab dem Zeitpunkt, als die Solidaritätsleistungen rückläufig waren, dazu überging, durch ihm nahestehende private Handelsniederlassungen in Ost-Berlin auf illegale und legale Art Einnahmen zu erwirtschaften sowie teilweise auch Waren direkt über diese Firmen zu beziehen. Mit anderen Worten: Die SED ließ sich von Arafat bereits seit 1979 bezahlen, was kostenlos nicht mehr zur Verfügung gestellt wurde, und die Fatah konnte seither über den ost- und den westdeutsch-arabischen Handel sowie eine Kooperation mit der organisierten Kriminalität finanzielle Mittel akquirieren.

Erich Honecker schaffte mit dem 1982 geschlossenen Vertrag über die wirtschaftliche Kooperation mit dem Exekutivkomitee der PLO die seit Jahren vorhandene Doppelstruktur aus kostenlos gelieferten Solidaritätsgütern und dem kommerziellen Handel der Unternehmen 1 und 2 im IHZ ab[266]. Er stellte 1982 aber nicht nur die kostenlose, jährlich geleistete Solidarität für die PLO ein, sondern entwickelte mit dem Abkommen vom 15. März 1982 einen vertraglichen Rahmen für zukünftige Geschäftsbeziehungen mit dem palästinensischen Exekutivkomitee, die in der Praxis von einzelnen Firmen geführt werden sollten. Das SED-Regime plante damit zum einen, die mindestens seit 1979 existierende Geschäftsaktivität der Firmen 1 und 2 zu kontrollieren, denn nur durch die Überwachung des MfS war bekannt geworden, dass die Geheimdienstabteilung Salah Khalafs über Firmenvertretungen im Internationalen Handelszentrum verfügte und mit terroristischen Gruppen interagierte. Zum anderen wollte Honecker die Beziehungen mit beiden Unternehmen ausbauen, um höhere Gewinne zu erzielen. Dazu sollten jene „natürlichen und juristischen Personen" im IHZ mit Kontakten zur PLO-/Fatah-Sicherheit auch in den Golfemiraten sowie beim Warenimport/innerdeutschen Handel „absatzfördernd" eingesetzt werden[267].

[266] Dies betraf auch die akademische Ausbildung der delegierten PLO-/Fatah-Angehörigen. Zwar wurde das Studium in der DDR von nun an nicht grundsätzlich kostenpflichtig, allerdings erhöhte sich der finanzielle Eigenanteil der PLO/Fatah signifikant, vgl. dazu auch BArch, DR 3/2. Schicht, 4016, Teil 3, Telegramm der Botschaft Beirut an das MAH u. die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 17. 02. 1982.

[267] Vgl. BArch, DL 2/17320, Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der Regierung der DDR u. dem Exekutivkomitee der PLO, 15. 03. 1982. Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 340f., vertritt hingegen zwei andere Thesen: Zum einen seien die Golfstaaten u. Saudi-Arabien der von Jassir Arafat geführten PLO mit „äußerster Vorsicht" begegnet u. daher sei zum anderen der erhoffte wirtschaftliche Erfolg der DDR in den Emiraten sowie in Saudi-Arabien ausgeblieben, denn Honecker habe unbeirrt an Arafat festgehalten. Diese Argumentation ist anhand bisheriger Forschungsergebnisse widerlegbar. Bekannt ist, dass die Fatah die größte finanzielle Unterstützung in den 1980er Jahren aus Saudi-Arabien und aus den Golfemiraten erhielt. Insofern wäre es überzeugender zu erklären: Nicht wegen einer vermeintlichen Pro-Arafat-Politik fiel der wirtschaftliche Erfolg in den genannten Ländern für Honecker geringer aus als erhofft, sondern weil die DDR eine Anti-Fatah-Haltung vertrat, die den Interessen Riads u. der Golfstaaten zuwiderlief. Zur Rolle Saudi-Arabiens u. der Emirate vgl. Sayigh, Struggle, S. 602, 640; Rubin, Revolution,

Die Unterzeichnung des ostdeutsch-palästinensischen Abkommens über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit fand zu einem Zeitpunkt statt, als die DDR ihre Außenhandelsbeziehungen zu den Golfstaaten und Kuwait forcierte[268]. In der „Direktive für die Dienstreise des Präsidenten der Kammer für Außenhandel der DDR nach Libanon, Bahrein und den Vereinigten Arabischen Emiraten" Ende 1982, bei der ebenfalls die Unterzeichnung eines Abkommens mit Kuwait vorgesehen war, hieß es, das Ziel dieser ersten größeren, insgesamt 17-tägigen Mission der Kammer bestehe in der „Stabilisierung von Exportlinien und Erschließung weiterer Möglichkeiten zur Erhöhung des Exports der DDR in finanzstarke und zahlungssichere Entwicklungsländer sowie der Einleitung weiterer Aktivitäten zum Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit Ländern der Golfregion"[269]. Im gesamten Jahr 1982 exportierte die DDR Waren für 48 Millionen Valutamark nach Kuwait[270]. Im Folgejahr sollte allein im ersten Quartal ein Umsatz von 60 Millionen Valutamark erreicht werden[271]. Seit Februar 1982 unterhielt Ost-Berlin zudem in Dubai eine Handelsvertretung, obwohl keine diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten bestanden[272]. Der Exportplan für die Emirate belief sich für das Jahr 1983 auf annähernd 85 Millionen Valutamark[273].

Die SED begann Ende 1981 außerdem, Waffen, Munition und andere Rüstungsgüter zielgerichteter auszuführen. Am 23. Dezember 1981 verfügte der Leiter des sogenannten Bereiches Kommerzielle Koordinierung, Alexander Schalck-Golodkowski, dass der ihm unterstehende Außenhandelsbetrieb Transinter GmbH beauftragt werden solle, „die Firma IMES GmbH, IHZ, mit Wirkung vom 1. 1. 1982 zu gründen. […] Die IMES GmbH hat das Recht, internationale Handelsgeschäfte im eigenen Namen und auf eigene oder fremde Rechnung mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet gegen konvertierbare Devisen und Verrechnungsgewährungen einschließlich Verrechnungseinheiten abzuschließen."[274]

S. 52; Selim, Nonstate Actor, S. 269; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 142–144; Alexander, Secular Terrorism, S. 20 f.

268 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 3357/90, Schlussfolgerungen, o. D., ca. 11. 03. 1982; BArch, DL 200/378, Besuchsprogramm, 29. 08. 1983; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 339 f.

269 So BArch, DL 200/293, Direktive, 08. 11. 1982.

270 Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1498, Schreiben der Botschaft Kuwait-Stadt an Erich Honecker, 16. 10. 1982, Bl. 284.

271 Vgl. ebd. Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 3023/997, Vorlage, Datum unleserlich, ca. Dezember 1982, Bl. 127–131.

272 Aus diesem Grund war die Mission auch nicht offiziell akkreditiert, sondern lediglich bei der Stadtverwaltung angemeldet, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/17825, Länderkonzeption VAE, o. D. Mit dem Staat Kuwait vereinbarte das SED-Regime Anfang 1979 eine Zweitakkreditierung des kuwaitischen Botschafters in Jugoslawien, vgl. BArch, DC 20/I-4/85185, Schreiben des MfAA an Willi Stoph, 16. 03. 1979, Bl. 75; BArch, DL 200/378, Reisedirektive, 11. 11. 1982.

273 Vgl. BArch, DL 2/6403, Jahresplanung 1983 der Handelsvertretung Dubai, o. D., Bl. 221.

274 So BArch, DL 210/210, Teil 2, Urkunde des Staatlichen Notariats Berlin, 04. 01. 1982. In BTg-Drs. 12/7600 wird die Handelsregistereintragung der IMES GmbH unzutreffend zitiert. Sie trug die HRB 5138, vgl. AG Berlin-Charlottenburg, HRB 5138, Eintr. 1, 01. 01. 1982; BTg-Drs. 12/7600, S. 179.

Laut Selbstauskunft der IMES GmbH gegenüber dem Notariat bestand deren Geschäftsgegenstand in der „Anbahnung, Vermittlung und Durchführung von internationalen Handelsgeschäften auf dem Gebiet der metallverarbeitenden Industrie und des Gerätebaus für Mess- und Regeltechnik“[275]. Die Gesellschaft verfügte über ein Stammkapital von 500 000 Mark[276]. Bis 1989 war die IMES GmbH bekanntlich dafür zuständig, den illegalen Waffenhandel der DDR zu organisieren und konnte diesbezüglich „580 Millionen Valutamark an den Bereich Kommerzielle Koordinierung abführen“, so der langjährige Geschäftsführer der IMES GmbH und spätere Liquidator des Unternehmens, Erhard Wiechert[277]. Wichert teilte im September 1991 der Treuhandanstalt außerdem mit, diese „circa 580 Millionen DM“ Gewinn seien nicht als „der ausschließlich reine Gewinn“ anzusehen, da seit 1982 auch „Ergänzungskontingente“ bereitgestellt wurden, die „nicht bezahlt werden mussten“[278]. Die „Abführung aus dem Verkauf dieser Kontingente“ soll sich, so Wiechert, auf rund 300 Millionen DM belaufen haben[279].

Wiecherts Aussagen über sogenannte Ergänzungskontingente beziehen sich darauf, dass die DDR Importe aus anderen Staaten mit von der IMES GmbH bereitgestellten Waffen und sonstigen Rüstungsgegenständen verrechnete, das heißt beispielsweise einen Teil der Importkosten für Erdöl mit Sachwerten in Form von Waffen oder Munition bezahlte, den „Ergänzungskontingenten“ der IMES GmbH. Die Höhe dieser Umsätze wurde anschließend nicht in der Bilanz aufgeführt. Aus diesem Grund muss davon ausgegangen werden, dass Ost-Berlin in den 1980er Jahren allein am illegalen Handel mit Waffen und Munition rund eine Milliarde DM Gewinn erzielte, auch wenn diese Summe nicht direkt an den Bereich Kommerzielle Koordinierung „abgeführt“, sondern gleichsam „ergänzend“ verrechnet wurde[280].

In einem Dokument mit dem Titel „Standpunkt des Bereiches Kommerzielle Koordinierung zum NSW-Export von Waffen und Munition“ wurde im Juni 1982 betont: „Der Handel mit Waffen und Munition wird international sehr scharf kontrolliert. Der Hauptanteil des internationalen Waffengeschäfts vollzieht sich auf der Grundlage von Regierungsvereinbarungen. Daneben existiert ein nicht

[275] So BArch, DL 210/210, Teil 2, Urkunde des Staatlichen Notariats Berlin, 04. 01. 1982. Vgl. auch AG Berlin-Charlottenburg, HRB 5138, Eintr. 1, 01. 01. 1982; BTg-Drs. 12/7600, S. 94–97, 179, 231–235.

[276] Vgl. BArch, DL 210/210, Teil 2, Urkunde des Staatlichen Notariats Berlin, 04. 01. 1982; AG Berlin-Charlottenburg, HRB 5138, Eintr. 1, 01. 01. 1982; BTg-Drs. 12/7600, S. 179.

[277] So BStU, MfS, AG BKK, 248, Entscheidungsvorlage, o. D., ca. Dezember 1989, Bl. 2. Zur IMES GmbH vgl. BTg-Drs. 12/7600, S. 179–183.

[278] So BArch, DL 210/210, Information, 24. 09. 1991. Erhard Wiechert wurde 1984 zum Hauptgeschäftsführer der IMES GmbH ernannt. Er fungierte 1991/92 als Liquidator dieser GmbH, vgl. AG Berlin-Charlottenburg, HRB 5138, Eintr. 2, 29. 05. 1984; AG Berlin-Charlottenburg, HRB 35256, Eintr. 2, 28. 10. 1991; AG Berlin-Charlottenburg, HRB 35256, Eintr. 3, 08. 01. 1992.

[279] So BArch, DL 210/210, Information, 24. 09. 1991.

[280] Schriegel, Regierungskriminalität, S. 128, nennt ebenfalls eine Summe von einer Mrd. VM, die IMES für den Bereich Kommerzielle Koordinierung erwirtschaftete. U. a. Möller, Krieg Irak-Iran, S. 8, ist insofern zu widersprechen, wenn behauptet wird, die DDR habe die „Erwartungen“ des Iran an die militärische Kooperation mangels Leistungsfähigkeit nicht erfüllen können.

unerheblicher grauer Markt. Das stellt besondere Anforderungen an die Absatzorganisation."[281] Damit verwies der Bereich Kommerzielle Koordinierung darauf, dass er sowohl legale als auch illegale Handelsbeziehungen unterhielt. In diesem Sinne stellte die IMES GmbH das Gegenstück zum bereits existierenden Außenhandelsbetrieb ITA dar[282]. ITA unterstand dem Ministerium für Außenhandel und verantwortete den legalen Waffenexport in die sozialistischen Staaten und Drittländer[283]. Innerhalb des MfS fiel diese Firma in den Verantwortungsbereich der Hauptabteilung XVIII[284]. Anders im Fall der IMES. Sie unterstand dem Bereich Kommerzielle Koordinierung, das heißt direkt Erich Honecker und MfS-intern dem Minister Erich Mielke und dessen Stellvertreter Rudi Mittig[285]. Die IMES war also die Anfang 1982 als Gesellschaft mit beschränkter Haftung neu gegründete Deckfirma der DDR, die lizenzpflichtig gefertigte Waffen und Munition, für deren Weiterverkauf Moskau die Zustimmung versagte, an Drittländer, Privatunternehmen, die organisierte Kriminalität oder terroristische Gruppierungen lieferte, Waffen importierte oder der ITA verbotene Geschäfte durchführte[286].

Die Firmen 1 und 2 standen mit dieser Art von Handel in mehrfacher Hinsicht in Verbindung. Zunächst war der Geschäftsführer des IHZ-Büros des Unternehmens 2, A. al M. J., auch bei der ostdeutschen Transinter GmbH angestellt und ex- sowie importierte in deren Auftrag Waren. Durch Transinter war J. eng verflochten mit den Strukturen des Bereiches Kommerzielle Koordinierung[287]. Der Waffenexport aus der DDR an die PLO/Fatah lag ausnahmslos in Verantwortung des Außenhandelsbetriebes ITA, da die PLO, im Sinne der von Arafat geführten Gesamtorganisation, ein legaler Handelspartner war. „Realisiert" werden sollten die militärischen Handelsbeziehungen mit der PLO/Fatah allerdings über die Firmen 1 und 2, das heißt A. al M. J. war dafür verantwortlich, die militärischen Exportgeschäfte der DDR mit Arafat über den Betrieb ITA durchzuführen und arbeitete zugleich mit dem Bereich Kommerzielle Koordinierung zusammen. Damit war er in der Lage, IMES- sowie allgemeine Geschäfte des Bereiches Kommerzielle Koordinierung für Dritte sowie für Arafat auszuführen[288]. Als 1982/83

[281] So BArch, DL 210/178, Teil 2, Standpunkt des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, 30. 06. 1982, Bl. 138 f.

[282] Zu ITA vgl. BTg-Drs. 12/7600, S. 176–178, 184; Schriegel, Regierungskriminalität, S. 126.

[283] Vgl. BTg-Drs. 12/7600, S. 176 f., 184.

[284] Vgl. BStU, MfS, HA II, 4698, Schreiben des MfNV an das MfS, 13. 09. 1989, Bl. 90.

[285] Vgl. ebd.; Schriegel, Regierungskriminalität, S. 227; BTg-Drs. 12/7600, S. 103–129; Buthmann, Bereich, S. 4 f., 10–23.

[286] Zur Unterscheidung zwischen ITA u. IMES vgl. BStU, MfS, HA XVIII, 8670, Bericht des IM „Wolf", 30. 05. 1984; BArch, DL 210/210, Teil 1, Grundsatzregelung, 20. 06. 1983; BTg-Drs. 12/7600, S. 179 f., 184.

[287] Vgl. BStU, MfS, AG BKK, 1152, Information, 12. 03. 1979, Bl. 58 f.; BArch, DL 2/6478, Schreiben, 24. 09. 1979; BStU, MfS, AG BKK, 764, Information, 18. 11. 1985, Bl. 121; BStU, MfS, AG BKK, 764, Vermerk, 24. 02. 1982, Bl. 9–12.

[288] Vgl. ebd.; BStU, MfS, AG BKK, 764, Vermerk, 10. 12. 1983, Bl. 97 f.; BStU, MfS, AG BKK, 764, Treffergebnisse IMS „Ilse", 27. 01. 1986, Bl. 141; BStU, MfS, AG BKK, 764, Information, 18. 11. 1985, Bl. 125 f.; BStU, MfS, HA II, 4698, Schreiben des MfNV an das MfS, 13. 09. 1989, Bl. 90; BStU, MfS, AG BKK, 1152, Information, 12. 03. 1979, Bl. 58 f.

eine Firma zum illegalen Waffenhandel in Form des Unternehmens IMES GmbH aufgebaut worden war, wollte die DDR vor allem Firma 2 nutzen, um auf dem „grauen Markt" Waffen zu verkaufen und Einnahmen aus nicht genehmigten Geschäften zu erzielen. Denn der illegale Waffenverkauf war in seinem Volumen gegenüber den legal vollzogenen Geschäften „nicht unerheblich", wie es hieß[289]. Als weiteren Aspekt gilt es zu beachten, dass der politisch-wirtschaftliche Hintergrund der Firmen 1 und 2 gleichsam als Türöffner in der Golfregion benutzt werden sollte[290]. Das bedeutet, Honecker verrechtlichte und vereinheitlichte mit dem Wirtschaftsabkommen nicht nur die Geschäftsbeziehungen mit der PLO/Fatah, sondern war auf die Maximierung des eigenen Gewinns bedacht, der ganz ausdrücklich auch illegal erzielt werden sollte[291].

Arafats Gespräch mit Honecker und die „Gemeinsame Kommission DDR-PLO"

Trotz aller Bekundungen größter Freundschaft war das Klima der Gespräche zwischen Erich Honecker und Jassir Arafat im März 1982 kühl[292]. Am zweiten Besuchstag, dem 10. März 1982, empfing Honecker Arafat und sagte: „Heute erschien in der Presse eine Notiz unter dem Motto: ‚Mitterrand will Arafat treffen'. Ich weiß nicht, ob Sie diese Notiz schon gelesen haben. Ich habe sie heute früh gelesen."[293] François Mitterrand hatte am 4. März 1982 als erster französischer

289 Zu den Zitaten vgl. BArch, DL 210/178, Teil 2, Standpunkt, 30. 06. 1982, Bl. 138 f.

290 Von Bedeutung bei dieser Vermittlungstätigkeit war die Beziehung zwischen A. al M. J. (Firma 2) u. dem Vizepräsidenten der Kammer für Handel u. Industrie Dubai sowie die Involvierung der Firma 4 mit der DDR u. der Kammer für Handel u. Industrie Dubai. Der Inhaber von Firma 4 war Herr S. N. Das IHZ-Vertretungsbüro von Firma 4 war bereits 1979 eröffnet worden. Erste Geschäftsabschlüsse zwischen der DDR u. Firma 4 datieren auf spätestens August 1971. Herr S. N. war mit der Familie des Eigentümers des Unternehmens 2, also auch mit dem Geschäftsführer des IHZ-Büros der Firma 2, A. al M. J., verwandt u. persönlich bekannt, sodass die Häuser 2 u. 4 spätestens ab 1984 faktisch eine gemischte Gesellschaft bildeten, vgl. BArch, DL 2/6475, Genehmigung, 29. 01. 1979; BStU, MfS, AG BKK, 688, Bericht, 02. 09. 1975, Bl. 9 f.; BStU, MfS, AG BKK, 688, Übersicht „Firma [4], Libanon, IHZ 1. 1. 79", Bl. 4–6; BStU, MfS, AIM, 15827/89, Bd. 4/4, Vermerk, 12. 08. 1971, Bl. 195–197; SAPMO-BArch, DY 30/17820, Information, 06. 02. 1985; BArch, DL 200/378, Bericht, 15. 12. 1980; BArch, DL 200/378, Gesprächsnotiz, 03. 09. 1981; BStU, MfS, AG BKK, 494, Schreiben, 02. 08. 1978, Bl. 25–27; BStU, MfS, AG BKK, 494, Bericht der KP „Thies", 04. 02. 1980, Bl. 34. Zur Firma 4 vgl. auch Perthes, Bourgeoisie and the Baath.

291 Buthmann, Bereich, S. 4, bemerkt zutreffend, der Bereich Kommerzielle Koordinierung, gegründet im Oktober 1966, sei „von Anfang an Zwitter eines überwiegend […] illegalen Außenhandels" gewesen. Vgl. auch Schriegel, Regierungskriminalität, S. 227; BTg-Drs. 12/7600, S. 86–169, 170–292, 359–361.

292 Dies entging seinerzeit auch westlichen Diplomaten nicht. So stellte die finnische Botschaft in Ost-Berlin im März 1982 in einem Bericht an das Außenministerium in Helsinki fest, man habe den Eindruck, Arafat sei in der DDR „ein nicht sonderlich gern gesehener Gast" gewesen; vermutet wurde ferner, dass „Verstimmungen" auch der Grund dafür gewesen seien, dass keine konkreten Absprachen über materielle Hilfen getroffen worden seien, vgl. UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Bericht der Botschaft Ost-Berlin an das Außenministerium, 11. 03. 1982 (finnischsprachiges Original).

293 So SAPMO-BArch, DY 30/2499, Niederschrift, 11. 03. 1982, Bl. 139.

Präsident vor der Knesset eine Rede gehalten und sich darin zum Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat an der Seite Israels bekannt[294]. Er widersprach damit den beiden essenziellen Punkten, die der israelische Ministerpräsident kurz zuvor in seiner Begrüßungsrede zum wiederholten Mal formuliert hatte: Israel werde weder einen palästinensischen Staat noch die PLO anerkennen oder akzeptieren[295].

Die Unterstützung des französischen Präsidenten und seine Rede vor der Knesset waren von zentraler politischer Bedeutung für Arafat. Zurückgehend auf de Gaulle und den Junikrieg 1967 bestanden noch immer französische Wirtschaftssanktionen gegen Israel[296]. Mitterrand, der Sozialist, der für seine proisraelische Position bekannt war, durfte vor der Knesset sprechen und erklärte dann ausgerechnet, dass die Regierung Begin Unrecht hatte[297]. Arafat hätte es selbstverständlich nicht abgelehnt, Mitterrand zu sehen. Ein Gespräch mit ihm war vielmehr sein Ziel, zumal er Mitterrands Außenminister Claude Cheysson bereits Anfang September 1981 begegnet war[298]. Verleugnen konnte er daher sein Interesse an Frankreich nicht, darauf eingehen aber ebenso wenig, sonst hätte er möglicherweise Streit mit Honecker provoziert. Nach Ansicht des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten stand bereits das ebenfalls 1981 erfolgte Treffen zwischen Arafat und dem Generaldirektor des Quai d'Orsay im Zusammenhang mit einer „weiteren Aktivierung" der EG-Kontakte seitens der PLO sowie dem Bemühen der Europäischen Gemeinschaft, „zu demonstrieren, dass sie über ‚gewisse Karten' verfügt für eine Lösung des Nahostkonfliktes unter Berücksichtigung der Interessen der PLO", womit sie „Illusionen und falsche Hoffnungen" wecke[299].

Jassir Arafat saß also Mitte März 1982 Erich Honecker gegenüber, der ihn offensichtlich prüfend und mit deutlicher Unlust fragte, ob er schon in der Zeitung

[294] Vgl. Mitterrand devant le Parlement de Jérusalem, in: Le Monde, 05. 03. 1982, S. 1 f.; M. Mitterrand en Israël, in: Le Monde, 04. 03. 1982, S. 1 f.; Jaques Amalric/Francis Cornu: Le premier entretien avec M. Begin a porté essentiellement sur le problème palestinien, in: Le Monde, 05. 03. 1982, S. 3. Vgl. auch Védrine, Mitterrand, S. 310 f. Der französische Außenminister erklärte erstmals, dass Frankreich sich für einen palästinensischen Staat einsetze, vgl. Rondot, France, S. 96.

[295] Vgl. Address by Prime Minister Begin in the Knesset on the Occasion of the Visit of President Mitterrand, 04. 03. 1982, in: State of Israel, Israel's Foreign Relations, www.mfa.gov.il/MFA (10. 01. 2013).

[296] Ein 1969 verhängtes französisches Waffenembargo wurde erst 1992 aufgehoben, vgl. Miller, PLO Factor, S. 128; Filiu, France, S. 247, 259–263; Rondot, France, S. 89 f.; Sebbane, Mendès France, S. 63–69; Ben-Natan, Chuzpe, S. 188–197.

[297] Vgl. Rondot, France, S. 96; Jaques Amalric/Francis Cornu: Le premier entretien avec M. Begin a porté essentiellement sur le problème palestinien, in: Le Monde, 05. 03. 1982, S. 3. Vgl. auch Sebbane, Mendès France, S. 188–195; Védrine, Mitterrand, S. 310 f.

[298] Cheysson nannte Arafat im Vorfeld der Begegnung „un homme de dialogue", so Éric Rouleau: La rencontre à Beyrouth entre M. Cheysson et M. Arafat, in: Le Monde, 01. 09. 1981, S. 1 f. Vgl. auch Francis Cornu: Jérusalem critique de plus en plus vivement la politique français, in: Le Monde, 01. 09. 1981, S. 3; Rondot, France, S. 96 f.; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 65; Khader, Conflict, S. 174; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1799/83, Telegramm der Botschaft Paris an das MfAA, 15. 10. 1982.

[299] So ebd. Vgl. auch die Wertungen des MfAA in: PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1799/83, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfAA, 24. 03. 1981; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2116/87, Schreiben des MfAA an die Botschaft Beirut, 06. 04. 1981.

gelesen habe, dass sich der französische Präsident mit ihm treffen wolle; und Arafat antwortete lediglich, dass er diese Meldung „noch nicht" gelesen habe, er sich aber für das Gespräch mit dem Chefredakteur des „Neuen Deutschlands" bedanke, das ein „so wichtiges Symbol" für die PLO gewesen sei[300]. Auf diese Reaktion und den immerfort wiederholten Dank Arafats entgegnete Honecker, dass er „glaube" – ohne sich dessen gewiss zu sein –, dass diese Freundschaft auf Gegenseitigkeit beruhe[301]. Eine Bemerkung von ähnlichem Gehalt machte der syrische Präsident im März 1978. Damals antwortete er dem SED-Gesandten Paul Verner, der Assad mit vierjähriger Verzögerung den 1974 gefassten Politbürobeschluss für die Einladung zum Staatsbesuch aussprach: „Syrien sei mit der DDR, so wie die DDR mit Syrien sei."[302] Der Satz Honeckers „Ich glaube, das beruht auf Gegenseitigkeit" bedeutete im Kontext der Frage nach Mitterrand und der Antwort Arafats: Die DDR ist mit dir so freundschaftlich verbunden wie du mit ihr.

Dass Erich Honecker dies so meinte, wurde deutlich, als er anschließend die Einladung Arafats im Jahre 1973 in Erinnerung rief, den „Augenblick, als Genosse Arafat zum ersten Mal hier in Berlin am Festival der Jugend und Studenten teilnahm"[303]. Damit wolle er „nur", so Honecker, die „Kontinuität in der Entwicklung unserer Beziehungen unterstreichen"; Arafat sollte sich also bewusst machen, wer es gewesen war, der ihn damals, vor fast neun Jahren, empfangen hatte, als der französische Präsident dazu noch nicht bereit war[304]. Arafat begriff, worauf Honecker hinauswollte, und er unterbrach ihn sofort: „Es war für uns eine hohe Ehre, dass ich als Gast an diesem Jugendfestival teilnehmen durfte. Das war das erste weltweite Festival, bei dem die palästinensische Revolution zum ersten Mal offiziell in Aktion getreten ist. Das war gleichzeitig auch das erste Mal, dass die DDR ihre große solidarische Unterstützung, die Unterstützung ihrer Führung, ihres Volkes und der Partei für die Palästinensische Revolution zum Ausdruck brachte."[305]

Egal wie oft und in welchem Zusammenhang das „erste Mal" des Sommers 1973 auch bemüht wurde – es stand fest, dass weder Honecker noch Arafat während ihres Treffens im März 1982 über die Zeit sprachen, die dazwischen lag: weder über den Libanon 1975/76 noch über Arafats politische Ziele im Westen,

[300] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/2499, Niederschrift, 11. 03. 1982, Bl. 139. Der ADN u. die von der Fatah kontrollierte palästinensische Nachrichtenagentur WAFA schlossen im Juli 1978 den ersten Kooperationsvertrag. Darin wurde nicht vereinbart, einen WAFA-Korrespondenten in der DDR aufzunehmen. Auch in dem Anfang Januar 1982 geschlossenen Nachfolgeabkommen fehlte eine solche Passage; vorgesehen war lediglich ein regelmäßiger Meinungsaustausch zwischen den „Generaldirektoren" des ADN u. der WAFA, vgl. BArch, DC 900/938, Vertrag zwischen dem ADN u. der WAFA, 05. 07. 1978; BArch, DC 900/992, Arbeitsprotokoll zwischen dem ADN u. der WAFA für den Zeitraum 1982/83.

[301] So SAPMO-BArch, DY 30/2499, Niederschrift, 11. 03. 1982, Bl. 140.

[302] So SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/122, Vermerk, 01. 03. 1978, Bl. 102.

[303] So SAPMO-BArch, DY 30/2499, Niederschrift, 11. 03. 1982, Bl. 140.

[304] Vgl. ebd. Auch diese Aussagen Honeckers machen deutlich, dass die angebliche sicherheitspolitische Motivation für die Einladung Arafats im Sommer 1973 ein konstruierter Vorwand war.

[305] So SAPMO-BArch, DY 30/2499, Niederschrift, 11. 03. 1982, Bl. 140.

seine Erfolge, die Sozialistische Internationale, die EG, die abnehmende DDR-Solidarität, die Intervention in Form der „mündlichen Rahmenvereinbarung" des MfS oder den Entschluss, separate Parteibeziehungen mit der DFLP und PFLP aufzunehmen. Wie oft hatte die PLO/Fatah der Bundesregierung seit 1973 erklärt, sie wünsche sich enge Beziehungen? Wie oft hatte sich ein verantwortlicher Funktionär Arafats aber konsultierend an die Staats- und Parteiführung in Ost-Berlin gewandt oder sich aus politischem Interesse um die SED bemüht? Auch wenn Honecker zu Recht sagte, es sei eine „große Sensation" gewesen, als Arafat im Juli 1973 in Ost-Berlin empfangen wurde und er das erste Büro der Palästinensischen Befreiungsorganisation in der sozialistischen Staatengemeinschaft eröffnen durfte, so hatte sich das politische Verhältnis zwischen der DDR und Arafat seitdem in keiner Weise substanziell weiterentwickelt[306].

Aus diesem Grund war es auch bezeichnend, dass Honecker im Zuge der Gespräche im März 1982 entschied, eine geheime „Gemeinsame Kommission DDR-PLO" einzurichten[307]. Deren Aufgabe bestehe, so die ostdeutsche Seite, unter anderem in der „Organisation eines regelmäßigen Meinungs- und Erfahrungsaustausches zu Fragen gemeinsamen Interesses", der „Herbeiführung der Abstimmung und Koordination der Haltung beider Seiten in Fragen, an denen eine der beiden Seiten Interesse hat", sowie der „regelmäßigen Einschätzung des Standes der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation"[308]. Außerdem wurde festgehalten: „Die ‚Gemeinsame Kommission' tritt auf beiderseitigen Wunsch oder auf Wunsch einer Seite jedoch mindestens einmal jährlich zusammen."[309]

Es kam einer Selbstoffenbarung gleich, dass es die DDR 1982 als erforderlich ansah, etwas zu vereinbaren, was seit gut einem Jahrzehnt eigentlich hätte selbstverständlich sein sollen und auch als selbstverständlich propagiert wurde – das vermeintlich enge ostdeutsch-palästinensische Verhältnis und die Konsultationen mit Arafat. Honecker zeigte mit dem Vorschlag für diese sogenannte Kommission, wie groß die politischen Probleme im bilateralen Verhältnis mit der PLO/Fatah waren. Der Bevölkerung in der DDR sollte das aber verborgen bleiben. Weder wurde die Öffentlichkeit von dem Beschluss zur Bildung einer „Gemeinsamen Kommission" in Kenntnis gesetzt noch über deren Aufgaben informiert. Im Vergleich zum Akt der Aufwertung der PLO-Vertretung in den Rang einer Botschaft, den Honecker öffentlichkeitswirksam präsentierte – ohne De-jure-Anerkennung einer Staatlichkeit Palästinas und mit Verweis darauf, die PLO sei nicht die einzig legitime Vertreterin der Palästinenser –, war die Einrichtung der Kommission

306 Im März 1982, so hob es das MfAA explizit hervor, wurde überhaupt erstmals ein „Gemeinsames Kommuniqué" zwischen der DDR u. der PLO veröffentlicht, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 3357/90, Anlage 1, 11. 03. 1982; Gemeinsames Kommuniqué, in: ND, 11. 03. 1982, S. 1.

307 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 3357/90, Anlage Geheim, 10. 03. 1982; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 3357/90, Anlage 1, 11. 03. 1982; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 3357/90, Anlage 2, o. D., ca. 11. 03. 1982.

308 So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 3357/90, Anlage Geheim, 10. 03. 1982.

309 So ebd.

zwar weitaus bedeutungsträchtiger, aber niemand sollte von ihrer Existenz wissen[310].

Um die politische Dimension dieser „Gemeinsame Kommission DDR-PLO" zu begreifen, sollte man sich einen wichtigen Aspekt vergegenwärtigen: Die DFLP und die PFLP konsultierte die SED bereits seit Jahren regelmäßig, um die von der Fatah zu verantwortende falsche Linie der PLO-Führung zu ändern. Anders als Arafat initiierten die DFLP und die PFLP nicht nur den Kontakt zur Ost-Berliner Führung, sondern ihre Politik war essenzieller Bestandteil einer Lösung der Probleme der PLO und nicht deren Ursache. Zumindest dem Desinteresse Jassir Arafats an Gesprächen mit der SED konnte nun Einhalt geboten werden. Denn Honecker war imstande, ihn zu zwingen, die DDR über seine Westpolitik zu unterrichten. Damit erhielt die SED zugleich die Chance, auf die außenpolitischen Absichten der Fatah einzuwirken. Die PLO-Führung hätte beispielsweise einbestellt werden können, um über die Frage zu diskutieren, weshalb die Fatah den Kontakt zur Sozialistischen Internationale fortsetzte und Arafat den Rückhalt Frankreichs suchte, obwohl die SI, in der der französische Präsident zudem großes Ansehen genoss, nach Überzeugung der SED stellvertretend für den US-Imperialismus arbeitete.

Bereits im Juli 1973 hatte sich Arafat bemüht, im Westen nicht den Eindruck zu erwecken, dass er sich strategisch mit der sowjetischen Seite verbünden wolle, nur weil er in der DDR ein kommunistisches Jugend- und Studentenfestival besuchte, die PLO ein Abkommen mit der SED einging und ein Büro in Ost-Berlin einrichtete. Deshalb ließ Arafat dem amerikanischen Botschafter im Iran vor seinem Abflug zu Erich Honecker eine Mitteilung für Henry Kissinger übergeben. Diese berechnende politische Balance relativierte nicht nur alle „antiimperialistischen" Versicherungen Arafats während der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, sondern rückte sie in einen ganz anderen Kontext. 1976, während des Libanonkonfliktes, erlebten Honecker und Arafat den vorläufigen Tiefpunkt der ostdeutsch-palästinensischen Beziehungen. Und der Schein jeder noch so nachhaltig präsentierten Unterstützung täuschte zumeist. Denn ob der Status des PLO-Büros, der Inhalt von Vertragsabschlüssen mit der SED oder die Aufwertung der Vertretung Arafats in Ost-Berlin – immer ging dies mit Beschränkungen und bewusst vorenthaltenen Privilegien einher. Die „Gemeinsame Kommission DDR-PLO" bewies, dass der politische Fokus der Fatah seit 1974 auf dem Westen gelegen hatte und nicht auf dem Bemühen, eine exklusive östliche Allianz zu festigen. Weder die Sowjetunion noch die DDR waren für die strategischen Überlegungen der PLO/Fatah unbedeutend. Aber 1982 wurde im Gespräch mit Honecker deutlich, dass die gegenseitigen Freundschaftsbekundungen leere Worte waren, die mit der Realität der zurückliegenden Jahre nicht übereinstimmten[311]. Auch die „Gemein-

[310] So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 3357/90, Anlage 2, o. D., ca. 11. 03. 1982. Zu der von Honecker verfügten Nichterwähnung der Kommission vgl. ND, 11. 03. bis 16. 03. 1982.

[311] Vgl. demgegenüber die undifferenzierte u. historische Entwicklungen vernachlässigende Argumentation von Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 335–337; Herf, Undeclared Wars, S. 364–377, 411–414; Polkehn, DDR, S. 38; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 105; Frangi, Gesandte, S. 251; ders., Solidarität, S. 91 f.; Sascha Langenbach: Die Geschichte einer Männerfreundschaft, in: Berliner Kurier, 18. 12. 2011, S. 19;

same Kommission" blieb, soweit Quellen dies derzeit belegen können, wirkungslos, möglichweise weil sich in den folgenden Monaten während des Sommers 1982 die ostdeutschen Beziehungen mit der PLO und das Verhältnis Honeckers zu Arafat radikal verschlechterten[312].

2. Der Libanon 1982/83

Schon im März 1982 dominierte ein außenpolitisches Problem das Treffen zwischen Honecker und Arafat: die Entwicklung im Libanon. Die Palästinenser sahen sich auch nach dem Waffenstillstand im Sommer 1981 den Angriffen christlicher Verbände sowie schiitischer Islamisten ausgesetzt[313]. Arafat provozierte außerdem mit permanent fortgesetzten Überfällen auf den Norden Israels Vergeltungsschläge der israelischen Armee. Die im Südlibanon stationierte UNIFIL-Mission erwies sich zum zweiten Mal nach 1981 als machtlos, palästinensischen Terrorismus zu verhindern[314]. Wichtig war zudem, dass sich die Antipathie zwischen Assad und Arafat 1981 verschärfte. Der syrische Präsident befürchtete, Arafat könnte auf mögliche Verhandlungsangebote Washingtons und Kairos eingehen. Nach der amerikanischen Lösung der Sommerkrise 1981 bestanden die von Riad vermittelten, informellen Gesprächskanäle weiter[315]. Mit dem Fahd-Plan lag seit August 1981 zudem erstmals eine arabische Friedensinitiative vor, die einen palästinensischen Staat neben Israel und nicht an seiner Stelle vorsah[316]. Assad erwartete, dass Arafat die PLO nun weiter an die Position Washingtons heranführen werde und hierfür auch seine Beziehungen und inoffiziellen Kontakte nach Kairo nutzen wolle, die er – trotz der Camp-David-Beschlüsse und arabischen Isolierung Sadats – niemals abgebrochen hatte[317]. Nach dem Attentat auf den ägyptischen Präsidenten im Oktober 1981 war es zudem einfacher geworden, mit Ägypten zu sprechen, da der Nachfolger Sadats, Husni Mubarak, nicht als ein Hauptprotagonist der Friedensverhandlungen mit Israel wahrgenommen wurde[318].

Die von den Protesten der sunnitischen Opposition und der Muslimbruderschaft ausgehende innenpolitische Krise Syriens war ein weiterer Grund für die konfrontative Haltung Assads gegenüber Jassir Arafat. Das Regime in Damaskus

Timm, Middle East Policy, S. 256; dies., Davidstern, S. 274–280, sowie insgesamt auch Bengtson-Krallert, DDR.

312 Folgetreffen der „Gemeinsamen Kommission DDR-PLO" sind nicht bekannt.

313 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 508–518.

314 Vgl. Kaufman, Litani to Beirut, S. 29–32; Sayigh, Struggle, S. 518 f.; Göpfrich, Völkerrechtliche Aspekte, S. 460–475.

315 Vgl. Ma'oz/Yaniv, On a Short Leash, S. 201 f.; Sayigh, Struggle, S. 495–521.

316 Vgl. Peace Plan, 06. 08. 1981, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 477 f.; Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 227–230; Kapeliouk, Arafat, S. 193–195; Weingardt, Nahostpolitik, S. 259.

317 Vgl. Khazendar, Palestine Question, S. 159 f.

318 Im April 1982 nahm auch das PLO-Büro in Kairo, das nach den Camp-David-Beschlüssen aus Protest geschlossen worden war, seine Arbeit wieder auf, vgl. AFP: La OLP reabrirá su oficina en El Cairo, in: El País, 26. 04. 1982, S. 2.

schlug ab 1979/80 mit immer massiverer Repression alle regierungskritischen Demonstrationen nieder und setzte massive militärische Gewalt ein, um Angriffe auf die schiitische Herrschaft zu vergelten und die sunnitischen Aufständischen zu bekämpfen[319]. Seit Mitte des Jahres 1980 war die Mitgliedschaft in der Muslimbruderschaft verboten und wurde mit dem Tod bestraft[320]. Einen Wendepunkt erlebten die Kämpfe der sunnitischen Islamisten gegen das schiitisch-alawitische Regime Assads im Februar 1982 mit dem Angriff der syrischen Armee auf eines der Zentren der Sunniten, die im Nordwesten Syriens gelegene Stadt Hama. Die Zahl der dabei innerhalb weniger Tage getöteten Menschen ist bis heute unbekannt, die neuere Forschung hält bis zu 40 000 Opfer für wahrscheinlich[321]. Dieses Ereignis beendete die Aufstände der syrischen Muslimbruderschaft. Die Gruppen zogen sich ins Exil zurück oder kämpften in Afghanistan gemeinsam mit dortigen Islamisten und anderen Unterstützern der Muslimbruderschaften gegen die sowjetischen Besatzungstruppen[322]. Erst ab Sommer 2012 nahmen Muslimbrüder in Syrien an den Kämpfen gegen das Regime Bashar al Assads teil[323].

Vor allem die jordanische und die irakische Regierung hatten seit Anfang 1980 mit der syrischen Muslimbruderschaft kooperiert, um sie im Kampf gegen Hafiz al Assad zu unterstützen[324]. Gerade weil es Berührungspunkte zwischen der Muslimbruderschaft und der Fatah gab, galt das Vorgehen Ammans auch der PLO. Die jordanische Seite war daran interessiert, den Kontakt mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation auszubauen[325]. Die Nähe der Fatah zur Muslimbruderschaft sowie ihre sunnitische Glaubensauffassung trugen – in einer Zeit der parallelen Konfrontation zwischen Damaskus, Amman und Bagdad aufgrund der von Assad dem Iran gewährten Hilfe im Krieg gegen den sunnitischen Irak – zum Zerwürfnis zwischen Assad und Arafat bei, weil Syrien die Aufstände der Muslimbruderschaft als eine sunnitische Verschwörung wahrnahm, die ihren Ausgang in Jordanien sowie dem Irak hatte und auch von der Fatah, als der den Muslimbrüdern nahestehendsten palästinensischen Gruppe, begünstigt wurde[326].

[319] Vgl. Lefèvre, Armed Struggle; ders., Ashes of Hama, S. 58–76, 101–114; Hinnebusch, State and Islamism, S. 206–208; Rabil, Syrian Muslim Brotherhood, S. 78; Khatib, Islamic Revivalism, S. 74–81; Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 74; Carré/Seurat, Frères musulmans, S. 135–161; Kandil, Syrian Foreign Policy, S. 424.

[320] Vgl. Lefèvre, Armed Struggle; Hinnebusch, State and Islamism, S. 208; Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 74; Khatib, Islamic Revivalism, S. 76–78.

[321] Vgl. Lefèvre, Ashes of Hama, S. 59, 138; ders., Armed Struggle; Khatib, Islamic Revivalism, S. 80f.

[322] Vgl. Lefèvre, Ashes of Hama, S. 138–145; Khatib, Islamic Revivalism, S. 79–81.

[323] Vgl. Lefèvre, Armed Struggle.

[324] Vgl. Goodarzi, Syria and Iran, S. 39–41, 61; Habib, Hussein, S. 48–50, 69–72; Hiro, Longest War, S. 35; Khatib, Islamic Revivalism, S. 78; Tal, Radical Islam, S. 206f.; Khazendar, Palestine Question, S. 159–169.

[325] Vgl. ebd., S. 159–161. Zu einem ähnlichen Urteil gelangte seinerzeit auch die finnische Botschaft in Beirut, vgl. UMA, 5C, Damaskus, Bericht der Botschaft Beirut an das Außenministerium, 13. 06. 1983 (finnischsprachiges Original). Habib, Hussein, S. 48, weist darauf hin, dass Arafat 1980 erstmals seit dem „Schwarzen September" 1970 in der jordanischen Hauptstadt wieder ein Büro eröffnen durfte.

[326] Vgl. Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 48f.; Khazendar, Palestine Question, S. 159f.; Barghouti, Islamist Movements, S. 166–168; Habib, Hussein, S. 69–72; Goodarzi, Syria

Syrien ließ die Führung der PLO daher vor dem Sommer 1982 wissen, dass Arafat im Fall eines israelischen Angriffs im Libanon keine Hilfe erwarten könne[327]. Assad wollte aber nicht passiv bleiben, sondern förderte die schiitisch-islamistischen Kräfte im Libanon, die ein direkter politischer Konkurrent der PLO/Fatah waren und gewalttätig gegen Arafat vorgingen[328]. Die mit Beginn der 1980er Jahre sichtbar werdende stärkere Islamisierung des israelisch-palästinensischen Konfliktes war eine Folge der Revolution im Iran, des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan, des Iran-Irak-Krieges und der bereits seit Mitte der 1970er Jahre verstärkten religiösen Radikalisierungstendenz innerhalb der palästinensischen Bewegung; der säkular geführte Kampf der Fatah, der DFLP, der PFLP und der PFLP-GC wurde von Teilen als gescheitert und delegitimiert angesehen, da er keine Veränderung herbeigeführt hatte[329].

Arafat reagierte auf die für ihn politisch gefährliche Entwicklung einer wachsenden Polarisierung zwischen sunnitischen und schiitischen Islamisten, indem er etwa den Kontakt zu sunnitischen radikal-islamistischen Organisationen herstellte, die entweder schon lange Zeit existierten oder sich ab 1979 neu herausgebildet hatten[330]. 1981/82 war Khalil al Wazir der von Arafat beauftragte PLO-/Fatah-Funktionär für diese Verbindungen[331]. Ziel war es, mit den aus der sunnitischen Bewegung und der Muslimbruderschaft abgespaltenen Teilen gegen eine schiitische Dominanz im Libanon anzukämpfen, dessen innenpolitische Lage Syrien und Iran immer stärker beeinflussten. So trat ab Sommer 1982 eine von den iranischen Revolutionsgarden im Süden des Libanon formierte Gruppe in Erscheinung, die sich erst ab Februar 1985 öffentlich als Hizballah zu erkennen gab, abgeleitet aus den beiden arabischen Substantiven *ḥizb* (حزب) und *aḷḷāh* (الله), „Partei Gottes“[332].

Außerdem gewann eine zweite schiitisch-extremistische Gruppe, die ab Anfang der 1980er Jahre von Syrien kontrolliert wurde, an Einfluss: die Amal, im Arabischen *afwağ al-muqāwamāh al-lubnanīya* (افواج المقاومة اللبنانية), „Libanesische Widerstandsbrigade“. Die Amal wurde bereits im Juli 1975 von Musa al Sadr noch unter dem Namen „Bewegung der Entrechteten und Schwachen“ gegründet, an-

and Iran, S. 38–44; Sayigh, Struggle, S. 498. So auch die Einschätzung finnischer Diplomaten im Sommer 1983, vgl. UMA, 7D2, Lähi-idän kysymys, Bericht der Botschaft Beirut an das Außenministerium, 07. 06. 1983 (finnischsprachiges Original).

327 Vgl. Khalidi, Siege, S. 79.

328 Vgl. Goodarzi, Syria and Iran, S. 42–44; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 73; Barghouti, Islamist Movements, S. 168 f.

329 Vgl. Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 63 f.; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 103–105; dies., Islamic Fundamentalism, S. 57, 77; Westad, Global Cold War, S. 288–295.

330 Vgl. Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 47, 91; Barghouti, Islamist Movements, S. 168 f.; Rekhess, West Bank, S. 95; Alexander, Religious Terrorism, S. 29–32; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 140–142; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 69–72, 139.

331 Vgl. ebd., S. 70 f.; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 111 f.; Croitoru, Hamas, S. 61.

332 Vgl. Qassem, Hizbullah, S. 67–123, 150, 387–393; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 123–125, 138–147; Bailey, Lebanon’s Shi’is, S. 220; Nir, Berri, S. 41–46; Rabil, Terror, S. 77–80; Webman, Hizballah, S. 3–9; Sirriyeh, Hizbullah, S. 42; Zisser, Hizballah, S. 157; Badran, Militia Wars, S. 47; Gambill, Islamist Groups, S. 132 f.

gelehnt an das Wort *amāl* (أمل), das im Arabischen „erhoffen" oder „Hoffnung" bedeutet. Ab 1980 wurde die Amal von Nabih Birri geführt und gehörte zu den größten schiitischen Organisationen des Libanon[333]. Die Umstände des bis heute ungeklärten Verschwindens Sadrs während eines Besuches in Libyen 1978, die im selben Jahr von Israel geführte Militäroperation gegen die palästinensischen Stellungen in Südlibanon sowie die schiitisch-persische Revolution im Iran 1979 gaben der Amal-Bewegung um 1980 neue Impulse, die Präsident Assad benutzen wollte, um seinen Einfluss auf die Schiiten des westlichen Nachbarlandes zu festigen[334]. Erstmals konstituierte sich Anfang der 1980er Jahre im Libanon auch die Allianz des schiitisch-persischen Regimes Khomeinis mit dem schiitisch-arabischen Syrien[335].

Milton-Edwards unterstreicht: „There was evidence that as far back as 1982 Fatah had already acknowledged the growth of the Muslim Brotherhood as a threat."[336] Obgleich dies zutrifft – ab Anfang der 1980er Jahre kam es aufgrund einer als zu säkular wahrgenommenen Führung Arafats zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Fatah-Anhängern und Muslimbrüdern, vor allem auch an der Islamischen Universität von Gaza-Stadt, die von Fatah-Mitgliedern maßgeblich kontrolliert wurde –, ging die größere politische Gefahr und Konkurrenz um die Vertretung palästinensischer Interessen ab 1982 nicht vordergründig von der sunnitisch-islamistischen Muslimbruderschaft, sondern von denjenigen Gruppen aus, die für Palästina gewaltsam und terroristisch gegen Israel vorgingen und den schiitischen Islam vertraten. Dies waren vor allem die Amal und Hizballah[337]. Die Muslimbruderschaften kämpften auch Anfang der 1980er Jahre weder selbst gegen den jüdischen Staat noch leiteten sie andere, ihnen nahestehende oder von ihnen abgespaltene Organisationen diesbezüglich an. Die Muslimbrüder waren aber durch Gruppen wie den Islamischen Jihad und einen deutlichen Machtzuwachs der schiitischen Islamisten immer stärkeren Radikalisierungsprozessen ausgesetzt[338].

Jassir Arafat erklärte während seines Gespräches mit Erich Honecker im März 1982: „Leider ist der Ruf der Araber nicht gut, aufgrund der arabischen Uneinigkeit. Es ist soweit gekommen, dass wir jetzt allein stehen, gegenüber der israe-

[333] Vgl. Nir, Berri, S. 3–60, 174–176; Olmert, Shi'is, S. 196–200; Bailey, Lebanon's Shi'is, S. 219–225; Norton, Amal, S. 206f.; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 117f.; Badran, Militia Wars, S. 46; Webman, Hizballah, S. 3; Qassem, Hizbullah, S. 55–58; Sirriyeh, Hizbullah, S. 40f.; Nir, Lebanese Shi'a, S. 182f.; Gambill, Islamist Groups, S. 132; Milton-Edwards, Islamic Fundamentalism, S. 86f.; Sayigh, Struggle, S. 323. Vgl. auch Wehr, Arabisches Wörterbuch, S. 43.

[334] Vgl. Nir, Berri, S. 11–40, 53–60, 174–176; Norton, Amal, S. 208–214; Bailey, Lebanon's Shi'is, S. 221–227; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 118f.; Sirriyeh, Hizbullah, S. 40f.; Badran, Militia Wars, S. 46f.; Qassem, Hizbullah, S. 55–58, 62.

[335] Vgl. Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 87–156; Goodarzi, Syria and Iran, S. 51–61; Bailey, Lebanon's Shi'is, S. 219–225; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 91–96, 108–112; Barghouti, Islamist Movements, S. 168f.; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 70–72; Nir, Berri, S. 27.

[336] So Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 141.

[337] Zum Konflikt zwischen der Muslimbruderschaft u. der Fatah vgl. Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 29f., 44f.; Croitoru, Hamas, S. 58–64; Jensen, Hamas, S. 97–100.

[338] Vgl. Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 69–72; Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 12f.; Jensen, Hamas, S. 17f.; Croitoru, Hamas, S. 53–64; Rekhess, West Bank, S. 95f.

lisch-amerikanischen Kriegsmaschinerie. […] Und es wäre gut, wenn die Freunde daran [am Kampf] teilnehmen könnten, damit auch sie daraus lernen."[339] Honecker entgegnete: „Entscheidend ist, wie das auch Genosse Arafat hier schon zum Ausdruck gebracht hat, die Wiederherstellung der Solidarität der Araber für die Lösung des Nahostproblems."[340] Die Aussage Arafats, die PLO stehe allein, bezog sich ausschließlich auf die veränderte syrische Haltung. Denn nur Syrien war bereits mit mehreren Tausend Soldaten im Libanon präsent und verfügte über die Kapazitäten, der PLO militärischen Beistand gegen israelische Angriffe zu gewähren. Assad war es, der von Arafat 1980 verlangt hatte, sich auf die syrisch-libysch-iranische und nicht die saudisch-jordanisch-irakische Seite zu stellen. Die PLO konnte im Frühjahr 1982 aber nicht auf dessen Unterstützung zählen. Arafat formulierte daher gegenüber Honecker angesichts der entstandenen Spannungen mit Assad die klare Forderung, Ost-Berlin müsse von seinem syrischen Partner verlangen, der PLO zu helfen. Honecker sagte im März 1982 jedoch nicht zu, sich in Damaskus für mehr Solidarität Assads einzusetzen – obwohl man in der DDR klar erkannte, welche Rolle Syrien bei den schiitischen Angriffen auf die Palästinenser im Libanon spielte[341].

Die Intervention Israels und der Abzug Arafats

Am 6. Juni 1982 begann die israelische Armee eine Offensive im Libanon, um die fortwährenden palästinensischen Angriffe auf den Norden Israels zu beenden sowie das drei Tage zuvor erfolgte Attentat auf den israelischen Botschafter in Großbritannien zu vergelten[342]. Die Regierung Begin wollte nicht, wie in der vorangegangenen Operation 1978, lediglich einen Teil Südlibanons einnehmen, sondern hatte sich bereits seit mehreren Monaten darauf vorbereitet, die Palästinensische Befreiungsorganisation als politischen Akteur endgültig zu zerschlagen und nach dem Ende der Konfrontation die christlich geführte libanesische Regierung zum Abschluss eines bilateralen Friedensvertrages zu bewegen[343]. Der Krieg im Libanon 1982 war der erste Konflikt seit 1948, bei dem Israel sich nicht gegen die Armee eines arabischen Staates, sondern gegen paramilitärische Verbände zur Wehr setzte. Mit rund drei Monaten andauernder Kämpfe war er zudem die bis dahin am längsten ausgetragene militärische Konfrontation in der Geschichte des jüdischen Staates[344]. Die israelische Armee zog sich im Jahr 2000 vollständig aus dem

[339] So SAPMO-BArch, DY 30/2499, Niederschrift, 09. 03. 1982, Bl. 42, 44.
[340] So ebd., Bl. 54.
[341] In einem Bericht der Vertretung Beirut nahmen die Diplomaten der DDR im April 1982 explizit Bezug auf die syrische Unterstützung der schiitischen Amal-Miliz u. deren Kampf gegen die Palästinenser sowie die „fortschrittlichen Kräfte", vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1477/03, Schreiben der Botschaft Beirut an das MfAA, 12. 04. 1982.
[342] Vgl. Sharon, Warrior, S. 455; Sayigh, Struggle, S. 523.
[343] Vgl. Sharon, Warrior, S. 447–496; Inbar, Agreement, S. 73; Smith, Conflict, S. 365–371; Gainsborough, Conflict, S. 226 f.; Kaufman, Litani to Beirut, S. 30–36; Sayigh, Struggle, S. 515–523, 531; Catignani, Counter-Insurgency, S. 70–73; Bailey, Lebanon's Shi'is, S. 219; Kapeliouk, Arafat, S. 189.
[344] Vgl. Sharon, War, S. 400; Catignani, Counter-Insurgency, S. 68–73; Dinstein, War, S. 268–273; Sharon, Warrior, S. 494.

Libanon zurück[345]. Nicht erst am Ende dieser 18-jährigen Besatzungszeit, die über 1000 gefallene Soldaten forderte, wandelte sich das Fremd- und Selbstbild der israelischen Streitkräfte in- und außerhalb Israels. Dies geschah vielmehr bereits im Zusammenhang mit der im Sommer 1982 erstmals umfassend angewandten neuen Militärdoktrin, die unter konservativer Führung Menachem Begins einen Weg suchte, einen asymmetrisch kämpfenden, nichtstaatlichen Akteur zu bezwingen[346].

Das 1978 vorangegangene begrenzte Eingreifen im Libanon hatte gezeigt, dass ein militärischer Sieg über die palästinensischen Verbände nur dann erreichbar war, wenn Israel die Stärke der eigenen Truppen mindestens verdoppelte und diese den gegnerischen Einheiten bis in die Städte, vor allem nach Beirut, nachsetzten, um sie dort zu stellen. Der letzte Schritt eines solchen Vorgehens bedingte dann allerdings massive militärische Gewalt, angewandt auf einer dicht von Zivilisten besiedelten Fläche, bevor Soldaten Straße um Straße einzunehmen hatten. Israel musste in diesem Fall von hohen eigenen Verlusten und einem unsicher zu prognostizierenden Einsatzverlauf ausgehen[347]. Bereits ab dem 12. Juni begann die israelische Armee, Beirut einzuschließen. Wenige Tage später hatte sie erstmals eine arabische Hauptstadt unter Kontrolle. Die Truppen belagerten die Stadt für die folgenden zwei Monate und kooperierten dabei mit den libanesischen Christen. Aufgrund dieser Lage trat die Situation ein, dass Arafat und die PLO-Führung im muslimischen Westteil Beiruts gefangen waren zwischen den christlichen Milizen im Osten der Stadt und der israelischen Armee im Süden sowie vor der Küste, im Norden und Westen[348].

Einen Tage nach Kriegsbeginn verhandelte US-Botschafter Philip Habib zum ersten Mal mit der Regierung Begin in Jerusalem. Der amerikanische Präsident hatte ihn erneut entsandt, um mäßigend auf Israel einzuwirken[349]. Habib war davon überzeugt, dass dieser neue Konflikt allein von der „Besessenheit" des israelischen Verteidigungsministers Ariel Sharon, die PLO endgültig zu schlagen, bestimmt wurde[350]. Zudem ging er davon aus, dass Sharon und Bashir Gamail, einer der einflussreichen Anführer der libanesischen Christen und spätere Präsident des Libanon, sich darauf verständigt hatten, dass mit dem Erreichen Beiruts nicht israelische Truppen in den westlichen Stadtteil vorrücken sollten, sondern christ-

[345] Vgl. Catignani, Counter-Insurgency, S. 89.

[346] Vgl. Cohen, Israel, S. 56–58; Catignani, Counter-Insurgency, S. 68–79, 89; Boykin, Peacemaker, S. 312; Kaufman, Litani to Beirut, S. 32–37; Spyer, Israel, S. 195; Timm, Davidstern, S. 282; Sobelman, Hizbullah, S. 51–65; Sirriyeh, Hizbullah, S. 46; Kurz, Fatah, S. 98 f.; Goodarzi, Syria and Iran, S. 128; Sharon, War, S. 400 f.

[347] Vgl. Kaufman, Litani to Beirut, S. 26–34; Catignani, Counter-Insurgency, S. 69–73; Boykin, Peacemaker, S. 71 f. 1978 marschierte Israel mit etwa 25 000 Mann in den Libanon ein, im Juni 1982 belief sich die Stärke auf das Drei- bis Vierfache, vgl. Schenker, Lebanon Issue, S. 217; Sayigh, Struggle, S. 524; Kapeliouk, Arafat, S. 200; Spyer, Israel, S. 198; Sharon, Warrior, S. 425 f., 447–456.

[348] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 528–532; Gainsborough, Conflict, S. 226–230; Smith, Conflict, S. 365–372; Kaufman, Litani to Beirut, S. 33; Boykin, Peacemaker, S. 71, 77, 205; Khalidi, Siege, S. 57.

[349] Vgl. Boykin, Peacemaker, S. 61; Sharon, Warrior, S. 461–492; Dan, Sharon, S. 99–107.

[350] Vgl. Boykin, Peacemaker, S. 78.

liche Verbände[351]. Sharon bestreitet in seiner Autobiografie derartige Absprachen zwischen ihm und Gamail; Mitte Juni 1982 wurde es vonseiten der Christen abgelehnt, Israel eine militärische Unterstützung zu gewähren, da eine solche Kooperation unabsehbare innenpolitische Konsequenzen für die Erhaltung der Einheit des Libanon nach sich gezogen hätte[352].

Weil innerhalb der israelischen Führung keine Einigkeit über die militärischen wie politischen Risiken eines Häuserkampfes beziehungsweise den Nutzen der Tötung Arafats bestand, gelang es Habib durch permanenten amerikanischen Druck, unterbrochen von schweren Luft- und Artillerieangriffen der israelischen Armee, bis Mitte August 1982 eine Lösung zu erreichen, die sowohl für die Regierung Begin als auch für Jassir Arafat einen akzeptablen Kompromiss darstellte[353]. Geschützt von amerikanischen, italienischen, spanischen, griechischen und französischen Soldaten durften rund 15 000 eingeschlossene Kämpfer Beirut verlassen[354]. Etwa 3000 gehörten den syrischen Einheiten der Palästinensischen Befreiungsarmee oder den von Präsident Assad kontrollierten Kräften der PLO an, circa 3600 der syrischen Armee; 8400 waren Angehörige der Fatah[355]. Letztere verließen Beirut per Schiff und reisten nach Tunesien, Sudan, Algerien oder Südjemen[356]. Die übrigen Verbände zogen sich auf dem Landweg nach Damaskus zurück. Nur ihnen hatte das syrische Regime erlaubt einzureisen, der PLO/Fatah wurde es untersagt[357].

Der Auszug aus dem Libanon stellte für die Palästinensische Befreiungsorganisation einen doppelten Verlust dar: den ihrer operativen Basis und – zum ersten Mal in ihrer Geschichte – den ihres geografischen Bezuges zu Palästina. Von nun an leitete Arafat seinen Kampf gegen Israel aus einem arabischen Land an der

351 Vgl. ebd., S. 77; Dan, Sharon, S. 97 f.; Bailey, Lebanon's Shi'is, S. 219; Kapeliouk, Arafat, S. 202; Report of the Commission of Inquiry into the events at the refugee camps in Beirut, 08. 02. 1983, in: State of Israel, Israel's Foreign Relations, www.mfa.gov.il/MFA (13. 06. 2012).

352 Vgl. Boykin, Peacemaker, S. 77; Sharon, Warrior, S. 427 f., 437–442, 471 f., 495–500; Dan, Sharon, S. 97 f., 104; Smith, Conflict, S. 369–372; Gerges, Lebanon, S. 96; Gowers/Walker, Myth, S. 201 f.; Kapeliouk, Arafat, S. 202; Bailey, Lebanon's Shi'is, S. 219–230.

353 Zu den Verhandlungen u. dem israelischen Vorgehen in Beirut vgl. Boykin, Peacemaker, S. 100–151, 232–264; Dan, Sharon, S. 102–107; Kapeliouk, Arafat, S. 203–211. Dan, Sharon, S. 101 f., gibt an, dass israelische Sicherheitsdienste im Sommer 1982 gegen eine Tötung Jassir Arafats votiert hätten u. sich damit einem durch den Ministerpräsidenten u. den Verteidigungsminister erteilten Befehl entzogen. Die amerikanische Lösung sei infolgedessen als naheliegendste politische Option verblieben.

354 Vgl. Boykin, Peacemaker, S. 263; Dan, Sharon, S. 101 f.; Kapeliouk, Arafat, S. 211–213; Spiegel, Conflict, S. 416–418; Schenker, Lebanon Issue, S. 217 f.; Sayigh, Struggle, S. 528–539; Rubin, Revolution, S. 89–93.

355 Vgl. Boykin, Peacemaker, S. 263; Kurz, Fatah, S. 103; Sharon, Warrior, S. 495.

356 Einzelne Einheiten Arafats zogen sich auch in den Irak u. nach Jordanien zurück, vgl. Sayigh, Struggle, S. 537 f.; Kapeliouk, Arafat, S. 211–213; James F. Clarity: Arafat Sails away as Syrian Troops Leave West Beirut, in: NYT, 31. 12. 1982, S. A1 f.

357 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 537; Kapeliouk, Arafat, S. 211–215; Spiegel, Conflict, S. 416 f.; Gowers/Walker, Myth, S. 217–222; James F. Clarity: Syrian-Led Forces Quits West Beirut, in: NYT, 28. 08. 1982, S. A1 f.; Henry Tanner: First Guerrilla Land Convoy Welcomed Warmly in Syria, in: NYT, 28. 08. 1982, S. A4; Henri Pierre: La Syrie refuse „définitivement" d'accueillir les Palestiniens, in: Le Monde, 17. 07. 1982, S. 1 f.

Küste Nordafrikas. Außerdem musste er fast alle Waffen und Ausrüstung in Beirut zurücklassen, sofern er sie nicht ohnehin in den Kämpfen verloren hatte[358]. Von prinzipieller Bedeutung für den Fortgang des israelisch-palästinensischen Konfliktes in den kommenden Jahren waren aber zwei andere Dinge: Zum einen war das Bündnis zwischen Arafat und der Sowjetunion nach dem Sommer 1982 zum Zerreißen gespannt und zum anderen hatte Syrien de facto eine innerpalästinensische Teilung erreicht, indem Damaskus nur „progressive" Palästinenser, nicht aber die Fatah-Einheiten unterstützt hatte. Bereits Anfang Juli 1982 war ein erster Plan Habibs zum Ende der Belagerung Beiruts daran gescheitert, dass Assad sich weigerte, Arafat und die Fatah aufzunehmen[359].

Unumwunden bekannte sich der syrische Präsident im Oktober 1982 gegenüber Erich Honecker zu seiner während des Libanonkrieges vertretenen Position: „Zunächst haben wir eindeutig klargemacht, dass wir nicht gestatten werden, Kämpfer von Beirut nach Syrien zu bringen. Uns ging es darum, die Geschlossenheit zu unterstützen und den USA deutlich zu machen, dass die Palästinenser keinen Platz haben, wo sie hin können. Habib hat wiederholt gebeten, dass Syrien Palästinenser aufnimmt. Es gibt dazu sogar einen persönlichen handgeschriebenen Brief Reagans, in dem er darum bittet, dass Syrien einen Beitrag zur Sicherheit in Libanon leistet, indem es die Palästinenser aufnimmt. Diese Bitte wurde von mir zurückgewiesen. […] Wir erhielten einen Brief von Arafat, in dem er uns bat, 2600 palästinensische Kämpfer aufzunehmen. Parallel dazu erreichte uns die Bitte von fortschrittlichen palästinensischen Organisationen, die uns in gleicher Weise baten. Daraufhin wurde nach gründlicher Beratung dieser Bitte entsprochen, da eine neue Situation entstanden war."[360]

Noch deutlicher konnte Assad kaum zum Ausdruck bringen, dass er Arafat ausgeliefert hatte. Nur den Bitten der „fortschrittlichen palästinensischen Organisationen", das heißt, den Einheiten der PLA unter syrischem Befehl und der Saiqa sowie der PFLP-GC, war entsprochen worden. Assad wollte die Chance des Libanonkrieges nutzen und die Palästinensische Befreiungsorganisation unter seine Kontrolle bringen. Die Fatah und Arafat waren innerhalb der PLO zu isolieren, zu destabilisieren und abzusetzen. Und Assad hatte Ende August tatsächlich eine erste Spaltung innerhalb der PLO erreicht: in diejenigen Palästinenser, die per Schiff den Libanon unter Führung Arafats verließen und die „Progressiven", denen er

[358] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 545; Kapeliouk, Arafat, S. 211–215; Spiegel, Conflict, S. 416f.

[359] Vgl. Boykin, Peacemaker, S. 221; Kapeliouk, Arafat, S. 215; Khalidi, Siege, S. 152; Spiegel, Conflict, S. 416f.; Henri Pierre: La Syrie refuse „définitivement" d'accueillir les Palestiniens, in: Le Monde, 17. 07. 1982, S. 1f. Mitte Juni 1982 hatten Israel u. Syrien ein Waffenstillstandsabkommen vereinbart. Israel gelang es in der Folge, die Verbindung zwischen Damaskus u. Beirut zu unterbrechen, eine Voraussetzung des Einschlusses der libanesischen Hauptstadt, vgl. Sharon, Warrior, S. 455–480; ders., War, S. 401; Kapeliouk, Arafat, S. 215.

[360] So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1532/03, Niederschrift, 11./12. 10. 1982. Der Libanon verlangte im Juli 1982 den Abzug der syrischen Truppen, die offiziell im Juni 1976 auf Einladung der damaligen libanesischen Regierung einmarschiert waren. Damaskus reagierte nicht auf diese Forderung. Die syrische Armee befand sich bis zu ihrem Abzug im Jahr 2005 ohne Einwilligung der libanesischen Seite im Land, vgl. Pogany, Peacekeeping, S. 145; Lundgren Jörum, Beyond the Border, S. 107.

die Einreise gewährte[361]. Syriens Passivität während der Kämpfe in Beirut hatte Arafat dazu gedrängt, einer amerikanischen Lösung zuzustimmen. Nicht Damaskus oder der Kreml garantierten für die persönliche Sicherheit Arafats während der Ausweisungsoperation Ende August 1982 von Beirut und hielten Israel davon ab, die palästinensischen Einheiten militärisch zu vernichten, sondern Washington. Jassir Arafat verließ, begleitet von fünf griechischen Offizieren, auf einer griechischen Fregatte und unter Aufsicht internationaler Truppen mit rund 8500 Mann den Libanon[362]. Als ersten Aufenthaltsort wählte er zunächst auch nicht Tunis, sondern Athen[363]. Der EG-Staat Griechenland hatte der PLO/Fatah seine uneingeschränkte Unterstützung ausgesprochen; die erste Tagung des Exekutivkomitees nach dem Krieg im Libanon, die ohne die syrischen Mitglieder stattfand, hielt Arafat in der griechischen Hauptstadt ab[364].

Weder Moskau noch Ost-Berlin hatten im Sommer 1982 etwas gegen das syrische Vorgehen unternommen; die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten verweigerten der Palästinensischen Befreiungsorganisation jede Unterstützung in ihrer Auseinandersetzung mit Assad[365]. Dieses Dulden war dafür verantwortlich, dass sich der Einfluss Syriens auf die innerpalästinensische Machtverteilung zuungunsten der Fatah verändert hatte[366]. Dass ein ähnlicher Versuch wie 1976 unternommen worden wäre, als Breschnew mehrere Briefe an den syrischen Präsidenten gerichtet und ihn aufgefordert hatte, seinen Kampf gegen die PLO und die palästinensischen Einheiten einzustellen, ist nicht bekannt. 1982 war dies aus öffentlichkeitswirksamer Sicht auch nicht notwendig, da Israel als „Aggressor" galt, der die Palästinenser angriff. Assads Entscheidungen wirkten sich 1982 allerdings politisch und militärisch viel drastischer aus als seine Bekämpfung Arafats 1976. Damaskus war für die schwerste Krise in der Geschichte der Palästinensischen Befreiungsorganisation mindestens ebenso verantwortlich wie das militärische Vorgehen Israels. Die Palästinenser wurden von Menachem Begin und Hafiz al Assad zugleich bekämpft und nur von Washington unterstützt, nicht aber von Moskau[367].

361 Vgl. Kapeliouk, Arafat, S. 211–215, 228–231; Sharif, Arafat, S. 115 f.; Spiegel, Conflict, S. 416–418; Sayigh, Struggle, S. 528–539.

362 Vgl. Boykin, Peacemaker, S. 261 f.; Rubin/Rubin, Arafat, S. 91 f.; Le départ de M. Arafat de Beyrouth, in: Le Monde, 01. 09. 1982, S. 3.

363 Vgl. Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 234; Miller, PLO Factor, S. 141; Rubin/Rubin, Arafat, S. 91; Rubin, Revolution, S. 58; Le départ de M. Arafat de Beyrouth, in: Le Monde, 01. 09. 1982, S. 3; Arafat in Greece in Snub to Arabs, in: NYT, 02. 09. 1982, S. A10.

364 Vgl. Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 234; Miller, PLO Factor, S. 139, 141; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 72, 106; Arafat in Greece in Snub to Arabs, in: NYT, 02. 09. 1982, S. A10.

365 Vgl. Boykin, Peacemaker, S. 140; Gowers/Walker, Myth, S. 222; Avi-Ran, Involvement, S. 153; Freedman, Soviet Union, S. 180; Khalidi, Siege, S. 39 f., 165; Ma'oz/Yaniv, On a Short Leash, S. 202; Rubin, Revolution, S. 58–61.

366 Vgl. Freedman, Moscow, S. 138–144; Dannreuther, Soviet Union, S. 118; Khalidi, Siege, S. 34 f.; Weingardt, Nahostpolitik, S. 265; Navon, From Kippur to Oslo, S. 27. Vgl. auch Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 140.

367 Vgl. Freedman, Moscow, S. 138–144; ders., Soviet Union, S. 174; Gowers/Walker, Myth, S. 222; Rubin, Revolution, S. 57; Weingardt, Nahostpolitik, S. 261. Vgl. auch Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 140–144.

Am Vorabend des Libanonkrieges, so Rashid Khalidi, ein palästinensischer Wissenschaftler, der im Sommer 1982 in Beirut war und in seinem Buch die Vorgänge schildert, „P.L.O. leadership apparently calculated that Assad was irremediably hostile, and in any case was not about to make any military or strategic sacrifices on behalf of the P.L.O. if it was attacked. They thus seem to have chosen as in 1978 and 1981: rely on their own resources to hang on as long as possible, while depending on Saudi mediation with the U.S. to halt the Israelis eventually."[368] Über die Verhandlungen, in denen sich die PLO bemühte, Hilfe und Unterstützung von Syrien und der Sowjetunion zu erhalten, schreibt Khalidi, dass Mitte Juli 1982 ein letzter Versuch unternommen worden sei, Hilfe zu erbitten: „Arafat thereupon stalked out of the meeting in disgust, refusing to associate himself with the proposal because of his certainty, that nothing could be expected of either power. The two messages were then drafted and dispatched. The Soviet response was rapid: there was nothing the USSR could do. […] Assad did not reply directly: apparently embarrassed by a direct appeal in which the P.L.O. told him they would hold out in Beirut if he told them to do so, he let it be known on August 10, via the director of the Office of the President, that he would not respond."[369]

Bassam Abu Sharif, ein ehemaliger hoher Funktionär der PFLP, der Ende der 1980er Jahre zur Fatah übertrat und schon in den Jahren zuvor bekannt für seine Pro-Fatah-Linie sowie für seine guten Kontakte nach Moskau war, beschreibt in seinen Memoiren einen am 17. Juli 1982 gemeinsam mit Arafat wahrgenommenen Termin beim sowjetischen Botschafter in Beirut. Dieser habe seinen Gästen folgende Nachricht des Kreml verlesen: „Soviet intervention is not possible, whether for political, military or even humanitarian reasons. They [die Führung des Kreml] feel that if you have been offered the chance to leave Beirut on board a U.S. naval ship, then you should not hesitate to accept."[370] Noch drei Jahre später erklärte Jassir Arafat in einem Interview auf die Frage nach den Beziehungen zur Sowjetunion, ausgehend vom Libanonkonflikt 1982: „Große Staaten haben ihre Politik und ihre Berechnung. […] Ich verstehe, dass die Sowjets den syrischen Verbündeten dem palästinensischen Freund vorziehen."[371]

Trotz der ausgezeichneten Kontakte zu Syrien drängte auch Erich Honecker nicht auf eine Evakuierung der PLO/Fatah in das weniger als 40 Kilometer entfernte Damaskus. Im Gegenteil: Über Arafats erzwungene Flucht aus Beirut informierte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten die Partei- und Staatsführung der DDR ohne einen Hinweis auf die syrische Politik. Arafats anschließender Aufenthalt in Griechenland wurde als Vorgang bewertet, der wieder einmal die eigentlichen Absichten der Fatah zum Ausdruck bringe. Es hieß, der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO habe eine „noch offene Einladung der Papandreou-Regierung genutzt, um nach seiner Abreise aus Beirut als erstes Land

368 So Khalidi, Siege, S. 40.
369 So ebd., S. 165. Vgl. auch Freedman, Moscow, S. 138–144; Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 140.
370 So Sharif, Arafat, S. 94.
371 So Mustafa Nabil/Jusif al Qu'aid: Jassir Arafat im Gespräch mit Al Musawwar, in: Al Musawwar, 19. 07. 1985, S. 13 (arabischsprachiges Original).

den Nato-Staat Griechenland zu besuchen. […] Die Erwartungen Yassir Arafats sind gerichtet auf die Fortsetzung der politischen und materiellen Unterstützung sowie nach politischer Einflussnahme Papandreous auf die westeuropäischen Regierungen im Interesse der PLO. Damit überschätzt er dessen Möglichkeiten."[372] Selbst als das MfAA im Oktober 1982 feststellte, die Palästinensische Befreiungsorganisation werde von Syrien zwar „als einzig legitimierter Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannt", aber die „Beziehungen SAR-Führung – al Fatah [seien] belastet", ein „kritische[s], gestörte[s] Verhältnis zu Y. Arafat" sei deutlich geworden, bekannten sich die Ost-Berliner Diplomaten grundsätzlich zu Syrien, das die „Schlüsselstellung bei der Verhinderung einer proimperialistischen Regelung" des Nahostkonfliktes einnehme[373].

Für die DDR war die außenpolitische Gesamtbedeutung des Regimes in Damaskus bei Weitem wichtiger als sich schützend vor Arafat zu stellen. Euphemistisch setzte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten fort: „Im Verlauf der Aggression [gemeint war der Libanonkrieg 1982] haben sich die Widersprüche zwischen der PLO und Syrien vertieft", „die syrische Führung versucht […] eine Politik zu verfolgen, die nicht mit anderen arabischen Staaten und der PLO abgestimmt ist"[374]. Zu Recht stellte das MfAA heraus, Syrien wolle die Palästinensische Befreiungsorganisation als Vertreterin der Palästinenser erhalten[375]. Das Problem bestand für Assad nicht in der PLO als solcher, sondern vielmehr im politischen Einfluss *der* Fatah *auf* die PLO. Arafat und die Fatah erlaubten es Syrien nicht, den politischen Kurs der Palästinensischen Befreiungsorganisation festzulegen. Auch Honecker erklärte während seines Empfangs im Oktober 1982 in Damaskus, die Palästinensische Befreiungsorganisation sei nach ostdeutscher Meinung der legitime Repräsentant der Palästinenser[376]. Das bedeutete aber keineswegs, dass er damit eine politische Versicherung *für* Jassir Arafat und *die* Fatah abgab, um deutlich zu machen, dass die DDR keine Angriffe auf dessen Person oder eine von Syrien herbeigeführte Veränderung der Leitungsstruktur der PLO duldete.

Die Souveränität des PLO-Vorsitzenden kannte Grenzen und Honecker differenzierte erneut. Als Akteurin des nationalen „antiimperialistischen" Befreiungskampfes der Palästinenser anerkannt war *die* Palästinensische Befreiungsorganisation. Aber gleichzeitig stellte Assad den Vorsitz Arafats infrage, und die DDR erklärte sich mit diesem syrischen Vorgehen einverstanden, indem sie es duldete. Die Fatah-Führung der PLO war folglich das Problem, nicht die Organisation selbst. Für die PLO und deren Rechte einzustehen war für Honecker nicht gleichbedeutend mit dem Bekenntnis, die Politik der von der Fatah dominierten palästinensischen „Regierung" zu akzeptieren und die Entscheidungen des Exekutivkomitees unter Vorsitz Arafats nicht ändern zu wollen. Ganz im Gegenteil: Wenn

[372] So BArch, DN 11/6400, Information des MfAA, 09. 09. 1982.
[373] So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1532/03, Ländermappe Syrien, o. D., ca. Oktober 1982.
[374] So BArch, DN 11/6400, Information des MfAA, 09. 09. 1982.
[375] Vgl. ebd.
[376] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1532/03, Rede anlässlich des offiziellen Essens, Oktober 1982. Vgl. auch Timm, Davidstern, S. 285.

an der Spitze der PLO „reaktionäre" Kräfte die Überhand gewannen, dann war es die Pflicht der „Antiimperialisten" zu intervenieren.

Erich Honecker wurde im Oktober 1982 sogar von der Kommunistischen Partei Syriens aufgefordert, etwas gegen die Provokationen Assads zu unternehmen, die die Einheit der PLO bedrohten[377]. Aber auch den Vorsitzenden der syrischen KP ließ Honecker wissen, dass der Verantwortliche für die zwischen Syrien und der PLO „entstandenen Probleme" nach Meinung der SED Jassir Arafat selbst sei. Nicht das Handeln der Syrer, sondern die Politik der Fatah war die Ursache einer möglichen Spaltung der PLO[378]. Das hatte Erich Honecker auch gegenüber Assad bekräftigt, indem er immer wieder die gemeinsamen Interessen und gemeinsamen Positionen hervorhob, denen zufolge *die* Palästinensische Befreiungsorganisation die rechtmäßige Vertreterin der Palästinenser war, hingegen Jassir Arafat und die Fatah nicht würdigte. Er signalisierte also, dass die DDR zwar prinzipiell zur Institution „PLO" stand, dies aber nicht hieß, dass man mit ihrer aktuellen „Regierung" und deren Politik einverstanden war. Denn sonst hätte man ein Bekenntnis zu Arafat und dem Exekutivkomitee unter Kontrolle der Fatah abgelegt. Honecker ging Assad gegenüber niemals über die allgemeinen Feststellungen zur PLO hinaus. Er hielt es politisch nicht für opportun, Syrien für das Vorgehen gegen Arafat verantwortlich zu machen. Lediglich mit Arafat musste „offen gesprochen" werden, weil er eine „wichtige Bedeutung" bei der Lösung der Konflikte mit Assad besaß, er mit einer Korrektur vorangegangener, offenkundig falscher Entscheidungen also dazu beizutragen hatte, den Vorstellungen Syriens zu entsprechen[379].

Trotz der bekannten Auseinandersetzungen zwischen Damaskus und der Fatah verzichtete die DDR aber nicht nur auf ein politisches Eingreifen, sondern auch auf eine materielle Unterstützung Arafats, ganz besonders mit Waffen. Die im Frühjahr 1982 im Ost-Berliner Verteidigungsministerium angefragte Ausrüstung – die bereits während des Besuches der PLO-Delegation im Herbst 1981 erbeten worden war – stand, soweit Quellen es belegen können, während der Kämpfe im Sommer 1982 nicht zur Verfügung. Honecker unterstützte Arafat weder auf solidarischer noch auf kommerzieller Basis[380]. Am 8. Juni 1982, zwei Tage nach dem Beginn der israelischen Operation, wandte sich der palästinensische „Militärattaché", Abd al Manam al Amuri, an den Stellvertreter des Verteidigungsministers und Chef des Hauptstabes, Olivier Anders, der verantwortlich für die Vertragsverhandlungen des Außenhandelsbetriebes ITA mit der PLO war[381]. Während des Gespräches

[377] So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1532/03, Vermerk, 12. 10. 1982.
[378] So ebd.
[379] Vgl. ebd.
[380] Die gegenteilige Vermutung bei Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 336. Vgl. ebs. Herf, Undeclared Wars, S. 369. Zu den Quellen vgl. BArch, VA-01/42409, Vermerk, 08. 06. 1982, Bl. 143. Die SWAPO bezog im selben Zeitraum Waffen u. Munition im Wert von bis zu 3 Mio. Mark aus der DDR, vgl. Schleicher, SWAPO, S. 125.
[381] Vgl. BArch, VA-01/42409, Vermerk, 08. 06. 1982, Bl. 143. Amuri nahm seit Anfang 1982 die Aufgaben eines „Militärattachés" der PLO in der DDR wahr, sein offizieller Titel lautete „Bevollmächtigter der Streitkräfte der Palästinensischen Befreiungsorganisation in der Deutschen Demokratischen Republik". Er hielt sich bereits seit mehreren

verwies Anders darauf, dass Fragen rund um die mit der PLO-Delegation beratene ITA-Bestellung „noch nicht geklärt" seien[382]. Dabei bezog er sich auf die mögliche Lieferung von Raketenwerfern, Handgranaten und Munition[383]. Der Aktenvermerk des Verteidigungsministeriums hielt als Antwort Amuris fest: „Er betonte, dass er echte Freunde um Hilfe bittet, und auf Hilfe hofft."[384]

Diese Replik verdeutlicht, dass die DDR bis zum 8. Juni 1982 noch keine militärischen Lieferungen vorgenommen haben konnte. Nach dem Einschluss Beiruts war es praktisch unmöglich, die PLO zu erreichen. Ausweislich der MfS-Unterlagen erhielt die HV A im April und Juli 1982 unter anderem 2500 Maschinenpistolen, 800 000 Schuss Munition und 720 Handgranaten sowie einige Kilogramm Sprengstoff, die für die Palästinensische Befreiungsorganisation bestimmt waren[385]. Insgesamt bewilligte die Staatssicherheit der PLO/Fatah für das Jahr 1982 Ausgaben in Höhe von 500 000 Mark aus einem Etat von 14 Millionen Mark[386]. Allein der Südjemen erhielt beispielsweise militärische Güter für rund sechs Millionen Mark[387]. Da auch nach dem Sommer 1982 keine signifikanten Waffenexporte der DDR an Arafat bekannt sind, bedeutet dies, dass Erich Honecker konkrete Bitten ablehnte und die PLO/Fatah weder vor, während noch nach den Kämpfen im Libanon unterstützte, obwohl die SED laut Auskunft des Verteidigungsministers in diesem Jahr „spezielle Ausrüstung" im Wert von 465 Millionen Mark in das „nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet" exportieren ließ[388].

Am 12. Oktober 1982, als Erich Honecker sich noch in Damaskus aufhielt, bereitete sich der französische Außenminister Claude Cheysson auf sein Treffen mit Jassir Arafat vor[389]. Frankreich hatte die Evakuierung der PLO/Fatah aus Beirut wesentlich unterstützt und die Operation abgesichert[390]. Obwohl es nicht um einen Termin mit dem französischen Präsidenten ging, besaß dieses Gespräch mit Cheysson im Hinblick auf die Bewertung des ostdeutsch-palästinensischen Verhältnisses eine hohe Aussagekraft: Honecker hatte sechs Monate zuvor noch Arafats Frankreichpolitik hinterfragen können; nach den Ereignissen des Sommers war dies im Grunde nicht mehr möglich. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO hätte keine Ausflüchte mehr machen müssen, um die von Ost-Berlin offenbar nicht gern gesehene Beziehung mit Paris zu kaschieren.

Jahren in der DDR auf u. arbeitete an der PLO-Vertretung, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1727/95, Note der PLO, 06. 12. 1982; BArch, VA-01/42409, Vermerk, 24. 02. 1982, Bl. 148; BStU, MfS, HA II, 365, Bd. 2, Information, 22. 10. 1980, Bl. 3.

382 So BArch, VA-01/42409, Vermerk, 08. 06. 1982, Bl. 143.

383 Vgl. ebd.

384 So ebd.

385 Vgl. BStU, MfS, BCD, 2802, Beleg, 06. 04. 1982, Bl. 268; BStU, MfS, BCD, 2802, Beleg, 01. 07. 1982, Bl. 96; BStU, MfS, BCD, 2802, Beleg, 07. 07. 1982, Bl. 96.

386 Vgl. BStU, MfS, Abt. Finanzen, 1393, Statistik über Ausgaben 1982, o. D., Bl. 142 f.

387 Vgl. ebd., Bl. 143.

388 Vgl. BArch, DVW 1/114496, Schreiben des MfNV an Willi Stoph, 25. 03. 1982, Bl. 77.

389 Vgl. Francis Cornu: M. Cheysson a l'intention de rencontrer M. Arafat à Tunis, in: Le Monde, 13. 10. 1982, S. 7.

390 Vgl. Sebbane, Mendès France, S. 198–213; Miller, PLO Factor, S. 141; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 74–86; Rondot, France, S. 97 f.

Arafat würdigte auch Anfang September 1982 in Athen mehrfach öffentlich ausdrücklich die große politische Bedeutung und das Engagement Frankreichs während der Verhandlungen über den Rückzug der PLO aus Beirut und nannte Mitterrand einen „homme de parole“[391]. Der französische Präsident hielt sich zeitgleich mit Arafat in der griechischen Hauptstadt auf. Auch wenn es zu keiner Begegnung mit Mitterrand kam, übergab Jassir Arafat dem Pariser Botschafter in Athen eine Mitteilung für ihn[392]. Arafat traf sich offiziell, noch bevor er Honecker sah, mit Außenminister Cheysson; Faruq al Qaddumi hatte bereits am 15. Juli 1982, während der Kämpfe in Beirut, mit François Mitterrand gesprochen, um mit ihm gemeinsam die französische Intervention zugunsten Arafats vorzubereiten[393]. Qaddumi kam zu diesem Zweck weder nach Moskau noch nach Ost-Berlin. Und entsprechend bedankte sich Arafat öffentlich vor der internationalen Presse nicht bei Erich Honecker und der DDR für deren Unterstützung, sondern bei Frankreich.

Nicht nur die Gespräche, die die PLO beziehungsweise DDR-Seite vor der Begegnung Honeckers und Arafats führten, verdeutlichten die politischen Veränderungen der ostdeutsch-palästinensischen Beziehung nach dem Libanonkrieg: Arafat reiste nach Jordanien, dem Gegner Syriens und Verbündeten der Vereinigten Staaten, Salah Khalaf traf Bruno Kreisky und Arafat Claude Cheysson, während Honecker in Damaskus einen „neuen Meilenstein“ im Verhältnis zu Syrien setzte[394]. Auch der Ort dieses zweiten Treffens zwischen dem Generalsekretär der SED und dem Vorsitzenden der PLO, sechs Monate nach dem Empfang in Ost-Berlin, machte die Ironie dieses Moments deutlich. In Kuwait, einem der Zentren des „reaktionären“ Einflusses auf die Palästinensische Befreiungsorganisation, in das Arafat flüchten musste, um neue politische Unterstützung zu mobilisieren, nachdem der sozialistische „Schlüsselstaat“ Syrien dazu übergegangen war, seine Stellung innerhalb der PLO anzugreifen, versicherte Honecker, die DDR unterstütze Arafat[395]. Sich auf diese verbale Garantie zu verlassen, hätte bedeutet, die politische Realität zu ignorieren.

Es war zudem grotesk, wenn Honecker gegenüber Arafat im Herbst 1982 Solidarität und politischen Rückhalt als Selbstverständlichkeit darstellte, dann aber ankündigte, die DDR verstehe darunter praktisch eine Million Mark und 82 Plät-

[391] Arafat würdigte Mitterrands Haltung öffentlich u. a. mit den Worten: „Je suis reconnaissant à François Mitterrand de son action durant toute cette période car il est resté un homme de parole“, sowie „Des Palestiniens à l'égard de l'attitude amicale et courageuse de président et du peuple française“, vgl. Le départ de M. Arafat de Beyrouth, in: Le Monde, 01. 09. 1982, S. 3; Jean-Marie Colombani: M. Arafat exprime sa „reconnaissance“ pour „l'attitude amicale et courageuse du président et du peuple française“, in: Le Monde, 03. 09. 1982, S. 4.

[392] Vgl. Jean-Marie Colombani: M. Arafat exprime sa „reconnaissance“ pour „l'attitude amicale et courageuse du président et du peuple française“, in: Le Monde, 03. 09. 1982, S. 4; L'Évolution de la crise Libanaise, in: Le Monde, 01. 09. 1982, S. 3.

[393] Vgl. Khalidi, Siege, S. 154; Miller, PLO Factor, S. 141.

[394] So Erklärung von Erich Honecker vor der Presse in Damaskus, in: ND, 12. 10. 1982, S. 1.

[395] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1532/03, Empfehlung für ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, o. D.

ze für die Verwundetenversorgung[396]. „Mit all ihren Möglichkeiten", so Erich Honecker, würde die DDR die PLO „weiterhin" unterstützen[397]. Dass eine Million Mark und die medizinische Behandlung von rund 80 Kämpfern Arafats alles sein sollte, was das SED-Regime angesichts der Ergebnisse des Libanonkrieges zugunsten der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu leisten vermochte, traf selbstverständlich nicht zu. Zum Vergleich: Die SWAPO erhielt 1982 gemäß den Statistiken des Solidaritätskomitees eine Unterstützung im Wert von zwölf Millionen Mark[398]. Auch mit Devisen bezahlte Verkäufe an die PLO/Fatah fanden, trotz Mahnung seitens der Palästinenser, nicht statt. 1976, als Arafat und Assad sich im Libanon zum ersten Mal militärisch bekämpft hatten, gewährte Honecker der Palästinensischen Befreiungsorganisation noch eine solidarische Hilfe im Gegenwert von 18 Millionen Mark[399]. Jassir Arafat wurde im Jahr 1982 somit eine politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung zuteil, die weit unterhalb dessen lag, was vonseiten der DDR hätte geleistet werden können und die im Verhältnis zum Bedarf Arafats verschwindend gering war. Dabei wurden auch konkrete Bitten der PLO/Fatah, wie unter anderem der Bezug von Waffen und Munition, von Ost-Berlin nicht erfüllt.

Erich Honecker und Jassir Arafat begegneten sich im Oktober 1982 auch nur zufällig, da sich Arafat zeitgleich mit Honecker zu politischen Konsultationen in Kuwait aufhielt[400]. Der Termin kam weder so zielgerichtet zustande wie der dreitägige Staatsbesuch Honeckers in Syrien noch wurde ihm eine annähernd so große politische Bedeutung verliehen[401]. Dass sowohl das ZK der SED als auch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten im Herbst 1982, nach der Niederlage der PLO im Libanon, eine fast achttägige Nahostreise Erich Honeckers planten, die nur nach Syrien, Zypern und Kuwait führen sollte und keine im Vorfeld bekannt gegebenen Gespräche mit Jassir Arafat vorsah, kam einer politischen Wertung gleich[402]. Dass Honecker Arafat letztlich für weniger als 30 Minuten empfing, ohne mit ihm gemeinsam öffentlich aufzutreten und alle besprochenen Inhalte in wenigen Zeilen zusammenzufassen, brüskierte den Vorsitzenden der

396 Vgl. BArch, DZ 8/246, Solidaritätsmaßnahmen gegenüber der PLO, August 1982. Die Bundesrepublik zahlte im Jahr 1982 ca. 4,2 Mio. US-Dollar an die UNRWA, vgl. die OECD-Angaben, http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TABLE2A (24. 07. 2012).

397 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1532/03, Empfehlung für ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, o. D.

398 Vgl. BArch, DZ 8/552, Einschätzung über Solidaritätsleistungen gegenüber SWAPO-Namibia, 23. 01. 1984.

399 Vgl. BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984.

400 Vgl. Emmanuel Jarry: M. Arafat en Jordanie, in: Le Monde, 12. 10. 1982, S. 8; Habib, Hussein, S. 49.

401 Zur Faktenmeldung vgl. Werner Micke/Lothar Pilz: Treffen Erich Honeckers mit Yasser Arafat, in: ND, 18. 10. 1982, S. 1. Vgl. demgegenüber die Berichterstattung über den Aufenthalt in Syrien: ND, 12. 10. bis 15. 10. 1982.

402 Zur Bekanntgabe der Reiseziele u. Gesprächspartner Honeckers vgl. ADN: Staatsbesuche Erich Honeckers in Syrien, Zypern und Kuwait, in: ND, 06. 10. 1982, S. 1; ADN: Erich Honecker reist heute zu offiziellem Freundschaftsbesuch in die Syrische Arabische Republik, in: ND, 11. 10. 1982, S. 1.

PLO[403]. Als die DDR entschied, über bestehende Vereinbarungen hinaus mit Syrien im Oktober 1982 ein „Programm über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit" abzuschließen, das bis 1990 gelten und die „wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit […] wesentlich" erweitern sollte, traf Honecker nicht minder eine politische Entscheidung gegen Arafat, denn der PLO wurde zeitgleich nur eine Million Mark übergeben[404]. Die Beteuerungen und politischen Garantien, die das SED-Regime Arafat verweigerte, Assad aber zugestand, mussten für die PLO/Fatah als ein Zeichen gelten, dass eine nachhaltige Veränderung in den ostdeutsch-palästinensischen Beziehungen eingesetzt hatte[405].

Die Exportgeschäfte mit Syrien erreichten 1982 einen Umfang von rund 370 Millionen Valutamark und sollten im Folgejahr auf 423 Millionen Valutamark erhöht werden[406]. Im Nachgang der Ereignisse des Sommers waren diese neuen Abkommen selbstverständlich nicht nur Ausdruck einer deutlichen Präferenz für Syrien, sondern entsprachen auch einer realpolitischen Kalkulation zugunsten des Partners, der rentablere Geschäfte versprach. Möglicherweise stand hinter diesen besonderen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der DDR auch die Überlegung, das Irangeschäft weiter auszubauen, das Syrien aufgrund der schiitischen Allianz mit Teheran günstig beeinflussen konnte. Im Jahr 1982 belief sich die Höhe des iranischen „Exportplans" auf annähernd 600 Millionen Valutamark[407].

Der Beginn der radikalen Anti-Fatah-Politik Syriens und der Musa-Salah-Putsch

Nachdem einer der engsten Vertrauten Arafats Ende Oktober 1982 als Mitglied einer jordanischen Delegation in die USA geflogen war und sich der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO kurze Zeit später erneut mit König Hussain getroffen hatte, um politische Alternativen, insbesondere mit Blick auf das Verhältnis zwischen den Palästinensern und der jordanischen Regierung, zu sondieren, veröffentlichten die PLO und Jordanien am 26. Dezember 1982 eine gemeinsame

[403] Zum Treffen Honeckers mit Arafat vgl. Werner Micke/Lothar Pilz: Treffen Erich Honeckers mit Yasser Arafat, in: ND, 18. 10. 1982, S. 1. Vgl. Timm, Davidstern, S. 285, u. Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 338, die dieses Treffen als Beweis der engen Partnerschaft zwischen der DDR u. der PLO werten. Ähnlich urteilt Bengtson-Krallert, DDR, S. 210.

[404] Vgl. BArch, DL 2/17338, Teil 4, Programm zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen u. wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, 14. 10. 1982; BArch, DL 2/17338, Teil 4, Vereinbarte Niederschrift zur Entwicklung u. Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der DDR u. der SAR, 14. 10. 1982.

[405] Vgl. die den syrisch-palästinensischen Konflikt um die Person Arafats u. dessen Konsequenzen für die ostdeutsche Politik im Herbst 1982 vernachlässigende Analyse bei Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 338 f., sowie Herf, Undeclared Wars, S. 370–377, 415–435. Vgl. ebs. die inadäquate Darstellung von Bengtson-Krallert, DDR, S. 209 f.

[406] Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/997, Vorlage, 17. 12. 1982, Bl. 91.

[407] Vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/996, Vermerk, 24. 06. 1982, Bl. 62.

Vier-Punkte-Vereinbarung[408]. Mit dieser Erklärung bekannten sie sich zu den Ergebnissen des vorangegangenen arabischen Gipfels von Fez und der Teilnahme einer jordanisch-palästinensischen Delegation an zukünftigen Verhandlungen zur Lösung des Nahostkonfliktes[409].

Der Fez-Plan, der in der gleichnamigen marokkanischen Stadt maßgeblich von Jordanien und Saudi-Arabien ausgearbeitet worden war, brachte eine implizite arabische Anerkennung Israels zum Ausdruck und stellte die Reaktion der sunnitisch-arabischen Gemeinschaft auf die Initiative von US-Präsident Ronald Reagan dar[410]. Reagan bekannte sich darin zu den Verträgen von Camp David und damit auch dazu, dass es einen Frieden zwischen Israel und seinen bereits existierenden Nachbarstaaten geben musste[411]. Entscheidend war aber, dass der amerikanische Präsident erklärt hatte: „But it is the firm view of the United States that self-government by the Palestinians of the West Bank and Gaza in association with Jordan offers the best chance for a durable, just, and lasting peace. We base our approach squarely on the principle that the Arab-Israeli conflict should be resolved through negotiations involving an exchange of territory for peace."[412]

Die aufgezeigte Lösung eines „self-government" der Palästinenser in den besetzten Gebieten in Verbindung mit Jordanien – also die jordanische Option – widersprach hingegen den Absichten Israels. Die Regierung Begin wollte im Sinne der Camp-David-Beschlüsse nur eine Autonomie garantieren. Eine souveräne Regierungsgewalt sollten die palästinensischen Bewohner der 1967 besetzten Gebiete nicht ausüben dürfen, auch nicht in Verbindung mit Jordanien[413]. Die Vereinigten Staaten versuchten nach dem Erfolg Habibs, Ministerpräsident Begin darüber hinaus auch in der Frage des Siedlungsbaus zu Kompromissen zu drängen. Die israelische Siedlungspolitik war spätestens seit 1978 eines der größten Hindernisse für die politische Lösung des Nahostkonfliktes und auch Hauptstreitpunkt zwischen Amerika und Israel[414]. Begin lehnte den gesamten

[408] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 551–555; Tessler, Conflict, S. 618f.; AFP: Le roi Hassan II est arrivé à Washington avec un représentant de l'O.L.P., in: Le Monde, 22. 10. 1982, S. 6.

[409] Vgl. Weingardt, Nahostpolitik, S. 265; Sayigh, Struggle, S. 555; Kapeliouk, Arafat, S. 193–195.

[410] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 551f.; Tessler, Conflict, S. 608f.; Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 263f.; Laham, Rubicon, S. 41f.; Kapeliouk, Arafat, S. 193–195; Quandt, Peace Process, S. 345f. Vgl. auch Arab League Summit Statement, 06. 09. 1982, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 478f.; Reagan, U.S. Policy for Peace in the Middle East, 01. 09. 1982, www.cfr.org/israel/reagan-plan-us-policy-middle-east/p14140 (25. 06. 2012).

[411] Vgl. ebd.; Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 256f.; Quandt, Peace Process, S. 344f.; Tessler, Conflict, S. 600–603; Spiegel, Conflict, S. 419f.; Weingardt, Nahostpolitik, S. 264.

[412] So Reagan, U.S. Policy for Peace in the Middle East, 01. 09. 1982, www.cfr.org/israel/reagan-plan-us-policy-middle-east/p14140 (25. 06. 2012). Vgl. auch Sayigh, Struggle, S. 551.

[413] Vgl. Quandt, Peace Process, S. 326–329; Tessler, Conflict, S. 600–603; Laham, Rubicon, S. 36–39; Sharon, Warrior, S. 406, 496. Zur „jordanischen Option" vgl. auch Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 261–275.

[414] Vgl. Tessler, Conflict, S. 518–524; Hacke, Amerikanische Nahost-Politik, S. 256f.; Laham, Rubicon, S. 36–60; Spiegel, Conflict, S. 419; Statement by President Ronald Reagan, 27. 08. 1983, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 80f.

Vorstoß Reagans Ende 1982 im Gegensatz zu Jordanien und Saudi-Arabien entschieden ab[415].

Da Arafat sich deutlich für die jordanische Option und die in Fez formulierte arabische Antwort auf den Reagan-Plan aussprach, war für Syrien mit der Veröffentlichung der jordanisch-palästinensischen Vier-Punkte-Vereinbarung die „rote Linie" überschritten[416]. In Damaskus galt es als sicher, dass Jordanien die PLO übernommen hatte und Arafat endgültig in das antisyrische Lager gewechselt war: „That could only mean, that Arafat had resolved to join the peace process under US auspices."[417] Oder mit den Worten des russischen Nahostexperten Jewgeni Primakow: „It was increasingly thought – especially in the Syrian government and by pro-Syrian Palestinian groups – that Arafat had shifted to the right, that he had capitulated."[418] Aus diesem Grund ging das syrische Regime ab Herbst 1982 dazu über, die Fatah und Arafat radikal zu bekämpfen[419]. Assad bediente sich dabei vier verschiedener Elemente.

Erstens hatte Syrien bereits vor dem Sommer 1982 damit begonnen, die Abu-Nidal-Organisation dem Irak abzuwerben, und sie unter eigene Kontrolle gebracht. Damit band Damaskus eine der gefährlichsten terroristischen Gruppen der damaligen Zeit an sich, die Arafat und die Fatah genauso hassten wie Assad[420]. Abu Nidal alias Sabri al Banna war ein ehemaliger Vertrauter Arafats und Funktionär der Fatah, der Anfang der 1970er Jahre eine eigene Organisation gegründet hatte, die führende Vertreter der Fatah, die sich für einen Dialog mit dem Westen und eine Anerkennung Israels aussprachen, ermordete[421]. Unter anderem tötete die Abu-Nidal-Gruppe im Januar und August 1978 die Vertreter der PLO/Fatah in London und Paris sowie im Juni 1981 Arafats Repräsentanten in Brüssel[422]. Das Zentralkomitee der Fatah verurteilte Banna nach einem versuchten Attentat auf Mahmud Abbas 1974 in Abwesenheit zum Tode[423]. In seiner Biografie schreibt Abdallah Frangi: „Aber es war eben so, dass vor Abu Nidal jeder Angst

[415] Vgl. Text of Israel's Communique on the Reagan Plan, 02. 09. 1982, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 200f.; Navon, From Kippur to Oslo, S. 27; Tessler, Conflict, S. 603f., 606f.; Habib, Hussein, S. 48; Laham, Rubicon, S. 53–63; Sharon, Warrior, S. 496; David K. Shipler: Reagan Urges Link to Jordan and Self-Rule by Palestinians, in: NYT, 02. 09. 1982, S. A1f.; Henry Tanner: Jordan Welcomes the Reagan Plan, in: NYT, 03. 09. 1982, S. A8; Leslie H. Gelb: President's Mideast Plan, in: NYT, 03. 09. 1982, S. A1.

[416] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 553–555.

[417] So ebd., S. 555. Vgl. auch Habib, Hussein, S. 48f.

[418] So Primakov, Arabs, S. 240.

[419] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 553–555. Bruno Kreisky schreibt in seinen Memoiren: „Assads Antwort auf die Frage, was er von den Friedensbemühungen König Husseins und PLO-Chef Arafats halte, spricht eine klare Sprache: ‚Was mit Sadat [Muhammad Anwar as Sadat, ägyptischer Präsident, 1981 bei einem Attentat in Vergeltung für sein Friedensabkommen mit Israel getötet] geschah, wird auch ihnen geschehen'", so Kreisky, Mensch im Mittelpunkt, S. 204.

[420] Vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 228; Avi-Ran, Involvement, S. 151; Sayigh, Struggle, S. 554; Seale, Abu Nidal, S. 119–135; Melman, Master Terrorist, S. 7f.; Riegler, Fadenkreuz, S. 69, 138–143, 368f.

[421] Vgl. Becker, PLO, S. 199; Sayigh, Struggle, S. 354f.; Rubinstein, Arafat, S. 97, 117f.; Melman, Master Terrorist, S. 8f.; Seale, Abu Nidal, S. 56–119, 151–172.

[422] Vgl. Frangi, Gesandte, S. 210–215; Seale, Abu Nidal, S. 168–172.

[423] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 355; Frangi, Gesandte, S. 210; Seale, Abu Nidal, S. 98–100.

hatte. […] Man tut diesem Mann nicht unrecht, wenn man ihn als blindwütigen Fanatiker bezeichnet; Verräter ließ er ermorden und Verräter waren in seinen Augen alle, die Israel gegenüber eine kompromissbereite Haltung einnahmen. Berechenbar war er nur insoweit, als er grundsätzlich vor keinem Verbrechen zurückschreckte."[424]

Mit Beginn des Jahres 1983 wurde Nidal gezielt von Syrien auf die PLO/Fatah angesetzt, um destabilisierend zu wirken[425]. Issam Sartawi, der die Begegnung zwischen Kreisky, Brandt und Arafat im Sommer 1979 maßgeblich vorbereitet hatte, der im Auftrag der Fatah Gespräche mit den westeuropäischen Staaten und der Sozialistischen Internationale führte, den Willy Brandt in seinen Erinnerungen als einen vom Terroristen zum „Verständigungsfanatiker" gewandelten Mann beschrieb und dem laut Abdallah Frangi „zahlreiche Etappensiege im Kampf der PLO um die Festung Europa zu verdanken" waren, wurde von einem Attentäter Nidals Anfang April 1983 in Portugal während seiner Teilnahme an einem Kongress der SI erschossen[426]. Diese gezielten Attentate auf Arafats Statthalter in Westeuropa waren „der Preis, den wir [die Fatah] für die Anerkennung der PLO in Europa bezahlen mussten", urteilt Frangi prägnant[427]. Sartawi war das vermutlich erste gezielte Opfer der 1982/83 neu begonnenen syrischen Beziehung mit Sabri al Banna[428]. Die terroristische Gruppierung Abu Nidal verübte darüber hinaus Anschläge vorwiegend gegen amerikanische, jüdische und israelische, aber auch jordanische und kuwaitische Ziele, da Damaskus mit diesen sunnitischen Staaten verfeindet war[429]. Das Auswärtige Amt wandte sich im Januar 1983 per Drahterlass an seine Botschaften im arabischen Raum, um über folgende Einschätzung Abdallah Frangis zu informieren: „Der Vertreter der PLO in Bonn, Al Frangi, teilte mit, dass Mitglieder der Organisation Abu-Nidal zur Durchführung einer terroristischen Aktion in Europa angekommen seien. […] Al Frangi geht davon aus, dass es im Jahr 1983 zu einer erheblichen Zunahme von terroristischen Aktionen von syrischer und libyscher Seite kommen werde, da sich die Gegensätze von Arafat auf der einen und Syrien und Libyen auf der anderen Seite erheblich verschärft haben. Von syrischer und libyscher Seite sollte der Eindruck erweckt werden, dass die Mehrheit der Palästinenser nicht mehr hinter der gemäßigten Politik Arafats stünde. Al Frangi nimmt an, dass in erster Linie jüdische Ziele (u. a. Kulturzentren in kleineren Ortschaften) und danach

[424] So Frangi, Gesandte, S. 209, 215.

[425] Vgl. Rubin, Revolution, S. 60f.; ders., Truth, S. 90; Riegler, Fadenkreuz, S. 138–145, 368f., 394f.; Seale, Abu Nidal, S. 167.

[426] Vgl. Frangi, Gesandte, S. 216, 219; Brandt, Erinnerungen, S. 448; Seale, Abu Nidal, S. 172–176.

[427] So Frangi, Dankrede anlässlich der Verleihung des Erich-Maria-Remarque-Friedenspreises, 15. 11. 2013, www.al-frangi.de/de/dankrede.html (09. 01. 2014).

[428] Vgl. Rubin, Revolution, S. 60; ders., Truth, S. 90; Riegler, Fadenkreuz, S. 394f.; Sayigh, Struggle, S. 558; Thomas L. Friedman: Murder of a P.L.O. Moderate, in: NYT, 11. 04. 1983, S. A10.

[429] Vgl. Habib, Hussein, S. 65, 69–75, 84f.; Merari/Elad, Terrorism, S. 140–142; Goodarzi, Syria and Iran, S. 18–35, 40–45; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 101–104; Riegler, Fadenkreuz, S. 145.

PLO-Vertreter [Angehörige der Fatah] Angriffsziele [der Gruppe Abu Nidal] sein werden."[430]

Zum Zweiten begann Assad mit der Unterstützung Sabri al Bannas, eine innerpalästinensische Front zu bilden, die den Vorsitzenden der PLO absetzen wollte. Sie bestand aus der PFLP-GC, Saiqa und Teilen der PFLP[431]. Als dritte Möglichkeit des Eingreifens sah Syrien den selbstgeführten Kampf gegen die Fatah vor, der sich vor allem in der Auflösung bestehender Büros in Damaskus und dem Einstellen jedweder Unterstützung manifestierte[432]. Da Assad zwischen 2000 und 3000 der aus Beirut befreiten Kämpfer nicht nach Syrien zurückgezogen hatte, sondern im Grenzgebiet, vor allem der Bekaa-Ebene, beließ, war – viertens – ein schnelles Vorgehen mit Einheiten der PLA, Saiqa und PFLP-GC gegen die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon möglich. Ziel war es, die verbliebenen Kräfte der Fatah zu entwaffnen und Arafat zu veranlassen einzugreifen. In der Gemengelage konfessioneller Gruppen des Libanon setzte Assad außerdem auf die schiitische Amal, die in seinem Auftrag die Palästinenser bekämpfen, aber auch die Christen von einer engeren Zusammenarbeit mit Israel abhalten sollte[433].

Jassir Arafat führte seit spätestens Ende September 1982 Kämpfer der Fatah in den Libanon zurück, verlegte die Einheiten aber nicht in die Nähe der israelischen Grenze, sondern nach Beirut, in das Bekaa-Tal und in die nördliche Hafenstadt Tripoli[434]. Arafat selbst hielt sich nicht im Libanon auf, den Kampf dort leitete Khalil al Wazir[435]. Die Zusammenstöße mit den von Syrien kontrollierten Kräften, vor allem der Amal, der Saiqa und der PFLP-GC, nahmen immer weiter zu. Bis Mai 1983 hatte sich das Vorgehen Assads allerdings darauf konzentriert, gemeinsam mit dem Iran in Form von Anschlägen und Entführungen militärische, diplomatische und zivile Ziele der Amerikaner und Franzosen im Libanon anzugreifen[436]. So starben im April 1983 mehr als 60 Menschen bei einem Sprengstoffanschlag auf die US-Botschaft in Beirut[437]. Assad wollte unter allen Umständen verhindern, dass im Libanon ausländisches Militär stationiert wurde[438]. Frank-

[430] So PA-AA, Bestand B 150, Bd. 555, Weisung des AA an die Botschaften Abu Dhabi, Aden, Algier, Amman, Bagdad, Beirut, Damaskus, Djidda, Doha, Kairo, Khartoum, Kuwait, Maskat, Rabat, Sanaa, Tripolis u. Tunis, 31. 01. 1983, Bl. 788–790.

[431] Vgl. Avi-Ran, Involvement, S. 153 f.; Sayigh, Struggle, S. 551–558.

[432] Vgl. ebd., S. 554–561.

[433] Vgl. ebd., S. 558–561; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 73–75; Bailey, Lebanon's Shi'is, S. 219–225; Nir, Berri, S. 30–67.

[434] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 560. Israel ging davon aus, dass die PLO/Fatah trotz der Verdrängung aus Beirut im August 1982 mindestens 2000 Kämpfer im Land zurückgelassen hatte, vgl. Sharon, Warrior, S. 495.

[435] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 569.

[436] Vgl. Goodarzi, Syria and Iran, S. 88–93; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 125–129; Tessler, Conflict, S. 626–631; Rabil, Terror, S. 73–75; Catignani, Counter-Insurgency, S. 73–76; Gambill, Islamist Groups, S. 133; Berti, Beirut, S. 74 f.; Milton-Edwards, Islamic Fundamentalism, S. 83, 86 f.

[437] Vgl. Goodarzi, Syria and Iran, S. 93; Bailey, Lebanon's Shi'is, S. 227; Smith, Conflict, S. 374 f.; Berti, Beirut, S. 74; Schenker, Lebanon Issue, S. 218; Thomas L. Friedman: U.S. Beirut Embassy Bombed, in: NYT, 19. 04. 1983, S. A1.

[438] Vgl. Goodarzi, Syria and Iran, S. 88–93; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 71 f., 122–129; Smith, Conflict, S. 374 f.

reich und die USA hatten im Anschluss an die Verdrängung der PLO aus Beirut Ende August 1982 sowie aufgrund der Lageentwicklung im September damit begonnen, ihre Einheiten im Libanon zu verstärken[439].

Die terroristische Anschlagswelle Anfang 1983 galt aber auch Israel[440]. Unterstützt durch Teheran gelang es Syrien mithilfe einer drusisch-schiitischen, antichristlichen Allianz so großen innenpolitischen Druck aufzubauen, dass die libanesische Regierung nicht, wie beabsichtigt, ein Abkommen mit Israel schloss, das de facto einem Friedensvertrag geglichen hätte. Der neue Präsident des Libanon, der Bruder des am 23. August gewählten und am 14. September 1982 bei einem mutmaßlich von Syrien geplanten Attentat ermordeten, israelfreundlichen Bashir Gamail, hatte nach Meinung Assads seine Politik zu ändern, denn sie forderte Damaskus heraus. Mehr Druck auf die Regierung in Beirut sollte verhindern, dass die am 14. Mai 1983 zwischen dem Libanon und Israel tatsächlich unterzeichnete Vereinbarung in Kraft trat[441].

Zeitgleich mit der terroristischen Offensive Syriens im Frühjahr 1983 im Libanon begann am 7. Mai 1983 eine neue Phase des Vorgehens Assads gegen Arafat und die Fatah. An jenem Tag versuchten zwei Mitglieder der engsten Führungsgruppe innerhalb der Fatah, Abu Musa und Abu Salah, zu putschen und liefen mit weiteren etwa 40 „Offizieren" zu Syrien über[442]. Bis Anfang Juni 1983 soll die Gesamtzahl der desertierten Fatah-Kämpfer mehrere Hundert Mann betragen haben[443]. Diese von Damaskus aus orchestrierte Rebellion erreichte die Abspaltung eines Teils der Fatah und damit einen wichtigen Sieg im Hinblick auf die von Assad angestrebte Zerschlagung der Fatah und Beherrschung der Palästinensischen Befreiungsorganisation[444]. In den Folgemonaten kam es im Westen

[439] Die US-Einheiten wurden bis Ende September 1982 mit rd. 1800 Mann in ihrer Stärke nahezu verdoppelt u. gemeinsam mit französischen sowie spanischen Soldaten für einen 60-tägigen Einsatz mandatiert, vgl. Schenker, Lebanon Issue, S. 217 f.; Smith, Conflict, S. 374; Rondot, France, S. 97 f.

[440] So starben im November 1982 mehr als 70 Soldaten bei einem Attentat schiitischer Islamisten auf das Hauptquartier der israelischen Armee in der südlibanesischen Stadt Tyre. Bis Februar 1985 belief sich die Zahl der getöteten israelischen Soldaten auf mindestens 600, vgl. Catignani, Counter-Insurgency, S. 75; Goodarzi, Syria and Iran, S. 128; Bailey, Lebanon's Shi'is, S. 227; Spyer, Israel, S. 203 f.

[441] Vgl. Bailey, Lebanon's Shi'is, S. 220–226; Goodarzi, Syria and Iran, S. 75 f., 88–93; Gainsborough, Conflict, S. 233; Tessler, Conflict, S. 624–627; Smith, Conflict, S. 374–376; Gerges, Lebanon, S. 97 f.; Qassem, Hizbullah, S. 170–175; Inbar, Agreement, S. 71–83; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 74; Kaufman, Litani to Beirut, S. 35; Spyer, Israel, S. 201–204; Avi-Ran, Involvement, S. 88; Sharon, Warrior, S. 495–502. Zum Vertragstext vgl. Le Texte de l'accord Israélo-Libanais, in: Le Monde, 18. 05. 1983, S. 4. Vgl. auch die Darstellung des damaligen libanesischen Außenministers: Salem, Violence, S. 22–51, 68–170.

[442] Vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 228; Sayigh, Struggle, S. 561 f.; Tessler, Conflict, S. 633 f.; Freedman, Moscow, S. 165; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 160–162; Rubin, Truth, S. 87; Rubin/Rubin, Arafat, S. 95 f.; Hart, Arafat, S. 466. Kapeliouk, Arafat, S. 229, gibt den 09. 05. 1983 als Datum des versuchten Putsches an.

[443] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 564; Kapeliouk, Arafat, S. 231.

[444] Vgl. Avi-Ran, Involvement, S. 155; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 74 f.; Sayigh, Struggle, S. 561–563; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 213;

und Norden des Libanon zu schweren Gefechten zwischen der Fatah und der Musa/Salah-Gruppe, unterstützt von Einheiten der Saiqa, syrischen Armee sowie PLA und der PFLP-GC[445].

Parallel zu diesem versuchten Coup innerhalb der Fatah traf Anfang Mai 1983 eine Delegation des Ministeriums für Nationale Verteidigung unter Leitung von Minister Heinz Hoffmann in Damaskus ein[446]. Mit diesem Besuch holte Hoffmann seinen ursprünglich für September 1982 geplanten Aufenthalt nach, der aus unbekannten Gründen ausgefallen war. Den Höhepunkt dieser Reise sollte die Unterzeichnung des „Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Syrischen Arabischen Republik über die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet" darstellen[447]. Offizieller Inhalt des Fünfjahresvertrages waren die „Bedingungen für die Tätigkeit und den Aufenthalt der Spezialisten der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik in der Syrischen Arabischen Republik", die „Lieferung von militärischer Ausrüstung" und die „Ausbildung von 400 Militärkadern" in der DDR[448]. Die Sowjetunion entsandte bereits seit Anfang der 1970er Jahre sogenannte Experten nach Syrien, die beispielsweise auf dem von Moskau verwalteten Militärstandort im Hafen von Tartus arbeiteten, Ausbildungsmaßnahmen durchführten und geheimdienstlich tätig waren[449]. Honecker hatte bis zu diesem Zeitpunkt noch keine „Militärexperten" auf der Grundlage derartiger Verträge nach Syrien delegiert[450].

Unmittelbar nach Ankunft in Damaskus traf sich der „Chef der Verwaltung Operativ" des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR mit dem „Hauptverantwortlichen für die sowjetischen Spezialisten in der Syrischen Arabischen Republik"[451]. Gemäß dem bereits in Ost-Berlin formulierten „Anhalt für

Freedman, Soviet Union, S. 180; ders., Moscow, S. 165; Rubin, Revolution, S. 62; Kapeliouk, Arafat, S. 228–231; Hart, Arafat, S. 466–469. Der Musa/Salah-Putsch wurde von der internationalen Presse unmittelbar als syrischer „Coup" bzw. „Staatsstreich" innerhalb der PLO kommentiert, vgl. Éric Rouleau: La „grogne" des colonels palestinien, in: Le Monde, 24. 05. 1983, S. 4; Antonio Caño: Un golpe contra Arafat „made in Siria", in: El País, 26. 06. 1983, S. 2.

445 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 565–570; Tessler, Conflict, S. 633–636; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 162 f.; Freedman, Soviet Union, S. 180.

446 Vgl. ADN: Militärdelegation der DDR zu Gesprächen in Syrien, in: ND, 09. 05. 1983, S. 5.

447 Vgl. BArch, DVW 1/54313, Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet, 11. 05. 1983.

448 So ebd. Vgl. auch BArch, DVW 1/54313, Bedingungen für die Tätigkeit u. den Aufenthalt der Spezialisten der NVA der DDR in der SAR, o. D.

449 Vgl. Kandil, Syrian Foreign Policy, S. 433; Golan, Syria and the Soviet Union, S. 777; Frank Gardner: How Vital is Syria's Tartus Port to Russia?, www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-18616191 (15. 12. 2011).

450 Im November 1973 hielt man zwar fest, dass bis Ende 1975 18 DDR-Experten in Syrien u. 75 Syrer in der DDR eine Aus- u. Weiterbildungsmöglichkeit erhalten sollten, dies bezog sich allerdings offiziell auf zivile Tätigkeiten, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/17820, Protokoll, 12. 11. 1973. Gesondert hervorzuheben ist die Mitte der 1970er Jahre vereinbarte Zusammenarbeit polizeilicher „Experten", vgl. BArch, DO 1/11685, Protokoll, 30. 05. 1975, Bl. 33–37; BArch, DO 1/11685, Protokoll, 23. 02. 1978, Bl. 54–60.

451 Vgl. BArch, DVW 1/136986, Schreiben, 08. 05. 1983.

das Gespräch" erklärte er diesem am 8. Mai 1983: „Werter Genosse General! Im Auftrag des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR […], der auf Einladung der syrischen Seite heute mit einer Militärdelegation der DDR in der Syrischen Arabischen Republik eingetroffen ist, darf ich mich ganz herzlich bei Ihnen für die Möglichkeit dieses Gespräches bedanken. Genosse Minister Hoffmann wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns aus Ihrer Sicht einige Gedanken und Einschätzungen sagen könnten, was Genosse Minister Hoffmann bei seinen Gesprächen mit Präsident Assad und Verteidigungsminister Tlas berücksichtigen sollte. Welche speziellen Momente in der Politik Syriens und in seinen internationalen Beziehungen sollten unsererseits besonders beachtet werden? […] An der Lösung welcher Probleme und Schwierigkeiten arbeiten Syrien und seine Streitkräfte gegenwärtig besonders?"[452]

Anlage 3 des Abschlussberichtes über die Delegationsreise nach Syrien, den Heinz Hoffmann am 13. Mai 1983 an Erich Honecker schickte, gab den „wesentlichen Inhalt des Gesprächs mit dem Militäroberspezialisten der Sowjetarmee bei den Streitkräften der SAR, Genossen Generaloberst Jaschkin", wieder[453]. Demnach hatte Grigori Jaschkin „freimütig aus seiner Sicht einige Gedanken und Schlussfolgerungen, die von Interesse" waren, mitgeteilt[454]. So sagte er, mit Blick auf politisch Hauptverantwortliche Syriens, dem Chef des Generalstabes sei „nicht zu trauen", er sei „ein Lump Nummer eins"[455]. Der syrische Verteidigungsminister Tlas sei zwar ein „lieber Mensch", aber nichtsdestotrotz „kleinbürgerlich" und „noch weit vom Sozialismus entfernt"[456]. Rifaat al Assad, den Bruder des Präsidenten, der den wichtigsten Geheimdienst Syriens leitete, charakterisierte Jaschkin als „undurchsichtig", als jemanden, „der für Geld alles" täte[457]. Präsident Assad selbst wolle, so das Urteil des sowjetischen Chefberaters, die „Führung in der gesamten arabischen Region fest in die Hand" nehmen; er scheue intern vor keiner Machtdemonstration zurück und habe 1982 unter anderem 169 Generale und Offiziere erschießen lassen; „Durch Genossen Generaloberst Jaschkin wurde abschließend eingeschätzt, dass die Sowjetunion fest an Assad glaubt und deshalb Syrien im vollen Umfang unterstützt."[458]

Bemerkenswert war zudem das Urteil des „Militäroberspezialisten der Sowjetarmee" in Syrien in Bezug auf das Verhältnis zwischen Assad und Arafat: „Genosse Jaschkin [unterstrich], dass Präsident Assad mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat gebrochen hatte. Auf Bitten der in Damaskus anwesenden Stellvertreter des PLO-Vorsitzenden sei Arafat von Assad empfangen worden. Arafat hätte Assad ‚fast auf Knien liegend' versichert, dass die PLO hinter Assad im Kampf gegen Israel steht. Ausgehend von diesem Gespräch stabilisiere sich die Lage der PLO und es wäre nicht auszuschließen, dass palästinensische Formationen gemeinsam mit syri-

[452] So ebd.
[453] Vgl. BArch, DVW 1/114496, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 13. 05. 1983, Bl. 42–44.
[454] So ebd., Bl. 42.
[455] So ebd., Bl. 44.
[456] So ebd.
[457] So ebd.
[458] So ebd., Bl. 43 f.

schen Truppen gegen Israel bereitgestellt [würden]."[459] Dieser Sachstand war insofern zutreffend, als König Hussain von Jordanien im April 1983 die mit Arafat im Dezember 1982 geschlossene Vier-Punkte-Vereinbarung kurzzeitig für gescheitert erklärte und die DDR den sowjetischen „Militäroberspezialisten" am 8. Mai 1983 traf[460]. In Anbetracht des versuchten Putsches von Musa/Salah, der am Vortag stattgefunden hatte, war die Einschätzung, das Verhältnis zwischen Assad und Arafat habe sich „stabilisiert", nachdem Syrien bereits mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO „gebrochen" hatte, grundsätzlich falsch und das Gegenteil zutreffend. Die Frage, „an der Lösung welcher Probleme und Schwierigkeiten arbeiten Syrien und seine Streitkräfte gegenwärtig besonders", ließ jetzt nur eine Antwort zu: die endgültige Absetzung Arafats an der Spitze der PLO und das politische Ende der Fatah[461].

Im Protokoll des Gespräches zwischen Verteidigungsminister Hoffmann und Präsident Assad, das als Anlage 1 dem Abschlussbericht an Honecker beigefügt ist, heißt es: „Genosse Hoffmann betonte, dass er vom Generalsekretär [der SED] den Auftrag erhielt, alles zu tun, um die Beziehungen zwischen unseren Staaten und Armeen zu vertiefen, besonders was die Unterstützung des gerechten Kampfes des syrischen Volkes betrifft, und die Gewissheit zu bestärken, dass die DDR immer an der Seite der Syrischen Arabischen Republik gegen Imperialismus und Zionismus stehen wird."[462] Im Gegensatz zu den Deklarationen der DDR gegenüber Arafat waren dies keine leeren Worte. Ob Hoffmann zum Zeitpunkt dieses Gespräches – einen Tag nach dem Putschversuch innerhalb der Fatah – wusste, dass das syrische Regime im Begriff war, die älteste, von Arafat gegründete und wichtigste palästinensische Organisation der PLO zu spalten, ist insofern unerheblich, als seit mindestens elf Monaten offenkundig war, welche Absichten Assad hegte.

Im Oktober 1982 hatte er Erich Honecker persönlich erklärt, wie er die israelische Belagerung von Beirut dazu nutzte, Arafat maximal zu schaden, und er die „progressiven" Kräfte der Palästinensischen Befreiungsorganisation von der „reaktionären" Fatah trennte. Arafat hatte bis zum Zeitpunkt, als Heinz Hoffmann die neuen Militärabkommen mit Syrien unterzeichnete, keine substanzielle Unterstützung aus Ost-Berlin erhalten. Auch jetzt, als der Minister für Nationale Verteidigung der DDR seinen für September 1982 geplanten Besuch in Syrien im Mai 1983 nachholte, bekam er nichts, obwohl Hoffmanns Ministerium seit zwei Jahren der PLO/Fatah versprach, dass während der Reise des ostdeutschen Verteidigungsministers nach Syrien Waffen an die Palästinensische Befreiungsorganisation übergeben werden sollten. Eine solche Belieferung der PLO, so kann man nach Auswertung der Quellen schließen, unterblieb aber nicht, weil Musa und Salah zu Assad übergelaufen waren, sondern sie war nie geplant. Hoffmanns Aussage gegenüber Assad Anfang Mai 1983 bedeutete nicht nur die rückwirkende

[459] So ebd., Bl. 43.
[460] Vgl. Jordanian Statement on End of Negotiations with the P.L.O., 10. 04. 1983, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 480–485; Tessler, Conflict, S. 619.
[461] Vgl. Habib, Hussein, S. 50; Freedman, Soviet Union, S. 180; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 74f.; Rubin, Revolution, S. 62f.
[462] So BArch, DVW 1/114496, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 13. 05. 1983, Bl. 33f. (Hervorhebungen im Original).

Zustimmung zu dem Vorgehen Syriens seit Sommer 1982 gegen Arafat, sondern auch eine Garantie für die Zukunft: Die DDR war bereit, „alles" zu tun, um die Beziehungen zu Syrien zu vertiefen, und stand „immer" an der Seite Assads[463].

Wie hätte Erich Honecker eine solche Nachricht dem syrischen Präsidenten überbringen lassen können, ohne zu wissen, was sie für den Konflikt zwischen Damaskus und Arafat bedeuten würde? Selbst wenn Honecker nicht ahnte, dass parallel zum Eintreffen der Delegation Hoffmanns in Syrien eine so drastische Eskalation der Lage im Libanon eintreten würde, war ihm bekannt, dass die Auseinandersetzungen zwischen Hafiz al Assad und Jassir Arafat sich seit dem Sommer 1982 immer weiter verschärft hatten. Insofern traf Honecker eine bewusste Entscheidung, als die Palästinensische Befreiungsorganisation im Mai 1983 nicht wie versprochen Waffen und militärische Ausrüstung erhielt, die DDR aber mit Syrien neue Verträge einging. Vor diesem Hintergrund kam auch die Garantie des Ost-Berliner Verteidigungsministers einer einseitigen uneingeschränkten Positionierung gleich: Die DDR verständigte sich über Arafats Kopf hinweg mit Assad darauf, dass die SED den Kampf Syriens gegen die Fatah nicht als belastendes, hinderndes oder gar verhinderndes Moment einer Vertiefung des ostdeutsch-syrischen Verhältnisses ansah. Die DDR ergriff vielmehr innerhalb der syrisch-palästinensischen Konfrontation eindeutig Partei für Damaskus. Dies versprach Honecker Syrien nicht nur, sondern er handelte auch danach.

Die syrische Belagerung von Tripoli

KPdSU-Generalsekretär Juri Andropow entsandte Anfang Juni 1983 Jewgeni Primakow nach Damaskus, als der Kreml davon ausging, Arafat als PLO-Vorsitzenden durch syrisches Verschulden zu verlieren[464]. Die Aufgabe Primakows bestand darin, in Verhandlungen mit Präsident Assad die beiden ultimativen Forderungen der Sowjetunion durchzusetzen: Arafat bleibt an der Spitze der PLO und die Palästinensische Befreiungsorganisation wird nicht gespalten[465]. Diese zwei Bedingungen ergaben sich aus einer sehr einfachen realpolitischen Überlegung, die die Haltung der KPdSU von jeher bestimmt hatte. Die Sowjetunion war prinzipiell an einer Führung der PLO durch Arafat interessiert, weil der Kreml davon ausging, dass Assad andernfalls seine Dominanz über die Palästinensische Befreiungsorganisation dazu nutzen würde, Moskau zu verraten[466].

In seinem 2009 erschienenen Buch schildert Primakow unter anderem, wie er im Frühjahr 1983 in stundenlangen Gesprächen mit dem syrischen Präsidenten

[463] So ebd., Bl. 33. Vgl. auch Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 140 f.

[464] Vgl. Primakov, Arabs, S. 240–242; Sayigh, Struggle, S. 565. Vgl. auch Reuters: M. Andropov a adressé deux „messages de soutien" à M. Yasser Arafat, in: Le Monde, 09. 06. 1983, S. 4; Lucien George: La Libye et la Syrie soutiennent les rebelles de l'O.L.P., in: Le Monde, 07. 06. 1983, S. 1 f. Das Argument bei Freedman, Moscow, S. 166, 175, 325, der Kreml habe Arafat nach dem versuchten Putsch in der Fatah keine politische Unterstützung gewährt, ist insofern nicht zutreffend, als Moskau sehr wohl zugunsten der PLO/Fatah intervenierte, aber solche Schritte gezielt einsetzte, um nicht dauerhaft syrischen Interessen zu schaden.

[465] Vgl. Primakov, Arabs, S. 241 f.

[466] Vgl. ebd., S. 240; Golan, Syria and the Soviet Union, S. 398 f.

über Tage hinweg immer wieder die beiden Bedingungen darlegte. Arafat erreichte er in Damaskus nur deshalb, weil Primakow ihm in gepanzerten sowjetischen Diplomatenfahrzeugen einen gewissen Schutz vor Attentaten gewähren konnte und sich beide auf dem Gelände der sowjetischen Botschaft trafen; „that was how strained relations had become between Syria and the Palestinian leader"[467]. Bei all dem habe Arafat wiederholt auf sein Dilemma hingewiesen: „He pointed out that he was caught ‚between a rock and hard place': if he didn't fight the Syrian troops near Bekaa who were supporting the insurgents [Musa/Salah], the mutiny would continue indefinitely. We [Primakow und der sowjetische Botschafter in Syrien] asked Arafat what practical steps he planned to take to ease relations with the Syrian leadership. He replied that the current crisis had been provoked by the Syrians, that they were the ones who should make concessions to the Palestinians, by ceasing to interfere in their affairs."[468]

Die Darstellungen Primakows enden am 16. Juni 1983 folgendermaßen: „Assad's tone was quite different from when we had met twelve days earlier […]. He said he ‚agreed in principal with the Soviet government: Syria had to produce constructive ideas on Lebanon, as well as on the wider Middle East peace process, in consultation with Moscow.' As for relations with the PLO, Assad said: ‚It is in Syria's best interests that it [die PLO] maintain its unity, and at the same time that its progressive elements, above all those in Fatah, play a substantial part in shaping the political direction taken by the Palestinian leadership. Syria is maintaining contacts with all interested parties in the Palestinian movement, including Arafat's followers.' Assad promised to weigh up all the pros and cons of a possible meeting with Arafat. […] this was, after all a point at which a wider armed conflict between Syria and the Palestinians could have broken out. Fortunately, that did not occur. […] Clearly a thaw was in the offing."[469]

Primakow verschweigt, dass dieser tatsächlich entscheidende syrisch-palästinensische Kampf Ende Juni 1983 begann. Allen Anzeichen eines „Tauwetters" und Versprechungen Assads zum Trotz wurde Arafat nach Abwägung des Für und Wider zwar nach Damaskus eingeladen, aber am 24. Juni 1983 festgenommen, zur Persona non grata erklärt und des Landes verwiesen[470]. Kurz vor Ankunft in der syrischen Hauptstadt hatte Arafat der internationalen Presse erklärt: „‚The problem is not Abu Musa and it's not Abu Saleh,' Mr. Arafat said, referring to Colonel Musa's guerrilla code name and that of another rebel leader. ‚It is something completely different. All of them are being used. The problem is clearly and obviously with Syria, just as it was in 1976.'"[471] Das sofortige Aufenthaltsver-

[467] So Primakov, Arabs, S. 243.
[468] So ebd.
[469] So ebd., S. 245.
[470] Vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 230; Avi-Ran, Involvement, S. 155; Sayigh, Struggle, S. 565; Shemesh, Entity, S. 329; Lucien George: L'estocade de la Syrie à M. Yasser Arafat, in: Le Monde, 26./27. 06. 1983, S. 1 f. Thomas L. Friedman: Arafat Expelled After Saying Syria Aids P.L.O. Revolt, in: NYT, 25. 06. 1983, S. A1.
[471] So Thomas L. Friedman: Arafat Says Syria Blocks Supplies to all His Guerrillas in Lebanon, in: NYT, 24. 06. 1983, S. A9. Vgl. auch AFP: M. Arafat a regagné Damas pour d'„importants entretiens avec les dirigeants syriens", in: Le Monde, 25. 06. 1983, S. 6.

bot für Arafat sowie für alle seine Vertrauten und führende Funktionäre der PLO/Fatah in Syrien galt ab dem 24. Juni 1983. Es bedeutete zudem, dass die Fatah ihr seit 1965 in Damaskus bestehendes Büro aufgeben musste[472]. Im Anschluss begannen syrische Einheiten im Libanon eine Offensive gegen die palästinensischen Stellungen und verdrängten Arafats Anhänger im Laufe des Sommers aus der Bekaa-Ebene und Beirut bis in die nördlich gelegene Stadt Tripoli. Ab September 1983 wurde Tripoli von der syrischen Armee und weiteren PLO-/Fatah-feindlichen Verbänden belagert[473]. „La Syrie semble sur le point de parvenir a ses fins: éliminer Arafat", so das treffende Urteil Kapeliouks[474]. In Syrien selbst hatte das Regime Assads bis Herbst 1983 mindestens 1000 Arafat-loyale Personen inhaftiert[475].

Mit Blick auf diese Entwicklung im Libanon erklärt Abdallah Frangi in seiner Autobiografie: „Aber vielleicht wäre die Sache dort trotzdem schiefgegangen, vielleicht hätten die Syrer in Tripoli erreicht, was den Israelis versagt geblieben war, wenn nicht Erich Honecker, der Staatsratsvorsitzende der DDR, den eingeschlossenen Arafat von See aus mit Waffen beliefert hätte. Honecker war der Einzige, der Arafat in dieser Situation zu Hilfe kam, und Arafat hat es ihm nie vergessen."[476] Auch in anderen Publikationen wird die These vertreten, die DDR habe im Sommer 1983 – sogar gegen den Willen der Sowjetunion – Arafat unterstützt und die sowohl von Israel als auch von Syrien verhängte Seeblockade durchbrochen[477].

[472] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 565–569; Shemesh, Entity, S. 329; Lucien George: L'estocade de la Syrie à M. Yasser Arafat, in: Le Monde, 26./27. 06. 1983, S. 1f. Das Büro der PLO/Fatah in Damaskus wurde erst im November 1991 wiedereröffnet, vgl. Ihsan A. Hijazi: P.L.O. Is Reopening Damascus Offices, in: NYT, 11. 11. 1991, S. A6.

[473] Vgl. Saint-Prot, Arafat, S. 237–239; Kapeliouk, Arafat, S. 231f.; Avi-Ran, Involvement, S. 155f.; Freedman, Soviet Union, S. 183; ders., Moscow, S. 170f.; Sayigh, Struggle, S. 565–573; Shemesh, Entity, S. 329; Sharif, Arafat, S. 125–133; Rubin, Revolution, S. 63; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 162f.; Thomas L. Friedman: Damascus Steps Up Attack on Arafat, in: NYT, 27. 06. 1983, S. A5; Lucien George: Nouvelle offensive des dissidents de l'O.L.P., in: Le Monde, 30. 06. 1983, S. 1f. Sayigh, Struggle, S. 567, bezeichnet diese Kämpfe ab Sommer 1983 zu Recht als innerpalästinensischen Bürgerkrieg, wobei diese Wertung auch, wie Bar-Haim, Palestine Liberation Army, S. 174, feststellt, für die 1975/76 im ersten syrisch-palästinensischen Krieg im Libanon stattgefundene Konfrontation der verschiedenen Akteure zutrifft.

[474] So Kapeliouk, Arafat, S. 232. Vgl. auch Gowers/Walker, Myth, S. 230; Hart, Arafat, S. 469, 474. Hout, My Life, S. 218, erklärt: „The year 1983 was no less terrifying for the Palestinians residing in Lebanon than 1982. In fact, it was worse in many respects."

[475] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 569. Syrien erklärte sich erst Ende 1991 bereit, gefangengehaltene Mitglieder der Fatah freizulassen, vgl. Ihsan A. Hijazi: P.L.O. Is Reopening Damascus Offices, in: NYT, 11. 11. 1991, S. A6.

[476] So Frangi, Gesandte, S. 251. Frangi ging 2011 in einem Interview sogar so weit, zu behaupten, im Sommer 1983 habe „die Stunde Erich Honeckers geschlagen", seine Hilfe sei „der Beginn einer menschlichen Beziehung" mit Jassir Arafat gewesen, vgl. Sascha Langenbach: Die Geschichte einer Männerfreundschaft, in: Berliner Kurier, 18. 12. 2011, S. 19. So auch Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 105, 107.

[477] Vgl. die ohne Angabe stichhaltiger Argumente vorgebrachte Behauptung bei Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 341, die Haltung Honeckers sei für Arafat vorteilhaft gewesen: „Trotz aller Lippenbekenntnisse war die PLO für die arabischen Staaten wie Syrien und Libyen in erster Linie ein Faustpfand gegen den Frieden in Nahost, ein

Stefan Meining behauptet sogar, Jassir Arafat sei, als er Mitte September 1983 nach Tripoli aufbrach, nur mithilfe eines ostdeutschen Schiffes sicher dorthin gelangt[478]. Meining beruft sich auf eine vermeintliche Aussage Arafats gegenüber Honecker. Arafat habe sich, so Meining, im April 1984 dafür bedankt, dass er „an Bord" eines der DDR-Schiffe sein durfte, das in den Libanon fuhr[479]. Ausweislich der entsprechenden Quelle sagte Arafat jedoch nicht, dass er „an Bord" war, sondern dass er im Hafen von Tripoli vor Anker liegende Frachter in Augenschein genommen und dabei „an" den Schiffen aus der DDR gestanden habe; Arafat befand sich – und zwar ohne Hilfe Honeckers – zu diesem Zeitpunkt bereits im Libanon[480]. Aber nicht nur die angebliche Reise Arafats „an Bord" eines ostdeutschen Schiffes nach Tripoli im September 1983 ist ahistorisch, sondern auch die gemutmaßte Unterstützung der DDR für die PLO/Fatah im Sommer 1983. Dieser Behauptung widerspricht bereits, dass – wie erwähnt – keine Quellen bekannt sind, die belegen, dass Arafat jemals eine einzige weitere Bitte um Hilfe an Ost-Berlin richtete, nachdem er die 1981/82 angefragten Waren nie erhalten hatte[481].

Außerdem ging aus Honeckers Briefen an Jassir Arafat und an den Präsidenten Syriens vom 1. August 1983 hervor, dass er die PLO für den Konflikt mit Assad im Libanon verantwortlich machte[482]. Denn laut der Darstellung Erich Honeckers in diesen Schreiben bestand zwischen der Spaltung der Fatah und der Politik Hafiz al Assads keinerlei Zusammenhang. In der Fatah gebe es, so Honecker, „Auseinandersetzungen", die durch „imperialistische und andere reaktionäre

Spielball in den innerarabischen Beziehungen. Dieser Zusammenhang offenbarte sich Honecker spätestens während seines Besuches bei Assad, wenige Wochen nach dem Abzug der PLO im September 1982 aus dem Libanon. Dennoch hielt Honecker Arafat, der sich in höchster Not befand, die Treue." Vgl. auch Polkehn, DDR, S. 38; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 104, 107. Zur Blockade vgl. Sayigh, Struggle, S. 569; Kapeliouk, Arafat, S. 231 f.

478 Vgl. Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 342.

479 Vgl. ebd.

480 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/2499, Niederschrift, 14. 02. 1984, Bl. 171. Zur Reise Arafats nach Tripoli vgl. Sharif, Arafat, S. 122–124; Hout, My Life, S. 205; Gowers/Walker, Myth, S. 234; Freedman, Moscow, S. 171; ders., Soviet Union, S. 183; Sayigh, Struggle, S. 586; Rubin/Rubin, Arafat, S. 96.

481 Im Gegensatz dazu reiste Arafat persönlich Ende Juni 1983, wenige Tage nach seiner Ausweisung aus Damaskus, nach Prag, um dort – so vermeldeten es internationale Nachrichtenagenturen – Unterstützung zu erbitten. Er kam diesbezüglich weder in die DDR noch trat er in Kontakt zur SED o. DDR, da er offenbar gegenüber Prag mehr Vertrauen als gegenüber Ost-Berlin besaß, vgl. Reuters: Arafat Visits Prague for Help on P.L.O., in: NYT, 26. 06. 1983, S. A3. Die finnische Botschaft in Prag berichtete dem Außenministerium in Helsinki im Nachgang des Besuches, Arafat habe im Gespräch mit Vertretern des ZK der tschechoslowakischen KP erklärt, Prag möge in Moskau auf eine Initiative des Kreml drängen, um die Rücknahme des von Assad gegen Arafat sowie gegen Funktionäre der PLO/Fatah verhängten Aufenthaltsverbotes in Syrien zu erreichen, UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Bericht der Botschaft Prag an das Außenministerium, 06. 07. 1983 (finnischsprachiges Original). Arafat war bereits Ende April 1983 in Prag sowie in Budapest zu Spitzengesprächen mit der dortigen Staats- und Parteiführung empfangen worden, vgl. UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Bericht der Botschaft Prag an das Außenministerium, 21. 04. 1983 (finnischsprachiges Original).

482 Beide Briefe wurden auf Beschluss des Politbüros versandt, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2013, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 02. 08. 1983, Bl. 2.

Kräfte" entstanden seien und nun das Verhältnis der PLO zu Syrien beeinträchtigten. Assad wurde sogar von Honecker aufgefordert, „demokratisch und brüderlich" auf die Fatah „Einfluss zu nehmen", um dort die „Spannungen" aufzulösen. Dank der seit Langem in der DDR gut bekannten „konstruktiven" Politik Assads, seiner „großen" politischen Erfahrung und „hohen" internationalen Autorität war Honecker gewiss, dass es dem syrischen Präsidenten gelingen werde, die Fatah zur Vernunft zu bringen[483].

Honecker würdigte Arafat nicht mit derart positiv konnotierten Adjektiven und machte deutlich, dass die DDR von ihm erwartete, auf Syrien zuzugehen. Nach Meinung Honeckers sollte Arafat die „Polemik einstellen", endlich ein „Klima der Verständigung" schaffen, „alle" Streitfragen der Erkenntnis unterordnen, dass Syrien die „Hauptkraft zur Vereitelung der Vorherrschaftspläne des Imperialismus" war und sich nicht länger von „Meinungsunterschieden […] ablenken" lassen. Jassir Arafat müsse vielmehr Syrien unterstützen und endlich die „Hauptfragen des Kampfes" angehen[484]. Insofern wünschte Honecker dem syrischen Präsidenten Anfang August 1983 auch „weitere" Erfolge, Arafat hingegen „neue"[485].

Antworten auf beide Briefe konnten in den Archiven nicht gefunden werden. Jassir Arafat äußerte sich Ende August 1983, als er sich noch in Tunis aufhielt, in einem Interview allerdings wie folgt: „The conspiracies against us multiplied. The events in the Bekaa, resulting from Arab interference, are mere attempts by these Arab regimes – masked behind Palestinian names and symbols – to achieve what Israel failed to achieve last year in Beirut. But I have to tell them that they cannot harm us, though they may be able to scratch us, and despite the passing of 115 days since they began this Bekaa conspiracy."[486] Arafat bezog sich auf den 115 Tage zurückliegenden Musa/Salah-Putsch und die auch von Libyen unterstützte Bekämpfung der PLO unter seinem Vorsitz durch die Syrer – den Beginn der „Verschwörung" gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation im Libanon.

Mitten in der schwierigsten Phase der Geschichte der PLO/Fatah schrieb Erich Honecker Jassir Arafat im August 1983, dass er die „imperialistischen Machenschaften" innerhalb der Fatah endlich beenden solle und anzuerkennen habe, dass Syrien der wichtigere Verbündete der DDR sei. Exakt am zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des ersten Abkommens zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Palästinensischen Befreiungsorganisation stimmte das Politbüro dem Wortlaut dieses Briefes zu. Zehn Jahre nach dem Beginn der offiziellen Beziehungen zwischen der SED und der PLO war dies alles, was Honecker Arafat mitzuteilen hatte. Arafat konnte diese Aussagen nur als Beleidigung empfinden. Er bekam von Honecker vorgehalten, die Fatah sei nicht zu Kompromissen mit Syrien bereit und deshalb werde die DDR in keiner Form Druck auf

[483] So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2013, Schreiben Erich Honeckers an Hafiz al Assad, 01. 08. 1983, Bl. 12 f.

[484] So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2013, Schreiben Erich Honeckers an Jassir Arafat, 01. 08. 1983, Bl. 16–18.

[485] So ebd., Bl. 19, sowie SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2013, Schreiben Erich Honeckers an Hafiz al Assad, 01. 08. 1983, Bl. 14.

[486] So Jassir Arafat im Interview mit dem „Journal of Palestine Studies", in: JPS, 49/1983, S. 3 f.

Assad ausüben, um zu verhindern, dass die syrischen Truppen die PLO/Fatah im Libanon immer weiter zurückdrängten. Während Washington es im Sommer 1982 vermocht hatte, Jerusalem zu bremsen, war bis dahin nicht erkennbar, dass Moskau Damaskus zurückhalten konnte.

Die erklärte Überzeugung Honeckers, Syrien sei unschuldig an der Misere im Libanon, widersprach auch den Erkenntnissen Erich Mielkes. Das MfS unterrichtete die Ost-Berliner Partei- und Staatsführung in einer „Information über den weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen innerhalb der Fatah und die erneute Zuspitzung des syrisch-palästinensischen Verhältnisses" Ende Juni 1983 und teilte mit, dass die Fatah aufgrund der syrischen Maßnahmen einer „ernsten Zerreißprobe ausgesetzt" sei, der Konflikt „offenen militärischen Charakter" angenommen habe und bestimmt werde durch „massive äußere Einflussnahme Libyens, Syriens und des Iran"[487]. Honecker schrieb Arafat, Syrien sei der „Schlüsselstaat" für die ostdeutsche Politik im Nahen Osten; Assad ließ er wissen, mit Arafat müsse „offen gesprochen" werden. Aber was sollte Arafat mit Assad besprechen? Er galt seit dem 24. Juni 1983 in Damaskus als Unperson. Dass Arafat im Herbst 1983 eine maßgebliche Hilfe der SED in der Konfrontation mit Assad erhalten haben könnte, ist angesichts der deutlichen Wertungen Honeckers in seinen beiden Briefen vom 1. August 1983 plausibel auszuschließen; zumal im Schreiben an Arafat kein Bezug auf „solidarische" Hilfslieferungen aus der DDR genommen wurde.

Anhand der Schiffstagebücher der Deutschen Seerederei Rostock (DSR), eines zum staatlich-kontrollierten VEB Deutfracht gehörenden Unternehmens, das für den ostdeutschen Schiffsverkehr verantwortlich war, kann nachgewiesen werden, dass Erich Honecker angeordnet hatte, von März 1983 bis Dezember 1984 mit einem Dutzend Schiffen Waren aus der DDR nach Syrien zu transportieren; diese Frachter mussten dann vor Ort zwischen den syrischen Häfen Tartus und Latakia sowie den libanesischen Städten Beirut und Tripoli pendeln. Ost-Berlin half damit, die von Damaskus aufgebaute logistische Brücke zwischen Syrien und den im Libanon für Assad kämpfenden Gruppen mit der Bereitstellung umfassender Transportkapazitäten aufrechtzuerhalten[488]. Die PLO/Fatah hingegen wurde von

[487] So BStU, MfS, HA XXII, 1086/2, Information, o. D., ca. Juni 1983, Bl. 3f.

[488] Ab März 1983 befanden sich die „Anton Saefkow", „Bansin", „Cunnewalde", „Eichsfeld", „Fürstenwalde", „Geringswalde", „Inselsee", „Kölpinsee", „Luckenwalde", „Mittenwalde", „Priegnitz" u. „Schönwalde" in syrischen bzw. libanesischen Gewässern, vgl. DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Anton Saefkow, Bd. 7595, Bl. 77f., 102f.; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Bansin, Bd. 9133, Bl. 33f., 54f.; Bd. 9134, Bl. 1f.; Bd. 9135, Bl. 1f.; Bd. 9136, Bl. 1f.; Bd. 9137, Bl. 1f. u. Bd. 9138, Bl. 1f.; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Cunnewalde, Bd. 8406, Bl. 3f.; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Eichsfeld, Bd. 8689, Bl. 94f.; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Fürstenwalde, Bd. 9995, Bl. 47f.; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Geringswalde, Bd. 7199, Bl. 1f., 42f., 99f.; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Inselsee, Bd. 9335, Bl. 36f.; Bd. 7272, Bl. 1f., 16f., 57f., 93f.; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Kölpinsee, Bd. 8447, Bl. 6f., 25f., 73f.; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Luckenwalde, Bd. 10927, Bl. 48f. u. Bd. 10930, Bl. 109f.; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Mittenwalde, Bd. 8994, Bl. 47f., 61f.; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Priegnitz, Bd. 8147, Bl. 97f. u. Bd. 8150, Bl. 23f.; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Schönwalde, Bd. 11155, Bl. 135f. u. Bd. 11156, Bl. 1f. u. 12f. Zu den technischen Angaben dieser Schiffe vgl. Wenzel/Götz, DSR.

der DDR nur für kurze Zeit mit zwei Schiffen versorgt[489]. Dies kann anhand der dokumentierten Start- und Zielhäfen in Verbindung mit den entsprechenden Zeiträumen geschlussfolgert werden. Denn kamen die Schiffe der DSR aus Syrien oder fuhren beispielsweise auch dann noch nach Beirut, als die letzten Einheiten Arafats in Tripoli eingekesselt waren, ist davon auszugehen, dass sie Material für die syrischen beziehungsweise prosyrischen Verbände und nicht für Arafats PLO beförderten[490]. Aufgrund der auch von Assad ab September 1983 kontrollierten Seeblockade hätten derartige Schiffsbewegungen in der Region zudem niemals stattfinden können, wenn sie nicht der Anti-PLO-Koalition genützt hätten. Selbst der gegenüber Honecker ausgesprochene Dank Arafats, als er betonte, er sei irgendwann zwischen Mitte September und Dezember 1983 „an" den „beiden Schiffen" gewesen, besaß offenbar keinen realen Hintergrund, denn gemäß den Unterlagen der Reederei befanden sich in diesem Zeitraum keine ostdeutschen Schiffe im Hafen von Tripoli[491].

Mit dieser Unterstützung tat Honecker das exakte Gegenteil dessen, was behauptet wird: Er kam nicht der PLO/Fatah zu Hilfe, sondern begünstigte das syrische Vorgehen gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation. Der Beistand für Präsident Assad setzte sich bis Ende 1984 fort[492]. Während der militärischen Auseinandersetzungen 1983 wurden laut den Ladepapieren auf den Schiffen der Deutschen Seerederei insgesamt mehrere Zehntausend Tonnen „Stückgut" und „Stahl" transportiert, Fracht, die entweder ursprünglich aus der DDR stammte oder von Syrien zu den gegen die PLO kämpfenden Einheiten in den Libanon gebracht wurde[493]. Anhand der Beschreibung dieser Güter kann davon ausgegangen werden, dass sie fast ausschließlich militärischen Zwecken dienten und die DDR damit ihre Verpflichtungen erfüllte, die sich aus den geltenden Rüstungsab-

[489] Vgl. DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Bansin, Bd. 9133, Bl. 33 f.; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Geringswalde, Bd. 7199, Bl. 1 f.

[490] Lediglich die „Bansin" u. „Geringswalde" verkehrten im März bzw. August 1983 jeweils einmal nicht zwischen Syrien u. Libanon, sondern fuhren von Larnaka nach Beirut sowie von Beirut nach Algier, vgl. DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Bansin, Bd. 9133, Bl. 33 f.; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Geringswalde, Bd. 7199, Bl. 1 f.

[491] Die „Inselsee" war das einzige ostdeutsche Schiff, das Tripoli ab Mitte des Jahres 1983 anlief. Dabei transportierte es Ende Oktober – nach Beginn der Seeblockade – Güter aus Latakia/Syrien nach Tripoli, d. h., auch diese Waren dienten der Unterstützung Syriens, vgl. DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Inselsee, Bd. 7272, Bl. 57 f. Vgl. auch Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 140.

[492] Die DDR half in der Folge, wie bereits ab dem Zeitpunkt, als Beirut nicht mehr umkämpft war, dabei, den Wiederaufbau zu unterstützen, indem die Schiffe u. a. Baumaterial transportierten, vgl. DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Fürstenwalde, Bd. 9995, Bl. 47; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Geringswalde, Bd. 7199, Bl. 46. Vgl. auch Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 140; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2121/87, Notizen „Ökonomische Zusammenarbeit mit Libanon", o. D., ca. April 1985.

[493] Allein zwischen Oktober u. Dezember 1983 wurden auf den DDR-Schiffen mehr als 55 000 t Material nach Syrien verbracht, vgl. BArch, DL 2/VA N, 1925, Information, 28. 10. 1983; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Fürstenwalde, Bd. 9995, Bl. 54; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Luckenwalde, Bd. 10927, Bl. 50; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Inselsee, Bd. 7272, Bl. 3. Vgl. auch Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, 140.

kommen mit Syrien ergaben. Erich Honecker ließ aber auch über im Internationalen Handelszentrum ansässige Unternehmen Waffen und Munition wissentlich und zielgerichtet an die gegen Arafat kämpfenden prosyrischen Einheiten verkaufen.

A. al M. J., der Geschäftsführer der Firma 2, wechselte nach dem Putschversuch im Mai 1983 die Seiten und unterstützte fortan Musa/Salah[494]. Laut einem späteren Bericht der Hauptabteilung II des MfS stand J. im Sommer 1983 in Kontakt mit dem verantwortlichen Leiter des ostdeutschen Außenhandelsbetriebes ITA, Oberst Anders, und soll „über diesen Waffengeschäfte für die Abu-Musa-Gruppe realisiert" haben[495]. Explizit heißt es in dem Bericht weiter, dass „bei den innerpalästinensischen Auseinandersetzungen in Tripoli/Libanon" unter anderem „Militärtechnik" zum Einsatz kam, die „in der DDR gekauft" worden sei[496]. Obwohl ITA involviert war, profitierte nicht Arafat von dem Vertrag. J. erwarb die Waffen vielmehr, wie die MfS-Notiz festhielt, für die Fatah-Opposition. Aus einer weiteren Quelle geht zudem hervor, dass A. al M. J. im September 1983 während einer Einreisekontrolle den ostdeutschen Zoll um Auskunft „hinsichtlich einer Zwischenlagerung von elektronischen Zeituhren" bat[497]. Der Vermerk setzt fort: „Er [A. al M. J.] erklärte, dass diese Geräte aus Großbritannien kommen […], im IHZ einige Tage lagern und dann weitergehen nach Syrien. Den Transport zieht er selbst durch (begleitetes Handgepäck). Aus unserer Sicht [nach Meinung des ostdeutschen Zolls] handelt es sich um ein elektronisches Bauteil für Zeitzünderwaffen."[498] Nach Auskunft des IM „Hassan" vermittelte Firma 2 1983 außerdem aus der DDR stammende Waffen an die PFLP-GC[499]. Diese Gruppe war, nach der Saiqa, die wichtigste palästinensische Organisation, die Damaskus direkt finanzierte und in sonstiger Form unterstützte, um sowohl terroristische Anschläge ausführen zu lassen als auch gegen die Fatah vorzugehen[500].

Firma 2 gab die Höhe der 1983 und 1984 erreichten Gewinne im Tätigkeitsbericht gegenüber dem Ministerium für Außenhandel mit rund zehn Millionen US-Dollar an[501]. Diese Angabe kann aber insofern nicht mit dem Umsatz der DDR-Betriebe gleichgesetzt werden, als das Büro von Firma 2 auf Provisionsbasis arbeitete und daher lediglich mit der prozentual vereinbarten, anteiligen Höhe am ostdeutschen Exportgeschäft beteiligt war. Laut der Selbstauskunft des Unternehmens entfielen von den rund zehn Millionen US-Dollar lediglich 2,5 Millionen auf „verschiedene Geschäfte ČSSR" – die Tschechoslowakische Sozialistische

494 Vgl. BStU, MfS, HA II, 4698, Operativ-Information, 21. 12. 1983, Bl. 4; BStU, MfS, HA II, 4698, Information, 18. 11. 1985, Bl. 30–34; BStU, MfS, HA XVIII, 8676, Bericht, 17. 04. 1986, Bl. 1; BStU, MfS, HA II, 26617, Vermerk, 10. 12. 1984, Bl. 72; BStU, MfS, HA II, 18655, Information, 08. 12. 1984, Bl. 38f.

495 So BStU, MfS, HA II, 4698, Information, 18. 11. 1985, Bl. 31.

496 So ebd.

497 So BStU, MfS, AG BKK, 764, Vermerk, 12. 09. 1983, Bl. 71.

498 So ebd.

499 Vgl. BStU, MfS, HA II, 4698, Treffergebnisse IM „Hassan", 28. 10. 1985, Bl. 27.

500 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 553–567; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 162f.

501 Vgl. BArch, DL 2/6479, Tätigkeitsbericht, 25. 06. 1984.

Republik (ČSSR) war das Land des Ostblocks, das neben der Sowjetunion die meisten Waffen, vor allem aber auch Munition, herstellte –, der Restbetrag von 7,5 Millionen Dollar entsprach den Provisionen für ostdeutsche Exportgeschäfte, spezifiziert als „technische Teile und Zubehör" sowie „Elektronik"[502]. Dass die DDR offiziell Waffen an A. al M. J. verkaufte, ohne zu wissen, dass Unternehmen 2 nicht mehr für Arafat arbeitete, kann anhand der Quellenlage auch deshalb ausgeschlossen werden, weil das Ministerium für Staatssicherheit den IM „Wolf" alias Ghassan Karajoli im September 1983 als „Mittler" für zwei Waffenhändler der „fortschrittlichen Kräfte im Libanon" einsetzte, mit der Konsequenz, dass 100 000 Maschinenpistolen und Granaten zuzüglich einer nicht genannten Menge an Gewehr- und Pistolenmunition über IMES verkauft wurden[503].

Der Syrer Ghassan Karajoli hatte sich im August 1974 „durch Handschlag" zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit verpflichtet, besaß „einen ständigen Wohnsitz" in der DDR und arbeitete für die Firma des A. al M. J.[504]. Er stand zunächst, wie auch J., in engem Kontakt mit der PLO-Sicherheit, führte illegale Geschäfte durch und bereitete Straftaten vor. Seit Beginn der 1980er Jahre traf er in Ost-Berlin mehrfach mit den Funktionären der PLO/Fatah Abu Daud und Atif Bsisu sowie Mitgliedern der Organisation „Carlos" zusammen[505]. Zugleich hielt Karajoli die Verbindung mit syrischen Gruppen, vor allem mit dem in West-Berlin lebenden I. I., der später die Leitung der PFLP-GC-Zelle im Osten und Westen der Stadt übernahm[506]. Anhand der zitierten Aussagen der Abteilung XXII über IM „Wolf" wird deutlich, dass die DDR während der Kämpfe 1983 über Firma 2 und die Vermittlung des „Wolf" wissentlich – und sogar auf Initiative des MfS – Waffen und Munition an die „fortschrittlichen Kräfte im Libanon", das heißt an die prosyrische Fatah-Opposition, verkaufte beziehungsweise die Geschäfte von A. al M. J. und „Wolf" förderte.

Die der Fatah und Jassir Arafat vonseiten der DDR 1983 bereitgestellte zivile Unterstützung hatte einen Gegenwert von etwa 400 000 Mark[507]. Die SWAPO bezog im selben Jahr Solidaritätsgüter für rund acht Millionen Mark[508]. Aussagekräftig ist zudem die Höhe der Mittel, die das MfS Arafat gewährte. Hatte Erich Mielke bereits 1982 lediglich rund 500 000 Mark aus einem Etat von 13,4 Millionen für die PLO/Fatah bewilligt, belief sich dieser Betrag 1983 – bei einem fast

[502] Vgl. ebd.
[503] Vgl. BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 4, Auskunftsbericht, 18. 05. 1984, Bl. 145.
[504] Vgl. ebd., Bl. 143; BStU, MfS, HA II, 4698, Treffergebnisse KP „Ali", 11. 06. 1985, Bl. 23.
[505] Vgl. die Unterlagen in: BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5618/91, Bd. 2/2; BStU, MfS, AIM, 12782/82, Bd. 2/2; BStU, MfS, HA II, 18655, Information, o. D., ca. Oktober 1982, Bl. 269; BStU, MfS, HA II, 4698, Information, 18. 11. 1985, Bl. 33.
[506] Vgl. BStU, MfS, HA II, 18655, Vermerk, 28. 12. 1984, Bl. 6; BStU, MfS, HA II, 18655, Information, 08. 12. 1984, Bl. 38f.; BStU, MfS, HA II, 18655, Information, o. D., ca. Oktober 1982, Bl. 269. Zur Person I. I. vgl. BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 5, Treffbericht KP „Faysal", 16. 04. 1986, Bl. 69; BStU, MfS, HA XXII, 242/7, Information, 16. 03. 1988, Bl. 13.
[507] Vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 6066c, Statistik über die antiimperialistische Solidarität, Ergebnis 1984, o. D.
[508] Vgl. BArch, DZ 8/552, Einschätzung über Solidaritätsleistungen gegenüber SWAPO-Namibia, 23. 01. 1984.

unveränderten Gesamtetat – gerade noch auf 58 000 Mark[509]. Das heißt: In dem Augenblick, als Arafats Kämpfer massiven syrischen Angriffen ausgesetzt waren, ließ Honecker den Palästinensern so wenig zivile Güter wie noch niemals zuvor zukommen und verkaufte der PLO/Fatah Waffen im Gegenwert von nur rund 60 000 Mark, während das SED-Regime an Geschäften mit „fortschrittlichen Kräften" im Libanon Millionen US-Dollar verdiente, zwölf ostdeutsche Schiffe Waffen und Munition für die syrische Anti-Arafat-Koalition in den Libanon transportierten, der Syrienexport der DDR insgesamt an die 300 Millionen Valutamark betrug und Honecker sogar noch neue Kreditverträge mit Assad einging, die insgesamt rund eine Milliarde Valutamark an Wert besaßen[510]. Die Fatah verfügte im Gegensatz zur Fatah-Opposition, für die seit 1982/83 die Büros der Firmen 1 und 2 im IHZ arbeiteten, zu diesem Zeitpunkt über keine Unternehmensniederlassung im Internationalen Handelszentrum[511]. Die von Verteidigungsminister Heinz Hoffmann im Mai 1983 gegenüber dem syrischen Präsidenten ausgesprochene Versicherung, die SED stehe „immer" an der Seite Assads und sei bereit, „alles" für die gedeihliche Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu unternehmen, wurde im Verlauf des Jahres 1983 zu einem fundamentalen Bekenntnis gegen Jassir Arafat[512].

Der Bruch in der Beziehung zwischen Honecker und Arafat hatte allerdings nicht erst im Mai 1983, sondern bereits zuvor stattgefunden. Erich Honecker revidierte die PLO-Politik der DDR unmittelbar nach der Vertreibung der PLO/Fatah aus Beirut Ende August, Anfang September 1982. Denn die wichtigste und deutlichste Konsequenz der sanktionierenden, aktiv gegen die Fatah und Arafat gerichteten ostdeutschen Politik lässt sich anhand der Akten auf spätestens Oktober 1982 datieren. Zu diesem Zeitpunkt sprach das MfS nach derzeitigem Kenntnisstand zum ersten Mal in Ost-Berlin mit zwei Kontaktpersonen namens „Händler"[513]. Diese Verbindungsaufnahme diente schon damals, wie der gewählte Deckname verdeutlicht, dem Aufbau wirtschaftlicher Beziehungen mit der Gruppe, die Syrien gerade dem Irak abgeworben hatte und jetzt förderte, weil sie Jassir Arafat an der Spitze der PLO absetzen wollte und die auf Dialog mit dem Westen ausgerichteten Führungsmitglieder der Fatah umbrachte: der Organisation Abu Nidal.

[509] Vgl. BStU, MfS, Abt. Finanzen, 1393, Statistik über Ausgaben in Mark der DDR 1983, o. D., Bl. 140.

[510] Vgl. Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8734, Auftrag, 26. 08. 1983; Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8734, Schreiben, 04. 02. 1994; Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8614, Kreditvertrag, 08. 07. 1983; Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Kartons 8611, 8614, 8620, 8625, 8628 u. 8734. Die SWAPO bezog jährlich Rüstungsgüter zwischen einer bis 3 Mio. Mark, vgl. Schleicher, SWAPO, S. 125.

[511] Neben Firma 2, die, wie bereits dargelegt, mit der Fatah gebrochen hatte, stand auch das Büro des Unternehmens 1 ab dem Herbst 1982 nicht mehr loyal zu Arafat, vgl. BStU, MfS, AG BKK, 432, Vermerk, 02. 12. 1985, Bl. 100 f.; BArch, DL 2/6475, Bestätigung, 01. 03. 1990; BArch, DL 2/6475, Schreiben, 17. 09. 1986.

[512] Vgl. Hoffmanns Aussagen in: BArch, DVW 1/114496, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 13. 05. 1983, Bl. 33 (Hervorhebungen im Original).

[513] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 17508, Information, 19. 04. 1983, Bl. 24.

3. Die Firma ZIBADO

Seitdem Syrien die Gruppe des Sabri al Banna kontrollierte, folgte Honecker Assads Politikwechsel und ließ ab Herbst 1982 den Kontakt zu Abu Nidal herstellen. Die Ost-Berliner Führung bereitete sich darauf vor, fortan auch diejenigen Teile der palästinensischen Bewegung zu unterstützen, die Arafat und die Fatah am meisten hassten, am radikalsten ablehnten und erbittert terroristisch bekämpften. Dabei ging es der DDR nicht um einen völligen Abbruch der Kontakte zu Jassir Arafat. Ziel der ostdeutschen Abu-Nidal-Politik war es vielmehr, den Druck auf Arafat und die Fatah-Führung der PLO zu erhöhen, nachdem der Ausgang des Libanonkrieges 1982 deren proamerikanische Tendenz deutlich verstärkt hatte. Arafat sollte verstehen, dass sich das SED-Regime nicht länger darauf beschränkte, lediglich die DFLP-, PKP-, Saiqa- und PFLP-Botschafter in der DDR zu konsultieren und ihnen gezielt separat Mittel zur Verfügung zu stellen. Mit Abu Nidal änderte sich die prosyrische Politik Honeckers Ende 1982 radikal. Die Beziehungen mit „Händler" waren der Beginn der fundamentalen ostdeutschen Opposition gegen die Fatah. Fortan bestanden neben den offiziellen PLO-Beziehungen engste Kontakte zwischen der DDR und den extremistischsten Intimfeinden der Fatah-Führung der PLO um Arafat.

Dass die ostdeutsche Entscheidung für Abu Nidal im Herbst 1982 Ausdruck der nach dem Libanonkrieg im Sommer 1982 veränderten Haltung Honeckers gegenüber dem Vorsitzenden des palästinensischen Exekutivkomitees war, verdeutlichen Aussagen des Ministeriums für Staatssicherheit. Noch Anfang des Jahres 1982 galt die Organisation Abu Nidal für das MfS als „terroristisch", weil sie die Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation „liquidieren" wollte[514]. Arafat und die PLO-Sicherheit hatten wiederholt darauf hingewiesen, wie gefährlich Sabri al Banna war und darum gebeten, mögliche Netzwerke seiner Gruppierung in sozialistischen Ländern und in der DDR aufzuspüren[515]. Unmittelbar nach dem Treffen zwischen Honecker und Arafat Anfang März 1982 befahl Mielke sodann, alle bekannten Informationen über die Organisation Abu Nidal in einem neuen Operativvorgang (OV) unter dem Decknamen „Verschwörer" zusammenzuführen[516]. Angelegt wurde der OV „Verschwörer" am 11. Februar 1982 mit folgender Begründung: „Die Gruppe [Abu Nidal] führte in der Vergangenheit terroristische Aktionen gegen führende Repräsentanten der PLO durch und verfolgt gegenwärtig das Ziel, die Führungsmitglieder der PLO – Yasser Arafat, Abu Ayad [Salah Khalaf] und Abu Jihad [Khalil al Wazir] – im Auftrag der CIA zu töten. Mit der operativen Bearbeitung des OV wird die Zielstellung

514 So BStU, MfS, HA XXII, 19664, Bericht, 10. 02. 1982, Bl. 144–148. Vgl. auch BStU, MfS, Abt. X., 204, Bericht, 10. 02. 1982, Bl. 88–96.

515 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19554, Schreiben der HV A an Gerhard Neiber, 07. 08. 1981, Bl. 1–3. Vgl. dazu auch die Aussage Khalafs aus dem Jahr 1984 gegenüber Hart, Arafat, S. 395: „I promise he'll [Sabri al Banna] die as soon as he presents a target we can hit!"

516 Vgl. BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 1, Datumsangabe des Beginns laut Stempel auf dem Einband.

verfolgt, Gefahren und Sicherheitsrisiken für die DDR und ihre Verbündeten auszuschließen."[517]

Bis Anfang des Jahres 1983 änderte sich diese Beurteilung der Staatssicherheit vollständig: Nicht Abu Nidal galt länger als CIA-Agent, terroristisch und gefährlich, sondern die „unsolide Arbeitsweise" der PLO-Sicherheit und die „geschürte Verleumdungskampagne" Arafats und Khalafs gegen Sabri al Banna[518]. Während die Organisation Nidal, so das MfS im Mai 1983, sich seit über einem Jahr „intensiv" darum bemüht habe, mit den sozialistischen Ländern „freundschaftliche Beziehungen" einzugehen, um hier „Ruheräume für ihre Kader zu finden", habe die PLO/Fatah – entgegen den Absprachen mit Mielke – ihre Kontakte zu neonazistischen Kräften fortgesetzt, dem MfS gezielt Falschinformationen zu Abu Nidal geliefert, die Zusammenarbeit mit „BRD-Sicherheitsorganen" verstärkt und sogar „mehrere Geschäfte mit Waffen u. a. sowjetischer und DDR-Herkunft mit moslemischen Konterrevolutionären in Afghanistan […] aus reiner Gewinnsucht getätigt"[519].

Lange bevor Musa/Salah im Mai 1983 versuchten, gegen Arafat zu putschen, wurde die Nidal-Organisation von der DDR nicht länger als „terroristisch" eingestuft und verdächtigt, die Führung der PLO „liquidieren" zu wollen, sondern das SED-Regime plante seit Monaten eine engere Zusammenarbeit mit ihr. Man wollte mit Sabri al Banna kooperieren und dadurch die prosyrische, palästinensische Opposition gegen die Fatah verstärken. Da Ost-Berlin keinen Terrorismus unterstützte, „objektivierte" und „relativierte" die DDR – so drückte Mielkes Stellvertreter Neiber die ostdeutsche Meinung über Sabri al Banna vor ungarischen Kollegen aus – ihre Ansichten und bewertete die Gruppe Nidal fortan lediglich als „linksextrem"[520]. Achtzehn Monate später attestierte das MfS Sabri al Banna in einem geradezu bewundernden Unterton eine einwandfreie, sich zur marxistisch-leninistischen Kampfbrüderschaft bekennende Gesinnung[521]. Im September 1986 hieß es schließlich in „Aktuellen Einschätzungen zur Lage der ‚Fatah-RC' (Abu-Nidal-Gruppe)" der Abteilung XXII des MfS, die Organisation Bannas sei durch „Kampagnen" des „Imperialismus, Zionismus und arabischer Regimes" weiter in die „Konspiration gedrängt" worden und verstärke ihre Untergrundtätigkeit; erkennbar seien „Versuche der Gruppe, die Stützpunkte in den sozialistischen Ländern auszubauen und über Kontakte mit Vertretern staatlicher, zentraler Partei-

[517] So BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 1, Beschluss über das Anlegen des OV „Verschwörer", 11. 02. 1982, Bl. 11.

[518] So BStU, MfS, HA XXII, 17508, Information, 14. 06. 1983, Bl. 23 f.; BStU, MfS, Abt. X., 204, Bericht, 10. 02. 1982, Bl. 88 f., 92 f.

[519] So ebd.

[520] So BStU, MfS, HA XXII, 19664, Bericht, 22. 05. 1985, Bl. 59. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 17508, Information, 14. 06. 1983, Bl. 23 f.; BStU, MfS, Abt. X., 204, Bericht, 10. 02. 1982, Bl. 88 f., 92 f. Diese Bewertung hatte bis zum Ende des SED-Regimes Bestand. So hieß es im Oktober 1988 in einem Bericht, die Organisation des Abu Nidal verfolge noch immer das „Konzept für ein sozialistisches Palästina", so BStU, MfS, HA XXII, 16917, Einschätzung, Oktober 1988, Bl. 172.

[521] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19423, Auskunftsbericht, 19. 06. 1985, Bl. 104; BStU, MfS, HA XXII, 16917, Bericht, o. D., ca. 1985, Bl. 172.

bzw. Sicherheitsorgane einen offiziellen politischen Status, ähnlich wie andere PLO-Teilorganisationen, zu erreichen“[522].

Wenn die DDR erklärte, sie erkenne Arafats PLO als einzig legitime Instanz zur Vertretung des palästinensischen Volkes an, aber gleichzeitig mit Abu Nidal Beziehungen aufnahm, weil sie ihn zu den „fortschrittlicheren Elementen“ des palästinensischen Widerstandes zählte, die um einen „sozialistischen palästinensischen Staat“ kämpften, ergab dies einen immanenten Widerspruch. Denn Nidal war niemals Teil der PLO und hätte ihr – aufgrund des Widerstandes der Fatah – auch niemals angehören können. Eine Mitgliedschaft Abu Nidals in der Palästinensischen Befreiungsorganisation wäre gleichbedeutend gewesen mit dem Ende jeder möglichen politischen Anerkennung der PLO im Westen, denn die Gruppe Nidal war eine, selbst von Arafat so bezeichnete, terroristische Vereinigung[523]. Dass Ost-Berlin Sabri al Banna zum palästinensischen Widerstand zählte, stimmte folglich mit den Grundsätzen der PLO-Politik der DDR nicht überein, die besagten, dass nur die Palästinensische Befreiungsorganisation die einzig rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes sei. Denn auch die Gruppe Abu Nidal kämpfte, ohne Teil der PLO zu sein, nach ostdeutscher Ansicht berechtigt für die Interessen der Palästinenser[524].

Als im Sommer 1983 immer deutlicher wurde, wie extrem sich der Machtkampf zwischen Syrien, Musa/Salah, der Saiqa sowie der PFLP-GC und der Fatah zuspitzte, beendete die DDR ihre Beziehung mit Sabri al Banna nicht, sondern baute sie weiter aus. Als Jassir Arafat in Damaskus zur Persona non grata erklärt wurde, Honecker seine Briefe an den syrischen Präsidenten und Jassir Arafat verfasste und die PLO/Fatah in Tripoli belagert wurde, lieferte Ost-Berlin nicht nur Waffen an die Anti-Arafat-Opposition und stellte Assad Schiffe bereit, sondern Honecker lud die Gruppe Abu Nidal in die DDR ein, um bei der Staatsbank Konten zu eröffnen[525]. Dies alles geschah, um dauerhafte Geschäftsbeziehungen mit „Händler“ vorzubereiten.

[522] So BStU, MfS, HA XXII, 16555, Einschätzungen, 23. 09. 1986, Bl. 137.

[523] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 17508, Abschlussbericht, 24. 01. 1983, Bl. 156; SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 26. 06. 1986, Bl. 92. Auf einen MfS-Bericht, der im Oktober 1983 von der Organisation Abu Nidal als einer „terroristischen Gruppe“ sprach, die „terroristisch“ gegen die Fatah kämpfe, vermerkte der Leiter der HV A „nichts machen“, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19464, Bericht, 25. 10. 1983, Bl. 1.

[524] Zwischen der DDR u. Sabri al Banna bestanden seit Ende der 1970er Jahre Kontakte, vgl. BStU, MfS, HA II, 27077, Vermerk, 18. 11. 1978, Bl. 71. 1978 hatten sich der Kreml u. Nidal zudem über ein gemeinsames Handeln im äthiopischen Konflikt abgestimmt, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2. 035/127, Vermerk, 13. 02. 1978, Bl. 74; Möller, DDR und Äthiopien, S. 19.

[525] Ein erstes Konto der Abu-Nidal-Organisation mit der Bezeichnung „818 Emil“ wurde am 23. 06. 1983 bei der Deutschen Handelsbank AG der DDR eröffnet. ZIBADO verfügte insgesamt über mind. ein Nummernkonto bei der DAHB sowie drei weitere Nummernkonten u. ein reguläres Festgeldkonto bei der DAHB. Anders als in der Bundesrepublik war es in der DDR zulässig, „Kurzbezeichnungen“ u. „Zusätze“ für Konten zu vereinbaren, vgl. BGBl., 1976, I, Nr. 29, Abgabenordnung, 16. 03. 1976, S. 650; GBl., 1975, I, Nr. 47, Anordnung über Allgemeine Bedingungen der Staatsbank der DDR, 25. 11. 1975, S. 758. Zu den Konten vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5307/5, Vermerk, 28. 05. 1987, Bl. 1–3; BStU, MfS, AG BKK, 717, Bericht des IM „Karl Heinz Meyer“, 06. 07. 1984, Bl. 23f.; BStU, MfS, HA XVIII, 17094, Schreiben der HA XVIII an die Abt. XXII, 28. 08. 1986, Bl. 10f.

Zwischen dem 4. und 17. November 1983 – sechs Wochen bevor Arafat endgültig mit allen Einheiten der PLO/Fatah den Libanon verlassen musste, weil Syrien ihn geschlagen hatte – hielt sich ein Bevollmächtigter Sabri al Bannas in der DDR auf, um sich mit dem Bereich Kommerzielle Koordinierung auf die Büroeröffnung einer Filiale der Nidal-Gesellschaft SAS Trading Ltd. mit dem Namen ZIBADO Trading & Consulting Ltd. zu verständigen[526]. Im Anschreiben der Firma ZIBADO an das Außenhandelsministerium vom 10. November 1983 hieß es: „ZIBADO Trading & Consulting Ltd., Nicosia/Cyprus had been entered into the trade register under the number 20343. ZIBADO has established active business relations with several G.D.R. foreign trade organization and is interested in developing long-term commercial transaction. […] ZIBADO will settle all financial obligations by its account with the Deutsche Handelsbank."[527]

„Händler" und der Bereich Kommerzielle Koordinierung

Kurz bevor diese geschäftlichen Kontakte zwischen dem SED-Regime und der Gruppe Abu Nidal zustande kamen, wurde der seit den 1960er Jahren innerhalb des Ministeriums für Außenhandel der DDR bestehende sogenannte Bereich Kommerzielle Koordinierung umstrukturiert und enger mit dem MfS verbunden[528]. So bildete unter anderem das Ministerium für Staatssicherheit eine eigene Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK), die der Stellvertreter Erich Mielkes, Rudi Mittig, verantwortete[529]. Die AG BKK war Ende 1983 arbeitsfähig[530]. Alexander Schalck-Golodkowski, der Leiter des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, nahm in der Folge insofern eine Sonderstellung ein, als er ausschließlich Erich Mielke direkt unterstand und persönlich rechenschaftspflichtig war[531]. Rudi Mittig und der Leiter des MfS-Auslandsgeheimdienstes, Markus Wolf, hatten sich außerdem abzusprechen, um „das politisch-operative Zusammenwirken der HV A mit dem Bereich [Kommerzielle Koordinierung] zur Nutzung der Möglichkeiten des Bereiches für die Lösung politisch-operativer Aufgaben der HV A und zur Unterstützung des Bereiches bei der Lösung seiner Aufgaben" zu gewährleisten; unmittelbare Grundlage der Arbeit waren „die Beschlüsse, Aufträge und Weisungen […] des ZK der SED"[532]. Als die Organisation Abu Nidal 1983 nach Ost-Berlin kam, Konten bei der DDR-Staatsbank eröffnete und mit dem Bereich Kommerzielle Koordinierung verhandelte, um eine Firmen-

[526] Vgl. BStU, MfS, AG BKK, 717, Schreiben der Abt. XXII an die HA XVIII, 29. 11. 1983, Bl. 1; Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 141–145; BTg-Drs. 12/7600, S. 207; Riegler, Fadenkreuz, S. 147 f.

[527] So BArch, DL 2/6478, Schreiben, 10. 11. 1983. Laut Mitteilungen des AG Berlin-Charlottenburg vom 09. 04. 2013 u. des LA Berlin vom 10. 04. 2013 existieren dort keine Unterlagen mehr zu der genannten Eintragung im Handelsregister.

[528] Vgl. BStU, MfS, SdM, 2669, Befehl, 01. 09. 1983, Bl. 46–52; Buthmann, Bereich, S. 3 f., 47–56; BTg-Drs. 12/7600, S. 115 f.

[529] Vgl. BStU, MfS, SdM, 2669, Befehl, 01. 09. 1983, Bl. 47; Buthmann, Bereich, S. 3 f., 47 f.; BTg-Drs. 12/7600, S. 115 f.

[530] Vgl. Buthmann, Bereich, S. 48.

[531] Vgl. BStU, MfS, SdM, 2669, Befehl, 01. 09. 1983, Bl. 47 f.; Buthmann, Bereich, S. 40 f.

[532] So BStU, MfS, SdM, 2669, Befehl, 01. 09. 1983, Bl. 47, 51.

niederlassung im Internationalen Handelszentrum zu gründen, ging dies also auf einen Beschluss, einen Auftrag oder eine Weisung des ZK der SED zurück und die geschäftlichen Beziehungen zwischen „Händler" und Alexander Schalck-Golodkowski waren für die „politisch-operative Arbeit des MfS" zu nutzen.

Allein 1983 ließ Sabri al Banna auf seinen Konten bei der Deutschen Handelsbank AG – der Hausbank des Bereiches Kommerzielle Koordinierung – einen Betrag von bis zu 25 Millionen Valutamark deponieren[533] . Dieses Kapital war für die Aufrechterhaltung des Bargeldkreislaufes der DDR, wie der Präsident der Deutschen Handelsbank AG in einem Gespräch mit dem IM „Karl-Heinz Meyer" alias Hans Hofmann, Mitarbeiter des ZIBADO-Büros im IHZ, betonte, deshalb so willkommen, weil die Staatsbank zu diesem Zeitpunkt eine Bargeldbilanz von minus 5,8 Milliarden Valutamark auswies[534]. Für das erste Quartal 1984 sollten durch geplante „Sondergeschäfte" des Bereiches Kommerzielle Koordinierung mindestens 415 Millionen Valutamark aufgebracht werden[535]. Zu Beginn des zweiten Quartals 1983, dem Zeitpunkt also, als Sabri al Banna die ersten Gelder bei der ostdeutschen Staatsbank einzahlte, fehlten im Bargeldaufkommen 600 Millionen Valutamark an sofort verfügbarer Liquidität[536]. Die ersten drei Monate des Jahres 1984 stellten daher – so der Präsident der Staatsbank der DDR – eine „Bewährungsprobe" für das SED-Regime dar[537].

Die Deutsche Handelsbank AG konnte außerdem ihr Grundkapital zwischen Juli 1981 und Juli 1984 von 160 Millionen Mark auf 220 Millionen Mark erhöhen[538]. Im März 1985 belief es sich dann auf 360 Millionen Mark, einen Wert, der bis zum Erlöschen der Deutschen Handelsbank AG am 31. Juli 2001 stabil blieb und 1990 lediglich in DM sowie 1999 in Euro umgerechnet wurde[539]. Zwischen

533 Die Summe von 25 Mio. VM entsprach 1983 rd. 10 Mio. US-Dollar. Ein solcher Betrag wurde gemäß Aufstellung der Staatlichen Plankommission in Anlage 2c der „Übersicht der Valutaeinnahmen und Valutaausgaben für das I. Quartal 1984" als „Sonstige Einnahme" des Bereiches Kommerzielle Koordinierung aufgeführt. Aus Vermerken des MfS geht explizit hervor, dass im Sommer 1983 eine erste Einlage von ZIBADO in Höhe von 3 Mio. US-Dollar auf den Konten einging u. dort 1984 über 10 Mio. US-Dollar deponiert worden waren, vgl. BArch, DE 1/58899, Anlage 2c zum Bericht der Staatlichen Plankommission, 13. 01. 1984; BStU, MfS, HA XXII, 5307/5, Vermerk, 28. 05. 1987, Bl. 1 f.; BStU, MfS, HA XXII, 19464, Bericht, o. D., Bl. 3. Anderweitige Hinweise zur Höhe der Einlagen sind derzeit nicht bekannt. Da die Unterlagen der Deutschen Handelsbank AG, laut Antwort der SEB AG vom 23. 07. 2012, im Jahr 2011 vollständig vernichtet wurden, ist eine Prüfung dieser Akten nicht mehr möglich.

534 Vgl. BArch, DE 1/58899, Bericht der Staatlichen Plankommission, 13. 01. 1984; BArch, DN 10/2447, Jahresbilanz der Staatsbank der DDR per 30. 12. 1983. Zur Rolle der Staatsbank vgl. Bues, Bankensystem. Zum Bericht des IM „Karl-Heinz Meyer" vgl. BStU, MfS, AG BKK, 717, Bericht des IMS „Karl-Heinz Meyer", 06. 07. 1984, Bl. 23 f.

535 Vgl. BArch, DE 1/58899, Bericht der Staatlichen Plankommission, 13. 01. 1984; BArch, DL 2/VA N, 1925, Niederschrift, 29. 04. 1983; BArch, DL 226/1657, Schreiben Günter Mittags an Erich Honecker, 19. 01. 1984, Bl. 356–364.

536 Vgl. BArch, DL 2/VA N, 1925, Niederschrift, 29. 04. 1983.

537 So LAB, C Rep. 904-241, 80, Protokoll, 18./19. 11. 1983.

538 Vgl. AG Berlin-Charlottenburg, HRB 5066, Eintr. 21, 15. 04. 1981; AG Berlin-Charlottenburg, HRB 5066, Eintr. 23, 28. 03. 1984.

539 Vgl. AG Berlin-Charlottenburg, HRB 5066, Eintr. 24, 27. 02. 1985; AG Berlin-Charlottenburg, HRB 35806, Eintr. 1, 16. 01. 1991; AG Berlin-Charlottenburg, HRB 35806, Eintr. 45, 03. 05. 1999; AG Berlin-Charlottenburg, HRB 35806, Eintr. 56, 31. 07. 2001.

1979 und 1981 war dieser Wert weniger stark gestiegen[540]. Die im Laufe der Geschäftstätigkeit der Deutschen Handelsbank AG zwischen 1981 und 1984 vorgenommene Nominalkapitalerhöhung lief sowohl der realen Wirtschafts- und Finanzsituation der DDR als auch den Bilanzergebnissen der Staatsbank der DDR zuwider und fand statt, als die Gruppe Nidal ihre Konten eröffnete. Folglich ist es plausibel anzunehmen, dass die Deutsche Handelsbank AG 1984 die 60 Millionen Mark umfassende Aufstockung ihres Eigenkapitalanteils zumindest teilweise direkt oder indirekt mithilfe der Gelder Sabri al Bannas vornahm[541].

Neben den Deviseneinlagen der Organisation Nidal sollte „Händler" dem Bereich Kommerzielle Koordinierung jedoch auch profitable und dauerhafte Wirtschaftsbeziehungen im Bereich des illegalen Waffenimportes und -exportes sowie des Embargohandels vermitteln. Aus diesem Grund trug die Gruppe Abu Nidal in der DDR auch diesen markanten Namen[542]. Reinhard Buthmann stellt zutreffend fest, die Aufgabe des Bereiches Kommerzielle Koordinierung habe in der „maximalen Valutagewinnerwirtschaftung außerhalb des Staatsplanes" bestanden; der Bereich Kommerzielle Koordinierung glich dabei „mit seinen Firmen und Synapsen zu Politik, Wirtschaft, Geheimdiensten, Händlern und Lieferlinien einem konspirativen Konglomerat kommerzieller Aktivitäten. Das in Hauptabteilungen, Abteilungen und Sektoren strukturierte Machtzentrum nahm 1976 sein Domizil in der Berliner Wallstraße. KoKo-Eingeweihten galt das dem Bahnhof Friedrichstraße vis-à-vis gelegene Internationale Handelszentrum (IHZ) als Wahrzeichen."[543] Der Bereich Kommerzielle Koordinierung konnte bis 1990, so Buthmann, 25 Milliarden Valutamark erwirtschaften[544].

In einer „Operativen Analyse" begründete der Bereich Kommerzielle Koordinierung es wie folgt, dass der Außenhandelsbetrieb IMES GmbH auf „Vertreter, Vermittler und Händler" zurückgreifen musste: „Obwohl aus ökonomischen Gründen Direktverkäufe an Endabnehmer anzustreben sind, ist unter Beachtung komplexer politischer und ökonomischer Bedingungen in einigen Ländern und aufgrund besonderer politischer Relevanz von Waffengeschäften und daraus abzuleitenden Gefahrenmomenten eine Einschaltung von Vertretern, Vermittlern und Händlern unabwendbar. Da es sich bei diesen Personen in der Regel um internationale Waffenhändler handelt, die besonderen Kontrollen imperialistischer Geheimdienste und Landessicherheitsorganen unterliegen bzw. auch in besonde-

[540] Vgl. AG Berlin-Charlottenburg, HRB 5066, Eintr. 19, 23. 08. 1977; AG Berlin-Charlottenburg, HRB 5066, Eintr. 20, 12. 05. 1979.

[541] Eine Überprüfung ist aufgrund der erwähnten Vernichtung der Aktenbestände unmöglich.

[542] Das MfS betonte 1985, das ostdeutsche Interesse an der Gruppe „Händler" resultiere aus der „Nutzung von Möglichkeiten, ausländische Geschäftsleute zu für die DDR vorteilhaften Finanz- und Handelsgeschäften zu veranlassen", so BStU, MfS, HA XXII, 5799, Geheime Verschlusssache, o. D., ca. 1985, Bl. 82. Vgl. auch BArch, DL 226/1657, Schreiben Günter Mittags an Erich Honecker, 19. 01. 1984, Bl. 356; Wilhelm Dietl: Im Fadenkreuz des Abu Nidal, in: Focus, 38/1994, S. 24; Deal hinterm Bahnhof, in: Der Spiegel, 41/1991, S. 152–154; Gunther Latsch/Cordula Meyer/Sven Röbel/Wolfgang Tietze/Andreas Ulrich: IM und Imam, in: Der Spiegel, 45/2001, S. 34f.

[543] So Buthmann, Bereich, S. 3.

[544] Vgl. ebd.; BTg-Drs. 12/7600, S. 359–361.

rer Verbindung mit diesen stehen, müssen durch den AHB IMES bei der Realisierung internationaler Waffengeschäfte strikt die Prinzipien von Ordnung, Sicherheit und Geheimhaltung eingehalten werden. Es gibt in diesem Zusammenhang die Festlegung, dass diese Prinzipien Vorrang vor kommerzieller Geschäftstätigkeit haben. Die Einschaltung von Vertretern, Vermittlern und Händlern wird in der Regel durch den Bereich KoKo bestätigt und setzt zur vorherigen Feststellung der Eignung der infrage kommenden Person voraus, dass umfangreiche Auskünfte von mehreren, von einander unabhängigen Institutionen bzw. Personen im Ausland eingeholt werden."[545]

Darüber hinaus, so das Papier weiter, habe die IMES GmbH ausnahmslos „für Geschäfte mit Vermittlern, Vertretern und Händlern normale Handelsgeschäfte als Legende zu nutzen" und alle „Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit" prinzipiell „mündlich" zu treffen[546]. Falls eine schriftliche Bestätigung seitens des Käufers gefordert werde, sei immer eine unspezifische und politische nicht diskreditierende Formulierung zu wählen[547]. Eine „weitere Besonderheit der kommerziellen Tätigkeit des AHB IMES" bestehe zudem „in der teilweisen Notwendigkeit und Zulässigkeit der finanziellen Förderung für Geschäfte, die auf üblichem Wege nicht zustande kommen. Aus ökonomischen und Sicherheitsgründen sollte diese finanzielle Förderung von Geschäften aus Vertreter- bzw. Vermittlerprovisionen ohne direkte Mitwirkung der IMES vorgenommen werden bzw. sollte in Ausnahmefällen durch die IMES außerhalb des Landes, wo das Geschäft gemacht werden soll, erfolgen. Zahlungen zur finanziellen Förderung von Geschäften werden durch die IMES so abgewickelt, dass weder die DDR noch die IMES als Auftraggeber identifizierbar sind."[548]

Die Beziehungen zur Abu-Nidal-Gruppe dienten dem SED-Regime ab 1983 dazu, die Firma IMES GmbH und den restrukturierten Bereich Kommerzielle Koordinierung systematisch beim Handel mit Waffen und weiteren Geschäften zu unterstützen[549]. Da aus Sicherheitsgründen Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit mündlich getroffen wurden, fehlen Unterlagen, die über den tatsächlichen Umfang der Beziehungen zwischen ZIBADO und der DDR Auskunft geben könnten oder sie enthalten wahrscheinlich gezielt falsche Informationen[550]. Auch wenn die von der DDR hinterlassenen Quellen vorgeben, dass überhaupt kein nennenswerter Umsatz mit ZIBADO erzielt wurde, die Büroleiter sich als „völlig unfähig und überfordert" erwiesen und „ZIBADO über keinerlei Marktkenntnisse, Einflussmöglichkeiten und Beziehungen verfügte", so trifft dies nicht zu[551]. Anders als bisher angenommen, beschränkten sich die Geschäfte zwischen der DDR und der Gruppe „Händler" nicht nur auf den Export von Waffen und Muni-

[545] So BStU, MfS, AG BKK, 248, Analyse, 16. 06. 1986, Bl. 21.
[546] So ebd.
[547] So ebd.
[548] So ebd., Bl. 22.
[549] So BArch, DL 226/1657, Schreiben Günter Mittags an Erich Honecker, 19. 01. 1984, Bl. 356.
[550] Vgl. BStU, MfS, AG BKK, 248, Analyse, 16. 06. 1986, Bl. 21.
[551] So BStU, MfS, AG BKK, 717, Vermerk, 02. 12. 1986, Bl. 97. Vgl. auch BStU, MfS, AG BKK, 717, Bericht, 16. 08. 1984, Bl. 31; BArch, DL 2/6478, Tätigkeitsbericht, 29. 01. 1986.

tion im Dezember 1984 für rund 500 000 US-Dollar sowie den Import von Waffen im Mai 1986 für rund 50 000 US-Dollar[552]. Bei der Bewertung der Umsätze von ZIBADO gilt es ohnehin zu beachten, dass gemäß der klassischen kaufmännischen Aufgabe eines Händlers und der von Honecker, Mielke sowie dem Bereich Kommerzielle Koordinierung vorgesehenen Funktion der Gruppe Abu Nidal die Einnahmen der Firma ZIBADO aus Provisionsgewinnen herrührten. Eine fundierte Aussage über den Gesamtwert der ostdeutschen Verträge oder Gewinne lässt sich nicht treffen, da auch die Absprache über die Vermittlungsgebühr nicht schriftlich festgehalten werden durfte. In mehreren Berichten Inoffizieller Mitarbeiter finden sich allerdings Belege, die eine regelmäßige und auch sehr ertragreiche geschäftliche Tätigkeit erkennen lassen[553].

Schon kurz nachdem Sabri al Banna Konten bei der DDR-Staatsbank eröffnet hatte, erkundigte sich einer seiner Mitarbeiter im Herbst 1983, ob die Organisation Abu Nidal 150 000 Maschinenpistolen sowie spezielle optische Geräte kaufen könne[554]. Ein Angehöriger der MfS-Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung alias „Andre Bera" berichtete im Januar 1985: „Die Handelsergebnisse des IHZ-Büro ZIBADO beliefen sich im Jahre 1984 auf ca. 1,7 Mio. […] vermutet auf Dollarbasis. Es handelt sich bei diesen 1,7 Mio. nur um Einkäufe, wobei davon ca. 1,4 Mio. Geschäften mit dem AHB IMES zukommen. […] Die kommerziellen Geschäfte werden bei IMES mit dem Generaldirektor geführt und finden auch im Büro des [ZIBADO-Leiters] statt. Dazu erscheint regelmäßig eine ca. 30 Jahre alte Person, die sich als Franke vom MAH vorgestellt hat [im Original wurde an dieser Stelle handschriftlich am Rand vermerkt: „XXII"]. Dieser erschien zum ersten Mal mit dem Generaldirektor von IMES und kommt jetzt ab und zu auch allein. Welche Rolle dieser Mann spielt, ist dem IM nicht klar."[555]

Der von „Andre Bera" erwähnte „Herr Franke" vom Ministerium für Außenhandel war ein unter Aliasnamen dem ZIBADO-Büro „zugeordneter" Mitarbeiter der Abteilung XXII der DDR-Staatssicherheit, der – laut einer weiteren handschriftlichen Ergänzung des MfS auf einem späteren Bericht des IM „Karl-Heinz Meyer" – die folgende Aufgabe besaß: „Büro ZIBADO bzw. Personen + Geschäfte mit IMES werden von Abt. XXII gesteuert."[556] In einer zum „Non-Paper" deklarierten Demarche der amerikanischen Regierung wurde 1987 explizit darauf Bezug genommen, dass im Büro von ZIBADO ein „Herr Francke [sic!]" gearbeitet habe, der „die Verbindungen zur IMES unterhielt. Auch er wusste von der Zugehörigkeit der ZIBADO zur ANO [Abu-Nidal-Organisation]."[557] „Herr Franke"

[552] Zu den genannten Geschäften vgl. BTg-Drs. 12/7600, S. 207 f.; Schriegel, Regierungskriminalität, S. 131.

[553] Das von ZIBADO dem MAH für das Jahr 1984 mitgeteilte „Handelsergebnis" belief sich auf 300 000 DM, vgl. BArch, DL 2/6478, Schreiben, 14. 01. 1985.

[554] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19464, Bericht, o. D., Bl. 5.

[555] So BStU, MfS, AG BKK, 717, Information, 18. 01. 1985, Bl. 47. Zur Funktion, Rolle u. Hintergrund des IMS „Andre Bera" vgl. BStU, MfS, AIM, 12563/91, Bd. 1/1.

[556] So BStU, MfS, AIM, 7714/91, Bd. 2/1, Bericht des IMS „Karl-Heinz Meyer", 04. 04. 1985, Bl. 111. Vgl. auch die von diesem Mitarbeiter 1983 gefertigte Notiz zur Gruppe „Händler" in: BStU, MfS, HA XXII, 19464, Bericht, o. D., Bl. 5.

[557] So BStU, MfS, HA XXII, 19984, Übersetzung aus dem Englischen, 22. 05. 1987, Bl. 140. In der Demarche werden außerdem die Namen des Mitarbeiters Hans Hofmann alias

und Sabri al Banna trafen sich laut Aussage des MfS im März 1985 persönlich. Der „Händler"-Chef, Sabri al Banna, hielt sich zwischen 1983 und 1987 insgesamt mindestens viermal in der DDR auf[558].

Im Januar 1985 transportierte Heinz Hofmann alias IM „Karl-Heinz Meyer" außerdem für ZIBADO „Krawattenmikrofone", Kopfhörer, Kameras, Aufnahmegeräte, Fernsteuerungen und diverse weitere spezifische Elektronik aus West-Berlin über Ost-Berlin nach Warschau, in das dortige Firmenbüro der Organisation Abu Nidal, denn ZIBADO war nur die Filiale des in Polen residierenden Unternehmens SAS Trading[559]. Im März 1985 hieß es in einem Bericht „Andre Beras", dass laut Heinz Hofmann ZIBADO „größere Geschäfte mit der IMES gemacht" habe[560]. Ein Jahr später scheiterte ein Waffengeschäft mit dem Iran in Höhe von rund 50 Millionen US-Dollar für die Lieferung von 10 000 Raketen vom Typ 9M14 „Maljutka", das ZIBADO über die Geschäftsniederlassung in Polen vermittelt hatte, angeblich daran, dass der Kunde auf Raketen des Baujahres 1984 bestand[561]. So berichtete es der IM „Karl-Heinz Meyer", der Mitarbeiter von ZIBADO, während seines Treffens mit FIM „Andre Bera", dem inoffiziell tätigen Angehörigen der Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung des MfS, der wiederum dafür verantwortlich war, „Karl-Heinz Hofmann" als IM zu führen[562].

Dass dieses Waffengeschäft tatsächlich „scheiterte", weil die Raketen nur ein Jahr alt sein sollten, muss bezweifelt werden. Denn zum einen trat frühestens 25 Jahre nach der Produktion der „Maljutka" eine technische Beeinträchtigung auf und zum anderen bestand für den Iran aufgrund des Konfliktes mit dem Irak ein so enorm hoher Bedarf an Waffen und Munition, insbesondere zur Panzerabwehr, dass der Iran jede Chance ergriff, solche Artikel zu beschaffen; zumal zeitgleich mit den angeblich gescheiterten Vertragsverhandlungen des „Maljutka"-Geschäftes eine der größten iranischen Offensiven des gesamten Krieges mit dem Irak vorbereitet wurde und Teheran die bis 1979 verwandten westlichen Systeme HOT und MILAN ersetzen musste[563]. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung

IM „Karl Heinz Meyer", des Geschäftsführers der IMES GmbH, Erhard Wiechert alias IM „Wolfgang Wagner", sowie vier weiterer Personen genannt, vgl. ebd.

558 Vgl. BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Maßnahmenplan, 17. 11. 1984, Bl. 32; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 10, Analyse, 25. 05. 1987, Bl. 75; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Stellungnahme, 26. 06. 1987, Bl. 101. Laut einem Vermerk des MfS wies die Kontaktperson der Gruppe Händler in der DDR, KP „Tarek", darauf hin, dass Sabri al Banna mit dem „Erholungsaufenthalt" im August 1984 in der DDR unzufrieden gewesen sei. Angeblich habe insbesondere seine Familie Kritik geäußert, weil es keine gesonderten Betreuer für die Kinder gegeben habe, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19464, Bericht, 14. 10. 1985, Bl. 30.

559 Vgl. BStU, MfS, AIM, 7714/91, Bd. 1/1, Information, 24. 01. 1985, Bl. 64 f.; BStU, MfS, AOP, 7116, Bd. 2, Bericht, 07. 09. 1988, Bl. 5; BStU, MfS, HA XXII, 19664, Vermerk, 17. 11. 1988, Bl. 124. Vgl. auch Gasztold-Seń, Geopolitics, S. 151–162; Igel, Terrorismus-Lügen, S. 154; Seale, Abu Nidal, S. 119, 203.

560 So BStU, MfS, AIM, 7714/91, Bd. 2/1, Information, 06. 12. 1985, Bl. 144.

561 So BStU, MfS, AIM, 7714/91, Bd. 2/1, Information, 27. 03. 1986, Bl. 158.

562 So ebd.

563 Vgl. Goodarzi, Syria and Iran, S. 133 f., 169 f., 189, 195 f.; Hiro, Longest War, S. 169–180, 218–220; Cordesman, Military Forces, S. 55–80. Die Waffe 9M14 „Maljutka", NATO-Bezeichnung AT-3 „Sagger", ist eine tragbare, etwa 10 kg schwere, drahtgesteuerte Panzerabwehrrakete, die Ziele in Entfernungen von bis zu 3000 m bekämpfen kann. Sie

versuchte auch nicht erst 1986 auf Vermittlung von ZIBADO zum ersten Mal „Maljutka" an den Iran zu verkaufen. Die SED-Führung hatte bereits im Februar 1981 das Ministerium für Nationale Verteidigung angewiesen zu prüfen, wie viele solcher Waffen aus Beständen der NVA in den Iran exportiert werden konnten[564]. Nur zwei Wochen vor den durch ZIBADO vermittelten Vertragsverhandlungen hatte die Staatssicherheit den Operativvorgang der Abu-Nidal-Gruppe offiziell von „Verschwörer" in „Händler" umbenannt[565]. Dass dieser bereits seit Herbst 1982 MfS-intern für die terroristische Organisation Abu Nidal verwandte Name als neue, amtliche Bezeichnung des gesamten OV eingeführt wurde, zeigt, dass die DDR ihre Kontakte mit „Händler" im März 1986 nicht beenden wollte, sondern die bestehenden Geschäftsbeziehungen auf Dauer ausrichtete. Dies bedeutet wiederum, dass die SED von Sabri al Banna profitierte und das Volumen der von ZIBADO in den zwei Jahren zuvor dem Bereich Kommerzielle Koordinierung vermittelten – offenbar lukrativen – Geschäftsabschlüsse noch weiter erhöht werden sollte[566].

Auch weitere Besonderheiten weisen darauf hin, dass Ost-Berlin bemüht war, der Gruppe „Händler" von Beginn an ein attraktives Umfeld für deren Arbeit zu bieten. So war der Büroleiter von ZIBADO im IHZ über die Deutsche Handelsbank AG in die Staatliche Versicherung der DDR integriert. Er und seine Familie waren also ostdeutschen Bürgern gleichgestellt und im SED-Staat unfall-, kranken-, haftpflicht-, kasko- und rentenversichert[567]. Gemäß den Konditionen der Staatlichen Versicherung, die im Gegensatz zum FDGB nur Selbstständige und Genossenschaftsmitglieder betreute, zahlte er für sich und seine mitversicherten Familienangehörigen monatliche Beiträge in Höhe von insgesamt 60 Mark[568]. Die Deutsche Handelsbank AG entrichtete den gesetzlich vorgesehenen Pflichtanteil von 12,5 Prozent des Bruttoeinkommens[569]. Sabri al Bannas Statthalter in Ost-Berlin musste folglich weder für sich noch seine Familie ärztliche sowie zahnärztliche Behandlungen, Krankenhausaufenthalte oder Medikamente bezahlen[570]. Es ist derzeit kein anderer Fall bekannt, bei dem sich die DDR in ähnlicher Form bereit erklärte, Belange von Mitarbeitern anderer IHZ-Repräsentanzen abzu-

wird von einem Feststoff angetrieben. Dieser Treibsatz wird bei adäquater Lagerung etwa nach 25 Jahren unbrauchbar. Er ist zugleich das im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit der Waffe anfälligste Bauteil, vgl. Hogg, Weapons, S. 716f.

564 Vgl. BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 2/1, Schreiben Günter Mittags an Erich Honecker, 18. 02. 1981, Bl. 43; BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 2/1, Dokument, o. D., Bl. 38.

565 Vgl. die Notiz vom 14. 03. 1986 in: BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 1, Bl. 11.

566 Die Abteilung XXII erklärte MfS-intern bereits zu Beginn der Nidal-Kontakte: „Im Zusammenhang mit der Realisierung weiterer vorgangsspezifischer Maßnahmen erscheint es derzeit zweckmäßig, erst den Wohnraum für Vertreter o. g. Firma [ZIBADO] in der DDR zur Verfügung zu stellen, wenn eindeutiger ökonomischer Nutzen für die DDR erkennbar ist und sich stabile ökonomische Beziehungen entwickelt haben", so BStU, MfS, AG BKK, 717, Schreiben der Abt. XXII an die HA XVIII, 20. 03. 1984, Bl. 13.

567 Vgl. BStU, MfS, HA XVIII, 11817, Information, 03. 07. 1984, Bl. 3. Zu den Leistungen der Staatlichen Versicherung vgl. Rosenschon, System, S. 93–98; Meinhardt, Bereich der sozialen Sicherung, S. 226–231.

568 Vgl. Rosenschon, System, S. 91f.; Meinhardt, Bereich der sozialen Sicherung, S. 226–231.

569 Vgl. ebd., S. 226: Rosenschon, System, S. 91f.

570 Vgl. ebd.; Meinhardt, Bereich der sozialen Sicherung, S. 226.

sichern. Aufgrund privater Umstände ist davon auszugehen, dass der ZIBADO-Chef und seine Familie beträchtliche Kosten für ärztliche beziehungsweise medizinische Leistungen einsparten, die von der Staatlichen Versicherung der DDR getragen wurden. Das SED-Regime bezuschusste und unterstützte das Unternehmen Sabri al Bannas im IHZ folglich gezielt, um einen längerfristigen Aufenthalt von ZIBADO in der DDR zu vereinfachen.

Außerdem wurde dem Leiter des ZIBADO-Büros und seiner Familie in Ost-Berlin eine Wohnung in bester Lage angeboten, direkt an der Spree, gegenüber der Alten Nationalgalerie und des Berliner Doms, wenige Minuten Fußweg entfernt von der Friedrichstraße[571]. Hinzu kam ein Gartenhaus mit Grundstück in Kaulsdorf, rund 20 Autominuten östlich von Berlin gelegen. Nachbar des Vertreters der Abu-Nidal-Organisation in der DDR war dort Alexander Schalck-Golodkowski, der Leiter des Bereiches Kommerzielle Koordinierung[572]. Auch gehörte der niemals eingestellte Operativvorgang „Händler" innerhalb der „Jahresplanung 1990" zu einem von drei „Schwerpunktvorgängen" des MfS, mit der Begründung, die Abu-Nidal-Gruppe wolle „weiterhin eine starke politische Anbindung an die DDR"[573]. Sabri al Banna selbst war „nach wie vor zur uneingeschränkten und vorbehaltlosen Unterstützung der DDR und des MfS bereit", so die Staatssicherheit im September 1989[574]. Das MfS tauschte sich bis zum Ende des SED-Regimes regelmäßig mit dem Gesandten Bannas aus, wobei die Abteilung XXII schon Mitte 1987 hervorhob, dass man aufgrund dieser „Trefferfahrungen" die allgemein unterstellten „negativen Persönlichkeitseigenschaften" Sabri al Bannas „nicht bestätigen" könne[575].

Die Achse Damaskus-Teheran und die Geschäfte der DDR

Durch Vermittlung der Nidal-Organisation besaß das SED-Regime die Möglichkeit, Waffen und Munition an die Quds- und die Basij-Brigaden sowie an die iranische Revolutionsgarde zu verkaufen; darüber hinaus konnte die DDR im iranischen Auftrag beschaffte Embargowaren exportieren[576]. Die politische und

[571] Vgl. BStU, MfS, AG BKK, 717, Beratungsprotokoll, 16. 07. 1986, Bl. 87.
[572] Vgl. BStU, MfS, AG BKK, 717, Bericht des IMS „Fritz", 25. 07. 1984, Bl. 25.
[573] So BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 10, Jahresplanung 1990, Bl. 98.
[574] So BStU, MfS, HA XXII, 19464, Bericht, 04. 09. 1989, Bl. 81.
[575] So BStU, MfS, HA XXII, 17508, Stellungnahme, 26. 06. 1987, Bl. 97. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 19464, Bericht, 14. 10. 1985, Bl. 25–30; BStU, MfS, HA XXII, 19464, Bericht, 12. 02. 1986, Bl. 36–45; BStU, MfS, HA XXII, 19464, Bericht, o. D., ca. Februar 1987, Bl. 59–63; BStU, MfS, HA XXII, 19464, Bericht, o. D., ca. Juli 1988, Bl. 66–68; BStU, MfS, HA XXII, 19464, Bericht, 24. 11. 1988, Bl. 72–76; BStU, MfS, HA XXII, 19464, Bericht, 04. 09. 1989, Bl. 77–81; BStU, MfS, HA XXII, 19464, Vorschlag zur Werbung des IM-Vorlaufs „Ismail", 22. 09. 1989, Bl. 82–85.
[576] Die DDR nutzte bereits seit Anfang der 1980er Jahre Vertreterfirmen für die Handelsgeschäfte der IMES GmbH mit dem Iran. Anfänglich bediente man sich dazu einer iranischen Firma sowie einer österreichischen Tochtergesellschaft eines anderen Unternehmens, vgl. BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 1/1, Information, 06. 05. 1983, Bl. 147; BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 1/1, Schreiben Alexander Schalck-Golodkowskis an Dieter Uhlig u. Wolfgang Kotz, 03. 05. 1983, Bl. 148; BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 1/1, Schreiben von Wolfgang Kotz an Alexander Schalck-Golodkowski, 09. 05. 1983, Bl. 149–157; BStU, MfS, AP, 1041/92, Information, 17. 11. 1982, Bl. 31; BStU, MfS, AP,

finanzielle Protektion Syriens, in Verbindung mit der schiitischen Allianz zwischen Teheran und Damaskus, führte dazu, dass eine so gut und weitläufig vernetzte terroristische Organisation wie die des Abu Nidal vielversprechenden Zugang bot, um diese Nische des weitläufigen „grauen Marktes" zu besetzen und als „Händler" des „speziellen" Geschäfts mit dem Iran beziehungsweise Syrien zu fungieren[577]. Bereits vor Beginn der eigentlichen „Händler"-Tätigkeit war Ost-Berlin im Auftrag des Iran zwischen 1980 und 1983 daran beteiligt, Waffen aus westlicher Produktion, beispielsweise aus Südkorea über Mittlerfirmen in Bangladesch, Hong-Kong, der Schweiz und Österreich für Khomeinis Regime einzukaufen; das Politbüro hatte zudem Anfang 1981 unter anderem beschlossen, dem Iran „mikroelektronische Technologie" lizenzpflichtig zu verkaufen, die benötigten „DDR-Experten" in den Iran zu entsenden und entsprechende „Ausrüstung, deren Fertigungskapazität in der DDR nicht oder nur begrenzt vorhanden [war], […] gemeinsam mit dem iranischen Partner aus dem NSW zu beschaffen"[578]. Der ZK-Sekretär der SED für Wirtschaft, Günter Mittag, legte im Februar 1982, ein Jahr nach dem erwähnten Politbürobeschluss, dem stellvertretenden iranischen Ministerpräsidenten dar: „Die Deutsche Demokratische Republik kennt aus eigener Erfahrung jene Problematik, die aus imperialistischer Wirtschaftsblockade resultiert. Im Rahmen der von den USA betriebenen Konfrontationspolitik zielen ökonomische Sanktionen auch jetzt wieder gegen sozialistische Staaten. Die Deutsche Demokratische Republik spürt deren negative Auswirkungen. Das sollte für uns ein Grund mehr sein, die für beide Seiten nutzbringende wirtschaftliche Zusammenarbeit enger zu gestalten."[579]

Da das SED-Regime aus politischen Gründen zu vermeiden suchte, dass Rüstungsexporte im Allgemeinen und solche an den Iran im Speziellen publik wur-

1041/92, Treffbericht IMS „Walter Schiller", 05. 11. 1982, Bl. 24. Zu den Pasdaran, der Quds-Brigade u. Basij-Miliz vgl. Katzman, Warriors, S. 1, 7–14, 79–151; Cordesman, Military Forces, S. 32–54, 85–216; Zabih, Iranian Military, S. 209–220.

577 Vgl. BArch, DL 226/1657, Schreiben Günter Mittags an Erich Honecker, 19. 01. 1984, Bl. 356; BArch, DL 226/4, Standpunkt des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, 09. 02. 1989, Bl. 533 f. Zum Irangeschäft der IMES GmbH vgl. BTg-Drs. 12/7600, S. 191 f.; Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 470; Möller, Krieg Irak-Iran, S. 8–11; BStU, MfS, AG BKK, 248, Entscheidungsvorlage, o. D., ca. Dezember 1989, Bl. 10. Vgl. auch Bl. 63–246 der Akte BStU, MfS, AG BKK, 167.

578 So BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 2/1, Schreiben Günter Mittags an Erich Honecker, 18. 02. 1981, Bl. 43. Zur Beschaffung westlich-amerikanischer Rüstungsartikel über Firmen in Österreich, Hong-Kong u. Südkorea durch das SED-Regime vor 1984 vgl. BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 1/1, Information, 06. 05. 1983, Bl. 147; BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 2/1, Bericht des IMS „Walter Schiller", 28. 03. 1983, Bl. 115; BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 2/1, Information, 06. 05. 1983, Bl. 124 f.; BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 2/1, Bericht, 21. 07. 1983, Bl. 170–172; BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 2/1, Schreiben Alexander Schalck-Golodkowskis an Dieter Uhlig u. Wolfgang Kotz, 03. 05. 1983, Bl. 148; BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 2/1, Schreiben von Wolfgang Kotz an Alexander Schalck-Golodkowski, 09. 05. 1983, Bl. 149–157; BStU, MfS, GH, 86/81, Bd. 2, Vernehmungsprotokoll, 27. 02. 1981, Bl. 176; BTg-Drs. 12/7600, S. 188–192.

579 So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2689/86, Gesprächsempfehlungen, o. D., ca. Februar 1982. Vgl. auch BArch, DL 226/4, Schreiben Alexander Schalck-Golodkowskis an Günter Mittag, 23. 01. 1989, Bl. 444–447.

den, und der Bereich Kommerzielle Koordinierung restriktive Geheimhaltungsvorgaben anwandte, war Schalck-Golodkowski besonders im Hinblick auf die „iranische Spezialstrecke" – so ein MfS-interner Ausdruck – daran interessiert, die vermittelnden Partner solcher Geschäfte des Bereiches Kommerzielle Koordinierung in Westeuropa durch „Händler" wie Sabri al Banna zu ersetzen. Eine eng mit dem verbündeten Syrien zusammenarbeitende Organisation erschien verlässlicher. Und das wachsende Potenzial des iranischen Absatzes durfte unter keinen Umständen vernachlässigt werden[580]. Nicht zuletzt weil die DDR keine exklusiven Beziehungen zum Iran, sondern ein traditionell enges Verhältnis zum Kriegsgegner Teherans, dem Irak, besaß, und Honecker Bagdad auch mit Waffen und Munition beliefern ließ, war die Konspiration der potenziell ertragreichen Irangeschäfte unabdingbar[581]. Der Iran importierte zwischen 1983 und 1986 bei einem geschätzten Gesamtetat für den Kauf von Waffen und Munition in Höhe von rund neun Milliarden US-Dollar lediglich Rüstungsgüter im Wert von einigen Millionen Dollar direkt aus Moskau, wohingegen sozialistische Staaten militärische Ausrüstung für 3,5 Milliarden Dollar lieferten[582]. Vor allem auch die indirekte Bezugsmöglichkeit von Munition und Ersatzteilen amerikanischer Bauart, wie sie sowohl Syrien als auch „Händler" anboten, machte möglicherweise – neben der Umgehung bestehender Embargosanktionen – die DDR für Teheran interessant, denn so konnte die fast vollständig aus amerikanischer oder westeuropäischer Quelle stammende iranische Militärtechnik umgerüstet werden. Ein Direktkauf notwendiger Produkte auf westlichen Märkten war praktisch ausgeschlossen und zugleich bestanden keine signifikanten Rüstungsbeziehungen mit der Sowjetunion, weil der Iran islamistische Gruppen in Afghanistan förderte und spätestens ab 1983 massiv gegen die kommunistische Tudeh-Partei im Iran vorging[583].

[580] Vgl. etwa die massive Kontrolle u. Einflussnahme der HV A innerhalb des Irangeschäftes der IMES GmbH sowie die interne Bewertung im Hinblick auf Probleme mit österreichischen Geschäftspartnern in: BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 2/1, Information, 20. 11. 1983, Bl. 191; BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 2/1, Dokument, o. D., Bl. 39; BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 2/1, Bericht des IMS „Walter Schiller", 28. 03. 1983, Bl. 115; BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 2/1, Information, 06. 05. 1983, Bl. 124 f.; BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 2/1, Bericht, 21. 07. 1983, Bl. 170–172. In der 1987 eingeleiteten OPK „Teheran", die einen mutmaßlichen Geheimnisverrat eines Mitarbeiters des MAH aufzuklären versuchte, der für iranische u. arabische Geschäfte verantwortlich war, hieß es, diesem Mitarbeiter seien aufgrund seiner Involvierung in den Iranhandel der IMES GmbH, der Anstellung seiner Ehefrau in demselben Unternehmen u. in Anbetracht der Tatsache, dass er u. Wiechert das IMES-Büro in Teheran aufgebaut hätten, „Informationen von enormer politischer Brisanz und hohem Geheimhaltungsgrad zugänglich", so BStU, MfS, AOPK, 12643/91, Maßnahmenplan zur OPK „Teheran", 10. 08. 1987, Bl. 6 f.

[581] Zur DDR-Politik gegenüber dem Iran sowie dem Irak in den 1980er Jahren vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 469 f.; Möller, Krieg Irak-Iran, S. 4–25; Storkmann, Solidarität, S. 93–106.

[582] Vgl. Cordesman, Military Forces, S. 55–80; SIPRI, TIV of Arms Exports to Iran, www.sipri.org/databases/armstransfers/background (22. 04. 2013); Grimmett, Conventional Arms Transfers, S. 64; Freedman, Moscow, S. 193.

[583] Vgl. Goodarzi, Syria and Iran, S. 35–37, 80–85; Hiro, Longest War, S. 36–48, 101; Therme, Iran and Russia, S. 378 f., 385; Möller, Krieg Irak-Iran, S. 20 f. Syrien hatte sich schon 1980 bereit erklärt, dem Iran auf europäischen Märkten Ersatzteile für amerikanische Waffen u. Militärtechnik zu kaufen. Außerdem kooperierte der Iran mit Libyen

Gemäß den Angaben des Leiters des Bereiches Kommerzielle Koordinierung setzte die ostdeutsche Rüstungskooperation mit Ajatollah Khomeini unmittelbar nach der Revolution Anfang 1979 ein, wobei die DDR von Beginn an sowohl mit dem Verteidigungsministerium als auch mit den Pasdaran Verträge schloss – aber die radikal-islamische Seite bevorzugte. Den Revolutionsgarden verkaufte sie deutlich mehr als dem Verteidigungsministerium[584]. Wie aus dem Beschluss des Sekretariates des Politbüros vom 18. Februar 1981 hervorgeht, war für das Irangeschäft der DDR ausschließlich der Bereich Kommerzielle Koordinierung, also die im Januar des Folgejahres gegründete Firma IMES GmbH anstatt des AHB ITA, verantwortlich[585]. Die organisatorischen Vorläufer der IMES GmbH waren seit 1979 in Teheran mit einer Handelsvertretung präsent, die in den folgenden fünf Jahren von Erhard Wiechert alias IM „Wolfgang Wagner" geführt wurde. Wiechert kehrte im Oktober 1984 zurück nach Ost-Berlin und wurde im Anschluss zum Hauptgeschäftsführer der IMES GmbH berufen – er übernahm diese Funktion also zu einem Zeitpunkt, als ZIBADO begann, vom Internationalen Handelszentrum aus Geschäfte für den Bereich Kommerzielle Koordinierung zu tätigen[586]. Der Umsatz des reinen Waffenhandels mit Teheran – ohne Berücksichtigung etwaiger Embargowaren oder der Lieferung „mikroelektronsicher Erzeugnisse" –, summierte sich nach Angaben Schalck-Golodkowskis zwischen 1979 und 1989 auf eine Milliarde Valutamark, wobei man gleichzeitig in diesen zehn Jahren 4,9 Millionen Tonnen Öl für eine Milliarde US-Dollar importierte[587].

u. Nordkorea, um Ausrüstungsgegenstände zu beziehen, vgl. Goodarzi, Syria and Iran, S. 36, 69; Hiro, Longest War, S. 36f., 42, 83, 101; Lesch, 1979, S. 62f.; Therme, Iran and Russia, S. 378, 385; BTg-Drs. 12/7600, S. 187f.; BStU, MfS, AG BKK, 35, Information, 11. 07. 1989, Bl. 93–96.

584 Nach Angaben der für den Iranhandel der IMES GmbH zuständigen Mitarbeiter des Unternehmens belief sich die Ausfuhr von Rüstungsgütern 1982 auf mind. 65 Mio. US-Dollar, wobei das Verteidigungsministerium lediglich Leistungen im Wert von etwa 1,1 Mio. Dollar bezog. Eine im Herbst 1982 versuchte Festnahme des IMES-Repräsentanten im Iran durch iranische Sicherheitskräfte wurde daher von der DDR als Versuch bewertet, die Leistungen zugunsten des Verteidigungsministeriums zu erhöhen, da sich auf diesem Weg die Rivalitäten im Machtapparat des Iran, zwischen Armee u. Revolutionsgarden, gezeigt habe, vgl. BStU, MfS, AP, 1041/92, Treffbericht IMS „Walter Schiller", 05. 11. 1982, Bl. 24f.; BStU, MfS, AP, 1041/92, Information, 17. 11. 1982, Bl. 31.

585 Zur Zuständigkeit der IMES GmbH vgl. BStU, MfS, AIM, 8520/89, Bd. 2/1, Dokument, o. D., Bl. 38; BStU, MfS, AP, 1041/92, Treffbericht IMS „Walter Schiller", 05. 11. 1982, Bl. 24; BStU, MfS, AP, 1041/92, Information, 17. 11. 1982, Bl. 31; Möller, Krieg Irak-Iran, S. 5–9. Die IMES GmbH machte 1990 gegenüber den iranischen Revolutionsgarden Forderungen in Höhe von mind. 25 Mio. US-Dollar geltend. Der ehemalige Geschäftsführer der IMES GmbH, Erhard Wiechert alias IM „Wolfgang Wagner", reiste 1992 viermal in den Iran, um diese Schulden anzumahnen. Im einem Bericht Wiecherts für die Treuhandanstalt vom 24. 09. 1991 betonte er, dass es gelungen sei, 23,5 Mio. US-Dollar einer „Munitionslieferung" an den Iran „einzutreiben", vgl. BArch, DL 210/210, Information, 24. 09. 1991. Vgl. auch BArch, DL 210/196, Schreiben Alexander Schalck-Golodkowskis an Außenminister Fischer, 17. 05. 1989.

586 Vgl. BStU, MfS, AOPK, 12643/91, Maßnahmenplan zur OPK „Teheran", 10. 08. 1987, Bl. 7a; AG Berlin-Charlottenburg, HRB 5138, Eintr. 2, 29. 05. 1984.

587 Vgl. BArch, DL 226/4, Schreiben Alexander Schalck-Golodkowskis an Günter Mittag, 23. 01. 1989, Bl. 445–447.

Der Iran, so Jubin Goodarzi, räumte Syrien für militärische Importe spezielle Konditionen bei der Belieferung mit Erdöl ein. So erhielt Damaskus als Gegenleistung für abgegebene, oftmals sowjetische Waffen zwischen 1982 und 1985 eine Million Barrel iranisches Öl pro Jahr kostenlos und bezog täglich rund 100 000 Barrel zu 28 US-Dollar pro Fass. Damit lag dieser Preis in etwa sechs bis acht Dollar unter dem OPEC-Niveau[588]. Der von Schalck-Golodkowski genannte Umfang des iranischen Ölimports zwischen 1979 und 1989 von 4,9 Millionen Tonnen entspricht einem Äquivalent von circa 36,4 Millionen Barrel. Bei einem genannten Preis von einer Milliarde US-Dollar hieße das, dass die DDR – wie Syrien – lediglich 28 US-Dollar pro Fass zahlen musste und im Durchschnitt rein statistisch pro Tag 10 000 Barrel aus dem Iran erhielt. Aus den im Schreiben Schalck-Golodkowskis dargestellten Fakten, einem iranischen Rüstungsexport im Gegenwert von einer Milliarde Valutamark einerseits und dem Ölimport in Höhe von 36 Millionen Barrel zu einer Milliarde US-Dollar andererseits, geht nicht hervor, dass diese Summe nicht mit Rüstungsgütern verrechnet worden ist. Der iranischerseits für Honecker deutlich verbilligte Ölpreis sowie die Aussage des ehemaligen Geschäftsführers der IMES GmbH lassen schlussfolgern, dass offene Forderungen für in den Iran exportierte Waffen und Munition mit Kosten für Importe beglichen wurden, was der Bereich Kommerzielle Koordinierung in Statistiken nicht berücksichtigte. Ausgewiesen wurde lediglich die Höhe der tatsächlich in Kapitalform an Schalck-Golodkowski abgeführten Valutabeträge[589]. Das bedeutet: Die Summe der Rüstungsexportgewinne aus dem Irangeschäft – und damit des nominellen Gesamtvertragswertes aller IMES-Leistungen zugunsten Khomeinis – belief sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auf deutlich mehr als eine Milliarde Valutamark[590].

Die Rolle Syriens oder „Händlers" war aber nicht allein deshalb erwünscht, weil der Bereich Kommerzielle Koordinierung mit dem Iran sicherheitspolitisch sensible sogenannte Sondergeschäfte durchführen und „spezielle Bedarfsträger" ansprechen wollte, sondern auch weil die offiziellen politischen ostdeutsch-iranischen Beziehungen zum einen aufgrund des übergeordneten sowjetisch-irakischen

588 Vgl. Goodarzi, Syria and Iran, S. 54 f.; Hiro, Longest War, S. 80; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 99; Dawn, Foreign Policy of Syria, S. 173.

589 Vgl. BArch, DL 210/210, Information, 24. 09. 1991.

590 Diese wird insofern durch andere Quellen belegt, als bereits die Beschlüsse des Ministerrates von 1977/78 nicht nur zeigen, dass die DDR noch vor der Revolution 1979 einen grundlegenden Ausbau ihrer Wirtschafts- u. Finanzbeziehungen mit dem Iran plante, sondern auch damals die Kosten von iranischen Importen mit Waren des DDR-Exportes verrechnet wurden, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1601/81, Beschluss des Ministerrates der DDR, 05. 12. 1977; Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 470; Möller, Krieg Irak-Iran, S. 4 f. Im August 1978 verfügte der Ministerrat die Aufnahme von Verhandlungen neuer langfristiger Handels- u. Zahlungsabkommen sowie den Abschluss eines zehnjährigen Abkommens über die wirtschaftliche, industrielle u. wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Gemäß den beigefügten Übersichten belief sich sowohl der Export als auch der Import 1979 auf jeweils rd. 330 Mio. VM, d. h., die DDR finanzierte die Kosten der gesamten Importe mit eigenen Waren, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1601/81, Beschluss des Ministerrates der DDR, 31. 08. 1978; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1601/81, Exporte aus dem Iran nach der DDR, o. D., 1979; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1601/81, Exporte aus der DDR nach dem Iran, o. D., 1979.

Verhältnisses und zum anderen aus prinzipiellen ideologischen Konflikten mit dem Regime in Teheran belastet waren[591]. Der erste Botschafter Khomeinis erhielt erst fünf Jahre nach dem Regimewechsel im Iran sein Agrément von der ostdeutschen Regierung. Die Islamische Republik Iran war bis 1984 in der DDR lediglich durch einen Geschäftsträger vertreten[592]. Der iranische Ministerpräsident besuchte außerdem erstmals im Oktober 1986 den SED-Staat[593]. Teheran und Ost-Berlin verständigten sich Ende 1988 darauf, eine direkte Flugverbindung zwischen beiden Hauptstädten herzustellen, die allerdings nicht mehr eröffnet wurde, denn der reguläre Linienverkehr war erst ab dem Flugplan 1990/91 vorgesehen[594].

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten beharrte darüber hinaus seit 1979 darauf, dass – so das MfAA – aus „politischen Erwägungen" gegenüber den arabischen Staaten immer nur das Wort „Golfregion" anstatt des Terminus „Persischer Golf" verwendet werden durfte; dies ist eine für den Iran bis in die Gegenwart politisch sensible Thematik, da das klerikale Regime in Teheran mit dem Ausdruck „Persischer Golf" seinen historisch gewachsenen Machtanspruch in der Region zu rechtfertigen sucht[595]. Auch wenn der Iran die DDR aufforderte, die „korrekte Bezeichnung des Persischen Golfs" zu gebrauchen, gab das MfAA im Juli 1981 mit einer Sprachregelung die offizielle ostdeutsche Diktion „Golfregion" vor[596].

Im Sommer 1980 hatte der Botschafter der DDR im Iran vorgeschlagen „zu prüfen, welche Gegenaktionen gegen die iranische Botschaft in Berlin ergriffen werden" könnten, nachdem er in einem ausführlichen Bericht die „Beschränkungen der Tätigkeit diplomatischer Vertretungen durch die Islamische Republik Iran" dargestellt hatte[597]. Unter anderem verwies er darauf, dass sowohl der Besucherverkehr der Botschaft und Residenz als auch der aller Wohnungen der ostdeutschen Botschaftsmitarbeiter in Teheran von zivilgekleideten Männern überwacht würde, die Berichte darüber verfassten[598]. Außerdem werde die telefonische Kommunikation der Botschaft und Residenz abgehört und die Erteilung neuer Einreisevisa für Mitarbeiter des MfAA immer strenger reglementiert[599]. Ziel dieser Maßnahmen, so der Vertreter der DDR im Iran, sei es, eine „umfassende Kontrolle der Aktivität der Botschaft" zu erreichen[600]. Darüber hinaus beklagte er: „Während in der Periode des Schahregimes die Mehrzahl der Verletzun-

591 Zum Verhältnis zwischen Moskau u. Bagdad während des Krieges vgl. Shemesh, Soviet-Iraqi Relations, S. 181–234.
592 Vgl. ADN: Botschafter in der DDR akkreditiert, in: ND, 12. 05. 1984, S. 2; Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 470.
593 Vgl. ADN: Iranischer Premier trifft heute in DDR ein, in: ND, 13. 10. 1986, S. 2; ADN: Ministerpräsident Irans beendet DDR-Aufenthalt, in: ND, 16. 10. 1986, S. 1.
594 Vgl. BArch, DM 1/16856, Bericht, 28. 12. 1988.
595 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2106/85, Sprachregelung, 06. 07. 1981.
596 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2106/85, Schreiben der Abt. Naher u. Mittlerer Osten an die Abt. Presse, 19. 02. 1981; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2106/85, Sprachregelung, 06. 07. 1981; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2106/85, Note der Islamischen Republik Iran, 12. 06. 1981.
597 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2740/88, Bericht der Botschaft Teheran an das MfAA, 24. 08. 1980.
598 Vgl. ebd.
599 Vgl. ebd.
600 So ebd.

gen diplomatischer Immunität einen hohen Grad von Spontanität aufwiesen, sich noch oft wahllos gegen Ausländer allgemein richteten und entsprechend der Propagandalinie häufiger imperialistische und proimperialistische Vertretungen betroffen waren, erhalten die Maßnahmen nunmehr einen systematischeren Charakter und richten sich verstärkt gegen die sozialistischen Staaten."[601] Selbst der sowjetische Botschafter sei Ziel „unbegründeter" Sanktionen geworden, etwa als ihm – trotz Beachtung einer neuen Regelung, nach der alle Aufenthalte außerhalb Teherans 72 Stunden zuvor schriftlich beim Außenministerium beantragt werden mussten – ein Verlassen des Stadtgebietes verwehrt worden sei[602].

Dennoch waren diese politischen Differenzen, die seit 1979 im bilateralen Verhältnis bestanden, kein Hindernis, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Iran und der DDR weiter auszubauen, denn Ost-Berlin war auf die Gewinne von Exporten und vor allem iranisches Erdöl dringend angewiesen. Daher hinderten Honecker und die SED-Führung auch weder das ostdeutsche Verhältnis zum Irak noch der religiös begründete Führungsanspruch des iranisches Regimes oder politisch-ideologische Gegensätze sowie der Umgang Khomeinis mit der ab Mai 1983 verbotenen kommunistischen Tudeh-Partei – die beispielsweise auch in den 1980er Jahren mit Spitzendelegationen an Parteitagen der SED, staatlichen Feierlichkeiten der DDR sowie wissenschaftlichen Konferenzen teilnahm – daran, substanzielle wirtschaftliche Beziehungen mit dem Iran einzugehen[603]. Ausgangspunkt dieser Kooperation waren die im Herbst 1981 und Frühjahr 1982 vom iranischen Minister für Finanzen und Wirtschaft sowie dem stellvertretenden Ministerpräsidenten geführten Gespräche, die auch Treffen mit Erich Honecker, Horst Sindermann, Günter Mittag und Oskar Fischer einschlossen und denen Abkommen über wirtschaftlich-industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit folgten[604].

Der sogenannte Revolutionsführer des Iran sowie der iranische Parlamentspräsident hatten zudem in ihren Briefen an Honecker im Januar 1982 das vorbehaltlose Interesse an engen Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR bekundet[605]. Erich Honecker beglückwünschte anschließend im Februar 1982 – trotz der noch ausstehenden Akkreditierung eines Botschafters der Islamischen Republik Iran – den

[601] So ebd.
[602] So ebd.
[603] Zu den Teilnahmen der iranischen KP vgl. Im Kampf der Völker für Frieden, Fortschritt und Unabhängigkeit leben die Ideen von Marx, in: ND, 14. 04. 1983, S. 1 f.; ADN: Weitere ausländische Delegationen zum 35. Jahrestag der DDR empfangen, in: ND, 06. 10. 1984, S. 1 f.; ADN: Vertreter der Jugend von allen Kontinenten, in: ND, 23. 05. 1985, S. 6; ADN: Weitere ausländische Delegationen zum XI. Parteitag der SED begrüßt, in: ND, 16. 04. 1986, S. 2. 1987 musste das MfS Schutzmaßnahmen für die im Land lebenden Mitglieder der Tudeh-Partei einleiten, nachdem der Iran in mehreren anderen Staaten deren Repräsentanten ermorden ließ, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 18663/1, Vermerk, 16. 09. 1987, Bl. 7; BStU, MfS, HA XXII, 6102/13, Schreiben der Abt. XXII an Gerhard Neiber, 16. 09. 1987, Bl. 1.
[604] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2689/86, Gesprächsempfehlungen, o. D., ca. Februar 1982.
[605] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2689/86, Schreiben des MfAA an Erich Honecker, 27. 01. 1982.

stellvertretenden iranischen Ministerpräsidenten zum „3. Jahrestag der ‚Islamischen Revolution' und unterstrich die Sympathie, mit der Volk und Regierung der DDR von Anfang an die Entwicklung der Revolution im Iran verfolgt [hätten]. Es sei offensichtlich, dass sich die Lehre des Imam [Khomeinis] als Grundlinie der Revolution gefestigt habe. Er [Honecker] bekräftigte die volle Unterstützung der DDR für die Revolution. Die DDR werde dazu beitragen, dass der Iran seine Position in der Gemeinschaft der Völker festigen könne. […] Die DDR unterstütze das Zusammenwirken aller antiimperialistischen Kräfte, ungeachtet ideologischer Unterschiede."[606] Günter Mittag, ZK-Sekretär für Wirtschaft, erklärte in seiner Funktion als Mitglied des DDR-Ministerrates im Namen der ostdeutschen Regierung – nicht der SED – die Bereitschaft, „die ökonomischen Beziehungen zum Wohle beider Länder auf allen dafür infrage kommenden Gebieten vorbehaltlos auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzen wesentlich auszubauen"[607]. Bis 1984 folgten diverse Gespräche iranischer Minister, vor allem für Handel und Finanzen, Wirtschaft, Industrie, Öl, Landwirtschaft, Metallurgie und Schwerindustrie mit ihren jeweiligen ostdeutschen Amtskollegen. Diese Delegationstreffen gingen mit dem Abschluss konkreter Vereinbarungen einher[608]. Bei all diesen Entscheidungen waren die politischen Probleme weder für die eine noch die andere Seite ein wirklicher Hinderungsgrund, auch wenn aus politischen Erwägungen kein Interesse bestand, eine enge Partnerschaft nach außen hin zu demonstrieren[609].

Diese Wirtschaftsbeziehungen zum Iran waren zugleich eine weitere gegen Jassir Arafat gerichtete Maßnahme Honeckers, denn die iranische Involvierung in die syrische Libanonpolitik wurde dadurch auf Kosten der PLO/Fatah gestärkt. Die Iranpolitik der DDR und die ostdeutsche Förderung des persisch/iranisch-arabisch/syrischen Bündnisses bedeuteten, dass Ost-Berlin die proiranische Politik Syriens im Libanon unterstützte und Assad auch beistand, als er mithilfe schiitischer Islamisten gegen die Fatah-geführte Palästinensische Befreiungsorganisation vorging. Die „Händler"-Tätigkeit begünstigte sowohl die syrische als auch die iranische Libanonpolitik. Deshalb muss die Verbindung zwischen Damaskus

606 So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2689/86, Bericht, 02. 03. 1982.

607 So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2689/86, Gesprächsempfehlungen, o. D., ca. Februar 1982.

608 Zu den Besuchen vgl. ADN: Wirtschaftsberatungen DDR-Iran in Teheran, in: ND, 02. 02. 1984, S. 5; ADN: Ministerpräsident Irans empfing Politiker der DDR, in: ND, 20. 09. 1984, S. 5; ADN: Regierungsvertreter Irans zu Meinungsaustausch in Berlin, in: ND, 05. 09. 1984, S. 1; ADN: Meinungsaustausch mit dem Außenminister Irans, in: ND, 13. 12. 1983, S. 2; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2689/86, Gesprächsempfehlungen, o. D., ca. Februar 1982; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 9401/93, Programmablauf für den Aufenthalt des Ministers für Chemische Industrie der DDR in Teheran, o. D., ca. Dezember 1982; ADN: Wirtschaftsdelegation aus dem Iran eingetroffen, in: ND, 02. 08. 1982, S. 2. Vgl. insgesamt auch Bl. 63–246 in: BStU, MfS, AG BKK, 167.

609 Das MfAA hielt in einer Vorlage für den stellv. Minister sowie für den neuen DDR-Botschafter in Teheran fest: „Iran ist auf lange Sicht Schwerpunktland für [die] DDR. [Die] iranische Außenpolitik weist neben antikommunistischen und antisowjetischen Elementen zahlreiche antiimperialistische Anknüpfungspunkte auf, die für [den] Kampf gegen [den] Konfrontationskurs [der] USA zu nutzen sind", so PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2744/88, Gesprächsempfehlungen, o. D., ca. September 1983.

und Teheran sowie die Kontrolle Abu Nidals durch das Regime Assads in einem engen Zusammenhang gesehen werden. Beide für den Libanon ab 1982/83 wichtigen Akteure – Syrien und der Iran – betrachteten die von Arafat repräsentierte Palästinensische Befreiungsorganisation als illegitim[610]. Indem Honecker zu Damaskus stand, bezog er also nicht nur gegen Arafat und die Fatah Position, sondern half auch Assad und dem Iran, ihre Interessen im Libanon durchzusetzen und stabilisierte damit die syrisch-iranische Achse.

Neben den von der IMES GmbH mit A. al M. J. geschlossenen Verträgen zum Export von Waffen und Munition in den Libanon zielte möglicherweise auch der von IM „Wolf" im September 1983 ostdeutschen Firmen vermittelte Kontakt zu zwei „fortschrittlichen" libanesischen Waffenhändlern auf ein Geschäft mit „speziellen" iranischen „Bedarfsträgern"[611]. Die iranische Revolutionsgarde begann Ende 1981 damit, bis zu 3000 Mann in den Süden und Westen des Libanon zu verlegen und unterhielt dort mehrere Trainingslager für schiitische Islamisten[612]. Die von den Revolutionsgarden angeleiteten extremistischen schiitischen Organisationen – wie bereits erwähnt, ging aus einer die Hizballah hervor – griffen ab 1982/83 zivile und militärische Ziele Israels, der USA und Frankreichs im Libanon an und attackierten zugleich gemeinsam mit der zweiten schiitischen, von

610 Der Iran war das erste Land im Nahen u. Mittleren Osten, das der PLO noch 1979 zugestand, eine Botschaft zu eröffnen; sie befand sich in den Räumen einer ehemaligen israelischen Vertretung in Teheran. Nach dem versuchten Putsch Musa/Salahs im Mai 1983 war es wiederum das Regime Khomeinis, das als Ausdruck der prosyrischen Haltung des Iran im Kampf Assads um die Vorherrschaft innerhalb der PLO diese diplomatische Mission offiziell den Fatah-Putschisten Musa/Salah übergab, worauf diese fortan als erste u. einzige Botschaft der innerpalästinensischen Gegner Arafats existierte, vgl. Rubin, Revolution, S. 54; Gowers/Walker, Myth, S. 185; Kapeliouk, Arafat, S. 183 f.; Lesch, 1979, S. 59; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 89; Goodarzi, Syria and Iran, S. 153; Qassem, Hizbullah, S. 19, 387.

611 Wie Gasztold-Seń, Polish-Syrian Relations, S. 27, darstellt, bezog die VR Polen ab Anfang der 1980er Jahre durch Vermittlung der Abu-Nidal-Organsiation westliche Waffen. Warschau profitierte dabei beim Kauf militärischer Ausrüstung von den Kontakten zwischen Syrien, Sabri al Banna und proiranischen schiitischen Islamisten im Libanon.

612 Vgl. Goodarzi, Syria and Iran, S. 51 f., 77; Sirriyeh, Hizbullah, S. 42; Katzman, Warriors, S. 95–97; Zabih, Iranian Military, S. 217; Bailey, Lebanon's Shi'is, S. 220. Der in BTg-Drs. 12/7600, S. 1533 f. veröffentlichte IMES-Vermerk vom 20. 06. 1983 ist ein weiteres Indiz für ein durch IM „Wolf" vermitteltes Geschäft. Laut dieser Quelle bestand ein Vertrag über den Verkauf von 10 Mio. Schuss Munition für 1,8 Mio. US-Dollar an „die PLO". Abgeschlossen wurde er am 05. 05. 1983, also kurz vor dem Musa/Salah-Putsch. Da diese Art von Munition in jedem Fall eine genehmigte Ware darstellte u. Arafat ein genehmigter Partner war, konnte sie nicht für die PLO/Fatah bestimmt sein, denn ein solches Geschäft hätte ITA durchgeführt. Folglich war entweder A. al M. J. ursprünglicher Auftraggeber, der bis Juni 1983 zum IMES-Kunden für nicht genehmigte Waren wurde, weil er für Musa/Salah arbeitete, o. diese 10 Mio. Schuss waren Bestandteil der bereits erwähnten späteren Lieferung von 100 000 Maschinenpistolen über IM „Wolf" u. entsprachen der in der Akte nicht genannten Menge an Munition. Rein arithmetisch ergäbe sich ein Verkaufsangebot von 100 Schuss pro gelieferter Waffe. Da ausgeschlossen werden kann, dass diese 10 Mio. Patronen Arafat zustanden – denn nicht ITA war Auftragnehmer, sondern IMES – beweist dies erneut, in welchem Umfang Honecker die Fatah-Opposition u. Syrien unterstützen ließ. Vgl. auch Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 343.

Syrien kontrollierten Gruppe, der Amal-Miliz, sowie der PLA, PFLP-GC, Musa/Salah und regulären syrischen Streitkräften auch die Verbände der PLO/Fatah[613]. Zeitgleich – von Mitte 1982 bis Ende 1984 – verkehrten die Schiffe der DSR zwischen Syrien und dem Libanon und unterstützten auch die von Assad und dem Iran betriebene Politik im Libanon.

4. Die Middle East Export & Import Company

Die Abu-Nidal-Politik Erich Honeckers ausschließlich auf ihre sicherheitspolitische und wirtschafts- sowie finanzpolitische Komponente zu reduzieren, greift zu kurz. Wenn Sabri al Banna zu den intimsten Feinden Jassir Arafats und der Fatah-geführten Palästinensischen Befreiungsorganisation zählte, dann muss die Bereitschaft Honeckers, die Gruppe Abu Nidal zu unterstützen, als eine Zäsur in der PLO-Politik verstanden werden[614]. Diese neue, selbstbewusstere und vor allem Arafat und der Fatah gegenüber aggressivere Politik der DDR folgte 1982/83 nicht einem Entweder-oder. Honecker setzte nicht ausschließlich auf die Fundamentalopposition und die syrische Seite, er stand nicht vor der Entscheidung zwischen Nidal und Arafat, sondern seine Haltung entsprach einem Sowohl-als-auch. Das Ziel war es, Arafat zu disziplinieren und die PLO/Fatah zurück ins „fortschrittliche" Lager zu holen – so wie dies auch die Sowjetunion Ende 1983 verlangte[615].

Dabei galt die Person des Vorsitzenden des palästinensischen Exekutivkomitees noch insofern als sakrosankt, als sein Prestige und Charisma als nicht ersetzbar angesehen wurden. Die Konsequenzen einer erzwungenen Absetzung Arafats bargen unabwägbare Risiken in sich, denn eine prosowjetische Ausrichtung unter einem neuen Vorsitzenden war nicht garantiert. Darüber herrschte zwischen Ost-

[613] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 554–585; Sirriyeh, Hizbullah, S. 44–46; Bailey, Lebanon's Shi'is, S. 225–233; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 116–129; Nir, Berri, S. 30–33, 53–65; Sobelman, Hizbullah, S. 51–54; Katzman, Warriors, S. 96–98; Zabih, Iranian Military, S. 217.

[614] Vgl. Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 141 f. Verschiedene Forschungsarbeiten gehen zwar auf die Abu-Nidal-Politik der DDR ein, vernachlässigen aber, diesen Teilbereich gemeinsam mit der offiziellen Beziehung Ost-Berlins zu Arafats PLO bzw. der Fatah zu analysieren. So konstatiert Riegler, Fadenkreuz, S. 69, 139, 147–149, ein „besonderes Interesse" des MfS u. der DDR an der Gruppe Nidal u. beschreibt deren Unterstützung seitens des SED-Regimes, ohne diesen Befund in Bezug auf die offizielle PLO-/Arafat-Politik Honeckers zu beleuchten, obwohl er richtig feststellt: „Die PLO und ihre Fatah-dominierte Führung waren für Abu Nidal […] ein Hauptangriffsziel." Wolffsohn, Deutschland-Akte, S. 264–266, unterlässt es, seine Argumentation kritisch dahingehend zu überprüfen, inwiefern Erich Honecker angeblich bedingungslos zu Arafat gestanden haben kann, wenn Ost-Berlin intendiert ab Anfang der 1980er Jahre Nidal unterstützte, der der radikalste innerpalästinensische Gegner der Fatah war. Dies vernachlässigen ebenso Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 332–344, 536; Bengtson-Krallert, DDR, S. 306–312; Seale, Abu Nidal, S. 275–279; Igel, Terrorismus-Lügen, S. 142–163; Frangi, Gesandte, S. 209, 215 f.; Wilhelm Dietl: Im Fadenkreuz des Abu Nidal, in: Focus, 38/1994, S. 24; Deal hinterm Bahnhof, in: Der Spiegel, 41/1991, S. 152–154. Herf, Undeclared Wars, ignoriert die Abu-Nidal-Politik der DDR.

[615] Vgl. Dannreuther, Soviet Union, S. 134 f.

Berlin und Moskau Konsens, auch wenn Honecker mit deutlich weniger Vorbehalten gegenüber Damaskus und zugleich kompromissloser gegenüber Arafat auftrat als die Sowjetunion. Die von Primakow erwähnte Überlegung des Kreml, dass Syrien nach einer Übernahme der PLO Verrat begehen könne, um den Golan von Israel zurückzuerhalten, besaß nach Überzeugung der SED-Spitze keine Relevanz.

Ein PLO-Archiv in Ost-Berlin: Objekt „Zwinger" und die Geschäfte mit Arafat

Das Sowohl-als-auch der veränderten PLO-Politik Honeckers brachte ab 1982/83 eine neue Komplexität mit sich. Da man zu diesem Zeitpunkt noch nicht definitiv mit Arafat brechen, sondern ihn ultimativ zwingen wollte, die PLO anders zu führen, nahm das SED-Regime zwar Abu Nidal auf und ließ in der DDR oppositionelles Handeln gegen die Fatah, zum Beispiel durch die Tätigkeit von Firma 2, zu, machte zugleich aber auch Arafat ein Angebot: Im April 1983, als die Nidal-Kontakte seit Monaten bestanden, das MfS bereits mehrere Gespräche mit den Kontaktpersonen „Händler" geführt hatte und die SED mit diesem Decknamen zeigte, dass man grundlegende Entscheidungen getroffen hatte, um langfristige Beziehungen mit Sabri al Banna herzustellen, eröffnete in Ost-Berlin das im Juni 1979 mit der PLO-Sicherheit vereinbarte sogenannte Archiv[616]. Es diente nun aber nicht mehr ausschließlich dazu, palästinensische Akten zu sammeln und zu erfassen, und die Mitarbeiter dieses Archivs sollten auch nicht mehr wie ursprünglich geplant als Journalisten akkreditiert werden, sondern das MfS entschied 1983, dass die PLO-Sicherheit ebenfalls eine Firma im Internationalen Handelszentrum zu gründen hatte: das Objekt „Zwinger"[617]. Darunter firmierte praktisch dreierlei: „Zwinger 1" entsprach einer Wohnung in Berlin-Friedrichshain, in der die Dokumente der Sicherheitsabteilung Salah Khalafs untergebracht wurden[618]. „Zwinger 2" war das im IHZ ansässige Unternehmen „Middle East Export & Import Company GmbH"[619]. Und „Zwinger 3" meinte die Privatwohnung des Leiters des Archivs sowie des IHZ-Büros, der als Verbindungsperson der PLO-/Fatah-Sicherheit in der DDR fungierte, den MfS-Decknamen „Emir" trug und als Kontaktperson der HV A geführt wurde. „Emir" hielt sich bereits seit 1980/81 in Ost-Berlin auf, um „operative Aufgaben" der Staatssicherheit in West-Berlin zu erfüllen[620].

[616] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 187; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 01. 04. 1980, Bl. 67–69; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 29. 02. 1980, Bl. 70–77. Vgl. auch Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 136–139.

[617] Zur ursprünglichen Absicht vgl. BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 01. 04. 1980, Bl. 68; BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vorlage, o. D., Bl. 136.

[618] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 18613, Konzeption, 31. 05. 1983, Bl. 1–7; BStU, MfS, HA XXII, 5799, Bericht, o. D., 1985, Bl. 158–188, 203–208.

[619] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 18613, Konzeption, 31. 05. 1983, Bl. 7; BStU, MfS, AG BKK, 931, Bericht, 19. 04. 1983, Bl. 9.

[620] So BStU, MfS, HA II, 18682, Vermerk, 11. 11. 1988, Bl. 184. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 5487, Bericht, 14. 11. 1981, Bl. 4f.; BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Übersicht der Angaben zur KP „Emir". Innerhalb der HV A war wiederum die HV A III für

Objekt „Zwinger" existierte bis Mai 1989, wobei „Emir" noch im September 1989 in der DDR lebte[621].

Es ging 1983 auf einen Beschluss Erich Mielkes zurück, dass die Firma Middle East Export & Import Company GmbH ein Handelsbüro im IHZ eröffnen durfte. In einem Vermerk der HV A heißt es: „Im Rahmen der durch Gen. Minister bestätigten Maßnahmen zur Unterstützung der Sicherheitsorgane des palästinensischen Widerstandes ist die Einrichtung eines kommerziellen Büros im Internationalen Handelszentrum (IHZ) 1086 Berlin, Friedrichstraße, als Niederlassung der fiktiven Firma ‚Middle East Export and Import Company' GmbH vorgesehen. Das Büro dient zunächst der organisatorisch-technischen Absicherung und der Abdeckung von Aktionen des palästinensischen Partners. Perspektivisch bietet die Einrichtung des kommerziellen Büros im IHZ die Möglichkeit, günstige Geschäftsbeziehungen nach Kuwait und den Staaten des Golfes anzubahnen bzw. unter direkter Beteiligung dieser Niederlassung DDR-Exporte mit Valutaerlös zu erschließen. Die notwendigen Voraussetzungen und grundlegenden Schritte zur Einrichtung des kommerziellen Büros wurden [im Ministerium für Außenhandel] mit Staatssekretär Dr. Beil und dem stellvertretenden Minister für Außenhandel der DDR, Gen. Gädt, realisiert. […] Alle mit der Einrichtung des kommerziellen Büros anfallenden Kosten trägt der palästinensische Partner."[622] Handschriftlich wurde auf einem dieser Quelle beiliegenden Zettel festgehalten: „Die Texte des Antrages und der Genehmigung (incl. Firmenbezeichnung und Angaben zur Firma) sind mit Gen. Gädt abgestimmt bzw. durch diesen im Auftrag von Gen. Beil vorgegeben worden."[623] Auf dem offiziellen Antrag, den die Firma Middle East Export & Import Company GmbH am 1. April 1983 stellte, um eine Niederlassung im Handelszentrum eröffnen zu können, notierte man im Außenhandelsministerium: „Vorgang zur Erledigung (wie tel. besprochen) Gen. Dr. Schalck[-Golodkowski] ist einverstanden."[624]

Hinter dieser kalkulierten Parallelität im Ablauf der Ereignisse – der im Herbst 1982 abgehaltenen „Händler"-Treffen und der im Frühjahr 1983 getroffenen Vorbereitung zum Objekt „Zwinger" als einer Geste zugunsten Arafats – stand offensichtlich die Idee des SED-Regimes, der PLO/Fatah ein Geheimdienstbüro in Form einer Wirtschaftsvertretung im IHZ anzubieten, und zwar bevor Sabri al Banna wenige Monate später eine Firmenniederlassung in demselben Gebäude

„Zwinger" u. „Emir" zuständig. Diese Abteilung koordinierte u. verantwortete die gesamten Unterstützungs- u. Beratungsleistungen der HV A des MfS gegenüber Befreiungsbewegungen u. Entwicklungsländern, vgl. Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 73, 81 f.; BStU, MfS, AOPK, 5259/89, Übersichtsbogen zur OPK „Zweig 1", 07. 03. 1984, Bl. 6; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 01. 04. 1980, Bl. 69. Die Unterlagen der KP „Emir" wurden nach Aussage des BStU 1989/90 vernichtet.

621 Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 2/15, Bericht, o. D., ca. Juni 1989, Bl. 146; BStU, MfS, AIM, 196/91, Bd. 2/2, Information IMB „Gudrun", 04. 09. 1989, Bl. 218. Vgl. auch BArch, DR 3/2. Schicht, 4018, Teil 2, Schreiben der Botschaft Tunis an das MfHF, 06. 01. 1988; BArch, DR 3/2. Schicht, 4018, Teil 2, Note der PLO, 08. 09. 1987.

622 So BStU, MfS, AG BKK, 931, Bericht, 19. 04. 1983, Bl. 9.

623 So BStU, MfS, AG BKK, 931, Notiz, 19. 04. 1983, Bl. 10.

624 So BArch, DL 2/6476, Bd. 1, Antrag auf Einrichtung eines kommerziellen Büros, 01. 04. 1983.

erhalten sollte. Das MfS hätte darauf verzichten können, der PLO-Sicherheit ein Handelsbüro einzurichten. Honecker und Mielke wollten aber anscheinend gezielt erst diese Einladung an Arafat aussprechen und ihn dann brüskieren. Arafat und seine PLO-/Fatah-Sicherheit sollten in Ost-Berlin erleben, wie sich die geschäftlichen Verbindungen zwischen der SED und Abu Nidal anbahnten, bis letztlich Arafats innerpalästinensischer Intimfeind sein sogenanntes kommerzielles Büro wenige Monate nach Eröffnung der Middle East Export & Import Company GmbH im IHZ bezog[625].

Dass die „Sicherheitsabteilung" Salah Khalafs – Träger des Objektes „Zwinger" – bis Anfang Juni 1983, als sie gerade im Begriff war, mit dem MfS die Middle East Export & Import Company GmbH zu gründen, Bilder vermeintlicher Nidal-Mitglieder in der DDR an Sabri al Banna lancierte, um die Staatssicherheit zu diskreditieren, beweist, dass Khalaf und Arafat über diesen Teil der neuen Politik Honeckers informiert waren[626]. Ein Vermerk der HV A macht darüber hinaus deutlich, dass die DDR diesen Politikwechsel 1983 hin zu einer Abu Nidal unterstützenden Haltung innerhalb des sowjetischen Machtbereiches weder allein vollzog noch es der Führung unter Arafat verborgen blieb, dass mehrere sozialistische Staaten Sabri al Banna halfen[627]. Die PLO übergab Ende 1983 der polnischen, rumänischen und jugoslawischen Regierung Schreiben, in denen sie detailliert darstellte, welche Mitglieder der Abu-Nidal-Organisation in diesen Ländern tätig werden durften. Arafat verlangte darüber Rechenschaft[628]. Ob ein solcher Brief auch der DDR übergeben wurde, ist nicht bekannt. Im Grunde aber war es unnötig. Denn ob Honecker Sabri al Banna förderte, musste nicht erfragt werden. An jedem Morgen gingen Mitarbeiter Abu Nidals und der PLO-/Fatah-Sicherheit im IHZ durch dieselbe Eingangstür, um in ihre Büros zu gelangen. Und jede Seite kannte die andere[629].

Die SED wollte den Nidal-Kontakt vor Jassir Arafat oder Salah Khalaf nie verbergen. Der PLO/Fatah sollte vor Augen geführt werden, dass die DDR die Konfrontation mit ihr nicht mehr scheute. Honecker gab Arafat subtil und zugleich unmissverständlich zu verstehen, dass die prosyrische Gegenbewegung ab sofort auch in Person eines Sabri al Banna seine Unterstützung fand. Salah Khalaf konnte das MfS nicht mehr um Hilfe bei der Bekämpfung der Organisation Abu Nidal bitten, denn Sabri al Banna und seine terroristische Gruppierung wurden von ostdeutschen Sicherheitsdiensten nicht mehr verfolgt, sondern die DDR machte mit ihnen Geschäfte. Arafat hatte sich mit der Präsenz der Gruppe Abu Nidal in Form eines „kommerziellen Büros" in Ost-Berlin abzufinden. Honecker verwehrte der PLO/Fatah aber nicht den Kontakt oder sperrte sie aus dem IHZ aus, sondern platzierte den radikalsten innerpalästinensischen Feind der Fatah im selben Haus. Allein symbolisch rangierte er aber deutlich über der PLO/Fatah, denn die DDR wies dem Büro ZIBADO Räume auf der 17. und der Firma Middle East Export &

625 Zur Eröffnung der Firma ZIBADO vgl. BArch, DL 2/6476, Bd. 1, Genehmigung, 06. 02. 1984.
626 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 17508, Information, 14. 06. 1983, Bl. 25.
627 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19423, Bericht, 13. 12. 1983, Bl. 57. Vgl. auch Melman, Master Terrorist, S. 12; Seale, Abu Nidal, S. 275–279.
628 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19423, Bericht, 13. 12. 1983, Bl. 57.
629 Vgl. Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 141–145.

Import Company GmbH auf der 12. Etage des IHZ zu[630]. Für Honecker stand fest, dass der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO diesen neuen ostdeutschen Politikansatz zu akzeptieren hatte.

Die Aufgabe von Objekt „Zwinger" bestand, wie 1979 vereinbart, in der „Gestaltung eines effektiven und qualifizierten Zusammenwirkens zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit und der Vereinigten PLO-Sicherheit"[631]. Zuständig für „Zwinger" war in der DDR die Abteilung XXII des MfS. Sie hatte die Sicherheit und Konspiration zu gewährleisten[632]. Leitend und koordinierend wurde allerdings die HV A tätig[633]. Das Archiv und die Middle East Export & Import Company GmbH standen mit der PLO-Botschaft sowie dem palästinensischen Militärattaché in Ost-Berlin in keinem Kontakt. Für Arafat war diese Firma in der alltäglichen Praxis sowie für die weitere Beziehung mit dem SED-Regime allerdings wichtiger als die Botschaft, denn ohne sie entfiel die Aktions- und Bewegungsmöglichkeit für die Geheimdienstabteilung unter Leitung Salah Khalafs in Berlin. Wollte Arafat seine für die Arbeit der PLO/Fatah in Berlin notwendigen sicherheitspolitischen beziehungsweise geheimdienstlichen Verbindungen zum MfS nicht verlieren, hatte er zu akzeptieren, dass im Handelszentrum sein ärgster, innerpalästinensischer Widersacher arbeitete. Dabei durfte grundsätzlich, so eine Maßgabe Mielkes, in der DDR oder Ost-Berlin die Rivalität zwischen verfeindeten palästinensischen Parteien oder ihnen und arabischen Regierungen, zumal so eng mit der DDR befreundeten wie der syrischen, nicht offen ausgetragen werden. Da die Fatah genauso großes Interesse daran hatte, sich Anfang der 1980er Jahre in Berlin, der Stadt zwischen dem östlichen und westlichen Block, aufzuhalten wie Abu Nidal, provozierte niemand ein Eingreifen des MfS und traf zugleich Absprachen mit der Staatssicherheit[634].

Der Leiter des PLO-Archivs sowie der Firma Middle East Export & Import Company GmbH, die Kontaktperson „Emir", war dem MfS unter mindestens sechs Aliasnamen bekannt: Issa Fatma, Zouheir Daud, Abu Abet Zus, Abet Zuhair, Ahmed Jelassi sowie Jelassi Soltane Ben Ali[635]. „Emir" ist folglich identisch mit

630 Vgl. BStU, MfS, AG BKK, 2272, Übersicht über ausländische Mieter im IHZ, 01. 07. 1984, Bl. 15 f.

631 So BStU, MfS, HA XXII, 17508, Vorlage, 29. 02. 1980, Bl. 71.

632 Vgl. die Notiz: „Büro IHZ seit 9. 5. 83; op. Federführung HV A, Abt. XXII" in: BStU, MfS, AG BKK, 931, Bl. 2. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 18613, Konzeption, 31. 05. 1983, Bl. 1–7.

633 Vgl. BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Übersicht der Angaben zur KP „Emir"; BStU, MfS, HA XXII, 18613, Konzeption, 31. 05. 1983, Bl. 1–7.

634 Zu Absprachen bzw. versuchten Festlegungen des MfS mit respektive von Gruppen wie der Fatah, der PFLP o. der Abu-Nidal-Organisation in den 1970er u. 1980er Jahren vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5487, Vereinbarung zwischen dem MfS u. der Vereinigten Sicherheit der PLO, o. D., Bl. 185–188; BStU, MfS, HA PS, 1255, Auswertungsbericht, 28. 02. 1974, Bl. 21–36; BStU, MfS, HA XXII, 19464, Bericht, 24. 11. 1988, Bl. 72–76.

635 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 17135, Vermerk auf dem Akteneinband, Bl. 8; BStU, MfS, HA II, 4786, Information, 05. 11. 1986, Bl. 49; BStU, MfS, AG BKK, 2028, Hausausweis des IHZ, Bl. 1814. Der Name wurde in verschiedenen Quellen auch „Zuheir" o. „Suher" geschrieben.

dem in Drucksache 12/7600 des Deutschen Bundestages erwähnten Jelassi Soltane[636]. Die in diesem Zusammenhang herausgestellte Unterscheidung in Form von „PLO I, II und III", die dem Bereich Kommerzielle Koordinierung bis 1990 dazu gedient haben soll, die Exportgeschäfte mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu klassifizieren, kann die realen Geschäftskontakte der DDR mit den verschiedenen politischen Lagern innerhalb der PLO ab dem Jahr 1983 nicht adäquat wiedergeben[637]. Die in Drucksache 12/7600 erwähnte Struktur „PLO I, II und III" stammte aus einem Vermerk der IMES GmbH, der Kontakte bis zum 6. November 1983 betraf[638]. Zum damaligen Zeitpunkt verbarg sich nach Aussage der IMES hinter PLO I die Palästinensische Befreiungsorganisation Arafats, die ausschließlich ITA-Waren beziehen durfte, wohingegen die PLO II und PLO III Kunden von IMES waren[639]. Die PLO III bezeichnete demnach die PFLP, die Volksfront zur Befreiung Palästinas[640]. Während PLO I und PLO III einer palästinensischen Gruppe zugeordnet wurden, geht aus dem genannten Dokument hervor, dass dies in Bezug auf die PLO II nicht möglich war. Über sie teilte man lediglich mit, dass Jelassi Soltane sowie „Atef Amin" für sie arbeiteten[641].

Da es sich bei Jelassi Soltane um die Kontakperson „Emir" handelt und der Ausdruck „Atef Amin" die beiden Funktionäre der PLO-/Fatah-Sicherheit Atif Bsisu und Amin al Hindi meint, die als enge Mitarbeiter Salah Khalafs für die Kooperation mit dem MfS zuständig waren, kann davon ausgegangen werden, dass zwischen PLO I und PLO II kein Unterschied bestand. Die PLO II war identisch mit der PLO-Sicherheit und gehörte somit zugleich der PLO I an: Arafats PLO/Fatah. Die Verbindung zwischen der Fatah, Amin, Atef und Soltane zeigt, dass die vom Bereich Kommerzielle Koordinierung dargestellte Übersicht entweder bewusst irreführend angelegt wurde oder die IMES GmbH im November 1983 tatsächlich keine Kenntnis darüber besaß, von welcher palästinensischen Gruppe die Middle East Export & Import Company GmbH geführt wurde. Letzteres erscheint allerdings nicht wahrscheinlich. Aufgrund der dargestellten Involvierung des Außenhandelsministeriums sowie des Bereiches Kommerzielle Koordinierung bei der Akkreditierung dieser Firma kann es als sicher gelten, dass es den verantwortlichen Mitarbeitern im Außenhandelsministerium der DDR respektive in den ostdeutschen Betrieben ITA sowie IMES nicht entgangen war, dass Jelassi Soltane der PLO-/Fatah-Sicherheit angehörte. Die Behauptung, nur die PLO II habe im Gegensatz zur Arafat-Gruppe PLO I IMES-Waren bezogen, traf ebenfalls nicht zu. Ab 1984 existierte mindestens ein weiteres Unternehmen im Handelszentrum, das für die PLO/Fatah geschäftlich tätig wurde und auch „nichtgenehmigte" Produkte ein-

636 Vgl. BTg-Drs. 12/7600, S. 209.
637 Vgl. ebd.
638 Vgl. BStU, MfS, HA XVIII, 21791, Kontaktliste der IMES GmbH, Stand 06. 11. 1983, Bl. 20f.
639 Vgl. ebd. Vgl. auch BTg-Drs. 12/7600, S. 209.
640 Vgl. BStU, MfS, HA XVIII, 21791, Kontaktliste der IMES GmbH, Stand 06. 11. 1983, Bl. 20f.; BTg-Drs. 12/7600, S. 209.
641 Vgl. ebd.; BStU, MfS, HA XVIII, 21791, Kontaktliste der IMES GmbH, Stand 06. 11. 1983, Bl. 20f.

kaufte: Firma 3[642]. Insofern war die Middle East Export & Import Company GmbH nicht die einzige Möglichkeit für Arafat, Waffen oder Munition bei Alexander Schalck-Golodkowski zu erwerben. In jedem Fall ist der ausschließliche Verweis auf die PFLP als einzige von der DDR unterstützte innerpalästinensische Gruppe der Fatah-Opposition absolut inadäquat, um dem komplexen System der von Honecker geförderten Anti-Arafat-Kräfte Rechnung zu tragen.

Die mit „Stand 6. November 1983" gefertigte Übersicht ist in sich widersprüchlich und gibt keinen Einblick in die fundamental veränderte ostdeutsche Politik gegenüber Arafats Palästinensischer Befreiungsorganisation, die praktisch mit Eintreffen des Bevollmächtigen Abu Nidals in Ost-Berlin, der Akkreditierung von ZIBADO sowie einer Kapitaleinlagerung bei der Staatsbank der DDR vollzogen wurde, und zwar zwischen dem 4. und dem 17. November 1983[643]. Die geschäftlichen Beziehungen zwischen dem SED-Regime und den Palästinensern sowie die Darstellung der Machtverhältnisse in- und außerhalb der PLO sollten ab Herbst 1983 anhand der konkreten Tätigkeit bestimmter Firmenniederlassungen im Internationalen Handelszentrum nachvollzogen werden, die entweder eine Arafatfreundliche oder -feindliche Haltung einnahmen und nicht in Form einer Untergliederung in PLO I, II und III. Der Middle East Export & Import Company GmbH sowie der Firma 3, als unmittelbar von der Fatah beeinflusstem Unternehmen, standen die sechs syrischen beziehungsweise für die Fatah-Opposition arbeitenden Büros 1, 2, 4, 5, ZIBADO und DEESI gegenüber[644].

642 Firma 3 wurde im November 1984 in Ost-Berlin als Niederlassung einer saudischen Unternehmensgruppe akkreditiert. Das IHZ-Büro des Unternehmens 3 stellte sicher, dass die Arafat-PLO ab Mitte der 1980er Jahre über mind. eine tatsächlich funktionierende Filiale im IHZ verfügte, nachdem die Repräsentanzen der Unternehmen 1 u. 2 als Fatah-loyale Einrichtungen nicht mehr existierten. Firma 3 unterhielt sowohl zur Firma Middle East, das abgedeckte Geheimdienstbüro der PLO-Sicherheit, als auch zur PLO-Botschaft in Ost-Berlin engste Kontakte. Der Geschäftsführer von Firma 3, T. Sa., war bis Mitte 1982 Partner u. Mitarbeiter des A. al M. J. (Firma 2) u. hatte mit ihm nach 1979 die Geschäfte mit der Gruppierung „Carlos" durchgeführt. Anders als J. gehörte Sa. auch nach dem Sommer 1982 noch der Fatah-Sicherheit an u. unterstützte Arafat, vgl. BArch, DL 200/378, Abschlussbericht, 12. 10. 1983; BStU, MfS, AG BKK, 1194, Vermerk, 31. 12. 1985, Bl. 111; BStU, MfS, AG BKK, 1194, Bericht, 18. 04. 1986, Bl. 166; BStU, MfS, AG BKK, 1194, Notiz, o. D., Bl. 7; BStU, MfS, AG BKK, 1194, Schreiben der HA XVIII an die Abt. XXII, 24. 04. 1985, Bl. 19; BStU, MfS, HA II, 4698, Einschätzung, 01. 02. 1985, Bl. 15–19; BStU, MfS, Abt. X, 205, Bericht, 11. 05. 1979, Bl. 4; BStU, MfS, Abt. X, 205, Sofortmeldung, 12. 08. 1985, Bl. 31 f.; BStU, MfS, Abt. X, 205, Mitteilung, 10. 10. 1985, Bl. 36; BStU, MfS, Abt. X, 205, Bericht, o. D., ca. August 1985, Bl. 44; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 1, Information, 09. 05. 1979, Bl. 45; BStU, MfS, AOP, 17463/91, Bd. 11, Information, 27. 02. 1981, Bl. 141.

643 In der Übersicht der Kandidaten zur Wahl des neuen Sekretariates des Internationalen Studentenkomitees an der Universität Leipzig wurde im November 1980 hinter einem der Kandidaten „PLO 2" vermerkt. Dieser Zusatz rekurrierte gemäß Kontext der Quelle auf die DFLP. Abkürzungen in Form von „PLO 1", „PLO 2" o. „PLO 3" waren also in der DDR nicht unüblich, um palästinensische Fraktionen, wie die Fatah, die DFLP o. die PFLP, zu bezeichnen, ohne dass diesbezüglich eine einheitliche Systematik existiert hätte, vgl. UAL, DIB, 258, Vorschläge für das neue ISK-Sekretariat, 11. 11. 1980, Bl. 241.

644 DEESI war eine im August 1982 im IHZ akkreditierte Niederlassung, die von T. S. – zugleich Leiter des Büros der Firma 1 – und einer weiteren Person geführt wurde. S. war, wie bereits dargestellt, ein enger Vertrauter des J. (Firma 2), u. sowohl DEESI als auch

Jassir Arafats deutlichste Reaktion auf Honeckers Nidal-Provokation war die Reise Salah Khalafs Ende November 1983 nach Meckenheim[645]. Gut drei Wochen nach dem Besuch des Bevollmächtigten Sabri al Bannas in der DDR traf der Leiter der PLO-Sicherheit den Präsidenten und den Vizepräsidenten des BKA[646]. Seit 1979 hatte Khalaf gegenüber Mielke stets jedes Interesse an einer Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt abgestritten und führte offiziell seit April 1983 gemeinsam mit dem MfS in Ost-Berlin das Objekt „Zwinger". Der Auslandsgeheimdienst der DDR informierte Mielke im Januar 1984 über den Besuch Khalafs in Meckenheim, der – nach zutreffenden Erkenntnissen der HV A – auf eine Einladung des Bundesministeriums des Innern zurückging[647]. Arafat wollte mit diesem Schritt der DDR auf Augenhöhe begegnen. Seine Botschaft lautete: Auch die Palästinensische Befreiungsorganisation hat Freunde, die der Staatssicherheit nicht gefallen, denn Abu Nidal war für Arafat, was das BKA für Mielke war: der Feind. Wenn dem MfS bereits 1979 der Umgang der PLO-Sicherheit mit dem Bundeskriminalamt verräterisch vorkam, dann dürfte die erste offizielle westdeutsche Einladung des verantwortlichen Leiters der PLO-Sicherheit die Bedenken in der Ost-Berliner Normannenstraße nicht verringert haben. Die Führung um Arafat zeigte der DDR, dass im Verhältnis zwischen der

Firma 2 arbeiteten spätestens ab Ende des Jahres 1982 für Syrien. Außerdem kooperierten DEESI u. Firma 5 sehr eng miteinander, u. a. bedingt durch die Tätigkeit des T. S. als Übersetzer für den Inhaber der Firma 5. Unternehmen 5 war eine syrische Firma, die seit November 1979 im IHZ akkreditiert war. Sie wurde von Herrn E. senior geleitet, dem ehemaligen syrischen Militärattaché in der DDR. Das Repräsentanzbüro von Firma 5 arbeitete auch auf Provisionsbasis. Ende November 1985 meldete S. das IHZ-Büro von DEESI beim MAH ab u. arbeitete fortan ausschließlich für Unternehmen 5. Die Existenz von Firma 1 ist ab dem Zeitpunkt der Abmeldung von DEESI ebenfalls nicht mehr nachweisbar, obwohl ein formaler Beleg ihrer Löschung in den Akten nicht gefunden werden konnte, vgl. BArch, DL 2/6478, Genehmigung, 03. 08. 1982; BArch, DL 2/6478, Schreiben, 17. 08. 1986; BArch, DL 2/6475, Genehmigung, 26. 11. 1979; BStU, MfS, AG BKK, 432, Vermerk, 02. 12. 1985, Bl. 100 f.; BStU, MfS, HA II, 26617, Schreiben, 01. 02. 1985, Bl. 92; BStU, MfS, ZAIG, 14549, Expulsion Order Nr. 49, 27. 11. 1986, Bl. 205; BStU, MfS, AG BKK, 432, Vermerk, 18. 04. 1985, Bl. 90. Zu Firma 5 vgl. auch Perthes, Bourgeoisie and the Baath.

645 Vgl. auch das Bild von Frangi u. Khalaf in Meckenheim: Frangi, Gesandte, Bildteil ab S. 368. Abdallah Frangi verwies im Gespräch am 03. 09. 2012 darauf, dass Arafat die „souveräne Entscheidung" der DDR für Kontakte mit Abu Nidal im November 1983 „respektiert" habe.

646 So Frangi im Gespräch am 03. 09. 2012. Vgl. auch Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 141–145.

647 So ebenfalls Frangi am 03. 09. 2012. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 18613, Vermerk, 19. 01. 1984, Bl. 14–16. Der Verlauf der Beziehungen zwischen bundesdeutschen Sicherheitsbehörden u. der Fatah in den 1980er Jahren ist derzeit weitgehend unbekannt. Abdallah Frangi bestätigte am 03. 09. 2012 aber, dass man kontinuierlich, immer enger zusammengearbeitet habe. Habib, Hussein, S. 50–54, schildert, wie sie auf Initiative des bundesdeutschen Botschafters in Amman, Herwig Bartels, Anfang 1985 ein Gespräch zwischen Khalil al Wazir, dem Staatsminister im AA, Jürgen Möllemann, einem weiteren Beamten des AA u. Bartels in Jordanien vermittelte, das sicherheitspolitischen Themen galt. BKA-Präsident Herold stellte Anfang des Jahres 1980 fest, dass trotz „aller Skepsis" die „Gesamtbilanz" der Kooperation mit der PLO/Fatah „positiv" sei, vgl. Papier vom Konditor, in: Der Spiegel, 8/1980, S. 41.

PLO und dem SED-Staat keine einseitige Abhängigkeit der Palästinenser bestand, sondern ein komplexes Geflecht verwobener, vielschichtiger Interdependenzen. Dies galt vor allem, weil es im Kern dieser Beziehung oftmals um sicherheitspolitische Interessen ging, die sowohl Arafat als auch Honecker beziehungsweise Mielke gleichermaßen aus unterschiedlichen Motiven verfolgten und aneinander banden[648].

Im Dezember 1983 wurden die Konsequenzen vorangegangener politischer Brüche und Umbrüche deutlich: Anfang des Monats erklärte Arafat, es sei Zeit für die PLO, Tripoli zu verlassen und den Kampf gegen „das syrische Regime und seine Gangster im Hintergrund" einzustellen[649]. 10 000 syrische Soldaten und 6000 Angehörige der PFLP-GC, Saiqa und PLA hatten Tripoli seit Monaten belagert[650]. 2200 eingeschlossene Palästinenser wurden nach Angaben des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz während der Kämpfe verwundet, mehr als 200 starben[651]. Bis zum 17. Dezember 1983 koordinierte Griechenland, unterstützt durch die Vereinten Nationen und saudische Verhandlungen in Damaskus, die zweite Operation einer Ausweisung der PLO/Fatah aus dem Libanon[652]. Unter dem Schutz der französischen Marine verließen bis zum 20. Dezember alle 4000 verbliebenen Kämpfer Arafats auf griechischen Schiffen Tripoli und fuhren nach Zypern, Italien und Ägypten[653]. Dies war, wie die zeitgenössische Presse bereits richtig erkannte, der vorläufige Schlussakt einer Anfang Mai 1983 von Präsident Assad initiierten Rebellion innerhalb der Fatah[654]. Der stellvertretende israelische

[648] Vgl. Maeke, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, S. 135–145.

[649] Vgl. Thomas L. Friedman: Arafat Says It Is Time for Him to Quit Tripoli, in: NYT, 04. 12. 1983, S. A16; Lucien George: M. Arafat est prêt à quitter Tripoli, in: Le Monde, 09. 12. 1983, S. 1 f.; Tessler, Conflict, S. 635 f.; Sayigh, Struggle, S. 572 f.

[650] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 570–573; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 162–171; Artillery Battles Erupt in Tripoli, in: NYT, 03. 12. 1983, S. A4. „Le Monde" titelte Mitte Dezember: „Les Palestiniens dans la nasse", so Françoise Chipaux: Les Palestiniens dans la nasse, in: Le Monde, 11./12. 12. 1983, S. 1 f.

[651] Vgl. Thomas L. Friedman: Arafat Says It Is Time for Him To Quit Tripoli, in: NYT, 04. 12. 1983, S. A16. Sayigh, Struggle, S. 573, gibt die Zahl der Verwundeten mit 2100 u. die der Toten mit 438 an.

[652] Vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 236 f.; Rubin, Revolution, S. 63; Sayigh, Struggle, S. 572–574; Tessler, Conflict, S. 635 f.; UN S/1983/16194, Statement by the Secretary-General, 03. 12. 1983; Joseph B. Treaster: 100 Palestinians Start Evacuation of Tripoli by Ship, in: NYT, 18. 12. 1983, S. A1; Marvine Howe: Greece Plans To Send Ships Today For Arafat, in: NYT, 16. 12. 1983, S. A17.

[653] Vgl. Gowers/Walker, Myth, S. 236 f.; Sayigh, Struggle, S. 573 f.; Tessler, Conflict, S. 636; Saint-Prot, Arafat, S. 241; Kapeliouk, Arafat, S. 233–235; UN S/1983/16224, Letter from the Permanent Representative of France to the UN Addressed to the President of the Security Council, 17. 12. 1983; UN S/1983/16228, Report of the Secretary-General, 21. 12. 1983; UN S/RES/542 (1983), Resolution, 23. 11. 1983; Alan Cowell: 4,000 Palestinians Evacuate Tripoli on Greek Vessels, in: NYT, 21. 12. 1983, S. A1; Françoise Chipaux: M. Arafat et ses troupes on quitté Tripoli, in: Le Monde, 21. 12. 1983, S. 1 f.; Françoise Chipaux: Sous la protection de la marine française, in: Le Monde, 21. 12. 1983, S. 3.

[654] Vgl. Alan Cowell: 4,000 Palestinians Evacuate Tripoli on Greek Vessels, in: NYT, 21. 12. 1983, S. A1. So auch Hart, Arafat, S. 474; Avi-Ran, Involvement, S. 156; Éric Rouleau: Le temps des bilans, in: Le Monde, 21. 12. 1983, S. 3.

Ministerpräsident sprach davon, Israel sehe sich von nun an zwei Palästinensischen Befreiungsorganisationen gegenüber: derjenigen, die im Libanon verbleibe und von Syrien dominiert werde, und derjenigen, die „anderswo" installiert werde. Gemeint war Arafats geschlagene und vertriebene PLO[655].

Assad verdrängte im Dezember 1983 aber nicht nur die PLO/Fatah aus Tripoli und brachte Arafat eine weitere militärische Niederlage bei, sondern auch die amerikanischen und französischen Truppen begannen sich auf einen Abzug aus dem Libanon vorzubereiten, nachdem im Oktober 1983 infolge eines von der schiitischen terroristischen Vorläufergruppe der Hizballah – mit iranischer Unterstützung – ausgeführten Doppelanschlags auf das amerikanische und das französische Militärhauptquartier annährend 300 Soldaten ihr Leben verloren hatten und sich die Auseinandersetzungen mit Syrien bis Anfang Dezember weiter verschärften[656]. Als Assad im Norden des Libanon die PLO/Fatah bekämpfte, griffen gleichzeitig auch im Süden des Landes syrische Einheiten die US-Armee an. Allein am 4. Dezember wurden insgesamt acht US-Soldaten getötet[657]. Die permanenten Provokationen der Syrer alarmierten Washington. Das State Department und das Pentagon verglichen die Lage mit der Situation vor Beginn des Koreabeziehungsweise Vietnamkrieges[658]. Präsident Reagan entschied, keine Konfrontation mit Syrien im Libanon zu suchen und ließ einen Rückzug der Truppen vorbereiten. Assad beendete damit erfolgreich – maßgeblich unterstützt durch den Iran – die seit September 1982 stetig verstärkte amerikanische und französische Präsenz in Beirut und entfernte gleichzeitig die PLO/Fatah aus dem Libanon. Damaskus besaß nun einen fast unumschränkten Einfluss auf die Innenpolitik seines westlichen Nachbarlandes, und auch der Iran war imstande, seine Macht dort zu konsolidieren[659].

655 Das Zitat des stellv. Ministerpräsidenten lautete vollständig: „Israël devra maintenant faire face à l'action terroriste de deux O.L.P., celle demeurée au Liban et celle installée partout ailleurs", so Jean-Pierre Langellier: Les pressions internationales ont incité Israël à ne pas perturber l'opération, in: Le Monde, 22. 12. 1983, S. 3.

656 Vgl. Qassem, Hizbullah, S. 175; Tessler, Conflict, S. 626–631; Smith, Conflict, S. 375f.; Sirriyeh, Hizbullah, S. 44f.; Rabil, Terror, S. 73–80; Freedman, Moscow, S. 170–182; Catignani, Counter-Insurgency, S. 75; Katzman, Warriors, S. 96–98; Védrine, Mitterrand, S. 316f.

657 Vgl. Goodarzi, Syria and Iran, S. 100; Richard Halloran: U.S. Bombers Hit Lebanon, in: NYT, 05. 12. 1983, S. A1.

658 Vgl. Tony Lewis: Lebanon and Vietnam, in: NYT, 19. 12. 1983, S. A19. Vgl. auch Goodarzi, Syria and Iran, S. 99f. Im Pentagon erklärte man Diplomaten des Auswärtigen Amts Mitte Dezember 1983, Washington mache sich „Sorgen", in eine „Korea- bzw. Vietnam-ähnliche Situation geraten zu können", so PA-AA, Bestand B 150, Bd. 583, Bericht der Botschaft Washington an das AA, 12. 12. 1983, Bl. 9770.

659 Vgl. Goodarzi, Syria and Iran, S. 90–104; Kramer, Alawis, S. 251; Tessler, Conflict, S. 626–631; Freedman, Moscow, S. 174f.; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 74f., 87–105; Schenker, Lebanon Issue, S. 219f.; Sirriyeh, Hizbullah, S. 44–46; Katzman, Warriors, S. 95–98; Françoise Chipaux: L'armée syrienne se retrouve face aux miliciens islamistes, in: Le Monde, 22. 12. 1983, S. 3. Bis März 1984 hatten alle 1400 noch im Libanon befindlichen US-Soldaten das Land verlassen, vgl. Schenker, Lebanon Issue, S. 219f.

Die Fatah und die Muslimbrüder: ein bekanntes Problem

Auch nachdem Assad den militärischen Konflikt mit Arafat gewonnen hatte, erhielt die Palästinensische Befreiungsorganisation aus der DDR keine Hilfe[660]. Honecker hatte auch die Evakuierung der PLO/Fatah aus Tripoli im Dezember 1983 nicht unterstützt, obwohl die „Bansin", „Cunnewalde" und „Schönwalde" zur selben Zeit in libanesischen Gewässern kreuzten[661]. Während Griechenland, Frankreich und Saudi-Arabien gemeinsam mit Arafat, den Vereinten Nationen und Israel Pläne entwickelten, dass die Einheiten der PLO einschließlich des Vorsitzenden des Exekutivkomitees die Stadt verlassen konnten, stellte Honecker seine Schiffe Syrien zur Verfügung und ließ in Ost-Berlin den ersten marxistisch-leninistischen Lehrgang für 16 Mitglieder der Organisation Abu Nidals vorbereiten, der im Januar 1984 beginnen sollte[662]. Abgesehen von den Umsätzen der Waffenverkäufe an die Fatah-Opposition und der verschwindend geringen Höhe der Unterstützung für die PLO/Fatah wird auch anhand einer anderen Zahl deutlich, wie wenig Beistand Honecker Arafat gewährte, als Syrien die palästinensische Führung der PLO und die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon erbittert bekämpfte: Im Herbst 1983 vereinbarten Syrien und die DDR den Verkauf von 600 zusätzlichen Studienplätzen im Wert von 22,5 Millionen US-Dollar[663]. Aufgrund dieses Abkommens hielten sich 1986 insgesamt 1084 syrische Studenten in der DDR auf. Kein anderes nichtsozialistisches Land durfte in diesem Jahr so viele Personen in den SED-Staat entsenden[664]. Arafat wurde hingegen das Kontingent für die akademische Ausbildung der PLO/Fatah um ein Drittel gekürzt, von 30 auf 20 Plätze; 1984 erhielten 822 Syrer, aber nur 20 Mitglieder der PLO/Fatah die Möglichkeit, ihr Studium in der DDR aufzunehmen[665]. Da Ost-Berlin der Palästinensischen Befreiungsorganisation zwei Jahre später wieder die ursprüngliche Anzahl von Studienplätzen zur Verfügung stellte, betrug das Verhältnis zwischen in der DDR ausgebildeten Syrern und Fatah-

660 Vgl. auch das Urteil von Freedman, Moscow, S. 176–183, in Bezug auf die fehlende sowjetische Unterstützung im Herbst u. Winter 1983.

661 Diese Schiffe liefen Tripoli nicht an, sondern verkehrten zwischen dem syrischen Latakia u. Beirut, vgl. DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Bansin, Bd. 9136, Bl. 1 f.; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Cunnewalde, Bd. 8406, Bl. 3 f.; DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Schönwalde, Bd. 11156, Bl. 1 f.

662 Vgl. BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 8, Vermerk, 25. 05. 1987, Bl. 1 f.; Riegler, Fadenkreuz, S. 149.

663 Vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, 4023, Teil 2, Vertrag zwischen dem Ministerium für Hochschulwesen der SAR und intercoop Berlin, 06. 10. 1983.

664 Vgl. die Statistiken in: BArch, DR 3/2. Schicht, 4067, Teil 1, Statistik über Studenten aus arabischen Ländern 1986/87, o. D.; BArch, DL 2/17338, Teil 4, Protokoll zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit für die Jahre 1984/85, 06. 12. 1983.

665 Vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, 4067, Teil 1, Statistik über Studenten aus arabischen Ländern 1984/85, o. D. Zur Bitte Arafats, diese Entscheidung der Reduzierung zu überprüfen, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 5938/90, Schreiben des MfAA an das MfHF, 07. 07. 1983. Zum Vertrag mit Syrien vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, 4023, Teil 2, Vertrag zwischen dem Ministerium für Hochschulwesen der SAR und intercoop Berlin, 06. 10. 1983.

Mitgliedern 1986 rund 100 zu drei, im militärischen Bereich lag es bei 15 zu eins[666].

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen dem syrischen Präsidenten und Jassir Arafat verzichtete Honecker 1982/83 darauf, die Angriffe Assads auf die Fatah zu verurteilen – anders als die Sowjetunion, die unter anderem durch Primakow die Grenzen definieren ließ, die Damaskus in diesem Konflikt mit Arafat zu beachten hatte. Spätestens ab dem Sommer 1982 war der SED-Staat von einem Sympathisanten und Unterstützer der gegen Jassir Arafat kämpfenden syrischen Allianz zu einem wichtigen Partner dieses Bündnisses geworden. Die Anfang der 1980er Jahre verschärfte innersyrische Krise und Konfrontation mit der Muslimbruderschaft war auch ein Motiv für Ost-Berlin, Damaskus und nicht die PLO/Fatah zu unterstützen.

Das SED-Regime erkannte – so wie Syrien – in der Muslimbruderschaft ein „Sammelbecken verschiedener religiös-fanatischer Organisationen, deren Hauptziele in der Rettung der islamischen Gesellschaft vor den zerstörerischen Einflüssen der westlichen Zivilisation und des ‚gottlosen Kommunismus', in der Wiederherstellung des Kalifats als oberster politisch-religiöser Instanz des Islam und der Errichtung einer wahhabitischen Gesellschaft auf der Grundlage sozialer Reformen, getragen durch das ‚heilige Wort' des Koran" bestanden[667]. Außerdem kämpfte diese sunnitische, „rechtsextremistische" Gruppierung in Syrien mit „individuellem Terror" und ging dabei auch gegen sowjetische Einrichtungen und „Experten" vor[668]. Das Entscheidende war allerdings, dass die wichtigsten Funktionäre der PLO/Fatah, namentlich Jassir Arafat, Salah Khalaf und Khalil al Wazir, ab Herbst 1982 von der DDR als aktive Mitglieder der Muslimbrüder betrachtet wurden und die Fatah als eine der Muslimbruderschaft „angegliederte Organisation" galt[669]. Diese Feststellung wurde dem MfS mit Schreiben vom 6. Dezember

666 Syrien delegierte in Ergänzung der im Mai 1983 geschlossenen Vereinbarung ab 1985 rd. 600 Armeeangehörige in die DDR; Arafat stand ein Kontingent von 40 Personen zu, vgl. BArch, DVW 1/54314, Protokoll Nummer 1 zwischen dem MfNV der DDR u. der SAR über die Ausbildung von Militärkadern, 11. 05. 1983; BArch, DVW 1/54345, Protokoll zum Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. dem Exekutivkomitee der PLO über die Ausbildung von Militärkadern, 19. 04. 1982; Storkmann, Solidarität, S. 397 f., 400, 408. Zu den Angaben über Studenten vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, 4067, Teil 1, Statistiken über Studenten aus arabischen Ländern, Jahre 1985–1987.

667 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16533, Information, 18. 06. 1982, Bl. 148; BStU, MfS, HA XXII, 135, Bd. 2, Übersetzung aus dem Russischen, o. D., ca. Juni 1983, Bl. 71–81.

668 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16767, Bericht, 07. 04. 1986, Bl. 1, 8, 16; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.609, Jahresbericht der Botschaft Damaskus, 02. 01. 1980, Bl. 3; BStU, MfS, HA XXII, 135, Bd. 2, Übersetzung aus dem Russischen, o. D., ca. Juni 1983, Bl. 71–81. Oskar Fischer erklärte Erich Honecker Mitte November 1985 mit Blick auf das antikommunistische Vorgehen islamistischer Gruppen im Libanon, dass sich die sicherheitspolitische Lage in Beirut nicht nur „ernsthaft verschlechtert" habe, sondern dass Vertreter der DDR „neben den sowjetischen Genossen zum meistgefährdeten Personenkreis in Libanon" gehörten, so PA-AA, Bestand MfAA, ZR 1436/03, Schreiben Oskar Fischers an Erich Honecker, 14. 11. 1985.

669 So BStU, MfS, HA XXII, 16533, Übersicht, 15. 12. 1982, Bl. 177. Ein Mitglied des Politbüros der libanesischen KP charakterisierte Jassir Arafat gegenüber DDR-Diplomaten der Botschaft in Beirut im Sommer 1983 folgendermaßen: „Arafat sei Pragmatiker, Bourgeois, Zentrist; […]. Er sei religiös, den Moslembrüdern näher als dem Marxismus

1982 durch ein „Bruderorgan" bestätigt und traf insofern zu, als die Muslimbruderschaft die Fatah in ihrer Auseinandersetzung mit Präsident Assad unterstützte[670]. Die ersten eigenen Erkenntnisse Ost-Berlins über eine Verbindung zwischen der Fatah und den Muslimbrüdern gingen auf Berichte der ostdeutschen Vertretungen in Ägypten und in Syrien 1969 zurück. Bereits damals vermerkte man, es gelte als sicher, dass die Fatah und die Führungsgruppe um Arafat enge Kontakte mit den antikommunistischen und islamistischen Muslimbrüdern unterhielten und seit Jahren der Bruderschaft angehörten[671].

Obwohl in der DDR bereits seit Ende der 1960er Jahre Informationen vorlagen, dass die Fatah von allen Mitgliedern der PLO dem Islam den größten Stellenwert einräumte, gewann dieser gesamte Komplex der Fatah-Kontakte mit der Muslimbruderschaft erst Anfang der 1980er Jahre Bedeutung. Seine Relevanz bei der Beurteilung der Palästinensischen Befreiungsorganisation und der Einschätzung der Führungsqualität Jassir Arafats seitens der DDR muss vor dem Hintergrund der von Präsident Assad niedergeschlagenen sunnitischen Aufstände der Muslimbrüder, der ostdeutschen Fokussierung auf das Regime in Damaskus und der Arafatfeindlichen Politik Syriens beleuchtet werden. Die Verbindung zwischen der religiös-fundamentalistischen Gefahr, die von den Muslimbrüdern ausging, und ihrem „terroristischen" Kampf gegen die „progressive" Ausrichtung Syriens dienten dem SED-Staat dazu, das Vorgehen Assads gegen die Führung der PLO zu rechtfertigen. Denn die Mitgliedschaft wichtiger Persönlichkeiten des PLO-Exekutivkomitees in dieser islamistischen Bewegung ließ die zu erwartende Entwicklung der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Dominanz der Fatah als noch „reaktionärer" erscheinen.

In einer Information für die Spitze des SED-Staates betonte das MfS im September 1983: „Die politisch-ideologischen Grundziele der ‚Muslimbrüder' werden von der PLO [das heißt Fatah] zwar nicht offen vertreten, bestimmen aber ihre Politik und Haltung in beachtlichem Maße. Diese Tatsache ist neben der materiellen Unterstützung Grundlage der guten Beziehungen Arafats zu Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten. Des Weiteren wurde inoffiziell bekannt, dass palästinensische Studenten, die von der PLO zum Studium in andere, auch sozialistische Länder delegiert werden, Mitglieder der ‚Muslimbrüder' sein sollen beziehungsweise dass die Delegierung zum Studium wahrscheinlich mit dem Ein-

und ein schwieriger Charakter", so PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2121/87, Vermerk der Botschaft Beirut, 18. 07. 1983.

670 Im Telegramm aus Bulgarien hieß es: „Zuverlässigen Angaben zufolge organisieren die Moslembrüder zwecks Verschlechterung der Beziehungen zwischen Syrien und den sozialistischen Staaten Bombenanschläge auf die syrischen Botschaften in den sozialistischen Ländern. […] Ein großer Teil der gegen Syrien wirkenden Anhänger der Organisation der Moslembrüder agiert unter dem Deckmantel der palästinensischen Organisation ‚Al-Fatah'", so BStU, MfS, HA XXII, 16533, Information, 06. 12. 1982, Bl. 217. Vgl. auch Abu-Amr, Islamic Fundamentalism, S. 49–51; Barghouti, Islamist Movements, S. 168.

671 Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.673, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 13. 02. 1969, Bl. 166; PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Bericht der Botschaft Damaskus an das MfAA, 12. 11. 1969, Bl. 244 f.

verständnis der ‚Muslimbrüder' erfolgt."[672] Das Ministerium für Staatssicherheit hatte zum damaligen Zeitpunkt bereits Fahndungsmaßnahmen gegen fünf „Mitglieder oder Sympathisanten der rechtsterroristisch-fundamentalistischen Organisation ‚Moslembruderschaft'" eingeleitet, die alle als Studenten der PLO/Fatah in die DDR eingereist waren und eine „feindlich-negative Zielstellung gegen progressive arabische Staaten" einnahmen[673]. Mitte des Jahres 1984 folgte schließlich die Eröffnung des Operativvorgangs „Moslem" gegen eine erkannte Zelle der Muslimbruderschaft, wobei die verdächtigen Personen Studenten der PLO/Fatah waren[674]. West-Berlin galt als eines der Zentren der Muslimbrüder in Europa, von wo aus auch im Sommer 1983, so die Erkenntnis des MfS, Angriffe – möglicherweise als Reaktion auf die im Libanon stattfindenden Kämpfe zwischen Arafat und Assad – auf die syrische Botschaft in Ost-Berlin geplant wurden[675].

Jassir Arafat hatte nach seiner Niederlage in Tripoli erklärt, dass er sich auf die jordanische und ägyptische Seite stellen werde. Das bedeutete zugleich, dass er eine Lösung der Palästinafrage unter Vermittlung der USA und zwei ihrer wichtigen arabischen Partner anstrebte – das von Assad intendierte Ergebnis. Das griechische Schiff, auf dem Arafat den Libanon verließ, fuhr ihn direkt nach Ägypten[676]. Sein Treffen mit Präsident Husni Mubarak am 22. Dezember 1983 beendete die arabische Isolation der Kairener Regierung, in die sie nach den Camp-David-Vereinbarungen geraten war. Jassir Arafat persönlich hob den innerarabischen Bann auf, ohne dass der ägyptisch-israelische Friedensvertrag revidiert worden war. Diese Begegnung Arafats mit Mubarak belegte, dass der Vorsitzende des palästinensischen Exekutivkomitees einen Beitritt der PLO zur jordanisch-ägyptisch-irakischen, das heißt antisyrischen Allianz plante[677].

672 So BStU, MfS, HA XXII, 19455, Operativ-Information, 13. 09. 1983, Bl. 3 f. 1988 wurde diese Einschätzung von der BV Leipzig bestätigt. Im Rahmen der dortigen Ermittlungen gegen eine Gruppierung der Moslembrüder hieß es, die Mitglieder dieser Gruppe seien ausnahmslos PLO-Studenten, die versuchten, unter den neu eingetroffenen Studenten Mitglieder zu werben: „Innerhalb der PLO-Delegierten konzentrieren sie sich auf Mitglieder und Sympathisanten der Al-Fatah", so BStU, MfS, HA XXII, 16921, Bericht, 17. 08. 1988, Bl. 10.

673 So BStU, MfS, HA XXII, 16967, Ergänzende Erfassung in der Zentralen Personendatenbank, 05. 08. 1983, Bl. 11–14.

674 Vgl. BStU, MfS, HA II, 28261, Eröffnungsbericht zum Anlegen des OV „Moslem", 19. 06. 1984, Bl. 4; BStU, MfS, GH, 127/85, Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, 20. 06. 1984, Bl. 9.

675 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16919, Vermerk, 12. 09. 1983, Bl. 53; BStU, MfS, HA XXII, 16553, Vermerk, 14. 10. 1983, Bl. 199; BStU, MfS, HA II, 586, Notizen, o. D., ca. Mitte 1982, Bl. 30 f.; BStU, MfS, HA XXII, 266/47, Operativ-Information, 26. 07. 1983, Bl. 2.

676 Vgl. Tessler, Conflict, S. 618–623, 648 f.; Gowers/Walker, Myth, S. 238–242; Freedman, Moscow, S. 180; Habib, Hussein, S. 50; Hart, Arafat, S. 471 f. Vgl. auch Thomas L. Friedman: Arafat Says It Is Time for Him to Quit Tripoli, in: NYT, 04. 12. 1983, S. A16.

677 Vgl. Freedman, Moscow, S. 180, 183; Rubin, Revolution, S. 64; Tessler, Conflict, S. 648 f.; Gowers/Walker, Myth, S. 238–240; Sayigh, Struggle, S. 573 f.; Saint-Prot, Arafat, S. 242 f.; Hart, Arafat, S. 471–474; Alan Cowell: Arafat Embraces Mubarak in Cairo in Reconciliation, in: NYT, 23. 12. 1983, S. A1; Éric Rouleau: Réconciliation entre l'Egypte et l'O.L.P., in: Le Monde, 23. 12. 1983, S. 1 f.; Judith Miller: Palestinians Fault Arafat for Egypt Meeting, in: NYT, 23. 12. 1983, S. A8.

III. Die Konfrontation mit Arafat 1984–1986

Ende Januar 1984 bewertete die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen die politische Lage der PLO nach dem Ende der syrisch-palästinensischen Kämpfe im Libanon und hob drei wichtige Aspekte hervor: Es standen sich prosyrische beziehungsweise antisyrische Kräfte gegenüber, die um die Macht in der PLO kämpften. Beide Seiten vertraten ihre Position, ohne eine Dialogbereitschaft erkennen zu lassen. Und Arafat beabsichtigte, die palästinensische Nationalversammlung einzuberufen, um sich den eingeschlagenen jordanisch-ägyptischen, antisyrischen Kurs der PLO legitimieren zu lassen. Im Fall der weiteren Polarisierung, worunter eine von Arafat unter Ausschluss der Syrer vollzogene Neuausrichtung der PLO verstanden wurde, galt es als wahrscheinlich, dass Assad die von der SED beschriebene „gegenwärtige" Linie verließ und entweder mit den ihm loyal verbundenen Teilen der Palästinenser eine zweite palästinensische Befreiungsorganisation formieren oder aber den Sturz Arafats herbeiführen würde[678].

Beide Alternativen waren sowohl für die DDR als auch für die Sowjetunion inakzeptabel. Honecker lehnte eine so radikale Veränderung deshalb ab, weil sie das Bild einer geschlossenen arabischen antizionistischen Front des uneingeschränkt-legitimen und allseitig solidarisch unterstützten Befreiungskampfes der Palästinenser nachhaltig beschädigte und Ost-Berlin außenpolitisch vor die Wahl zwischen Arafat und der anderen palästinensischen Befreiungsorganisation stellte. Moskau wandte sich strikt gegen eine syrische Dominanz der PLO, um zu verhindern, dass Assad diese Macht gegen die Sowjetunion einsetzte[679].

Der syrisch-palästinensische Konflikt wurde Anfang 1984 dadurch verstärkt, dass Arafat politisch eindeutig auf Jordanien zuging[680]. Die Sowjetunion wollte dies verhindern, musste allerdings zugleich Syrien in seiner Anti-Arafat-Politik bremsen und fand in Hafiz al Assad einen sehr selbstbewusst agierenden Partner. Um Arafat als Vorsitzenden des palästinensischen Exekutivkomitees zu bewahren und Damaskus davon abzuhalten, eine alternative PLO zu gründen, war das ganze politische Gewicht Moskaus notwendig. Robert Freedman betont, dass sowjetisch-syrische Verhältnis unter Assad sei „a fascinating case study of the limits of a superpower's influences on a client state, particularly when that client becomes the only lever of influence that a superpower has in a region deemed of great importance by the superpower's leadership"[681]. Freedman fährt fort: „All in all, the Soviet-Syrian relation since 1970 has been one in which the client State, Syria, despite its dependence on the USSR, has been able to manage its relationship with the USSR in such a way that it has obtained a very large degree of military aid and political support from the USSR, while giving very little in political obedience in return. Moscow has proved willing to pay the price, primarily because after 1976

678 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13789, Information, 31. 01. 1984, Bl. 6. Vgl. auch Sayigh, Struggle, S. 573–576.
679 So Primakov, Arabs, S. 240.
680 Vgl. Tessler, Conflict, S. 648–653; Hart, Arafat, S. 471–474; Gowers/Walker, Myth, S. 238–242; Dannreuther, Soviet Union, S. 133–135.
681 So Freedman, Soviet Union, S. 141.

DOI 10.1515/9783110550108-011

Syria was the only major Arab State in which it could claim influence however limited that influence might be."[682] Diesem Befund widerspricht, dass Präsident Assad wegen der Moskauer Intervention nicht noch schärfer gegen Arafat vorging[683]. Nach Darstellung der HV A formulierte die Sowjetunion im Frühjahr 1984 Eckpunkte, die sowohl für Syrien als auch Arafat bindend sein sollten: Die PLO bleibe der einzig legitime Vertreter des palästinensischen Volkes, eine gerechte Lösung der Palästinafrage impliziere die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates, die Camp-David-Vereinbarungen und der Reagan-Plan müssten abgelehnt werden und schließlich hätten sich die wichtigsten Teilorganisationen der PLO – Fatah, DFLP, PFLP und Saiqa – zu einigen, um die vorherigen Prinzipien zu beraten und auf deren Basis „Lösungswege" zu vereinbaren[684].

Moskau definierte damit für die Palästinensische Befreiungsorganisation richtungsweisende Grundsätze. Die PLO sollte demnach vor einer syrischen Übernahme bewahrt und ihre Integrität garantiert werden, wenn Arafat sich dazu bekannte, keine Einigung mit Jordanien anzustreben, bevor die Palästinenser ihren Staat gegründet hatten. Die Sowjetunion verlangte von Arafat somit auch, dass zuerst die Versöhnung mit Syrien stattfand und danach eine einzuberufende Nationalversammlung den neuen politischen Kurs der PLO legitimierte, wobei der Vorsitzende des Exekutivkomitees niemals das Ziel eines souveränen palästinensischen Staates aus dem Blick verlieren oder gar aufgeben durfte. Dies bedeutete zugleich: Falls Arafat tatsächlich eine Vereinbarung mit Jordanien für zwingend notwendig hielt, dann war die Föderation – ein Verbund unabhängiger Staaten – das einzige Modell, das die Sowjetunion akzeptieren würde. Eine Preisgabe palästinensischer Souveränität in Form eines jordanisch-palästinensischen Bundesstaates – auch wenn dies von den Palästinensern so entschieden worden wäre – lag nicht im Interesse der KPdSU und schied als Lösung aus[685]. Diese Vorgaben galten auch für die Politik der SED.

Arafats Vertraute im Gespräch mit der SED

Zwischen Januar und April 1984 besuchten die nach Jassir Arafat wichtigsten Funktionäre der PLO/Fatah, Khalil al Wazir, Faruq al Qaddumi und Salah Khalaf, sowie die Vorsitzenden der DFLP, der PFLP und der Kommunistischen Partei Palästinas Ost-Berlin[686]. Im Juli fand zudem ein Gespräch mit dem Generalsekretär der Saiqa

682 So ebd., S. 199. Vgl. auch ders., Moscow, S. 325.

683 Vgl. die von Primakov, Russia and the Arabs, S. 240–245, geschilderte Intervention Anfang 1983.

684 So BStU, MfS, HA XXII, 17508, Information, 05. 04. 1984, Bl. 144. Vgl. auch Dannreuther, Soviet Union, S. 120–138.

685 Vgl. ebd., S. 120–125, 138.

686 Zu den Besuchen vgl. BArch, DVW 1/115524, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 16. 01. 1984, Bl. 1–3; SAPMO-BArch, DY 30/13789, Vorlage, 27. 01. 1984, Bl. 5; SAPMO-BArch, DY 30/13789, Vorlage, 07. 02. 1984, Bl. 28; SAPMO-BArch, DY 30/13789, Bericht, o. D., ca. Februar 1984, Bl. 18–27; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/3639, Protokoll der Sitzung des Sekretariates des ZK der SED, 02. 04. 1984, Bl. 33; SAPMO-BArch, NY 4643/5, Schreiben Sulaiman Najabs an Friedel Trappen, 11. 05. 1984; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Information, 05. 04. 1984, Bl. 138–140.

in der DDR statt[687]. Erich Honecker und Jassir Arafat trafen sich Anfang Februar 1984 nach dem Begräbnis des sowjetischen Staats- und Parteichefs Juri Andropow in Moskau[688]. Niemals zuvor hatte es in so kurzer Zeit einen so intensiven politischen Austausch zwischen der palästinensischen Seite und der DDR gegeben.

Khalil al Wazir, der „Verteidigungsminister" der PLO, traf Mitte Januar 1984 mit Vertretern des Ministeriums für Nationale Verteidigung und mit dem stellvertretenden ostdeutschen Außenminister zusammen[689]. Wazir betonte, dass er mit seinem Besuch die seit 1982 geplanten, aber ständig verschobenen Gespräche nachholen wolle. Damit hätte im Grunde auch die noch offene ITA-Bestellung erörtert werden müssen, denn die Übergabe der seit November 1981 von der palästinensischen Militärdelegation erbetenen Rüstungsgüter stand noch immer aus[690]. Allerdings beteuerte Wazir, dass es nicht seine Absicht sei, „spezielle Wünsche um Unterstützung durch die NVA" vorzubringen, sondern lediglich „den Wunsch der PLO-Führung nach einer weiteren Vertiefung der engen freundschaftlichen Beziehungen mit der DDR und nach einer Verstärkung des Delegations- und Gedankenaustausches auf allen Ebenen"[691]. Es sei, so Wazir, „die Hoffnung des Genossen Arafat, bei baldiger Gelegenheit die DDR besuchen zu können, um Erich Honecker und dem Volk der DDR seinen Dank für die ständige solidarische Unterstützung für die gerechte Sache des palästinensischen Volkes zu überbringen"[692]. Außerdem versicherte Wazir: „Eine Einmischung in innere Angelegenheiten [der Palästinenser], insbesondere durch Syrien und Libyen, werde nicht zugelassen."[693]

Diese Aussagen Khalil al Wazirs müssen als Versuch Arafats verstanden werden, gegenüber der DDR Druck aufzubauen, indem das PLO-Exekutivkomitee in die Offensive ging. Wazir kam nicht nach Ost-Berlin, um Vorwürfe zu machen oder sich über die Entscheidungen der SED zu beklagen. Unerwähnt blieben alle von Honecker gegen die Führung unter Arafat unternommenen Schritte, wie die zeitgleich mit dem Aufenthalt Wazirs stattfindende Eröffnung des Büros von ZIBADO im IHZ. Aber weil Honecker die Organisation Abu Nidal in die DDR eingeladen hatte, sie im Handelszentrum verkehrte und der SED-Staat die der Fatah feindlich gegenüberstehende Gruppe des Sabri al Banna als neuen Partner betrachtete, drängte Wazir im Namen Arafats auf ein baldiges offizielles und öffentliches Treffen zwischen dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO und Erich Honecker in der DDR. Arafat forderte einen solchen Termin in dem Bewusstsein, dass man ihn nicht abweisen konnte. Arafat ging es darum, den

[687] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/3681, Protokoll der Sitzung des Sekretariates des ZK der SED, 03. 07. 1984, Bl. 2.

[688] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/2499, Niederschrift, 14. 02. 1984, Bl. 162–179. Die KPdSU, so Dannreuther, Soviet Union, S. 135, habe Arafat am Rande des Begräbnisses erklärt, dass er nur dann weiter unterstützt werde, wenn die Fatah auf die linke, innerpalästinensische Opposition u. Syrien zugehe.

[689] Wazir hielt sich vom 11. 01. bis 14. 01. 1984 in der DDR auf. Eine Berichterstattung über diesen Besuch erfolgte nicht, vgl. ND, 10. 01. bis 15. 01. 1984; BArch, DVW 1/115524, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 16. 01. 1984, Bl. 1–3.

[690] Vgl. ebd., Bl. 1 f.

[691] So ebd., Bl. 2.

[692] So ebd., Bl. 3.

[693] So ebd., Bl. 2 f.

Widerspruch der SED-Politik aufzuzeigen, indem er die Diskrepanz zwischen dem suggerierten absolut konfliktfreien Bündnis DDR/PLO beziehungsweise Erich Honecker/Jassir Arafat und den tatsächlich gegen die politische Ausrichtung der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Führung der Fatah unternommenen Schritten implizit von Wazir zum Ausdruck bringen ließ.

Die SED konnte zwar die PLO-/Fatah-Sicherheit mit der Firma ZIBADO im Internationalen Handelszentrum konfrontieren und auch Syrien im Kampf gegen die Fatah einseitig unterstützen – Assads Auseinandersetzung mit der PLO wurde in der DDR zu keinem Zeitpunkt öffentlich thematisiert –, aber Honecker hatte die PLO-Politik bisher an den Grundsätzen ausgerichtet, nur Israel stelle die Gefahr und Ursache aller Aggression dar und Arafat sei der unumstrittene Anführer der Palästinenser. Erich Honecker war nicht imstande, Jassir Arafat jetzt öffentlich zu verleugnen. Das bedeutet, Arafat spitzte im Wissen um die sowjetischen Interessen und die ihm eigene besondere charismatische Führungskraft die Auseinandersetzung auf seine Person zu und wollte die DDR in Bedrängnis bringen: Honecker sollte ihn in Ost-Berlin vor den Augen Abu Nidals empfangen und ihm die Hand reichen. Arafat wollte provozieren. Daher betonte Wazir auch in dem Moment, in dem er Arafats Wunsch eines Besuches übermittelte, dass man die syrischen und libyschen Versuche, Einfluss auf die Entscheidungsgremien der PLO und die „inneren Angelegenheiten" der Palästinenser zu nehmen, weiterhin entschieden bekämpfen werde[694].

Faruq al Qaddumi, der Leiter der Politischen Abteilung der Palästinensischen Befreiungsorganisation, traf rund zwei Wochen nach Wazir, Anfang Februar 1984, in der DDR ein[695]. Honecker erklärte ihm, zunächst müsse man prinzipiell „von der Frage nach dem Hauptfeind ausgehen. Sowohl für die PLO als auch für die DDR seien es die USA. […] Für die PLO, deren Kampf bewiesen habe, dass man sie nicht bezwingen könne, sei es vor allem wichtig, als einheitliche Kraft weiter zu bestehen. Unter dieser Einheit verstehe die DDR nicht, dass man jeden halten müsse. Es gehe eher darum, die Festigung der Reihen auf der Grundlage beschlossener Prinzipien [zu erreichen]."[696] Die DDR stehe, so Honecker weiter, „fest an der Seite der PLO. […] Es sei möglich, dass dies Präsident Assad nicht sehr gefalle. Er hoffe, dass er durch diese, unsere Haltung gezwungen werde, über die Position seiner Freunde nachzudenken."[697]

Qaddumi entgegnete, dass die PLO diesen Meinungsaustausch für „nützlich" halte, er aber zugleich auf Folgendes hinweisen wolle: „Die Hauptfeinde für die Durchsetzung einer einheitlichen arabischen Position seien die Haltung Syriens und Libyens. Er [Qaddumi] kritisierte die Haltung Syriens zu den Problemen der PLO. […] Als Hauptursache für die Probleme der PLO nannte K. [Qaddumi] Syrien und Libyen."[698] „Der Besuch hatte Informationscharakter. Konkrete Ab-

694 So ebd., Bl. 2.
695 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2041, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 15. 02. 1984, Bl. 3.
696 So SAPMO-BArch, DY 30/13789, Vermerk, 03. 02. 1984, Bl. 16.
697 So ebd., Bl. 17.
698 So BArch, DN 11/6403, Information des MfAA, 20. 02. 1984.

sprachen zur bilateralen Zusammenarbeit wurden nicht getroffen" – mit dieser Feststellung schloss das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten seinen Bericht über das Treffen[699]. Selbstbewusst hatte Qaddumi Honecker die Stirn geboten. Anders als für den Generalsekretär der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR waren für den Leiter der Politischen Abteilung der PLO nicht die Vereinigten Staaten der Feind, sondern Syrien und Libyen[700].

Im Gespräch mit Jassir Arafat, den Erich Honecker gut zehn Tage später in Moskau traf, ging Honecker sogar noch über das hinaus, was er Qaddumi gegenüber als „feste Haltung" umschrieben hatte, die er möglicherweise auch zum Leidwesen Assads einnehme: „Genosse Erich Honecker versicherte Arafat der ständigen Solidarität des Volkes der DDR mit dem gerechten Kampf der PLO *unter Führung Yasser Arafats* […]. […] Genosse Honecker habe diese Meinung auch gegenüber dem syrischen Präsidenten Hafez al Assad vertreten, und ihm deutlich gesagt, dass es auch im Interesse Syriens sei, ein anständiges Verhältnis zur PLO unter Führung von Yasser Arafat zu haben. Bei aller Wertschätzung der Rolle Syriens sei die Haltung Syriens zur PLO unverständlich."[701]

Obwohl die DDR wie die Sowjetunion nicht auf eine unmittelbare Absetzung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO und eine syrische Übernahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation drängten, half Ost-Berlin Präsident Assad in dessen Vorgehen gegen die Fatah viel nachhaltiger, als dass es sich dafür einsetzte, den bisherigen Kurs Arafats zu unterstützen. Es war nicht das Ziel Honeckers, Damaskus dabei aufzuhalten, die politische Wende in der PLO herbeizuführen. Die SED wollte eine „antiimperialistisch-demokratische" Führung des Exekutivkomitees implementieren, aber – anders als Syrien dies forderte – sollte Arafat diesem neu zusammengesetzten Gremium weiterhin vorstehen und für einen politischen Kurswechsel sorgen. Mit seiner doppeldeutigen Garantie gegenüber „der" PLO, die nichts mit der Unterstützung der sie maßgeblich dominierenden Fatah zu tun hatte, versuchte Honecker Arafat und Qaddumi eine Lösung des Konfliktes mit Syrien nahezulegen, und zwar im Sinne der Prinzipien, die der Kreml 1984 formuliert hatte, die das Ende der jordanisch-ägyptischen Allianz, einen souveränen palästinensischen Staat und den Beginn einer „demokratischen" Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation, bestehend aus der DFLP, der PFLP, der Saiqa und der Fatah, vorsahen[702].

Trotz allem, was seit seinem letzten Treffen mit dem PLO-Vorsitzenden im Oktober 1982 in Kuwait geschehen war, gab Honecker 1984 in Moskau vor, sich gegenüber Syrien für Arafat zu verwenden. Er wollte zudem glauben machen, dass es ihm „unverständlich" sei, weshalb Syrien eine solche „Haltung" einnehme. Arafat hätte die Möglichkeit besessen, auf dieses Angebot einzugehen. *Die* Füh-

699 So ebd.

700 Anders im Fall der DFLP: Das ZK der SED u. der Generalsekretär der DFLP „unterstrichen, dass die USA der Hauptfeind der Völker der Gegenwart ist", so BArch, DZ 8/246, Bericht, 18. 04. 1984.

701 So SAPMO-BArch, DY 30/2499, Niederschrift, 14. 02. 1984, Bl. 163 f. (Hervorhebung eingefügt).

702 Vgl. Dannreuther, Soviet Union, S. 120–138; BStU, MfS, HA XXII, 17508, Information, 05. 04. 1984, Bl. 144.

rung *der* PLO, die Honecker sich wünschte, entsprach aber nicht der politischen Überzeugung, die Arafat und die Fatah vertraten, sonst hätte es keine anhaltende Konfrontation mit Syrien mehr gegeben. Es ging Honecker selbstverständlich nicht darum, Arafat zu ermutigen, gemeinsam mit Jordanien eine Delegation für zukünftige Verhandlungen zu bilden, um sich damit als Gesprächspartner der Vereinigten Staaten auf die amerikanische Lösung festzulegen. Und er wollte ihn davon abbringen, eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit Amman zu vereinbaren und mit König Hussain den Status des Westjordanlandes festzuschreiben, bevor ein souveräner palästinensischer Staat existierte. Das aber waren die Ziele Arafats und der Fatah.

Als Honecker Qaddumi und Arafat 1984 anbot, zwischen der PLO/Fatah und Syrien zu vermitteln, setzte er implizit voraus, dass die Fatah sich dazu bereit erklären würde, eine Umgestaltung und mehr syrischen Einfluss im Exekutivkomitee zuzulassen, um im Umkehrschluss das Bekenntnis der östlichen Staatengemeinschaft zu erhalten, dass sie die PLO vor einer direkten syrischen Übernahme oder anderweitigen Konkurrenz bewahren würde. Bedingung hierfür war jedoch, dass Arafat jede Zusammenarbeit mit Jordanien und Ägypten kategorisch ablehnte, denn dies wäre dem Eingehen auf separate Beschlüsse mit den Vereinigten Staaten gleichgekommen.

Honecker plante deshalb Anfang 1984, als er mit Arafat sprach, auch nicht, die wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Beziehungen mit Sabri al Banna zu beenden, sondern baute die Abu-Nidal-Kontakte zielstrebig aus. Das Zentralkomitee der SED erlaubte den Diplomaten des MfAA in Syrien schon Ende 1983 erste Verbindungen mit der Musa/Salah-Gruppe aufzunehmen[703]. Obwohl das ZK Anfang Juni 1984 ausdrücklich erklärte, diese Beziehungen dürften nicht dazu führen, dass die DDR „in die inneren Auseinandersetzungen der PLO" involviert werde, und nur die Botschaft der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Ost-Berlin als „Gesprächs- und Verhandlungspartner" der ostdeutschen Regierung akzeptieren wollte, unterstützte die DDR kurze Zeit später auch Musa/Salah. Anfang November 1984 gestattete das MfS, Elektronik und Funkausrüstung an die Fatah-Putschisten zu verkaufen und erlaubte im Rahmen der Verträge auch, dass diverse Mitglieder der Gruppe in der DDR ausgebildet wurden[704]. Es war ebenfalls das Ministerium für Staatssicherheit, das – nachdem die Firmenniederlassung ZIBADO eröffnet war – alle Mitarbeiter des PLO-Archivs unter „operative Kontrolle" brachte, insbesondere die Kontaktperson „Emir". Dabei bediente man sich der IM „Gudrun" sowie der Maßnahmen A, B und M, das heißt der Innenraumüberwachung mittels Kamera und Mikrofon, des Abhörens von Telefongesprächen und der Kontrolle des Brief- und Paketverkehrs[705]. Mit anderen Wor-

[703] Vgl. BArch, DZ 8/245, Vermerk, 28. 11. 1982; PA-AA, MfAA, ZR 2708/89, Empfehlungen, 27. 09. 1983.

[704] Vgl. BStU, MfS, HA II, 26617, Vertrag, 05. 11. 1984, Bl. 46–55. Zur offiziellen Haltung der SED gegenüber Musa/Salah vgl. BStU, MfS, HA II, 18655, Vermerk, 01. 06. 1984, Bl. 124.

[705] Das MfS leitete 1984 für die vier Angehörigen der PLO-Sicherheit im Objekt „Zwinger" OPK ein, vgl. BStU, MfS, AOPK, 5259/89, Übersichtsbogen zur OPK „Zweig 1", 07. 03. 1984, Bl. 5; BStU, MfS, AOPK, 9137/83, Übersichtsbogen zur OPK „Zweig 2", 02. 04. 1984, Bl. 2; BStU, MfS, AOPK, 14037/85, Übersichtsbogen zur OPK „Zweig 3",

ten: Erich Mielke versuchte etwaige Anfeindungen der Arafat-Firma Middle East Export & Import Company GmbH gegenüber dem Nidal-Unternehmen ZIBADO frühzeitig zu erkennen und auszuschließen.

Diese Maßnahmen ließen Anfang 1984 offenbar werden, wie Erich Honecker sich die Entwicklung der PLO vorstellte und auf welche Kräfte der Palästinenser die DDR ihre Erwartungen setzte. Mit den Ansichten und Absichten Arafats hatte dies wenig gemein. Unabhängig von der militanten Opposition in Form der Abu-Nidal-Politik, die als radikales Signal gelten sollte, plante Honecker die Umgestaltung der Führungsgremien der PLO. Dazu dienten ihm die Treffen mit der DFLP, der PFLP, der palästinensischen KP und der Saiqa. Die SED aktivierte jetzt die seit Sommer 1980, nach der EG-Deklaration von Venedig, initiierten separaten Parteibeziehungen zu den „progressiven" Teilen der Palästinensischen Befreiungsorganisation, um – wie man Anfang 1984 feststellte – die „nationale Bourgeoisie" aus der Führung der PLO zu verdrängen, und konzentrierte sich dabei auf die DFLP und PFLP[706]. Der palästinensischen KP sprach Ost-Berlin eine politische Bedeutung ab und die radikal prosyrische Saiqa stellte für die von der SED gewollte kollektive Führung der PLO, also dem einerseits von der Masse der Palästinenser akzeptierten und andererseits von der DFLP und PFLP dominierten Exekutivkomitee, ein Hindernis dar. Denn weder zeigte die Saiqa Kompromissbereitschaft noch wäre sie von der palästinensischen Bevölkerung als ein legitimer Teil der „Regierung" anerkannt worden[707].

Für welche politischen Ziele sich die SED-Führung einsetzte, hielt sie im Vorfeld der Beratungen mit der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas, vom 10. bis 14. April 1984, fest: „Es muss davon ausgegangen werden, dass die DFLP unter den Kritikern Arafats die konstruktivste Haltung einnimmt. […] Sie ist darauf gerichtet, die Einheit der PLO wiederherzustellen, um zu verhindern, dass die PLO als antiimperialistischer Faktor für die Nahostpolitik bedeutungslos wird. Den Kern der PLO müssen ihre größten Organisationen Fatah, DFLP und PFLP bilden. […] Die DFLP lehnt die taktische Linie Arafats nach Tripoli (Besuch in Kairo, Gespräche mit Jordanien) grundsätzlich ab. Sie geht davon aus, dass Arafat zwar im nationalen Interesse handelt, aber illusorische Zielvorstellungen mit

17. 04. 1984, Bl. 3; BStU, MfS, AOPK, 3765/89, Übersichtsbogen zur OPK „Zweig 4", 12. 09. 1984, Bl. 3. 1986 kamen OPK für die beiden neuen Mitarbeiter hinzu, vgl. BStU, MfS, AOPK, 3766/89, Übersichtsbogen zur OPK „Zweig 5", 20. 01. 1986, Bl. 3; BStU, MfS, AOPK, 4231/89, Übersichtsbogen zur OPK „Zweig 6", 11. 03. 1986, Bl. 3. Zur IM „Gudrun" vgl. Akte: BStU, MfS, AIM, 196/91. Zu den Maßnahmen A, B u. M vgl. BStU, MfS, HA XXII, 18613, Konzeption, 31. 05. 1983, Bl. 7; BStU, MfS, HA XXII, 17135, Bericht der Abteilung 26 an die HV A, 31. 12. 1984, Bl. 1.

706 Zum Zitat vgl. BArch, DZ 8/246, Vermerk, 05. 04. 1984.

707 Im Februar 1984 urteilte die SED: „Die palästinensische Arbeiterklasse [ist] objektiv und subjektiv noch nicht zum Hegemon der gesellschaftlichen Kräfte herangereift […]. Aus diesem Grunde ist es kein Abweichen von dem historischen Führungsanspruch der Arbeiterklasse, wenn die PKP die von der nationalen Bourgeoisie beherrschte PLO als Führung der nationalen Befreiung anerkennt. Das Ziel ist vielmehr, Einfluss auf die PKP zu nehmen, um günstige Bedingungen für die Formierung der Arbeiterklasse, für ihren Kampf und ihre Mission zu schaffen", so SAPMO-BArch, DY 30/13789, Empfehlungen, 03. 02. 1984, Bl. 40.

seinem Handeln verbindet. Die palästinensische Bourgeoisie, deren Interessen er vertritt, wird letztendlich […] Kompromissen zustimmen, die den nationalen Interessen der palästinensischen Massen entgegenstehen. Arafats Politik dient objektiv der Ausweitung der Camp-David-Politik und der Unterlaufung des 1974 innerarabisch anerkannten Status der PLO, als einzig legitimierter Vertreter des palästinensischen Volkes zu handeln. Die Überwindung der Arafat'schen Linie bedeutet nicht den Sturz Arafats. Es gibt keine Alternative zu seiner Führung. Es muss eine neue kollektive Führung geschaffen werden, die in der Lage ist, Arafat stärker zu beeinflussen."[708] In einem anderen Vermerk erklärte das Solidaritätskomitee: „Wir stimmen mit der DFLP überein, dass es keine Alternative zur Person Arafats gibt. Über Veränderungen in der Führung können nur die legitimen Organisationen der PLO entscheiden. Arafat wird als gewählter Führer des palästinensischen Volkes von der DDR respektiert."[709]

Auf dem Weg zur 17. palästinensischen Nationalversammlung

Ende März 1984, zwei Wochen nach seinem Gespräch mit Honecker in Moskau, nahmen Arafat und der jordanische König den Anfang 1983 teilweise unterbrochenen Dialog wieder auf[710]. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten stellte fest: „Die Wiederaufnahme der Gespräche mit König Hussain ist im Zusammenhang mit dem Bemühen Arafats und der ihm unterstehenden Kräfte in der PLO-Führung zu sehen, zu praktischen Schritten auf dem Wege einer friedlichen Lösung der Palästinafrage zu kommen. Dieser Prozess wurde durch den Verlust des Libanon als Operativbasis für die PLO und durch die gespannten Beziehungen zu Syrien beschleunigt."[711] Infolge der von Arafat seit dessen Abzug aus Tripoli im Dezember 1983 initiierten ägyptisch-jordanischen Verständigung bildete sich am 27. März 1984 die sogenannte Demokratische Allianz, bestehend aus der PFLP, DFLP und KP Palästinas, die sich entschieden gegen Gespräche mit Kairo oder eine jordanische Vertretung palästinensischer Rechte aussprach, hingegen eine stärkere Orientierung der PLO an den Interessen der UdSSR und Syriens forderte[712]. Im Unterschied zu der von Assad gruppierten Opposition gegen den Kurs der Palästinensischen Befreiungsorganisation erstrebte diese „Demokratische Allianz" zur Überwindung der Probleme einen Dialog mit den politisch linken Kräften innerhalb der Fatah[713].

[708] So BArch, DZ 8/246, Vermerk, 05. 04. 1984. Zum Aufenthalt der DFLP vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13789, Vermerk, o. D., ca. April 1984, Bl. 186–188.
[709] So BArch, DZ 8/246, Gesprächshinweise, 10. 04. 1984.
[710] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 574 f.
[711] So BArch, DN 11/6403, Information des MfAA, 09. 03. 1984.
[712] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 575; Selim, Nonstate Actor, S. 275; Freedman, Moscow, S. 197. Rubin, Revolution, S. 66, erkennt ab dem Zeitpunkt der Gründung der Demokratischen Allianz eine faktische Dreiteilung der PLO in die von Arafat repräsentierte Organisation, die von Syrien beherrschte Musa/Salah-Gruppe u. jene Demokratische Allianz der DFLP, PFLP u. PKP.
[713] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 575; Selim, Nonstate Actor, S. 275; Rubin, Revolution, S. 66; Freedman, Moscow, S. 197.

Als Salah Khalaf Anfang April 1984 in der DDR eintraf, fügte er der Diskussion über die Absichten hinter Arafats Jordanienpolitik eine ganz neue Facette hinzu, indem er – der älteste Vertraute Arafats, der mit ihm gemeinsam die Fatah gegründet hatte – sich gegenüber dessen politischen Konzepten als ratlos und machtlos darstellte. Die Fatah sei, so Khalaf, bereit für eine Versöhnung mit Syrien, nur Arafat müsse noch „diszipliniert" und „gedrängt" werden, damit sein „Abgleiten auf kapitulantenhafte Positionen" verhindert werde[714]. Der Leiter der PLO-Sicherheit lobte ausdrücklich „alles", was die DDR bisher unternommen habe, um die progressive, nationale Einheit der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu befördern[715]. Fünf Monate zuvor hatte er noch in Meckenheim mit dem Bundeskriminalamt verhandelt und die ihm unterstehende Firmenniederlassung der PLO-Sicherheit arbeitete im IHZ wenige Etagen getrennt von einem Büro, dessen Mieter Khalaf weiterhin seinen ostdeutschen Gesprächspartnern gegenüber als „Terroristen" bezeichnete[716]. Abdallah Frangi schreibt über Salah Khalaf alias „Abu Ayad": „Es entsprach den Spielregeln, dass Arafat sein Vorgehen in jedem Fall zunächst mit Abu Ayad abstimmte. […] Abu Ayad war der Mann der schweren Aufgaben, der Panzer, der mit Argumenten die Front ins Wanken brachte. So fiel ihm zum Beispiel die Aufgabe zu, die linken Gruppen innerhalb der PLO zu zähmen, die kommunistische Partei, die demokratische Front […]. Wie Arafat so war auch er mit allen Wassern gewaschen."[717]

Aus diesem Grund sollten Khalafs Worte auch lediglich der Beruhigung der SED dienen, um Arafat mehr Zeit für die Sondierungen zu verschaffen, denn noch war nicht entschieden, wann, wo und mit welchen Teilnehmern die 17. Nationalversammlung der Palästinenser stattfinden sollte. Arafat schickte Khalaf in die DDR, um ihn als den Mann zu präsentieren, mit dem die sozialistischen Staaten sein „Abgleiten" auf „kapitulantenhafte Positionen" verhindern konnten. Egal unter welchen Umständen eine neue palästinensische Nationalversammlung einberufen wurde – Ost-Berlin sollte erfahren, dass es in der Fatah gewichtige Stimmen gab, die angeblich nicht Arafats Linie folgten und nicht für die jordanische Option votierten. Die Fatah war also fortschrittlich genug. Honecker musste nicht erst eine neue, kollektive Führung aufbauen lassen, zumal die Fatah seit April 1984 mit der „Demokratischen Allianz" verhandelte, also anscheinend mit den von der DDR innerhalb der PLO als politisch maßgeblich angesehenen Kräften sprach, um angeblich eine Kurskorrektur zu erreichen.

Die Einberufung der 17. palästinensischen Nationalversammlung entwickelte sich bis November 1984 zum Schlüsselereignis für die weitere Beziehung zwischen der Sowjetunion und Arafat sowie zwischen der DDR und der PLO/Fatah. Am 9. Juli 1984 hatte sich die „Nationale Allianz" als ein von Assad – in Anlehnung an die „Demokratische Allianz" der DFLP, PFLP und Palästinensischen Kommunistischen Partei – kontrollierter Zusammenschluss der Saiqa, Fatah-Dis-

[714] So BStU, MfS, HA XXII, 17508, Information, 05. 04. 1984, Bl. 138–140.
[715] So ebd.
[716] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 17508, Abschlussbericht, 24. 01. 1983, Bl. 156.
[717] So Frangi, Gesandte, S. 132 f.

sidenten Musa/Salah, PFLP-GC sowie zwei weiterer Gruppen gebildet[718]. Die „Nationale Allianz" verstand sich im Kontext der geplanten 17. Tagung des palästinensischen Parlamentes als Basis für eine politische Alternative zur PLO und sprach Arafat und der Palästinensischen Befreiungsorganisation jede Legitimität im Kampf um Palästina ab. Das bedeutete, dass Syrien mit der „Nationalen Allianz" einen entscheidenden formal-organisatorischen Schritt in Richtung der Proklamation einer Gegen-PLO setzte[719]. Moskau hatte hingegen noch immer keine Lösung des Konfliktes zwischen Assad und der Fatah erreicht. Arafat und der Kreml konnten sich während des Sommers 1984 nicht einigen. Gegenüber dem syrischen Vizepräsidenten und Bruder Hafiz al Assads, Rifaat, sprach Moskau Mitte Juni 1984 laut ostdeutschen Informationen die Situation in der PLO noch nicht einmal an[720]. Nach Wertung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten verfolgte die Sowjetunion das Ziel, „mit dem Besuch [Rifaat al Assads] die große Bedeutung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu demonstrieren, was durch den Empfang auf höchster Ebene beiderseits hervorgehoben wurde"[721].

Die Führungskrise des Assad-Regimes, ausgelöst durch die mehrmonatige, gesundheitlich bedingte Regierungsunfähigkeit Präsident Assads, ließ die Sowjetunion 1984 davon absehen, mehr Druck auf Damaskus auszuüben und Arafats Position zu stärken[722]. Assads Bruder hatte zudem im Mai/Juni 1984 versucht, die Gelegenheit zu nutzen und sich selbst als Nachfolger Hafiz al Assads an die Spitze Syriens zu setzen. Diese „Palastrevolution" scheiterte allerdings und Rifaat al Assad musste Syrien im Juni 1984 verlassen. Er ging zunächst ins Exil nach Moskau[723]. Die Krise im innersten Machtbereich Syriens erschwerte es für die Sowjetunion – die zudem selbst von dem bereits krank in sein Amt gelangten, neuen KPdSU-Generalsekretär Konstantin Tschernenko regiert wurde –, mit Nachdruck an der Gestaltung der syrisch-palästinensischen Beziehungen zu arbeiten[724].

Anfang Oktober 1984 trafen sich Arafat, der sowjetische Außenminister Gromyko und Erich Honecker während der Feierlichkeiten anlässlich des 35. Jahrestages der DDR in Ost-Berlin[725]. „Yasser Arafat beglückwünschte Genossen Erich Honecker zu seiner hervorragenden Rede. Besonders beindruckt habe ihn der Bezug auf Marx und Engels, auf das Kommunistische Manifest. In der Politik der SED gibt es eine klare Linie, die von Marx und Engels ausgeht und die Theorie konsequent und schöpferisch verwirklicht. Das ist das Geheimnis der siegreichen sozialistischen Revolution in der DDR. […] Obwohl die Lage des palästinensischen Volkes und die Situation im Nahen Osten sehr kompliziert seien, hat die

[718] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 575; Selim, Nonstate Actor, S. 275; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 162f.
[719] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 575–579.
[720] Vgl. BArch, DN 11/6402, Information des MfAA, 15. 06. 1984.
[721] So ebd.
[722] Erste Berichte über Assads Krankheit wurden im Dezember 1983 veröffentlicht, vgl. Lucien George: La situation politique à Beyrouth demeure dominée par la maladie du président Assad, in: Le Monde, 13. 12. 1983, S. 3; AFP: Le président Assad a reçu pour la première fois depuis un mois un visiteur étranger, in: Le Monde, 16. 12. 1983, S. 3.
[723] Vgl. Perthes, Political Economy, S. 150f.
[724] Zum Antritt Tschernenkos vgl. u. a. Freedman, Moscow, S. 148.
[725] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13789, Information, o. D., ca. Oktober 1984, Bl. 287–291.

PLO-Delegation während ihrer Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der DDR neue Kraft und frischen Optimismus geschöpft. Die Begegnungen mit Erich Honecker, A. Gromyko und anderen führenden Genossen haben uns neue Zuversicht gegeben. Sie haben in uns das Gefühl erneuert, Bestandteil einer großen antiimperialistischen Bewegung zu sein. Die PLO wird in ihrem Kampf siegreich sein, weil sie mit der DDR und den anderen sozialistischen Staaten verbunden ist."[726] Mit diesen Versatzstücken und inhaltlosen Formeln versuchte Arafat, das ihm gegenüber raue Klima in Ost-Berlin nicht noch unwirtlicher werden zu lassen. Auf der anderen Seite wiederum befand sich unter allen „Grußbotschaften", die ostdeutsche Zeitungen zum 35. Jahrestag der Gründung der DDR abdruckten, keine der PLO – wie schon am 27. Jahrestag, dem 7. Oktober 1976, als Arafat im Libanon zum ersten Mal gegen die syrische Armee gekämpft hatte[727].

Das Gespräch zwischen Jassir Arafat und Andrej Gromyko habe „substanziellen Charakter" getragen, urteilte die SED, obwohl es nur „kurz, […] auf dem Bebelplatz am 6. 10. [1984]" stattfand[728]. Der sowjetische Außenminister sagte: „Die PLO solle sich weiter um die Klärung des Verhältnisses zu Syrien bemühen, sich mit Syrien versöhnen. Die Sowjetunion arbeite weiter an der Lösung des Problems der Beziehungen zwischen der PLO und Syrien auf allen Ebenen. […] Er wolle keinem einen Vorwurf machen. Die PLO soll, wenn möglich, gewisse Flexibilität gegenüber Syrien zeigen."[729] Arafat antwortete Gromyko: „Die PLO ist zu beliebiger Flexibilität bereit."[730] Gegenüber dem ZK der SED erklärte Arafat im Anschluss an das Gespräch, dass – wenn es schon zu keiner „spezielle[n] Zusammenkunft mit Genossen Gromyko" käme – es „von größter Wichtigkeit" für die PLO sei, dass wenigstens eine „kurze Pressemitteilung, vorbehaltlich der Zustimmung der sowjetischen Freunde, über das kurze Gespräch am Rande der Feierlichkeiten veröffentlicht würde. Vor allem angesichts der offiziellen Zusammenkunft des Genossen Gromyko mit dem israelischen Außenminister am Rande der UNO-Vollversammlung und dem Nichtzustandekommen eines Treffens des Genossen Gromyko mit Kaddoumi [Faruq al Qaddumi, Leiter der Politischen Abteilung der PLO] in New York. […] Man dürfe den Feinden keine Gelegenheit geben, im Trüben zu fischen und das Nichtzustandekommen eines spezifischen Gesprächs für ihre Zwecke auszunutzen."[731]

Arafat legte Wert auf dieses Zeichen, um der gegen ihn gerichteten syrisch-libyschen Koalition – den „Feinden" – zu zeigen, dass der Ostblock hinter ihm stand, obwohl es noch immer keine neue politische Grundlage für die Beziehungen der Fatah zu Syrien und der Sowjetunion nach dem zweiten Libanonkonflikt 1983 gab. Alles deutete seit Anfang des Jahres 1984 darauf hin, dass der Kreml, zum Teil paralysiert von einem kranken KPdSU-Generalsekretär und der Führungskrise in Damaskus, nur von der PLO Konzessionen verlangte, Syrien aber

[726] So ebd., Bl. 287 f.
[727] Abgedruckt wurde im Oktober 1984 lediglich die „Grußbotschaft" der KP Palästinas, vgl. ND, 10. 10. 1984, S. 7. Zum Jahr 1976 vgl. ND, 07. 10. bis 15. 10. 1976.
[728] So SAPMO-BArch, DY 30/13789, Information, o. D., ca. Oktober 1984, Bl. 289.
[729] So ebd.
[730] So ebd.
[731] So ebd., Bl. 291.

verschonte[732]. Arafat wollte mit der öffentlich bekundeten Versicherung zeigen, dass er in Moskau Rückhalt genoss, um im Vorfeld der 17. Tagung des Nationalrates die von Syrien geforderte Entmachtung der Fatah zu verhindern. Ost-Berlin gab aber keine solche Erklärung ab[733]. Die PLO ließ dennoch über westliche Nachrichtenagenturen verbreiten, das Treffen Arafats mit Gromyko in der DDR sei „außerordentlich wichtig" gewesen[734].

Die weitere Annäherung zwischen der Palästinensischen Befreiungsorganisation und Jordanien hatte seit März 1984 die sowjetisch-palästinensische Krise zugespitzt. Auch die DDR gab der PLO-Führung eindeutig zu verstehen, dass sie einen Umbau des Exekutivkomitees anstrebte. Die konkreten politischen Beratungen fanden zwischen Januar und Juli 1984 nicht mit der Fatah, der Saiqa oder der PFLP-GC, sondern ausschließlich mit den „demokratischen" Kräften, also der DFLP, der KP Palästinas und der PFLP, statt. Die SED wollte die politische Linke der PLO formieren, um im Vorfeld der anstehenden Nationalversammlung so viel progressiven Einfluss wie möglich auf das neu gewählte Exekutivkomitee ausüben zu können. Eine weiterhin nur von der Fatah dominierte „Regierung" der PLO sollte es nicht länger geben. Selbst als Arafat Erich Honecker Ende August 1984 in Bukarest ankündigte, er werde diese parlamentarische Versammlung der Palästinenser „im nächsten Monat" einberufen, und ihn „angesichts der Störmanöver Syriens" darum bat, die Vorbereitung der Tagung mit „gegebenen Mitteln" zu unterstützen, erwiderte Honecker lediglich, dass er „hoffe", die bevorstehende palästinensische Nationalversammlung werde Beschlüsse fassen, die die Einheit der PLO stärkten, das heißt mehr Einfluss der progressiven Opposition zuließen[735].

Obwohl sich Honecker und Arafat bis November 1984 insgesamt dreimal sahen, bedeutete keiner dieser Termine eine ausdrückliche Unterstützung Arafats. Die Gespräche fanden am Rande allgemeiner Veranstaltungen statt. Die DDR verzichtete ganz bewusst darauf, ausschließlich eine PLO-Delegation zu politischen Gesprächen unter Leitung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees zu empfangen, denn sie hielt dessen eingeschlagenen Weg für falsch. Der SED-Staat schloss indes im September 1984 ein neues, umfassendes Militärabkommen mit Damaskus ab, das jährliche Rüstungsexporte für mindestens 50 Millionen US-Dollar vorsah[736]. Verteidigungsminister Hoffmann betonte im Oktober 1984,

[732] Vgl. Freedman, Soviet Union, S. 194–199; Dannreuther, Soviet Union, S. 130–138. Vgl. auch die Aussagen des sowjetischen Außenministers gegenüber Arafat in: SAPMO-BArch, DY 30/13789, Information, o. D., ca. Oktober 1984, Bl. 287–291.

[733] Im Gegensatz zu anderen Delegationen von Befreiungsbewegungen wurde auch kein Foto von Honecker u. Arafat veröffentlicht, vgl. ND, 06. 10. bis 15. 10. 1984.

[734] So Salah Khalaf, vgl. Reuters: Demostración militar y ningún signo de distensión en el 35º aniversario de la RDA, in: El País, 08. 10. 1984, S. 5.

[735] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13789, Vermerk, 22. 08. 1984, Bl. 277. Vgl. auch Mitteilung, 22. 08. 1984, in: Staatsverlag der DDR, Dokumente, Bd. XXXII, S. 276.

[736] Vgl. BArch, DVW 1/54315, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem speziellen Gebiet, 25. 09. 1984; BArch, DVW 1/54315, Aufstellung über die lieferbaren Erzeugnisse, 25. 09. 1984. Während seiner Reise nach Syrien im Juni 1984 führte auch Günter Schabowski, der damalige Chefredakteur des „Neuen Deutschlands" und Mitglied des

nach einem zweiten Besuch der syrischen Militärdelegation, diese Unterstützung sei „Ausdruck der sich kontinuierlich entwickelnden freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Parteien, Staaten und Armeen“[737]. Aufgrund der Vertragslaufzeit ergab sich ein Gesamtvolumen von 250 Millionen Dollar, die Ost-Berlin der syrischen Armee in Form eines niedrig verzinsten Regierungskredites anbot, im Grunde schenkte, denn Syrien erhielt bis 1988 Waren, ohne die Kredite zurückzuzahlen[738].

Gemäß Artikel 5 des Abkommens erfolgte die Lieferung der „speziellen Ausrüstung“ auf der „Grundlage von Verträgen, die zwischen den zuständigen juristischen Personen (Vertragspartnern) beider Seiten abzuschließen“ waren[739]. In Verbindung mit Artikel 1, der die Rolle der „speziellen Außenhandelsbetriebe“ der DDR regelte, bedeutete diese Festlegung, dass die IHZ-Niederlassungen der syrischen Firmen 2, 4, 5, DEESI sowie ZIBADO Vertragspartner des AHB ITA sowie der IMES GmbH wurden. Die genannten Unternehmen vermittelten 1985 auf Grundlage dieses neuen Vertrages und der bestehenden Wirtschaftsabkommen Geschäfte, deren Provisionsgewinn annähernd 150 Millionen US-Dollar betrug[740]. Die PLO/Fatah erhielt demgegenüber 1984 100 Pistolen und 100 Maschinenpistolen im Wert von 25 000 Mark[741]. Arafat erfuhr 1984/85, abgesehen von

ZK der SED, keine Gespräche mit Vertretern der PLO/Fatah. Die syrische KP legte Schabowski jedoch die Anti-Fatah-Politik Assads umfassend dar. Während seiner Begegnung mit Hafiz al Assad verzichtete Schabowski darauf, Partei für Arafat zu ergreifen, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2717/89, Vermerk, 20. 06. 1984; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2717/89, Vermerk, 29. 06. 1984.

737 So ADN: Militärs aus Syrien beim DDR-Verteidigungsminister, in: ND, 24. 10. 1984, S. 1.

738 Zum Gesamtvolumen vgl. BArch, DVW 1/54315, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem speziellen Gebiet, 25. 09. 1984. Zu den syrischen Schulden vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1011, Vorlage, 08. 08. 1988, Bl. 69; BArch, DC 20/4916, Schreiben Willi Stophs an den syrischen Ministerpräsidenten, 27. 07. 1989, Bl. 3.

739 Vgl. BArch, DVW 1/54315, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem speziellen Gebiet, 25. 09. 1984.

740 Vgl. BStU, MfS, AG BKK, 432, Vermerk, 02. 12. 1985, Bl. 100 f.; SAPMO-BArch, DY 30/17820, Information, 06. 02. 1985; Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DI-SOS, Karton 8796, Mitteilung des TechnoCommerz an die DAHB, 12. 06. 1985; BArch, DL 2/6478, Schreiben, 14. 01. 1985; BArch, DL 2/6479, Tätigkeitsbericht, 25. 06. 1984; BArch, DL 2/6479, Tätigkeitsbericht, 30. 12. 1985; BArch, DL 2/6478, Schreiben, 14. 06. 1986.

741 Vgl. BStU, MfS, Abt. Finanzen, 1393, Statistik über Ausgaben in Mark der DDR 1984, o. D., Bl. 138. Zu beachten sind demgegenüber auch die 1984/85 zugunsten Syriens überbrachten „materiellen Geschenke“ des MdI im Wert von rd. 400 000 Mark, vgl. BArch, DO 1/11539, Urkunde, 05. 06. 1984, Bl. 216; BArch, DO 1/11539, Urkunde, 16. 10. 1985, Bl. 204. Ob die im April 1984 vom Generalsekretär der DFLP persönlich in Ost-Berlin angefragten Waffen, unter anderem fast 6000 Raketen der Kaliber 120 u. 122 mm, 5000 Minen u. diverse Tausend Stück Munition sowie Panzerfäuste, bereitgestellt wurden, ist unbekannt, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13789, Übersicht, o. D., ca. April 1984, Bl. 180 f. (arabischsprachiges Original); SAPMO-BArch, DY 30/13789, Stellungnahme des Generalsekretärs der DFLP, 15. 04. 1984, Bl. 182 f. (arabischsprachiges Original); SAPMO-BArch, DY 30/13789, Zehn-Punkte-Erklärung der DFLP, o. D., ca. April

der Bezahlung der Ausbildungskosten für die delegierten PLO-Studenten in Höhe von jährlich rund 350 000 Mark, keine anderweitige Hilfsleistung[742]. Erich Honecker versagte ihm materielle Unterstützung und duldete – trotz des anderslautenden ausdrücklichen Wunsches des Ost-Berliner Botschafters der PLO –, dass die vormals für die Fatah tätige Firma 2 weiterhin im IHZ für Syrien und die Fatah-Dissidenten Musa/Salah arbeitete. Die DDR schloss mit dem Büro von Unternehmen 2 1984/85 sogar einen Vertrag im Gegenwert von annähernd einer Viertel Million US-Dollar, der die Ausbildung von Mitgliedern der Putschisten um Musa/Salah in der DDR vorsah[743]. Zwischen 1984 und 1986 schulte das SED-Regime wenige Arafat-loyale Angehörige der PLO und unterwies parallel sowohl die Fatah-oppositionelle Gruppe Musa/Salah als auch die extremistischsten, säkularen Gegner Arafats: die terroristische Abu-Nidal-Organisation[744]. Gemäß einer Ende November 1984 festgehaltenen Aktennotiz des MfS kann es als sicher gelten, dass Mielke jede dieser Entscheidungen nach Rücksprache mit Moskau traf und im Interesse der Sowjetunion handelte[745].

1984, Bl. 184 f. (arabischsprachiges Original); SAPMO-BArch, DY 30/13789, Vermerk o. D., ca. April 1984, Bl. 186–188.

742 Die Kosten für einen Studienplatz beliefen sich jährlich auf rd. 11 000 Mark, vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, 4070a, Übersicht, 20. 12. 1984. Zur Nichterwähnung der PLO vgl. SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 6066c, Statistik über die antiimperialistische Solidarität, Ergebnis 1984, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4070a, Übersichten und Statistiken; BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984. Die Fatah-Unternehmen 3 sowie die Middle East Export & Import Company beschäftigten 1985 gemeinsam lediglich sechs Personen, wohingegen in den Büros der Firmen 2, 4, 5 sowie DEESI u. ZIBADO annähernd 35 Angestellte tätig waren. Die einzige konkret in Akten festgehaltene geschäftliche Handlung von Middle East u. Firma 3 bestand 1985 mutmaßlich im Schmuggel von Computern u. Elektronik im Wert von rd. 400 000 Mark. Auch wenn einzelne weitere geschäftliche Abschlüsse mit hoher Wahrscheinlichkeit zustande kamen, blieb deren Umfang signifikant hinter den ostdeutschen Handelsumsätzen mit der PLO-Opposition zurück, die einen Wert von mehreren Hundert Mio. US-Dollar aufwiesen, vgl. BArch, DL 2/6476, Bd. 1, Ergänzung zur Genehmigung, 17. 09. 1985; BStU, MfS, AG BKK, 1194, Information, 28. 10. 1985, Bl. 92; BStU, MfS, AG BKK, 1194, Schreiben, 12. 08. 1985, Bl. 60–62; BStU, MfS, Abt. X, 205, Bericht, o. D., ca. August 1985, Bl. 44; BTg-Drs. 12/7600, S. 209.

743 Vgl. BStU, MfS, HA II, 26617, Vertrag, 05. 11. 1984, Bl. 46–55.

744 Zu den einzelnen Angaben vgl. BArch, DVW 1/54345, Protokoll zum Abkommen zwischen der Regierung der DDR u. dem Exekutivkomitee der PLO über die Ausbildung von Militärkadern, 19. 04. 1982; BStU, MfS, HA II, 26617, Vertrag, 05. 11. 1984, Bl. 46–55; BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 8, Vermerk, 25. 05. 1987, Bl. 1–3; Riegler, Fadenkreuz, S. 199; Deal hinterm Bahnhof, in: Der Spiegel, 41/1991, S. 152–154; Wilhelm Dietl: Im Fadenkreuz des Abu Nidal, in: Focus, 38/1994, S. 24; Storkmann, Solidarität, S. 397 f., 613.

745 Das MfS nahm Anfang November 1984 Rücksprache mit Moskau, ob „operatives Interesse“ an Firma 2 bestehe, denn es läge die „Bitte der PLO nach Ausweisung des A. al M. J.“ vor; im Original hieß es: „[J. A. M.], [Firma 2] IHZ […] Auf Wunsch der PLO-Botschaft wird gegenwärtig die Ausweisung des Y. aus der DDR geprüft. Es wird gebeten, mitzuteilen, ob operative Interessen diesem Vorhaben entgegenstehen (Bitte auch in Moskau prüfen)“, so BStU, MfS, HA II, 26617, Schreiben, 06. 11. 1984, Bl. 61. Eine solche Ausweisung fand in der Folge nicht statt.

1. Die 17. palästinensische Nationalversammlung und das Hussain-Arafat-Abkommen

Mit Telegramm vom 15. November 1984 teilte die DDR-Botschaft aus Moskau mit: „Die Konsultationen im ZK der KPdSU […] ergaben hinsichtlich der von Arafat beabsichtigten Tagung des Palästinensischen Nationalrates am 29. 11. in Amman Folgendes: […] Die Politik der KPdSU besteht darin, auf Syrien und die PLO im Sinne eines konstruktiven Kompromisses einzuwirken. […] Das Einwirken auf Arafat ist problematisch, weil er eine übertrieben harte Haltung der syrischen Führung demagogisch für den Ausbau seiner Position ausnutzen will. Arafat trägt gegenwärtig objektiv dazu bei, die Formierung der Gruppierung der rechten Flanke in der arabischen Welt (Jordanien, Ägypten, Teile der PLO, Irak und Saudi-Arabien), die Syrien gegenübersteht, zu erleichtern. Arafat hat eine grundsätzliche Entscheidung getroffen, die ihn auf die rechte Seite der Barrikade stellt. Eine weitere Isolierung Syriens ist für uns [die KPdSU] unannehmbar. […] Ausgehend von dieser Einschätzung wird die sowjetische Seite die Einladung nach Amman negativ beantworten."[746]

Der Boykott

Die Parteiführung der SED beschloss fünf Tage später: „Die Information des Politbüros des ZK der KPdSU über die Haltung der UdSSR zum bevorstehenden Nationalkongress der PLO in Amman wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Ein Vertreter der DDR wird zur Tagung des Nationalkongresses ebenfalls nicht entsandt."[747] Zuvor hatte es innerhalb der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen Auseinandersetzungen gegeben, inwiefern es „zweckmäßig" sei, Honecker zu empfehlen, auf die von Arafat ausgesprochene Einladung zur 17. Nationalversammlung „positiv" zu reagieren[748]. Friedel Trappen, der stellvertretende Leiter der Abteilung, schrieb seinem Vorgesetzten, Günter Sieber, am 16. November 1984: „Wir [die ZK-Abteilung] haben zahlreiche Argumente zusammengetragen, die unseren positiven Standpunkt erhärten. Es ist beim Stand der Entwicklung nicht auszuschließen, dass sich die Meinung unserer Freunde [in Moskau] noch ändert."[749] Aus den weiteren Ausführungen Trappens ist zu entnehmen, dass er meinte, es sei gerade jetzt notwendig, den politischen Kontakt zu Jassir Arafat nicht abreißen zu lassen und vor allem nicht die Syrer darin zu unterstützen, die Legitimität des Gipfels von Amman zu bestreiten. Deshalb sprach sich

[746] So SAPMO-BArch, DY 30/13783, Telegramm der Botschaft Moskau an die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 15. 11. 1984, Bl. 7. Vgl. auch Dannreuther, Soviet Union, S. 139.

[747] So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2086, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 20. 11. 1984, Bl. 2.

[748] So SAPMO-BArch, DY 30/13783, Schreiben Friedel Trappens an Günter Sieber, 16. 11. 1984, Bl. 8. Zur Einladung vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13783, Bericht der Botschaft Tunis an die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 13. 11. 1984, Bl. 15f.

[749] So SAPMO-BArch, DY 30/13783, Schreiben Friedel Trappens an Günter Sieber, 16. 11. 1984, Bl. 8.

Trappen dafür aus, die von Honecker geplante „Grußbotschaft", die die ostdeutschen Forderungen nach Beteiligung der syrischen Opposition im Exekutivkomitee der PLO zum Ausdruck brachte, nicht nur an die Teilnehmer der palästinensischen Nationalversammlung, sondern an das gesamte palästinensische Volk zu adressieren[750]. Damit sollten auch diejenigen PLO-Gruppen angesprochen werden, die eine Teilnahme an der 17. Nationalversammlung in Amman ablehnten, weil Arafat sich nur „per Akklamation" – wie es das MfAA der Parteispitze in Ost-Berlin meldete – die Zustimmung für die jordanische Option sichern wollte[751]. Nach Meinung Trappens half die DDR auf diese Weise, die drohende Spaltung der PLO abzuwenden. Denn würde so verfahren, dann hätte man politische Forderungen an Arafat adressiert, die Rechtmäßigkeit der PLO aber nicht infrage gestellt; werde der Gipfel von Amman hingegen ignoriert, delegitimiere die DDR zugleich die gewählte Führung der PLO und damit auch ihre Funktion, das palästinensische Volk zu repräsentieren[752].

DDR-Außenminister Fischer schlug Erich Honecker letztlich vor, die DDR solle, so wie alle anderen sozialistischen Staaten auch, der palästinensischen Nationalversammlung von Amman fernbleiben[753]. Es ist nicht bekannt, dass die von Trappen favorisierte Grußbotschaft tatsächlich abgegeben wurde. Honecker scheint vielmehr den „Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk", der ebenfalls auf den 29. November 1984 fiel, gewählt zu haben, um Jassir Arafat offiziell mitzuteilen, dass die DDR es als „Voraussetzung für den Sieg der gerechten palästinensischen Sache" ansah, eine „enge Kampfgemeinschaft aller patriotischen arabischen Kräfte" herzustellen – was Syrien mit einschloss[754]. Aber weder dieses Telegramm noch der erste offizielle ostdeutsche Boykott einer palästinensischen Nationalversammlung aus Protest gegen Arafat und als Zeichen der Ablehnung seiner Politik konnten verhindern, dass er sich durchsetzte. Bereits die Entscheidung für die jordanische Hauptstadt als Tagungsort war richtungsweisend für den Inhalt der von Arafat beabsichtigten Beschlüsse. Mit dieser Nationalversammlung wollte er den Grundstein für ein engeres Bündnis mit Jordanien legen, um gemeinsam mit König Hussain eine Lösung zu entwerfen, die es erlaubte, als Partner an der Seite Ammans über die politische Zukunft des Westjordanlandes mit den USA zu verhandeln[755]. Moskau hielt dies – wie es im Telegramm vom 15. November 1984 hieß – für „unannehmbar"; Arafat hatte die Fronten gewechselt und stand nun auf der falschen Seite der Geschichte, nämlich rechts der Barrikade[756].

[750] Vgl. ebd.

[751] So BStU, MfS, HA II, 18655, Information, 05. 12. 1984, Bl. 47. Vgl. auch Sayigh, Struggle, S. 574–576; Tessler, Conflict, S. 653 f.; Freedman, Moscow, S. 201 f.; Ma'oz/Sela, PLO, S. 111 f.; Hart, Arafat, S. 476–482; Rubin, Revolution, S. 67–69; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 66.

[752] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13783, Schreiben Friedel Trappens an Günter Sieber, 16. 11. 1984, Bl. 8.

[753] Vgl. ebd., sowie die handschriftlichen Ergänzungen, Bl. 9. Vgl. auch Dannreuther, Soviet Union, S. 138 f.

[754] So Schreiben, 29. 11. 1984, in: Staatsverlag der DDR, Dokumente, Bd. XXXII, S. 277.

[755] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 574–579.

[756] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13783, Telegramm der Botschaft Moskau an die ZK-Abt. Internationale Verbindungen, 15. 11. 1984, Bl. 7.

Die von der Fatah kontrollierte 17. Nationalversammlung verabschiedete am 29. November 1984 die von Arafat gewollte Neuausrichtung der PLO – trotz des Fernbleibens der von Assad kontrollierten Parteien, der DFLP sowie der PKP. Letztere war erstmals zu einer solchen parlamentarischen Versammlung zugelassen worden und hätte damit theoretisch Mitglieder des Exekutivkomitees stellen können; der DFLP hatte der Kreml einen Verzicht auf die Entsendung von Delegierten nachdrücklich empfohlen[757]. Damaskus und Tripolis erklärten umgehend, die Palästinensische Befreiungsorganisation unter Arafat übe Verrat am palästinensischen Volk und es müsse jetzt eine Gegen-PLO entstehen[758]. Die Organisation Abu Nidal bezichtigte Arafat und Khalaf einer Zusammenarbeit mit amerikanischen und israelischen Sicherheitsdiensten und erschoss im Auftrag Syriens jordanische Diplomaten in Bukarest und Athen sowie ein Mitglied des PLO-Exekutivkomitees[759]. Khalil al Wazir warf wiederum dem Assad-Regime vor, sein Agieren gleiche „arabischem Zionismus"[760]. Der Konflikt zwischen Syrien und Arafat wurde mit der 17. Nationalversammlung wesentlich verschärft, denn die neue Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die machtpolitisch identisch mit der alten war, hatte die PLO demonstrativ in das antisyrisch-sunnitische Lager Jordaniens, Ägyptens, des Irak und Saudi-Arabiens integriert, aber „Jordan was at the forefront of an overall effort to nullify the recent gains of the Tehran-Damascus axis"[761].

Mit Abschluss der 17. palästinensischen Nationalversammlung hatte sich für die SED das Dilemma zwischen Anerkennung der legitimen Führung der PLO und einer notwendigen Absetzung der Fatah zu einer veritablen Krise entwickelt – wobei Syrien im Begriff war, die alternative palästinensische Befreiungsorganisation zu konstituieren. Der Militärattaché Arafats in der DDR fasste die Ergebnisse der Versammlung von Amman zutreffend zusammen: „Mit dieser Tagung wurde eine personelle und politische Teilung (de facto) der PLO erreicht. Es existieren zwei politische Grundrichtungen: 1. diejenigen, die eine politische Lösung über Jordanien und Ägypten für möglich halten, und die Annäherung an den Reagan-Plan suchen. […] Dies ist die Grundrichtung der Fatah unter Arafat und des 17. Palästinensischen Nationalrates. 2. diejenigen, die eine politische Lösung mit den natürlichen Verbündeten und den bisherigen Freunden und aus eigener Kraft erreichen wollen. […] Zu einer endgültigen Spaltung könnte es kommen, wenn die anderen Teilorganisationen sich zu einem eigenen Kongress finden."[762]

Jassir Arafat und Salah Khalaf hatten am Tag der Gipfelbeschlüsse von Amman Amin al Hindi und Atif Bsisu nach Ost-Berlin entsandt, um dort die befürchteten Konsequenzen einer ostdeutschen Reaktion abzumildern; am 16. November, eine

[757] Vgl. Goodarzi, Syria and Iran, S. 122; Rubin, Revolution, S. 67; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 66. Zur Einflussnahme auf die DFLP vgl. Sayigh, Struggle, S. 575–577.
[758] Vgl. ebd., S. 577f.
[759] Vgl. ebd., S. 578.
[760] So ebd.
[761] So Goodarzi, Syria and Iran, S. 122–125. Vgl. auch Sayigh, Struggle, S. 574–578; Tessler, Conflict, S. 648–654.
[762] So BArch, VA-01/42409, Vermerk, 30. 11. 1984, Bl. 114.

Woche vor dem Gipfel in Amman, hatte Khalaf noch persönlich mit Markus Wolf, einem der Stellvertreter Mielkes und Chef des Auslandsgeheimdienstes, gesprochen. Bsisu und Hindi bagatellisierten nach dem 17. Gipfel den Boykott der Sowjetunion und erklärten zugleich, die Beschlüsse lägen „leider nicht auf dem erforderlichen Niveau", aber dies bedeute keine Veränderung der „strategischen Zusammenarbeit mit der sozialistischen Staatengemeinschaft und speziell mit der DDR"[763]. Arafat sei zudem keineswegs „enthusiastisch", sondern nur mit „erheblichen Stimmenverlusten" wiedergewählt worden[764]. Khalaf präsentierte sich vor dem Gipfel von Amman erneut als verlässlicher Partner Ost-Berlins, der Einfluss auf die Fatah und Arafat nehmen könne, was freilich Heuchelei war. Seit dem Putschversuch im Mai 1983 gab es keinerlei Illoyalität der engsten Mitarbeiter an der Führungsspitze mehr[765]. Khalaf hielt auf der 17. Nationalversammlung die offizielle Rede der Fatah, in der er Syrien alle Schuld an den Konflikten mit der PLO zuwies; Assad habe seit 1976 versucht, die Palästinensische Befreiungsorganisation zu unterdrücken und zu beherrschen[766]. Geschickt verstanden es alle drei Fatah-Funktionäre, die enge Vertraute Arafats waren, in Ost-Berlin glauben zu machen, sie müsse man konsultieren und nicht die DFLP, PFLP, PKP, Saiqa, Musa/Salah, Nidal oder Syrien. Selbst Markus Wolf hob nach seinem Gespräch hervor, dass Salah Khalaf sich als die „Führungspersönlichkeit der nationalen Kräfte in der Fatah im Verlauf des PNR weiter profiliert" habe[767]. Wolf stellte sich hinter die PLO-Sicherheit, die Khalaf leitete und der auch Hindi und Bsisu angehörten. Sie waren die vermeintlich „progressivsten" Teile einer ansonsten antisozialistischen Fatah.

Es dauerte mehrere Wochen, bis die SED die neue Linie ihrer PLO-Politik nach den Beschlüssen von Amman festgelegt hatte. Erst kurz vor Weihnachten 1984 erteilte das MfAA Weisung über die offizielle Reaktion[768]. Es hieß nun, die DDR werde weiterhin die gewählten Führungsorgane der PLO als die „legitime Repräsentanz" der Palästinenser ansehen, „mit denen die Beziehungen fortgesetzt" werden sollten, keinesfalls würde Ost-Berlin einer zweiten Befreiungsorganisation zum Durchbruch verhelfen[769]. Dies entsprach der sowjetischen Politik, deren

763 Vgl. BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Schreiben, 30. 11. 1984, Bl. 15–20.

764 Vgl. ebd., Bl. 17.

765 Zum Auftreten Khalafs in Ost-Berlin vgl. BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Vermerk, 16. 11. 1984, Bl. 35–38. Nach dem versuchten Putsch im Mai 1983 schlossen sich im Folgejahr zwei Leiter von PLO-Büros in Europa Assad an: Ribi Awad und Amar Talab, Arafats Vertreter in Helsinki bzw. in Warschau. Dies blieben die prominentesten Fälle von Übertritten hoher Fatah-Funktionäre zur syrischen Anti-Arafat-Opposition. Die finnische Vertretung der PLO leitete ab Sommer 1984 Zuhair al Wazir, der Bruder Khalil al Wazirs, vgl. UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Bericht des Nahostreferates an den Minister, 01. 10. 1984 (finnischsprachiges Original); UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Note des PLO-Büros, 26. 01. 1984; UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Note der PLO, 27. 03. 1984 (arabischsprachiges Original); UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Note des PLO-Büros, 03. 02. 1987; Gasztold-Seń, Geopolitics, S. 145.

766 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 576 f.; Tessler, Conflict, S. 615.

767 So BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Schreiben, 30. 11. 1984, Bl. 21.

768 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13783, Schreiben, 19. 12. 1984, Bl. 68 f.

769 So ebd. In diesem Sinne versuchte die SED auch zu verhindern, dass die – so das Solidaritätskomitee in einem Bericht Anfang 1985 – rein faktisch bereits eingetretene „Spaltung" der palästinensischen Studentenschaft in der DDR tatsächlich zur formell

wichtigste Aufgabe – trotz allen Dissenses mit Arafat – darin bestand, Syrien vom letzten Schritt einer solchen Gründung abzuhalten[770]. Honecker verfügte allerdings, die politischen Beziehungen mit der Arafat-Opposition in jeder Hinsicht auszubauen und vor allem konkrete Ergebnisse bei der „antiimperialistischen" Neuausrichtung der PLO zu erzielen. Gemeinsam mit den vermeintlich linken Kräften in der Fatah, die von Salah Khalaf angeführt wurden, und den „progressiven" Mitgliedern der PLO, vor allem der DFLP, versuchte die SED, die Folgen der Gipfelbeschlüsse von Amman nachträglich zu korrigieren, ohne die gewählte palästinensische Führung für illegitim zu erklären[771]. Dabei konnte sich die Parteispitze um Honecker offenbar nicht vorstellen, dass Arafat noch weiter von der östlichen Gemeinschaft abrücken würde und trotz der ihm in Form des Boykottes der 17. Nationalversammlung gezeigten Missbilligung mit Jordanien zusammenarbeiten wollte, um eine Lösung der Palästinafrage zu erreichen.

Arafat und Hussain: Der Verrat am palästinensischen Volk

Diese Annahme der DDR erwies sich am 11. Februar 1985, als Arafat und der jordanische König das sogenannte Hussain-Arafat-Abkommen unterzeichneten, als falsch[772]. Mit dieser Vereinbarung erkannte die PLO faktisch den Staat Israel an und wollte eine Konföderation mit Jordanien in den von Israel geräumten Gebieten, die 1967 erobert worden waren, gründen. Alle weiteren politischen Schritte sollten von einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation beschlossen werden[773]. Das Hussain-Arafat-Abkommen „signalled a final rupture in Palestinian ranks"[774]. Syrien und Libyen proklamierten wenige Tage später die „Nationale Palästinensische Errettungsfront", bestehend aus den Mitgliedern der „Nationalen Allianz", also der Saiqa, der Fatah-Opposition Musa/Salah, der PFLP-GC und zwei weiteren Gruppen inklusive der Organisation Abu Nidal sowie erstmals auch der PFLP[775].

Arafat hatte mit dem jordanischen Abkommen gegen drei Vorgaben Moskaus verstoßen: Erstens widersprach die Vereinbarung dem Grundsatz, nach dem vor einer Union, Konföderation oder anderweitigen Verbindung mit Jordanien ein souveräner palästinensischer Staat existieren sollte. Zweitens gab Arafat den Anspruch auf, allein für die Palästinenser zu kämpfen, indem er Jordanien freiwillig eine Mitsprache bei der Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes zugestand, obwohl nur die PLO von den sozialistischen Staaten als die ausschließlich legitimierte Repräsentantin des palästinensischen Volkes anerkannt wurde. Und

erklärten Gründung einer zweiten studentischen Vertretung der Palästinenser in der DDR führte, vgl. BStU, MfS, HA XX, 2597, Bericht, 04. 01. 1985, Bl. 1–3; BStU, MfS, HA XX, 2074, Bericht, 03. 04. 1985, Bl. 241–243.

770 Vgl. Primakov, Arabs, S. 240–245.

771 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13783, Schreiben, 19. 12. 1984, Bl. 68 f.

772 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 578; Tessler, Conflict, S. 654; Habib, Hussein, S. 50.

773 Vgl. Tessler, Conflict, S. 654–656; Sayigh, Struggle, S. 579. Zum Wortlaut des Abkommens vgl. Hussain-Arafat Accord, 11. 02. 1985, in: State of Israel, Israel's Foreign Relations, www.mfa.gov.il/MFA (12. 03. 2011).

774 So Sayigh, Struggle, S. 579.

775 Vgl. ebd., S. 579 f. Vgl. auch Kurz, Fatah, S. 108; Selim, Nonstate Actor, S. 275.

drittens führte er mit dem jordanischen Abkommen die Palästinafrage einer Lösung zu, die dem totalen Ausschluss der Sowjetunion gleichkam, denn Jordanien war der Verbündete Amerikas[776].

Der Kreml ließ daher Ost-Berlin Mitte März 1985 wissen, wie mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation zukünftig umzugehen sei, und informierte die SED über Arafats Empfang in Moskau. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO hatte gut vier Wochen nach dem Abkommen mit König Hussain an der Trauerfeier für den verstorbenen Generalsekretär Tschernenko teilgenommen[777]. Arafat sei während seiner Anwesenheit in Moskau „von einem schweigenden Nicht-Verständnis umgeben" gewesen und habe lediglich mit dem Sekretär des Solidaritätskomitees sprechen können[778]. Die KPdSU urteilte, Arafat habe mit seiner Entscheidung zugunsten Jordaniens der palästinensischen Bewegung „einen Schlag ins Gesicht" versetzt; die Fatah wolle eine Politik im Geiste von Camp David betreiben: „Arafat selbst versucht die prinzipielle Haltung der UdSSR durch den Gebrauch solcher Worte wie ‚versteht', ‚unterstützt' zu vernebeln. […] Es gibt den deutlichen Versuch, eine Lösung nach amerikanischer Manier zu erreichen. […] Er hat bisher keine Antwort auf seine Botschaft erhalten."[779]

Weil der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO gegen alle elementaren Grundsätze der sowjetisch-sozialistischen Palästinapolitik verstoßen hatte, fror Moskau ab dem Februar 1985 die offiziellen Kontakte zu ihm und der Palästinensischen Befreiungsorganisation ein. Arafat wurde nicht mehr von der Partei empfangen und erhielt keine weiteren Antworten auf etwaige Botschaften[780]. Sein Aufenthalt im März 1985 war der vorläufig letzte in der Sowjetunion bis April 1988[781]. Da die KPdSU bereits vor der 17. Nationalversammlung erklärt hatte, Arafat habe eine prinzipielle Entscheidung getroffen und stehe rechts der Barrikade, begann sie nach dem Abkommen vom 11. Februar vom bisher gültigen Grundsatz, dass es zu Arafat keine Alternative gebe, abzurücken. Denn der Schaden, der bei einer erfolgreichen Implementierung des Hussain-Arafat-Abkommens drohte, war deutlich größer als die Risiken eines Wechsels an der Spitze der PLO. Es galt zu verhindern, dass die Palästinensische Befreiungsorganisation für Moskau verlorenging und Syrien eine endgültige Spaltung vornahm[782]. Und so erklärte man der SED Ende März 1985: „Die KPdSU sieht den Kern der Sache nicht im Schicksal von Einzelpersonen, sondern in der Erhaltung der PLO auf antiimperialistischer Position."[783]

[776] Vgl. Dannreuther, Soviet Union, S. 120–140.
[777] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13790, Information, 02. 04. 1985, Bl. 94 f.
[778] So ebd., Bl. 94.
[779] So ebd., Bl. 94 f.
[780] Winter, DDR, S. 85, unterstreicht, Moskau habe die Beziehungen mit Arafat im Februar 1985 „auf Eis gelegt". Vgl. auch ders., Bemerkungen, S. 158; Robbe, DDR, S. 564. Golan, New Thinking, S. 65, beruft sich auf ein ab 1985 geltendes sowjetisches Verbot der materiellen Unterstützung zugunsten der Fatah/PLO. Vgl. auch Dannreuther, Soviet Union, S. 120–125, 137–139; Freedman, Moscow, S. 202 f.; Sayigh, Palestinians, S. 142.
[781] Vgl. Kapeliouk, Arafat, S. 284; Dannreuther, Soviet Union, S. 140 f., 161.
[782] Vgl. ebd., S. 139–149.
[783] So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Information, 02. 04. 1985, Bl. 94.

Einer der Stellvertreter Erich Mielkes, Gerhard Neiber, sagte im Mai 1985 in wenigen Worten klar und deutlich, was Ost-Berlin nach der Vereinbarung zwischen der PLO und Jordanien erreichen wollte: „Die DDR unterstützt nach wie vor den gerechten Befreiungskampf des palästinensischen Volkes, dessen legitimer Vertreter die PLO mit ihrem gewählten Vorsitzenden Y. Arafat ist. Das bedeutet nicht, dass wir der Person des PLO-Vorsitzenden kritiklos gegenüberstehen. Auch er hat Fehler gemacht, die die Einheit der PLO infrage stellen und zu den gegenwärtigen innerpalästinensischen Auseinandersetzungen führten. Jetzt kommt es darauf an, die Einheit der PLO zu wahren und die Pläne der USA im Nahen Osten zu Fall zu bringen. Arafat, als Integrationsfigur der palästinensischen Widerstandsbewegung, muss auch durch den Einfluss der sozialistischen Staaten diszipliniert und ein Abgleiten in rechte Positionen verhindert werden. […] Dazu ist es notwendig, dass das Abkommen Arafat-Hussain zu Fall gebracht wird."[784]

Die Sätze Neibers und die Mitteilung der KPdSU umrissen die Bedingungen der sowjetisch-sozialistischen Politik nach dem Abkommen zwischen Jassir Arafat und König Hussain: Es galt, dem jordanisch-amerikanischen Kurs der Palästinensischen Befreiungsorganisation ein Ende zu setzen, aber zugleich die Einheit der PLO zu bewahren, also das Abspalten einer neuen Palästinensischen Befreiungsorganisation beziehungsweise das Entstehen der syrischen Gegen-PLO zu verhindern. Die PLO-Politik der DDR orientierte sich ab März 1985 an der Maßgabe, Arafat – als der „Integrationsfigur der palästinensischen Widerstandsbewegung" – ultimativ zu verstehen zu geben, dass eine sofortige Umkehr notwendig sei, „um die negative Entwicklung […] in der PLO aufzuhalten"[785]. Im besten Fall sollte Arafat diese Wende vollziehen, indem er das Abkommen mit Hussain aufkündigte und eine kollektive Führung des Exekutivkomitees zuließ. Falls kein Konsens in dieser Hinsicht erreichbar schien, dann musste ein Kurswechsel ohne ihn erfolgen. Das Abkommen zwischen König Hussain und Jassir Arafat lag für die DDR und die Sowjetunion klar jenseits aller akzeptablen Lösungen[786]. Wie loyal konnten beziehungsweise mussten demzufolge Erich Honecker und das SED-Regime noch zur Person Arafats stehen? Wie weit konnte oder musste Ost-Berlin nach dem 11. Februar 1985 gehen, um zu verhindern, dass Arafat und Hussain tatsächlich Fakten schufen und dieses jordanisch-palästinensische Abkommen Ergebnisse zeitigte?

Die DDR legte im Frühjahr 1985 in Übereinstimmung mit der Sowjetunion die Reihenfolge der Prioritäten ihrer Politik gegenüber der Palästinensischen Befreiungsorganisation fest: Das Abkommen zwischen Arafat und Hussain war zu annullieren und dabei war primär darauf zu achten, die Spaltung der PLO zu verhindern. Falls die palästinensische Vereinbarung mit Jordanien nur aufgekündigt werden konnte, indem man sich von einzelnen Führungspersonen der Palästinensischen Befreiungsorganisationen trennte, durfte man auch vor einem Sturz

[784] So BStU, MfS, HA XXII, 19664, Bericht, 22. 05. 1985, Bl. 58.
[785] So BStU, MfS, ZAIG, 6745, Vermerk, o. D., Bl. 87.
[786] Vgl. ebd.; BStU, MfS, HA XXII, 19664, Bericht, 22. 05. 1985, Bl. 58. Eine anhand der Quellen nicht nachweisbare Auffassung vertritt Winter, Bemerkungen, S. 158; ders., DDR, S. 85; Robbe, DDR, S. 563f. So auch Polkehn, DDR, S. 38.

Arafats nicht zurückschrecken. Aber das Risiko, dadurch die Einheit der PLO zu verspielen, musste gering sein. Diese Rangfolge der ostdeutschen Prioritäten war es, die Honeckers Anti-Fatah-Politik vor und nach dem 11. Februar 1985 voneinander unterschied. Oberstes Ziel der PLO-Politik war und blieb es aus Sicht Ost-Berlins, *die* Palästinensische Befreiungsorganisation als „antiimperialistische" Potenz des Klassenkampfes zu erhalten. Verändert hatten sich indes die Bewertungen mit Blick auf Arafat und die Fatah. Galt vor dem Abkommen mit König Hussain Arafats Person noch als sakrosankt und die Fatah als eigentliche Ursache des Westkurses der PLO, so galt ab Februar 1985 die Devise, die „progressiven" Teile der Fatah müssten vor Arafats „reaktionärer" Ambition geschützt werden. Die Kritik an der „proimperialistischen" Politik der PLO fokussierte sich auf Arafats Person. Deshalb sollte Jassir Arafat als Vorsitzender des Exekutivkomitees abgelöst werden – wenn es eine Alternative für ihn gab; jemanden, der ein vergleichbares Integrationspotenzial, so die Formulierung Neibers im Mai 1985, besaß, der folglich ähnlich populär unter den Palästinensern war und der dem linken Flügel der Fatah angehörte.

Anders als die Sowjetunion setzte die DDR ihre offiziellen Beziehungen zur Palästinensischen Befreiungsorganisation ab Februar 1985 nicht aus, sondern versuchte im Auftrag des Kreml, das Exekutivkomitee der PLO vom Einfluss der „reaktionären" Kräfte zu befreien. Hatte Honecker Arafat Anfang 1984 noch erklärt, ihm sei die „Haltung" Syriens gegenüber der PLO/Fatah „unverständlich", kam ein Jahr später erst gar kein Treffen beider zustande, als in Moskau das zweite Begräbnis eines KPdSU-Generalsekretärs innerhalb von rund 13 Monaten stattfand[787]. Die politischen Urteile des ZK der SED waren nach dem Abkommen zwischen Arafat und Hussain ohnehin eindeutig. Fünf Wochen nach dessen Unterzeichnung verabschiedete die Parteiführung in Ost-Berlin einen „Maßnahmenplan der DDR gegenüber der PLO", der zunächst folgende Lageeinschätzung gab: „Die palästinensische Bourgeoisie ist aufgrund ihrer gewachsenen ökonomischen und politischen Stärke […] objektiv Hegemon der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung. […] Da Syrien 1982/83 die Unterstützung für die PLO unter der gegenwärtigen Führung eingestellt hat, setzt Arafat auf Jordanien. […] Y. Arafat ist […] daran interessiert, dass die linken Kräfte außerhalb der Führungsgremien der PLO bleiben und sein persönlicher politischer Handlungsspielraum erweitert wird."[788]

Der „Maßnahmenplan" sah konkret vor, dass sich der stellvertretende Außenminister der DDR mit Jassir Arafat in Tunis treffen sollte, verantwortliche PLO-Funktionäre nach Ost-Berlin einzubestellen waren und der DFLP sowie der KP Palästinas Einladungen des ZK der SED und des Solidaritätskomitees erhielten, um mit ihnen gemeinsam das weitere Vorgehen zu beraten. Da die PFLP ent-

[787] Zu den Regierungszeiten Andropows u. Tschernenkos vgl. Freedman, Moscow, S. 148.

[788] So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Information, 20. 03. 1985, Bl. 88–91. Zu vergleichbaren Ergebnissen gelangte im Januar 1985 auch die Karl-Marx-Universität Leipzig. Die Fatah sei „die größte und bourgeoiseste Organisation [der PLO], sowohl hinsichtlich ihrer Mitglieder, Anhänger, ihrer ideologischen Ausrichtung als auch ihres Rückhalts bei konservativen Regimes der Region", so BArch, DC 900/3089, Bericht, o. D., ca. Januar 1985.

schieden hatte, der syrisch-libyschen „Errettungsfront" beizutreten, bedeutete dies zugleich, dass sie als linkes Korrektiv der beabsichtigten ostdeutschen Einflussnahme verlorenging, denn einen Dialog mit der PLO unter Vorsitz Arafats lehnte die „Errettungsfront" ab[789]. Der DDR verblieben somit nur die PKP und die DFLP, um die gewollte „antiimperialistische" Neuausrichtung der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu vollziehen[790]. Ironischerweise war die SED fast 15 Jahre nach dem ersten „Maßnahmenplan" des Politbüros in der palästinensischen Frage mit einem fundamentalen, seit 1970 ungelösten Problem konfrontiert: dem „reaktionären" Einfluss der „bourgeoisen" Kräfte um Arafat auf die Entwicklung der PLO.

Am 26. März 1985 fand das Treffen zwischen dem stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und Jassir Arafat in Tunis statt, von dem lediglich bekannt ist, dass Arafat einen Brief an Honecker übergab[791]. Hermann Axen bedankte sich Anfang April 1985 bei Salah Khalaf für dieses Schreiben, das in den Akten nicht gefunden werden konnte, und betonte, man habe es „mit Interesse studiert"[792]. Khalafs damaliger Aufenthalt in der DDR galt ausschließlich der Erörterung des Abkommens mit Jordanien. Sowohl Hermann Axen als auch Erich Mielke, der ebenfalls mit Khalaf sprach, verlangten nach einer Erklärung, wie „sie [die Mitglieder des Exekutivkomitees der PLO] gedenken, die Einheit der PLO wiederherzustellen und einen effektiven Kampf für den unabhängigen palästinensischen Staat zu führen"[793].

Dass für die DDR nicht nur die Einheit der PLO „wiederherzustellen" war, die seit April 1985 nicht mehr existierte, sondern auch jegliches Vertrauen in Arafat zerstört war, ließ Axen Khalaf wissen. Axen attestierte Jassir Arafat und der PLO-Führung, die gemeinsame Sache und das palästinensische Volk verraten zu haben, und zwar in allen essenziellen Fragen: der Anerkennung der PLO, der Gründung eines Staates und der Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes. Unter Mithilfe des Exekutivkomitees und Arafats persönlichem Einsatz konnte sich – so Axen – Jordanien zum Vormund der Palästinenser entwickeln. Die Absicht der Gründung eines souveränen palästinensischen Staates existiere nicht mehr. Stattdessen solle das palästinensische Volk zukünftig einer amerikanisch-israelisch-jordanischen Souveränität unterliegen. Für die SED stelle sich daher nach der Vereinbarung von Amman die Frage, ob es zwischen der PLO und der DDR noch eine gemeinsame prinzipielle Position gebe, ob man noch dasselbe wolle. Hermann Axen ließ gegenüber Salah Khalaf keinen Zweifel daran, dass Ost-Berlin und die Palästinensische Befreiungsorganisation eindeutig entgegengesetzte Ziele verfolgten[794].

[789] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13790, Information, 20. 03. 1985, Bl. 88–93; Sayigh, Struggle, S. 580.
[790] Vgl. ebd.
[791] Vgl. ADN: DDR solidarisch mit gerechtem Kampf der PLO, in: ND, 27. 03. 1985, S. 1.
[792] So BStU, MfS, ZAIG, 6746, Vermerk, 26. 04. 1985, Bl. 33.
[793] So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Information, 20. 03. 1985, Bl. 93; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/3813, Protokoll der Sitzung des Sekretariates des ZK der SED, 26. 04. 1985, Bl. 1.
[794] Vgl. BStU, MfS, ZAIG, 6746, Vermerk, 26. 04. 1985, Bl. 33–36.

Arafat war nach Überzeugung des ZK der SED im April 1985 nicht den bilateralen Verträgen und dem Kampf um einen souveränen palästinensischen Staat verpflichtet. Das Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Arafats Vorsitz agierte in den Augen der SED vielmehr als Erfüllungsgehilfe einer „amerikanisch-imperialistischen" Verschwörung gegen das palästinensische Volk. Arafat war nach Meinung der DDR, die Hermann Axen als ZK-Sekretär für Internationale Verbindungen stellvertretend Salah Khalaf überbrachte, nicht länger *die* PLO und *die* PLO konnte auch nicht länger Arafat sein, denn *die* PLO war seit Anfang der 1970er Jahre per ostdeutscher Definition eine Befreiungsorganisation auf antiimperialistischer Grundlage, die für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes kämpfte und einen souveränen palästinensischen Staat – also keine Konföderation mit dem „reaktionären", proamerikanischen Haschimitischen Königreich Jordanien – erstrebte[795]. Erich Mielke erklärte Khalaf mit gesetzteren Worten: „Die Palästinenser […] dürfen nicht zulassen, dass bei ihm [Arafat] Illusionen aufkommen über die USA-Politik. Mit Arafat muss offen gesprochen werden, auch über die Bedenken, die sich bei uns und bei den sowjetischen Genossen bei der Analyse der politischen Schritte/Aktionen zwangsläufig ergeben müssen."[796]

Die ostdeutsche Definition der antiimperialistischen PLO schloss nie aus, dass der Vorsitzende des palästinensischen Exekutivkomitees zugleich der „bürgerlich-reaktionärsten" Gruppe *in* der PLO angehören konnte. Niemals jedoch durfte er dieser politischen Rechten helfen, ihre antisozialistischen Interessen im Namen *der* PLO zu verwirklichen. Er musste ein politisches „Abgleiten" der PLO gen USA verhindern. Aber Arafat hatte alle ihm gegenüber vorgebrachten Bedenken der Sowjetunion und DDR bewusst ignoriert. Weil alle Warnungen keine Resonanz gefunden hatten und weil der Präsident der PLO durch das jordanisch-palästinensische Abkommen der Fatah die Möglichkeit verschaffte, deren „bourgeoise" Ziele im Namen *der* Palästinensischen Befreiungsorganisation durchzusetzen, stand, wie Hermann Axen Salah Khalaf erklärte, für die DDR fest, dass die Vereinbarung mit König Hussain dem ostdeutschen Verhältnis zu Jassir Arafat den Boden entzog. Es konnte solange keine gemeinsame Front im Klassenkampf mehr geben, wie dieses im Namen der PLO geschlossene Abkommen existierte.

Alternativen zum Vorsitzenden

Parallel zu den Konsultationen mit Arafat und Khalaf in Tunis und Ost-Berlin begann die SED im März und April 1985 ihre Gespräche mit der DFLP und der Palästinensischen Kommunistischen Partei. Man sei „besorgt über die Gefahr, die für die Einheit der PLO entstanden [sei]", so die SED, und die DDR wäre deshalb bereit, „entsprechend [ihren] Möglichkeiten an der Stärkung der progressiven Kräfte im Nahen Osten und der Wiederherstellung der Einheit der PLO mitzuwirken"[797]. Man „ermutige die Kräfte, die auf der Basis der Ablehnung der

[795] Vgl. ebd.
[796] So BStU, MfS, ZAIG, 6746, Zusammenfassung, 24. 04. 1985, Bl. 16.
[797] So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Vermerk, 05. 08. 1985, Bl. 164.

Vereinbarung zwischen Hussain und Arafat für die Wiederherstellung der Einheit der PLO auf antiimperialistischer Grundlage eintreten“[798]. Konkret bedeutete dies, dass die DDR, abgestimmt mit der Sowjetunion, eine politische Plattform bildete, die aus der PKP, DFLP und den angeblich linken Teilen der Fatah um Salah Khalaf bestand. Diese sollten in regelmäßigen politischen Konsultationen die Neustrukturierung der Führungsebene des Exekutivkomitees vorbereiten. Voraussetzung dafür war die Annullierung des Abkommens vom 11. Februar. Die KPdSU befürwortete und unterstützte die sogenannte Aktion Dreiklang, um auf diese Weise „Arafat weiter zu isolieren“, wie sie Ende Oktober 1985 der SED mitteilte[799].

Dieser „Aktion Dreiklang“ schloss sich die PLO/Fatah im August 1985 an[800]. Genauer gesagt, Salah Khalaf erklärte die Bereitschaft zum Dialog mit Moskau über eine neue, kollektive Führung der PLO. Da die SED die Machtstellung der Fatah realistisch beurteilte und die Einheit der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu wahren wünschte, erstrebte sie mit der „Aktion Dreiklang“ nicht eine konsequente Ablösung der Fatah. Der politisch linke Flügel der Fatah sollte vielmehr die gesamte Fatah zur Vernunft bringen, damit diese ihre Macht im Exekutivkomitee an die DFLP und die PKP abtrat und schließlich gemeinsam mit diesen beiden Gruppen ein „demokratisches“ Exekutivkomitee bildete. Um diese Mitwirkung der linken Fatah zu erreichen, setzte die SED maßgeblich auf Salah Khalaf, der diesen linken Flügel ihrer Meinung nach kontrollierte. Er sollte die Macht in der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Anleitung der sozialistischen Seite neu verteilen und war in den Augen der DDR die aussichtsreichste Alternative für Arafat. Khalaf sollte das Exekutivkomitee führen, falls Arafat der Annullierung des Abkommens mit Jordanien nicht zustimmen würde[801].

Neben der ab Juli/August 1985 auf den Weg gebrachten „Aktion Dreiklang“ bestand das zweite Element der ostdeutschen Reaktion auf das Hussain-Arafat-Abkommen in einer engeren Zusammenarbeit mit Sabri al Banna. Das Ministerium für Staatssicherheit führte mit Banna vom 27. bis zum 30. März 1985 in Ost-Berlin diverse Gespräche, über deren Inhalt nichts bekannt ist[802]. Allerdings begann unmittelbar im Anschluss an die Treffen am 15. April für elf Mitglieder der Abu-Nidal-Gruppe eine spezielle militärische Ausbildung in der DDR[803]. Bislang hatten sich – nach Darstellung des MfS – alle der Organisation Nidal von ostdeut-

798 So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Vermerk, 19. 06. 1985, Bl. 141.
799 So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Vermerk, 24. 10. 1985, Bl. 219.
800 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13790, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 02. 09. 1985, Bl. 194.
801 Zur Beurteilung Khalafs vgl. BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Vermerk, 16. 11. 1984, Bl. 35–40; BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Information, 04. 11. 1985, Bl. 3 f.
802 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 17508, Stellungnahme, 26. 06. 1987, Bl. 101. Seale, Abu Nidal, S. 277, bezieht sich ohne Angabe einer Quelle auf eine „lange Unterredung“ Bannas mit Mielke während dieses Aufenthaltes.
803 Vgl. BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 8, Vermerk, 25. 05. 1987, Bl. 2; Riegler, Fadenkreuz, S. 199; Deal hinterm Bahnhof, in: Der Spiegel, 41/1991, S. 152–154; Wilhelm Dietl: Im Fadenkreuz des Abu Nidal, in: Focus, 38/1994, S. 24.

scher Seite angebotenen Schulungen auf das Studium des Marxismus-Leninismus beschränkt, so auch der vom 7. Januar bis 5. April 1985 andauernde dritte Lehrgang, an dem 20 Angehörige Abu Nidals teilnahmen[804]. Die elf Personen, die ab Mitte April in „politisch-operativer Schulung", „Operativ-Taktik" und dem Umgang mit Waffen und Sprengstoff unterwiesen wurden, befanden sich folglich mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits seit spätestens Januar 1985 in der DDR[805]. Ihre im Frühjahr 1985 fortgesetzte militärische Ausbildung dürfte auf die direkte Absprache mit Abu Nidal während der Konsultationen Ende März zurückzuführen sein. In jedem Fall war die militantere Zusammenarbeit mit Sabri al Banna Bestandteil des ostdeutschen Konzeptes, mit dem Arafat zur Umkehr gedrängt werden sollte. Denn Honecker verfügte eine Spezialausbildung für die Gruppe „Händler", obwohl in Ost-Berlin bekannt war, dass Sabri al Banna nach dem 17. Palästinensischen Nationalkongress im Auftrag Syriens vermehrt Attentate auf Fatah-Funktionäre durchführte[806]. Auch Präsident Assad setzte darauf, mit der Saiqa und Fatah-Opposition eine politische Alternative zur PLO aufzubauen und gleichzeitig mit Banna gegen Arafat und Jordanien zu kämpfen[807]. Das SED-Regime hielt dieses Wissen über die gegen die Fatah gerichteten Taten Abu Nidals im April 1985 nicht davon ab, Angehörige seiner Organisation militärisch auszubilden. Es begann diese Form der Unterstützung vielmehr bewusst erst in jenem Augenblick. Die Interventionsbereitschaft der DDR war somit aggressiver geworden und Sabri al Banna sollte die Entschlossenheit Honeckers demonstrieren, die Maßnahmen der „Aktion Dreiklang" durchzusetzen.

Wie gestört das Verhältnis zwischen Honecker und Arafat Mitte 1985 war, zeigt der Umgang mit der im Sommer 1985 anstehenden feierlichen Exmatrikulation der ersten 28 Absolventen der PLO/Fatah an der ostdeutschen Offiziersschule. Dieses Ereignis – der erfolgreiche Abschluss der militärischen Unterweisung von Kämpfern Arafats in der DDR – hätte eigentlich den Empfang einer Militärdelegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation und ein entsprechend propagandistisch aufbereitetes Zeremoniell verlangt. Angesichts der von Moskau eingefrorenen Beziehungen zur PLO/Fatah schrieb Heinz Hoffmann, Minister für Nationale Verteidigung, allerdings bereits Ende März 1985 an Erich Honecker: „Meiner Meinung nach ist diese Angelegenheit [die Exmatrikulationsfeier] insbesondere deshalb problematisch, weil wir nicht wissen, welche Genossen in die DDR einreisen wollen und in welche Gruppierung innerhalb der PLO sie einzuordnen sind, sie bei ihrem Eintreffen in der DDR sicherlich offiziell begrüßt und von mir und eventuell sogar von dir empfangen werden wollen. Davon ausgehend

804 Vgl. BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 8, Vermerk, 25. 05. 1987, Bl. 2. Die zweite Schulung von fünf Mitgliedern der Gruppe Abu Nidal wurde vom 07. 11. bis 29. 11. 1984 durchgeführt. Das MfS vermerkte: „Bei den Kursanten handelte es sich um Teilnehmer des 1. Marxismus-Leninismus-Grundlehrgangs, die befähigt werden sollten, in ihrer Organisation selbstständig Grundkenntnisse des Marxismus-Leninismus zu vermitteln", so ebd.

805 Zu den Inhalten der Ausbildung vgl. ebd., Bl. 2f.

806 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 794/50, Einschätzung, 05. 02. 1985, Bl. 246f.

807 Vgl. Habib, Hussein, S. 70–75; Rubin, Truth, S. 90; Sayigh, Struggle, S. 578f.; Seale, Abu Nidal, S. 119–135, 151–178.

gestatte ich mir, dir für den Fall deiner Zustimmung zu dieser Bitte, der Palästinensischen Befreiungsorganisation vorzuschlagen, dass der Aufenthalt dieser Delegation als ein Arbeitstreffen ohne protokollarische Maßnahmen und ohne Empfang durch hochrangige Vertreter der DDR gestattet wird."[808] Vor dem Hintergrund der Entwicklungen seit der 17. palästinensischen Nationalversammlung im November 1984, des Abkommens mit Jordanien im Februar 1985 und der anschließenden Moskauer Kontaktsperre gegenüber Arafat war es für den Verteidigungsminister der DDR „problematisch", einen im Grunde banalen Termin wahrzunehmen: die feierliche Verabschiedung von PLO-Kämpfern, die eine mehrjährige, vertraglich vereinbarte, auf Kosten der DDR solidarisch gewährte militärische Ausbildung absolviert hatten. Erich Honecker erklärte sich mit dem Vorschlag Hoffmanns am 30. März 1985 einverstanden[809].

„Sicherlich", so der Minister, wollte eine Delegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation von ihm begrüßt werden, „eventuell sogar" von Erich Honecker. Arafat hätte im Falle eines solchen Empfanges behaupten können, die PLO/Fatah sei in Ost-Berlin anlässlich der feierlichen Verabschiedung seiner in der DDR ausgebildeten Kämpfer standesgemäß begrüßt worden, was zeige, wie eng und freundschaftlich Honeckers Verhältnis zu ihm sei und wie sehr die DDR die PLO/Fatah unterstütze; alle nach Amman und dem Abkommen mit Jordanien gemutmaßten Reibungen zwischen der sozialistischen Staatengemeinschaft und dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation seien imperialistische Propaganda. Um auszuschließen, dass man einem Vertreter der PLO-Führung – also der Fatah, eventuell Arafat persönlich – diese Bühne bot, wurde die gesamte Exmatrikulation zum „Arbeitstreffen ohne protokollarische Maßnahmen" herabgestuft[810].

Weil allerdings auch dann nicht vorher feststand, welche Funktionäre Arafat in die DDR schicken würde oder ob er nicht kurzerhand die Gelegenheit nutzen und überraschend selbst erscheinen würde, legte die DDR die Teilnehmer an der zum „Arbeitstreffen" erklärten Exmatrikulation selbst fest. Dazu wurde der Anlass dieser gesamten Veranstaltung aber nicht mehr mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation im engeren Sinne in Verbindung gebracht, sondern zum ersten Mal seit 1964 empfing die DDR eine Delegation der PLA, der Palästinensischen Befreiungsarmee[811]. Die Einheiten der PLA unterstanden nur auf dem Papier Arafat, de facto wurden sie von Ägypten, Syrien, Irak und Jordanien kontrolliert[812].

Honecker ließ im August 1985 die 28 Palästinenser, die 1982 offiziell als Angehörige der PLO zur militärischen Ausbildung in die DDR delegiert worden waren, nicht mehr als Kämpfer von Arafats Organisation verabschieden, sondern als Teil der syrischen Brigade der PLA. Die Abordnung der syrischen PLA, die an der Exmatrikulation in Ost-Berlin teilnahm, wurde von Khalil al Wazir – Mitglied der

808 So BArch, DVW 1/115524, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 29. 03. 1985, Bl. 86.
809 Vgl. Honeckers Signum ebd.
810 So ebd.
811 Vgl. BArch, VA-01/42456, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 21. 08. 1985, Bl. 26.
812 Vgl. Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 51f., 68; Sayigh, Struggle S. 98, 112f.; Bar-Haim, Palestine Liberation Army, S. 173–182; Frisch, Palestinian Military, S. 52–68; Selim, Nonstate Actor, S. 269; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 60f.

Fatah und Arafats „Verteidigungsminister" – angeführt. Die DDR erkannte Wazir jedoch nicht, wie bislang, als „Oberkommandierenden der Streitkräfte der palästinensischen Revolution" an, sondern bezeichnete ihn als „Chef des Generalstabes der Palästinensischen Befreiungsarmee"[813]. Wazir, der erstmals nicht in seiner PLO-Funktion in der DDR auftrat, führte eine Delegation der PLA an, deren militärische Einheiten er nicht kommandierte und die seit 1976 immer wieder im Libanon gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation Arafats gekämpft hatten. Der PLA-Delegation gehörte darüber hinaus auch das Mitglied des „Generalstabes der Palästinensischen Befreiungsarme" Abu Musa an – einer der beiden Fatah-Putschisten des Mai 1983[814]. Das SED-Regime konzipierte die Verabschiedung der ersten in der DDR ausgebildeten PLO-Kämpfer folglich als einen bewussten Affront gegen Arafat. Khalil al Wazir leitete die Delegation möglicherweise nur deshalb, weil bei seiner Absage „General" Abu Musa diese Funktion übernommen hätte.

Ein Gespräch zwischen Honecker und Wazir kam Ende August 1985 nicht zustande. Dafür empfing Verteidigungsminister Hoffmann „einen palästinensischen Gast", wie das „Neue Deutschland" titelte, ohne Wazirs Namen zu nennen[815]. Bei diesem Treffen mit Hoffmann sagte Wazir: „Syrien versuchte unsere politischen Einrichtungen zu zerschlagen und verhinderte, dass der Palästinensische Nationalrat [zusammenkam]. Aber wir trafen uns in Amman."[816] Wazir spielte damit auf die Zeitspanne zwischen der 16. und der 17. Nationalversammlung an. Das letzte Treffen vor dem 17. Gipfel von Amman war im Februar 1983 in Algier abgehalten worden, dazwischen lagen die schweren Kämpfe mit Syrien in Beirut, der Bekaa-Ebene und Tripoli[817]. Heinz Hoffmann, der Minister für Nationale Verteidigung der DDR, antwortete Wazir: „Wir kennen die Entwicklungen im Libanon, verfolgen mit Sympathie den Kampf der PLO und bedauern die Schwierigkeiten mit Syrien, aber ein Einwirken von uns ist nicht möglich. Wir haben mit Syrien diplomatische, ökonomische und militärische Beziehungen und sagen den syrischen Genossen unsere Meinung, die mit Ihrer übereinstimmt" – gemeint war Wazirs vorangegangene Schilderung der Lage[818].

Zwei Tage nach dem versuchten Putsch Musa/Salahs hatte Hoffmann am 9. Mai 1983 in Damaskus mit Präsident Assad gesprochen. Damals garantierte er, die DDR werde „immer" gemeinsam mit Syrien kämpfen und „alles" tun, um Syrien zu unterstützen[819]. Diese Zusagen wurden eingehalten, obwohl sie verlang-

[813] So BArch, DVW 1/115524, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 29. 03. 1985, Bl. 86.

[814] Vgl. BArch, VA-01/42456, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 21. 08. 1985, Bl. 26; BArch, VA-01/42456, Übersicht, o. D., ca. August 1985, Bl. 11.

[815] Vgl. ADN: Palästinensischer Gast im Verteidigungsministerium, in: ND, 31. 08./01. 09. 1985, S. 1 f.

[816] So BArch, VA-01/42456, Abschlussbericht, o. D., Bl. 32.

[817] Zur 16. palästinensischen Nationalversammlung vgl. Palestine National Council, 22. 02. 1983, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 357–364; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 66.

[818] So BArch, VA-01/42456, Abschlussbericht, o. D., Bl. 33.

[819] Die Aussagen Hoffmanns in: BArch, DVW 1/114496, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 13. 05. 1983, Bl. 33 (Hervorhebungen im Original).

ten, sich gegen Jassir Arafat und die Palästinensische Befreiungsorganisation unter Führung der Fatah zu stellen. Gut zwei Jahre später pflichtete Heinz Hoffmann Wazir bei: Ziel der Syrer sei eine „Zerschlagung" der PLO – bedauerlicherweise sei dies aber nicht zu verhindern. „Wir kennen die Entwicklungen im Libanon, verfolgen mit Sympathie den Kampf der PLO und bedauern die Schwierigkeiten mit Syrien, aber ein Einwirken von uns ist nicht möglich" – dieser Satz Hoffmanns kam im Sommer 1985 einem zynischen Bekenntnis zugunsten Assads, der Fatah-Opposition und der von der DDR seit dem Sommer 1982 geleisteten Unterstützung Syriens auf Kosten der PLO/Fatah gleich. In Anbetracht der Tatsache, dass dem ostdeutschen Verteidigungsminister Khalil al Wazir gegenübersaß, der eine PLA-Delegation leiten musste, an der auch Abu Musa teilnahm, erklärte Hoffmann damit zugleich, dass Ost-Berlin nach der 17. Nationalversammlung und dem Abkommen mit Jordanien nicht zwischen dem syrischen Regime und Arafat vermitteln würde. Das „Einwirken" auf Assad war indiskutabel, denn Damaskus gehörte, genauso wie Sabri al Banna, zu den wichtigsten Verbündeten der DDR. Arafat war der Schwächere. Er hatte die sozialistisch-progressive Seite verraten, daher hatte er alles rückgängig zu machen und sich einer Kontrolle „fortschrittlicher" Kräfte zu unterwerfen.

2. Der Anschlag auf die West-Berliner Diskothek „La Belle"

Der Kampf Assads gegen Arafat führte 1985 dazu, dass die PLO/Fatah Gegenmaßnahmen ergriff. Dem MfS lagen in diesem Zusammenhang Hinweise vor, dass Attentate auf Syrer sowie auf Mitglieder der Organisation Abu Nidal – möglicherweise auch auf Repräsentanten der Firma ZIBADO – geplant waren. Das Gespräch zwischen der Staatssicherheit und Sabri al Banna im März 1985 enthielt womöglich eine Warnung. Denn das MfS ging damals nicht nur davon aus, dass eine antisyrische „Aktion" Arafats unmittelbar bevorstand, sondern Erich Mielke war bereits tätig geworden und hatte Schutzvorkehrungen getroffen[820].

Assads Botschafter in Ost-Berlin als Ziel: Arafat beauftragt „Orient"

Seit spätestens Januar 1985 war dem MfS bekannt, dass die „Gruppe 17" der PLO-/Fatah-Sicherheit ein Attentat auf den syrischen Botschafter in der DDR vorbereitete[821]. Dieser Überfall sollte nicht im Osten ausgeführt werden, sondern

[820] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5706, Vermerk, 22. 03. 1985, Bl. 213; BStU, MfS, HA XXII, 19664, Konzeption, 09. 05. 1985, Bl. 4.

[821] Vgl. BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Information, 05. 01. 1985, Bl. 13; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Orient", 02. 04. 1986, Bl. 36–41, 50; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Operativ-Information, 25. 02. 1986, Bl. 170–172. Die syrische Botschaft informierte Ende Januar 1985 erstmals das MfAA über geplante terroristische Aktionen der PLO; Libyen tat dies eine Woche später, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 123/5, Note der Syrischen Botschaft, 25. 01. 1985, Bl. 3; BStU, MfS, HA II, 32884, Note des

während eines Besuches des Botschafters in West-Berlin[822]. Der Staatssicherheit und auch dem sowjetischen Auslandsgeheimdienst lagen belastbare Informationen vor, die besagten, dass Arafat eine 1983 von der PFLP-GC zur PLO/Fatah übergelaufene Gruppierung an sich gebunden hatte und jetzt mit finanziellen und logistischen Mitteln unterstützte[823]. Die Zelle wurde demnach gezielt nach Ost-Berlin entsandt, um als Zeichen der Missbilligung den syrischen Botschafter entweder als Geisel zu nehmen oder zu ermorden sowie weitere syrische Diplomaten zu töten[824]. Erich Mielke ergriff daraufhin noch Ende Januar 1985 „operative Maßnahmen“, wobei er alle Schritte mit der Sowjetunion abstimmte[825].

Zunächst wurden der syrische Botschafter sowie hochrangige Diplomaten der Vertretung und ein Verwandter Präsident Assads, der in Leipzig studierte, mit speziellen Sicherungsvorgängen unter dem Decknamen „Vogel“ und „Käfer“ rund um die Uhr bewacht[826]. Während des Besuches des syrischen Ministerpräsidenten und weiterer Regierungsmitglieder im Oktober 1985 galt dies gleichfalls für sie[827]. Die erkannten Personen der von Arafat und der „Abteilung 17“ entsandten Zelle bearbeitete die Staatssicherheit anfangs als „Gruppe Abu Jabbar“, benannt nach der mutmaßlichen Führungsperson, später unter dem Decknamen „Orient“[828].

Libyschen Volksbüros, 07. 02. 1985, Bl. 30 f. Vgl. auch BStU, MfS, HA II, 32884, Notiz, 21. 02. 1985, Bl. 35; BStU, MfS, HA II, 4773, Information, 26. 09. 1985, Bl. 70 f.

822 Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Orient“, 02. 04. 1986, Bl. 50; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information des MfS an das KfS, 21. 11. 1985, Bl. 137; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 5, Vermerk, 31. 12. 1985, Bl. 61–64.

823 Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information des MfS an das KfS, 21. 11. 1985, Bl. 137; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 14. 01. 1986, Bl. 78; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 25. 02. 1986, Bl. 69–71.

824 Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Orient“, 02. 04. 1986, Bl. 50; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information des MfS an das KfS, 21. 11. 1985, Bl. 137; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 14. 01. 1986, Bl. 78; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 25. 02. 1986, Bl. 69–71; BStU, MfS, HA XXII, 5550, Einschätzung, Juni 1986, Bl. 35; BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 5, Vermerk, 31. 12. 1985, Bl. 61–64.

825 Vgl. BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Information, 05. 01. 1985, Bl. 13; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 2/12, Einsatz IMS „Alfredo“, 24. 01. 1985, Bl. 108; BStU, MfS, ZAIG, 6745, Vermerk, o. D., Bl. 87.

826 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 123/5, Einsatz „Vogel 2“, 05. 12. 1985, Bl. 35; BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 5, Vermerk, 31. 12. 1985, Bl. 63; BStU, MfS, HA XXII, 123/5, Bericht, 06. 01. 1986, Bl. 88–94; BStU, MfS, HA XXII, 5706, Vermerk, 22. 03. 1985, Bl. 213; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Operativ-Information, 04. 04. 1986, Bl. 94. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 123/5, Vermerk, 12. 02. 1986, Bl. 138; UAL, DIB, 337, Anmeldung einer Veranstaltung, 17. 11. 1985, Bl. 3; UAL, DIB, 337, Schreiben des Komitees für Angelegenheiten ausländischer Studierender an die Karl-Marx-Universität-Leipzig u. TU Dresden, 02. 12. 1985, Bl. 6.

827 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 123/5, Festlegungen, 26. 10. 1985, Bl. 11; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Beobachtungsbericht, 04. 11. 1985, Bl. 118. Zum Aufenthalt der syrischen Delegation vgl. Ingolf Bossenz/Wolfgang Rex: Ministerpräsidenten der DDR und Syriens nahmen Gespräche auf, in: ND, 30. 10. 1985, S. 1; ADN: Treffen Erich Honeckers mit Syriens Ministerpräsidenten, in: ND, 01. 11. 1985, S. 1.

828 Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 2/12, Einsatz IMS „Alfredo“, 24. 01. 1985, Bl. 108; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 14. 01. 1986, Bl. 78; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 24. 10. 1985, Bl. 116.

Gemäß Aktenlage leitete das MfS im November 1985 Operative Personenkontrollen (OPK) zu drei Mitgliedern der Gruppe „Orient" ein, die nach wenigen Wochen erfolgreich beendet wurden und anschließend mit Unterbrechung von angeblich drei Monaten mit Datum des 4. April 1986 in einen OV „Orient" übergingen[829].

Nach Erkenntnissen der Staatssicherheit bestand die Zelle „Orient" insgesamt aus nur fünf bis sieben Personen, von denen lediglich zwei bis drei längerfristig in Ost-Berlin verblieben. Dazu zählten „Orient 2" und der Unterstützter „Ast 1". Der Leiter von „Orient", „Orient 1", residierte in Tunis und war der Bruder des Mitgliedes „Orient 2"; er kannte Arafat persönlich[830]. „Orient 3", das jüngste der drei Geschwister aus der Gruppe „Orient", wurde eingesetzt, um zwischen der DDR und dem Nahen Osten zu pendeln[831]. Während der Vorbereitungen der Tat fanden immer wieder Treffen zwischen „Orient 2" und „Orient 3" sowie hochrangigen Funktionären der „Gruppe 17" und „Orient 1" in Berlin statt. Unter anderem reiste auch mehrfach Labib Muhammad Hawari ein, der nach Hajal Abd al Hamid und Abu Tajib drittwichtigste Mitarbeiter der Sonderabteilung „Gruppe 17", der die Abteilung für „Spezialoperationen" leitete[832]. In einer Information des MfS an den sowjetischen Geheimdienst hieß es im November 1985, das „Sicherheitsbüro Arafats" habe Palästinenser „zur Durchführung terroristischer Anschläge gegen Syrien" entsandt. Zur Umsetzung dieser Operationen sei Hawari beauftragt worden, „kleine, finanziell und materiell unabhängige palästinensische Splittergruppen" auszuwählen und zu instruieren[833]. „Da Hawari dem PLO-Vorsitzenden direkt unterstellt ist, kann davon ausgegangen werden, dass Arafat von den anti-

[829] Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Orient", 02. 04. 1986, Bl. 36; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Beschluss über das Anlegen des OV „Orient", 04. 04. 1986, Bl. 57 f.; BStU, MfS, HA XXII, 19454, Eröffnungsbericht zur OPK „Orient 1", 14. 11. 1985, Bl. 16; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Abschlussbericht zur OPK „Orient 1", 31. 01. 1986, Bl. 2; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Abschlussbericht zur OPK „Orient 2", 31. 01. 1986, Bl. 5; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur OPK „Orient 3", 14. 11. 1985, Bl. 10–13. Der Eröffnungsbericht der OPK „Orient 2" u. der Abschlussbericht der OPK „Orient 3" wurden mit hoher Wahrscheinlichkeit am 14. 11. 1985 eröffnet bzw. am 31. 01. 1986 abgeschlossen.

[830] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19454, Eröffnungsbericht zur OPK „Orient 1", 14. 11. 1985, Bl. 16; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Operativ-Information, 04. 04. 1986, Bl. 97; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 25. 02. 1986, Bl. 69–71; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Abschlussbericht zur OPK „Orient 1", 31. 01. 1986, Bl. 2; BStU, MfS, HA XXII, 5834/2, Abschlussbericht zur OPK „Ast 1", 26. 06. 1987, Bl. 1–3; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Orient", 02. 04. 1986, Bl. 36–50.

[831] Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur OPK „Orient 3", 14. 11. 1985, Bl. 10–13; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Operativ-Information, 04. 04. 1986, Bl. 95–97.

[832] Zur Rolle u. Funktion der Personen vgl. Alexander, Secular Terrorism, S. 7 f., 11, 16; Livingstone/Halevy, PLO, S. 106–124; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Operativ-Information, 04. 04. 1986, Bl. 95–97; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information des MfS an das KfS, 21. 11. 1985, Bl. 137; BStU, MfS, HA XXII, 18613, Information der Abteilung XXII and Gerhard Neiber, 09. 01. 1986, Bl. 9–11; BStU, MfS, HA XXII, 671/2, Rechercheergebnis, 27. 10. 1986, Bl. 139.

[833] So BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information des MfS an das KfS, 21. 11. 1985, Bl. 137.

syrischen Aktivitäten zumindest Kenntnis hat.“[834] Erich Mielke befahl der HV A im August 1985 ihrer Kontaktperson „Emir“, also dem Residenten der PLO-Sicherheit in der DDR, mitzuteilen, dass es der Palästinensischen Befreiungsorganisation „verboten [sei], irgendwelche eigenständigen Aktionen zu Arabern in der DDR zu unternehmen. Im Falle der Verletzung dieser Forderung [hätten] sie sonst mit der Auflösung und Ausweisung aller Strukturen der PLO [dies meinte nur die der Fatah] in der DDR zu rechnen.“[835]

Dem Ministerium für Staatssicherheit gelang es rasch, die Verbindungspersonen von „Orient“ in West- und Ost-Berlin zu identifizieren. Unter anderem wurde in diesem Zusammenhang bekannt, dass die Gruppe „Orient“ aus ehemaligen Angehörigen der PFLP-GC bestand, die nun in Berlin Verbindung mit dort lebenden Mitgliedern dieser Organisation aufnahmen[836]. Zum damaligen Zeitpunkt wurde die PFLP-GC von Libyen und Syrien kontrolliert[837]. Personen der Berliner Zelle der PFLP-GC, mit denen „Orient“ den Kontakt herstellte, arbeiteten daher unter anderem als Diplomaten an der syrischen Botschaft in Ost-Berlin sowie im sogenannten Libyschen Volksbüro, der Botschaft Libyens in der DDR. Das wichtigste Mitglied war der mit diplomatischem Status akkreditierte Angestellte des Volksbüros J. Ch.[838]. Ch. war der Verbindungsmann zwischen der Botschaft Libyens und der PFLP-GC in West-Berlin. Dabei wurde er wiederum von den Mitarbeitern des libyschen Geheimdienstes A. K. und M.-U. A. E. angeleitet[839].

Die Gegenmaßnahmen der Staatssicherheit im Fall „Orient“ konzentrierten sich seit Ende des Sommers 1985 darauf, in die Gruppe „Orient“ einzudringen und deren antisyrische Pläne zu verhindern[840]. Mielke setzte dazu unter anderem zwei der wichtigsten Inoffiziellen Mitarbeiter ein, die in der arabisch-palästinensischen Szene West- und Ost-Berlins tätig waren, IM „Alfredo“ alias Ahmad

834 So ebd. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 5550, Einschätzung, Juni 1986, Bl. 35f.

835 So BStU, MfS, AIM, 12231/89, Bd. 1/1, Abschlussbericht, 27. 08. 1985, Bl. 27.

836 Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur OPK „Orient 3“, 14. 11. 1985, Bl. 10–13; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Operativ-Information, 25. 02. 1986, Bl. 170–172; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Operativ-Information, 04. 04. 1986, Bl. 93–97.

837 Vgl. Alexander, Secular Terrorism, S. 41–43; Sayigh, Struggle, S. 574–589.

838 Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 3, Note des Libyschen Volksbüros, 09. 10. 1984, Bl. 22; BStU, MfS, HA II, 18655, Information, 08. 12. 1984, Bl. 40f.; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 3, Gutachten der Charité Berlin, 29. 06. 1986, Bl. 35–40. Ch. besaß seit 1984 auch eine Akkreditierung als Mitarbeiter der Presseabteilung der syrischen Botschaft in der DDR, vgl. BStU, MfS, HA II, 18655, Information, 06. 12. 1984, Bl. 43f.

839 Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Operativ-Information, 25. 02. 1986, Bl. 170–172; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 12. 1986, Bl. 21–24; BStU, MfS, HA II, 18655, Information, 08. 12. 1984, Bl. 40f.; BStU, MfS, HA II, 4698, Einschätzung, 01. 02. 1985, Bl. 19.

840 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, Operativ-Information, 04. 04. 1986, Bl. 93–97; BStU, MfS, AOP, 2476/87, Bericht, 21. 03. 1986, Bl. 96–101; BStU, MfS, AOP, 2476/87, Übersichtsbogen zur OPK „Weißer“, Februar 1986, Bl. 2f.; BStU, MfS, AOP, 2476/87, Eröffnungsbericht zur OPK „Weißer“, 03. 02. 1986, Bl. 6–69; BStU, MfS, HA XXII, 18613, Information der Abteilung XXII an Gerhard Neiber, 09. 01. 1986, Bl. 9–12; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information des MfS an das KfS, 21. 11. 1985, Bl. 137f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Beschluss zum Anlegen des OV „Orient“, 04. 04. 1986, Bl. 57–67.

Hazam und IM „Alba“ alias Ali Chanaa[841]. Zwar wurden beide IM von der Hauptabteilung II der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin geführt, jedoch besaßen sie einen ganz unterschiedlichen Hintergrund. Während Hazam schon seit 1974 für das MfS arbeitete und durch seine Beziehungen zum Umfeld der PFLP, PFLP-GC und PLO-/Fatah-Sicherheit zwangsläufig in Kontakt mit „Orient“ kam, wurde Chanaa dem MfS erst im Oktober 1981 von dessen späterer Ehefrau, der seit 1978 für ostdeutsche Dienststellen inoffiziell arbeitenden Verena Hampel alias IM „Petra Müller“ – die gleichfalls bei der Hauptabteilung II der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin registriert war – „zugeführt“[842]. In der „Einsatz- und Entwicklungskonzeption des IMS ‚Alba‘“ legte man im August 1983 fest: „Der IMS ‚Alba‘ wird entsprechend der Aufgabenstellung des Referates 7 vorwiegend in Ausländerkonzentrationen West-Berlins sowie der Sicherung von Veranstaltungen arabischer Organisationen in West-Berlin eingesetzt. Das Ziel ist es, Informationen und Einschätzungen zu operativ-interessanten Arabern in West-Berlin, ihren Verbindungen zu Landsleuten, Organisationen und Einrichtungen in West-Berlin sowie ihren Kontakten zu DDR-Bürgern zu erarbeiten. […] Dabei sind auch Feststellungen von Kontakten dieser Ausländer zu diplomatischen Einrichtungen in der Hauptstadt zu berücksichtigen. Darüber hinaus erarbeitete er Hinweise zu Personen mit operativ-interessanten Merkmalen. Es gelang ihm, zu einzelnen dieser Personen persönliche Kontakte herzustellen und teilweise operativ bedeutsame Informationen zu erarbeiten. […] Die Anforderungen an den IMS zur zielgerichteten Kontaktverbindung sind zu erhöhen, zumal der IMS dazu in der Lage ist. Er verfügt über die notwendige geistige Beweglichkeit, ein ansprechendes Äußeres sowie ein gesundes Maß an Risikobereitschaft.“[843] Bereits ab 1984 – noch vor dem Erscheinen der Gruppe „Orient“ in der DDR – sollte „Alba“ sich insbesondere auf die schon damals „operativ-interessante“ Per-

[841] IM „Alfredo“ unterhielt nach Aussage des MfS 1989 „feste und stabile Verbindungen“ zu dieser Gruppe, IM „Alba“ wird als „Verbindungsperson“ der Zelle „Orient“ bezeichnet, vgl. BStU, MfS, HA II, 4802, Abschlussbericht zum OV „Orient“, 26. 08. 1989, Bl. 134–136. Zum IM „Alfredo“ vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 1/1, 1/2, 2/1, 2/2, 2/4–2/15, 3/1. Zum IM „Alba“ vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1. Unterlagen zum IM „Alba“ sind nur bruchstückhaft erhalten. Die Bedeutung dieses IM wird, wie auch im Falle „Alfredos“, anhand der gesamten Aktenlage deutlich.

[842] So BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, Überprüfungsplan für den IMS „Petra Müller“, 30. 04. 1985, Bl. 200. Vgl. auch BStU, MfS, AOG, 13162/79, Antrag zur operativen Bearbeitung, 01. 10. 1978, Bl. 10; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, Bericht, 07. 12. 1981, Bl. 8; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, 2/3, 2/4, 3/5. Zur OPK „Verena“ vgl. BStU, MfS, AOPK, 26281/80. Zur Anwerbung des „Alba“ vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1, Bericht, 21. 10. 1981, Bl. 70–72; BStU, MfS, BV Berlin, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1, Verpflichtung, 15. 04. 1982, Bl. 10; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 499/85, Vermerk, 25. 03. 1980. IM „Alfredo“ gehörte zu einem der engsten Kontaktpartner der Gruppe „Orient“; so lebten 1985/86 „Orient 2“ u. „Orient 3“ auf Vermittlung des IM „Alfredo“ bei einer DDR-Bürgerin in Berlin-Kaulsdorf, wenige Autominuten östlich Berlins, vgl. BStU, MfS, AOPK, 1220/87, Bericht, 27. 01. 1986, Bl. 9–12; BStU, MfS, AOPK, 1220/87, Abschlussbericht zur OPK „Eva“, 10. 01. 1987, Bl. 114.

[843] So BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1, Einsatz- und Entwicklungskonzeption des IMS „Alba“, 06. 08. 1983, Bl. 110 f.

son des J. Ch. konzentrieren und wurde tatsächlich mit Erfolg vom MfS an die PFLP-GC herangeführt[844].

Die Bedrohungslage im Sommer 1985 verdeutlicht, wie beschädigt das Verhältnis zwischen der PLO/Fatah und der DDR war. Zum ersten Mal wollte Arafat demonstrativ in Berlin Syrien terroristisch angreifen. Die Pläne sollten zwar nicht im Osten ausgeführt werden, gleichwohl war ihr Ziel – die Person des Botschafters Syriens – hoch symbolisch. Assad und Arafat bekämpften sich 1985 unerbittlich, und die Fatah wollte Rache nehmen[845]. Politisch war gut sechs Monate nach dem Hussain-Arafat-Abkommen eine vielschichtige und sehr widersprüchliche Gemengelage entstanden, die zu keinem eindeutigen Ergebnis, weder für die eine noch die andere Seite geführt hatte. Jassir Arafat erklärte die Allianz mit Jordanien – trotz sowjetischer Kontaktsperre – auch nach sechs Monaten nicht für beendet. Er konnte allerdings auch keine greifbaren Erfolge seiner proamerikanischen Politik vorweisen. Dabei setzte Arafats Entscheidung für die jordanische Option, die Ergebnis der Libanonkrise und der syrischen Kämpfe gegen die PLO 1982/83 war, von Beginn an voraus, dass rasch Fortschritte eintraten, beispielsweise indem Arafat erste substanzielle Zugeständnisse der Peres-Regierung oder eine politische Aufwertung durch das Weiße Haus erfuhr. Unterstellt man, dass Arafat 1985 ernsthaft versuchte, die PLO westlich-amerikanischen Forderungen anzunähern, er also die Anerkennung Israels und eine gemäßigte politische Haltung zur Lösung des Nahostkonfliktes innerpalästinensisch durchsetzen wollte, konnten nur Erfolge das Risiko mindern, dass die Fatah-Opposition ihn stürzte oder die PLO spaltete[846]. Im Frühjahr 1985 waren zudem erneut schwere Kämpfe um die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon ausgebrochen. Den Einheiten der PLO standen wieder syrische Truppen und die schiitische Amal gegenüber[847].

Der Druck, den die innerpalästinensische DFLP- und PFLP-Opposition gemeinsam mit den Islamisten und Syrien auf Arafat ausübten, wurde durch den Konflikt mit Moskau größer und stieg umso mehr, je länger Arafat Widerstand leistete. Für die Fatah konnten die Angriffe von islamistischen oder säkularen Terroristen aber auch von Vorteil sein. Arafat konnte sich im Westen als gemäßigte Alternative und als Partner präsentieren. Dieses Konzept wandte er seit den

[844] Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1, Bericht, 18. 10. 1988, Bl. 273 f. Ali Chanaa war darüber hinaus auch eine der Quellen Mielkes zur Aufklärung der Muslimbruderschaft in West-Berlin, vgl. BStU, MfS, HA II, 586, Notizen, o. D., ca. Juli 1982, Bl. 30 f.

[845] 1985 plante die Fatah mutmaßlich mehr als ein Dutzend Anschläge, fast ausschließlich in Vergeltung syrischer Attentate. Fünf der von Arafat konzipierten antisyrischen Angriffe gegen Diplomaten u. Vertretungen Syriens sollten in Europa stattfinden, vgl. Merari/Elad, Terrorism, S. 98.

[846] Vgl. Laham, Rubicon, S. 75 f., 90–119; Rubin, Revolution, S. 72–75.

[847] Vgl. Nir, Berri, S. 64–66; Goodarzi, Syria and Iran, S. 147 f., 152; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 129–131; Qassem, Hizbullah, S. 184 f.; Bailey, Lebanon's Shi'is, S. 232 f.; Sayigh, Struggle, S. 580–585; Avi-Ran, Involvement, S. 157; Kapeliouk, Arafat, S. 244 f. Bei dem Angriff der Amal auf die palästinensischen Flüchtlingslager starben allein im Mai u. Juni 1985 über 600 Menschen, vgl. Goodarzi, Syria and Iran, S. 152–155; Rubin, Revolution, S. 73; Sayigh, Struggle, S. 584.

1970er Jahren gegenüber Westeuropa erfolgreich an – auch wenn die Fatah während dieser Jahre antiwestliche „Aktionen" ausführte und mit westdeutschen Terroristen kooperierte[848]. Ab Sommer 1985 ging Arafat erneut dazu über, Anschläge zu beauftragen. So versuchte Anfang Oktober 1985 ein Kommando der sogenannten Befreiungsfront Palästinas ein Kreuzfahrtschiff im Mittelmeer in seine Gewalt zu bringen und erschoss dabei eine amerikanische Geisel[849]. Die PLF wurde zum damaligen Zeitpunkt vom Mitglied des Exekutivkomitees der PLO Muhammad Abbas Zaidan alias Abu Abbas geführt und von der Fatah finanziert[850]. Als Reaktion auf diese Tat folgte eine Vergeltung durch die amerikanische Armee[851]. Bereits am 25. September 1985 waren in Larnaka auf Zypern drei Israelis von Arafats „Abteilung 17" – laut Erkenntnissen des MfS, die durch anderweitige Publikationen bestätigt werden, unter Mithilfe einer Person der Gruppe „Orient" sowie eines britischen Rechtsradikalen – ermordet worden[852]. Das israelische Kabinett beschloss daraufhin einen Luftangriff auf das Hauptquartier Arafats in Tunis, der am 1. Oktober 1985 ausgeführt wurde. Arafat befand sich nur durch einen Zufall zu dieser Zeit nicht im Gebäude, das vollständig zerstört wurde[853].

Barry Rubin hat als Antwort auf die Frage, weshalb die Fatah diese beiden Angriffe auf Israel und die USA beging, zwei Thesen aufgestellt: Die erste besagt, die Fatah habe sich mit diesen Aktionen bessere Chancen im Hinblick auf die jordanische Option verschaffen wollen, da Arafat davon ausging, die Terroranschläge würden das Umfeld der laufenden Verhandlungen günstig beeinflussen, denn sie ließen ihn als vermeintlich gemäßigten Politiker erscheinen. Es galt demzufolge, die PLO im Gegensatz zu radikalen säkularen wie islamistischen Vereinigungen als Partner aufzuwerten[854]. Dass man die Fatah als verantwortliche Organisation

[848] Vgl. Rubin/Rubin, Arafat, S. 44–75.

[849] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 586; Kapeliouk, Arafat, S. 248; Livingstone/Halevy, PLO, S. 252–255; Rubin, Revolution, S. 75–78; Smith, Conflict, S. 400.

[850] Vgl. ebd.; Sayigh, Struggle, S. 586, 641; Livingstone/Halevy, PLO, S. 252–255.

[851] So zwang man ein ägyptisches Passagierflugzeug, in dem Zaidan u. weitere Terroristen des vorangegangenen Attentats vermutet wurden, zur Landung auf Sizilien. Zaidan wurde letztlich nicht festgenommen. Er lebte ab Herbst 1985 vorwiegend im Irak. Das MfS gewährte Zaidan 1985/86 Transitaufenthalte u. führte mit ihm mehrere Gespräche. Man schätzte ihn im Nachgang als „freundlich und bescheiden" ein, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, „Aktion Gast", o. D., Bl. 185a; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Dokumentation, o. D., Bl. 186; BStU, MfS, HA XXII, 19429, Bericht, 26. 02. 1986, Bl. 112–114; BStU, MfS, HA XXII, 19429, Vermerk, 23. 06. 1986, Bl. 120–122; BStU, MfS, HA XXII, 19429, Bericht, 30. 06. 1986, Bl. 124–126; Sayigh, Struggle, S. 586; Livingstone/Halevy, PLO, S. 255–257; Wunschik, Hauptabteilung XXII, S. 47.

[852] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19429, Operativ-Information, 15. 10. 1985, Bl. 60f.; Alexander, Secular Terrorism, S. 11; Livingstone/Halevy, PLO, S. 122; Rubin, Revolution, S. 76, 157; ders., Anti-Zionism, S. 11; Smith, Conflict, S. 399; Sayigh, Struggle, S. 585f.; Kapeliouk, Arafat, S. 245f.; Dietl, Agentin, S. 302–307; Margaret L. Rogg: 3 Israelis Slain by Palestinians in Cyprus, in: NYT, 26. 09. 1985, S. A3.

[853] Vgl. Tessler, Conflict, S. 660f.; Rubin, Revolution, S. 75f.; Sayigh, Struggle, S. 586; Dietl, Agentin, S. 312.

[854] Zum gezielten Einsatz von Terrorismus bei Arafat u. den Angriffen Ende 1985 vgl. Rubin/Rubin, Arafat, S. 41–75, 105–107; Rubin, Revolution, S. 69–79.

hinter den Taten identifizieren konnte, war eher unwahrscheinlich, da die konkreten Anschläge von anderen, lediglich von Arafat finanzierten und beauftragten Splittergruppen ausgeführt wurden und zeitgleich auch die PFLP-GC, Abu Nidal und islamistische Gruppierungen durch Gewalttaten in Erscheinung traten[855].

Im zweiten Fall, so Rubin, setzte Arafat auf ein Scheitern der amerikanisch-jordanischen Verhandlungen, da es in den Gesprächen keine Fortschritte gab und Moskau sowie die radikale innerpalästinensische Opposition den Druck so weit erhöht hatten, dass er seinen proamerikanischen Kurs abbrechen musste. Die einkalkulierten amerikanischen oder israelischen Reaktionen sollten ein Weiterverhandeln mit Jordanien unmöglich machen. Arafat suchte nach einer Möglichkeit, ein Ende seines Westkurses einzuleiten, sich dem Kreml wieder zuzuwenden und die entstandene Blockade zu lösen. Die Sowjetunion hätte im Fall westlicher Angriffe auf die PLO/Fatah Arafat unter Wahrung des eigenen Ansehens wieder zu integrieren vermocht, nachdem das gemeinsame klassische Feindbild der gegen die friedliche Palästinensische Befreiungsorganisation aggressiv auftretenden Front Israels und der USA wiederhergestellt war. Alle syrischen Pläne zur Gründung einer zweiten Befreiungsorganisation der Palästinenser wären damit außerdem endgültig gestoppt worden. Denn die Hilfe für die PLO gegen Israel und die USA hätte alle vorangegangenen Konflikte mit Arafat in den Hintergrund gedrängt[856]. Dass von der Fatah und Arafat antisyrische „Aktionen“ vorbereitet wurden – und zwar früher als die Anschläge auf amerikanische und israelische Ziele – verändert und ergänzt diese Thesen.

Arafat selbst wollte mit dem Versuch einer Geiselnahme auf dem Kreuzfahrtschiff und der Ermordung der drei israelischen Bürger auf Zypern nicht ausschließlich eine Reaktion gegen die PLO provozieren, um die jordanische Option aufgeben zu können oder sich eine bessere Verhandlungsposition zu verschaffen, sondern er konzipierte parallel auch antisyrische Maßnahmen. 1985 plante die Fatah insgesamt mindestens fünf Attentate auf diplomatische Vertreter oder Botschafter Syriens in Europa, wobei nur dasjenige in Berlin eindeutig der DDR und damit der sozialistischen Seite schaden sollte[857]. Es kann berechtigt davon ausgegangen werden, dass schon der Versuch eines Attentats auf den syrischen Botschafter in Berlin Damaskus nicht länger von der Gründung einer Gegen-PLO abgehalten hätte und damit eine vollkommen neue Lage entstanden wäre. Der sowjetischen Nahostpolitik hätte dies besonders geschadet[858]. Die bis September 1985 ausgebliebene „Aktion“ in Berlin und der wachsende sowjetische Druck führten möglicherweise dazu, dass Arafat – bei gleichzeitig fehlenden Erfolgen in Bezug auf das Abkommen mit König Hussain – neuen, antiwestlichen Terrorismus initiierte. Er beabsichtigte damit, Konfusion nach allen Seiten herzustellen, um Dinge in Bewegung zu setzen. Er handelte in der Gewissheit, dass sich etwas

855 Vgl. Sayigh, Struggle, S. 574–589.

856 Vgl. Rubin, Revolution, S. 66–83; Dannreuther, Soviet Union, S. 142–147; Freedman, Moscow, S. 209, 235–238; Golan, Moscow, S. 124 f.

857 Vgl. Merari/Elad, Terrorism, S. 98; Livingstone/Halevy, PLO, S. 122–124; Sayigh, Struggle, S. 603 f.

858 Zu den von Moskau befürchteten Konsequenzen einer syrischen Übernahme der PLO vgl. Primakov, Russia and the Arabs, S. 240 f.

verändern musste, um dann sofort zu entscheiden, je nachdem, ob die Situation sich für oder gegen die jordanische Option entwickelt hatte[859]: „From Arafat's standpoint, as long as he could pursue all paths simultaneously, there was no need to choose."[860] Dabei konnte er weder genau wissen, in welcher Weise eine amerikanische oder israelische Vergeltung auf terroristische Angriffe erfolgen würde, noch war die Fatah als Urheber zu identifizieren. Die Absicht, den syrischen Botschafter in Ost-Berlin zu töten oder zu entführen, bestand Ende des Jahres 1985 weiter. Ein erfolgreiches Attentat hätte also auch dann noch zu Reaktionen und somit zu Veränderungen der politischen Lage führen können[861].

Ziel des SED-Regimes war es 1985/86 noch immer, die jordanisch-palästinensische Option „zu Fall zu bringen"; nicht das „Schicksal" von Einzelpersonen der PLO-Führung war bekanntlich von übergeordnetem Interesse, sondern ein Ende der proamerikanischen Politik Arafats[862]. Honecker zeigte ihm, dass er ausschließlich Damaskus unterstützte, solange Assad keine zweite Befreiungsorganisation der Palästinenser proklamierte[863]. Währenddessen versuchte das MfS die Fatah davon abzuhalten, als Racheakt den Botschafter Syriens in der DDR zu ermorden. Die KPdSU informierte die SED Mitte September 1985, dass sie zwar noch immer „keine politische Voraussetzung für einen Besuch Arafats in der Sowjetunion" sehe, sie aber „intensiv" über die Botschafter in Tunis und Amman auf die PLO-Führung und Arafat einwirke[864]. Die von der Sowjetunion geforderte

[859] Vor diesem Hintergrund müssen auch die Aussagen Arafats gegenüber Klaus Hänsch, MdEP, Anfang März 1986 bewertet werden. Arafat erklärte sich am 07. 03. 1986 – trotz der vorangegangenen antiamerikanischen Angriffe der Fatah und des von Amman erklärten Scheiterns der „jordanischen Option" – im Namen der PLO prinzipiell bereit, VN-Resolution 242 anzuerkennen, wenn Washington im Gegenzug für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht eintrat; Hänsch erhielt diesbezüglich ein vierseitiges Papier Arafats, vgl. AdsD, 1/RZAA/000419, Vermerk, 14. 03. 1986.

[860] So Rubin, Revolution, S. 70.

[861] Das MfS ging davon aus, dass die PLO/Fatah den syrischen Botschafter am Silvestertag 1985 bzw. dem Neujahrstag 1986 entführen wollte, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5550, Einschätzung, Juni 1986, Bl. 35; BStU, MfS, HA XXII, 123/5, Bericht, 06. 01. 1986, Bl. 88–94; BStU, MfS, HA XXII, 123/5, Analysen, 05. 12. 1985, Bl. 35; BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 5, Vermerk, 31. 12. 1985, Bl. 61–64.

[862] Zu den Zitaten vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13790, Information, 02. 04. 1985, Bl. 94. Diese gemeinsame ostdeutsch-syrische Position war nicht zuletzt Hauptgegenstand der Gespräche, die der scheidende sowie der neu akkreditierte Botschafter der DDR in Syrien zwischen Herbst 1985 u. Frühjahr 1986 in Damaskus mit den wichtigsten Funktionären des Assad-Regimes führten. So stellte etwa der syrische Vizepräsident im Dezember 1985 fest: „Hinsichtlich der PLO komme es darauf an, die Wiederherstellung der Einheit auf patriotischer antiimperialistischer Grundlage zu realisieren. Mit Arafat und seiner Gruppierung sei das aber nicht möglich. Arafat habe unwiderruflich den Weg von Camp David eingeschlagen, sich vollständig den USA und der Reaktion ausgeliefert. […] Syrien habe viele Erfahrungen mit Arafat und den Kräften seiner Umgebung […]. Wer glaube, mit ihnen zu einer Verständigung auf antiimperialistischer Grundlage zu kommen, lebe in einer großen Illusion. […] Arafat in diesem Sinne überzeugen zu wollen, komme dem Versuch gleich, Helmut Kohl als antiimperialistischen progressiven Verbündeten zu gewinnen", so PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2106/87, Vermerk der Botschaft Damaskus, 12. 12. 1985.

[863] Vgl. u. a. die Berichte in: ebd.

[864] So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Vermerk, 18. 09. 1985, Bl. 205.

Revision des Hussain-Arafat-Abkommens war also bisher an Arafats Weigerung gescheitert. Dennoch hielt Moskau nach wie vor an dessen Person fest, denn ein Führungswechsel wäre zu diesem Zeitpunkt dem Zerfall oder der syrischen Übernahme der PLO gleichgekommen[865]. Obwohl Moskau und Ost-Berlin es seit Anfang 1985 nicht mehr ausschlossen, Arafat an der Spitze der PLO ablösen zu müssen, und an politischen Alternativen für seine Person arbeiteten, war bis zur Jahreswende 1985/86 noch kein akzeptabler und aussichtsreicher Ersatz für ihn gefunden. Khalaf entzog sich allen Versuchen der DDR, ihn als Führungsfigur des neuen „kollektiv-demokratischen“ Exekutivkomitees der PLO aufzubauen. Die „Aktion Dreiklang“ war bis dahin ohne Ergebnis geblieben.

Nicht zuletzt weil auch Syrien wusste, dass eine zuverlässige Alternative zu Arafat fehlte, sah Assad von einer Tötung des PLO-Vorsitzenden ab. Die internationale Forschung hat als eine der wichtigsten Ursachen, weshalb Syrien erfolglos in seinem Bestreben blieb, die Palästinensische Befreiungsorganisation zu übernehmen, eine zweite PLO zu gründen oder Arafat umzubringen, herausgestellt, dass mit der Bekämpfung der PLO/Fatah durch Syrien das Ansehen und die Glaubwürdigkeit Assads für die Mehrheit der Palästinenser ruiniert war. Die palästinensische Bevölkerung hätte ihm keine Gefolgschaft geleistet; sie verachtete, was Damaskus mit den Palästinensern im Libanon 1983 getan hatte. Deshalb blieb auch der Musa/Salah-Putsch nur ein Versuch, die Führung der Fatah zu stürzen, denn den Putschisten mangelte es an innerpalästinensischer Unterstützung. Nur Arafat und die Fatah hatten seit 1982/83 durch die Angriffe der Syrer und prosyrischen Verbände auf die PLO und die palästinensischen Flüchtlinge nach der israelischen Offensive im Libanon unter den Palästinensern an Rückhalt gewonnen[866].

Die sozialistische PLO-Politik befand sich Anfang 1986 insofern am Scheideweg. Entweder die KPdSU wich zurück und hatte möglicherweise zu akzeptieren, dass die Palästinensische Befreiungsorganisation unter Vorsitz Jassir Arafats zu einer Nahostlösung gelangte, bei der sie keine direkte Bedeutung besaß, oder Arafat musste letztlich doch abgesetzt werden, weil er sich einer Disziplinierung entzog. Beide Wege gingen mit einem Machtgewinn Syriens einher und bedeuteten einen Rückschlag für die sowjetischen Interessen. Die dritte Option war, abzuwarten, bis Arafat seine Westpolitik aufgab. Aber auch bei dieser Alternative war die politische Lage unvorhersehbar. Denn die großen Verwerfungen, die das Abkommen mit Jordanien ab Februar 1985 in- und außerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation verursachte, bedrohten nicht nur den Machtanspruch Arafats, sondern bewirkten auch, dass verschiedene Gruppen, unter anderem Abu Nidal und die PFLP-GC, aber auch nichtpalästinensische islamistische Organisationen wie Amal und Hizballah, die Zahl terroristischer Überfälle erhöhten, um die jordanisch-palästinensische Annäherung zu sabotieren und zu diskreditieren[867]. Falls Arafats projordanische Politik deshalb scheitern sollte, weil

[865] Vgl. Freedman, Moscow, S. 202–209, 235; Golan, Moscow, S. 124.
[866] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 596; Avi-Ran, Involvement, S. 158. So auch Frau Koulailat im Gespräch am 05. 11. 2013.
[867] Vgl. Rubin/Rubin, Arafat, S. 44–62, 94–110; Sayigh, Struggle, S. 581, 587.

Amman das Abkommen einseitig aufkündigte, stand die Führung der PLO ihrer Opposition schutzlos gegenüber. Es war dann unvorhersehbar, wie sich die Machtverteilung ändern würde, welche Rolle Syrien spielen würde und wer an die Spitze des Exekutivkomitees trat.

Arafats „jordanische Option" als Ziel: Das MfS beauftragt „Alba"

Nachdem Israel Anfang Oktober 1985 bereits Arafats Zentrale in Tunis bombardiert und im Herbst desselben Jahres eine jordanisch-syrische Annäherung stattgefunden hatte, gab König Hussain im Februar 1986 bekannt, Jordanien fühle sich mangels Einigungsbereitschaft Arafats nicht länger an das Abkommen vom 11. Februar 1985 gebunden[868]. Moskau hatte sofort nach dem israelischen Angriff des Hauptquartiers der PLO erkannt, dass dieser von Vorteil war, weil Arafats auf Ausgleich mit Jordanien und den USA bedachte Politik dadurch impraktikabel wurde. Die KPdSU unterwies die SED aus diesem Grund Anfang November 1985 wie folgt: „Die Sowjetunion geht davon aus, dass das Palästinaproblem nicht kurzfristig (nicht zu Lebzeiten Arafats) lösbar ist. […] Eine Scheinlösung wie die Gewährung einer Autonomie werde das palästinensische Volk nicht befriedigen. […] Die UdSSR tritt für die Bewahrung der PLO als einheitlicher nationaler Befreiungsorganisation mit antiimperialistischer Ausrichtung ein. Sie [die UdSSR] ist kategorisch gegen die Linie Jassir Arafats, der die kurzfristige Scheinlösung des Palästinaproblems mithilfe der USA, Jordaniens und Ägyptens anstrebt. Zugleich erkennt die UdSSR die ‚Rettungsfront' nicht an und tritt gegen die syrischen Absichten zur Bildung einer Parallel-PLO auf. Die Sowjetunion betrachtet die Fatah als Hauptkraft der PLO, fordert aber vom ZK der Fatah, auf eine prinzipielle antiimperialistische Linie zurückzukehren, notfalls indem es sich von Arafat trennt. […] Die Situation für eine Einigung der PLO ist nach dem israelisch-amerikanischen Angriff auf Tunis günstig. In der Führung der Fatah sind erste politische Veränderungen in Gang gekommen. Arafat wird bedrängt, seine Linie zu verändern."[869]

Angesichts der nach dem israelischen Angriff neu eingetretenen „günstigen" Situation untersagte der Kreml Ost-Berlin, die „Aktion Dreiklang" fortzuführen: „Selbst eine lose Verbindung über eine Zusammenarbeit zwischen der Fatah, DFLP und PKP würde in Syrien als Provokation aufgenommen. Ein solches Dreiertreffen in Berlin könnte daher zum auslösenden Moment für die beschleunigte Bildung einer Gegen-PLO werden. […] Die SED kann nicht Gastgeber eines Treffens palästinensischer Organisationen sein, dessen Ergebnisse gegen die Interessen der sozialistischen Gemeinschaft im Nahen Osten missbraucht werden könnten."[870] Weil Israel das PLO-Hauptquartier angegriffen hatte, war es aus

[868] Vgl. Habib, Hussein, S. 55; Tessler, Conflict, S. 665; Sayigh, Struggle, S. 586f.; Dannreuther, Soviet Union, S. 140–146; Goodarzi, Syria and Iran, S. 142–144, 160–182. Vgl. auch Arab Summit League, 09. 08. 1985, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 492f.; Syrian-Jordanian Joint Communique, 13. 11. 1985, in: ebd., S. 499. Zur Erklärung Hussains vgl. Ending the Jordan-PLO Initiative, 19. 02. 1986, in: Laqueur/Rubin, Israel-Arab Reader, S. 299–313.

[869] So SAPMO-BArch, DY 30/13790, Vermerk, 04. 11. 1985, Bl. 228f.

[870] So ebd., Bl. 230f. Vgl. auch BStU, MfS, Sek. Neiber, 594, Information, 04. 11. 1985, Bl. 3f.

Sicht des Kreml nicht mehr notwendig, ein linkes Oppositionsbündnis innerhalb des Exekutivkomitees aufzubauen, um den absoluten Führungsanspruch der Fatah zu brechen. Denn der israelische Luftschlag delegitimierte alle Anstrengungen Arafats, eine Verhandlungslösung mit Jordanien, den USA und Israel zu erreichen. Er ließ die Sowjetunion wieder als natürlichen Verbündeten einer vom Westen gehassten und verfolgten PLO/Fatah erscheinen. Die KPdSU konnte nun wieder Bedingungen stellen und musste nicht länger mit der Fatah verhandeln. Für den angestrebten Politikwechsel brauchte man keine Konzessionen mehr zu machen, denn Arafat befand sich klar im Nachteil. Syrien durfte nun keinesfalls provoziert werden, etwa indem man Arafat gegenüber noch Zugeständnisse machte, um eine Koalition mit PKP und DFLP im Exekutivkomitee durchzusetzen, obwohl die Position der PLO-Führung schon geschwächt war.

Der Angriff in Tunis bedeutete nicht das unabwendbare Ende der ägyptisch-jordanischen Politik Arafats, aber er erlaubte es der Sowjetunion, ihre Politik neu auszurichten, um am Ende die Rückgängigmachung aller „proimperialistischen“ Entscheidungen, die Arafat zwischen dem Sommer 1982 und dem Herbst 1985 getroffen hatte, zu erreichen. In diesem Sinne galt es, die „antiimperialistische“ Wirkung dieses israelischen Luftschlags gegen die PLO zu verstärken und dabei die seit Januar 1986 gewachsenen amerikanisch-libyschen Spannungen sowie eine jordanisch-syrische Annäherung zu nutzen. Arafats falsche, gegen die Interessen der sozialistischen Staaten betriebene Politik sollte nicht mehr über einen innerpalästinensischen Dialog beendet werden, sondern mithilfe weiterer westlicher Angriffe, die – ähnlich dem israelischen Bombardement von Tunis – eine Reaktion auf vorangegangene terroristische Gewalt waren. Der DDR bot sich Anfang 1986 eine Chance, ihre Ziele zu erreichen und das Hussain-Arafat-Abkommen „zu Fall zu bringen“, ohne dabei die Einheit der PLO zu gefährden. Erich Mielke lenkte dazu die Gruppe „Abu Jabbar“ alias „Orient“, also diejenigen, die Arafat im Januar 1985 in die DDR geschickt hatte, um die ostdeutsch-syrischen Beziehungen anzugreifen, gegen die PLO/Fatah selbst.

Das Ministerium für Staatssicherheit ging ab Februar 1986 dazu über, antiamerikanische Anschlagspläne Libyens in Berlin zu unterstützen, obwohl es diese Absichten genauso hätte unterbinden können wie Arafats Plan, den syrischen Botschafter zu ermorden. Mielke tat dies im Falle Libyens aber bewusst nicht. Nachdem es dem MfS im Herbst 1985 gelungen war, in „Orient“ einzudringen und ein antisyrisches Attentat zu verhindern – maßgeblich weil die Staatssicherheit „operativen Kontakt“ zu „Orient 2“ herstellte und man ihn ab Anfang November 1985 als Kontaktperson führte –, löste sich die Zelle „Orient“ in den ersten Wochen des Jahres 1986 praktisch auf und existierte fortan nicht mehr als eine der Fatah unterstehende Abteilung[871]. Das MfS duldete die drei ehemaligen Mitglieder von

[871] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, Operativ-Information, 04. 04. 1986, Bl. 93–97. Mit der KP „Orient 2“ fanden regelmäßig alle zwei Wochen Treffen statt. „Orient 2“ zeichnete sich dabei – so das MfS – durch eine „hohe Kooperationsbereitschaft“ aus. Die KP „Orient 2“ wurde ab dem 04. 04. 1986 unter dem Namen „Faysal“ geführt. Mit der KP „Faysal“ fanden bis Anfang 1988 Treffen in der DDR statt, vgl. ebd., Bl. 98; BStU, MfS, HA XXII, 489/12, Bericht, 28. 10. 1987, Bl. 7–9.

„Orient", die Personen „Orient 2", „Orient 3" sowie „Ast 1" allerdings weiterhin in der DDR. Sie begannen nach dem Ende von „Orient" einen neuen Finanzier zu suchen, da jede Unterstützung der Fatah/„Gruppe 17" eingestellt worden war. Die Staatssicherheit hielt Mitte März 1986 fest: „Inoffiziell wird bestätigt, dass die Gruppe ‚Orient' gegenwärtig verstärkt Kontaktbestrebungen zu mehreren arabischen Geheimdiensten unternimmt. Angeblich sind sie bei der Suche ihrer Kontaktpartner prinzipienlos. Entscheidendes Kriterium für eine mögliche Zusammenarbeit würde eine entsprechende finanzielle Unterstützung der Gruppe darstellen. Dementsprechend wird der Kontakt von ‚Orient 2' zu den Angehörigen des Libyschen Volksbüros in der DDR bewertet."[872]

Aufgrund der bereits hergestellten Beziehung mit der PFLP-GC erteilte das Libysche Volksbüro J. Ch., der Verbindungsperson zwischen dem Volksbüro und der Berliner PFLP-GC, die seit Sommer 1985 eng mit „Orient 2" zusammengearbeitet hatte, den Auftrag, den ehemaligen Kern der Zelle „Orient" – also „Orient 2", „Orient 3" und „Ast 1" – anzuwerben und in den Dienst der PFLP-GC/Libyens zu stellen[873]. Dabei soll auch ein ehemaliger hoher Funktionär der „Gruppe 17" geholfen haben. Dieser sagte sich Ende 1985 von der Sonderabteilung der PLO-/Fatah-Sicherheit los, nachdem er bis zu diesem Zeitpunkt eine Führungsfunktion für „Orient" in der DDR besessen hatte[874]. Nach Erkenntnissen der Staatssicherheit beabsichtigte das Libysche Volksbüro aus der ehemaligen Gruppe „Orient" eine neue Zelle unter Leitung von J. Ch. und „Orient 2" zu bilden, der Tripolis eine sichere finanzielle Existenz in Aussicht stellte, wenn sie „Liquidierungen von Exillibyern" und geplante Attentate und Anschläge auf amerikanische Soldaten und US-Einrichtungen in West-Berlin ausführen würde[875]. Libyen konzentrierte sich dabei, so die Feststellungen des MfS, seit Mitte März 1986 vor allem auf „Ast 1" und erpresste ihn, um seinerseits die geforderte Zustimmung für antiamerikanische Terroranschläge in West-Berlin zu erhalten[876].

Bei „Ast 1" handelte es sich um M. al O., der dem MfS unter mehr als zehn Aliasnamen bekannt war; die gebräuchlichsten lauteten auf Abdel Kader al Khalil, Benali Mohammed Suliman, Mohammed Toman, Abdel Razzak, Ali Naim Abdel Kader sowie Abed[877]. O. gehörte mutmaßlich zu Beginn der 1970er Jahre der in

[872] So BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 20. 03. 1986, Bl. 173.

[873] Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 4, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 159; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Operativ-Information, 25. 02. 1986, Bl. 170–172; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 20. 03. 1986, Bl. 173.

[874] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 18607/3, Abschlussbericht zur OPK „Wal", 21. 01. 1989, Bl. 66 f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 04. 1986, Bl. 180 f.

[875] Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur Bearbeitung der Person „Abed", 24. 03. 1986, Bl. 30–32.

[876] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 05. 03. 1986, Bl. 80 f.; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 25. 02. 1986, Bl. 69–71; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 04. 1986, Bl. 181 f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 14. 04. 1986, Bl. 190; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 2/13, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 16 f.

[877] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5834/2, Abschlussbericht zur OPK „Ast 1", 26. 06. 1987, Bl. 1–3; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Kurzauskunft, 09. 11. 1984, Bl. 19; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 12. 1986, Bl. 21, 24; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Erfassungsangaben zur OPK „Abed", 10. 02. 1987, Bl. 27–29; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 2,

West- und Ost-Berlin tätigen PFLP-Gruppe um S. A. an[878]. Er wechselte später zur PFLP-GC und reiste 1979, soweit die Unterlagen der Staatssicherheit dies derzeit belegen können, erstmals wieder unter dem Namen Mohammed Toman in die DDR ein[879]. Gemeinsam mit einer weiteren Person war er für den Sprengstoffanschlag auf das israelische Restaurant „Mifgash“ am 15. Januar 1982 in Berlin-Wilmersdorf verantwortlich[880]. Dabei wurden mehr als 20 Menschen verletzt und ein vierzehn Monate altes Kind getötet[881]. Die Tatbeteiligung des M. al O. alias „Ast 1“ alias Mohammed Toman ergibt sich aus der nach dem Anschlag festgehaltenen Einreisepersonalie und dem später von der Staatssicherheit verwandten Aliasnamen[882]. O. sowie der zweite Tatverdächtige flohen demnach am 15. Januar 1982 nach Ost-Berlin und wurden vom MfS – das von deren Tat wusste – dabei unterstützt, von Berlin-Schönefeld in den Nahen Osten zu fliegen[883]. O. gehörte 1983 zu jenen Mitgliedern der PFLP-GC, die im Zusammenhang mit den syrisch-palästinensischen Kämpfen im Libanon zur Fatah überliefen. Er befand sich bereits seit Herbst 1983 erneut in der DDR und wurde später von „Orient“ als potenzieller Attentäter des syrischen Botschafters rekrutiert[884]. Die Staatssicherheit war von Beginn an darüber informiert, dass O. im Februar/März 1986 gegenüber dem Libyschen Volksbüro in eine „persönliche Abhängigkeit“ geraten war

Index, o. D., Bl. 1–3; BStU, MfS, HA XXII, 20171, Index, o. D., Bl. 5; BStU, MfS, HA XXII, 20171, Organigramm, o. D., Bl. 15; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 4, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 159; BStU, MfS, AOP, 7912, Bd. 3, Antrag des Libyschen Volksbüros auf Visaerteilung, 01. 04. 1986, Bl. 27; BStU, MfS, AOP, 7912, Bd. 3, Vermerk, 03. 04. 1986, Bl. 28–32; BStU, MfS, HA II, 4802, Bericht, 25. 02. 1986, Bl. 139; BStU, MfS, HA II, 4802, Abschlussbericht zum OV „Orient“, 26. 08. 1989, Bl. 131, 133.

878 Vgl. BStU, MfS, HA II, 18656, Treffbericht „Patriot“, 20. 12. 1975, Bl. 338 f.; BStU, MfS, HA II, 18656, Bericht, 12. 06. 1975, Bl. 460; BStU, MfS, AOP, 2476/87, Vermerk, 10. 04. 1986, Bl. 95; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 12. 1986, Bl. 21; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Erfassungsangaben zur OPK „Abed“, 10. 02. 1987, Bl. 27 f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 2, Index, o. D., Bl. 3; BStU, MfS, HA XXII, 20171, Index, o. D., Bl. 5; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 4, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 159; BStU, MfS, HA XXII, 18613, Information der Abteilung XXII an Gerhard Neiber, 09. 01. 1986, Bl. 11; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 05. 03. 1986, Bl. 80 f.; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Kurzauskunft, 09. 11. 1984, Bl. 18 f.

879 Vgl. ebd., Bl. 18.

880 Vgl. ebd., Bl. 18 f.

881 Vgl. Mehrere Verletzte bei Explosion in israelischem Restaurant in Berlin, in: Der Tagesspiegel, 16. 01. 1982, S. 1; Ein Kind als Todesopfer des Anschlags in Berlin, in: Der Tagesspiegel, 19. 01. 1982, S. 1.

882 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 25. 02. 1986, Bl. 69–71; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 05. 03. 1986, Bl. 80 f.; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Kurzauskunft, 09. 11. 1984, Bl. 18 f.; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 4, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 159; BStU, MfS, HA XXII, 5834/2, Abschlussbericht zur OPK „Ast 1“, 26. 06. 1987, Bl. 1–3; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 12. 1986, Bl. 21, 24; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Erfassungsangaben zur OPK „Abed“, 10. 02. 1987, Bl. 27–29; BStU, MfS, AOP, 2476/87, Vermerk, 10. 04. 1986, Bl. 95.

883 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, Kurzauskunft, 09. 11. 1984, Bl. 18 f.

884 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 05. 03. 1986, Bl. 80 f.; BStU, MfS, HA XXII, 16796, Bericht, 25. 02. 1986, Bl. 69–71; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 04. 1986, Bl. 181 f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 14. 04. 1986, Bl. 190; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 2/13, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 16 f.

und dem J. Ch. „hörig und bereit sei, Aufträge in West-Berlin zu erfüllen“[885]. Das MfS unternahm aber nichts gegen O., obwohl bekannt war, dass Libyen ihn seit dem 27. November 1985 mit einem gefälschten Pass als Besucher des Volksbüros angemeldet hatte, das seinerzeit erteilte Visum bereits abgelaufen war, die Staatssicherheit O. für dringend tatverdächtig hielt, den Sprengstoffanschlag auf das „Mifgash“ verübt zu haben, und gegen ihn offiziell seit dem 24. März 1986 eine Operative Personenkontrolle eingeleitet hatte, um O. und sein Umfeld noch detaillierter überwachen beziehungsweise alle bereits gesammelten Erkenntnisse gezielter auswerten und zusammenführen zu können[886].

Erich Mielke verstärkte aber auch anderweitig die Aufklärungsarbeit im Hinblick auf die zunehmend von Libyen dominierte ehemalige Gruppe „Orient“ beziehungsweise PFLP-GC. Nach wie vor standen IM „Alba“ alias Ali Chanaa und IM „Alfredo“ alias Ahmad Hazam in Kontakt mit wichtigen Personen, wobei „Alba“ den größten nachrichtendienstlichen Wert besaß[887]. Im Januar 1986 war es außerdem gelungen, Salam Hadba als IM „Walid“ für die inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS zu verpflichten[888]. Möglicherweise wählte die Staatssicherheit Hadba gezielt aus, um eine zu diesem Zeitpunkt bereits im engen Umfeld von J. Ch., dem Libyschen Volksbüro und „Orient“ arbeitende Person zu rekrutieren, denn einen ersten Kontakt zu ihm hatte das MfS bereits im Januar 1983 hergestellt, ohne dass eine Werbung seither in Erwägung gezogen worden war[889].

Die von Libyen in der DDR vorbereiteten Anschläge auf die USA waren ein Resultat der seit Ende 1985 zunehmend eskalierenden Beziehungen zwischen Washington und Tripolis. Die Vereinigten Staaten machten Libyen unter anderem für Gewalttaten gegen amerikanische Bürger und Einrichtungen verantwortlich. Seit Anfang Januar 1986 hielt die US-Marine vor der Küste Libyens ein Manöver

[885] So BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 14. 04. 1986, Bl. 190. Vgl. auch BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur Bearbeitung der Person „Abed“, 24. 03. 1986, Bl. 30–32; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 12. 1986, Bl. 21–23; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Vermerk, 01. 04. 1986, Bl. 179; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 4, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 159.

[886] Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur Bearbeitung der Person „Abed“, 24. 03. 1986, Bl. 30–32; Vermerk, 17. 01. 1986, Bl. 80; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 04. 1986, Bl. 181; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 12. 1986, Bl. 21 f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Vermerk, 11. 04. 1986, Bl. 183 f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 3, Vermerk, 03. 04. 1986, Bl. 28–32; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 3, Antrag des Libyschen Volksbüros auf Visaerteilung, 01. 04. 1986, Bl. 27. O. war Mitte Februar 1986 auch nicht am Flughafen Schönefeld an der Einreise gehindert worden, obwohl DDR-Stellen bemerkt hatten, dass sein Pass gefälscht war, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 5550, Einschätzung, Juni 1986, Bl. 36.

[887] Vgl. u. a. die Bewertung in: BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1, Vorschlag der Umregistrierung, o. D., Bl. 194–197. Zum IM „Alfredo“ vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 1/2, Bericht, 04. 06. 1986, Bl. 119 f.; BStU, MfS, AOPK, 1220/87, Bericht, 27. 01. 1986, Bl. 9–12; BStU, MfS, AOPK, 1220/87, Abschlussbericht zur OPK „Eva“, 10. 01. 1987, Bl. 114.

[888] Vgl. BStU, MfS, AIM, 9751/91, Bd. 1/1, Beschluss, 08. 01. 1986, Bl. 21.

[889] Hadba war laut Darstellung des MfS im Abschlussbericht des OV „Orient“ als „Sympathisant“ eng mit der Gruppe verbunden u. erfüllte „kleinere Aufträge“, vgl. BStU, MfS, HA II, 4802, Abschlussbericht zum OV „Orient“, 26. 08. 1989, Bl. 136. Vgl. auch BStU, MfS, AIM, 9751/91, Bd. 1/1, Bericht, 11. 01. 1983, Bl. 41.

ab und reklamierte im Einklang mit internationalem Recht, dass die Bucht von Syrte bis mindestens zwölf Seemeilen vor dem Festland internationales Gewässer sei, während Libyen den gesamten Bereich der Bucht zum Staatsgebiet erklärt hatte und die Einfahrt der amerikanischen Marine als Casus Belli definierte[890]. Am 24. März 1986 kam es zu einem ersten, begrenzten Feuergefecht zwischen amerikanischen Streitkräften und der libyschen Armee, dem in den beiden folgenden Tagen weitere derartige Zwischenfälle folgten[891].

Das MfS vermerkte Ende März 1986, J. Ch. sei zwischen dem 26. Februar und dem 3. März 1986 zu Beratungen in Libyen gewesen und die Zentrale des Geheimdienstes in Tripolis habe bis einschließlich 31. März 1986 bereits mit drei Telegrammen „energisch zu Aktionen gegen US-Bürger in Westberlin aufgefordert“[892]. Die Mitglieder des Berliner Terrorkommandos standen also unter hohem Erwartungsdruck, denn die libysche Regierung verlangte – angesichts der Lage in der Bucht von Syrte am 24., 25. und 26. März 1986 – einen erfolgreichen antiamerikanischen Angriff in West-Berlin. Nach Erkenntnissen des MfS waren die Vorbereitungen für Terroranschläge letztlich so weit vorangeschritten, dass das Libysche Volksbüro am 25. und 26. März, das heißt zeitgleich mit den Gefechten zwischen amerikanischer Marine und libyscher Armee in der Bucht von Syrte, zwei Anschläge ausführen lassen wollte[893]. Beide scheiterten, laut Vermerk der Staatssicherheit, aus unterschiedlichen Gründen. Im ersten Fall aufgrund „ungenügender Aufklärungshandlungen und fehlender Fluchtfahrzeuge“[894]. Geplant war ein Angriff mittels Handgranaten und Maschinenpistolen auf eine Kaserne oder ein Krankenhaus der amerikanischen Armee in West-Berlin[895]. Möglicherweise ging es auch um ein gezieltes Erschießen von US-Soldaten, denn das libysche Kommando, das nach West-Berlin reiste, führte neben den genannten Waffen auch drei Pistolen mit Schalldämpfern mit sich[896].

Mutmaßlicher Haupttäter dieses ersten, gegen von den USA militärisch genutzte Objekte in West-Berlin gerichteten terroristischen Anschlags war, neben A. K. und J. Ch., ein gewisser M.-I. S. alias Abu Ahmad, der der PFLP-GC West-Berlins angehörte[897]. M.-I. S. sei, so die Erkenntnis der Staatssicherheit, am 20. März 1986 beauftragt worden, geeignete „Zielobjekte“, unter anderem die genannten amerikanischen Einrichtungen, aufzuklären[898]. Andere Dokumente des MfS verdeutli-

890 Vgl. Bruce St John, Libya, S. 131–136.
891 Vgl. DPA: USA führten Vergeltungsschlag gegen libysche Raketenstellung, in: Der Tagesspiegel, 25. 03. 1986, S. 1; AP: US-Marine griff weitere libysche Ziele an, in: Der Tagesspiegel, 26. 03. 1986, S. 1. Vgl. auch Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 433.
892 So BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 4, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 159. Vgl. auch BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5181/91, Bd. 2/3, Operativ-Information, 20. 03. 1986, Bl. 63.
893 So BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 37–40.
894 So ebd., Bl. 37 f.
895 Vgl. ebd.
896 Vgl. ebd.
897 Vgl. ebd.; BStU, MfS, HA II, 4802, Auskunftsbericht, 29. 01. 1987, Bl. 11.
898 Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 37 f.; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Lux“, 27. 01. 1987, Bl. 19.

chen, dass Libyen besagten S. lange vorher in die Vorbereitung von terroristischen Anschlägen in West-Berlin einbezog und man derartige „Aktionen" gemeinsam mit J. Ch. und Führungsmitgliedern der späteren Zelle „Orient" seit Anfang des Jahres 1985 plante: „Durch die BV Berlin, Abt. IV (Op.-Inf. 191/85 vom 9. 1. 85) wurde bekannt, dass arabische Staatsbürger in der Hauptstadt der DDR Aktivitäten entwickeln, in Westberlin Waffen und Sprengmittel zur Durchführung terroristischer Anschläge zu beschaffen. Als mögliche Ziele wurden eine israelische Einrichtung sowie Polizeidienststellen in Westberlin bestimmt. Die Hauptaktivitäten bei der Beschaffung der Waffen und Sprengmittel gehen von dem Mitarbeiter des libyschen Volksbüros in der DDR [J. Ch.] aus und sollen im Auftrag einer Person Abou Gaber [alias Abu Jabar; die spätere KP „Orient 2" alias KP „Faysal"] […] erfolgen."[899] In diesem Zusammenhang berichtete IM „Alba", dass im Oktober 1985 im Anschluss an eine „Solidaritätsveranstaltung" des Libyschen Volksbüros ein Treffen in einem der „Hinterzimmer" der Vertretung Libyens stattgefunden habe, für das J. Ch. den M.-I. S. eigens aus West-Berlin hinzuholte[900]. An dieser Zusammenkunft nahmen außer M.-I. S. und J. Ch. auch A. K., eine Person namens I. M. – ebenso Mitglied der West-Berliner PFLP-GC – sowie drei weitere Männer teil, darunter Ali Chanaa alias IM „Alba"[901]. „Alba" bezeichnete S. gegenüber seinem Führungsoffizier „von Verhalten und Sprechweise her als Verbrechertypen"[902]. Gegenstand dieser in der libyschen Vertretung im Herbst 1985 abgehaltenen „Sondersitzung" war, daran lässt die Darstellung von „Alba" sowie der Staatssicherheit kaum Zweifel, die Vorbereitung einer terroristischen Straftat in West-Berlin unter Hinzuziehung des M.-I. S.

Nachdem das Volksbüro am Dienstag, dem 25. März 1986, von „einem geplanten Anschlag Abstand genommen" hatte, reisten am Folgetag J. Ch., M.-U. A. E., „Orient 2" alias KP „Orient 2", „Orient 3" und eine Person Namens „Abed", das heißt „Ast 1" alias M. al O., mit einem libyschen Botschaftsfahrzeug sowie einem weiteren, mit West-Berliner Zollkennzeichen versehenen Auto von Ost- nach West-Berlin und trafen sich in einer Wohnung mit drei weiteren Personen: den beiden bekannten Kontakten I. M., M.-I. S. alias Abu Ahmad sowie IM „Walid" alias Salam Hadba; anwesend war zudem auch Ali Chanaa alias IM „Alba"[903].

899 So BStU, MfS, HA XXII, 5550, Einschätzung, September 1986, Bl. 81 f.

900 Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, Abt. II, 680, Operativ-Information, 11. 10. 1985, Bl. 139 f.

901 Vgl. ebd., Bl. 139; BStU, MfS, HA II, 32876, Kurzauskunft, 01. 08. 1986, Bl. 3.

902 So BStU, MfS, BV Berlin, Abt. II, 680, Operativ-Information, 11. 10. 1985, Bl. 139 f.

903 Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 38 f.; BStU, MfS, HA II, 32876, Kurzauskunft, 01. 08. 1986, Bl. 3. Das Zollkennzeichen des zweiten Fahrzeuges lautete entweder 244-Z-5030 o. 244-Z-8040. Laut den dem MfS mitgeteilten Erkenntnissen des sowjetischen Geheimdienstes, die die Staatssicherheit mit der Aktennotiz „stimmt" bestätigte, war „Orient 2" der Halter eines schwarzen Mercedes mit dem Zollkennzeichen 244-Z-5030, u. dieses Auto wurde von den ehemaligen Mitgliedern der Gruppe „Orient" im März u. Anfang April 1986 dazu genutzt, um Fahrten zwischen Ost- u. West-Berlin zur Unterstützung der antiamerikanischen Anschlagspläne Libyens durchzuführen. IM „Alfredo", der engste Kontakte zur ehemaligen Gruppe „Orient" unterhielt, war dabei diverse Male Fahrer dieses Mercedes. Laut persönlicher Mitteilung des stellv. Ministers für Staatssicherheit, Gerhard Neiber, an Erich Mielke, sollte dieses Auto Ende April 1986 weiterverkauft wer-

Während des Gespräches – so die Hauptabteilung II, gestützt auf die Erkenntnisse ihrer eigenen Quelle „Alba“ sowie Informationen des E. und möglicherweise auch des „Walid“ – sei es zu der Festlegung gekommen, einen Sprengstoffanschlag auf eine Diskothek zu verüben, wobei drei mögliche Ziele in Betracht gezogen wurden: das „Nashville“ am Breitenbachplatz in Berlin-Dahlem, das „La Belle“ an der Hauptstraße in Berlin-Friedenau und das „Starlight“ an der Goerzallee in Berlin-Lichterfelde[904]. Im späteren MfS-Bericht der Hauptabteilung II heißt es: „Die beteiligten Personen [„Alba“, „Walid“, E., Ch., „Orient 2“, „Orient 3“, „Ast 1“, M. und S.] einigten sich [am Abend des 26. März 1986] darauf, dass für einen Anschlag die Diskothek ‚La Belle‘ am geeignetsten sei. Ausschlaggebend dafür war der Auftrag, dass die Bedingungen für den Rückzug der Attentäter über eine GÜST [Grenzübergangsstelle] zur Hauptstadt der DDR als am günstigsten angesehen wurden.“[905]

Noch an jenem Mittwoch, dem 26. März 1986, soll es zu einem ersten Anschlagsversuch gegen die Diskothek „La Belle“ gekommen sein. Dieser wurde allerdings abgebrochen, da „von den genannten Personen [„Alba“, „Walid“, E., Ch., „Orient 2“, „Orient 3“, „Ast 1“, M. und S.] am 26. 3. erhöhte Sicherheitsmaßnahmen der Westberliner Polizei in Umgebung des Zielobjektes festgestellt“ wurden[906]. Aus diesem Grund nahmen „sie von dem für diesen Tag beabsichtigten Anschlag Abstand und kehrten in die Hauptstadt der DDR zurück.“[907] Der Anschlagsversuch vom 26. März wird unter anderem im späteren Eröffnungsbericht

den. Das Zollkennzeichen 244-Z-8040 gehörte zu einem Auto, das IM „Alba“ alias Ali Chanaa fuhr. Dieses Fahrzeug wurde Anfang Juni 1986 „einem Araber wohnhaft in Berlin-Pankow“ verkauft, vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1, Vertrag, 09. 06. 1986, Bl. 192; BStU, MfS, HA II, 4802, Schreiben Gerhard Neibers an Erich Mielke, 15. 04. 1986, Bl. 221 f.; BStU, MfS, HA II, 26622, Übersetzung aus dem Russischen, o. D., ca. 15. 06. 1986, Bl. 13; BStU, MfS, AOPK, 1220/87, Bericht, 27. 01. 1986, Bl. 9–12; BStU, MfS, HA II, 26622, Bericht, 20. 06. 1986, Bl. 15; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 1/2, Bericht, 14. 03. 1986, Bl. 124; BStU, MfS, HA II, 27637, Hinweise für die Kontrolltätigkeit, o. D., ca. April 1986, Bl. 40. Nach Auskunft des Hauptzollamts Berlin vom 14. 08. 2012 existieren keine Unterlagen mehr, die Auskunft über 1986 vergebene Zollkennzeichen bzw. damalige Fahrzeughalter geben.

904 Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 38; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Lux“, 27. 01. 1987, Bl. 17 f.; BStU, MfS, HA II, 4618, Operativ zu beachtende Feststellungen, 05. 04. 1986, Bl. 4. Vgl. BStU, MfS, HA II, 4618, Bl. 7, für die Kopie der Notizen von E., in denen das „Starlight“ als „Stardust“ bezeichnet wird.

905 So BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 38 f. Die Distanz zwischen den Diskotheken u. der in jedem Fall immer gleichen, nächstgelegenen Grenzübergangsstelle nach Ost-Berlin, der Heinrich-Heine-Straße, betrug beim „Nashville“, rd. 11 km, in etwa 15 Autominuten Fahrzeit. Das „Starlight“ lag ca. 17 km von der Heinrich-Heine-Straße entfernt, die geschätzte Fahrzeit hätte mind. 20 Min. betragen. Vom „La Belle“ waren es 8 km bis an die Grenzübergangsstelle, eine Distanz, die per Auto in weniger als 10 Min. zurückgelegt werden konnte.

906 So BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 38 f.

907 So ebd. Vgl. auch BStU, MfS, HA II, 4618, Reisetätigkeit des [M. O. A. E.], 05. 04. 1986, Bl. 4.

des OV „Lux“ bestätigt[908]. Der Rücktransport der Waffen und des Sprengstoffs sei am 27./28. März erfolgt, wobei alles im Libyschen Volksbüro eingelagert worden sei[909]. Im April 1986 befanden sich nach Erkenntnissen der Staatssicherheit auf dem Gelände der Botschaft Libyens in der DDR in Obhut des Geheimdienstmitarbeiters A. K. mehr als 30 Kilogramm Sprengstoff[910].

Der zitierte Bericht der Hauptabteilung II hebt weiter hervor: „Im Rahmen der im Auftrag des MfS erfolgten teilweisen unmittelbaren Beteiligung des IMB ‚Alba‘ an vorgenannten Aktivitäten wurde bekannt, dass der Terroranschlag auf die Diskothek ‚La Belle‘ [am 26. März 1986] durch nachgenannte Personen ausgeführt werden sollte: 1. [M.-I. S.], 2. [BStU-anonymisiert], 3. [A.-J. H.; alias „Orient 3“], 4. [BStU-anonymisiert].“[911] Dieselbe Quelle, das heißt ein identisches Dokument, ist als Zweitablage sowohl in der Akte HA II 4782 als auch HA II 32886 enthalten, wobei in dem letztgenannten Band alle vier Namen nicht anonymisiert genannt werden[912]. Demnach handelte es sich bei den Zweit- und Viertgenannten um Salam Hadba alias IM „Walid“ und Benali Mohammed Suliman alias „Ast 1“ alias Abed alias Mohammed Toman alias M. al O.[913].

Laut Darstellung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR beteiligten sich folglich am 25. sowie am 26. März 1986 eine Kontaktperson des MfS, Deckname „Orient 2“, und zwei Inoffizielle Mitarbeiter, „Alba“ und „Walid“, an der konkreten Vorbereitung eines Anschlags gegen die Vereinigten Staaten im amerikanischen Sektor von Berlin, wobei IM „Walid“ am 26. März als mutmaßlicher Attentäter auftrat und IM „Alba“ im Auftrag des MfS Unterstützung leistete; sowohl am 25. als auch am 26. März 1986 war IM „Alba“ alias Ali Chanaa, so das

908 Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Lux“, 29. 01. 1987, Bl. 18. E., J. Ch. u. „Orient 2“ hielten sich am 26. 03. 1986 nach Erkenntnissen des MfS zugleich in West-Berlin auf u. waren getrennt mit zwei Fahrzeugen, u. a. eines der libyschen Mission in Ost-Berlin, ausgereist, vgl. BStU, MfS, HA II, 4618, Operativ zu beachtende Feststellungen, 05. 04. 1986, Bl. 3; BStU, MfS, HA II, 4618, Reisetätigkeit des [M. O. A. E.], 05. 04. 1986, Bl. 4.

909 So BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 39.

910 Vgl. ebd.; BStU, MfS, HA XXII, 1182, Schreiben Gerhard Neibers an Erich Mielke, o. D., ca. August 1986, Bl. 17.

911 So BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 39 f. Das Magazin „Der Spiegel“ veröffentlichte 1990 einen Artikel, der Zitate aus diesem Dokument enthielt. Zitiert wurden dabei die Angaben zu den Ereignissen am 25. 03. u. 26. 03. 1986, jedoch nicht der Satz aus der Originalakte, der beginnt mit „Im Rahmen der im Auftrag des MfS erfolgten unmittelbaren Beteiligung des IMB ‚Alba‘ an vorgenannten Aktivitäten“. Auch konnte seinerzeit noch nicht der Zusammenhang zwischen „Alba“ u. Ali Chanaa hergestellt werden, vgl. Bomben von Derwisch, in: Der Spiegel, 29/1990, S. 22–25.

912 Vgl. BStU, MfS, HA II, 32886, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 20 f.; BStU, MfS, HA II, 4782, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 104 f., die Bl. 108–165, die unmittelbar im Anschluss an diese zitierte Stelle folgen, wurden 1998 vom BStU als VS-Vertraulich eingestuft u. konnten nicht eingesehen werden. Staadt, Hauptabteilung XXII, S. 433 f., zitiert zwar die erwähnte Passage aus Akte HA II, 32886, gibt aber weder die Klarnamen der IM noch eine Quelle an u. stellt Gesamtzusammenhänge inadäquat dar.

913 Vgl. BStU, MfS, HA II, 32886, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 22 f.

zitierte Dokument der Staatssicherheit, „im Auftrag des MfS“ an den „vorgenannten Aktivitäten“ – also dem Anschlagsversuch mittels Maschinenpistolen und Handgranaten gegen eine US-Kaserne, ein Hauptquartier oder ein Krankenhaus und dem am Folgetag geplanten ersten Sprengstoffanschlag auf die Diskothek „La Belle“ – „unmittelbar“ beteiligt. Diese „teilweise unmittelbare Beteiligung“ des Ali Chanaa bedeutete, so hielt es das MfS in unterschiedlichen Akten fest, dass IM „Alba“ weisungsgemäß den Transport von Waffen und Sprengstoff unterstützte, Kenntnis über ein Depot der Attentäter in der West-Berliner Wohnung des I. M. besaß, die Ziele potenzieller Anschläge mit festlegte und Einfluss auf Art und Durchführung der Tat ausübte[914]. Das MfS bezeugt somit glaubhaft sowohl seinen eigenen Tatbeitrag als auch den des IM „Alba“.

Dass die beiden Anschläge vom 25. und 26. März scheiterten, hatte nichts mit einem Eingreifen der Staatssicherheit zu tun, sondern war auf anderweitige Umstände zurückzuführen. Jeder der beiden Versuche, an dem sich IM „Alba“ im Auftrag des MfS unmittelbar beteiligte, sollte durchgeführt werden. So hielt es das Ministerium für Staatssicherheit schriftlich fest. Aus den entsprechenden Aktenbelegen geht hervor, dass die beschriebenen Handlungen nicht dem Ausspähen von Tatorten dienten und an beiden Tagen Waffen mitgeführt wurden, um einen terroristischen Anschlag auszuführen. Erich Mielkes Ministerium nahm, so die eigene, schriftlich niedergelegte Darstellung des MfS, nicht nur billigend in Kauf, dass Ende März 1986 Anschläge in West-Berlin gegen die Vereinigten Staaten im Osten der Stadt vorbereitet wurden, sondern die Staatssicherheit gab mindestens einem Mitglied dieser terroristischen Zelle Aufträge. Darüber hinaus führte das MfS noch eine weitere Kontaktperson und einen zweiten IM in der Gruppe, den man am 26. März weder abzog noch ihm verbot, sich an den libyschen Plänen zu beteiligen: IM „Walid“. Dieser war sogar beim versuchten ersten Sprengstoffanschlag auf die Diskothek „La Belle“ mutmaßlich einer von vier Attentätern.

Erst mit dem dritten Anschlagsversuch stellte sich der von Libyen beabsichtigte Erfolg ein. Am Morgen des 5. April 1986 detonierte in der unter amerikanischen Soldaten beliebten Diskothek „La Belle“ ein Sprengsatz und tötete zwei Personen unmittelbar, über 220 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt[915]. Ein amerikanischer Soldat verstarb wenig später im Krankenhaus[916]. Zum Tatzeitpunkt die-

[914] Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Lux“, 29. 01. 1987, Bl. 18; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Auskunftsbericht, 11. 08. 1988, Bl. 262; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 37–39. Vgl. auch insb. die Übersichten in: BStU, MfS, HA II, 32883, Bl. 160–162, dargestellt werden hier u. a. die personelle Verflechtung von „Orient“ u. der libyschen Attentatszelle, insb. die Involvierung des „Ast 1“. Außerdem vermerkt das MfS hinter der Person IM „Alba“ alias Ali Chanaa: „Kenntnis, Waffentransport Lager [I. M.] 26. 3. 86“. In einem Vermerk des MfS heißt es im Hinblick auf die Tatbeteiligung des M.: „M. war an Aufklärungshandlungen von US-Militäreinrichtungen in Westberlin beteiligt. Zeitweilig waren in seiner Wohnung Waffen gelagert, die im Auftrag des Volksbüros [Libyens] bei terroristischen Aktionen in Westberlin eingesetzt werden sollten“, so BStU, MfS, HA II, 32876, Kurzauskunft, 01. 08. 1986, Bl. 3.

[915] Vgl. Zwei Tote bei Bombenanschlag in Friedenau, in: Der Tagesspiegel, 06. 04. 1986, S. 1.

[916] Vgl. „La Belle“-Anschlag fordert weiteres Menschenleben, in: Der Tagesspiegel, 08. 06. 1986, S. 1.

ses zweiten Anschlags auf das „La Belle“ befanden sich – wie aus Informationen des MfS und dem späteren Gerichtsverfahren hervorgeht – Ali Chanaa alias IM „Alba“, M.-U. A. E., A. K. und J. Ch. in der „Hauptstadt“ der DDR. Alle vier Personen reisten laut entsprechenden Vermerken der ostdeutschen Grenzposten am 4. April 1986 bis 23:45 Uhr aus dem Westen kommend in Ost-Berlin ein[917]. Dort hielt sich Ch. nach Erkenntnissen des MfS zwischen 00:45 Uhr und 02:00 Uhr am Samstag, dem 5. April, gemeinsam mit „Alba“ und E. in seiner Wohnung auf[918]. Er nahm während dieser Zeit zwei Anrufe aus West-Berlin entgegen, in denen ihm mitgeteilt wurde, dass es „noch nicht geklappt“ habe[919]. Erst gegen 05:00 Uhr, so die Hauptabteilung II, sei Ch. durch die RIAS-Nachrichten davon in Kenntnis gesetzt worden, dass der Bombenanschlag auf das „La Belle“ stattgefunden habe[920]. Daraufhin habe Ch. den K. informiert und aufgefordert, sich zur Tat zu bekennen[921]. Ch. schlug vor, sich sofort im Interhotel „Berolina“ zu treffen, um von dort aus telefonisch eine entsprechende Nachricht abzusetzen[922]. Noch vor 06:00 Uhr trafen sich Ch., K., E. und „Alba“ im Interhotel und riefen über den Hausapparat in West-Berlin zuerst bei der Polizei und im Anschluss bei einer Zeitungsredaktion an, wobei E. im Namen einer fiktiven arabischen Gruppe die Verantwortung für den Bombenanschlag übernahm[923].

Ali Chanaa alias IM „Alba“ blieb bis zum 7. April 1986 in Ost-Berlin[924]. Nachdem seine Frau Verena Chanaa alias IM „Petra Müller“ am selben Tag darum gebeten hatte, Ali Chanaa möge zu ihr nach West-Berlin kommen, wurde „Alba“ intensiv auf eine „Konfrontation mit gegnerischen Sicherheitsorganen“ vorbereitet[925]. Das MfS unterwies seine Quelle, bevor sie ausreisen durfte, dahingehend, dass Ali Chanaa aussagen solle, er habe am 4. April bis 19:00 Uhr gearbeitet, sei anschließend in seine West-Berliner Wohnung gefahren und „gegen 23:00 Uhr

[917] E. war nach Darstellung des MfS derjenige aus der Gruppe um Ch., der als Letzter gegen 23:45 Uhr am 04. 04. 1986 wieder nach Ost-Berlin einreiste. Ch. passierte gemäß den Angaben des MfS um 20:45 Uhr die Grenzübergangsstelle, um nach West-Berlin zu gelangen, u. kehrte um 22:48 Uhr in Begleitung von IM „Alba“ zurück. Unter Berücksichtigung der Fahrtzeiten könnten sich Ch. u. „Alba“ bis 22:30 Uhr in der Wohnung bei Verena Chanaa aufgehalten haben, vgl. BStU, MfS, HA II, 4618, Operativ zu beachtende Feststellungen, 05. 04. 1986, Bl. 3; BStU, MfS, HA XXII, 20171, Tabellarische Übersicht, o. D., Bl. 482; BStU, MfS, HA II, 32887, Operativ-Information, 05. 04. 1986, Bl. 19. Es ist nicht bekannt wo sich u. a. IM „Alfredo“, IM „Walid“, I. M. sowie M.-I. S. am Abend des 04. 04. 1986 aufhielten. Außerdem ließen sich in den Unterlagen des MfS keine Aussagen dazu finden, wo sich „Alba“ u. Ch. zwischen ihrer Wiedereinreise nach Ost-Berlin am 04. 04. 1986 gegen 22:50 Uhr u. um 00:45 Uhr am 05. 04. 1986 aufhielten bzw. wo E. zwischen 23:45 Uhr u. 00:45 Uhr gewesen ist.

[918] Vgl. BStU, MfS, HA II, 32887, Operativ-Information, 05. 04. 1986, Bl. 19 f.

[919] Vgl. ebd.

[920] Vgl. ebd.

[921] Vgl. ebd., Bl. 20.

[922] Vgl. ebd.

[923] Vgl. ebd.

[924] Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1, Vermerk, 08. 04. 1986, Bl. 172 f. Nach Darstellung des MfS reiste J. Ch. am 05. 04. 1986 um 15:25 Uhr nach West-Berlin aus u. kehrte fünf Minuten später zurück, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 20171, Tabellarische Übersicht, o. D., Bl. 482.

[925] Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1, Vermerk, 08. 04. 1986, Bl. 172 f.

über die GÜST Friedrichstraße [anonymisiert] in die DDR eingereist, darüber ist die Ehefrau [Verena Chanaa] informiert, führen moderne Ehe, wollen sich nicht trennen. […] Von dem Terroranschlag Disko ‚La Belle‘ habe er in den Medien der BRD gehört, verabscheut Formen des Terrors mit diesen Opfern, obwohl er kein Freund der USA ist, kennt auch Ch. [J. Ch.] noch aus dem Libanon, als Kind schon flüchtig gekannt, bei flüchtigen Zusammentreffen trinkt man auch mal eine Tasse Kaffee, kein stabiler Kontakt.“[926] Weiter hieß es: „Bei Vorhaltungen, dass sich in diesem Personenkreis [um J. Ch./PFLP-GC/„Orient“] offensichtlich die Attentäter befinden, alles abstreiten. […] Auf den Vorhalt der Zusammenarbeit mit dem MfS ablehnend reagieren, nicht einschüchtern lassen, […] nicht verunsichern lassen, […] auch bei Drohung mit einer eventuellen Ausweisung nicht weich werden. […] In nächster Zeit nicht mit dem Kreis um Ch. zusammentreffen, keine Telefongespräche, auch zur Ehefrau [Verena Chanaa alias IM „Petra Müller“] schweigen, in der Wohnung keine Gespräche über Libyen, den Terroranschlag, Zusammenarbeit mit dem MfS, u. a.“[927]

Das Landgericht Berlin verurteilte im November 2001 J. Ch., M.-U. A. E., Ali Chanaa alias IM „Alba“ und dessen Ehefrau, Verena Chanaa alias IM „Petra Müller“, zu hohen Haftstrafen, da es das Gericht als erwiesen ansah, dass alle vier Personen für den Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in der Nacht vom 4. auf den 5. April 1986 verantwortlich waren; Verena Chanaa wurde als Haupttäterin des dreifachen Mordes und 104-fachen Mordversuches schuldig gesprochen und zu 14 Jahren Haft verurteilt[928]. Sie soll, nachdem Ali Chanaa, E. und Ch. ihre Wohnung am 4. April 1986 gegen 22:30 Uhr verlassen hatten, den zuvor gemeinsam präparierten Sprengsatz in Begleitung der ihr verwandtschaftlich nahestehenden A. H. in das „La Belle“ transportiert haben. Nachdem beide Frauen sich mehrere Stunden in der Diskothek aufgehalten hatten, soll Verena Chanaa anschließend die Bombe in der Nähe des Bartresens abgelegt, den Zündmechanismus aktiviert und das „La Belle“ gemeinsam mit Frau H. wieder verlassen haben. Die Explosion erfolgte am Samstag, den 5. April 1986 gegen 01:45 Uhr[929]. Verena Chanaa selbst sagte im Verfahren aus, sie habe sich lediglich dazu bereit erklärt, eine Tasche in die Diskothek zu bringen, um sie dort zu übergeben beziehungsweise abzustellen, da von der Gruppe um Ch. angenommen worden sei, dass sie als Frau unauffälliger als ein Mann mit einer solchen Tasche in das „La Belle“ gelangen könnte. Einen Zündmechanismus habe sie nicht in Betrieb gesetzt[930].

Im Laufe der Verhandlung konnte trotz erheblicher Bemühungen nicht zweifelsfrei geklärt werden, warum umfassende Sicherungsmaßnahmen sowie nachrichtendienstliche Aufklärungsarbeit nicht verhindern konnten, dass erkannte

[926] So ebd., Bl. 173. Diese Instruktion des „Alba“ seitens des MfS am 08. 04. 1986 wurde im „La Belle“-Prozess nicht thematisiert, vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil.

[927] So BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1, Vermerk, 08. 04. 1986, Bl. 173 f.

[928] Vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 5, 347–370. Mechthild Küpper: Hohe Haftstrafen im La-Belle-Prozess, in: FAZ, 14. 11. 2001, S. 1, 8.

[929] Vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 56 f.

[930] Vgl. ebd., S. 209–211, sowie die Angaben auf S. 44 über die Praxis der Einlasskontrolle des „La Belle“.

Verdächtige nach West-Berlin einreisten, und welche der in der Wohnung Verena Chanaas am Abend des 4. April 1986 anwesenden Personen den Sprengsatz letztlich zusammengesetzt hatten[931]. Auch wurde nicht bewiesen, dass die libysche Regierung Auftraggeber dieses Anschlags auf die Diskothek „La Belle" war[932]. Der Richter des Landgerichts rügte besonders, dass bundesdeutsche und amerikanische Sicherheitsbehörden dem Gericht nur sehr wenige der ihnen vorliegenden Erkenntnisse zum Hintergrund der Tat mitgeteilt hatten[933]. Im Juni 2004 verwarf der Bundesgerichtshof die von der Staatsanwaltschaft, Nebenklage und den Angeklagten Verena Chanaa, Ali Chanaa, J. Ch. sowie M.-U. A. E. beantragte Revision, damit wurde das Urteil des Landgerichts von 2001 rechtskräftig. Auch der Bundesgerichtshof verwies ausdrücklich auf die „schwierige Beweis- und Rechtslage", die unter anderem dazu führte, dass die gegen die vier verurteilten Täter verhängten Freiheitsstrafen zeitlich befristet wurden[934].

Nach Einsicht des OV „Orient" und Auswertung des Operativvorgangs „Lux", in dem die Personen J. Ch., M.-U. A. E. und A. K. „erfasst" wurden – sein Deckname geht auf die umgangssprachliche Bezeichnung von Ch. als „Nuri" zurück, abgeleitet vom arabischen Substantiv *nūr* (نور), „Helligkeit" –, wird offenbar, wie detailliert die Staatssicherheit über die geplanten antiamerikanischen terroristischen Anschläge informiert war und auf welche Weise sie Ali Chanaa alias IM „Alba" gezielt an den innersten Kern der libyschen Zelle heranführte, um ihn dort mitagieren zu lassen[935]. Anders als bisher bekannt, informierte IM „Alba" seinen Führungsoffizier nicht erst wenige Stunden vor der Explosion in der Diskothek

931 Ende März 1986 wurde J. Ch. kurzzeitig am Checkpoint Charlie von den Alliierten aufgehalten. Trotz Vorliegen eines gültigen Haftbefehls des AG Berlin-Tiergarten, Az 351 Gs 2726/84, gegen ihn u. der Identifizierung seiner Person wurde Ch. nicht festgenommen, vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 22; Polizei ließ einen mordverdächtigen Libyer laufen, in: Berliner Morgenpost, 12. 04. 1986, S. 1.

932 Vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 240–248.

933 Vgl. Mechthild Küpper: Hohe Haftstrafen im La-Belle-Prozess, in: FAZ, 14. 11. 2001, S. 8. Vgl. auch Trapp, State Responsibility, S. 237. Es ist nicht bekannt, ob die Aktenteile BStU, MfS, HA II, 4782, Bl. 108–165, von der BStU 1998 als VS-Vertraulich eingestuft, dem Gericht vorlagen.

934 Vgl. BGH, Pressemitteilung 73/2004, 24. 06. 2004; BGH, Beschluss 5 StR 306/03.

935 Das Wort *nūrī* (نوري) wird auf Arabisch als Adjektiv gebraucht u. hat im Deutschen die Bedeutung von leuchtend u. strahlend, vgl. Wehr, Arabisches Wörterbuch, S. 1327. Zum Aliasnamen des Ch. u. den Bezug zum OV „Lux" vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Lux", 29. 01. 1987, Bl. 15; BStU, MfS, HA II, 4698, Vorschlag zur Kontaktaufnahme, 10. 08. 1987, Bl. 110. Der Zusammenhang zwischen Nuri u. dem OV „Lux" ergibt sich auch aus einer nachträglichen Randbemerkung auf einer Information des MfS vom 08. 12. 1984. Dort steht neben dem Namen J. Ch.: „OAM ‚Nuri'". Das bedeutet, dass das MfS den Aliasnamen von Ch. bereits zur Bezeichnung des „operativen Ausgangsmaterials", das formell-bürokratisch die Grundlage des späteren OV war, verwendete, vgl. BStU, MfS, HA II, 18655, Information, 08. 12. 1984, Bl. 40. Vgl. auch Bomben von Derwisch, in: Der Spiegel, 29/1990, S. 23–25; Suckut, Wörterbuch, S. 273, 276f. Nach Angaben des BStU wurde der OV „Lux" erstmals im Rahmen dieser Studie zur Einsicht gemäß § 32 StUG beantragt. Teile der Aktenbestände des OV „Lux" mussten aus geheimschutzbedürftigen Gründen gesperrt bleiben u. konnten nicht eingesehen werden.

„La Belle“; zumal die amerikanische Regierung der DDR und der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin bereits am 27. März 1986 per offizieller Note fünf Namen von mutmaßlichen Attentätern, unter anderem auch den des Ch., mitgeteilt hatte, die im Libyschen Volksbüro arbeiten sollten und Anschläge auf die USA in West-Berlin planten, woraufhin weder das MfS noch die Sowjetunion reagierten, da sie angeblich keine Erkenntnisse besaßen, dass Libyen derartige Angriffe vorbereitete[936]. OV „Orient“ und OV „Lux“ machen deutlich, dass die Staatssicherheit grundsätzlich seit Anfang des Jahres 1986 über die Vorbereitung antiamerikanischer Angriffe informiert war und die libysche Anwerbung der aufgelösten Gruppe „Orient“ exakt beobachtete. Dabei führte das MfS ein Mitglied von „Orient“ als Kontaktperson und positionierte fast ein Dutzend weitere inoffizielle Quellen im Umfeld der Zelle, die Informationen beschafften und auch im Auftrag Libyens

[936] Moskau gab den Inhalt der US-Stellungnahme gegenüber der DDR wie folgt wieder: „Am 27. März d. J. fand ein Gespräch mit dem Stellvertreter des politischen Beraters der USA-Administration in West-Berlin […] und dem Chef des Protokolls […] auf deren Bitte hin statt. In den Gesprächen teilten die Amerikaner mit, dass nach ihnen vorliegenden glaubwürdigen Angaben sich in der Hauptstadt der DDR aufhaltende libysche Bürger terroristische Aktionen gegen amerikanische Objekte in West-Berlin planen […]. Sie wandten sich in diesem Zusammenhang an die sowjetische Botschaft mit der Bitte, die erforderlichen Maßnahmen zu erlassen“, so BStU, MfS, HA II, 32887, Übersetzung aus dem Russischen, 27. 03. 1986, Bl. 13. Die US-Regierung hielt in einer späteren Protestnote vom 05. 04. 1986 fest, die USA hätten „am 27. März den Botschaftsrat der sowjetischen Botschaft bei einem Treffen in der sowjetischen Botschaft über drohende Angriffe von Mitgliedern des libyschen Volksbüros im sowjetischen Sektor Berlins“ in Kenntnis gesetzt, so BStU, MfS, HA II, 32887, Non-Paper, 05. 04. 1986, Bl. 22. Gegenüber dem MfAA erklärte der US-Botschafter in Ost-Berlin gemäß ostdeutschem Protokoll am 27. 03. 1986, dass der US-Regierung Hinweise vorlägen, „dass die Botschaft Libyens in der DDR bei feindseligen Aktivitäten gegen die USA in Westeuropa und möglicherweise auch in Westberlin eine aktive Rolle spiele“. Er bat daher im Namen der US-Administration um verstärkte Sicherungsmaßnahmen. Das MfAA sagte diesbezüglich zu, dass man „entsprechend der Bitte des Botschafters die erforderlichen Maßnahmen veranlassen“ werde. Außenminister Fischer setzte Erich Mielke noch am 27. 03. 1986 von diesem Gespräch in Kenntnis u. schrieb zudem: „Ich schlage vor, dem Ersuchen der USA-Botschaft zu entsprechen und die Schutzmaßnahmen in nichtdemonstrativer Weise zu verstärken“, so BStU, MfS, HA II, 3966, Schreiben Oskar Fischers an Erich Mielke, 27. 03. 1986, Bl. 139. Vgl. auch BStU, MfS, HA II, 3966, Kurzauskunft, o. D., Bl. 10; BStU, MfS, HA II, 3966, Vermerk, 27. 03. 1986, Bl. 140 f.; BStU, MfS, HA II, 16601, Konsultationen, 16. 05. 1986, Bl. 67; BStU, MfS, HA II, 16601, Vermerk, 06. 04. 1986, Bl. 1; AAPD, 1986, Dok. 87, Gesandter Wallau, Washington, an das AA, 27. 03. 1986, S. 480 f.; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 433 f. In amerikanischen Medien hieß es unter anderem: „On March 27, sources say, American diplomats took the unusual step of informing the East German and Soviet authorities that American intelligence had indicated that a Libyan terrorist action was imminent in West Berlin. At that time, the East Germans took no discernible action“, so James M. Markham: U.S. Reported to Tell Russians of Berlin Plot, in: NYT, 20. 11. 1986, S. A1 f. Vom State Department in Washington „einbestellt“ worden war am 27. 03. 1986 zudem der DDR-Geschäftsträger, um diesem die sicherheitspolitischen Bedenken der amerikanischen Regierung mit Blick auf die Tätigkeit des Libyschen Volksbüros in Ost-Berlin mitzuteilen. Die Reagan-Administration intervenierte an jenem Tag folglich auf diversen Ebenen zeitgleich diplomatisch, vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 641, Bericht, 08. 04. 1986, Bl. 2037.

sowie in Kooperation mit der PFLP-GC sowie „Orient" konkrete terroristische Pläne forcierten[937]. Die Hauptabteilung II verfügte darüber hinaus mit „Alba", „Walid" und „Petra Müller" über drei IM, die Zugang zum innersten Kern dieser Gruppe hatten, sodass Erich Mielkes Ministerium seit dem 27. März vom Ziel „La Belle" Kenntnis besaß. Es instruierte „Alba" eigens beziehungsweise hatte ihn bereits instruiert, sich im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit an allen Vorbereitungen von terroristischer Gewalt gegen die USA in West-Berlin zu beteiligen. Diese Beauftragung von Ali Chanaa hatte unter anderem zur Folge, dass IM „Alba" im März 1986 an zwei antiamerikanischen Anschlagsversuchen unmittelbar auf Weisung des MfS mitwirkte. Nach wiederholter Aussage der Hauptabteilung II bedeutete dies unter anderem die Unterstützung beziehungsweise Beteiligung „Albas" am Transport von Waffen und Sprengstoff nach West-Berlin; IM „Alba" war ferner ebenso wie IM „Walid" zu dem Zeitpunkt anwesend, als sich die Gruppe um J. Ch. am Abend des 26. März 1986 auf die Diskothek „La Belle" als Anschlagsziel festlegte[938]. Da die Hauptabteilung II „Alba" auch vor dem ihr bekannten Anschlagsversuch am 4. April nicht abzog beziehungsweise die libysch kontrollierte Gruppe nicht festnahm, ist davon auszugehen, dass er sich im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR auch am dritten Versuch, dem erfolgreichen Abschluss der Tat, beteiligte[939]. Ob Salam Hadba alias IM „Walid"

[937] Die Mehrzahl der MfS-Quellen führte die BV Berlin, vgl. IM „Abbas" (BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5181/91); IM „Achmed" (BStU, MfS, AIM, 12231/89); IM „Alba" (BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91); IM „Alfredo" (BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91); IM „Anni" (BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 2511/85); IM „Dani" (BStU, MfS, AIM, 337/91); KP „Faysal"; IM „Oma" (BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 1299/88); IM „Petra Müller" (BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89); IM „Tosca" (BStU, MfS, AIM, 156/91); IM „Walid" (BStU, MfS, AIM, 9751/91); IM „Wolf" (BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5618/91). Zu beachten ist zudem Frau A. K., deren IM-Tätigkeit – laut Darstellung des Gerichts im „La Belle"-Prozess sowie der Aussage ihres ehemaligen Führungsoffiziers des MfS vor Gericht – eine Tatsache ist. Frau K. unterhielt laut Angaben der Staatssicherheit 1985/86 engste Kontakte zur Gruppe „Orient"; in den MfS-Akten wird ihre Erfassung bei der BV Frankfurt/Oder bestätigt. Gemäß Auskunft des BStU vom 30. 05. 2013 bzw. 10. 06. 2013 gibt es jedoch weder Akten zu Frau K. noch war sie IM des MfS. Zu K. vgl. BStU, MfS, HA II, 4802, Abschlussbericht zum OV „Orient", 26. 08. 1989, Bl. 132, 135; LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 320. Auch wenn er als Person genannt wird, vernachlässigt das Urteil des LG Berlin die IM-Tätigkeit von Salam Hadba alias IM „Walid" sowie die Rolle der weiteren wichtigen MfS-Quellen „Alfredo", „Wolf", „Dani", „Tosca", „Achmed", „Oma", „Anni" u. „Faysal", vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 320, 325. Vgl. auch BGH, Beschluss 5 StR 306/03, S. 6–29. Unbeachtet geblieben ist bisher außerdem die zentrale Rolle von Muhammad Amin Askari alias IM „André" alias KP „Asta" alias KP „Anton". Vgl. hierzu die Unterlagen in: BStU, MfS, AIM, 2064/91, Bd. 2/1, 2/2, 3/3; BStU, MfS, AIM 1425/91, Bd. 1/1, 1/2, 1/3, 2/4; BStU, MfS, HA II, 22850; BStU, MfS, HA II/13, 1230.

[938] Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Lux", 29. 01. 1987, Bl. 18; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Auskunftsbericht, 11. 08. 1988, Bl. 262; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Zusammenfassender Stand der Erkenntnisse, 29. 01. 1987, Bl. 37–39; BStU, MfS, HA II, 32883, Übersichten, Bl. 160–162.

[939] Noch Mitte des Jahres 1986 erklärte das MfS: „Das bestehende Vertrauensverhältnis [gegenüber Ch., K. u. E.] führte zu einer Einbeziehung des IM [„Alba" alias Ali Chanaa] in Vorbereitungshandlungen für terroristische Aktivitäten der libyschen Botschaft gegen US-Einrichtungen in West-Berlin, der Übermittlung von Kenntnissen zum realisierten Anschlag auf die Disko ‚La Belle' in West-Berlin, der Lagerung von Waffen und

und Verena Chanaa alias IM „Petra Müller“ in ähnlicher Form Aufträge oder Weisungen des MfS erhielten wie Ali Chanaa alias IM „Alba“, ist unbekannt. In den eingesehenen Akten des MfS wurden solche Maßnahmen zumindest nicht festgehalten. Es konnte allerdings auch kein Beleg dafür gefunden werden, dass die Staatssicherheit „Walid“ und „Petra Müller“ untersagte, antiamerikanische Anschläge zu begünstigen. Auch ist bisher nicht zu belegen, dass man seitens des MfS versuchte, die beiden IM aus der Zelle um J. Ch. zu entfernen.

Im Hinblick auf „Petra Müller“ ist zu beachten, dass die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin, die Frau Chanaa als Quelle führte, zwischen Anfang 1985 und Ende desselben Jahres die Arbeitsweise, Loyalität und Motivation der IM „Petra Müller“ für die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit gezielt auf die Probe stellte[940]. Das MfS gelangte schließlich im Januar 1986 zu dem Urteil, dass „der IM bereit ist, auch unter Zurückstellung persönlicher Belange […] kurzfristig Aufträge des MfS zu übernehmen und entsprechende Instruierung zu erfüllen. Im Ergebnis aller Überprüfungen kann festgestellt werden, dass es sich bei dem IMS ‚Petra Müller‘ um eine ehrliche und zuverlässige IM handelt, die übertragene Aufgaben entsprechend der Instruierung und mit hoher persönlicher Einsatzbereitschaft – auch unter Zurückstellung persönlicher Interessen – erfüllt.“[941] Außerdem stellte das MfS fest, dass die der IM „Petra Müller“ nahestehende A. H., die sie am Abend des 4. April in das „La Belle“ begleitet hatte und im Zuge des späteren Gerichtsverfahrens freigesprochen wurde, mit nahezu als sicher geltender Wahrscheinlichkeit wusste, dass sowohl Verena Chanaa als auch ihr Mann, Ali Chanaa, inoffiziell für das Ministerium für Staatssicherheit arbeiteten; Frau H. selbst unterhielt seit längerer Zeit Kontakt zu J. Ch., dem Verantwortlichen des Libyschen Volksbüros für die PFLP-GC/„Orient“[942]. So soll A. H., nachdem ihr Antrag auf Ausreise aus der DDR im Januar 1986 genehmigt worden war, ihr altes Zimmer in einer Ost-Berliner Wohnung J. Ch. überlassen haben, was wiederum durch die Eigentümerin dieser Wohnung bewilligt wurde, die sowohl A. H. als auch Verena Chanaa sehr gut kannten[943].

„Petra Müller“ wurde also noch Anfang 1986 seitens der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin als vertrauenswürdig, zuverlässig und hoch motiviert ein-

Sprengstoff in West-Berlin und in der Hauptstadt der DDR u. a. Aktivitäten. Die durch den IM 1986 erarbeiteten Informationen wurden durch die HA II als sehr wertvoll und der Wahrheit entsprechend eingeschätzt.“ Weiter hieß es, es seien „keine Dekonspirationsverstöße“ des IM bekannt u. es bestehe vonseiten der Libyer ein „ungetrübtes Vertrauensverhältnis“ gegenüber „Alba“, so BStU, MfS, AIM, BV Berlin, 8709/91, Bd. 1/1, Vorschlag der Umregistrierung, o. D., Bl. 197. Zu den IM-Kategorien vgl. Suckut, Wörterbuch, S. 197 f.

940 Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, Bericht, 06. 01. 1986, Bl. 207–210. Vgl. auch Suckut, Wörterbuch, S. 189 f.

941 So BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, Bericht, 06. 01. 1986, Bl. 209 f.

942 Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, Dekonspirationsanalyse, 22. 01. 1987, Bl. 247; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 2/3, Operativ-Information, 20. 02. 1986, Bl. 400.

943 Vgl. ebd. Vgl. auch das Urteil des LG Berlin, das aber nicht auf die Bewilligung zur Anmietung des Zimmers seitens der Verwandten von H. u. Verena Chanaa eingeht: LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 30, 34, 153. Vgl. auch BGH, Beschluss 5 StR 306/03, S. 6–29.

geschätzt. Es fanden zudem im Januar, Februar und März 1986 Treffen mit ihrem Führungsoffizier statt, bei denen „Petra Müller" insgesamt rund 1000 DM erhielt und darüber hinaus verfügte das MfS über mindestens zwei Quellen (IM „Oma" und IM „Anni") im Umfeld von Verena Chanaa und A. H., die ihnen „persönlich bekannt" waren und die über die Kontakte zu J. Ch., das Verhältnis zwischen „Alba" und „Petra Müller" sowie „Alba", Ch., „Petra Müller" und A. H. berichten konnten. Dieses dichte Netzwerk zeigt, dass das MfS umfassend über die Privatsphäre, Pläne und Absichten zentraler Beteiligter im Bilde war und die Staatssicherheit mit „Petra Müller", neben „Alba" und „Walid", eine dritte hochrangige Quelle im Kern der Attentäterzelle führte, die in jedem Fall einem ihr erteilten Verbot, sich an terroristischen Handlungen nicht zu beteiligen, Folge geleistet hätte[944]. Folglich kann davon ausgegangen werden, dass Verena Chanaa – in Kenntnis der Tätigkeit ihres Mannes und ihrer eigenen Handlungen – wusste, dass die Staatssicherheit detailliert über die libyschen Absichten informiert war.

Die in den OV „Orient" und OV „Lux" dargestellten Zusammenhänge können darüber hinaus noch existierende Lücken im Geschehensablauf zwischen dem 25. März und dem 4. April 1986 schließen. Diese neuen Informationen belegen zweierlei: Zunächst wird deutlich, dass die ehemalige Gruppe „Orient"/PFLP-GC bereits seit Beginn der antiamerikanischen Pläne in Berlin von zentraler Bedeutung war. In den bisherigen Ermittlungen wurde diese Kooperation zwischen Libyen und „Orient" respektive der PFLP-GC als nicht relevant betrachtet. So ist gemäß den Erkenntnissen des MfS jedoch falsch, dass die Attentäter um Ch. zwar Kontakt mit der PFLP-GC „nahestehenden" Personen, etwa „Orient 2", „Orient 3" sowie „Ast 1" unterhielten, aber diese Personen einen Tatbeitrag abgelehnt haben sollen beziehungsweise die Gruppe um Ch. keine Unterstützung von ihnen in Anspruch nahm. Denn ausweislich der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit waren Mitglieder der ehemaligen Organisation „Orient" – inklusive „Orient 2" – beim mutmaßlich ersten Anschlagsversuch am 26. März 1986 auf die Diskothek „La Belle" beteiligt[945]. Zudem verdächtigte die amerikanische Regierung mehrfach in Schreiben an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

[944] Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 2/3, Operativ-Information, 20. 02. 1986, Bl. 400; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, Bericht, o. D., Bl. 49; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 1/2, Dekonspirationsanalyse, 22. 01. 1987, Bl. 248; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89, Bd. 3/5, Quittungen, 18. 01., 19. 02. u. 15. 03. 1986, Bl. 40–42; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 1299/88, Bd. 1/1, Bewertung, o. D., ca. Juni 1976, Bl. 16; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 1299/88, Bd. 1/1, Auskunftsbericht, 17. 06. 1974, Bl. 12. Im Verfahren am LG Berlin wurde der Aspekt der „Überprüfung" von IM „Petra Müller" u. die Anfang 1986 abgehaltenen Treffen sowie die übergebenen Geldbeträge, soweit bekannt, nicht thematisiert, außerdem wurde auch entgegen der Informationen in den Akten BStU, MfS, AOG, 13162/79 u. BStU, MfS, AOPK, 26281/80 erklärt, Frau Chanaa sei erst ab 1981 für ostdeutsche Dienststellen tätig gewesen, vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 30–33; BGH, Beschluss 5 StR 306/03, S. 6–29. Zu IM „Anni" vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 2511/85, Bd. 1/1, Verpflichtung, 01. 03. 1979, Bl. 45; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 2511/85, Bd. 1/1, Bericht, 29. 01. 1979, Bl. 25, 27.

[945] Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 12. 1986, Bl. 21–24; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Eröffnungsbericht des OV „Lux", 29. 01. 1987, Bl. 15–20; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Vorschlag zum Abschluss des OV „Lux", 08. 08. 1988, Bl. 200 f.; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5181/91, Bd. 2/3, Operativ-Information, o. D., Bl. 74–76.

die Personen „Orient 2“ und „Ast 1“, am Anschlag vom 5. April mitgewirkt zu haben[946]. Auch im „Vorschlag zum Abschluss“ des OV „Lux“ wurde seitens der Hauptabteilung II des MfS festgestellt, die PFLP-GC sei verantwortlich für die Tat Anfang April 1986[947].

Darüber hinaus spricht für eine Beteiligung von „Orient“/PFLP-GC am „La Belle“-Anschlag, dass am 11. April 1986 in Ost-Berlin eine „positive Antwort“ aus Tripolis einging[948]. Die in der DDR verbliebenen Mitglieder der ehemaligen Zelle „Orient“ – „Orient 2“, „Orient 3“ und „Ast 1“ – erhielten die Zusage, künftig von Libyen finanziell unterstützt zu werden[949]. Diese zugesicherte Protektion lässt vermuten, dass dafür eine Gegenleistung erbracht wurde. Der kurze zeitliche Abstand zwischen der von Tripolis ausgesprochenen Übernahme der ehemaligen Gruppe „Orient“ und dem „La Belle“-Anschlag könnte bedeuten, dass die in der DDR verbliebenen Mitglieder von „Orient“ nicht nur am 26. März die terroristischen Pläne der Zelle um Ch. unterstützten, sondern auch am 4./5. April 1986. Zudem sprach das MfS am 7. April im Zusammenhang mit der Instruierung der Quelle „Alba“ von mehreren Attentätern, die aus der Gruppe um Ch. stammen sollten[950]. Das heißt, dass bei der Durchführung der Tat am 4./5. April 1986 auch von einer Unterstützung der Mitglieder der ehemaligen Zelle „Orient“ ausgegangen werden muss, vor allem der des „Ast 1“. Diese These einer Beteiligung von „Orient“/PFLP-GC wird untermauert durch Hinweise auf eine in der Nacht vom 4. zum 5. April 1986 stattgefundene Aktivität der Gruppe „Orient“, die der seit Monaten enge Vertraute „Orients“ – IM „Alfredo“ alias Ahmad Hazam – maßgeblich begünstigt haben könnte.

Vgl. demgegenüber LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 22 f., 40, 165; BGH, Beschluss 5 StR 306/03, S. 7–10.

946 Vgl. BStU, MfS, HA II, 3966, Kurzauskunft, o. D., ca. April 1986, Bl. 10; BStU, MfS, HA II, 32888, Arbeitsübersetzung zum „Non-Paper“, 03. 09. 1986, Bl. 108; BStU, MfS, AOP, 17463, Bd. 10, Übersetzung aus dem Russischen, 02. 09. 1986, Bl. 61 f.; BStU, MfS, AOP, 17463, Bd. 10, Vermerk, 04. 09. 1986, Bl. 62–65; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Vermerk, 04. 09. 1986, Bl. 239–242; BStU, MfS, HA II, 32887, Übersetzung aus dem Russischen, 27. 03. 1986, Bl. 13. Das MfS wurde am 26. 06. 1986 durch die sowjetische Botschaft darüber informiert, dass „den USA Informationen bekannt sind, dass ‚Orient 2‘ und Shatta Khaled [alias M. al O.] in ‚La Belle‘ beteiligt waren“, vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 3, Bericht, 12. 08. 1987, Bl. 12. Anfang September 1986 übergab die US-Regierung dem MfAA ein weiteres „Non-Paper“ und erklärte darin, die bekannten Mitglieder von „Orient“/der PFLP-GC würden gemeinsam mit Libyen neue antiamerikanische Anschläge vorbereiten, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 731/13, Non-Paper, 03. 09. 1986.

947 Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Vorschlag zum Abschluss des OV „Lux“, 08. 08. 1988, Bl. 201. In späteren Quellen des MfS wird die Gruppe „Orient“ gleichberechtigt neben den Mitgliedern der libyschen Zelle im Zusammenhang mit dem Anschlag auf das „La Belle“ betrachtet, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 20171, Organigramm, o. D., Bl. 15.

948 Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Operativ-Information, 16. 04. 1986, Bl. 199; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur Bearbeitung der Person „Abed“, 24. 03. 1986, Bl. 30–32; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91, Bd. 2/13, Operativ-Information, 18. 04. 1986, Bl. 23.

949 Vgl. BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Eröffnungsbericht zur Bearbeitung der Person „Abed“, 24. 03. 1986, Bl. 30–32; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Operativ-Information, 16. 04. 1986, Bl. 199.

950 Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1, Vermerk, 08. 04. 1986, Bl. 174.

So heißt es im Protokoll eines am 5. April 1986 von der Staatssicherheit mitgehörten Telefonates, dass IM „Alfredo" von einer ihm nahestehenden jungen Person vorwurfsvoll gefragt worden sei, weshalb er am Vorabend trotz fester Zusage nicht wie verabredet auf deren Geburtstagsfeier erschienen sei, woraufhin Ahmad Hazam geantwortet habe, er sei „verhindert gewesen"[951]. Im selben Protokoll wird der Inhalt des kurz danach folgenden Telefonates von Hazam mit „Orient 3" wiedergegeben, bei dem Hazam Detailkenntnisse zum Anschlag auf das „La Belle" mitteilte[952]. Gemäß der Aussage des IM „Abbas" alias Muhammad Ghadban fand nach diesem Telefonat noch am 5. April ein Treffen zwischen Ahmad Hazam und „Orient 2" statt, an dem auch J. Ch. sowie Ghadban selbst teilnahmen. Während dieser Zusammenkunft habe „Orient 2" mutmaßlich korrekte Angaben zur Menge des bei der Explosion im „La Belle" verwendeten Sprengstoffes gemacht und sowohl J. Ch. als auch Ahmad Hazam alias IM „Alfredo" seien – so die Wahrnehmung des IM „Abbas" – „unrasiert und übermüdet" gewesen[953]. Außerdem habe „Alfredo", so „Abbas", am 4. April 1986 nach „Landsleuten" gesucht, die einen Koffer von Ost- nach West-Berlin bringen sollten[954]. In mehreren Quellen wird IM „Alfredo" zudem als Nutzer eines auf „Orient 2" zugelassenen Mercedes mit West-Berliner Zollkennzeichen genannt, mit dem „Alfredo" im März und April 1986 „Orient 2", „Orient 3" und „Ast 1" in Ost- und West-Berlin gefahren haben soll; IM „Alfredo" könnte also sowohl Ende März 1986 als auch in der Nacht vom 4. auf den 5. April 1986 für die ehemaligen Mitglieder von „Orient" gearbeitet haben, beispielsweise indem er sie chauffierte[955].

951 So BStU, MfS, HA XXII, 19679, Bericht der Abteilung 26 an die Abteilung XXII, 05. 04. 1986, Bl. 293.

952 Vgl. ebd.

953 Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5181/91, Bd. 2/3, Operativ-Information, o. D., Bl. 74 f.

954 Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5181/91, Bd. 2/3, Operativ-Information, 03. 10. 1986, Bl. 165.

955 Vgl. BStU, MfS, AIM, 9006/91, Bd. 1/2, Vermerk, 04. 06. 1986, Bl. 119 f.; BStU, MfS, AIM, 9006/91, Bd. 1/2, Vermerk, 14. 03. 1986, Bl. 124; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Beschluss zum Anlegen des OV „Orient", 04. 04. 1986, Bl. 67; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Vermerk, 08. 01. 1986, Bl. 149 f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 06. 02. 1986, Bl. 165. Das LG Berlin konnte nicht klären, ob Verena Chanaa u. A. H. tatsächlich wie behauptet „mit der BVG zum ‚La Belle' gefahren" sind. Laut Unterlagen des BVG-Archivs betrug die Fahrzeit zwischen der nächstgelegenen Haltestelle der Wohnung in Berlin-Kreuzberg, in der sie sich am Abend des 04. 04. 1986 aufhielten, u. dem „La Belle" rd. 60 Min., wobei man zwei- bis dreimal umsteigen musste. Die vom Gericht in Erwägung gezogene Fahrt per Taxi zum „La Belle" blieb im Gegensatz zur bezeugten Abfahrt von Frau Chanaa u. A. H. vom „La Belle" per Taxi nur gemutmaßt. Insofern steht nicht fest, wie die beiden Frauen mit dem Sprengsatz von der Wohnung in das „La Belle" gelangten u. ob es tatsächlich glaubhaft ist anzunehmen, dass sie ohne Unterstützung anderer Mittäter etwa eine Stunde reine Fahrtzeit in öffentlichen Verkehrsmitteln mit etwa zwei kg Sprengstoff in einer Tasche zurücklegten, um an den Tatort zu gelangen – ohne zu wissen, ob die Tasche nicht zufällig gestohlen würde, die Bombe zuvor detonierte o. andere Unwägbarkeiten an einem Freitagabend um 23:00 Uhr auf dem Weg zwischen Berlin-Kreuzberg u. dem „La Belle" auftraten. In Anbetracht des unbedingt angestrebten Erfolges der Tat erscheint es plausibel davon auszugehen, dass die Täter jedes vermeidbare Risiko ausschließen u. daher die Bombe „sicher" zum Tatort bringen wollten. Dies würde heißen, dass Verena Chanaa u. A. H.

Der OV „Orient“ und der OV „Lux“ lassen aber nicht nur eine maßgebliche Involvierung der PFLP-GC in die Vorbereitung antiamerikanischer „Aktionen“ in West-Berlin erkennen, sondern verändern auch die bisherige Beurteilung der Mittäterschaft des SED-Regimes am „La Belle“-Anschlag in mehrfacher Hinsicht. So duldete Erich Mielke nicht nur passiv, was vor sich ging, sondern nahm durch diverse Inoffizielle Mitarbeiter und Kontaktpersonen, vor allem den Informanten „Alba“, Einfluss auf diese Planungen. Ali Chanaa alias IM „Alba“ beteiligte sich im Auftrag der Staatssicherheit an Anschlagsversuchen. Das MfS war also nicht nur „in unterschiedlichem Grad durch IM“ über die Absichten der Gruppe um Ch. „orientiert“ und blieb passiv, sondern es griff aktiv in die Vorbereitungen ein und strebte über die „Alba“ erteilten Aufträge eine erfolgreiche Ausführung terroristischer Gewalt an[956]. Auch wusste die DDR-Führung nicht erst kurz vor dem Anschlag des 5. April 1986, dass Libyen Diskotheken angreifen wollte, sondern Erich Mielkes Hauptabteilung II war konkret seit spätestens Donnerstag, den 27. März 1986 bekannt, welche drei potenziellen Ziele ins Auge gefasst worden waren und dass man sich bereits zum damaligen Zeitpunkt auf die Diskothek „La Belle“ festgelegt hatte.

Anders ausgedrückt: Das SED-Regime unterstützte die libyschen Absichten nicht nur durch ein Unterlassen. Vielmehr bereitete „Alba“ am 25. und 26. März 1986 im Auftrag der Staatssicherheit der DDR eine erfolgreiche Ausführung von terroristischen Anschlägen in West-Berlin mit vor, und bei dem ersten Versuch eines Bombenanschlags auf das „La Belle“ am 26. März 1986 trat darüber hinaus nach Angaben des IM „Alba“ sogar IM „Walid“ alias Salam Hadba als einer der Täter in Erscheinung[957].

nicht mit Bus u. U-Bahn in das „La Belle“ gefahren sind, sondern Mitglieder der Gruppe um J. Ch. sie dorthin brachten. Dafür spricht nicht zuletzt auch, dass beide Frauen aufgrund der Fahrzeit mit der BVG nicht wie behauptet gegen 23:00 Uhr am „La Belle“ hätten eintreffen können, wenn sie um 22:30 Uhr o. 22:45 Uhr, wie angegeben, in Kreuzberg aufgebrochen wären. Zu beachten ist diesbezüglich nicht nur eine mögliche Hilfe des „Alfredo“, sondern auch, dass – im Gegensatz zu J. Ch. u. „Alba“, die die West-Berliner Wohnung, in der sie mit E. u. Verena Chanaa die spätere Bombe präpariert hatten, gemeinsam gegen 22:30 Uhr verlassen haben sollen u. um 22:48 Uhr in Ost-Berlin einreisten – M.-U. A. E. gut eine Stunde später, ca. 23:45 Uhr, nach Ost-Berlin zurückkehrte, vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 55f., 211, 318f., 345; BGH, Beschluss 5 StR 306/03, S. 9; BStU, MfS, HA II, 4618, Operativ zu beachtende Feststellungen, 05. 04. 1986, Bl. 3; BStU, MfS, HA XXII, 20171, Tabellarische Übersicht, o. D., Bl. 482; BVG-Archiv, Fahrplan 1986/87; BVG-Archiv, Liniennetz 1986/87.

956 Zu den Aussagen, dass das MfS „orientiert“ gewesen sei, vgl. Stasi-IM legt Libyer-Bombe, in: Berliner Kurier, 22. 10. 2011, S. 5; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 433; Staadt, Hauptabteilung XXII, S. 433f. Vgl. ebs. Bengtson-Krallert, DDR, S. 300.

957 Vor dem LG Berlin wurden die US-Interventionen am 27. 03. 1986 gegenüber dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin u. dem MfAA sowie die IM-Tätigkeit von Salam Hadba nicht thematisiert. Mehrere ehemalige hochrangige Verantwortliche des MfS erklärten außerdem als Zeugen, dass „Alba“ zu keinem Zeitpunkt beauftragt worden sei, sich an strafbaren Handlungen zu beteiligen o. sogar die antiamerikanischen Pläne Libyens zu unterstützen. Die Aufgabe von „Alba“ habe vielmehr darin bestanden, einen Anschlag zu verhindern. Ali Chanaa selbst führte vor Gericht aus, dass er am Abend des 04. 04. 1986 „völlig überrascht“, „ratlos“ u. „schockiert“ gewesen sei, als er plötzlich in der Kreuzberger Wohnung in Gegenwart von E., Verena Chanaa u. Ch. damit kon-

frontiert wurde, dass der libysche Plan des Anschlags auf das „La Belle“ schon „so weit gediehen“ war. Daher habe er sofort nach Rückkehr in Ost-Berlin um 23:00 Uhr am 04. 04. 1986, trotz der Gefahr, im Beisein von Ch. dabei entdeckt zu werden, heimlich vom einem Münztelefon des „Palasthotels“ versucht, das MfS zu erreichen, damit die Staatssicherheit alliierte Stellen in West-Berlin hätte warnen können, um so den Anschlag zu verhindern. Der für diese Absicht naheliegendste Anruf bei der West-Berliner Polizei unterblieb. Der Führungsoffizier von „Alba“ glaubte sich als Zeuge im Prozess daran erinnern zu können, dass es einen Anruf der Quelle „Alba“ am 04. 04. 1986 gegen 23:00 Uhr beim MfS gegeben habe. Die Warnung von „Alba“ sei jedoch MfS-intern nicht weitergeleitet worden. Auch sei, anders als in MfS-Akten festgehalten, das Ziel des versuchten Anschlags vom 25. 03. 1986 ein anderes gewesen. So soll es zunächst einen Plan gegeben haben, einen Bus mit US-Soldaten in Ost-Berlin zu attackieren, was allerdings durch das Einschreiten des MfS verhindert worden sei. Die Gruppe um Ch. habe dann am 25. 03. 1986 einen Anschlagsversuch in West-Berlin unternommen, um dort einen Bus mit amerikanischen Soldaten anzugreifen. Auch dieser Versuch sei jedoch gescheitert. In der Folge habe es dann bis zum 04. 04. 1986 keinen neuen Anschlagsversuch gegeben. In Bezug auf diese Version des Bus-Überfalls ist von Bedeutung, dass laut Quellen des MfS – die auf Erkenntnissen von „Alba“ u. „Alfredo“, mind. vier weiterer IM u. anderer vom MfS beschaffter Informationen beruhten – die Gruppe um Ch. erst zwei Wochen *nach* dem „La Belle“-Anschlag begann, einen solchen Angriff auf einen Bus vorzubereiten; diese Absicht bestand noch im Herbst 1986 u. auch noch im Frühjahr 1987. Gerade weil das MfS sich selbst u. seine Quelle „Alba“ mit der in den Akten festgehaltenen Darstellung der Ereignisse des 25. 03. u. des 26. 03. 1986 schwer belastet, indem man niederschrieb, dass Ali Chanaa an beiden Tagen im Auftrag des MfS zwei Anschlagsversuche der Gruppe um Ch. unterstützte, überzeugt deren Authentizität u. Glaubwürdigkeit gegenüber der später vor Gericht dargestellten Ansicht. Das LG Berlin bewertete zudem die Aussage der Zeugin A. K., die 1986 nicht nur inoffiziell für das MfS arbeitete, sondern seinerzeit auch enge Kontakte zu Mitgliedern der Gruppe um Ch. u. „Orient“ besaß, als relevanter als den vom MfS protokollierten Geschehensablauf. So sollen laut Aussage von K. vor Gericht E., Ch. u. „Alba“ am 05. 04. 1986 zwischen 00:45 Uhr u. 02:00 Uhr in Begleitung von K. die Bar „Linden-Corso“ besucht haben. Die MfS-Akten hingegen sagen aus, dass Ch. in Anwesenheit von E. u. „Alba“ zwischen 00:45 Uhr u. 02:00 Uhr in seiner Wohnung zwei Anrufe aus West-Berlin entgegennahm u. ihm dabei gesagt wurde, dass es „noch nicht geklappt habe“. Erst gegen 02:00 Uhr sollen alle drei Männer die Wohnung verlassen haben u. zu einem Ost-Berliner Hotel gefahren sein. Abgesehen davon, dass E., Ch. u. „Alba“ in den gut 20 Min. zwischen 02:00 Uhr u. dem Zeitpunkt der Bombenexplosion im „La Belle“ um 01:45 Uhr durch einen dritten Anruf erfahren haben könnten, dass es „geklappt“ hatte u. sie deshalb auch um 02:00 Uhr die Wohnung verlassen konnten, weil sie nicht länger auf einen Anruf warten u. telefonisch erreichbar sein mussten, ist von entscheidender Bedeutung, dass das MfS ohne erkennbares Motiv für eine bewusst falsch dargestellte Faktenlage – gestützt auf die Aussagen der Quelle „Alba“ – festgehalten hat, dass Ch., E. u. „Alba“ in der Nacht des 05. 04. 1986 in Kontakt zu weiteren Tatbeteiligten in West-Berlin standen. Diese beobachteten mindestens das Geschehen rund um das „La Belle“ u. bei ihnen kann es sich weder um Verena Chanaa noch um A. H. gehandelt haben, denn diese hielten sich mutmaßlich von 23:00 bis 01:30 Uhr im „La Belle“ auf, vgl. LG Berlin, Gz (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil, S. 37–51, 60 f., 109–111, 155–171, 248–276, 300–303, 320–324, 366–368; BGH, Beschluss 5 StR 306/03, S. 6–10, 14–16; BStU, MfS, AIM, 9006/91, Bd. 2/13, Operativ-Information, 17. 12. 1985, Bl. 2 f.; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Information, 15. 08. 1986, Bl. 214–217; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 06. 02. 1986, Bl. 164; BStU, MfS, HA XXII, 20170, Bericht, 08. 05. 1987, Bl. 2; BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5181/91, Bd. 2/3, Operativ-Information, 03. 10. 1986, Bl. 167 f.; BStU, MfS, HA II, 32887, Operativ-Information, 05. 04. 1986, Bl. 19 f.; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 4, Operativ-Information, 31. 03. 1986, Bl. 159; BStU, MfS, HA XXII, 19679, Bericht, 03. 05. 1986, Bl. 248.

Arafat auf dem XI. Parteitag der SED

Am 15. April 1986 griff die amerikanische Luftwaffe Ziele in Libyen an. Präsident Reagan begründete dies damit, dass seine Regierung über „unwiderlegbare Beweise“ verfüge, die eine Verantwortung des libyschen Regimes für den Bombenanschlag auf das „La Belle“ belegten; unter anderem berief er sich dabei auf ein Telegramm, das vom Volksbüro in Ost-Berlin nach Tripolis gesandt wurde und in dem man den Vollzug einer terroristischen Aktion in Berlin meldete[958]. Zwei Tage später besuchte Jassir Arafat die DDR und nahm am XI. Parteitag der SED teil[959]. Dass eine Delegation der PLO unter seiner Führung in ein sozialistisches Land eingeladen wurde, bezeichnete Arafat selbst als eine „mutige Entscheidung“ angesichts der noch immer andauernden Krise im Verhältnis zur KPdSU; die SED sei, so Arafat, nicht wie „die anderen Bruderparteien“ davor zurückgeschreckt, eine des Verrates beschuldigte Person wie ihn zu empfangen[960]. Die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen hielt fest: „Die politische Brisanz seiner Anwesenheit zum XI. Parteitag der SED war Arafat in vollem Maße bewusst. Das kam auch dabei zum Ausdruck, dass er auf eine Ansprache an den Parteitag verzichtete, ‚um die DDR nicht in politische Verlegenheit‘ zu bringen.“[961] Weiter hieß es: „Der Verlauf des Besuches bestätigte, dass Yasser Arafat […] seinen Aufenthalt für die Verbesserung der seit der Unterzeichnung der ‚Amman-Vereinbarung‘ beeinträchtigten Beziehungen, insbesondere zur UdSSR, aber auch zu den anderen sozialistischen Staaten nutzen wollte. Er unterstrich in diesem Zusammenhang die besondere Bedeutung seiner Anwesenheit auf dem XI. Parteitag der SED als einen gewissen Neubeginn in den Beziehungen der PLO zur sozialistischen Gemeinschaft.“[962]

Am Rande des SED-Parteitages kam im April 1986 ein Treffen zwischen Jassir Arafat und Michail Gorbatschow, seit März 1985 der neue Generalsekretär der KPdSU, zustande, das Honecker auf ausdrücklichen Wunsch Arafats vermittelt

[958] Vgl. Bruce St John, Libya, S. 136 f.; Amerikanischer Angriff auf Libyen, in: Der Tagesspiegel, 16. 04. 1986, S. 1. In einer Mitteilung des ZK-Sekretärs für Sicherheit, Egon Krenz, vom 14. 04. 1986 hieß es: „Der Botschafter der UdSSR in Libyen hat den Auftrag erhalten, unverzüglich Muammar Ghaddafi oder eine von ihm beauftragte Person aufzusuchen und im Auftrag der sowjetischen Führung Folgendes zu erklären: In Moskau ist bekannt geworden, dass die Amerikaner über Beweise für die Beteiligung Libyens an dem kürzlichen terroristischen Akt in West-Berlin verfügen. Sie sind u. a. im Besitz des Textes eines Telegramms, das unmittelbar nach der Explosion aus Tripolis an das libysche Volksbüro in Berlin gesandt wurde. Es besteht kein Zweifel daran, dass die amerikanische Seite in ihrer Hand befindliche diesbezügliche Fakten veröffentlichen wird, […]. Und man muss offen sagen, dass die Weltöffentlichkeit diesmal kaum auf der Seite Libyens sein wird. […] [d]ie UdSSR [wird] im Sicherheitsrat [der VN] ihr Vetorecht nicht anwenden können, falls dort die Frage der Beteiligung Libyens an terroristischen Akten gestellt wird“, so SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2. 039/294, Vermerk, 14. 04. 1986, Bl. 56.

[959] Vgl. ADN: Weitere ausländische Gäste trafen zur Teilnahme am Parteitag ein, in: ND, 17. 04. 1986, S. 2.

[960] So SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 20. 08. 1986, Bl. 146.

[961] So SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 23. 04. 1986, Bl. 56.

[962] So ebd.

haben soll[963]. Dieses Gespräch mit Gorbatschow sei, so Arafat, der „Ausgangspunkt der Überwindung der Probleme in den Beziehungen PLO-UdSSR" gewesen, der Beginn einer „neuen Etappe des Kampfes um die Einheit der PLO"[964]. Die seit Februar 1985 von Moskau ausgesetzten Kontakte zur Palästinensischen Befreiungsorganisation wurden danach wiederaufgenommen und der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO erklärte kurze Zeit später in einem Brief an Gorbatschow, dass die Vereinbarung mit König Hussain als „annulliert" zu betrachten sei[965]. Gleichzeig ließ Arafat die seit Herbst 1985 unterbrochenen Gespräche zwischen der Fatah, der palästinensischen KP und der DFLP unter sowjetischer Führung fortsetzen. Ein erstes Treffen der Gruppen fand noch im Mai 1986 in Moskau statt, ein zweiter Gipfel in Algier und ein dritter folgte im Juli in Prag, bevor die vierte und letzte Gesprächsrunde die „antiimperialistische" Erneuerung der PLO im Kreml förmlich besiegelte. Arafat erklärte sich nun bereit, der DFLP und der PKP mehr Mitsprache im Exekutivkomitee einzuräumen[966].

Der amerikanisch-libysche Konflikt im April 1986, der nach dem „La Belle"-Anschlag eskalierte, bildete den Hintergrund, vor dem Moskau seine offiziellen Kontakte mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation wiederaufnahm. Das entscheidende Treffen zwischen Jassir Arafat und dem sowjetischen Parteichef, Michail Gorbatschow, fand am Rande des Parteitages der SED in Ost-Berlin, drei Tage nach den amerikanischen Vergeltungsangriffen auf Libyen und weniger als zwei Wochen nach dem Anschlag auf die Diskothek „La Belle" statt. Erich Honeckers Ziele hatten sich erfüllt: Ohne dass die PLO zerfallen war und ohne dass es eine alternative PLO gab, endete im April 1986 die im Sommer 1982 begonnene antisyrische und projordanische, antisozialistisch/antisowjetische Politik der PLO/Fatah. Arafat hatte sein Schicksal selbstbestimmt gewählt und konnte, ohne seine Funktion als „Integrationsfigur" des palästinensischen Widerstandskampfes verloren zu haben, von der SED diszipliniert werden.

Die DDR-Staatssicherheit verhinderte zwar die Anschlagsplanungen der Gruppe „Orient" gegen den syrischen Botschafter, unterließ es aber, die maßgeblichen Mitglieder von „Orient" auszuweisen, und unterstützte Libyen, einen antiamerikanischen Anschlag in West-Berlin vorzubereiten. Nach einem damit provozierten Gegenangriff der Vereinigten Staaten auf ein „fortschrittliches" arabisches Land konnte niemand in der PLO mehr ernsthaft Gespräche mit den USA oder

963 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/2499, Schreiben der Botschaft Tunis an das ZK der SED, 04. 08. 1989, Bl. 221; SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 19. 04. 1986, Bl. 44. Vgl. auch Dannreuther, Soviet Union, S. 147 f.; Con Coughlin: Moscow to Back Arafat, in: The Daily Telegraph, 08. 05. 1986, S. 6.

964 So SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 20. 08. 1986, Bl. 146. Der „Militärattaché" der PLO erklärte Ende April 1986 dem MfNV: „Genosse Arafat hat sich während seines Aufenthaltes in Berlin mit Genossen Gorbatschow getroffen. Er hoffe, dass dadurch die Beziehungen der PLO zur SU verbessert würden, denn diese waren in letzter Zeit nicht klar", so BArch, VA-01/42409, Vermerk, 25. 04. 1986, Bl. 98. Vgl. auch Habib, Hussein, S. 51; Kapeliouk, Arafat, S. 243; Rencontre entre M. Arafat et M. Gorbatchev à Berlin-Est, in: Le Monde, 22. 04. 1986, S. 6.

965 So SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 23. 06. 1986, Bl. 95.

966 Vgl. Dannreuther, Soviet Union, S. 147–152; SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 20. 08. 1986, Bl. 146.

ihren arabischen Verbündeten befürworten oder dies in absehbarer Zukunft erneut tun. Eine libysch-amerikanische Konfrontation nützte, die jordanische Option der Fatah zu Fall zu bringen, weil man der Fatah ihren Weg Richtung USA durch ihre eigenen, vermeintlichen Verbündeten abschnitt, aber Arafat zugleich die Möglichkeit verschaffte, anscheinend wie selbstverständlich die Partnerschaft mit der UdSSR – dem natürlichen Verbündeten der PLO im Kampf gegen die aggressive amerikanisch-israelisch-jordanische Allianz – zelebrieren zu können[967]. Und ein amerikanischer Gegenschlag auf Libyen galt nach der seit Wochen in Berlin geplanten Tat sowie vor dem Hintergrund der militärischen Konfrontation in der Bucht von Syrte als sicher. Das MfS wusste spätestens seit dem 27. März 1986, dass die Vereinigten Staaten das Libysche Volksbüro als Drahtzieher eines bevorstehenden Gewaltaktes verdächtigten, und darüber hinaus, dass Libyen diese Pläne tatsächlich in dieser Form verfolgte.

Obwohl das SED-Regime maßgeblich dazu beigetragen hatte, einen amerikanischen Vergeltungsangriff auf Libyen zu provozieren, und im Anschluss Honecker während des XI. Parteitages die sowjetisch-palästinensische Versöhnung auf den Weg brachte, wurde die DDR nicht in die anschließenden Verhandlungen zwischen der Fatah, der DFLP und der PKP einbezogen. Erst im Oktober 1986 sollte ein Treffen der Fatah und der beiden „antiimperialistischen“ Gruppen der PLO in Ost-Berlin stattfinden[968]. Ein Vermerk des MfS bestätigt, dass sich vom 15. bis zum 20. Oktober Delegierte der drei palästinensischen Organisationen in der DDR aufhielten[969]. In einer auf den 10. Oktober datierten Hausmitteilung der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen an Erich Honecker heißt es, die palästinensische Seite habe um die Möglichkeit gebeten, „während ihres Aufenthaltes Gespräche mit Vertretern des ZK der SED sowie des Außenministeriums der DDR“ führen zu können[970]. Die Worte „sowie des Außenministeriums der DDR“ strich Hermann Axen am 13. Oktober handschriftlich durch und schrieb auf diese Mitteilung an Honecker: „Ja; – streng vertraulich halten, nur Gespräche mit Abteilung IV [ZK-Internationale Verbindungen], nicht MfAA, Axen 13/10 [13. Oktober 1986].“[971] Nachdem bereits im Sommer 1986 Ergebnisse der innerpalästinensischen Verhandlungen zwischen der Fatah, der DFLP und der PKP erreicht worden waren, besaß der Termin im Oktober in der DDR rein symbolische Bedeutung. Er wurde weder breit propagandistisch herausgestellt noch begleitete das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten das Gespräch fachlich.

„Die internationale Hauptfrage“, so betonte Erich Honecker gegenüber Jassir Arafat am Rande des XI. Parteitages der SED am 19. April 1986, „bleibt die Bewahrung des Weltfriedens. Wenn es nicht gelingt, eine nukleare Katastrophe zu

967 Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 435, stellt diesbezüglich lediglich fest, in den Akten habe sich keine Antwort finden lassen, weshalb Honecker sich für Libyen entschieden habe.

968 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 10. 10. 1986, Bl. 168; BStU, MfS, HA XXII, 489/13, Stellungnahme, 20. 10. 1986, Bl. 33.

969 Vgl. ebd.

970 So SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 10. 10. 1986, Bl. 168.

971 Vgl. ebd.

verhindern, wird […] die Menschheit und damit vielleicht die einzige Zivilisation in den kosmischen Weiten der Galaxis ausgelöscht. Jeder freiheits- und friedliebende Mensch ist über den aggressiven Akt der USA gegenüber Libyen empört. […] Die SED ist bisher ein treuer Freund des palästinensischen Volkes in seinem Kampf gewesen und wird es auch künftig sein. Die SED wünscht nichts sehnlicher als die Einheit der PLO mit klaren antiimperialistischem Kurs."[972] Die von Honecker Arafat gegenüber während ihres kurzen Gespräches im April 1986 herausgestellte „Friedensliebe" der DDR widerspricht allein der vonseiten der DDR-Staatssicherheit kontrollierte und beauftragte Einsatz des IM „Alba" im März und April 1986. Die spätere Versöhnung Arafats mit dem Kreml im Mai 1986 war keine Koinzidenz, sondern das Ergebnis vorangegangener vom MfS unterstützter terroristischer Gewalt gegen die Vereinigten Staaten.

Dass sich Arafat in Moskau politisch rehabilitieren konnte, bedeutete nicht, dass sich die Meinung der SED über ihn oder die Fatah veränderte. Das Verhältnis zwischen Ost-Berlin und der PLO/Fatah blieb distanziert und konfliktbehaftet. Die DDR war nicht an der konkreten politischen Umgestaltung und „antiimperialistischen" Neuausrichtung der Palästinensischen Befreiungsorganisation beteiligt, die Moskau ab April 1986 verantwortete. Stattdessen hielt das SED-Regime Arafats Politik nach wie vor für falsch und gefährlich. Die mächtigste Gruppe der PLO, die Fatah, galt noch immer eindeutig als diejenige Organisation der Palästinenser, die mit den „reaktionären" arabischen Staaten kollaborierte und ein verdeckt arbeitender Teil der sunnitisch-extremistischen antikommunistischen Muslimbruderschaft war. Im April 1986 bekräftigte die Abteilung XXII der Staatssicherheit in einem „Sachstandsbericht zur Moslembruderschaft" alle bekannten Informationen: „Die Organisation der Moslembruderschaft ist eine ultra-orthodoxe Vereinigung und Sammelbecken verschiedener religiös-fanatischer und extremistisch-terroristischer Organisationen und Gruppen. […] Zu einer besonders gefährlichen und fanatischen Terrororganisation entwickelte sich der syrische Zweig der Moslembruderschaft. Hier wird versucht, mit Mitteln des Terrors die progressive Entwicklung aufzuhalten und umzukehren. […] Es wurde weiter bekannt, dass unter dem Deckmantel der ‚Al-Fatah' ebenfalls Gruppierungen der Moslembrüder wirken."[973]

Assad zählte zu den politischen Gewinnern der seit 1982 andauernden Auseinandersetzung mit Arafat und der PLO im Libanon. Der syrische Präsident hatte sich der Sowjetunion gegenüber behauptet, Arafats Kämpfer geschwächt und parallel das schiitische Bündnis mit dem Iran im Libanon konsolidiert. Islamistische Gruppen wie Amal und Hizballah gehörten dort ab Mitte der 1980er Jahre zu den wichtigsten innenpolitischen Akteuren[974]. Während der Kreml die säkulare PLO unter Arafat auf „antiimperialistischen" Kurs zurückdrängte und sich bemühte, Assads Hass auf Arafat zu kanalisieren, vergrößerte Damaskus seinen Einfluss auf die islamistische Dominanz der Schiiten im Libanon. Damit festigte Assad nicht

[972] So SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 19. 04. 1986, Bl. 45 f.
[973] So BStU, MfS, HA XXII, 16767, Bericht, 07. 04. 1986, Bl. 1, 8.
[974] Vgl. Nir, Berri, S. 25–84; Goodarzi, Syria and Iran, S. 131–135; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 95–153.

allein die Kontrolle über die Innenpolitik des Libanon, sondern er profilierte sich auch auf Kosten der von Moskau favorisierten säkularen Fatah-Opposition. Dieser Zugewinn an Macht Assads bedeutete zweierlei: dass Syrien ein zentraler Akteur blieb, ohne den eine Regelung des Nahostkonfliktes unmöglich war, und dass Assad eine wirkungsvolle schiitisch-islamistische Opposition zur PLO/Fatah aufbaute[975]. Yezid Sayigh betont mit Blick auf die antipalästinensischen Angriffe im Libanon aber dennoch zu Recht: „The Palestinian opposition [gemeint sind vor allem PKP, PFLP und DFLP] was irretrievably split. Its principal members had been faced with an impossible choice over the preceding two years [1984/85–1986/87]. To accept the Syrian-backed war on the refugee camps was morally repugnant and politically suicidal among the wider Palestinian constituency, but to diverge from Syrian policy and confront the onslaught lent credence to the anti-Syrian stance of Arafat and, by extension, to his wider diplomatic strategy. The PLO chairman understood this dilemma perfectly, and kept the camps war active or even escalated it at times […] with the single-minded purpose of driving the opposition from the middle ground in which it sought political safety.“[976]

Während des Sommers 1986, als die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon erneut das Ziel von Angriffen der von Syrien kontrollierten Arafat-Gegner, vor allem der schiitischen Amal-Miliz wurde, und die PLO – sogar Arafat persönlich – Honecker mehrfach darum bat, politisch zu intervenieren und Waffen zur Verteidigung bereitzustellen, beschränkte sich die SED auf die bekannte Erklärung, dass man sich mit Syrien regelmäßig über relevante Fragen austausche, und verweigerte „nichtzivile“ Hilfsleistungen[977]. Hermann Axen begründete dies im

[975] Vgl. ebd.; Sayigh, Struggle, S. 574–596; Goodarzi, Syria and Iran, S. 135–155.

[976] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 596 f.

[977] Zur Lage im Libanon vgl. ebd., S. 590–596; Nir, Berri, S. 64–66; Freedman, Moscow, S. 262. Zur Reaktion der DDR vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13791, Zusatzbericht, o. D., ca. Juni 1986, Bl. 111. Ende Oktober 1986 genehmigte Honecker die Lieferung von 8000 Maschinenpistolen ohne Munition an die PLO – die einzige offizielle Waffenlieferung für Jassir Arafat, nachdem der palästinensische „Militärattaché“ seit dem Sommer 1986 Maschinengewehre, Granaten, Granatwerfer, Panzerfäuste, großkalibrige Waffen u. Munition angefordert hatte. Syrien bezog hingegen Rüstungsgüter im Wert von mind. 50 Mio. US-Dollar gemäß der gültigen Verträge, vgl. BArch, DVW 1/115510, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 30. 10. 1986, Bl. 348; BArch, VA-01/42409, Vermerk, 13. 11. 1986, Bl. 86, 90; BArch, DVW 1/54315, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem speziellen Gebiet, 25. 09. 1984. Zwischen Juni u. August 1986 erklärten Jassir Arafat, Faruq al Qaddumi, Mahmud Abbas u. der „Militärattaché“ der PLO in Ost-Berlin, schiitische Milizen u. Syrien seien dazu übergegangen, die palästinensischen Flüchtlingslager anzugreifen; Arafat betonte explizit, er bitte deshalb um Waffen u. richte „die dringende Bitte um politische Unterstützung, angesichts der gefährlichen Situation, die um die palästinensischen Lager im Libanon entstanden ist“, an Erich Honecker, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 17. 06. 1986, Bl. 87 f.; SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 19. 06. 1986, Bl. 91–93; SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 23. 06. 1986, Bl. 96; SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 02. 08. 1986, Bl. 115–120; BArch, VA-01/42409, Vermerk, 31. 07. 1986, Bl. 95. Arafat reiste im August 1986 kurzfristig zu einer „medizinischen Behandlung“ in die DDR, ein Treffen mit Honecker kam nicht zustande, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 18. 08. 1986, Bl. 145; SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 20. 08. 1986, Bl. 146.

Juni 1986 in einer Vorlage für Honecker mit dem Satz: „Angesichts der äußerst verworrenen politischen und militärischen Lage im Libanon halten wir [die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen] es gegenwärtig für nicht ratsam, Lieferungen vorzunehmen, die von der PLO im Libanon eingesetzt werden [könnten]."[978] Der syrische Verteidigungsminister Mustafa Tlas sagte Ende September 1986 in einem Interview mit dem Magazin „Der Spiegel", für den „Schurken" Arafat sei der „Rückweg nach Syrien verbaut"[979]. Arafat habe, so Tlas, gehofft, „mit Hussains Hilfe [dem König von Jordanien] seinem Götzen Amerika näherzukommen. Deswegen wollte er sein mieses Blatt Hussain übergeben, der sollte für ihn mit Washington pokern. Aber Hussain weiß, dass es in Amerika nichts zu gewinnen gibt. Hätte er Arafats Spiel gespielt, wäre vielleicht ein Separatfrieden à la Sadat herausgekommen. Doch den hätte der König teuer bezahlen müssen. […] [Arafat] hat keine Trümpfe mehr in der Hand, er hat ausgespielt. Der ist doch amerikanischer als die Amerikaner."[980] Auf die Frage: „Wie soll es weitergehen im Libanon? Arafat brüstet sich damit, dass seine Kämpfer längst in den Libanon zurückgekehrt seien", antwortete Tlas: „Es gibt keine Arafat-Truppen im Libanon, nur ein paar von Arafat bezahlte Killer. Die stachelt er auf Anweisung seiner CIA-Auftraggeber gegen die schiitischen Amal-Milizen auf."[981]

Auch wenn Syrien 1986 noch immer forderte, Arafat an der Spitze der PLO abzulösen und die Assad-loyalen Verbände unter Führung der schiitisch-islamistischen Amal im Libanon ihre Angriff auf die Palästinenser fortsetzten, hielt Erich Honecker politisch an Damaskus fest und unterstützte Syrien, während Arafat keine oder nur sehr beschränkte Hilfe gewährt wurde[982]. Die DDR unternahm nichts gegen Assads Vorgehen, denn der SED-Staat wollte weiterhin den „reaktionären" Einfluss der Fatah auf die PLO bekämpfen. Honecker setzte dabei nicht vordergründig auf eine innerpalästinensische Opposition oder den Dialog mit der linken Fatah, sondern nach wie vor auf das Vorgehen Syriens – mit der Konsequenz, dass die DDR auch die von Assad geförderten schiitischen Islamisten im Libanon unterstützte[983]. Der Leiter der Politischen Abteilung der PLO, Qaddumi,

978 So SAPMO-BArch, DY 30/13791, ZK-Hausmitteilung an Erich Honecker, 17. 06. 1986, Bl. 87.

979 So Interview mit dem syrischen Verteidigungsminister, in: Der Spiegel, 39/1986, S. 166.

980 So ebd.

981 So ebd., S. 163, 166.

982 Vgl. u. a. BArch, DL 2/17338, Teil 4, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, 25. 09. 1986. Die UdSSR ging mit Syrien zwischen 1985 u. 1988 Rüstungsverträge ein, die sich insgesamt auf einen Gegenwert von rd. 8 Mrd. US-Dollar belaufen haben sollen, vgl. Grimmett, Conventional Arms Transfers, S. 64.

983 Die Konsequenzen dieser Politik waren dem MfAA bewusst. Zudem fanden 1985/86 mehrere Treffen zwischen DDR-Diplomaten der Botschaft in Beirut u. dem Anführer der Amal, Nabih Birri, statt. Die Diplomaten thematisierten eine ostdeutsche Unterstützung Birris, ergriffen aber nicht Partei zugunsten der Palästinenser. Vgl. die Berichte, in denen nicht nur die Lage im Libanon detailliert geschildert, sondern auch zutreffend analysiert wurde, in: PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2116/87 u. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 2121/87.

forderte die SED im Sommer 1986 aber nicht nur nachdrücklich auf, den „Vormarsch Syriens gegen die Palästinenserlager im Libanon zu stoppen“, sondern begründete Assads „Hass“ auf Arafat mit der Feindschaft des schiitischen Regimes in Damaskus gegen die Sunniten, wie etwa die Fatah. Im Bericht der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen über das Gespräch mit Qaddumi heißt es: „Zum militärischen Vorgehen Syriens gegen die palästinensischen Lager in Libanon erklärte Qaddumi, die Engstirnigkeit der syrischen Politik diene den Interessen der USA und Israels. […] Das syrische Regime unternimmt mithilfe schiitischer Amal-Milizen und eigener Artillerie Überfalle auf die palästinensischen Lager. Die Bewohner der Lager setzen jedoch den bewaffneten Widerstand fort und verhindern das Eindringen anderer Kräfte. […] Leider sei sich der syrische Präsident Assad der Umstände der gegenwärtigen Schlachten nicht bewusst. Sein Blick sei von Hass gegen die PLO getrübt. Er fürchtet die PLO, die starke Sympathien im syrischen Volk genieße [gemeint waren die sunnitischen Bevölkerungsteile]. Deshalb sei es schwer, ihn in dieser Frage zu beeinflussen.“[984]

Die DDR nahm 1986 aber nicht nur indirekt Partei für die schiitischen Islamisten der Amal und ihre antipalästinensischen Angriffe im Libanon, weil Honecker weiterhin auf der syrischen Seite stand. Auch die US-Interessen der DDR kamen ab Frühjahr 1986 als Faktor hinzu, der die ostdeutsche PLO-Politik zuungunsten Arafats veränderte. Die amerikanische Regierung lastete dem SED-Regime große Schuld am Anschlag vom 5. April an und Ost-Berlin war bemüht, die in dessen Nachgang zerrütteten bilateralen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu verbessern. Die gegenüber dem Judentum und der Jüdischen Gemeinde veränderte Haltung der DDR war dabei ab 1986 das zentrale Element von Honeckers US-Politik.

[984] So SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 19. 06. 1986, Bl. 91, 93. Vgl. auch SAPMO-BArch, DY 30/13791, Vermerk, 26. 06. 1986, Bl. 91–93; SAPMO-BArch, DY 30/13791, Zusatzbericht, o. D., ca. Juni 1986, Bl. 110.

IV. DDR und PLO 1986–1990: Ost-Berlin zwischen Washington, Jerusalem und Arafat

Die Vereinigten Staaten hatten zu Beginn der 1980er Jahre ihre DDR-Politik graduell verändert, da Washington bei bestimmten außenpolitischen Fragen ein begrenztes, aber doch wahrnehmbares Bemühen Honeckers erkannte, innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft eine weniger konfrontative Position einzunehmen[985]. Diese neue Vorgehensweise der Reagan-Administration führte auch dazu, dass die Vereinigten Staaten 1983 einen Kompromiss in den bis dahin nicht geklärten vermögensrechtlichen Fragen erzielen wollten[986]. Hintergrund dieses Streitpunktes war die nach wie vor von Amerikanern sowie von der Conference on Jewish Material Claims Against Germany geltend gemachte finanzielle Unterstützung zugunsten jüdischer Opfer nationalsozialistischer Verfolgung; hinzu kam die Problematik der Restitution von Eigentum[987].

Restitution und Kompensation: Die alten Forderungen

Bereits zu Beginn erster Sondierungen des antifaschistischen Komitees der DDR mit der Claims Conference Anfang der 1970er Jahre – die Ost-Berliner Staats- und Parteiführung sprach nur mit dieser, da sie den jüdischen Staat nicht anerkannte – diskreditierte Erich Honecker seinen vermeintlichen Einigungswillen, indem er Arafat offiziell empfing und einem Abkommen zwischen der SED und der PLO zustimmte[988]. Eine ursprünglich von der US-Regierung bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR 1974 intendierte Lösung der Vermögensfragen hatte Honecker erfolgreich abgewehrt[989]. Die Vereinigten Staaten verpflichteten allerdings das SED-Regime, angelehnt an die zwischen der finnischen und der ostdeutschen Regierung getroffene Abmachung, unmittelbar nach dem Austausch von Botschaftern in ernsthafte Gespräche über Restitutions- und Kompensationsforderungen einzutreten[990]. Washington rechtfertigte seinen Ver-

985 Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 548; Ostermann, USA, S. 179 f.; Gaida, USA-DDR, S. 170–175.

986 Vgl. ebd., S. 44–51, 383–388; Große, Amerikapolitik, S. 64–70; Meining, Unerfüllte Träume, S. 68.

987 Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 452 f., 548; Timm, Verhandlungen, S. 14–38; dies., Claims, S. 73–180; dies., Davidstern, S. 51–80, 293–359.

988 Zu den Sondierungen vgl. Timm, Claims, S. 95–105; dies., Davidstern, S. 244 f.; Große, Amerikapolitik, S. 127, 130; Wolffsohn, Deutschland-Akte, S. 276–278; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 370–381; ders., Unerfüllte Träume, S. 60–63; Goschler, Schuld, S. 403 f. Vgl. auch Maeke, Vom Zauber des Anfangs, S. 162–164.

989 Timm, Verhandlungen, S. 20, verweist darauf, dass Washington die Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1974 nicht von der Lösung der vermögensrechtlichen Fragen abhängig gemacht habe. Hingegen macht Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 451–453, zutreffend gerade die problematische Frage der Entschädigung im Verlauf der Verhandlungen über die Herstellung diplomatischer Beziehungen deutlich. Vgl. auch Große, Amerikapolitik, S. 34 f., 127; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 370–395; ders., Unerfüllte Träume, S. 60 f.; Ostermann, USA, S. 176 f.

990 Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 452 f.; Gaida, USA-DDR, S. 35–51; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 379–381; Timm, Davidstern, S. 244.

DOI 10.1515/9783110550108-012

zicht auf eine Regelung vermögensrechtlicher Fragen vor Anerkennung der DDR gegenüber Israel im September 1974 unter anderem damit, dass die Klärung dieses Sachverhaltes nur aufgeschoben sei und die US-Administration ohnehin die Meinung vertrete, dass diese Fragen zunächst mit Moskau diskutiert werden müssten[991].

Die ab 1974 von Honecker zugelassenen Gespräche mit der Claims Conference und der Regierung unter Präsident Gerald Ford verliefen ergebnislos. Die DDR blockierte eine Lösung, denn es fehlten sowohl der politische Wille als auch die finanziellen Mittel, um etwaige Ansprüche zu befriedigen[992]. Im Ministerratsbeschluss „über die Konzeption für die Verhandlungen mit den USA zur Regelung offener vermögensrechtlicher Fragen" vom 6. März 1975, der dem Politbüro der SED vorgelegt und von diesem bestätigt wurde, hieß es: „Es sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Verhandlungen über einen langen Zeitraum hinweg auszudehnen, jedoch so, dass die weitere Entwicklung der Beziehungen mit den USA entsprechend den Notwendigkeiten zur Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz nicht gestört werden."[993] Auch die US-Regierung beschloss erst 1976/77 konkrete Maßnahmen in Bezug auf die Kompensation und Restitution, indem sie die für die Vertretung amerikanischer Ansprüche zuständige United States Foreign Claims Settlement Commission im Mai 1977 beauftragte, binnen der folgenden Monate alle von US-Bürgern gegenüber der DDR geltend gemachten Forderungen zu erfassen[994]. Eine 1976 von Honecker als „Spende" deklarierte nichtregierungsamtliche Zahlung in Höhe von einer Million US-Dollar zugunsten der Claims Conference wurde von dieser umgehend zurücküberwiesen, um den Eindruck zu vermeiden, mit deren Annahme seien alle Forderungen abgegolten[995]. Bis Anfang der 1980er Jahre wurde die vermögensrechtliche Thematik zwischen der DDR, der Claims Conference und Washington nicht ernsthaft sondiert[996].

Erst die ab 1983 von der Regierung Reagan vorgebrachte Überlegung eines sogenannten package deal veränderte dies. Washington bot dem SED-Staat für den Fall eines Entgegenkommens in Bezug auf die vermögensrechtlichen Fragen an,

[991] Vgl. ISA/RG 93/MFA/2733/6, Bericht der amerikanischen Botschaft Bonn an das State Department, 07. 09. 1974.

[992] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 453; Gaida, USA-DDR, S. 74–76; Große, Amerikapolitik, S. 36, 127–129; Ostermann, USA, S. 177 f.; Meining, Unerfüllte Träume, S. 63 f.; Wolffsohn, Deutschland-Akte, S. 284 f.; Timm, Claims, S. 102–107; dies., Davidstern, S. 244–246. Vgl. auch die Aussagen in: BArch, DN 1/27263, Anlage 2 zur Vorlage, 21. 05. 1982.

[993] So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1865, Konzeption, o. D., ca. März 1975, Bl. 82.

[994] Vgl. Gaida, USA-DDR, S. 75–81; Timm, Claims, S. 112 f.; dies., Verhandlungen, S. 23 f., nennt hier einen Zeitraum von vier Jahren, in dem diese Erfassung vorgenommen werden sollte.

[995] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 453; Große, Amerikapolitik, S. 129 f.; Goschler, Schuld, S. 404; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 393 f.; ders., Unerfüllte Träume, S. 64; Wolffsohn, Deutschland-Akte, S. 288 f.; Timm, Verhandlungen, S. 22; dies., Claims, S. 109 f.; dies., Davidstern, S. 246.

[996] Zu den Verhandlungen, die bis Anfang der 1980er Jahre ergebnislos verschleppt wurden, vgl. Große, Amerikapolitik, S. 36–61; Timm, Claims, S. 98–111, 126, 170. Vgl. auch die Stellungnahmen in: BArch, DN 1/27263, Anlage 2 zur Vorlage, 21. 05. 1982.

die von Ost-Berlin so nachdrücklich geforderten und benötigten Handelserleichterungen zu gewähren[997]. Das Neue an diesem Angebot bestand in der Bereitschaft der amerikanischen Regierung, eine erfolgreiche Lösung eigener Vermögensfragen stärker von einer Konzilianz gegenüber der Claims Conference abhängig zu machen und dabei die Vermögensproblematik mit dem Abbau wirtschafts- und finanzpolitischer Beschränkungen des US-Exportgeschäftes durch die Vereinigten Staaten zu verbinden[998]. Bis dahin hatten die amerikanischen Administrationen zwar erklärt, die Anliegen der Claims Conference unterstützen zu wollen, aber seit 1973 zugleich strikt zwischen den Entschädigungsansprüchen jüdischer NS-Opfer und den vermögensrechtlichen Fragen eigener Staatsbürger unterschieden, die die United States Foreign Claims Settlement Commission mit der DDR separat verhandelte[999]. Unter Präsident Reagan sahen die Vorbereitungen für neue, ab 1983 einsetzende amerikanisch-ostdeutsche Gespräche von Beginn an eine stärkere Unterstützung der Claims Conference vor, wobei die positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen auch von einer zufriedenstellenden Lösung der Anliegen der Claims Conference abhängig gemacht wurde[1000].

Ost-Berlin hatte es bis Anfang der 1980er Jahre abgelehnt, die beiden Komplexe Handelspolitik und Entschädigung miteinander zu verbinden[1001]. Im Mai 1982 hieß es hingegen in einer gemeinsam erstellten Vorlage des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten und des Leiters des Amts für den Rechtsschutz der Vermögen der DDR für das Politbüro der SED: „In den Vermögensverhandlungen reift jetzt eine neue Etappe heran, deren Verlauf dadurch gekennzeichnet ist, dass es nicht mehr zu umgehen ist, in den vermögensrechtlichen Fragen mit den kapitalistischen Staaten über die Zahlung einer gewissen Entschädigung, deren Bedingungen und Werte für das staatlich verwaltete Vermögen zu verhandeln."[1002] Außerdem wurde betont: „In den Vermögensverhandlungen ist ein offensives Vorgehen der DDR […] mit dem Ziel zu sichern, ausgehend von der Anerkennung der Rechtsordnung der DDR für das auf ihrem Hoheitsgebiet belegene ausländische Vermögen, die gegen die DDR erhobenen Vermögensforderungen im größtmöglichen Umfang zu reduzieren und dazu auch die vonseiten der DDR geltend zu machenden Forderungen zu nutzen. […] Bei Ansprüchen für Vermö-

997 Vgl. Meining, Unerfüllte Träume, S. 68 f.; Gaida, USA-DDR, S. 170–175, 387 f.; Timm, Claims, S. 128 f.; dies., Verhandlungen, S. 25–28.

998 Zu den bereits um 1974/75 sondierten Möglichkeiten der Meistbegünstigung vgl. Gaida, USA-DDR, S. 385 f.; Timm, Claims, S. 106–121; Meining, Unerfüllte Träume, S. 62. Zu den 1978 durch die Claims Conference signalisierten handelspolitischen Vorteilen u. zur Position der Reagan-Administration vgl. Große, Amerikapolitik, S. 46, 130; Timm, Claims, S. 126–129.

999 Vgl. ebd., S. 101 f., 112–118; Gaida, USA-DDR, S. 75 f., 81.

1000 Vgl. Timm, Claims, S. 127 f.; dies., Verhandlungen, S. 25–27. Goschler, Schuld, S. 404 f., verweist zu Recht darauf, dass die Claims Conference seit Anfang der 1970er Jahre den Status eines Meistbegünstigten als „Hebel" verwendete, um Vorteile in den Gesprächen mit ostdeutschen Offiziellen über Fragen der Restitution u. Kompensation zu erlangen.

1001 Vgl. etwa den Ministerratsbeschluss vom März 1975 in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1865, Konzeption, o. D., ca. März 1975, Bl. 81.

1002 So BArch, DN 1/27263, Anlage 2 zur Vorlage, 21. 05. 1982.

gensverhältnisse, die ehemalige deutsche, heute ausländische Staatsbürger während der Zeit des Faschismus im früheren Deutschland aus politischen oder rassischen Gründen erlitten haben, ist aus außenpolitischen Gründen unter Berücksichtigung des jeweiligen Charakters des Falles sowie dem Umfang und der Höhe der erhobenen Ansprüche eine differenzierte Lösung zu prüfen. […] Ausgehend von den außenpolitischen Zielen der DDR sind unter Berücksichtigung des konkreten Standes der jeweiligen Vermögensverhandlungen die kapitalistischen Staaten festzulegen, mit denen eine abschließende Regelung der offenen Vermögensfragen aus außenpolitischen Gründen notwendig und im Interesse der DDR in absehbarer Zeit geboten ist. Für die […] festgelegten Staaten ist zu prüfen und auszuarbeiten, welche Maßnahmen zugunsten der DDR auf dem Gebiet des Handels oder des Kreditwesens realisiert werden können, um ökonomische Aufwendungen der DDR im Falle der Zahlung einer Entschädigungssumme zu kompensieren."[1003]

Die DDR definierte bis Anfang der 1980er Jahre die Entschädigungsleistungen in einem ganz engen Rahmen: „Bei diesen Ansprüchen [den vermögensrechtlichen Forderungen der Vereinigten Staaten] kann es sich in der Regel nur um solche handeln, die aufgrund von nach 1945 eingetretenen Erbfällen oder aus anderen Gründen als zivilrechtliche Ansprüche neu entstanden sind. […] Alle Entschädigungsansprüche der USA für Leiden und Verluste, die heutige amerikanische Staatsbürger während der Zeit des Faschismus erlitten haben, sind als Wiedergutmachungsforderungen zu charakterisieren und aus diesem Grund grundsätzlich zurückzuweisen."[1004] Gleichzeitig hatte diese Rechtsauffassung die DDR seit Anfang der 1970er Jahre zu keinem Zeitpunkt davon abgehalten, mit der Claims Conference zu verhandeln. Aber dies geschah dann aus Sicht der SED immer unter der Prämisse, dass man „humanitäre Probleme jüdischer Organisationen der USA" thematisierte und keinen als Wiedergutmachung für die nationalsozialistischen Verbrechen angemeldeten Forderungen jüdischer Opfer nachkam.

Honecker beharrte stets darauf, dass die DDR alle Reparationsverpflichtungen gemäß dem Potsdamer Abkommen erfüllt habe und darüber hinaus als antifaschistischer Staat keine Verantwortung für das nationalsozialistische Deutschland übernehme, auch in keinerlei Rechtsnachfolge zum sogenannten Dritten Reich stehe und daher auch nur aus „humanitären Gründen" den Opfern des Faschismus eine finanzielle Beihilfe gewähre: „Folglich weigerte sich die DDR, Entschädigungsgelder ins Ausland zu zahlen, und auf diesem Kurs beharrte sie nicht nur gegenüber Israel, der Claims Conference und westlichen Staaten, sondern auch gegenüber den ‚Bruderstaaten' im Warschauer Pakt."[1005]

[1003] So BArch, DN 1/27263, Vorlage, 21. 05. 1982. Vgl. auch Timm, Claims, S. 129.

[1004] So SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1865, Konzeption, o. D., ca. März 1975, Bl. 95, 97.

[1005] So Hockerts, Entschädigung, S. 44. Vgl. auch Lamm/Kupper, DDR, S. 52 f.; Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 452 f.; Goschler, Schuld, S. 361–406; Illichmann, DDR, S. 50–65, 219–224; Timm, Claims, S. 78–111; dies., Verhandlungen, S. 5–24; dies., Davidstern, S. 51–132; Haury, Antisemitismus, S. 293–398. Vgl. auch BArch, DN 1/27263, Vorlage, 21. 05. 1982; SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1865, Konzeption, o. D., ca. März 1975, Bl. 97.

Die neuen Sondierungen der DDR ab Sommer 1985

Im August 1985 stellte die DDR der amerikanischen Regierung schließlich ein Aide-Mémoire zu. Wie Honecker im Januar 1986 gegenüber einer Delegation des Repräsentantenhauses erläuterte, ging es ihm bei dieser Initiative darum, „die Beziehungen DDR-USA auf eine normale Grundlage" zu stellen[1006]. In diesem Sinne seien im genannten Aide-Mémoire konkrete Vorstellungen für die Verbesserung der bilateralen Kontakte dargelegt[1007]. Er wolle beispielsweise den politischen Dialog fördern, die „Begegnung der Menschen erhöhen", die Kulturbeziehungen ausbauen und den „Handelsaustausch […] vergrößern"[1008]. Honecker machte im Januar 1986, drei Monate vor dem Anschlag auf die Diskothek „La Belle", außerdem deutlich, dass er mit dem Aide-Mémoire zugleich eine neue Bereitschaft der DDR signalisieren wollte, die vermögensrechtlichen Fragen zu lösen, um Erleichterungen im US-Exportgeschäft durchzusetzen[1009]. Gegenüber der Delegation des Repräsentantenhauses konkretisierte Honecker dieses Bestreben[1010].

So unterbreitete er, für den Fall, dass bessere Handelskonditionen eingeräumt würden, den folgenden Vorschlag: „Es bestehen Ansprüche jüdischer Organisationen an die DDR. Juristisch gibt es keinerlei Verpflichtung der DDR, dem zu entsprechen. Gemäß Potsdamer Abkommen hat die DDR bis 1955 Reparationen bezahlt. Es wurden alle Ansprüche befriedigt, die an uns gestellt worden sind, obwohl Berlin und die heutigen Bezirke der DDR 1945 total zerstört waren. Um den jüdischen Organisationen entgegenzukommen, hat die DDR 1979 [sic!; gemeint scheint vielmehr das Jahr 1976 zu sein] 1 Million [US-]Dollar als Geste des guten Willens zur Verfügung gestellt. Das Geld kam zurück, weil höhere Ansprüche gestellt wurden. In Verbindung mit der Entwicklung des Handels mit den USA und im Zusammenhang mit der Bewilligung des Meistbegünstigtenrechts könnte ein bestimmter Prozentsatz des Erlöses für die Regelung humanitärer Probleme jüdischer Organisationen der USA zur Verfügung gestellt werden. Der Handel muss zum gegenseitigen Vorteil entwickelt werden. Wenn man gleichzeitig humanitäre Probleme lösen kann, wie das von unserer Seite aus versucht wird, dann könnte man alle Schwierigkeiten aus dem Weg räumen, die dem Handel entgegenstehen."[1011]

[1006] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/2492, Gesprächsvermerk, 10. 01. 1986, Bl. 250, 264. Vgl. auch Große, Amerikapolitik, S. 78 f.; Meining, Unerfüllte Träume, S. 70.

[1007] So SAPMO-BArch, DY 30/2492, Gesprächsvermerk, 10. 01. 1986, Bl. 250.

[1008] So ebd.

[1009] Meining, Unerfüllte Träume, S. 60, u. Große, Amerikapolitik, S. 119–121, erwähnen das entsprechende Aide-Mémoire, ohne dessen Inhalt zu zitieren. Timm, Verhandlungen, S. 26 f., sowie dies., Claims, S. 132 f. u. 135, hingegen vernachlässigt ostdeutsche Initiativen wie die des Aide-Mémoires zugunsten eines „package deal" u. verweist lediglich auf Vorschläge der Claims Conference sowie der US-Regierung, die Honecker unterbreitet wurden, ohne die Eigeninteressen u. besonderen Aktivitäten, etwa in Form des Aide-Mémoire, darzustellen.

[1010] Vgl. auch Große, Amerikapolitik, S. 120 f. Timm, Claims, S. 135, vermerkt insofern zu Unrecht, dass die Abordnung des Repräsentantenhauses die Gelegenheit genutzt habe, um die Idee eines „package deal" vorzubringen, denn Honecker sprach dies an.

[1011] So SAPMO-BArch, DY 30/2492, Gesprächsvermerk, 10. 01. 1986, Bl. 264 f. Vgl. auch Große, Amerikapolitik, S. 79. Zu der bekannten Zahlung von einer Mio. US-Dollar an die Claims Conference 1976 vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 453; Timm, Claims, S. 109 f.; dies., DDR-Israel, S. 52.

Der Generalsekretär der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR erklärte den Mitgliedern des amerikanischen Repräsentantenhauses im Januar 1986 folglich, dass er die vermögensrechtlichen Fragen nicht mehr länger auf die nach 1945 neu entstandenen zivilrechtlichen Sachverhalte oder Erbfälle reduzierte, sondern sie auch im Sinne einer „humanitären Geste" zugunsten jüdischer Opfer nationalsozialistischer Verfolgung verstand. Die zur Lösung dieser vermögensrechtlichen Fragen notwendigen finanziellen Mittel konnten aber erst dann vom SED-Staat aufgebracht werden, wenn man ihm Handelserleichterungen im US-Export gewährte. Wenn Washington Ost-Berlin neue wirtschafts- und finanzpolitische Konditionen einräumte, die einen entsprechenden Gewinn ermöglichten, könnte – so Erich Honecker laut dem zitierten Protokoll – „ein bestimmter Prozentsatz […] für die Regelung humanitärer Probleme jüdischer Organisationen der USA zur Verfügung gestellt werden"[1012].

Unbenommen, dass unklar blieb, wie hoch dieser Prozentsatz ausfiel und wie lange die DDR eine solche Unterstützung zahlen wollte, versuchte Honecker mit diesem Angebot zu verhindern, dass er zuerst Leistungen erbrachte, ohne zu wissen, ob sich dies durch eine mögliche Verbesserung des Handels mit den USA auch tatsächlich rentieren würde. Deshalb band er den finanziellen Umfang der „humanitären Geste" gegenüber der Claims Conference an den Gesamtumsatz des amerikanischen Exportgeschäftes. Diese Maßgabe stand im Einklang mit Beschlüssen des Politbüros, die seit Mai 1982 jährlich neu bestätigt wurden, und denen zufolge die „Übernahme einer Entschädigungsverpflichtung durch die DDR […] nur in dem Umfang und in dem Maße [erfolgen kann], in dem Zahlungen der DDR durch verbindlich zugesicherte Vorteile auf dem Gebiet des Handels oder des Kreditwesens ökonomisch ausgeglichen werden können"[1013].

Im Zentrum von Honeckers Interesse stand Anfang des Jahres 1986 die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel im Warenverkehr mit den USA. Denn das SED-Regime war aus wirtschafts- und finanzpolitischen Gründen daran interessiert, neue, vorteilhaftere Konditionen für den Handel zu vereinbaren[1014]. Mit Ausnahme der Volksrepublik Ungarn, die seit 1978 den Status eines Meistbegünstigten besaß, weigerte Washington sich, kommunistischen Staaten den gleichen wirtschafts- und finanzpolitischen Bonus einzuräumen, wie es ihn anderen Ländern zugestand[1015]. Die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel hätte für die DDR bedeutet, dass die amerikanische Exportrate quantitativ um ein Vielfaches

[1012] So SAPMO-BArch, DY 30/2492, Gesprächsvermerk, 10. 01. 1986, Bl. 264. Vgl. auch Illichmann, DDR, S. 289.

[1013] So BArch, DN 1/27263, Anlage 2 zur Vorlage, 21. 05. 1982, ebd. die Stempel der Bestätigung des Papiers mit den Datumsangaben 02. 02. 1983, 29. 02. 1984, 05. 03. 1985 u. 13. 02. 1986.

[1014] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 452 f., 548 f.; Timm, Claims, S. 106–142; BArch, DL 200/378, Bericht, 14. 11. 1985.

[1015] Vgl. Kissinger, Years of Upheaval, S. 250, 987–998; ders., Years of Renewal, S. 130–133, 302–309; Gaida, USA-DDR, S. 272, 383–386; Große, Amerikapolitik, S. 79; Meining, Unerfüllte Träume, S. 69; ders., Kommunistische Judenpolitik, S. 386; Timm, Claims, S. 106 f. Vgl. auch die Feststellungen Honeckers gegenüber der Delegation des Repräsentantenhauses 1986 in: SAPMO-BArch, DY 30/2492, Gesprächsvermerk, 10. 01. 1986, Bl. 265.

angestiegen wäre und gleichzeitig eine Senkung der Zölle und Abgaben die ostdeutschen Produkte in den USA preiswerter und damit attraktiver gemacht hätte. Darüber hinaus wären auch die Bedingungen potenzieller US-Investitionen verbessert worden[1016].

1. Die US-Politik Honeckers nach dem Anschlag auf „La Belle"

Der Bombenanschlag auf die Diskothek „La Belle" veränderte die Rahmenkonstellation der 1985 begonnenen ostdeutsch-amerikanischen Sondierungen über einen „package deal"[1017]. Die noch im Januar 1986 dem US-Repräsentantenhaus gegebene Versicherung Honeckers, dass die DDR bestrebt sei, „solche internationalen Beziehungen zu entwickeln, die bei Beachtung der Nichteinmischung das friedliche Nebeneinander ermöglichen", wurde am 5. April 1986 gebrochen[1018]. Zwar verfügte Washington augenscheinlich über keine Informationen, die belegten, dass ein Mitglied der libyschen Zelle von der DDR-Staatssicherheit Aufträge erhielt. Dennoch war es seit dem 27. März 1986 offensichtlich, dass das SED-Regime und die sowjetische Seite – trotz amerikanischer Warnungen und Bitten – nichts gegen einen von Libyen in Ost-Berlin organisierten Anschlag auf die Vereinigten Staaten unternommen hatten. Denn an jenem 27. März, gut neun Tage vor dem „La Belle"-Anschlag und zeitgleich mit den tatsächlich bereits zweimal versuchten libyschen Angriffen vom 25. und 26. März, hatten hochrangige US-Diplomaten sowohl dem stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten als auch der de jure für Berlin zuständigen vierten alliierten Partei – dem sowjetischen Botschafter in der DDR – fünf Namen libyscher Attentäter mitgeteilt, ein konkretes Vorgehen gegen die Vertretung Libyens verlangt und erhöhte Sicherungsmaßnahmen für amerikanische Einrichtungen gefordert[1019].

[1016] Vgl. Gaida, USA-DDR, S. 284–330, 353–360, 376–397; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 386. Timm, Claims, S. 132, verweist auf die bereits erwähnten Berechnungen des MAH von 1984, die zu dem Ergebnis gelangten, dass man bei Gewährung der Meistbegünstigung jährlich Waren im Wert von rd. 80 Mio. US-Dollar zusätzlich absetzen konnte u. Zollgebühren von ca. 30 Mio. Dollar einsparen würde.

[1017] Vgl. Große, Amerikapolitik, S. 81; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 433–436.

[1018] Für Honeckers Aussage vgl. SAPMO-BArch, DY 30/2492, Gesprächsvermerk, 10. 01. 1986, Bl. 265.

[1019] Vgl. BStU, MfS, HA II, 32887, Übersetzung aus dem Russischen, 27. 03. 1986, Bl. 13; BStU, MfS, HA II, 32887, Non-Paper, 05. 04. 1986, Bl. 22; BStU, MfS, HA II, 3966, Kurzauskunft, o. D., Bl. 10; BStU, MfS, HA II, 3966, Schreiben Oskar Fischers an Erich Mielke, 27. 03. 1986, Bl. 139–141; BStU, MfS, HA II, 16601, Konsultationen, 16. 05. 1986, Bl. 67; BStU, MfS, HA II, 16601, Vermerk, 06. 04. 1986, Bl. 1; AAPD, 1986, Dok. 87, Gesandter Wallau, Washington, an das AA, 27. 03. 1986, S. 480f.; James M. Markham: U.S. Reported to Tell Russians of Berlin Plot, in: NYT, 20. 11. 1986, S. A1f. Zur Vier-Mächte-Verantwortung in Bezug auf Berlin vgl. Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands, 05. 06. 1945 (Auszüge), in: DGAP, Berlin-Frage, S. 10f.; Beschluss der Konferenz von Vertretern der Alliierten Oberkommandos, 07. 07. 1945, in: ebd., S. 14f.; Proklamation Nr. 1 des Alliierten Kontrollrates, 30. 08. 1945, in: ebd., S. 28; Sowjetische Verlautbarung, 01. 07. 1948, in: ebd., S. 66f.; Erklärung der Alliierten

Amerikanische Warnungen und gefordertes Intervenieren

Noch am 5. April 1986, dem Tag des Bombenanschlags, trug die US-Regierung zum ersten Mal eine Demarche gegenüber der DDR sowie der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin vor und erklärte, die eklatante Untätigkeit sowohl der DDR als auch der sowjetischen Stellen hätte diese Tat begünstigt, ja überhaupt erst ermöglicht[1020]. Am 6. April folgte der zweite Protest des amerikanischen Botschafters Francis J. Meehan im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Das MfAA gab den Inhalt dieser Stellungnahme wie folgt wieder: „Er [Meehan] habe Instruktion zu folgender Darlegung erhalten: Dieser terroristische Anschlag in West-Berlin sei eine schwerwiegende Angelegenheit, die durch die Aktivität des in der DDR akkreditierten Libyschen Volksbüros hervorgerufen worden sei. Die amerikanische Regierung habe zum Ausdruck gebracht, dass eine Zusammenarbeit in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der DDR und den USA beitragen könne. Versäumnisse in dieser Angelegenheit würden ernste Folgen für die Weiterentwicklung der Beziehungen auslösen. […] Ausgehend von dieser neuen Lage und der Besorgnis der USA-Regierung, werde die DDR-Regierung aufgefordert, das Libysche Volksbüro zu schließen und die Mitarbeiter dieses Büros unverzüglich auszuweisen.“[1021] Am 9. April wiederholte Meehan gegenüber dem MfAA unmissverständlich, die „Regierung der Vereinigten Staaten [sei] zutiefst entsetzt“; obwohl Washington die „Behörden der DDR […] deutlich und rechtzeitig“ darüber informiert habe, dass die Vertretung Libyens in Ost-Berlin antiamerikanische Anschläge plane, seien alle Hinweise ignoriert worden[1022].

Zwei Tage nach dem amerikanischen Vergeltungsangriff auf Libyen sprach Meehan am 17. April 1986 zum vierten Mal im Ministerium für Auswärtige An-

Kommandantur der Stadt Berlin, 05. 05. 1955, in: ebd., S. 233 f.; Hendry/Wood, Legal Status; Wettig, Statusprobleme, S. 2–37; Schiedermair, Status Berlins, S. 4–18; Alisch, Insel, S. 51–53, 145–185; Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 450; Müller, Ende des Krieges, S. 525 f. Zu der ebenfalls am 27. 03. 1986 erfolgten Einbestellung des Geschäftsträgers der Ost-Berliner Vertretung in Washington in das State Department vgl. PA-AA, Bestand B 150, Bd. 641, Bericht, 08. 04. 1986, Bl. 2037.

1020 Vgl. BStU, MfS, HA II, 32887, Non-Paper, 05. 04. 1986, Bl. 22; SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2. 039/294, Vermerk, 08. 04. 1986, Bl. 52; BStU, MfS, HA II, 16601, Vermerk, 06. 04. 1986, Bl. 1. In der sowjetischen Antwort auf den amerikanischen Protest hieß es gemäß des vonseiten Moskaus der SED-Spitze übermittelten Wortlautes: „Die Sowjetunion wusste selbstverständlich nicht, dass eine Aktion in Vorbereitung war, und konnte dementsprechend keine Maßnahmen ergreifen, darunter auch nicht bezüglich einer Zusammenarbeit mit anderen Staaten, um diese zu verhindern. Die sowjetische Seite erachtet es als notwendig, erneut die volle juristische und politische Unhaltbarkeit der Behauptung von einem angeblich bis jetzt fortbestehenden vierseitigen Status Berlins und von einem angeblich bestehenden ‚sowjetischen Sektor Berlins‘ zu unterstreichen“, so SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/294, Antwort, o. D., ca. April 1986, Bl. 54 f. Erich Honecker zeichnete dieses Dokument am 08. 04. 1986 mit seinem Kürzel ab, vgl. ebd., Bl. 54. Riegler, Geben und Nehmen, S. 311, erklärt hingegen, Washington habe Ost-Berlin „nicht offen der Komplizenschaft“ beschuldigt und für den Anschlag auf das „La Belle“ verantwortlich gemacht.

1021 So BStU, MfS, HA II, 16601, Vermerk, 06. 04. 1986, Bl. 2.

1022 So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 736/13, Vermerk, 09. 04. 1986.

gelegenheiten vor[1023]. Der im MfAA für Nordamerika zuständige Abteilungsleiter ließ Reagans Botschafter zunächst wissen, dass sich die ostdeutsche Regierung „entschieden dagegen verwahrt[e]", dass der Sprecher des State Department am Vortag öffentlich in einer Pressekonferenz die DDR für einen „Kreislauf von Gewalt, der zum Luftangriff führte", verantwortlich gemacht hatte[1024]. Meehan entgegnete, er wolle eine „persönliche Bemerkung, die sicherlich mit der Auffassung in Washington übereinstimme", zu diesem Sachverhalt abgeben: „Zwar sei es richtig, dass die DDR in West-Berlin keine Zuständigkeit besitze. Für terroristische Aktionen, die von ihrem Territorium ausgehen, trage sie jedoch die volle Verantwortung."[1025] Daraufhin wurde Meehan geantwortet, dass es „keine Beweise" für eine libysche Täterschaft gebe, woraufhin der Botschafter entgegnete: „Man werde in Washington nicht von dieser Feststellung der DDR beeindruckt sein. […] Im Übrigen habe die DDR einen guten Nachrichtendienst. Er und Washington gingen davon aus, dass der DDR die gleichen, wenn nicht bessere Informationen über die Tätigkeit des Libyschen Volksbüros vorlägen. Er sei sogar der Auffassung, dass die DDR absichtlich nicht dem USA-Ersuchen [vom 27. März 1986], gegen das Libysche Volksbüro vorzugehen, Folge geleistet hätte. Washington werde sicherlich aus der starren Haltung der DDR die erforderlichen Schlussfolgerungen ziehen."[1026]

Ebenfalls am 17. April teilte das State Department ostdeutschen Diplomaten in Washington mit, dass „die Negierung der [am 27. März 1986] gegebenen Hinweise und die Weigerung der DDR-Behörden, gegen das Libysche Volksbüro wirksam zu werden, […] zu dem Anschlag in West-Berlin geführt hätten."[1027] Auch Botschafter Meehan formulierte bei einem späteren Treffen mit Verantwortlichen des MfAA direkter: „Es habe sich gezeigt, dass es zwischen der DDR und den USA offenbar unterschiedliche Auffassungen gebe, was ein stichhaltiger Beweis sei. Im Falle des Bombenanschlags auf die West-Berliner Diskothek ‚La Belle' hätten die USA der DDR harte nachrichtendienstliche Informationen übermittelt. Hätte die DDR diese Hinweise ernst genommen, so hätte der Terrorakt eventuell nicht stattgefunden."[1028]

[1023] Vgl. BStU, MfS, HA II, 16601, Vermerk, 17. 04. 1986, Bl. 17–19. Meehan hatte am 07. 04. 1986 ein drittes Mal im MfAA vorgesprochen, vgl. die Unterlagen in: PA-AA, Bestand MfAA, ZR 736/13.

[1024] So BStU, MfS, HA II, 16601, Vermerk, 17. 04. 1986, Bl. 17.

[1025] So ebd., Bl. 18.

[1026] So ebd.

[1027] So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 736/13, Vermerk der Botschaft Washington, 17. 04. 1986.

[1028] So BStU, MfS, HA XXII, 19984, Vermerk, 03. 02. 1988, Bl. 108. Aus dem gesamten Kontext der Quelle ergibt sich, dass das Wort „eventuell" mit hoher Wahrscheinlichkeit entweder nachträglich im Protokoll ergänzt wurde u. nicht von Meehan stammte o. dieser das englische Wort „eventually" in seiner entsprechenden Bedeutung gebraucht hatte. Gegenüber sowjetischen Stellen erklärte die US-Regierung bereits am 05. 04. 1986 in ihrer Demarche u. a.: „Die Mission der Vereinigten Staaten [in Ost-Berlin] betrachtet den terroristischen Bombenanschlag vom 5. April als direktes Ergebnis des Versagens sowjetischer Behörden, effektive Maßnahmen auf Grundlage der Informationen der Mission der Vereinigten Staaten vom 27. März zu ergreifen", so BStU, MfS, HA II, 32887, Non-Paper, 05. 04. 1986, Bl. 22.

Am 16. Mai 1986 folgte die mindestens achte amerikanische Beschwerde, vorgetragen auf der Leitungsebene des MfAA. William H. Woessner, Mitarbeiter im Unterstaatssekretariat des State Department, teilte dem Ersten Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Herbert Krolikowski, mit: „Bezüglich des Bombenanschlags auf eine West-Berliner Diskothek habe sich die USA-Seite am 27. 3. mit der Bitte an die DDR gewandt, geeignete Schritte gegen das Libysche Volksbüro in der DDR zu unternehmen, um derartige Anschläge zu verhindern. […] Die USA haben Namen von 5 libyschen Diplomaten genannt, die sich in der DDR aufhalten und konkret mit dem Terrorismus verbunden seien. Dazu habe es bis heute keine Antwort gegeben. […] Damit werde zweifelhaft, welche Bedeutung der politische Dialog sowie die bilateralen Beziehungen für die DDR überhaupt noch haben.“[1029]

Woessner bezog sich konkret auf ein am 9. April 1986 dem MfAA von Botschafter Francis J. Meehan übergebenes Papier. Darin aufgelistet waren die Namen von sechs Mitarbeitern der libyschen Vertretung in Ost-Berlin, deren umgehende Ausweisung aus der DDR Washington forderte. Tatsächlich handelte es sich jedoch nur um fünf Männer, zwei der Namen bezeichneten dieselbe Person, unter anderem genannt waren A. K. und J. Ch.[1030]. Das MfAA leitete diese Mitteilung sowohl an Erich Mielke als auch an Erich Honecker weiter und begann zeitgleich, eine Note auszuarbeiten, die dem Libyschen Volksbüro übergeben werden sollte[1031]. Bemerkenswert war hierbei, dass der ursprüngliche Entwurf dieser Stellungnahme die „Empfehlung“ des MfAA an die libyschen Partner vorsah, alle fünf von US-Seite benannten Personen zumindest vorübergehend und zu deren „eigenem Schutz“ abzuziehen; erst nachdem Erich Honecker dieses Papier vorgelegen hatte, wurde im MfAA der entsprechende Passus handschriftlich gestrichen[1032]. Der damalige Leiter der Abteilung Naher und Mittlerer Osten des MfAA, Heinz-Dieter Winter, traf schließlich am 11. April 1986 mit dem Sekretär des Libyschen Volksbüros zusammen und erklärte, die DDR weise jede der amerikanischen Forderungen entschieden zurück[1033].

Vor dem Hintergrund dieser amerikanischen Proteste, die der Ost-Berliner Führung eine Mitschuld am „La Belle“-Anschlag vorwarfen, fand sich Anfang Juli 1986 zum ersten Mal eine ostdeutsch-amerikanische Gesprächsrunde zusammen, um über das von Honecker mit dem Aide-Mémoire Mitte 1985 vorgelegte Angebot zu verhandeln[1034]. Hatte US-Botschafter Meehan noch Anfang Dezember 1985, als er den geplanten Aufenthalt der Delegation des amerikanischen Repräs-

[1029] So BStU, MfS, HA II, 16601, Konsultationen, 16. 05. 1986, Bl. 67. Vgl. auch BStU, MfS, HA II, 3966, Kurzauskunft, o. D., Bl. 10. „Reuters“ meldete am 17. 05. 1986, die DDR habe zugesagt, antiamerikanischen Terrorismus zu verhindern, vgl. Reuters: E. Germany Assures U.S., in: WP, 17. 05. 1986, S. A2.

[1030] Vgl. insgesamt PA-AA, Bestand MfAA, ZR 736/13, Vermerk, 09. 04. 1986.

[1031] Vgl. die Unterlagen in: PA-AA, Bestand MfAA, ZR 736/13; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 734/13; PA-AA, Bestand MfAA, ZR 731/13.

[1032] Vgl. ebd.

[1033] Vgl. den entsprechenden Vermerk vom 11. 04. 1986 in den beiden Akten PA-AA, Bestand MfAA, ZR 734/13 u. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 736/13.

[1034] Vgl. BArch, DC 20/4925, Bericht, 03. 07. 1986, Bl. 28 f.

sentantenhauses in Ost-Berlin vorbereitete, einen entsprechenden Gegenbesuch von Abgeordneten der Volkskammer in Washington „angeregt", so war im Sommer 1986 von einer solchen Reise keine Rede mehr[1035]. Meehan machte nun vielmehr deutlich, dass zwar ein „Interesse" an der Fortsetzung der Vermögensverhandlungen seitens der US-Administration bestehe und deshalb ein weiteres Treffen im Frühjahr 1987 in Washington stattfinden solle, aber eine „abschließende Lösung der Vermögensfragen kurzfristig nicht erreichbar [sei]. […] Der Leiter der USA-Delegation, Botschafter Meehan, vertrat den bekannten Standpunkt, dass die USA die Regelung der offenen Vermögensfragen mit der DDR unverändert unter dem Aspekt der weiteren Entwicklung der bilateralen Gesamtbeziehungen betrachtet."[1036] Mit anderen Worten: Da nach amerikanischer Überzeugung der Anschlag auf die Diskothek „La Belle" durch das Libysche Volksbüro in Ost-Berlin geplant, organisiert und durchgeführt worden war – und der Nachrichtendienst der DDR hiervon zumindest Kenntnis besessen hatte –, konnte Honecker in der unmittelbaren Zukunft nur dann Konzessionen in der Handelspolitik von der amerikanischen Regierung erwarten, wenn er den USA auf sicherheitspolitischem Gebiet entgegenkam. Die duldende und unterstützende Rolle des MfS im Zusammenhang mit dem „La Belle"-Anschlag verhinderte vorerst, dass die DDR ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen gegenüber den Vereinigten Staaten erfolgreich durchsetzen konnte.

Honecker ging aber weiterhin nicht auf die amerikanischen Forderungen nach Ausweisung libyscher Diplomaten und der Schließung des „Volksbüros" in Ost-Berlin ein[1037]. Das Dilemma, in dem er sich befand, wurde von der Staatssicherheit unmittelbar im April 1986 erkannt. Die Abteilung XXII verfasste im Auftrag Mielkes eine Zusammenfassung der „Informationen über Erscheinungen des Missbrauchs von Privilegien durch bevorrechtigte Personen zur Vorbereitung und Durchführung terroristischer Handlungen"[1038]. In der Anlage dieses Dokumentes waren verschiedene Erkenntnisse aufgelistet, die nach Aussage des MfS bewiesen, dass von in der DDR akkreditierten Diplomaten – vor allem Syriens und Libyens – Terrorismus in West-Berlin oder der Bundesrepublik organisiert und unterstützt wurde[1039]. Dabei bezog sich das MfS unter anderem auf die Mittäterschaft des „Ast 1" sowie der beiden akkreditierten Angehörigen des Libyschen Volksbüros K. und Ch. beim Anschlag auf das „La Belle"[1040]. In der abschließenden Empfehlung der Abteilung XXII an Erich Mielke hieß es: „Die Einleitung von grundsätzlichen Maßnahmen, die die objektiven Möglichkeiten aller bevorrechtigten Personen für Missbrauchshandlungen einengen oder gar ausschließen würden, [erscheint] aus politischen und sicherheitspolitischen Erwä-

[1035] Zum Angebot Meehans vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 736/13, Vermerk der Botschaft Washington, 08. 01. 1986.
[1036] So BArch, DC 20/4925, Bericht, 03. 07. 1986, Bl. 28f. Vgl. auch Große, Amerikapolitik, S. 120f.
[1037] Vgl. ebd., S. 81; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 434f.
[1038] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 1182, Schreiben Gerhard Neibers an Erich Mielke, o. D., ca. Mai 1986, Bl. 1–18.
[1039] Vgl. ebd., Bl. 14–18.
[1040] Vgl. ebd., Bl. 15–17.

gungen in der gegenwärtigen internationalen Situation nicht angebracht. […] Es müssten nicht nur sicherheitsgefährdende Reaktionen gewaltbereiter Kräfte gegen die DDR und ihre Verbündeten […] einkalkuliert, sondern auch berücksichtigt werden, dass öffentlichkeitswirksame Maßnahmen der DDR-Organe im Zuge der gegenwärtigen Anti-Terrorkampagne des Gegners von den feindlichen Medien aufgegriffen und als Beweise dafür gewertet würden, dass die Unterstellung, vom Territorium der DDR seien Terroranschläge im Operationsgebiet vorbereitet bzw. durchgeführt worden, einen realen Hintergrund besitzen.“[1041] Nach Meinung des MfS war demnach ein Vorgehen gegen akkreditierte Diplomaten, die nach Dafürhalten der Staatssicherheit bewiesenermaßen von Ost-Berlin aus terroristische Gewalt unterstützten, inopportun. Denn entweder bestand das Risiko, dass die DDR aus Rache zum Ziel eines Angriffs wurde oder aber ein offenkundiges Handeln erschien als Eingeständnis für die Richtigkeit der vom Westen vorgeworfenen Begünstigung solcher Taten durch die DDR. Aus den von der Abteilung XXII benannten Gründen war es nicht möglich, der von Washington geforderten Schließung des Volksbüros nachzukommen oder öffentlich sichtbar zu intervenieren, was die Vereinigten Staaten allerdings als Beweis für die Kooperationsbereitschaft forderten.

Honecker reagierte auf diese nach dem „La Belle“-Anschlag entstandene politische Lage, indem er Mielke verdeckt arbeiten ließ beziehungsweise punktuell sanktionierende Maßnahmen ergriff[1042]. Das Ministerium für Staatssicherheit leitete noch im April 1986 die „Aktion Box“, in der Anfangsphase auch als „Aktion Club“ bezeichnet, ein, um weitere terroristische Taten zu verhindern[1043]. Ziel des MfS war die lückenlose Aufklärung und Kontrolle der Bewegung und Tätigkeit diverser Personen, darunter aller Mitarbeiter des Libyschen Volksbüros, insbesondere von Ch., K. und E. Die „Aktion Box“ sollte zugleich helfen, eine mögliche negative Berichterstattung in westlichen Medien frühzeitig zu erkennen und zu verhindern, denn überwacht wurden auch akkreditierte ausländische Journalisten[1044]. Darüber hinaus verwies Mielke einzelne Nichtdiplomaten des Landes, unter anderem „Ast 1“ alias M. al O. Die Staatssicherheit erzwang nun gegenüber Libyen die Ausreise des O., den das MfS seit November 1985 illegal geduldet hatte[1045].

[1041] So ebd., Bl. 2.

[1042] Große, Amerikapolitik, S. 90, erklärt hingegen, Honecker habe das MfS u. das MdI auch angewiesen zu prüfen, inwiefern man im Bereich der Terrorismusbekämpfung sowie des Drogenschmuggels mit den US-Behörden zusammenarbeiten könne.

[1043] Vgl. BStU, MfS, HA II, 16601, Maßnahmenplan, 21. 04. 1986, Bl. 26 f.; BStU, MfS, HA XXII, 671/2, Rechercheergebnis, 27. 10. 1986, Bl. 139.

[1044] Vgl. BStU, MfS, HA II, 16601, Maßnahmenplan, 21. 04. 1986, Bl. 26 f.; BStU, MfS, HA II, 27637, Bericht, 22. 05. 1986, Bl. 1; BStU, MfS, HA II, 27637, Hinweise, o. D., Bl. 40 f.; BStU, MfS, HA II, 27137, Einschätzung, 26. 01. 1987, Bl. 1 f. Insgesamt führte das MfS mind. 300 Personen namentlich im Zusammenhang mit der Aktion „Box“, wobei anzunehmen ist, dass tatsächlich nur zwischen 30 u. 70 Personen unmittelbar observiert wurden, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 20171, Index, o. D., Bl. 3–14.

[1045] Gemäß Aussage des IM „Dani“, eines im libyschen Volksbüro tätigen deutschen Mitarbeiters, erteilten ostdeutsche Stellen die Auflage zur Ausreise des O. bis 09. 04. 1986, 24:00 Uhr. Laut Vermerk des MfS verließ O. die DDR am 11. 04. 1986, vgl. BStU, MfS, AIM, 337/91, Bd. 2/1, Treffbericht IM „Dani“, 23. 04. 1986, Bl. 296; BStU, MfS, AOP, 7912/91, Bd. 1, Bericht, 10. 12. 1986, Bl. 23 f.

Der geplante Synagogenanschlag 1987: „Händler" blockiert die Meistbegünstigung

Im Juli 1986 verschärfte sich die ohnehin schwierige politische Situation für das SED-Regime im Nachgang des „La Belle"-Anschlags weiter, nachdem sich der Büroleiter der Firma ZIBADO gemeinsam mit seiner Familie in den Westteil Berlins abgesetzt hatte. Dies erhöhte die Gefahr, dass die Vereinigten Staaten weitere, die DDR diskreditierende Informationen über die Rolle Ost-Berlins bei der Unterstützung des internationalen Terrorismus erhielten[1046]. Das IHZ-Büro von ZIBADO schloss im Oktober 1986, ob – wie Sabri al Banna vorgab – aus tatsächlichem Eigeninteresse oder auf Druck der DDR, steht nicht fest[1047]. Das Außenhandelsministerium verlängerte wenige Wochen vor der Flucht des Büroleiters turnusmäßig die Tätigkeitserlaubnis der Firma bis März 1987[1048]. Der Stopp der Handelsbeziehungen mit der Organisation Abu Nidals war allerdings nur ein vorläufiger. Nach erfolgter Restrukturierung und Umbenennung von ZIBADO sollten die Kontakte später wiederaufgenommen werden[1049]. Die ostdeutschen Konten der Firma existierten ohnehin weiter[1050]. Das heißt, die Staatsbank setzte ihre Unterstützung dieser international agierenden terroristischen Gruppierung fort[1051].

Der als wahrscheinlich anzusehende Verrat von ZIBADO und die Ende 1986 vom MfS „erarbeitete" Information, dass J. Ch. gemeinsam mit dem mutmaßlichen Leiter des Netzwerkes Abu Nidals in der DDR, N. A., weitere antiamerikanische und antijüdische Anschläge in West-Berlin plante, führten letztlich erst dazu, dass Erich Honecker im Januar 1987 veranlasste, den erwähnten OV „Lux" einzuleiten[1052]. Dessen „operative Zielstellung" bestand darin, alle maßgeblichen

[1046] Vgl. BStU, MfS, AG BKK, 717, Beratungsprotokoll, 16. 07. 1986, Bl. 87; BStU, MfS, AG BKK, 717, Bericht, 23. 10. 1986, Bl. 92.

[1047] Vgl. BArch, DL 2/6478, Schreiben, 28. 10. 1986. In Vorbereitung eines Treffens mit Salah Khalaf hieß es vonseiten des MfS, Abu Nidal habe in Reaktion auf die Schließung der Vertretung von ZIBADO von einem „ökonomischen Preis" gesprochen, den die DDR „zu zahlen hätte". Außerdem bezog sich das MfS auf Vorwürfe Nidals, die DDR hätte ein vorläufiges Ende der Präsenz im IHZ aktiv unterstützt, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 17508, Gesprächsanhalte, 09. 06. 1987, Bl. 56.

[1048] Vgl. BArch, DL 2/6478, Ergänzung zur Genehmigung, 23. 06. 1986. Im Juni 1986 wurde die vakante Stelle des Büroleiters noch ordnungsgemäß nachbesetzt, vgl. BArch, DL 2/6478, Schreiben, 19. 06. 1986; BArch, DL 2/6478, Schreiben, 28. 10. 1986.

[1049] Vgl. ebd.

[1050] Vgl. BStU, MfS, HA XVIII, 17094, Schreiben der HA XVIII an die Abt. XXII, 04. 04. 1988, Bl. 9; BStU, MfS, AOP, 7116/91, Bd. 1, Berichte, 06. 04. u. 13. 01. 1988, Bl. 293–297.

[1051] Firmen, die in Verbindung zur Abu-Nidal-Organisation standen, unterhielten auch Konten bei Banken in westeuropäischen Staaten, etwa in Großbritannien, vgl. dazu u. a. Kerry/Brown, BCCI Affair, S. 23–73, 289–327, 421–473; Igel, Terrorismus-Lügen, S. 154.

[1052] Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Eröffnungsbericht zum OV „Lux", 29. 01. 1987, Bl. 15–17. N. A. war nach Erkenntnissen des MfS mutmaßlicher Drahtzieher des geplanten Synagogenattentats 1986/87 in West-Berlin u. erhielt in diesem Zusammenhang von Ch. angefertigte Skizzen des Gebäudes. Gegen A., einen im Zuge der „Sonderaktion 1973" von der DDR aufgenommenen, vormals aus der Bundesrepublik abgeschobenen Palästinenser, ermittelte der GBA 1991 wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Das Verfahren unter Az 2 BJs 16/91-8 (3) wurde 1994 ein-

Drahtzieher des „La Belle“-Anschlags, die man bis dahin noch im Land geduldet hatte und die nun neue Überfälle vorbereiteten, aus Ost-Berlin und der DDR zu verdrängen, ohne nach außen hin sichtbar sanktionierende Maßnahmen zu treffen[1053]. Im „Vorschlag zur offensiven Verhinderung von Terrorhandlungen in West-Berlin“, den die Abteilung XXII unter direkter Anleitung des stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit, Neiber, im Januar 1987 ausarbeitete, wurde eingangs betont, die vorliegenden Erkenntnisse über einen Anschlag auf eine West-Berliner Synagoge, den Ch. und A. begehen wollten, seien „glaubhaft und ernst zu nehmen. […] Eine Realisierung kann durch den Gegner zum Anlass weitreichender Schritte zur politischen Diskreditierung der DDR genutzt werden.“[1054]

Die Abteilung XXII empfahl als Reaktion drei Maßnahmen: Erstens sollte die Absicht dieses Anschlags auf die Synagoge „legendiert an westliche Massenmedien lanciert“ werden, um die Täter zu verunsichern[1055]. Zum Zweiten sollte E. gegenüber „seinen Auftraggebern im Entsendestaat“ in Verruf gebracht werden, um seine „Abberufung und Entbindung von diesem Auftrag“ zu erreichen[1056]. Im dritten Schritt war letztlich eine „konspirative Kontaktaufnahme […] unter ‚fremder Flagge‘ (gegnerische Dienststelle in West-Berlin)“ mit J. Ch. vorgesehen: „Es soll seine Verunsicherung, die Abstandnahme von organisatorischen Plänen, die völlige Einschränkung seines Handlungsspielraumes in der DDR und letztlich seine endgültige Ausreise aus der DDR erreicht werden.“[1057]

Die von Neiber und Mielke befürworteten Interventionen sahen demnach vor, Ch., K. und E. durch Desinformation und gezielten Druck davon abzuhalten, im Auftrag libysch-syrischer Stellen und in Kooperation mit Abu Nidal erneut terroristische Anschläge in West-Berlin auszuführen[1058]. Dabei kam wiederum dem als IM geführten „Alba“ eine wichtige Funktion zu, aber anders als im Fall „La Belle“ war es ihm jetzt ausdrücklich verboten, sich unmittelbar an Tatvorbereitungshandlungen im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit zu beteiligen[1059]. Seine Rolle bestand lediglich in der Informationsbeschaffung, damit das MfS exakt über die weiteren Planungen im Bilde war und intervenieren konnte. „Alba“ genoss noch immer das uneingeschränkte Vertrauen der Gruppe um Ch. und wurde sehr eng in alle neuen Vorbereitungen einbezogen[1060]. Die vom mut-

gestellt, vgl. Schreiben des GBA, 11. 06. 2012; BArch, DR 3/2. Schicht, B 1544/3d, Übersicht der Sondermaßnahmen, o. D.; BStU, MfS, HA II, 20615, Operativ-Information, 29. 01. 1987, Bl. 2f.; BStU, MfS, HA II, 32889, Operativ-Information, 04. 09. 1987, Bl. 83f.; BStU, MfS, HA II, 32889, Operativ-Information, 08. 10. 1987, Bl. 63f.; BStU, MfS, HA II, 4767, Information, o. D., ca. Dezember 1987, Bl. 3f.

1053 Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Operativ-Plan, 29. 01. 1987, Bl. 26–36.

1054 So BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Schreiben, 05. 02. 1987, Bl. 122f.

1055 So ebd., Bl. 123.

1056 So ebd.

1057 So ebd., Bl. 124.

1058 Vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Begleitendes Schreiben, 05. 02. 1987, Bl. 121.

1059 Vgl. u. a. BStU, MfS, HA II, 4773, Operativ-Information, 11. 03. 1987, Bl. 135f.

1060 So die Wertung der BV Berlin 1986 u. 1988 in: BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1, Vorschlag der Umregistrierung, o. D., Bl. 195. Vgl. auch BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91, Bd. 1/1, Bericht, 18. 10. 1988, Bl. 273–282; BStU, MfS, HA II, 4773, Operativ-Information, 11. 03. 1987, Bl. 135f.

maßlichen Bevollmächtigten Sabri al Bannas in der DDR, N. A., geforderte Abgabe einer schriftlichen Erklärung des IM „Alba" über dessen Mitgliedschaft in der Organisation Abu Nidal wurde dem Informanten des MfS von der Hauptabteilung II der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin strikt untersagt[1061].

All diese Entscheidungen waren von Erich Mielke zur selben Zeit getroffen worden, als Vertreter der ostdeutschen und der amerikanischen Regierung im April 1987 in Washington sondierten, wie die vermögensrechtlichen Fragen geregelt werden könnten. US-Botschafter Meehan machte dabei deutlich, dass „gegenwärtig aufseiten der USA keine reale Grundlage für eine alsbaldige Regelung der offenen Vermögensfragen gesehen werde. Für die Lösung dieser Fragen sei offensichtlich Zeit erforderlich."[1062] „Am ehesten", so Meehan, seien Handelserleichterungen noch dann durchsetzbar, „wenn an das Interesse des Kongresses an einer abschließenden Regelung der Vermögensfragen und der jüdischen Wiedergutmachungsforderungen angeknüpft und vonseiten der DDR mit diesem Ziel eine konkrete Entschädigungssumme in entsprechender Höhe angeboten werde"[1063]. Damit stand fest, dass die Vereinigten Staaten die Gespräche über mögliche Handelserleichterungen verzögerten. Verantwortlich für ein solches Bremsen waren die erkannte ostdeutsche Unterstützung des Terrorismus und die auch ein Jahr nach dem „La Belle"-Anschlag fehlende sicherheitspolitische Kooperationsbereitschaft Honeckers. Er setzte auch weiterhin die geforderten antilibyschen Sanktionen in Ost-Berlin nicht um.

Die Vereinigten Staaten hatten deshalb seit Herbst 1986 selbst restriktive Maßnahmen in Berlin eingeleitet, um Gefahren aus dem Osten der Stadt einzudämmen. So galten für verschiedene Personen, die in Verbindung zum Internationalen Handelszentrum standen und auch nach Erkenntnissen des MfS in ganz unterschiedlicher Weise kriminelle Taten unterstützten, Einreiseverbote für West-Berlin, sogenannte Orders of Expulsion. Diese gingen auf ein im Mai 1950 von den USA, Frankreich und Großbritannien erlassenes Gesetz zurück, das der Ausweisung aller nichtdeutscher Personen diente, die verdächtigt wurden, „die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder die Sicherheit der Alliierten Streitkräfte zu gefährden oder deren Ansehen zu schädigen"; die Orders of Expulsion wurden insofern im Einklang mit dem Statusregime der Stadt ausgesprochen und stellten keine Verletzung der von den Westalliierten beanspruchten Freizügigkeit und Viermächteverantwortung dar[1064]. Unter anderem betrafen die Maßnahmen der USA 1986 die Inhaber, Geschäftsführer beziehungsweise Mitarbeiter der syrischen Firmen 4 und 5 sowie des Arafat-loyalen Unternehmens 3[1065]. Honecker

[1061] Vgl. ebd., Bl. 137.

[1062] So BArch, DC 20/4925, Schreiben des Amts für Rechtsschutz des Vermögens der DDR an Erich Honecker, Willi Stoph, Hermann Axen, Günter Mittag u. Oskar Fischer, 28. 04. 1987, Bl. 3.

[1063] So BArch, DC 20/4945, Bericht, 28. 04. 1987, Bl. 5.

[1064] Zu den „Orders of Expulsion" vgl. VOBl. für Groß-Berlin, 1950, I, Nr. 27, Alliierte Kommandantur Berlin, Gesetz Nr. 8, 08. 05. 1950, S. 165 f.

[1065] Zur Verfügung gegen den Inhaber der Firma 5, Herrn E., vgl. BStU, MfS, AG BKK, 432, Expulsion Order Nr. 50, 27. 11. 1986, Bl. 177; BStU, MfS, AG BKK, 432, Schreiben, 12. 02. 1987, Bl. 174. Zur Verfügung gegen T. S., seit dem bereits erwähnten Ende der Geschäfts-

wurde durch das Ministerium für Staatssicherheit über die amerikanische Reaktion unterrichtet[1066]. Wie diese von den USA verfügten Expulsion Orders zeigen, hatten sich die bilateralen Beziehungen zwischen Washington und Ost-Berlin bis Anfang 1987 nicht verbessert. Nach wie vor belasteten die schweren Vorwürfe der ostdeutschen Mittäterschaft an terroristischen Verbrechen das Verhältnis. Die US-Administration wollte während der Vermögensverhandlungen im April 1987 die nachteilige Situation Honeckers ausnutzen, um potenziell höhere Zahlungen zu erreichen und signalisierte, man könne durch eine „konkrete Entschädigungssumme in entsprechender Höhe“ eine positive Entscheidung des Kongresses über die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel erreichen. Andernfalls existiere in Washington keine politische Mehrheit für eine derart wohlwollende Behandlung des SED-Regimes[1067].

Spätestens ab Ende Mai 1987 war es aus politischer Sicht Honeckers noch dringender, sich auf den amerikanischen Kongress zu konzentrieren, um die Handelserleichterungen im US-Export durchzusetzen, denn die Regierung Reagan erweiterte nun die der DDR angelasteten Straftaten um die finanzielle Unterstützung des Terrorismus. Hatten die zwischen Herbst 1986 und Frühjahr 1987 ausgesprochenen Orders of Expulsion für die im IHZ akkreditierten Firmen 3, 4 und 5 bereits erkennen lassen, dass die Vereinigten Staaten der DDR unterstellten, ihre Handelsbeziehungen gefährdeten gleichermaßen die Sicherheit West-Berlins sowie US-Interessen – was wiederum die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel praktisch ausschloss –, so sprach man diesen Vorwurf nun offen aus. Rund vier Wochen nach der zweiten Verhandlungsrunde über vermögensrechtliche Fragen in Washington übergab Botschafter Meehan dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten eine Protestnote, die darlegte, in welcher Form das SED-Regime nach Überzeugung der USA die Organisation Abu Nidal unterstützt hatte und welcher Tätigkeit ZIBADO nachgegangen war. Diese Informationen stammten offensichtlich von dem Mitte 1986 geflohenen ehemaligen Leiter des IHZ-Büros dieser Firma[1068].

Reagan warf Honecker unter anderem vor: „Es steht außer Frage, dass die Abu-Nidal-Organisation (ANO) eine der infamsten und notorischsten Terrororganisationen ist, die derzeit in der Welt operieren. […] Aufgrund der kommerziellen

tätigkeit des Unternehmens DEESI, im November 1985, ausschließlicher Mitarbeiter der Firma 5, vgl. BStU, MfS, ZAIG, 14549, Expulsion Order Nr. 49, 27. 11. 1986, Bl. 205. Zur Verfügung gegen A. M., Mitarbeiter der Firma 4, vgl. BStU, MfS, HA VI, 15264, Operativ-Information, 08. 04. 1987, Bl. 52. Zur Verfügung gegen T. Sa., Geschäftsführer der Firma 3, vgl. BStU, MfS, HA VI, 15264, Operativ-Information, 03. 04. 1987, Bl. 45.

1066 Die „Orders of Expulsion“ wurden innerhalb des MfS an das Ministerbüro u. alle stellv. Minister verteilt. Bekannt waren sie zudem dem Minister für Außenhandel sowie dem Generaldirektor des AHB Elektrotechnik Export-Import. Honecker wurden die beiden Verfügungen gegen die Firma 5 vorgelegt, vgl. BStU, MfS, ZAIG, 14549, Information, 11. 12. 1986, Bl. 206; BStU, MfS, AG BKK, 432, Schreiben, 12. 02. 1987, Bl. 174f.

1067 Zum Zitat vgl. BArch, DC 20/4945, Bericht, 28. 04. 1987, Bl. 5.

1068 BStU, MfS, HA XXII, 19984, Übersetzung aus dem Englischen, 22. 05. 1987, Bl. 137–142. Vgl. auch Abu Nidals Terrorzentrale in Ost-Berlin, in: Bild, 14. 10. 1987, S. 1; Riegler, Geben und Nehmen, S. 311f.

Protektion seitens Ihrer Regierung kann die ANO sich bedeutende Einkünfte verschaffen, mit denen die Finanzierung ihrer terroristischen Operationen unterstützt wird. So waren für einen Zeitraum von 1983–1984 die durch die kommerziellen Aktivitäten erzielten Gewinne die Hauptquellen der finanziellen Absicherung der ANO."[1069] Während der Übergabe dieser Note erklärte Botschafter Meehan laut einem ostdeutschen Vermerk: „Meehan führte weiter aus, dass die USA nunmehr unwiderlegbare Beweise zur Verfügung stellten, die man nicht zurückweisen könne, weil sie klar und überzeugend seien. Sollte die DDR dazu keine die USA befriedigende Position beziehen, würde das einen äußerst negativen Einfluss auf die bilateralen Beziehungen haben."[1070] Während sich Honecker bemühte, bessere Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten zu erreichen, sah er sich gleichzeitig neuen schwerwiegenden Beschuldigungen des Weißen Hauses ausgesetzt: In Washington war man davon überzeugt, dass das SED-Regime den Terrorismus der Abu-Nidal-Gruppe maßgeblich unterstützt und finanziert hatte. Wollte Honecker die Meistbegünstigungsklausel ab Mitte des Jahres 1987 noch durchsetzen, so war es entweder notwendig, eine ernsthafte Kooperation mit den Vereinigten Staaten im Bereich der Sicherheitspolitik einzuleiten oder der Claims Conference ein substanzielles Angebot zu unterbreiten, um den US-Kongress positiv zu beeinflussen.

Erich Honecker entschied sich für die letztere Option, da eine sichtbare Zusammenarbeit mit den USA einem Schuldeingeständnis gleichgekommen wäre und die DDR weder zugeben konnte, welche Geschäfte sie mit ZIBADO durchgeführt hatte, noch wie viel Kapital Abu Nidals weiterhin auf ostdeutschen Konten ruhte. Die Idee, die sogenannte jüdische Lobby im amerikanischen Senat und Repräsentantenhaus zu nutzen, um die Handelspolitik Washingtons zugunsten Ost-Berlins zu beeinflussen, bestand bei Honecker bereits Ende 1985, als das Aide-Mémoire vorlag[1071]. „Es müsse möglich sein", so Honecker gegenüber der Delegation des Repräsentantenhauses im Januar 1986, „im Kongress eine solche Stimmung zu schaffen, die die Handelsbeziehungen mit der DDR erleichtert"[1072]. Die Beteiligung am „La Belle"-Anschlag und die Unterstützung der Abu-Nidal-Organisation ließen dem SED-Regime letztlich nur den Weg über ein finanzielles beziehungsweise auch politisch-symbolisches Angebot an die Claims Conference offen, denn die Forderung der Reagan-Administration nach einer Zusammenarbeit amerikanischer Stellen mit dem MfS und dem Innenministerium war für Honecker inakzeptabel.

So erklärte die ostdeutsche Regierung im Juni und Juli 1987 erstmals die konkrete Bereitschaft, der Claims Conference einen Betrag in Höhe von fünf Millionen US-Dollar bereitzustellen, und das ZK der SED bereitete zugleich eine Verän-

[1069] So BStU, MfS, HA XXII, 19984, Übersetzung aus dem Englischen, 22. 05. 1987, Bl. 137 f.
[1070] So ebd., Bl. 135.
[1071] Vgl. Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 531 f.; Wolffsohn, Deutschland-Akte, S. 291–338; ders., World Jewish Congress, S. 11–13.
[1072] So SAPMO-BArch, DY 30/2492, Gesprächsvermerk, 10. 01. 1986, Bl. 264. Große, Amerikapolitik, S. 121, gibt den Satz Honeckers unzutreffend folgendermaßen wieder: „Es *werde* möglich sein, im Kongress eine solche Stimmung zu schaffen, die die Handelsbeziehungen mit der DDR erleichtert" (Hervorhebung eingefügt).

derung im Umgang mit der Jüdischen Gemeinde vor[1073]. Unter anderem begann man beispielsweise, die Gedenkveranstaltung anlässlich des 50. Jahrestages der Pogrome vom 9./10. November 1938 – mehr als 18 Monate vor dem eigentlichen Datum im November 1988 – zu planen, und erlaubte die Einreise eines Rabbis, der nun, nachdem die jüdischen Gemeinden in der DDR seit fast 25 Jahren ohne diese religiöse Instanz existiert hatten, seine Arbeit aufnehmen sollte[1074]. Diese Beschlüsse erfolgten aus dem wirtschaftspolitischen Interesse an Handelsvergünstigungen mit den USA – und zwar ganz explizit im Kontext einer von der amerikanischen Regierung blockierten Bevorzugung der DDR aufgrund deren Involvierung in antiamerikanische terroristische Handlungen wie den „La Belle“-Anschlag sowie der wirtschafts- und finanzpolitischen Protektion und anderweitigen Förderung der Abu-Nidal-Organisation[1075].

Zwar wurde eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den USA von Honecker abgelehnt, aber Mielke beauftragt, neue antijüdische, antiisraelische und antiamerikanische Anschläge zu verhindern. Und tatsächlich ging es wesentlich auf das MfS zurück, dass der im Sommer 1987 vorbereitete Sprengstoffanschlag auf die West-Berliner Synagoge vereitelt wurde. Währenddessen verhandelte Honecker mit dem Vorsitzenden der Claims Conference, Rabbi Israel Miller, und das Eintreffen von Rabbi Isaac Newman in Ost-Berlin stand bevor[1076]. Nicht nur die „unvorbereiteten DDR-Leser“ waren, so Angelika Timm, „erstaunt“, als sie Ende Juni 1987 auf der Titelseite des Zentralorgans der SED ein Foto sahen, das den „Kommunisten Honecker in freundschaftlichem Gespräch“ mit Israel Miller zeigte, der die traditionelle jüdische Kopfbedeckung trug[1077]. Hält man sich die zeitgleichen operativen Maßnahmen des OV „Lux“ vor Augen – die in der Absicht erfolgten, einen in der DDR geplanten Anschlag auf die Synagoge in Berlin-Charlottenburg durch bisher aus Opportunität geduldete und unterstützte Terroristen zu verhindern –, wird deutlich, wie bizarr dieser projüdische Wandel des SED-Regimes 1987 war.

Der Versuch Honeckers, die Meistbegünstigungsklausel zu erhalten, scheiterte im September 1988, nachdem das höchste sicherheitspolitische Gremium der Vereinigten Staaten, der National Security Council (NSC), bestehend aus dem

[1073] Vgl. Timm, Claims, S. 136.

[1074] Vgl. ebd., S. 135–137; Illichmann, DDR, S. 236f., 260–273; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 436–443; Muschik, SED, S. 260.

[1075] Vgl. Illichmann, DDR, S. 236f.; Timm, Claims, S. 128–141; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 436–441; Muschik, SED, S. 259–261. Der Staatssekretär für Kirchenfragen begründete im Juni 1987 die Berufung eines „Rabbiners amerikanischer Staatsbürgerschaft“ gegenüber Honecker mit dem Interesse an der Meistbegünstigung, vgl. BStU, MfS, HA XX/4, 698, Schreiben Kurt Löfflers an Erich Honecker, 15. 06. 1987, Bl. 94–96.

[1076] Zum Eintreffen Newmans vgl. ADN: DDR ist auch Heimat für Bürger jüdischen Glaubens, in: ND, 22. 09. 1987, S. 1. Zum mutmaßlichen Erfolg des MfS vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Vorschlag zum Abschluss des OV „Lux“, 08. 08. 1988, Bl. 200–203; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Abschlussbericht zum OV „Lux“, 11. 08. 1988, Bl. 213f.

[1077] So Timm, Davidstern, S. 299; dies., Claims, S. 135f.; dies., Verhandlungen, S. 28. Vgl. auch ADN: Erich Honecker empfing Rabbiner Dr. Israel Miller, in: ND, 24. 06. 1987, S. 1.

Präsidenten, dem Vizepräsidenten, den sicherheitspolitischen Beratern, Leitern der Nachrichtendienste sowie den Ministern für Auswärtiges, Verteidigung, Justiz und Finanzen, es abgelehnt hatte, der DDR dieses handelspolitische Vorrecht einzuräumen[1078]. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war, neben politischen Abwägungen, die Weigerung des MfS, selbst eine eng begrenzte sicherheitspolitische Kooperation mit Amerika einzugehen[1079]. Keines der Gespräche des US-Sonderbotschafters für Terrorismusbekämpfung im Februar 1988 in Ost-Berlin erreichte die Zusage einer nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit. Sie hinterließen vielmehr, so der amerikanische Vizeaußenminister gegenüber Erich Honecker im Juni 1988, den „Eindruck, dass kein besonderes Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit den USA vorhanden" sei[1080]. Verglichen mit den übrigen sozialistischen Staaten nahm die DDR damit die „hartnäckigste" und „unnachgiebigste" Haltung ein und stellte sich mit ihrer Ablehnung auch der veränderten Anti-Terrorismuspolitik unter Gorbatschow entgegen[1081]. Die Abteilung XXII des MfS unterrichtete das MfAA im Februar 1988, es bestünde „kein Interesse" an Fachgesprächen mit den Amerikanern und „Direktkontakte mit Sicherheitsorganen oder sich periodisch wiederholende Expertengespräche als Teil der bilateralen Beziehungen" würden abgelehnt; der Sonderbotschafter des State Department hatte ausdrücklich gefordert: „Die USA wollen einen direkten Kontakt zu den für die Sicherheit in der DDR unmittelbar zuständigen staatlichen Stellen […]. Ähnliche Möglichkeiten habe man mit anderen Staaten des Warschauer Vertrages vereinbart. […] Die USA brauchten einen direkten Zugang zum MdI."[1082]

Weder die Verhandlungen Hermann Axens in Washington im Mai 1988 noch die Treffen des amerikanischen Vizeaußenministers mit Erich Honecker im Oktober 1987 und Juni 1988 konnten die für die Vereinigten Staaten unbefriedigen-

[1078] Vgl. Große, Amerikapolitik, S. 122, 132; Timm, Claims, S. 142f. Zum NSC vgl. www.whitehouse.gov/administration/eop/nsc (22. 02. 2013).

[1079] Timm, Claims, S. 143, führt die NSC-Entscheidung, mutmaßlich gestützt auf Aussagen ehemaliger US-Diplomaten, ausschließlich auf „konservative Kreise" der amerikanischen Regierung zurück, die der DDR schaden wollten, u. vernachlässigt damit den „La Belle"-Anschlag. Zur Debatte in den USA, ob man der DDR trotz Bestehens der Mauer Handelserleichterungen einräumen sollte, vgl. Illichmann, DDR, S. 291; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 441–447; ders., Unerfüllte Träume, S. 71–76.

[1080] So SAPMO-BArch, DY 30/2492, Vermerk, 11. 06. 1988, Bl. 308.

[1081] So der direkte bzw. indirekte Vorwurf des US-Vizeaußenministers, vgl. SAPMO-BArch, DY 30/2492, Vermerk, 11. 06. 1988, Bl. 308. Polen, Bulgarien u. die ČSSR kooperierten bereits seit Ende 1985, wenngleich eingeschränkt, mit den USA, vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19984, Antwort der ČSSR, o. D., Bl. 122; BStU, MfS, HA XXII, 19984, Vermerk, 17. 02. 1988, Bl. 132; Paul Lewis: Soviet Proposes Anti Terror Effort to West, in: NYT, 01. 04. 1987, S. A3; John Walcott: Warsaw Pact May Join West in Fighting Terrorism, in: WSJ, 19. 06. 1987, S. 17. Vgl. auch Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 548; Golan, New Thinking, S. xv, 33f., 53f., 62; Große, Amerikapolitik, S. 87–89; Westad, Global Cold War, S. 365–395. Vgl. insgesamt auch die Darstellung bei Riegler, Geben und Nehmen, S. 311–314, auch wenn diese Untersuchung das von Riegler konstatierte „Abbrechen" der MfS-Überlieferung mit Blick auf die amerikanischen Interventionen im Fall ZIBADO nicht bestätigen kann und auch den Befund widerlegt, dass über den Fort- bzw. Ausgang jener amerikanischen Initiative „nur gemutmaßt" werden könne, so ebd., S. 314.

[1082] So BStU, MfS, HA XXII, 19984, Zusammenfassung, 02. 02. 1988, Bl. 92.

de Situation verbessern[1083]. Selbst die gezeigte mögliche Bereitschaft, auf die von der Claims Conference im Mai 1988 erneut vorgebrachte Forderung von 100 Millionen US-Dollar einzugehen, war für den National Security Council irrelevant und verhinderte nicht, dass Präsident Reagan der DDR Handelserleichterungen mit den USA verwehrte[1084]. Honecker wurde – so zumindest ist die Entscheidung des NSC letztlich im Kontext der gesamten Ereignisse zu verstehen – vom Weißen Haus für die Abu-Nidal-Politik der DDR, die Unterstützung Libyens bei dessen antiamerikanischem Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ sowie eine im Nachgang verweigerte Zusammenarbeit mit amerikanischen Sicherheitsbehörden abgestraft[1085]. Dass Honecker die Meistbegünstigung verwehrt blieb – überdies zu einem Zeitpunkt, als Ch., E. und K. die DDR verlassen hatten und der OV „Lux“ erfolgreich abgeschlossen worden war –, bedeutete zugleich auch das Scheitern des von der US-Regierung angedachten „package deals“ mit der Claims Conference[1086].

Anders als Angelika Timm dies darstellt, trat mit dem World Jewish Congress (WJC) nicht plötzlich ein neuer Akteur auf, der für Honecker anscheinend doch noch eine Option eröffnete, eine Lösung der „humanitären“ Probleme jüdischer Opfer nationalsozialistischer Verfolgung zu erreichen[1087]. Der WJC war vielmehr schon immer Teil dieses gesamten Prozesses gewesen, nur hatte Honecker sich bislang auf die Claims Conference als Gesprächspartnerin konzentriert. Denn sie war die Institution, die 1951 im Zusammenhang mit der an Gesamtdeutschland gerichteten Wiedergutmachungsforderung Israels entstanden war, um ausschließlich die Vermögensansprüche jüdischer Opfer des Holocaust geltend zu machen[1088]. Die Claims Conference als der Dachverband von rund 20 verschiedenen jüdischen Organisationen wurde – wie Timm selbst betont – von Mitgliedern des World Jewish Congress gegründet, der wiederum mehrere Jahrzehnte zuvor entstanden war. Der WJC war immer auch Mitglied der Claims Conference, wie

[1083] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 548; Illichmann, DDR, S. 290f.; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 445–458; ders., Unerfüllte Träume, S. 70–75.

[1084] Zum Angebot Axens vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 548; Timm, Verhandlungen, S. 29; dies., Claims, S. 138; Illichmann, DDR, S. 290–294.

[1085] Der OV „Lux“ wurde formal am 08. 08. 1988 abgeschlossen. Insgesamt erfolgten im Zuge der „operativen Bearbeitung“ dieses OV zwei Festnahmen (zurückgehend auf eine von IM „Alba“ verratene Schleusung einer DDR-Bürgerin durch E.), sechs Ausweisungen, die Verhängung von acht Einreisesperren, das Anlegen von zwei OPK sowie einem OAM u. die Anwerbung von fünf neuen IM, vgl. BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Vorschlag zum Abschluss des OV „Lux“, 08. 08. 1988, Bl. 200–203; BStU, MfS, AOP, 12906/88, Bd. 1, Bericht, 28. 02. 1988, Bl. 161f. Gegen J. Ch. verfügte Mielke eine bis 1999 gültige Einreisesperre, vgl. BStU, MfS, HA II, 32885, Fahndungsersuchen, 27. 06. 1988, Bl. 97.

[1086] Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 548f.; Illichmann, DDR, S. 293f.; Timm, Claims, S. 137–143; dies., Verhandlungen, S. 28–30; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 458; Goschler, Schuld, S. 406.

[1087] Vgl. Timm, Claims, S. 143; dies., Verhandlungen, S. 30f.; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 464f.

[1088] Vgl. Timm, Claims, S. 78–84; dies., Verhandlungen, S. 7f., 14f.; Jelinek, Deutschland und Israel, S. 121–126; Gall, Abs, S. 172; Zweig, Reparations, S. 26–43; Claims Conference, History, www.claimscon.org/about/history/ (10. 06. 2013).

unter anderem auch der Zentralrat der Juden in Deutschland und das American Jewish Committee[1089]. Im Laufe der 1970er und 1980er Jahre entwickelte sich allerdings zwischen dem WJC und der Conference on Jewish Material Claims Against Germany eine größer werdende Rivalität um Fragen der Interessenvertretung und Zuständigkeit für die jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen, die in- und außerhalb Israels lebten. Da der World Jewish Congress, anders als die Claims Conference, keine entsprechenden Vollmachten besaß, um vermögensrechtliche Fragen mit Deutschland zu klären, war es Honecker nicht möglich, gültige Absprachen mit dem WJC zu treffen, wenn er die mit der Claims Conference im September 1988 gescheiterten Verhandlungen nun mit dem WJC fortsetzte[1090]. Aber die DDR konnte immerhin versuchen, die vorangegangenen Entscheidungen der US-Regierung und der Claims Conference rückgängig zu machen, und Honecker wollte dabei erneut eine vermeintlich einflussreiche jüdische Fürsprache für seine handelspolitischen Interessen nutzen[1091].

Diese reinen Nützlichkeitserwägungen sind die Erklärung dafür, dass Erich Honecker im Oktober 1988 Edgar Bronfman, den Präsidenten des WJC, nach Ost-Berlin einlud, und ihm den „Großen Stern der Völkerfreundschaft" verleihen ließ[1092]. Ihnen war es auch geschuldet, dass die DDR wenige Tage später zum ersten Mal in ihrer 39-jährigen Geschichte der Pogromnacht des 9./10. November 1938 gedachte[1093]. Honecker wollte mit diesen symbolischen Akten die politische Zurückweisung durch die US-Regierung korrigieren und versuchte, den eingeschlagenen Weg einer Beeinflussung des amerikanischen Kongresses durch die Umgestaltung des ostdeutsch-jüdischen Verhältnisses fortzusetzen, ab September 1988 mithilfe des World Jewish Congress[1094].

[1089] Vgl. Timm, Claims, S. 78, 143; dies., Verhandlungen, S. 14f.; Gall, Abs, S. 172.

[1090] Vgl. Illichmann, DDR, S. 294–298.

[1091] Vgl. Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 464–470, 493–500; Goschler, Schuld, S. 406; Wolffsohn, Deutschland-Akte, S. 339–362. Timm, Claims, S. 148, unterstreicht: „After the initial package deal failed, much hope was placed in the World Jewish Congress, in the belief that this organization was better able than the Claims Conference to influence the decision-making process in the United States."; andererseits resümiert Timm, ebd., S. 141, mit Blick auf die ostdeutsche Bewertung der Claims Conference: „The SED leadership clearly overestimated the influence of the Claims Conference in the United States and failed to produce an accurate analysis of the political situation in the U.S."

[1092] Vgl. Illichmann, DDR, S. 291; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 466–470; Wolffsohn, Deutschland-Akte, S. 275f.; Muschik, SED, S. 260f.; Timm, Claims, S. 147f.; ADN: Begegnung zwischen Erich Honecker und Edgar Miles Bronfman, in: ND, 18. 10. 1988, S. 1; Schnaps und Schminke, in: Der Spiegel, 44/1988, S. 125.

[1093] Vgl. Timm, Claims, S. 147, 151f.; dies., Davidstern, S. 308–313; Muschik, SED, S. 260f.

[1094] Vgl. Illichmann, DDR, S. 294–298; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 462–469, 493–497; Muschik, SED, S. 260–262; Wolffsohn, World Jewish Congress, S. 11–14, 20–22. Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 105, argumentiert, diese projüdische Politik der DDR, die nur dem Ziel gegolten habe, Honeckers Besuch in den USA vorzubereiten, sei von „pro-israelischen Kreisen" der ostdeutschen Parteiführung betrieben worden u. Beweis dafür gewesen, dass „some senior GDR party and government officials were, for reasons of their own, displeased with the intensity of the Palestinian-East German relations and avoided contributing to their further development".

2. Ost-Berlins Beitrag für den Staat Palästina: Die DDR und Arafat zwischen 1987 und 1989

Im Vergleich zu den politisch-diplomatischen Bemühungen der DDR um die USA und jüdische Verbände ab 1986/87 lässt sich der Zustand der ostdeutschen Beziehungen mit Arafat und der Palästinensischen Befreiungsorganisation in dieser Zeit nur als substanzlos bezeichnen. Obwohl die Phase zwischen Frühjahr 1987 und Herbst 1988 für die PLO richtungsweisend war, wurde weder von Jassir Arafat eine Konsultation gesucht noch von Erich Honecker angeboten[1095]. Aber auch 1987/88 setzten sich die schiitischen Übergriffe auf die PLO/Fatah und die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon, unterstützt durch die Fatah-Dissidenten Musa/Salah sowie die PLA, fort[1096]. Seit Dezember 1987 war Arafat zudem mit der sogenannten ersten *intifāda* (إنتفاضة), „Aufstand" oder „Erhebung", konfrontiert. Diese für die Führung der PLO – die zum damaligen Zeitpunkt noch immer weit entfernt von der West Bank und dem Gazastreifen in Tunesien residierte – überraschend aufgetretenen massiven Proteste, Demonstrationen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern, jüdischen Siedlern und der israelischen Armee in den besetzten Gebieten verlangten ein politisches Handeln Arafats[1097]. Vor dem Hintergrund dieser israelisch-palästinensischen Konfrontation bildete sich die neue, der Muslimbruderschaft des Gazastreifens entstammende, islamistische Gruppe Hamas heraus, deren Name auf den arabischen Ausdruck *ḥarakāt al-muqāwamāh al-islamīya* (حركة المقاومة الاسلامية), „Islamische Bewegung des Widerstandes", zurückgeht[1098].

Die Hamas war die erste dezidiert palästinensische Organisation, die den gewaltsamen Kampf gegen Israel mit der islamistischen Doktrin der Muslimbrüder verband. Die Hamas definierte den Zionismus als „faschistische Ideologie" und den Kampf gegen Israel als islamische Pflicht[1099]. Neuartig war, neben der islamistischen Grundlage der „Befreiung" Palästinas und späteren Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung, das soziale Wohlfahrts- und Sicherungssystem der

[1095] Zu einem gegenteiligen Urteil, ohne dieses belegen zu können, gelangen u. a. Polkehn, DDR, S. 38, sowie Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 107. Die einzige derzeit bekannte Akte, die Vermerke über Gespräche zwischen der DDR u. der PLO zwischen 1987 u. 1990 enthält, ist ein Band der Botschaft Tunis, der gemäß Sperrfristenregelung des PA-AA erst ab dem Jahr 2021 einsehbar ist.

[1096] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 605f.; Saint-Prot, Arafat, S. 244f.; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 74f.; Goodarzi, Syria and Iran, S. 197–203.

[1097] Vgl. Tessler, Conflict, S. 677–696; Rubin, Revolution, S. 85f.; Sayigh, Struggle, S. 607–616; Milton-Edwards/Farrell, Hamas, S. 52–54.

[1098] Vgl. Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 146–151; Barghouti, Islamist Movements, S. 166f.; Alexander, Religious Terrorism, S. 1–5; Frisch, Hamas, S. 89–92; Rekhess, West Bank, S. 97–99; Webman, Hizballah, S. 17–19; Croitoru, Hamas, S. 75; Bröning, Parties, S. 15–18; Milton-Edwards/Farrell, Hamas, S. 19f., 53f.; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 74–77; Sayigh, Struggle, S. 627–632.

[1099] Vgl. Charta of Allah, 08. 08. 1988, in: Alexander, Religious Terrorism, S. 47–72; Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 146–151; Sayigh, Struggle, S. 630f.; Croitoru, Hamas, S. 74–101; Webman, Hizballah, S. 17–19; Alexander, Religious Terrorism, S. 1–5; Bröning, Parties, S. 15–18.

Hamas. Bisher leistete dieses Engagement vor allem die Fatah[1100]. Die Hamas war somit für Arafats PLO in mehrfacher Hinsicht eine sehr ernst zu nehmende Herausforderung und Konkurrenz[1101].

Arafats Bitten

Als Khalil al Wazir im November 1987 als erster hochrangiger PLO-Funktionär – fast 19 Monate nach Arafats Besuch des XI. Parteitages im April 1986 – in Ost-Berlin empfangen wurde, betonte er erneut ausdrücklich, dass die PLO bemüht sei, die Beziehungen mit Syrien zu normalisieren, „trotz der Verbrechen", die durch syrische Streitkräfte und die Amal in den palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon begangen worden seien; „Die Amal-Milizen erhielten Waffen und Munition direkt von Syrien", so Wazir[1102]. Der Verteidigungsminister der DDR meldete Honecker anschließend, Wazir habe darum gebeten, mehr zivile und militärische Ausbildungsmöglichkeiten zu erhalten und spezielle Lehrgänge für die Objektsicherung absolvieren zu können. Des Weiteren habe er „Bewaffnung und Ausrüstungsgegenstände aller Art" angefragt und darum ersucht, jährlich fünf weitere medizinische Behandlungsplätze gewährt zu bekommen[1103]. Fast alle Bitten wurden vom Minister „abschlägig beantwortet", lediglich die Anhebung des zivilen Studentenkontingentes und die medizinische Behandlung von jährlich fünf weiteren Personen wurden zugesagt[1104].

Laut den Statistiken des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen belief sich die Zahl der Studenten der PLO/Fatah bis 1990 allerdings konstant auf 30 pro Jahr[1105]. Außerdem begann der Geschäftsführer der Arafat-feindlichen Firma 2, A. al M. J., 1988/89 im Auftrag des Ministeriums für Gesundheitswesen Studienplätze im den Fächern Human- und Zahnmedizin sowie ärztliche Behandlungen in der DDR an Palästinenser der Arafat-/Fatah-Opposition im Wert von mehreren Millionen US-Dollar bei einer Provision von 15 Prozent des Vertragswertes zu

[1100] Vgl. Webman, Hizballah, S. 17f.; Milton-Edwards/Farrell, Hamas, S. 10; Croitoru, Hamas, S. 74–119.

[1101] Vgl. Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 146, 151; Rubin, Revolution, S. 91; Croitoru, Hamas, S. 101–119; Rekhess, West Bank, S. 99f.; Webman, Hizballah, S. 17–19; Milton-Edwards/Farrell, Hamas, S. 10, 54–57; Sayigh, Struggle, S. 632; Barghouti, Islamist Movements, S. 166f.; Bröning, Parties, S. 15–18; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 74–77.

[1102] So BArch, VA-01/42456, Abschlussbericht, o. D., ca. November 1987, Bl. 50.

[1103] Vgl. BArch, DVW 1/115525, Schreiben des MfNV an Erich Honecker, 09. 11. 1987, Bl. 42.

[1104] Vgl. ebd.

[1105] Zum Umfang des PLO-Studentenkontingentes vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, 4064, Statistik über Neuzulassungen im Studienjahr 1990/91, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4064, Schreiben des MfAA an den MfHF, 04. 07. 1989; BArch, DR 3/2. Schicht, 4064, Übersicht zum Studienplatzangebot 1981/82, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4018, Teil 1, Schreiben des MfHF an die Botschaft Tunis, 17. 02. 1988; BArch, DR 3/2. Schicht, 4018, Teil 1, Schreiben des MfHF an die PLO-Botschaft Ost-Berlin, 06. 06. 1988; BArch, DR 3/2. Schicht, 4016, Übersichten in Teilen 1 u. 2; BArch, DR 3/2. Schicht, 4017, Übersichten in Teilen 1 bis 3. Vgl. auch Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 104.

verkaufen[1106]. Das MfS „empfahl" dem „Zentralen Exportbüro beim Ministerium für Gesundheitswesen" Folgendes: „Ich [der Mitarbeiter der Hauptabteilung II der Staatssicherheit] gab […] eine kurze Einschätzung der zu dem Y. [A. al M. J.] vorhandenen Erkenntnisse und empfahl, dem Y. gegenüber Vorsicht walten zu lassen. Unter anderem wies ich darauf hin, genau zu prüfen, ob die Dienstleistungen der DDR auch tatsächlich in Devisen bezahlt werden und nicht über bankentechnische Verschiebungen in M/DDR. Ich wies auch darauf hin, dass Y. die Abu-Musa-Gruppe repräsentiert und befürwortete deshalb die getrennte Behandlung der von Y. vermittelten Patienten, damit diese keinen ständigen Kontakt zu anderen PLO-Angehörigen haben."[1107]

Die DDR erklärte sich zwischen 1987 und 1989 ohnehin lediglich zur Behandlung von 75 PLO-/Fatah-Angehörigen bereit. Dies entsprach etwa der Hälfte des bis Anfang der 1980er Jahre üblichen vereinbarten Kontingentes von 50 Personen jährlich[1108]. Ost-Berlin erfüllte damit gegenüber Jassir Arafats Organisation auch nicht die erbetene zusätzliche medizinische Betreuung von fünf Kämpfern ab 1988. Während A. al M. J. beziehungsweise die Firma 2 1988/89 gegen Devisen an die innerpalästinensischen Gegner Arafats Behandlungs- und Studienplätze verkauften, wurde der PLO/Fatah im September 1989 vom Auftraggeber der Vermittlungstätigkeit der Firma 2 – dem Ministerium für Gesundheitswesen – verwehrt, dass die Frau und das Kind eines Mitgliedes der Fatah, das zwei Jahre zum Facharzt ausgebildet wurde, während dieser Zeit mit ihm gemeinsam in der DDR leben durften. Im Antwortschreiben an die Botschaft der PLO, die vier Wochen zuvor gebeten hatte, dieses Anliegen wohlwollend zu prüfen, hieß es, eine solche „Regelung sei nicht möglich", denn damit würde „ein Präzedenzfall geschaffen", der „weitere Anträge" nach sich zöge[1109].

Auch die Reaktion auf einen Brief Arafats an Erich Honecker vom 4. Juli 1988 belegt, wie entfremdet beide Seiten voneinander waren und dass Ost-Berlin ihm eine Unterstützung verweigerte. Sieben Monate nach Beginn der Intifada und den fortgesetzten syrisch inspirierten Angriffen auf die Palästinenser wandte sich Jassir Arafat an Honecker. Außenminister Oskar Fischer gab ihm das Schreiben mit der begleitenden Kommentierung zur Kenntnis: „Werter Genosse Honecker! Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Yasser Arafat, übermittelte die beigefügte Botschaft, in der, wie bereits angekündigt, um Intervention der DDR gegenüber Syrien zur Beendigung der Auseinandersetzungen um die palästinensischen Lager im Libanon gebeten wird. Mit Rücksicht auf die Beziehungen der DDR zu Syrien schlage ich vor, die Botschaft nicht zu veröffentlichen."[1110] Die Antwort Honeckers an Arafat, so Minister Fischer weiter, solle thematisch „ver-

[1106] Vgl. BStU, MfS, HA II, 26617, Vereinbarung, 26. 10. 1988, Bl. 144–151; BStU, MfS, HA II, 26617, Vermerk, 03. 01. 1989, Bl. 154.
[1107] So BStU, MfS, HA II, 26617, Vermerk, 03. 01. 1989, Bl. 154.
[1108] Vgl. BArch, DQ 1/12498, Statistik, o. D., ca. Juli 1989.
[1109] So BArch, DQ 1/12498, Schreiben des MfG an die PLO-Botschaft Ost-Berlin, 12. 09. 1989. Vgl. auch BArch, DQ 1/12498, Schreiben der PLO-Botschaft Ost-Berlin an das MfG, 18. 08. 1989.
[1110] So SAPMO-BArch, DY 30/2499, Schreiben des MfAA an Erich Honecker, 04. 07. 1988, Bl. 180.

bunden" werden, mit dem „internationalen Treffen für eine kernwaffenfreie Zone"[1111].

Arafat erklärte Honecker: „Ich schreibe Ihnen heute, um Sie hinsichtlich der sich verschlechternden Situation in unseren Lagern in Beirut […] ins Bild zu setzen. Diese […] Lager sind seit mehr als zwei Monaten einer brutalen Kampagne der Zerstörung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung ausgesetzt. […] Das Lager Shatila konnte mehr als fünf Jahre der wiederholten Aggression standhalten und ist zum Symbol der Standhaftigkeit und des Widerstandes geworden, auf das unser Volk und alle Freien und Ehrenhaften in der Welt stolz sind. Heute, nach der vollständigen Zerstörung des Lagers Shatila, ist das Lager Bourj al Barajneh einer Versorgungs-, Sicherheits- und Militärblockade sowie einer heftigen Aggression und Zerstörung und ineinander übergehenden Angriffen ausgesetzt, die von gemischten Streitkräften mit Unterstützung des syrischen Geheimdienstes verübt werden […]. Das Ziel […] besteht darin, die palästinensische Präsenz im Libanon zu beenden, […] das Bild des palästinensischen Kampfes zu entstellen, sowie die Errungenschaften des palästinensischen Volkes zu zerschlagen. Deshalb haben wir uns direkt an Präsident Hafez al Assad und an die syrische Führung gewandt, damit dieser palästinensischen Tragödie eine Ende bereitet wird und damit der völligen Zerstörung der Lager Einhalt geboten wird, die Versorgungs-, Sicherheits- und Militärblockade aufgehoben und die fortwährende brutale Aggression gegen das Lager Bourj al Barajneh eingestellt [werden]. […] Ich wende mich an Sie, und beschwöre Sie, persönlich bei Präsident Hafez al Assad zu intervenieren, damit diese Zerstörung eingestellt, diese Tragödie beendet und das palästinensische Blut verschont wird."[1112]

Erich Honecker antwortete darauf drei Wochen später. Er hielt sich dabei an den Rat des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten: „Werter Genosse Yasser Arafat, Ihre Botschaften vom 31. Mai 1988, zur Teilnahme am internationalen Treffen für eine kernwaffenfreie Zone, sowie vom 4. Juli 1988, zur Lage um die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon, habe ich mit Dank und großer Aufmerksamkeit aufgenommen."[1113] Es folgten mehrseitige Ausführungen über das internationale Treffen für die kernwaffenfreie Zone, bevor Honecker seinen Brief schloss: „Seien Sie gewiss, werter Genosse Arafat, dass die Deutsche Demokratische Republik wie bisher auch weiterhin solidarisch den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation um die Verwirklichung seiner nationalen Rechte, einschließlich des Rechtes auf Selbstbestimmung und Bildung eines unabhängigen Staates, unterstützen wird. Ich wünsche Ihnen Gesundheit und Schaffenskraft für Ihren unermüdlichen Kampf zum Wohle des palästinensischen Volkes. E. Honecker."[1114]

[1111] So ebd.
[1112] So SAPMO-BArch, DY 30/2499, Schreiben Yasser Arafats an Erich Honecker, 04. 07. 1988, Bl. 182–184.
[1113] So SAPMO-BArch, DY 30/2499, Schreiben Erich Honeckers an Yasser Arafat, 25. 07. 1988, Bl. 185.
[1114] So ebd., Bl. 185–187.

Die PLO war also auf sich allein gestellt. Der Vorsitzende des palästinensischen Exekutivkomitees konnte, als erneut schwere Kämpfe zwischen schiitischer Amal, die von Syrien aus kontrolliert wurde, und den Palästinensern ausbrachen, weder materielle noch politische Hilfe aus der DDR erwarten[1115]. In einer Phase, als die Intifada und die neue, innerpalästinensische Konkurrenz der Hamas, die als sunnitisch-islamistische Organisation sowohl gegen die schiitische Amal sowie die Hizballah vorging als auch die Legitimität der PLO bestritt, ein Reagieren Arafats erforderte, erhielt er keine Unterstützung aus Ost-Berlin.

Honecker beschränkte sich auf die seit fast einem Jahrzehnt bewährte Haltung und richtete die Interessen der DDR an Damaskus aus. Er war augenscheinlich auch überfordert von der Komplexität der Lage im Nahen Osten im Allgemeinen und der im Libanon im Speziellen, nachdem Auseinandersetzungen zwischen Amal und Hizballah begonnen hatten, das heißt, Syrien und der Iran im Libanon gegeneinander vorgingen, weil Assad befürchtete, Macht zugunsten Teherans verlieren zu können[1116]. Obwohl Damaskus die PLO/Fatah weiterhin bekämpfte und Funktionäre der PLO/Fatah Honecker baten, gegen die Politik Syriens zu intervenieren, blieb er tatenlos[1117]. Dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten entging allerdings nicht, dass eine religiöse Radikalisierung den israelisch-arabisch-palästinensischen Konflikt verschärfte. Mitte 1988 betonte das MfAA, dass das „weitere Anwachsen islamisch-fundamentalistischer Kräfte und deren Wirksamwerden in der Region" ein „Hemmnis" für die Suche nach einer politischen

[1115] Die SWAPO erhielt 1987 eine Unterstützung im Wert von 9 Mio. Mark, der ANC im Wert von etwa 5 Mio. Mark u. die PLO/Fatah im Wert von 1,7 Mio. Mark, eine Summe, die zum Großteil der Finanzierung der von Arafat delegierten Studenten gedient haben sollte, vgl. BArch, DC 20/5331, Übersicht, o. D., ca. Juli 1988, Bl. 137. MfS-Berichte lassen erkennen, dass Arafat seit spätestens Februar 1988 um ein Gespräch mit Verantwortlichen in der DDR gebeten hatte u. ausdrücklich betonte, er wolle in Ost-Berlin eine „Rede zum Palästinaproblem" halten. Bis Juni 1988 wurde eine Einladung Arafats jedoch stets aufgeschoben. Der einzige ihm zugebilligte Termin für einen Aufenthalt war letztlich sein Empfang aus Anlass des „Internationalen Treffens für eine kernwaffenfreie Zone". Dabei untersagte die SED Arafat allerdings, eine Rede zu halten o. prominent in Erscheinung zu treten, da – so das MfS – „die Gefahr besteht, Anliegen zur Sprache zu bringen, die nicht der Zielstellung entsprechen"; bei Arafat sei daher, so das MfS weiter, während des Besuches in Ost-Berlin Ende Juni 1988 „eine gewisse Enttäuschung" vorhanden gewesen, weil er „nicht das Wort nehmen [konnte]", vgl. BStU, MfS, HA II, 32890, Tagesrapport, 16. 06. 1988, Bl. 98; BStU, MfS, HA II, 32890, Tagesrapport, 17. 06. 1988, Bl. 96; BStU, MfS, HA II, 32890, Tagesrapport, 21. 06. 1988, Bl. 92; BStU, MfS, HA II, 32890, Tagesrapport, 25. 02. 1988, Bl. 6; ADN: Weitere Teilnehmer eingetroffen, in: ND, 21. 06. 1988, S. 2; Unterredung mit Yasser Arafat, in: ND, 22. 06. 1988, S. 1. Zu den Kämpfen rund um Sabra, Shatila u. Burj al Barajna vgl. Goodarzi, Syria and Iran, S. 266 f.; Sayigh, Struggle, S. 620 f.

[1116] Vgl. Nir, Berri, S. 69–76, 82–84; Goodarzi, Syria and Iran, S. 131–212, 244–285; Ehteshami/Hinnebusch, Syria and Iran, S. 116–152.

[1117] Neben den zitierten Ausführungen Qaddumis u. Wazirs erklärte die PLO-Botschaft dem FDGB 1987, es sei „ein Schock" gewesen, zu erfahren, dass eine syrische Gewerkschaftsdelegation zum 11. Kongress des FDGB eingeladen worden sei, denn die „Damaskus-Gruppe" nehme eine „destruktive Haltung" ein und sei dafür verantwortlich, dass Amal-Milizen „außerordentlich brutal" gegen Palästinenser kämpfen würden, vgl. SAPMO-BArch, DY 34/14165, Vermerk, 25. 05. 1987.

Lösung des Nahostkonfliktes darstelle[1118]. Dennoch veränderte eine solche Bewertung nicht die Intensität der ostdeutschen Unterstützung Syriens und damit auch die mitbegünstigte Festigung der schiitisch-islamistischen Kräfte[1119].

Honecker und Arafat 1988

Als Jassir Arafat am 15. September 1988 zum ersten Mal seit März 1982 ausschließlich aus Anlass eines offiziellen politischen Gespräches mit Erich Honecker in Ost-Berlin eintraf, befand sich die Palästinensische Befreiungsorganisation in einer entscheidenden Phase. Am Vortag hatte Arafat in einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg die Bereitschaft der PLO/Fatah für Friedensverhandlungen signalisiert[1120]. Dass es bis dahin keine politische Abstimmung auf hoher oder höchster Ebene mit der DDR gegeben hatte und er vor dem EG-Parlament seine Pläne vorstellte, nicht hingegen in Moskau, einem sozialistischen Staat oder der Volkskammer der DDR, lässt erkennen, wie wenig Bedeutung Ost-Berlin seiner Meinung nach besaß. Honecker hatte sich seit 1986/87 von jeglichem Anspruch entfernt, gemeinsam mit Arafat eine politische Verantwortung nach der „Annullierung" des Abkommens mit König Hussain wahrzunehmen[1121]. Nur kurz vor Arafats Eintreffen hatte der National Security Council der Vereinigten Staaten dem SED-Regime die Meistbegünstigung im Warenverkehr verwehrt und Honecker begann jetzt, seine Kontakte mit dem World Jewish Congress zu intensivieren. Der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation kam also nicht nur am Folgetag einer wichtigen Rede in Straßburg zu Besuch, sondern in dem Moment, als die DDR eine Niederlage in ihrer Politik gegenüber Washington verkraften musste – während die PLO dem Durchbruch in den Beziehungen mit den USA so nah wie nie zuvor war.

Der Anlass seines Gespräches mit Erich Honecker bestünde darin, so Jassir Arafat, sich in wichtigen Fragen zu beraten, denn: „Es gibt erstmals einen Hoffnungsschimmer, eine Möglichkeit für die konkrete Lösung der Palästinafrage. […] Die PLO will […] das günstige internationale Klima nutzen, das sich im Gefolge des palästinensischen Aufstandes in der ganzen Welt herauszubilden beginnt. Selbst in den USA und in der jüdischen Gemeinde in allen Teilen der Welt kann man das nicht mehr verteidigen, was in Israel gegen die Palästinenser unternommen wird."[1122] Die Palästinensische Befreiungsorganisation bereite sich des-

[1118] So BArch, DC 20/5331, Positionspapiere, o. D., ca. Juli 1988, Bl. 117.

[1119] Vgl. auch die neuen, 1988 mit Syrien geschlossenen Abkommen der DDR: BArch, DL 2/17338, Teil 4, Verlängerung des Abkommens zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Beziehungen, 25. 02. 1988; BArch, DL 2/17338, Teil 4, Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR u. der Regierung der SAR über die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen, 26. 08. 1988.

[1120] Arafat sprach auf Einladung der Gruppe der Sozialisten vor dem Europäischen Parlament, vgl. Dumas, Fil, S. 302–304; Miller, PLO Factor, S. 145.

[1121] Zu Arafats Ausführungen über die Bedeutung der EG für die Lösung des Nahostkonfliktes vgl. Address of Yasser Arafat to the European Parliament, 13. 09. 1988, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 403–411; Abbas, Channels, S. 33.

[1122] So SAPMO-BArch, DY 30/2499, Vermerk, 15. 09. 1988, Bl. 194 f.

halb darauf vor, als Teilnehmerin einer Konferenz konkrete Vorschläge für die Lösung des Nahostkonfliktes zu unterbreiten. Dazu müsse die PLO selbst Entscheidungen treffen, etwa, ob man nur eine provisorische Regierung bilden oder gleichzeitig auch einen Staat ausrufen solle, ob man diesen Staat wiederum ganz bewusst unter den Bedingung der israelischen Okkupation entstehen lassen könne oder die besetzten Gebiete einem internationalen, befristeten Mandat anzuvertrauen habe[1123]. „Die PLO arbeitet heute", so Arafat, „in Richtung Israel, Europa und Amerika. Sie konsultiert dabei ständig die Sowjetunion und stimmt alle konkreten Schritte mit ihr ab. […] Sie ist durch den Mut zum Frieden mit Israel charakterisiert."[1124]

Erich Honecker erwiderte Jassir Arafat: „Zu den konkreten Fragen kann die SED schlecht Ratschläge geben. Das ist Angelegenheit der PLO. Sie muss über die richtige Taktik entscheiden."[1125] Anschließend verließ Honecker das nur wenige Minuten dauernde Treffen mit Arafat, „da er einen anderen wichtigen Termin im Politbüro wahrnehmen musste", und beauftragte Hermann Axen mit der weiteren Gesprächsführung[1126]. Es gibt kaum einen deutlicheren Beweis der politischen Verweigerung einer gemeinsam mit Jassir Arafat und der Fatah im Interesse der PLO zu gestaltenden Politik als dieses Treffen im September 1988. Honecker verzichtete in dem Moment, als Arafat konkrete Vorstellungen zur Staatswerdung Palästinas darlegte und sich konsultierend an ihn wandte, auf eine inhaltliche Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation[1127].

Aber ohnehin wäre es schwierig gewesen, zu diesem Zeitpunkt in die von Arafat beschriebenen, im Hintergrund längst stattfindenden diplomatischen Gespräche zwischen Moskau und Washington einerseits sowie der PLO, Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien andererseits einzutreten. Im September 1988 zeichnete sich deutlich ab, dass die palästinensische Bereitschaft, Israel anzuerkennen, die Intifada und die schiitische wie sunnitische Islamisierung des Konfliktes zu einer Veränderung der amerikanischen Haltung gegenüber der PLO führen würden[1128]. Hätte die DDR ihren Einfluss geltend machen wollen, so wäre es notwendig gewesen, die sowjetisch-palästinensische Versöhnung, die ab Mitte 1986 maßgeblich von Michail Gorbatschow und dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse vorangebracht wurde, aktiver zu unterstützen[1129]. Honecker legte den Schwerpunkt seiner Politik jedoch auf den Handel mit den USA beziehungsweise die Frage einer finanziellen Unterstützung der jüdischen Opfer des Holo-

[1123] Vgl. ebd., Bl. 193–195.
[1124] So ebd., Bl. 194f.
[1125] So ebd., Bl. 196.
[1126] So ebd., Bl. 198.
[1127] Obwohl Arafat mehrfach betonte, dass dieser Besuch in Ost-Berlin angeblich dem Interesse galt, strategische Fragen zu erörtern, erfuhr man in der DDR – gestützt auf MfS-Quellen in der PLO-Botschaft – nur Stunden vor seiner Ankunft, dass Arafat auf dem Rückweg von Straßburg nach Tunis in Ost-Berlin eine „Zwischenstation" einlegen wollte, vgl. BStU, MfS, HA II, 32890, Tagesrapport, 14. 09. 1988, Bl. 61.
[1128] Vgl. Tessler, Conflict, S. 706–727.
[1129] Vgl. Sayigh, Palestinians, S. 152; Golan, Moscow, S. 125f.; Dannreuther, Soviet Union, S. 143–164.

caust, ohne dass er nur versucht hätte, Arafat politische Ratschläge zu geben. Der Kreml wiederum schien kein Interesse daran zu haben, dass Ost-Berlin Teil dieser Konsultationen wurde, und so verhandelte die PLO 1988 mit Moskau und Washington über ihre weitere Entwicklung.

Am 15. Dezember 1988 kehrte Arafat erneut nach Ost-Berlin zurück, unmittelbar nach seiner Genfer Rede vor der dort tagenden Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen und rund vier Wochen nach der Proklamation des Staates Palästina[1130]. Es war nicht allein aufgrund dieser Unabhängigkeitserklärung ein historischer Aufenthalt Arafats in der DDR, sondern zugleich ein ironisch-tragischer Moment für Honecker. Mahmud Abbas schildert ihn in seinen Memoiren: „Arafat left Geneva for Berlin. While en route, the news reached us that the American Administration would be releasing a Statement within the hour announcing that the US would begin a dialogue with the PLO. In less than an hour two statements were released, one by Secretary of State George Shultz and the other by President Ronald Reagan, proclaiming the beginning of a dialogue with the PLO and appointing the American Ambassador in Tunisia to represent the United States in their endeavour. Thus an important victory was won."[1131]

In dem gesamten Buch von Abbas wird die DDR nur ein einziges Mal erwähnt, eben an jener zitierten Stelle, die beschreibt, dass Arafat auf dem Flug von Genf nach Ost-Berlin erfährt, dass zeitgleich das Weiße Haus und das State Department erklärten, sie seien bereit, mit der PLO zu sprechen[1132]. Rund 15 Jahre früher, Ende Juli 1973, war es auch ein Flug Arafats nach Ost-Berlin gewesen, der den Beginn einer neuen außenpolitisch-diplomatischen Phase der PLO markiert hatte. Damals schloss die Palästinensische Befreiungsorganisation zum ersten Mal ein Abkommen mit einer kommunistischen Partei im sowjetischen Machtbereich und eröffnete ein Büro in einem der sozialistischen Staaten – doch kurz vor diesem Schritt hatte Arafat über den amerikanischen Botschafter im Iran Kontakt mit Washington aufgenommen, um Henry Kissinger die Dialogbereitschaft der PLO mitzuteilen. Was er vor seinem Abflug nach Ost-Berlin im Juli 1973 initiiert hatte, endete im Dezember 1988 wiederum auf einem Flug in die DDR. Selbstverständlich gab es keinen vorgezeichneten Weg, der dorthin führte. Aber beide Daten und Ereignisse waren durch eine Ironie der Geschichte miteinander verbunden[1133].

Im Wissen um die von der DDR seit 1975/76 aktiv unterstützte syrische Bekämpfung seiner Person könnte man Arafats Worte an Honecker im Dezember

[1130] In seiner offiziellen Stellungnahme in Genf blieb Arafat bei seiner antiisraelischen Haltung, bekannte sich allerdings während einer Pressekonferenz am Folgetag erstmals öffentlich zur Sicherheit Israels, vgl. Address by Yasser Arafat to the UN GA, 13. 12. 1988, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 420–433; Yasser Arafat's Geneva Press Statement, 15. 12. 1988, in: ebd., S. 434; Sayigh, Struggle, S. 624; Abbas, Channels, S. 33; Salmon, Proclamation, S. 37–62. Zur Deklaration des Staates Palästina vgl. Political Resolution, 15. 11. 1988, in: Laqueur/Rubin, Israel-Arab Reader, S. 349–353; Rubin, Revolution, S. 104–107; Tessler, Conflict, S. 720f.

[1131] So Abbas, Channels, S. 33.

[1132] Vgl. ebd.; Tessler, Conflict, S. 720f.; Laham, Rubicon, S. 76–82; Robert Pear: U.S. Agrees to P.L.O. Talks, in: NYT, 15. 12. 1988, S. A1f.

[1133] Vgl. auch Sayigh, Struggle, S. 624.

1988 – er habe „mit Tränen in den Augen den Boden der DDR betreten" – als einen wirklichen Triumph über die Versuche seiner Entmachtung und der politischen Neuausrichtung des von der Fatah dominierten palästinensischen Exekutivkomitees verstehen[1134]. Arafat hatte sich gegen Assad und gegen Honecker durchgesetzt und es seit 1986 verstanden, gemeinsam mit der sowjetischen Führung nicht nur die Fatah-Herrschaft in der PLO zu festigen, sondern den offiziellen Dialog mit den USA vorzubereiten, dem wichtigsten und einflussreichsten Partner Israels.

Im Gegensatz zu Arafat hatte Honecker keinen Erfolg in Washington errungen. Er musste die außenpolitischen Konsequenzen seiner Abu-Nidal-Politik und des aus Interesse am Scheitern der jordanischen Option Arafats im Frühjahr 1986 unterstützten terroristischen Bombenschlags auf die USA in West-Berlin tragen. Arafat hatte währenddessen auf einem anderen Weg und mit Unterstützung Gorbatschows das umgesetzt, was ursprünglich schon im Hussain-Arafat-Abkommen vorgesehen war und was die DDR zu Fall hatte bringen wollen: Seit Beginn der ostdeutschen PLO-Politik bestand ihr Ziel darin, eine „antiimperialistische" Entwicklung in der Palästinafrage zu sichern. Daher wollte die SED jede amerikanische Mitsprache verhindern und erkannte in der Rolle Washingtons eine rein destruktive Kraft. Anders als die Sowjetunion war die DDR bis 1988 nie bereit gewesen, den Dialog der Palästinensischen Befreiungsorganisation mit den USA zu akzeptieren, sondern hatte ihn stets prinzipiell abgelehnt[1135]. Im Dezember 1988, mit Aufnahme der von Arafat gesuchten offiziellen palästinensisch-amerikanischen Beziehungen, war diese Politik des SED-Regimes gescheitert.

Als Arafat die seit 1967 von Israel besetzten Territorien gemeinsam mit dem Gazastreifen in einer größere symbolische als realpolitische Bedeutung besitzenden Geste zum Hoheitsgebiet des Staates Palästina erklärte, war dem der Verzicht Ammans auf diese Gebiete vorausgegangen. Im Herbst 1988 gab König Hussain den seit Ende der 1940er Jahre von Jordanien erhobenen Anspruch auf das Westjordanland auf[1136]. Arafat ließ zunächst unerwähnt, ob die Palästinensische Befreiungsorganisation nur das Westjordanland und den Gazastreifen als „Palästina" betrachtete oder ob man nach wie vor einen Anspruch auf das Gebiet Israels erhob[1137]. Als kurz nach der Unabhängigkeitserklärung durch Arafat während seines Aufenthaltes in Genf die Existenz des jüdischen Staates anerkannt worden war – was Vorbedingung für die Aufnahme des US-Dialogs war –, schien klarer zu werden, dass die PLO allein Territorien in Gaza und in der West Bank beanspruchte[1138].

[1134] Zum Zitat vgl. SAPMO-BArch, DY 30/2499, Vermerk, 15. 12. 1988, Bl. 202.
[1135] Zur sowjetischen Politik vgl. u. a. Dannreuther, Soviet Union, S. 143–164; Statement by the Soviet Foreign Ministry, 18. 12. 1988, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 38 f.; Statement by the Soviet Foreign Minister Eduard Shevardnadze, 23. 02. 1989, in: ebd., S. 39–50.
[1136] Vgl. Tessler, Conflict, S. 714–717; Habib, Hussein, S. 60; Sayigh, Struggle, S. 623; Rubin, Revolution, S. 97.
[1137] Vgl. ebd., S. 102–105.
[1138] Vgl. ebd., S. x., 107–111.

Die Ursachen mangelnder Unterstützung „Palästinas"

Die palästinensische Staatsgründung bedeutete nicht, dass die DDR die Zusammenarbeit mit der PLO verstärkte. Zwar erkannte die Ost-Berliner Regierung diesen Staat umgehend diplomatisch an – obwohl die palästinensische Unabhängigkeitserklärung Israels Existenz verneinte und der Kreml Arafats Akt ohne weitere Reaktion zur Kenntnis nahm –, aber es folgten keine Beschlüsse der DDR, die erkennen ließen, dass Honecker dieser Proklamation irgendeine grundlegende politische Bedeutung im Sinne einer qualitativen Veränderung der bilateralen Beziehungen beimaß[1139]. Beispielsweise strengte er keine neuen Vereinbarungen und Regierungsabkommen an, und Ost-Berlin plante nicht, die materielle Hilfe zu erhöhen, mehr Studenten aufzunehmen oder sich dafür zu engagieren, dass eine funktionierende Polizei beziehungsweise ein Justiz-, Gesundheits- oder Bildungswesen aufgebaut werden konnten. Die desolate finanzielle Situation der DDR war Anfang 1989 ganz gewiss eine der wesentlichen Ursachen dafür, dass man die PLO-Hilfen nicht aufstockte. Honecker zeigte aber auch aus anderen Gründen keine Ambition, die Beziehungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu vertiefen[1140].

Dieses fehlende politische Interesse rührte unter anderem daher, dass die DDR es ablehnte, dass Arafat einen Staat ausrief, bevor eine funktionierende, innerpalästinensisch anerkannte Regierung existierte und die Möglichkeit bestand, Souveränität über ein Staatsgebiet auszuüben. Das hieß nicht, dass nach ostdeutscher Meinung die palästinensischen Territorien frei von israelischer Besatzung sein mussten. Aber es hieß sehr wohl, dass die SED-Führung voraussetzte, dass die PLO in der Lage war, selbstständig eine effektive Kontrolle und Verwaltung zu gewährleisten. Hermann Axen hatte diese Ansicht im Gespräch mit Salah Khalaf Ende 1985 ausdrücklich bekräftigt[1141]. Die 1988 erfolgte negative Reaktion Honeckers auf Arafats Wunsch, sich gemeinsam über mögliche Optionen der Staatswerdung Palästinas abzustimmen, dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass Erich Honecker bewusst eine Diskussion unterbinden wollte, weil er wusste, dass die PLO nicht seiner Meinung folgte, die lautete: Erst hatte sich eine Regierungskoalition der Einheit, bestehend aus Fatah und den „fortschrittlichen" Kräften, zu bilden, und erst dann durfte diese Instanz weitere Schritte zur Gründung eines Staates einleiten. Der Verzicht König Hussains auf eine Verwaltung der westjordanischen Gebiete führte – auch in Anbetracht der andauernden Intifada – zu der von der PLO/Fatah favorisierten und letztlich von Arafat Mitte November 1988 vollzogenen Lösung. Das Exekutivkomitee wurde die Regierung des Staates Palästina, ohne dass ein innerpalästinensischer Konsens über die Zusammen-

[1139] Zur Anerkennung vgl. ADN: Die DDR erkennt den Staat Palästina an, in: ND, 19. 11. 1988, S. 1.

[1140] Die Quellenbefunde lassen nicht erkennen, dass die DDR den „Staat Palästina" gezielt u. umfassend fördern wollte. Vielmehr schien eine Reduzierung bestehender Verpflichtungen gegenüber der PLO geplant, wobei sich Hilfe 1989 fast ausschließlich auf die akademische Ausbildung beschränkte, vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, 4070, Konzeption, o. D., ca. Oktober 1989.

[1141] Vgl. BStU, MfS, ZAIG, 6746, Vermerk, 26. 04. 1985, Bl. 33–36.

setzung sowie Funktion dieses Organs erreicht werden konnte und es tatsächlich regierungsfähig war. Die Proklamation Palästinas fand also 1988 in der DDR auch deshalb wenig Zustimmung, weil sie als verfrüht angesehen wurde. Der „antiimperialistische" Einfluss auf ein Fatah-dominiertes Kabinett kam zum einen nicht wirkungsvoll genug zum Ausdruck und zum anderen blieb diese Regierung des Staates Palästina machtlos, denn ihre Stellung war innerhalb des neuen, zu gründenden politischen Systems ungeklärt. Sie verfügte weder über einen funktionierenden Apparat noch Gewalt nach innen[1142].

Der anhaltende Konflikt mit der PLO-Führung resultierte zudem aus einer weiteren Ursache: Die SED sah 1988/89 noch immer von allen palästinensischen Gruppen in der Fatah die größte Gefahr für eine „progressive" Entwicklung der PLO, wobei die „reaktionär-antikommunistische" Überzeugung der Fatah weiterhin auf die Kontakte mit den Muslimbrüdern zurückgeführt wurde[1143]. Das Ministerium für Staatssicherheit begründete beispielsweise noch Anfang Januar 1989 die „operative Bearbeitung" der Muslimbruderschaft damit, dass es sich bei dieser um eine „militante Organisation" mit „extremistisch-terroristischer Tendenz" handele, die für amerikanische und französische Nachrichtendienste arbeite und auf die Palästinensische Befreiungsorganisation, das heißt die Fatah, einen großen Einfluss ausübe: „Da führende Kräfte in der PLO [also der Fatah] ebenfalls Moslembrüder sind, stellen die in der DDR aufhältigen Palästinenser einen vorbeugend zu sichernden Personenkreis dar."[1144] Im konkreten Fall einer eingeleiteten OPK „Moschee" wurden fünf mutmaßliche Mitglieder der Bruderschaft überwacht, die nach Erkenntnissen der Staatssicherheit alle zwischen 1978 und Mitte der 1980er Jahre als Studenten der PLO in die DDR gelangt waren und Arafats Fatah angehörten[1145]. Anfang 1989 hatte das MfS ein halbes Dutzend Operativer

[1142] Ähnlich wie die DDR argumentierte auch Frankreich, allerdings nicht mit der Absicht, die Fatah-Position schwächen zu wollen u. mit der Folge einer verweigerten Anerkennung „Palästinas" seitens der Regierung. Paris erklärte, zwar trete man vorbehaltlos für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes ein, könne jedoch keine politisch-diplomatischen Beziehungen mit einem Staat Palästina aufnehmen, da dieses Land nicht existiere, vgl. Salmon, Proclamation, S. 37–62.

[1143] Zur Fatah-Bewertung vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16533, Übersicht, 15. 12. 1982, Bl. 177; BStU, MfS, HA XXII, 16921, Operativ-Information, 17. 05. 1988, Bl. 1; BStU, MfS, HA II, 28772, Information, 08. 02. 1985, Bl. 27 f.

[1144] So BStU, MfS, HA XXII, 16921, Einleitungsbericht zur OPK „Moschee", 13. 01. 1989, Bl. 26. Vgl. auch BStU, MfS, BV Leipzig, AOPK, 2143/91, Schreiben der Abt. XX an die BV Leipzig, 15. 09. 1988, Bl. 27.

[1145] Vgl. BStU, MfS, HA XX, 16421, Operativ-Information, 17. 05. 1988, Bl. 1 f.; BStU, MfS, AOPK, 14206/91, Treffbericht IM „Uschi", 26. 02. 1986, Bl. 74; BStU, MfS, AOPK, 14206/91, Schreiben der Karl-Marx-Universität Leipzig, 05. 06. 1986, Bl. 141; BStU, MfS, AOPK, 14206/91, Information, 02. 06. 1989, Bl. 210; BStU, MfS, BV Leipzig, AOPK, 2143/91, Übersichtsbogen zur OPK „Moschee", 13. 01. 1989, Bl. 2; BStU, MfS, HA XXII, 16921, Einleitungsbericht zur OPK „Moschee", 13. 01. 1989, Bl. 24–26. Über die Wahl des neuen Leipziger GUPS-Vorstandes erklärte das MfS 1987, die Fatah habe erneut die absolute Mehrheit gegenüber der Koalition aus DFLP, PFLP u. PKP errungen u. „die Wahl eines DFLP-Anhängers zum Vorsitzenden der GUPS/Leipzig [sei] insofern nur als ein demokratisches Aushängeschild zu werten. Gleichzeitig muss eingeschätzt werden, dass der Einfluss progressiver Kräfte (PFLP/KP) zurückgegangen ist. […] Mit der absoluten Mehrheit besitzt die Al-Fatah damit auch ein Druckmittel

Personenkontrollen angelegt, die alle einen Bezug zu erkannten ostdeutschen Netzwerken der Muslimbruderschaft mit Verbindung zur PLO/Fatah aufwiesen[1146]. Erich Mielke beabsichtigte 1989/90 erstmals, einen eigenständigen neuen Operativvorgang zu eröffnen, um dieser offenbar gestiegenen Gefährdung durch sunnitische Islamisten mit Kontakten zur Fatah Rechnung zu tragen[1147]. Seit Anfang des Jahres 1987 sammelte die Staatssicherheit bereits alle Erkenntnisse über die Muslimbruderschaft in einer sogenannten Feindobjektakte (FOA), einer Datei, die Material über eine ausländische Vereinigung enthielt, die gegen die DDR vorging[1148]. In der FOA „Moslembruderschaft" hob die Staatssicherheit vor allem die negativen Konsequenzen für die PLO hervor, die sich aus der Verbindung zwischen der Fatah und den islamistischen Muslimbruderschaften als „ultraorthodoxen, islamistischen, terroristischen" Organisationen ergaben[1149].

Ein öffentlich zur Schau gestelltes, vermeintlich besonderes Verhältnis zur Palästinensischen Befreiungsorganisation hätte darüber hinaus die von Honecker verfolgten Interessen gegenüber der US-Administration und dem WJC negativ beeinflusst. Zwar stagnierten die amerikanisch-ostdeutschen Beziehungen, aber Honecker war dennoch bemüht, Fortschritte gegenüber dem WJC zu erzielen, um nach der im Herbst 1988 abgehaltenen Wahl des neuen US-Präsidenten möglicherweise die Chance zu erhalten, die Gespräche mit den Vereinigten Staaten über Handelserleichterungen wiederaufzunehmen[1150]. Die Forderungen des WJC nach Zusage von 100 Millionen Dollar zugunsten der jüdischen Überlebenden des Holocaust war für den SED-Staat unerfüllbar[1151]. Da Honecker jedoch auf die erstrebten Vergünstigungen im Handel mit den USA Anfang 1989 mehr als zuvor angewiesen war, um einen fast kollabierenden Wirtschafts- und Finanzkreislauf zu stützen, musste er taktieren und mit Symbolik arbeiten. Folglich setzte er die begonnene projüdische Lobbyarbeit im amerikanischen Kongress fort[1152]. Arafat

gegenüber der DFLP und wird daher (noch besser als bisher) den bestimmenden Einfluss auf die Lage unter den palästinensischen Studenten ausüben", so BStU, MfS, HA XXII, 18725, Schreiben der BV Leipzig an die Abt. XX, 07. 12. 1987, Bl. 3f.

1146 Vgl. BStU, MfS, BV Leipzig, AOPK, 2143/91, Übersichtsbogen zur OPK „Moschee", 13. 01. 1989, Bl. 2; BStU, MfS, HA II, 28261, Eröffnungsbericht zum OV „Moschee", 19. 06. 1984, Bl. 4; BStU, MfS, AOPK, 6585/89, Einleitungsbericht zur OPK „Hubert", 15. 04. 1987, Bl. 7; BStU, MfS, HA XXII, 16921, Operativ-Information, 17. 05. 1988, Bl. 1; BStU, MfS, HA XXII, 16921, Einleitungsbericht zur OPK „Moschee", 13. 01. 1989, Bl. 24; BStU, MfS, AOPK, 14206/91, Übersichtsbogen zur OPK „Scheich", 07. 03. 1989, Bl. 3.

1147 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 18663/9, Anlage zur Organisation der „Moslembrüder", o. D., ca. Januar 1989, Bl. 4.

1148 Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16533, Maßnahmenplan zur FOA „Moslembruderschaft", 03. 02. 1987, Bl. 1; BStU, Abkürzungsverzeichnis, S. 33.

1149 So BStU, MfS, HA XXII, 16533, Maßnahmenplan zur FOA „Moslembruderschaft", 03. 02. 1987, Bl. 1. Vgl. auch BStU, MfS, HA XXII, 16921, Operativ-Information, 17. 05. 1988, Bl. 1.

1150 Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 546–552; Timm, Claims, S. 144–157; dies., Verhandlungen, S. 24–35; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 493–500; Wolffsohn, World Jewish Congress, S. 16–21.

1151 Vgl. Timm, Claims, S. 150–157; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 494–500.

1152 Vgl. Wolffsohn, World Jewish Congress, S. 12–23; Muschik, SED, S. 259–261; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 493–500; Timm, Claims, S. 155–157.

und dem „Staat Palästina" blieb Honecker jedoch eine neue, verstärkte Hilfe schuldig. Die projüdische Politik besaß für ihn Priorität gegenüber der PLO. Das SED-Regime, das sich Anfang 1989 in keiner stabilen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage befand, sah also zum einen aus ideologischer Distanz zur Fatah und zum anderen aufgrund des eindeutig der Palästinensischen Befreiungsorganisation übergeordneten Interesses an Deviseneinnahmen durch verbesserte Konditionen im Exportgeschäft mit den Vereinigten Staaten davon ab, der Unabhängigkeit Palästinas eine neue Etappe in den Beziehungen mit Arafat und der PLO/Fatah folgen zu lassen.

Aber auch Jassir Arafat signalisierte im Anschluss an die Staatswerdung Palästinas nicht, das Verhältnis zu Ost-Berlin vertiefen zu wollen. Die Entscheidung vom August 1988, das PLO-Archiv und die Firma Middle East Export & Import Company GmbH zu schließen, ging auf die Gleichgültigkeit der PLO/Fatah gegenüber beiden Einrichtungen zurück. Das SED-Regime musste Mitte des Jahres 1988 konstatieren, dass sich die PLO-Sicherheit nicht mehr für ihre Präsenz in der DDR interessierte, denn sowohl das Archiv als auch die Geheimdienstniederlassung im IHZ seien nur noch sporadisch besetzt und fällige Akkreditierungsgebühren stünden aus[1153]. Das Abbrechen dieser seit 1983 zwischen Arafat und dem MfS existierenden nachrichtendienstlichen Kontaktebene, die bewusst nichts mit der Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu tun hatte und bekanntlich in dem Moment eingerichtet worden war, als Honecker die Grundlagen der ostdeutschen PLO- und Palästinapolitik neu definiert und die innerpalästinensische Opposition, die außerpalästinensische Opposition sowie die radikalsten arabischen Gegner Jassir Arafats sowie der Fatah nach Ost-Berlin eingeladen hatte, zeugt davon, dass das Gewicht und die Bedeutung der DDR für die PLO/Fatah bis Ende 1988 stetig weiter abgenommen hatten. Arafat konnte es sich erlauben, die Firma und das Archiv zu vernachlässigen, denn das Objekt „Zwinger" war für ihn verzichtbar geworden. Honeckers Interventionspolitik gegen die Fatah stellte 1988/89 keine ernst zu nehmende Gefahr mehr dar.

Arafat bewertete auch die Annäherung der DDR an die jüdischen Verbände und deren mögliche finanzielle Unterstützung zwar überaus kritisch, lehnte sie aber offenbar niemals kategorisch ab. Er machte es 1988/89 nicht zu einer Bedingung, dass Honecker die projüdische Politik beendete, um das palästinensisch-ostdeutsche Verhältnis vor einer dauerhaften Belastung zu bewahren. Offiziell artikulierte die PLO lediglich Missfallen und betrachtete beispielsweise die Einladung des Rabbiners Isaac Newman in die DDR „mit Sorge"[1154]. Obwohl sie Honecker intern entschiedener verurteilte, unternahm die PLO/Fatah keine konkreten Schritte gegen Ost-Berlin. Aus politischer Sicht war es für Arafat auch weniger problematisch, diese Neuausrichtung der DDR-Außenpolitik hinzunehmen,

[1153] Vgl. BStU, MfS, AG BKK, 183, Konzept, 10. 08. 1988, Bl. 87; BStU, MfS, HA XX, 19449, Bericht zur OPK „Besucher", 13. 03. 1989, Bl. 114. Laut Notiz des MfS schloss Objekt „Zwinger" im Mai 1989, vgl. BStU, MfS, AOPK, 5259/89, Übersichtsbogen zur OPK „Zweig 1", 07. 03. 1984, Bl. 6.

[1154] So BStU, MfS, HA II, 365/1, Information, o. D., ca. September 1987, Bl. 102. Vgl. auch BStU, MfS, HA II, 32890, Tagesrapport, 01. 11. 1988, Bl. 158; BStU, MfS, HA II, 18682, Vermerk, 11. 11. 1988, Bl. 181; BArch, VA-01/42409, Vermerk, 15. 06. 1990, Bl. 42 f.

als für die SED selbst. Denn überall in West- und Osteuropa gehörte es zur Realität, dass in den Staaten, die die Palästinensische Befreiungsorganisation anerkannten oder förderten, gleichzeitig auch jüdische Gemeinden existierten. Das SED-Regime war insofern eine Ausnahme, als es die Zahlungen zugunsten jüdischer Opfer nationalsozialistischer Verfolgung immer mit einer direkten Unterstützung des Staates Israel gleichgesetzt hatte und seit Anfang der 1950er Jahre vollkommen undifferenziert und verzerrt über den Nahostkonflikt, den Zionismus und die jüdische Religion berichten ließ[1155]. Beiden Seiten der Medaille, der palästinensischen und der jüdischen, Rechnung tragen zu müssen, verlangte von der SED ungleich mehr politische Anpassung als von der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Es konnte sogar erwartet werden, dass die DDR für den Fall einer tatsächlichen Regelung der Wiedergutmachungsfragen auf die PLO zugehen musste, um keine Diskrepanz zu der offiziellen Nahostpolitik entstehen zu lassen.

Die Aussagen des ersten Botschafters des Staates Palästina in der DDR, Issam Kamal, der Nabil Koulailat 1979 gefolgt war, verdeutlichen, dass jener die SED-Herrschaft spätestens im Sommer 1988 für gescheitert hielt. Die als IM „Ute" tätige Sekretärin Kamals berichtete der Staatssicherheit Mitte August 1988 zum wiederholten Male, dass Kamal seit vielen Jahren einen festen und regelmäßigen Kontakt zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik sowie der ägyptischen Botschaft in Ost-Berlin pflegte[1156]. Außerdem ging „Ute" ausführlich auf die „antisozialistischen" und „DDR-feindlichen" Äußerungen Kamals ein. Der Botschafter der PLO habe, so seine Sekretärin, betont, er werde „[auf] der Grundlage seiner bisherigen Erfahrungen während des Aufenthaltes in der DDR […] im Falle der Gründung eines palästinensischen Staates mit seiner ganzen Person und seinen Möglichkeiten das Einschlagen eines sozialistischen Entwicklungsweges verhindern. […] Das starre bürokratische System in der DDR sei dringend reformbedürftig. Einen Ausweg sehe er nur in der Ablösung der gegenwärtigen Partei- und Staatsführung. Auch in der DDR sei die Zeit gekommen, die Politik von Glasnost und Perestroika durchzusetzen. Seiner Ansicht nach würde eine solche Politik zur Vereinigung der DDR mit der BRD führen. Bei der Mauer handele es sich nicht nur um einen politischen, sondern auch einen ökonomischen Anachronismus. Im Denken und Handeln der Menschen in beiden deutschen Staaten sei die Wiedervereinigung bereits vollzogen."[1157] Nicht nur für Kamal waren die gravie-

[1155] Vgl. Illichmann, DDR, S. 79–224, 319–344; Timm, Schuld, S. 140–150; dies., Ideology, S. 190–197; dies., Medien, S. 154–171; dies., Antisemitism, S. 2–27; Wolffsohn, World Jewish Congress, S. 11–23; Haury, Antisemitismus, S. 25–159, 292–455; ders., Antizionismus, S. 148–166; Herf, Divided Memory, S. 157–163, 179f.; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 95–177, 219–234, 247–328; Mertens, Antizionismus, S. 139–149.

[1156] Vgl. BStU, MfS, HA II, 365/1, Treffergebnisse IMS „Ute", 28. 09. 1982, Bl. 59; BStU, MfS, HA II, 365/1, Bericht des IMB „Cunhal", 22. 07. 1985, Bl. 143. Kamal hatte zudem 1982/83 die Bemühungen der PLO/Fatah unterstützt, in Helsinki ein neues Büro zu eröffnen, u. er gehörte u. a. der offiziellen PLO-Delegation an, die im Januar 1987 in der finnischen Hauptstadt sowohl vom Regierungschef als auch vom Außenminister sowie vom Präsidenten empfangen worden war, vgl. die Unterlagen des Besuches in: UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO); UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO), Schreiben der PLO-Botschaft Ost-Berlin an die Botschaft Finnlands in der DDR, 22. 03. 1982.

[1157] So BStU, MfS, HA II, 32891, Bericht, 15. 08. 1988, Bl. 75.

renden politischen Defizite, die wirtschaftlichen Verwerfungen und eine weitreichende Erosion der SED-Herrschaft 1988 unverkennbar.

Die Gespräche mit dem World Jewish Congress und der auch nach 1988 weiterhin beteiligten Claims Conference scheiterten im September 1989, zu einem Zeitpunkt, als der SED-Staat eine Massenflucht seiner Bürger erlebte und Tausende in der westdeutschen Botschaft in Prag ausharrende Menschen Anfang Oktober – auf Geheiß Honeckers demonstrativ nur über DDR-Territorium – in die Bundesrepublik ausreisen durften[1158]. „Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen", so zu lesen in einem von Honecker redigierten Kommentar über die aus Prag kommenden Menschen, die in die Bundesrepublik weiterfuhren[1159]. Die Ost-Berliner Parteiführung schenkte möglicherweise auch aufgrund der innenpolitischen Entwicklung der DDR „Palästina" nicht die gebotene Aufmerksamkeit. Als Erich Honecker und Jassir Arafat sich an der Jahreswende 1988/89 begegneten, war der SED-Staat bereits mit existenziellen Problemen konfrontiert.

Die seit dem Bekanntwerden der offenkundig gefälschten Ergebnisse der Kommunalwahlen im Mai 1989 immer stärker organisierte Opposition wurde im Herbst 1989 zu einem regelmäßigen, friedlichen Protest Hunderttausender[1160]. Die am 18. Oktober erfolgte Absetzung Erich Honeckers und der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 veränderten auch den Rahmen für die weitere Politik der DDR gegenüber Judentum und Jüdischer Gemeinde. Erst nach dem Ende des alten SED-Regimes befasste sich Ost-Berlin zum ersten Mal seit 1949 ernsthaft damit, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen, auch wenn der Staatsapparat der DDR schon 1987 die Vorteile solcher verbesserten politischen Kontakte betont hatte[1161].

So legten die Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel, Fischer und Beil, sowie der Leiter des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, Schalck-Golodkowski, Ende des Jahres 1987, als Honecker seine US-Politik an Senat und Repräsentantenhaus ausrichtete und dabei den Zuspruch der vermeintlich mächtigen jüdischen Lobby erhoffte, eine Denkschrift über die „Einschätzung der ökonomischen Entwicklung Israels; Beurteilung der sich daraus erge-

[1158] Vgl. Heydemann/Schaarschmidt, Etappen, S. 67–69; Maier, Verschwinden, S. 221 f.; Kowalczuk, Endspiel, S. 346–351, 377–385; Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 1101–1106; Görtemaker, Bundesrepublik Deutschland, S. 725 f.; Conze, Sicherheit, S. 696. Zum Scheitern der WJC-Verhandlungen vgl. Timm, Claims, S. 156–161.

[1159] Vgl. ADN: Sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt, in: ND, 02. 10. 1989, S. 2.

[1160] Vgl. Heydemann/Schaarschmidt, Etappen, S. 58–69; Kowalczuk, Endspiel, S. 354–469; Heydemann, Innenpolitik der DDR, S. 37–40; Maier, Verschwinden, S. 223–243; Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 1101–1106; Eckert, 9. Oktober, S. 213–221; Korte, Wiedervereinigung, S. 185–189; Henke, 1989, S. 27–32; Richter, Volkskammerwahl, S. 329–332; Conze, Sicherheit, S. 694–705.

[1161] Vgl. Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 352 f., 503–510; Illichmann, DDR, S. 306 f.; Muschik, SED, S. 261 f.; Timm, Davidstern, S. 333–352; dies., Schuld, S. 148; dies., Verhandlungen, S. 36; Regierungserklärung, 17. 11. 1989, in: Volkskammer der DDR, Stenographische Protokolle, Bd. 25, S. 281.

benden Konsequenzen für die Wirtschaft der DDR" vor[1162]. Dieses Papier betonte, dass es aus „ökonomischer Sicht" möglich sei, mit Israel – etwa im Bereich des Tourismus und auf „dem Gebiet der Elektronik" – „Geschäftsbeziehungen […] unterhalb der staatlichen Ebene" zu entwickeln[1163]. Fischer, Beil und Schalck-Golodkowski stellten damit im Herbst 1987 den wirtschaftlichen Nutzen von Kontakten zu Israel heraus, obwohl in der DDR noch immer ein seit 1976 bestehendes offizielles Außenhandelsverbot mit Israel in Kraft war[1164]. Der Vorschlag, den Tourismus als potenziellen Wirtschaftsfaktor zu erschließen, zeigte, dass man mittelfristig auch die diplomatische Annäherung vorbereiten wollte, denn unabhängig davon, wie viele israelische Touristen die Deutsche Demokratische Republik hätten besuchen wollen, setzte jede auch noch so geringe Anzahl Staatsbürger Israels voraus, dass ihre konsularische Betreuung gewährleistet wurde. Dies unterlag einer zwischen beiden Regierungen zu vereinbarenden Regelung. Der Tourismus galt insofern immer, gerade zwischen Staaten, die ein belastetes bilaterales Verhältnis zueinander besaßen, als ein erster Anknüpfungspunkt diplomatischer Beziehungen[1165].

Honecker folgte der Empfehlung allerdings nicht. Er vernachlässigte die Möglichkeit einer neuen Israelpolitik zugunsten der jüdisch-amerikanischen Option und leitete gegenüber Jerusalem keine wirtschaftspolitischen offensiven Schritte ein[1166]. Parallel entwickelten sich ab Herbst 1988 aber die ersten politisch-diplomatischen Kontakte zwischen Israel und der DDR seit Anfang der 1960er Jahre. Sie begannen mit der Teilnahme eines israelischen Regierungsmitgliedes an der Gedenkveranstaltung der Pogromnacht in Ost-Berlin und reichten bis zur Reise des ostdeutschen Staatssekretärs für Kirchenfragen, Kurt Löffler, im Januar 1989 nach Jerusalem und den dort geführten Gesprächen mit Vertretern jüdischer Organisationen sowie dem damaligen israelischen Religionsminister Zebulun Hammer[1167]. Einem am 17. März 1989 verfassten Bericht des Ministeriums für

[1162] Zum Dok. vgl. SAPMO-BArch, DY 3023/1010, Vorlage, 03. 11. 1987, Bl. 154–158.

[1163] Vgl. ebd., Bl. 155. Vgl. auch Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 352 f., 510.

[1164] Wie Timm, DDR-Israel, S. 50, 52, sowie dies., Davidstern, S. 360–376, erklärt, bestand zwischen der DDR u. Israel ab 1958 ein geringer Warenaustausch. Die Güterausfuhr habe 1978 einen Gegenwert von rd. 3,4 Mio. US-Dollar besessen; die Importe beliefen sich demgegenüber lediglich auf eine Höhe von ca. 150 000 Dollar. Im Jahr des von Fischer, Beil u. Schalck-Golodkowski verfassten Berichtes habe, so Timm, der Import israelischer Produkte einen Wert von rd. 1,8 Mio. US-Dollar betragen. Vgl. auch Jelinek, Deutschland und Israel, S. 328–330; PA-AA, Bestand MfAA, A 12.739, Vermerk, 05. 05. 1950, Bl. 191 f.

[1165] Vgl. Ipsen, Völkerrecht, S. 536–543.

[1166] Die erste israelische Wirtschaftsdelegation seit den 1950er Jahren besuchte Ende Februar 1990 die DDR. Sie bestand aus Vertretern von vier Unternehmen. Interflug bot ab dem 01. 09. 1990 die erste direkte Verbindung nach Israel an. Laut Aussagen des MfAA besuchten zwischen Februar u. August 1989 rd. 200 israelische Touristen den SED-Staat, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 5871/90, Vorlage, 17. 08. 1989; BArch, DL 200/487, Vermerk, 28. 02. 1990; Anzeige der Interflug, in: ND, 16. 08. 1990, S. 16; Timm, Davidstern, S. 358 f.

[1167] Zum Löffler-Besuch vgl. Timm, Claims, S. 155; dies., Ideology, S. 198 f.; dies., DDR-Israel, S. 53; dies., Verhandlungen, S. 34 f.; ADN: DDR-Politiker führte Gespräche mit Israels Religionsminister, in: ND, 01. 02. 1990, S. 7. Eines der letzten persönlichen Tref-

Auswärtige Angelegenheiten zufolge hatte Hammer Löffler versichert, Israel werde „ohne Vorbedingungen" auf „jeden Schritt der DDR zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen positiv reagieren"[1168]. Nachdem das MfAA die Vor- und Nachteile der Herstellung offizieller Beziehungen zwischen der DDR und Israel abgewogen hatte, war man dort allerdings zu dem Ergebnis gelangt, dass solche Kontakte zum damaligen Zeitpunkt „nicht zweckmäßig" seien[1169].

Sowohl Angelika Timm als auch Stefan Meining zitieren in ihren Veröffentlichungen von 1993 beziehungsweise 2002 zwar Passagen dieser Aktennotiz des MfAA über das Treffen mit Hammer, würdigen sie aber keiner weitergehenden Bewertung[1170]. In der Publikation Timms heißt es doppelsinnig sogar: „In Jerusalem kam es erstmals zu einer Begegnung auf Regierungsebene – Löffler traf mit Religionsminister Zevulun Hammer zusammen. Der israelische Minister bekundete Interesse an der Entwicklung bilateraler Beziehungen, *betonte jedoch, dass die Initiative hierzu von der DDR ausgehen müsse.*"[1171] In einem 2007 veröffentlichten Beitrag erklärt Timm nicht weniger missverständlich: „In late January 1989, the GDR's State Secretary for Religious Affairs, Kurt Löffler, came on an official visit to Israel […]. At that time, Löffler met the Israeli Minister of Religious Affairs Zevulun Hammer in Jerusalem. […] However, there were no follow-up visits, and no more formal talks were held between officials from the GDR and Israel before the political uprising in autumn 1989 *because both sides insisted on certain preconditions.*"[1172] Im Gegensatz zu Polen und Ungarn, die bis 1989 ihre offiziellen Beziehungen mit Israel wiederherstellten und vor allem auch die wirtschaftliche

fen ostdeutscher u. israelischer Diplomaten fand im Februar 1960 in Prag statt. Das Gespräch zwischen Löffler u. Hammer stellte somit nicht den – wie von Timm behauptet – ersten offiziellen Kontakt zwischen ostdeutschen u. israelischen Regierungsmitarbeitern überhaupt dar. Bereits im Mai 1950 hatten sich zudem offizielle Delegationen beider Seiten getroffen, um über die Herstellung von Handelskontakten zu beraten. Dies wird von Timm in einer anderen Publikation selbst als erste amtliche Verbindungsaufnahme beider Länder gewertet, vgl. Timm, Davidstern, S. 92–97, 137–141; dies., Ideology, S. 198; dies., DDR-Israel, S. 48f.; dies., Schuld, S. 144f.; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 254–262; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.777, Schreiben des MfAA an die Botschaft Prag, 02. 02. 1960, Bl. 1f.; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.777, Bericht der Botschaft Prag an das MfAA, 15. 01. 1960, Bl. 5–10; PA-AA, Bestand MfAA, A 12.739, Vermerk, 05. 05. 1950, Bl. 191f.

[1168] So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 5871/90, Bericht, 17. 03. 1989. Vgl. auch Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 358. Bereits Anfang Mai 1950 hielt das MfAA über das Gespräch „mit dem offiziellen Vertreter des Wirtschafts- und Finanzministeriums des Staates Israel" fest, dieser habe auf die Frage, ob Vorbedingungen für die Entwicklung normaler Handelsbeziehungen bestünden – etwa in Form einer Regelung allgemeiner Restitutions- bzw. Kompensationsforderungen –, geantwortet, „in dieser scharfen Form nicht", so PA-AA, Bestand MfAA, A 12.739, Vermerk, 05. 05. 1950, Bl. 191.

[1169] So PA-AA, Bestand MfAA, ZR 5871/90, Bericht, 17. 03. 1989.

[1170] Die erwähnte Quelle ist im PA-AA in Akte ZR 5871/90 enthalten u. gemäß Sperrfristenregelung bis zum Jahr 2021 nicht einsehbar. Sie durfte für diese Arbeit eingesehen werden, da Timm, Davidstern, S. 315, sowie Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 357f., 361f., sie bereits 1993 bzw. 2002 zitiert haben. Vgl. auch Illichmann, DDR, S. 303.

[1171] So Timm, DDR-Israel, S. 53 (Hervorhebung eingefügt).

[1172] So Timm, Ideology, S. 198 (Hervorhebung eingefügt).

Kooperation, besonders im Tourismus, ausbauten, vermochte es die DDR nicht, das Stadium theoretischer Überlegungen über eine Aufwertung des ostdeutsch-israelischen Verhältnisses auf diplomatischer Ebene zu verlassen. Nicht allein Honeckers fehlende Unterstützung verhinderte Fortschritte, sondern auch das MfAA stellte die Zweckmäßigkeit diplomatischer Beziehungen mit Israel zu diesem Zeitpunkt infrage[1173].

3. Die DDR, Israel und die PLO nach dem Mauerfall

Auch die Annäherung der DDR an den Staat der Juden, unmittelbar nach dem Fall der Mauer, wurde von der PLO/Fatah zwar verbal verurteilt, aber nicht sanktioniert[1174]. Das bedeutet, dass auch abseits des religiös-jüdischen Kontextes für die DDR die Aufgabe darin bestand, den seit über 40 Jahren praktizierten dichotomen Ansatz der Nahostpolitik, der Israel den Palästinensern unversöhnlich gegenüberstellte, zu verändern, indem die Denk- und Verhaltensweise des Partei- und Staatsapparates von Grund auf neu ausgerichtet werden mussten. Es war nicht die Palästinensische Befreiungsorganisation, die die Israelpolitik blockierte, sondern – wie Timm bemerkt – das originär eigene, ostdeutsche Verständnis: „In der Nahost- und Israelpolitik schienen schnelle Veränderungen vor dem Hintergrund deutscher Geschichte und der Zuspitzung des israelisch-palästinensischen Gegensatzes […] kaum denkbar."[1175] Die DDR musste ihr antifaschistisches Selbstbild korrigieren und aufhören, den israelisch-palästinensischen Konflikt als Kampf zwischen dem absolut Guten und dem absolut Bösen zu propagieren. Damit verlor sie allerdings gegenüber der Bundesrepublik einen seit den 1950er Jahren instrumentalisierten Bonus. Auf welcher Grundlage sollte die Außenpolitik im Nahen Osten danach beruhen?

Beziehungen mit Israel trotz palästinensischer Botschaft?

Im Übrigen machte Israel in dem Augenblick, als nach den fundamentalen politischen Veränderungen in der DDR über die Aufnahme offizieller Beziehungen diskutiert werden sollte, niemals das Ende der ostdeutschen PLO-Politik zur Bedingung[1176]. Das Verhältnis Ost-Berlins zur Palästinensischen Befreiungsorgani-

[1173] Polen u. Ungarn nahmen zwischen 1985 u. 1989 die diplomatischen Beziehungen zu Israel wieder auf u. öffneten direkte Flugverbindungen, vgl. Gasztold-Seń, Polish-Syrian Relations, S. 24; Timm, Davidstern, S. 295; dies., Middle East Policy, S. 259.

[1174] Der „Militärattaché" der PLO in Ost-Berlin erklärte dem MfNV im Juni 1990, die PLO betrachte „die neue Position der DDR gegenüber Israel und den Juden" zwar „mit Sorge", aber respektiere sie als „souveräne Entscheidung" des SED-Staates, vgl. BArch, VA-01/42409, Vermerk, 15. 06. 1990, Bl. 42 f.

[1175] So Timm, Davidstern, S. 296. Winter, Bemerkungen, S. 160, u. Timm, Davidstern, S. 319, verweisen auf ein „gewisses Verständnis", das die PLO 1989/90 für die ostdeutsche Israelpolitik gezeigt habe.

[1176] Die gegenteilige Darstellung u. a. bei Timm, Davidstern, S. 349 f.; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 511 f.

sation war auch nicht Ursache des „Scheiterns" der Gespräche zwischen Löffler und Hammer Anfang 1989 in Israel[1177]. Für den jüdischen Staat gehörte es zur Realität, dass in den Hauptstädten, in denen er eine Botschaft oder diplomatische Mission unterhielt, Arafat mindestens mit einem Informationsbüro vertreten war. Anders als in einigen Publikationen behauptet, gibt es auch keine Hinweise dafür, dass die Anerkennung der PLO oder „unabhängige[r] Palästinenser" durch Israel, wie es das MfAA noch im März 1989 festhielt, als Voraussetzung für den Beginn von Gesprächen über die Herstellung diplomatischer Beziehungen betrachtet wurde[1178]. Im Herbst 1989 hielt die Regierung Modrow nichts davon ab, den Dialog mit dem jüdischen Staat zu beginnen[1179].

Israel stellte im Dezember 1989 der neuen DDR-Führung drei Bedingungen, um in Gespräche über politische Beziehungen eintreten zu können: erstens die „Einstellung der feindseligen, halb antisemitisch, halb antiisraelischen Propaganda", zweitens die „Anerkennung der Verantwortung Ostdeutschlands in Bezug auf die deutschen Verbrechen der Nazi-Zeit", das heißt eine finanzielle Leistung der DDR im Sinne des Luxemburger Abkommens, und drittens die Garantie, dass die neue Regierung Modrow ihre Unterstützung und Begünstigung *Abu Nidals* einstellen würde[1180]. Für Israel war es irrelevant, ob Arafat und die PLO/Fatah in der DDR eine Botschaft besaßen[1181]. Ausschlaggebend war vielmehr einzig und allein die Zusage Modrows, die von Honecker begonnene Unterstützung der nicht zur PLO gehörenden und gegen Jassir Arafat kämpfenden terroristischen Organisation des Sabri al Banna zu beenden[1182]. Der neue Ministerpräsident der DDR ga-

[1177] Vgl. die gegenteilige Aussage bei Timm, Ideology, S. 199.

[1178] Zu den im März 1989 durch das MfAA aufgestellten Bedingungen im Zusammenhang mit einer möglichen Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Israel vgl. PA-AA, Bestand MfAA, ZR 5871/90, Bericht, 17. 03. 1989; Winter, Bemerkungen, S. 160 f.

[1179] Zur Regierungserklärung Hans Modrows vgl. Regierungserklärung, 17. 11. 1989, in: Volkskammer der DDR, Stenographische Protokolle, Bd. 25, S. 281. Vgl. auch BArch, DC 20/4998, Schreiben Hans Modrows an Jitzhak Shamir, 02. 03. 1990, Bl. 131 f.; Timm, Claims, S. 174; dies., Davidstern, S. 335 f.; dies., Middle East Policy, S. 259 f.; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 504–510. Meining erklärt ebd., S. 536 f., ohne dies argumentativ schlüssig zu belegen, für die Regierung der DDR hätten auch in der Phase der neuen Israelpolitik die Beziehungen mit der PLO Priorität besessen.

[1180] Vgl. Primor, Botschafter, S. 143. Winter, Bemerkungen, S. 161, benennt hingegen die folgenden vier angeblichen Forderungen: „Erstens: Die DDR müsse in einer offiziellen Erklärung im Namen des deutschen Volkes die Verantwortung für die am jüdischen Volk begangenen Verbrechen des Nationalsozialismus übernehmen. Zweitens: Die DDR müsse die an sie gerichteten jüdischen Wiedergutmachungsforderungen anerkennen. […] Drittens: Die DDR müsse ihre Haltung zum Zionismus prinzipiell ändern. Viertens: Sie sollte ihre Nahostpolitik, die als proarabisch eingeschätzt wurde, korrigieren"; Timm, Claims, S. 175, sowie dies., Davidstern, S. 349 f., beruft sich auf eine angebliche israelische Forderung, die militärische Unterstützung „der PLO" einzustellen.

[1181] Laut Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 511–513, „wollten israelische Diplomaten […] insbesondere die Politik der DDR gegenüber der PLO nicht akzeptieren". Tatsächlich differenzierte Israel zwischen *der* PLO- und *der* Abu-Nidal-Politik der DDR.

[1182] Vgl. Primor, Botschafter, S. 137.

rantierte Israel im Januar 1990, dass er auf alle drei Forderungen eingehen werde – was zugleich auch hieß, dass die Konten der Gruppe Abu Nidal bei der Staatsbank geschlossen wurden[1183].

Es ist schwierig, die konkreten Interessen sowohl der neuen Führung in Ost-Berlin als auch Israels an dem Ende 1989 eingeleiteten Dialog zu benennen[1184]. Die innenpolitischen Veränderungen in der DDR, die es zwischen den Sondierungen im Dezember 1989 und dem ersten Treffen beider Regierungsdelegationen in Kopenhagen im Januar 1990 gegeben hatte, ließen den jüdischen Staat in der Gewissheit verhandeln, dass die ostdeutsche Delegation keine stabile Regierung repräsentierte[1185]. Zum Zeitpunkt des zweitens Treffens vom 7. bis zum 9. März 1990 in Dänemark machte es der bevorstehende Termin der ersten freien Wahl zur Volkskammer noch schwieriger, die erforderlichen Bedingungen für auf Dauer ausgerichtete Abmachungen zwischen der DDR und Israel herzustellen. Wurde bereits der Wahlkampf vom Thema der deutschen Einheit dominiert, so zeigte das Ergebnis dieser Parlamentswahl, dass sich die klare Mehrheit für diejenigen Parteien aussprach, die eine schnelle Wiedervereinigung Deutschlands als Ziel proklamiert hatten[1186].

Nach der Volkskammerwahl im März 1990 regierte in der DDR eine Koalition, bestehend aus der „Allianz für Deutschland", dem Bund Freier Demokraten und der SPD, wobei das Bündnis 90, als Zusammenschluss der maßgeblichen Teile der Bürgerbewegung, lediglich zwölf von 400 Mandaten errang. Die PDS, die Nachfolgepartei der SED, war demgegenüber, trotz ihrer 66 Sitze, entmachtet worden[1187]. Die ostdeutsche Revolution trat im März 1990 in eine neue Etappe ein, denn der Wandel des bestehenden Staatswesens war noch nicht abgeschlossen. Der neue Ost-Berliner Regierungschef, Lothar de Maizière, proklamierte eine – wenngleich nicht sofortige, aber doch mittelfristig erstrebte – Einheit der beiden

[1183] Vgl. ebd., sowie S. 143.

[1184] Mit Blick auf die DDR argumentieren u. a. Muschik, SED, S. 262, u. Wolffsohn, World Jewish Congress, S. 16–23, die Regierung Modrow habe gehofft, durch diese neue Israelpolitik u. Gespräche mit dem WJC den ostdeutschen Teilstaat zu bewahren u. damit die deutsche Wiedervereinigung „bremsen oder sogar verhindern zu können".

[1185] Vgl. Timm, Davidstern, S. 342–351; dies., Claims, S. 162, 175; dies., Antisemitism, S. 24; dies., Verhandlungen, S. 37.

[1186] Diese Parteien traten in der sogenannten Allianz für Deutschland zur Wahl an, vgl. Heydemann, DDR, S. 102; ders., Innenpolitik der DDR, S. 42f.; Kowalczuk, Endspiel, S. 525–531; Richter, Volkskammerwahl, S. 329–341; Korte, Wiedervereinigung, S. 193f.; Henke, 1989, S. 42–44; Conze, Sicherheit, S. 715–721; Görtemaker, Bundesrepublik Deutschland, S. 744–747; Maier, Verschwinden, S. 311–338; Steiner, Wirtschafts- und Währungsunion, S. 444; de Maizière, Mauerfall, S. 9f. Zur zweiten Verhandlungsrunde vgl. Timm, Claims, S. 162, 175; dies., Antisemitism, S. 24; Goschler, Schuld, S. 422–424; Winter, Bemerkungen, S. 162; ADN: Neue Gesprächsrunde DDR-Israel begann, in: ND, 09. 03. 1990, S. 3.

[1187] Vgl. Heydemann, DDR, S. 102f.; ders., Innenpolitik der DDR, S. 42f.; Richter, Volkskammerwahl, S. 338–340; Conze, Sicherheit, S. 718–721; Henke, 1989, S. 43; Maier, Verschwinden, S. 311–338; Kowalczuk, Endspiel, S. 525–531; Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 1117f.

deutschen Staaten[1188]. Sein Auftrag sei, so de Maizière im Rückblick, der „merkwürdigste" gewesen, den man habe erhalten können: „Üblicherweise sind Regierungen daraufhin ausgerichtet, die Macht aufrechtzuerhalten und nach Möglichkeit zu sichern. Wir aber sollten uns abschaffen, stückchenweise die Souveränität an etwas Neues, Gemeinschaftliches abgeben."[1189]

Für Israel wurde spätestens Mitte März 1990 klar, dass die Verhandlungen mit Ost-Berlin in einer Phase des Übergangs hin zu einer neuen politischen Ordnung der DDR stattfanden[1190]. Avi Primor, der spätere israelische Botschafter in der Bundesrepublik, beschreibt in seinem Buch, dass sich Jerusalem bereits im Februar 1990 der Zustimmung Hans-Dietrich Genschers versicherte, um auszuschließen, dass die begonnenen Gespräche mit der Regierung Modrow in Bonn auf Missfallen stießen. Genscher soll positiv auf die israelische Unterrichtung reagiert und „grünes Licht" für die Fortsetzung der Gespräche gegeben haben, allerdings „mit einem leicht saloppen Unterton", wie Primor sich erinnert[1191]. „Sinngemäß sagte Genscher etwa: ‚Na, wenn es euch Spaß macht, jetzt mit der DDR zu verhandeln, denn tut es. Mich wird das nicht stören'."[1192] Der Bundesaußenminister wollte im Februar 1990 mit seinem „jetzt" den zeithistorischen Moment betonen, dessen Dynamik keine Vorhersage erlaubte, in welcher Form dieses Land, mit dem Israel ausgerechnet „jetzt" begann, über die Herstellung offizieller Beziehungen zu verhandeln, noch weiterbestehen würde[1193].

Exakt diese Unsicherheit könnte ein Motiv Israels für die Gespräche mit der DDR zwischen Ende 1989 und Frühjahr 1990 gewesen sein. Einigten sich beide Regierungen in Bezug auf die seit 1952 gegenüber dem zweiten deutschen Staat erhobenen Forderungen von 500 Millionen DM, resultierte daraus der Abschluss eines völkerrechtlich bindenden Abkommens. Selbst im Fall eines späteren Endes des ostdeutschen Staates beziehungsweise seines Übergangs in eine deutsch-deutsche Konföderation hätte solch ein zuvor bilateral vereinbarter Vertrag Bestand gehabt[1194]. Egal, ob die Ost-Berliner Regierung die noch festzulegenden finanziellen Forderungen würde tatsächlich erfüllen können, musste für Israel feststehen, dass bei einer ungeklärten Situation und dem politischen Ende der DDR es un-

[1188] Vgl. Regierungserklärung, 19. 04. 1990, in: Deutscher Bundestag, Protokolle der Volkskammer der DDR, Bd. 1, S. 41; de Maizière, Mauerfall, S. 9 f.; Heydemann, DDR, S. 102 f.; Kowalczuk, Endspiel, S. 525–531; Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 1116–1118.

[1189] So de Maizière, Mauerfall, S. 10.

[1190] Vgl. Primor, Botschafter, S. 141–143; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 513 f.

[1191] So Primor, Botschafter, S. 143. Timm, Claims, S. 176, verweist demgegenüber ohne Angabe weiterer Quellen auf eine von Bonn verweigerte Unterstützung dieser israelischen Gespräche mit der DDR.

[1192] So Primor, Botschafter, S. 144.

[1193] So Hans-Dietrich Genscher im Gespräch am 27. 11. 2012.

[1194] Zwar argumentiert Lehmann, Außenpolitik, S. 69, 81, Israel habe im Falle der deutschen Einheit befürchtet, seine Forderungen aufgeben zu müssen, wenn keine Regelung mit der DDR hätte zuvor erreicht werden können, aber sie schlussfolgert, deshalb habe Israel versucht, Einfluss auf den Prozess der deutsch-deutschen Vereinigung zu nehmen, indem man beabsichtigt habe, den ostdeutschen Teilstaat als eigenständiges Land zu erhalten. Vgl. auch Timm, Davidstern, S. 357 f.

gewiss blieb, ob und in welcher Höhe Israel sowie jüdische Organisationen ihre Ansprüche gegenüber Rechtsnachfolgern der DDR Geltung verschaffen konnten – zumal die israelische Regierung 1952 ausdrücklich garantiert hatte, dass es keinerlei Grundlage mehr dafür gab, weitere Forderungen gegenüber der Bundesrepublik anzumelden[1195]. Constantin Goschler erklärt allerdings zu Recht, dass es für Bonn trotz dieser Klausel zur „außenpolitischen Absicherung des Einigungsprozesses" erforderlich war, diese Fragen im Konsens mit Israel und den USA zu lösen[1196].

Die ostdeutsch-israelischen Gespräche über die Herstellung diplomatischer Beziehungen wurden vor dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 nicht offiziell für beendet erklärt. Israel hatte jedoch offenbar spätestens ab Mitte März 1990 nicht mehr ernsthaft mit der Regierung de Maizière über die finanziellen Fragen verhandelt, sondern erkannt, dass mit der Volkskammerwahl im März, den ersten Sondierungen im „2+4"-Format im April und den folgenden Vorbereitungen zum zweiten Staatsvertrag sowie der im Juli 1990 vollzogenen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion eine neue Situation entstanden war. Die bereits im Frühjahr 1990 zwischen dem ost- und dem westdeutschen Staat geschlossenen Verträge ließen der DDR-Regierung faktisch keine Kompetenz mehr, souverän mit Israel entsprechende Fragen zu erörtern oder gar verbindliche Zusagen zu treffen[1197].

Die israelische Seite konzentrierte sich folglich darauf, die offenen vermögensrechtlichen Fragen mit der Bundesrepublik zu besprechen. Die dritte und letzte Verhandlungsrunde über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ost-Berlin und Jerusalem fand wenige Tage nach Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion statt[1198]. Eine Einigung über die Höhe der finanziellen Leistungen für die jüdischen Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, die mit rund 225 Millionen DM und einer Rückerstattung des jüdischen Eigentums ver-

[1195] Im Schreiben der israelischen Regierung vom 10. 09. 1952, das gemäß Art. 16 des Luxemburger Abkommens Bestandteil des gesamten Regelwerkes war, hieß es: „Der Staat Israel wird keine weiteren Forderungen gegen die Bundesrepublik Deutschland erheben aufgrund von oder in Verbindung mit Schäden, die durch die nationalsozialistische Verfolgung verursacht worden sind", so BGBl., 1953, II, Nr. 5, Schreiben Nr. 1a, 10. 09. 1952, S. 65. Vgl. auch ebd., Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland u. dem Staate Israel, 10. 09. 1952, S. 52f.; Hansen, Katastrophe, S. 268f.; Timm, Verhandlungen, S. 38. Goschler, Schuld, S. 422f., argumentiert hingegen, es sei im Frühjahr 1990 „schließlich nur noch eine Frage der Zeit" gewesen, bis Israel „Vereinbarungen allein mit der größer gewordenen Bundesrepublik" hätte treffen können, d. h. ohne Probleme Forderungen hätte geltend machen können.

[1196] Vgl. Goschler, Schuld, S. 424f.

[1197] Vgl. Illichmann, DDR, S. 310f.; Timm, Davidstern, S. 352–359; dies., Verhandlungen, S. 37f.; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 513f.; Winter, Bemerkungen, S. 162. Zur Entwicklung in der DDR vgl. Maier, Verschwinden, S. 378–435; Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 1116–1127; Görtemaker, Bundesrepublik Deutschland, S. 736–759; Müller, 2+4-Vertrag, S. 28–33; ders., Ende des Krieges, S. 525–529; Steiner, Wirtschafts- und Währungsunion, S. 441–452; Korte, Deutschlandpolitik, S. 433–438; ders., Wiedervereinigung, S. 194–200; Küsters, Integrationsfriede, S. 817–863.

[1198] Vgl. Primor, Botschafter, S. 141–144; Ben-Natan, Chuzpe, S. 302; Timm, Claims, S. 175–178; dies., Davidstern, S. 350–356; dies., Antisemitism, S. 24f.

anschlagt wurden, kam nicht zustande. Die DDR hatte bis Sommer 1990 rund 13 Millionen DM an die Claims Conference gezahlt[1199]. Die gesamte Problematik regelte sich schließlich in der am 23. September 1990 geschlossenen Vereinbarung zur Durchführung und Auslegung des Einigungsvertrages, in der die DDR und die Bundesrepublik bekräftigten, für „eine gerechte Entschädigung materieller Verluste der Opfer des NS-Regimes" eintreten zu wollen, und die Bundesregierung sich bereit erklärte, „mit der Claims Conference Vereinbarungen über eine zusätzliche Fondslösung zu treffen, um Härteleistungen an die Verfolgten vorzusehen, die nach den gesetzlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland bisher keine oder nur geringfügige Entschädigungen erhalten" hatten[1200].

Avi Primor verweist neben den diplomatischen und finanziellen Aspekten noch auf ein anderes israelisches Motiv für die Ende 1989 begonnenen Gespräche mit Ost-Berlin. Er benennt eine Angst vor einem negativen Einfluss der israelfeindlichen Haltung der DDR auf die neue deutsche Gesellschaft. Man wollte die Veränderung nach dem Fall der Berliner Mauer positiv beeinflussen, um den erwarteten Anteil negativer Stimmen gegenüber dem jüdischen Staat im zukünftigen Gesamtdeutschland oder innerhalb einer deutsch-deutschen Föderation zu verkleinern. Israel versuchte 1989/90 Ressentiments abzubauen. Die Indoktrination einer einseitigen antizionistischen Propaganda sollte, so ist Primor zu verstehen, korrigiert werden, damit sich deren Stereotype nicht zu einer neuen antisemitischen Stimmung in Deutschland verfestigten[1201]. Zwei Erklärungen der Volkskammer befürwortete Israel entschieden und unterstützte ihre Absichten: Am 12. April 1990 entschuldigte sich das ostdeutsche Parlament für die jahrzehntelange, zum Teil antisemitische Propaganda des SED-Regimes gegenüber Israel und den Juden[1202]. Rund drei Monate später legten Mitglieder der Volkskammer einen Antrag vor, in dem sich das Parlament vom Votum der DDR in der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 1975 zugunsten der Resolution 3379, die den Zionismus mit rassistischer Verfolgung gleichsetzte und somit eine

[1199] Timm beruft sich dabei auf Ende 1989 u. Mitte 1990 erfolgte Zahlungen in Höhe von 3,65 Mio. u. 59 000 US-Dollar sowie 6,1 Mio. DM, vgl. dies., Claims, S. 163; dies., Verhandlungen, S. 37 f. Nach Darstellung Avi Primors, Botschafter, S. 143, trifft es nicht zu, dass Israel der DDR, wie von Timm behauptet, ein Papier, in dem es um eine ostdeutsche Leistung im Sinne des Luxemburger Abkommens ging, erst im Juli 1990 übergab; dies sei bereits im Dezember 1989 erfolgt. Für Timms Aussagen vgl. dies., Verhandlungen, S. 37 f.; dies., DDR-Israel, S. 54.

[1200] Vgl. Art. 2 der Vereinbarung zur Durchführung des Einigungsvertrages, in: BGBl., 1990, II, Nr. 35, Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland u. der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands, 28. 09. 1990, S. 1239. Faktisch wurde somit bestimmt, dass die seit Anfang der 1950er Jahre reklamierten Ansprüche des jüdischen Staates gegenüber der DDR in dieser Form als abgegolten betrachtet wurden. Die Bundesrepublik u. die Claims Conference verständigten sich bis Oktober 1992 auf die konkreten finanziellen Inhalte des sogenannten Artikel-2-Abkommes. Bis zum Jahr 2017 belief sich die Summe der auf den Artikel-2-Fonds zurückgehend ausgezahlten Mittel auf rd. 4,4 Mrd. US-Dollar, vgl. Claims Conference, Article 2 Fund, www.claimscon.org/what-we-do/compensation/background/article2/ (17. 04. 2017).

[1201] Vgl. Primor, Botschafter, S. 140 f.

[1202] Vgl. Antrag aller Fraktionen, 12. 04. 1990, in: Volkskammer der DDR, Stenographische Protokolle, Bd. 27, S. 23 f.

gegen den zionistischen Staat Israel gerichtete Politik als „Kampf" gegen den Faschismus und Rassismus rechtfertigte, distanzierte[1203].

Arafat bereitet die PLO auf die deutsche Einheit vor

Für die PLO/Fatah bedeutete das Ende der SED-Herrschaft in der DDR 1989/90 eine Chance und eine Gefahr zugleich. Nach Aussage Abdallah Frangis stand für Jassir Arafat seit Anfang der 1970er Jahre fest, dass die Teilung Deutschlands einem unnatürlichen Zustand entsprach und die Wiedervereinigung daher nur eine Frage der Zeit war; die Deutschen in Ost und West würden eines Tages, wie das palästinensische Volk auch, ihre Selbstbestimmung verwirklichen[1204]. Im Februar 1990 traf sich zum letzten Mal ein Funktionär der Palästinensischen Befreiungsorganisation offiziell mit einem Repräsentanten der DDR in Ost-Berlin zu einem Gespräch. Faruq al Qaddumi, der „Außenminister" der PLO, erklärte Ministerpräsident Hans Modrow: „Die Entwicklung in den osteuropäischen Ländern [spiegele] aus Sicht der PLO viele positive, aber auch negative Erscheinungen [wider]. Da die Lage im Nahen Osten mit den Prozessen Europas eng verbunden sei, werde den europäischen Problemen große Aufmerksamkeit gewidmet. […] Im Unterschied zu den USA sei die Haltung westeuropäischer Staaten zum Nahen Osten positiv zu bewerten. […] Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und Westeuropa in der Nahostfrage seien für die PLO ein nutzbares Element, um den Friedensprozess voranzubringen. […] Der Einigungsprozess Deutschlands könne dabei unterstützend wirken. Die BRD habe in der Vergangenheit nicht immer klare Positionen in der Nahostfrage bezogen. Die Entwicklung in anderen westeuropäischen Ländern habe jedoch auch zu einer gewissen Veränderung der BRD geführt."[1205] Es sei allerdings, so Qaddumi weiter, „eine entscheidende und bisher nicht zu beantwortende Frage, wie die Haltung [des] künftigen Deutschlands zur PLO und zu palästinensischen Friedensbemühungen im Nahen Osten aussehen" werde[1206].

Qaddumis Worte verdeutlichen, für wie wichtig Arafat das Gewicht westeuropäischer Regierungen Anfang des Jahres 1990 erachtete und dass er lange vor der tatsächlichen deutschen Einheit begann, die Palästinensische Befreiungsorganisation auf die Europäische Gemeinschaft auszurichten[1207]. Innerhalb der EG wiederum nahmen Frankreich und die Bundesrepublik eine maßgebliche Position ein.

[1203] Vgl. Drucksache 169, in: Volkskammer der DDR, Drucksachen, Bd. 35; Stenographisches Protokoll der 27. Tagung, 22. 07. 1990, in: Deutscher Bundestag, Protokolle der Volkskammer der DDR, Bd. 3, S. 1280–1283. Zu VN-Resolution 3379 vgl. UN A/RES/XXX/3379, Resolution, 10. 11. 1975; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 513; Timm, Davidstern, S. 251–256, 358; dies., Claims, S. 179; dies., Ideology, S. 199f.; dies., Schuld, S. 149.

[1204] So Abdallah Frangi im Gespräch am 03. 09. 2012.

[1205] So BArch, DC 20/4919, Vermerk, 22. 02. 1990, Bl. 3.

[1206] So ebd.

[1207] Arafat habe bereits im Oktober 1989, als er Ost-Berlin anlässlich der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR besuchte, zu ihrem ebenfalls als Gast anwesenden Mann, so Frau Koulailat am 05. 11. 2013, gesagt: „Das war's!", im Sinne von, die SED ist am Ende, die DDR wird es nicht mehr lange geben.

In der Bundesrepublik hatte die PLO im Oktober 1989 ihren bis dahin größten politischen Erfolg errungen, als ein Mitglied der Bundesregierung erstmals offiziell einen Funktionär Arafats empfing[1208]. Präsident Mitterrand hatte den Vorsitzenden des palästinensischen Exekutivkomitees im Mai 1989 in Paris zum ersten Mal persönlich getroffen, mehr als sieben Jahre hatte Jassir Arafat auf diesen Moment warten müssen; eine Begegnung, die aufgrund ihrer politischen Relevanz schon im März 1982 Honeckers besonderes Interesse gefunden hatte[1209]. In der Presse erschien jetzt aber nicht nur die Nachricht, dass Mitterrand Arafat getroffen, sondern dass Jassir Arafat in Frankreich Bemerkenswertes verkündet hatte: „Yasir Arafat, chairman of the Palestine Liberation Organization, registered a major advance today [03. 05. 1989] in his quest for international recognition and respectability when he was formally received by President Francois Mitterrand [sic!]. After being pressed by the French President to clarify his position on the P.L.O.'s 25-year-old charter, which calls for the destruction of Israel, Mr. Arafat told a French television interviewer tonight that the document was ‚null and void'. It was the strongest language he has used to date to distance himself from the charter."[1210] Griechenland, Spanien und Frankreich hatten bereits im Frühjahr 1989 Arafat mit gemeinsamen Initiativen deutlich gemacht, dass die EG politisch mehr für die Palästinenser leisten wollte[1211].

Die Entsendung Daud Barakats Anfang 1990 als dritten PLO-Repräsentanten nach Ost-Berlin war der Versuch Jassir Arafats, den einzig wirklich gewichtigen Vorteil, den die DDR der Palästinensischen Befreiungsorganisation bot, in das neue Gesamtdeutschland „hinüberzuretten"[1212]. Barakat galt als einer der versiertesten palästinensischen Kenner der europäischen Politik, hatte viele Jahre als Vertreter der PLO/Fatah in Moskau sowie bei den Vereinten Nationen in Genf und in Wien gearbeitet. Er war somit prädestiniert dafür, das politische Gewicht und die Vertrautheit, die Frangi seit 1968 in Bonn aufbauen konnte, mit der formalen Stellung und Funktion des alten Ost-Berliner Botschafteramts im vereinten Deutschland zu verbinden. Dass der Personalwechsel an der Spitze der PLO-Vertretung in der DDR im Frühjahr 1990 einen taktischen Hintergrund besaß, wird unter anderem auch daran deutlich, dass Barakat keine substanziellen Gespräche

[1208] Vgl. Weingardt, Nahostpolitik, S. 340; Jaeger, Quadratur, S. 218–220.

[1209] Zum Treffen vgl. Dumas, Fil, S. 313–316; Védrine, Mitterrand, S. 325f.; Rubin, Revolution, S. 112; Kapeliouk, Arafat, S. 275; Habib, Hussein, S. 60; Jean-Pierre Langellier: M. François Mitterrand demande à M. Yasser Arafat de reconsidérer la charte de l'OLP, in: Le Monde, 03. 05. 1989, S. 1, 3; James M. Markham: Arafat Makes Formel Visit to France, in: NYT, 02. 05. 1989, S. A3.

[1210] So James M. Markham: Arafat Makes Formel Visit to France, in: NYT, 02. 05. 1989, S. A3; Le président de l'OLP estime que la charte de l'Organisation est „caduque", in: Le Monde, 04. 05. 1989, S. 3; Kapeliouk, Arafat, S. 275f.; Habib, Hussein, S. 60; Védrine, Mitterrand, S. 325f.

[1211] Vgl. Dumas, Fil, 311–316; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 149f., 155.

[1212] So Heinz-Dieter Winter in: Robbe, DDR, S. 589. Vgl. auch Frangi, Solidarität, S. 94. Zur Akkreditierung Barakats vgl. Polkehn, DDR, S. 39; Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 11843, Schreiben des Botschafters des Staates Palästina in der DDR an das MfAA, 02. 10. 1990.

mehr mit der Regierung de Maizière führte, sondern alles auf den Übergang vorbereitete, der letztlich aber nicht die erhofften Ergebnisse zeitigte. Denn der Versuch misslang, zunächst den bisherigen Ost-Berliner PLO-Repräsentanten Kamal durch den erfahrenen gewichtigen Funktionär Barakat zu ersetzen, damit dieser anschließend das Amt des „Botschafters der Palästinensischen Befreiungsorganisation" im vereinigten Deutschland antreten konnte. Auch die letzte ostdeutsche Regierung verzichtete im Sommer 1990 trotz Mahnung von Diplomaten des MfAA darauf, in den laufenden Verhandlungen über die deutsche Einheit Partei für Jassir Arafat zu ergreifen[1213]. Das Ende der DDR war für die PLO/Fatah somit gleichbedeutend mit dem Verlust ihres diplomatischen Status. Die Bundesregierung behielt ihre Haltung gegenüber der Palästinensischen Befreiungsorganisation vorerst bei – trotz der begonnenen Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der PLO, den ersten verbalen palästinensischen Garantien zugunsten Israels und des ersten offiziellen Treffens eines Bonner Regierungsvertreters mit einem PLO-Funktionär[1214].

Mit dem Verschwinden der DDR und dem formalen Ende des Botschafterstatus erlitt Arafat letztlich aber keinen gravierenden politischen Schaden in Bezug auf seine Deutschlandpolitik. Denn die historisch-politische Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der PLO/Fatah unter Präsidentschaft Jassir Arafats war ab spätestens 1982 von der Absicht Erich Honeckers bestimmt, den Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO gegen seine innerpalästinensischen und syrischen Feinde nicht nachhaltig zu unterstützen[1215]. 1990 galt es für Arafat,

[1213] Vgl. Polkehn, DDR, S. 39; Robbe, DDR, S. 589. Vgl. auch Dok. 134, Kabinettsvorlage des Außenministers der DDR an Ministerpräsident de Maizière, 31. 07. 1990, in: Möller/Pautsch/Schöllgen/Wentker/Wirsching, Einheit, S. 637; Frangi, Solidarität, S. 94.

[1214] Vgl. Jaeger, Quadratur, S. 214–243; Frangi, Solidarität, S. 91–95; Robbe, DDR, S. 589. Vgl. auch die Aussagen des AA gegenüber Frangi im September 1990: Anmerkung 11 in Dok. 134, Kabinettsvorlage des Außenministers der DDR an Ministerpräsident de Maizière, 31. 07. 1990, in: Möller/Pautsch/Schöllgen/Wentker/Wirsching, Einheit, S. 637. Die Generaldirektion Palästinas in der Bundesrepublik wurde am 01. 01. 2012 zur „Palästinensischen Mission" erklärt u. der Leiter der Mission ist seither berechtigt, als Amtsbezeichnung den Titel „Botschafter" zu führen. Dies impliziert aber keine staatliche Anerkennung Palästinas u. auch das WÜK findet keine Anwendung; Vorrechte und Erleichterungen gehen mit diesem Schritt ebenfalls nicht einher, „können jedoch im Einzelfall nach Bedarf erteilt werden", so Antwort des AA, 20. 08. 2014. Vgl. auch BTg-Drs. 17/9679, S. 2f.; Jörg Lau: Der Botschafter, der keiner sein darf, in: Die Zeit, 23. 08. 2012, S. 6.

[1215] Meinings unkritisches, undifferenziertes u. die syrisch-palästinensischen Auseinandersetzungen zwischen 1975/76 u. 1990 vernachlässigendes Fazit lautet hingegen: „Der SED-Staat ließ die Genossen in der PLO nicht im Stich. Mit Opportunitätserwägungen hatte diese Solidarität nichts zu tun. Selbst als die DDR Ende der 80er Jahre in schlimmstes Fahrwasser geriet, hielt Honecker seinem Genossen Arafat die Treue. […] Zwischen Erich Honecker und Jasser Arafat entwickelte sich eine echte politische Freundschaft, die selbst die schlimmsten Krisen überstand. Dies belegen die Protokolle der Gespräche der beiden so ungleichen Führer, die komplett in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR in Berlin zur Einsicht vorliegen", so ders., Kommunistische Judenpolitik, S. 536. Bei Bengtson-Krallert, DDR, S. 146, heißt es: „Es ist kein Geheimnis, dass sich Arafat und Honecker besonders gut verstanden. Die gegenseitige Sympathie beeinflusste ohne Zweifel so manche politische Entscheidung im ostdeutschen Außenministerium und im SED-Apparat."

keine maßgebliche ostdeutsche Fürsprache zu konservieren. Auch in materieller Hinsicht hatte das SED-Regime vor 1989 keine signifikante Bedeutung für Arafat besessen. Die PLO/Fatah war von Ost-Berlin im Vergleich zu anderen Befreiungsorganisationen auch nicht mit deutlich höheren Summen gefördert worden. Während Honecker Arafat zwischen 1973 und 1990 Leistungen im Gegenwert von circa 55 Millionen Mark bereitstellte, ließ er die SWAPO seit Anfang der 1970er Jahre bis zum Fall der Mauer mit Solidaritätshilfen im Umfang von etwa 80 Millionen Mark unterstützen[1216]. Außerdem konnten die SWAPO und der ANC in den 1980er Jahren jeweils etwa doppelt so viele Studenten in die DDR delegieren wie Arafat respektive die PLO/Fatah[1217]. Die Bundesrepublik hatte bis 1990 mehr

[1216] Zwischen 1968 u. 1989 studierten etwa 400 von Arafat delegierte Palästinenser, zumeist Mitglieder der Fatah, in der DDR. Die Zahl der palästinensischen Studenten, die anderen Gruppen, etwa der PFLP o. der DFLP, angehörten, belief sich mindestens auf das Doppelte, auch wenn Ost-Berlin keine gesonderte Statistik hierüber führte u. diese Personen den Studentenkontigenten anderer arabischer Staaten gehörten. Unabhängig von den Statistiken des Herder-Instituts u. den Übersichten des MfHF bestätigen auch die Angaben der Studentenkarteien der TU Dresden, der Universität Leipzig u. der TU Bergakademie Freiberg, dass bis 1989/90 etwa 400 von der PLO/Fatah delegierte Palästinenser in der DDR studierten. Im Hinblick auf die medizinische Versorgung palästinensischer Kämpfer seitens des SED-Staates konnten keine statistischen Angaben ermittelt werden, die Aussagen über den Umfang der diesbezüglichen Leistungen erlauben. Anhand von Vergleichszahlen für die Jahre von 1987 bis 1990 wird jedoch deutlich, dass die DDR ihre der PLO/Fatah zugesagten Hilfen nur bedingt erfüllte u. in diesen drei Jahren nicht 150, sondern lediglich 75 Personen behandelte. Auch bei der Verwundetenversorgung ist zu beachten, dass das SED-Regime spätestens seit Anfang der 1980er Jahre gezielt Fatah-oppositionelle Kräfte separat unterstützte u. medizinisch betreute, ohne dass hierüber bisher Statistiken gefunden werden konnten. Gemäß den vereinbarten Richtlinien zur Ferienbetreuung palästinensischer Kinder u. zum Teil nachprüfbarer Aufenthalte konnten zwischen 1973 u. 1979 rd. 300 Kinder dieses Angebot in Anspruch nehmen, wobei Unterschiede zwischen von der Fatah o. der DFLP, PFLP u. PKP delegierten Kindern gemacht wurden. Im Abkommen 1980/81 fehlte eine festgelegte Anzahl an Ferienplätzen für palästinensische Kinder; nach 1982 war diese Form der Solidarität kein Gegenstand bilateraler Verträge, vgl. BArch, DC 20/5331, Hilfeleistungen der DDR, o. D., ca. Juli 1988, Bl. 137; BArch, DZ 8/602, Bericht, 17. 01. 1984; SAPMO-BArch, DY 6/Vorl., 6066c, Statistik über die antiimperialistische Solidarität, Ergebnis 1984, o. D.; BArch, DZ 8/177, Bericht, 28. 10. 1971; BArch, DR 3/2. Schicht, 4064, Statistik über Neuzulassungen im Studienjahr 1990/91, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4064, Schreiben des MfAA an das MfHF, 04. 07. 1989; BArch, DR 3/2. Schicht, 4016, Übersichten in Teilen 1 u. 2; BArch, DR 3/2. Schicht, 4017, Übersichten in Teilen 1 bis 3; BArch, DR 3/2. Schicht, 4018, Teil 1, Schreiben des MfHF an die Botschaft Tunis, 17. 02. 1988; BArch, DZ 8/177, Bericht, 28. 10. 1971; UAL, Studentenkartei; TUD-Archiv, Studentenkartei; UAF, 9779/25, Statistiken; UAF, Matrikelverzeichnis: Ausländer ab 1945; BArch, DQ 1/12498, Statistik, o. D., ca. Juli 1989.

[1217] Berücksichtigt man neben den der PLO/Fatah angebotenen Studienplätzen auch die, die Ost-Berlin separat der DFLP, der PFLP sowie der PKP zur Verfügung stellte, u. fasst diese Unterstützung u. die zugunsten der PLO/Fatah unter dem Oberbegriff „Palästina/PLO“ zusammen, so ist dieses gleichsam palästinensische Kontingent in etwa gleich groß mit dem des ANC u. der SWAPO, vgl. BArch, DZ 8/552, Einschätzung über Solidaritätsleistungen gegenüber SWAPO-Namibia, 23. 01. 1984; BArch, DZ 8/552, Übersicht der Solidaritätsmaßnahmen der DDR für das namibische Volk, o. D., ca. Februar 1989; BArch, DR 3/2. Schicht, 4070, Statistik über Hilfsleistungen der DDR

als 300 Millionen DM an die UNRWA gezahlt und Tausende von palästinensischen Studenten ausgebildet[1218].

Neue Herausforderungen für Arafat

Im September 1990 stand Jassir Arafat vor neuen Herausforderungen. Der irakische Überfall auf Kuwait Anfang August 1990 führte zu einer innerarabischen Isolation der PLO und dem Verlust maßgeblicher finanzieller Hilfen, nachdem Arafat den Einmarsch in Kuwait nicht demonstrativ verurteilt und sich nicht auf die Seite Saudi-Arabiens und der Golfemirate gestellt hatte[1219]. Mit seinem Bekenntnis zu Präsident Saddam Hussain versuchte Arafat unter anderem, den gewachsenen islamistischen Einfluss der Hamas zu stoppen, indem die säkulare PLO die drohende US-Invasion eines arabischen Landes entschieden verurteilte[1220]. Arafat konnte dadurch im Hinblick auf die Konkurrenz mit Hamas Boden gutmachen, obwohl sich die Hamas – trotz der Ende 1989 von israelischen Sicherheitskräften erfolgten Festnahme von mehr als 300 ihrer Mitglieder und der zentralen Führungspersonen – weiter konsolidierte, nicht zuletzt auch mithilfe der finanziellen Unterstützung seitens der sunnitischen Golfemirate, die Arafats Gelder zurückhielten[1221]. Unklar blieben für die PLO/Fatah Ende 1990 auch die Folgen der verlorenen saudischen Protektion und des einsetzenden Stroms der aus der Golf-

für Entwicklungsländer, Berechnungsjahr 1989, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4013, Notizen Moçambique 1988/89, o. D.; BArch, DR 3/2. Schicht, 4013, Statistik über die Volksrepublik Moçambique, Studienjahr 1989/90, o. D.; Statistiken über Hilfsleistungen für Studierende aus Entwicklungsländern, Studienjahre 1982–1989, in: BArch, DR 3/2. Schicht, 4070a u. BArch, DR 3/2. Schicht, 4070; BArch, DR 3/2. Schicht, 4070, Konzeption, o. D., ca. Oktober 1989.

1218 Auch wenn statistische Erfassungen von palästinensischen Studenten in der Bundesrepublik fehlen, kann davon ausgegangen werden, dass die DDR signifikant weniger Personen ausgebildet hat, allein deshalb, weil die Bundesrepublik viel mehr arabische Staatsbürger als Studenten aufnahm als die DDR, insb. auch aus Ländern wie Ägypten, Saudi-Arabien u. den Vereinigten Arabischen Emiraten. Insofern suggeriert auch die u. a. von Abdallah Frangi dem SED-Regime zugeschriebene besondere Rolle in Bezug auf die akademische Ausbildung von Palästinensern zwei falsche Annahmen: Ost-Berlin förderte mit seinen vergebenen Kontingentplätzen nicht die PLO/Fatah, sondern bedachte gezielt die innerpalästinensische Arafat-Opposition; abgesehen davon bildete die DDR grundsätzlich viel weniger Palästinenser als die Bundesrepublik aus, vgl. Frangi, Solidarität, S. 93; Statistisches Bundesamt, Ausländische Studenten nach Herkunftsland u. Fächergruppe 1. Studienfach, in: Statistisches Bundesamt, H201, VIIC-5.11, 1980–1990; Landesamt für Datenverarbeitung u. Statistik NRW, Statistische Berichte über Studenten an den Hochschulen in NRW, Jahre 1973–1990. Für die westdeutschen UNRWA-Leistungen vgl. die OECD-Angaben, http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TABLE2A (24. 07. 2012); Defrates, UNRWA, S. 125.

1219 Vgl. Rubin, Revolution, S. 122f., 134–136; Kapeliouk, Arafat, S. 289–293; Weingardt, Nahostpolitik, S. 341–343; Sayigh, Struggle, S. 641f.

1220 Vgl. Rubin, Revolution, S. 135; Weingardt, Nahostpolitik, S. 340–343; Smith, Conflict, S. 416f.

1221 Vgl. ebd.; Milton-Edwards/Farrell, Hamas, S. 61f.; Bröning, Parties, S. 18; Sayigh, Struggle, S. 650–652; Weingardt, Nahostpolitik, S. 343; Croitoru, Hamas, S. 101–121; Rekhess, West Bank, S. 100f.

region ausgewiesenen palästinensischen Arbeiter[1222]. Außerdem suspendierten die USA im Juni 1990, nach terroristischen Angriffen der Fatah in Israel, den Dialog mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation[1223]. Für Jassir Arafat mussten die politischen Beziehungen mit Westeuropa und der EG, deren Einfluss und Initiative nach dem Libanonkrieg 1982 deutlich zurückgegangen war, vor dem Hintergrund dieser Gemengelage an Bedeutung gewinnen[1224].

Auch wenn die UdSSR 1990 noch existierte und Michail Gorbatschow KPdSU-Generalsekretär war, stand fest, dass Jassir Arafat die alte sozialistisch-kommunistische Herrschaft Moskaus als Gegengewicht zu seiner Westpolitik verloren hatte. Die politischen Veränderungen im sowjetischen Machtbereich stellten für Arafat eine Zäsur dar – obwohl der Verlust der DDR von geringer Bedeutung für die PLO/Fatah war. Denn die Balance geriet in Arafats altem Konzept seiner internationalen Beziehungen aus dem Gleichgewicht; vor allem war die von ihm im Westen genutzte Furcht vor einer sowjetisch dominierten PLO nun politisch viel weniger wert. Bei aller zum Teil kategorischen Ablehnung der Westpolitik der Fatah in den 1980er Jahren hatte der Kreml außerdem wesentlich dazu beigetragen, Arafat vor der versuchten syrischen Übernahme der PLO zu bewahren, da Moskau verhindern wollte, dass Assad zu viel Macht in der Palästinafrage besaß[1225]. Wie würde die Konfrontation mit Syrien nun weiterverlaufen? Als eines der größten Probleme, das mit dem Wandel im sowjetisch-sozialistischen Europa 1989/90 einherging, betrachtete die Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation allerdings, dass nun vermehrt Menschen jüdischen Glaubens aus den ehemaligen sozialistischen Staaten und der Sowjetunion nach Israel, vor allem aber auch in die seit Juni 1967 besetzten Gebiete, emigrierten. Die Einwanderung von mindestens einer Million Personen, die die israelische Regierung prognostizierte, begünstigte die Siedlungspolitik Jerusalems und verhinderte politische Lösungen; der in Reaktion darauf wachsende palästinensische Widerstand konnte den islamistischen Herausforderern Arafats Zulauf verschaffen. Und das während der andauernden Intifada[1226].

Dabei befand sich die Palästinensische Befreiungsorganisation bereits in einer Phase des inneren Umbruchs, nachdem die einzig wirklich bedeutende politische (prosozialistische marxistisch-leninistische) Opposition zur Fatah, die DFLP und

[1222] Vgl. Kapeliouk, Arafat, S. 291; Rubin/Rubin, Arafat, S. 101; Sayigh, Struggle, S. 642.
[1223] Vgl. Rubin, Revolution, S. 121, xi; Kurz, Fatah, S. 126.
[1224] Vgl. ebd., S. 125f. Einer der Indikatoren des mangelnden EG-Engagements im Nahen Osten ab 1982/83 war u. a. der Fortgang des EAD, der zwar offiziell nie beendet wurde, aber auch zu keinen Ergebnissen mehr führte, vgl. Allen/Hauri, Dialogue, S. 95–106; Greilsammer/Weiler, Dilemma, S. 97f.; Miller, PLO Factor, S. 142–148.
[1225] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 690; Dannreuther, Soviet Union, S. 179f.; Golan, Moscow, S. 124–126; Primakov, Russia and the Arabs, S. 240–245.
[1226] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 639; Dannreuther, Soviet Union, S. 170f.; Kapeliouk, Arafat, S. 283; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 154. Faruq al Qaddumi erklärte Hans Modrow 1990: „Die israelische Position werde noch zusätzlich durch die Auswanderungswelle sowjetischer Juden und deren Ansiedlung in den besetzten Gebieten gestärkt. In Gesprächen der PLO-Führung mit der UdSSR sei zu dieser Frage Übereinstimmung erzielt worden, dass Lösungen gefunden werden müssten, dies zu verhindern", so BArch, DC 20/4919, Vermerk, 22. 02. 1990, Bl. 3.

die PFLP, mit dem Scheitern des kommunistischen Modells in Mittel- und Osteuropa nahezu irrelevant geworden war[1227]. Die Fatah konnte von ihrer neuen Stärke aber nur dann profitieren, wenn vor allem die jungen Palästinenser sich nun nicht anderen politischen Gruppen anschlossen, weil ihnen deren Konzepte attraktiver erschienen und sie sich nicht von der PLO/Fatah respektive Jassir Arafat repräsentiert fühlten. Denn dann erodierte das Fundament der Macht Arafats: die Verehrung seiner Person, die ihm die Mehrheit der Palästinenser entgegenbrachte. Arafat sorgte nicht, dass eine Konkurrentin neben der Palästinensischen Befreiungsorganisation entstehen konnte, sondern dass sie bei den Palästinensern mehr Zustimmung und Unterstützung finden werde als seine PLO/Fatah. Ihn ängstigte niemals ein Widersacher oder ein Nebenbuhler an sich. Er hatte vielmehr Angst, in der Auseinandersetzung mit ihnen Fehler zu begehen, abgehängt zu werden, zu unterliegen und bedeutungslos zu enden, deshalb scheute er niemals den Machtkampf und führte ihn mit hohem Risiko und allen Mitteln[1228]. Weder durch innere Spaltung noch durch externe – gleichgültig ob säkulare oder islamistische – Konkurrenz durften das innerpalästinensische Ansehen und die Autorität Jassir Arafats unterminiert werden. Die von der PLO-Führung erkannte demografische Gefahr stellte 1990 insofern eine potenziell gravierende politische Bedrohung für Arafat dar[1229].

[1227] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 645–650; ders., Palestinians, S. 154.
[1228] Vgl. Rubin/Rubin, Arafat, S. 44–118; Frangi, Gesandte, S. 79 f., 254; Rubinstein, Arafat, S. 95–110, 128–145, 272; Kimhi/Even/Post, Arafat.
[1229] Vgl. Sayigh, Struggle, S. 643–653.

Schlussbetrachtung

Weder 1964, als die PLO gegründet wurde, noch 1965, als sich Walter Ulbricht erstmals zum Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes bekannte, arbeitete das MfAA ein Konzept zur Palästinapolitik aus. Auch 1958 wurde darauf verzichtet, als das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bindend für die gesamte Außen- und Nahostpolitik der DDR festhielt, die Palästinafrage sei eine „innere Angelegenheit" der arabischen Staaten und deren Instrumentalisierung wäre, trotz naheliegender antiisraelischer Vorteile, mittelfristig nicht im Interesse Ost-Berlins; denn die arabische Uneinigkeit in dieser Frage berge zu großes Konfliktpotenzial, das wiederum politische Vorteile zunichte mache[1]. Zwar trat der SED-Staat in den 1960er Jahren propagandistisch klar propalästinensisch auf, wollte sich aber politisch nicht konkret festlegen. Diese Zurückhaltung, die auch in den ersten Jahren nach Gründung der PLO 1964 das Handeln der DDR bestimmte, war weniger der Angst vor einer Diskreditierung aufgrund des extremistischen und terroristischen palästinensischen und arabischen Vorgehens gegen Israel geschuldet als vielmehr der Überzeugung, dass es keinen Gewinn versprach, für die PLO einzustehen. Diese neue Befreiungsorganisation war politisch noch schwach und ihre Position innerarabisch umstritten. Keine der damaligen arabischen Regierungen erkannte das palästinensische Volk an. Daher war es auch nicht wie erhofft ein Bonus, der die Stellung des ostdeutschen Teilstaates im Nahen Osten aufwertete, als Walter Ulbricht im März 1965 – ohne Konsultation mit Moskau oder den außenpolitischen Verantwortlichen in Ost-Berlin – während seines Besuches in Ägypten für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eintrat.

Die DDR formulierte ihre PLO- und Palästinapolitik anfangs aber nicht nur zurückhaltend, sondern auch uneindeutig und sich in wesentlichen Punkten selbst widersprechend. So erklärte der SED-Staat in den 1950er und 1960er Jahren, er sei für eine Lösung des Nahostkonfliktes gemäß den Resolutionen der VN. Mit dieser Formel rechtfertigte die ostdeutsche Regierung sowohl die von ihr 1965 ausgesprochene Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes als auch die bis 1968 gestiegenen materiellen Leistungen zugunsten der Palästinenser und der PLO, die allerdings indirekt über die Liga der arabischen Staaten und nicht von der DDR oder der SED, sondern sogenannten gesellschaftlichen Organisationen wie dem Afro-Asiatischen Solidaritätskomitee bereitgestellt wurden. Auch im September 1964 betonte Walter Ulbricht in der ersten offiziellen Stellungnahme der DDR zum Palästinaproblem, die Grundlagen einer Regelung des Nahostkonfliktes seien ausschließlich die Beschlüsse der Vereinten Nationen. Ulbrichts Aussagen, die er seinerzeit in einem Telegramm traf, das er an eine arabische Gipfelkonferenz adressierte – an der auch erstmals die PLO teilnahm –, brüskierten die arabischen Regierungen und die Palästinensische Befreiungsorganisation gleichermaßen. Denn die seit 1947 gefassten Beschlüsse der VN in der Palästinafrage wurden von der arabisch-palästinensischen

[1] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 12.740, Bericht, 03. 07. 1958, Bl. 15f.

DOI 10.1515/9783110550108-013

Seite abgelehnt. Außerdem erkannten die Vereinten Nationen selbst faktisch bis 1974 weder das palästinensische Selbstbestimmungsrecht noch die PLO oder einen politischen Status der Palästinenser an, der über den von Flüchtlingen hinausging.

In diesem Sinne war es absurd, die eigene Politik in einer so sensiblen Frage der internationalen Beziehungen auf einen angeblichen Konsens der VN stützen zu wollen, weil die Prinzipien, auf die sich die DDR berief, noch nicht Eingang in die Vereinten Nationen gefunden hatten. Deren Resolutionen forderten in den 1950er und 1960er Jahren einen arabischen Teilstaat an der Seite Israels, dessen Territorium – und dies war auch der DDR bewusst – bis Juni 1967 überwiegend ägyptische, jordanische und irakische Streitkräfte besetzt hielten. Ein Beharren auf einer Lösung gemäß den VN-Resolutionen bedeutete vor dem Sommer 1967 immer, einen Rückzug der arabischen Länder aus dem arabischen Teilstaat zu verlangen, die Palästinenser nicht als einen politischen Akteur dieses Konfliktes zu betrachten und ihnen weder das Recht auf Selbstbestimmung zuzubilligen noch eine nationale palästinensische Befreiungsorganisation zu fordern. Als dann die Vereinten Nationen von der Selbstbestimmung der Palästinenser sprachen, erkannten dieses Recht auch Länder wie Frankreich und die Bundesrepublik an.

Das erste strategische ostdeutsche Palästinakonzept wurde im April 1970 vom Politbüro der SED verabschiedet. Der Titel dieses Grundlagendokumentes lautete: „Maßnahmenplan für die Entwicklung der Beziehungen der DDR zur Palästinensischen Widerstandsbewegung“[2]. Mit der Übernahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation durch die Fatah 1968 und der Wahl Jassir Arafats zum dritten Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO 1969 sah sich Ulbricht veranlasst, eine aktivere Politik zu betreiben. Der Maßnahmenplan entstand jedoch nicht, weil die SED von nun an aus Überzeugung der von Arafat geführten Palästinensischen Befreiungsorganisation Unterstützung gewähren wollte. Quellen und Dokumente des MfAA zeigen, dass die Fatah seitens der ostdeutschen Diplomaten sowohl in Ost-Berlin als auch in den Auslandsvertretungen in Kairo und in Damaskus, nachdem sie 1967/68 als potenziell neue Führungskraft der PLO in Erscheinung getreten war, als einzige Gruppe der palästinensischen Widerstandsbewegung als „bourgeois“, „reaktionär“ und islamisch geprägt charakterisiert wurde. Sie galt aus Sicht der DDR als gefährlich für die „progressive“ politische Entwicklung der PLO und die „demokratisch-fortschrittliche“ Lösung der Palästinafrage. Die Fatah besaß Kontakte nach Saudi-Arabien sowie zu weiteren Golfmonarchien, wurde angeblich von bekennenden Antikommunisten geführt und bestand aus Mitgliedern sowie ehemaligen Mitgliedern der Muslimbruderschaft. Keine dieser Erkenntnisse zum Hintergrund der Fatah, auf deren Basis Ost-Berlin seine Schlussfolgerungen zog, war falsch. So überrascht es weder, dass die SED die Übernahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation durch die Fatah und die Wahl Arafats zum neuen Vorsitzenden des Exekutivkomitees skeptisch bewertete, noch dass sie im April 1970 mit dem beschlossenen Strategiepapier keine

[2] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1281, Anlage 10 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 28. 04. 1970, Bl. 160–162.

Wege aufzeigte, die Fatah-„Regierung" der PLO unter der Präsidentschaft Arafats zu festigen.

Das Politbüro beschrieb bereits 1970 im Maßnahmenplan zwei Absichten, die die SED in der PLO- und Palästinapolitik bis 1989 niemals aufgab: die Schwächung des Einflusses der Fatah in der PLO und die Ablösung ihrer Dominanz im Exekutivkomitee zugunsten einer breiten, politisch linken Koalition palästinensischer Kräfte, die klar antiwestlich und prosozialistisch votierte. Denn eine Lösung der Palästinafrage unter östlichen Vorzeichen, also das Verhindern amerikanischer und westlicher Erfolge, war letztlich immer das übergeordnete Interesse aller Entscheidungen der SED. Ganz bewusst war das erste Grundlagendokument nicht mit „Maßnahmenplan für die Entwicklung der Beziehungen der DDR zur Palästinensischen *Befreiungsorganisation*", sondern mit „Maßnahmenplan für die Entwicklung der Beziehungen der DDR zur Palästinensischen *Widerstandsbewegung*" überschrieben. Das Politbüro der SED erklärte es ab April 1970 zur Aufgabe, die „antiimperialistischen" Kräfte der gesamten palästinensischen Widerstandsbewegung planmäßig zu festigen und die „Bemühungen" der Bundesrepublik um die Palästinenser zu konterkarieren[3].

Beide von der Ost-Berliner Parteiführung definierten Interessen bezogen sich auf die Fatah und verlangten, deren Vormachtstellung anzugreifen. Denn mit Arafats Fatah hatte 1968/69 diejenige Gruppe der Palästinenser die PLO übernommen, die im Sinne der SED den „reaktionären" Kräften die besten Einflussmöglichkeiten auf die Palästinensische Befreiungsorganisation bot. Die „fortschrittlichen" Teile der palästinensischen Widerstandsbewegung, wie die DFLP, die PFLP, die Saiqa, die Ansar oder die palästinensischen Kommunisten, waren im Vergleich zur Fatah weit weniger einflussreich. Hinzu kam, dass mit der Fatah an der Spitze der PLO die Chancen Bonns, sich durch humanitäre Gesten erfolgreich um die Palästinenser bemühen zu können, wesentlich gestiegen waren. Wie man in der DDR aufmerksam registrierte, war es ausschließlich die Fatah, die seit 1968 Büros in westeuropäischen Hauptstädten eröffnete, unter anderem in Bonn. Und viele wichtige Funktionäre der Fatah, die nun Ämter in der PLO bekleideten, hatten seit den 1950er Jahren in Westeuropa, vor allem in der Bundesrepublik, studiert. Sie waren mit den dortigen Verhältnissen vertraut und besaßen politische wie gesellschaftliche Kontakte. Wollte man westdeutschen Bemühungen um die Palästinenser entgegentreten, war also nicht nur die bundesdeutsche Hilfe finanziell zu kontern, sondern es mussten auch diejenigen Kräfte der palästinensischen Widerstandsbewegung eliminiert werden, die eine westlich-kapitalistische Einflussnahme zuließen. Nicht die DFLP, die PFLP, die Saiqa oder die Ansar unterhielten aber im Namen der PLO Büros in Westeuropa und der Bundesrepublik, sondern die Fatah.

Die politische Aversion gegen die Fatah, die Ulbricht und das SED-Regime von Beginn an empfanden, sowie die von Arafat 1968 nur mit der Bundesrepublik und nicht mit der DDR gesuchte Verbindungsaufnahme zwangen die SED im April 1970, Maßnahmen zu ergreifen. Planmäßig sollten Mittel eingesetzt werden,

[3] Vgl. ebd.

um den erstrebten Zweck zu erreichen: die „antiimperialistische" Festigung der gesamten palästinensischen Widerstandsbewegung und das Verhindern westdeutscher Erfolge in der Palästinafrage. Konkret bedeutete dies, dass alle palästinensischen Gruppen außer der Fatah gestärkt wurden. Ulbricht unterstützte die Saiqa, die Ansar, die DFLP und die PFLP, nicht aber die Fatah oder die von ihr dominierte PLO; er kooperierte auch nicht mit dem von Arafat 1970 nach Ost-Berlin delegierten Gesandten, sondern ließ diesen rigide zurechtweisen, kontrollieren und lediglich als „Journalisten" arbeiten.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, dass die PLO- und Palästinapolitik der DDR seit dem Maßnahmenplan der SED Anti-Fatah-Politik war und sich die Beziehungen zwischen Ost-Berlin und der unter Kontrolle der Fatah stehenden Palästinensischen Befreiungsorganisation fortan in Phasen unterschiedlich starker Opposition der DDR gegen die Führungsrolle der Fatah entwickelten. Dabei blieb das Ziel ostdeutscher Politik stets dasselbe. Es galt, die Alleinherrschaft der Fatah innerhalb der PLO zu beenden. Das Dilemma lag allerdings seit Beginn der 1970er Jahre in der Person Jassir Arafats, der die PLO und die Fatah zugleich kontrollierte und den auch die DDR seit spätestens 1972/73 zur charismatischen Führungsfigur des Befreiungskampfes der Palästinenser stilisierte.

Weder der Wechsel von Ulbricht zu Honecker noch eigene Pläne der DDR waren bis 1973 dafür verantwortlich, dass sich die SED, trotz Fatah-Dominanz der PLO, stärker auf die Palästinensische Befreiungsorganisation als auf separate Kontakte mit Gruppen der palästinensischen Widerstandsbewegung fokussierte. Vielmehr folgte die DDR Moskauer Vorgaben und den sowjetischen Interessen. Nicht nur Arafats erster Besuch in Ost-Berlin im November 1971 kam auf Weisung des Kreml zustande, sondern auch dessen Einladung zu den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten im Sommer 1973. Außer dem SED-Regime hatte zur damaligen Zeit vor allem Bulgarien enge Beziehungen mit Arafats PLO hergestellt. Dass nicht in Sofia, sondern in der „Hauptstadt der DDR" das erste Abkommen zwischen einer kommunistischen Partei im sowjetischen Machtbereich und der PLO geschlossen wurde, ging – so die Ergebnisse dieser Arbeit – auf die Weltfestspiele zurück, die 1973 in der DDR stattfanden. Keine Quelle weist darauf hin, dass Honecker diesen Schritt initiierte, dass die SED aktiv eine Teilnahme der palästinensischen Delegation an den Weltfestspielen vorbereitete oder das Abkommen beziehungsweise die später zugelassene Eröffnung des PLO-Büros plante. Der angebliche terroristische Hintergrund der Einladung Arafats zu den Weltfestspielen lässt sich ebenfalls nicht aus den Akten belegen. Der These, dass im Sommer 1973 in Ost-Berlin ein terroristischer Überfall bevorstand, wie Mitglieder der Fatah ihn während der Olympischen Sommerspiele 1972 in München verübten, widerspricht aber nicht allein die Quellenlage, sondern auch die Tatsache, dass die Palästinenser, anders als in München, an den Weltfestspielen teilnahmen.

Die SED beugte sich mithin keiner Erpressung der PLO/Fatah, als sie sich 1973 bereit erklärte, offizielle Beziehungen mit Arafat einzugehen. Sie lud die Palästinensische Befreiungsorganisation vielmehr ein, weil die sowjetische Nahostpolitik engere Kontakte verlangte und das Jugend- und Studentenfestival den idealen Rahmen für einen solchen Schritt bot. Das Interesse des Kreml an festen politi-

schen Beziehungen mit der PLO und Arafat, die stellvertretend geführt werden sollten, war vor allem durch die Kämpfe im Libanon im Frühjahr 1973 gegen die Palästinenser und die PLO gestiegen. Moskau befürchtete eine dauerhafte Schwächung der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die sich noch dramatischer als nach den Auseinandersetzungen in Jordanien Ende 1970 auswirken konnte. Nachdem der bis dahin wichtigste arabische Partner, Ägypten, im Sommer 1972 das Bündnis mit der KPdSU praktisch aufgekündigt hatte, musste die Sowjetunion ihren Einfluss auf den Nahostkonflikt stärken und konzentrierte sich deshalb auch auf die PLO.

Die SED-Vereinbarung mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation revidierte die vom Politbüro im April 1970 verabschiedeten politischen Grundsätze des Maßnahmenplans. Erstmals erkannte Ost-Berlin im August 1973 die PLO respektive den Anspruch der Palästinensischen Befreiungsorganisation, die Befreiungsbewegung der Palästinenser zu führen, parteioffiziell an. Die SED beschränkte sich von nun an zugleich darauf, Arafats Befreiungsorganisation und nicht einzelne Gruppen der palästinensischen Widerstandsbewegung materiell zu unterstützen – obwohl die Fatah nach wie vor das Exekutivkomitee der PLO beherrschte. Nach dem Sommer 1973 begann die Phase der ostdeutschen Politik, in der sich die DDR am loyalsten zur Fatah verhielt. Auch wenn die DFLP und die PFLP sofort nach Abschluss der Parteivereinbarung mit der PLO reklamierten, sie müssten getrennt unterstützt werden, weil die Gremien der Palästinensischen Befreiungsorganisation durch die Fatah kontrolliert würden und folglich diese Gruppe die eingehenden ostdeutschen Mittel verteile und die Zusammensetzung der ins Ausland delegierten Studentenkontingente der Palästinenser festlege, ging Honecker auf derartige Forderungen nicht ein.

Gleichwohl enthielt die Parteivereinbarung eine Besonderheit. Denn anders als im Falle der PAIGC oder des ANC wurde sie nicht zwischen dem *Zentralkomitee* der SED und dem *Exekutivkomitee* der PLO geschlossen, sondern zwischen *der* SED und *der* PLO. Damit war es rein formal möglich, alle Gruppen *der* PLO – auch die, die nicht Teil des Exekutivkomitees waren – zu unterstützen. Zunächst machte die DDR davon aber nur insofern Gebrauch, als man außer Delegationen *der* PLO (in denen immer mehrheitlich Angehörige der Fatah vertreten waren) auch einzelne Abordnungen der DFLP und der PFLP regelmäßig zu politischen Gesprächen in Ost-Berlin empfing – ohne aber separate, materielle Solidarität zu leisten und in innerpalästinensische Rivalitäten gegen die Fatah-Führung einzugreifen.

Dennoch: Die SED-Vereinbarung mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation von 1973 war kein Bekenntnis zu den bestehenden von der Fatah dominierten Machtverhältnissen, sondern ließ Hintertüren offen, eben weil man sich nicht einseitig auf die Fatah festlegen wollte. So wurde durch Honecker unter anderem auch der Status des ersten, von der Fatah geführten PLO-Büros in einem sowjetisch-sozialistischen Land streng reglementiert. Weder die SED noch die DDR erkannten diese Repräsentanz Arafats in den Jahren nach 1973 an; sie war stattdessen beim Nationalrat der Nationalen Front, einer ostdeutschen „gesellschaftlichen Organisation", akkreditiert, also gleichsam durch privates Engagement tätig und ähnlich einem Verein registriert. Entgegen dem von der DDR her-

vorgerufenen Eindruck war diese Vertretung bis 1978 faktisch in ihrem Status nicht von der in Bonn 1975 eröffneten „Informationsstelle Palästina e. V." der PLO/Fatah zu unterscheiden. Zwischen den palästinensischen Büros in Ost-Berlin und in Bonn – die jeweils von der Fatah geführt wurden – bestand zudem ein reger und enger Kontakt. Der seit 1973 amtierende Gesandte Arafats in der DDR hatte seit den 1950er Jahren in Österreich und der Bundesrepublik gelebt und studiert. Er kannte den Statthalter der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Bonn nicht nur, sondern war mit ihm eng befreundet.

Ein Paradigmenwechsel der seit August 1973 gültigen PLO-Politik der SED fand im Juli 1980 statt. Als Ergebnis eines seit Jahren andauernden Entfremdungsprozesses, in dem aufseiten der DDR Enttäuschungen den Stolz auf eine vertiefte, vertrauensvolle Kooperation zwischen Jassir Arafat und dem SED-Regime überwogen, reagierte die ostdeutsche Parteiführung auf die politischen Durchbrüche Arafats respektive der Fatah im Westen in den Jahren 1979/80 verbittert. Ost-Berlin begann nun eine neue Phase der PLO-Politik, indem die SED im Juli 1980 offiziell Parteibeziehungen mit der DFLP, der PFLP, der Saiqa und den palästinensischen Kommunisten aufnahm. Fortan wurden diese „progressiven" Gruppierungen nicht nur verstärkt politisch gefördert, sondern eigenständig materiell unterstützt, mit dem Ziel, ihre Bedeutung innerhalb der PLO deutlich aufzuwerten. Trotz bestehender Abkommen mit der PLO intervenierte Honecker jetzt separat zugunsten der Anti-Fatah-Kräfte.

Charakteristisch für diesen neuen Abschnitt des Widerstandes der DDR gegen die Fatah war, dass Erich Honecker die Konfrontation mit Jassir Arafat nicht mehr scheute – auch wenn er ihn nach wie vor als den unumstrittenen „antiimperialistischen" Kämpfer für das palästinensische Volk darstellte. Denn ungeachtet dieser propagandistischen Verklärung fühlte sich das SED-Regime immer mehr dem Ziel verpflichtet, die Machtverteilung innerhalb des PLO-Exekutivkomitees neu zu regeln und die Fatah-Herrschaft zu beenden. Auch wenn Arafat weiterhin als Vorsitzender des Exekutivkomitees amtierte, bot nur eine neu zusammengesetzte, „demokratische" Führung der PLO hinreichenden Schutz vor einer weiteren Annäherung der Palästinensischen Befreiungsorganisation an den Westen. Arafat musste dies aus Sicht Honeckers berücksichtigten und den „fortschrittlichen" Gruppen der Palästinenser mehr Macht zugestehen. Viel verbindlicher und engagierter als bis dahin machte sich die SED ab Mitte 1980 dafür stark, dass die prosozialistischen Kräfte gleichsam regierungsfähig wurden und der Fatah innerhalb des Exekutivkomitees der PLO Verantwortung abringen konnten.

Zudem orientierte sich Honecker in der Nahostpolitik seit 1978 starr an Syrien. Die Beschlüsse von Camp David machten die Allianz mit Damaskus für die DDR sakrosankt. Als Präsident Assad im Oktober 1978 erstmals zum Staatsbesuch in Ost-Berlin eintraf, erklärte Honecker, Syrien habe nach Meinung der DDR ein Recht, für die palästinensischen Interessen Partei zu ergreifen. Denn Damaskus galt in der DDR als Garant der prosozialistischen Entwicklung der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Dieses Bekenntnis beschnitt die Souveränität der gewählten Führung der PLO und stand im Widerspruch zu der auch von der DDR anerkannten Auffassung, allein die Palästinensische Befreiungsorganisation

sei legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes. Syrien besaß in der Palästinafrage ein Mitspracherecht und war für Honecker das willkommene Werkzeug, um der Fatah-Regierung der PLO die Grenzen ihrer Politik aufzuzeigen.

Bereits 1976 hatte die DDR Syrien unterstützt, als es im Libanon gegen die Palästinenser und Arafat Krieg führte. Ost-Berlin hatte die bestehenden Verträge zum Waffenexport nach Damaskus nicht gestoppt – so wie es Moskau getan hatte –, sondern Syrien gestärkt. Erich Honecker war nicht bereit, das Risiko einzugehen, durch einen so offensiven Schritt wie ein Embargo den Unwillen Hafiz al Assads auf sich zu ziehen. Zugleich konnte Ost-Berlin es sich auch finanziell nicht leisten, denn die Handelsumsätze mit Syrien hatten sich seit 1973 signifikant erhöht. Auf der anderen Seite glaubte die DDR offensichtlich auch nicht, dass Damaskus tatsächlich so radikal gegen Arafat vorgehen würde, sodass man unwillkürlich Handlanger der exzessiven Bekämpfung der Palästinenser im Libanon werden würde. Auch wenn Honecker 1976 augenscheinlich noch nicht bewusst mithilfe Syriens die Fatah angreifen wollte, stand Ende dieses Jahres politisch fest, dass die DDR in der syrisch-palästinensischen Auseinandersetzung zu Damaskus hielt. Kurze Zeit später war Ost-Berlin zudem davon überzeugt, dass die syrische Einflussnahme auf den politischen Kurs der PLO nicht abträglich für die eigenen Ziele war, sondern sich „progressiv" auswirken musste. Arafat, der nach den Camp-David-Beschlüssen gezwungen war, sein Verhältnis zu Assad wieder enger zu gestalten, sollte sich stets an Syrien orientieren, denn dies diente – nach Meinung der SED – den palästinensischen Interessen mehr als der politische Dialog der Fatah mit dem Westen.

Die radikalste Phase der Fatah-Opposition der DDR begann im Sommer 1982 und dauerte bis Frühjahr 1986. Erich Honecker hatte seit dem israelischen Krieg gegen die PLO im Libanon zwischen Juni und August 1982 die ostdeutsche Politik klar und unmissverständlich an den syrischen Interessen ausgerichtet. Assad wollte den Konflikt der PLO und Arafats mit Israel nutzen, um die Fatah entscheidend zu schwächen und die syrische Kontrolle der PLO unumkehrbar zu machen. Damaskus hatte sich geweigert, die Fatah vor Israel zu schützen und Assad orchestrierte ab Herbst 1982 in bis dahin nie erlebter Art und Weise den Kampf gegen Arafat. Er inszenierte im Mai 1983 einen Putsch in der Fatah, in dessen Folge Hunderte Anhänger Arafats zu den abtrünnigen Fatah-Rebellen, angeführt von Abu Musa und Abu Salah, überliefen, und griff anschließend mit syrischen Streitkräften, der PFLP-GC, der Saiqa, der PLA und Musa/Salah die Einheiten der Fatah und die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon bis Dezember 1983 an. Diese Konfrontation endete mit dem zweiten Auszug der PLO/Fatah aus dem Libanon und Arafats nun folgender Versöhnung mit Ägypten und Jordanien.

Während der gesamten Zeit bis Dezember 1983 war die DDR entscheidender Teil der syrischen Allianz gegen die Fatah. Honecker stellte – ohne die Fatah nur annähernd so stark zu unterstützen – Musa/Salah, der PFLP-GC und Syrien Waffen und Schiffe bereit, damit sie den Kampf führen konnten. Außerdem begann das SED-Regime seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der von Syrien kontrollierten terroristischen Organisation Abu Nidals. Diese Gruppe hatte damals bereits mehrere Fatah-Politiker, die für einen Dialog mit dem Westen

eintraten, erschossen. Abu Nidal war zudem für antiamerikanische, antiisraelische und antijüdische terroristische Anschläge und Attentate verantwortlich. Mit der Abu-Nidal-Politik der DDR kulminierte die Fatah-Gegnerschaft der SED. Honecker war bereit, alle Teile, gleich wie radikal sie Arafat und die Fatah-Führung bekämpfen wollten, in Ost-Berlin aufzunehmen, mit ihnen zu arbeiten und sie politisch wie finanziell zu unterstützen. Das bedeutete, dass für die DDR spätestens seit dem Herbst 1982 nicht allein die Hilfe zugunsten der DFLP, der PFLP, der Saiqa und der Palästinensischen Kommunistischen Partei zur Anti-Fatah-Politik zählte, sondern auch die Förderung Abu Nidals, Musa/Salahs, der PFLP-GC, der syrischen PLA und der syrischen Armee selbst.

Diese Entscheidungen kamen aber keinem Bruch mit Arafat im Sinne eines Endes aller Kontakte zur PLO/Fatah gleich und hatten nicht den bedingungslosen Ruf nach einem personellen Wechsel an der Spitze des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation zur Folge. Arafat und die Fatah erhielten wie alle ihre Gegner Quartier im Internationalen Handelszentrum an der Ost-Berliner Friedrichstraße. Während aber eindeutig zu erkennen ist, dass das SED-Regime mit Syrien, der PFLP-GC, den Musa/Salah-Putschisten und der Organisation Abu Nidal ab 1983 tatsächlich kooperierte, kann dies in Bezug auf die PLO/Fatah nicht entsprechend festgestellt werden. Auch wurden die radikalen Anti-Arafat-Organisationen nicht von Honecker unterstützt, um sie zu mäßigen, sondern sie sollten helfen, die Fatah zu disziplinieren und den politischen Handlungsspielraum Arafats einzuschränken. Die Umsätze, die die DDR mit der PLO/Fatah beziehungsweise ihren ebenso im IHZ arbeitenden Feinden erzielte, machen frappierend deutlich, wie entschieden und entschlossen die syrische Anti-Fatah-Koalition von Honecker begünstigt wurde.

Die DDR duldete Arafat und seine PLO/Fatah zwar ebenso im Handelszentrum und führte die Kontakte mit der PLO-Vertretung in Ost-Berlin fort, aber niemandem unter den Palästinensern der Fatah war es entgangen, wen Honecker seit 1982/83 viel nachhaltiger als die angeblich von der Regierung der DDR respektierte gewählte Führung der PLO unterstützte und wen er zum palästinensischen Widerstand zählte. Seit dem Sommer 1982 war Honecker fest entschlossen, mithilfe Syriens und dessen palästinensischen Verbündeten, selbst mit so extremistischen Teilen wie Abu Nidal, der PFLP-GC beziehungsweise Musa/Salah – die nicht der PLO angehörten, terroristisch gegen die Fatah-Elite kämpften und Arafat stürzen wollten –, der Spitze der Palästinensischen Befreiungsorganisation ultimativ zu signalisieren, dass es zu einer Veränderung der politischen Verhältnisse im Exekutivkomitee der PLO kommen müsse. Welche Kräfte Honecker anstatt der Fatah-Mehrheit dort repräsentiert sehen wollte, war seit 1982 unverkennbar.

Verschärft wurde dieser Konflikt mit der Fatah ab 1982/83 allerdings durch Arafats Unnachgiebigkeit und seine projordanische Politik, die die DDR genauso wie Syrien entschieden ablehnten. Die Vereinbarung mit König Hussain von Jordanien, die Jassir Arafat im Februar 1985 stellvertretend für die PLO eingegangen war, galt für die SED als Verrat am palästinensischen Volk. Das Protokoll des Gespräches zwischen dem ZK-Verantwortlichen für die Internationalen Verbindungen der SED, Hermann Axen, und dem nach Arafat wichtigsten Funktionär der

PLO/Fatah, Salah Khalaf, im April 1985 zeigt, dass die Ost-Berliner Parteiführung verlangte, die Verständigung zwischen der PLO und Amman sofort zu annullieren. Die DDR beurteilte das sogenannte Hussain-Arafat-Abkommen als Kapitulation der Palästinensischen Befreiungsorganisation vor den USA. Arafat hatte damit die Grundlagen geschaffen, um mithilfe Jordaniens, eines engen amerikanischen Verbündeten, zu einer Regelung des Konfliktes mit Israel zu gelangen. Die DDR wollte, so lassen die Aussagen des stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit im Mai 1985 unmissverständlich erkennen, diesen „Fehler" Arafats korrigieren und das Abkommen mit Jordanien „zu Fall bringen"[4]. Im Auftrag der KPdSU, die ebenfalls feststellte, das „Schicksal von Einzelpersonen" stehe nicht über dem Interesse an einer Palästinensischen Befreiungsorganisation mit klarer „antiimperialistisch"-antijordanischer Stoßrichtung, setzte sich die DDR dafür ein, ein neues Exekutivkomitee der PLO mit einer erfolgversprechenden Alternative zu Arafat an dessen Spitze zu bilden[5]. Denn sollte Arafat, wie von der SED und der KPdSU gefordert, nicht bereit sein, die Vereinbarung mit Jordanien aufzukündigen, musste das Amt des Vorsitzenden des Exekutivkomitees neu besetzt werden. Die Ost-Berliner Führung suchte ab Februar 1985 gemeinsam mit der DFLP, der PFLP, der PKP und dem als politisch links geltenden Flügel der Fatah fieberhaft nach einer Lösung, den projordanischen Kurs der Palästinensischen Befreiungsorganisation abzubrechen und einen Kandidaten zu finden, der die Führung der PLO übernehmen konnte, für den Fall, dass Arafat abgelöst werden musste. Ziel Honeckers war ein Ende des palästinensischen Dialoges mit Jordanien, ohne die Einheit der PLO zu verspielen. Als Nachfolger Arafats, der im Stande schien, beides garantieren zu können, hatte die DDR Salah Khalaf ausgemacht, der sich diesen Bestrebungen aber zu entziehen verstand.

Der vom Ministerium für Staatssicherheit im April 1986 gezielt unterstützte Anschlag Libyens auf die West-Berliner Diskothek „La Belle" war das entscheidende Moment, mit dem das SED-Regime Arafats projordanischer und proamerikanischer Politik gleichsam ihren letzten Stoß versetzen wollte, um die schon im Fallen begriffene jordanische Option kurz- und mittelfristig wirklich abzuwehren. Vor dem Hintergrund der im Herbst 1985 begonnenen Annäherung zwischen Syrien und Jordanien sowie dem israelischen Luftangriff auf die PLO-Zentrale in Tunis und der Ende Februar 1986 von König Hussain erklärten Absicht, die gemeinsame Vereinbarung mit Arafat von 1985 aufzukündigen, konnte niemand in der PLO weiterhin an Gesprächen mit den USA oder ihren arabischen Verbündeten festhalten, zumal wenn die USA auf einen terroristischen libyschen Angriff so reagierten, wie Ost-Berlin das einkalkulierte. Im Falle einer amerikanischen „Aggression" gegen einen „progressiven" arabischen Staat wie Libyen gab es keinen Umweg, über den Arafat doch noch zu Ergebnissen kommen konnte – wie Anfang 1983 geschehen, als König Hussain zunächst das Ende seines Dialoges mit Arafat mangels Fortschritten bekannt gegeben hatte, dieses angebliche Scheitern wenige Monate später wieder revidierte und man dann über die 17. palästinensische Nationalversammlung bis hin zum Hussain-Arafat-Abkommen gelangt war.

[4] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 19664, Bericht, 22. 05. 1985, Bl. 58.
[5] Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/13790, Information, 02. 04. 1985, Bl. 94.

Erich Mielke lenkte Anfang 1986 diejenigen, die Arafat im Sommer 1985 in die DDR geschickt hatte, um den ostdeutsch-syrischen Beziehungen zu schaden, gegen die PLO/Fatah selbst. Die Staatssicherheit verhinderte zwar die Anschlagsplanungen der Gruppe „Orient" gegen den syrischen Botschafter, unterließ es aber, maßgebliche Mitglieder der alten Zelle auszuweisen und duldete, dass Libyen sie benutzte, um antiamerikanische „Aktionen" in West-Berlin vorzubereiten. Im Gegensatz zu dem von der Fatah ersonnenen antisyrischen Attentat gab es bei dem von Libyen vorangetriebenen antiamerikanischen Plan nach Dafürhalten des MfS keinen Anlass einzuschreiten.

Der amerikanisch-libysche Konflikt im Nachgang des „La Belle"-Anschlags bildete den Hintergrund, vor dem die Wiederaufnahme der offiziellen Kontakte zwischen der Palästinensischen Befreiungsorganisation und der Sowjetunion stattfand, die im Februar 1985 aus Protest Moskaus gegen das Abkommen mit König Hussain abgebrochen worden waren. Die sogenannte Aggression der Amerikaner gegen ein arabisches Land gab Arafat – auf den immer größerer Druck Moskaus und Syriens gelastet hatte – die Chance, anscheinend wie selbstverständlich die Partnerschaft mit der UdSSR, dem natürlichen Verbündeten der PLO im Kampf gegen die „aggressive" amerikanisch-israelisch-jordanische Allianz, zelebrieren zu können. Das entscheidende Treffen zwischen Jassir Arafat und dem Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, fand Mitte April 1986 am Rande des XI. Parteitages der SED in Ost-Berlin statt, drei Tage nach den amerikanischen Vergeltungsangriffen auf Libyen und weniger als zwei Wochen nach dem Anschlag auf die Diskothek „La Belle". Ohne dass die PLO zerfallen war und ohne dass es eine zweite, von Syrien proklamierte alternative PLO gab, endete im Frühjahr 1986 die im Sommer 1982 begonnene antisyrische, projordanische und antisozialistische sowie antisowjetische Politik der PLO/Fatah. Arafat konnte, ohne den Status einer Ikone des palästinensischen Widerstandskampfes verloren zu haben, von der SED diszipliniert und zurück ins östliche Lager geholt werden. Denn Arafat war nach der politischen Eskalation zwischen Libyen und den USA der Weg Richtung Washington durch seinen eigenen, vermeintlichen Verbündeten abgeschnitten worden.

Bis 1989 blieb eine Versöhnung zwischen Arafat und dem SED-Regime aus. Beide Seiten stellten zu keinem Zeitpunkt ein substanzielles, vertrauensvolles Verhältnis her. Ost-Berlin stand weiter an der Seite Assads, auch als Syrien und die von Damaskus unterstützten schiitischen islamistischen Gruppen im Libanon ab 1986/87 erneut die Flüchtlingslager der Palästinenser und die Stellungen der PLO/Fatah angriffen. Die DDR lehnte politische wie materielle Hilfsgesuche Arafats ab. Erich Honecker verzichtete auch darauf, 1987/88 Einfluss auf den Prozess der Staatswerdung Palästinas zu nehmen. Er riet Jassir Arafat im September 1988, als dieser sich kurz nach seiner Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg an ihn wandte und seine Meinung zu Fragen des weiteren politischen Vorgehens erbat, die PLO solle ihre Entscheidungen selbst treffen. Auch wenn die DDR den neuen Staat Palästina Ende 1988 diplomatisch anerkannte und die Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Ost-Berlin zur Botschaft aufwertete, ist allein anhand dieser Vorgänge nicht zu belegen, dass die DDR mit Arafat im Vor-

feld der Staatswerdung eng zusammengearbeitet hatte oder dass Honecker sich auf substanzielle Weise mit Arafat über die politischen Schritte der PLO austauschen wollte. Die SED ließ auch im Nachgang der Proklamation „Palästinas" keine Absicht erkennen, dessen Regierung anders als zuvor die PLO/Fatah unterstützen zu wollen. Honecker verfügte beispielsweise nicht, mehr materielle Hilfe bereitzustellen, die exekutiven, legislativen und judikativen Strukturen dieses neuen Staates sowie sein Gesundheits- und Bildungswesen mit aufzubauen oder mehr palästinensische Studenten aufzunehmen.

Die bis 1989 weiterhin bestehenden tiefen Widersprüche in der politischen Überzeugung der SED und der Fatah erklären, weshalb Honecker in den Jahren ab 1986 keine Anstrengungen unternahm, das Verhältnis zu Arafat zu verbessern. Die DDR erkannte in dieser palästinensischen Teilorganisation weiterhin die größte „bürgerliche" Gefahr für die „progressive" Entwicklung der Palästinafrage und hielt die Einflussnahme Syriens auf Arafat daher für unverzichtbar. Honecker reagierte auf Bitten Arafats, Assad von Angriffen auf die Palästinenser und die PLO/Fatah im Libanon abzuhalten, Ende der 1980er Jahre so, wie er es seit spätestens 1982 getan hatte: Er ließ Jassir Arafat wissen, er habe sich auf die syrisch-sozialistische Seite zu stellen und das Doppelspiel des verbal für den Kommunismus eintretenden Revolutionärs, der in Wirklichkeit die politische Zukunft der Palästinenser mithilfe der westlich-kapitalistischen Staaten sichern wollte, aufzugeben. Die DDR hielt es für falsch, dass die Fatah auch nach 1986 keiner wirkungsvollen innerpalästinensischen Kontrolle „progressiver" Gruppen unterworfen worden war, obwohl Moskau mit der Fatah, der DFLP und der PFLP eine Aussöhnung und ein neues Modell der innerpalästinensischen Machtverteilung erarbeitet hatte. Ferner hielt es die DDR 1988 für verfrüht, einen palästinensischen Staat auszurufen. Vielmehr erachtete man es als notwendig, zunächst eine „demokratisch"-kollektive Führung im Exekutivkomitee zu schaffen und den „Staat Palästina" erst danach zu proklamieren. Gab es keine palästinensische Regierung, die alle politischen Lager repräsentierte, konnte sie auch keinen Staat wirkungsvoll führen. Anders ausgedrückt: Honecker wollte zuerst die politische Macht der „fortschrittlichen" palästinensischen Teile im Exekutivkomitee sichern und es erst dann zur Regierung des Staates Palästina konstituieren lassen, weil die Fatah ansonsten praktisch weiterhin allein geherrscht hätte.

Hinzu kam seit Anfang der 1980er Jahre eine von der DDR der Fatah unterstellte Kooperation mit der Muslimbruderschaft, die das SED-Regime wiederum als „ultrareligiöse" Sekte und „rechtsradikale terroristische Organisation" einstufte[6]. Die führenden Funktionäre der Fatah und auch Jassir Arafat gehörten laut Darstellungen des MfS der Muslimbruderschaft an. Tatsächlich war die Fatah 1958/59 von Personen gegründet worden, die enge Beziehungen mit der ägyptischen Muslimbruderschaft besaßen und sich auch in der Folge zu Werten des

[6] Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.609, Jahresbericht der Botschaft Damaskus, 02. 01. 1980, Bl. 3; BStU, MfS, HA XXII, 16533, Information, 18. 06. 1982, Bl. 148; BStU, MfS, HA XXII, 16533, Maßnahmenplan zur FOA „Moslembruderschaft", 03. 02. 1987, Bl. 1; BStU, MfS, HA XXII, 16767, Sachstandsbericht, 07. 04. 1986, Bl. 1; BStU, MfS, HA XX, 19449, Bericht zur OPK „Besucher", 13. 03. 1989, Bl. 114.

Islam bekannten. Die Forschung geht davon aus, dass Angehörige der Führung der Fatah, wie Salah Khalaf und Khalil al Wazir, auch nach Etablierung der Fatah Mitglieder der Muslimbruderschaft blieben. Von Arafat ist die Mitgliedschaft nur für die Zeit vor 1958/59 als wahrscheinlich anzunehmen, wenn sie auch danach nicht kategorisch auszuschließen ist. In den 1970er und 1980er Jahren existierten unterschiedlich enge Beziehungen zwischen der Fatah und den ägyptischen, jordanischen und syrischen Teilen der Bruderschaft, die bisher nicht hinreichend untersucht worden sind. Allerdings ist aufgrund der Ergebnisse diverser Darstellungen bekannt, dass sich spätestens mit Gründung der Hamas 1988, des palästinensischen Ablegers der ägyptischen Muslimbruderschaft des Gazastreifens, das Verhältnis zwischen der PLO/Fatah und der Bruderschaft veränderte, da die Hamas eine ernste politische Konkurrenz für den an sich säkular legitimierten Anspruch der Fatah war, die Palästinenser zu führen.

Dennoch wurde die politische Ablehnung der Fatah seitens der SED bis 1989 durch die ihr unterstellte Kooperation mit der Muslimbruderschaft begründet. Insbesondere seit Damaskus innenpolitisch gegen die sunnitische Muslimbruderschaft vorging, erkannte auch die DDR in der sunnitischen Fatah eine der Muslimbruderschaft angeblich „angegliederte Organisation", die deren Kampf gegen das schiitisch-alawitische Assad-Regime unterstützte und aufgrund der islamistischen, „ultraorthodoxen" Ansichten in noch größerem Maße eine Gefahr für die „fortschrittliche" Entwicklung der PLO darstellte[7]. Erst in den 1980er Jahren und vor dem Hintergrund des syrischen Konfliktes mit der Fatah und den Muslimbruderschaften gewann die von ostdeutschen Auslandsvertretungen bereits Ende der 1960er Jahre festgestellte Verbindung der Fatah zu den Muslimbruderschaften Bedeutung für die DDR-Politik, weil der sunnitisch-islamistische Aspekt den entschiedenen Widerstand gegen die Fatah noch zusätzlich als richtig und notwendig erscheinen ließ.

Die Absetzung Erich Honeckers Mitte Oktober 1989 und der Fall der Berliner Mauer wenige Wochen später führten zwar weder zu wesentlichen Veränderungen im Verhältnis der DDR zur PLO noch zu einer Verstärkung materieller oder finanzieller ostdeutscher Hilfen. Aber mit dem Regierungswechsel in Ost-Berlin entstanden Ende 1989 neue Bedingungen für eine konstruktive Gestaltung der seit den 1950er Jahren zerrütteten ostdeutsch-israelischen Beziehungen. Obwohl Quellen zur Außenpolitik der Jahre 1989/90 noch nicht einsehbar sind, bestätigt diese Untersuchung, was von israelischer Seite bereits hervorgehoben wurde, aber einzelne deutsche Forschungsarbeiten und Publikationen bestritten: Für die israelische Regierung war es keine Voraussetzung für die Aufnahme bilateraler Kontakte, dass das Verhältnis der DDR mit Arafats PLO beendet würde. Israel verlangte vielmehr von der neuen Regierung Hans Modrows, die Unterstützung zugunsten der Organisation Sabri al Bannas einzustellen, die *nicht* der PLO angehörte. Modrow akzeptierte dies Anfang 1990. Mit hoher Wahrscheinlichkeit endete damit die im Herbst 1982 von Honecker eingeleitete Abu-Nidal-Politik, was zugleich auch bedeutete, dass die 1983 eingerichteten Konten dieser terroristischen Gruppe bei der Staatsbank der DDR geschlossen wurden.

[7] Vgl. BStU, MfS, HA XXII, 16533, Übersicht, 15. 12. 1982, Bl. 177.

Wie von der Forschung bereits festgestellt, war auch Hans Modrow an der Jahreswende 1989/90 bereit, mit Israel über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu verhandeln, obwohl in Ost-Berlin die Botschaft des Staates Palästina existierte. Arafat und die PLO wiederum verurteilten zwar die neue Israelpolitik der DDR, wie sie dies auch nach der projüdischen Wende Honeckers 1987/88 getan hatten, aber sie sanktionierten dies weder im einen noch im anderen Fall. Die Palästinensische Befreiungsorganisation erklärte offiziell, sie respektiere politische Festlegungen als souveräne Entscheidungen der Ost-Berliner Regierung. Sowohl die PLO als auch Israel waren mit der Situation vertraut, dass in west- und zum Teil osteuropäischen Hauptstädten wie Bukarest diplomatische Vertretungen beider Seiten zugleich bestanden. Auch hatte Arafat Ende 1988, vor einer Anerkennung der PLO durch die USA, erstmals implizit den Staat Israel in einem Teil Palästinas akzeptiert. Es war für die DDR eine zu gestaltende politische Aufgabe, die Israel- und die PLO-Politik so zu vereinbaren, dass erstere nicht programmatisch ausschließlich als Antagonistin ex negativo der letzteren konzipiert wurde. Wie für jedes andere Land, das zugleich Beziehungen mit Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation besaß, hätte es auch für die DDR bedeutet, die Interessen gegenüber beiden Konfliktparteien definieren zu müssen und zu versuchen, sie ihnen gegenüber durchzusetzen. Wie gut es – abgesehen von einer Regelung der von Israel und jüdischen Organisationen geforderten Restitutions- und Kompensationsleitungen – gelungen wäre, alte Dogmen der Israelpolitik des SED-Staates abzulegen, ohne die antifaschistische Staatsräson der DDR zu beeinträchtigen, und eine wettbewerbsfähige Nahostpolitik zu betreiben, stand im Herbst 1990, als der ostdeutsche Staat dem Geltungsbereich des westdeutschen Grundgesetzes beitrat, nicht fest.

Zu keinem Zeitpunkt zwischen 1949 und 1990 verfolgte die DDR mit ihrer Palästina- beziehungsweise PLO-Politik von anderen sozialistischen Staaten oder der Sowjetunion abweichende Ziele. Eine von Angelika Timm konstatierte „Vorreiterrolle" der SED bei den Kontakten mit den Palästinensern kann diese Untersuchung nicht bestätigen[8]. Bulgarien hatte bis Anfang der 1970er Jahre sogar ein engeres Verhältnis zur PLO und der neuen Fatah-Führung hergestellt als die DDR. Mit Ausnahme der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes durch Walter Ulbricht im März 1965 – ein Vorgang, der eindeutig deutschlandpolitischen Umständen geschuldet war und anscheinend situativ ohne vorherige Abstimmung mit Moskau oder auf Anraten der KPdSU zustande kam –, agierte Ost-Berlin in der PLO- und Palästinapolitik im Rahmen sowjetischer Vorgaben beziehungsweise im Einklang mit den Interessen des Kreml. Keine Maßnahme wurde von Funktionären der SED oder des MfS ohne Wissen oder Konsultation mit sowjetischen Stellen getroffen: weder die Nidal-Kooperation noch das Vorgehen gegen die Zelle „Orient", weder die Planungen im Vorfeld des „La Belle"-Anschlags noch die Beziehungen mit der DFLP, PFLP, PKP und Saiqa, und auch nicht die 1976 aufrechterhaltenen Waffenlieferungen nach Syrien oder Fragen rund um den politischen Umgang mit der Vertretung

[8] Vgl. Timm, Davidstern, S. 269 f.

der PLO in der DDR. Bereits die Zielrichtung im Maßnahmenplan 1970 beschrieb eine zur damaligen Zeit gleichermaßen von der Sowjetunion verfolgte Politik. Und Moskaus Interesse, nicht das Interesse Honeckers, war für Arafats ersten Besuch in Ost-Berlin und den der X. Weltfestspiele verantwortlich.

Eine gerade nicht bewusst gegen die Sowjetunion gerichtete Haltung nahm die DDR in Bezug auf die Fatah und Arafat ein. Honecker blieb nicht – allem sowjetischen Druck zum Trotz – standhaft an Arafats Seite, als die Mehrzahl der sozialistischen Länder und die UdSSR sich von ihm abwendeten, weil er die Versöhnung mit Jordanien und Ägypten, den amerikanischen Verbündeten, anstrebte und sich gegen mehr syrischen Einfluss zur Wehr setzte, wie in einigen bisherigen Veröffentlichungen behauptet. Der ostdeutsche Widerstand und die politische Fatah-Gegnerschaft der DDR standen vielmehr im Einklang mit den Interessen des Kreml und wurden von Honecker sogar kompromissloser als von Moskau selbst vorgetragen. Das Ost-Berliner Regime war wie das polnische, bulgarische und ungarische ein enger Verbündeter der syrischen Anti-Fatah-Koalitionäre inklusive Abu Nidals. Dieses Vorgehen anderer sozialistischer Länder bot der Sowjetunion in den 1980er Jahren – den Zeiten der tiefsten Krise in den Beziehungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation – die Möglichkeit, den Druck auf Arafat zu erhöhen, indem sie wiederum stellvertretend arbeiten ließ, um selbst manövrierfähig zu bleiben: Moskau stellte sich als Mittler zwischen seinem engen Partner Syrien und Arafat dar; es schien, als ob nur der Kreml Arafats Gegner zurückhielt und er dafür aber entsprechende Konzessionen von der Fatah verlangte. Die Anti-Fatah-Politik der DDR war geradezu getragen von der Überzeugung, etwas zu tun, das von der Sowjetunion gewollt war. Honecker focht den Konflikt mit Arafat nicht allein aus, sondern leistete seinen Beitrag im Interesse der sozialistischen Gemeinschaft, wobei alle Stränge in Moskau zusammenliefen. Die Ost-Berliner Führung ordnete sich bereitwillig unter und akzeptierte, dass die KPdSU die Regie in der PLO-Politik führte.

Für die Fatah war die politische Unterstützung durch die Bundesrepublik seit dem Ende der 1960er Jahre im Vergleich zu derjenigen, die sie vonseiten der DDR erhielt, von weitaus größerer Bedeutung. Bonn war im Vergleich zu Ost-Berlin der mit Abstand verlässlichere Partner der Fatah. Anders als die SED wollte die Bundesrepublik die Möglichkeiten nutzen, die die Fatah bot. Keine andere palästinensische Gruppe war so engagiert in ihren Bemühungen um westeuropäische Regierungen wie die Fatah. Angesichts einer einflussreichen Gruppe ehemaliger Studenten aus der Bundesrepublik an der Spitze der Fatah und deren Bereitschaft, politisch mit und nicht ausschließlich gegen den Westen zu arbeiten, bestanden günstige Bedingungen für das westdeutsche Interesse, durch die Fatah Einfluss auf die Politik der PLO nehmen zu können. Vor allem die sicherheitspolitischen Beziehungen mit der PLO, die westdeutsche Stellen mit der Fatah eingingen, basierten praktisch allein auf dem Angebot Arafats, im Interesse des Kampfes gegen den palästinensischen Terror mäßigend auf linksradikale, moskaufrenetische Fundamentalisten in der Palästinensischen Befreiungsorganisation einzuwirken. Der Preis, den die Palästinenser um Arafat für ihre Unterstützung verlangen konnten, stieg in dem Maße an, wie sie gegenüber

anderen palästinensischen Kräften als die Vernünftigsten erschienen. Die Währung, die die Fatah dabei akzeptierte, war politisch-diplomatischer Rückhalt für die PLO gegen Israel.

Die doppelte Deutschlandpolitik Arafats diente letztlich nur dem Zweck, die Attraktivität der Fatah im Westen fortwährend zu steigern und aus ihr Kapital in Form einer wachsenden politischen Respektabilität der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu schlagen. Die Bindung an den Osten war für Arafat von Beginn an Mittel, um eine bessere Verhandlungsposition zu erlangen. Je mehr die PLO Gefahr lief, von der sowjetischen Seite kontrolliert zu werden, desto stärker wuchs das Interesse des Westens, diejenigen Teile der PLO zu unterstützen, die dies verhindern konnten. Das Lavieren und Taktieren Arafats zwischen allen Blöcken und zwischen den Interessen der verschiedenen arabischen Staaten war eine Voraussetzung seiner Politik. Das geteilte Deutschland bildete dabei keine Ausnahme, sondern bot für ihn große Chancen, die er seit Anfang der 1970er Jahre gerade dadurch besser nutzen wollte, dass er parallel Beziehungen mit Ost und West unterhielt.

Deutlich wurde dies bereits 1972 am Beispiel der aus der Bundesrepublik infolge des terroristischen Überfalls der Fatah auf die israelische Olympiamannschaft in München ausgewiesenen Studenten der PLO/Fatah. Arafat bat die DDR, rund 30 dieser Palästinenser aufzunehmen. Er wandte sich nicht an Polen oder Bulgarien, sondern gezielt an Honecker. Denn was war besser geeignet, die bundesdeutsche Malaise noch zu vergrößern und die westdeutsche Regierung zusätzlich unter Zugzwang zu setzen, als das SED-Regime zu involvieren und die DDR als den araber- und palästinenserfreundlicheren deutschen Staat zu präsentieren? Bonn musste reagieren, da man langfristig außenpolitisch nicht als weniger propalästinensisch als Ost-Berlin erscheinen konnte, um arabische Staaten nicht zu verprellen. Es war kein Paradox, sondern ein rationaler Entschluss, durch den die Bundesregierung in die Lage geriet, auf Arafat und die PLO zugehen zu müssen, wenn Honecker Arafat bei antipalästinensischen Maßnahmen der Bundesrepublik zur Seite stand; sowohl die Hilfe des SED-Staates als auch die zu erwartende Annäherung der Bundesrepublik kamen Arafat zugute.

Geschickt verstand es Jassir Arafat in den 1970er und 1980er Jahren, auch ohne dass die DDR ihn aktiv darin unterstützen musste, durch das Verhältnis mit dem SED-Regime seinen politischen Preis im Westen zu steigern, zum Beispiel im Interesse der westdeutschen Sicherheit. Ost-Berlin war eine wichtige Zwischenstation zur Einreise in den Westen oder zur Ausreise in den Nahen Osten beziehungsweise im Transit in Richtung Warschau, Prag oder auch nach Skandinavien, gleichgültig ob für Terroristen der PFLP, der DFLP, der Gruppe Abu Nidal, der PFLP-GC, der RAF, der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ oder der Organisation „Carlos“. Ihnen gemein war, dass sie – wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise – miteinander *und* mit der Fatah kooperierten und von der DDR indirekt oder direkt unterstützt wurden, während sie terroristisch gegen westeuropäische Staaten kämpften. Begünstigte die DDR radikale Kräfte wie die PFLP-GC, Abu Nidal oder andere eng mit Palästinensern in Verbindung stehende terroristische Organisationen – die eine Gefahr für den Westen darstellten, aber auch die Fatah angreifen wollten –, profitierte Arafat. Denn er kannte die Gegebenheiten in der

DDR und verfügte über wichtige Informationen, an denen man im Westen interessiert war. Erschienen andere radikaler als die Fatah, war dies darüber hinaus für Jassir Arafat immer politisch von Vorteil. Gleichzeitig durfte er nicht westabhängig wirken. Plante allerdings die Fatah in der DDR terroristische Gewalttaten gegen westliche Einrichtungen und Personen, profitierte Arafat ebenso, ganz gleich ob er dabei mit dem SED-Regime kooperierte oder seine Pläne geheim zu halten versuchte. Die Fatah machte stets die Radikalen für Terror verantwortlich. Und während „die" Radikalen unter den Palästinensern aus Sicht der Bundesrepublik diejenigen waren, die Ost-Berlin als Antiimperialisten bezeichnete, symbolisierten in den Augen der SED die in Bonn als „die" gemäßigt geltenden Kräfte der PLO die Reaktion und Bourgeoisie und waren im Grunde ausschließlich Mitglieder der Fatah. Nicht der Wille der Fatah zum Gespräch mit dem Westen an sich forderte die SED heraus, sondern das Gefühl, nur ein nützliches Instrument in Arafats Politik zu sein, mithin das Gefühl, benutzt zu werden.

Offensichtlich im Widerspruch zu den von der DDR angeblich allein als Grundlage der Lösung des Nahostkonfliktes betrachteten Resolutionen der VN stand neben vielen inhaltlichen Diskrepanzen, die sich aus dieser Behauptung und der real betriebenen Politik ergaben, vor allem die konsequente Vernachlässigung des palästinensischen Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen seitens der DDR. Während die Bundesregierung von 1952 bis 1990 über 300 Millionen DM an die UNRWA zahlte, stellte ihr Ost-Berlin insgesamt etwa 80 000 Mark zur Verfügung. Zwischen 1966/67 und 1990 investierte die SED gut 100 Millionen Mark, um entweder der PLO oder der Liga der arabischen Staaten Solidaritätsleistungen bereitzustellen. Insgesamt nahm die DDR im Rahmen der bewilligten Kontingente für eine akademische Ausbildung weniger als 400 Studenten der PLO/Fatah auf. Die Zahl der in Ost-Berlin behandelten Kämpfer Arafats lag ebenfalls bei rund 400. Im Vergleich zu anderen Befreiungsorganisationen leistete die DDR zugunsten der PLO/Fatah weniger.

Statistisch zu beachten ist dabei allerdings die gezielte Förderung der palästinensischen Anti-Fatah-Kräfte. Denn mit den offiziell *der* PLO bereitgestellten Mitteln – dies wusste auch die SED – begünstigte man seit 1968/69 im Wesentlichen die Fatah. Die Ende der 1970er Jahre gestiegene Opposition gegen die Fatah führte nicht nur zu sinkenden Solidaritätsleistungen zugunsten der PLO, die deutlich unterhalb der Hilfen etwa für den ANC oder die SWAPO lagen, sondern auch zur besagten separaten Kooperation mit der DFLP, der PFLP, der Saiqa, palästinensischen Kommunisten sowie der PFLP-GC, Abu Nidal oder Musa/Salah. Ihnen gewährte Ost-Berlin solidarische Hilfe und verkaufte zugleich Studienplätze, medizinische Behandlungen, Waffen, Munition und Ausrüstung und bildete Mitglieder dieser palästinensischen Organisationen in Lehrgängen aus. Diese Hilfe summierte sich nicht nur politisch zu einem höheren Betrag als die Leistungen der DDR zugunsten der Fatah-geführten PLO. Während Bonn sich bei der materiellen und finanziellen Unterstützung entweder auf die UNRWA konzentrierte oder mit der Fatah zusammenarbeitete, gab die DDR viel weniger als die Bundesrepublik für die humanitäre Flüchtlingshilfe aus und versuchte gezielt, die Fatah-Opposition zu bevorteilen und heranzubilden. In Westdeutschland hatten zudem bis 1990 Tausende Palästinenser, vor allem der Fatah, studiert.

Die Fatah-Gegnerschaft der DDR berührt darüber hinaus einen weiteren prinzipiellen Aspekt: Auch wenn die ostdeutsche PLO- und Palästinapolitik niemals für die Sicherheit Israels wirklich kritische Gefahren heraufbeschwor, widersprach das politische Verhalten der DDR ihren diplomatischen Deklarationen, die Rechte aller bestehenden Staaten im Nahen Osten, auch die des jüdischen, gleichermaßen zu achten und anzuerkennen. Denn die PFLP-GC und Abu Nidal zu fördern hieß, nicht nur die Feinde der Fatah zu unterstützen, sondern die radikalsten säkularen Gegner Israels zu stärken. Obwohl die Fatah auch für schwere terroristische Anschläge gegen israelische Bürger und Menschen jüdischen Glaubens verantwortlich war, unterschied sich ihr Fanatismus spätestens seit den 1980er Jahren deutlich von dem anderer Gruppierungen.

Honeckers Entscheidung, erst im Oktober 1989 dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation den „Großen Stern der Völkerfreundschaft" der DDR zu verleihen, lässt erkennen, wie fremd sich Arafat, respektive die Fatah, und Ost-Berlin trotz der palästinensisch-sowjetischen Versöhnung seit Mitte April 1986 blieben. Das SED-Regime lehnte weiterhin ab, wofür die Fatah-„Regierung" der PLO unter der Präsidentschaft Arafats politisch einstand. Es war aus Sicht der DDR unmöglich, deren Leistungen zu würdigen. Dass man sich letztlich für die Vergabe dieses Ordens entschied, kann als Versuch verstanden werden, arabische und auch palästinensische Bedenken gegen die zeitgleich trotz aller Rückschläge noch immer hartnäckig verfolgte projüdische Politik Honeckers zu zerstreuen, ohne zugleich von jüdischer Seite missverstanden zu werden. Daher trat weder der erste noch der zweite Mann im SED-Staat Jassir Arafat gegenüber, um ihm nunmehr den „Großen Stern der Völkerfreundschaft" zu überreichen. Es war Horst Sindermann, der Präsident der Volkskammer und Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, der dies übernahm. Im „Neuen Deutschland" wurde diesem Ereignis eine Faktenmeldung auf Seite neun eingeräumt – mehr als ein Jahr nach der aufwendig inszenierten und von Honecker persönlich vollzogenen Auszeichnung des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde West-Berlins sowie der des Präsidenten des World Jewish Congress und erst Jahre nach den Auszeichnungen des syrischen Präsidenten, des libyschen Staatschefs, Nelson Mandelas und der Vorsitzenden des ANC, der MPLA, der ZANU und der FRELIMO.

Salah Khalaf, einer von Arafats engsten Vertrauten, erklärte im Februar 1989: „The important thing is that the two peoples, the Palestinian and the Israeli, come to believe in the necessity of co-existence between two states. […] Some people wonder whether this co-existence is only a first stage. We answer, no. We want a definitive settlement. But a definitive settlement will only come if its peace is just. Peace is not a piece of paper. All questions connected with peace and security have to be discussed in negotiations. […] We are ready to reach any security arrangements through meetings: but believe me that real security lies only in the real belief in peace. The real issue is not negotiations in which Israel seeks this piece of land or in which we seek that piece of land. This is a small geographic area, without much elbow room. We do not seek to have a Berlin Wall or any other wall separating us; we want there to be openness. The only thing we seek is

that there will be real – as opposed to verbal – normalization. I am confident that peace has now come to settle in the heart and conscience of every Palestinian. I am confident that if we search deeply in the hearts and minds of Israelis, we shall find peace there, too."[9]

Keine Berliner Mauer sollte Palästinenser und Israelis also trennen. Stattdessen wollte die PLO zu Beginn des Jahres 1989 Offenheit, Freiheit und einen echten Frieden. Wie sehr konnte man sich mit einem Staat verbunden fühlen und dessen angeblich große Unterstützung für Jassir Arafat schätzen, den man politisch für so wenig anerkennenswert hielt? Dass Salah Khalaf fast neun Monate vor dem Mauerfall in Berlin dieses international und national als Offenbarung des Unrechts der SED-Diktatur angesehene Symbol bemühte, um den Friedenswillen der Palästinenser zu betonen, legt Zeugnis vom Stand der Beziehung zwischen der PLO/Fatah und der DDR 1989 ab. Jassir Arafat erklärte in einem Interview im Juni 2004, weniger als sechs Monate vor seinem Tod: „Souvenez-vous du mur de Berlin, n'est-il pas tombé? Le monde entier n'a-t-il pas fait tomber le mur? [Frage:] C'est peut-être la colombe qui fera tomber le mur? [Antwort Arafat:] Elle représente la volonté de détruire ce mur, une volonté de paix pour les Palestiniens autant que pour les Israéliens."[10]

Zwietracht und Konfrontation, nicht Freundschaft und Vertrauen, so die Erkenntnis dieser Untersuchung, prägten das Verhältnis zwischen der DDR und der PLO unter Jassir Arafat und der Fatah von Beginn an. Einer engen Partnerschaft zwischen dem SED-Regime und der Palästinensischen Befreiungsorganisation stand seit 1968 die innerpalästinensische Führungsrolle der Fatah entgegen. Diese Machtstellung der Fatah war das essenzielle Problem der ostdeutschen PLO- und Palästinapolitik.

[9] So Address by Salah Khalaf to the International Center for Peace in the Middle East, 22. 02. 1989, in: Lukacs, Israeli-Palestinian Conflict, S. 439.

[10] So Jassir Arafat im Interview mit „Le Monde", in: Le Monde, 25. 06. 2004, S. 18 f. Abdallah Frangi sagte im Dezember 2011: „Die Berliner Mauer war bis zu vier Meter hoch. Die Mauer, die Palästina durchschneidet, ist neun Meter hoch und raubt uns zehn Prozent des palästinensischen Staatsgebietes", vgl. Sascha Langenbach: Die Geschichte einer Männerfreundschaft, in: Berliner Kurier, 18. 12. 2011, S. 19.

Glossar

A. Palästinensische Gruppierungen innerhalb der PLO

I. ALF

Die „Arabische Befreiungsfront“ beziehungsweise „Arab Liberation Front“ – *ǧabḥat al-taḥrīr al-arabīya* (جبهة التحرير العربية) – wurde Ende der 1960er Jahre durch die irakische Regierung gegründet und seitdem von Bagdad kontrolliert. Erster Vorsitzender der ALF war Said Haidar. Die ALF gehörte mit Unterbrechungen seit den 1970er Jahren dem Exekutivkomitee der PLO an und war zeitgleich ebenso Unterstützer der Anti-Fatah-Koalitionen, die Verhandlungen auf politisch-diplomatischer Ebene ablehnten.

II. Fatah

Die Fatah wurde Ende der 1950er Jahre von Jassir Arafat, Khalil al Wazir und Salah Khalaf in Kuwait gegründet. Ihr Name steht für das rückwärtsgelesene Akronym des Ausdrucks *ḥarakāt al-taḥrīr al-filasṭīnīya* (حَركة التحرير الفلسطينية), „Bewegung der Befreiung Palästinas“. Das Wort *fāṭḥ* (فَتـح) meint im Arabischen „Beginn“ oder „Öffnung“ im Sinne von „in etwas eintreten“. Im Plural bedeutete es auch „Eroberer“ oder „Sieger“. Bereits in den 1940er und 1950er Jahren waren später wichtige Funktionäre der Fatah in der sunnitisch-islamistischen Muslimbruderschaft Ägyptens aktiv. Darüber hinaus engagierte sich der Anfang der 1950er Jahre ins Leben gerufene sogenannte Verband palästinensischer Studenten, die Vorläuferorganisation der Fatah, bis Ende der 1950er Jahre für die Muslimbrüder im Gazastreifen. Auch später kooperierte die Fatah mit der ägyptischen, jordanischen und syrischen Muslimbruderschaft – obwohl die Organisation Jassir Arafats seit 1958/59 ein säkulares nationales politisches Konzept vertrat. Im Gegensatz zu anderen maßgeblichen Gruppen, wie der PFLP, der DFLP, der PFLP-GC oder der Saiqa, wurde die Fatah von sunnitischen Muslimen geführt, die sich trotz säkularer Doktrin zum Islam bekannten. Programmatisch abgelehnt wurden indes stets ein explizites Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus und klassenmäßig-sozialistische Prämissen. Die Fatah strebte auch keine sozialistische Gesellschaftsordnung im Anschluss an die „Befreiung“ Palästinas vom Zionismus an.

Die Fatah ist seit Ende der 1960er Jahre die mit Abstand mitgliederstärkste und finanziell sowie politisch mächtigste palästinensische Gruppierung. Sie trat im Sommer 1968 der Palästinensischen Befreiungsorganisation bei. Jassir Arafats Wahl zum dritten Vorsitzenden des Exekutivkomitees erfolgte im Frühjahr 1969. Die Fatah beherrscht seitdem die innere Machtverteilung und Ausrichtung der gesamten PLO. Arafat amtierte faktisch ohne Unterbrechungen bis zu seinem Tod 2004 als deren Vorsitzender. Innerarabisch erhält die Fatah seit 1967/68 die größte

DOI 10.1515/9783110550108-014

finanzielle und nachhaltigste politische Unterstützung vonseiten Saudi-Arabiens und sunnitischer Monarchien am Golf. Seit 1968/69 begann sie in westeuropäischen Hauptstädten Büros im Namen der PLO zu eröffnen. Maßgebliche Funktionäre der Fatah studierten in den 1950er und 1960er Jahren in Westeuropa, vor allem in der Bundesrepublik. Die Fatah kontrollierte sowohl den Verband der palästinensischen Arbeiter als auch den der palästinensischen Studenten, in denen sich Tausende Palästinenser in der Bundesrepublik organisierten.

Seit den 1960er Jahren verübte die Fatah terroristische Anschläge und Attentate in Israel, dem Gazastreifen und in den seit Juni 1967 besetzten Gebieten des Westjordanlandes. Außerdem griff die Fatah israelische, amerikanische, westeuropäische, aber auch syrische und jordanische Ziele an und arbeitete dabei mit links- und rechtsgerichteten terroristischen Vereinigungen Westeuropas zusammen. Gleichzeitig unterhielt die Fatah nicht nur zahlreiche geschäftliche Beziehungen mit Unternehmen in Westeuropa, sondern kooperierte ab den 1970er Jahren mit westlichen Regierungen, um sie bei der Bekämpfung des palästinensischen Terrorismus zu unterstützen. Die Fatah war die erste Gruppe der PLO, die Ende der 1980er Jahre die VN-Resolutionen zum Palästinakonflikt und damit auch den Staat Israel anerkannte.

III. DFLP

Die „Demokratische Front zur Befreiung Palästinas" – „Democratic Front for the Liberation of Palestine", *al-ǧabḥa al-dimuqrāṭīya lī-taḥrīr filasṭīn* (الجبهة الديمقراطية لتحرير فلسطين) – wurde Ende der 1960er Jahre von Naif Hawatma, einem in Jordanien geborenen Christen, als eine Abspaltung der PFLP gegründet. Die DFLP reklamierte, eine marxistisch-leninistische Programmatik zu verfolgen, aber konsequenter als die PFLP mit Moskau zusammenzuarbeiten und den „revolutionären Kampf" exakt im Sinne Leninscher Doktrinen zu führen. Die DFLP unterhielt ab Mitte der 1970er Jahre enge Beziehungen mit der UdSSR und zu sozialistischen Staaten, insbesondere zur DDR, und wurde zwischen 1969/70 und 1989/90 vor allem durch den Irak, den Südjemen, Libyen und Syrien unterstützt. Sie stellte mit diversen Unterbrechungen seit 1970/71 Mitglieder im PLO-Exekutivkomitee und gehörte in den 1980er Jahren den von Syrien beherrschten, gegen die Fatah kämpfenden Allianzen an. Die DFLP verübte seit Anfang der 1970er Jahre terroristische Anschläge und Attentate in den besetzten Gebieten sowie in Israel.

IV. PFLP

Die PFLP – *al-ǧabḥa al-šabīya lī-taḥrīr filasṭīnīya* (الجبهة الشعبية لتحرير فلسطينية), „Volksfront zur Befreiung Palästinas" beziehungsweise „Popular Front for the Liberation of Palestine" – entstand 1967 unter Führung des bei Tel Aviv geborenen Christen George Habache. Die PFLP verübte seit den 1960er Jahren eine Vielzahl terroristischer Angriffe auf Israel sowie amerikanische und westeuropäische Ziele und ist für zahlreiche Flugzeugentführungen verantwortlich. Vonseiten arabi-

scher Staaten wurde sie seit ihrer Gründung vor allem von Syrien, Libyen, dem Irak sowie Südjemen logistisch, materiell, finanziell und politisch unterstützt. Die PFLP unterhielt in den 1970er Jahren umfangreiche Verbindungen zu anderen terroristischen Gruppen, so der westdeutschen RAF, der „Bewegung 2. Juni", den „Tupamaros West-Berlin", der ETA, der IRA und der Organisation „Carlos". Die PFLP vertritt ein marxistisch-leninistisches Programm und lehnte politische Gespräche mit Israel sowie westlichen Staaten stets ab. Sie stellte erstmals zu Beginn der 1970er Jahre Vertreter im Exekutivkomitee der PLO. Aus Protest gegen Arafat traten ihre Mitglieder in den Folgejahren diverse Male von Ämtern des Exekutivkomitees zurück und die PFLP beteiligte sich an Koalitionen gegen die PLO/Fatah.

V. PFLP-GC

Die „Volksfront zur Befreiung Palästinas-Zentrale/Generalkommando" oder „Popular Front for the Liberation of Palestine-General Command" – *al-ǧabḥa al-šabīya lī-taḥrīr filasṭīn / al-qiyād al-āmma* (الجبة الشعبية لتحرير فلسطين / القيادة العامة) – wurde Ende der 1960er Jahre als Abspaltung der PFLP gegründet und von Ahmad Jibril geleitet. Die PFLP-GC orientierte sich stark prosyrisch, erhielt massive Unterstützung aus Damaskus und verübte international eine Vielzahl schwerer Terroranschläge. Die Organisation verließ Anfang der 1970er Jahre die PLO und kämpfte ab Mitte der 1970er Jahre vor allem im Libanon gegen die Einheiten der PLO/Fatah und Jassir Arafat. Sie kooperierte dabei in den 1970er und 1980er Jahren unter anderem auch mit der Abu-Nidal-Organisation und nach Auflösung der PFLP-SO, Ende der 1970er Jahre, mit deren Nachfolgeorganisationen. In den 1980er Jahren unterstützten außer Syrien vor allem Libyen und die Islamische Republik Iran die PFLP-GC.

VI. PKP

Bashir Bargthuti gründete Anfang der 1980er Jahre die Palästinensische Kommunistische Partei – *al-ḥizb al-šuīu'ī al-filasṭīnīya* (الحزب الشيوعي الفلسطيني). Obwohl die PKP formal erst spät entstand, existierten ihre Vorläuferorganisationen bereits seit den 1920er Jahren und arbeiteten vor allem in den 1960er und 1970er Jahren unter Dominanz der Kommunistischen Partei Jordaniens. Die PKP wurde von der Fatah erst Ende der 1980er Jahre in der PLO akzeptiert und konnte ein Mitglied im Exekutivkomitee stellen. Sie besaß weder innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation Einfluss noch Rückhalt unter den Palästinensern und wurde von anderen arabischen kommunistischen Parteien, der israelischen KP sowie sozialistischen Staaten unterstützt.

VII. PLF

Die „Befreiungsfront Palästinas" oder „Palestine Liberation Front" – *ǧabḥa al-taḥrīr al-filasṭīnīya* (جبهة التحرير الفلسطينية) – wurde bereits Anfang der 1960er Jahre gegründet und war eines der Mitglieder, die sich Ende der 1960er Jahre zur PFLP

zusammenschlossen. Sie genoss seit jeher maßgebliche syrische Unterstützung. Bei Gründung beziehungsweise Abspaltung der PFLP-GC von der PFLP standen die Mitglieder der alten PLF loyal zur PFLP-GC, spalteten sich allerdings 1976 wiederum von der PFLP-GC ab und bildeten 1977 erneut die separate Gruppe namens „Palestine Liberation Front". Ihr Vorsitzender wurde seinerzeit der in Syrien geborene Muhammad Abbas Zaidan. Die PLF war später im Exekutivkomitee der PLO vertreten. In den 1980er Jahren unterhielt sie finanzielle Unterstützung durch die Fatah und verübte in deren Auftrag terroristische Anschläge und Attentate auf syrische, israelische, amerikanische und westliche Ziele.

VIII. Saiqa

Die Saiqa – *al-ṣāʿiqa* (الصَّاعقة), „Blitzschlag" – entstand Ende der 1960er Jahre unter Ägide Syriens. Sie fungierte seither als eines der politischen Instrumente der Syrer, um Einfluss auf die PLO nehmen zu können. Geführt wurde die Saiqa vom im Norden Palästinas geborenen Zuhair Muhsin. Sie stellte 1969 erstmals Mitglieder im PLO-Exekutivkomitee. Bei den Palästinensern fand sie zu keinem Zeitpunkt Rückhalt und bestand im Wesentlichen aus Syrern. In den 1970er und 1980er Jahren war die Saiqa maßgeblicher Teil der syrischen Anti-Fatah-Koalition und bekämpfte im Libanon Einheiten der PLO/Fatah. Sie war aufgrund syrischer Hilfe nach der Fatah die am besten militärisch organisierte und ausgestattete Gruppe und wurde seit der Ermordung von Muhsin im Juli 1979 von Issam al Qaddi geführt.

B. Palästinensische Gruppierungen außerhalb der PLO

I. Abu-Nidal-Organisation

Die Gruppe Abu Nidal zählte in den 1980er Jahren zu den gefährlichsten terroristischen Organisationen weltweit. Sie verübte Attentate und Anschläge auf führende Fatah-Funktionäre sowie jüdische, israelische, amerikanische, jordanische und westliche Ziele. Gegründet wurde die Abu-Nidal-Gruppe Anfang der 1970er Jahre von dem in Palästina geborenen, ehemaligen Arafat-loyalen Fatah-Mitglied Sabri al Banna alias Abu Nidal. Seit dem Bruch mit der Fatah instrumentalisierten vor allem der Irak und ab Anfang der 1980er Jahre Syrien sowie Libyen die Abu-Nidal-Gruppe und Sabri al Bannas Hass auf Jassir Arafat und die Fatah-Führung, um die Stellung der Fatah innerhalb der PLO durch gezielten antipalästinensischen Terrorismus zu schwächen. Die Organisation Abu Nidal verfügte in den 1980er Jahren über Unternehmen mit weitläufigen finanz- und wirtschaftspolitischen Kontakten im Nahen Osten und in Europa. Niederlassungen von Firmen, die mit der Organisation Abu Nidal in Verbindung standen, existierten sowohl in Großbritannien, der Schweiz und Österreich als auch der DDR, Polen und Bulgarien.

II. Ansar

Die Ansar – *ʾanṣār* (أنصار), „Helfer" – entstand offiziell Anfang der 1970er Jahre durch Initiative der Kommunistischen Parteien Jordaniens, Syriens, des Libanon und des Irak. Tatsächlich ging ihre Gründung allerdings auf die KPdSU zurück. Die Ansar vertrat dezidiert marxistisch-leninistische, prosozialistische Überzeugungen und sollte zum damaligen Zeitpunkt helfen, den Einfluss des Kreml auf die noch nicht gefestigte palästinensische Widerstandsbewegung zu stärken. Eine Mitgliedschaft in der PLO wurde der Ansar aufgrund ihres sowjet-kommunistischen Hintergrundes verweigert. Sie verfügte weder innerhalb der PLO über Einfluss noch über eine breite Unterstützung seitens der Palästinenser.

III. Hamas

Hamas – *ḥarakāt al-muqāwamāh al-islamīya* (حركة المقاومة الاسلامية), „Islamische Bewegung des Widerstandes" – wurde im Zusammengang mit der sogenannten ersten Intifada Ende der 1980er Jahre als eine Organisation der ägyptischen Muslimbruderschaft im Gazastreifen gegründet. Hamas war die erste originär palästinensische Gruppe, die keine säkulare oder gar marxistisch-leninistische, sondern eine sunnitisch-islamistische Doktrin vertrat und diese fundamentalistischen, angeblich islamischen Glaubenssätze zur Grundlage des Kampfes um die „Befreiung" Palästinas und die politische sowie gesellschaftliche Ordnung erklärte.

IV. Fatah-Opposition Musa/Salah

Die sogenannte „Fatah-Opposition Musa/Salah" entstand im Zuge des Umsturzversuches innerhalb der Fatah mit dem Ziel der Entmachtung Jassir Arafats im Mai 1983. Obwohl Arafats ehemalige Vertraute, Abu Musa und Abu Salah, mit ihrem durch Syrien inspirierten und unterstützten Putschversuch scheiterten, bekämpften sie ab 1983 mit angeblich über Tausend desertierten Fatah-Mitgliedern im Auftrag Syriens Einheiten Arafats im Libanon. Die Gruppe Musa/Salah besaß keinerlei Unterstützung seitens der palästinensischen Bevölkerung und blieb machtpolitisch irrelevant. Unterstützt wurde Musa/Salah von Syrien, dem Iran und Libyen. Die Islamische Republik Iran übergab der Gruppe Musa/Salah 1983 in Teheran symbolisch die vormals von der Fatah geführte PLO-Botschaft und war damit das erste Land neben Syrien, das die Fatah-Rebellen als legitime Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation anerkannte.

V. PFLP-SO

Die „Volksfront zur Befreiung Palästinas-Spezialoperationen" beziehungsweise „Popular Front for the Liberation of Palestine-Special Operations" – *al-ǧabḥa al-šabīya lī-taḥrīr filasṭīn / al-āmmaliyāt al-kẖāṣṣa* (الجبهة الشعبية لتحرير فلسطين / العمليات الخاصة) – entstand wie die PFLP-GC Ende der 1960er Jahre als Abspaltung der PFLP. Sie wurde von Wadih Haddad geleitet, einem in Nordpalästina geborenen griechisch-orthodoxen Christen. Die PFLP-SO zählte bis Ende der 1970er Jahre zu den aktivs-

ten palästinensischen Terrororganisationen und kooperierte unter anderem mit westdeutschen linksextremistischen terroristischen Gruppen, der Abu-Nidal-Organisation, der ETA, der IRA, der Gruppierung „Carlos" und der „Japanischen Roten Armee". Nach dem Tod Haddads 1978 zerfiel die PFLP-SO. Mindestens zwei der Nachfolgeorganisationen arbeiteten fortan für Dritte und begingen sowohl im Nahen Osten als auch in Westeuropa terroristische Attentate und Anschläge. Die PFLP-SO und die Mehrzahl ihrer Nachfolgeorganisationen wurden vor allem von Syrien, dem Irak, Libyen und Südjemen beeinflusst.

C. Nichtpalästinensische Gruppen

I. Amal

Die Amal – *afwağ al-muqāwamāh al-lubnanīya* (افواج المقاومة اللبنانية), „Libanesische Widerstandsbrigade" – entstand Mitte der 1970er Jahre im Libanon als eine schiitisch-islamistische Gruppierung unter Leitung von Musa al Sadr. Nach Sadrs bis heute ungeklärtem Verschwinden Ende der 1970er Jahre, der iranischen Revolution und den innenpolitischen Entwicklungen im Libanon Anfang der 1980er Jahre versuchte das schiitisch-alawitische Regime Syriens seinen politischen Einfluss im Libanon durch die Kooperation mit der Amal zu vergrößern und sich deren Rückhalt und Ansehen unter den Schiiten im Libanon zunutze zu machen. In den 1980er Jahren unterstützte und begünstigte Syrien massiv terroristische Angriffe der Amal, die sich sowohl gegen amerikanische, israelische und westliche Ziele im Libanon als auch gegen die palästinensischen Flüchtlingslager sowie die Einheiten der PLO/Fatah im Land richteten. Unter Leitung von Nabih Birri, der die Amal ab 1980 führte, entwickelte sich die Organisation zu einer der einflussreichsten und mitgliederstärksten Vereinigungen der Schiiten des Libanon.

II. Basij-Miliz

Die Basij – im Persischen *basīğ* (بسیج), „Mobilmachung/Mobilisierung" – ist eine circa 60 000 Mann starke Reserveeinheit und paramilitärische Miliz, die den iranischen Revolutionsgarden untersteht und der im Iran die Funktion einer Hilfspolizei zukommt. Die Basij kämpfte im Iran-Irak-Krieg. Nach 1988 wurde sie in mehr als 700 regionale Bataillone unterteilt, denen jeweils bis zu 300 Mann angehören. Im Fall der Mobilisierung beträgt die Stärke der Basij etwa eine Million.

III. Hizballah

Die Hizballah, deren Name auf die beiden arabischen Substantive *ḥizb* (حزب) und *aḷḷāh* (الله), „Partei Gottes", zurückgeht, gab ihre Gründung Mitte der 1980er Jahre bekannt. Zu diesem Zeitpunkt war die Organisation bereits seit Jahren fest etabliert und aktiv. Sie entstand Anfang der 1980er Jahre, als militärische Spezialkräfte der Islamischen Republik Iran im Libanon Ausbildungslager für schiitisch-islamistische Gruppen einrichteten. Die Hizballah wird seitdem vom Iran kontrol-

liert und unterstützt. Noch vor offizieller Gründung hatte die Vorläuferorganisation der Hizballah antiamerikanische, antiisraelische, antisowjetische und gegen die PLO-/Fatah-Präsenz im Libanon gerichtete terroristische Anschläge ausgeführt. Während des Mitte und Ende der 1980er Jahre von der schiitischen Amal im Auftrag Syriens geführten Kampfes gegen die palästinensischen Flüchtlingslager und die PLO/Fatah im Libanon ging die Hizballah zum Teil gegen die Amal vor. Zwischen der Amal und der Hizballah entwickelte sich in den 1980er Jahren ein Konflikt um die innenpolitische Vorherrschaft und die Kontrolle der Schiiten im Libanon. Trotz massiver syrischer Angriffe konnte die Hizballah – und damit zugleich auch der Iran – ihre einflussreiche Position behaupten.

IV. Islamischer Jihad

Die neben zahlreichen namensgleichen Organisationen in dieser Darstellung vorkommende Gruppe „Islamischer Jihad" – *ǧihād al-islamīya* (جِـهاد الاسلامي) – war eine Ende der 1970er Jahre von der ägyptischen Muslimbruderschaft abgespaltene sunnitisch-islamistische Vereinigung. Der „Islamische Jihad" war in Ägypten, dem Gazastreifen sowie Libanon aktiv und vor allem dort für terroristische Anschläge auf amerikanische Ziele verantwortlich. Die Gruppe versuchte zugleich, den wachsenden schiitischen Einfluss im Libanon und Palästina zurückzudrängen. Die Fatah unterhielt bis Mitte der 1980er Jahre zum Teil enge Beziehungen mit dem „Islamischen Jihad" und leistete zu dessen Gunsten finanzielle Unterstützung. Später wichtige Funktionäre der Hamas waren im „Islamischen Jihad" aktiv. Sie traten nicht zuletzt deshalb der Hamas bei, da es Syrien und Iran bis Ende der 1980er Jahre gelang, stetig größeren Einfluss auf den „Islamischen Jihad" auszuüben.

V. Muslimbruderschaft

Die Organisation der Muslimbruderschaft – *al-ikẖwān al-muslimīn* (الاخوان المسلمين) – wurde Ende der 1920er Jahre von Hassan al Banna im ägyptischen Ismailia als eine sunnitisch-islamistische Glaubensbewegung gegründet, deren Ziel die islamische Erziehung und caritative Versorgung der Bevölkerung war. In den 1930er Jahren kooperierte Banna mit dem Mufti Jerusalems und unterstützte dessen Kampf gegen die britischen Truppen und die zionistischen Einwanderer in Palästina. Die Muslimbrüder erhielten bis Ende der 1930er Jahre in Ägypten großen Zulauf. Sie hatten bis Ende der 1940er Jahre im ganzen Land Vertretungen etabliert und Ableger ihrer Organisation in Palästina, in Syrien, dem Sudan, im Libanon und in Jordanien aufgebaut. 1948 erfolgte ihr Verbot in Ägypten. Nach dem Putsch ägyptischer Offiziere unter Führung des späteren Präsidenten Gamal Abd al Nassir setzte Anfang der 1950er Jahre eine rigide Verfolgung der Muslimbruderschaft in Ägypten ein. Dennoch bewahrte die Muslimbruderschaft in der Folge ihren Einfluss. Mit der Hamas gründete sie Ende der 1980er Jahre zum ersten Mal eine eigene Formation, die den gewaltsamen Kampf gegen Israel gemäß den Anschauungen der sunnitischen Islamisten führen sollte.

VI. Organisation „Carlos“

Die Organisation „Carlos“ wurde von dem Venezolaner Ilich Ramirez Sanchez alias Carlos Anfang der 1970er Jahre unter Beteiligung der PFLP gegründet. Sie arbeitete in der Folge mit der PFLP zusammen und verübte vor allem in westeuropäischen Staaten zahlreiche terroristische Attentate und Anschläge. Die Gruppe „Carlos“ kooperierte auch eng mit westeuropäischen linksextremistischen terroristischen Organisationen. In sozialistischen Staaten, insbesondere Ungarn, Bulgarien, Polen und der ČSSR, unterhielt die Organisation „Carlos“ feste Stützpunkte. Unter den arabischen Staaten unterstützten vor allem Libyen, der Irak und Syrien die Gruppierung „Carlos“, deren terroristische Aktivitäten in den 1980er Jahren abnahmen. Ihre Führungsmitglieder lebten bis Anfang der 1990er Jahre in Damaskus.

VII. Partei der Befreiung

Die „Partei der Befreiung“ – *ḥizb al-taḥrīr* (حزب التحرير) – wurde Anfang der 1950er Jahre in Jordanien gegründet und war zumeist dort aktiv, das heißt im Haschimitischen Königreich Jordanien, das formal nach der jordanischen Annexion der West Bank 1950 und dem Zusammenschluss Transjordaniens und des Westjordanlandes sowie Ost-Jerusalems entstand. Die „Partei der Befreiung“ konkurrierte als eine sunnitisch-islamistische Vereinigung in Jordanien mit der Muslimbruderschaft um Macht und Einfluss. Im Gegensatz zur Bruderschaft wurde sie vonseiten der Regierung in Amman allerdings verboten und exzessiv verfolgt.

VIII. Pasdaran

Die Pasdaran – im Persischen *pāsdāran sepāh* (پاسداران سپاه), „Revolutionsgarde“ – sind eine militärische Abteilung der Islamischen Republik Iran und wie die reguläre Armee des Landes in die drei Gattungen der Land-, Luft- und Seestreitkräfte gegliedert. Die Pasdaran stellen eine religiös ausgerichtete Sonderformation neben den regulären Kampftruppen des Iran dar. Ihre Stärke beträgt bis zu 300 000 Mann. Sie besitzen sowohl für die innere als auch äußere Sicherheit Bedeutung. In den 1980er Jahren wurden die Pasdaran von einem separaten sogenannten Minister der Revolutionsgarden befehligt und gehörten zu den wichtigsten iranischen Verbänden während des Krieges mit dem Irak.

IX. Quds-Brigade

Die Quds-Brigade oder Jerusalem-Brigade – im Persischen *niru'ī ġods* (قدس ینیرو), rekurrierend auf *niru* (نیرو), „Heer/Truppe“, sowie *ġods* (قدس), „Heiligkeit“ respektive auf Jerusalem, *ġods šarif* (شر یف قدس) – ist eine circa 5000 Mann starke Abteilung, die zur iranischen Revolutionsgarde gehört. Ihre Einheiten erfüllen Spezialaufgaben außerhalb des Iran. Angelehnt an ihren Namen besteht der offizielle Auftrag der Quds-Brigade darin, Jerusalem von zionistischer Besetzung zu „befreien“. Anfang der 1980er Jahre war die Quds-Brigade maßgeblich daran beteiligt, schiitisch-islamistische Kräfte im Libanon auszubilden und anzuleiten.

X. „Wehrsportgruppe Hoffmann"

Die sogenannte Wehrsportgruppe Hoffmann entstand Anfang der 1970er Jahre im Raum Nürnberg/Fürth als ein Zusammenschluss rechtsextremistisch gesinnter Personen, der von Karl-Heinz Hoffmann geleitet wurde. Die Vereinigung umfasste zunächst nur wenige Mitglieder, fand jedoch bis 1979 immer größeren Zulauf. Das Bundesinnenministerium verbot die „Wehrsportgruppe Hoffmann" zu Beginn des Jahres 1980 aufgrund ihrer verfassungsfeindlichen Aktivitäten. Mitglieder der aufgelösten Gruppe setzten sich anschließend nach Beirut ab und gründeten dort die sogenannte Wehrsportgruppe-Ausland. Im Libanon wurden sie logistisch sowie materiell von der Fatah unterstützt. Mit Einsetzen der israelischen Offensive im Sommer 1982 waren die Angehörigen der Wehrsportgruppe-Ausland gezwungen, Beirut zu verlassen. Die Personen reisten entweder in die Bundesrepublik zurück oder fanden in anderen arabischen Staaten Aufnahme, unter anderem in Syrien. Die Kooperation von westdeutschen Rechtsextremisten und der Fatah bestand auch in der Folge weiter, wenngleich ihre Intensität abnahm. Einzelne Rechtsextremisten der ehemaligen „Wehrsportgruppe" um Hoffmann wurden spätestens ab 1982 vom MfS als Quellen geführt.

Abkürzungen

A	Arbeits- und Berichtsakte
AA	Auswärtiges Amt
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
AASK	Afro-Asiatisches Solidaritätskomitee
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
add.	additional
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AdR	Archiv der Republik, Österreichisches Staatsarchiv
ADS	Arab Development Society
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AEA	Außereuropäische Abteilung
AFP	L'Agence France-Presse
AG	Aktiengesellschaft
AG	Amtsgericht
AG AF	Arbeitsgruppe Ausländische Festivalteilnehmer
AG BKK	Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung
AHB	Außenhandelsbetrieb
AHC	Arab Higher Committee
AIM	Archivierter IM-Vorgang
ALF	Arab Liberation Front
a. M.	am Main
Amal	afwağ al-muqāwamāh al-lubnanīya (Libanesische Widerstandsbrigade)
ANC	African National Congress
ANO	Abu-Nidal-Organisation
AOP	Archivierter Operativvorgang
AOPK	Archivierte Operative Personenkontrolle
AP	The Associated Press
AP	Allgemeine Personenablage
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
Art.	Artikel
AT-3	Anti-Tank Weapon 3
AV	Auslandsvertretung
AWACS	Airborne Warning and Control System
Az	Aktenzeichen
BArch	Bundesarchiv
BBC	British Broadcasting Corporation
BCCI	Bank of Credit and Commerce International
BCD	Bewaffnung und Chemischer Dienst
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof

DOI 10.1515/9783110550108-015

BKA	Bundeskriminalamt
Bl.	Blatt
BMfaA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich
BMI	Bundesministerium des Innern
BND	Bundesnachrichtendienst
BR	Bayrischer Rundfunk
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BTg-Drs.	Bundestagsdrucksache
BV	Bezirksverwaltung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Bundesverfassungsgerichtsentscheidung
BVG	Berliner Verkehrsbetriebe
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CD	Corps Diplomatique
CDU	Christlich-Demokratische Union
CIA	Central Intelligence Agency
Corr.	Corrigendum
CRS	Congressional Research Service
ČSSR	Československá Socialistická Republika (Tschechoslowakische Sozialistische Republik)
DAG	Deutsch-Arabische Gesellschaft
DAHB	Deutsche Außenhandelsbank
DAP	Deutsche Außenpolitik
dass.	dasselbe
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
DFLP	Democratic Front for the Liberation of Palestine
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe
d. J.	dieses Jahres
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark
Dok.	Dokument
DPA	Deutsche Presse-Agentur
Dr.	Doktor
DR	Demokratische Republik
DRA	Deutsches Rundfunkarchiv
DRK	Deutsches Rotes Kreuz

DSR	Deutsche Seereederei Rostock
DVR	Demokratische Volksrepublik
EA	Europa-Archiv
EAD	Europäisch-Arabischer Dialog
ebd.	ebenda
ebs.	ebenso
EC	European Community
EG	Europäische Gemeinschaft
Eintr.	Eintrag
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ETA	Euskadi Ta Askatasuna (Baskenland und Freiheit)
etc.	et cetera
e. V.	eingetragener Verein
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fatah	ḥarakāt al-taḥrīr al-filasṭīnīya (Bewegung der Befreiung Palästinas)
Fatah-RC	Fatah Revolutionary Council (Abu-Nidal-Organisation)
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDP	Freie Demokratische Partei
FIM	Führungs-IM
FNLA	Frente Nacional de Libertação de Angola (Nationale Front zur Befreiung Angolas)
FOA	Feindobjektakte
FR	Frankfurter Rundschau
FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique (Befreiungsfront von Moçambique)
FU Berlin	Freie Universität Berlin
GBA	Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
GBl.	Gesetzblatt
GDR	German Democratic Republic
Gen.	Genosse
GH	Geheime Hauptablage
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GÜST	Grenzübergangsstelle
GUPS	Generalunion Palästinensischer Studenten
GYIL	German Yearbook on International Law
Gz	Geschäftszeichen
HA	Hauptabteilung
HA PS	Hauptabteilung Personenschutz
Hamas	ḥarakāt al-muqāwamāh al-islamīya (Islamische Bewegung des Widerstandes)
Hg.	Herausgeber
HOT	Haut Subsonique Optiquement Téléguidé

HRB	Handelsregister Abteilung B
HRC	United Nations Human Rights Council
HV A	Hauptverwaltung A
ICRC	International Committee of the Red Cross
IHZ	Internationales Handelszentrum
IISS	International Institute for Strategic Studies
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter der Sicherung
incl.	inklusive
insbes.	insbesonders
IRA	Irish Republican Army
ISA	Israel State Archives
ISA/RG	Israel State Archives/Record Group
ISK	Internationales Studentenkomitee
ISO	International Organization for Standardization
ITA	Ingenieur-Technischer Außenhandel
IWF	Internationaler Währungsfonds
IYHR	Israel Yearbook on Human Rights
Jh.	Jahrhundert
JPS	Journal of Palestine Studies
KfS	Komitee für Sicherheit
kg	Kilogramm
km	Kilometer
KoKo	Kommerzielle Koordinierung
KP	Kommunistische Partei
KP	Kontaktperson
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPR	Kommunistische Partei Russlands
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LA	Landesarchiv
LAB	Landesarchiv Berlin
LAV NRW	Landesarchiv Nordrhein-Westfalen
LG	Landgericht
LKA	Landeskriminalamt
Ltd.	Limited
m	Meter
M	Mark
M.	Monsieur
MAH	Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

max.	maximal
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlamentes
MdI	Ministerium des Innern
MFA	Ministry of Foreign Affairs
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfG	Ministerium für Gesundheitswesen
MfHF	Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MG	Maschinengewehr
MiG	Mikojan-Gurewitsch
MILAN	Missile Léger Antichar
Min.	Minuten
mind.	mindestens
Mio.	Millionen
mm	Millimeter
MM.	Messieurs
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola (Volksfront zur Befreiung Angolas)
Mr.	Mister
Mrd.	Milliarden
MS	Motorschiff
NATO	North Atlantic Treaty Organization
ND	Neues Deutschland
NGO	Nichtregierungsorganisation
NPB	National-Progressive Bewegung
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	nationalsozialistische(n)
NSC	National Security Council
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
NYT	The New York Times
o.	oder
OAM	Operatives Ausgangsmaterial
o. D.	ohne Datum
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
o. g.	oben genannt
OG	Operationsgebiet
OLP/O.L.P.	L'Organisation de libération de la Palestine/ Organización para la Liberación de Palestina
op.	operativ

o. P.	ohne Paginierung
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
Op.-Inf.	Operativ-Information
OPK	Operative Personenkontrolle
OV	Operativvorgang
PA-AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
PAC	Pan Africanist Congress
PAIGC	Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde)
para.	paragraph
paras.	paragraphs
PCC	Palestine Conciliation Commission
PDFLP	Popular Democratic Front for the Liberation of Palestine
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine
PFLP-GC	Popular Front for the Liberation of Palestine-General Command
PFLP-SO	Popular Front for the Liberation of Palestine-Special Operations
PKP	Palästinensische Kommunistische Partei
Pkw	Personenkraftwagen
PLA	Palestine Liberation Army
PLF	Palestine Liberation Front
PLO/P.L.O.	Palästinensische Befreiungsorganisation/Palestine Liberation Organization
PM	Prime Minister
PNA	Palestinian National Authority
PNC	Palestinian National Council
PNR	Palästinensischer Nationalrat
POLISARIO	Frente Popular para la Liberación de Saguía el Hamra y Río de Oro (Volksfront zur Befreiung von Saguía el Hamra und Río de Oro)
RAF	Rote-Armee-Fraktion
rd.	rund
RDA	République Démocratique Allemande/La República Democrática Alemana
RENAMO	Resistência Nacional Moçambicana (Nationaler Widerstand Moçambiques)
Rep.	Repositur
Res.	Resolution
Rev.	Revision
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RZ	Revolutionäre Zellen
S.	Seite

SAMAD	ṣamad (Organisation der PLO/Fatah zur Unterstützung von Familien getöteter palästinensischer Kämpfer)
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik im Bundesarchiv
SAR	Syrische Arabische Republik
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SdM	Sekretariat des Ministers
s. E.	seines Erachtens
SEB AG	Skandinaviska Enskilda Banken Aktiebolag (Skandinavische Privatbank Aktiengesellschaft)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sek.	Sekretariat
SI	Sozialistische Internationale
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
SIRA-TDB	System der Informationsrecherche der Hauptverwaltung A – Teildatenbank
SK	Solidaritätskomitee
SPC	Special Political Committee
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SR	Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
stellv.	stellvertretend
StUG	Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz)
SU	Sowjetunion
SWANU	South West Africa National Union
SWAPO	South West Africa People's Organization
SZ	Süddeutsche Zeitung
t	Tonne
TASS	Telegrafnoe Agenstvo Sovetskogo Sojuza (Presseagentur der Sowjetunion)
tel.	telefonisch
TH	Technische Hochschule
TIV	Trend Indicator Values
TU	Technische Universität
TUD	Technische Universität Dresden
u.	und
u. a.	und andere
u. a.	unter anderem
UAF	Universitätsarchiv Technische Universität Bergakademie Freiberg
UAL	Universitätsarchiv Leipzig
UASt	Universitätsarchiv Stuttgart
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
u. E.	unseres Erachtens

UMA	Ulkoasiainministeriön Arkisto (Archiv des finnischen Außenministeriums)
UN	United Nations
UN A/	United Nations General Assembly Document
UN A/PV.	United Nations General Assembly Procès-Verbal
UN A/RES	United Nations General Assembly Resolution
UN A/SPC	United Nations General Assembly Special Political Committee Document
UNDOF	United Nations Disengagement Observer Force
UN GA	United Nations General Assembly
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
UNO	United Nations Organization
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
UN S/	United Nations Security Council Document
UNSCOP	United Nations Special Committee on Palestine
UN S/RES	United Nations Security Council Resolution
URSS	Union des républiques socialistes soviétiques/ Unión de Repúblicas Socialistas Soviéticas
US/U.S.	United States
USA	United States of America
USSR	Union of Soviet Socialist Republics
usw.	und so weiter
v. a.	vor allem
VA	Volksarmee
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
VAR	Vereinigte Arabische Republik
VEB	Volkseigener Betrieb
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VM	Valutamark
VN	Vereinte Nationen
VOBl.	Verordnungsblatt
Vorl.	vorläufig
VR	Volksrepublik
VRD	Verwaltung Rückwärtige Dienste
VS-Vertraulich	Verschlusssache-Vertraulich
WAFA	wakālat al-anabā al-filasṭīnīya (Nachrichtenagentur Palästinas)
West LB AG	Westdeutsche Landesbank Aktiengesellschaft
WJC	World Jewish Congress
WP	The Washington Post
WSJ	The Wall Street Journal
WÜK	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen

ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZANU	Zimbabwe African National Union
ZAPU	Zimbabwe African People's Union
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee
ZR	zentralregistriert
z. T.	zum Teil

Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Ungedruckte Quellen

I. Archiv des finnischen Außenministeriums (UMA)

UMA, 13-4, Lähi-itä (PLO); Naher Osten (PLO)
UMA, 5C, Damaskus; Berichte der Botschaft in Damaskus
UMA, 7D2, Lähi-idän kysymys; Nahostfragen

II. Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)

AdsD, 1/RZAA/000419; Nachlass Ruth Zutt

III. Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)

BVG-Archiv, Fahrplan 1986/87
BVG-Archiv, Liniennetz 1986/87

IV. Bundesarchiv Berlin (BArch)

BArch, DC 20; Ministerrat der DDR
BArch, DC 900; Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
BArch, DE 1; Staatliche Plankommission
BArch, DL 2; Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel
BArch, DL 2/VA N; Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, vorläufige Signaturen
BArch, DL 200; Kammer für Außenhandel
BArch, DL 210; Betriebe des Bereiches Kommerzielle Koordinierung
BArch, DL 226; Kommerzielle Koordinierung
BArch, DM 1; Ministerium für Verkehrswesen
BArch, DN 1; Ministerium der Finanzen
BArch, DN 10; Staatsbank der DDR
BArch, DN 11; Deutsche Außenhandelsbank AG
BArch, DO 1; Ministerium des Innern
BArch, DQ 1; Ministerium für Gesundheitswesen
BArch, DR 3; Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
BArch, DR 6; Staatliches Komitee für Rundfunk
BArch, DZ 8; Solidaritätskomitee der DDR

V. Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg im Breisgau (BArch)

BArch, DVW 1; Ministerium für Nationale Verteidigung
BArch, VA-01; Ministerium für Nationale Verteidigung, Verwaltungsarchiv

VI. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

BStU, MfS, A, 101/78
BStU, MfS, Abt. Finanzen

DOI 10.1515/9783110550108-016

BStU, MfS, AG BKK
BStU, MfS, AIM, 43/91
BStU, MfS, AIM, 156/91
BStU, MfS, AIM, 196/91
BStU, MfS, AIM, 337/91
BStU, MfS, AIM, 1425/91
BStU, MfS, AIM, 2064/91
BStU, MfS, AIM, 3448/78
BStU, MfS, AIM, 4875/86
BStU, MfS, AIM, 7714/91
BStU, MfS, AIM, 8520/89
BStU, MfS, AIM, 9751/91
BStU, MfS, AIM, 12231/89
BStU, MfS, AIM, 12563/91
BStU, MfS, AIM, 12782/82
BStU, MfS, AIM, 15827/89
BStU, MfS, AIM, 25278/91
BStU, MfS, AOG, 13162/79
BStU, MfS, AOP, 2476/87
BStU, MfS, AOP, 7116/91
BStU, MfS, AOP, 7912/91
BStU, MfS, AOP, 12906/88
BStU, MfS, AOP, 16340/76
BStU, MfS, AOP, 17463/91
BStU, MfS, AOPK, 1220/87
BStU, MfS, AOPK, 3765/89
BStU, MfS, AOPK, 3766/89
BStU, MfS, AOPK, 4231/89
BStU, MfS, AOPK, 5259/89
BStU, MfS, AOPK, 6585/89
BStU, MfS, AOPK, 7896/91
BStU, MfS, AOPK, 9137/83
BStU, MfS, AOPK, 12643/91
BStU, MfS, AOPK, 14037/85
BStU, MfS, AOPK, 14206/91
BStU, MfS, AOPK, 25579/91
BStU, MfS, AOPK, 26281/80
BStU, MfS, AP
BStU, MfS, BCD
BStU, MfS, BV Berlin, Abt. II
BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 835/89
BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 1299/88
BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 2511/85
BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5181/91
BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 5618/91
BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 8709/91
BStU, MfS, BV Berlin, AIM, 9006/91
BStU, MfS, BV Leipzig, AOPK, 2143/91
BStU, MfS, GH
BStU, MfS, HA II
BStU, MfS, HA VI
BStU, MfS, HA VII
BStU, MfS, HA XVIII
BStU, MfS, Abt. X
BStU, MfS, HA XX
BStU, MfS, HA XXII

BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB
BStU, MfS, HA PS
BStU, MfS, Sek. Neiber
BStU, MfS, SdM
BStU, MfS, VRD
BStU, MfS, ZAIG

VII. Deutsches Rundfunkarchiv Potsdam-Babelsberg (DRA)

DRA, Karton: „Arabische Redaktion; frühe Unterlagen; Übergeben von Heinz Odermann"

VIII. Deutsche Seereederei Rostock (DSR-Archiv)

DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Anton Saefkow, Band 7595
DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Bansin, Bände 9133–9138
DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Cunnewalde, Band 8406
DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Eichsfeld, Band 8689
DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Fürstenwalde, Band 9995
DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Geringswalde, Band 7199
DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Inselsee, Bände 9335 und 7272
DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Kölpinsee, Band 8447
DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Luckenwalde, Bände 10927 und 10930
DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Mittenwalde, Band 8994
DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Priegnitz, Bände 8147 und 8150
DSR-Archiv, Schiffstagebuch MS Schönwalde, Bände 11155 und 11156

IX. Israelisches Staatsarchiv (ISA)

ISA/A 43; Vormals klassifizierte Akten
ISA/RG 93; Bestand Botschaften
ISA/RG 130; Bestand Außenministerium

X. Landesarchiv Berlin (LAB)

LAB, B Rep. 002; Der Regierende Bürgermeister von Berlin/Senatskanzlei
LAB, C Rep. 904-241; Grundorganisation der SED – Staatsbank der DDR

XI. Landesarchiv Nordrhein-Westfalen (LAV NRW)

LAV NRW, Abteilung Rheinland, Gerichte Repertorium 125

XII. Österreichisches Staatsarchiv (AdR)

AdR, BMfaA, Sektion II-pol 17
AdR, BMfaA, Sektion II-pol 25
AdR, BMfaA, Sektion II-pol 26
AdR, BMfaA, Sektion II-pol 1364
AdR, BMfaA, Sektion II-pol 1918
AdR, BMfaA, Sektion II-pol 2056
AdR, BMfaA, Sektion II-pol 2065
AdR, BMfaA, Sektion II-pol 2342
AdR, BMfaA, Sektion II-pol 2347

XIII. Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PA-AA)

PA-AA, Bestand MfAA, A; Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Archivalien 1949–1966
PA-AA, Bestand MfAA, B; Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, ursprünglich nur befristet aufzubewahrendes Schriftgut
PA-AA, Bestand MfAA, C; Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Archivalien 1967–1979
PA-AA, Bestand MfAA, ZR; Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Archivalien 1980–1990
PA-AA, Bestand B 36; Bundesrepublik Deutschland, Zentrale, Länderreferate Naher und Mittlerer Osten
PA-AA, Bestand B 150; Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“
PA-AA, Zwischenarchiv

XIV. Portigon Aktiengesellschaft

Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8611
Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8612
Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8614
Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8620
Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8621
Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8625
Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8628
Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8734
Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 8796
Archiv der Deutschen Außenhandelsbank AG, DISOS, Karton 11843

XV. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik im Bundesarchiv (SAPMO-BArch)

SAPMO-BArch, DY 6/Vorl.; Nationalrat der Nationalen Front, vorläufige Signaturen
SAPMO-BArch, DY 30; Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033; Büro Werner Lamberz im ZK der SED
SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035; Büro Hermann Axen im ZK der SED
SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.115; Außenpolitische Kommission beim Politbüro des ZK der SED
SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20; Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED, 1962–1971
SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/20; Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED, 1972–1980
SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/2.023; Büro Gerhard Grüneberg im ZK der SED
SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2; Politbüro des ZK der SED, 1949–1989
SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J; Politbüro des ZK der SED (Informationen), 1953–1989
SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3; Sekretariat des ZK der SED (Reinschriften Protokolle), 1949–1989
SAPMO-BArch, DY 34; Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
SAPMO-BArch, DY 3023; Büro Günter Mittag im ZK der SED
SAPMO-BArch, NY 4643; Nachlass Friedel Trappen

XVI. Archiv der Technischen Universität Bergakademie Freiberg (UAF)

UAF, 9779/1; Vorläufige Archivsignatur
UAF, 9779/25; Vorläufige Archivsignatur
UAF, Matrikelverzeichnis Ausländer ab 1945

XVII. Archiv der Technischen Universität Dresden (TUD)

TUD-Archiv, Studentenkartei

XVIII. Archiv der Universität Leipzig (UAL)

UAL, DIB, 258; Direktorat für internationale Beziehungen, Kommission für Ausländerstudium, 1976–1982
UAL, DIB, 337; Direktorat für internationale Beziehungen, Ausländerstudium Syrien, 1966–1985
UAL, Studentenkartei
UAL, Studentenkartei des Herder-Instituts

XIX. Archiv der Universität Stuttgart (UASt)

UASt, 17/772; Ausländerstudium
UASt, Studentenkartei

B. Zeitzeugengespräche

Frangi, Abdallah, 3. September 2012
Genscher, Hans-Dietrich, 16. Februar und 27. November 2012
Familie Koulailat, 5. November 2013
Reichardt, Achim, 26. April 2012 und 25. Juli 2013
Winter, Heinz-Dieter, 25. Juli 2013

C. Gedruckte Quellen

I. Editionen

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtiges Amts, Band 1973, München 2004.
Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtiges Amts, Band 1975, München 2006.
Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtiges Amts, Band 1979, München 2010.
Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtiges Amts, Band 1981, München 2012.
Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtiges Amts, Band 1986, München 2017.

Burr, William, The October War and U.S. Policy, www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB98/index.htm, abgerufen am 6. September 2013.

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik Bonn/Senat von Berlin (Hg.), Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966, München 1967.

Haupt, Dirk Roland/Haumer, Stefanie/Fischer, Andrea (Hg.), Documents on International Humanitarian Law, Sankt Augustin 2012.

Kadi, Leila S., Arab Summit Conferences and the Palestine Problem, Beirut 1966.

Laqueur, Walter/Rubin, Barry (Hg.), The Israel-Arab Reader. A Documentary History of the Middle East Conflict, Harmondsworth 2008.
Lenin, Wladimir Iljitsch, Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus", in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hg.), W. I. Lenin. Werke, Band 23, Ost-Berlin 1957, S. 18–71.
Lenin, Wladimir Iljitsch, Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hg.), W. I. Lenin. Werke, Band 31, Ost-Berlin 1959, S. 132–139.
Lenin, Wladimir Iljitsch, Bericht der Kommission für die nationale und koloniale Frage, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hg.), W. I. Lenin. Werke, Band 31, Ost-Berlin 1959, S. 228–252.
Lenin, Wladimir Iljitsch, Referat über die Taktik der KPR, 5. 7. 1921 (3. Kongreß der Kommunistischen Internationale), in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hg.), W. I. Lenin. Werke, Band 32, Ost-Berlin 1961, S. 501–519.
Lukacs, Yehuda, The Israeli-Palestinian Conflict: A Documentary Record, Cambridge 1992.

Medzini, Meron, Israel's Foreign Relations. Basic Documents 1948–1972, Jerusalem 1972.
Medzini, Meron, Israel's Foreign Relations. Selected Documents 1974–1977, Jerusalem 1982.
Medzini, Meron, Israel's Foreign Relations. Selected Documents 1979–1980, Jerusalem 1984.
Möller, Horst/Pautsch, Ilse Dorothee/Schöllgen, Gregor/Wentker, Hermann/Wirsching, Andreas (Hg.), Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, Göttingen 2015.

Smith, Charles D., Palestine and the Arab-Israeli Conflict. A History with Documents, Boston 2013.
Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik (Hg.), Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1964, Band XII, Ost-Berlin 1966.
Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik (Hg.), Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1965, Band XIII, Ost-Berlin 1969.
Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik (Hg.), Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1984, Band XXXII, Ost-Berlin 1987.
State of Israel, Ministry of Foreign Affairs, Israel's Foreign Relations. Selected Documents, www.mfa.gov.il/MFA, abgerufen am 12. März 2011, 13. Juni 2012, 25. Juni 2012, 10. Januar 2013 und 30. März 2013.
Steininger, Rolf/Agstner, Rudolf (Hg.), Israel und der Nahostkonflikt 1972–1976, München 2006.

United Nations Treaty Collection, International Convention against the Taking of Hostages, http://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=XVIII-5&chapter=18&lang=en, abgerufen am 14. September 2013.

II. Autobiografien, Erinnerungen und Memoiren

Abbas, Mahmoud, Through Secret Channels, Reading 1995.

Bator, Wolfgang, Begegnung mit Arafat, www.bator.eu, abgerufen am 1. August 2011.
Ben-Natan, Asher, Die Chuzpe zu leben. Stationen meines Lebens, Düsseldorf 2003.
Brandt, Willy, Erinnerungen. Mit den „Notizen zum Fall G", Berlin 2013.

Daoud, Abou, Palestine. De Jérusalem à Munich, Paris 1999.
Dajani, Ahmad Sidqi al, The PLO and the Euro-Arab Dialogue, in: Journal of Palestine Studies, 35/1980, S. 81–98.
Dumas, Roland, Le Fil et la Pelote. Mémoires, Paris 1996.

François-Poncet, Jean, 37, quai d'Orsay. Mémoires pour aujourd'hui et pour demain, Paris 2008.
Frangi, Abdallah, Der Gesandte. Mein Leben für Palästina, hinter den Kulissen der Nahost-Politik, München 2011.

Genscher, Hans-Dietrich, Erinnerungen, Berlin 1995.

Hout, Shafiq al, My Life in the PLO. The Inside Story of the Palestinian Struggle, New York 2011.

Khalaf, Salah, Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser, Düsseldorf 1979.
Khalidi, Rashid, Under Siege: P.L.O. Decisionmaking during the 1982 War, New York 2013.
Kirkpatrick, Jeane J., Dictatorship and Double Standards. Rationalism and Reason in Politics, New York 1982.
Kissinger, Henry, Years of Upheaval, London 1982.
Kissinger, Henry, Years of Renewal, New York 2000.
Kreisky, Bruno, Im Strom der Politik. Erfahrungen eines Europäers. Memoiren zweiter Teil, Berlin 1988.
Kreisky, Bruno, Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil, Wien 1996.

Maizière, Lothar de, DDR – Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung, in: Trunk, Alexander/Steindorff, Ludwig/Nübler, Norbert/Düring, Michael (Hg.), 1989 – Jahr der Wende im östlichen Europa, Lohmar 2011, S. 5–24.
Meroz, Yohanan, In schwieriger Mission. Als Botschafter Israels in Bonn, Frankfurt am Main 1986.

Odermann, Heinz, Wellen mit tausend Klängen. Geschichten rund um den Erdball in Sendungen des Auslandsrundfunks der DDR Radio Berlin International, Berlin 2003.

Pacepa, Ion Mihai, Red Horizons. The True Story of Nicolae and Elena Ceausescus' Crimes, Lifestyle, and Corruption, Washington 1990.
Polkehn, Klaus, Das war die Wochenpost. Geschichte und Geschichten einer Zeitung, Berlin 1997.
Primakov, Yevgeny, Russia and the Arabs. Behind the Scenes in the Middle East from the Cold War to the Present, New York 2009.
Primor, Avi, „… mit Ausnahme Deutschlands". Als Botschafter Israels in Bonn, Berlin 1997.

Qassem, Naim, Hizbullah. The Story from within, London 2010.

Reichardt, Achim, Nie vergessen – Solidarität üben!, Berlin 2006.

Salem, Elie A., Violence and Diplomacy in Lebanon. The Troubled Years, 1982–1988, New York 1995.
Sharif, Bassam Abu, Arafat and the Dream of Palestine. An Insider's Account, New York 2009.
Sharon, Ariel, Warrior. The Autobiography of Ariel Sharon, New York 1989.

Sharon, Ariel, The War in Lebanon. Summer 1982: Memoir (Address delivered August 11, 1987, at the Center for Strategic Studies at Tel Aviv University), in: Rabinovich, Itamar/ Reinharz, Jehuda (Hg.), Israel in the Middle East. Documents and Readings on Society, Politics, and Foreign Relations, pre-1948 to the Present, Waltham 2008, S. 399–402.

Wischnewski, Hans-Jürgen, Mit Leidenschaft und Augenmaß. In Mogadischu und anderswo, Politische Memoiren, München 1989.

III. Dokumente und Resolutionen der Vereinten Nationen

1. Generalversammlung

UN A/RES/II/169 A, B, Agreement between the United Nations and the United States of America Regarding the Headquarters of the United Nations, October 31, 1947.
UN A/RES/II/181 A, B, Resolution adopted on the Report of the Ad Hoc Committee on the Palestinian Question, November 29, 1947.
UN A/RES/III/194, Palestine – Progress Report of the United Nations Mediator, December 11, 1948.
UN A/RES/III/212, Assistance to Palestine Refugees, November 19, 1948.
UN A/RES/IV/302, Assistance to Palestine Refugees, December 8, 1949.
UN A/RES/VI/513, Assistance to Palestine Refugees, January 26, 1952.
UN A/RES/XVIII/1912, Report of the Commissioner-General of the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, December 3, 1963.
UN A/RES/XXIV/2535, United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, December 10, 1969.
UN A/RES/XXV/2649, Importance of the Universal Realization of the Right of Peoples to Self-Determination and of the Speedy Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples for the Effective Guarantee and Observance of Human Rights, November 30, 1970.
UN A/RES/XXV/2672, United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, December 8, 1970.
UN A/RES/XXVI/2787, Importance of the Universal Realization of the Right of Peoples to Self-Determination and of the Speedy Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples for the Effective Guarantee and Observance of Human Rights, December 6, 1971.
UN A/RES/XXIX/3210, Invitation to the Palestine Liberation Organization, October 14, 1974.
UN A/RES/XXIX/3236, Question of Palestine, November 22, 1974.
UN A/RES/XXIX/3237, Observer Status for the Palestine Liberation Organization, November 22, 1974.
UN A/RES/XXX/3379, Elimination of All Forms of Racial Discrimination, November 10, 1975.
UN A/RES/31/103, Drafting of an International Convention against the Taking of Hostages, December 15, 1976.
UN A/RES/34/146, International Convention against the Taking of Hostages, December 17, 1979.
UN A/RES/67/19, Status of Palestine in the United Nations, November 29, 2012.

UN A/7/PV.406, The Conciliatory Commission for Palestine and Its Work in the Light of the Resolutions of the United Nations, December 18, 1952.
UN A/18/PV.1269, Report of the Special Political Committee, December 3, 1963.
UN A/29/PV.2268, Question of Palestine, October 14, 1974.
UN A/29/PV.2287, Question of Palestine, November 15, 1974.
UN A/29/PV.2291, Question of Palestine, November 19, 1974.
UN A/29/PV.2292, Question of Palestine, November 22, 1974.
UN A/33/PV.8, General Debate, September 26, 1978.

UN A/34/PV.8, General Debate, September 25, 1979.
UN A/34/PV.12, General Debate, September 27, 1979.

UN A/286, Letter from the United Kingdom Delegation to the United Nations Addressed to the United Nations, April 2, 1947.
UN A/5624, Report of the Special Political Committee, November 27, 1963.

UN A/AC.14/33, Report of the Ad Hoc Committee on the Palestinian Question, Report of Sub-Committee 2, November 11, 1947.
UN A/AC.14/34, Report of the Ad Hoc Committee on the Palestinian Question, Report of Sub-Committee 1, November 19, 1947.

UN A/CONF.13/C.1/SR.51-55, United Nations Conference on the Law of Sea, Volume III, First Committee, April 18, 1958.

UN A/HRC/3/2, Report of the Commission of Inquiry on Lebanon Pursuant to Human Rights Council Resolution S-2/1, Implementation of General Assembly Resolution 60/251 of 15 March 2006 Entitled „Human Rights Council".

UN A/SPC/89, Letter from the Permanent Representatives of Algeria, Iraq, Jordan, Kuwait, Lebanon, Libya, Morocco, Saudi-Arabia, Sudan, Syria, Tunisia, the United Arab Emirates and Yemen Addressed to the Chairman of the Special Political Committee, October 31, 1963.
UN A/SPC/SR.399, Report of the Commissioner-General of the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, November 5, 1963.
UN A/SPC/90, Report of the Commissioner-General of the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, November 6, 1963.

2. Sicherheitsrat

UN S/RES/61 (1948), Security Council Resolution 61, November 4, 1948.
UN S/RES/242 (1967), Security Council Resolution 242, November 22, 1967.
UN S/RES/338 (1973), Security Council Resolution 338, October 22, 1973.
UN S/RES/340 (1973), Security Council Resolution 340, October 25, 1973.
UN S/RES/350 (1974), Security Council Resolution 350, May 31, 1974.
UN S/RES/381 (1975), Security Council Resolution 381, November 30, 1975.
UN S/RES/425 (1978), Security Council Resolution 425, March 19, 1978.
UN S/RES/542 (1983), Security Council Resolution 542, November 23, 1983.
UN S/RES/2334 (2016), Security Council Resolution 2334, December 23, 2016.

UN S/PV.1870, Security Council 1870th Meeting, January 12, 1976.
UN S/PV.1871, Security Council 1871th Meeting, January 13, 1976.
UN S/PV.1877, Security Council 1877th Meeting, January 21, 1976.
UN S/PV.1878, Security Council 1878th Meeting, January 22, 1976.

UN S/1949/1264/Corr.1, Cablegram dated 23 February 1949 from the Acting Mediator to the Secretary-General Transmitting the Text of an Armistice Agreement between Egypt and Israel, March 11, 1949.
UN S/1949/1296, Cablegram dated 22 March 1949 from the Acting Mediator to the Secretary-General Transmitting the Text of an Armistice Agreement between Lebanon and Israel, March 23, 1949.
UN S/1949/1302/Rev.1, Cablegram dated 3 April 1949 from the United Nations Acting Mediator to the Secretary-General Transmitting the Text of the General Armistice Agreement between the Hashemite Jordan Kingdom and Israel, April 3, 1949.
UN S/1949/1353, Communication dated 20 July 1949 from the United Nations Acting Mediator on Palestine to the Acting Secretary-General Transmitting the Text of an Armistice Agreement between Israel and Syria, July 20, 1949.

UN S/1952/2502, Letter from the Representative of Israel Addressed to the President of the Security Council, January 29, 1952.
UN S/1964/6003, Letter from the Permanent Representatives of Algeria, Iraq, Jordan, Kuwait, Lebanon, Libya, Morocco, Saudi-Arabia, Sudan, Syria, Tunisia, the United Arab Emirates and Yemen to the United Nations Addressed to the Secretary-General, October 8, 1964.
UN S/1975/11883, Add. 1, Further Report of the Secretary-General on the United Nations Disengagement Observer Force, November 28, 1975.
UN S/1983/16194, Statement by the Secretary-General at Security Council Consultations, December 3, 1983.
UN S/1983/16224, Letter from the Permanent Representative of France to the United Nations Addressed to the President of the Security Council, December 17, 1983.
UN S/1983/16228, Report of the Secretary-General in Pursuance of Security Council Resolution 542 (1983), December 21, 1983.

UN S/96/Rev.5., Provisional Rules of Procedure of the Security Council, January 31, 1969.

IV. Abkommen, Drucksachen, Entscheide, Gesetze und Urteile

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, Handelsregister, HRB 5066.
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, Handelsregister, HRB 5138.
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, Handelsregister, HRB 35256.
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, Handelsregister, HRB 35806.

Bundesgesetzblatt, 1953, Teil II.
Bundesgesetzblatt, 1973, Teil II.
Bundesgesetzblatt, 1976, Teil I.
Bundesgesetzblatt, 1990, Teil II.
Bundesgerichtshof, Beschluss 5 StR 306/03.
BVerfGE, Band 36, 1973, Nummer 1, S. 1–37.
BVerfGE, Band 77, 1987, Nummer 7, S. 137–170.

Cot, Jean-Pierre/Pellet, Alain (Hg.), La Charte des Nations Unies. I Commentaire article par article, Paris 2005.

Deutscher Bundestag, Drucksache 12/7600. Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, Berlin 1994.
Deutscher Bundestag, Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 10. Wahlperiode (vom 5. April bis zum 2. Oktober 1990), Band 1, Protokoll der 1. Sitzung bis 9. Sitzung, Berlin 2000.
Deutscher Bundestag, Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 10. Wahlperiode (vom 5. April bis zum 2. Oktober 1990), Band 3, Protokoll der 26. Sitzung bis 38. Sitzung, Berlin 2000.

Gesetzblatt der DDR, 1968, Teil I.
Gesetzblatt der DDR, 1975, Teil I.
Gesetzblatt der DDR, 1977, Teil I.

Kerry, John/Brown, Hank, The BCCI Affair. A Report to the Committee on Foreign Affairs, United States Senate, Washington 1992.

Landgericht Berlin, Geschäftszeichen (539) 1 Js 2/92 KLs (8/97), Urteil.
Landgericht Nürnberg-Fürth, Geschäftszeichen 3 Ks 340 Js 40387/81, Urteil nebst Beiakten.

Verordnungsblatt für Groß-Berlin, 1950, Teil I.

Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Stenographische Protokolle. 9. Wahlperiode, Band 25, Berlin 1990.
Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Stenographische Protokolle. 10. Wahlperiode, Band 27, Berlin 1990.
Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Drucksachen. 10. Wahlperiode, Band 35, Berlin 1990.

V. Offizielle Publikationen und Mitteilungen

Angaben des Außenministeriums der Tschechischen Republik vom 29. August 2014.
Angaben der Diplomatischen Mission Palästinas in Spanien, www.embajadadepalestina.es, abgerufen am 28. Januar 2013.
Angaben der Generaldirektion Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland, www.palaestina.org/generaldelegation/generaldelegation_/generaldelegation.php, abgerufen am 28. September 2010.
Angaben des Ministeriums für Auswärtige Beziehungen und Außenwirtschaft von Ungarn vom 3. September 2014.
Angaben des Polnischen Instituts für Internationale Beziehungen vom 4. September 2014.
Angaben der Ständigen Beobachtermission des Staates Palästina bei den Vereinten Nationen, www.palestineun.org/about-palestine/palestine-liberation-organization, abgerufen am 11. Juli 2014.
Angaben des Weißen Hauses zum „National Security Council", www.whitehouse.gov/administration/eop/nsc, abgerufen am 22. Februar 2013.

Bundesgerichtshof, Pressemitteilung 73/2004 vom 24. Juni 2004.

The Claims Conference on Jewish Material Claims against Germany, Article 2 Fund, www.claimscon.org/what-we-do/compensation/background/article2/, abgerufen am 17. April 2017.
The Claims Conference on Jewish Material Claims Against Germany, History, www.claimscon.org/about/history/, abgerufen am 10. Juni 2013.

Eken, Sena/Cashin, Paul/Erbas, Nuri S./Martelino, Jose/Mazarei, Adnan, Economic Dislocation and Recovery in Lebanon, Washington 1995.

International Committee of the Red Cross, Principles in Action in Lebanon (Reference 4128), Geneva 2012, www.icrc.org/eng/assets/files/publications/icrc-002-4128.pdf, abgerufen am 2. April 2013.

Ministerial Committee on Settlement Affairs, The Commission to Examine the Status of Building in Judea and Samaria. Conclusions and Recommendations, www.pmo.gov.il/NR/rdonlyres/42C25B01-428B-40FC-8A6B-E9B1F5315D74/0/edmundENG100712.pdf, abgerufen am 21. Juli 2012.

Schweizerische Eidgenossenschaft, Interdepartementale Arbeitsgruppe „1970". Schlussbericht, www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/43938.pdf, abgerufen am 7. März 2017.

VI. Statistiken

Grimmett, Richard F., Conventional Arms Transfers to the Third World, 1986–1992 (CRS Reports for Congress, July 19, 1993), www.fas.org/sgp/crs/weapons/transfers85-92.pdf, abgerufen am 1. Juli 2014.

The International Institute for Strategic Studies, The Military Balance, London, Jahre 1971 bis 1989.

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistische Berichte über Studenten an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, Bonn, Jahre 1973 bis 1990.

OECD, http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TABLE2A, abgerufen am 24. Juli 2012.

Statistisches Bundesamt, Ausländische Studenten nach Herkunftsland und Fächergruppe des 1. Studienfaches, H201, VIIC-5.11, 1980–1990.

Stockholm International Peace Research Institute, TIV of Arms Exports, www.sipri.org/databases/armstransfers/background, abgerufen im Juni 2012 und im April 2013.

VII. Interviews und Reden

Arafat, Jassir im Interview mit dem „Journal of Palestine Studies", in: Journal of Palestine Studies, 49/1983, S. 3–8.
Arafat, Jassir im Interview mit „Le Monde", in: Le Monde, 25 juin 2004, S. 18–20.

Frangi, Abdallah, Solidarität mit Palästina bleibt unvergessen. Arafats Freundschaft mit Honecker reichte über 1990 hinaus, Abdallah Frangi im Interview mit Thomas Kunze, in: Kunze, Thomas/Vogel, Thomas (Hg.), Ostalgie international. Erinnerungen an die DDR von Nicaragua bis Vietnam, Berlin 2010, S. 91–95.
Frangi, Abdallah im Interview mit dem Deutschlandradio Kultur am 28. Oktober 2011, www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1590855/, abgerufen am 30. Oktober 2011.
Frangi, Abdallah, Dankrede anlässlich der Verleihung des Erich-Maria-Remarque-Friedenspreises am 15. November 2013, www.al-frangi.de/de/dankrede.html, abgerufen am 9. Januar 2014.

Habache, Georges, „Les Révolutionnaires ne meurent jamais". Conversation avec Georges Malbrunot, Paris 2008.

Reagan, Ronald, U.S. Policy for Peace in the Middle East, Speech September 1, 1982, www.cfr.org/israel/reagan-plan-us-policy-middle-east/p14140, abgerufen am 25. Juni 2012.
Robbe, Martin, Die DDR in Nah- und Mittelost: Eine Begegnung und ihre Spuren. Ein Rundtischgespräch mit Diplomaten, geführt von Martin Robbe im April 1993, in: asien afrika lateinamerika 21 (1994), S. 551–601.

D. Literatur

I. Aufsätze, Biografien, Monografien und Sammelbände

Abu-Amr, Ziad, Islamic Fundamentalism in the West Bank and Gaza. Muslim Brotherhood and Islamic Jihad, Bloomington 1994.
Aburish, Saïd K., Yasser Arafat, Paris 2003.
Alexander, Yonah, Palestinian Religious Terrorism: Hamas and Islamic Jihad, New York 2002.
Alexander, Yonah, Palestinian Secular Terrorism. Profiles of Fatah, Popular Front for the Liberation of Palestine, Popular Front for Liberation of Palestine-General Command, and Democratic Front for the Liberation of Palestine, New York 2003.
Alisch, Steffen, „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!". Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, München 2004.
Allen, David/Hauri, Andrin, The Euro-Arab Dialogue, the Venice Declaration, and Beyond. The Limits of a Distinct EC Policy, 1974–89, in: Möckli, Daniel/Mauer, Victor (Hg.),

European-American Relations and the Middle East. From Suez to Iraq, London 2011, S. 93–107.
Ansprenger, Franz, Die SWAPO. Profil einer afrikanischen Befreiungsbewegung, München 1984.
Ansprenger, Franz, Der African National Congress – ANC. Geschichte und aktuelle Politik einer Befreiungsbewegung für die Republik Südafrika, Bonn 1987.
Ansprenger, Franz, Der African National Congress – ANC. Geschichte und aktuelle Politik einer Befreiungsbewegung für die Republik Südafrika, Anhang: Der ANC und die christlichen Kirchen. Überlegungen eines Nicht-Theologen, Bonn 1987.
Arbeitsgemeinschaft für Völkerrecht beim Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hg.), Völkerrecht. Lehrbuch Teil 1, Ost-Berlin 1973.
Arend, Anthony Clark/Beck, Robert J., International Law and the Use of Force. Beyond the UN-Charter Paradigm, London 1993.
Ashton, Nigel J., Introduction. The Cold War in the Middle East, 1967–73, in: Ashton, Nigel J. (Hg.), The Cold War in the Middle East. Regional Conflict and the Superpowers 1967–73, London 2007, S. 1–15.
Ashton, Nigel J., Cold War, Hot War and Civil War. King Hussein and Jordan's Regional Role, 1967–73, in: Ashton, Nigel J. (Hg.), The Cold War in the Middle East. Regional Conflict and the Superpowers 1967–73, London 2007, S. 188–209.
Asseburg, Muriel, Blockierte Selbstbestimmung: Palästinensische Staats- und Nationenbildung während der Interimsperiode, Baden-Baden 2002.
Autorenkollektiv, Die gesellschaftlichen Organisationen in der DDR. Stellung, Wirkungsrichtungen und Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Staat, Ost-Berlin 1980.
Autorenkollektiv des Lehr- und Forschungsbereiches Nordafrika/Nahost der Sektion Afrika/Nahost der Karl-Marx-Universität Leipzig unter Leitung von Lothar Rathmann, Geschichte der Araber. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Band 7, Der Kampf um den Entwicklungsweg in der arabischen Welt, Ost-Berlin 1983.
Avineri, Shlomo, Political Ideologies: From Consensus to Confrontation, in: Roth, Stephen J. (Hg.), The Impact of the Six-Day War. A Twenty-Year Assessment, London 1988, S. 197–208.
Avi-Ran, Reuven, The Syrian Involvement in Lebanon since 1975, Boulder 1991.
Awaisi, Abd Al-Fattah al, The Conceptual Approach of the Egyptian Muslim Brothers towards the Palestine Question 1928–1949, in: Journal of Islamic Studies 2 (1991), S. 225–244.
Awaisi, Abd Al-Fattah al, The Muslim Brothers and the Palestine Question 1928–1947, London 1998.
Azzam, Maha, Egypt: The Islamists and the State under Mubarak, in: Sidahmed, Abdel Salam/Ehteshami, Anoushiravan (Hg.), Islamic Fundamentalism, Boulder 1996, S. 109–122.

Bachmann, Wiebke, Die UdSSR und der Nahe Osten. Zionismus, ägyptischer Antikolonialismus und sowjetische Außenpolitik bis 1956, München 2011.
Badran, Tony, Lebanon's Militia Wars, in: Rubin, Barry (Hg.), Lebanon. Liberation, Conflict, and Crisis, New York 2009, S. 35–62.
Bailey, Clinton, Lebanon's Shi'is after the 1982 War, in: Kramer, Martin (Hg.), Shi'ism, Resistance, and Revolution, Boulder 1987, S. 219–236.
Banteks, Ilias/Nash, Susan, International Criminal Law, London 2007.
Bar, Shmuel, The Muslim Brotherhood in Jordan, Tel Aviv 1998.
Barghouti, Iyad, Islamist Movements in Historical Palestine, in: Sidahmed, Abdel Salam/Ehteshami, Anoushiravan (Hg.), Islamic Fundamentalism, Boulder 1996, S. 163–177.
Bar-Haim, Sara, The Palestine Liberation Army: Stooge or Actor, in: Ben-Dor, Gabriel (Hg.), The Palestinians and the Middle East Conflict, Tel Aviv 1978, S. 173–192.
Bator, Wolfgang, Die DDR im arabischen Raum, in: Bock, Siegfried/Muth, Ingrid/Schwiesau, Hermann (Hg.), DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch, Münster 2004, S. 267–281.
Becker, Jillian, The PLO. Rise and Fall of the Palestine Liberation Organization, New York 1984.

Beeri, Eliezer, The Emergence of Palestinian Arab Leadership: Husaini, Shuqairi and Arafat, in: Ben-Dor, Gabriel (Hg.), The Palestinians and the Middle East Conflict, Tel Aviv 1978, S. 451–459.
Bender, Peter, Die „Neue Ostpolitik" und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Wiedervereinigung, München 1996.
Bender, Peter, Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945–1990, Stuttgart 2007.
Ben-Dor, Gabriel, Nationalism without Sovereignty and Nationalism with Multiple Sovereignties: the Palestinians and Inter-Arab Relations, in: Ben-Dor, Gabriel (Hg.), The Palestinians and the Middle East Conflict, Tel Aviv 1978, S. 143–171.
Benedek, Wolfgang, Die Anerkennung der PLO durch Österreich, in: ZaöRV 40 (1980), S. 841–857.
Bengtson-Krallert, Matthias, Die DDR und der internationale Terrorismus, Marburg 2017.
Benvenisti, Eyal, The International Law of Occupation, Oxford 2012.
Berti, Benedetta, The Ongoing Battle for Beirut: Old Dynamics and New Trends, Tel Aviv 2011.
Bird, Kai, The Good Spy. The Life and Death of Robert Ames, New York 2014.
Blasius, Rainer A., „Völkerfreundschaft" am Nil: Ägypten und die DDR im Februar 1965. Stenographische Aufzeichnungen aus dem MfAA über den Ulbricht-Besuch bei Nasser, in: VfZ 46 (1998), S. 747–805.
Böckenförde, Ernst-Wolfgang, Die Rechtsauffassung im kommunistischen Staat, München 1967.
Boulby, Marion, The Muslim Brotherhood and the Kings of Jordan, 1945–1993, Atlanta 1999.
Boutros-Ghali, Boutros, La Ligue des Etats arabes, in: General Index to the Collected Courses of the Hague Academy of International Law, 137/1972, S. 1–81.
Boykin, John, Cursed is the Peacemaker. The American Diplomat Versus the Israeli General, Beirut 1982, Belmont 2002.
Bröning, Michael, Political Parties in Palestine. Leadership and Thought, New York 2013.
Bruce St John, Ronald, Libya and the United States. Two Centuries of Strife, Philadelphia 2002.
Brunner, Detlev, DDR „transnational". Die „internationale Solidarität" der DDR, in: Gallus, Alexander/Schildt, Axel/Siegfried, Detlef (Hg.), Deutsche Zeitgeschichte – transnational, Göttingen 2015, S. 64–80.
Bues, Rüdiger, Das Bankensystem der ehemaligen DDR bis 1990. Seine Organisation und Wirksamkeit innerhalb des zentralgeplanten Wirtschaftssystems, Berlin 1994.
Buettner, Friedemann, Germany's Middle East Policy: The Dilemmas of a „Policy of Even-Handedness" (Politik der Ausgewogenheit), in: Goren, Haim (Hg.), Germany and the Middle East. Past, Present, and Future, Jerusalem 2003, S. 115–159.
Buthmann, Reinhard, Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (MfS-Handbuch), Berlin 2004.

Carré, Olivier/Seurat, Michel, Les Frères musulmans (1928–1982), Paris 2001.
Catignani, Sergio, Israeli Counter-Insurgency Strategy and the Quest for Security in the Israeli-Lebanese Conflict Arena, in: Jones, Clive/Catignani, Sergio (Hg.), Israel and Hizbullah. An Asymmetric Conflict in Historical and Comparative Perspective, London 2010, S. 67–89.
Chamberlin, Paul Thomas, The Global Offensive. The United States, the Palestine Liberation Organization, and the Making of the Post-Cold War Order, Oxford 2012.
Clapham, Andrew, Human Rights Obligations of Non-State Actors, Oxford 2006.
Cobban, Helena, The Palestinian Liberation Organisation. People, Power and Politics, Cambridge 1984.
Cohen, Amnon, Political Parties in the West Bank under the Jordanian Regime 1949–1967, Ithaca 1982.
Cohen, Stuart A., Israel and Its Army. From Cohesion to Confusion, London 2008.
Conze, Eckart, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, Berlin 2009.

Cordesman, Anthony H., Iran's Military Forces in Transition. Conventional Threats and Weapons of Mass Destruction, London 1999.
Croitoru, Joseph, Hamas. Der islamische Kampf um Palästina, München 2007.
Cyrus Sharifi-Yazdi, Farzad, Arab-Iranian Rivalry in the Persian Gulf. Territorial Disputes and the Balance of Power in the Middle East, London 2015.

Daase, Christopher, Das humanitäre Völkerrecht und der Wandel des Krieges, in: Hasse, Jana/Müller, Erwin/Schneider, Patricia (Hg.), Humanitäres Völkerrecht. Politische, rechtliche und strafgerichtliche Dimensionen, Baden-Baden 2001, S. 132–157.
Daase, Christopher, Die RAF und der internationale Terrorismus. Zur transnationalen Kooperation klandestiner Organisationen, in: Kraushaar, Wolfgang (Hg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Band 2, Hamburg 2006, S. 905–929.
Dahlke, Matthias, Das Wischnewski-Protokoll. Zur Zusammenarbeit zwischen westeuropäischen Regierungen und transnationalen Terroristen 1977, in: VfZ 57 (2009), S. 201–215.
Dahlke, Matthias, Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus. Drei Wege zur Unnachgiebigkeit in Westeuropa 1972–1975, München 2011.
Dan, Uri, Ariel Sharon. An Intimate Portrait, New York 2006.
Dann, Uriel, King Hussein and the Challenge of Arab Radicalism. Jordan, 1955–1967, New York 1989.
Dannreuther, Roland, The Soviet Union and the PLO, Oxford 1998.
Das Gupta, Amit, Ulbricht am Nil. Die deutsch-deutsche Rivalität in der Dritten Welt, in: Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hg.), Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S. 111–133.
Dawisha, Karen, Soviet Foreign Policy towards Egypt, London 1979.
Dawn, Ernest C., The Foreign Policy of Syria, in: Brown, Carl L. (Hg.), Diplomacy in the Middle East. The International Relations of Regional and Outside Powers, London 2006, S. 159–178.
Defrates, John F., UNRWA, the Federal Republic of Germany and the Palestine Refugees, in: Orient 13 (1972), S. 124–126.
Degras, Jane, Neues Deutschland and Israel. A Diary of East German Reactions, in: Wistrich, Robert S. (Hg.), The Left against Zion. Communism, Israel and the Middle East, London 1979, S. 114–136.
Delbrück, Jost, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Völkerrecht der Gegenwart, in: Vereinte Nationen 25 (1977), S. 6–10.
Dietl, Wilhelm, Die Agentin des Mossad. Operation Roter Prinz, Düsseldorf 1992.
Dinstein, Yoram, The International Legal Status of the West Bank and the Gaza Strip – 1998, in: IYHR 29 (1999), S. 37–49.
Dinstein, Yoram, War, Aggression and Self-Defence, Cambridge 2011.
Dreier, Horst, Artikel 146 Geltungsdauer, in: Dreier, Horst (Hg.), Grundgesetz-Kommentar, Band III, Tübingen 2008, S. 1805–1838.
Drori, Moshe, The Israeli Settlements in Judea and Samaria: Legal Aspects, in: Elazar, Daniel J. (Hg.), Judea, Samaria, and Gaza: Views on the Present and Future, Washington 1982, S. 44–80.

Eckert, Rainer, Der 9. Oktober: Tag der Entscheidung in Leipzig, in: Henke, Klaus-Dietmar (Hg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 213–223.
Efrat, Moshe, The Soviet Union and the Syrian Military-Economic Dimension. A Realpolitik Perspective, in: Efrat, Moshe/Bercovitch, Jacob (Hg.), Superpowers and Client States in the Middle East. The Imbalance of Influence, London 1991, S. 241–259.
Ehteshami, Anoushiravan/Hinnebusch, Raymond A., Syria and Iran. Middle Powers in a Penetrated Regional System, London 1997.
Elpeleg, Zvi, Through the Eyes of the Mufti. The Essays of Haj Amin, London 2009.
Emig, Julia, Die Liga der arabischen Staaten. Eine Bilanz unter besonderer Berücksichtigung der arabischen Kultur, Edingen-Neckarhausen 2004.

End, Heinrich, Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949–1972, Köln 1973.
Engelleder, Denis, Die islamistische Bewegung in Jordanien und Palästina 1945–1989, Wiesbaden 2002.

Filiu, Jean-Piere, France and the June 1967 War, in: Louis, Roger Wm./Shlaim, Avi (Hg.), The 1967 Arab-Israeli War. Origins and Consequences, New York 2012, S. 247–263.
Fink, Carole, Ostpolitik and West German-Israeli Relations, in: Fink, Carole/Schaefer, Bernd (Hg.), Ostpolitik, 1969–1974. European and Global Responses, Cambridge 2009, S. 182–205.
Follath, Erich, Das Auge Davids, Hamburg 1980.
Frangi, Abdallah, PLO und Palästina. Vergangenheit und Gegenwart, Frankfurt am Main 1982.
Fraser, Thomas G., The Middle East, 1914–1979, New York 1980.
Freedman, Robert O., The Soviet Union and Syria. A Case Study of Soviet Policy, in: Efrat, Moshe/Bercovitch, Jacob, Superpowers and Client States in the Middle East. The Imbalance of Influence, London 1991, S. 141–208.
Freedman, Robert O., Moscow and the Middle East. Soviet Policy since the Invasion of Afghanistan, New York 1991.
Friedlander, Robert A., Autonomy, the Palestinians, and International Law: The Begin Legacy, in: Freedman, Robert O. (Hg.), Israel in the Begin Era, New York 1982, S. 201–220.
Friedman, Yaron, The Nusayri Alawis. An Introduction to the Religion, History and Identity of the Leading Minority in Syria, Leiden 2010.
Frisch, Hillel, The Palestinian Military. Between Militias and Armies, London 2008.
Frisch, Hillel, Hamas: The Palestinian Muslim Brotherhood, in: Rubin, Barry (Hg.), The Muslim Brotherhood. The Organization and Policies of a Global Islamist Movement, New York 2010, S. 89–102.
Fromm, Rainer, Die „Wehrsportgruppe Hoffmann": Darstellung, Analyse und Einordnung. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen und europäischen Rechtsextremismus, Frankfurt am Main 1998.
Frowein, Jochen Abr., The Relationship between Human Rights Regimes and Regimes of Belligerent Occupation, in: IYHR 29 (1999), S. 1–16.
Furlonge, Geoffrey, Palestine is My Country. The Story of Musa Alami, London 1969.

Gaida, Burton C., USA-DDR. Politische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen seit 1974, Bochum 1989.
Gainsborough, Russell J., The Arab-Israeli Conflict. A Politico-Legal Analysis, Aldershot 1987.
Gall, Lothar, Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie, München 2006.
Gambill, Gary C., Islamist Groups in Lebanon, in: Rubin, Barry (Hg.), Lebanon. Liberation, Conflict, and Crisis, New York 2009, S. 131–154.
Gandolfo, Luisa, Palestinians in Jordan. The Politics of Identity, London 2012.
Gasiorowski, Mark J., U.S. Foreign Policy and the Shah, Ithaca 1991.
Gasztold-Seń, Przemysław, Cooperation by Ideology? Polish-Syrian Relations during the Cold War, in: Gasztold-Seń, Przemysław/Trentin, Massimiliano/Adamec, Jan (Hg.), Syria during the Cold War. The East European Connection, Boulder 2014, S. 5–40.
Gasztold-Seń, Przemysław, Between Geopolitics and National Security. Polish Intelligence and International Terrorism during the Cold War, in: Bułhak, Władysław/Wegener Friis, Thomas (Hg.), Need to Know. Eastern and Western Perspectives, Odense 2014, S. 137–162.
Gazit, Shlomo, Trapped Fools. Thirty Years of Israeli Policy in the Territories, London 2003.
Geiger, Tim, Westliche Anti-Terrorismus-Diplomatie im Nahen Osten, in: Hürter, Johannes (Hg.), Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren, München 2015, S. 259–288.

Gerges, Fawaz A., Lebanon, in: Sayigh, Yezid/Shlaim, Avi (Hg.), The Cold War and the Middle East, Oxford 1997, S. 77–101.
Gershoni, Israel, The Muslim Brothers and the Arab Revolt in Palestine, 1936–39, in: Middle Eastern Studies 22 (1986), S. 367–397.
Gieseke, Jens, Die Stasi. 1945–1990, München 2011.
Ginor, Isabella/Remez, Gideon, The Origins of a Misnomer. The „expulsion of Soviet advisers" from Egypt in 1972, in: Ashton, Nigel J. (Hg.), The Cold War in the Middle East. Regional Conflict and the Superpowers 1967–73, London 2007, S. 136–163.
Golan, Galia, The Soviet Union and the PLO, in: Adelphi Papers, 131/1976, S. 1–34.
Golan, Galia, Syria and the Soviet Union since the Yom Kippur War, in: Orbis 21 (1978), S. 777–801.
Golan, Galia, The Soviet Union and the Palestine Liberation Organization: An Uneasy Alliance, New York 1980.
Golan, Galia, Gorbachev's „New Thinking" on Terrorism, New York 1990.
Golan, Galia, Moscow and the PLO. The Ups and Downs of a Complex Relationship, in: Ma'oz, Moshe/Sela, Avraham (Hg.), The PLO and Israel. From Armed Conflict to Political Solution, 1964–1994, London 1997, S. 121–140.
Golan, Galia, The Cold War and the Soviet Attitude towards the Arab-Israeli Conflict, in: Ashton, Nigel J. (Hg.), The Cold War in the Middle East. Regional Conflict and the Superpowers 1967–73, London 2007, S. 59–73.
Goodarzi, Jubin M., Syria and Iran. Diplomatic Alliance and Power Politics in the Middle East, London 2009.
Göpfrich, Peter, Völkerrechtliche Aspekte des Libanonkonfliktes unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Liga der Arabischen Staaten (1975–1979), Heidelberg 1982.
Goren, Roberta, The Soviet Union and Terrorism, London 1984.
Görtemaker, Manfred, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.
Goschler, Constantin, Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, Göttingen 2005.
Goschler, Constantin, Die Bundesrepublik und die Entschädigung von Ausländern seit 1966, in: Hockerts, Hans Günter/Moisel, Claudia/Winstel, Tobias (Hg.), Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945–2000, Göttingen 2006, S. 94–146.
Gowers, Andrew/Walker, Tony, Behind the Myth. Yasser Arafat and the Palestinian Revolution, London 1990.
Graf, Rüdiger, Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren, Berlin 2014.
Green, Leslie C., Double Standards in the United Nations: The Legalization of Terrorism, in: Archiv des Völkerrechts 18 (1979/80), S. 129–148.
Greilsammer, Ilan/Weiler, Joseph, European Political Cooperation and the Palestinian–Israeli Conflict: an Israeli Perspective, in: Allen, David/Pijpers, Alfred (Hg.), European Foreign Policy-Making and the Arab-Israeli Conflict, The Hague 1984, S. 121–160.
Greilsammer, Ilan/Weiler, Joseph, Europe's Middle East Dilemma: The Quest for a Unified Stance, London 1987.
Große, Jürgen, Amerikapolitik und Amerikabild der DDR 1974–1989, Bonn 1999.
Gyr, Marcel, Schweizer Terrorjahre. Das geheime Abkommen mit der PLO, Zürich 2016.

Habib, Randa, Hussein, Père et Fils. Trente années qui ont changé le Moyen-Orient, Paris 2007.
Hacke, Christian, Amerikanische Nahost-Politik. Kontinuität und Wandel von Nixon bis Reagan, München 1985.
Hafez, Kai, Von der nationalen Frage zur Systempolitik: Perioden der DDR-Nahostpolitik, 1949–1989, in: Orient 36 (1995), S. 77–95.
Haftendorn, Helga, Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, Stuttgart 2001.

Hahn, Peter L., The Cold War and the Six Day War. US Policy towards the Arab-Israeli Crisis of June 1967, in: Ashton, Nigel J. (Hg.), The Cold War in the Middle East. Regional Conflict and the Superpowers 1967–73, London 2007, S. 16–34.
Hailbronner, Kay, International Terrorism and the Laws of War, in: GYIL 25 (1982), S. 169–198.
Halliday, Fred, The Middle East, the Great Powers, and the Cold War, in: Sayigh, Yezid/Shlaim, Avi (Hg.), The Cold War and the Middle East, Oxford 1997, S. 6–26.
Halverson, Jeffrey R., Theology and Creed in Sunni Islam. The Muslim Brotherhood, Ash'arism, and Political Sunnism, New York 2010.
Hansen, Niels, Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion. Ein dokumentierter Bericht, Düsseldorf 2002.
Harkabi, Yehoshafat, The Palestinian Covenant and Its Meaning, London 1979.
Harris, Christina Phelps, Nationalism and Revolution in Egypt. The Role of the Muslim Brotherhood, The Hague 1964.
Harris, Lillian Craig, China's Relations with the PLO, in: Journal of Palestine Studies, 25/1977, S. 123–154.
Harris, William, Reflections on Lebanon, in: Rubin, Barry (Hg.), Lebanon. Liberation, Conflict, and Crisis, New York 2009, S. 9–23.
Hart, Alan, Arafat. A Political Biography, Bloomington 1988.
Hartman, Corinna Margit, Staatliche Beteiligung an terroristischen Gewaltaktionen. Neue Herausforderungen für das Friedenssicherungssystem der Vereinten Nationen, Frankfurt am Main 2005.
Haury, Thomas, „Finanzkapital oder Nation". Zur ideologischen Genese des Antizionismus der SED, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 1 (1992), S. 148–171.
Haury, Thomas, Antisemitismus von Links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.
Hazan, Baruch A., Involvement by Proxy: Eastern Europe and the PLO 1971–1975, in: Ben-Dor, Gabriel (Hg.), The Palestinians and the Middle East Conflict, Tel Aviv 1978, S. 321–346.
Hendry, Ian D./Wood, Michael C., The Legal Status of Berlin, Cambridge 1987.
Henke, Klaus-Dietmar, 1989, in: Henke, Klaus-Dietmar (Hg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 11–46.
Henkel, Rüdiger, Im Dienste der Staatspartei. Über Parteien und Organisationen der DDR, Baden-Baden 1994.
Herbert, Ulrich, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.
Herbst, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen, So funktionierte die DDR. Lexikon der Organisationen und Institutionen Band 2, Mach-mit!-Bewegung – Zollverwaltung der DDR, Hamburg 1994.
Herdegen, Matthias, Völkerrecht, München 2013.
Herf, Jeffrey, Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germanys, Cambridge 1997.
Herf, Jeffrey, The Jewish Enemy. Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust, Cambridge 2006.
Herf, Jeffrey, Nazi Propaganda for the Arab World, New Haven 2009.
Herf, Jeffrey, Hitlers Dschihad. Nationalsozialistische Rundfunkpropaganda für Nordafrika und den Nahen Osten, in: VfZ 58 (2010), S. 259–286.
Herf, Jeffrey, „At War with Israel". East Germany's Key Role in Soviet Policy in the Middle East, in: Journal of Cold War Studies 16 (2014), S. 129–163.
Herf, Jeffrey, Undeclared Wars with Israel. East Germany and the West German Far Left 1967–1989, Cambridge 2016.
Heydemann, Günther, DDR, in: Heydemann, Günther/Vodička, Karel (Hg.), Vom Ostblock zur EU. Systemtransformationen 1990–2012 im Vergleich, Göttingen 2013, S. 101–136.
Heydemann, Günther, Die Innenpolitik der DDR, München 2003.
Heydemann, Günther/Schaarschmidt, Thomas, Innenpolitische Voraussetzungen und Etappen der „Wende" in der DDR, in: Fischer, Alexander/Heydemann, Günther (Hg.),

Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz, Weimar 1995, S. 45–70.
Higgins, Noelle, Regulating the Use of Force in Wars of National Liberation – The Need for a New Regime. A Study of the South Moluccas and Aceh, Leiden 2010.
Hinnebusch, Raymond A., Revisionist Dreams, Realist Strategies: The Foreign Policy of Syria, in: Korany, Bahgat/Dessouki, Ali E. Hillal (Hg.), The Foreign Policies of Arab States. The Challenge of Change, Boulder 1991, S. 374–409.
Hinnebusch, Raymond A., State and Islamism in Syria, in: Sidahmed, Abdel Salam/Ehteshami, Anoushiravan (Hg.), Islamic Fundamentalism, Boulder 1996, S. 199–214.
Hinnebusch, Raymond A., The Foreign Policy of Syria, in: Hinnebusch, Raymond A./Ehteshami, Anoushiravan (Hg.), The Foreign Policies of Middle East States, Boulder 2002, S. 141–165.
Hinnebusch, Raymond A., Syria. Revolution from Above, London 2002.
Hiro, Dilip, The Longest War. The Iran-Iraq Military Conflict, New York 1989.
Hockerts, Hans Günter, Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa. Eine einführende Skizze, in: Hockerts, Hans Günter/Moisel, Claudia/Winstel, Tobias (Hg.), Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945–2000, Göttingen 2006, S. 7–58.
Hogg, Ian V. (Hg.), Jane’s Infantry Weapons 1985–1986, London 1985.

Igel, Regine, Terrorismus-Lügen. Wie die Stasi im Untergrund agierte, München 2012.
Illichmann, Jutta, Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990, Frankfurt am Main 1997.
Inbar, Efraim, Great Power Mediation: The USA and the May 1983 Israeli-Lebanese Agreement, in: Journal of Peace Research 28 (1991), S. 71–84.
Inbar, Efraim, Israel’s National Security. Issues and Challenges since the Yom Kippur War, London 2008.
Ipsen, Knut, Völkerrecht. Ein Studienbuch, München 2014.
Israelyan, Victor, Inside the Kremlin during the Yom Kippur War, Pennsylvania 1995.

Jabber, Fuad, The Palestinian Resistance and Inter-Arab Politics, in: Jabber, Fuad/Quandt, William B./Lesch, Ann Mosely (Hg.), The Politics of Palestinian Nationalism, Berkeley 1973, S. 157–216.
Jaeger Kinan, Quadratur des Dreiecks. Die deutsch-israelischen Beziehungen und die Palästinenser, Schwalbach 1997.
Jäger, Wolfgang/Walter, Michael, Die Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90, Köln 1998.
Jamal, Amal, The Palestinian National Movement. Politics of Contention, 1967–2005, Bloomington 2005.
Jaschinski-Rombeck, Ursula, Das Londoner Schuldenabkommen. Die Regelung der deutschen Auslandsschulden nach dem Zeiten Weltkrieg, München 2005.
Jelinek, Yeshayahu A., Deutschland und Israel 1945–1965. Ein neurotisches Verhältnis, München 2004.
Jensen, Michael Irving, The Political Ideology of Hamas. A Grassroots Perspective, New York 2009.
Junker, Heinrich, F. J./Alavi, Bozorg, Persisch-Deutsches Wörterbuch, München 1968.

Kandil, Hazem, The Challenge of Restructuring: Syrian Foreign Policy, in: Korany, Bahgat/Dessouki, Ali E. Hillal (Hg.), The Foreign Policies of Arab States. The Challenge of Globalization, Cairo 2008, S. 421–455.
Kapeliouk, Amnon, Arafat. L’irréductible, Paris 2004.
Karmon, Ely, Coalitions between Terrorist Organizations. Revolutionaries, Nationalists and Islamists, Leiden 2005.
Katzman, Kenneth, The Warriors of Islam. Iran’s Revolutionary Guard, Boulder 1993.

Kaufman, Asher, From the Litani to Beirut – Israel's Invasions of Lebanon, 1978–1982. Causes and Consequences, in: Jones, Clive/Catignani, Sergio (Hg.), Israel and Hizbullah. An Asymmetric Conflict in Historical and Comparative Perspective, London 2010, S. 25–38.
Kausch, Hans G., Das Internationale Übereinkommen gegen Geiselnahmen, in: Vereinte Nationen 28 (1980), S. 77–83.
Kerr, Malcolm H., The Arab Cold War. Gamal Abd Al-Nasir and His Rivals, 1958–1970, London 1971.
Keßler, Mario, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995.
Khader, Bichara, Europe and the Arab-Israeli Conflict 1973–1983: An Arab Perspective, in: Allen, David/Pijpers, Alfred (Hg.), European Foreign Policy-Making and the Arab-Israeli Conflict, The Hague 1984, S. 161–186.
Khader, Bichara, La Ligue arabe et la question palestinienne, in: Flory, Maurice/Agate, Pierre-Sateh (Hg.), Le système régional arabe, Paris 1989, S. 321–341.
Khalidi, Rashid, The 1967 War and the Demise of Arab Nationalism: Chronicle of a Death Foretold, in: Louis, Roger Wm./Shlaim, Avi (Hg.), The 1967 Arab-Israeli War. Origins and Consequences, New York 2012, S. 264–284.
Khalidi, Walid, Conflict and Violence in Lebanon. Confrontation in the Middle East, Cambridge 1984.
Khatib, Line, Islamic Revivalism in Syria. The Rise and Fall of Ba'thist Secularism, London 2011.
Khazendar, Sami al, Jordan and the Palestine Question. The Role of Islamic and Left Forces in Policy-Making, Reading 1997.
Kielmansegg, Peter Graf, Das geteilte Land. Deutsche Geschichte 1945–1990, München 2007.
Kilian, Werner, Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001.
Kimhi, Shaul/Even, Shmuel/Post, Jerrold, Yasir Arafat – Psychological Profile and Strategic Analysis, in: International Institute for Counter Terrorism Herzliya, Herzliya 2001, www.ict.org.il/ResearchPublications/tabid/64/Articlsid/434/currentpage/1/Default.aspx, abgerufen am 6. Februar 2012.
Kirchbach Hans Detlev von/Rad Ali Safaei, Die internationale Stimme der Fatah. Abdallah Frangi – Diplomat, www.wdr5.de/av/audioerlebtegeschichtenabdallahfrangi100-audioplayer.html, abgerufen am 20. November 2013.
Klein, Eckart, Nationale Befreiungskämpfe und Dekolonisierungspolitik der Vereinten Nationen: Zu einigen völkerrechtlichen Tendenzen, in: ZaöRV 36 (1976), S. 618–652.
Klein, Eckart, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die deutsche Frage, Berlin 1990.
Kleßmann, Christoph, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1997.
Knabe, Hubertus, West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung" und „Abwehr", Berlin 1999.
Korte, Karl-Rudolf, Die deutsche Wiedervereinigung, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln 2008, S. 181–203.
Korte, Karl-Rudolf, Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl seit Herbst 1989, in: Henke, Klaus-Dietmar (Hg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 419–440.
Kowalczuk, Ilko-Sascha, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.
Krämer, Gudrun, Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israel, München 2006.
Krämer, Gudrun, Hasan al-Banna, Oxford 2010.
Kramer, Martin, Syria's Alawis and Shi'ism, in: Kramer, Martin (Hg.), Shi'ism, Resistance, and Revolution, Boulder 1987, S. 237–254.
Kraushaar, Wolfgang, Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005.
Kraushaar, Wolfgang, Antizionismus als Trojanisches Pferd. Zur antisemitischen Dimension in den Kooperationen von Tupamaros West-Berlin, RAF und RZ mit den Palästi-

nensern, in: Kraushaar, Wolfgang (Hg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Band 1, Hamburg 2006, S. 676–695.
Kraushaar, Wolfgang (Hg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Band 2, Hamburg 2006.
Kraushaar, Wolfgang, Die Tupamaros West-Berlin, in: Kraushaar, Wolfgang (Hg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Band 1, Hamburg 2006, S. 512–530.
Kraushaar, Wolfgang, „Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?" München 1970: über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus, Hamburg 2013.
Krech, Hans, Die Nahostpolitik der Sozialistischen Internationale. Unter besonderer Beachtung der Politik gegenüber Parteien und Bewegungen in den Jahren 1951 bis 1980, Berlin 1996.
Kregel, Bernd, Außenpolitik und Systemstabilisierung in der DDR, Opladen 1979.
Kretzmer, David, The Occupation of Justice. The Supreme Court of Israel and the Occupied Territories, New York 2002.
Kretzmer, David, The Law of Belligerent Occupation in the Supreme Court of Israel, in: International Review of the Red Cross 94 (2012), S. 207–236.
Kreutz, Andrej, Russia in the Middle East. Friend or Foe?, Westport 2007.
Kupper, Siegfried, Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern. Arabische Staaten und Israel, Bonn 1971.
Kurz, Anat N., Fatah and the Politics of Violence. The Institutionalization of a Popular Struggle, Brighton 2005.
Küsters, Hanns Jürgen, Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990, München 2000.

Labrenz-Weiß, Hanna, Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr (MfS-Handbuch), Berlin 1998.
Labrenz-Weiß, Hanna, Bearbeitung von Geheimdiensten, Korrespondenten und anderen „feindlichen Zentren" – Die Hauptabteilung II, in: Knabe, Hubertus (Hg.), West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung" und „Abwehr", Berlin 1999, S. 183–204.
Laham, Nicholas, Crossing the Rubicon. Ronald Reagan and US Policy in the Middle East, Aldershot 2004.
Lähteenmäki, Maija, The Palestine Liberation Organization and Its International Position. Until the Palestine National Council of Algiers in November 1988, Turku 1994.
Lamm, Hans Siegried/Kupper, Siegfried, DDR und Dritte Welt, München 1976.
Langer, Emil, Lenin und die nationale Befreiungsbewegung, in: DAP 25 (1980), S. 37–48.
Laqueur, Walter, The Soviet Union and the Middle East, London 1959.
Laqueur, Walter, Nahost – Vor dem Sturm. Die Vorgeschichte des Sechstage-Krieges im Juni 1967, Frankfurt am Main 1968.
Lawson, Fred H., Syria's Intervention in the Lebanese Civil War 1976: A Domestic Conflict Explanation, in: International Organization 3 (1984), S. 451–480.
Lefèvre, Raphaël, Hama and Beyond: Regime-Muslim Brotherhood Relations since 1982, in: Khatib, Line/Lefèvre, Raphaël/Qureshi, Jawad, State and Islam in Baathist Syria. Confrontation or Co-optation?, Sanct Andrews 2012, S. 3–28.
Lefèvre, Raphaël, The Syrian Brotherhood's Armed Struggle, in: Carnegie Middle East Center December 2012, www.carnegie-mec.org/publications/?fa=50380&lang=en, abgerufen am 7. Januar 2013.
Lefèvre, Raphaël, Ashes of Hama. The Muslim Brotherhood in Syria, London 2013.
Lehmann, Ines, Die Außenpolitik der DDR 1989/1990. Eine dokumentierte Rekonstruktion, Baden-Baden 2010.
Lesch, David W., 1979: The Year that Shaped the Modern Middle East, Boulder 2001.
Levi, Sasson, Local Government in the Administered Territories, in: Elazar, Daniel J. (Hg.), Judea, Samaria, and Gaza: Views on the Present and Future, Washington 1982, S. 103–122.
Lia, Brynjar, The Society of the Muslim Brothers in Egypt. The Rise of an Islamic Mass Movement 1928–1942, Reading 1998.
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (Hg.), Die nationalen Befreiungsbewegungen als eine der drei revolutionären Hauptströmungen unserer Epoche, Ost-Berlin 1973.

Linde, Gerd, Andropow-Assad-Arafat: Wer mit wem?, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 43/1983, S. 1–37.
Livingstone, Neil C./Halevy, David, Inside the PLO. Covert Units, Secret Funds, and the War against Israel and the United States, New York 1990.
Lorenz, Einhart, Willy Brandt. Deutscher – Europäer – Weltbürger, Stuttgart 2012.
Louis, Roger W., Britain and the Middle East after 1945, in: Brown, Carl L. (Hg.), Diplomacy in the Middle East: The International Relations of Regional and Outside Powers, London 2006, S. 21–58.
Lundgren Jörum, Emma, Beyond the Border. Syrian Policies towards Territories Lost, Uppsala 2011.

Maddy-Weitzman, Bruce, Chafing at the Bit: King Abdallah and the Arab League, in: Susser, Asher/Shmuelevitz, Aryeh (Hg.), The Hashemites in the Modern Arab World. Essays in Honour of the late Professor Uriel Dann, London 1995, S. 183–197.
Maeke, Lutz, Vom Zauber des Anfangs. Die Palästinensische Befreiungsorganisation und die DDR, in: Tribüne, 203/2012, S. 155–164.
Maeke, Lutz, Arafats doppelte Deutschlandpolitik, in: Tribüne, 204/2012, S. 135–145.
Maier, Charles S., Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt am Main 1999.
Ma'oz, Moshe, Ottoman Reform in Syria and Palestine 1840–1981. The Impact of the Tanzimat on Politics and Society, Oxford 1968.
Ma'oz, Moshe/Yaniv, Avner, On a Short Leash: Syria and the PLO, in: Ma'oz, Moshe/Yaniv, Avner (Hg.), Syria under Assad. Domestic Constraints and Regional Risks, London 1986, S. 191–205.
Ma'oz, Moshe/Sela, Avraham, The PLO in Regional Arab Politics: Taming a Non-State Actor, in: Ma'oz, Moshe/Sela, Avraham (Hg.), The PLO and Israel. From Armed Conflict to Political Solution, 1964–1994, London 1997, S. 97–119.
Maréchal, Brigitte, The Muslim Brothers in Europe. Roots and Discourse, Leiden 2008.
Marxen, Klaus, „Recht" im Verständnis des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, in: Engelmann, Roger/Vollnhals, Clemens (Hg.), Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit der DDR, Berlin 1999, S. 15–24.
Meinhardt, Volker, Der Prozess der Angleichung im Bereich der sozialen Sicherung 10 Jahre nach der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, in: Vierteljahrshefte für Wirtschaftsforschung 69 (2000), S. 225–248.
Meining, Stefan, Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel, Münster 2002.
Meining, Stefan, Unerfüllte Träume. Erich Honecker, die jüdische Wiedergutmachungsfrage und die USA, in: Balbier, Uta A./Rösch, Christiane (Hg.), Umworbener Klassenfeind. Das Verhältnis der DDR zu den USA, Berlin 2006, S. 59–76.
Meissner, Boris, Die marxistisch-leninistische Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht, in: Blumwitz, Dieter/Meissner, Boris (Hg.), Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die deutsche Frage, Köln 1984, S. 89–106.
Melman, Yossi, The Master Terrorist. The True Story behind Abu Nidal, New York 1986.
Merari, Ariel/Elad, Shlomi, The International Dimension of Palestinian Terrorism, Tel Aviv 1986.
Merseburger, Peter, Willy Brandt. 1913–1992, Visionär und Realist, München 2013.
Mertens, Lothar, Staatlich propagierter Antizionismus: Das Israelbild der DDR, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993), S. 139–153.
Miller, Rory, The PLO Factor in Euro-Israeli Relations, 1964–1992, in: Israel Affairs 10 (2004), S. 123–155.
Milton-Edwards, Beverley, Climate of Change in Jordan's Islamist Movement, in: Sidahmed, Abdel Salam/Ehteshami, Anoushiravan (Hg.), Islamic Fundamentalism, Boulder 1996, S. 123–142.
Milton-Edwards, Beverley, Islamic Politics in Palestine, London 1996.
Milton-Edwards, Beverley, Islamic Fundamentalism since 1945, London 2006.
Milton-Edwards, Beverley/Farrell, Stephen, Hamas. The Islamic Resistance Movement, Cambridge 2010.

Mißling, Sven, Der Status Palästinas in internationalen Organisationen, in: Vereinte Nationen 60 (2012), S. 147–153.
Möckli, Daniel, The EC-Nine and Transatlantic Conflict during the October War and the Oil Crisis, 1973–4, in: Möckli, Daniel/Mauer, Victor (Hg.), European-American Relations and the Middle East. From Suez to Iraq, London 2011, S. 77–93.
Möller, Harald, Die Rolle der DDR im Krieg Irak-Iran: neue Quellen, Berlin 2001.
Möller, Harald, DDR und Äthiopien. Unterstützung für ein Militärregime (1977–1989), Berlin 2003.
Möller, Horst, Zwei deutsche Staaten, eine Nation? Zum nationalen Selbstverständnis in den Verfassungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hg.), Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S. 15–33.
Mouna, Ziad, The Palestine Liberation Organisation and the German Democratic Republic, in: Orient 36 (1995), S. 97–107.
Müllenmeister, Uwe, Die Nahostpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1982, Frankfurt am Main 1988.
Müller, Reinhard, Der „2+4"-Vertrag und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Frankfurt am Main 1997.
Müller, Reinhard, Das Ende des Krieges: der Zwei-plus-vier-Vertrag, in: Henke, Klaus-Dietmar (Hg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 525–536.
Müller-Enbergs, Helmut, Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen (MfS-Handbuch), Berlin 2011.
Münkler, Herfried, Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR. Abgrenzungsinstrument nach Westen und Herrschaftsmittel nach innen, in: Agethen, Manfred/Jesse, Eckhard/Neubert, Ehrhart (Hg.), Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg im Breisgau 2002, S. 79–99.
Murtaza, Muhammad Sameer, Die ägyptische Muslimbruderschaft. Geschichte und Ideologie, Berlin 2011.
Muschik, Alexander, Die SED und die Juden 1985–1990. Eine außenpolitische Charmeoffensive der DDR, in: Deutschland Archiv 45 (2012), S. 256–264.

Nassar, Jamal R., The Palestine Liberation Organization: From Armed Struggle to the Declaration of Independence, New York 1991.
Navon, Emmanuel, From Kippur to Oslo: Israel's Foreign Policy, 1973–1993, in: Israel Affairs 10 (2004), S. 1–40.
Nir, Omri, The Lebanese Shi'a as a Political Community, in: Rubin, Barry (Hg.), Lebanon. Liberation, Conflict, and Crisis, New York 2009, S. 177–193.
Nir, Omri, Nabih Berri and Lebanese Politics, New York 2011.
Norton, Augustus Richard, The Origins and Resurgence of Amal, in: Kramer, Martin (Hg.), Shi'ism, Resistance, and Revolution, Boulder 1987, S. 203–218.
Nowar, Maan Abu, The Jordanian-Israeli War 1948–1951. A History of the Hashemite Kingdom of Jordan, Reading 2002.
Nowar, Maan Abu, The Development of Trans-Jordan 1929–1939. A History of the Hashemite Kingdom of Jordan, Reading 2006.

Oeter, Stefan, Terrorism and „Wars of National Liberation" from a Law of War Perspective. Traditional Patterns and Recent Trends, in: ZaöRV 49 (1989), S. 445–486.
Ohse, Marc-Dietrich, Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974), Berlin 2003.
Olmert, Ehud, Israel's Dilemmas, No Simple Short Cuts, in: Roth, Stephen J. (Hg.), The Impact of the Six-Day War. A Twenty-Year Assessment, London 1988, S. 30–41.
Olmert, Joseph, The Shi'is and the Lebanese State, in: Kramer, Martin (Hg.), Shi'ism, Resistance, and Revolution, Boulder 1987, S. 189–201.
Olson, Robert W., The Ba'th and Syria, 1947 to 1982 – The Evolution of Ideology, Party, and State. From the French Mandate to the Era of Hafiz al-Asad, Princeton 1982.

Ostermann, Christian M., Die USA und die DDR (1949–1989), in: Pfeil, Ulrich (Hg.), Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989, Berlin 2001, S. 165–183.

Pearlman, Maurice, Mufti of Jerusalem. The Story of Haj Amin El Husseini, London 1947.
Perthes, Volker, The Bourgeoisie and the Baath. A Look at Syria's Upper Class, in: Middle East Reports, 170/1991, www.merip.org/mer/mer170/bourgeoisie-baath, abgerufen am 6. Juni 2012.
Perthes, Volker, The Syrian Economy in the 1980s, in: Middle East Journal 46 (1992), S. 37–58.
Perthes, Volker, The Political Economy of Syria under Asad, London 1995.
Perthes, Volker, Die Beziehungen zur arabischen Welt, in: Perthes, Volker (Hg.), Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen, Schwalbach im Taunus 2001, S. 99–109.
Pisano, Isabel, Yasser Arafat, intime. La passion de la Palestine, Genf 2009.
Platz, Klaus Wilhelm, Internationale Konvention gegen Geiselnahme, in: ZaöRV 40 (1980), S. 276–311.
Podeh, Elie, Ending an Age-Old Rivalry: The Rapprochement between the Hashemites and the Saudis, 1956–1958, in: Susser, Asher/Shmuelevitz, Aryeh (Hg.), The Hashemites in the Modern Arab World. Essays in Honour of the late Professor Uriel Dann, London 1995, S. 85–108.
Pogany, Istvan, The Arab League and Peacekeeping in the Lebanon, London 1987.
Polkehn, Klaus, The Secret Contacts: Zionism and Nazi Germany 1933–1941, in: Journal of Palestine Studies, 19–20/1976, S. 54–82.
Polkehn, Klaus, Vom Aufschwung des Zionismus der Nazis wegen. Der Zionismus im Komplott mit dem Nationalsozialismus 1933–1941, Freiburg im Breisgau 1987.
Polkehn, Klaus, Die DDR und Palästina, in: APuZ, 49/1999, S. 32–39.

Quandt, William B., Political and Military Dimensions of Contemporary Palestinian Nationalism, in: Quandt, William B./Jabber, Fuad/Lesch, Ann Mosely (Hg.), The Politics of Palestinian Nationalism, Berkeley 1973, S. 45–153.
Quandt, William B., Peace Process. American Diplomacy and the Arab-Israeli Conflict since 1967, Washington 1993.

Rabil, Robert G., Embattled Neighbours. Syria, Israel, and Lebanon, London 2003.
Rabil, Robert G., Syria, the United States, and the War on Terror in the Middle East, Westport 2006.
Rabil, Robert G., The Syrian Muslim Brotherhood, in: Rubin, Barry (Hg.), The Muslim Brotherhood. The Organization and Policies of a Global Islamist Movement, New York 2010, S. 73–88.
Rabinovich, Itamar, The Changing Prism: Syrian Policy in Lebanon as a Mirror, an Issue and an Instrument, in: Ma'oz, Moshe/Yaniv, Avner (Hg.), Syria under Assad. Domestic Constraints and Regional Risks, London 1986, S. 179–190.
Rathkolb, Oliver, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005.
Rekhess, Elie, The Resurgence of Palestinian Islamic Fundamentalism in the West Bank and Gaza, in: Silberstein, Laurence J. (Hg.), Jewish Fundamentalism in Comparative Perspective. Religion, Ideology and the Crisis of Modernity, New York 1993, S. 94–103.
Ress, Georg, Selbstbestimmungsrecht, in: Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt am Main 1992, S. 587–592.
Richter, Sebastian, Der Weg zur freien Volkskammerwahl am 18. März 1990, in: Henke, Klaus-Dietmar (Hg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 329–342.
Riegler, Thomas, Ein Attentat, das nicht stattfand: Der verhinderte palästinensische Mordanschlag auf Anwar as-Sadat 1981, in: ZfG 59 (2011), S. 938–959.
Riegler, Thomas, Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973 bis 1985, Wien 2011.
Riegler, Thomas, Das „Spinnennetz" des internationalen Terrorismus, in: VfZ 60 (2012), S. 579–601.

Riegler, Thomas, „Es muß ein gegenseitiges Geben und Nehmen sein". Warschauer-Pakt-Staaten und Terrorismusbekämpfung am Beispiel der DDR, in: Hürter, Johannes (Hg.), Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren, München 2015, S. 259–288.
Rondot, Philippe, France and Palestine: From Charles de Gaulle to François Mitterrand, in: Journal of Palestine Studies, 63/1987, S. 87–100.
Ronen, Dov, The Quest for Self-Determination, New Haven 1979.
Rosenschon, Astrid, Das System der sozialen Sicherheit in der DDR, in: Die Weltwirtschaft 40 (1990), S. 91–100.
Rostow, Nicholas, Gaza, Iraq, Lebanon: Three Occupations under International Law, in: IYHR 37 (2007), S. 205–237.
Rother, Bernd, Sozialdemokratischer Internationalismus – Die SI und der Nord-Süd-Konflikt, in: Rother, Bernd (Hg.), Willy Brandts Außenpolitik, Wiesbaden 2014, S. 259–334.
Rother, Bernd/Schmidt, Wolfgang, Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, Berlin 2006.
Rubin, Barry, The Arab States and the Palestine Conflict, New York 1981.
Rubin, Barry, The PLO between Anti-Zionism and Antisemitism. Background and Recent Developments, Jerusalem 1993.
Rubin, Barry, Revolution until Victory? The Politics and History of the PLO, Cambridge 1994.
Rubin, Barry, The Truth about Syria, New York 2007.
Rubin, Barry, Lebanon. Liberation, Conflict, and Crisis, New York 2009.
Rubin, Barry/Rubin, Judith Colp, Yasir Arafat. A Political Biography, Oxford 2003.
Rubin, Benjamin, PLO Violence and Legitimate Combatancy: A Response to Professor Green, in: IYHR 19 (1989), S. 167–185.
Rubinstein, Dani, Yassir Arafat. Vom Guerillakämpfer zum Staatsmann, Heidelberg 1996.

Saint-Prot, Charles, Yasser Arafat. Biographie et entretiens, Paris 1990.
Salmon, Jean, La proclamation de l'Etat palestinien, in: Annuaire Français de Droit International 34 (1988), S. 37–62.
Sandoz, Yves/Swinarski, Christophe/Zimmermann, Bruno (Hg.), Commentary on the Additional Protocol of the Geneva Convention of 8 June 1977, Genf 1987.
Sassòli, Marco, Transnational Armed Groups and International Humanitarian Law, Cambridge 2006.
Satloff, Robert B., From Abdullah to Hussein. Jordan in Transition, New York 1994.
Saul, Ben, Defining Terrorism in International Law, Oxford 2006.
Sayigh, Yezid, The Palestinians, in: Sayigh, Yezid/Shlaim, Avi (Hg.), The Cold War and the Middle East, Oxford 1997, S. 125–155.
Sayigh, Yezid, Armed Struggle and the Search for State. The Palestinian National Movement 1949–1993, Oxford 1997.
Schechtman, Joseph B., The Mufti and the Fuehrer. The Rise and Fall of Haj Amin el-Husseini, New York 1965.
Schenk, Dieter, Der Chef. Horst Herold und das BKA, München 2000.
Schenker, David, America and the Lebanon Issue, in: Rubin, Barry (Hg.), Lebanon. Liberation, Conflict, and Crisis, New York 2009, S. 213–237.
Schiedermair, Hartmut, Der völkerrechtliche Status Berlins nach dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971, Berlin 1974.
Schleicher, Hans-Georg, Die Haltung der DDR zu Befreiungsbewegungen am Beispiel der SWAPO Namibias, in: Bock, Siegfried/Muth, Ingrid/Schwiesau, Hermann (Hg.), Alternative deutsche Außenpolitik? DDR-Außenpolitik im Rückspiegel (II), Münster 2006, S. 116–135.
Schmidt, Wolfgang, Willy Brandts Ost- und Deutschlandpolitik, in: Rother, Bernd (Hg.), Willy Brandts Außenpolitik, Wiesbaden 2014, S. 161–257.
Schriegel, Hans-Jörg, Wirtschafts- und Regierungskriminalität des Bereichs Kommerzielle Koordinierung (KoKo) – eine politikwissenschaftliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Aspekte, Berlin 2006.

Schroeder, Klaus/Staadt, Jochen (Hg.), Feindwärts der Mauer. Das Ministerium für Staatssicherheit und die West-Berliner Polizei, Frankfurt am Main 2014.
Schueftan, Dan, The Palestinians, the Arab States and the Arab Commitment to the „Cause of Palestine" as Factors on the Palestinian Dimension of the Arab-Israeli Conflict, in: Ben-Dor, Gabriel (Hg.), The Palestinians and the Middle East Conflict, Tel Aviv 1978, S. 129–141.
Schulze, Reinhard, Islamischer Internationalismus im 20. Jahrhundert. Untersuchungen zur Geschichte der Islamischen Weltliga, Leiden 1990.
Schwanitz, Wolfgang, Judenargwohn? Zum Israel-Bild in SED-Akten über arabische Länder (1948–1968), in: Orient 35 (1994), S. 635–667.
Seale, Patrick, Abu Nidal. A Gun for Hire, London 1993.
Seale, Patrick, Syria, in: Sayigh, Yezid/Shlaim, Avi (Hg.), The Cold War and the Middle East. Oxford 1997, S. 48–76.
Sebbane, Jérémy, Pierre Mendès France et la question du Proche-Orient (1940–1982), Paris 2009.
Seelbach, Jörg, Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel als Problem der deutschen Politik seit 1955, Meisenhaim am Glan 1970.
Segev, Tom, 1967. Israels zweite Geburt, München 2007.
Selim, Mohamed E., The Survival of a Nonstate Actor: The Foreign Policy of the Palestine Liberation Organization, in: Korany, Bahgat/Dessouki, Ali E. Hillal (Hg.), The Foreign Policies of Arab States. The Challenge of Change, Boulder 1991, S. 260–309.
Shafir, Shlomo, Die SPD und die Wiedergutmachung gegenüber Israel, in: Herbst, Ludolf/Goschler, Constantin (Hg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 191–203.
Shalom, Zaki, Israel's Traumatic Pre-1967 War Experience and Its Implications for Israel's Foreign Policy Decision-Making in the Post-War Period, in: Ashton, Nigel J. (Hg.), The Cold War in the Middle East. Regional Conflict and the Superpowers 1967–73, London 2007, S. 74–91.
Sharkansky, Ira/Radian, Alex, Changing Domestic Policy 1977–1981, in: Freedman, Robert O. (Hg.), Israel in the Begin Era, New York 1982, S. 56–75.
Sheehan, Edward R. F., Step by Step in the Middle East. How Kissinger Did It, in: Foreign Policy, 22/1976, S. 3–70.
Shemesh, Haim, Soviet-Iraqi Relations, 1968–1988. In the Shadow of the Iraq-Iran Conflict, Boulder 1992.
Shemesh, Moshe, The Founding of the PLO 1964, in: Middle Eastern Studies 20 (1984), S. 105–141.
Shemesh, Moshe, The Palestinian Entity 1959–1974. Arab Politics and the PLO, London 1996.
Shlaim, Avi, Collusion across the Jordan. King Abdullah, the Zionist Movement, and the Partition of Palestine, Oxford 1988.
Sirriyeh, Hussain, The Emergence of Hizbullah and the Beginning of Resistance, 1982–85, in: Jones, Clive/Catignani, Sergio (Hg.), Israel and Hizbullah. An Asymmetric Conflict in Historical and Comparative Perspective, London 2010, S. 39–48.
Skelton-Robinson, Thomas, Im Netz verheddert. Die Beziehungen des bundesdeutschen Linksterrorismus zur Volksfront für die Befreiung Palästinas (1969–1980), in: Kraushaar, Wolfgang (Hg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Band 2, Hamburg 2006, S. 828–904.
Sobelman, Daniel, Hizbullah – From Terror to Resistance. Towards a National Defense Strategy, in: Jones, Clive/Catignani, Sergio (Hg.), Israel and Hizbullah. An Asymmetric Conflict in Historical and Comparative Perspective, London 2010, S. 49–66.
Soell, Hartmut, Helmut Schmidt. 1969 bis heute, Macht und Verantwortung, München 2008.
Solidaritätskomitee der DDR/Vertretung des ANC in der DDR (Hg.), Die Geschichte des African National Congress (ANC) 1912–1987, Ost-Berlin 1987.
Spiegel, Steven L., The Other Arab-Israeli Conflict. Making America's Middle East Policy, from Truman to Reagan, Chicago 1985.
Spyer, Jonathan, Israel and Lebanon: Problematic Proximity, in: Rubin, Barry (Hg.), Lebanon. Liberation, Conflict, and Crisis, New York 2009, S. 195–212.

Staadt, Jochen, Hauptabteilung XXII, in: Schroeder, Klaus/Staadt, Jochen (Hg.), Feindwärts der Mauer. Das Ministerium für Staatssicherheit und die West-Berliner Polizei, Frankfurt am Main 2014, S. 415–440.
Starck, Christian, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Überschrift, Verkündungsformel und Präambel, in: Starck, Christian/Mangoldt, Hermann von/Klein, Friedrich (Hg.), Kommentar zum Grundgesetz, Band 1, München 2010.
Stein, Kenneth W., The Land Question in Palestine, 1917–1939, London 1984.
Stein, Kenneth W., Heroic Diplomacy. Sadat, Kissinger, Carter, Begin, and the Quest for Arab-Israeli Peace, New York 1999.
Steiner, André, Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990, in: Henke, Klaus-Dietmar (Hg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 441–455.
Stern, Brigitte, L'affaire du Bureau de l'O.L.P. devant les juridictions interne et international, in: Annuaire Français de Droit International 34 (1988), S. 165–194.
Storkmann, Klaus, Geheime Solidarität. Militärbeziehungen und Militärhilfen der DDR in die „Dritte Welt", Berlin 2012.
Suckut, Siegfried, Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit", Berlin 1996.
Susser, Asher, The Hashemites in the Modern Arab World: Introduction, in: Susser, Asher/Shmuelevitz, Aryeh (Hg.), The Hashemites in the Modern Arab World. Essays in Honour of the late Professor Uriel Dann, London 1995, S. 1–11.
Sybesma-Knol, Renera Gertrudis, The Status of Observers in the United Nations, Leiden 1981.
Sywottek, Arnold, Die Bundesrepublik Deutschland als gesellschaftliche Herausforderung der DDR, in: Pfeil, Ulrich (Hg.), Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989, Berlin 2001, S. 151–163.
Szatkowski, Tim, Gaddafis Libyen und die Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1982, München 2013.

Tal, Nachman, Radical Islam in Egypt and Jordan, Brighton 2005.
Tautz, Günter, Orden und Medaillen. Staatliche Auszeichnungen der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1983.
Taylor, Peter, States of Terror. Democracy and Political Violence, London 1993.
Teitelbaum, Joshua, Pilgrimage Politics: The Hajj and Saudi-Hashemite Rivalry, 1916–1925, in: Susser, Asher/Shmuelevitz, Aryeh (Hg.), The Hashemites in the Modern Arab World. Essays in Honour of the late Professor Uriel Dann, London 1995, S. 65–84.
Teitelbaum, Joshua, The Rise and Fall of the Hashemite Kingdom of Arabia, London 2001.
Terrenoire, Louis, De Gaulle, Israël et les Palestiniens, Paris 1989.
Tessler, Mark, A History of the Israeli-Palestinian Conflict, Bloomington 1994.
Therme, Clément, Iran and Russia. A Tactical Entente, in: Cronin, Stephanie (Hg.), Iranian-Russian Encounters. Empires and Revolutions since 1800, London 2012, S. 377–400.
Timm, Angelika, Die verdrängte historische Schuld. Das belastete Verhältnis der ehemaligen DDR zum Staat Israel, in: Tribüne, 117/1991, S. 140–150.
Timm, Angelika, DDR-Israel: Anatomie eines gestörten Verhältnisses, in: APuZ, 4/1993, S. 46–54.
Timm, Angelika, Israel in den Medien der DDR, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993), S. 154–173.
Timm, Angelika, Has Antisemitism Continued in East Germany after World War II?, Washington 1995.
Timm, Angelika, Alles umsonst? Verhandlungen zwischen der Claims Conference und der DDR über „Wiedergutmachung" und Entschädigung, Berlin 1996.
Timm, Angelika, Jewish Claims against East Germany. Moral Obligations and Pragmatic Policy, Budapest 1997.
Timm, Angelika, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

Timm, Angelika, The Middle East Policy of East Germany, in: Goren, Haim (Hg.), Germany and the Middle East. Past, Present, and Future, Jerusalem 2003, S. 245–262.
Timm, Angelika, Ideology and Realpolitik: East German Attitudes towards Zionism and Israel, in: Herf, Jeffrey (Hg.), Anti-Semitism and Anti-Zionism in Historical Perspective. Convergence and Divergence, London 2007, S. 186–203.
Toffolo, Cris E., Global Organizations: The Arab League, New York 2008.
Tomuschat, Christian, Die Befreiungsbewegungen in den Vereinten Nationen, in: Vereinte Nationen 22 (1974), S. 65–72.
Tomuschat, Christian, Die Befreiungsbewegungen in den Vereinten Nationen (Schluss), in: Vereinte Nationen 22 (1974), S. 110–113.
Tomuschat, Christian, Staatsvolk ohne Staat? Zum Teso-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 77, 137), in: Hailbronner, Kay/Ress, Georg/Stein, Torsten, Staat- und Völkerrechtsordnung. Festschrift für Karl Doehring, Berlin 1989, S. 985–1008.
Tomuschat, Christian, The Applicability of Human Rights Law to Insurgent Movements, in: Fischer, Horst/Froissart, Ulrike/Heinegg, Wolff Heintschel von/Raap, Christian (Hg.), Krisensicherung und humanitärer Schutz – Crisis Management and Humanitarian Protection. Festschrift für Dieter Fleck, Berlin 2004, S. 573–591.
Torgovnik, Efraim, Likud 1977–1981: The Consolidation of Power, in: Freedman, Robert O. (Hg.), Israel in the Begin Era, New York 1982, S. 7–27.
Trapp, Kimberley N., State Responsibility for International Terrorism. Problems and Prospects, Oxford 2011.
Trentin, Massimiliano, La République démocratique allemande et la Syrie du parti Baas. Histoire d'un partenariat, in: Les Cahiers Irice 10 (2013), S. 55–67.
Trentin, Massimiliano, Between Solidarity and Convenience: Socialist East Germany and Postcolonial Syria, in: Gasztold-Seń, Przemysław/Trentin, Massimiliano/Adamec, Jan (Hg.), Syria during the Cold War. The East European Connection, Boulder 2014, S. 41–65.
Troche, Alexander, Ulbricht und die Dritte Welt. Ost-Berlins „Kampf" gegen die „Alleinvertretungsanmaßung", Erlangen 1996.

Védrine, Hubert, Les mondes de Françoise Mitterrand. À l'Élysée 1981–1995, Paris 1997.
Vertretung der SWAPO in der DDR (Hg.), 25. Jahrestag der Gründung der South West Africa People's Organization (SWAPO) of Namibia, Ost-Berlin 1985.

Webman, Esther, Anti-Semitic Motifs in the Ideology of Hizballah and Hamas, Tel Aviv 1994.
Wehr, Hans, Arabisches Wörterbuch für die Schriftsprache der Gegenwart. Arabisch – Deutsch, Wiesbaden 1985.
Weinberger, Naomi Joy, Syrian Intervention in Lebanon. The 1975–76 Civil War, Oxford 1986.
Weingardt, Markus A., Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949, Frankfurt am Main 2002.
Well, Günther van, Die Entwicklung einer gemeinsamen Nahost-Politik der Neun, in: EA 31 (1976), S. 119–128.
Wengler, Wilhelm, Die Offenheit der deutschen Frage. Beitrag zum Symposium: Fünf Jahre Grundlagenvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts, in: Zieger, Gottfried (Hg.), Wilhelm Wengler. Schriften zur deutschen Frage 1948–1986, aus Anlass seines 80. Geburtstages, Berlin 1987, S. 515–530.
Wentker, Hermann, Die Außenpolitik der DDR, in: Neue Politische Literatur 46 (2001), S. 389–411.
Wentker, Hermann, Die Staatsräson der DDR, in: Heydemann, Günther/Klein, Eckart (Hg.), Staatsräson in Deutschland, Berlin 2003, S. 143–161.
Wentker, Hermann, Une politique étrangère étroitement limitée. La RDA dans le système international, in: Allemagne d'aujourd'hui, 169/2004, S. 25–47.
Wentker, Hermann, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007.

Wentker, Hermann, Doppelter UN-Beitritt. Deutsch-deutsche Konkurrenz auf der internationalen Bühne, in: Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hg.), Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S. 235–258.
Wenzel, Harry/Götz, Brigitte, DSR. Deutsche Seerederei Rostock, Hamburg 2004.
Wesenberg, Denise, X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Ost-Berlin. Kosten und Nutzen eines „antiimperialistischen" Jugendfestivals, in: Deutschland Archiv 36 (2003), S. 651–659.
Wesenberg, Denise, Unter „operativer Kontrolle". Die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Ost-Berlin, Erfurt 2007.
Westad, Odd Arne, The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times, Cambridge 2010.
Wettig, Gerhard, Die Statusprobleme Ost-Berlins 1949–1980, Köln 1980.
Wiesenthal, Simon, „Die gleiche Sprache: Erst für Hitler – jetzt für Ulbricht". Pressekonferenz von Simon Wiesenthal am 6. September 1968 in Wien, Bonn 1969.
Wilson, Heather A., International Law and the Use of Force by National Liberation Movements, Oxford 1988.
Winter, Heinz-Dieter, Bemerkungen zur DDR-Politik gegenüber Israel, in: asien afrika lateinamerika 21 (1993), S. 153–163.
Winter, Heinz-Dieter, DDR und Dritte Welt, in: Bundesvorstand der PDS, DDR-Außenpolitik aus heutiger Sicht. Politikwissenschaftliche Konferenz der PDS am 16. April 1994 in Berlin, Berlin 1994, S. 83–88.
Winzer, Otto, Deutsche Außenpolitik des Friedens und des Sozialismus. Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Ost-Berlin 1969.
Wolffsohn, Michael, The World Jewish Congress and the End of the German Democratic Republic, Washington 1991.
Wolffsohn, Michael, Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West, Tatsachen und Legenden, München 1995.
Wunderle, Michaela, Die Roten Brigaden, in: Kraushaar, Wolfgang (Hg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Band 2, Hamburg 2006, S. 782–808.
Wunschik, Tobias, Die Hauptabteilung XXII: „Terrorabwehr", Berlin 1996.
Wunschik, Tobias, Die Bewegung 2. Juni, in: Kraushaar, Wolfgang (Hg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Band 1, Hamburg 2006, S. 531–561.
Wunschik, Tobias, Das Ministerium für Staatssicherheit und der Terrorismus in Deutschland, www.extremismus.com/texte/rafmfs.htm, abgerufen am 9. Dezember 2007.

Zabih, Sepehr, The Iranian Military in Revolution and War, London 1988.
Zisser, Eyal, Hizballah in Lebanon: Between Tehran and Beirut, between the Struggle with Israel, and the Struggle for Lebanon, in: Rubin, Barry (Hg.), Lebanon. Liberation, Conflict, and Crisis, New York 2009, S. 155–176.
Zittrain Eisenberg, Laurie, From Benign to Malign. Israeli-Lebanese Relations, 1948–78, in: Jones, Clive/Catignani, Sergio (Hg.), Israel and Hizbullah. An Asymmetric Conflict in Historical and Comparative Perspective, London 2010, S. 10–24.
Zollner, Barbara H. E., The Muslim Brotherhood. Hasan al-Hudaybi and Ideology, London 2009.
Zweig, Ronald W., German Reparations and the Jewish World. A History of the Claims Conference, Boulder 2001.

II. Presse

L'Agence France-Presse
Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
The Associated Press
Bayerischer Rundfunk
Berliner Kurier
Berliner Morgenpost

Bild
British Broadcasting Corporation
The Daily Telegraph
Deutsche Presse-Agentur
Deutschlandradio Kultur
Focus
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankfurter Rundschau
Haaretz
horizont
Le Monde
Al Musawwar
Neues Deutschland
The New York Times
El País
Reuters
Der Spiegel
Süddeutsche Zeitung
Der Tagesspiegel
The Times
The Wall Street Journal
The Washington Post
Die Welt
Westdeutscher Rundfunk
Die Zeit
Zweites Deutsches Fernsehen

Personenregister

Kursiv gesetzte Zahlen verweisen auf Namen in den Anmerkungen. Der Name Jassir Arafat wurde aufgrund seines häufigen Auftretens nicht erfasst.

Abbas, Mahmud 26, 62, *158*, 312, *425*, 456
Abdallah ibn Hussain 22–25, 28, 32, *40*
Abed 402, 408
Adams, Alvin 446
Aguirre, Marcelino 218, *219*
Ahmad, Abu 405f.
Alami, Musa al 37, *178*
Ali, Jelassi Soltane Ben 352
Allon, Jigal 165, 173, 175
Amuri, Abd al Menem al *217*, 306, *307*, 378, *422*, *425*, *466*
Anders, Olivier 306f.
Andropow, Juri 319, 364, 383
Argov, Shlomo 299
Asgaroladi, Habibollah 346
Askari, Muhammad Amin *414*
Assad, Bashar al 296
Assad, Hafiz al 2, *3*, 8, *11*, 12, 14, 99f., 112, 150, 152, 158, 184–188, 190f., 193–197, 200–203, 208f., 212f., 220, 222, 226–232, 275–277, 279, 292, 295–299, 301–306, 309f., 312, 314f., 317–325, 328, 331, 346–348, 356–363, 365f., 369–371, 378f., 387, 389–391, 398f., 424, 426f., 452f., 457, 477, 484f., 488–490, 495
Assad, Rifaat al 317, 371
Assefi, Hamid Reza 344
Atassi, Nur al Idin al 99
Awad, Ribi *379*
Axen, Hermann 103f., 114f., 216, 264f., *267*, *272*, 384f., 423, 425, 446, 455, 458, 486

Bahr, Egon 88
Bakdash, Khalid 306
Banna, Hassan al 19–22, 25, 28, 503
Banna, Sabri al 312–314, 328–341, 347–352, 354f., 358, 364f., 367f., 375, 378–380, 386f., 390, 397, 440–444, 467f., 485f., 490–495, 499–501
Baqi, Ahmad Hilmi Abd al 36f.
Barakat, Daud 4, 13, 473f.
Bargthuti, Bashir 363, 499
Bartels, Herwig *355*
Barth, Herbert 436
Baum, Gerhart 237
Beater, Bruno *197*
Becker, Otto *138*, 218
Begin, Menachem 211, 225, 235, 253, 255–257, 277f., 291, 299–301, 303, 311
Beil, Gerhard 228–230, 350, *443*, 463f.
Ben-Horin, Eliashiv *155*
Ben-Natan, Asher 88
Bielka, Erich 178, *195*
Birri, Nabih 298, *426*, 502
Böcker, Alfons 146f., 176f., 204
Böhme, Hans-Joachim 111
Bolz, Lothar 33, 51
Borchardt, Dieter 406, *420*
Brandt, Willy 14, 83–85, 87–90, 124, 148, 156, *166*, 223f., 255–257, 259f., 313
Breschnew, Leonid 41, 102f., 120f., 151, 157, 183, 200, 203, 207, 209, 212, 303
Bronfman, Edgar 2, 448, 495
Bsisu, Atif *92*, 240, 245, 248, 250, 252, 327, 353, 378f.
Burg, Josef 464

Carter, Jimmy 210, 224, 254–257
Chanaa, Ali 394, *395*, 404, 406, 408–412, 414f., 419, *420*
Chanaa, Verena 394, 410–412, 415f., *417f.*
Charpy, Dominique *308*
Cheysson, Claude 291, 307f.
Chruschtschow, Nikita 41, 53
Ciechanover, Joseph 262

Dajani, Ahmad Sidqi al 156, 205
Daud, Abu *67*, 240f., 327
Daud, Zouheir 352
Dayan, Moshe 254, 262f.
Derazgoissou, Ebrahim 344
Dzasokhow, Alexandr 381

Engels, Friedrich 55, 371
Erhard, Ludwig 49
Ermisch, Günter 238
Escherich, Reinhard *398*
Eshkol, Levi 60

Fahd ibn Abd al Aziz al Saud 295
Faruq (König des Königreiches Ägypten) 25
Fatma, Issa 352
Fischer, Oskar 180, 185, 191, 216, 219, *227*, 232, 271, *272*, 345, *359*, 377, *413*, 430, 451, 463f.
Fischer, Per 175
Fleißner, Werner 198
Florin, Peter *168*

DOI 10.1515/9783110550108-017

Ford, Gerald 429
Forlani, Arnaldo 205
François-Poncet, Jean 167, 262
Frangi, Abdallah 3f., 7, 9, 13, 27, 44, *91*, 92–94, 96f., 100, 109f., 146–149, 172, 242, *243*, 312f., 321, 355, 370, 472f., *476*, 484, *496*
Fritsch, Günther *346*

Gaddafi, Muammar al 2, *3*, *421*, 495
Gädt, Claus 346, 350
Galinski, Heinz 2, *124*, 495
Gamail, Amin *315*
Gamail, Bashir 300f., 315
Gamail, Pierre 186
Gaulle, Charles de 291
Gaus, Günter 279f.
Gehlhoff, Walter 173
Genscher, Hans-Dietrich 13, *49*, 148, 165f., *168*, 173, *174*, 175, 178, 205, 236, 253f., 258f., 262f., *264*, 277, 469
Ghadban, Muhammad 418
Ghafuri, Hossein 346
Gharazi, Muhammad 346
Giscard d'Estaing, Valéry 166f., 261
Gorbatschow, Michail 421f., 446, 455, 457, 477, 488
Grabowski, Wolfgang *398*
Gromyko, Andrej *158*, 207f., 371–373
Großmann, Werner *443*
Grüneberg, Gerhard 117–120, 125, 141, 159f., 163, 183, *184*, 216f., 220–222, 232f., 275f.
Guiringaud, Louis de 167
Gutman, Francis 291

Habache, George 101, 104, 113, 128, 132f., 161, 265f., *267*, 363, 498
Habache, Hilda *144*
Habib, Philip 277f., 300–302, 311
Hadba, Salam 404, 406, 408, 414, 419
Haddad, Wadih 132, 501f.
Hänsch, Klaus *398*
Haidar, Said 497
Hamid, Hajal Abd al *92*, 129, 240, 243, 252, 392
Hammami, Said 312
Hammer, Zebulun 464–467
Hammuda, Jahia 64, 67, 69, 74
Hampel, Verena 394
Hashemi, Mostafa 346
Hassan, Hani al 26, *92*, 129, 240
Hassan, Khalid 26, *92*, 129, 240, 261, 310
Hassuna, Muhammad Abd al Khaliq *39*
Hawari, Labib Muhammad 392
Hawatma, Naif 71, 80, 104, 113, 264–266, *267*, 363, *366*, *374*, 498
Hazam, Ahmad *135*, 393f., 404, 417f.
Helms, Richard 151, 456
Herder, Gerhard 111
Herold, Horst 238, *355*
Hijazi, Abdallah *217*, *250*
Hijazi, Muhammad *92*, 240, *250*
Hindi, Amin al *92*, 129, 240f., *243*, 245, 248, 250, 252, 353, 378f.
Hitler, Adolf 20, 239
Höfner, Ernst 346
Hoffmann, Heinz 79, 197–201, 278, 316–319, 328, 373, 387–390
Hoffmann, Karl-Heinz *251*, 505
Hofmann, Hans 333, *336*, 337
Honecker, Erich 1, 3–5, 8, 10, 14, 51, *74*, 102, 107f., 110, 112, 115, 119, 123f., 127f., 130, 133, 137, 144, 146f., 151, 159, 163, 167f., 180f., 191f., 197–199, 201–203, 206, 208–210, 213–222, 225–227, 229–233, 242, 247, 252, 259, 264–266, 268, 270–272, 274–276, 279–282, 285f., 289–295, 298f., 302, 304f., 306–309, *310*, 316–319, 321–325, 328f., 331, 336, 341, 343, 345–349, 351f., 355f., 358f., 362, 364–373, 375–377, 380, 382–384, 387f., 398, 421, 423, 425–428, 431–433, *435*, 437–440, 442, *443*, 444–448, 450–458, 460f., 463f., 467, 473–475, 482–486, 488–493, 495
Hossaini, Fard 344
Hossaini, Muhammad Hadi-Nejad 346
Hurrani, Abdallah 151
Hussain, Saddam 476
Hussain ibn Talal 40, 63, 150f., 161f., 310, *312*, 318, 367, 369, 377, 380–383, 385f., 395, 397, 399–401, 422, 426, 454, 457f., 486–488
Hussaini, Farouk 57
Hussaini, Muhammad Amin al 20–22, 26–28, 32, 47
Hut, Shafiq al 174–177, 179, 257

Ismail, Abd al Fatah *3*

Jaber, Abu 406
Jaschkin, Grigori 316–318
Jassbi, Abdollah 345f.
Jelassi, Ahmed 352
Jesser, Walter 146f., *149*
Jibril, Ahmad 499
Juchin, Wladimir *320*
Junblatt, Kamal 188
Jussufi, Fahmi al 193

Kader, Ali Naim Abdel 402

Kalak, Izz al Din al 312
Kalb, Bernhard 436
Kamal, Issam 4, 462, 474
Kamal, Said *138*, 204f., 207, 218, 257
Kaminsky, Horst 333
Karajoli, Ghassan 327
Kasm, Abd al Rauf al 391
Keßler, Heinz 450
Khaddam, Abd al Halim *184*, 195, 209, *398*
Khadir, Naim 312
Khalaf, Salah 3, 25, *26*, 27f., 30, 129f., 240f., 245–248, 250, *251*, 259f., 274, 286, 308, 329f., 351–353, 355, 359, 363, 370, *373*, 379, 384–386, *440*, 458, 487, 490, 495–497
Khaled, Shatta *417*
Khomeini, Ruhollah Mussawi 275, 298, 340, 342, 343–346, *347*
Khuri, Jaqub al 39
Khusa, Milli 195, 232f.
Kidron, Abraham 175
Kiesinger, Kurt Georg 83f.
Kinkel, Klaus 175
Kirchhoff, Werner 139
Kirkpatrick, Jeanne J. *278*
Kissinger, Henry 120f., 151, 153, 157f., 162, 173f., 183, 212, 294, 456
Kleiber, Günther 213, 229, 231
Kleyer, Hermann 430
König, Gerd 383f.
Kohl, Helmut *398*
Koivisto, Mauno *462*
Konschel, Wolfgang 209, 344
Kossygin, Alexej 195
Kotschemassow, Wjatscheslaw *419*, 434
Koulailat, Nabil 4, *92*, 141–145, 147–149, 192, *197f.*, 202, *203*, 208, 214f., 217, 219, 233, 241, *251*, 375, 462, *472*, 484
Koulailat, Om El-Seoud 13, *15*, *94*, *141*, 142, *145*, *149*, *199*, 202, *233*, *399*, *472*
Koulailat, Ziad 13, 142, *145*, *233f.*
Kreisky, Bruno 14, 204, 223–226, 255–257, 259f., 308, *312*, 313
Krenz, Egon 4, 13, *421*
Krolikowski, Herbert 437
Krüger, Kurt 215

Lankes, Johann Christian *148*, 176
Ledsky, Nelson C. 446
Lenin, Wladimir 55f., 128f., 498
Lévy, David 356f.
Löffler, Kurt *445*, 464f., 467
Lugenheim, Karl-Heinz 94

Machel, Samora *2f.*, 495
Maghari, Ahmad *217*
Maizière, Lothar de 468–470, 474
Majid, Juna al *290*
Malik, Jakob *183*
Mandela, Nelson 2, 495
Mao Tse-tung 71
Marx, Karl 55, 371
Mazin, Said al 240–242, 245, 248, 250, 252, 272f.
Meehan, Francis J. *413*, 435–438, 442–444
Mendelsohn, Kurt Jona *465*
Merker, Paul 82
Meroz, Johanan 122f., 166, 176, 262f.
Mielke, Erich 118, 133–135, 142, 241–245, 247f., 252, 259f., 272f., 289, 324, 327, 329f., 332, 336, 350–352, 355f., 368, 375, 379, 382, 384f., *386*, 390f., 393, 401, 404, *406*, 409, *413*, 414, 419, 437–439, 441f., *443*, 445, *447*, 460, 488
Mies, Herbert *149*
Miller, Israel 445
Mittag, Günter 229, 340, 345f.
Mitterrand, François 290–292, 294, 307f., 473
Mittig, Rudi 289, 332, *443*
Modrow, Hans 4, 13, 467, *468*, 469, 472, *477*, 490f.
Möllemann, Jürgen 254, 258, 260, *355*
Moersch, Karl 174–176, 179, 258
Mossawi, Mir Hossain 344
Mouna, Ziad 10, *28*, *34*, *128*, *203*, *260*, *448*
Mubarak, Husni 295, 361
Münch, Wolfgang *413*, *435*
Mugabe, Robert *2f.*, 495
Muhammad, Ali Nassir *3*
Muhsin, Zuhair 265, 500
Musa, Abu 310, 315f., 318, 320, 323, 326, 330f., *347*, 348, 367, 371, 375, 379f., 389f., 399, 451, 485f., 494, 501

Nabavi, Behzad 346
Namazi, Hossein 346
Nassir, Gamal Abd al *3*, 25, 29f., 32, 36f., 44, 48, 58, 64f., 67, 69, 72, 99, 503
Neiber, Gerhard 330, 382f., *406*, 441, *443*, 487
Neto, Agostinho *2f.*, 495
Newman, Isaac 445, 461
Nier, Kurt 434
Nixon, Richard 120f., 151, *184*
Nowak, Walter Georg *123*

Odermann, Heinz *99*

Pahlavi, Muhammed Reza Shah 344
Pahr, Willibald 204f.
Papandreou, Andreas 281, 304f.

Pelletreau, Robert 456
Peres, Shimon *195*, 395
Peressypkin, Oleg *421*
Podgorni, Nikolai 207
Pohl, Willi *239f.*, *250*
Polkehn, Klaus 10f., *31*, *77*, 81, *94*, 99, 141, *147*, *220*, 266
Primakow, Jewgeni 153, 312, 319f., 359
Primor, Avi 469, 471

Qaddi, Issam al 363, 500
Qaddumi, Faruq al 26, 129f., 174, 179f., 190, 204–206, 222f., 271, *272*, 308, 363, 365–367, 372, *425*, 426f., *453*, 472, *477*
Qawasma, Fahd al 378

Rabbu, Jassir Abd *192*, 193
Rabenhorst, Ernst-Peter 214
Rabin, Jitzhak 174, 178, 277
Rafsanjani, Akbar Hashemi 345
Ramirez Sanchez, Ilich 241f., 244, 247, 249, *251*, 252, 284, 493, 499, 501, 504
Razzak, Abdel 402
Reagan, Ronald 277f., *278*, 281, 300, 302, 311f., 357, 363, *413*, 421, 428–430, 443f., 447, 456
Reichardt, Achim 13, 233, *250*, 265, 269
Riad, Mahmud 37, 156, 186, 210, 286, 295
Rifai, Ziad al 98
Rigi, Abd as Salam al 437

Sadat, Muhammad Anwar as 112, 150, 158, 173, 209, 211f., 224f., 235, 241, 255, 259, 263, 295, *312*, 426
Sadr, Musa al 297f.
Salah, Abu 201f., 310, 315f., 318, 320, 323, 326, 330f., *347*, 348, 367, 371, 375, 379f., 389, 399, 485f., 494, 501
Salam, Eli *315*
Salama, Ali Hassan 129, *206*, 235–238, 240, 242f., 248, 257
Salamah, Shaker *239*
Salamati, Muhammad 346
Sammak, Faisal 390f., 395, 397f., 401, 403, 422, 488
Sartawi, Issam 255–259, 313
Sauvagnargues, Jean 167, *168*
Schabowski, Günter *292*, *373f.*
Schalck-Golodkowski, Alexander 287, 332f., 339, 341–343, 350, 354, 463f.
Scharf, Hans 41
Scheel, Walter 83, 88, 90
Schewardnadse, Eduard 455
Schmidt, Helmut 148, 166, 172, 206, 253, 258, 262f.
Scholz, Ernst 34
Schröder, Gerhard 171f., 180
Schütz, Klaus 85
Sedlaczek, Bruno 201f., 281
Seibt, Kurt 215f., 264
Shaer, Muhammad al *143*, *219*
Shamir, Jitzhak 372
Shanti, Ibrahim al *153*
Sharif, Bassam Abu 304, 473
Sharon, Ariel 257, 300f.
Sharrar, Abu 196f., 199
Shihabi, Hikmat al 184, 317
Shultz, George 456
Shuqairi, Ahmad 36–38, 40–42, 45, 47, 49f., 53–55, 62–65, 74f., 91, 161
Sieber, Günter 376
Sindermann, Horst 3, 345, 495
Sölle, Horst 228
Sörgel, Manfred *443*
Soldatow, Alexandr 304
Soltane, Jelassi 353
Sorsa, Kalevi *462*
Stoph, Willi 4, 79, 230
Sudhoff, Jürgen 473
Suliman, Benali Mohammed 402, 408

Tajib, Abu 392
Talab, Amar *379*
Talal ibn Abdallah *40*
Tall, Wasfi al 98
Tambo, Oliver *2f.*, 495
Tani, Moriki 137, *145*
Tarazi, Zuhdi 178, 218, 257
Tarek, Abu *239*
Tlas, Mustafa 278, 317, 426
Toman, Mohammed 402f., 408
Trappen, Friedel 264, 376f.
Tschernenko, Konstantin 371f., 381, 383

Übel, Otto 346
Ulbricht, Walter 4f., 7, 13, 36, 46–54, 69, 77–80, 82, 86f., 89, 94, 97, 102, 168, 479–482, 491

Väyrynen, Paavo *462*
Verner, Paul 213f.

Walters, Vernon 151
Wazir, Khalil al 26, *27*, 28, 30, *62*, 129f., 242, 278, 297, 314, 329, 355, 359, 363–365, 378, *379*, 388–390, 450, *453*, 490, 497
Wazir, Zuhair al *379*
Wechmar, Rüdiger von 164–166, 172, 218
Wehner, Herbert *155*
Weidinger, Franz 178
Weitkus, Otto 287
Whitehead, John C. 446

Wiechert, Erhard 288, *341*, 342
Wilde, Friedmar 346
Willerding, Klaus *346*
Winogradow, Wladimir 345
Winter, Heinz-Dieter 13, *266*, *381*, 437, *467*
Winzer, Otto *51*, 71, 75f., 159
Wischnewski, Hans-Jürgen 6, 147f., 205, 237f., *248*, 255, 257f.
Woessner, William H. 437
Wolf, Markus 332, 379
Wyschofsky, Günther 346

Young, Andrew 257

Zaidan, Muhammad Abbas 396, 500
Ziesche, Feodor 333
Zubi, Mahmud as 230
Zuhair, Abet 352
Zus, Abu Abet 352